Zonenbeirat
Zonal Advisory Council
1946–1948

Protokolle
und Anlagen
1.–11. Sitzung
1946/47

Bearbeitet von
GABRIELE STÜBER

Erster Halbband
1.–6. Sitzung
1946

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright © 1993 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1993
ISBN 3-7700-5173-4

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

VIERTE REIHE
DEUTSCHLAND SEIT 1945

IM AUFTRAG DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER, RUDOLF MORSEY
UND HANS-PETER SCHWARZ

Band 9/I

Zonenbeirat
Zonal Advisory Council
1946–1948

Protokolle und Anlagen
1.–11. Sitzung
1946/47

Erster Halbband
1.–6. Sitzung
1946

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF



Vorwort

Der Zonenbeirat hatte die Aufgabe, die Control Commission for Germany (British Element) bei ihrer Gesetzgebung, Verordnungstätigkeit und bei ihren politischen Entscheidungen zu beraten. Die Mitglieder des Gremiums – zunächst 30, später 37 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Verwaltung, Parteien und Gewerkschaften – wurden 1946 von der Besatzungsmacht ernannt, ein Jahr später von den Landtagen der inzwischen errichteten Länder in der britischen Zone gewählt. Der Zonenbeirat, dessen Plenum in der Regel einmal monatlich in Hamburg tagte, behandelte vor allem auch in seinen Fach- und Sonderausschüssen Grundfragen der Zeit: des demokratischen Wiederaufbaus, der Entnazifizierung, Ernährung, der Integration der Flüchtlinge, der Gemeindeordnung, Gesundheit, Länderhoheit, Fragen des Neubaus des Reichs und des Schulwesens sowie der Sozialleistungen und der Neuordnung der Wirtschaft. Zu seinen Mitgliedern zählten namhafte Politiker der ersten Stunde: die Parteiführer Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Franz Blücher, der Gewerkschaftler Hans Böckler sowie die Länderchefs Rudolf Amelunxen, Hinrich Wilhelm Kopf, Robert Lehr und Theodor Steltzer. Die in der deutschen Verfassungsgeschichte beispiellose Körperschaft wurde vorübergehend zur wichtigsten Stätte der Begegnung zwischen britischer Militärregierung und deutschen Politikern.

Die Anregung zur Herausgabe der im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages überlieferten Protokolle und Drucksachen (Anlagen) des Zonenbeirats ist das Verdienst von Prof. Dr. Kurt Jürgensen, Kiel, der selbst den zweiten Band (1947/48) vorbereitet. Die Parlamentarismus-Kommission hat nach gründlicher Prüfung den Editionsvorschlag aufgenommen. Der Deutsche Bundestag stellte den Bearbeitern aus dem Archivbestand „Zonenbeirat“ Kopien zur Verfügung. Nur dank der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) konnte die Edition, von einem Ausschuß der Parlamentarismus-Kommisssion unter Vorsitz von Prof. Dr. Klaus Hildebrand begleitet, bis zu diesem vorläufigen Abschluß gebracht werden.

Die von Frau Dr. Gabriele Stüber (Kiel/Speyer) sorgfältig erschlossene Teiledition, von Bundestag und Parlamentarismus-Kommission gemeinsam herausgegeben, liegt nun – genau 10 Jahre nach den ersten Vorüberlegungen – in der Vierten Reihe der Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien vor. Der Bearbeiterin, ihrem Mitarbeiter cand. phil. Michael Brüchmann in Kiel, nicht zuletzt auch cand.phil. Barbara Krengel, stud.phil. Dorothee Möllering und stud.phil Michael Laubsch, die in der Parlamentarismus-Kommission bei der Satzvorbereitung und den Korrekturarbeiten mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle gedankt. Die Parlamentarismus-Kommission hatte zunächst die mit der Drucklegung dieser Quelle verbundene finanzielle Belastung unterschätzt. Sie konnte letztlich auch diesen Beitrag zur Frühgeschichte des Parlamentarismus im Nachkriegsdeutschland nur leisten dank der institutionellen Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen, die allein die Durchführung des Langzeitunternehmens ermöglichte.

Prof. Dr. Rudolf Morsey
Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Bonn, im November 1992



Hamburg: Blick auf Rathaus, Binnen- und Außenalster, 1948

Quelle: Staatsarchiv Hamburg

Inhalt

Erster Halbband

Vorwort V

Einleitung
Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone
Zonal Advisory Council
Vorbemerkung XI
1. Vorgeschichte des Zonenbeirats XIV
2. Die konstituierende Sitzung des Zonenbeirats XXXI
3. Arbeitsvoraussetzungen und -bedingungen des Zonenbeirats und des britischen Verbindungsstabes XXXIV
4. Kompetenzen des Zonenbeirats XLIII
5. Rechtsnatur des Zonenbeirats und Selbstverständnis seiner Mitglieder LII
6. Schwerpunkte inhaltlicher Arbeit des Zonenbeirats in der ersten Phase seines Bestehens LXIV
7. Die Reorganisation des Zonenbeirats LXXV

Einrichtung der Edition
A. Editorische Vorbemerkung LXXXVIII
B. Verzeichnis der Archivalien XCVIII
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur CII
D. Verzeichnis der Abkürzungen CXXII
E. Verzeichnis der Dokumente
a) Vorbereitende Dokumente, Tagesordnungen, Anwesenheitslisten, Wortprotokolle, Kurzprotokolle CXXX
b) Anlagen 1–155 CXXXV

Dokumente 1946
1.–6. Sitzung 1

Zweiter Halbband

Verzeichnis der Dokumente
a) Tagesordnungen, Anwesenheitslisten, Wortprotokolle, Kurzprotokolle IX
b) Anlagen 156–349 XI

Dokumente 1946/47
7.–11. Sitzung 793

Register 1803



Hamburg: Blick auf die Michaeliskirche und Umgebung, 1946/47

Quelle: Staatsarchiv Hamburg

Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone Zonal Advisory Council

Einleitung

von Gabriele Stüber

ARCHIV

Hamburger Nachrichten-Blatt

HERAUSGEGEBEN VON DEN BRITISCHEN MILITÄRBEHÖRDEN

Nummer 151 | Donnerstag, den 7. März 1946. | Preis 10 Pfg.

General Robertson: „Härten sollen schrittweise gemildert werden!"

Botschaft aus England

London, 5. März. Bei der Befreiung der deutschen Seele, der Rettung der früheren Hitlerjugend aus Verneinung und Verzweiflung und der Hinführung der höheren Gegenständen der Sühnung als Krieg, Macht und Barbarei es sind, verdienen die evangelische und katholische Kirche Deutschlands die volle Unterstützung der Kirchen des Auslandes, so äußerte sich der Bischof von Chichester, Rev. Bell, in einem „Brief an meine Freunde in der deutschen evangelischen Kirche". Pfarrer und Laien der evangelischen und der katholischen Kirche seien vor allem berufen, ihren deutschen Mitbürgern einen neuen Ausblick in eine bessere Zukunft zu eröffnen. Eine Erneuerung könne nicht durch Vergeltung kommen, sondern durch Vergebung und Barmherzigkeit von seiten derer, denen Leid zugefügt wurde. Die Christen aller Bekenntnisse müßten sich vereinigen, um den Tagesnöten der Menschen abzuhelfen, für die grundlegenden Menschenrechte einzustehen und die Ehre Gottes zu wahren.

Stimmen zur Ernährungslage

Washington, 6. März: Mit ernsten Ausführungen zur Welternährungskrise wandten sich der amerikanische Präsident Truman und Landwirtschaftsminister Anderson an die amerikanische Öffentlichkeit. „Selbst wenn die Vereinigten Staaten ein Viertel ihrer gesamten Lebensmittelproduktion exportieren würden, müßten Millionen von Menschen noch Hunger leiden," sagte Landwirtschaftsminister Anderson. In den nächsten 120 Tagen werde es sich entscheiden, ob eine weltweite Hungersnot vermieden werden könne oder nicht.

Präsident Truman richtete von neuem einen nachdrücklichen Appell an die amerikanische Bevölkerung, durch Einschränkungen zur Bekämpfung der Ernährungsnot beizutragen. Teilt Euer Brot mit den Notleidenden, indem Ihr weniger ißt," erklärte er in einer Rede vor dem Vereinigten Rat der christlichen Kirche von Amerika in Columbus (Ohio). „Verzichtet auf Überfluß, damit andere Brotrinde haben, kurz: erwerbt Euch der Freiheit und der Menschenrechte würdig, die Ihr in der Welt bewahrt habt, und helft den weniger Glücklichen."

1. Tagung des Zonen-Beirats

Hamburg, 6. März.

Es war wie ein Symbol. In den Räumen, die einmal das stellvertretende Generalkommando X beherbergten, ein Instrument der Zerstörung und Vernichtung, trat gestern eine Körperschaft zusammen, die positive Arbeit leisten, die, auf Geheiß der Militärregierung, beratend am Wiederaufbau der gequälten deutschen Heimat beteiligt sein soll. Bei dem Übergang vom militärischen zum zivilen Charakter der Verwaltung bildet dieser Zonen-Beirat einen entscheidenden Schritt vorwärts. Er setzt sich aus 28 Mitgliedern zusammen, darunter Vertreter der Länder und Provinzen, der politischen Parteien, Gewerkschaften und Repräsentanten aller Zweige des öffentlichen Lebens. Aus Hamburg sind unter anderem Bürgermeister Petersen und der Präsident der Gesundheitsverwaltung Prof. Degkwitz berufen.

Mit einem feierlichen Akt wurde die erste Tagung eröffnet. Der stellvertretende Militärgouverneur in der britischen Besatzungszone, General Robertson, nahm mit zahlreichen Offizieren daran teil. In seiner Ansprache setzte sich der General mit dem Problem Deutschland auseinander und legte in großen Zügen die Grundsätze dar, die in der Verwaltung zur Anwendung gebracht werden sollen. Er ging davon aus, daß es nicht die Absicht sei, die zonenweise Verwaltung für immer beizubehalten. Die fundamentalen Richtlinien, so sagte der Redner, sind durch Abkommen mit den Verbündeten festgelegt. Die Politik Deutschland gegenüber hat zwei Seiten, eine negative und eine positive. Die negative drückt sich in der Abrüstung, der Entmilitarisierung, in der Wiedergutmachung und in der politischen Säuberung von nationalsozialistischem Einfluß aus. Unter denen, die unter diese Säuberungsmaßnahme fallen, befinden sich einige, die als die Unversöhnlichen bezeichnet werden müssen. Diese sollen ihre Sünden abbüßen, die übrigen aber im Laufe der Zeit ihre vollen Bürgerrechte zurückgewinnen.

Nahrungsmittel und Kohlen

Die positive Seite unserer Politik, so fuhr der General fort, konzentriert sich auf die Absicht, wieder ein demokratisches Deutschland aufzubauen, das eines Tages seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen wird. Dabei erkennen wir die überragende Bedeutung der wirtschaftlichen Probleme durchaus an, gerade jetzt, da wir gezwungen waren, die Lebensmittelrationen auf einen sehr niedrigen Stand herabzusetzen. Diese Maßnahme ist einzig und allein durch die ernste Ernährungslage in der ganzen Welt notwendig geworden. Es liegt keineswegs in der Absicht, das deutsche Volk dem Hunger preiszugeben. Wir werden unser Möglichstes tun, um eine Erhöhung der Lebensmittelzufuhr zu erreichen. Es ist dabei von lebenswichtiger Bedeutung, daß die Abhängigkeit der britischen Zone von auswärtiger Hilfe gemindert wird durch die äußerste Anspannung zur Produktion einheimischer Lebensmittel. Das deutsche Volk muß in Zusammenarbeit mit uns das Seine tun, um die Dauer und Härte der bestehenden Ernährungskrise einzuschränken.

General Robertson sprach dann vom Wiederaufbau der deutschen Industrie, der Wiederinstandsetzung des gesamten Transportsystems und der Schwierigkeiten, die auf finanziellem Gebiete bestehen. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß der Bevölkerung im nächsten Winter eine gewisse Kohlenmenge zugeteilt werden könne, wenn die Produktion noch merklich gesteigert wird. Als Endergebnis, so sagte er, zeigt sich zweifellos ein sehr ernstes Bild. Ich kann keine Hoffnung

(Fortsetzung auf Seite 2)



Im Londoner Außenministerium wurde jetzt vom französischen Verkehrsminister Jules Moch (links) und dem britischen Staatsminister Noel Baker (rechts) ein Abkommen unterzeichnet, das den zukünftigen zivilen Luftverkehr zwischen Frankreich und England regelt. Innerhalb von 6 Monaten soll bereits jede Viertelstunde ein Passagierflugzeug zwischen den beiden Hauptstädten verkehren.

Weitere Entlastungszeugen

Nürnberg, 6. März.

Eine Rede, die Thomas Mann am 17. Oktober 1930 gehalten hat, will der Verteidiger des früheren Großadmirals Raeder im Nürnberger Gericht verlesen und damit seinen Mandanten entlasten.

Als Zeugen für Raeder beantragte der Verteidiger Dr. Siemers die Ladung des Marine-Oberpfarrers Ronneberger, der bekunden könne, daß Raeder sich für die Marineseelsorge und für die Abwehr aller antikirchlichen Bestrebungen ein[gesetzt] habe.

Vizeadmiral Lohmann kön[nte] nachweisen, daß Raeder und [der] Kriegsmarine von dem japa[nischen] Angriff auf Pearl Harb[or] erst nach dem Angriff Kennt[nis] erhalten hätten.

Auch die Vorladung des f[rüheren] Reichsministers K[arl] Severing wurde beantr[agt], denn er wüßte, daß Raeder n[ie] mals „hinter dem Rücken [des] damaligen Reichsregieru[ng] agiert habe. Weiter wurde [für] der Verteidigung eine Re[ihe] früherer hoher Offiziere [der] Kriegsmarine benannt.

Schirachs Schwiegervater

Der Angeklagte Baldur [von] Schirach, der durch Rech[ts]anwalt Dr. Sauter vertei[digt] wird, wünscht als Zeugen [vor] allem seinen Schwiegervater „Professor" Heinrich Hoffma[nn], den Photograph Hitlers. Hein[rich] Hoffmann befindet sich [in] Nürnberg und arbeitet in ei[nem] photographischen Atelier. [Der] Zeuge soll bestätigen, daß S[chi]rach mit den Tendenzen [des] Dritten Reichs in der Jud[en]- und Kirchenfrage nicht ein[ver]standen war. Hoffmann [soll] weiter aussagen, daß Schi[rach] im Januar 1940 gemeinsam [mit] dem Schriftsteller Dr. Colin [den] versucht habe, eine Aktion [ein]zuleiten, durch die der Fr[ie]den zwischen Deutschland und [den] USA auf jeden Fall erha[lten] bleiben sollte.

Dr. Sauter beantragte w[eiter] den Rechtsanwalt Dr. Karl [Lat]sen zu laden, der seit Jahren [als] Anwalt des Komponisten [Ri]chard Strauß ist. D[er] Zeuge soll bereits bestätigt [ha]ben, daß sich Schirach für [die] Familie Strauß eingesetzt

(Fortsetzung auf Seite 2)

In bewährten Händen

Dr. Schlange-Schoeningen leitet Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft

Hamburg, 6. März.

Zum Leiter des deutschen Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone ist der frühere Landwirtschaftsminister in der Brüning-Regierung, Dr. Schlange-Schoeningen, ernannt worden. Er wird die Verwaltung des Personals dieses Amtes übernehmen und auch für die Einstellung etwa notwendig werdender weiterer Hilfskräfte verantwortlich sein. Dr. Schlange-Schoeningen wird schließlich die direkte Exekutiv-Kontrolle über die Landesernährungsämter, die Landesbauernschaften, die Wirtschaftsverbände und andere Ämter übernehmen, die zur Zeit von den deutschen regionalen Ernährungsämtern kontrolliert werden.

Die Hauptaufgabe des neuen Leiters des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft wird die Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung bis zur Höchstleistung, die Aufrechterhaltung von Lebensmittelreserven und der Nahrungsmittelproduktion sein, um eine möglichst wirtschaftliche Verteilung in der ganzen Zone möglich zu machen und eine gleichmäßige Rationierung für alle Verbraucher in der britischen Zone sicherzustellen.

Die Sofort-Vorschläge Dr. Schlange-Schoeningens werden von der Militärregierung sorgfältig geprüft und, soweit ihre Verwirklichung für möglich gehalten wird, sofort durchgeführt werden.

Dr. Schlange-Schoeningen wird am Freitag, dem 8. März, 19.15 Uhr, im Rundfunk über die deutsche Ernährungslage sprechen und einen Appell an die Bauernbevölkerung richten.

Vorbemerkung

„Ich möchte [. . .] sagen, daß, wenn einmal die Geschichte der letztvergangenen elf Monate geschrieben wird, die Geschichtsschreiber die große Bedeutung der Arbeit, die der Zonenbeirat in der schwierigen Übergangsphase der letzten elf Monate geleistet hat, zu würdigen wissen."[1]

Als Generalmajor Bishop, Stellvertretender Chef des Stabes des Militärgouverneurs der britischen Zone, den Zonenbeiratsmitgliedern in deren zehnter Plenarsitzung am 30. Januar 1947 mit diesen Worten für ihre Tätigkeit dankte, lagen in der Tat elf bewegte Monate hinter einem Gremium, das in der deutschen Verfassungsgeschichte beispiellos ist. Die in der Ansprache prophezeite Würdigung durch eine spätere Historiographie sollte indessen auf sich warten lassen, und als diese sich dann allmählich mit dem Zonenbeirat zu beschäftigen begann, hatte sie es ähnlich schwer wie die Zeitgenossen der ersten Nachkriegsjahre. Die Erfassung und Bewertung dessen, was das Wesen des Zonenbeirats als des „provisorischen zentralen Hilfsorgans"[2] der britischen Militärregierung ausmachte, geriet allzu leicht in den Strudel der stets virulenten Auseinandersetzung um Zentralismus und Föderalismus. Damit wiederum drohte der Blick für eine der grundlegendsten Fragen verstellt zu werden, und zwar welche Möglichkeiten die Deutschen unter den Bedingungen vor allem der ersten beiden Nachkriegsjahre überhaupt hatten, ihre politische Meinung gegenüber den Besatzungsmächten zu artikulieren. Kohn-Brandenburg sprach bei der Bewertung zonaler und bizonaler Einrichtungen in der britischen und amerikanischen Zone im Mai 1947 zu Recht von einem „System der Provisorien" und bezeichnete diese vielfältigen Gebilde im Hinblick auf ihre Etablierung, Wirksamkeit und Kompetenz als beschränkte Notbehelfe für eine nicht mehr vorhandene Reichs- und eine noch fehlende deutsche Zentralgewalt.[3]

Die bisher zum Zonenbeirat erschienene Literatur läßt sich grob gliedern in damalige zeitgenössische staats- und verfassungsrechtliche Erörterungen, in verwaltungsgeschichtliche Abhandlungen, wissenschaftliche Darstellungen und Memoirenliteratur. Eine Sonderstellung nimmt der auf Beschluß des Zonenbeirats verfaßte Rückblick Annelies Dorendorfs ein, aus dem ein guter Teil des Selbstverständnisses spricht, mit dem die damals Beteiligten an die Arbeit gingen.[4] Dorendorfs Sichtweise ist ebenso wie das von Gerhard Weisser, dem ehemaligen Generalsekretär des Zonenbeirats, geschriebene Vorwort von besonderem Interesse und macht das Buch zu einer wichtigen zeitgeschichtlichen Quelle. Längere Betrachtungen über den Zonenbeirat finden sich vor allem in den Erinnerungen Konrad Adenauers[5] und Michael Thomas', letzterer im Juli und August 1946 ein Mitglied des britischen Verbindungsstabes.[6] Dabei sind es weniger die Ausführungen über die De-

1 Dok. X.3, u. S. 1538 f.
2 So Klein, S. 80. Auf Unrichtigkeiten allein bei der Wiedergabe der korrekten Bezeichnung des Zonenbeirats/Zonal Advisory Council verweist Hommel, S. 7 f.
3 Vgl. Kohn-Brandenburg, S. 569.
4 Vgl. insgesamt Dorendorf, deren Darstellung für den ZB mit der Härtels für den LR zu vergleichen ist.
5 Vgl. Adenauer, bes. S. 64–82.
6 Vgl. Thomas, bes. S. 179–185.

batten und Beschlüsse einzelner Sitzungen als vielmehr die – wenn auch durch zeitliche Distanz und subjektive Betrachtungsweise gefilterte – Atmosphäre und das deutsch-britische Verhältnis, also die Stimmungslage jener Jahre, die interessante und zum Teil neue Einblicke zu eröffnen vermögen.

Die zeitgenössischen Staats- und Verfassungsrechtler waren um eine im ganzen objektive Darstellung des neuen deutschen Verfassungsrechts bemüht, wie es sich in der Besatzungszeit allmählich herausgebildet hatte, und würdigten die Funktion des Zonenbeirats in diesem relativ offenen Rechtssystem durchaus.[7] Spätere Darstellungen neigten dazu, dem Gremium vor allem im Vergleich zum Länderrat der amerikanischen Besatzungszone eine eher untergeordnete Rolle zuzuweisen und seine Wirkung insgesamt gering einzuschätzen. Diese Bilanz ergab sich aus der nur beratenden Funktion, die die britische Militärregierung dem Zonenbeirat zugestanden hatte und die etwa Vogel dazu veranlaßt, die Kompetenzen des Rates fast ausschließlich ex negativo zu definieren: Er habe weder Legislative noch Exekutive noch koordinierende Befugnisse gegenüber den Zentralämtern der britischen Zone besessen.[8]

Das von Potthoff und Wenzel bearbeitete „Handbuch der politischen Institutionen und Organisationen" der Besatzungszeit listet die Zusammensetzung des Rates und seiner Ausschüsse auf, ohne eine Wertung vorzunehmen.[9] Die Dissertation Girndts dagegen betrachtet den Zonenbeirat vorwiegend unter der Fragestellung des Zentralismus in der britischen Zone und kommt zu dem Urteil, daß sein Stellenwert im zonalen Verwaltungsaufbau aufgrund seiner divergierenden Zusammensetzung und seiner beschränkten Kompetenz nicht allzu hoch angesetzt werden könne[10], eine Formulierung, die sich wortgleich im Vorwort des Zonenbeirat-Repertoriums im Bundesarchiv findet.[11] Im Gegensatz dazu fragt Foelz-Schroeter nach der Verfassungswirklichkeit der britischen und amerikanischen Zone und danach, ob die Einrichtungen der ersteren – und damit ansatzweise auch der Zonenbeirat – äußerlich zwar weniger, effektiv aber mehr Einfluß auf die Militärregierung hatten als die in der amerikanischen Zone.[12]

Mit der sachlichen Arbeit des Zonenbeirats setzen sich im Hinblick auf die Bodenreform und zum Teil auf die Ernährungslage Trittel[13], betreffend die Entnazifizie-

7 Vgl. hier insbes. Kohn-Brandenburg; Kern, Zonenbeirat; Kern, Verfassungsentwicklung; Klein, bes. S. 76–89.

8 Vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 19. – Vogel, Westdtld. I–III, gibt insgesamt einen exzellenten Überblick über die Verwaltungsentwicklung während der Besatzungszeit, während Bd. 5 der Deutschen Verwaltungsgeschichte diese nur streift und die Darstellung auf die Bundesrepublik konzentriert.

9 Vgl. Potthoff/Wenzel, S. 154–158. Eine genauere Prüfung des nur fünf Seiten umfassenden Abschnitts über den Zonenbeirat zeigt, daß Wenzel zumindest hier nicht mit der gebotenen Sorgfalt zu Werke gegangen ist. 24 Fehler bzw. Ungenauigkeiten sind allein in dem Teil über den sogenannten „Ersten Zonenbeirat" (März 1946 bis April 1947) festzustellen. Dies gilt im übrigen auch für den Abschnitt über den „Wirtschaftsrat", vgl. a. a. O., S. 188–195.

10 Vgl. Girndt, S. 65.

11 Vgl. das Repertorium zu BA Z 2, Vorwort, S. XV.

12 Vgl. Foelz-Schroeter, S. 39.

13 Vgl. Trittel, Bodenreform, bes. S. 25–51; Trittel, Hunger und Politik.

rung Fürstenau[14] und die Länderordnung Vogelsang[15] auseinander. Die Gutachten des Zonenbeirats zur Währungsreform sind in der Dokumentation Möllers abgedruckt.[16]

Eine umfassende Darstellung zum Zonenbeirat findet sich bei Vogel und Weisz in ihrer Einleitung zum ersten Band der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland". Die Autoren können sich aber trotz ihrer differenzierten Betrachtung insgesamt nicht zu einer positiven Bewertung des Zonenbeirats durchringen, den sie als „parlamentarisch-demokratisches Erziehungsprojekt auf der obersten deutschen politischen Ebene" bezeichnen und dessen Debatten sie – wie auch Girndt – als bloße Scheingefechte einstufen[17], weil die britische Militärregierung allem Anschein nach nicht bereit war, die Diskussionsresultate des Rates in ihre Maßnahmen und Verordnungen einfließen zu lassen. Auch Plum bescheinigt dem Zonenbeirat, daß er in seinen Bemühungen um die Erhaltung einer Reichsgewalt und der Verhinderung einer Gewaltenzersplitterung wenig erfolgreich war.[18] Schwarz sieht in dem Gremium gar einen Reflex britischer Kolonialverwaltung, wonach die Briten den Zonenbeirat „nach dem bewährten Muster beratender Versammlungen von Vertretern der Eingeborenen" konzipiert hätten.[19]

Nach dieser sich eher im negativen Bereich konzentrierenden Skala von Bewertungen soll in den folgenden Darlegungen vor allem gefragt werden, ob sich – auch durch Auswertung der nunmehr zugänglichen britischen Akten – Akzentverschiebungen oder neue Aspekte bei der Betrachtung dieses für die deutsche Nachkriegsgeschichte zweifellos wichtigen Zentralorgans der britischen Zone ergeben. Neben den notwendigen institutionen- und verwaltungsgeschichtlichen Fakten ist in diesem Zusammenhang besonders auf das Selbstverständnis der beteiligten Deutschen und Briten einzugehen.[20]

14 Vgl. Fürstenau, bes. S. 112–129.
15 Vgl. Vogelsang, Kopf, bes. S. 66–70.
16 Vgl. Möller, Währungsreformpläne, S. 282–332.
17 Vgl. Vogel/Weisz, S. 63; Girndt, S. 32; vgl. auch Weisz, Bizone, S. 206: „Durch die ungeklärte und relativ einflußlose Stellung des Zonenbeirats war diese Institution bei den deutschen Politikern sowohl der britischen als auch der amerikanischen Zone wenig angesehen."
18 Vgl. Plum, S. 76.
19 Vgl. H.-P. Schwarz, S. 532 f.
20 Vgl. hierzu Uhlig sowie Stüber, Zonenbeirat; auf die fundierte Einleitung von Vogel/Weisz zu Bd. 1 der AVB sei hier insgesamt verwiesen; sie braucht – was die allgemeinen Nachkriegsverhältnisse und Besatzungskonzeptionen betrifft – an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden, wird aber immer dann herangezogen, wenn es gilt, Einzelurteile näher zu beleuchten.

1. Vorgeschichte des Zonenbeirats

Als der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone am 6. März 1946 in Hamburg zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, fand eine Entwicklung ihren Abschluß, die sich bis in den Herbst 1945 zurückverfolgen läßt. Die britische Besatzungsmacht hatte sich zu diesem Zeitpunkt ebenso wie die anderen Siegermächte in ihrer Zone etabliert und war darangegangen, im Hinblick auf die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Politik der Dezentralisierung die Verwaltung gleichsam „von unten nach oben" wieder aufzubauen, zumal eine deutsche Reichsregierung nicht mehr existierte. Man bediente sich dabei deutscher „Verwaltungsreste" zunächst auf der kommunalen Ebene und war darum bemüht, die Normalisierung des Nachkriegsalltags, vor allem das Überleben der Bevölkerung, mit dem eigenen militärischen Sicherheitsinteresse zu vereinbaren.

Zur besseren Organisation des öffentlichen Lebens in ihrer Zone mußte die britische Besatzungsmacht ihr Augenmerk allmählich auf die Etablierung größerer Verwaltungseinrichtungen lenken, dies um so mehr, als das in Potsdam vereinbarte System der Staatssekretariate aufgrund der immer stärker divergierenden alliierten Interessen nicht zu verwirklichen war und die ebenfalls als Absichtserklärung formulierte Behandlung Deutschlands als einer politischen und wirtschaftlichen Einheit durch die Erfahrungen der Praxis zunehmend illusorisch wurde. Mehr und mehr begannen die einzelnen Besatzungszonen, sich in dieser Phase voneinander zu isolieren.

In dieser Situation beschlossen die Briten, den Verwaltungsaufbau ihrer Zone zu straffen. Seit dem Sommer 1945 hatten sie ohnehin administrative Hilfsorgane auf Zonenebene ins Leben gerufen, so etwa für die Ernährungsverwaltung und die Wirtschaftsverwaltung.[21] Aus diesen Beiräten entwickelte sich ein System von Zonenzentralämtern, die – unter starker britischer Kontrolle – die Aufgaben der ehemaligen Reichsministerien oder anderer zentraler Einrichtungen des Reiches auf Zonenebene treuhänderisch wahrnahmen.[22] Um diesen Prozeß in geordnete Bahnen zu lenken, versandte Generalmajor Balfour, Leiter der Internal Affairs and Communications Division der britischen Militärregierung in Bünde, nach Rücksprache mit dem britischen Hauptquartier am 26. Oktober 1945 ein Rundschreiben unter dem Betreff „Zonal Administrative Structure".[23] An die Adresse des Hauptquartiers und der verschiedenen Abteilungen der Militärregierung gerichtet, hieß es in dessen erstem Absatz zunächst noch recht vorsichtig, daß Vorbereitungen für die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zu treffen seien – falls eine solche erforderlich würde. Damit sollte aber auch ein Reservoir von Verwaltungs-

21 Vgl. hierzu etwa Vogel, Westdtld. I, S. 126 ff.: Errichtung des German Interregional Food Allocation Committee (Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft bei der brit. MR) in Obernkirchen, Kreis Grafschaft Schaumburg, am 12. 7. 1945; Vogel, Westdtld. II, S. 97–102: Errichtung des German Economic Advisory Board (Deutscher Wirtschaftsrat bei der Kontrollkommission für Deutschland) in Minden am 20. 10. 1945.

22 Vgl. hierzu insgesamt Klein, S. 87–92.

23 PRO FO 1058/167: Rundschreiben I. A. & C. Division Bünde, 26. 10. 1945. Subject: Zonal Administrative Structure.

fachleuten geschaffen werden, die einer deutschen Zentralregierung bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden könnten.

Unter dem Vorsitz von Brigadier Bridge, dem Leiter der Administration and Local Government Branch der britischen Militärregierung in Bünde, sollte eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern aller in Frage kommenden Abteilungen der britischen Militärregierung, gebildet werden, um konkrete Vorschläge für die Verwaltungsentwicklung in der britischen Zone vorzulegen. Um der Ausschußberatung die gewünschte Generalrichtung vorzugeben, enthielt das Rundschreiben Balfours bereits eine Skizze der zu bildenden Zoneneinrichtungen. Diese sollten aus einem „Zonal Advisory Council" und „Zonal Administrative Authorities" bestehen. Die Aufgabe des ersteren wurde – wie sein Name schon andeutete – als eine rein beratende festgeschrieben. Demnach war er auch nicht als ein Teil des Verwaltungsapparates der britischen Zone gedacht. In der ersten Zeit seines Bestehens sollte dieser Zonenbeirat keine feste Einrichtung darstellen, gleichwohl regelmäßige Sitzungen abhalten und mit einem ständigen Sekretariat ausgestattet werden, das dann auch eine britische Abteilung enthalten könnte. Die Aufgaben des Beirats sollten darin bestehen, die britische Militärregierung auf deren Anfragen hin zu beraten und eigene Vorschläge an sie heranzutragen. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, sollten dem Gremium direkte Verbindungen zu allen deutschen Zonendienststellen, Provinz- und Länderregierungen gestattet werden. Im Gegensatz dazu waren die „Zonal Administrative Authorities" als Verwaltungsstellen für die britische Zone gedacht, die zum einen ein reibungsloses Funktionieren der Zonenverwaltung garantieren, zum anderen aber auch in eine gemäß dem Potsdamer Abkommen zu errichtende deutsche Zentralverwaltung integrierbar sein sollten.

An diesem Vorbehalt wird das britische Bemühen erkennbar, durch die Maßnahmen auf Zonenebene kein Präjudiz staatsrechtlichen Charakters zu schaffen, das einer zu diesem Zeitpunkt immer noch erhofften Viermächtevereinbarung hätte entgegenstehen können. Entsprechend dieser Grundlinie der britischen Besatzungspolitik liefen alle Fäden bei der Militärregierung zusammen, die sich die ehemaligen Reichskompetenzen selbst vorbehielt und nur sehr zögerlich daranging, politische Entscheidungsbefugnisse in deutsche Hände zu übertragen.

Die britische Haltung war durch drei Grundvoraussetzungen bedingt:

1. Im Vergleich zu den anderen Besatzungsmächten hatte die britische Militärregierung es in ihrer Zone mit ungleich komplizierteren staatsrechtlichen Verhältnissen zu tun. Sie stand vor der schwer zu lösenden Aufgabe, ein Gebiet neu organisieren zu müssen, das sich aus vier Ländern sehr verschiedener Größe (Braunschweig, Lippe, Schaumburg-Lippe, Oldenburg), aus vier ehemaligen preußischen Provinzen (Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, dem nördlichen Teil der Rheinprovinz) und aus zwei Hansestädten (Hamburg und zunächst auch Bremen) zusammensetzte, all diese „staatsrechtliche Gebilde von denkbar heterogener geschichtlicher Entwicklung".[24]

2. Die in der britischen Tradition begründete Erfahrung, es sei vorteilhafter, grundlegende rechtliche Regelungen nicht der Entwicklung vorauseilend zu schaf-

24 Vgl. Kern, Zonenbeirat, S. 407.

fen und gleichsam vom grünen Tisch zu dekretieren, führte dazu, daß die Briten – als Vertreter des klassischen Landes ohne geschriebene Verfassung – auch in ihrer Besatzungszone danach trachteten, eine Ordnung erst nach ihrer Stabilisierung rechtlich zu fixieren.[25]

3. Die spezifische staatsrechtliche Grundauffassung der britischen Militärregierung ging in die Richtung eines zukünftigen deutschen Gesamtstaatswesens mit bundesstaatlich-föderativem Charakter. Insofern konnte sie nicht alle staats- und verwaltungsrechtlichen Zuständigkeiten auf die „Gliedstaatsgebilde" („Länder") übergehen lassen, sondern schuf das System der Zonenzentralämter, die zunächst lediglich als Hilfsorgane der einzelnen Fachabteilungen der Militärregierung fungierten.[26]

Die angeführten Voraussetzungen bedingten und ergänzten einander und bewirkten, daß das „erste selbständige Zentralorgan der britischen Zone, der Zonenbeirat"[27], erst relativ spät, nämlich im März 1946, eingerichtet wurde.

Immerhin wiesen die oben angeführten Überlegungen der I. A. & C. Division vom 26. Oktober 1945 schon die charakteristischen Merkmale auf, die das Wesen des später geschaffenen Zonenbeirats ausmachen sollten. Ein wichtiger Punkt indessen ging nicht in diese Konstruktion ein: die Bildung eines ständigen zonalen Sekretariats, das die Verbindung unter den Zonenzentralämtern und mit dem Zonenbeirat sicherstellen sollte. Im Hinblick auf den Zonenbeirat wünschte die I. A. & C. Division Vorschläge zu dessen Zusammensetzung und Kompetenz. Unabhängig von der Entscheidung zur Errichtung anderer Zonendienststellen sollte der Zonenbeirat zum frühestmöglichen Zeitpunkt errichtet werden. Als Begründung wurde ein wesentliches Anliegen der britischen Militärregierung vorgebracht, nämlich „to keep touch with German opinion, and explain to the Germans British policy to the degree considered desirable. By doing this a vacuum will be filled, the existence of which results in rumours etc., produced by ignorance".[28] Insofern sollte der Schaffung des „Zonal Advisory Council" Priorität vor allen anderen Erörterungen eingeräumt werden.

Die „Working Party" unter dem Vorsitz von Brigadier Bridge machte sich unverzüglich an die Arbeit und hielt insgesamt vier Sitzungen ab (5., 12., 23. und 30. November 1945).[29] Die Zusammensetzung des Ausschusses spiegelt den Aufbau der britischen Militärregierung wider, der im folgenden kurz skizziert werden soll, weil er für das Verständnis der Zonenorganisation und die spätere Arbeit des Zonenbeirats grundlegend ist.

Die Control Commission for Germany (British Element) – CCG(BE) – war die oberste Behörde für die britische Besatzungszone und unterstand dem offiziell am 22. Oktober 1945 eingerichteten Control Office for Germany and Austria (COGA) unter der Leitung John B. Hynds. Hynd trug wie sein Nachfolger Lord Pakenham den Titel eines „Chancellor of the Duchy of Lancaster", vergleichbar

25 Vgl. Kern, Verfassungsentwicklung, S. 202.
26 Vgl. Klein, S. 78 f.
27 Kern, Zonenbeirat, S. 407.
28 Wie o. Anm. 23.
29 Vgl. die Protokolle in PRO FO 1058/167.

einem Minister, dessen Geschäftsbereich sich mit jeder neuen Regierung ändern kann. Am 18. April 1947 wurde das Control Office, über dessen Lenkung sich War Office und Foreign Office lange gestritten hatten, vom Foreign Office übernommen, und zwar als eine eigene deutsche Abteilung („German Section") im britischen Außenministerium unter der Leitung Pakenhams. Die oberste Zuständigkeit lag nunmehr bei Außenminister Bevin, dem am 1. Juni 1948 COGA direkt unterstellt wurde. Damit fand eine Entwicklung ihren Abschluß, die mehr und mehr dahin gegangen war, die Verwaltung der britischen Besatzungszone als eine Frage der britischen Außenpolitik zu behandeln.[30]

Das Hauptquartier der CCG(BE) gliederte sich in zwei Teile: das eigentliche Hauptquartier (Advanced Headquarters) mit Sitz in Berlin-Wilmersdorf und das Zonal Executive Office (auch als Zonal Executive Offices oder als Main Headquarters bezeichnet) mit Sitz im Raum Lübbecke-Herford-Bad Oeynhausen-Bünde. Während in Berlin die politischen Richtlinien der Kontrollkommission festgelegt wurden, waren die Main Headquarters für die Exekutive innerhalb der britischen Zone zuständig. Military Governor und Commander-in-Chief war zunächst Field Marshal Montgomery. Ihm folgte am 1. Mai 1946 Luftmarschall Sir Sholto Douglas, dessen Stellvertreter als Deputy Military Governor – wie bereits unter Montgomery – Generalleutnant Sir Brian Robertson war, bevor dieser dann 1947 selbst Military Governor wurde. Der Military Governor vertrat Großbritannien im Alliierten Kontrollrat, während der Deputy Military Governor ständiges Mitglied im Koordinationsausschuß der alliierten Kontrollbehörde und Zonenoberbefehlshaber war. Sowohl in Berlin als auch im Zonenhauptquartier hatte der Deputy Military Governor je einen Vertreter, und zwar in Berlin den „Deputy Chief of Staff (Policy)" – DCOS (Pol) – und in Lübbecke den „Deputy Chief of Staff (Executive)" – DCOS (Exec). Der dritte Vertreter des DMG überwachte als „Deputy Chief of Staff (Organisation)" – DCOS (Org) – die Verwaltung der Kontrollkommission. Mit der allmählichen Demobilisierung der Armee und dem Aufbau einer zivilen Verwaltung hatten sich die Entscheidungsbefugnisse schon seit dem Spätsommer 1945 auf das Hauptquartier in Berlin verlagert.[31]

Die Kontrollkommission gliederte sich fachlich in vierzehn verschiedene „Divisions", sowohl in Berlin als auch in der britischen Zone: Naval; Army; Air; Political; Reparations, Deliveries and Restitutions; Trade and Industry; Food and Agriculture, Forestry, Game and Fisheries; Finance; Legal; Manpower; Internal Affairs and Communications; Prisoners of War and Displaced Persons; Public Relations and Information Services Control Group; Transport Division.

Diese Hauptabteilungen bestanden wiederum aus „Branches", so etwa die I. A. & C. Division aus sieben Unterabteilungen, wovon vor allem die Administration and Local Government Branch und die Education Branch zu nennen

30 Vgl. hierzu insgesamt Reusch, Londoner Institutionen. Der administrative Wirrwarr und die Kompetenzstreitigkeiten zwischen FO und WO sowie die recht eigenständige Linie der Kontrollkommission in der brit. Zone führten dazu, daß Hynd vor allem in Unterhausdebatten häufig auf verlorenem Posten stand und in das Kreuzfeuer permanenter Kritik geriet (vgl. hierzu Thies, S. 43).

31 Vgl. hierzu Klein, S. 74 ff.

sind. Der Deputy Military Governor bildete zur Vereinfachung seiner Arbeit zwei übergeordnete Abteilungen, die aus verschiedenen Divisions bestanden, und zwar die Economic Sub-Commission und die Governmental Sub-Commission. Letztere sollte sich häufig mit der Tätigkeit des Zonenbeirats befassen. Auch der Aufbau der Regions und Detachments der Militärregierung in den Ländern, Provinzen, Regierungsbezirken, Stadt- und Landkreisen war nach diesem fachlichen Prinzip geregelt.[32]

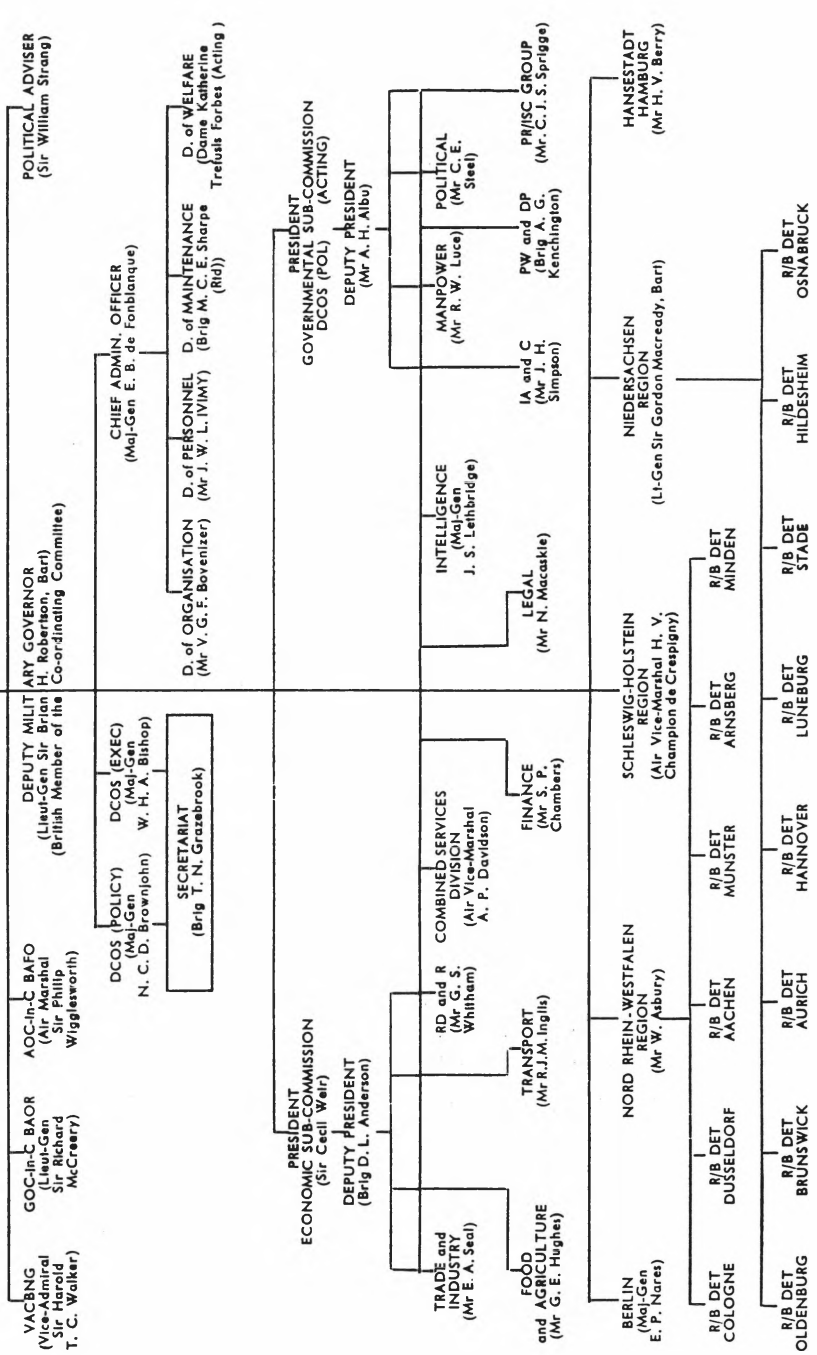
Unter dem Vorsitz von Brigadier Bridge, Leiter der Administration and Local Government Branch, debattierte die „Working Party" in Lübbecke – wie gesagt – insgesamt viermal über die Struktur und die künftigen Aufgaben des Zonal Advisory Council. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe war schwankend, insgesamt aber waren Vertreter der oben genannten Divisions wie auch der Branches der Internal Affairs and Communications Division anwesend. Es fehlten indessen Repräsentanten der Naval, Air, Reparations, Deliveries and Restitutions Division. Ein Mitarbeiter des britischen Counter Intelligence Bureau sollte darüber wachen, daß nur politisch unbelastete Deutsche Mitglieder des Zonenbeirats wurden. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus fünfzehn bis zwanzig Personen zusammen.[33]

Als Diskussionsgrundlage war der „Working Party" aus dem Büro des Deputy Military Governor in Lübbecke am 31. Oktober 1945 ein zweiseitiges Arbeitspapier zugegangen. Darin wurde zunächst festgehalten, daß man trotz der Dringlichkeit, einen Zonal Advisory Council zu bestellen, von dem Ausschuß vorerst einen Zwischenbericht erwarte. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, daß die Zusammensetzung des Gremiums sich noch nicht völlig geklärt hatte, wenngleich sich abzuzeichnen begann, daß die im Entstehen begriffenen Zonenzentralämter in ihm vertreten sein sollten. Dieser Konzeption lag die Überlegung zugrunde, daß ein Zonenbeirat, der sich lediglich aus einer Versammlung von irgendwelchen Beratern zusammensetzte, in den Augen der Deutschen keine Autorität für sich würde beanspruchen können. Ein weiterer der „Working Party" zur Diskussion unterbreiteter Vorschlag beinhaltete die Bildung des Rates auf einer territorialen Grundlage, d. h. durch Vertreter der Länder und Provinzen. Dann müsse allerdings in Kauf genommen werden, daß er keine fundierten Ratschläge erteilen könne wie ein reiner „functional council" aus Vertretern der Zonenverwaltung. Einem solchen Fachgremium könnten im Bedarfsfalle exekutive Vollmachten übertragen werden, entweder für die britische Zone oder für ganz Deutschland: „It would in fact be a ‚shadow cabinet' the functions of which could be enlarged as necessary."[34]

Der letzte Satz läßt aufhorchen, bemühten sich die Briten doch ängstlich darum, in ihrer Zone keine staatsrechtlichen Sonderwege zu beschreiten! Vor dem Hintergrund einer immer noch als möglich erachteten Einbettung der britischen Zonenverwaltung in ganz Deutschland erscheint der gewählte Ausdruck des Schattenkabinetts zwar weniger dramatisch, die erwogene Übertragung der Exekutive auf

32 Vgl. a. a. O., S. 76 f.; Balfour, S. 93–99; Thies, S. 37 f., sowie die folgende Übersicht.
33 Vgl. die Anwesenheitslisten in PRO FO 1058/167, Appx. „A" to Report, 5. 11. 1945; a. a. O.: Minutes of the Third Meeting of the Working Party, 23. 11. 1945.
34 A. a. O.: Office of the DMG and Chief of Staff, Main Headquarters, Lübbecke, 31. 10. 1945, hier: Appx. „A". Subject: Zonal Administrative Structure.

Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46



Zonenebene deutet indessen die Möglichkeit eines britischen Alleinganges an. Bei einer Bewertung dieser zunächst im theoretischen Raume gehaltenen Erwägungen ist zu bedenken, daß die in Potsdam vereinbarten Staatssekretariate nicht verwirklicht wurden und die Briten sich – wie die anderen Besatzungsmächte auch – vor das Problem gestellt sahen, die Verwaltung ihrer Zone funktionsfähig zu machen bzw. zu halten. Generalmajor Templer vom Office des Deputy Military Governor in Lübbecke hatte Generalmajor Balfour bereits am 22. Oktober 1945 mitgeteilt, daß man bei einem Scheitern der ins Auge gefaßten deutschen Zentralverwaltung langfristig nicht darum herumkommen würde, Zonenministerien einzurichten. Diese Maßnahme wiederum zöge weitreichende Folgen für die britische Besatzungspolitik nach sich, vor allem müßte das Konzept der Dezentralisierung im Hinblick auf die Funktionen dieser „zonal ministries" einer Prüfung unterzogen werden.[35]

Besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist ein undatiertes Arbeitspapier, das vermutlich ebenfalls aus dem Büro des Deputy Military Governor stammt[36] und sich ausführlich mit der Zusammensetzung des geplanten Zonal Advisory Council beschäftigt. Nicht weniger als drei Möglichkeiten der Mitgliederstruktur wurden in ihrem Für und Wider durchgespielt:

Plan A sah die Zusammensetzung des Zonenbeirats aus den Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone (oder ihre Vertreter) vor, womit das Gremium aus neun Mitgliedern bestanden hätte, da Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe nur gemeinsam einen Vertreter entsenden sollten. Als Argument für eine solche Regelung wurde zum einen angeführt, daß diese Verwaltungsvertreter der Länder und Provinzen ohnehin das letzte Wort haben müßten, da alle getroffenen Maßnahmen sich letztlich in ihrem Gebiet auswirkten. Die Ratschläge der Zonenzentralämter sollten bei Bedarf eingeholt werden. Zum anderen könnte ein solches Gremium zu einem „executive ‚federal council'" der britischen Zone werden, sollte sich dies als notwendig erweisen. Gegen ein derart konzipiertes Gremium sprachen indessen schwerwiegende Gründe: Den Chefs der Länder und Provinzen mangelte es an Kompetenz in Bereichen, die außerhalb ihres Einflußgebietes lagen (z. B. im Hinblick auf das Eisenbahnwesen); die Zonenverwaltung würde gleichsam in der Luft hängen. Infolgedessen sei die Gruppe der Länderchefs als Schattenkabinett für eine zukünftige deutsche Zentralverwaltung ungeeignet. Eine solche Zusammensetzung würde im übrigen dahin tendieren „to exalt the power of the Oberpräsidenten (not so much at the expense of the Länder as at the expense of functions hitherto outside the general adm[inistration])"; die Militärregierung erhielte auch die Ratschläge der Zonenverwaltung nicht direkt.

Plan B trug dem zuletzt angeführten Argument Rechnung und konzipierte einen Zonenbeirat aus Vertretern der Zonenverwaltung unter Hinzuziehung von Mitgliedern aus Bereichen, für die eine Verwaltung auf Zonenebene nicht vorgesehen war. Vorgeschlagen wurden insgesamt dreizehn Vertreter für: Gesundheitswesen,

35 Vgl. PRO FO 1050/142.

36 Vgl. PRO FO 1058/167: Appx. „A". Das Papier ist ohne erkennbaren Zusammenhang mit einem Schreiben überliefert, war aber allem Anschein nach ebenfalls als Diskussionsgrundlage für die „Working Party" konzipiert.

Post- und Nachrichtenwesen, Justizwesen, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Transportwesen und zusätzlich für Inneres (zwei Vertreter), Arbeitseinsatz, öffentliche Sicherheit, Erziehungswesen, Öffentlichkeitsarbeit [im Bereich von Presse-, Verlags-, Theater-, Kino- und Rundfunkwesen].

Ein solches Expertengremium könnte zweifellos zu jedem anstehenden Problem Stellung nehmen und als Koordinationsstelle für die gesamte Zonenverwaltung dienen. Es würde gleichsam die fachliche Gliederung der Kontrollkommission widerspiegeln und ein Schattenkabinett für eine zonale oder deutsche Zentralverwaltung abgeben. Auf der anderen Seite wäre bei dieser Konstruktion des Gremiums mit einer mangelnden Integrationsfähigkeit zu rechnen, da jedes Mitglied die Probleme naturgemäß aus der Sicht seiner Verwaltung sähe und überdies die Interessen der allgemeinen Verwaltung in den Ländern und Provinzen nicht angemessen vertreten wären. Die Chefs der Länder und Provinzen entbehrten eines ständigen direkten Kontaktes mit der Kontrollkommission, was nur durch zusätzliche Sitzungen in diesem Kreise aufgefangen werden könnte. Dann aber würde die Tätigkeit des Zonenbeirats in gewisser Weise unterlaufen („[this] would inevitably tend to duplicate the work of the ZAC").

Plan C schien sich daher als der optimale Kompromiß anzubieten, indem er die Mitglieder von A und B einfach zusammenlegte[37] und damit eine Ausgewogenheit zwischen den Interessen der Länder und Provinzen und der Zonenverwaltung zu erreichen suchte. Allerdings hielt man ein solches Gremium für zu groß, als daß es im Sinne eines Schattenkabinetts hätte wirksam werden können. Auch sah man die Gefahr einer fast notwendigerweise entstehenden Fraktionierung beider Gruppen und zog die Bilanz, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt unökonomisch sei, „to divert the energies of so many ‚top-line' officials to this purpose".

Bei diesen Gedankenspielen fällt immerhin auf, daß die Verwendung des Begriffes „shadow cabinet" durchaus kein Einzelfall war.[38] Bei den Erwägungen zu Plan A mag in Ansätzen der Länderratsgedanke der amerikanischen Zone Pate gestanden haben, zumal von einem „federal council" die Rede ist. General Clay, der stellvertretende Militärgouverneur der amerikanischen Zone, hatte den Ministerpräsidenten von Bayern, Hessen und Württemberg-Baden und dem Bremer Bürgermeister am 17. Oktober 1945 in Stuttgart den Plan für ein zonales Koordinationsorgan auf föderalistischer Grundlage unterbreitet.[39] Die Amerikaner zogen mithin aus dem Scheitern der Etablierung deutscher Zentralverwaltungen ebenfalls ihre Konsequenzen, wenn auch mit anderem Akzent als ihre britischen Kollegen.

Auffällig ist ferner, daß das britische Planungspapier insgesamt sehr pragmatisch gehalten ist, worauf auch die letzte Überlegung in Plan C verweist. In einer nüchternen Kosten-Nutzen-Analyse wird gar erwogen, auf die Bildung eines Zonal Advisory Council zu verzichten, sollte sich das Projekt als unökonomisch erwei-

37 Dabei sollten die Vertreter für Inneres und für Öffentlichkeitsarbeit entfallen, so daß sich statt zweiundzwanzig insgesamt nur neunzehn Mitglieder ergaben (vgl. ebd.).

38 So auch in einem Rundschreiben der Public Safety Branch, I. A. & C. Division, Main HQ, Bünde, gez. D. Osmond, 20. 11. 1945: „This [Zonal Advisory] Council will be by nature of a ‚Shadow Cabinet' [. . .]" (PRO FO 1006/327).

39 Vgl. hierzu Härtel, S. 4–8; zum LR siehe auch Dok. V.3 mit Anm. 206–238.

sen. Die Vertretung politischer Parteien hatte in diesem Effizienzdenken zunächst noch gar keinen Platz. Das kann auch nicht erstaunen, denn die politischen Parteien befanden sich auf Zonenebene zu dieser Zeit noch in ihrem Gründungsprozeß. Erst am 15. September 1945 hatten die Briten durch Verordnung Nr. 12 die Bildung von politischen Parteien in ihrer Zone genehmigt.[40] Immerhin war die Berufung von Parteienvertretern für den Zeitpunkt vorgesehen, zu dem sich die jeweiligen Parteigremien etabliert hätten.[41]

Als die „Working Party" sich am 5. November 1945 zu ihrer ersten Sitzung in Lübbecke traf, begann sich bald abzuzeichnen, daß Plan C die meisten Befürworter fand.[42] Während die Zulassung der Chefs der Länder und Provinzen wenig Schwierigkeiten bereitete, zog sich die Debatte über die „functional representatives" in die Länge. Jede in Frage kommende Fachabteilung der Militärregierung – außer der Naval, Army und der Air Division – sollte der „Working Party" einen deutschen Verwaltungsvertreter aus ihrem Bereich vorschlagen, von dem Weitblick, Erfahrung und nicht nur technisches Wissen erwartet wurden. Da das Auswahlverfahren wie auch die politische Überprüfung der Kandidaten einige Zeit in Anspruch nehmen würden, verzichtete man auf eine exakte Terminierung der Vorschläge.

Die Wahl eines Vorsitzenden wollte man dem Plenum des Zonenbeirats, dem eine bloß beratende Tätigkeit eingeräumt werden sollte, überlassen. Immerhin sah auch die „Working Party" in dem Gremium den Kern einer deutschen Zonenverwaltung oder des zonalen Bestandteils einer möglichen zukünftigen deutschen Zentralverwaltung. Ein britischer Verbindungsstab sollte den Informationsfluß zwischen der Kontrollkommission und dem Zonenbeirat sicherstellen, bei dem ein deutsches Sekretariat für die Erledigung der laufenden Geschäfte zu bilden war. Dessen Zusammensetzung könne der Rat eigenständig vornehmen.

Der Zonal Advisory Council sollte sich mindestens einmal pro Monat treffen, im Bedarfsfalle auch häufiger, wobei das erste Treffen so bald wie möglich in Lübbecke abzuhalten war. Auf dieser Sitzung sei über den zukünftigen Tagungsort zu befinden. Von der „Working Party" wurde hierfür Hamburg in Aussicht genommen, weil auch das Zonenhauptquartier beabsichtigte, seinen Sitz dorthin zu verlegen.[43]

Auf ihrer zweiten Sitzung am 12. November 1945 war sich die Arbeitsgruppe über die Bildung eines Zonenbeirats längst nicht mehr so einig wie eine Woche zuvor. Die Finance Division war nicht bereit, einen deutschen Sachverständigen vorzuschlagen, weil man mit der Bildung einer zentralen alliierten Finanzverwaltung in Berlin rechnete. Auch die Vertreter der Legal, Manpower und Transport Division

40 Vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 12 ff. Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen zur Parteienentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg seien zitiert: Heidenheimer, H.-P. Schwarz, Heitzer (Adenauer/CDU); Kaden, Klotzbach (Schumacher/SPD); Hein, Schröder (FDP).

41 Vgl. PRO FO 1037/4: Brig. Bridge, Director ALG Branch, Bünde, an King, Deputy Chief, Political Division, Lübbecke, 17. 11. 1945.

42 Vgl. zum Folgenden PRO FO 1058/167: Brig. Bridge, Chairman of the Working Party, an I. A. & C. Division, 10. 11. 1945.

43 Vgl. hierzu Dok. I.7 mit Anm. 2.

meldeten Vorbehalte an, die dahin gingen, den Deutschen in ihrer Zone nicht so viele Koordinationsmöglichkeiten zu geben, die einer Viermächteregelung zuwiderlaufen könnten.[44] Es zeichnete sich demnach in der „Working Party" eine Frontstellung zwischen Befürwortern und Gegnern des Zonenbeirats ab, die den Vorsitzenden, Brigadier Bridge, zu folgender Stellungnahme veranlaßte: Der geplante Zonenbeirat würde eine Zentralverwaltung auf gesamtdeutscher Ebene *nicht* unterlaufen, weil die britische Militärregierung durch ihn die deutsche Meinung zu *zonalen*[45] Problemen erfahren wolle. Zudem sei das Gremium rein beratender Natur. Seine Bildung stelle einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung dar, weil es den Deutschen erstmals die Möglichkeit eröffne, ihre Meinung zu allgemeinen Problemen zu äußern. Die Abteilungen der Militärregierung bräuchten nicht zu befürchten, ihre Arbeit und ihre Kompetenzen würden durch den Zonenbeirat beschnitten, wie dies vom Leiter der Manpower Division geäußert worden sei. Um diesen Vorbehalten die Grundlage zu nehmen, solle der Informationsfluß zwischen dem Chief of Staff der britischen Zone und dem britischen Verbindungsstab beim Zonenbeirat unter Konsultation der jeweiligen Divisions erfolgen.[46]

In der dritten Sitzung der „Working Party" am 23. November 1945 konnte Bridge dann mit der Rückendeckung des zonalen Hauptquartiers bekanntgeben, daß die bis dahin ausgearbeiteten Vorschläge genehmigt worden seien und daß nunmehr alle betreffenden Divisions und Branches bis zum 15. Dezember d. J. deutsche Fachvertreter zu benennen hätten. Lediglich im Hinblick auf die Funktion des Zonal Advisory Council als Kern einer deutschen Verwaltung sei folgende Abänderung der Formulierung erfolgt: „To form the nucleus of a German Zonal Administration, or the Zonal Component when Central German Ministries are set up."[47]

Aus der vierten Sitzung der „Working Party" am 30. November 1945 ging ein umfassender Abschlußbericht hervor, der auch die Vorbehalte der verschiedenen Fachabteilungen beinhaltete.[48] Die Manpower Division etwa lehnte es ab, daß sich die Kommunikation zwischen den Zonendienststellen, also Zonenzentralämtern, und dem Zonenbeirat nur bei gleichzeitiger Information der entsprechenden Divisions vollziehen sollte, und drang auf eine vorgeschaltete Einflußnahme der englischen Stellen, die wiederum einen Informationsfluß zwischen Zentralämtern und Zonenbeirat überhaupt genehmigen müßten. Einigkeit bestand über die Rückkoppelung zwischen dem britischen Hauptquartier (Chief of Staff) und dem britischen

44 Vgl. PRO FO 1058/167: Deputy Chief, Transport Division, Bad Oeynhausen, an Adv. HQ, Transport Division, Berlin, 16. 11. 1945.

45 Hervorhebungen von der Verfasserin.

46 Vgl. a. a. O.: German Zonal Administrative Structure. Comments by Chairman of the Working Party . . . on the paper . . . of 11 Nov 45.

47 A. a. O.: German Zonal Administrative Authorities. Minutes of the Third Meeting of the Working Party, 23. 11. 1945, Lübbecke; vgl. hierzu auch PRO FO 1051/1169: Confidential. Office of the DMG and Chief of Staff (British Zone), Lübbecke, an HQ, I. A. & C. Division, 29. 11. 1945.

48 Vgl. zum Folgenden PRO FO 1058/167: German Zonal Administrative Structure: Final Report of the Working Party [30. 11. 1945].

Verbindungsstab beim Zonenbeirat bei gleichzeitiger Hinzuziehung der jeweils zuständigen Fachabteilungen und über die Rücksprache zwischen den Divisions mit dem britischen Verbindungsstab, wovon der Chief of Staff zu informieren war.

Betreffend die Funktion des Zonenbeirats als eines Reservoirs von Verwaltungsexperten hieß es jetzt: „To form a good recruiting ground for administrators in zonal or Central Administrations if and when it is decided to set these up" – eine im Vergleich zu der oben zitierten Fassung unverfänglichere Formulierung.

Der Vertreter der Finance Division gab zu bedenken, daß es nicht angehe, wenn ein deutscher Finanzexperte im Zonenbeirat Vorschläge unterbreite, während zu gleicher Zeit entsprechende Viermächteverhandlungen in Berlin stattfänden: „Quite fundamental issues are involved and these have an ideological character which make it important that the negotiations in Berlin should not be hampered by expressions of opinion by Germans in the British Zone." Man ging sogar so weit, festzuhalten, in welchen Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausdrücklich kein deutscher Rat gewünscht werde: Zahlung der Reichsschulden und Reorganisation des Bankwesens. Diese Vorbehalte führten dazu, daß kein Fachvertreter für Finanzfragen in den Zonenbeirat berufen wurde und daß auch die Bildung eines Finanzausschusses erst in der sechsten Sitzung erfolgte.[49]

Die Debatte um die Zusammensetzung des Zonenbeirats, der zu einem gewichtigen Teil aus Vertretern der im Aufbau befindlichen Zonenverwaltung bestehen sollte, hatte zur Folge, daß auch bezüglich der bisher eher am Bedarf orientierten Administration entscheidende Weichen gestellt wurden. Diese Hilfsorgane der Militärregierung sollten in Zukunft nicht mehr ad hoc, sondern planmäßig gebildet werden, und zwar gemäß den früheren Reichsministerien bzw. den Fachabteilungen der Kontrollkommission. Damit sollten eine überschaubare Struktur und die Koordination der Stellen sichergestellt werden.

Im Hinblick auf die Verbindung der Zonenzentralämter mit dem Zonenbeirat fiel der „Working Party"eine bemerkenswerte Analogie ein, die sie allerdings im Nachsatz sofort wieder einschränkte: „The ultimate possibility that may be envisaged is a Whitehall [Sitz der britischen Regierung, d. Verf.] in which each Ministry is functioning in an executive capacity and is responsible to a ‚Cabinet' (the Zonal Advisory Council). (The fact that the Cabinet would be responsible to the Control Commission and not to Parliament does not affect the analogy as far as the Ministries are concerned.)" Doch dann hieß es: „Between the present stage and the ultimate stage (which may never arise) there is a big gap. The development would, however, be gradual and would not necessarily be at the same pace in all functions."

In der Praxis britischer Besatzungspolitik sollte der Nachsatz zum Tragen kommen, wobei sich die Zonenzentralämter gleichsam am Zonenbeirat vorbei entwikkelten. Immerhin machen diese frühen britischen Überlegungen deutlich, welche Möglichkeiten ins Auge gefaßt wurden, als es darum ging, die eigene Besatzungszone effektiv zu strukturieren. Die Folie für alle derartigen Erwägungen bildete eine angemessene Dezentralisierung gemäß den Potsdamer Vereinbarungen,

49 Vgl. Dok. II.3, Anm. 45 und die Verweise dort.

die Föderation im Sinne eines Bundesstaates. Daher wollte man einigen der sogenannten Ministerien auch nicht mehr als die Funktion eines koordinierenden Ausschusses zugestehen, womit die in Aussicht genommenen Fachvertreter für den Zonenbeirat Minister ohne ein Ministerium gewesen wären. Ein eigenes Sekretariat als Verbindungsstelle für die Zonenzentralämter hielt die „Working Party" nicht für sinnvoll; vielmehr sollte das Büro des Zonenbeirats die Koordination sicherstellen. Diese Konzeption scheiterte indessen an den Vorbehalten der britischen Fachabteilungen, die eifersüchtig darüber wachten, daß den Deutschen nicht zu früh allzu viele Kompetenzen übertragen wurden – und dann gar die Koordination der Zonenverwaltung in den Händen eines ausschließlich beratenden Gremiums! Es sollte dem Zonenbeirat allerdings gelingen, durch die zunächst ohne Wissen, dann mit Billigung der britischen Militärregierung in seinen Räumen stattfindenden sogenannten Ämterchefbesprechungen sich zumindest in Ansätzen zu einer Schaltstelle der Zonenadministration zu entwickeln.

Die am 30. November 1945 herausgegebene Zone Policy Instruction N° 9 enthielt die britischen Vorstellungen zur allmählichen Demokratisierung und Wiedererweckung des politischen Lebens auf allen Ebenen. Neben einer ausführlichen Berücksichtigung des Local Government und der in Aussicht genommenen Gemeinde- und Kreiswahlen findet bereits der Zonal Advisory Council als ein in naher Zukunft zu errichtendes Gremium Erwähnung. Zu seiner Zusammensetzung hieß es allerdings nur vage: „[. . .] partly on a functional and partly on a territorial basis, and later with political presentation."[50] Wie dieser Beirat im einzelnen aussehen sollte – etwa was die Namen der Mitglieder betraf –, war zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht abzusehen, denn das Intelligence Bureau mußte zunächst eine politische Überprüfung der vorgeschlagenen Kandidaten vornehmen. Unabhängig davon ist die Zone Policy Instruction N° 9 als die erste sozusagen amtliche Verlautbarung über den geplanten Zonenbeirat anzusehen. Mit der Zone Policy Instruction N° 12 vom 15. Februar 1946 trat der Zonal Advisory Council dann offiziell ins Leben.[51] Die Vorschläge der „Working Party" fanden hier ihren Niederschlag.

In der Zwischenzeit wurde sehr viel Energie auf das sogenannte screening der Zonenbeiratsmitglieder verwandt, und zwar vor allem im Hinblick auf die Fachvertreter. Dabei ging es nicht nur um die Frage einer politisch weißen Weste, sondern auch um die persönliche und fachliche Eignung der Kandidaten, wenngleich die politische Überprüfung durch das Intelligence Bureau in Bad Oeynhausen zweifellos im Vordergrund stand. Dort gingen die zum Teil bereits mit umfassenden Kommentaren versehenen Vorschläge der einzelnen Divisions ein.[52] Was man von den Fachvertretern erwartete, hatte das Büro des Deputy Military Governor in Lübbecke den Fachabteilungen am 8. Dezember 1945 eindeutig vorgegeben: „Representatives of functions must be able to give the German view on matters re-

50 Vgl. Dok. I.1.
51 Vgl. Dok. I.3. Am 29. 1. 1946 wurde der Abschlußbericht der „Working Party" vom DMG gebilligt, vgl. PRO FO 1037/2: Executive Meeting of the DMG (British Zone), 29. 1. 1946.
52 Vgl. die Vorgänge im einzelnen: PRO FO 1037/4.

ferred to the ZAC, and not be merely mouthpieces of the Divisions which control these functions."[53]

Insgesamt war damit die Bildung des Zonenbeirats auf den Weg gebracht, doch es sollte sich zeigen, daß die Briten mit diesem neuen Gremium Spannungen in einem Bereich heraufbeschworen, mit denen sie in diesem Maße wohl nicht gerechnet hatten: Die Chefs der Länder und Provinzen, die sich bisher als die berufenen Vertreter des deutschen Volkes betrachtet hatten, sahen sich in ihrem Führungsanspruch bedroht.

Seit dem Herbst 1945 hatten sie sich zunächst inoffiziell, dann mit Billigung und unter Kontrolle der Militärregierung zusammengefunden, um an wechselnden Sitzungsorten – Hiltrup, Bielefeld, Bad Nenndorf, Hamburg – zumeist Verwaltungs- und Koordinationsfragen, die sich aus den vielfältigen Problemen des Nachkriegsalltags ergaben, zu besprechen.[54] Die Konferenzen begannen, eine Eigendynamik zu entwickeln, als der Gedanke laut wurde, sie zu institutionalisieren. Sichtbarer Ausdruck dieser Bestrebung war der Plan für die Errichtung eines ständigen Sekretariats.

Die britische Militärregierung beobachtete diese Entwicklung sehr genau und ließ sich über jede dieser Konferenzen ausführlich berichten, und zwar von Captain Michael Thomas, der später auch beim Verbindungsstab des Zonenbeirats tätig war. Thomas verfaßte nicht nur Protokolle, sondern reicherte diese durch aufschlußreiche Kommentare zur allgemeinen Atmosphäre und zu einzelnen Persönlichkeiten an. Zur Länderchefkonferenz vom 19./20. November 1945 konnte er mitteilen, daß die Vorbereitungen für das geplante Sekretariat nunmehr angelaufen seien: Oberpräsident Lehr (Nord-Rheinprovinz) und Ministerpräsident Schlebusch (Braunschweig) hatten den Auftrag, einen geeigneten Generalsekretär auszuwählen. Neben Spiecker, dem späteren Zentrumsvertreter im Zonenbeirat, und Werkmeister, damals tätig beim German Economic Advisory Board in Minden, fiel bereits der Name des 47jährigen Gerhard Weisser, Ministerialdirektor im Braunschweigischen Staatsministerium und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Schlebusch. Da letzterer den Generalsekretär mit aussuchen sollte, hielt Captain Thomas Weisser für den aussichtsreichsten Kandidaten.[55]

Diese Tendenzen lagen nicht im Interesse der Kontrollkommission, die weder die Viermächteverhandlungen durch einen staatsrechtlichen Sonderweg belasten noch den Deutschen allzu große politische Bewegungsfreiheit gewähren wollte. Bei W. H. Ingrams von der Administration and Local Government Branch machte sich Unmut breit, der sich in einem Schreiben vom 17. Januar 1946 an die vorgesetzte I. A. & C. Division entlud. Ob diese Konferenzen denn überhaupt wünschenswert seien, so fragte Ingrams. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, „that they can achieve very little good and that they might do a great deal of

53 A. a. O.: Office of the DMG and Chief of Staff, Lübbecke, 8. 12. 1945: Establishment of a German Zonal Advisory Council for the British Zone.

54 Vgl. zur Bewertung dieser Konferenzen Vogel/Weisz, bes. S. 44–48.

55 Vgl. PRO FO 1037/70: Notes on the Conference of the heads of the Länder and Provinces of the British Zone held at Detmold, Nov 19/20 [1945]. Secret.

harm".[56] Er müsse auch vermuten, daß offensichtlich die Intention bestanden habe, die Länderchefkonferenz zu mehr als einer Stätte des Meinungsaustausches zu machen: „As the Oberpräsidenten do not owe their power to any popular suffrage, such a development would be most undesireable. [...] Altogether the ‚Gremium' seems to me to be a body with too much weight to be healthy when we are trying to set up more democratic institutions." Sicherlich hätten die Länderchefkonferenzen ihre Berechtigung in einer Phase gehabt, als es keine andere zonale Koordinationsstelle für die Länder und Provinzen gegeben habe, welche nun aber im Zonenbeirat auf einer erweiterten Mitgliedergrundlage zur Verfügung stehe.

Im Gegensatz zu dieser dezidiert ablehnenden Haltung Ingrams' war die „Working Party" zumindest in ihrer ersten Sitzung noch davon ausgegangen, daß die Bildung des Zonenbeirats die Länderchefkonferenzen in keiner Weise beeinflussen werde.[57] Dies war auch – zumindest was die Fortsetzung dieser Treffen anging – durchaus der Fall, wenn auch mit einer wichtigen Einschränkung: Der neu gegründete Zonenbeirat hatte den Länderchefkonferenzen den Rang abgelaufen, denn er war der unmittelbare Ansprechpartner der britischen Militärregierung. Die Länderchefs waren zwar auch in ihm vertreten, spielten aber keine führende Rolle mehr, wie sie es, gemessen an ihrem Selbstverständnis, in der ersten Zeit des staatsrechtlichen Vakuums getan hatten. Zwar stellte die Kontrollkommission ihnen frei, sich auch weiterhin zu treffen, maß diesen Sitzungen indessen keine offizielle Bedeutung mehr bei, da die Länderchefs ihre Anträge nur über den Zonenbeirat an die Briten richten durften.[58]

Aus dieser Konstellation lassen sich verschiedene Schlüsse ziehen:

1. Die Briten betrachteten, seitdem sie sich einmal für die Errichtung des Zonenbeirats entschieden hatten, diesen als das oberste und zentrale Beratungsgremium ihrer Zone.

2. Sie hielten diesen nach der Art einer „Ständeversammlung" zusammengesetzten Beirat im Ansatz für demokratischer als die Länderchefkonferenz.

3. Sie waren nicht bereit, dieser Konferenz neben dem Zonenbeirat eine gleichberechtigte Position einzuräumen.

4. Sie gingen nicht den Weg ihrer amerikanischen Kollegen, die im Länderrat ein Koordinationsorgan der Ministerpräsidenten geschaffen hatten, das sie mit relativ weitreichenden Befugnissen ausstatteten.

5. Darum bemüht, bei den anderen Alliierten nicht den Eindruck zu erwecken, eine Art „Zonenregierung" zu etablieren, wiesen die Briten dem Zonenbeirat ausschließlich beratende Funktionen zu, was im übrigen ihrer grundsätzlichen Besatzungskonzeption entgegenkam.

---

56 A. a. O.: Ingrams an HQ I. A. & C. Division, 17. 1. 1946. Subject: Meeting of the Oberpräsidenten.

57 Vgl. o. Anm. 42.

58 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 17. Daher waren fast alle Anträge, die die Länderchefs oder einer von ihnen im ZB vorlegten, in der unmittelbar vorangegangenen LChK formuliert worden. Diese Entwicklung läßt sich bis zum Sommer 1946 verfolgen.

In der Tat hätten die Länderchefkonferenzen als eine feste Einrichtung den Briten in mehrfacher Hinsicht Unannehmlichkeiten bereiten können. Nun hätte die britische Militärregierung kraft ihrer Autorität als Besatzungsmacht ein direktes Verbot aussprechen können, doch hätte ein solches Verfahren nicht in ihre politische Linie gepaßt. Diese Situation mag letztlich den Impetus gebildet haben, britischerseits die Initiative zu ergreifen und sich ein Gremium nach eigener Wahl zusammenzustellen. Die Länderchefs wiederum, die sich früher als in den anderen Zonen zu einer gemeinsamen Front formiert hatten, fühlten sich durch das Vorgehen der Besatzungsmacht in ihrer Position zurückgedrängt, zumal sich in der amerikanischen Zone mit dem Länderrat eine Institution etablierte, die ihren Wünschen weitaus mehr entsprach. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß sie dem Zonenbeirat mit einiger Skepsis gegenüberstanden, die sich im übrigen auch während der Zeit ihrer Mitgliedschaft und darüber hinaus nicht legen sollte.

Zunächst scheinen die Länderchefs sogar daran gedacht zu haben, den Sitzungen des Zonenbeirats nicht selbst beizuwohnen, sondern ständige Vertreter zu entsenden.[59] Eine solche Regelung, die das britische Konzept durchaus vorsah, trat dann allerdings nicht ein. Angesichts der Zusammensetzung des Zonenbeirats äußerten die Länderchefs die Befürchtung, sie würden durch die große Zahl der Fachvertreter in ihren Belangen überstimmt werden, ein Bedenken, das Captain Thomas zu der Überlegung veranlaßte, den Ländervertretern zwei Stimmen einzuräumen.[60] In der Praxis sollte auch dieser Vorschlag nicht zum Tragen kommen.

In ihrem Vorbehalt gegen den Zonenbeirat erhielten die Länderchefs der britischen Zone von ihren Kollegen aus der amerikanischen Zone Rückendeckung, und dies um so mehr, als sich ab Februar 1946 eine engere Zusammenarbeit zwischen ihnen andeutete. Am 6. Februar d. J. hatten Oberpräsident Kopf (Hannover) und Oberpräsident Lehr (NRP) sich erstmals mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone in Stuttgart, dem Sitz des Länderrats, getroffen. Die Gespräche kreisten vor allem auch um die Frage der jeweiligen staatsrechtlichen bzw. politischen Struktur der Zonen, wobei Ministerpräsident Geiler (Groß-Hessen) im Sinne seiner Kollegen für die Bildung eines Länderrats auch in der britischen Zone eintrat, da ein Gremium wie der geplante Zonenbeirat die Dinge nur verwässern würde.[61] Auch Lehr und Kopf hielten den Länderrat für eine beispielhafte Einrichtung, die von den anderen Zonen übernommen werden müsse, zumal die Länderregierungen angesichts einer fehlenden deutschen Reichsgewalt diese in ihrem Zuständigkeitsbereich treuhänderisch wahrnehmen müßten. Zonenbeiräte waren in einem solchen Konzept entbehrlich.[62]

Als sich die Länderchefs beider Zonen – dieses Mal mit voller Besetzung auch von „nordwestdeutscher" Seite – am 28. Februar/1. März 1946 in Bremen trafen, stand die konstituierende Sitzung des Zonenbeirats unmittelbar bevor. Angesichts der wiederum laut werdenden Kritik hielt Bürgermeister Petersen (Hamburg) es für

59 Vgl. PRO FO 1037/70: Notes on Conference of the Heads of the Länder and Provinces of the British Zone held at Düsseldorf Dec 10, 11 and 12th [1945] by Capt. M. A. Thomas, S. 7.
60 Vgl. ebd.
61 Vgl. AVB 1, Dok. Nr. 11, hier S. 275 f.
62 Vgl. a. a. O., S. 284 f.

angebracht, festzustellen, daß er jede ablehnende Stellungnahme hinsichtlich dieses Gremiums, dessen Bildung die Militärregierung angeordnet und das noch nicht einmal zusammengetreten sei, für taktlos halte gegenüber dem guten Willen der Briten[63] – deutliche Worte gegen den Länderratsenthusiasmus vor allem auf seiten Lehrs.

Bei aller Distanz, die die britische Militärregierung der Länderchefkonferenz gegenüber an den Tag zu legen begann, wies sie ihr doch eine wichtige Aufgabe zu: Sie sollte Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs benennen, wobei sich die Briten die endgültige Entscheidung zunächst selbst vorbehielten. Wieder kamen die Namen ins Gespräch, die bereits im Zusammenhang mit dem geplanten Sekretariat der Länderchefkonferenz gefallen waren: Spiecker und Weisser. Der Vorschlag Spiecker, den die Länderchefs aufgrund seines langjährigen Exils – unter anderem in Großbritannien – favorisierten, fand bei den Briten aus nicht näher genannten Gründen kein Gehör.[64] Captain Thomas favorisierte Weisser, den er als Generalsekretär für sehr geeignet hielt, wies jedoch in seinem Bericht über die Düsseldorfer Länderchefkonferenz (11. Dezember 1945) darauf hin, daß die Länderchefs mit der Berufung Spieckers rechneten.[65] Von der in Aussicht genommenen Bildung des Zonenbeirats waren sie auf eben dieser Konferenz offiziell in Kenntnis gesetzt worden.[66]

Die Auseinandersetzung um die Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs setzte sich auf der folgenden Konferenz am 24./25. Januar 1946 in Oldenburg fort.[67] So wie Captain Thomas die Diskussion darstellte, waren die Oberpräsidenten gegen eine Kandidatur Weissers, der sich in der letzten Sitzung als ungeeignet erwiesen habe („too small a calibre"); Werkmeister würde bei einer eventuellen Kandidatur einstimmig gewählt werden; Oberpräsident Amelunxen (Westfalen) habe Landrat Terdenge aus Warendorf vorgeschlagen. Wiederum sei Mißtrauen gegen die Fachvertreter geäußert worden, die die Länderchefs als Exponenten des Zentralismus bezeichneten und – im Hinblick auf gerüchteweise laut gewordene Namen – insgesamt für „too right wing and reactionary" hielten.

Auf der am 28. Februar/1. März 1946 in Bremen stattfindenden Länderchefkonferenz verteilte Thomas dann die Einladungen für die erste Tagung des Zonenbeirats am 6. März, insoweit es sich um die Ländervertreter handelte.[68] Der Termin für die konstituierende Sitzung hatte sich nicht zuletzt deshalb hinausgeschoben, weil

63 Vgl. a. a. O., Dok. Nr. 12, hier S. 292.

64 Vgl. PRO FO 1037/70, wie o. Anm. 59: „[. . .] certain doubts had arisen regarding the suitability of Spie[c]ker for the post of Secretary-General [. . .]".

65 Vgl. ebd.

66 Vgl. a. a. O.: Appx. „A" to Notes on Conference . . . at Düsseldorf . . . Translation of message given to Düsseldorf Conference. 11. 12. 1945. Über die voraussichtliche Bildung eines Zonal Advisory Council hatte Brig. Bridge die Länderchefs schon auf der Detmolder Konferenz (19./20. 11. 1945) unterrichtet (vgl. AVB 1, Dok. Nr. 5, S. 158).

67 Vgl. PRO FO 1037/70: Notes on the Conference of the Chiefs of Länder and Provinces at Oldenburg 24./25. 1. 1946 by Capt. Thomas, S. 6; S. 7 enthält eine Liste der Vorschläge für die Besetzung des Sekretariats. Vgl. hierzu auch Dok. I.12 mit Anm. 4.

68 Vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/3: Teilprot. zu der Beratung der Herren Regierungschefs der amerikanischen und britischen Zone im Gästehaus des Senats am 28. 2. 1946, o. D., Aufschrift: Dr. Friese, hier S. 2.

die Unterbringung des Gremiums in Hamburg Probleme bereitete. Am 14. Dezember 1945 teilte Bürgermeister Petersen der Militärregierung Hamburg mit, daß auf der Länderchefkonferenz in Düsseldorf beschlossen worden sei, die Arbeit des zentralen Beratungsausschusses für die britische Zone „zwischen dem 10. und 15. Januar 1946" aufzunehmen.[69] In einer Besprechung zwischen Petersen und der Militärregierung ließ diese am 15. Januar wissen, daß eine Entscheidung über die Installierung des Zonenbeirats kaum vor dem 20. Januar möglich sein dürfte. Auf keinen Fall werde der Rat in Hamburg errichtet, bevor die nötigen Räumlichkeiten tatsächlich verfügbar seien.[70] Am 21. Januar war diese Frage dann geklärt: Der Zonal Advisory Council sollte im ersten Stock des ehemaligen Wehrkreisgebäudes in der General-Knochenhauer-Straße, später umbenannt in Sophienterrasse, im Stadtteil Harvestehude untergebracht werden.[71] Für Zusammenkünfte des Hamburger Senats und von Verwaltungsvertretern mit den Mitgliedern des Zonenbeirats, der Presse und gegebenenfalls auch mit britischen Offizieren war ein Gebäude in Othmarschen, Zickzackweg 29, vorgesehen.[72] Mit Mühe gelang es schließlich auch, siebenundzwanzig Schreibmaschinen vom Abwicklungsamt Wehrmacht für den Zonenbeirat sicherzustellen.[73] Zwecks würdiger Begehung der Eröffnungssitzung und zur besseren Ausstattung der Räumlichkeiten stellten die Briten nach einigem Hin und Her sogar einen Teppich – aus der sogenannten Ribbentrop-Collection – zur Verfügung.[74]

69 Vgl. StAH, 131–14 I 1: Prot. über die 62. Sitz. mit der MR am 14. 12. 1945, Pkt. 1. Petersen teilte ferner mit, Spiecker sei zum GS bestellt worden!
70 Vgl. a. a. O.: Prot. über die 67. Sitz. mit der MR am 15. 1. 1946, Pkt. 3.
71 Vgl. StAH, 131–14 III c: Petersen an MR/Hamburg, 21. 1. 1946, sowie StAH Senatskanzlei II 000.23-1: Gebäude „Knochenhauerstraße". Zur 8. Sitz. im Oktober 1946 zog der ZB in die Esplanade (Innenstadt) um, vgl. Dok. VII.3, Anm. 392.
72 Vgl. StAH 131–14 I 1: Prot. über die 75. Sitz. mit der MR am 26. 2. 1946, Pkt. 7.
73 Vgl. StAH 131–14 III c: Petersen an MR/Hamburg, 13. 2. 1946.
74 Vgl. StAH Senatskanzlei II 000.23-1: Gebäude „Knochenhauerstraße", MR/Hamburg an Petersen, 19. 2. 1946; a. a. O.: Organisation des ZB . . ., 58: MR/Hamburg an Petersen, 18. 3. 1946.

2. Die konstituierende Sitzung des Zonenbeirats

Die erste Sitzung ihres neuen beratenden Zentralorgans wurde von der britischen Militärregierung fast generalstabsmäßig vorbereitet. Major General Templer, Deputy Chief of Staff (Executive), Lübbecke, sandte Generalleutnant Sir Brian Robertson am 14. Februar einen detaillierten Fragenkatalog zum Ablauf der Zeremonie zu, den er bereits mit entsprechenden Empfehlungen versehen hatte, „so that we can ensure that the ceremony goes without a hitch".[75] In einem ebenfalls von Templer verfaßten Rundschreiben hieß es dann am 15. Februar 1946: „DMG [Robertson] will not be able to meet the Councillors at the beginning of the ceremony. He will walk straight in and make his speech, which will last half an hour." Danach solle bei Kaffee und Zigaretten Gelegenheit für ein Gespräch zwischen Robertson und den Ratsmitgliedern sein. Eine deutsche Antwort auf die Eröffnungsrede sei nicht erwünscht.[76]

Das klang alles noch sehr steif und förmlich, und es sollte in der Tat noch einige Zeit dauern, bis das erste Eis zwischen Deutschen und Briten gebrochen war. Adenauer kommt in seinen Erinnerungen zu dem Urteil, daß der Zonenbeirat zwar nicht gerade ein machtvolles Instrument zur Durchsetzung deutscher Forderungen dargestellt, aber doch immerhin die Möglichkeit eröffnet habe, die deutsche Meinung zu artikulieren, mehr Einfluß zumindest auf die zonale Entwicklung zu nehmen und insgesamt durch die regelmäßigen Gespräche mit der britischen Militärregierung eine Vertrauensgrundlage zu schaffen. In der positiven Veränderung des psychologischen Klimas sah Adenauer, der die CDU im Zonenbeirat vertrat, eine der wichtigsten Funktionen des Gremiums[77], eine richtige Einschätzung, die auch vom ehemaligen Generalsekretär Weisser geteilt wird.[78]

Im Hinblick auf die deutsche Stimmungslage vermitteln die vom britischen Verbindungsstab angefertigten „Confidential Reports" zu den einzelnen Sitzungen – die im übrigen auch Bewertungen einzelner Ratsmitglieder enthalten – äußerst aufschlußreiche Einblicke in die britischen Wahrnehmungskategorien. Für die erste Sitzung, von der kein Wortprotokoll überliefert ist und wohl auch nicht angefertigt wurde, bildet der entsprechende Bericht des Verbindungsstabes eine wichtige ergänzende Quelle. Insgesamt lief die Sitzung ab, wie Generalmajor Templer sie geplant hatte. Am Nachmittag des 6. März 1946 versammelten sich die Ratsmitglieder zu ihrer ersten Arbeitssitzung. Die endgültige Zusammensetzung des Zonenbeirats sah nunmehr folgendermaßen aus[79]:

sieben Parteienvertreter: SPD: Schumacher, Kriedemann; CDU: Adenauer, Otto; KPD: Reimann, Hoffmann; FDP: Heile;

sechs Ländervertreter: Lehr (Nord-Rheinprovinz); Amelunxen (Westfalen); Kopf (Hannover); Steltzer (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Tantzen (Olden-

75 PRO FO 1032/672.
76 Vgl. a. a. O.
77 Vgl. hierzu Adenauer, S. 68, und insgesamt Hommel.
78 So in einem Gespräch mit den Bearb. der Edition (28. 9. 1985).
79 Vgl. hierzu im einzelnen Dok. I.9.

burg) (Bremen[80], Oldenburg, Braunschweig, Lippe/Schaumburg-Lippe wechselten sich bei der Teilnahme ab);

zehn Fachvertreter, d. h. Vertreter der Verwaltung;

zwei Gewerkschaftsvertreter: Böckler, Karl;

zwei Genossenschaftsvertreter: Everling, Schlack.

Folgt man dem sehr knapp gehaltenen deutschen Beschlußprotokoll, dann bereitete die Wahl des Vorsitzenden – im Vergleich zu der des Generalsekretärs – keine Schwierigkeiten.[81] Vor dem Hintergrund der besonderen Rolle der Länderchefs verdient die Wahl Oberpräsident Lehrs allerdings Beachtung. Sie dokumentiert einerseits das Bestreben der Ländervertreter, die Initiative im Zonenbeirat zu übernehmen, denn Lehr wurde von Petersen vorgeschlagen, und zwar bei einem Vorgespräch am 5. März[82]; einen Gegenkandidaten gab es nicht. Die Bereitschaft der Ratsmitglieder, dem Vorschlag Petersens zu folgen, zeigt aber auch das Bemühen, einen der Kritiker des Zonenbeirats und erklärten Föderalisten in die organisatorische Struktur des Gremiums einzubinden.

Captain Thompson vom britischen Verbindungsstab, der den Confidential Report zur ersten Sitzung verfaßte, schätzte Lehrs Fähigkeiten als Vorsitzender indessen nicht sehr hoch ein: „A bad chairman. He appeared eager for the success of the ZAC, although wishing to preserve the influence of the Oberpräsidenten within the Council."[83] Überhaupt meinte Thompson einen signifikanten Unterschied in der Haltung der Länderchefs und der Parteipolitiker feststellen zu können. Erstere seien ausgesprochen reserviert und hinsichtlich ihrer zukünftigen Position nervös gewesen, fühlten sie doch ihren bisherigen Führungsanspruch bedroht. Die Parteipolitiker hingegen hätten den Zonenbeirat als den unvollkommenen Beginn einer Entwicklung betrachtet, die zu einem politischen Gremium führen müsse: „Two important opinions of politicians concerning the ZAC were, firstly, Schumacher's openly expressed expectation that it would become a purely political body, and, secondly, Adenauer's emphasis on the special importance of the political parties who bore, he said, the ultimate responsibility towards the public for the decisions of the Council."[84] Trotz weniger Redebeiträge sei Schumacher die eindrucksvollste und wichtigste Persönlichkeit gewesen, während Adenauer seiner Partei keinen guten Start gegeben habe: „His interventions were usually negative and he probably embarrassed the other political representatives by constituting himself their spokesman."[85]

Bei aller Subjektivität dieser Eindrücke wird doch eines deutlich: Der Führungsanspruch der politischen Parteien mußte mit dem der Länderchefs kollidieren. Die

80 Bremen erhielt damit eine interessante Doppelfunktion, weil es auch im Länderrat vertreten war, dort allerdings kein Stimmrecht wahrnahm, solange es unter britischer Verwaltung stand (vgl. hierzu Härtel, S. X mit Anm. 2).
81 Vgl. Dok. I.12.
82 Vgl. Dok. I.13.
83 PRO FO 1014/128: Confidential Report N° 1. 23. 3. 1946. Secret, gez. Thompson, BLS, S. 3.
84 A. a. O.: Confidential Report N° 1 . . . Appx. „A": Notes on Personalities.
85 Ebd.

neben den Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertretern zahlenmäßig recht kleine, allerdings durch weitere Ernennungen für die FDP, NLP und das Zentrum allmählich wachsende Gruppe, die keineswegs eine einheitliche „Fraktion" bildete, schickte sich an, zusätzliches demokratisches Potential in das Gremium einzubringen. In einem Punkte allerdings unterschieden sich die Parteipolitiker nicht von den Länderchefs: Auch ihr Anspruch, für die deutsche Bevölkerung zu sprechen, war zunächst noch durch keine allgemeinen demokratischen Wahlen fundiert.

Fast parlamentarischen Charakter nahmen die Verhandlungen an, als die Berufung des Generalsekretärs zur Debatte stand, denn hier stießen die CDU- und die SPD-Vertreter in einem politischen Tauziehen um diesen Posten hart aufeinander. Adenauer versuchte, die Wahl Weissers, der neben Terdenge kandidierte, zu verhindern, nicht zuletzt deshalb, weil damit ein Sozialdemokrat an der Spitze des Sekretariats gestanden hätte.[86] Weisser, der in der Tätigkeit eines Ländervertreters zunächst grundsätzlich mehr Möglichkeiten als in der eines Generalsekretärs gesehen und die Konzeption des Rates mißbilligt hatte, wurde jedoch bei drei Gegenstimmen – davon zwei der CDU – gewählt.[87]

Mit der Eröffnungssitzung war der von den Briten seit Herbst 1945 geplante Zonenbeirat als Institution aufs Gleis gesetzt – und die Zukunft mußte zeigen, in welche Richtung seine Fahrt gehen würde. Den Fahrplan hatte die britische Seite recht eindeutig vorgegeben, wünschte sie doch eine ausschließlich beratende Tätigkeit. Auch die Rangiermöglichkeiten waren äußerst begrenzt. Immerhin stand nun aber ein zonales Forum zur Verfügung, auf dem sich die deutsche Meinung der Besatzungsmacht gegenüber artikulieren konnte und dies gemäß britischer Vorstellung auch sollte. Und in diesem zum Teil informellen Raum galt es – so jedenfalls die anfängliche deutsche Hoffnung –, Positionen zu besetzen, die eigenen Vorstellungen zum Tragen zu bringen.

86 Vgl. hierzu Dok. I.12, TOP 2, und ausführlicher Dok. I.13. V.2.

87 Vgl. AdsD Bestand Schumacher J 6: Weisser an Schumacher, 29. 12. 1945. – Zur Wahl Weissers vgl. Dok. I.13 mit Anm. 19 und 20.

3. Arbeitsvoraussetzungen und -bedingungen des Zonenbeirats und des britischen Verbindungsstabes

Mit der Bildung einer deutschen Kanzlei und der Person des Generalsekretärs stand dem Zonenbeirat der notwendige organisatorische Rückhalt für die technische Seite seiner Arbeit zur Verfügung. Die Kanzlei bereitete die Plenar- und Ausschußdebatten vor, sorgte mit Hilfe des Stenographenbüros Senz für die Erstellung der Protokolle[88] und beschaffte Informationsmaterial. Von hier aus liefen die Kontakte zum britischen Verbindungsstab, da der Zonenbeirat nicht direkt mit der Militärregierung kommunizierte. Für die Übersetzung englischer Dokumente war die deutsche Kanzlei zuständig, während umgekehrt die Übersetzung deutscher Schreiben beim britischen Verbindungsstab lag. Die Geschäftsordnung des Zonenbeirats wurde auf britischen Wunsch nach dem Muster der britischen Normalkanzleiordnung festgelegt, nach deren Grundsätzen auch die Tagesordnungen, Beschlußprotokolle und Vorlagen erstellt wurden.[89]

In der Kanzlei waren neben Generalsekretär Weisser seine Vertreter Herbert Blankenhorn und Kajus Köster[90] sowie Paul Josten tätig[91], die ebenfalls vom Plenum des Zonenbeirats – nach Vorschlag durch den Hauptausschuß – bestellt wurden. Welche Diskussionen die Wahl eines Sekretärs auslösen konnte, zeigt die umstrittene Berufung Walther Pahls auf der siebten Sitzung.[92] Dem Legationsrat und späteren Ministerialdirigenten Herbert Blankenhorn oblag neben der Organisation des Kanzleibetriebes vor allem der Kontakt zum britischen Verbindungsstab.[93] Durch ihn war an der Spitze des Sekretariats eine gewisse politische Ausgewogenheit gegeben, da er der CDU angehörte, obwohl – wie Girndt zu Recht vermutet[94] – der Informationsfluß zur SPD sich über Weisser ungehinderter vollzog. Man wird Weisser indessen nicht unterstellen können, er habe sein Amt ausschließlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten geführt.

Der zweite Vertreter des Generalsekretärs, Senatsdirektor Kajus Köster, war für innere Verwaltungsaufgaben, vor allem aber für die Verbindung mit der Presse zuständig, fürwahr keine leichte Aufgabe, da die Sitzungen des Zonenbeirats nicht öffentlich waren. Die von deutscher Seite verfaßten Pressekommuniqués unterlagen zudem einer rigiden britischen Zensur, die indessen allmählich gelockert wurde.

Köster brachte für diese Tätigkeit allerdings eine gewisse Erfahrung mit: Von Mai bis September 1945 hatte er als Editor in der Abteilung Talks and Features bei Radio Hamburg gearbeitet, bis zu seinem Wechsel zum Zonenbeirat war er Leiter der

88 Vgl. BA Z 2/32.
89 Vgl. Anl. 1 und Anl. 7
90 Vgl. die Dienstzeiten bei Vogel, Westdtld. I, S.72
91 Vgl. BA Z 2/18.
92 Vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 282–299.
93 Vgl. hierzu und zum Folgenden insgesamt die Geschäftsverteilungspläne in PA 1/1 sowie Anl. 9.
94 Vgl. Girndt, S. 49 f.

Pressestelle des Hamburger Senats gewesen.[95] Im Zonenbeirat organisierte Köster einen eigenen Nachrichtendienst, was bei dem damaligen Mangel an aktuellen Informationen von besonderer Bedeutung war. Seine Tätigkeit wurde dadurch erschwert, daß der britischen Militärregierung zunächst keineswegs daran lag, die beratende Tätigkeit des Zonenbeirats öffentlich zu machen. Dahingegen war es im Interesse des Sekretariats wie der Ratsmitglieder, eine politische Repräsentanz zu schaffen, deren Tätigkeit nach außen dokumentiert werden sollte. Nach Dorendorf habe ein Teil der deutschen Journalisten die schwierige Pressepolitik des Sekretariats stets hervorragend unterstützt, während viele andere die „innen- und außenpolitische Bedeutung der delikaten journalistischen Aufgabe" nicht oder erst sehr spät erfaßt hätten. Die deutsche Öffentlichkeit habe daher weniger, als es im deutschen Interesse gut gewesen wäre, an der „mühsamen und zielstrebigen politischen Aufbauarbeit" des Zonenbeirats teilnehmen können.[96]

Als fachliche Sekretäre bzw. Referenten für die zum Teil sehr komplexe Ausschußarbeit waren mit unterschiedlichen Dienstzeiten ebenfalls im Sekretariat tätig: Ministerialrat von Perbandt, Ministerialrat Pfefferkorn, der damalige Regierungsbaumeister Hillebrecht, Walther Pahl, Erich Möller und Kurt Schmidt.[97] Generalsekretär und Sekretäre waren Beamte und wurden über den Zonenhaushalt besoldet; die Bezahlung der Kanzleiangestellten erfolgte gemäß TOA.[98] Im Vergleich zu den siebzig Angestellten des Länderratssekretariats der amerikanischen Zone[99] nahm sich der rund zwanzig Mitarbeiter umfassende Stab der Zonenbeiratskanzlei[100] eher bescheiden aus. Der Gesamthaushalt des Gremiums wurde im Haushalt der Hansestadt Hamburg mitgeführt, wobei die Länder und Provinzen der britischen Zone sich an der Aufbringung der Mittel beteiligten. Die Rechnungsprüfung lag beim Zonenrechnungshof.[101]

Der britische Verbindungsstab umfaßte ähnlich wie sein Gegenstück, die deutsche Kanzlei, nur wenige Mitarbeiter. Unter der Leitung eines Senior Control Officers (SCO) waren vier Control Officers (CO) tätig, und zwar ein CO II und drei CO III. Der CO II wirkte als Deputy Controller. Während der Leiter des Stabes für die Verbindung zum britischen Hauptquartier zuständig war, oblag es den Control Officers, den Kontakt zu den Fachabteilungen zu wahren und Berichte zu verfassen. An jeder Sitzung des Zonenbeirats nahmen mindestens zwei bis drei Mitglieder des Verbindungsstabes teil, wenn sie auch nicht immer von Anfang bis Ende einer Tagung anwesend waren. Zur Durchführung der reichlich anfallenden Schreib- sowie kleinerer Übersetzungsarbeiten standen als „Clerical Pool" weitere sechs Mitarbeiter zur Verfügung. Bis Ende November 1946 wirkte Lt. Col.

95 Diese Auskünfte verdanke ich Herrn Dr. Gabrielsson vom StAH.
96 Vgl. Dorendorf, S. 30 f.
97 Vgl. a. a. O., S. 31, sowie StBKAH 08.18 Z: Zusammenstellung betr. personelle Zusammensetzung des Sekretariats des Zonenbeirats und Gehälter, o. D. [September 1946].
98 Vgl. hierzu insgesamt PA 1/13.
99 Vgl. Vogel/Weisz, S. 36.
100 Vgl. die – allerdings nicht vollständigen – Personalakten in BA Z 2/8-38, aus denen hier die Dienstzeiten der Mitarbeiter des sogenannten ersten ZB entnommen wurden. Es fehlen in diesem Bestand die Akten: Blankenhorn, Köster, von Perbandt, Pfefferkorn.
101 Vgl. hierzu insgesamt BA Z 2/39–43. Haushaltspläne des ZB in BA Z 10/358.

G. C. Pearson, der Lt. Col. A. Gilpin im Amte abgelöst hatte, als Leiter des Verbindungsstabes, ihm folgte bis März 1948 Peter Pares, der im April d. J. von F. E. B. Winmill abgelöst wurde. In der Auflösungsphase des Zonenbeirats wickelte Richard Thonger während des Sommers 1948 die Geschäfte des Verbindungsstabes ab.[102]

Dem deutschen Sekretariat oblag nicht nur die technische und zum Teil inhaltliche Vorbereitung der Plenar- und Ausschußsitzungen, sondern auch die Organisation der Anfahrt der Ratsmitglieder nach Hamburg sowie deren Unterbringung und Verpflegung während der Tagung. Angesichts der unzureichenden Versorgungsverhältnisse auf fast allen Gebieten des täglichen Bedarfs absorbierte diese Aufgabe ein großes Maß an Energie. Auch den Mitgliedern des Zonenbeirats wurde einiges abverlangt: abenteuerliche, von zahlreichen Straßenkontrollen oder gar Pannen unterbrochene Fahrten nach Hamburg und Unterkünfte in mehr schlecht als recht geheizten Räumlichkeiten.[103] Um die kargen Nachkriegsrationen zumindest etwas aufzubessern, bemühte sich das Sekretariat mit Hilfe der Länderchefs, die gemeinsamen Mahlzeiten in der Gaststätte des Hamburger Hauptbahnhofs etwas anzureichern und Tabakwaren zu besorgen. Während der ersten Monate des Zonenbeirats, die in eine besonders problematische Periode der Versorgungslage fielen, wurde die Verpflegung der Ratsmitglieder durch Zuwendungen aus den Ländern und Provinzen der britischen Zone – und zwar durch Bereitstellung sogenannter Reisemarken – organisiert. Dies geschah in einer Art Rotationssystem, indem etwa die Provinz Hannover oder die Nord-Rheinprovinz für das leibliche Wohl der Mitglieder auf je einer Sitzungsperiode zuständig war. Diese Mahlzeiten, deren Qualität und Reichhaltigkeit zeitgemäß begrenzt waren, konnten eine gewisse Zeit sogar markenfrei abgegeben werden.[104] Für private bzw. halbamtliche Treffen der Ratsmitglieder stellte der britische Verbindungsstab Tee und Kekse zur Verfügung.[105] In diesem Zusammenhang sind die für die Deutschen nicht nur informativen, sondern auch nahrhaften Empfänge bei der britischen Militärregierung zu sehen.[106]

Abgesehen von dieser in der damaligen Zeit zwar wichtigen, für den Ablauf der Zonenbeiratssitzungen aber eher sekundären Frage richtete sich der Unmut der

102 Die Unterlagen des britischen Verbindungsstabes sind im Bestand FO 1037 des PRO überliefert, wobei es sich vorrangig um Sachakten und unvollständige Protokollserien handelt. Material über die Dienststellenverwaltung des britischen Verbindungsstabes fehlt. Eine undatierte Personalliste [April 1948] in: PRO FO 1049/1394: Leiter: Winmill, Zahl der Mitarbeiter: zehn.

103 Vgl. hierzu die Erinnerungen Adenauers, bes. S. 66. Die Beiratsmitglieder waren meist in der Pension Prem, An der Alster 9, untergebracht.

104 Vgl. etwa PA 1/155: Verpflegungslisten für die 4. Sitz.; HStAH Nds. Z 50/76: Kopf an LEA Hannover, 6. 5. 1946; StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 6: Rundschreiben Weissers, 1. 8. 1946, Pkt. 5: Nunmehr mußten die Ratsmitglieder ihre Verpflegung durch eigene Reisemarken begleichen.

105 So der ehemalige GS des ZB, Gerhard Weisser, in einem Gespräch mit den Bearb. der Edition (28. 9. 1985).

106 Rückblickend vermutet Weisser, daß die Briten die alkoholisierte Stimmung der Deutschen, die aufgrund der geringen Zuteilungen wenig Alkohol vertrugen, dazu benutzten, ihre Gesprächspartner auszuhorchen (so in einem Gespräch mit Wolfram Werner, vgl. Werner, Einleitung zu AVB 2, S. 52, Anm. 292).

Ratsmitglieder bald gegen die technischen und organisatorischen Hindernisse, die sich ihrer Arbeit in Hamburg nicht selten in den Weg stellten. Für alle war die Mitgliedschaft im Zonenbeirat bei weitem nicht die einzige Tätigkeit, so daß sie im Hinblick auf die Einhaltung ihres Terminkalenders an einem reibungslosen Ablauf der Tagungen interessiert waren. Dieser war indessen besonders in der Anfangsphase, als sich die deutsche wie die britische Verwaltungsmaschinerie erst einspielen mußte, nicht gewährleistet. Zur fünften Sitzung etwa konnte der Gewerkschaftsvertreter Böckler nicht erscheinen, weil er die Fahrerlaubnis von Köln nach Hamburg nicht rechtzeitig von der dafür zuständigen Stelle der Militärregierung erhalten hatte.[107] Auf der vierten Sitzung legte der Hauptausschuß dem Plenum eine Wunschliste vor, um deren Erfüllung man die Kontrollkommission bitten wollte: Zwecks Erleichterung der Arbeit ersuchte man um eine Befreiung vom Sonntagsfahrverbot, um die Ausstellung von besonderen Ausweisen, aus denen die Zugehörigkeit zum Zonenbeirat zu ersehen war, um die Ausstellung von Interzonenpässen, um die Zuteilung von Benzin und die Aufhebung der 80 km-Beschränkung für Überlandfahrten sowie um die Befreiung von Ausgangsbeschränkungen (curfew). Die Kontrollkommission erfüllte diese Ersuchen nicht direkt, sondern empfahl den Ratsmitgliedern, Anträge an die jeweils zuständigen Abteilungen der Militärregierung zu stellen, die wohlwollende Berücksichtigung finden würden.[108] Bei einer Bewertung der Tätigkeit des Zonenbeirats wird man sich somit auch die schwierigen Rahmenbedingungen vor Augen halten müssen, unter denen das Gremium zu arbeiten gezwungen war.

Reibungsverluste ergaben sich auch in der Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat, dem britischen Verbindungsstab, dem britischen Hauptquartier und den einzelnen Fachabteilungen der Militärregierung. Da der Zonenbeirat nicht mit dem Hauptquartier oder den britischen Fachabteilungen direkt verkehren durfte, kam es bei der Weiterleitung bzw. der Beantwortung von Anträgen häufig zu erheblichen Zeitverlusten. Mit der „Secretariat Instruction N° 53" hatte das Büro des Stellvertretenden Militärgouverneurs in Lübbecke am 18. März 1946 zumindest theoretisch geregelt, in welcher Weise die einzelnen britischen Fachabteilungen Anfragen an den Zonenbeirat zu richten hatten. Die Vorlagen sollten präzise formuliert sein, die Fragen detailliert gestellt und logisch angeordnet werden, die Form der Anfrage sollte der britischen Normalkanzleiordnung entsprechen und auch die für die Debatte im Zonenbeirat notwendigen Hintergrundinformationen enthalten. Drei Kopien waren dem Sekretariat des Main Headquarters, zwei Kopien dem britischen Verbindungsstab direkt zuzustellen, der dann für die deutsche Übersetzung zuständig war.[109] An diesem Punkt stellte sich dann allerdings die erste Schwierigkeit ein, weil der britische Verbindungsstab über keinen Mitarbeiter verfügte, der sowohl fließend deutsch sprach als auch gleichzeitig eine Schreibmaschine professionell bedienen konnte.[110]

107 Vgl. Dok. V.4, TOP 76. I.6.
108 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 129–132.
109 Vgl. PRO FO 1050/80.
110 Vgl. PRO FO 1032/1489: Brig. Britten, Deputy President, Governmental Sub-Commission, Lübbecke, an Albu, Deputy President Governmental Sub-Commission, Berlin, 20. 5. 1946.

Verzögerungen ergaben sich auch in umgekehrter Richtung, wenn etwa Anträge des Zonenbeirats an die entsprechende Fachabteilung der britischen Militärregierung weiterzuleiten waren. Bis ein solcher Antrag mit einem Kommentar versehen wieder bei der deutschen Kanzlei einging, durchlief er folgende Stationen (hier am Beispiel der Manpower Division)[111]:

Deutsche Kanzlei des Zonenbeirats

Britischer Verbindungsstab

Main Headquarters – Governmental Sub-Commission (Policy Committee Meeting)

Manpower Division (Berlin)

Manpower Division (Lemgo)

Britischer Verbindungsstab [Kopien an Main HQ, Advanced HQ, Manpower Division (Berlin)]

Deutsche Kanzlei des Zonenbeirats.

Bei diesem an bürokratischen Klippen so reichen Weg kann es nicht erstaunen, daß beispielsweise Stellungnahmen der Manpower Division zur zehnten Sitzung (29./30. Januar 1947) zum Teil erst im Mai 1947 beim Sekretariat des Zonenbeirats eingingen.[112] An dem verspäteten Rücklauf der Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten entzündete sich die britische Kritik, sah man doch hierin eine empfindliche Blockade für die Effizienz des Beratungsgremiums.[113] Als dann schließlich Schumacher in seiner Funktion als Vorsitzender des Zonenbeirats in der sechsten Sitzung seinen Unmut wie den des Plenums über die zögerlichen und zum Teil unbefriedigenden, da an dem Kern der Dinge vorbeigehenden Antworten der Kontrollkommission äußerte[114], mußten die Briten handeln, zumal der Zonenbeirat inzwischen dazu übergegangen war, Anträge zu diskutieren, die noch nicht vom britischen Verbindungsstab genehmigt worden waren. Bei der Überschreitung ihrer Kompetenz hatten sich die Deutschen allerdings recht vorsichtig bewegt, denn alle diese Anträge standen in engem thematischen Zusammenhang mit bereits genehmigten Tagesordnungspunkten. Diese Konstellation wiederum führte dazu, daß die Governmental Sub-Commission (GOVSC) dem britischen Verbindungsstab am 30. August 1946 zugestand, derartige Punkte oder Anträge ohne zeitraubende Rückfragen zur Diskussion zuzulassen.[115]

Auf den regelmäßig stattfindenden Policy Committee Meetings der Governmental Sub-Commission standen auch die Verhandlungen des Zonenbeirats auf der Tagesordnung, wobei der Ausschuß zunächst als eine Art „Steering Committee" tätig wurde: Neben generellen Kommentaren zu wichtigen Tagesordnungspunkten

111 Vgl. insgesamt PRO FO 1051/1170.
112 Vgl. PRO FO 1051/1171.
113 Vgl. PRO FO 371/55618 C 10170: Governmental Sub-Commission (Policy Committee Meeting). Minutes of the 13th meeting, 16. 8. 1946, TOP 2vi: Hier wird die langsame Bearbeitung der Divisions moniert.
114 Vgl. Dok. VI.3, u. S. 699 f.
115 Vgl. PRO FO 371/55618 C 10919. Governmental Sub-Commission (Policy Committee Meeting). Minutes of the 14th meeting, 30. 8. 1946, S. 7.

– wie etwa der Länderordnung – wies er die einzelnen Anträge und Punkte den jeweiligen Fachabteilungen der Militärregierung zu.[116] Major General Erskine, als Leiter (President) der GOVSC Vorsitzender dieser Treffen, griff die Kritik Schumachers am 30. August 1946 auf und stellte fest, daß eine neue Regelung für die Behandlungen von Zonenbeiratsanträgen vorgesehen sei. Danach sollte der Informationsfluß über den britischen Verbindungsstab direkt zu den betreffenden Divisions und auch direkt zurücklaufen, wobei das Zonenhauptquartier und die Advanced Headquarters in Berlin per Durchschlag zu unterrichten seien. Zweifelsfälle müßten allerdings nach wie vor der Governmental Sub-Commission zur Entscheidung vorgelegt werden.[117]

Damit hatte sich der Verwaltungsweg zumindest in der Theorie ein wenig vereinfacht, doch das System blieb schwerfällig genug. Die von Erskine in Aussicht gestellte Regelung fand ihren Niederschlag in einem Rundschreiben des Sekretariats der Zonal Executive Offices (ZECO) in Lübbecke vom 17. Oktober 1946. Darin hieß es zunächst: „The general principle is that BLS ZAC correspond direct with Divisions/Sub-Commission etc., but copies of nearly all correspondence are sent to Secretariat ZECO and HQ for control."[118] Die Fäden liefen nach wie vor bei der Governmental Sub-Commission zusammen, und Generalleutnant Robertson hatte dem Deputy Chief of Staff (Executive) – kurz DCOS (Exec) – und dem unter ihm arbeitenden ZECO-Sekretariat die Verantwortung für die allgemeine Kontrolle des Zonenbeirats übertragen: „The BLS ZAC are responsible to DCOS (Exec) in the first place therefore, the Controller acting through ACOS (A) for matters of ZAC's work on the governmental side, and through ACOS (B) for ZAC's work on the economic side and for administration and establishment matters of the BLS. The GOVSC policy meeting at HQ however controls ZAC as far as policy matters are concerned, e. g. decision as to which Division should provide comments on ZAC resolutions etc., decision on whether a motion may be debated where there is a dispute between Divisions concerned. While Secretariat ZECO therefore has prime responsibility for seeing that guidance and control is provided to the ZAC through the BLS, Secretariat HQ acting under DMG's or GOVSC instructions at HQ, may also unilaterally send instructions to the BLS for ZAC. *Duplication of work may, therefore, occur unless care is taken to avoid it.*"[119]

Die „General Instruction N° 12" vom November 1947, die mithin schon für den reorganisierten Zonenbeirat galt, schrieb diese Zuständigkeiten im großen und ganzen nochmals fest. Nach Eingang des offiziellen Protokolls einer Zonenbeiratssitzung fertigte nunmehr das Zentralsekretariat des zonalen Hauptquartiers ein Memorandum an, das die Kommentierung der einzelnen Punkte auf die jeweiligen Fachabteilungen in Berlin verteilte. Diese sollten bei Bedarf mit ihren zonalen Divisions Rücksprache nehmen und dem Zentralsekretariat ihre Entwürfe vorlegen. „Central Secretariat, HQ, [. . .] after clearance with GOVSC (normally Deputy

116 Vgl. für die 6. Sitz. a. a. O., TOP 4.
117 Vgl. a. a. O., hier: TOP 4 i.
118 PRO FO 1032/1490: Rundschreiben Secretariat ZECO, 17. 10. 1946: Conduct of business in Secretariat ZECO.
119 Ebd., Hervorhebung von der Verfasserin.

President), will forward them to BLZAC, Hamburg, with information copies to ZECO and all Regional Headquarters."[120]

Der komplizierte Administrationskanal zeigt mehr als deutlich, daß Erskines Äußerung vom 30. August 1946 in der Tat Theorie geblieben war, denn die Klagen über ausbleibende Reaktionen der Fachabteilungen verstummten weder in der Zwischenzeit noch nach Erlaß der Anweisung vom November 1947.

Die Arbeit des Zonenbeirats wie des britischen Verbindungsstabes wurde vor allem für den letzteren durch Übersetzungsprobleme belastet. Dieser Faktor schlug um so mehr zu Buche, je ausführlicher und fachspezifischer die Kommentare und Gutachten des Zonenbeirats wurden, an denen der britischen Militärregierung so viel gelegen war. Als Bürgermeister Petersen auf der fünften Sitzung einen Gesetzentwurf zur Wiedergutmachung vorlegte[121], mußte der britische Verbindungsstab kapitulieren: Gesetz und Begründung waren nicht nur umfangreich, sondern auch in einer schwer verständlichen juristischen Fachsprache gehalten, so daß die Übersetzung durch einen Experten empfohlen wurde.[122] Als das Wiedergutmachungsproblem dann in der neunten Sitzung des Zonenbeirats zu einem ausführlichen Gesetzentwurf führte, stellte sich die Frage einer angemessenen Übersetzung spätestens hier mit aller Dringlichkeit.[123] Auf der gleichen Sitzung legte der Zonenbeirat auch ein vielseitiges Gutachten zur Reform der deutschen Sozialversicherung vor sowie eines betreffend den gesetzlichen Schutz gegen Denunziationen.[124]

Bei der Behandlung derartiger Fälle spielte sich folgendes Verfahren ein: Der britische Verbindungsstab leitete die Schriftstücke an die Interpreters' Group der britischen Militärregierung in Bad Salzuflen weiter, von wo aus sie nach ihrer Übertragung ins Englische an den Verbindungsstab zurückgingen, der sie nunmehr auf den „normalen" Dienstweg bringen konnte.[125] Es liegt auf der Hand, daß diese gründliche Prozedur nicht zu einer Beschleunigung der Arbeit des Zonenbeirats beitrug. Die Laufzeiten der oben genannten Gutachten sprechen für sich: Die Übersetzung der Vorlage betreffend den gesetzlichen Schutz gegen Denunziationen, die der Zonenbeirat Ende November 1946 an den Verbindungsstab geleitet hatte, war erst am 17. Januar 1947 abgeschlossen.[126] Der ebenfalls Ende November 1946 vorgelegte Entwurf zu einem Wiedergutmachungsgesetz ging überhaupt erst am 24. Februar 1947 an die Interpreters' Group – vermutlich nach Erledigung der erstgenannten Übersetzung! – und lag am 25. März 1947 im Umdruck vor.[127]

Auch die Fragen der Ratsmitglieder für die in der siebten Sitzung eingeführte Fragestunde wurden von der Übersetzungsgruppe in Salzuflen ins Englische übertragen.[128] Diese Abteilung stellte ferner – allerdings nicht in jedem Falle – Übersetzer

120 PRO FO 1037/6: HQ CCG(BE). General Instruction N° 12: Zonal Advisory Council - CCG Procedure [gedruckt, o. D., Eingangsstempel des BLS: 10. 11. 1947].
121 Vgl. Anl. 78.
122 Vgl. PRO FO 1037/46: BLS an Secretariat ZECO, 16. 7. 1946.
123 Vgl. Anl. 260. b.
124 Vgl. Anl. 262 bzw. 259.
125 Vgl. hierzu die Vorgänge in PRO FO 1037/34, 1037/37 und 1037/46.
126 Vgl. PRO FO 1037/37.
127 Vgl. PRO FO 1037/46.
128 Vgl. etwa PRO FO 1037/13.

für die Tagungen des Zonenbeirats zur Verfügung[129], eine Maßnahme, die immer dann von besonderer Bedeutung war, wenn hohe Vertreter der britischen Militärregierung an den Sitzungen teilnahmen. Ihre Reden wurden meist simultan übersetzt oder lagen vor Sitzungsbeginn in deutscher Übersetzung vor.[130]

Generalleutnant Robertson sprach bisweilen auch auf Deutsch[131], was dem überwiegenden Teil der Ratsmitglieder zweifellos entgegenkam.[132] Auch ihre Reden wurden simultan ins Englische übersetzt, wenn Vertreter der britischen Militärregierung anwesend waren[133]; die Mitglieder des britischen Verbindungsstabes folgten der Debatte in der Regel ohne sprachliche Hilfestellung.

Von den Sitzungen des Plenums fertigten das Sekretariat und der britische Verbindungsstab Niederschriften an, wobei allerdings nur von deutscher Seite ein Wortprotokoll geführt wurde. Aus diesem entstand ein Beschlußprotokoll, das – versehen mit den dazugehörigen Anlagen – an die Ratsmitglieder versandt wurde, während die stenographische Mitschrift in der Kanzlei einzusehen war. Der Verteiler der Protokollversendung zeigt, daß über den begrenzten Kreis der Ratsmitglieder hinaus auch die Zentralämter der britischen Zone oder der Länderrat der amerikanischen Zone von den Verhandlungen im Zonenbeirat informiert wurden.[134] Bevor das Beschlußprotokoll allerdings diesen relativen Grad an Öffentlichkeit erreichte, durchlief es ein zeitraubendes Genehmigungsverfahren. Diese Verzögerung führte dazu, daß etwa von den persönlichen Referenten Lehrs und Kopfs vorläufige Protokolle verfaßt wurden, damit der Informationsfluß in der eigenen Verwaltung frühzeitig sichergestellt war.[135] Dieser Weg wurde vor allem dann beschritten, wenn Fragen behandelt wurden, die die Länder und Provinzen direkt betrafen und zu deren fachgerechter Darlegung im Plenum die Länderchefs Kommentare, Daten und Fakten aus ihren jeweiligen Abteilungen benötigten.[136]

Der britische Verbindungsstab führte ein Kurzprotokoll, das sich auf den ersten Blick wie eine bloße Übersetzung der deutschen Fassung ausnimmt. Ein Vergleich einzelner Tagesordnungspunkte zeigt indessen, daß neben Abweichungen in der Formulierung vor allem deren Zählung – sie wurden von der ersten bis zur zweiundzwanzigsten Sitzung durchnumeriert – uneinheitlich ist.[137] Diese ab der siebten Sitzung insgesamt unorganische Abweichung erklärt den getrennten Bezug auf das britische bzw. deutsche Protokoll in den Kommentaren der Kontrollkommis-

129 Vgl. für die 1. Sitz. PRO FO 1032/672: Office of the DMG, Lübbecke, an Chief Interpreter, 23. 2. 1946. Danach wurde Lt. R. Lederer für die Eröffnungstagung angefordert.
130 Vgl. zur Simultanübersetzung Dok. VII.3, u. S. 954.
131 Vgl. Dok. XI.3 mit Anm. 157.
132 Der ehemalige Braunschweiger MP Kubel erinnert sich an eine große Zahl von „Humanisten", die zwar Latein und Griechisch, nicht aber Englisch beherrschten (in einem Gespräch mit den Bearb. am 28. 8. 1986).
133 Vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 163.
134 Vgl. z. B. PA 1/37: Aufstellung betr. Versendung des Protokolls der 9. Sitz., 12. 12. 1946; a. a. O.: Verteilungsplan für das Protokoll der 11. Sitz., 19. 5. 1947 [Datum hs.].
135 Vgl. hierzu Dok. II.2 mit Anm. 33–34 oder Dok. III.3 mit Anm. 115 und 153.
136 Vgl. etwa a. a. O. mit Anm. 64 oder Dok. II.3 mit Anm. 103.
137 Ein vollständiger Satz der englischen Kurzprot. in: PRO FO 1005/1573–1575. Mit wenigen Lücken sind diese auch im Bestand des PA überliefert, vgl. 1/42–49.

sion.[138] Das britische Kurzprotokoll wurde an die Hauptquartiere und die Fachabteilungen der britischen Militärregierung – zunächst 138 Stellen[139] – versandt und diente den Sitzungen des Policy Committee der Governmental Sub-Commission als Verhandlungsgrundlage.

Während das britische wie auch das deutsche Kurzprotokoll nur den Verlauf der Debatte im Plenum des Zonenbeirats wiedergab, enthielten die ebenfalls vom britischen Verbindungsstab verfaßten sogenannten „Supplementary Notes on Minutes" weitere Informationen für die britische Militärregierung. Diese Zusatzprotokolle, die indessen nicht für jede Sitzung angelegt wurden, galten als „Restricted" und wurden gemäß Verteilerliste der Kurzprotokolle versandt.[140] Als „Secret" wurden die für fast jede Sitzung ebenfalls vom Verbindungsstab verfaßten „Confidential Reports" eingestuft, die wichtige Bewertungen zu einzelnen Ratsmitgliedern bzw. zur Atmosphäre der Debatten enthielten und zunächst nur sechsundvierzig Stellen der Militärregierung zugingen.[141] Eine Erweiterung des Verteilers erfolgte erst allmählich; im Oktober 1947 erhielt die German Section im Foreign Office allein vierundzwanzig Exemplare der „Confidential Reports".[142]

In der zweiten Sitzung am 26./27. März 1946 wählte das Plenum des Zonenbeirats seine Ausschüsse[143], über deren Verhandlungen von deutscher Seite ebenfalls wörtliche Mitschriften oder Kurzprotokolle angefertigt wurden, während der britische Verbindungsstab sich darauf beschränkte, Berichte zu besonders wichtigen Ausschußsitzungen zu verfassen, in die zudem Fachoffiziere der britischen Militärregierung entsandt wurden.[144] So nahm Anthony Marreco an einigen Tagungen des Sonderausschusses für die Länderordnung teil, Chambers an denen des Finanzausschusses und Ryan an denen des Sozialpolitischen Ausschusses.

138 Vgl. etwa Anl. 159, 161, 163 und 164.
139 Vgl. PRO FO 1005/1573: Distribution for ZAC Agenda. Papers and Minutes [o. D.].
140 Vgl. etwa PRO FO 1014/128: Supplementary Notes by the BLS to the Minutes of the Third Meeting [2./3. 5. 1946].
141 Vgl. PRO FO 1014/128: Distribution for Confidential Reports . . . [nach Confidential Report N° 1].
142 Vgl. PRO FO 1037/64: Distribution, Confidential Report N° 13 on the 15th Meeting [15./16. 10. 1947]. Zur Überlieferung der Confidential Reports vgl. jetzt Ralph Uhlig, Confidential Reports des Britischen Verbindungsstabes zum Zonenbeirat der britischen Besatzungszone in Hamburg (1946–1948). Demokratisierung aus britischer Sicht. Bern/Frankfurt am Main 1993. (Kieler Werkstücke, Reihe A.8)
143 Vgl. Anl. 8.
144 Vgl. etwa PRO FO 1014/133 und 135.

4. Kompetenzen des Zonenbeirats

Die britische Militärregierung hatte den Zonenbeirat von vornherein als ein rein beratendes Gremium ohne legislative, exekutive oder judizielle Vollmachten konzipiert. Der Tätigkeitsbereich war mit der Zone Policy Instruction N° 12 vom 15. Februar 1946 eindeutig vorgegeben und ließ keinen Zweifel über den „Dienstleistungscharakter" der Körperschaft zu. Die Aufgaben und Funktionen des Zonenbeirats bestanden danach in Folgendem[145]:

1. Beratung der Kontrollkommission in allen Angelegenheiten, die diese dem Zonenbeirat vorlegte;
2. Behandlung von Themen allgemeinen Interesses und Vorlage entsprechender Empfehlungen auf Vorschlag eines oder mehrerer Ratsmitglieder bzw. eines der Zonenzentralämter oder einer Zonenverwaltungsbehörde;
3. Bereitstellung einer Personalgrundlage für Verwaltungsfachleute einer zonalen oder zentralen deutschen Verwaltung.

Immerhin schienen diese Bereiche einen gewissen Freiraum zu bieten, wenn die Tätigkeit des Zonenbeirats einmal angelaufen war. Dann mußte sich zeigen, wie weit die Kontrollkommission den deutschen Ratschlägen zu folgen geneigt war, welche Themen mit Erfolg auf die Tagesordnung gesetzt werden konnten und in welchem Maße es gelang, als Koordinationsstelle der Zonenadministration aktiv zu werden. Von Beginn an war den Zonenbeiratsmitgliedern allerdings bewußt, daß ihre formalen Möglichkeiten begrenzt waren, denn nirgendwo stand geschrieben, daß die britische Militärregierung etwa verpflichtet gewesen wäre, den deutschen Rat anzunehmen. Ferner konnte sie ihr unangenehme oder unpassende Themen blockieren, weil die Tagesordnung genehmigungspflichtig war. Da die deutsche Zonenverwaltung zunächst noch fest im Griff der britischen Fachabteilungen war, galt es, Mittel und Wege zu finden, deutsche Interessen mehr als bisher zur Geltung zu bringen.

Wie vorsichtig die britische Haltung gegenüber dem neuen Gremium war, zeigt ein Schreiben der Administration and Local Government Branch, Bünde, an ihre vorgesetzte Dienststelle, die Internal Affairs and Communications Division. Auf die Frage, welche Themen sie dem Zonenbeirat zur Behandlung vorlegen würde, antwortete die Abteilung am 21. März 1946 zunächst mit zwei grundsätzlichen Vorbehalten, aus denen auch ein gut Teil jener Einschätzung spricht, mit denen manche britische Offiziere den Deutschen vorerst begegneten. Die meisten der Themen, die die ALG Branch dem Zonenbeirat zur Beratung vorlegen könnte, so hieß es, beträfen politisch äußerst sensible Bereiche, die auf höchster Ebene verhandelt würden. Zwar würde man die Meinung der Deutschen durchaus schätzen, doch müßten diese verstehen, wenn man ihren Vorschlägen aus guten Gründen – die ihnen gar nicht deutlich seien – in der politischen Grundkonzeption der britischen Besatzungsmacht keinen Ausdruck verleihen könnte. Außerdem habe die bisherige Erfahrung gezeigt, daß es gefährlich sei, den Deutschen die Ausarbeitung von Plänen aufzugeben, wenn nicht gleichzeitig eine genaue britische Anweisung

145 Vgl. Dok. I.3, Pkt. 4.

ergehe: „In such cases they have a natural, and intelligible, bias towards the old ways which are well known to them, whereas we often have to take a new line in order to break with German tradition where it seems to us to be undemocratic or not sufficiently resistant to the anti-democratic forces inherent among the Germans. It is too much to expect them to consider dispassionately the possibility of a new alternative unless we give them a line to go on."[146]

Diese Vorbehalte nahmen, bezogen auf den Zonenbeirat, konkrete Gestalt an, als es um die Bewältigung praktischer Probleme ging, wie etwa die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt. Bevor dem Zonenbeirat eine entsprechende Vorlage der Kontrollkommission für die Debatte der vierten Sitzung (28./29. Mai 1946) zuging[147], kam es am 15. Mai 1946 in Lübbecke zu einem Treffen unter dem Vorsitz Brigadier Brittens, dem Deputy President der Governmental Sub-Commission. Anwesend waren Vertreter der verschiedenen Fachabteilungen der Militärregierung, die sich mit der Frage auseinandersetzten, in welche deutsche Kompetenz die Organisation von Arbeitskräften falle. Zwei Prinzipien britischer Besatzungspolitik stießen sich hier empfindlich im Raume: Auf der einen Seite hatte man diese wichtige Aufgabe der Zonenverwaltung übertragen, sie mithin zentralisiert, auf der anderen Seite schien sich in diesem Bereich die Möglichkeit zu eröffnen, die deutsche Selbstverwaltung zu stärken, ein vorrangiges britisches Anliegen. Man kam schließlich überein, die Angelegenheit an den Zonenbeirat zu überweisen, machte aber folgenden Vorbehalt: „The paper [submitted to the ZAC] should be drafted in such a way as not to bring any influence to bear on the ZAC."[148]

In dieser Konstellation fiel dem britischen Verbindungsstab keine leichte Aufgabe zu, war er doch als direkter Ansprechpartner der Zonenbeiratsmitglieder in besonderem Maße deren Reaktionen ausgesetzt. Schon nach der Eröffnungssitzung war Captain Thompson vom Verbindungsstab deutlich geworden, daß dessen Funktionen weit mehr umfassen würden, als sein Name ausdrückte. Er sah Führungs- und Beratungsaufgaben auf die Dienststelle zukommen und hielt es für erforderlich, daß der Verbindungsstab sich vor jeder Sitzung sachkundig mache, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden.[149] Sein Kollege, Lt. Col. Gilpin, stellte beim Umgang mit dem Zonenbeirat Taktgefühl und Taktik in den Vordergrund – und dies aus gutem Grunde.

Die Zone Policy Instruction N° 12 hatte die Kompetenzen des Zonenbeirats nämlich nur allgemein beschrieben und noch nicht deutlich gemacht, welche Themen unter die „reserved subjects" fielen und mithin nicht zur Diskussion zugelassen werden könnten. Im April 1946 nun hatte der Klärungsprozeß zwischen den Divisions und dem Hauptquartier einen vorläufigen Abschluß gefunden, der sich in

146 PRO FO 1037/2. Das von Ingrams in Auftrag gegebene Schreiben ist von Lt. Col. I. M. Cobban abgezeichnet.

147 Vgl. Anl. 36.

148 PRO FO 1037/31: Rundschreiben des Office of the DMG, Main HQ, CCG (BE) Lübbecke, 21. 5. 1946. Subject: The Powers of Nominated Representative Councils to Organise Labour. – Das Schreiben enthält das Prot. vom 15. 5. 1946.

149 Vgl. PRO FO 1014/128: Confidential Report N° 1. 23. 3. 1946. Secret, gez. Capt. Thompson, BLS, Pkt. 6.

einer fünfzehn Punkte umfassenden Liste niederschlug, die dem Zonenbeirat allerdings nicht vorgelegt wurde, „since this would probably have a depressing effect on the Council".[150] Die Liste mußte sich in der Tat aus deutscher Sicht entmutigend ausnehmen, waren doch folgende Bereiche nicht für eine Verhandlung im Zonenbeirat vorgesehen:

„1. Subjects on which decisions have been made in the Allied Control Authority in Berlin;
2. Disarmaments both Military and Industrial;
3. Reparations and the level of industry allowed to remain after removal of the plant for disarmaments and reparations;
4. Restitution [. . .];
5. Import-Export programme;
6. Financial questions in general;
7. Travel in and out of Germany;
8. International telecommunications and postal services;
9. Relationship between Reichpost [!] and Central Treasury;
10. Policy regarding arrest and detention;
11. Any aspect of administrative structure unless it falls within the policy of the Potsdam Agreement or is specifically referred to ZAC for discussion;
12. The general organisation of the Public Services for the next two or three months;
13. Code of service for each grade of local and regional Government officer [. . .] in each Land as and when established;
14. The production of new municipal codes to replace the original Deutsche Gemeinde Ordnung just published;
15. Any policy questions regarding fire services unless specifically referred to the ZAC for consideration."

Diese Liste wurde dem britischen Verbindungsstab an die Hand gegeben, damit er Vorschläge und Anträge des Zonenbeirats, die einen der sensiblen Bereiche berührten, schon im Vorfelde blockieren konnte. Wie die Debatten allerdings zeigen, gelang dies nicht in jedem Falle, und die Beschränkungen wurden – etwa im Hinblick auf die Punkte 2, 5, 6 und 14 – zum Teil sogar auf britische Initiative hin allmählich gelockert. Gilpin jedenfalls kommentierte den Katalog folgendermaßen: „This is a formidable list and the baby we have been given to hold not a very pleasant one. Considerable discretion will be necessary in ruling out subjects, if we are to avoid discouraging the Council to the point of despair."[151]

Die Ratsmitglieder waren indessen weniger von Verzweiflung erfüllt als von dem pragmatischen Bestreben, die Geschäftsordnung des Zonenbeirats in ihrem Sinne

150 PRO FO 1037/2: Office Memorandum. Subject: Reserved Subjects, unterzeichnet von Gilpin, 12. 4. 1946.
151 Ebd.

auszulegen. Sie begannen sehr bald, an den Ketten zu rütteln, die die Zone Policy Instruction N° 12 und weitere Anweisungen der Kontrollkommission ihnen angelegt hatten. Vor und hinter den Kulissen der Plenar- und Ausschußsitzungen unternahmen sie den Versuch, in mögliche Kompetenzvakua vorzudringen und insgesamt zu testen, wo ihnen von britischer Seite Einhalt geboten würde. Letztlich ging es bei diesen Bestrebungen darum, wie Weisser es rückblickend zusammenfaßt, angesichts der politischen Ohnmacht des deutschen Volkes in den von den Besatzungsmächten immerhin gebotenen äußeren Formen eine geeignete ungeschriebene Verfassung im bundesstaatlichen Sinne zu entwickeln.[152] Daß dies in der Tat geschah und daß Weisser von Beginn an entsprechende Aktivitäten entfaltete, entging auch dem britischen Verbindungsstab nicht. In einer persönlichen Unterredung mit dem Vorsitzenden des Zonenbeirats, Oberpräsident Lehr, vertraten Gilpin, Pink und Stopp vom Verbindungsstab die Ansicht, daß Weisser seine Position überschätze, wenn er glaube, eine politische Rolle spielen zu dürfen.[153]

Diese Kritik hielt den Generalsekretär allerdings nicht davon ab, in seinen Bemühungen fortzufahren und dabei auch – über den Kopf des britischen Verbindungsstabes hinweg! – Kontakte zu Dienststellen der britischen Militärregierung zu knüpfen. Am 11. Oktober 1946 etwa übersandte er an den offiziellen Postkanälen des Verbindungsstabes vorbei ein Schreiben an die Political Division in Berlin, und zwar an Alan Flanders, den Director der German Political Branch. Dem Schreiben war als ein informeller Diskussionsvorschlag der Entwurf einer Anordnung der Kontrollkommission betreffend die Errichtung einer „Dienststelle für interzonale Angelegenheiten beim Zonenbeirat der britischen Zone" beigefügt.[154] Nicht nur diesen Alleingang des Generalsekretärs nahm der britische Verbindungsstab zum Anlaß, am 9. Januar 1947 ein Memorandum über die Aktivitäten Weissers zu verfassen. Unmittelbarer Anlaß hierfür war ein Vorschlag, den Weisser auf der Sitzung des Finanzausschusses am 7. November 1946 geäußert hatte, nämlich Gäste aus anderen Zonen einzuladen, um über Fragen der Währungsreform zu diskutieren. „Weisser is known for his habit of exceeding his duties and in this case has refused to be put off from his object of bringing the question of Financial Reform into the public eye, and himself as one of the leading experts in this reform into the public eye at the same time."[155]

Bei diesen und anderen Vorstößen kam Weisser sicherlich zugute, daß er ein ausgewiesener Verwaltungs- und Finanzexperte war. Letzteres fand darin seinen Ausdruck, daß er als Sachverständiger im Finanz- und Währungsausschuß des Zonenbeirats tätig war. Seine Position wurde zusätzlich dadurch gestärkt, daß er ein eigenes Antragsrecht für die Plenarsitzungen erhielt und auch außerhalb der Rednerliste das Wort ergreifen durfte. Der Generalsekretär wurde allerdings nicht nur von seiten des Verbindungsstabes mit einem gewissen Mißtrauen beäugt, sondern

152 Vgl. Weisser in Dorendorf, S. 12.
153 Vgl. Dok. I.12, Anm. 7.
154 Vgl. BA Z 2/75, fol. 82 f.: Weisser an Flanders, 11. 10. 1946. Eine ausführliche Berücksichtigung dieses wie anderer entsprechender Vorschläge Weissers in: AVB 1, S. 959 f., Anm. 14.
155 PRO FO 1037/39. Das Memorandum enthält auch einen längeren hs. Zusatz Thongers, BLS, der unter anderem auf das Schreiben Weissers an Flanders und weitere „Verstöße" Weissers Bezug nimmt.

auch in zunehmendem Maße von den Länderchefs, die ihre angestrebte Führungsposition im Zonenbeirat nicht verwirklichen konnten und das Gremium unter den immer stärkeren Einfluß der Parteienvertreter geraten sahen. Während sich die Länderchefs der britischen Zone bis September 1946 regelmäßig trafen und ihr Vorgehen im Zonenbeirat aufeinander abstimmten[156], verfügten die beiden anderen größeren „Fraktionen" zunächst über kein vergleichbares Koordinationsorgan. Weisser organisierte daher Konferenzen der Fachvertreter, die unter dem Vorsitz Grimmes in den Räumen des Zonenbeirats stattfanden und bei denen er als Geschäftsführer fungierte. Ab September 1946 wurden zu diesen Besprechungen auch Zentralamtsleiter hinzugezogen, die nicht Mitglieder des Zonenbeirats waren, später waren auch Vertreter der bizonalen Verwaltung anwesend.[157] Der Verbindungsstab wußte von diesen Zusammenkünften zunächst nichts, und als er davon Kenntnis bekam, wurden sie gleichsam unter dem Druck der Tatsachen legalisiert.[158]

Auf Initiative Weissers trafen sich auch die Vertreter der politischen Parteien zu vorbereitenden Besprechungen, die zunächst allerdings wenig erbrachten. Erst als die Kontrollkommission es mit einer sehr scharf formulierten Begründung ablehnte, die Frage der Versorgung der Kriegsversehrten zur Debatte zuzulassen[159], entwickelten sich auch diese Besprechungen zu einer festen Einrichtung. Dahinter stand folgender Gedanke: Da die britische Militärregierung sich die Gestaltung der Tagesordnung vorbehielt und vom deutschen Standpunkt aus wichtige Angelegenheiten einfach absetzen konnte, mußten andere Wege gefunden werden, um die Diskussion solcher Fragen zu ermöglichen.[160] Immerhin erwuchs aus den Parteiführerbesprechungen eine gemeinsame Stellungnahme zur politischen Kontrolle der interzonalen Ämter.[161]

Damit war der Zonenbeirat jedenfalls von einer seiner Gruppen – wenn auch außerhalb der Plenarsitzungen – politisiert worden. Derartige informelle Besprechungen, deren Bedeutung man trotz der divergierenden Auffassungen der Parteipolitiker keinesfalls unterschätzen sollte, mußten in das Plenum zurückwirken. Dieser Aspekt kam besonders zum Tragen, als die Frage der Reorganisation des Zonenbeirats anstand, die die Parteipolitiker in ihrem Sinne zu lösen versuchten.

Der Zonenbeirat war also mit der tatkräftigen Unterstützung, wenn nicht gar unter der Führung seines Generalsekretärs dabei, sich immer weniger als ein technischer Ratgeber zu fühlen, sondern auch politische Akzente zu setzen. So unterschiedlich die Interessen der einzelnen „Fraktionen" innerhalb des Rates dabei auch waren, die Mitglieder zogen an einem gemeinsamen Strang, wenn es darum ging, die Stellung des Zonenbeirats aufzuwerten. Bereits auf der zweiten Sitzung

156 Die letzte LChK im alten Rahmen fand am 15./16. 9. 1946 in Bremen statt, bevor diese Treffen dann seit Oktober 1946 in eine bizonale Phase einmündeten, die von einem gesamtdeutschen Anspruch getragen war (vgl. die Konferenzprot. in StAB 3-R.1. m. Nr. 125 und Nr. 200).

157 Vgl. PA 1/63: Vorsatzblatt, 12. 10. 1946, verfaßt von Weisser.

158 Vgl. die „offizielle" Mitteilung Lehrs an Col. Pearson, BLS, vom 28. 5. 1946 in PA 1/65.

159 Vgl. Anl. 62.

160 Vgl. PA 1/85: Vorsatzblatt, 12. 10. 1946, verfaßt von Weisser.

161 Vgl. Dok. VIII.3 mit Anm. 181–183.

war von seiten der Länderchefs die Frage des Wiederaufbaus der deutschen Verwaltung – ein Thema der Länderchefkonferenz! – in die Debatte eingebracht worden[162], und nachdem sich der Hauptausschuß in Zusammenarbeit mit dem Rechts- und Verfassungsausschuß mit der Frage eingehend beschäftigt hatte, legte Steltzer auf der dritten Sitzung am 2./3. Mai 1946 fünf Leitsätze zur Verwaltungsreform vor.[163] Der darin zum Ausdruck kommende Anspruch war eindeutig gegen die Politik der britischen Militärregierung gerichtet, wenn es etwa hieß, daß die Sonderverwaltungen in die Verwaltungen der Länder einzubeziehen und damit einer parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen seien. Gänzlich unterlaufen wurde die Konzeption der Militärregierung im vierten und fünften Leitsatz: „4. Durchaus erwünscht ist eine möglichst baldige Unterordnung der zahlreichen bei den Fachabteilungen der britischen Militärregierung gebildeten ‚Beiräte' unter den Zonenbeirat, sei es, daß sie durch die Ausschüsse des Zonenbeirats ersetzt werden, sei es, daß sie zu gutachtlich tätigen Organen dieser Ausschüsse umgebaut werden. Die Zentralämter werden Organe des Zonenbeirats. 5. Der Zonenbeirat selbst ist als zentrales politisches Beratungsorgan der britischen Militärregierung umzugestalten."

Diese Forderungen veranlaßten den Deputy Military Governor, Generalleutnant Robertson, am 25. Mai 1946 zu einer eigenen Stellungnahme, die dem Zonenbeirat als Kommentar der Kontrollkommission zugeleitet wurde, ohne daß die Ratsmitglieder wußten, daß dieses eine Äußerung von höchster Stelle war.[164] Robertson stellte heraus, daß es gegenwärtig nicht die Absicht der britischen Militärregierung sei, dem Zonenbeirat exekutive Funktionen zu übertragen. Auch ginge es nicht an, die von der Kontrollkommission errichteten Exekutivorgane, d. h. die Zonenzentralämter, dem Zonenbeirat als einer nur beratenden Körperschaft zu unterstellen. Gegen eine enge Fühlungnahme zwischen der Zonenverwaltung und dem Zonenbeirat habe man indessen nichts einzuwenden – damit waren immerhin die Ämterchefbesprechungen beim Zonenbeirat offiziell genehmigt. Als der Nachfolger Montgomerys, der neue britische Militärgouverneur Luftmarschall Sir Sholto Douglas, den Zonenbeirat auf dessen vierter Sitzung besuchte, machte er die britische Position noch einmal deutlich: Die Bildung einer deutschen Exekutivkörperschaft mit Regierungsvollmachten auf Zonenebene passe nicht in die Konzeption der britischen Besatzungspolitik. Der Zonenbeirat solle seine Zeit nicht mit diesen unnötigen Erwägungen verschwenden, sondern das Augenmerk auf seine eigentliche Aufgabe lenken.[165]

Diese war für die Ratsmitglieder allerdings nicht eben befriedigend, hielt man doch die bisher behandelten offiziellen Tagesordnungspunkte für wenig reizvoll. Adenauer jedenfalls war nur dann zur sachlichen Arbeit bereit, „wenn wir nur anderen Stoff bekämen als Fahrradsteuer und ähnliche Punkte".[166] In diesem Sinne hatte gerade er versucht, die Arbeit des Zonenbeirats durch gezielte Anträge zu politisie-

162 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 186–193.
163 Vgl. Anl. 23.
164 Vgl. PRO FO 1037/2: Robertson an BLS, 25. 5. 1946, sowie Anl. 46.
165 Vgl. Dok. IV.3, u. S. 415.
166 Dok. V.3., u. S. 569.

ren. Zum einen sollte die völkerrechtliche Lage Deutschlands geklärt werden, zum anderen forderte er die Aufhebung der Zonengrenzen und eine einheitliche Verwaltung und Kontrolle Deutschlands durch interalliierte Organe.[167] Beide Anträge wurden nicht zur Beratung zugelassen, hatten aber immerhin zur Folge, daß die Kontrollkommission sich zur völkerrechtlichen Lage unter der Besatzungsherrschaft äußerte und die Haager Landkriegsordnung für verbindlich erklärte.[168]

Obwohl Robertson und Douglas den Bestrebungen des Zonenbeirats, seine Kompetenzen vor allem gegenüber den Zentralämtern zu erweitern, eine klare Absage erteilt hatten, gab es innerhalb der Kontrollkommission durchaus abweichende Meinungen. Brigadier Britten, Stellvertretender Leiter der Gouvernmental Sub-Commission in Lübbecke, entwarf im Frühjahr 1946 ein Papier mit dem Titel „Necessity for an eventual Executive German Zonal Administration for the British Zone".[169] Als Begründung für diese Überlegungen führte er drei Aspekte an:

1. Die direkte Kontrolle der Zone durch die britische Militärregierung stelle eine ungeheure Belastung des Personals dar.
2. Die Politik der „indirect control" eröffne die Möglichkeit, den Deutschen Exekutivbefugnisse zu übertragen und lediglich Rahmenrichtlinien zu erlassen.
3. Der derzeitige Weg direkter Kontrolle biete allerorten breite Angriffsflächen für die deutsche Kritik.

W. H. Ingrams von der ALG Branch in Bünde kritisierte, daß Britten auch den Zonenbeirat in seine Gedankenspiele einbezog, sah er doch hierin die Bestätigung einer lang geäußerten Befürchtung, „that the Zonal Advisory Council would get out of hand and become executive". Dies dürfe um so weniger geschehen, als der Beirat kein echtes Repräsentativorgan darstelle, „but almost a Grand Fascist council!"[170] Ingrams setzte sich für die Bildung einer zonalen ernannten Repräsentativkörperschaft ein, „which would have a Cabinet and all the rest, and which would become the Zonal executive administration with Ministries deriving from the several Zonal Advisory (soon to become Executive) German Committees now in being or in process of formation [. . .]".[171]

So gegensätzlich Britten und Ingrams in ihren Auffassungen auch waren, beide stimmten darin überein, den Deutschen mehr Verantwortung zu übertragen. Sie

167 Vgl. a. a. O. mit Anm. 32 sowie Anl. 79.

168 Vgl. Anl. 74. a/b.– In seinen Erinnerungen schreibt Adenauer es seinem persönlichen Einwirken auf Robertson im April 1946 zu, daß zumindest einzelne Demontagefälle im ZB behandelt werden durften. Adenauer hatte erklärt, daß der ZB jedes Ansehen bei der deutschen Bevölkerung verlieren würde, wenn man über die Demontage als eine der wirtschaftlichen Kernfragen nicht debattieren könne (vgl. Adenauer, S. 68). Es ist indessen anzunehmen, daß Adenauer diesen Vorgang falsch datiert, denn er trug diese Vorbehalte fast wortwörtlich am 14. 2. 1947 in Berlin vor, als der HA von Robertson empfangen wurde (vgl. Dok. X.A.3, u. S. 1574; ebenso Hommel, S. 46).

169 Vgl. PRO FO 1050/81; dort hs. Entwurf, o. D. [März 1946] sowie die maschinenschriftliche Fassung vom 15. 5. 1946.

170 A. a. O.: Ingrams an Brig. Gaffney, I. A. & C. Div., Bünde, 22. 3. 1946; Grand Fascist council hs. korrigiert aus: ground fascist council.

171 Bezogen auf die im Entstehen begriffenen Zonenzentralämter.

bewegten sich damit auf der Linie des Military Governor Montgomery, der sich kurz vor seiner Ablösung durch Sholto Douglas grundsätzlich zu dem Thema geäußert hatte. Nachdem Montgomery bereits am 3. Dezember 1945 einen Vierphasenplan für die britische Besatzungspolitik formuliert hatte, der die Entwicklung der britischen Militärregierung zu einer Zivilverwaltung vorschrieb („from a military and direct basis to a civil and indirect one")[172], legte er am 25. März 1946 dessen zweiten Teil vor. Dieser war in den Eingangsabschnitten von den Erfahrungen des ersten Nachkriegswinters geprägt, der zwar insgesamt mild gewesen war und zu keiner gravierenden Krise geführt, die Militärregierung aber hart gefordert hatte. Auch war die Aussicht auf die kommenden Monate, vor allem im Hinblick auf die Energie- und Nahrungsmittelversorgung nicht eben günstig. In der klaren Erkenntnis, daß die Militärregierung schon aufgrund ihrer allmählichen Reduzierung im kommenden Winter schwerwiegenden, aus eigener Kraft kaum zu lösenden Problemen gegenüberstehen würde, sprach Montgomery sich für eine verstärkte administrative Mitverantwortung der Deutschen aus. Das Prinzip der „indirect control", das die Amerikaner mit viel Erfolg und wesentlich früher in ihrer Zone eingeführt hätten, müsse nun auch endlich in der britischen Zone Anwendung finden: „[. . .] the best people to deal with the many difficulties which beset Germany today and await her in the future are not ourselves but the Germans. They know far better how to deal with their country's problems and they are not inferior to us either in intelligence nor in determination. Many times during the War we were astounded by the German's powers of resistance and recovery. He can produce the same powers in peace as in war. It is our function to see that he is given a chance to use these powers but not to abuse them."[173]

In Verfolg dieser Politik sei der Aufbau der deutschen Verwaltung eine Grundvoraussetzung, der bedingt durch ihre Entnazifizierung indessen auf große Probleme stoße. Für die Briten gelte, den einmal eingesetzten deutschen Verwaltungsfachleuten Vertrauen entgegenzubringen, ihren Rat zu beachten und ihr Prestige in den Augen ihrer deutschen Landsleute aufzubauen. In diesem Zusammenhang maß Montgomery dem Zonenbeirat als dem Haupt der deutschen Zonenverwaltung eine herausragende Bedeutung zu. „A corner stone in the new policy which this Memorandum is intended to found will be the encouragement and development of this Council." Für eine solche Ermutigung schlug der Military Governor vier Wege vor, die allerdings die Kompetenzen des Zonenbeirats nicht wesentlich stärken sollten. Immerhin fallen einige Formulierungen auf, die sich positiv von den bis dahin verlauteten britischen Äußerungen abheben:

„(a) By putting to them for their advice all domestic matters on which we wish to issue policy instructions. Subjects such as Reparations, Demilitarization etc. would never be put to them;

172 Vgl. PRO FO 1038/110: Rundschreiben Field Marshal, Military Governor and Commander-in-Chief, BAOR, Montgomery. Subject: The Evolution of Government in the British Zone [I]. 3. 12. 1945. Secret.

173 A. a. O.: Rundschreiben . . . Montgomery. Subject: The Evolution of Government in the British Zone (II). 25. 3. 1946, S. 2.

(b) By allowing them to discuss as high a percentage as possible of the subjects which they wish to raise, but on which they must first seek Control Commission permission. [. . .];

(c) By accepting their advice, wherever possible and, if needs be, going out of our way to do so;

(d) By ensuring that, where German advice has to be rejected because it cuts across matters of British policy we give full and convincing reasons für our rejection of their advice."[174]

Der Zonenbeirat wurde hier aber immer noch primär unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungseffizienz betrachtet. Sein mögliches politisches Gewicht, das die Parteienvertreter zu entwickeln versuchten, fand keinerlei Erwähnung. Eine solche Lesart wäre dem britischen Demokratieverständnis auch zuwidergelaufen, war der Zonenbeirat doch nach Konstruktion und Zusammensetzung nicht „truly representative", wie es immer wieder hieß. Wie konnte er da mit einem vollen demokratischen Anspruch auftreten? Diese Frage nach ihrem Selbstverständnis und nach ihren Wirkungsmöglichkeiten bewegte auch die Ratsmitglieder, zumal die Rechtsnatur ihres Zonenbeirats alles andere als eindeutig war.

174 A. a. O., S. 3.

5. Rechtsnatur des Zonenbeirats und Selbstverständnis seiner Mitglieder

„Die Probleme, mit denen wir in Deutschland ringen, sind sehr schwer, und es ist vielleicht für die auswärtigen Beobachter ein merkwürdiges und irritierendes Bild, was sich hier ergibt, aber trotzdem wir nur ernannte Mitglieder sind, hofft doch jeder, daß er weite Kreise der Bevölkerung vertritt und in seiner Person soviel Demokratie repräsentiert, als zu repräsentieren ist."[175]

Als der Vorsitzende des Zonenbeirats, zu dieser Zeit Kurt Schumacher, diese Selbsteinschätzung auf der siebten Sitzung (18.–20. September 1946) formulierte, konnte er sich des Consensus omnium sicher sein. Die Frage nach der Position, die ihnen die Berufung durch die Militärregierung eingebracht hatte, beschäftigte die Ratsmitglieder von Anfang an. Bei manchen mochte auch die Befürchtung eine Rolle gespielt haben, in den Augen der deutschen Bevölkerung als Kollaborateur zu gelten, wenn man dem Mandat, das ja eines der Besatzungsmacht war, Folge leistete. Deshalb war es nur allzu verständlich, wenn die Ratsmitglieder in ihren Reden, gleichsam um sich gegenseitig ihrer Position zu versichern – denn die Sitzungen waren ja nicht öffentlich –, immer wieder auch Reflexionen über ihren Status einfließen ließen. Eng damit verbunden war der Anspruch, nicht nur als Verwaltungsgremium zu fungieren, sondern auch auf die zukünftige Gestaltung Deutschlands Einfluß zu nehmen. Schon in der zweiten Sitzung hatte Oberpräsident Steltzer bei der Debatte über den Wiederaufbau der Verwaltung deutlich gemacht, daß es dabei um weit mehr als um ein reines Verwaltungsproblem gehe: „[. . .] Unsere Stellungnahme bedeutet in gewisser Hinsicht eine Stellungnahme zum Verfassungsproblem als solchem." Bei der Behandlung dieser Frage müsse nach Formen gesucht werden, „die in irgendeiner Weise an unsere geschichtliche und demokratische Tradition anknüpfen, denn eine solche Tradition gibt es."[176]

Damit war ein inhaltlicher Schwerpunkt vorgegeben, den die Ratsmitglieder in den folgenden Sitzungen durchaus im Blick behielten und der vor allem in der zweiten Phase des Zonenbeirats an Gewicht gewinnen sollte, als sich das Gremium vorwiegend mit Verfassungsfragen beschäftigte. Zunächst war allerdings noch nicht abzusehen, wie lange der Zonenbeirat als ein Provisorium der Besatzungsherrschaft überhaupt im Amt sein würde, wenngleich Übereinstimmung darüber herrschte, daß seine Existenz nicht von langer Dauer sein werde und dürfe.[177]

Durch die Schaffung des Zonenbeirats mittels britischem Erlaß war eine zonale Zentralstelle errichtet worden, die in mehr als einer Hinsicht eigentümlich war und immer wieder Anlaß gab, nach ihrer Rechtsnatur zu fragen. Dabei ging man zunächst von der heterogenen Zusammensetzung aus und meinte, folgende Elemente erkennen zu können: Als rein beratendes Gremium faßte der Zonenbeirat kabi-

175 Dok. VII.3, u. S. 914 f.
176 Dok. II.3, u. S. 161 f.
177 Vgl. a. a. O., S. 96: Weisser: „[. . .] wenn der Zonenbeirat, wie wir annehmen, keine allzu lange Existenz haben wird [. . .]"; so auch die Einschätzung Kohn-Brandenburgs, S. 569: „Gemeinsam ist den Institutionen beider Zonen [Länderrat und Zonenbeirat] das Merkmal des Improvisierten und der immer wieder bekundete Wunsch, bald überflüssig zu werden, in einer Einheit aufzugehen."

nettsartig die als Ressortverwaltungen tätigen Zentralämter zusammen („Quasi-Kabinett"); durch die Vertreter der Länder und Provinzen beinhaltete er den Nukleus eines „Reichsrates" oder „Bundesrates"; durch die Vertretung der politischen Parteien konnte er als Vorläufer einer parlamentarischen Einrichtung gelten[178]; Ansätze einer Ständekammer konnten in der Vertretung der Konsumvereine und Gewerkschaften gesehen werden, was Kritiker nicht selten dazu veranlaßte, insgesamt von einer „Ständeversammlung" zu sprechen. Immerhin trug der Zonenbeirat in seiner ersten Phase in gewissem Umfang Elemente eines Bundesstaates in sich.

Im internen Informationsdienst des Zonenbeirats hieß es mit Blick auf den Länderrat in der amerikanischen Zone: „Vergleicht man die englische und amerikanische Zone, so kann man sagen, daß der Länderrat in Stuttgart am konsequentesten die Funktionen eines künftigen Reichsrates vorwegnimmt, während der Zonenbeirat in Hamburg als Vorläufer für ein künftiges Reichskabinett und eines künftigen Parlamentes des deutschen Volkes gedeutet werden könnte."[179] In der amerikanischen Zone sah man die Dinge von einer gänzlich anderen Warte. In seinem Bericht über die fünfte Sitzung des Zonenbeirats, an der er gemeinsam mit Vertretern des Länderrats teilgenommen hatte, schrieb der Leiter des Regional Government Coordinating Office, Pollock, am 22. Juli 1946 an General Clay: „The Zonal Advisory Council in Hamburg, as our Director General Rossmann put it, is neither flesh, fish, nor fowl. They talk endlessly, but have neither power nor much influence. They are therefore, in no sense a counterpart to the Laenderrat [. . .]".[180] Wiederum anders mußte das Urteil ausfallen, wenn man den Zonenbeirat unter der bloßen Perspektive eines politischen Gremiums betrachtete. Unter dem Strich blieb dann nur, wie etwa aus dem Jahrbuch der SPD von 1946 zu entnehmen, daß der Zonenbeirat aufgrund seiner „unpolitischen" Zusammensetzung auf die politische Entwicklung in der Zone außerordentlich geringen Einfluß gehabt habe.[181]

Dieser Bewertungsquerschnitt verweist auf das generelle Problem des adäquaten Maßstabes. Je nach Wahl der Koordinaten wird sich, bestimmt vom jeweiligen subjektiven Erkenntnisinteresse, immer das ausschließlich oder vorrangig Positive oder Negative eines Gegenstandes herausfiltern lassen. Im Hinblick auf den die Bewertung des Zonenbeirats dominierenden Vergleich zwischen ihm und dem Länderrat ist zu fragen, ob dadurch der Blick auf die Möglichkeiten deutscher Politik bzw. deutscher politischer Artikulation in beiden Zonen nicht unzulässig verstellt wird. Vogel/Weisz etwa betonen zu Recht, daß das Selbstverständnis der politischen Kräfte beider Zonen dadurch geprägt gewesen sei, in der staatsrechtlichen Konstruktion der jeweils anderen nur das Unzulängliche zu sehen und die Institutionen als nicht demokratisch legitimiert zu disqualifizieren. Dabei hätten sich die Vertreter der britischen Zone insofern von ihren süddeutschen Kollegen unterschieden, als sie die Konstruktion beider Zonen für ungeeignet gehalten hätten,

178 Vgl. hierzu etwa Dorendorf, S. 27; im ZB selbst wurden diese Bezeichnungen des öfteren verwendet, vgl. z. B. Schumacher auf der 5. Sitz., Dok. V.3, u. S. 507.
179 PA 1/26, 13. 4. 1946, S. 2.
180 IfZ NL Pollock ED 122 Bd. 99.
181 Vgl. Jb. der SPD 1946, S. 8.

während vor allem die Länderratsmitglieder davon überzeugt gewesen seien, ihre Organisation sei mehr als nur eine Notlösung und habe Modellcharakter.[182]

Diese Beobachtungen lassen sich durch die Debatten im Zonenbeirat belegen. Zwar fielen auch hier – vor allem von seiten der Parteivertreter – einige bissige Bemerkungen in Richtung Länderrat[183], doch wurde die Ansicht vertreten, daß der Zonenbeirat in seiner Zusammensetzung und Konstruktion ebensowenig nutzbringend funktionieren konnte wie der Länderrat der amerikanischen Zone.[184] Den ersten Teil der Bewertung trugen die Länderchefs der britischen Zone durchaus mit, während sie den zweiten Teil nicht unterschreiben mochten, denn nach ihrem Selbstverständnis war der Länderrat ein Vorbild. Doch schon in der vierten Sitzung hatte Lehr die Betrachtung darüber, was der Zonenbeirat denn nun für ein Gremium sei, Kabinett oder Parlament, mit der Bemerkung abgeschlossen, daß dieser kleine Beirat nichts anderes sei als ein von dem Vertrauen der britischen Militärregierung geschaffenes Gremium, „das bestimmt ist, sowohl die Militärregierung zu beraten und Anfragen zu beantworten als auch von sich aus Anregungen zu geben und die gemeinsamen deutschen Sorgen zu beraten".[185]

Daß es in diesem Rahmen durchaus einen politisch zu nutzenden Freiraum gab, hatte Schumacher deutlich gemacht. Als er in der fünften Sitzung die Nachfolge Lehrs als Vorsitzender antrat und die Leistungen des Oberpräsidenten würdigte, wies er auf mögliche Kritik hin, weil Lehr „auch in die politische Arena gestiegen ist und mitgekämpft hat. Wenn das ein Fehler ist, dann versichere ich, daß ich diesen Fehler in verstärktem Umfange weiterbegehe."[186] Eindeutig war auch die Stellungnahme des Vorsitzenden der SPD bei der Begrüßung der Länderratsvertreter, die als Gäste an dieser fünften Sitzung teilnahmen. Im Hinblick auf die anstehende Länderordnung in der britischen Zone, die dem Zonenbeirat zur Behandlung übertragen worden war, formulierte er – zweifellos auch mit Blick auf die amerikanische Zone – den Führungsanspruch der politischen Parteien: „Jetzt gilt es einmal, alle Kräfte für die sachliche Mitarbeit zu aktivieren, aber die Verantwortung eindeutig auf bestimmte Schultern zu legen, und die Verantwortung wird nach dem Wunsche des Zonenbeirats auf die Schultern der politischen Parteien gelegt. [. . .] die Entwicklung in Deutschland geht eben vom Administrativen zum Politischen, und dementsprechend können stimmberechtigt auch nur diese politischen Faktoren sein."[187]

Mit diesem Anspruch, die Abstimmung über die Länderordnung in der britischen Zone den Parteien zu überlassen und die anderen „Fraktionen" im Zonenbeirat lediglich gutachtlich zu hören, konnten die Parteienvertreter sich zwar bei der Militärregierung nicht durchsetzen, aber die Einschätzung Schumachers traf doch den

182 Vgl. Vogel/Weisz, S. 82 f.
183 Vgl. etwa Adenauer in der 3. Sitz. (Dok. III.3, u. S. 245): „Das ist eine rein gouvernementale Einrichtung, die einen starken Beigeschmack nach Führerprinzip hat, während wir doch etwas anders zusammengesetzt sind und die frühere Fürstenkammer nicht allein hier tagt (Heiterkeit)."
184 Vgl. Schumacher auf der 6. Sitz. (Dok. VI.3, u. S. 718).
185 Dok. IV.3, u. S. 376.
186 Dok. V.3, u. S. 507.
187 A. a. O., S. 571.

Kern. Im Vergleich beider Zonen schnitt die britische, was die Entwicklung des politischen Lebens betraf, eindeutig besser ab. Die politischen Parteien hatten im Zonenbeirat ein Forum, auf dem sich Ansätze einer politischen Streitkultur im weitesten Sinne zu entwickeln vermochten. Diese Funktion konnte der Länderrat nicht erfüllen, weil die in ihm vertretenen Ministerpräsidenten sich nicht in erster Linie als Parteipolitiker verstanden. Das war in der britischen Zone durchaus ähnlich. Als der Länderrat dann im Frühjahr 1947 durch die Etablierung eines Parlamentarischen Rates erweitert wurde, in dem Abgeordnete der Länderparlamente saßen, kam auch diesem keine parteipolitische Bedeutung zu. Die Mitglieder stimmten nicht nach Fraktionen, sondern nach Ländern ab.[188]

In einer argumentatio ex posteriori ließe sich sogar die Behauptung wagen, daß diese Konstellation der ersten beiden Nachkriegsjahre weitreichende Folgen für die Frühphase der Bundesrepublik haben sollte: Die führenden Parteipolitiker kamen aus der ehemaligen britischen Zone, ja, Bundeskanzler und Oppositionsführer waren erstmals im Zonenbeirat aufeinandergestoßen. Oder, wie der ehemalige Generalsekretär Weisser es im Rückblick formuliert: „Im Länderrat saßen künftige Staatssekretäre, im Zonenbeirat die späteren Minister der Bundesregierung. Die britische Zone ging besser vorbereitet in die Bundesrepublik, der Süden spielte Staatenbund."[189]

Diese Bewertungen haben bei allem Vorbehalt etwas Bestechendes, denn sie eröffnen eine Dimension, die bei der geringen Kompetenz des Zonenbeirats dazu angetan ist, eine neue Qualität in die Beurteilung dieses Gremiums einzubringen, und zwar im informellen Bereich. Diesem wird man, auch in Kenntnis der britischen Akten, eine größere Bedeutung einräumen müssen als bisher. Dann nämlich wäre auch die Bewertung, der Zonenbeirat sei durch seine eigentümliche Konstruktion und durch die restriktive Politik der britischen Militärregierung ein Gremium für Politiker im Wartestand gewesen – so Vogel/Weisz[190] –, in einem etwas anderen Kontext zu sehen: Dieser Wartestand hatte durchaus konstruktive Seiten, und er sollte im Hinblick auf die zahlreichen informellen Kontakte der Ratsmitglieder untereinander wie vor allem zu maßgeblichen Repräsentanten der britischen Militärregierung nicht unterschätzt werden. Eine vergleichbare Position hatten die Politiker in der amerikanischen Zone nicht, ganz zu schweigen von der französischen Zone. Welchen Stellenwert die Briten diesem informellen Bereich beimaßen, zeigen die „Confidential Reports" des britischen Verbindungsstabes. Äußerungen der Ratsmitglieder in sogenannten Wandelhallengesprächen wurden seismographisch registriert und an die höchsten Stellen der Militärregierung weitergegeben. Nicht immer wird man dabei auf eine so dezidierte Äußerung wie die Adenauers am Rande der siebzehnten Sitzung stoßen, als er seine Meinung zur Londoner Außenministertagung kundtat: Hatte er sich im Plenum noch für die Erhaltung der deut-

188 Vgl. hierzu Härtel, S. 61; differenzierter Klein, S. 111 f. Weisser sah in dem Abstimmungsmodus des Parlamentarischen Rates eine zur Absurdität führende Überspitzung des föderalen Prinzips (vgl. StBKAH 08.18 W: Vermerk Weissers über die 2. Sitz. des Parlamentarischen Rates beim Länderrat am 14. 4. 1947, 18. 4. 1947 (Abschrift)).

189 So in einem Gespräch mit den Bearb. am 28. 9. 1985. Hommel, S. 63, bewertet Adenauers Mitarbeit im Zonenbeirat „als Teil des Weges Adenauers hin zur Kanzlerschaft".

190 Vgl. Vogel/Weisz, S. 68 f.

schen Einheit eingesetzt[191], so vertrat er in einem Gespräch mit Vertretern des britischen Verbindungsstabes die Ansicht, daß eine Einigung der Außenminister Deutschland nur zum Schaden gereichen würde: „With the doors open to Russia, the KPD or SED would gain unwarranted power and influence [. . .] If four-power agreement could be avoided, Germany would be able to develop a genuine democracy in the Western Zones."[192]

Dies ist nur ein, wenn auch hochrangiger Beleg für die Bedeutung der Arbeit hinter den Kulissen, die insgesamt schwer zu fassen ist.[193] Eine angemessene historische Bewertung dieses Phänomens ist insofern nicht zu leisten, als es sich dabei um nicht quantifizierbare Faktoren handelt. Eine klare Antwort auf die Frage nach dem deutschen Einfluß und die Wirkung der Arbeit des Zonenbeirats auf die Maßnahmen der britischen Militärregierung läßt sich daher nur in Einzelfällen formulieren, etwa bei der Länderordnung, der Sozialversicherungsreform oder der Verfassungsdebatte, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß auch die Briten nicht autonom handelten, sondern im Kräftefeld der alliierten Interessen standen, die sich immer stärker auseinanderentwickelten. Bei dem immer wieder herangezogenen Vergleich zwischen Zonenbeirat und Länderrat ist ferner zu beachten, daß im Länderrat vorrangig Entscheidungen für die Länderebene getroffen wurden, während der Zonenbeirat sich in erster Linie mit Fragen der Zonenverwaltung befaßte, deren Behandlung zum Teil theoretisierend, zum Teil improvisierend erfolgte. Während die Länder der US-Zone nämlich mehr oder weniger gewachsene Gebilde waren, traf dies auf die britische Zone wie auf die anderen Besatzungszonen nicht zu. Erörterungen über ihre Verwaltung bzw. die Kompetenzverteilung innerhalb dieses besonderen Rechtsbereiches mußten daher notwendigerweise einen vorläufigen Charakter tragen und konnten sich nicht in großen Gesetzeswerken niederschlagen, ging man doch davon aus, daß die Zoneneinteilung Deutschlands ein bald überwundenes Übergangsstadium darstellte.

Die Auseinandersetzung um die Konstruktion von Zonenbeirat und Länderrat, die von süddeutscher Seite unter dem Schlagwort des „norddeutschen Zentralismus" weitaus heftiger geführt wurde, gewann dadurch ihre besondere Dimension, als es vergleichbare Einrichtungen in den anderen beiden Besatzungszonen nicht gab. Weder die sowjetische und schon gar nicht die französische Zone konnten mit Gremien aufwarten, deren Position in staats- und verfassungsrechtlicher Hinsicht kontrovers diskutiert wurde. Die Argumentation von seiten der amerikanischen Besatzungszone verschärfte sich in dem Maße, wie sich eine bizonale Entwicklung abzuzeichnen begann. Nunmehr sah man die Gefahr einer zentralistischen Infiltration auf sich zukommen, die alle Errungenschaften des Föderalismus zunichte machen könnte. Die Bewertung der britischen Zone als eines Horts des Zentralismus richtete sich in diesem Punkte weniger gegen den Zonenbeirat als gegen die in die

191 Vgl. Dok. XVII.4, TOP 364.

192 PRO FO 1037/64: Confidential Report N° 15 on the 17th Meeting; gez. T. Steger. Secret. 2. 12. 1947, S. 3.

193 So hieß es etwa im Confidential Report N° 6 zur 8. Sitz. über einen Empfang, den Robertson für die Ratsmitglieder gab: „It again proved extremely popular with the Germans, who were eager to voice their opinions during the informal gathering." (PRO FO 1005/1614: Confidential Report N° 6 [8. Sitz.]; gez. F. E. Winmill. Secret. 7. 11. 1946, S. 1).

Länder hineinregierenden Zentralämter. Hier allerdings bestand eine seltene Einmütigkeit mit dem Zonenbeirat, hatte dieser doch von Beginn an versucht, die Zentralämter unter eine „parlamentarische" Kontrolle zu stellen.

Der in diesem Zusammenhang zitierte Vorstoß Steltzers auf der dritten Sitzung war nur ein Beispiel für das Bemühen, die Arbeit der Zonenzentralämter bzw. der als „Dunkelkammern" bezeichneten deutschen Beiräte bei den Divisions der Militärregierung zumindest im Ansatz zu demokratisieren.[194] Das hieß im damaligen zeitgenössischen Verständnis, das sich im Zonenbeirat aus ganz unterschiedlichen Richtungen strömend kristallisierte, die Zonenzentralämter dessen Kontrolle zu unterstellen, sie gar zu Organen oder Ausschüssen des Zonenbeirats zu machen. Dieses Modell krankte allerdings daran, daß es dem Zonenbeirat selbst, jedenfalls in seiner ersten Phase, auch an einer demokratischen Legitimation mangelte, denn seine Mitglieder waren lediglich von dem Vertrauen der Militärregierung getragen. Schon deshalb mußten die Anträge der KPD, den Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft, Schlange-Schöningen, von seinem Posten und damit auch aus dem Zonenbeirat zu entfernen, scheitern.[195] Die Parteienvertreter konnten noch am ehesten für sich in Anspruch nehmen, in einem demokratischen Verfahren in den Zonenbeirat entsandt worden zu sein; schließlich hatten ihre Parteigremien sie gewählt, bevor die Militärregierung ihr endgültiges Placet gab.

Von seiten der Zonenzentralämter wurde der im Zonenbeirat formulierte Kontrollanspruch durchaus akzeptiert, saßen die Leiter der maßgeblichen Zonenverwaltungen, Agartz (ZfW) und Schlange-Schöningen (ZEL), doch selbst in dem Gremium. Die Reden beider nehmen sich daher teilweise wie Rechenschaftsberichte aus und wurden von ihnen auch durchaus so verstanden. Schlange-Schöningen etwa schrieb in seinem Beitrag für die Reorganisationsdenkschrift des Zonenbeirats: „Ich halte eine politische Untermauerung der Zentralämter der britischen Zone in der Form einer parlamentarischen Kontrolle für unbedingt geboten. Der Leiter eines Zentralamtes muß in die Lage versetzt werden, einem parlamentarischen Gremium seine politischen und sachlichen Auffassungen darzulegen, zu Anfragen und Angriffen Stellung zu nehmen und sich gegebenenfalls zu verteidigen."[196] Grundsätzlichen Ausdruck hatte dieses Anliegen in der Resolution der Fachvertreter vom 22. Oktober 1946 gefunden wie auch in ihrem Beitrag zur Reorganisationsdebatte auf der zehnten Sitzung.[197]

Die britische Militärregierung erteilte allen diesen Vorschlägen jedoch eine klare Absage, und sie hatte aus ihrer Sicht gute Gründe dazu. Das ausschlaggebende Ar-

194 Vgl. etwa PA 1/63: Bericht über die Sitz. der Fachvertreter am 17. 9. 1946.

195 Vgl. Anl. 342 sowie Dok. XI.3 mit Anm. 244–245.

196 StAH, Senatskanzlei II: 000.23.3, Bd. 2, 10. Sitz. Zur geplanten Denkschrift des ZB vgl. u. Anm. 225. Angesichts der zahlreichen kommunistischen Angriffe auf seine Person wie auf die Ernährungsverwaltung insgesamt bat Schlange-Schöningen Adenauer um Rückendeckung, „damit die öffentliche Meinung nicht unnötig vergiftet und der kommunistischen Agitation ein Paroli entgegengesetzt wird". Im Hinblick auf die britische Haltung hielt Schlange-Schöningen diese Attacken für wenig bedeutend und sah seine Stellung durch seine Reden im ZB als erheblich gefestigt an (vgl. StBKAH 08.18 Sch: Schlange-Schöningen an Adenauer, 3. 12. 1946).

197 Vgl. Dok. VIII.3 mit Anm. 164–177 sowie Dok. X.3 mit Anm. 67.

gument für eine klare Kompetenzbegrenzung des Zonenbeirats in diesem Bereich hing mit seiner Rechtsstellung zusammen:

1. Als Gremium ohne legislative, exekutive und judizielle Befugnisse konnten ihm keine Exekutivorgane unterstellt werden, die die Zonenzentralämter seit dem Sommer 1946 waren.

2. Der Anspruch des Zonenbeirats, als maßgebliche Instanz die Zentralämter in parlamentarischem Sinne zu kontrollieren, war insofern verfehlt, als das Gremium selbst kein Zonenparlament darstellte und die Briten jeden Anschein zu vermeiden suchten, es könne sich um ein solches handeln.

3. Diese Tendenz kam insbesondere nach der Reorganisation des Zonenbeirats zum Tragen, als seine Mitglieder im weiteren Sinne als indirekt gewählt galten. Hätte man dem Rat in dieser sensiblen Phase der Viermächteverhandlungen auch noch die Zonenverwaltung unterstellt, wäre dem Vorwurf von seiten der anderen Besatzungsmächte, hier werde eine Zonenregierung etabliert, Tür und Tor geöffnet gewesen.

Der letztgenannte Effekt konnte auch nicht im deutschen Interesse liegen – und hier ist das eigentliche Dilemma des so vehement verfochtenen Anspruchs auf Kontrolle der Zentralämter zu sehen. Dieser Anspruch sollte – so die Vorstellung der Ratsmitglieder in ihrem Reorganisationsmodell – auf die bizonalen Verwaltungen ausgedehnt werden.[198] Ganz abgesehen davon, daß auch dieses Konzept von der britischen Militärregierung abgelehnt wurde[199], kamen im bizonalen Bereich Tendenzen zum Tragen, die auf den zonalen Rahmen zurückwirkten und die Stellung des Zonenbeirats insgesamt schwächten. Zum einen verlagerten sich die Verwaltungsentscheidungen über existenzielle Fragen wie etwa Energieversorgung oder Lebensmittelimporte auf die bizonalen Organe, die spätestens mit der Bildung des Wirtschaftsrats in Frankfurt über ein ebenfalls indirekt gewähltes, nun aber bizonales „Parlament" verfügten, dem gegenüber sie Rechenschaft ablegten.[200] Auch bei der Etablierung des Wirtschaftsrats waren die britische und die amerikanische Militärregierung darum bemüht, die Betonung auf die wirtschaftliche Organisation und weniger auf die naheliegende politische Vereinigung beider Zonen zu legen. Es ist allerdings symptomatisch, daß die zunehmende Blockade in den Viermächteverhandlungen sich in der Reorganisation der Bizone niederschlug, in der die Formation einer Zweizonenregierung und mithin die Weststaatlösung allmählich Gestalt gewannen. Das, was in der britischen Zone nicht möglich gewesen war, verwirklichte sich in der Bizone.

Der Absicht des Zonenbeirats, an der Koordination der Zweizonenämter beteiligt zu werden, hatte der Leiter des bizonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden, Rudolf Mueller, bereits im Vorfelde der offiziellen Gründung der Bizone (1. Januar 1947) am 4. November 1946 ablehnend gegenübergestanden. Seine Haltung war allerdings weniger von dem Schreckgespenst eines verfassungsrechtlichen Präjudiz' getragen als von der Befürchtung, daß, wenn einmal der Zonenbeirat an

198 Vgl. Anl. 295.
199 Vgl. Dok. X.A.3, u. S. 1573.
200 Vgl. hierzu u. mit Anm. 348.

der Koordination der Bizonenverwaltung beteiligt werde, der Länderrat ein Gleiches für sich fordern würde, womit die Dinge sich nur komplizierten.[201] Es muß dahingestellt bleiben, inwieweit dieses Argument eine Schutzbehauptung war, um einem Einfluß der zonalen Vertretungskörperschaften auf die Bizonenadministration auch von deutscher Seite von vornherein den Riegel vorzuschieben, zumal aus den Reihen der Ministerpräsidenten ähnliche Ansprüche geäußert wurden.[202] Immerhin bekundete Mueller seine grundsätzliche Bereitschaft, dem Zonenbeirat oder dessen Ausschüssen bei Bedarf Rede und Antwort zu stehen. Dazu kam es dann aber nur in der neunten Sitzung[203], weil sich die Verwaltung mehr und mehr bizonal ausrichtete und der Zonenbeirat sich nach seiner Reorganisation und nach der Errichtung des Wirtschaftsrats mit Wirtschaftsfragen nicht mehr befaßte.

Neben dieser formalen Argumentation ist wiederum die informelle Ebene zu sehen, in deren Spektrum ein gut Teil der Arbeit und der Einflußmöglichkeit des Zonenbeirats verortet werden müssen. Dieser Bereich spielte in die formale Ebene hinein, aus der er wiederum wichtige Impulse empfing. Die Durchdringung dieser beiden Bereiche zeigt sich etwa an den Vorträgen der Ämterchefs im Zonenbeirat: Formal sprachen diese in ihrer Eigenschaft als Zonenbeiratsmitglieder; informell konnten diese Reden durchaus als Rechenschaftsberichte eines „Ministers" vor dem „Parlament" interpretiert werden, sie hatten zumindest Ersatzfunktion. Klein jedenfalls betont zu Recht, wenn auch wohl etwas zu apodiktisch, daß die Zentralämter den Zonenbeirat „in allen wichtigen Fragen und in allen Fällen, in denen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung zu fällen waren", zu Rate gezogen hätten.[204] Diese Bewertung ist insofern abzuschwächen, als sich die Fachabteilungen der britischen Militärregierung einer allzu engen Fühlungnahme zwischen Zonenbeirat und Zentralämtern in den Weg stellten.

In diesem Zusammenhang sind wiederum die bereits erwähnten Ämterchefbesprechungen zu sehen, die weit mehr waren als die Sitzungen einer Fraktion des Zonenbeirats. Aus ihnen hätte sich ein Gremium mit Koordinations- und indirekter Kontrollfunktion entwickeln können. Die Ansätze hierzu waren durchaus vorhanden, konnten aber nicht mehr voll zum Tragen kommen, als die Zonenadministration in den Sog der bizonalen Entwicklung geriet.[205] Während somit die gesamte erste Phase des Zonenbeirats von dem Bestreben erfüllt war, die Zentralämter enger an sich zu binden, spielte diese Frage nach der Reorganisation des Gremiums eine höchst sekundäre Rolle.

Vor wie nach seiner Umbildung war der Zonenbeirat ein ausschließlich beratendes Gremium ohne Aufsichts- und Weisungsbefugnisse gegenüber der zonalen oder bizonalen Verwaltung und gegenüber den Ländern der britischen oder etwa einer anderen Zone. Er war „rechtlich als Beratungsorgan der Besatzungsmacht anzusehen, [das] den Namen einer deutschen Zonenrepräsentation nicht verträgt, mithin

201 Vgl. PA 1/198: Mueller an Weisser, 4. 11. 1946.
202 Vgl. hierzu Werner, Einleitung zu AVB 2, S. 30 ff.
203 Vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 168–194.
204 Vgl. Klein, S. 88.
205 Die Treffen fanden allerdings auch weiterhin statt, vgl. die Prot. bis September 1947 in BA Z 2/83. Zur Zonenverwaltung vgl. insgesamt: Behördenführer 1947.

auch keine staatsrechtlich-unitarische Funktion besitzt".[206] Seine Beschlüsse und Gutachten waren daher Ratschläge, die für keine nachgeordnete Instanz Rechtssetzungscharakter hatten. Diesen gewannen sie nur, wenn sie in Verordnungen oder Ausführungsbestimmungen der britischen Militärregierung, der Zentralämter oder später auch der Länder Eingang fanden. Es war eben diese Aufgabenzuschreibung, die den Ratsmitgliedern immer wieder Anlaß zur Selbstreflexion bot, und zwar in Bezug auf das Gremium insgesamt wie auf dessen Tätigkeit und die eigene Position.

Im Hinblick auf die Rechtsstellung des Zonenbeirats fiel es den Mitgliedern wesentlich leichter zu sagen, was das Gremium nicht war: Es war kein Parlament, kein Kabinett und auch keine verfassungsgebende Zonenversammlung.[207] Suchte man allerdings nach einer positiven Formulierung, dann war das, was der Zonenbeirat nun realiter darstellte, schwer zu fassen. Adenauer jedenfalls kam wie andere Zonenbeiratsmitglieder zu dem Schluß, daß alle schönen Worte nichts halfen: Man war und blieb ein beratendes Gremium. Vor diesem Hintergrund allerdings müsse man versuchen, der deutschen Einflußnahme mehr Raum zu verschaffen, zumal vor allem in verfassungsrechtlicher Hinsicht ein vollständiges Tohuwabohu herrsche, wie der Vorsitzende der CDU auf der Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses am 13./14. Juni 1946 registrierte.[208] Doch nicht nur diesen Tatbestand galt es, zur Kenntnis zu nehmen; viel ärgerlicher berührte es die Ratsmitglieder, daß die britische Militärregierung offensichtlich Entscheidungen fällte und Verordnungen erließ, ohne ihr zentrales Beratungsgremium vorher gefragt zu haben.

Dieses „Vorbeiregieren" am Zonenbeirat zeigte sich ganz besonders deutlich bei der britischen Entscheidung zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen. Während der Rechts- und Verfassungsausschuß nämlich auf seiner Juni-Sitzung in Bad Godesberg noch über Zeitungsberichte zur Neugliederung der britischen Zone spekulierte und sich Gedanken über die Kompetenzverteilung zwischen einer zukünftigen Zentralgewalt und den Gliedstaaten machte[209], waren die Weichen für die Länderordnung schon gestellt. Nachdem der Zonenbeirat in der fünften Sitzung durch eine Vorlage der Kontrollkommission mit der Bildung eines Sonderausschusses zur Frage der Neugliederung der britischen Zone beauftragt worden war[210] und diese Arbeit allmählich anlief, wurde am 17. Juli 1946 die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen bekanntgegeben.[211] Die Ratsmitglieder, deren Unwillen über die Geringschätzung des Zonenbeirats bereits bei früherer Gelegen-

206 So Ipsen, S. 446.

207 Vgl. etwa Weisser auf der 2. Sitz. (Dok. II.3, u. S. 78) oder Schumacher auf der 7. Sitz. (Dok. VII.3, u. S. 907; wenige Sätze später allerdings bezeichnete er den ZB dann doch als eine verfassungsgebende Landesversammlung, a. a. O., S. 909).

208 Vgl. AdsD Bestand Schumacher J 84: Bericht über die Tagung des RVA des ZB in Bad Godesberg am 13. und 14. 6. 1946, hier: S. 3 und S. 26.

209 Vgl. a. a. O.

210 Vgl. Anl. 107.

211 Die KK hatte allerdings in ihrer Vorlage Nordrhein/Westfalen (so die Bezeichnung, die den Ratsmitgliedern hätte zu denken geben müssen!) von der Beratung im Sonderausschuß ausdrücklich ausgenommen, vgl. a. a. O., Pkt. 3 c. Zur Gründung des Landes NRW vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 9–10.

heit zum Ausdruck gekommen war[212], ließen ihren Ärger über diese „einsame Entscheidung" der Militärregierung deutlich spüren.[213] Sie empfanden den Vorfall als eine Nichtachtung ihrer Arbeit, und bei Schumacher führte diese Erfahrung dazu, daß er sich allmählich aus dem Zonenbeirat zurückzog.[214] Als Vorsitzender des Zonenbeirats forderte er in Erwiderung auf die Ansprache Robertsons auf der sechsten Sitzung, daß die Dinge „mit einem noch viel größeren Schwunge angefaßt werden" müßten.[215]

Angesichts des geringen Spielraums, den die britische Militärregierung dem Zonenbeirat zu gewähren gewillt war, verstand er sich als ein Anwalt für die Sorgen und Nöte der deutschen Bevölkerung und sah seine Aufgabe darin, der Militärregierung „ein getreues Spiegelbild der Not zu Gehör zu bringen".[216] Doch immer wieder stellte sich dabei die Erfahrung ein, daß man an den Dingen wenig ändern konnte. Auf der neunten Sitzung Ende November 1946 war die wirtschaftliche und soziale Not ausführlich debattiert worden, und der Genossenschaftsvertreter Everling zog folgende bittere Bilanz: „Wohl in keiner Sitzung des Zonenbeirats ist mit so schonungsloser Offenheit die Situation dargestellt worden, wie sie heute liegt, aber auch zu keiner Zeit ist die Lage so katastrophal gewesen wie in der Gegenwart, und zu keiner Zeit ist die Verzweiflung der Bevölkerung so furchtbar gewesen wie gegenwärtig. Das rechtfertigt auch, daß mit so schonungsloser Offenheit gesprochen wird. Aber wir kommen hier zusammen wie schon oft, wir konstatieren den Tatbestand, wir stellen fest, was ist, wir wissen auch, was geschehen muß, um Abhilfe zu schaffen, aber wir stoßen doch überall an. Wir haben keine Möglichkeit, irgendetwas aus eigener Initiative zu machen, wir sind von der Militärregierung abhängig, die uns vorschreibt, was zu tun ist."[217]

Bei dieser zutreffenden Analyse war ein Faktor allerdings nicht zu unterschätzen, den Everling selbst nannte, nämlich der offene Verhandlungston. Diese freie Atmosphäre der Auseinandersetzung miteinander und um Positionen der britischen Militärregierung, selbst bei Anwesenheit hoher britischer Repräsentanten, fiel auch dem Generalsekretär des Länderrats auf, als er etwa an der elften Sitzung teilnahm.[218] Diese freie Gesprächsatmosphäre wurde indessen von der Erfahrung der mangelnden Einflußnahme überlagert, und Steltzer richtete als Vorsitzender deutliche Worte an die Adresse Robertsons. Im Namen aller Mitglieder wies er darauf hin, daß man sich angesichts der immer mehr verschlechternden Situation ernsthaft fragen müsse, ob man auf Dauer die Mitverantwortung, die man durch die Annahme des britischen Mandats auf sich geladen habe, überhaupt tragen könne – und

212 Vgl. etwa die Äußerungen Reimanns, Böcklers und Adenauers auf der 4. Sitz. (Dok. IV.3, u. S. 398 f.).
213 Vgl. hierzu Dok. VI.3, u. S. 686 f.
214 So Weisser in Dorendorf, S. 16.
215 Vgl. Dok. VI.3, u. S. 719.
216 Vgl. etwa Lehr in der 2. Sitz. (Dok. II.3, u. S. 170).
217 Dok. IX.3, u. S. 1280. Ähnlich hatte Everling sich in der Sitz. des WpA geäußert: Es nütze nichts, daß man immer wieder zusammenkomme, es müsse gehandelt werden (vgl. PA 1/276: Wortprot. der Sitz. des WpA vom 26. 11. 1946, S. 16 f.).
218 Vgl. Dok. XI.3, Anm. 196.

dies meinte Steltzer nicht nur im Hinblick auf die Mandate im Zonenbeirat.[219] Im Hinblick auf die Frage eines korporalen Rücktritts, weil man aus der von der Militärregierung zugewiesenen Position heraus vor der deutschen Bevölkerung keine Verantwortung übernehmen konnte, kommt Weisser allerdings rückblickend zu dem Ergebnis, daß man einen solchen Schritt aus Gründen billiger Effekthascherei abgelehnt habe.[220]

Die britische Militärregierung war allerdings sehr hellhörig geworden, als sie die allgemeine Stimmung der Frustration auf der achten und neunten Sitzung des Zonenbeirats zur Kenntnis nahm. Möglicherweise waren dem Zonenhauptquartier vom britischen Verbindungsstab fundierte Rücktrittsgerüchte lanciert worden[221], jedenfalls sah sich das ZECO-Sekretariat veranlaßt, dem Assistant Chief of Staff im Dezember 1946 eine Mitteilung über den drohenden Rücktritt des Zonenbeirats zu machen. Zur Beschreibung der Stimmungslage hieß es von britischer Seite: „The Councillors undoubtedly feel that their advice is only accepted on small matters and is disregarded on important subjects and they are, in consequence, made to feel ‚small boys'."[222] Die Gründe, aus denen ein Rücktritt des Zonenbeirats erfolgen könnte, sah man im folgenden schwerwiegenden Vorwurf: „They assert that Mil. Gov. ist pursuing a very short sighted policy and consider this is due to too many overlapping Committees, too few real experts and far too many near-experts, and to ‚dilettantisme'."[223] Die Deutschen sagten für die nahe Zukunft eine schwere Krise voraus, für die die Militärregierung die Verantwortung übernehmen müsse, weil der Zonenbeirat und auch andere deutsche Gremien immer wieder vor den verhängnisvollen Konsequenzen der Besatzungspolitik gewarnt hätten, besonders in den Bereichen der Ernährung, der Kohleversorgung und der Demontage.

Würde der Zonenbeirat wirklich zurücktreten? – so fragte sich die britische Militärregierung und hielt einen solchen Schritt vor der beabsichtigten Reorganisation des Gremiums für ziemlich ausgeschlossen. Sollte dieser Rücktritt dennoch erfolgen, so stellte sich für die Briten die folgende Frage, ob nämlich die Ratsmitglieder nicht doch für die Krise mitverantwortlich zu machen seien, direkt oder indirekt: „Apart from drawing the attention of Mil. Gov. to the probability of a crisis, it is

219 Vgl. Dok. VIII.3, u. S. 1044. Vgl. in diesem Zusammenhang auch ein Interview Steltzers in „Die Zeit" vom 5. 12. 1946 zur Lage in der brit. Zone (abgedruckt bei Jürgensen, Steltzer, S. 159–166).

220 Vgl. Weisser in Dorendorf, S. 5, Anm. 1.

221 Den Confidential Reports des britischen Verbindungsstabes jedenfalls war direkt nichts über einen bevorstehenden Rücktritt des ZB zu entnehmen. Allerdings beobachtete Winmill auf der 9. Sitz. „a distinct change of tone": Im Verlaufe der Debatten sei voller Bitterkeit geäußert worden, daß die wirtschaftliche Katastrophe Deutschlands dem Scheitern der alliierten Kooperation zuzuschreiben sei. „The ‚cold and hungry' state of the ‚patient' population became, in fact, a theme of accusation against the Control Commission" (vgl. PRO FO 1005/1614: Confidential Report No 7 [9. Sitz.], gez. F. E. Winmill. Secret. 12. 12. 1946, S. 1 f.).

222 Vgl. hierzu und zum Folgenden: PRO FO 1032/672: Secretariat ZECO to ACOS (A). Subject: ZAC. Threat of Resignation. Secret. December 1946.

223 Mit dieser Meinung standen die Deutschen nicht allein, waren doch in Großbritannien etwa der Labour-Abgeordnete Richard Crossman und Kingsley Martin, Hrsg. von „New Statesman and Nation", publizistische Wortführer einer zunehmenden Kritik an der britischen Militärverwaltung (Thies, S. 41 f.).

unlikely that the ZAC as a body, will have done anything to foment trouble, but it is quite possible that Councillors individually may have taken action likely to contribute to the crisis."[224] Wie derartige Aktivitäten im einzelnen hätten aussehen können, ließ der Bericht offen und kam zu dem Schluß, daß bei dem Ausbruch einer Krise – womit bei dem bevorstehenden zweiten Nachkriegswinter durchaus zu rechnen war – und bei einem dann erfolgenden Rücktritt des Zonenbeirats dieser als Körperschaft einfach ignoriert werden sollte. „In any case the ZAC is only an advisory body and Mil. Gov. would have to bear the brunt of any such crisis." Einen Rücktritt nach erfolgter Reorganisation hielt man für wenig wahrscheinlich, jedenfalls was den Zonenbeirat als Gesamtkörperschaft betraf. Da er nach seiner Umbildung aus Parteienvertretern zusammengesetzt sein würde, erachtete man es durchaus als möglich, mit einzelnen Mitgliedern zu einem vermittelnden Gespräch zu kommen: „The Councillors should not feel the same sense of frustration as they do now and although a certain amount of time will probably be wasted in party squabbles, the divisions should prevent the ZAC resigning as a whole."

Der Zonenbeirat trat nicht zurück, aber die Enttäuschung über die in den Augen der Mitglieder relativ geringe Würdigung seiner bisherigen Arbeit entlud sich in den Stellungnahmen, die die einzelnen Ratsmitglieder auf Wunsch Steltzers für eine zunächst geplante Denkschrift des Zonenbeirats verfaßten. Diese Denkschrift wurde dann allerdings nicht erstellt, vielmehr gingen die Äußerungen in die Reorganisationsdebatte ein.[225] Die in diesem Zusammenhang formulierten Vorschläge umfaßten ein weites Spektrum und waren zum Teil ganz praktischer Natur, indem sie etwa konkrete Forderungen im Bereich der Wirtschaftspolitik enthielten. Zum Teil orientierten sie sich an der Rechtsposition des Zonenbeirats und zielten auf eine Erweiterung seiner Kompetenzen.[226] Im Hinblick auf die bis dahin geleistete Arbeit überwog das Negative, obwohl der Zonenbeirat nach einem Jahr seines Wirkens durchaus für sich in Anspruch nehmen konnte, im Rahmen seiner Möglichkeiten wichtige Leistungen erbracht zu haben.

224 Wie o. Anm. 222.
225 Vgl. hierzu Dok. X.3, Anm. 71.
226 Vgl. hierzu insgesamt PA 1/64.

6. Schwerpunkte inhaltlicher Arbeit des Zonenbeirats in der ersten Phase seines Bestehens

Schon Kohn-Brandenburg stellte im August 1947 bei Bewertung der Arbeit des sogenannten ersten Zonenbeirats fest, daß dieser nahezu alle wichtigen Fragen der Gegenwart behandelt habe. „Manche dieser Erörterungen haben in Form von Handlungen, Entschließungen und Verordnungen der Militärregierung ihre Früchte getragen."[227] Die Protokolle der Sitzungen gingen an zahlreiche britische und deutsche Dienststellen und würden stark beachtet.[228]

Dieser ins Positive tendierenden Beurteilung wird man mit einigen Einschränkungen zustimmen können. Vogel/Weisz stellten zu Recht die ungewöhnliche Spannweite in den Debatten des Zonenbeirats wie auch der Länderchefkonferenz und des Länderrats heraus, die sie folgendermaßen typologisierten:

„1. Maßnahmen zur kurzfristigen Bewältigung der materiellen Not.
2. Staatlicher Verwaltungsauf- und -ausbau auf den verschiedenen Ebenen von der Kommune über Kreis, Land, Zone bis zur Bizone.
3. Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung.
4. Überlegungen zur künftigen Staatsform und -verfassung Deutschlands."[229]

Für die Debatten im Zonenbeirat läßt sich feststellen, daß die Initiative der Mitglieder sich zunächst vor allem in Anträgen äußerte, die dem ersten Bereich zuzuordnen sind. Dies hing zum einen damit zusammen, daß die britische Militärregierung deutschen Verwaltungsstellen auf allen Ebenen schon in den ersten Monaten nach der Kapitulation die Durchführung von Maßnahmen zur Bewältigung der Nachkriegsnot übertragen hatte. Auf der anderen Seite erwuchs dem Zonenbeirat als dem Anwalt der deutschen Bevölkerung nach eigenem Selbstverständnis die moralische Verpflichtung, für die Interessen der Menschen in der britischen Zone einzutreten. In die Kategorie wirtschaftlicher und sozialer Notmaßnahmen fallen beispielsweise Anträge zur Behebung der Flüchtlingsnot, zur Verbesserung der materiellen Versorgung, zur Ernährungslage und zu einzelnen Demontagefällen. Der Erfolgsquotient war in diesen Fällen relativ gering, was nicht in erster Linie auf die Haltung der britischen Militärregierung zurückzuführen war, die sich in ihren Entscheidungen in dieser Phase jedenfalls noch zu einem gewichtigen Teil an alliierte Abmachungen gebunden fühlte.

Im Bereich des staatlichen Verwaltungsauf- und -ausbaus ergänzten sich deutsche und britische Initiativen, hier stießen auch die Meinungen innerhalb des Zonenbeirats wie zwischen Zonenbeirat und Kontrollkommission am härtesten aufeinander. Diese Frontstellung war etwa dadurch gegeben, daß britische und deutsche Vorstellungen sich als inkompatibel erwiesen, wie im Falle der Kommunalverfassung, die die Briten nach englischem Vorbild eingeführt hatten. Wenn der Zonenbeirat dem demokratischen Grundsatz der Gewaltenteilung in einem ausführlichen Gutachten auch voll Rechnung trug, so lehnte er doch den nach deutscher Interpreta-

227 Kohn-Brandenburg, S. 789.
228 Vgl. a. a. O., S. 575.
229 Vogel/Weisz, S. 69.

tion im englischen System vorhandenen Grundsatz der Doppelköpfigkeit der kommunalen Spitze ab.[230] Während die britische Militärregierung sich in diesem Falle nicht von ihrem Konzept abbringen ließ, waren die deutschen Vorstöße gegen die Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte sowie des passiven Wahlrechts für Beamte letztlich erfolgreich.[231]

Die provinzielle Regelung der Vorratshaltung in der Getreidewirtschaft, wie sie Lehr zur Stärkung der Kompetenz der Länderchefs wie auch im Sinne einer in seinen Augen effektiveren Verwaltung beantragte, ließ sich nicht durchsetzen; das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft wie auch die Food and Agriculture Division der britischen Militärregierung stellten sich dagegen.[232] Noch stärker zum Ausdruck kam der Gedanke der Dezentralisierung etwa in dem Antrag Amelunxen, die Landesernährungsämter wieder in die Gebietsregierungen einzugliedern, dem mit der Policy Instruction No 7 endlich stattgegeben wurde.[233] Die Frage der Länderkompetenz wurde auch in der Debatte um die Unterstellung der Polizeiexekutive unter die parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung berührt und auf britischen Wunsch in die Diskussion um die Länderordnung einbezogen.[234] Es ist bezeichnend, daß die genannten Anträge wie auch andere in diesen Bereich fallende deutsche Initiativen von den Länderchefs ausgingen.

Auf der Zonenebene überschnitten sich der Antrag Spliedts, ein Zentralamt für Arbeit zu errichten, und die diesbezügliche Entscheidung der Militärregierung.[235] In die sensible Sphäre der Viermächtekompetenz drangen die Bestrebungen der Fachvertreter vor, eine Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten der vier Besatzungszonen zu schaffen wie auch die Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten zu gewährleisten.[236] Diesen Anträgen war schon im Hinblick auf die sich abzeichnende bizonale Entwicklung keine Zukunft beschieden.

In die Debatten über die aktuelle wirtschaftliche Not etwa im Bereich der Kohleversorgung spielten immer auch die Fragen einer künftigen Wirtschaftsverfassung hinein. Über die generelle Tendenz einer staatlich gelenkten Wirtschaft waren sich die Ratsmitglieder durchaus einig, wenn die Ansichten über den Grad des staatlichen Einflusses im einzelnen auch auseinandergingen. Die Frage der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die die britische Militärregierung im Auge hatte, erörterte der Zonenbeirat in direktem Gespräch mit Robertson, wie auf der sechsten Sitzung, bzw. im Zusammenhang mit der Entnazifizierung im Bergbau.[237]

---

230 Vgl. Anl. 133 und 257.
231 Vgl. für diese Phase Anl. 52 und 66 sowie Anl. 89 und 209.
232 Vgl. Anl. 145 und Dok. VII.3 mit Anm. 160 und 162 sowie den kritischen Kommentar Hollins' (Deputy Chief, FAD) in einem Schreiben an ZECO, Lübbecke, 9. 8. 1946: „There is either a good deal of confusion in the mind of Lehr or a deliberate misrepresentation of the facts" (PRO FO 1037/23).
233 Vgl. Anl. 90, 128, 245 und 319.3.
234 Vgl. Anl. 98 und 124.
235 Vgl. Anl. 35.
236 Vgl. Anl. 111 und 112 sowie das Memorandum Weissers betr. eine Interzonale Zusammenarbeit (Dok. VIII.3, Anm. 173).
237 Vgl. etwa Dok. VI.3 mit Anm. 172 sowie Dok. IV.3 mit Anm. 185–202.

Welch großen Wert die Briten auf die Meinung des Zonenbeirats legten, zeigt ihre Enttäuschung über das Gutachten zur Bodenreform. Die Kontrollkommission hatte sich eine einheitliche Stellungnahme des Gremiums erhofft, auf deren Grundlage sie eine Verordnung hätte entwerfen können. Gerade bei dieser Frage jedoch waren die Meinungen im Ausschuß wie auch im Plenum äußerst kontrovers gewesen, so daß man sich von deutscher Seite darauf beschränken mußte, die jeweiligen Grundpositionen darzulegen. Immerhin konnte man sich darauf einigen, der Militärregierung zu empfehlen, das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zu beauftragen, der dem Zonenbeirat zur endgültigen Stellungnahme vorgelegt werden sollte. Als die Kontrollkommission diesem Ersuchen stattgab, war es dem Zonenbeirat gelungen, sich vermittels einer deutschen Verwaltungsstelle in das britische bzw. alliierte Gesetzgebungsverfahren – die Bodenreform wurde im Kontrollrat behandelt – einzuschalten. Schlange-Schöningen hatte sich ohnehin energisch dafür eingesetzt, daß eine so wichtige Angelegenheit durch ein deutsches Gesetz geregelt werden müsse.[238]

Einen ganz anderen Aspekt des Komplexes der zukünftigen Gesellschaftsverfassung beinhaltete das umfangreiche Referat des Fachvertreters für Erziehungswesen, Adolf Grimme, das dieser auf der dritten Sitzung vortrug.[239] Der spätere Kultusminister des Landes Niedersachsen, Präsident der Studienstiftung des Deutschen Volkes und Generaldirektor des NWDR entwarf ein in vielerlei Hinsicht richtungsweisendes Modell für die Organisation des deutschen Schul- und Hochschulwesens. Seine Ausführungen, die in der Praxis allmählich Gestalt gewinnen sollten – wie etwa die Demokratisierung des Bildungswesens oder die Begabtenförderung – gehörten zu den Höhepunkten der Plenarsitzungen.

Ebenfalls in die Zukunft gerichtet waren die Überlegungen hinsichtlich der Staatsform und -verfassung Deutschlands, wenn einst die Zonengrenzen fallen sollten. Dieses Thema war bereits in den der dritten Sitzung vorgelegten Leitsätzen Steltzers zur Verwaltungsreform angeklungen[240] und kam dann in der Debatte des Zonenbeirats zur Länderordnung in der britischen Zone zum Tragen. In diesem Zusammenhang hatte die Kontrollkommission ausdrücklich um eine Stellungnahme auch zur Kompetenz des Reiches und der Länder gebeten, die indessen kontrovers ausfiel. Die Zonenbeiratsmitglieder waren sich wohl gerade bei Behandlung dieser Frage bewußt, daß – wie immer ein Gutachten des Zonenbeirats auch ausfallen mochte – trotz des obwaltenden Provisoriums damit Zeichen gesetzt und Weichen gestellt würden.[241] Obwohl mit der britischen Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen schon ein wichtiges Präjudiz geschaffen worden war, das die Zonenbeiratsmitglieder entsprechend verärgerte, ist die Debatte über die Länderord-

238 Vgl. Anl. 109 und 206 sowie Dok. VII.3 mit Anm. 241–265. Vgl. ebenfalls Vogel/Weisz, S. 75–79. Die Bodenreform wurde dann erst wieder nach der Reorganisation des ZB behandelt (vgl. Anl. 25 zur 12. Sitz. (Bd. II)) und schlug sich letztlich in der VO Nr. 103 vom 4. 9. 1947 nieder (Amtsbl. brit. MR, S. 595 f.). Die brit. VO war ein Rahmengesetz für die Ländergesetzgebung.

239 Vgl. Dok. III.3, u. S. 292–312.

240 Vgl. o. mit Anm. 163.

241 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 192–238.

nung eines der wichtigsten Themen des Gremiums in der ersten Phase seines Bestehens gewesen. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Beratungen in den entsprechenden Ausschüssen der britischen Militärregierung verfolgt. Am 30. September 1946 ging das Standing Committee on Governmental and Administrative Structure (SCOGAS) die deutschen Gutachten zur Länderordnung durch und einigte sich darauf, dem Plan des hannoverschen Ministerpräsidenten Kopf – drei Länder, zwei Stadtstaaten – zuzustimmen und ihn befürwortend an die Governmental Sub-Commission weiterzuleiten.[242] Diese würdigte auf ihrer Sitzung am 9. Oktober 1946 die Arbeit des Zonenbeirats und hatte sich ebenfalls bereits am 26. und 30. September für den Plan Kopfs ausgesprochen, den sie wiederum dem Standing Committee on Policy Coordination (SCOPC) vorlegte.[243] Auf der achten Sitzung des Zonenbeirats am 23./24. Oktober 1946 gab Robertson dann die britische Entscheidung bekannt.[244] Die Frage einer zukünftigen deutschen Verfassung wurde erst nach der Reorganisation des Zonenbeirats wieder aufgenommen[245] und im Rechts- und Verfassungsausschuß auch nach der letzten Plenarsitzung am 29. Juni 1948 weiter diskutiert. Am 30. Juli 1948 verabschiedete dieser Ausschuß eine Denkschrift des Zonenbeirats zur Verfassungspolitik, die dem Parlamentarischen Rat zugeleitet wurde.[246]

Es war charakteristisch für die Arbeit des Zonenbeirats vor seiner Reorganisation, daß vor allem wichtige Vorlagen der Kontrollkommission zu grundsätzlichen Reformfragen in Sonderausschüssen behandelt wurden, deren Bildung § 27 der Geschäftsordnung ausdrücklich vorsah. Bereits auf der zweiten Sitzung hatte der Zonenbeirat einen Sonderausschuß zur Erhaltung des deutschen Waldes gewählt, und zwar aus eigener Initiative.[247] Vor und in der fünften Sitzung kam es infolge der britischen Vorlage zur Bodenreform zur Errichtung eines Sonderausschusses für Agrarreform, dem außer dreizehn Zonenbeiratsmitgliedern auch von den Parteien benannte Sachverständige und Vertreter der Landesbauernschaften angehörten.[248] Ebenfalls in der fünften Sitzung wurde im Anschluß an die Anträge Amelunxens betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Propaganda und Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen ein Unterausschuß Staatsbürgerliche Bildungsstellen gewählt, der bereits auf der sechsten Sitzung in einen ständigen Ausschuß des Zonenbeirats umgewandelt wurde.[249] Die Vorlage der Kontroll-

242 Vgl. PRO FO 1037/42: Extracts, Reference to: Reorganisation of Administrative Structure Lander, Extracts from SCOGAS/M (46)7 of 30 Sept 46, [TOP] 45.

243 Vgl. a. a. O.: Extract from GOVSC/M (46)18 of 9 Oct 46, Para 6 a; a. a. O.: Extract from GOVSC/M (46)17 of 30 Sept 46, [TOP] 7; PRO FO 371/55620 C 11908: GOVSC. Reorganization of the Lander . . ., 27. 9. 1946. Note by the Secretariat. – Die Berichte des SAL gingen auch an das Foreign Office, vgl. PRO FO 371/55619 C 11835 und C 11836.

244 Vgl. Dok. VIII.3, bes. mit Anm. 80–92.

245 Vgl. vor allem Dok. XVII.4, TOP 364.

246 Vgl. PA 1/229. Girndt, S. 245, mißt dem Dokument im Hinblick auf die Debatten im Parlamentarischen Rat eine sehr geringe Bedeutung bei. – Immerhin ist die Tatsache, daß mit Adenauer ein ehemaliges ZB-Mitglied Präsident des Parlamentarischen Rates wurde, nicht zu unterschätzen.

247 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 195–213.

248 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 65–75.

249 Vgl. a. a. O. mit Anm. 195–196; Dok. VI.3 mit Anm. 223–226.

kommission zum „Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands" wurde ebenfalls einem entsprechenden Sonderausschuß überwiesen.[250] Im Anschluß an dessen Beratungen wurde auf der achten Sitzung nochmals ein „einmaliger" Sonderausschuß zusammengestellt, der am 31. Oktober 1946 zur Verordnung Nr. 57 der britischen Militärregierung betreffend die Befugnisse der Länder in der britischen Zone Stellung nahm.[251] Nachdem die Kontrollkommission der Wahl eines Finanzausschusses für die sechste Sitzung zugestimmt und dieser sich nach seiner Bildung sofort mit dem Problem einer zukünftigen Währungsreform befaßt hatte, wurde zwecks Spezialisierung auf diffizile Detailfragen bereits auf der achten Sitzung ein Währungssonderausschuß ins Leben gerufen, auf der elften Sitzung dann ein Unterausschuß zur Erörterung hypotheken- und pfandrechtlicher Fragen.[252]

Hinsichtlich der Zahl seiner ständigen bzw. Sonderausschüsse konnte sich der Zonenbeirat schon aufgrund seiner andersartigen Struktur und Funktion in keiner Weise mit dem Länderrat vergleichen. Während er es auf fünfzehn ständige und sechs mehr oder weniger langlebige Sonderausschüsse brachte[253], zeichnete sich der Länderrat im September 1946 mit einundzwanzig Ausschüssen und sechzig Unterausschüssen durch eine viel beklagte, aber nicht abzumildernde „Ausschusseritis" aus.[254] Der Überblick über die Sonderausschüsse des Zonenbeirats zeigt, daß in ihnen ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des Gremiums lag. Die Debatte konnte hier wesentlich intensiver gestaltet werden als in den ständigen Ausschüssen, weil die Möglichkeit bestand, Sachverständige oder auch Vertreter von Interessengruppen in die Beratungen einzubeziehen. Auch bei den ständigen Ausschüssen wurde zunehmend von dieser Regelung Gebrauch gemacht.

Gerade weil von den Sonderausschüssen wichtige Impulse für die Kontrollkommission erwartet wurden – von britischer wie von deutscher Seite –, war ihre Zusammensetzung fast in jedem Fall Gegenstand von mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen. Im Vorfeld der Bildung des Sonderausschusses für die Länderordnung bemühten sich Adenauer und Schumacher in seltener Eintracht, wenn auch vergeblich, die Länderchefs an einer Mitgliedschaft zu hindern.[255] Doch auch die Kontrollkommission versuchte, auf die Zusammensetzung der Aus-

250 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 189.
251 Vgl. Dok. VIII.3 mit Anm. 281–282.
252 Vgl. a. a. O. mit Anm. 207 sowie Dok. VI.3 mit Anm. 18–23 und Dok. XI.3 mit Anm. 49.
253 Ständige Ausschüsse: HA (mit einem UA für die Beratung des Haushaltes), RVA, WpA, EA, SpA, VA, WA, FlA, Gesundheitsausschuß (keine Tagung überliefert), KpA, FA, GO-Ausschuß, Ältestenrat, Staatsbürgerliche Bildungsstellen; Sonderausschüsse: Erhaltung des deutschen Waldes, Agrarreform, SAL, Befugnisse der Länder in der brit. Zone, Währungssonderausschuß, UA für hypotheken- und pfandrechtliche Fragen.
254 Vgl. die Hinweise bei Vogel/Weisz, S. 36.
255 Vgl. hierzu PRO FO 1037/41, bes. Meeting with Members of Zonal Advisory Council held in Hamburg, 11. 7. 1946, SCOGAS/MEMO (46)5: Treffen zwischen Albu, Deputy President GOVSC, Berlin; Ingrams, Chairman SCOGAS; Col. Pearson, BLS; Major Thomas, BLS, und Schumacher, Adenauer, Hoffmann, Blücher; a. a. O.: Reorganisation of the Lander of the British Zone [Vermerk des BLS über die Sitz. des HA vom 10. 7. 1946]; a. a. O.: Note on Composition of the Committee for Reorganisation of the Länder, 17. 7. 1946 [Vermerk des BLS].

schüsse Einfluß zu nehmen, obwohl diese vom Zonenbeirat selbständig zu wählen waren. In bezug auf den Sonderausschuß für Agrarreform ließ die Governmental Sub-Commission in Lübbecke den britischen Verbindungsstab am 6. Juni 1946 wissen: Es sei Weisser in einem vertraulichen Gespräch nahezubringen, daß der Ausschuß mit Henßler als Vorsitzendem gebildet werden möge. Man wolle nicht unangemessen restriktiv erscheinen, aber man bestehe auf Folgendem:

„(i) Having as Chairman a left-wing politician;

(ii) Having a majority of members who represent the political parties and the trade unions, but it is of the utmost importance that you should tactfully persuade them to have a Committee of approximately the suggested composition, and point out to them that the Committee is definitely a political and not a functional one."[256]

Ob es nun dem britischen Versuch einer Einflußnahme zuzuschreiben war oder nicht – Weisser jedenfalls sah sich nach seinem eigenmächtigen Vorgehen bei der Etablierung des Agrarreformausschusses vor der fünften Sitzung einer harten Kritik der Länderchefs ausgesetzt, fühlten sie sich doch wieder einmal umgangen.[257] Der britische Verbindungsstab berichtete zufrieden von der ersten Sitzung dieses Ausschusses am 2. Juli 1946: „Most useful and instructive meeting, the highest standard of debate yet attained in the Council. Henssler made an excellent Chairman. Members obviously felt that they were engaged on a really worth-while task. This was confirmed by conversations later with members of the Committee."[258] Die bereits oben erwähnte Enttäuschung über das Gutachten des Ausschusses stellte sich erst später ein.

Betrachtet man die Schwerpunkte der Arbeit des Zonenbeirats in der ersten Phase seines Bestehens, so läßt sich schon anhand der Tagesordnungen und Anlagen feststellen, daß der Höhepunkt dieser Tätigkeit in die siebte bis neunte Sitzung fällt. Generalmajor Bishop äußerte im November 1946 gegenüber dem Control Office for Germany and Austria: „[. . .] we now consult the ZAC on practically all major issues with which we are faced."[259] Diese relativ spät einsetzende Intensivierung der Beratungsaufgaben hing damit zusammen, daß der Zonenbeirat von den Abteilungen der Kontrollkommission erst allmählich in seiner Funktion akzeptiert und rezipiert wurde. Auf der fünften Sitzung deutete sich bereits eine Tendenzwende an, als dem Gremium drei wichtige Vorlagen der Kontrollkommission zugingen: Die Zonenbeiratsmitglieder wurden um ihren Rat ersucht bezüglich den gesetzlichen Schutz gegen Denunziation, den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone und betreffend das zukünftige Schicksal des Großgrundbesitzes.[260] Auf der sechsten Sitzung bekräftigte Robertson dann, daß der Zonenbeirat in Zukunft vor wichtigen Entscheidungen zu einer Stellungnahme aufgefordert werden würde, mußte aber fast im gleichen Atemzug um Verständnis dafür bitten, daß der dem

256 PRO FO 1037/55: Deputy President (Zone) GOVSC, Lübbecke, an BLS, 5. 6. 1946. Secret. Not to be shown to Germans.
257 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 66.
258 PRO FO 1037/55: BLS an ZECO Lübbecke, 3. 7. 1946.
259 PRO FO 1032/675: Generalmajor Bishop, DCOS (Exec) [an R. A. Chaput de Saintonge, COGA, London], 13. 11. 1946.
260 Vgl. Anl. 99, 107, 109.

Plenum gerade vorgelegte Entwurf für ein neues Sozialversicherungsgesetz im Kontrollrat schon so gut wie beschlossen sei.[261]

Weisser sah das Positive an der Vorlage zur Sozialversicherung und stellte fest, daß die britische Militärregierung dem Zonenbeirat damit erstmals einen formulierten Gesetzentwurf zur Beratung unterbreitet habe.[262] Gerade bei der Erörterung dieser grundlegenden Frage ergaben sich aber schwerwiegende Probleme, die nicht zuletzt mit der Rechtsnatur des Zonenbeirats zusammenhingen. Blücher, Vertreter der FDP, sah sich veranlaßt, wiederum die Grundsatzfrage zu stellen, die bei allen derartigen Maßnahmen zum Tragen kam: Handelte es sich um Eingriffe in innerdeutsches Geschehen, die durch den Status der Besatzung zu rechtfertigen waren? War ein solcher Eingriff notwendig, um Ruhe und Ordnung oder die Fortführung des öffentlichen und privaten Lebens zu sichern? Wolle man das Gutachten überhaupt an die Kontrollkommission weiterleiten – so Blücher –, dann müsse unbedingt zum Ausdruck kommen, „daß wir damit ausschließlich den uns gewordenen Auftrag aus unserer Rechtsstellung als bloßes beratendes Organ zwar weitergeben, daß wir uns aber keineswegs damit abfinden, daß die grundsätzlichen Entscheidungen des Kontrollrates auch von uns etwa gebilligt würden".[263] Der Gewerkschaftsvertreter Karl hingegen war der Meinung, daß der Zonenbeirat das Gutachten zur Sozialversicherung keinesfalls zurückhalten dürfe, wolle er sich nicht selbst eine schlechte Note ausstellen.[264] Der Kompromiß bestand dann in einem Anschreiben, das der Kontrollkommission gegenüber die Vorbehalte zum Ausdruck brachte, unter denen das Gutachten übersandt wurde.[265]

Unter Vorbehalt erfolgte auch das Gutachten des Zonenbeirats zur Währungsreform, das der Leiter der Finance Division, S. P. Chambers, als für die Kontrollkommission sehr bedeutend erachtete. Als unerläßliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung einer Währungsreform wurden zehn Punkte angeführt, darunter die Rückführung der Kriegsgefangenen, die Verbesserung der Ernährungslage, ausländische Kredite für den Import von Rohstoffen und die Beseitigung der Zonengrenzen. Würden diese Vorbedingungen für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nicht erfüllt, gelte das Gutachten als nicht gegeben.[266]

Trotz der sich bei den Ratsmitgliedern mitunter einstellenden Selbstzweifel über den Wert ihrer Beratungstätigkeit wird man deren Qualität nicht gering einschätzen dürfen. Vogel/Weisz, die den Einfluß des Zonenbeirats eher niedrig ansetzen, kommen zu dem Ergebnis, daß das Gremium sich trotz seiner nur beratenden Funktion durch zahlreiche Stellungnahmen zu einer Institution habe entwickeln können, auf deren Mithilfe und Mitwirkung die Militärregierung immer größeren

261 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 141–144.
262 Vgl. Dok. VIII.3, Anm. 188.
263 Vgl. Dok. IX.3, u. S. 1352.
264 Vgl. a. a. O., S. 1356.
265 Vgl. Anl. 262. Im Sommer 1947 schloß der Kontrollrat seine Vorarbeiten zur Sozialversicherungspflicht ab und legte einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Während die amerikanische Militärregierung diesen zwecks vertraulicher Stellungnahme an den Länderrat weiterleitete, lehnte die britische Kontrollkommission eine Vorlage im Zonenbeirat ab (vgl. hierzu Plum, S. 72 f.).
266 Vgl. hierzu insgesamt Dok. VII.3, bes. mit Anm. 306–325.

Wert gelegt habe.[267] Sicherlich wurde, wie die Autoren zu Recht feststellen, im Zonenbeirat nicht die Politik der britischen Zone gemacht[268], wenngleich ihrer Schlußfolgerung, die Auseinandersetzungen im Zonenbeirat hätten keinen erkennbaren Einfluß auf die Entscheidungen der britischen Militärregierung gehabt[269], in Kenntnis der britischen Akten nicht ohne weiteres zugestimmt werden kann.

Michael Thomas, zeitweise Mitglied des britischen Verbindungsstabes, stellt rückblickend fest, daß die Empfehlungen des Zonenbeirats von der Besatzungsmacht sehr ernst genommen und großenteils berücksichtigt worden seien.[270] Diese generell positive Wertung hält einer Überprüfung am Einzelfall nicht stand, jedenfalls dann nicht, wenn man die Entstehung britischer Verordnungen nachvollzieht und dort nach Spuren einer deutschen Einflußnahme eben durch den Zonenbeirat sucht. Nachweisbares Einwirken wie etwa im Hinblick auf die Länderexekutive auf den Gebieten der Reichsgesetzgebung in der Verordnung Nr. 57 lassen sich selten feststellen.[271] Wiederum wird hier das Problem der quantifizierenden Bewertung offenbar, an der sich die bisherige Rezeption vorwiegend orientierte.[272] In einem Schreiben an das Control Office for Germany and Austria wies Generalmajor Bishop am 26. Februar 1947 auf ein grundlegendes Problem der Öffentlichkeitsarbeit in der britischen Zone hin. Danach hatte die Political Division der britischen Militärregierung festgestellt, daß führende Parteipolitiker und andere prominente Deutsche selbst dann, wenn sie die Politik der Kontrollkommission befürworteten, gegenwärtig alles daransetzten, um in den Augen der Öffentlichkeit nicht in irgendeiner Weise mit der Politik der Militärregierung in Zusammenhang gebracht zu werden: „The result is that it is difficult to find co-operation from the Germans themselves in bringing home to the public the extent to which we do in fact consult German opinion – and, even more, the extent to which the Germans are now responsible for most of their affairs."[273]

Aus der zugegebenermaßen subjektiven Sicht eines damals Beteiligten betont Michael Thomas die Bedeutung der informellen Sphäre, in die die Plenar- und Ausschußsitzungen des Zonenbeirats gleichsam eingebettet waren, und weist darauf hin, daß das Gremium wegen seiner nur beratenden Funktion in seiner Bedeutung häufig unterschätzt worden sei: Es habe das spätere politische Leben vielleicht mehr beeinflußt als der „obrigkeitliche Länderrat".[274] Alfred Kubel, als Ländervertreter Mitglied des ersten Zonenbeirats, warnt – ebenfalls aus der Retrospektive – davor, die Bedeutung des Zonenbeirats wie des Länderrats zu überschätzen, andererseits aber auch davor, den Zonenbeirat lediglich aus der Enge seiner Aufga-

267 Vgl. Vogel/Weisz, S. 72.
268 Vgl. a. a. O., S. 68.
269 Vgl. a. a. O., S. 28.
270 Vgl. Thomas, S. 180.
271 Vgl. hierzu die entsprechende Debatte im Sonderausschuß: PA 1/289 (31. 10. 1946) sowie PA 1/229: Der Zonenbeirat zur Verfassungspolitik. Hamburg 1948, S. 14 f. Die Vorlage selbst (vgl. Anl. 229) hielten die Zonenbeiratsmitglieder für sehr einengend, Naegel bezeichnete sie als „erschütternd", da die den gesetzgebenden Körperschaften verbleibenden Rechte zu eng seien (vgl. StBKAH 08.18 NO: Naegel an Adenauer, 28. 10. 1946).
272 So Girndt, S. 85, bei der Bewertung der Debatte um die VO Nr. 57.
273 Vgl. PRO FO 945/134: Bishop to R. A. Chaput de Saintonge, COGA, 26. 2. 1947.
274 Vgl. Thomas, S. 180.

ben heraus zu bewerten.[275] Immerhin arbeitete der Länderrat auch unter ständiger amerikanischer Aufsicht, die durch förmliche oder in Empfehlungen gekleidete Anweisungen ausgeübt wurde. James Pollock, der Leiter des RGCO, des amerikanischen Kontrollorgans beim Länderrat, verglich diesen mit einer großen Glaskugel, „in deren Wasser die Goldfische unbehindert ihr Leben führen, aber ständig kontrolliert werden, ob und wie sie sich miteinander vertragen".[276]

Für die Zonenbeiratsmitglieder war die Einstellung zu ihrer Tätigkeit von zwei Tendenzen geprägt: Zum einen betrachteten sie den Zonenbeirat als ein Provisorium und ihre Arbeit zu wichtigen Grundsatzfragen mithin als vorläufig. Aus dieser Konstellation erwuchs andererseits stets die Frage, inwieweit durch die Beschlüsse des Gremiums irreversible Präjudizien geschaffen wurden. Deutlich zum Ausdruck kamen derartige Überlegungen bei der Debatte über die Neuordnung der Sozialversicherung oder stärker noch bei den Erörterungen über eine zukünftige deutsche Verfassung. Man fühlte sich weder im ersten noch im zweiten, reorganisierten Zonenbeirat dazu berufen, diese Aufgaben, die eindeutig in die Kompetenz einer reichsparlamentarischen Körperschaft fielen, zu lösen. Es konnte in der mannigfachen Beschränkungen unterliegenden Situation mithin nur darum gehen, Grundgedanken zu formulieren, die man bei der Wiederherstellung der Reichseinheit beachtet wissen wollte.[277] In diesem Sinne verstand sich das Gremium als ein Forum derjenigen Deutschen, die eine festgefügte bundesstaatliche Einheit anstrebten, und schrieb sich eine vermittelnde Position „zwischen dem betont föderalistisch denkenden Südwesten und dem mehr einheitsstaatlich denkenden Osten Deutschlands" zu.[278] Die stets hervorgehobene Polarität zwischen der „zentralistischen" britischen und der „föderalistischen" amerikanischen Zone wurde hier aufgebrochen, was indessen nichts daran änderte, daß die Hauptberührung und -auseinandersetzung zwischen Zonenbeirat und Länderrat stattfanden, zumal es den anderen Zonen an vergleichbaren Einrichtungen mangelte, die als Ansprechpartner hätten dienen können.

Es fehlte von seiten des Zonenbeirats allerdings nicht an Bemühungen, auch Kontakte zu deutschen Verwaltungsstellen in der französischen und sowjetischen Besatzungszone aufzunehmen. Dabei beschränkte sich die Fühlungnahme mit der letzteren auf den Versuch, Informationen zur Verwaltungsentwicklung auszutauschen.[279] Bei dem Bestreben, mit Vertretern der französischen Zone in ein Gespräch zu kommen, stellten sich erst ganz allmählich Erfolge ein, als etwa Carlo Schmid[280] im Rahmen der Verfassungsdebatte als Sachverständiger in der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses am 14. Oktober 1947 gehört wurde.[281]

---

275 So in einem Gespräch mit den Bearb. am 28. 8. 1986.
276 Zitiert nach Vogel/Weisz, S. 41.
277 So Henßler, Vors. des ZB, in der Verfassungsdebatte der 17. Sitz., vgl. Dok. XVII.4, TOP 364.
278 Vgl. PA 1/229: Der Zonenbeirat zur Verfassungspolitik. Hamburg 1948, S. 5.
279 Vgl. entsprechende Vorgänge in PA 1/250 sowie PA 1/57: Rundschreiben Weissers an zahlreiche Verwaltungsstellen und die Ministerpräsidenten der SBZ, 18. 12. 1946.
280 Carlo Schmid (SPD), zu dieser Zeit Justizminister und Stellvertretender Staatspräsident Württemberg-Hohenzollerns im Kabinett Lorenz Bock (CDU).
281 Vgl. PA 1/229: Der Zonenbeirat zur Verfassungspolitik. Hamburg 1948, S. 19.

Aber auch dies war eher die Ausnahme, obwohl sich die britische Militärregierung ebenfalls für eine Kontaktaufnahme zwischen dem Zonenbeirat und den Ministerpräsidenten der sowjetischen und französischen Zone aussprach. Diese Empfehlung ist vor dem Hintergrund der relativ engen Beziehung zwischen Zonenbeirat und Länderrat zu sehen. Weisser beabsichtigte, nach der Reorganisation des Zonenbeirats die Präsidenten der vier Landtage der amerikanischen Zone zu den laufenden Sitzungen des Gremiums einzuladen. Die Kontrollkommission ihrerseits hielt es nicht für wünschenswert – wie sie vorsichtig formulierte –, Mitglieder des Länderrats in einer geschlossenen Formation einzuladen, hatte aber gegen eine Teilnahme eines oder zweier Mitglieder des Länderrats als Gäste einer jeden Zonenbeiratssitzung nichts einzuwenden. In diesem Zusammenhang bat sie den Zonenbeirat zu erwägen, auf dieser Grundlage auch Einladungen an die Ministerpräsidenten der sowjetischen und französischen Zone zu schicken.[282]

Derartige Einladungen Weissers waren nicht zu ermitteln, und es ist fraglich, ob ihnen ein Erfolg beschieden gewesen wäre. Länderratsdelegationen nahmen an der fünften und an der elften Sitzung des Zonenbeirats teil, Generalsekretär Roßmann erschien allein auf der zehnten Sitzung. Ein Besuch des Zonenbeirats in Stuttgart fand – abgesehen von einigen informellen Reisen Weissers – nur im April 1946 statt, so daß die offiziellen Kontakte von Süden in Richtung Norden überwogen. Die von starken Emotionen belastete staats- und verfassungsrechtliche Auseinandersetzung zwischen beiden Institutionen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie – wenn auch nicht in politischer, so doch in verwaltungstechnischer Hinsicht – zusammenarbeiteten, etwa im Bereich der Sozialversicherung, des Siedlungs- bzw. Heimstättengesetzes oder der Organisation der Arbeitsbehörden.[283] Der Fühlungnahme mit dem Länderrat lag aus der Sicht des Zonenbeirats allerdings auch ein ganz materielles Bedürfnis zugrunde, erhoffte man sich doch dadurch wichtige Informationen über die Arbeit im Kontrollrat, die die Briten ihrem eigenen Beratungsgremium gegenüber wesentlich zögerlicher preisgaben als ihre amerikanischen Kollegen.[284] Im April 1947 bemühten sich Weisser und Blücher – zu dieser Zeit Vorsitzender des Zonenbeirats – bei der britischen Militärregierung um die Genehmigung für ein Treffen führender Parteipolitiker der britischen Zone mit General Clay[285], zu dem es allerdings nicht kam, wenngleich der britische Verbindungsstab diese Möglichkeit zunächst nicht ausschloß.

Hinter der Tätigkeit des Zonenbeirats stand stets das Bemühen, sein Ansehen in der Bevölkerung zu heben bzw. seine Existenz überhaupt zu bekunden. Dies war um so schwieriger, als die Tagungen in der ersten Phase seines Bestehens nicht öffentlich waren und außer Pressekommuniqués zu den einzelnen Plenarsitzungen wenig genug über seine Arbeit bekannt wurde. Nicht zuletzt deshalb hielt der Hamburger Bürgermeister Petersen eine Stellungnahme des Zonenbeirats zur viel

282 Vgl. PA 1/67: Pares, Leiter des BLS, an Weisser, 29. 4. 1947.
283 Vgl. genauere Hinweise im Sachregister.
284 Vgl. HStAD NW 53/257, fol. 67: Vermerk Budde: Vertrauliche Ergänzung zu der Aufzeichnung über eine „Verbindungs- und Informationsstelle" beim Länderrat in Stuttgart, 15. 4. 1946.
285 Vgl. PRO FO 1032/1495: BLS an Albu, Deputy President GOVSC, Berlin, 12. 4. 1947.

kritisierten Kürzung der Fettrationen im Sommer 1946 für eminent wichtig.[286] Adenauer etwa sah in der Debatte der Länderordnung die bisher wichtigste Aufgabe des Zonenbeirats, weil er sie für besonders öffentlichkeitswirksam hielt.[287] Die Forderung nach einer stärkeren Publizität, auch im Hinblick auf eine demokratischere Praxis in der Tätigkeit des Zonenbeirats, wurde daher nicht von ungefähr zu einem wichtigen Punkt der Reorganisation des Gremiums, die seit Oktober 1946 ihre Schatten vorauswarf.

286 Vgl. Dok. V.3, u. S. 623.
287 Vgl. Dok. VI.3, u. S. 764.

7. Die Reorganisation des Zonenbeirats

Als Generalleutnant Robertson auf der achten Sitzung des Zonenbeirats am 23./24. Oktober 1946 zu den Vorschlägen des Gremiums bezüglich der Länderordnung Stellung nahm, erwähnte er im Zusammenhang mit der von deutscher Seite wiederum geforderten Kontrolle der bizonalen Verwaltung, daß die britische Militärregierung ohnehin eine Umgestaltung des Zonenbeirats erwäge. Man wolle daraus eine Einrichtung machen, so Robertson vage, die mehr dem Länderrat der amerikanischen Zone ähnele. Konkret sollte dieser neue Zonenbeirat drei Aufgaben haben:

1. Koordinierungs-Konferenz bei Angelegenheiten, die zur Länderkompetenz gehörten, bestehend aus Vertretern der Länderregierungen;
2. Beratung der Militärregierung bei Angelegenheiten, die in die Kompetenz der Zentralregierung fielen;
3. Koordination der bizonalen Verwaltung und der Länder beider Zonen in gemeinsamen Sitzungen mit dem Länderrat, als gleichsam bizonales Beratungsorgan der anglo-amerikanischen Militärregierung.[288]

Über die genaue Zusammensetzung des Gremiums war damit noch nichts ausgesagt, wohl aber war deutlich geworden, daß die britische Militärregierung nach einer Möglichkeit suchte, ihr oberstes Beratungsorgan in die Verwaltungsstruktur der Bizone einzubeziehen. Schumacher nahm in seiner Entgegnung auf Robertsons Ausführungen sofort gegen eine Angleichung an das Länderratsmodell Stellung und forderte eine demokratische Fundierung des Zonenbeirats: „Er darf nicht der Ausdruck der Rechte der Länderchefs sein, die ja nur indirekt durch ihr eigenes Parlament kontrolliert werden könnten. Dann müßte sich aufgrund der vorhandenen Wahlergebnisse [der Kommunalwahlen] auch das politische Verhältnis innerhalb des Zonenbeirats grundsätzlich ändern."[289] Damit waren die Fronten abgesteckt, bevor die eigentliche Reorganisationsdebatte ihren Ausgang genommen hatte: Die Parteienvertreter beanspruchten die politische Führung im Zonenbeirat.

Noch in derselben Sitzung stellten Schumacher und Henßler einen Antrag zur „Vergrößerung des Zonenbeirats" entsprechend dem politischen Kräfteverhältnis in der britischen Zone.[290] Auf der neunten Sitzung beschloß der Zonenbeirat, dem inzwischen eine Reorganisationsvorlage der Kontrollkommission zugegangen war, den Hauptausschuß zu einer Sondersitzung für den 14. Dezember 1946 nach Bad Godesberg einzuberufen.[291] Der Vorschlag, den die Kontrollkommission dem Zonenbeirat unterbreitete, sah eine Umbildung nach folgendem Modell vor: einen engeren Ausschuß (Inner Committee), zusammengesetzt aus den drei Ministerpräsidenten und den Bürgermeistern der beiden Hansestädte; einen Rat, zusammengesetzt aus Vertretern der Landtage und Bürgerschaften auf der Grundlage der je-

288 Vgl. Dok. VIII.3, u. S. 1049.
289 A. a. O., S. 1052.
290 Vgl. Dok. VIII.4, TOP 196.
291 Vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 297–299.

weiligen parteipolitischen Stärkeverhältnisse. Der Zonenbeirat könne auch andere Organisationen benennen, die in ihm vertreten sein sollten. Die Kontrollkommission drang auf ein baldiges Ergebnis, da sie den Zonenbeirat noch vor dessen Februar-Sitzung zu reorganisieren gedachte.[292]

Als der Hauptausschuß sich am 14. Dezember 1946 in Bad Godesberg traf, wurde zunächst einmal grundsätzlich geklärt, daß der Zonenbeirat in erster Linie ein politisches Gremium sein müsse.[293] Daraus ergab sich zwangsläufig die Frage, wie das Verhältnis eines solchen Rates zu dem aus den Ministerpräsidenten der britischen Zone zu bildenden Länderrat gestaltet sein solle. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Meinungen der Parteipolitiker – hier vor allem Adenauers und Henßlers – und die der Länderchefs heftig aufeinanderprallten. Im Zuge der Auseinandersetzungen warf Adenauer den Länderchefs vor, in Süddeutschland, wo der „Führergedanke" dominiere und die „Länderchefs mit einem großen Stamm von Beamten immer frei und willkürlich schalten und walten", den idealen Zustand zu sehen.[294]

Dem Hauptausschuß lagen vier Konzeptionen vor, die sich mehr oder weniger von dem Modell der Kontrollkommission entfernten:

1. Kopf setzte sich für die Trennung in einen Politischen Rat und in einen Länderrat ein, die einander gleichgestellt sein sollten.
2. Spliedt forderte zusätzlich die Vertretung der nichtparteigebundenen Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften.
3. Der Plan Henßler sah die Bildung eines Politischen Rates, eines Länderausschusses und – nach einer Überarbeitung am 28. Januar 1947 – auch einen Ausschuß der Zentralämter vor.[295]
4. Nach einem inoffiziellen Vorschlag des Generalsekretariats sollte sich der Zonenbeirat aus den Vertretern der politischen Parteien zusammensetzen, unter Einbeziehung der Länderchefs, die auf die verschiedenen Parteien, denen sie zugehörten, anzurechnen waren. Neben diesem gemeinsamen Rat als oberstem Organ sollten Fachvertretungen, Genossenschaften und Gewerkschaften große Ausschüsse bilden, dem Zonenbeirat selbst jedoch nicht mehr angehören.

Man einigte sich schließlich auf den Vorschlag Henßlers, der durch die Anregung zur Bildung eines Ausschusses nach Art des früheren Reichswirtschaftsrates ergänzt wurde.[296] Damit hatten sich die Parteienvertreter durchgesetzt, denn in der Konzeption Henßlers kam dem Politischen Rat die führende Rolle zu, während der Länderrat als eine Art zweite Kammer diesem nachgeordnet sein sollte. Ver-

292 Vgl. Anl. 294.
293 Vgl. hierzu und zum Folgenden: AVB 1, Dok. Nr. 48, S. 1130–1150: Tagung des HA des ZB in Bad Godesberg, 14. 12. 1946.
294 Vgl. a. a. O., S. 1137.
295 Die weitere Mitgliedschaft der Fachvertreter für Erziehungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, hinter denen kein Zentralamt stand, war zunächst noch unklar. Da die Länder auf diesen Gebieten allerdings Legislativ- und Exekutivvollmachten bekommen hatten, ging die Tendenz dahin, diese Bereiche aus der Tätigkeit des Zonenbeirats auszuklammern, vgl. hierzu: StBKAH 08.18 CD: Korrespondenz Degkwitz/Adenauer 3./30. 12. 1946.
296 Vgl. hierzu Anl. 295.

geblich forderten die Länderchefs für sich ein dem Politischen Rat gleichberechtigtes Gremium, um die Gegensätze zur amerikanischen Zone nicht zu vertiefen. Die für die bereits erwähnte Denkschrift Steltzers gesammelten Vorschläge betreffend die politischen Aufgaben des neuen Zonenbeirats gingen in die ebenfalls vom Hauptausschuß angenommene Entschließung der Parteienvertreter ein, deren Kernsatz lautete: „Der Zonenbeirat sollte demgemäß künftig das politische Zentralorgan für alle Angelegenheiten sein, die [gemäß Verordnung Nr. 57] nicht den Ländern zur Erledigung übertragen worden sind."[297] Auch die Arbeit der Zweizonenämter sollte vom Zonenbeirat kontrolliert werden, dessen Mitglieder nicht von den Landtagen, sondern von den politischen Parteien zu entsenden waren. Die Bezeichnung „Politischer Beirat" war unter anderem auf Vorschlag Steltzers in „Politischer Rat" geändert worden, „weil Beirat eine gewisse Herabminderung bedeutet".[298]

Termingemäß legte der Hauptausschuß dem Plenum seinen Bericht auf der zehnten Sitzung am 29./30. Januar 1947 vor. Der als Gast anwesende Generalsekretär des Länderrats der amerikanischen Zone, Roßmann, hakte sofort bei der Frage einer Kontrolle der bizonalen Verwaltung durch den Politischen Rat ein und forderte eine solche Funktion für die Ministerpräsidenten beider Zonen. Dem widersprach Henßler und drückte die Hoffnung aus, daß es auch in der amerikanischen Zone zur Bildung einer dem Politischen Rat vergleichbaren Institution kommen würde, die dann eine Kontrollaufgabe gemeinsam mit dem Zonenbeirat wahrnehmen könne.[299] Das Plenum jedenfalls stimmte der Vorlage des Hauptausschusses zu und leitete sie an die Kontrollkommission weiter.

Dort hatte man sich inzwischen intensiv mit der Frage befaßt, ob eine Reorganisation des Zonenbeirats nach dem Modell des Länderrats der amerikanischen Zone überhaupt sinnvoll sei. In einem vom Sekretariat der Zonal Executive Offices am 8. November 1946 verfaßten Papier wurde das Für und Wider einer solchen Konzeption sorgfältig abgewogen.[300] Für eine Reorganisation nach Art des Länderrats sprach der Aspekt einer leichteren Zusammenarbeit mit dem Länderrat der amerikanischen Zone sowie die Tatsache, daß man dann eine Körperschaft vor sich hätte, die den höchsten in der britischen Zone erreichten Grad der Demokratisierung widerspiegeln würde.[301] Auf der anderen Seite waren die Briten nicht bereit, ein solches Gremium mit ähnlich weitreichenden Kompetenzen auszustatten, wie die Amerikaner sie ihrem Länderrat zugestanden hatten. Die britische Militärregierung sprach sich eindeutig gegen ein solches Prinzip der indirekten Regierung durch die Länderchefs („indirect government by Heads of Land Administrations") aus, zumal die Amerikaner die Befugnisse ihres Länderrats wiederum hätten be-

297 Vgl. Dok. X.4, TOP 228.

298 PA 1/261: Wortprot. der Sitz. des HA vom 28. 1. 1947, S. 5. Vgl. hierzu auch Hommel, S. 14 f., der auf die unterschiedliche Bedeutung der Begriffe „Council/Beirat/Rat" im englischen bzw. deutschen Sprachgebrauch verweist.

299 Vgl. Dok. X.3 mit Anm. 60.

300 Vgl. PRO FO 1032/1490: Future Constitution of ZAC. Zonal Executive Offices, 8. 11. 1946 [ungez.].

301 Diese Erwägung ist im Hinblick auf die geplanten Landtagswahlen in der britischen Zone zu sehen, die dann am 20. 4. 1947 durchgeführt wurden.

schneiden müssen, um die Arbeit der bizonalen Verwaltung zu gewährleisten und ihre eigene Deutschlandpolitik unabhängig zu halten. Eine Zusammenarbeit zwischen Zonenbeirat und Länderrat sah man von britischer Seite durch die unterschiedliche Konstruktion der beiden höchsten deutschen Zonenorgane insgesamt nicht gefährdet.

Der eigentliche Grund für die letztlich gegen die Übernahme des Länderratsmodells gefällte britische Entscheidung bestand darin, daß die Briten sich gegen den übersteigerten Föderalismus stellten, wie er aus ihrer Sicht in der amerikanischen Zone praktiziert wurde: „[. . .] the federal over-emphasis, which the Americans have somewhat naturally adopted [. . .] would to some extent endanger the success of our policy of devolution of powers to Land Governments if we made the highest German body in our Zone a replica of Land – i. e. Regional – interests."[302] Der Versuch allerdings, den Zonenbeirat zu einer Repräsentation des politischen Willens in der britischen Zone zu machen, würde auf ganz praktische Schwierigkeiten stoßen. Wenn jedes Land mit seinen Parteien angemessen in dem Gremium vertreten sein sollte, entstünde rein rechnerisch eine recht große Körperschaft, die schwer zu kontrollieren sei und sich mit Sicherheit sehr bald einer bloß beratenden Tätigkeit widersetzen würde. Im Anschluß an diese Überlegungen kam das Sekretariat der Zonal Executive Offices zu folgendem Schluß:

1. Eine radikale Reorganisation des Zonenbeirats sei nicht zu empfehlen, vor allem nicht vor den geplanten Landtagswahlen.
2. Die politische Repräsentation sei angemessen gewahrt, wenn die Vertretung der KPD und der FDP reduziert oder die der SPD und der CDU leicht erhöht werde. Die erste Möglichkeit sei vorzuziehen.
3. Der Zonenbeirat solle ungefähr die Stärkeverhältnisse der politischen Parteien in der Zone widerspiegeln, nicht aber auf der Grundlage der Wahlergebnisse in den Ländern zusammengesetzt sein.
4. In einem besonderen Ausschuß des Zonenbeirats sollten die Ministerpräsidenten die Länder betreffende Probleme behandeln, für die sie nach der Verordnung Nr. 57 zuständig waren. Dem Zonenbeirat gegenüber seien sie nicht verantwortlich und könnten bei Bedarf Länderminister zu ihren Sitzungen hinzuziehen.
5. Die Beratung des Zonenbeirats zu den sogenannten „reserved subjects" – Fragen, die in die Kompetenz der Militärregierung oder etwa in die Viermächteverantwortung fielen – sei wie bisher zu handhaben.
6. Gemeinsame Beratungen mit dem Länderrat der amerikanischen Zone sollten nach wie vor stattfinden.
7. Den durch die Länderordnung aufgelösten kleinen Ländern solle zumindest für eine Übergangsphase die Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen auf Zonenebene durch ein Mitglied im Zonenbeirat zu artikulieren.
8. Die Ratschläge einiger Ehrenmitglieder („members sitting honoris causa") – wie etwa Lehr und Petersen – seien unverzichtbar.

302 Wie o. Anm. 300.

Diese Erwägungen sind insofern von Interesse, als sie keineswegs alle in die britische Reorganisationsvorlage eingingen[303] und die Bandbreite der Vorstellungen auch auf britischer Seite dokumentieren. Nachdem die Kontrollkommission die Reorganisationsvorschläge des Zonenbeirats geprüft hatte, kam es am 14. Februar 1947 zu einer Sitzung des Hauptausschusses mit Generalleutnant Robertson in Berlin.[304] Die britische Reorganisationsentscheidung mußte für die Parteipolitiker enttäuschend sein, denn ihrem Anspruch, den Zonenbeirat zu einem politischen Zentralorgan der Zone umzugestalten, wurde nicht stattgegeben. Der Zonenbeirat sollte auch nach seiner Reorganisation ein reines Beratungsgremium ohne Legislative und Exekutive bleiben, dem weder die Zentralämter der britischen Zone unterstellt wurden noch eine Kontrolle der Bizonenverwaltung gestattet war. Geradezu symptomatisch mußte die Bezeichnung „Allgemeiner Rat" wirken, dem der „Politische Rat" hatte weichen müssen, dessen vorgeschlagene Zusammensetzung allerdings gebilligt wurde.

Dem Führungsanspruch der politischen Parteien wurde auch in anderer Hinsicht ein Riegel vorgeschoben. Die Kontrollkommission reorganisierte den Zonenbeirat durch die Bildung zweier einander gleichgeordneter Organe mit unterschiedlichen Funktionen. Der „Allgemeine Rat" sollte die Militärregierung in allen Angelegenheiten beraten, die nicht in die Länderkompetenz fielen, wohingegen der Länderrat als Koordinationsstelle der den Ländern zugewiesenen Aufgaben gedacht war. Die Beratung der anglo-amerikanischen Militärregierungen in bizonalen Fragen oblag beiden Räten gemeinsam. Es sei müßig zu erörtern, so Robertson, ob einer der beiden Räte dem anderen überlegen sei: „In zentralen Fragen gehe A[llgemeiner] R[at] vor L[änder] R[at], in Länderfragen L[änder] R[at] vor A[llgemeinen] R[at]."[305] Die Öffentlichkeit der Plenarsitzungen wurde ebenso zugesagt wie die Freiheit in der Wahl der Tagesordnungspunkte, die lediglich unter einigen Vorbehalten erfolgte. Wie sehr allerdings Selbstverständnis und Realität auf seiten der Parteipolitiker miteinander rangen, zeigt die Reaktion Adenauers. Er äußerte die Gewißheit, daß das Ansehen des Zonenbeirats bei der deutschen Bevölkerung nunmehr wachsen werde, und bat Robertson um die Bestätigung der Auffassung, daß der Zonenbeirat „künftig nicht mehr ein Beratungsorgan der Militärregierung, sondern ein Organ zur Vertretung der deutschen Bevölkerung" sei. Das deutsche Protokoll hielt Robertsons Reaktion wie folgt fest: „General Robertson betont, daß der Z[B] keinesfalls Legislative und Exekutive erhalten könne, widerspricht jedoch der Meinung des Z[B] nicht."[306]

Die Reorganisation des Zonenbeirats schien damit trotz einiger Schwierigkeiten auf den Weg gebracht, und allmählich liefen beim britischen Verbindungsstab die Vorschläge der Parteien für die in den „Allgemeinen Rat" zu entsendenden Vertre-

303 Vgl. Anl. 294.

304 Vgl. hierzu und zum Folgenden Dok. X.A.3 mit Anm. 7–16. – Zu den brit. Sondierungen vgl. PRO FO 945/134: 14th Meeting SCOPC, 3. 2. 1947, TOP 71; PRO FO 371/64439 C 2605: 83th Conference of the DMG, Berlin, 6. 2. 1947; a. a. O., C 2871: 84th Conference of the DMG, Berlin, 13. 2. 1947, TOP 406 c; a. a. O., C 2876: 56th Executive Meeting of the DMG, Lübbecke, 8. 2. 1947, TOP 13. IV.

305 Vgl. Dok. X.A.3, u. S. 1573.

306 Vgl. a. a. O., u. S. 1574.

ter ein.[307] Am 11. Februar 1947 teilte das Hauptquartier in Berlin dem britischen Verbindungsstab mit, daß Robertson auf der für den 21. Februar d. J. vorgesehenen Plenarsitzung zu den Ratsmitgliedern sprechen wolle.[308] Diese konstituierten sich zunächst auch wie vorgesehen, allerdings am 20. Februar. In diesem Stadium wurde die Reorganisation des Zonenbeirats plötzlich vollständig gestoppt, da das britische Außenministerium vor der Moskauer Außenministerkonferenz keinesfalls den Eindruck entstehen lassen wollte, man beabsichtige die Errichtung eines Zonenparlaments. Die Sitzung des „Allgemeinen Rates" am 20. Februar 1947 wurde im deutschen Protokoll zu einer informellen Sitzung[309], nach britischem Verständnis hatte sie überhaupt nicht stattgefunden. Im Monatsbericht der Kontrollkommission für Februar 1947 hieß es diesbezüglich: „The meeting of the Zonal Advisory Council which had been called for 20th February 1947 was postponed. The proposals for the Reorganisation of the Zonal Advisory Council at their tenth meeting in January are still under consideration at the time of the Report."[310] Auf seiten des Zonenbeirats entstand in dieser Situation – völlig zu Unrecht – der Eindruck, die Verzögerung sei auf amerikanische Vorbehalte, begründet durch entsprechende Vorstellungen des Länderrats, zurückzuführen.[311] In dieser Interpretation dokumentierte sich einmal mehr das belastete Verhältnis zwischen Zonenbeirat und Länderrat.

Die britische Haltung zur Umbildung des Zonenbeirats war durchaus nicht einheitlich. Bereits zu Beginn der Reorganisationsdebatte waren von seiten des German Department im Control Office for Germany and Austria Vorbehalte laut geworden. Diese kamen etwa in einem Gespräch zwischen Chaput de Saintonge, Control Office, und General Erskine sowie Austen Albu, Leiter bzw. Stellvertretender Leiter der Governmental Sub-Commission, zum Ausdruck, das am 2. Dezember 1946 in Berlin stattfand. Als Albu dem Vertreter des Control Office gegenüber die Reorganisationspläne entwickelte, die nach wie vor eine beratende Tätigkeit des Zonenbeirats vorsahen und in keiner Weise die Bildung eines Zonenparlaments intendierten, reagierte Chaput de Saintonge gleichwohl sensibel: „My first reaction was rather one of fear that in this question CCG might be going too fast and committing us to the acceptance of a body which would lead inevitably to the zonal parliament we want to avoid. For us to admit that the Germans should have political control over any bi-zonal or zonal reserved subjects is to imply the acceptance of a zonal parliament, so long as we maintain the principles of democracy which we have accepted so far." Aus diesem Grunde war Chaput de Saintonge auch eher geneigt, der inoffiziellen Reorganisationsvorlage des Generalsekretariats zuzustimmen als dem Vorschlag Robertsons.[312]

307 Vgl. PRO FO 1032/1490: BLS ZAC to BERCOMB and CONCOMB Lübbecke, HQ Intelligence Division Herford, 8. 2. 1947.
308 Vgl. a. a. O.: BERCOMB to BLS ZAC, 11. 2. 1947.
309 Vgl. Dok. X.A.3.
310 Monthly Report CCG(BE), Februar 1947, S. 8.
311 Vgl. PA 1/85: Vermerk Weissers vom 22. 2. 1947.
312 PRO FO 945/134: Reform of the ZAC. Berlin: Discussion, Mr. R. Chaput de Saintonge, General Erskine, Mr. Albu. Prot., gez. RACde [Chaput de Saintonge].

Ganz andere Gesichtspunkte kamen in einer Randbemerkung des Foreign Office zum Tragen, die dem Protokoll einer Sitzung des Standing Committee on Governmental and Administrative Structure (Berlin) vom 12. Februar 1947 beigefügt wurde. Im Hinblick auf eine mögliche Verschiebung der Reorganisation des Zonenbeirats wurde die Befürchtung geäußert, die Deutschen könnten mit der dezidierten Verweigerung einer weiteren Zusammenarbeit reagieren: „In German eyes we are disingenious hypocrites; we exhort them to take responsibility in one breath and forbid them to do so immediately afterwards. Our Zone will have a poor stand in the central administrations if political experience and dynamism is an Eastern Zone monopoly."[313] Letztlich wurden die Vorbehalte geäußert, die bereits bei der Etablierung des Zonenbeirats laut geworden waren, die nun aber, am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz (10. März bis 24. April 1947) an Schärfe gewannen, zumal Robertson zunächst immer noch damit zu rechnen schien, die Reorganisation könne wie geplant ablaufen.

In einem internen Schreiben des Control Office for Germany and Austria vom 12. Februar 1947 wurden zwei Tendenzen deutlich, die die Haltung der Londoner Deutschlandverwaltung begründeten. Würde ein Zonenbeirat auf der Grundlage der Landtagswahlergebnisse errichtet, so hieß es, wäre ein solches Gremium nichts anderes als ein indirekt gewähltes Zonenparlament, „which will discuss all matters pertaining to a central government and will advise Military Government on these matters. The experience of the nominated Landtage in the various Laender has shown that these are not slow in refusing political cooperation on matters in which they disagree with Military Government decisions." Weitaus gefährlicher allerdings erschien die Konsequenz einer solchen Entwicklung: „The creation of this General Council will [. . .] result in hampering the decisions of Military Government in the British Zone of Germany, and is tantamount to the creation of a zonal parliament as a substitute for the central government."[314]

Damit waren die Stichworte gefallen, die den weiteren Gang der Reorganisationsdebatte auf britischer Seite bestimmen sollten. Die Argumentation wurde auf höchster Ebene geführt, weil das Control Office der Meinung war, die Kontrollkommission in der britischen Zone laufe aus dem Ruder. Die Diskussion allerdings entwickelte sich durchaus zweigleisig, und es ist nicht in jedem Fall eindeutig, ob die Befürchtung, vor Beginn der Moskauer Konferenz ein verfassungsrechtliches Präjudiz zu schaffen, der anderen Sorge, ein nicht mehr kontrollierbares Zonenparlament zu bilden, vor- oder nachgeordnet war. Bisweilen drängt sich jedenfalls der Eindruck auf, das Argument für die Wahrung der Potsdamer Vereinbarungen diente als ein probates Mittel zu dem pragmatischen Zweck, die politische Entwicklung der eigenen Zone fest im Griff zu behalten.[315] Diese Taktik schien aus

313 PRO FO 371/64477 C 2878: SCOGAS, 15th Meeting. Berlin, 12. 2. 1947, TOP 92: Draft Revision of Potsdam Treaty. Randbemerkung Rebbaway, 24. 2. 1947.

314 PRO FO 945/134: Chaput de Saintonge an Wilberforce, 12. 2. 1947.

315 Diese Interpretation wird gestützt durch die These Foschepoths, wonach die positive Fortschreibung der Potsdamer Beschlüsse als ein Ziel der brit. Deutschlandpolitik auf der Moskauer Konferenz von der Absicht getragen gewesen sei, den eigenen politischen Handlungsspielraum zu erweitern, die Uneinigkeit der Alliierten in Fragen der politischen Neuordnung Deutschlands zu nutzen und somit eine Verständigung über die wirtschaftliche Einheit

britischer Sicht um so mehr geboten, als die bizonale Entwicklung auf die eigene Zone zurückzuwirken begann, indem nämlich mit Blick auf die Verhältnisse in der amerikanischen Zone eine stärkere deutsche Partizipation an den politischen Entscheidungsprozessen in der britischen Zone gefordert wurde. Das Foreign Office jedenfalls blockierte eine Reorganisation des Zonenbeirats vor Ende der Moskauer Konferenz mit folgendem Argument: Verlaufe die Konferenz erfolgreich, werde eine deutsche Zentralverwaltung errichtet; scheitere sie, müsse man ohnehin eine bizonale politische Lösung erwägen.[316]

Generalleutnant Robertson, dem am 12. Februar 1947 vom Foreign Office bedeutet worden war, die Reorganisation des Zonenbeirats zu stoppen[317], vermochte die strategisch-taktischen Londoner Erwägungen nicht nachzuvollziehen, zumal er sich in einer unangenehmen Zwickmühle sah. Immer noch hoffte er auf ein positives Zeichen seiner vorgesetzten Dienststellen: „I hope that you will give very early clearance as I am attending ZAC meeting on 21st Feb and shall be most embarrassed if I cannot make a clear statement."[318] Gegenüber den Mitgliedern des Hauptausschusses, denen er am gleichen Tag, am 14. Februar 1947, die Reorganisationsentscheidung der Kontrollkommission vortrug, tat Robertson weiterhin so, als laufe alles nach Plan.

Am 19. Februar 1947 schalteten sich Außenminister Bevin und der von den Deutschen so genannte Deutschlandminister Hynd in die Debatte ein und zitierten den stellvertretenden Leiter der Governmental Sub-Commission, Austen Albu, nach London. Dort fand im Norfolk House, dem Sitz des Control Office for Germany and Austria am St. James's Square, ein Gespräch zwischen Bevin, Hynd, Albu und vier Mitarbeitern des Foreign bzw. des Control Office statt, darunter Chaput de Saintonge. Die Diskussion wies eine erstaunliche Überschneidung der Argumentationen auf, denn plötzlich wurde der Länderrat des Zonenbeirats ebenfalls zum Stein des Anstoßes. Hynd hielt ein solches Organ für entbehrlich, setzte sich aber für eine Reform des Rates auf einer breiteren politischen Grundlage ein und stellte sich damit in Gegensatz zu seinem eigenen Mitarbeiter Chaput de Saintonge. Bevin hingegen war nicht bereit, dem Zonenbeirat mehr als eine beratende Stellung einzuräumen, und weigerte sich, das Gremium durch die geplante Reorganisation zu einem verfassungsmäßigen Organ zu machen, schon gar nicht vor der Moskauer Konferenz. Hynd versuchte, die Lage zu entschärfen, indem er zu bedenken gab, daß der Zonenbeirat bereits bei anderer Gelegenheit politisiert worden sei. Er mochte sich dabei auf die Erweiterung der Beratungsgegenstände wie auch auf die Tatsache bezogen haben, daß die Zusammensetzung des Gremiums durch die Ernennung weiterer Parteienvertreter im Laufe der Zeit zur politischen Seite hin ver-

---

Deutschlands zum eigenen Nachteil zu verhindern. Dies habe konkret bedeutet, den sowjetischen Zugriff auf die Ruhr abzuwehren. Nach Foschepoth hätten die Briten spätestens ab Sommer 1946 konsequent auf eine Weststaatlösung gesetzt (vgl. Foschepoth, bes. S. 76 ff. und S. 85).

316 Vgl. wie o. Anm. 314; Chaput de Saintonge bezieht sich auf ein Telefonat mit P. Dean vom FO.

317 Vgl. PRO FO 945/134: Foreign Office (Jenkins) to Berlin (Robertson). Telegram. 12. 2. 1947. Secret. Immediate.

318 A. a. O.: Robertson to Jenkins. Telegram. 14. 2. 1947. Secret. Most Immediate.

schoben worden war. In diesem Rahmen müsse man seiner Meinung nach auch die gegenwärtige Reorganisation sehen, die er nicht für so dramatisch hielt, als daß sie von den föderalistischen Franzosen als zentralistische Maßnahme mißdeutet werden könnte. Es kam zunächst zu keiner Einigung im Prinzipiellen, doch die Weichen für eine Verschiebung der Reorganisation waren gestellt, weil Bevin bei seiner ablehnenden Haltung blieb.[319] Am 20. Februar 1947 sandte das Control Office eine mit dem Foreign Office abgestimmte Erklärung an das Hauptquartier nach Berlin, mit der Maßgabe, die Reorganisation bis auf weiteres auszusetzen.[320] Der Wortlaut dieser Erklärung wurde dem Hauptausschuß des Zonenbeirats am Tage darauf von Generalmajor Bishop bekanntgegeben.[321]

In der vom Foreign Office recht unverhohlen diktierten Denkpause konnte man nunmehr darangehen, die Reorganisation des Zonenbeirats nochmals sorgfältig zu erwägen. Kategorisch wies Bevin seinen Deutschlandminister am 22. Februar 1947 an, dafür zu sorgen, daß in der Zwischenzeit keine weiteren Schritte in Richtung „Zonenparlament" unternommen würden.[322] Hynd wiederum wurde nicht müde, auf die Notwendigkeit einer politischen Umbildung des Zonenbeirats hinzuweisen. Für ebenso logisch wie wünschenswert hielt er die Erhöhung der SPD- und CDU-Mandate, da das Gremium in seiner jetzigen Struktur nicht den parteipolitischen Kräfteverhältnissen in der britischen Zone entspreche; die Fachvertreter sollten hingegen entfallen. Hynd begründete seine Konzeption mit Blick auf die der Lösung harrenden Probleme: „[. . .] it is the political element who will shape German administrative measures, and any decisions we may take in the future would be more acceptable to, and more clearly understood by, the political parties, if we have previously consulted them and not a body largely composed of private individuals whatever their technical or professional qualifications."[323] Ein Länderrat, zusammengesetzt aus den Länderchefs der britischen Zone, habe in diesem System keinen Platz, weil er als eine zentralistische Maßnahme in Gegensatz zum föderalistischen Besatzungskonzept der britischen Militärregierung stehe – so Hynd in bemerkenswerter Reflexion des Zentralismus- und Föderalismusbegriffs. Der Deutschlandminister drang um so nachhaltiger auf eine Entscheidung des Foreign Office, als nach der Auflösung des „alten" und der Aussetzung des „neuen" Zonenbeirats nunmehr ein Vakuum bestand, das baldigst gefüllt werden mußte. Schon beschwerten sich die britischen Dienststellen in Deutschland darüber, daß sie über keinerlei institutionalisierten Kontakte zu den Deutschen verfügten – und dies in einer Zeit, wo wichtige und sensible Themen zu erörtern waren und man des deutschen Rates dringend bedurfte. Hynd hoffte, daß der britische Außenminister noch vor seiner Abfahrt nach Moskau eine Entscheidung in dem Sinne herbeiführen würde, daß er einen Länderrat für die britische Zone ablehnte, einem auf

319 Vgl. a. a. O.: Notes on Meeting held at Norfolk House on 19th February, 1947 [o. D., ungez.].
320 Vgl. a. a. O.: Control Office (Chaput de Saintonge) to Berlin. 20. 2. 1947. Outward Telegram. Cypher. Confidential. Most Immediate.
321 Vgl. Dok. X.A.3 mit Anm. 3.
322 Vgl. PRO FO 945/134: Bevin an Hynd, 22. 2. 1947.
323 A. a. O.: Hynd an Bevin, 26. 2. 1947.

der Basis politischer Repräsentation umgebildeten Zonenbeirat aber zustimmte.[324]

Bevin tat nichts dergleichen. Seinen hinlänglich bekannten Vorbehalten fügte er indessen einen weiteren hinzu: Wenn nach dem Vorschlag Hynds die Parteien die Mehrheit der Ratsmitglieder nominierten, würden die zonalen Parteiführer die Linie des Zonenbeirats bestimmen, der sich dann als ein zentrales politisches Organ über die Interessen der Länder hinwegsetzen würde. Seinen Vorschlag, die ganze Angelegenheit bis nach Beendigung der Moskauer Konferenz zu vertagen, versuchte Bevin dem Deutschlandminister mit Hinweis auf die dann durchgeführten Landtagswahlen schmackhaft zu machen. Deren Ergebnisse könnten die Grundlage der politischen Repräsentation abgeben. Immerhin war der Außenminister zu einem Zugeständnis bereit und wollte damit den Problemen der Kontrollkommission in der britischen Zone Rechnung tragen: Sollte eine Zwischenlösung unumgänglich sein, seien die ernannten Landtage zu ermächtigen, auf der Grundlage der Kommunalwahlergebnisse und gemäß der jeweiligen Einwohnerzahl Abgeordnete in den Zonenbeirat zu delegieren.[325]

Nunmehr verstärkte sich auch der Druck des britischen Hauptquartiers auf London. Schon am 27. Februar 1947 hatte Robertson auf einer Sitzung in Berlin bekräftigt, daß der Zonenbeirat wertlos sei, wenn er nicht die politische Meinung der Deutschen repräsentiere.[326] Am 5. März d. J. schließlich richtete der Deputy Military Governor ein dringliches Telegramm an das Foreign Office, weil er den Schwebezustand der immer noch offenen Reorganisationsfrage nach Möglichkeit beenden wollte. Innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden forderte er eine Entscheidung darüber an, welche Zwischenlösung für die nächste Sitzung des Zonenbeirats zu wählen sei. Man könne eine solche Sitzung nicht noch länger aufschieben. Robertson schlug vor, entweder das Gremium einzuberufen, das am 20. Februar d. J. als Allgemeiner Rat getagt hatte, oder jene Mitglieder einzuladen, die am 21. Februar d. J. mit Generalmajor Bishop konferiert hatten. Eine dritte Möglichkeit bestehe darin, den „alten" Zonenbeirat zu reaktivieren.[327] Das Foreign Office reagierte prompt und wies Robertson tags darauf an, den dritten Weg zu wählen.[328] Nun aber stellte sich der Zonenbeirat quer. Wie Albu dem Control Office am 17. März 1947 mitteilen mußte, hatte der Zonenbeirat sich gegen eine Märzsitzung entschieden, und zwar zum einen wegen der bevorstehenden Landtagswahlen am 20. April d. J., zum anderen aber „because of the embarrassment which would be caused to the political representatives who have already been nominated".[329] Eine Aprilsitzung sei ebenfalls wegen der Landtagswahlen wenig wahrscheinlich, wenngleich die Ausschüsse weiterhin tagten und die laufen-

324 Vgl. ebd.
325 Vgl. a. a. O.: Bevin an Hynd, 3. 3. 1947.
326 Vgl. PRO FO 371/64439 C 3787: Conference of the DMG. Minutes of the 86th Policy Meeting. Berlin. 27. 2. 1947, TOP 415 b.
327 Vgl. PRO FO 945/134: Robertson an Jenkins (FO), 5. 3. 1947.
328 Vgl. a. a. O.: Jenkins (FO) an Robertson, 6. 3. 1947.
329 A. a. O.: Albu an Wilberforce (COGA), 17. 3. 1947.

den Beratungsgegenstände erledigten.[330] Ungeachtet dieser deutschen Vorbehalte wurde von britischer Seite eine Tagung des Zonenbeirats für den 23. und 24. April 1947 in Aussicht genommen, die entweder in der alten Zusammensetzung, oder aber – erginge eine diesbezügliche Entscheidung bis zum 10. April d. J. – bereits in reorganisierter Form stattfinden sollte.[331]

Die endgültige Entscheidung über die Reorganisation des Zonenbeirats fiel am 20. April 1947. Da die Moskauer Außenministerkonferenz keine Einigung der Alliierten über eine gemeinsame Deutschlandpolitik gebracht hatte, telegrafierte Bevin an das britische Außenministerium: „Discussions at the Conference have reached the point where there is no reason why we should not now take the necessary steps to reform the Z. A. C. in the British Zone at once."[332] Die Verhandlungen in Moskau hatten allerdings insofern Rückwirkungen auf die britische Reorganisationskonzeption, als man den Zonenbeirat nunmehr im Hinblick auf den nach der erfolgten deutschen Wirtschaftseinheit einzusetzenden deutschen Beirat umzubilden gedachte.[333] Robertson hatte Bevin noch in Moskau folgendes Modell vorgeschlagen, das dieser nunmehr billigte: Der Zonenbeirat sollte künftig aus dreißig Mitgliedern bestehen, wobei auf die drei Länder der britischen Zone und Hamburg[334] je drei Sitze entfielen, während die verbleibenden achtzehn entsprechend der Einwohnerzahl aufzuteilen waren. Die Zusammensetzung beruhte auf den Ergebnissen der Landtagswahlen, wobei die Landtage die Zonenbeiratsmitglieder bestimmen sollten, die wiederum keine Abgeordneten der Landtage zu sein brauchten.[335] Am 24. April 1947 teilte das Foreign Office der Kontrollkommission mit, daß die Reorganisation des Zonenbeirats nunmehr in Angriff genommen werden solle. Die Regional Commissioners der Länder hätten den Ministerpräsidenten entsprechende Mitteilung zu machen.[336]

Als Robertson dem Zonenbeirat auf dessen elfter Plenarsitzung am 29./30. April 1947 über die Ergebnisse der Moskauer Außenministerkonferenz berichtete und nunmehr die endgültige Reorganisationsentscheidung der britischen Militärregierung bekanntgab, schien der Film um ein Vierteljahr und mehr zurückgedreht: Der Zonenbeirat traf sich in seiner alten Zusammensetzung, die Sitzung des Allgemeinen Rats vom 20. Februar 1947 blieb Episode, die Reorganisationsvorschläge des Zonenbeirats fanden in dem neuen Modell kaum einen Niederschlag. Die Zusammensetzung und die Zahl der Mitglieder im neuen Zonenbeirat boten noch Anlaß zu längeren Diskussionen. Nach einem Vorschlag Blüchers vom 8. Mai

330 Bezogen auf die Ausschüsse des aufgelösten Zonenbeirats, die nach dem Aussetzen der Reorganisation und trotz der Bestellung neuer Ausschüsse am 20. 2. 1947 (vgl. Dok. X.A.3 u. S. 1576–1582) wieder auflebten.

331 Vgl. PRO FO 945/134: Copy. From Berlin to Moscow. Personal for Robertson from Brownjohn, 26. 3. 1947.

332 A. a. O.: From Moscow to Foreign Office. N° 873. 20. 4. 1947. Immediate [Telegramm Bevins].

333 Vgl. ebd. sowie Dok. XI.3 mit Anm. 157–171; zur Moskauer Außenministerkonferenz vgl. Volle.

334 Bremen gehörte inzwischen zur am. Zone (vgl. Dok. X.3 mit Anm. 50).

335 Vgl. wie o. Anm. 332 sowie Dok. XI.3 mit Anm. 163–171.

336 Vgl. PRO FO 1051/1169: Confidential Cipher Message. From FO (German Section) to BERCOMB Berlin. For Brownjohn from Jenkins. 24. 4. 1947.

1947 sollte ein Sitz auf 300 000 Wählerstimmen entfallen. Damit hätten die SPD 11, die CDU 10, die NLP 1 und die KPD und FDP je 3 Abgeordnete entsenden können. Auf einer Konferenz der Parteienvertreter am 12. Mai 1947 in Düsseldorf einigte man sich schließlich auf einen Quotienten von 240 000 Stimmen pro Sitz, wobei Reststimmen bis zu 120 000 einen weiteren Sitz ergeben sollten.[337] Damit kam man allerdings auf 37 statt – wie Robertson vorgeschlagen hatte – auf 30 Abgeordnete, und zwar 14 für die SPD, 12 für die CDU, 4 für die KPD, je 2 für das Zentrum und die NLP und 3 für die FDP. Gegenüber der Kontrollkommission wurde dieser Vorschlag mit dem Argument der zu erwartenden umfangreichen Ausschußarbeit letztlich auch durchgesetzt.

Dem Wunsch der politischen Parteien, die Mitglieder des neuen Zonenbeirats direkt zu delegieren, erteilte die britische Militärregierung jedoch eine klare Absage und übertrug diese Entscheidung den Länderparlamenten. In den sogenannten zweiten Zonenbeirat entsandten Nordrhein-Westfalen 20, Niedersachsen 10, Schleswig-Holstein 4 und Hamburg 3 Vertreter, wobei die Briten die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Länder ohne Rücksprache mit dem Generalsekretariat regelten.[338] Die Auswahl der Mitglieder wurde allerdings wesentlich von den zentralen Parteileitungen beeinflußt, so daß es im Zonenbeirat niemals zu einer „Gruppierung nach Länderinteressen" kam.[339]

Von den ursprünglichen Vorschlägen des Zonenbeirats blieb mithin nur der – wenn auch nicht als solcher bezeichnete – Politische Rat bestehen. Die britische Militärregierung genehmigte weder einen Ausschuß der Zentralämter noch einen Ausschuß nach Art des früheren Reichswirtschaftsrats und ebenfalls nicht den Länderrat, weil eine Koordination der Länderaufgaben – so die offizielle Begründung – außerhalb des Zonenbeirats erfolgen könne. Entsprechend reserviert äußerte sich der Generalsekretär des Länderrats der amerikanischen Zone zu der sich seiner Meinung nach hier abzeichnenden Entwicklung: „In konstruktiver Hinsicht scheint sich eine Annäherung an die staatspolitischen Verhältnisse in der US-Zone vollzogen zu haben. [. . .] Die Wahl der Mitglieder des neuen Zonenbeirates durch die Landtage könnte als eine Annäherung an die süddeutschen Auffassungen empfunden werden. In der Rede von General Robertson [auf der 11. Sitzung] ist jedoch an keiner Stelle zu erkennen, ob der zwar mit Hilfe der Landtage und der Ministerpräsidenten zustande kommende Zonenbeirat ein aus eigenem Recht tätiges Organ sein soll oder in grundsätzlicher Hinsicht an Weisungen der Länder gebunden sein wird. Die Ministerpräsidenten, also die Organe mit bundesstaatlichem Charakter, sind vollkommen ausgeschieden, jedenfalls ist eine andere Tendenz vorerst nicht zu erkennen. Ist das aber richtig, dann ist der neue Zonenbeirat, was man im Süden im Interesse einer reibungslosen Herbeiführung der politischen Einheit vermeiden wollte: ein *Zonenparlament*, das zu selbständiger Behandlung überregionaler Aufgaben berufen ist und seine Entschlüsse nicht im Wege der Koordination der Länder, sondern durch einfache Mehrheit der Mitglieder des Zonenbeirates faßt." Roßmann kam daher zu dem Schluß, daß bei scheinbar

337 Vgl. PA 1/34: Vermerk vom 8. 5. 1947 bzw. vom 12. 5. 1947.
338 Vgl. hierzu PA 1/261: Wortprot. der Sitz. des HA vom 12. 6. 1947, S. 2 f.
339 So die zutreffende Beobachtung Dorendorfs, S. 37.

äußerlicher Angleichung der Gegensatz zwischen amerikanischer und britischer Zone nicht beseitigt, sondern eher noch vertieft worden sei.[340]

In der Tat sollte sich die britische Reorganisationsentscheidung auf das Verhältnis zwischen Länderchefs und Zonenbeirat in der britischen Zone wie auch auf die Beziehungen zwischen Zonenbeirat und Länderrat der amerikanischen Zone im ganzen mehr belastend als förderlich auswirken.

340 StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 12: Schreiben Roßmanns an das RGCO, 4. 5. 1947 [Durchschlag].

Einrichtung der Edition

A. Editorische Vorbemerkung

Die vorliegende Edition hat die Aufgabe, die besondere Position des Zonenbeirats als des obersten Beratungsorgans der britischen Militärregierung in den Jahren 1946 bis 1948 herauszustellen. Durch die Veröffentlichung der Wort- und Kurzprotokolle sowie der Anlagen der insgesamt 22 Plenarsitzungen des Gremiums wird einem Bedürfnis der zeitgeschichtlichen Forschung Rechnung getragen, die den Zonenbeirat bisher nur unzureichend gewürdigt hat.[1] Zugleich wird eine Lükke in der Dokumentation der Geschichte des deutschen Parlamentarismus nach 1945 geschlossen, denn der Zonenbeirat kann trotz seiner heterogenen Struktur und mangelnden Kompetenz als eine Art zonales Vorparlament des späteren Deutschen Bundestages angesehen werden. Da die vom Zonenbeirat behandelten Themen alle wesentlichen Probleme widerspiegeln, die die Wirklichkeit des „Besatzungsalltags" bestimmten, stellen seine Protokolle eine zeitgeschichtliche Quelle von besonderem Rang dar.

Gegenstand der Edition ist somit die kommentierte Veröffentlichung der 22 Sitzungen des Zonenbeirats, die dieser vom 6. März 1946 bis zum 29. Juni 1948 in Hamburg abhielt. Die Entwicklung des Gremiums zerfällt in zwei deutlich erkennbare Abschnitte, nämlich in eine erste Phase, die mit der Reorganisation und der elften Sitzung am 29./30. April 1947 endete, und in eine zweite Phase, die bis zum Sommer 1948 währte. Entsprechend erfolgte die Bearbeitung der Edition, deren erster Teil (1.–11. Sitzung) von Gabriele Stüber und deren zweiter Teil (12.–22. Sitzung) von Kurt Jürgensen kommentiert wurde. Die Beschlußprotokolle des Zonenbeirats sind bereits in der umfangreichen Edition der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland" abgedruckt.[2] Die dort im Mittelpunkt stehende Frage nach dem Handlungsspielraum und der Entscheidungsfreiheit, dem Eigen- und Gestaltungswillen deutscher Politiker der Westzonen in einem Vakuum deutscher Staatlichkeit in den Jahren 1945 bis 1949 bedingte die Heranziehung umfangreichen Schriftgutes verschiedenster Provenienz und verbot die Konzentration auf die Überlieferung eines Gremiums.[3] Aufgrund des thematisch vorgegebenen Editionszieles wie der intendierten umfassenden Erstvorlage deutscher Akten der „Zonenzeit" mußte auf eine ungekürzte Wiedergabe der Hauptprotokollserien verschiedener zonaler Einrichtungen verzichtet werden, weil ein solches Verfahren den Rahmen der Edition in der Tat gesprengt hätte. Die „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland" drucken daher die Beschlußprotokolle des Zonenbeirats in unterschiedlicher Vollständigkeit ab.[4] Umfangreiche Kürzungen sind besonders in den Sitzungen 14 bis 22 vorgenom-

1 Die Publikation der Protokolle des Zonenbeirats regte Morsey schon 1971 an (vgl. Morsey, S. 27 Anm. 13). Von einem „Mauerblümchendasein" des Zonenbeirats in der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung sprach Hommel 1976 (vgl. Hommel, S. 7).
2 Vgl. AVB 1–4.
3 Vgl. hierzu AVB 1, Vorwort Booms und Broszat, S. 5–11.
4 Vgl. hierzu allg. Vogel/Weisz, S. 88.

men worden, während vor allem in der ersten Phase des Zonenbeirats Inserate von Passagen der Wortprotokolle oder von Anlagen erfolgen.

Die vorliegende Edition geht von einem institutionengeschichtlichen Ansatz aus und versteht sich nach der Pionierleistung der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland" als eine Ergänzung dieser Publikation: Sie konzentriert sich auf ein zonales Spitzengremium, dessen Protokolle und Anlagen abgedruckt und unter Einbeziehung der seit Anfang der 1970er Jahre umfangreicher erschienenen Forschungsliteratur sowie der nunmehr zugänglichen britischen Akten kommentiert bzw. eingeleitet werden.[5] Bei dieser Fondsedition, deren Prinzip lediglich bei der unzureichend überlieferten 1. Sitzung durchbrochen wurde, bedurfte es nicht der Formulierung besonderer Auswahlkriterien.[6] Es galt, den Verlauf der Plenarsitzungen des Zonenbeirats möglichst lückenlos zu dokumentieren, und zwar durch die Publikation von Tagesordnung, Anwesenheitsliste, Wort- und Kurzprotokoll und der jeweiligen Anlagen.

Die Überlieferung dieses Schriftgutes sowie der Ausschußprotokolle und Sachakten des Zonenbeirats konzentriert sich im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bonn, auf dessen Bestand die Edition beruht. Nachdem das Sekretariat des Zonenbeirats am 31. Oktober 1949 aufgelöst worden war, wurden die Protokollserien, die Sach- und Personalakten dem Parlamentarischen Rat zur Aufbewahrung und Archivierung übergeben. Hommel vermutet, daß dies vor allem aus verwaltungstechnischen Gründen geschah, „nicht etwa, weil der Parlamentarische Rat eine logische Fortsetzung des Zonenbeirates gewesen wäre".[7] Dem ist das Selbstverständnis der Ratsmitglieder entgegenzuhalten, die den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im reorganisierten Zonenbeirat darin sahen, Richtlinien für eine künftige deutsche Verfassung zu erarbeiten, und den Parlamentarischen Rat als einen trizonalen Nachfolger ihrer zonalen Vorarbeit betrachteten.[8] Nach Konstituierung der Bundesrepublik gelangte das Schriftgut vom Sekretariat des Parlamentarischen Rates an das Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, von wo aus 1952 eine Teilablieferung an das Bundesarchiv in Koblenz erfolgte. Dabei handelte es sich um Dubletten sowie vor allem um Material zur inneren Organisation und Verwal-

5 Die Einbeziehung von Schriftgut aus dem PRO war den AVB noch nicht möglich (vgl. a. a. O., S. 71 f.). Im Rahmen des Projekts „Erstellung eines sachthematischen Inventars zu den britischen Unterlagen aus der Besatzungszeit in Deutschland 1945–1949 (1955) für Forschungszwecke" werden in einem Gemeinschaftsunternehmen des Dt. Historischen Instituts London, des Bundesarchivs und der Archiv- bzw. Wissenschaftsverwaltungen der Länder der früheren brit. Zone und Berlins die Bestände der Control Commission for Germany (British Element), des Control Office for Germany and Austria (London) sowie die betreffenden Jahrgänge der „General Correspondence of the Foreign Office" (FO 371, Stichwort Germany) systematisch erschlossen (vgl. hierzu Schulze und Reusch, Besatzungsakten).

6 Vgl. zu dieser Problematik Werner, Probleme zeitgenössischer Editionen, bes. S. 483.

7 Hommel, S. II.

8 Vgl. hierzu PA 1/22: Vermerk Boldt/Rubauh, 7. 5. 1949. Danach sollte das Material des ZB dem späteren Bundesarchiv zur Verfügung gestellt werden und, da ein solches noch nicht bestand, vorerst dem Sekretariat des Parlamentarischen Rates. Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß der „Parlamentarische Rat als Zwischenlösung bzw. die Bundesregierung als Endlösung der Rechtsnachfolger des Zonenbeirats" zu betrachten sein dürften. Der ZB hatte dem Parlamentarischen Rat bereits bei dessen Konstituierung seine Bücherei und das umfangreiche Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv überlassen.

tung des Zonenbeirats (Personalakten und Kassensachen). 1952/53 übergab der ehemalige Generalsekretär des Zonenbeirats, Gerhard Weisser, dem Bundesarchiv seine Handakten, die ebenso in den Bestand Zonenbeirat eingingen wie die 1962 an das Bundesarchiv gelangten Unterlagen seines Mitarbeiters Sklode von Perbandt.[9]

Das Material im Parlamentsarchiv erwies sich bei genauerer Kontrolle jedoch als unvollständig, so daß sich Ministerialdirektor Wernicke in den Jahren 1952 und 1957 an die Verwaltungen der ehemaligen Mitgliedsländer des Zonenbeirats wandte, um den Bestand zu ergänzen.[10] Dies gelang jedoch, wie ein Vergleich zwischen der von Wernicke aufgestellten Fehlliste und dem heute im Parlamentsarchiv aufbewahrten Schriftgut zeigt, nicht vollständig. So fehlt etwa bei der siebten Sitzung des Zonenbeirats das Wortprotokoll eines ganzen Sitzungstages.[11] Während die Überlieferung des Wortprotokolls ansonsten bis auf geringe Ausnahmen vollständig ist, weist die der Ausschußprotokolle bedenkliche Lücken auf. Dies gilt etwa für die Verhandlungen des Hauptausschusses bis November 1946. Diese Fehlbestände sind möglicherweise darauf zurückzuführen, daß überhaupt keine Protokolle angelegt wurden, um der britischen Militärregierung nicht allzu viel Einblick in die deutschen Überlegungen zu gewähren. Doch dürfte diese Taktik sich weniger auf die „legalen" Ausschüsse des Zonenbeirats als vielmehr auf die zunächst inoffiziellen Ämterchef- und Parteiführerbesprechungen bezogen haben.[12] Andererseits könnten angelegte Protokolle verlorengegangen sein, wobei allerdings die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß einige Exemplare sich noch in den persönlichen Unterlagen Gerhard Weissers befinden. Manche Protokollserien wiederum sind mehrfach überliefert und finden sich in den Staatsarchiven der ehemaligen britischen Zone bzw. in den Parteiarchiven. Dies gilt vor allem für die Kurzprotokolle der Plenarsitzungen, was folgende Übersicht verdeutlichen mag. Vollständige Serien sind ausgewiesen, in den anderen Beständen liegen nur vereinzelte Protokolle vor:

LAS	605/661; 605/1011	vereinzelte Prot.
StAH	Senatskanzlei II 000.23-3	1.–22. Sitz.
StAB	3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 1–12	nur 1.–11. und Informelle Sitz.
HStAH	Nds. Z 50/76; 77 a-n; 78; 99 I und II	1.–22. Sitz.
	NL Bode VVP 40/27–30	vereinzelte Prot.
StA Oldenburg	131/700–701	nur 1.–9. Sitz.
HStAD	NW 53/292; 53/632; 53/715; 53/730	1.–22. Sitz.
StAD	L 80 Ia Gr. II, Tit. 1 Nr. 29 Bd. I und II	vereinzelte Prot.
ACDP	NL Merkatz	vereinzelte Prot.

9 Vgl. hierzu die Repertorien zu PA 1 (Vorwort Weller) und BA Z 2 (Vorwort Trumpp/Nelles).

10 Vgl. hierzu etwa StAH, Senatskanzlei II 000.23-1: Schriftgut des Zonenbeirats, 1952, 1957; HStAH Nds. Z 50/99 I; StAB 3-A.1 Nr. 206.

11 Vgl. Dok. VII.3, Anm. 109.

12 Vgl. PA 1/63 und PA 1/85, Vorsatzblatt Weissers, jeweils vom 12. 10. 1946.

StBKAH	08.14–08.17	1.–22. Sitz.
AdsD	Bestand Schumacher J 81, J 83	vereinzelte Prot.

Neben der mehr oder weniger vollständigen Überlieferung der Protokollserien von Plenar- und Ausschußsitzungen des Zonenbeirats liegen in den Staats- und Parteiarchiven Sachakten bzw. Korrespondenzen vor, die – soweit dies die Überlieferung im Parlamentsarchiv ergänzt – zur Kommentierung der Sitzungen herangezogen werden. Die Akten des britischen Verbindungsstabes beim Zonenbeirat sind im Bestand FO 1037 des Public Record Office, London/Kew, überliefert. Das Material ist jedoch bis auf einige Ausnahmen (Errichtung, Reorganisation und Auflösung des Zonenbeirats sowie Confidential Reports über die einzelnen Sitzungen) wenig dazu geeignet, Kommentierungsprobleme zu klären, wo die deutschen Archivalien nicht weiterhelfen. In diesen Fällen werden die Akten der zuständigen Abteilungen der britischen Militärregierung herangezogen; ansonsten wird bei der Kommentierung auf das Schriftgut der deutschen Archive zurückgegriffen. Britische Archivalien werden ferner in den Fällen verwendet, wo sie – wie etwa die Confidential Reports des britischen Verbindungsstabes – für das Verständnis einzelner Tagesordnungspunkte oder den Hintergrund bestimmter Äußerungen besonders relevant sind. Die Einleitung der Edition hingegen beruht in großem Maße auf dem Schriftgut des Public Record Office, das in bezug auf den Zonenbeirat bisher von der Forschung noch nicht ausgewertet wurde.

Da von der konstituierenden Sitzung des Zonenbeirats im Gegensatz zu allen folgenden Tagungen kein Wortprotokoll überliefert ist – höchstwahrscheinlich wurde ein solches gar nicht angefertigt –, werden im Sinne einer fundierteren Darstellung verschiedene Schlüsseldokumente für diese Gründungsphase des Zonenbeirats abgedruckt. Einige der Dokumente sind in ihrem Quellencharakter auch für die folgenden Sitzungen repräsentativ, wie die für jede weitere Tagung vorliegende Zeitfolge (Dok. I.6), die Anwesenheitsliste (Dok. I.8 und Dok. I.9) und die Sitzordnung (Dok. I.10). Auf den Abdruck der Zeitfolgen wie der Sitzordnungen wurde indessen bei den weiteren Sitzungen verzichtet. Die Dokumentation der 2. bis 22. Tagung ist nach folgendem System aufgebaut (Beispiel 2. Sitzung):

Dokument II.1	Tagesordnung
Dokument II.2	Anwesenheitsliste
Dokument II.3	Wortprotokoll
Dokument II.4	Kurzprotokoll

Die *Dokumentenköpfe* des Wort- und Kurzprotokolls enthalten eine knappe quellenkundliche Beschreibung der Überlieferung des Dokuments unter Angabe seines Fundortes. Bei dem maschinenschriftlich und nur in einer Fassung überlieferten Wortprotokoll handelt es sich jeweils um eine Ausfertigung, die nicht eigens ausgewiesen ist; diese Angabe erscheint indessen beim Kurzprotokoll, von dem auch Konzepte vorliegen, auf die gelegentlich bei der Kommentierung zurückgegriffen wird. Die Blattzahl der Protokolle ist genau angegeben, denn vor allem in der stenographischen Mitschrift des Wortprotokolls ist die Seitenzählung nicht durchlaufend. Bei Wechsel des Stenographen entstanden Sprungseiten, so daß etwa in der neunten Sitzung das letzte Blatt die Ziffer 234 trägt, insgesamt aber nur 195 Blatt beschrieben worden sind. Der Angabe beim Wortprotokoll liegt diese zuletzt genannte Zahl zugrunde, um dem Benutzer eine genaue Vorstellung des Umfangs zu

geben. Hierbei ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Seiten höchst unterschiedlich gefüllt worden sind. Große Schwankungen ergeben sich etwa beim Wortprotokoll, wo häufig bei Rednerwechsel eine neue Seite begonnen wurde, oder bei den Anlagen.

Der *Korpus der Vorlage* umfaßt insgesamt rund 4 250 Blatt, wovon 2 290 auf die erste bis elfte einschließlich der Informellen Sitzung und 1 960 auf die zwölfte bis zweiundzwanzigste Sitzung entfallen.

Als Dokument 1 einer jeden Sitzung wird die *Tagesordnung* abgedruckt, die in der Regel als Seite 1 beim Wortprotokoll überliefert ist. Bei Unvollständigkeit erfolgt eine Ergänzung durch Rückgriff auf das Wort- bzw. Kurzprotokoll. Tagesordnungspunkte, die in den Protokollen nicht formuliert sind und ebenfalls in der Tagesordnung fehlen, werden von den Bearbeitern gebildet, was zwecks besserer Übersichtlichkeit auch im Wortprotokoll erfolgt und jeweils durch eckige Klammern gekennzeichnet ist.

Als Dokument 2 einer jeden Sitzung erscheint die *Anwesenheitsliste,* die beim jeweiligen Kurzprotokoll überliefert ist und in der Regel lediglich die offiziellen Ratsmitglieder, die Vertreter des britischen Verbindungsstabes und die des deutschen Sekretariats anführt. Da ein Vergleich mit dem tatsächlichen Sitzungsverlauf, wie er im Wortprotokoll wiedergegeben ist, zeigt, daß die Anwesenheitsliste häufig unvollständig ist, werden bei Bedarf Ergänzungen vorgenommen, die jeweils kommentiert sind. Insgesamt ist die originäre Anwesenheitsliste auch deshalb ein wenig zuverlässiges Dokument, da sie die Fluktuation der Anwesenden während einer Sitzung nicht hinreichend wiedergibt. Es kam durchaus vor, daß die Ratsmitglieder nicht an allen Sitzungstagen teilnehmen konnten und dann gegebenenfalls ihren Stellvertreter entsandten. Bisweilen leerte sich der Saal auch, je näher das Ende des letzten Sitzungstages rückte, so daß der Vorsitzende Steltzer für die letzte Stunde der neunten Sitzung gar Beschlußunfähigkeit befürchtete.[13] Die Anwesenheitsliste führt jedoch auch einen Teilnehmer auf, der kein offizielles Mandat hatte: Der nordrhein-westfälische Innenminister Menzel erscheint auf der siebten, achten und neunten Sitzung neben Ministerpräsident Amelunxen als Vertreter Nordrhein-Westfalens. Bei dem Abdruck der Anwesenheitsliste wurde die Gliederung der Vorlage übernommen, wobei die Namen der Teilnehmer jedoch nur mit ihrer Dienstbezeichnung aufgeführt werden.

Das *Wortprotokoll,* Dokument 3 einer jeden Sitzung, wurde nach stenographischer Mitschrift angefertigt, und zwar nur einmal, wobei jedoch Durchschläge einzelner Beiträge zwecks Korrektur an die jeweiligen Redner versandt wurden.[14] Für die Amtszeit Lehrs ist eine Redaktion durch ihn als Vorsitzenden nachweisbar[15], nicht jedoch für seine Nachfolger. Es spielte sich vermutlich die Praxis ein, daß das Wortprotokoll im deutschen Sekretariat redigiert wurde, woraus sich einige handschriftliche Einfügungen und Korrekturen in der ansonsten als maschinenschriftliche Ausfertigung nur einmal überlieferten Reinschrift erklären. Diese sind, wo es

13 Vgl. Dok. IX.3, u. S. 1360.
14 Vgl. etwa für die 2. Sitz. PA 1/37: Blankenhorn an Agartz, 4. 4. 1946; a. a. O., Blankenhorn an Steltzer, 11. 4. 1946.
15 Vgl. HStAD NW 53/256, fol. 228: Blankenhorn an Janich, 4. 4. 1946 und 5. 4. 1946.

relevant erscheint, angemerkt. Wurden Anlagen in der Sitzung verlesen, vom Stenographen jedoch der Einfachheit halber lediglich als Anlagenverweise wiedergegeben, erfolgt Inserat der Anlage in das Wortprotokoll. Die Anlage entfällt im Anlagenteil, wird dort jedoch der Vollständigkeit halber mit vollem Dokumentenkopf unter Verweis auf das Wortprotokoll aufgenommen. Diesem Verfahren liegt das Bestreben zugrunde, den Verlauf einer jeden Sitzung möglichst genau wiederzugeben und ihn – wo es nötig ist – zu rekonstruieren. Inwieweit das Wortprotokoll allerdings den Ablauf einer Tagung vollständig und korrekt wiedergibt, ist nicht überprüfbar, zumal dann nicht, wenn das Kurzprotokoll oder die Tagesordnung einen etwa fehlenden Tagesordnungspunkt ebenfalls nicht ausweisen.

Wichtige Reden sowohl von Ratsmitgliedern wie von Vertretern der britischen Militärregierung wurden häufig dem Kurzprotokoll als Anlage beigefügt. Ein Vergleich mit der Fassung des Wortprotokolls zeigt regelmäßig, daß die Anlage in einer stilistisch geglätteten Form gehalten ist, was besonders für die auf Englisch gehaltenen Reden gilt, die simultan übersetzt wurden.[16] Bis auf jeweils begründete Ausnahmen wird – der Editionsgestaltung folgend, die das Schwergewicht auf das Wortprotokoll legt – der Version des Wortprotokolls der Vorzug gegeben, wobei inhaltlich bedeutsame Abweichungen angemerkt sind. Sind die Reden der Vertreter der Kontrollkommission in ihrer englischen Fassung im Bestand der deutschen Überlieferung verfügbar, wird diese abgedruckt.[17]

Das *Kurz-* bzw. *Beschlußprotokoll* – beide Elemente sind erkennbar – erscheint als Dokument 4 einer jeden Sitzung. Seine nachträgliche Gestaltung im Vergleich zum Wortprotokoll ist auffällig, vor allem in bezug auf die abweichende Reihenfolge der Tagesordnungspunkte. Die einzelnen Verhandlungsgegenstände sind in ihrer Ausführlichkeit durchaus unterschiedlich wiedergegeben, wodurch im Kurzprotokoll eine gewisse Wertung vorgenommen wurde. Dies geschah einerseits im Hinblick auf die zum Teil in den Anlagen überlieferten Ausführungen und andererseits, so ist zu vermuten, mit Blick auf die britische Militärregierung, der das Protokoll zur Genehmigung vorgelegt wurde. Durch eine taktisch geschickte Anordnung konnte das Augenmerk der Briten auf gewisse, den Ratsmitgliedern besonders am Herzen liegende Punkte gerichtet werden. Auffällig ist dieses Verfahren etwa bei den Forderungen der Zonenbeiratsmitglieder betreffend die „Erfüllung gewisser persönlicher Wünsche zur technischen Durchführung ihrer Arbeiten". Sie wurden als Teil des von Adenauer vorgetragenen Hauptausschußberichts in das Kurzprotokoll übernommen, das diesem Punkt auffällig viel Platz einräumt.[18] Kürzungen im Beschlußprotokoll erfolgen an den Stellen, die in das Wortprotokoll inseriert wurden, um den Sitzungsverlauf zu rekonstruieren. Abweichungen zwischen beiden Fassungen, etwa im Hinblick auf nicht wiedergegebene oder mißverständlich bzw. falsch formulierte Vorgänge, sind jeweils angemerkt.

16 Vgl. zu dieser Praxis die Einleitung mit Anm. 130.

17 Eine bewußte Ausnahme wurde beim Abdruck der Rede Robertsons auf der 1. Sitz. gemacht (vgl. Dok. I.11 mit Anm. 1), da diese in ihrer engl. Fassung in AVB 1, S. 340–346, abgedruckt ist.

18 Vgl. Dok. VI.3 u. S. 760 f., sowie Dok. VI.4, TOP 137.4.

Die Kurzprotokolle und Anlagen sind im Parlamentsarchiv in zwei Serien überliefert: PA 1/42–49 bzw. 1/258-260. Der Edition liegt die vollständigere Serie PA 1/258–260 zugrunde, die indessen den Nachteil hat, daß sie nachträglich gebunden wurde. Die dadurch teilweise abgeschnittenen Seiten wurden ebenso wie Fehlstücke in den Anlagen aus PA 1/42–46 (1.–11. Sitz.) rekonstruiert. Eine englische Fassung der Kurzprotokolle ist mit einigen Lücken in PA 1/42–49 und vollständig im Public Record Office (FO 1005/1573–1575) erhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine bloße Übersetzung des deutschen Kurzprotokolls, Abweichungen in der Darstellung und Zählung der Tagesordnungspunkte sind auffällig, wie auch der Anlagenteil durchaus unterschiedlich gestaltet ist.[19] Kurzprotokolle und Anlagen wurden auf Wachsmatrize vervielfältigt, da sie an die Ratsmitglieder, an deutsche Verwaltungsstellen und an die britische Kontrollkommission versandt wurden. Der ursprüngliche Plan, die Kurzprotokolle der Plenarsitzungen zu drukken[20], wurde nur für die 14. und 15. Sitzung verwirklicht.

Die *Anlagen* zu einer Sitzung, die den Ratsmitgliedern mit dem jeweiligen Kurzprotokoll zugingen, erscheinen in der Edition vor dem Wortprotokoll und sind – der besseren Benutzung und Zitierweise halber – fortlaufend numeriert. Entsprechend ändern sich die Verweise in den Kurzprotokollen. Um die ursprüngliche Überlieferung, d. h. die Zugehörigkeit einer Anlage zu der Sitzung deutlich zu machen, in der sie vorlag, erscheint neben der fortlaufenden Nummer diejenige der Vorlage (z. B. Anlage 348 = Anl. 31 zur 11. Sitz.). Ein Großteil der Anlagen konnte, wie bereits erwähnt, durch Inserat in das Wortprotokoll entfallen. Sie erscheinen gleichwohl im Anlagenteil mit vollständigem Dokumentenkopf. Dieser enthält neben der laufenden bzw. der ursprünglichen Nummer der Anlage den Quellennachweis, den zugehörigen Tagesordnungspunkt des Kurzprotokolls, bei britischen Vorlagen das dortige Registraturzeichen (z. B. HQ/14111/ZAC), die deutsche Journalnummer (z. B. J. Nr. 326/46) und das Datum. Das ebenfalls vorkommende Zeichen ZAC/P(46) . . . steht für Schriftstücke (Papers/P) des Zonenbeirats (Zonal Advisory Council/ZAC) britischer wie deutscher Herkunft, die für das Jahr 1946 fortlaufend numeriert wurden. 1947 ersetzte man diese Praxis allmählich durch eine unten links auf der Anlage angebrachte Zahlenfolge. Die britischen Stellungnahmen beziehen sich auf Tagesordnungspunkte einer Zonenbeiratssitzung, welche zum Beispiel mit ZAC/M(46)2 wiedergegeben wird. Diese Abkürzung ist wie folgt aufzulösen: Zonal Advisory Council, Minutes, 1946, 2. Sitzung. Mit ZAC bezeichnete der britische Verbindungsstab ferner alle die Schreiben, die er an das Sekretariat des britischen Hauptquartiers in Berlin bzw. an das Zonal Executive Office in Bünde sandte, wohingegen die Antworten von dort an den britischen Verbindungsstab unter dem Zeichen CAZ eingingen. Auch diese Abkürzungen treten in den Anlagen auf. Im Zuge einer einheitlichen Gestaltung der

19 Vgl. hierzu Dok. VIII.3, Anm. 134, sowie einen aufschlußreichen Vermerk in PA 1/258 (Dr. Engels, Juli 1959), der auf die Spezifika der Abweichungen eingeht und vermutlich von einem Mitarbeiter des PA angefertigt wurde. Die dort angeregte Konkordanz zwischen dt. und engl. Kurzprot. war nicht zu ermitteln; für einzelne Sitzungen erfolgte sie bereits während der Tätigkeit des ZB. – Die Anlage der Sitzungsprotokolle beruhte auf der von der brit. Kontrollkommission allgemein angewandten „Normal-Kanzleiordnung", vgl. Anl. 1, Pkt. 2.

20 Vgl. BA Z 2/44.

Dokumentenköpfe des Anlagenteils wurden stillschweigend Änderungen vorgenommen, die sich allerdings nicht auf die inhaltliche Aussage beziehen.

Nicht jeder deutsche Antrag wurde zur Debatte zugelassen und erschien mithin nicht in einer Anlage. Doch auch diese Anträge gingen den Ratsmitgliedern zu, wie entsprechende Aufstellungen zeigen.[21] Auf der anderen Seite fehlen deutsche Anträge, für die eine Stellungnahme der Kontrollkommission vorliegt. In diesen Fällen wird zum besseren Verständnis der Inhalt des Antrags in einer Anmerkung wiedergegeben.[22] Die Anlagen zu den ersten elf Sitzungen des Zonenbeirats sind bis auf wenige Ausnahmen lückenlos überliefert. In den Fällen, wo eine Ergänzung aus dem Bestand des Parlamentsarchivs nicht möglich ist, wird auf die Überlieferung anderer Archive zurückgegriffen. Die ungekürzte Wiedergabe der Anlagen – auch wo diese sich in umfangreicheren Gutachten niederschlagen – trägt dem Gedanken der Fondsedition Rechnung und dient in einer unverzichtbaren Ergänzung der Protokolle dazu, die sachlich und fachlich fundierte Arbeit des Zonenbeirats zu dokumentieren.

In den ersten Band der Edition wurde neben den Protokollen der ersten bis elften Plenarsitzung auch das der am 20. Februar 1947 zwischen der zehnten und elften Sitzung abgehaltenen „Informellen Sitzung des Allgemeinen Rates" aufgenommen. Für die Entscheidung waren zwei Gründe maßgebend. Zum einen fällt diese Sitzung in die Reorganisationsphase des Zonenbeirats und spiegelt mithin einen wesentlichen Diskussionsabschnitt wider. Auf der anderen Seite wurde die inhaltliche Arbeit auch auf dieser Sitzung fortgeführt, die damit ein wichtiges Bindeglied zwischen der zehnten und elften Sitzung darstellt.

Die Edition orientiert sich an den Verfahrensgrundsätzen der bisher erschienenen Bände der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien". Die Dokumente werden größtenteils ungekürzt wiedergegeben. Auslassungen erfolgen in den Fällen, wo der Wortlaut an anderer Stelle in der Edition wiedergegeben bzw. anderweitig gedruckt ist (etwa bei britischen Verordnungen, die im Amtsblatt der britischen Militärregierung veröffentlicht sind). Diese Auslassungen sind mit [. . .] gekennzeichnet, wobei in einer Anmerkung auf ihren anderweitigen Abdruck verwiesen wird. Vorgenommene Textergänzungen sind ebenfalls durch eckige Klammern [Zusätze der Bearbeiterin] oder durch spitze Klammern ⟨Inserate⟩ ausgewiesen. Zitate erscheinen in der Regel im Kleindruck. Eingriffe in den überlieferten Text werden bis auf die bereits genannten Fälle in folgenden Bereichen vorgenommen: Allgemein gebräuchliche Abkürzungen sind aufgelöst, wohingegen gemeinhin unbekannte bzw. zeittypische Abkürzungen beibehalten und im Abkürzungsverzeichnis ausgewiesen werden. Offensichtliche orthographische, grammatikalische oder Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert, während die falsche Wiedergabe von Personen- oder Ortsnamen bzw. unverständliche Satzkonstruktionen kommentiert bzw. durch ausgewiesene Texteingriffe der Bearbeiterin normalisiert sind. Insgesamt ist zu beachten, daß die in freier Rede gehaltenen Beiträge häufig nicht grammatisch korrekt sind. Es ist ferner kennzeichnend für den damaligen Sprachgebrauch, daß die vielfältigen neuen Institutio-

21 Vgl. etwa für die 6. Sitz. PA 1/51.
22 Vgl. diese Praxis bes. am Beispiel der 11. Sitz.

nen, die die britische Militärregierung in ihrer Zone bzw. die anderen Besatzungsmächte gebildet hatten, nicht immer mit ihrer offiziellen Bezeichnung angegeben werden. Dies gilt vor allem für ähnlichlautende Begriffe. So erscheint die britische Kontrollkommission häufig als „Kontrollrat", die Zonenzentralämter als „Ministerien" oder etwa Schlange-Schöningen, der Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft, der in der Tat ehemaliger Reichsminister war, als „Minister" des Zentralamts. Dies ist jeweils durch ein [!] vermerkt. Der Länderrat der amerikanischen Zone wird bisweilen als „Länderbeirat", der Zonenbeirat hingegen als „Zonenrat" bezeichnet, was allerdings auch auf den deutschen Sprachgebrauch zurückzuführen ist, der dem Rat eine größere Kompetenz beimißt.[23] Unterstreichungen oder andere Hervorhebungen der Vorlage sind in der Regel durch Kursivierung wiedergegeben. Die Tagesordnungspunkte und die Namen der Redner sind durch Fettdruck vom übrigen Text abgehoben. Titel und Ehrenbezeichnungen entfallen bei den Sprecherangaben, nicht jedoch im Text selbst.

Eine Trennung in sachliche und textkritische Anmerkungen erfolgt nicht, zumal letztere bei der vorliegenden Edition, die auf Ausfertigungen (Reinschriften) mit wenigen handschriftlichen Korrekturen beruht, einen nur geringen Raum einnehmen. Die inhaltlichen Kommentare haben primär drei Funktionen zu erfüllen:

1. Sie sollen den Hintergrund der Verhandlungen im Plenum durch Verweis auf die Ausschußprotokolle und Sachakten des Zonenbeirats erhellen. Hierbei wird vorrangig auf den Bestand des Parlamentsarchivs zurückgegriffen, das die Ausschußprotokolle als Wort- und Kurzprotokolle in PA 1/261–290 überliefert.

2. Gegenseitige Verweisungen im Anmerkungsteil erfolgen dort, wo Tagesordnungspunkte von einer zur nächsten Sitzung fortgeführt werden bzw. wo auf eine Debatte explizit Bezug genommen wird. Dieses Verfahren ist durch den Charakter der Edition – Publikation der Protokollserie eines Gremiums – geboten. Ansonsten ist das Sachregister zu konsultieren. Hinweise auf Tagesordnungspunkte der zwölften bis zweiundzwanzigsten Sitzung, d. h. auf den zweiten Band der Edition, beziehen sich der Einfachheit halber auf das jeweilige Kurzprotokoll (z. B. Dok. XIII.4, TOP 311).

3. Zum besseren Verständnis einzelner Tagesordnungspunkte und im Sinne einer zielgerichteten Archivbenutzung des Lesers wird auf das Schriftgut der Verwaltungen der britischen Zone wie auf das der Länder und Provinzen verwiesen, insofern sich die Debatten des Zonenbeirats dort niederschlugen. Dies gilt auch für die Verbindung zwischen den Länderchefkonferenzen und dem Zonenbeirat, die in der Anfangsphase inhaltlich eng verzahnt sind. Nachlässe werden für die Kommentierung ebenso herangezogen wie Parteienschriftgut. Die Kriterien für die Auswertung der Archivalien aus dem Public Record Office wurden bereits genannt. Die Anmerkungen enthalten ferner Hinweise auf zeitgenössische und Forschungsliteratur.

Jeder Band der Edition enthält ein Verzeichnis der Archivalien, der abgekürzt zitierten Literatur und eine Aufstellung der Abkürzungen. In das Literaturverzeichnis sind auch die in den Anlagen des Zonenbeirats selbst genannten Titel aufge-

23 Vgl. hierzu die Einleitung mit Anm. 298.

nommen. Zur Erschließung sind ein Personenindex – mit biographischen Angaben der Ratsmitglieder – und ein Sachindex angefügt.

Die vorliegende Edition verdankt ihr Entstehen einer vielfachen Hilfestellung. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir besuchten und angeschriebenen Archive, die die mitunter langwierigen Recherchen auf sich genommen haben. Margrit Loges und Dr. Günther Weller (Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages) standen mir bei der immer neuen Suche nach Vorgängen im Bestand Zonenbeirat überaus kollegial zur Seite. Das Editionsprojekt in besonderer Weise gefördert haben Dr. Peter Gabrielsson (Staatsarchiv Hamburg), Dr. Dieter Brosius (Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv in Hannover), Dr. Dieter Scriverius (Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf) und Dr. Hans Peter Mensing (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus). Für die Beschaffung und Bereitstellung vor allem zeitgenössischer Literatur sorgte vornehmlich das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

Professor Dr. Kurt Jürgensen (Universität Kiel) hat das Editionsvorhaben angeregt, das die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit Personal- und Sachmitteln förderte. Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien unterstützte die redaktionellen Arbeiten. Michael Brüchmann (Kiel) half mir mit unermüdlichem Einsatz bei der Korrektur der Druckfahnen und erstellte in minutiöser Detailarbeit das Register. Professor Dr. Ralph Uhlig (Universität Kiel) danke ich nicht nur für viele wertvolle Ratschläge bei der Kommentierung, sondern auch für seine menschliche Begleitung durch ein kräftezehrendes wissenschaftliches Vorhaben.

B. Verzeichnis der Archivalien

Bundesarchiv, Koblenz (BA)

Z 1	Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes
Z 2	Zonenbeirat der britischen Besatzungszone
Z 6 I/II	Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone/Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
Z 8	Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone)
Z 10	Zentralhaushaltsamt für die britische Zone
Z 20	Forst- und Holzwirtschaftsrat bei der North German Timber Control (CCG/BE) Hamburg
Z 21	Zentraljustizamt für die britische Zone
Z 28	Gemeinsamer Deutscher Finanzrat/Verwaltung für Finanzen

Nachlässe

NL Franz Blücher
NL Hermann Dietrich
NL Abraham Frowein
NL Wilhelm Heile
NL Erich Roßmann
NL Hans Schlange-Schöningen

Geheimes Staatsarchiv. Preußischer Kulturbesitz (GStA)

Rep. 92 NL Adolf Grimme

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages (PA)

Bestand 1 Zonenbeirat (Britische Zone)
Bestand 2 Wirtschaftsrat (des Vereinigten Wirtschaftsgebietes)

Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS)

Abt. 605 Präsidialkanzlei
399.55 NL Theodor Steltzer

Staatsarchiv Hamburg (StAH)

Senatskanzlei II	
000.23 (1–3)	Zonenbeirat
131-2	Senatsprotokolle 1946
131-14	Verbindungsstelle zur Militärregierung
135-1	Staatliche Pressestelle I–IV
	Staatliche Pressestelle V
377-10 I	Behörde für Ernährung und Landwirtschaft
	Stenographische Berichte der Bürgerschaft 1945–1947

Staatsarchiv Bremen (StAB)

3-A.1	Regierungskanzlei und Archiv
3-B.3	Fischereihafen Wesermünde. Bremerhaven
3-B.10 a	Staatsrechtliche Stellung Bremens nach 1945
3-B.10 d	Aufbau der Wirtschaft nach 1945
3-F.1. a	Finanzwesen des Deutschen Reiches
3-M.2	Militärsachen
3-P.5	Presse
3-R.1. m	Deutschland nach 1945
3-W.13	Wohlfahrtswesen
	Senatsprotokolle 1946

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv in Hannover (HStAH)

Nds. Z 50	Ministerpräsident/Staatskanzlei
	Acc. 32/63; Acc. 32/65
VVP 40	Nachlaß Wolfgang Bode

Niedersächsisches Staatsarchiv in Oldenburg

131	Staatsministerium

Niedersächsisches Staatsarchiv in Wolfenbüttel (StAW)

12 A Neu	Geheimratskollegium/Staatsministerium/Verwaltungspräsidium
23 A Neu	Letzter Braunschweigischer Landtag (1945–1947)
4 Nds	Der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf (HStAD)

NW 20	Kultusministerium, Abt. Volks-, Mittel- und Hilfsschulen
NW 22	Staatskanzlei – Landespressestelle
NW 53	Ministerpräsident – Staatskanzlei
NW 60	Kultusministerium. Abt. III: Kunst- und Kulturpflege
NW 72	Landesplanungsbehörde Nordrhein-Westfalen
NW 179	Ministerpräsident – Staatskanzlei. Persönlicher Referent und Abt. 1

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv in Detmold (StAD)

L 80 I a	Lippische Regierung. Abteilung des Innern
D 1	Regierung Detmold
D 72	Nachlaß Heinrich Drake

Bayerisches Hauptstaatsarchiv in München (BayHStA)

Marb. (vorl.!) Nr. 8004; Nr. 8337
MK-Abgabe 1987 (vorl.!) Nr. 151/IVa

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (IfZ)

ED 94	NL Walter Strauß
ED 122	NL James K. Pollock (Kopien aus der Michigan Historical Collection)

Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin (ACDP)

NL Josef Beyerle
NL Margot Kalinke
NL Linus Kather
NL Hans-Joachim von Merkatz

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus Rhöndorf in Bad Honnef (StBKAH)

08.14–08.18 Zonenbeirat

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (AdsD)

NL Walter Auerbach
NL Heinrich Deist

C

NL Fritz Henßler
Parteivorstand der SPD. Bestand Schumacher

Public Record Office, London/Kew (PRO)

FO 371	General Correspondence of the Foreign Office
FO 945	Control Office for Germany and Austria. General Department
FO 1005	CCG/BE. Allied Control Authority. Bi- and Tripartite Organisations. Records Library 1943–1959
FO 1013	CCG/BE. Regional Commissioner. NRW Region
FO 1014	CCG/BE. Regional Commissioner. Hansestadt Hamburg
FO 1032	CCG/BE. Control Commission HQ. Planning Staff, Military Sections and HQ Secretariat
FO 1037	CCG/BE. Control Commission HQ. Zonal Advisory Council
FO 1038	CCG/BE. Control Commission Divisions. Military Divisions
FO 1049	CCG/BE. Control Commission Divisions. Political Division
FO 1050	CCG/BE. Control Commission Divisions. Internal Affairs and Communications Division
FO 1051	CCG/BE. Control Commission Divisions. Manpower Division
FO 1058	CCG/BE. Control Commission Divisions. Transport Division

Gespräche mit Zeitzeugen

Alfred Kubel 28. August 1986 in Hannover

Prof. Dr. Dr. hc. Gerhard Weisser 28. September 1985, 24. September 1986, jeweils in Göttingen

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.

Adenauer. Briefe 1945–1947. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1983. (Adenauer Rhöndorfer Ausgabe. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz)

Keesings Archiv der Gegenwart, Essen 15. Jg. 1945; 16./17. Jg. 1946/47.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann/Hans Booms. Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920. Bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980.

Amelunxen, Rudolf: Ehrenmänner und Hexenmeister. Erlebnisse und Betrachtungen, München 1960.

Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet. Military Government Gazette Germany. British Zone of Control, Berlin 1945–1948.

Amtsblatt für Ernährung und Landwirtschaft. Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, Hamburg/Itzehoe 1/1946–2/1947.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Hrsg. vom Alliierten Sekretariat, Berlin 1945–1948.

Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers. Military Government Gazette Germany. Supreme Commander's Area of Control. Nr. 1–3. Gültigkeit (brit. Zone): bis 14. 7. 1945.

Amtsblatt für Niedersachsen, Hannover 1/1946–2/1947.

Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Schleswig/Kiel 1/1946–2/1947.

Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen. Behauptung und Ende staatlicher Selbständigkeit 1802/3 – 1947. Eine Dokumentation. Bearb. von Hermann Niebuhr und Klaus Scholz, Detmold 1984. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen C 20)

Arbeitsblatt für die Britische Zone. Hrsg. vom Zentralamt für Arbeit, Lemgo, Minden 1/1947; Bielefeld 2/1948.

Archiv des öffentlichen Rechts. Hrsg. von Wilhelm Grewe u. a., Tübingen 76/1950.

Arndt: Das Strafmaß, in: Süddeutsche Juristen-Zeitung. Hrsg. von Karl Geiler u. a., Heidelberg, Nr. 2/1946, S. 30 f.

Arnold, Charlotte: Der Arbeitsmarkt in den Besatzungszonen, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948, S. 36–64.

Auerbach, Hellmuth: Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18/1970, S. 529–554.

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte.
Bd. 1. September 1945–Dezember 1946. Bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München/Wien 1976.
Bd. 2. Januar–Juni 1947. Bearb. von Wolfram Werner, München/Wien 1979.
Bd. 3. Juni–Dezember 1947. Bearb. von Günter Plum, München/Wien 1982.
Bd. 4. Januar–Dezember 1948. Bearb. von Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger, München/Wien 1983.
Bd. 5. Januar–September 1949. Bearb. von Hans-Dieter Kreikamp, München/Wien 1981.

Backe, Herbert: Um die Nahrungsfreiheit Europas. Weltwirtschaft oder Großraum, Leipzig ^{2}1943.

Bär, Max: Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815, Bonn 1919.

Baker, Herbert W.: Beginn der deutschen Sozial- und Arbeitspolitik unter der Militärregierung, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. von Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 23–31.

Balfour, Michael: Four-Power Control in Germany 1945–1946, London 1956. (Survey of International Affairs 1939–1946)

Bauer, Wilhelm: Der gegenwärtige und künftige Lebensstandard in Deutschland, in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1947, S. 159–194.

Bauer, Wilhelm: Der allgemeine wirtschaftliche Charakter der Zonen, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948, S. 5–21.

Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979.

Behördenführer. I. Teil: Britisch besetzte Zone, Stuttgart 1947.

Bergsträsser, Ludwig: Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: VfZ 5/1957, S. 397–416.

Bericht an die Mitglieder des Verwaltungsrats für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes über das Bergarbeiter-Punktsystem. Berichterstatter: Dr. Ernst Deissmann, Geschäftsführer „Arbeitsgruppe Kohle". Als Manuskript gedruckt, 5./31. März 1947 [Essen].

Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1959.

Die Berufs- und Altersgliederung der Arbeiter und Angestellten sowie der selbständigen Berufstätigen und der Heimarbeitskräfte in der britischen Zone am 30. September 1947. Ergebnisse einer Erhebung aus der Arbeitspaßkartei der Arbeitsämter. Bearb. im Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone, Lemgo, Lemgo Juni 1948.

Beveridge, William Henry: Social Insurance and Allied Services. The Beveridge Report in brief, London 1943.

Social Insurance and Allied Services. Report by William Beveridge. Presented to Parliament by Command of His Majesty, November 1942, London 1942. 1943.

Birley, Robert: Education in the British Zone of Germany, in: International Affairs, Vol. XXVI, 1950, S. 32–44.

Borsdorf, Ulrich: Speck oder Sozialisierung?, in: Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland. Hrsg. von Hans Mommsen und Ulrich Borsdorf, Köln 1979, S. 345–366.

Bower, Tom: Blind Eye to Murder. Britain, America and the Purging of Nazi-Germany – A Pledge Betrayed, London 1981.

Boyens, Wilhelm Friedrich: Siedlung und Bodenreform als Aufgabe des Bundes. Schleswig-Holsteins Beitrag zur Frage der ländlichen Siedlung, Hamburg 1950.

Brack, Gustav: Rückblick auf das Jahr 1946 [der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Berlin], in: Arbeit und Sozialfürsorge. Amtliches Organ der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der SBZ, Berlin 2/1947, S. 1 f.

Brand, Arthur: Das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 mit der amtlichen Begründung, den Durchführungs-, Ausführungs- und Ergänzungsvorschriften. Erläuterung, Berlin 1937.

Brendgen, Margarete: Neue Wege der weiblichen Berufsberatung, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Oktober 1947, S. 353–357.

Brosius, Dieter/Hohenstein, Angelika: Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945–1948, Hildesheim 1985. (Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945 1, Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 38)

Brünker, Willi: Die Selbstversorgung in der deutschen Ernährungswirtschaft (seit der Reichsgründung), Bonn 1959.

British Zone Review. A Fortnightly (Monthly) Review of Activities of the CCG(BE) and Military Government, Bünde Vol. 1/1945–1947.

Chambers, P. S.: Post-War German Finances, in: International Affairs, Vol. XXIV, 1948, S. 364–376.

Clay, Lucius D.: Decision in Germany, Garden City/New York 1950.

Colm, Gerhard/Dodge, Joseph M./Goldsmith, Raymond: A Plan for the Liquidation of War Finance and the Financial Rehabilitation of Germany, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 111/1955, S. 204–284.

Damm, Walter: Arbeiter, Landrat und Flüchtlingsminister in Schleswig-Holstein, Bonn 1978. (Berichte und Dokumente zur Sozial- und Zeitgeschichte. Hrsg. vom Archiv der sozialen Demokratie)

A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941–1949. Prepared at the Request of the Senate Committee on Foreign Relations by the Staff of the Committee and the Department of State, Washington 1950.

Degkwitz, Rudolf: Das alte und das neue Deutschland, Hamburg 1946.

Deuerlein, Ernst: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1955, Konstanz 1965. (Handbuch der Deutschen Geschichte von Brandt/Meyer/Just IV/3)

Deuerlein, Ernst: Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, München 1972.

Das deutsche Flüchtlingsproblem in seinen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen. Bericht aus dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, [Kiel] März 1946.

Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik. Amtliches Blatt der deutschen Rechtspflege. Hrsg. vom Reichsminister der Justiz, Berlin (1943).

Deutsche Verwaltungsgeschichte, Band 5: Die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Kurt G. A. Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh, Stuttgart 1987.

Dobbernack, Wilhelm: Anregungen für eine interzonale Zusammenarbeit und Gestaltung der Sozialversicherung, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Juli/August 1947, S. 281–285.

Dobbernack, Wilhelm: Die Leistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in der britischen Zone, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, September 1947, S. 326–330.

Dobbernack, Wilhelm: Zur Neuordnung der deutschen Sozialversicherung. Reformen und Reformpläne, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Januar–März 1947, S. 97–100.

Documents on Germany under Occupation 1945–1954. Selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London/Oxford 1955.

Dönitz, Karl: Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958.

Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegssachgeschädigte, Währungsgeschädigte. Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung. IV/3: Helgoland, Westliche Grenzprobleme, Kehl/Bonn 1971.

Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Hrsg. von Johannes Hohlfeld. Bd. VI: Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945. Bearb. von Klaus Hohlfeld, Berlin/München o. J.

Dommaschk, Heinz (Hrsg.): Kriegsernährungswirtschaft. Systematisches Erläuterungswerk der Verbrauchsregelungsvorschriften. Laufende Ergänzungen bis zur 14. Ergänzungslieferung, Berlin, Stand November 1944.

Donnison, Frank Siegfried Vernon: Civil Affairs and Military Government, North West Europe, 1944–1946, London 1961.

Dorendorf, Annelies: Der Zonenbeirat der britischen Zone. Ein Rückblick auf seine Tätigkeit. Mit einer Einführung von Gerhard Weisser, Göttingen 1953. (Monographien zur Politik 2. Hrsg. vom Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Köln)

Dorn, Walter L.: Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen, in: VfZ 6/1958, S. 191–196.

Dotterweich, Volker: Die Entnazifizierung, in: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. Hrsg. von Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann, München 1979, S. 123–161.

Drexler, Alexander/Krumbein, Wolfgang/Stratmann, Friedrich: Die britischen „Sparta-Pläne" 1946, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 245–263.

Drohsel, Petra: Die Entlohnung der Frau nach 1945, in: Anna-Elisabeth Freier/Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte V, Düsseldorf 1984, S. 202–230.

Dudek, Peter: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920–1935, Opladen 1987.

Europa-Archiv. Hrsg. von Wilhelm Cornides, Oberursel/Ts. 1/1946/47; 2/1947; 3/1948; 4/1949.

Eckert, Josef: Öffentliche Meinung zur Reform der Sozialversicherung, Schliersee [1947]. (Schriftenreihe der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung I)

Eckert, Josef: Die Sozialversicherungsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland in jeweils geltender Fassung mit allen Durchführungsverordnungen und -bestimmungen, mit Erläuterungen und Verweisungen. 2 Bde., Stand: Februar 1957, München/Berlin 1957.

Eckhardt, Albrecht: Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jb. für Landesgeschichte, 55/1983, S. 15–70.

The Economist, London.

Ehard, Hans: Freiheit und Föderalismus, München 1947.

Elmenau, Johannes von: Aufbau und Tätigkeit des Länderrats der US-Zone, in: Deutsche Rechts-Zeitschrift 1/1946, S. 113–117.

Emig, Kurt: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin 1939.

Emig, Kurt: Reichsnährstand und Kriegswirtschaftsverordnung. Ein Beitrag zum Verhältnis von Staat und Selbstverwaltung, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 13/1941, S. 26–64.

Emminger, Otmar: Wirtschaftsplanung in der Bizone, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948, S. 143–178.

Enders, Ulrich: Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, Ostfildern 1982. (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2)

Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation. Bearb. von Irmgard Lange, Siegburg 1976. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen C 2)

Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege, Stuttgart ^{9}1978. (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte 4)

Die Ernährungswirtschaft. Systematische Sammlung aller amtlichen Vorschriften der Ernährungswirtschaft mit Erläuterungen unter Zustimmung der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, mit Genehmigung der Militärregierung. Lose-Blatt-Sammlung mit laufenden Ergänzungen. Hrsg. von Hans Podeyn, Berlin 1947 ff.

Europas Ernährungsstandard nach dem Kriege. Hrsg. vom Verwaltungsamt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Frankfurt/Main 11. 1. 1949.

Federau, Fritz: Der Interzonenhandel Deutschlands von 1946 bis Mitte 1953, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung (Berlin), Jg. 1953, S. 385–410.

Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971. (Studien zur Publizistik. Bremer Reihe. Deutsche Presseforschung 15)

Flechtheim, Ossip K. (Bearb. und Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Erster Band, Berlin 1962.

Die Flüchtlinge in der britischen Zone. Aufgrund amtlichen Materials zusammengestellt vom Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone, Lemgo 1948.

Das Flüchtlingsproblem in der amerikanischen Besatzungszone. Entwurf, vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck. Am 1. 7. 1947 General Clay überreicht, am 5. 8. 1947 für die Presse freigegeben. Hrsg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart [1947].

Foelz-Schroeter, Marie Elise: Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974.

Först, Walter: Die Politik der Demontage, in: Entscheidungen im Westen. Hrsg. von Walter Först, Köln/Berlin 1979, S. 109–143. (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens 7)

Foggon, George: Alliierte Sozialpolitik in Berlin, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. von Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 33–36.

Forst und Holz. Zeitschrift für die Forst- und Holzwirtschaft. Mitteilungsblatt der Forst- und Jagdbehörden und der holzwirtschaftlichen Verbände. Amtliche Zeitschrift des Landesforstamts Hannover in Sarstedt. Hrsg. von der Britischen Militärbehörde. Hannover 1/1946; 2/1947.

Foschepoth, Josef: Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 65–85.

Freiburg, Eva-Maria: Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen 1945–1955. Vom NWDR-Köln zum WDR, Hannover 1973.

Friedensburg, Ferdinand: Kohle, in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1947, S. 144–158)

Frowein, Abraham: Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der Britischen Kontrollkommission in Minden. Hrsg. und bearb. von Walter Vogel, Boppard 1968.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1943. Vol. I, General, Washington 1963.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, Washington 1960.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1946, Vol. II: Council of Foreign Ministers, Washington 1970.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1947, Vol. II: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington 1972.

Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/Berlin 1969. (Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft 40)

Galette, Alfons: Die Neugestaltung des Verfassungsrechts der deutschen Landkreise in der britisch besetzten Zone, Kiel 1948.

Gardiner, Rolf: Reconstruction in Silesia (Schlesische Arbeitslager 1928–1930), London 1930.

German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education. Hrsg. von David Phillips, Oxford 1983.

Gesetzliche Vorschriften der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Autorisierter Nachdruck des Amtsblattes der Militärregierung Deutschlands Amerikanische Zone, 1945–1949.

Gillessen, Günther: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Gimbel, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt/Main 1971.

Girndt, Ilse: Zentralismus in der britischen Zone. Entwicklungen und Bestrebungen beim Wiederaufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation auf der Ebene oberhalb der Länder 1945–1948, Bonn 1971.

Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. Bd. I und II, Zürich 1946; dt. Ausgabe, Bd. I, Hamburg 1947.

Gollancz, Victor: Germany revisited, in: Manchester Guardian, 11./12. 9. 1947.

Gollancz, Victor: Leaving them to their Fate. The Ethics of Starvation, London März 1946.

Gollancz, Victor: Stimme aus dem Chaos. Eine Auswahl der Schriften von V. G., Bayreuth 1948.

Gottlieb, Manuel: The German Peace Settlement and the Berlin Crisis, New York 1960.

Gottlieb, Manuel: Failure of Quadripartite Monetary Reform 1945–1947, in: Finanzarchiv. Neue Folge 17/1956/57, Tübingen 1957, S. 398–417.

Grau: Die dritte Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 29. 5. 1943, in: Deutsche Justiz 11/1943, S. 331–336.

Greschat, Martin: Kirche und Öffentlichkeit in der deutschen Nachkriegszeit (1945–1949), in: Kirchen in der Nachkriegszeit, Göttingen 1979, S. 100–124. (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte B 8)

Grieser, Andreas/Sauerborn, Max/Eckert, Josef (Bearb.): Erläuterungen der Notverordnung zur Sozialversicherung vom 26. Juli 1930, München o. J. [1930].

Grieser, Helmut: Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung 1945–1950, Wiesbaden 1980. (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 69)

Grieser, Helmut: Reichsbesitz, Entmilitarisierung und Friedensindustrie in Kiel nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 1979. (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 11)

Grimme, Adolf: Selbstbesinnung. Reden und Aufsätze aus dem ersten Jahr des Wiederaufbaus, Braunschweig u. a. 1947.

Grünig, Ferdinand: Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit (Statistischer Bericht), in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1947, S. 49–71.

Grünig, Ferdinand: Die innerdeutsche Wirtschaftsverflechtung, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948, S. 65–95.

Grundzüge einer Außenhandelsplanung für die britische Zone. Vorgelegt dem Deutschen Wirtschaftsrat, Minden (German Economic Advisory Board), anläßlich der am 30. April 1946 in Hamburg stattfindenden Außenhandelstagung von der Handelskammer Hamburg. Als Manuskript gedruckt, Hamburg März 1946.

Gürtner, Franz (Hrsg.), unter Mitwirkung von Roland Freisler u. a.: Das kommende deutsche Strafrecht. Berichte über die Arbeit der amtlichen Strafrechtskommission. 2. Aufl. nach den Ergebnissen der 2. Lesung neu bearbeitet, Berlin 1935 (Allgemeiner Teil); Berlin 1936 (Besonderer Teil).

Guins, George: Basic Principles of U. N. R. R. A.'s Policy, in: The Southwestern Social Service Quarterly (Austin/Texas) 26/1945, S. 127–134.

Gutachten des Deutschen Wirtschaftsrates zur Anbahnung des Außenhandels, gez. Chr. Kuhlemann/Albert Martmöller/Petersen, 28. 5. 1946. Anhang: Vertrauliches Schreiben des Leiters des Zentralamtes für Wirtschaft in der Britischen Zone, Agartz, an den Deputy President Economic Sub-Commission, Main HQ, Minden BAOR, 3. 6. 1946.

Göttinger Universitäts-Zeitung. Hrsg. von Dozenten und Studenten der Universität, Göttingen 1/1945–46; 2/1946–47; 3/1947–48.

Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Frankfurt/Main 1947–1949.

Härtel, Lia: Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1951.

Halbritter, Maria: Schulreformpolitik in der britischen Zone von 1945–1949, Weinheim 1979. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 13)

Hamburger Allgemeine Zeitung.

Hamburger Echo.

Hamburger Freie Presse.

Hamburger Nachrichten-Blatt. Hrsg. von den britischen Militärbehörden, 1945–1946.

Hamburger Volkszeitung.

Handbuch Deutsche Presse. Hrsg. vom Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verein, Bielefeld 1947.

Handbuch des Deutschen Staatsrechts. Hrsg. von Gerhard Anschütz und Richard Thoma. Bd. 1, Tübingen 1930. (Das öffentliche Recht der Gegenwart 28)

Handelsblatt. Westdeutsche Wirtschaftszeitung, Düsseldorf.

Hannoversche Rechtspflege. Verordnungen und Mitteilungen für den Oberlandesgerichtsbezirk Celle, 1/1945; 2/1946.

Hannoversches Nachrichten-Blatt.

Hansen, Reimer: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945, Stuttgart 1966. (Kieler Historische Studien 2)

Haushalts- und Besoldungsblatt für das britische Besatzungsgebiet, Hamburg 1947–1949.

Haushofer, Heinz/Recke, Hans-Joachim: 50 Jahre Reichsernährungsministerium – Bundesernährungsministerium. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1969.

Handbuch für Schleswig-Holstein 1949. Im Auftrage des Landesministeriums des Innern nach amtlichen Unterlagen bearb. und hrsg. von Heinrich Landmaack nach dem Stande vom 1. 6. 1949, Kiel ^{5}1949.

Handbuch über den preußischen Staat. Hrsg. vom Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1922. 128. Jg., Berlin 1922.

Handbuch über den preußischen Staat. Hrsg. vom Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1931. 137. Jg., Berlin 1931.

Heffter, Heinrich: Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950.

Heidenheimer, Arnold: Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party, The Hague 1960.

Hein, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 76)

Heitzer, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. v. Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans Peter Schwarz 12)

Heydecker, Joe J./Leeb, Johannes: Der Nürnberger Prozeß. Bilanz der Tausend Jahre, Köln/Berlin 1958.

Hilbert, Ernst: Was erwarten die Arbeitgeber von der Neuordnung der deutschen Sozialversicherung?, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Juli/August 1947, S. 285–287.

Hochland-Bote. Zeitung für die Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Schongau und Bad Tölz, 1/1945.

Hochmuth, Ursel/Meyer, Gertrud: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt/Main 1969.

Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. v. Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans Peter Schwarz 1)

Höchstrichterliche Rechtsprechung. Hrsg. v. Eugen Friedrichs und Hans Gründel, Berlin 9/1933; Höchstrichterliche Rechtsprechung. Ergänzungsblatt zur „Deutschen Justiz" und zur Amtlichen Sammlung der Reichsgerichtsentscheidungen, Berlin 16/1940.

Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959.

Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46. Eingeleitet und bearb. von Wolfgang Hölscher. Hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Walter Först, Düsseldorf 1988. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4/5)

Höpker-Aschoff, Hermann: Deutscher Einheitsstaat. Ein Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung, Berlin 1928.

Hoffmann, Dietrich: Politische Bildung 1890–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der pädagogischen Theorie, Hannover 1970.

Holler, Albert: Die Entwicklung der sozialen Krankenversicherung in den Jahren 1945 bis 1975, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. v. Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 303–314.

Holtermann, Klaus: Die Wirtschaft in der französischen Zone, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948, S. 179–187.

Hommel, Engelbert: Konrad Adenauer und der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone Deutschlands 1946–1948, Mainz [1976] (masch.).

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u. a. 1981.

Hüttenberger, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973. (Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen C 1)

Ickert, Franz: Die Tuberkulose in der britischen Zone. Im Auftrage des Arbeitsausschusses für Tuberkulose-Statistik des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in der britischen Zone, Hannover 1948.

Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet. Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bearb. von Heinz Haushofer, München u. a. 1958.

Indexziffer für die Lebenshaltungskosten. Hrsg. vom Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone, Hamburg 1946/47.

Ipsen, Hans Peter: Hamburg zwischen Krieg und Frieden, in: Festschrift für Leo Raape zu seinem 70. Geburtstag 14. Juni 1948, Hamburg 1948, S. 423–466.

Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 65)

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Göttingen o. J. [1947].

Jerchow, Friedrich: Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft, Düsseldorf 1978.

Jürgensen, Kurt: Die Briten in Schleswig-Holstein 1945–1949, Neumünster 1989.

Jürgensen, Kurt: Entscheidung für das Bundesland Schleswig-Holstein. Zur Entstehung der Länderordnung in der britisch besetzten Zone Deutschlands, in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für K. D. Erdmann. Hrsg. von H. Boockmann/K. Jürgensen/G. Stoltenberg, Neumünster 1980, S. 625–672.

Jürgensen, Kurt: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1969.

Theodor Steltzer. Reden, Ansprachen, Gedanken 1945–1947. Hrsg. u. erläutert von Kurt Jürgensen, Neumünster 1986.

Juristische Wochenschrift, Leipzig (1935).

Kaden, Albrecht: Die Wiedergründung der SPD 1945–1946, Hannover 1964.

Kather, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. I: Die entscheidenden Jahre, München 1964.

Kern, Ernst: Zur Verfassungsentwicklung in der britischen Zone, in: Deutsche Rechts-Zeitschrift 3/1948, S. 202–205.

Kern, Ernst: Zonenbeirat und Zentralämter der britischen Zone, in: Deutsche Rechts-Zeitschrift 2/1947, S. 407 f.

Kieler Kurier. Zeitung der Militärregierung, 1945–1946.

Klein, Friedrich: Neues deutsches Verfassungsrecht, Frankfurt/Main 1949. (Frankfurter Grundrisse für das juristische Studium 26)

Kleßmann, Christoph/Friedemann, Peter: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt/Main/New York 1977.

Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982.

Köhler, Wolfram: Das Land aus dem Schmelztiegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1961.

Kohn-Brandenburg, Alexander: Das System der Provisorien, in: EA 1/1946/47, S. 569–577; EA 2/1947, S. 785–792.

Konstanzer, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969.

Koolen, Bernhard: Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979.

Krebsbach, August: Die preußische Städteordnung von 1808. Textausgabe mit Einführung, Stuttgart/Köln 1957. (Neue Schriften des Deutschen Städtetages 1)

Küpper, Bernd: Kann die Bundesrepublik sich in Notzeiten selbst ernähren?, Hannover 1981. (Agrarwissenschaft. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Marktforschung und Agrarpolitik. Sonderheft 92)

Kuhn, Annette: Die vergessene Frauenarbeit in der deutschen Nachkriegszeit, in: Anna-Elisabeth Freier/Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte V, Düsseldorf 1984, S. 170–201.

Lademacher, Horst: Großbritannien und die Rhein-Ruhr-Frage, in: Entscheidungen im Westen. Hrsg. von Walter Först, Köln/Berlin 1979. (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens 7)

Lademacher, Horst: Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 101–117.

Die Länder und der Bund. Beiträge zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Walter Först, Essen 1989.

Latour, Conrad F./Vogelsang, Thilo: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. 1944–1947, Stuttgart 1973.

Liebe, Hans: Agrarstruktur und Ernährungspotential der Zonen, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1948, S. 22–35.

Liebe, Hans: Ernährung, in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1947, S. 72–103.

Liedtke, Rüdiger: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982.

Lippischer Dorfkalender auf das Jahr des Heils 1932. Anhang: Staatshandbuch für das Land Lippe. Hrsg. v. Pastor Paul Ruperti, Detmold 17. Jg. o. J. [1931].

Liste wichtiger Industriebetriebe in den westlichen Besatzungszonen (Angaben für die Vorkriegs- bzw. Kriegszeit). Hrsg. vom Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone, Minden Dezember 1946.

Die Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 22. März 1924. Nebst dem Gerichtsverfassungsgesetz und den Gesetzen vom 24. November und 6. Dezember 1933. Kommentar von E[wald] Löwe, fortgesetzt von August Hellweg und von W[erner] Rosenberg, 19. völlig umgearb. Aufl. von Hans Gündel u. a., nebst Nachträgen, Berlin/Leipzig 1933.

Loschelder, Wilhelm: Die Gemeindeordnungen in den westdeutschen Ländern und die Verfassungen von Berlin, Hamburg und Bremen, Stuttgart/Köln 1953.

Sammlung der Länderratsgesetze, [Düsseldorf 1949].

Lübecker Freie Presse.

Lübecker Nachrichten.

Lübecker Post.

Lübke, Heinrich: Victor Gollancz, in: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Reden und Würdigungen. 1951–1960, Frankfurt/Main 1961, S. 213–222.

Lüdde-Neurath, Walter: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches. Mit einem Nachwort von Walter Baum, Göttingen ^{3}1964.

Malecki, Hans Joachim: Das Flüchtlingsproblem in Niedersachsen, in: Neues Archiv für Landes- und Volkskunde von Niedersachsen 1/1947, S. 45–80.

Manz, Matthias: Stagnation und Aufschwung in der Französischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Mannheim 1968.

Marienfeld, Wolfgang: Konferenzen über Deutschland. Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941–1949, Hannover 1963.

Menzel, Eberhard (Bearb.): Die niederländischen Gebietsforderungen gegenüber Deutschland seit 1945. Rechtsgutachten. Veröffentlichung der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Hamburg 1950.

Middelmann, Werner: Entstehung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung, in: Die Vertriebenen in Westdeutschland. Hrsg. von Eugen Lemberg und Friedrich Edding. Bd. I, Kiel 1959, S. 276–299.

Milert, Werner: Die verschenkte Kontrolle. Bestimmungsgründe der britischen Kohlenpolitik im Ruhrbergbau 1945–1947, in: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949. Hrsg. von Dietmar Petzina und Walter Euchner, Düsseldorf 1984, S. 105–119. (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 12)

Military Government of Germany. Monthly Report of the Military Governor U. S. Zone: Displaced Persons, Stateless Persons, Refugees, [München] 1945–1947.

Military Government of Germany. Monthly Report of the Military Governor U. S. Zone: Industry (including coal), [München] 1946–1948.

Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein. Beilage zum Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Kiel 1946–1948.

Mitzscherling, Peter: Auf dem Wege zu einer „sozialistischen" Sozialpolitik? Die Anfänge der Sozialpolitik in der SBZ/DDR, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. v. Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 81–94.

Möglichkeiten landwirtschaftlicher Erzeugungssteigerung. Hrsg. von der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Frankfurt/Main ^{2}1948.

Möller, Hans: Der Beveridge-Plan, Karlsruhe [1946]. (Sonderdruck aus Nr. 6 und 7 der „Versicherungswirtschaft")

Möller, Hans (Hrsg.): Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948. Eine Dokumentation unter Mitwirkung von Wolfram Kunze. Hrsg. und eingeleitet von Hans Möller, Basel/Tübingen 1961.

Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966. (VfZ. Schriftenreihe 13)

Monthly Labour Review, Washington 1946.

Monthly Report of the Control Commission for Germany (British Element). Prepared at HQ, CCG(BE), Berlin 1/1946; 2/1947; 3/1948.

Morsey, Rudolf: Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945–1949, in: Adenauer-Studien I. Hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1971, S. 20–57. (Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern B 10)

Müllenbusch, J.: Die Organisation der deutschen Ernährungswirtschaft. Der Reichsnährstand, Berlin 1941.

Müller, Karl Valentin: Begabung und soziale Schichtung, Köln/Opladen 1956. (Schriftenreihe des Instituts für empirische Soziologie 1)

Müller, Gloria: Sicherheit durch wirtschaftliche Stabilität? Die Rolle der Briten bei der Auseinandersetzung um die Stahlquote des 1. Industrieplanes vom 26. März 1946, in: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949. Hrsg. von Dietmar Petzina und Walter Euchner, Düssel-

dorf 1984, S. 65–86. (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 12)

Der Neuaufbau des Justizwesens in der französischen Zone, in: Deutsche Rechts-Zeitschrift 1/1946, S. 19 ff. und S. 54 ff.

Neue Hamburger Presse. Zeitung der Militärregierung für Groß-Hamburg und Umgebung, 1945–1946.

Neue Mitteilungen für die Landwirtschaft. Hrsg. von den Britischen Militärbehörden, Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft, Hannover 1/1946; 2/1947.

Die Neue Zeitung. Eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung, München 1/1946; 2/1947.

Neuer Hannoverscher Kurier.

Niehues, August: Ruhrbergbau und Arbeitsvermittlung, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Januar-März 1947, S. 88–90.

Noetzel, Michael: Die Berliner Sozialversicherung der Nachkriegsjahre, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. v. Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 37–44.

Norddeutsches Echo, Kiel.

Olshausen, Justus von: Kommentar zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. 2 Bde., Berlin [11]1927.

Overesch, Manfred: Der historisch-politische Stellenwert der Bremer Interzonenkonferenz vom Oktober 1946, in: Bremisches Jahrbuch 59/1981, S. 57–84.

Pabst, Klaus: Holländisch für vierzehn Jahre, in: Entscheidungen im Westen. Hrsg. von Walter Först, Köln/Berlin 1979, S. 145–176. (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens 7)

Pakschies, Günter: Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949, Köln/Wien [2]1984. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 9)

Parliamentary Debates. House of Commons. Official Report. Hansard. His Majesty's Stationary Office, London 1946. 1947.

Pechel, Rudolf: Zwischen den Zeilen. Der Kampf einer Zeitschrift für Freiheit und Recht 1932–1942. Mit einer Einführung von Werner Bergengruen, Wiesentheid (Ufr.) 1948.

Petzina, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968. (VfZ. Schriftenreihe 16)

Pfetsch, Frank R.: Die Verfassungspolitik der westlichen Besatzungsmächte in den Ländern nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/1986, S. 3–17.

Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948, Köln/Wien 1983. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 24)

Pietsch, Hartmut: Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945–1948, Duisburg 1978. (Duisburger Forschungen 26)

Plum, Günter: Einleitung zu: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Bd. 3. Juni-Dezember 1947, München/Wien 1982, S. 1–86.

Plumpe, Werner: Wirtschaftsverwaltung und Kapitalinteresse im britischen Besatzungsgebiet 1945/46, in: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949. Hrsg. von Dietmar Petzina und Walter Euchner, Düsseldorf 1984, S. 121–152. (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 12)

Politisches Jahrbuch CDU/CSU. Hrsg. von Bruno Dörpinghaus und Kurt Witt und dem Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU für Deutschland, Frankfurt/Main 1/1950.

Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949. Bearb. von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel, Düsseldorf 1983. (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 1)

Preuß, Hugo: Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland, in: Handbuch der Politik. Erster Bd. Die Grundlagen der Politik. Hrsg. von Paul Laband u. a., Berlin/Leipzig 1912, S. 198–218.

Preußische Gesetzsammlung, Berlin (1930, 1938, 1939).

Die Proklamationen, Gesetze und Verordnungen der Militärregierung Deutschlands (Amerikanische Zone) einschließlich der Proklamationen und Gesetze der alliierten Kontrollbehörde, Kontrollrat. Englischer und deutscher Text. Hrsg. von Reinhard Anders. Bd. I und II, Karlsruhe ^{2}1946–1949.

Protokoll des Gründungskongresses des DGB. 1. Bundeskongreß des DGB der britischen Zone vom 22.–25. 4. 1947 in Bielefeld, Düsseldorf o. J.

Pünder, Hermann: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968.

Radtke, Wilhelm: Die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in der britischen Zone, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, September 1947, S. 331–333.

Reichelt, W.-O.: Die Demontageliste. Eine vollständige Übersicht über die Reparationsbetriebe sowie die amtlichen Erklärungen der Militärbefehlshaber der Britischen und USA-Zone, Hamburg 1947.

Reichhardt, Fritz: Andreas Hermes, Neuwied 1953.

Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Berlin und Leipzig.

Reichsversicherungsordnung mit Ausführungsbestimmungen und Nebengesetzen. Hrsg. von Hermann Dersch, Mannheim u. a. ^{4}1934. (Sammlung deutscher Gesetze 114)

Renzsch, Wolfgang: Alfred Kubel. 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie, Bonn 1985.

Reuber, Heinrich/Skibbe, Bruno (Bearb.): Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten, Berlin [Ost] 1947.

Reusch, Ulrich: Britische Besatzungsakten (1945–1955), in: Geschichte im Westen 2/1990, S. 253–255.

Reusch, Ulrich: John Burns Hynd (1902–1971), in: Geschichte im Westen 1/1986, S. 53–80.

Reusch, Ulrich: Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943–1948, in: Historisches Jahrbuch 100/1980, S. 318–443.

Reichsgesetzblatt, Berlin.

Rhein-Echo, Düsseldorf.

Rheinische Post, Düsseldorf.

Rheinische Zeitung, Köln.

Rhein-Ruhr-Zeitung, Essen.

Richter, Johannes Karl: Die Reichszentrale für Heimatdienst. Geschichte der ersten politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik, Berlin 1963.

Richtlinien für das Strafverfahren. Allgemeine Verfügung des Reichsministers der Justiz vom 13. April 1935, Berlin 1935. (Amtliche Sonderveröffentlichungen der Deutschen Justiz 7)

Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart ^{3}1956.

Reichsministerialblatt. Zentralblatt für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin (1935).

Rohrbach, Justus [Bearb.]: Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945–1949. Hrsg. von Hans Schlange-Schöningen, Hamburg/Berlin 1955.

Rombeck-Jaschinski, Ursula: Heinrich Drake und Lippe, Düsseldorf 1984. (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 13)

van Roon, Ger: Widerstand im Dritten Reich, München 1979.

Rosenfeldt, Jenspeter: Nicht einer ... viele sollen leben: Landreform in Schleswig-Holstein 1945–1950, Kiel 1991. (Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein 9)

Rosenstock, Eugen/Trotha, Carl Dietrich von (Hrsg.): Das Arbeitslager. Berichte aus Schlesien von Arbeitern, Bauern und Studenten, Jena 1931.

Rudzio, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur. Eine britische Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 17)

The Ruhr Miner and his Family 1947 (A Social Survey). Poro Report N° 6, Part I. Public Opinion Research Office, Political Division CCG(BE), Bielefeld 1948.

Sauermann, Heinz: Der amerikanische Plan für die deutsche Währungsreform, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 111/1955, S. 193–203.

Schachtner, Richard: Die deutschen Nachkriegswahlen. Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland, in den deutschen Bundesländern, in West-Berlin, im Saarland und in der Sowjetzone (DDR) 1946 bis 1956, München 1956.

Schenck, Ernst-Günther: Das menschliche Elend im 20. Jahrhundert. Eine Pathographie der Kriegs-, Hunger- und politischen Katastrophen Europas, Herford 1965.

Schier, Siegfried: Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 50er Jahre, Lübeck 1982. (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck B 7)

Schiffer, Eugen: Die deutsche Justiz. Grundzüge einer durchgreifenden Reform, 2. völlig neubearb. Aufl. München/Berlin 1949.

Schlange-Schöningen, Hans: Am Tage danach, Hamburg 1946.

Schleswig-Holsteinische Anzeigen. Amtsblatt der Justizverwaltung für den Bezirk des Oberlandesgerichts Kiel, Glückstadt 1946–1947.

Schleswig-Holsteinisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, Itzehoe 86/1948.

Schmidt, Adolf: Die Selbstverwaltung in der knappschaftlichen Versicherung – Organisation und Wiederaufbau nach dem Kriege, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. von

Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 251–261.

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main [8]1981.

Schmitz, Hubert: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950. Dargestellt am Beispiel der Stadt Essen. Hrsg. von der Stadtverwaltung Essen, Essen 1956.

Schmoller, Gustav von/Maier, Hedwig/Tobler, Achim: Handbuch des Besatzungsrechts. 2 Bde., Tübingen 1951–1957 [Loseblattsammlung].

Schockenhoff, Volker: Wirtschaftsverfassung und Grundgesetz. Die Auseinandersetzungen in den Verfassungsberatungen 1945–1949, Frankfurt/New York 1986. (Campus Forschung 473)

Schönke: Die Änderungen des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts durch die Novellen vom 29. Mai 1943, in: Deutsches Recht. Zentralorgan des NS.-Rechtswahrerbundes, Berlin u. a. 13/1943, S. 721–732.

Schröder, Karsten: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland. Düsseldorf 1985. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 77)

Die Schule. Monatsschrift für geistige Ordnung. Hrsg. von Adolf Grimme, Hannover.

Schullze, Erich (Hrsg.): Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 mit Ausführungsvorschriften, Formblättern, der Anweisung für die Auswerter der Meldebogen und der Rangliste in mehrfarbiger Wiedergabe, München 1946.

Schulze, Rainer: Das Londoner CCG/BE-Projekt. Die Erschließung britischer Quellen aus der Besatzungszeit in Deutschland (1945–1949/55) für Forschungszwecke, in: Der Archivar 42/1989, Sp. 461–474.

Schwarz, Walter: Rückerstattung nach den Gesetzen der Alliierten Mächte, München 1974. (Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. Bd. I. Hrsg. vom Bundesminister für Finanzen in Zusammenarbeit mit Walter Schwarz)

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986.

Schweigert, Eberhart: Die Finanzverwaltung Westdeutschlands in der Zeit vom Ende des 2. Weltkriegs bis zu ihrer Neuordnung durch das Grundgesetz, Köln 1969.

Schweitzer, Albert: Verfall und Wiederaufbau der Kultur (Kulturphilosophie. Erster Teil), 8. unveränderte Aufl. München 1946 (Erstaufl. München 1923).

Kultur und Ethik (Kulturphilosophie. Zweiter Teil), 6. unveränderte Aufl. München 1947 (Erstaufl. München 1923).

Scriverius, Dieter: Die britische Demontagepolitik im Spiegel der Überlieferung des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, in: Claus Scharf/Hans Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 93–101.

Seume, Franz: Industrie, in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1947, S. 104–143.

Severing, Carl: Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950.

Skrodzki, Bernhard: Vergleich der Besteuerung des Arbeitseinkommens in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahre 1946, in: EA 1/1946–47, S. 644–648.

Sons, Hans-Ulrich: Das öffentliche Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1981.

Der Sozialdemokrat, Berlin [West].

Der Spiegel, Hamburg.

Spliedt, Franz: Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Wiederaufbau seit 1945, Hamburg o. J. [1948].

Spliedt, Franz: Die Schaffung der Reichsanstalt, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Juli/August 1947, S. 244–247.

Staatshandbuch für den Freistaat Braunschweig. Hrsg. vom Braunschweigischen Staatsministerium, Braunschweig 1929.

Staatshandbuch des Freistaates Oldenburg. Bearb. vom Statistischen Landesamt, Oldenburg 1929.

Statistik der Verbrauchergruppen und des Bedarfs an Lebensmitteln. Bearb. im und hrsg. vom Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone im Auftrage des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft, Hamburg 1946. 1947.

Steinbach, Franz/Becker, Erich: Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Bonn 1932. (Rheinisches Archiv. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn 20)

Steinert, Marlis G.: Die 23 Tage der Regierung Dönitz, Düsseldorf/Wien 1967.

Steininger, Rolf: Die britische Deutschlandpolitik in den Jahren 1945/46, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/1982, S. 28–47.

Steininger, Rolf: Großbritannien und die Ruhr, in: Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung. Hrsg. von Walter Först, Köln 1982, S. 9–63. (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens 10)

Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens. Britische, französische und amerikanische Akten. Eingeleitet und bearb. von Rolf Steininger. Hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Walter Först, Düsseldorf 1988. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4/4)

Steininger, Rolf: Die Sozialisierung fand nicht statt, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 135–150.

Steuer- und Zollblatt. Hrsg. von der Leitstelle der Finanzverwaltung für die Britische Zone (Finanzleitstelle), Hamburg 1/1946–3/1948.

Stolper, Gustav: Die deutsche Wirklichkeit (Deutsche Übersetzung des amerikanischen Originals „German Realities", New York 1948, von Toni Stolper), Hamburg 1949.

Storbeck, Anna Christine: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945, München/Wien 1970. (Deutsches Hb. der Politik 4)

Storch, Anton: Was erwarten die Arbeitnehmer von der Neuordnung der deutschen Sozialversicherung?, in: Arbeitsblatt für die Britische Zone, Januar–März 1947, S. 139–141.

The Story of U. N. R. R. A. Issued by Office of Public Information U. N. R. R. A., Washington 1948.

Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984. (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 6)

Stüber, Gabriele: Zonales Provisorium und demokratisches Experiment. Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone 1946–1948, in: Geschichte im Westen 2/1990, S. 162–187 (Erster Teil); 1/1991, S. 30–61 (Zweiter Teil).

Der Tagesspiegel, Berlin.

Thiede, G.: Die Ernährungshilfe für Westdeutschland von 1945/46 bis 1952/53. Eine Würdigung von Marshallplan-, GARIOA- und sonstigen Hilfslieferungen für die Ernährung der westdeutschen Bevölkerung, in: Berichte über Landwirtschaft 32/1954, S. 237–264.

Thiede, Klaus (Hrsg.): Die schleswig-holsteinische Fischwirtschaft. Jahresbericht 1950, Kiel 1951.

Thies, Jochen: What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 29–50.

Thomas, Michael: Deutschland, England über alles. Rückkehr als Besatzungsoffizier, Berlin 1984.

The Times, London.

NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bd. 1: 1933. Bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert. Hrsg. von Hans Bohrmann. Mit einem Vorwort von Fritz Sänger, München u. a. 1984.

Tracey, Michael: Sir Hugh Greene: Mit dem Rundfunk Geschichte gemacht, Berlin 1984.

Treue, Wilhelm: Zehn Jahre Land Niedersachsen, Hannover 1956.

Treue, Wilhelm/Schrader, Käthe: Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Wirtschaft in Niedersachsen, Hannover 1967.

Trittel, Günter J.: Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975. (VfZ. Schriftenreihe 31)

Trittel, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949), Frankfurt am Main/New York 1990. (Historische Studien 3)

Trittel, Günter J.: Das Scheitern der Bodenreform im „Schatten des Hungers", in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 153–170.

Trometer, Leonhard: Die Kriegsopferversorgung nach 1945, in: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Hrsg. von Reinhart Bartholomäi u. a. Prof. Dr. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 191–205.

Uffrecht, Bernhard: Die Freie Schul- und Werkgemeinschaft Letzlingen, in: Hilker, Franz (Hrsg.): Deutsche Schulversuche, Berlin 1924, S. 137–155.

Uhlig, Ralph: Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone zwischen Besatzungsmacht und der deutschen Politik 1946–1948, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 2/1989, S. 79–90.

Die Ursachen der niedrigen Förderung im Ruhrkohlenbergbau seit Kriegsende. Hrsg. vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen 1946.

Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen. Vorläufer – Vorbilder – Entstehung [Ausstellungskatalog], Düsseldorf 1984.

Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden. Protokolle der 1.–10. Sitzung vom 16. 1. 1946 bis 19. 6. 1946, [Stuttgart 1946].

Verkehrslenkung als Devisenerwerb (Geheim). Zwei Vorschläge vom 20. 3. 1946 und 20. 5. 1946. Hrsg. von der Handelskammer Hamburg. Sachdezernat Verkehr, Hamburg 1946 (masch.).

Virchow, Rudolf: Ueber gewisse, die Gesundheit benachtheiligende Einflüsse der Schulen (1869), in: Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medicin und der Seuchenlehre. Bd. II, Berlin 1879, S. 473–490.

Verordnungs-Blatt für die Britische Zone. Amtliches Organ zur Verkündung von Rechtsverordnungen der Zentralverwaltungen. Hrsg. vom Zentraljustizamt der Britischen Zone, Hamburg 1947–1949.

Vogel, Walter: Organisatorische Bemühungen um die Rechtseinheit in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945–1948, in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Hrsg. von Heinz Boberach/Hans Booms, Boppard 1977, S. 456–479. (Schriften des Bundesarchivs 25)

Vogel, Walter: Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil I Boppard 1956; Teil II Boppard 1964; Teil III Boppard 1983. (Schriften des Bundesarchivs 2, 12 und 32)

Vogel, Walter/Weisz, Christoph: Einleitung zu: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Bd. 1. September 1945–Dezember 1946, München/Wien 1976, S. 15–91.

Vogelsang, Thilo: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963.

Vogelsang, Thilo: Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in: VfZ 18/1970, S. 510–528.

Volle, Hermann: Die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte. 10. März bis 24. April 1947, in: EA 2/1947, S. 672–737.

Volquardsen, Volkert: Zur Agrarreform in Schleswig-Holstein nach 1945, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 102/103/1977/78, S. 187–344.

Vormarsch der Arbeitslagerbewegung. Geschichte und Erfahrung der Arbeitslagerbewegung für Arbeiter, Bauern, Studenten 1925–1932. Von Georg Keil unter Mitarbeit von Hans Dehmel, Richard Gothe und Hans Raupach. Hrsg. vom Deutschen Studentenwerk, Berlin/Leipzig 1932. (Studentenwerk-Schriften 6)

Vorschlag für die Überleitung der Außenhandelskontrolle auf deutsche Verwaltungsstellen. Hrsg. vom Zentralamt für Wirtschaft in der Britischen Zone, Minden 1946 (masch.).

Wagener, Frido: Die gemeindliche Selbstverwaltung, Wolfenbüttel 1956. (Schriftenreihe der Landeszentrale für Heimatdienst in Niedersachsen C 4)

Wandel, Eckhard: Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945–1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik, Frankfurt 1980. (Schriftenreihe des Instituts für Bankhistorische Forschung 3)

Wortprotokolle des ersten ernannten Schleswig-Holsteinischen Landtages. Februar–Dezember 1946. Hrsg. vom Sekretariat des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kiel 1948.

Wortprotokolle des zweiten ernannten Schleswig-Holsteinischen Landtages. Dezember 1946–April 1947. Hrsg. vom Sekretariat des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kiel 1950.

Weisser, Gerhard: Reich und Länder. Vom Neuaufbau des deutschen Staates. Vortrag an der Technischen Hochschule Braunschweig am 6. 12. 1946, Hamburg ^{2}1947.

Weisz, Christoph: Deutsche Überlegungen zur Bildung der Bizone. Erich Roßmanns Reise in die britische Zone im August 1946, in: VfZ 22/1974, S. 204–211.

Weisz, Christoph: Einleitung zu: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Bd. 4. Januar–Dezember 1948, München/Wien 1983, S. 7–65.

Weisz, Christoph: Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949, in: VfZ 21/1973, S. 192–199.

Die Welt, Hamburg.

Werber, Rudolf: Die „Frankfurter Zeitung" und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, untersucht an Hand von Beispielen aus den Jahren 1932–1943. Ein Beitrag zur Methodik der publizistischen Camouflage im Dritten Reich, Bonn 1965.

Werner, Wolfram: Einleitung zu: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Bd. 2. Januar–Juni 1947, München/Wien 1979, S. 7–54.

Werner, Wolfram: Probleme zeitgeschichtlicher Editionen am Beispiel der Publikation „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland", in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Hrsg. von Heinz Boberach/Hans Booms, Boppard 1977, S. 480–486. (Schriften des Bundesarchivs 25)

Weser-Kurier, Bremen.

Weymar, Paul: Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955.

Wiesbadener Kurier.

Winkel, Harald: Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende. Entwicklungen und Probleme. Hrsg. vom Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz 1971.

Wippermann, Klaus W.: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln 1976.

Die Wirtschaftslage im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Stand Herbst 1947. Als Ms. hergestellt im Auftrage des Exekutivrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Frankfurt/Main 1947.

Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948 in Verbindung mit der deutschen Produktionsstatistik der Vorkriegszeit, Oberursel/Ts. 1948. (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs 3)

Wolf, Eduard: Geld- und Finanzprobleme der deutschen Nachkriegswirtschaft, in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1947, S. 195–262.

Wolffram, Josef/Klein, Adolf: Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden. Festschrift zum 150jährigen Bestehen des Oberlandesgerichts Köln 1819–1968, Köln 1969.

Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. Bearb. von Christoph Weisz und Hans Woller. 6 Bde., München/Wien 1977.

Zahlen zur Kohlenwirtschaft. Hrsg. vom Deutschen Kohlenstatistischen Amt, North German Coal Distribution Office und der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus, Essen 1947.

Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte. Arbeitsweise. Kommentar, Wiesbaden 1968.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin
ACOS	Assistant Chief of Staff
AdG	(Keesings) Archiv der Gegenwart
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn
Adv. HQ	Advanced Headquarters CCG(BE), Berlin
A. & L. G. Branch (ALG Branch)	Administration and Local Government Branch der britischen Militärregierung
am.	amerikanisch
Amtsbl.	Amtsblatt
Amtsbl. brit. MR	Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet
Amtsbl. KR	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland
Appx	Appendix
AR	Allgemeiner Rat (des Zonenbeirats)
Arbeitsbl. brit. Zone	Arbeitsblatt für die Britische Zone
AVB	Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland
BA	Bundesarchiv Koblenz
B. A. O. R.	British Army of the Rhine
Bart.	Baronet
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv in München
BBC	British Broadcasting Corporation
BECG	Bipartite Economic Control Group
BERCOMB	Control Commission for Germany (British Element) Berlin
BERCOS	Berlin Chief of Staff
Beschl.prot.	Beschlußprotokoll
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Bgm.	Bürgermeister
BLS	British Liaison Staff (des Zonenbeirats)

BLZAC	British Liaison Staff Zonal Advisory Council
Brig.	Brigadier
BRT	Bruttoregistertonne
BZR	British Zone Review
Capt.	Captain (Hauptmann)
CAZ	Bezeichnung von Fernschreiben, die vom Sekretariat des britischen Hauptquartiers in Berlin an den britischen Verbindungsstab des Zonenbeirats gingen (CAZ = Umkehrung von ZAC, siehe dort)
CB	Companion of the Bath
CBE	Commander of the Order of the British Empire
CC	Control Commission
CCG(BE)	Control Commission for Germany (British Element)
CCG (Brit. El.)	Control Commission for Germany (British Element)
CDU	Christlich-Demokratische Union
CO	Control Officer
COGA	Control Office for Germany and Austria
Col.	Colonel (Oberst)
CONCOMB	Control Commission for Germany (British Element)
CONL/P	Control Council/Paper
Cpt.	Captain (Hauptmann)
CSU	Christlich-Soziale Union
DCOS(Exec)	Deputy Chief of Staff (Executive)
DCOS(Org)	Deputy Chief of Staff (Organisation)
DCOS(Pol)	Deputy Chief of Staff (Policy)
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dep Sec	Deputy Secretary
Det	Detachment
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
Dipl.-Ing.	Diplom-Ingenieur
Div.	Division
DMG	Deputy Military Governor
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei
DP	Displaced Person(s)
DPD/dpd	Deutscher Pressedienst

DSO	Companion of the Distinguished Service Order
DVP	Deutsche Volkspartei
EA	Ernährungsausschuß
EA	Europa-Archiv
Econ	Economic Division der britischen Militärregierung
EVO	Eisenbahnverkehrsordnung vom 8. 9. 1938
Exec	Executive
FA	Finanzausschuß
FAD	Food and Agriculture Division der britischen Militärregierung
FDP	Freie Demokratische Partei
FlA	Flüchtlingsausschuß
fm	Festmeter
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers
frz.	französisch
GARIOA	Government Aid and Relief in Occupied Areas
GB	Großbritannien
GDF	Gemeinsamer Deutscher Finanzrat
GEAB	German Economic Advisory Board
gefl.	gefällig(st)
GEG	Gastwirteeinkaufsgenossenschaft (zu Oppeln GmbH)
Gen. Maj.	Generalmajor
GO	Geschäftsordnung
Gov	Governor
GOVSC	Governmental Sub-Commission
Gr.	Gruppe/Group
GS	Generalsekretär/Generalsekretariat
GStA	Geheimes Staatsarchiv. Preußischer Kulturbesitz (Berlin)
GUZ	Göttinger Universitäts-Zeitung
GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVOBl. WR	Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
HA	Hauptausschuß
HH	Hansestadt Hamburg
HJ	Hitlerjugend
HQ	Headquarters
HStA	Hauptstaatsarchiv

HStAD	Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf
HStAH	Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv in Hannover
IA & C Division	Internal Affairs and Communications Division
IEFC	International Emergency Food Council
IFZ	(Archiv des) Institut(s) für Zeitgeschichte in München
IHK	Industrie- und Handelskammer
Int	Internal
int.	international
ISC	Information Services Control
IÜG	Internationales Übereinkommen über den Eisenbahngüterverkehr oder -frachtverkehr
J. A. O.	Justizausbildungsordnung
JEIA	Joint Export Import Agency
J. Nr.	Journalnummer
Kal.	Kalorien
KBE	Knight Commander Order of the British Empire
KCVO	Knight Commander of the Royal Victorian Order
KG	Kriegsgefangene
KK	Kontrollkommission
KpA	Kulturpolitischer Ausschuß
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KR	(Alliierter) Kontrollrat
K. S. F. B.	Kriegsschäden-Feststellungsbehörde
Kurzprot.	Kurzprotokoll
KWh	Kilowatt/Stunde
KZ	Konzentrationslager
LAS	Landesarchiv Schleswig-Holstein
LChK	Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone
LDP	Liberal-Demokratische Partei
Ldw./ldw.	Landwirtschaft/landwirtschaftlich
LEA/LEÄ	Landesernährungsamt/Landesernährungsämter
LR	Länderrat (amerikanische Zone)
LR	Länderrat (Reorganisationsmodell des Zonenbeirats)
L/R	Land/Regierungsbezirk
LRGS	Sammlung der Länderratsgesetze
LT	Landtag

Lt.	Lieutenant
Lt-Col./Lt. Col.	Lieutenant Colonel (Oberstleutnant)
Ltn.	Leutnant
MBliV	Ministerialblatt der inneren Verwaltung
MC	Military Cross
MdL	Mitglied des Landtages
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdR	Mitglied des Reichstages
Mil Gov	Military Government
Mil. Reg.	Militärregierung
Min. Dir.	Ministerialdirektor
MP/M. Pr.	Ministerpräsident
MR	Militärregierung
MRVO	Militärregierungsverordnung
MVO	Member of the Royal Victorian Order
Nds.	Niedersachsen
NGCC	North German Coal Control
NGCDO	North German Coal Distribution Office
NGTC	North German Timber Control
NL	Nachlaß
NLP	Niedersächsische Landespartei
N. O. I. C.	National Oceanographic Instrumentation Center (US)
NRC	Nominated Representative Council
NRP	Nord-Rheinprovinz
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS/ns	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
Ns.	Niederschrift
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
Ob.	Oberbürgermeister
OBE	Officer Order of the British Empire
OLG	Oberlandesgericht
OMGUS	Office of Military Government, United States
OP	Oberpräsident/Oberpräsidium
Org	Organisation
ORR	Oberregierungsrat
PA	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

Para.	Paragraph
P Dets	Provincial Detachments
Pf.	Pfennig
PG/Pg	Parteigenosse (NSDAP)
PI	Policy Instruction
Pkt.	Punkt
Pol	Policy
P. R. Section	Public Relations Section
PR/ISC Group	Public Relations, Information Services Control Group
PRO	Public Record Office, London/Kew
PW	Prisoner of War
RD & R Division	Reparations, Deliveries and Restitution Division
Reg. Dir.	Regierungsdirektor
REM	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RFO	Regional Food Office
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGCO	Regional Government Coordinating Office
RM	Reichsmark
rm	Raummeter
RMBl.	Reichsministerialblatt
RMdI	Reichsminister des Innern
Rs.	Rückseite
RStrG	Reichsstrafgesetzbuch
Rtd.	Retired
RVA	Rechts- und Verfassungsausschuß
RVO	Reichsversicherungsordnung
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
SA	Sturmabteilung
SAL	Sonderausschuß für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SCM	Standing Conference of Ministers Presidents of Laender
SCO	Senior Control Officer
SCOGAS	Standing Committee on Governmental and Administrative Structure
SCOPC	Standing Committee on Policy Coordination
Sec. P.	Political Section

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sh	shilling
SH/sh	Schleswig-Holstein/schleswig-holsteinisch
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force
SMA	Sowjetische Militäradministration
SO I, II, III	Staff Officer, Grade I, II, III
SpA	Sozialpolitischer Ausschuß
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffeln
StA	Staatsarchiv
StAB	Staatsarchiv Bremen
StAD	Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv in Detmold
Stagma	Staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung von Musikaufführungsrechten (gegründet 1933)
StAH	Staatsarchiv Hamburg
Stat./stat.	Statistik/statistisch
StAW	Niedersächsisches Staatsarchiv in Wolfenbüttel
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus Rhöndorf in Bad Honnef
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
St. Sekr.	Staatssekretär
TO	Tagesordnung
T. O. A.	Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst
TOP	Tagesordnungspunkt
tps	troups
UA	Unterausschuß
U. K.	United Kingdom
UNO	United Nations Organisation
UNRRA/ U. N. R. R. A.	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
US	United States
U. S. S. R.	Union of Socialist Soviet Republics
VA	Verkehrsausschuß
VAW	Verwaltungsamt für Wirtschaft
VDA	Volksbund/Verein für das Deutschtum im Ausland
VELF	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Verfg.	Verfügung
VfV	Verwaltung für Verkehr
VfW	Verwaltung für Wirtschaft
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vlg.	Verlag
VO	Verordnung
VOBl. BZ	Verordnungs-Blatt für die Britische Zone
VRV	Verwaltungsrat für Verkehr
VRW	Verwaltungsrat für Wirtschaft
VV	Vollversammlung
WA	Wohlfahrtsausschuß
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WBK	Wehrbezirkskommando
WdL	Wortprotokolle des Schleswig-Holsteinischen Landtages
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WO	War Office
Wortprot.	Wortprotokoll
WpA	Wirtschaftspolitischer Ausschuß
WR	Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WS	Wintersemester
WWR	Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
ZAC/Z. A. C.	Zonal Advisory Council
ZAC	Bezeichnung von Fernschreiben, die vom britischen Verbindungsstab des Zonenbeirats an das Sekretariat des britischen Hauptquartiers in Berlin gingen
ZAC/M	Zonal Advisory Council/Minutes
ZAC/P	Zonal Advisory Council/Paper
ZB	Zonenbeirat
ZECO	Zonal Executive Office(s)
ZEL	Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft
ZfA	Zentralamt für Arbeit
ZfW	Zentralamt für Wirtschaft
ZHA	Zentralhaushaltsamt
ZJA	Zentraljustizamt
ZON	Zone/Zonal
ZP	Zuteilungsperiode
ZPI	Zone Policy Instruction
ZPO	Zivilprozeßordnung

E. Verzeichnis der Dokumente

a) Vorbereitende Dokumente, Tagesordnungen, Anwesenheitslisten, Wortprotokolle, Kurzprotokolle

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
		I. Sitzung: 5.–6. 3. 1946	
1	30. 11. 1945	Main H. Q. Control Commission for Germany (British Element). Zone Policy Instruction N° 9. Evolution of Control of Government and Restoration of Local Government on an Elective Basis in the British Zone of Germany *PRO FO 1005/1584*	3
2	12. 2. 1946	Office of the Deputy Military Governor. Main H. Q. Control Commission for Germany (British Element). Inaugural Meeting of the Zonal Advisory Council *PRO FO 1032/675*	7
3	15. 2. 1946	Main H. Q. Control Commission for Germany (British Element). Zone Policy Instruction N° 12. Establishment of the Zonal Advisory Council *PRO FO 1005/1585*	9
4	22. 2. 1946	Bureau des stellvertr. Militärgouverneurs. Generalhauptquartier, Kontrollkommission für Deutschland (Britische Zone) an Oberpräsident Dr. Lehr. Einladungsschreiben *HStAD NW 53/256, fol. 4*	14
5	22. 2. 1946	Kontrollkommission für Deutschland (Britisches Element). Tagesordnung der Eröffnungssitzung *StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 39*	15
6		Zeitfolge für die Tagung des Zonenbeirats am 5. und 6. März 1946 in Hamburg *BA Z 6 I/80, fol. 177 Rs.*	16
7	5. 3. 1946	Ansprache des Bürgermeisters Petersen anläßlich der Eröffnung des Zonenbeirats im Rathaus in Hamburg *StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 51*	17

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
8		Liste und Sitzordnung der britischen Vertreter bei der Eröffnung des Zonenbeirats am 6. März 1946 *HStAD NW 53/256, fol. 47*	19
9		Liste der deutschen Teilnehmer an der 1. Arbeitssitzung des Zonenbeirats am Nachmittag des 6. März 1946 *PA 1/258*	20
10		Sitzordnung der Mitglieder des Zonenbeirats am Nachmittag des 6. März 1946 *StAH, Staatliche Pressestelle V, II C II a 1*	21
11		Ansprache des Stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Robertson, an den Deutschen Zonenbeirat am Vormittag des 6. März 1946 *StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 53*	22
12		Kurzprotokoll der 1. Sitzung *PA 1/258*	30
13		Notizen über die Eröffnungssitzung des Zonenbeirats am 5.–7. März 1946 in Hamburg *HStAD NW 53/528, fol. 225–242*	34
14		Ausführungen Lehrs auf der Zonenbeiratssitzung am 6. März 1946, 15.15 Uhr in Hamburg *HStAD NW 53/256, fol. 89*	48
		II. Sitzung: 26.–27. 3. 1946	
1		Tagesordnung für die 2. Sitzung *PA 1/253*	57
2		Anwesenheitsliste zur 2. Sitzung *PA 1/258*	58
3		Wortprotokoll der 2. Sitzung 26.–27. März 1946 *PA 1/253*	77
4		Kurzprotokoll der 2. Sitzung 26.–27. März 1946 *PA 1/258*	179
		III. Sitzung: 2.–3. 5. 1946	
1		Tagesordnung für die 3. Sitzung *PA 1/253*	187

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
2		Anwesenheitsliste zur 3. Sitzung *PA 1/258*	188
3		Wortprotokoll der 3. Sitzung 2.–3. Mai 1946 *PA 1/253*	207
4		Kurzprotokoll der 3. Sitzung 2.–3. Mai 1946 *PA 1/258*	317
		IV. Sitzung: 28.–29. 5. 1946	
1		Tagesordnung für die 4. Sitzung *PA 1/253*	325
2		Anwesenheitsliste zur 4. Sitzung *PA 1/258*	327
3		Wortprotokoll der 4. Sitzung 28.–29. Mai 1946 *PA 1/253*	366
4		Kurzprotokoll der 4. Sitzung 28.–29. Mai 1946 *PA 1/258*	436
		V. Sitzung: 10.–11. 7. 1946	
1		Tagesordnung für die 5. Sitzung *PA 1/253*	447
2		Anwesenheitsliste zur 5. Sitzung *PA 1/258*	449
3		Wortprotokoll der 5. Sitzung 10.–11. Juli 1946 *PA 1/253*	506
4		Kurzprotokoll der 5. Sitzung 10.–11. Juli 1946 *PA 1/258*	630
		VI. Sitzung: 14.–15. 8. 1946	
1		Tagesordnung für die 6. Sitzung *PA 1/254*	651
2		Anwesenheitsliste zur 6. Sitzung *PA 1/258*	654
3		Wortprotokoll der 6. Sitzung 14.–15. August 1946 *PA 1/254*	684

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
4		Kurzprotokoll der 6. Sitzung 14.–15. August 1946 *PA 1/258*	776
		VII. Sitzung: 18.–20. 9. 1946	
1		Tagesordnung für die 7. Sitzung *PA 1/44*	793
2		Anwesenheitsliste zur 7. Sitzung *PA 1/258*	795
3		Wortprotokoll der 7. Sitzung 18.–20. September 1946 *PA 1/254*	846
4		Kurzprotokoll der 7. Sitzung 18.–20. September 1946 *PA 1/258*	989
		VIII. Sitzung: 23.–24. 10. 1946	
1		Tagesordnung für die 8. Sitzung *PA 1/38*	1005
2		Anwesenheitsliste zur 8. Sitzung *PA 1/258*	1006
3		Wortprotokoll der 8. Sitzung 23.–24. Oktober 1946 *PA 1/254*	1027
4		Kurzprotokoll der 8. Sitzung 23.–24. Oktober 1946 *PA 1/258*	1102
		IX. Sitzung: 27.–29. 11. 1946	
1		Tagesordnung für die 9. Sitzung *StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 9*	1113
2		Anwesenheitsliste zur 9. Sitzung *PA 1/258*	1115
3		Wortprotokoll der 9. Sitzung 27.–29. November 1946 *PA 1/254*	1211
4		Kurzprotokoll der 9. Sitzung 27.–29. November 1946 *PA 1/258*	1370

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
		X. Sitzung: 29.–30. 1. 1947	
1		Tagesordnung für die 10. Sitzung *PA 1/255*	1393
2		Anwesenheitsliste zur 10. Sitzung *PA 1/258*	1395
3		Wortprotokoll der 10. Sitzung 29.–30. Januar 1947 *PA 1/255*	1451
4		Kurzprotokoll der 10. Sitzung 29.–30. Januar 1947 *PA 1/258*	1542
		X. A Informelle Sitzung: 20. 2. 1947	
1		Tagesordnung für die Informelle Sitzung des Allgemeinen Rats des Zonenbeirats *PA 1/45*	1563
2		Anwesenheitsliste zur Informellen Sitzung *PA 1/259*	1564
3		Wortprotokoll der Informellen Sitzung 20. Februar 1947 *PA 1/45*	1568
4		Kurzprotokoll der Informellen Sitzung 20. Februar 1947 *PA 1/259*	1593
		XI. Sitzung: 29.–30. 4. 1947	
1		Tagesordnung für die 11. Sitzung *PA 1/255*	1597
2		Anwesenheitsliste zur 11. Sitzung *PA 1/259*	1599
3		Wortprotokoll der 11. Sitzung 29.–30. April 1947 *PA 1/255*	1670
4		Kurzprotokoll der 11. Sitzung 29.–30. April 1947 *PA 1/259*	1778

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
		b) Anlagen	
		Anlagen zur I. Sitzung: 5.–6. 3. 1946	
1 TOP 2	22. 2. 1946	Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 2 der Tagesordnung. Errichtung der Kanzlei und Ernennung von Kanzleibeamten *PA 1/258*	50
2 TOP 3	22. 2. 1946	Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 3 der Tagesordnung. Geschäftsordnung des Rates *PA 1/258*	50
3 TOP 4	22. 2. 1946	Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 4 der Tagesordnung. Haushalt des Rates *PA 1/258*	51
4 TOP 5	22. 2. 1946	Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 5 der Tagesordnung. Den Rat betreffende Wirtschaftsmaßnahmen *PA 1/258*	52
5 TOP 8		Entschließung über die gegenwärtige Ernährungslage *PA 1/253*	53
6 TOP 11		Vollständiger Wortlaut der deutschen Pressenotiz über die Eröffnungssitzung des deutschen Zonenbeirats am 6. März 1946 *PA 1/253*	54
		Anlagen zur II. Sitzung: 26.–27. 3. 1946	
7 TOP 15		Geschäftsordnung für den Zonenbeirat in der britisch besetzten Zone Deutschlands *PA 1/258*	59
8 TOP 16		Namensaufstellung der Mitglieder der Ausschüsse des Zonenbeirats *PA 1/258*	68
9 TOP 17		Entwurf des Haushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1946 *HStAD NW 53/256, fol. 148 f.*	69

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
10 TOP 20	14. 3. 1946	Verwaltungsaufbau *PA 1/258*	71
11 TOP 21		Öffentliche Feiertage in der britischen Zone *PA 1/258*	72
12 TOP 22	25. 4. 1946	Gedenktag für die Opfer des Faschismus *PA 1/258*	73
13 TOP 25. III	27. 3. 1946	Antrag Oberpräsident Kopf (Hannover) und Bürgermeister Petersen (Hamburg) *PA 1/51*	73
14 TOP 14	22. 3. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zu Zusammenkünften der Chefs der Länder und Provinzen *HStAD NW 53/256, fol. 150*	74
15	1. 4. 1946	Presseveröffentlichung über die 2. Sitzung des Zonenbeirats *PA 1/258*	75
		Anlagen zur III. Sitzung: 2.–3. 5. 1946	
16 TOP 46	17. 4. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Memorandum zur Tagesordnung für die 3. Sitzung des Zonenbeirats *PA 1/258*	189
17 TOP 35		Antrag Lehr *PA 1/258*	190
18 TOP 36	30. 4. 1946	Entschließung des Wohlfahrtsausschusses *PA 1/258*	190
19 TOP 37		Kohlenförderung; insbesondere die Wirkung der Kürzung der Lebensmittelrationen auf die Kohlenproduktion *PA 1/258*	191
20 TOP 38	25. 4. 1946	Mitteilung des Deutschen Sekretariats (Zonenbeirat). Gedenktag für die Opfer des Faschismus *PA 1/258*	194
21 TOP 38	27. 4. 1946	Zusatzantrag Adenauer *PA 1/258*	195

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
22 TOP 39		Protokoll der gemeinschaftlichen Tagung des Stuttgarter Länderrats mit Mitgliedern des Zonenbeirats *PA 1/258*	196
23 TOP 40		Leitsätze zur Verwaltungsreform *PA 1/258*	196
24 TOP 42		Antrag Adenauer. Zur geplanten Aufhebung des Oberlandesgerichts Köln *PA 1/258*	196
25 TOP 42	1. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Memorandum zur Tradition der Nord-Rheinprovinz *PA 1/258*	198
26 TOP 43	26. 4. 1946	Bericht des Sonderausschusses „Erhaltung des deutschen Waldes“ in Detmold *PA 1/258*	199
Zu 26 TOP 43		Waldbestand in der britischen Zone: Verhältnis von Zuwachs zu Nutzung *PA 1/163*	200
27 TOP 44		Antrag Schumacher, Kopf und Grimme. Zum Plan der deutschen Nachkriegswirtschaft, veröffentlicht am 28. März 1946 *PA 1/258*	201
28 TOP 44	27. 4. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zum Plan für die deutsche Nachkriegswirtschaft *PA 1/258*	202
29 TOP 45	2. 5. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Entnazifizierung der Kohlenindustrie *PA 1/258*	203
30 TOP 35 a	30. 4. 1946	Antrag Kopf *HStAD Nds. Z 50/77 b*	204
31	6. 5. 1946	Der von der Zensur freigegebene Text des Presseberichts zur 3. Zonenbeiratstagung am 2.–3. Mai 1946 *PA 1/258*	204

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
		Anlagen zur IV. Sitzung: 28.–29. 5. 1946	
32 TOP 50. A.5		Erhaltung des deutschen Waldes *PA 1/258*	328
33 TOP 50. A.1		Stellungnahme der Kontrollkommission zum Bericht über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie (Agartz) und zu dem Bericht über die Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen auf die Kohlenförderung (Lehr) *PA 1/258*	328
34 TOP 51		Antrag Lehr, Petersen, Kaisen, Steltzer und Amelunxen. Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung *PA 1/258*	334
35 TOP 53	24. 4. 1946	Spliedt an die Kontrollkommission über die Kanzlei des Zonenbeirats. Zur Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit *PA 1/258*	335
36 TOP 55		Vorlage der Kontrollkommission. Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt *PA 1/258*	339
37 TOP 56	22. 5. 1946	Vorlage der Kontrollkommission. Besteuerung der Fahrräder *PA 1/258*	341
38		Antrag Kaisen. Wahl eines Regierungschefs der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe oder der Freien Hansestadt Bremen in den Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats *PA 1/258*	343
39 TOP 58	25. 5. 1946	Antrag des Kulturausschusses des Zonenbeirats *PA 1/258*	344
40 TOP 58	25. 5. 1946	Entschließung des Kulturausschusses des Zonenbeirats im Anschluß an das Grimmesche Referat vom 3. Mai 1946 *PA 1/258*	344
41 TOP 59		Antrag Amelunxen. Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstätten *PA 1/258*	346

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
42 TOP 60	Mai 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda *PA 1/258*	350
43 TOP 61		Antrag Degkwitz. Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose *PA 1/258*	352
44 TOP 62		Antrag Degkwitz. Änderung der Geschäftsordnung *StAB 3-R.1.m. Nr. 132/2 Nr. 4*	352
45 TOP 63	24. 5. 1946	Mitteilung der Kontrollkommission. Behandlung der Sitzungen des Zonenbeirats in der Presse *PA 1/258*	353
46 TOP 64	25. 5. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Zweck und Zuständigkeit des Zonenbeirats *PA 1/258*	354
47 TOP 66.1	2. 5. 1946	Geschäftsordnung der Kanzlei *PA 1/43*	355
48 TOP 66.3		Antrag der kommunistischen Vertreter im Zonenbeirat. Gedenktag für die Opfer des Faschismus *PA 1/258*	357
49 TOP 66.3		Antrag Adenauer. Gedenktag für die Opfer des Krieges *PA 1/258*	357
50 TOP 68		Antrag Amelunxen, Drake, Kaisen, Kopf, Kubel, Lehr, Petersen, Steltzer und Tantzen. Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung *PA 1/258*	357
51 TOP 69		Antrag Kaisen und Drake. Übertragung der Zuständigkeit für Pachtangelegenheiten von Erbhöfen auf die ordentlichen Gerichte *PA 1/258*	358
52 TOP 70		Antrag Meitmann. Aufhebung der Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Beamten *PA 1/258*	359

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
53 TOP 71		Antrag Petersen und Steltzer. Entschließung des Zonenbeirats am 29. Mai 1946 *PA 1/258*	360
54 TOP 45/54	2. 5. 1946	Vorlage der Kontrollkommission. Entnazifizierung der Kohlenindustrie *PA 1/258*	361
55 TOP 54		Antrag Henßler. Denazifizierung der Kohlenindustrie *PA 1/258*	361
56 TOP 50. A.2	24. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Lebensmittellage *PA 1/258*	361
57 TOP 50. A.3	21. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Entschließung der 3. Sitzung des Zonenbeirats (Presseverlautbarung über die Stuttgarter Tagung) *PA 1/258*	362
58 TOP 50. A.4	24. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Tradition der Nord-Rheinprovinz *PA 1/258*	363
59 TOP 50. A.5	24. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Entschließung des Forstausschusses *PA 1/258*	363
60 TOP 50. A.6	23. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Vertretung des Handwerks im Zonenbeirat *PA 1/258*	364
61 TOP 50. B.1	24. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Vermehrung der Fischversorgung der deutschen Bevölkerung in der britischen Zone *PA 1/258*	364
62 TOP 50. B.2	25. 5. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat). Zur Revision des Versorgungsgesetzes *PA 1/258*	365

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
63 TOP 65		Mitteilung der Kontrollkommission zum Antrag Kaisen. Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen *PA 1/258*	365
		Anlagen zur V. Sitzung: 10.–11. 7. 1946	
64 TOP 76. I.1	4. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu Kosten für den Suchdienst *PA 1/258*	450
65 TOP 76. I.2	4. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Übertragung der Zuständigkeit für Pachtangelegenheiten von Erbhöfen auf die ordentlichen Gerichte *PA 1/258*	450
66 TOP 76. I.3	8. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten *PA 1/258*	451
67 TOP 76. I.4	10. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung *PA 1/258*	451
68 TOP 76. I.5	9. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Entnazifizierung der Kohlenindustrie *PA 1/258*	452
69 TOP 76. I.6	5. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Abschaffung der 80-km-Grenze für Autofernfahrten und Befreiung von der Sonntagsreisebeschränkung *PA 1/258*	452
70 TOP 76. I.6	Juni 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Befreiung von den Curfew-Beschränkungen und Interzonenreisen *PA 1/258*	453
71 TOP 76. I.6	10. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Zuteilung von Benzin *PA 1/258*	453
66 TOP 76. I.3	8. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten *PA 1/258*	451

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
67 TOP 76. I.4	10. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung *PA 1/258*	451
68 TOP 76. I.5	9. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Entnazifizierung der Kohlenindustrie *PA 1/258*	452
69 TOP 76. I.6	5. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Abschaffung der 80-km-Grenze für Autofernfahrten und Befreiung von der Sonntagsreisebeschränkung *PA 1/258*	452
70 TOP 76. I.6	Juni 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Befreiung von den Curfew-Beschränkungen und Interzonenreisen *PA 1/258*	453
71 TOP 76. I.6	10. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Zuteilung von Benzin *PA 1/258*	453
72 TOP 76. I.7	5. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu englischen Zeitungen für Zonenbeiratsmitglieder *PA 1/258*	454
73 TOP 76. I.8	8. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Einfuhr von indischem Tee für die deutsche Zivilbevölkerung *PA 1/258*	454
74.a TOP 76. II.1	5. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Bericht über die völkerrechtliche Stellung Deutschlands *PA 1/258*	455
74.b TOP 76. II.1	14. 7. 1946	Zur völkerrechtlichen Stellung Deutschlands *HStAD NW 53/311, fol. 19 ff.*	455
75 TOP 76. II.2	4. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu vorläufigen Maßnahmen zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone *PA 1/258*	457

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
76 TOP 76. II.3	6. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Reform der Sozialversicherung *PA 1/258*	458
77 TOP 76. II.4	8. 7. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Pressenotiz über die 5. Sitzung *PA 1/258*	458
78 TOP 76. III.1	27. 6. 1946	Antrag Petersen. Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. Januar 1933 entstanden sind *PA 1/258*	459
79 TOP 76. III.2	12. 7. 1946	Antrag Adenauer und Otto. Aufhebung der Zonengrenzen *PA 1/258*	460
80 TOP 76. III.3	12. 7. 1946	Antrag Adenauer und Otto. Rückführung der beweglichen Habe der durch den Luftkrieg in die Ostzone verdrängten deutschen Bevölkerung *PA 1/258*	461
81 TOP 76. III.4	12. 7. 1946	Antrag Amelunxen. Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises *PA 1/258*	462
82 TOP 76. III.5	19. 7. 1946	Antrag Adenauer. Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern auf Tabak und Alkohol *PA 1/258*	463
83 TOP 76. III.6	12. 7. 1946	Antrag Hoffmann. Zuweisung der 500 in den Fordwerken in Köln befindlichen Lastkraftwagen an die deutsche Verkehrswirtschaft *PA 1/258*	464
84 TOP 76. III.7	16. 7. 1946	Antrag Hoffmann. Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten *PA 1/258*	464
85 TOP 76. III.8	16. 7. 1946	Antrag Hoffmann. Ingangsetzung der Zementindustrie *PA 1/258*	465

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
86 TOP 76. III.10	19. 7. 1946	Antrag Grimme, Kopf und Henßler. Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene *PA 1/258*	465
87 TOP 76. III.11		Antrag Hoffmann. Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe *PA 1/258*	465
88 TOP 76. III.12	19. 7. 1946	Antrag Hoffmann. Freigabe von Rohstoffen für die Produktion von Kinderschuhen *PA 1/258*	466
89 TOP 76. III.13	19. 7. 1946	Antrag Hoffmann. Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten *PA 1/258*	466
90 TOP 76. III.14	12. 7. 1946	Antrag Amelunxen. Entwurf einer Entschließung zur Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen *PA 1/258*	467
91 TOP 76. III.15	19. 7. 1946	Antrag Hoffmann. Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertiggebauter Fischkutter *PA 1/258*	467
92 TOP 80		Antrag Grimme. Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium *PA 1/258*	468
93 TOP 81		Antrag Grimme. Anstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit *PA 1/258*	469
94 TOP 82		Antrag der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone. Senkung der Freigrenze in der Lohnsummensteuer *PA 1/258*	470
95 TOP 83		Antrag Everling. Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig und Essigsäure und bevorzugte Zuteilung an den zivilen Sektor (Haushalt) *PA 1/258*	471
96 TOP 84	28. 6. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Wahlverfahren *PA 1/258*	472

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
97 TOP 84		Antrag Adenauer und Otto. Wahlen für die Provinziallandtage *PA 1/258*	474
98 TOP 85		Antrag Amelunxen, Drake, Kaisen, Kopf, Kubel, Lehr, Petersen, [Steltzer und Tantzen]. Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung *PA 1/258*	475
99 TOP 86	8. 7. 1946	Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen *PA 1/258*	476
100 TOP 87.2	Mai 1946	Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda *PA 1/258*	477
101 TOP 87.2		Antrag Amelunxen. Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen *PA 1/258*	477
102 TOP 87.3	22. 5. 1946	Vorlage der Kontrollkommission. Besteuerung der Fahrräder *PA 1/258*	477
103 TOP 88		Antrag Spliedt. Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit *PA 1/258*	478
104 TOP 89	23. 5. 1946	Vorlage der Kontrollkommission. Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt *PA 1/258*	478
105 TOP 90		Bericht Degkwitz über die Auswirkungen der Ernährungslage auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung *PA 1/258*	478
106 TOP 90		Antrag Lehr, Tantzen, Everling, Karl und Petersen. Zur Kürzung der Fettration *PA 1/258*	479
107 TOP 91	4. 7. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands *PA 1/258*	479

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
108 TOP 92		Ansprache Generalsekretär Roßmanns vom Länderrat in Stuttgart auf der gemeinschaftlichen Tagung des Zonenbeirates und Vertretern des Länderrates am 11. Juli 1946 in Hamburg *PA 1/258*	483
109 TOP 93	30. 6. 1946	Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Das zukünftige Schicksal des Großgrundbesitzes *PA 1/258*	483
110 TOP 94		Antrag Petersen, Spliedt und Steltzer. Entwurf eines Gesetzes zur Beschaffung billiger Grundstücke für die Zwecke des Wiederaufbaus in den Städten *PA 1/258*	485
111 TOP 95		Antrag Agartz, Schlange-Schöningen und Spliedt. Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen *PA 1/258*	486
112 TOP 96		Antrag Degkwitz, Groth und Schlange-Schöningen. Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen aller vier Zonen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten *PA 1/258*	487
113 TOP 97		Antrag Andrée. Das Flüchtlingsproblem *PA 1/258*	488
114 TOP 97		Antrag Tantzen. Zwangsweise Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone *PA 1/258*	491
115 TOP 97	28. 6. 1946	Antrag Petersen, Degkwitz und Andrée. Lage der in den polnisch besetzten Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung *PA 1/258*	496
116 TOP 98		Antrag Tantzen. Bekämpfung der Wildschäden durch Raubzeugbekämpfung und Jagdausübung *PA 1/258*	499
117 TOP 99		Antrag Lehr, Henßler und Everling. Bereitstellung von Bauarbeitern durch Entlassung von Kriegsgefangenen *StAH, Senatskanzlei II, 000.23-3: 5. Sitz.*	500

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
118 TOP 100	15. 7. 1946	Antrag Henßler, Lehr, Petersen, Kopf und Tantzen. Hausbrandversorgung *PA 1/258*	501
119		Pressebericht über die 5. Tagung des Zonenbeirats am 10. und 11. Juli 1946 *PA 1/258*	501
		Anlagen zur VI. Sitzung: 14.–15. 8. 1946	
120 TOP 106. I.1	12. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands *PA 1/258*	655
121 TOP 106. I.2		Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Einstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit *PA 1/258*	655
122 TOP 106. I.4	12. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig, Essigsäure und bevorzugten Zuteilung an den zivilen Sektor *PA 1/258*	656
123 TOP 106. I.5		Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Änderung des Wahlverfahrens für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen *PA 1/258*	656
124 TOP 106. I.6	9. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung *PA 1/258*	657
125 TOP 106. I.7		Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Kürzung der Fettration *PA 1/258*	657
126 TOP 106. I.8	12. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Hausbrandversorgung für die deutsche Bevölkerung *PA 1/258*	658
127 TOP 106. II.1	9. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Aufhebung der Zonengrenzen *PA 1/258*	658

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
128 TOP 106. II.2	9. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen *PA 1/258*	659
129 TOP 106. II.3	9. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. Januar 1933 entstanden sind *PA 1/258*	659
130 TOP 106. III.1	13. 8. 1946	Militärregierung Deutschland. Britische Zone. Verordnung Nr. 46. Abschaffung der früher zum Preußischen Staat gehörenden Provinzen innerhalb der britischen Zone und Neuaufbau derselben als für sich bestehende Staaten *PA 1/258*	660
131 TOP 106. III.2	13. 8. 1946	Militärregierung Deutschland. Britische Zone. Verordnung Nr. [41]. Errichtung eines Zentralamtes für Rechtswesen für die britische Zone *PA 1/258*	660
132 TOP 106. III.3		Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes *PA 1/258*	661
133 TOP 109	8. 8. 1946	Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Das Amt des Bürgermeisters und des Landrats *PA 1/258*	663
134 TOP 112	29. 7. 1946	Antrag Drake. Vermeidung weiterer Erhöhung der Preise *PA 1/258*	664
135 TOP 113		Antrag Agartz. Rückgängigmachung der Erhöhung der Reichsbahn-Fahrpreise für Arbeiter *PA 1/258*	665
136 TOP 118	14. 8. 1946	Rede des Stellvertretenden Oberkommandierenden Generalleutnant Robertson und Aussprache mit den Mitgliedern des Zonenbeirats *PA 1/258*	665
137 TOP 119		Erörterung der von der Kontrollkommission übersandten Grundzüge einer neuen deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung *PA 1/258*	666

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
138 TOP 120		Antrag Kaisen und Kopf. Erhaltung der Insel Helgoland *PA 1/258*	666
139 TOP 122		Antrag Schneider. Beschleunigung der Entnazifizierung. Vorbereitende Ausschüsse bei Behörden *PA 1/258*	667
140 TOP 123		Antrag Schneider. Vorrang für Beamte und ihre Familien in der Erteilung der Zuzugsgenehmigung am Beschäftigungsort *PA 1/258*	668
141 TOP 124		Antrag Grimme. Freigabe von Jugendherbergen *PA 1/258*	669
142 TOP 126		Antrag Petersen. Zwischenlösung zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone *PA 1/258*	670
143 TOP 127	12. 8. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer der Verschwörung gegen Hitler vom 20. Juli 1944 *PA 1/258*	670
144 TOP 128		Antrag Hoffmann. Ergänzung der Wahlordnung Nr. 31 *PA 1/258*	671
145 TOP 129		Antrag Lehr. Provinzielle Regelung der Vorratshaltung in der Getreidewirtschaft *PA 1/258*	671
146 TOP 135		Vorlage des Forstausschusses *PA 1/258*	673
147 TOP 136	12. 8. 1946	Antrag Everling. Kohlen für Hausbrand, Büro- und Betriebsheizung im Winter 1946/47 *PA 1/258*	675
148 TOP 137.1/2		Neufassung des § 27 der Geschäftsordnung des Zonenbeirats *PA 1/258*	676
149 TOP 138		Antrag Reimann. Produktionsausschüsse im Bergbau *PA 1/258*	677

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
150 TOP 138		Antrag Reimann. Neue Festsetzung der Löhne im Bergbau *PA 1/258*	677
151 TOP 140		Antrag Adenauer. Einsatz einer deutschen Walfängerflotte zur Verbesserung der Fettversorgung der deutschen Bevölkerung *PA 1/258*	678
152 TOP 142		Antrag Kopf, Henßler und Karl. Behandlung blinder und schwerkriegsbeschädigter Personen bei der Entnazifizierung *PA 1/258*	678
153 TOP 143		Antrag Lehr. Änderung der Grundsteuergesetze *PA 1/258*	680
154 TOP 144		Antrag Kubel. Sonderverwaltung Straßenverkehr und Straßenbau *PA 1/258*	680
155		Kommuniqué über die 6. Tagung des Zonenbeirats *PA 1/43*	680
		Anlagen zur VII. Sitzung: 18.–20. 9. 1946	
156 TOP 150. I.1	23. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Vorschlag zur Besteuerung von Fahrrädern *PA 1/258*	796
157 TOP 150. I.2	28. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Bericht des Wohlfahrtsausschusses *PA 1/258*	797
158 TOP 150. I.3	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands *PA 1/258*	797
159 TOP 150. I.4	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Erhaltung der Insel Helgoland *PA 1/258*	798
160 TOP 150. I.5	17. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene *PA 1/258*	798

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
161 TOP 150. I.6	14. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Beschleunigung der Entnazifizierung *PA 1/258*	799
162 TOP 150. I.7	17. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Freigabe von Jugendherbergen *PA 1/258*	799
163 TOP 150. I.8	14. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertig gebauter Fischkutter *PA 1/258*	800
164 TOP 150. I.9	11. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu staatsbürgerlichen Bildungsstellen *PA 1/258*	800
165 TOP 150. I.10	14. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Einrichtung von Gemeinschaftsküchen und geheizten Aufenthaltsräumen für Flüchtlinge *PA 1/258*	801
166 TOP 150. I.11	14. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Ausmaß des Holzeinschlages in der britischen Zone *PA 1/258*	801
167 TOP 150. I.12	5. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Transport von Flüchtlingsgepäck in die russische oder andere Zonen oder aus diesen heraus: Mit der russischen Zone aufzunehmende Verhandlungen *PA 1/258*	802
168 TOP 150. I.13	11. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu Treibstoffzuteilungen an Ratsmitglieder *PA 1/258*	802
Zu 168 TOP 150. I.13	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu Sonderausweisen für Ratsmitglieder *PA 1/258*	803
169 TOP 150. I.14	14. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Einsatz einer deutschen Walfängerflotte zur Verbesserung der Fettversorgung der Bevölkerung *PA 1/258*	803
170 TOP 150. I.15	13. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu Lebertran für die Bevölkerung der britischen Besatzungszone *PA 1/258*	804

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
171 TOP 150. I.16	17. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Behandlung von Kriegsblinden und Schwerkriegsverletzten bei der Entnazifizierung *PA 1/258*	804
172 TOP 150. II.1	17. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur einheitlichen Regelung des Systems der Privatversicherungen durch den Kontrollrat *PA 1/258*	805
173 TOP 150. II.2	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Aufhebung der Beschränkung der Gesamttonnage der seegehenden Küstenschiffe und Belassung des zur Ablieferung vorgesehenen Teils der Küstenflotte bei den Schiffseignern *PA 1/258*	805
174 TOP 150. II.3	7. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Erhöhung der Rationen für Bergarbeiter und ihre Familien *PA 1/258*	806
175 TOP 150. II.4	18. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Demontage von Zementwerken *PA 1/258*	806
176 TOP 150. III.1	2. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur politischen Kontrolle der interzonalen Ämter *PA 1/258*	806
177 TOP 150. III.2	23. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Zusammenarbeit zwischen Zonenbeirat und dem Statistischen Amt für die britische Zone *PA 1/258*	807
178 TOP 150. III.3	23. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Vertretung der Arbeitgeber im Zonenbeirat *PA 1/258*	807
179 TOP 150. IV.2	21. 8. 1946	Deutscher Städtetag in der britischen Zone. Der vorläufige Vorsitzer. Zur Antragsberechtigung des Deutschen Städtetages im Zonenbeirat *PA 1/258*	808
180 TOP 150. IV.3	13. 9. 1946	Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone. Zur Kürzung der Fettration *PA 1/258*	808

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
181 TOP 151	18. 9. 1946	Fragen und Antworten. Vertreter der Kontrollkommission: General Bishop *PA 1/258*	809
182 TOP 158.1	30. 8. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten *PA 1/258*	809
183 TOP 158.4	17. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Betreuung von Versorgungsberechtigten durch die Deutsche Reichsbahn *PA 1/258*	810
184 TOP 158.4	16. 9. 1946	Antrag Schwering. Betreuung von Versorgungsberechtigten durch die Deutsche Reichsbahn *PA 1/258*	811
185 TOP 159.1	18. 9. 1946	Gemeinsamer Beschluß der Ausschüsse für Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik. Zum Antrag Adenauer über die Nachprüfung der Höhe der Einkommens- und Verbrauchssteuer *PA 1/258*	812
186 TOP 161	11. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Erhöhung der Fettration [!] im Wurm-Gebiet *PA 1/258*	812
187 TOP 162	13. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Neuaufbau der Schweinezucht und -mast *PA 1/258*	813
188 TOP 164	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur anteilmäßigen Aufteilung der einzuführenden Sojabohnenmenge auf die amerikanische und britische Zone *PA 1/258*	813
189 TOP 165	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Einstellung des Abtransports von Möbelinventar aus den Hotels der Insel Juist *PA 1/258*	814
190 TOP 167	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Erteilung der Fabrikationsgenehmigung zum Anlaufen der Tapetenindustrie in der britischen Zone, insbesondere im Lande Hannover *PA 1/258*	814

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
191 TOP 169	12. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Sondersteuer auf Einkommen und Vermögen von Nationalsozialisten und Kriegsgewinnlern *PA 1/258*	815
192 TOP 171	11. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zu Individualexport und unmittelbarem Geschäftsverkehr mit dem Ausland *PA 1/258*	815
193 TOP 174	13. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Wohnungslage im Bergbau *PA 1/258*	816
Zu 193 TOP 174	16. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Wohnungslage im Bergbau *PA 1/258*	816
194 TOP 175	11. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zum Vorschlag für eine Konferenz der Länderchefs und Chefs der Provinzialverwaltungen aller vier Zonen einschließlich Vertretern des Zonenbeirats und des Süddeutschen Länderrats *PA 1/258*	817
Zu 194 TOP 175	12. 9. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur vorgeschlagenen Zusammenkunft der Länderchefs der vier Zonen *PA 1/258*	817
195 TOP 152		Vorschlag des Ausschusses [zur Neugliederung der britischen Zone] zu Frage 3 d des Auftrages der Kontrollkommission und Anhang A mit Anlage *PA 1/290, 18*	818
196.a TOP 152	13. 9. 1946	Gutachten Lingemann. Zum Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands *PA 1/148*	823
196.b TOP 152		[Gutachten Grimme]. Das Schulwesen im Aufbau der Staats- und Gemeindeverwaltung *PA 1/148*	827
197.a TOP 156.2	29. 8. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Bildung einer deutschen beratenden Körperschaft für Konsumgenossenschaften *StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2, Nr. 7*	838

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
197.b TOP 156.3	4. 9. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Ausschuß deutscher Sachverständiger zur Verwertung des Nürnberger Prozeßmaterials *PA 1/96*	839
198.a TOP 168	29. 8. 1946	Antrag Reimann und Hoffmann. Bildung von Ernährungsausschüssen in Gemeinden, Stadt- und Landkreisen (Notiz des Deutschen Sekretariats) *AdsD: Bestand Schumacher, J 82*	841
198.b TOP 170	29. 8. 1946	Antrag Reimann und Hoffmann. Bildung von demokratischen Bauernausschüssen (Notiz des Deutschen Sekretariats) *StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 7*	842
199 TOP 172	29. 8. 1946	Antrag Reimann und Hoffmann. Appell an die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Kirche nicht in den Dienst einer Partei zu stellen (Notiz des Deutschen Sekretariats) *StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 7*	843
200 TOP 173	3. 8. 1946	Antrag Amelunxen. Versetzung verdrängter, unbeschäftigter, dienstunfähiger Beamter in den Ruhestand (Notiz des Deutschen Sekretariats) *StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 7*	844
201 TOP 166	30. 8. 1946	Antrag Schlebusch. Richtlinien über die Ausbildung und Prüfung der Anwärter des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung und Unterhaltsdarlehen für Beamtenanwärter im Vorbereitungsdienst (Notiz des Deutschen Sekretariats) *PA 1/241*	845
202 TOP 151		Fragen der Zonenbeiratsmitglieder an die Kontrollkommission in der Reihenfolge, wie sie von Generalmajor W. H. A. Bishop auf der 7. Sitzung des Zonenbeirats, am 18. September 1946, 16.00 Uhr, beantwortet werden *PA 1/258*	845
		Anlagen zur VIII. Sitzung: 23.–24. 10. 1946	
203 TOP 179. I.1	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Erhaltung der Insel Helgoland *PA 1/258*	1007

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
204 TOP 179. I.2	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur politischen Kontrolle der interzonalen Ämter *PA 1/258*	1008
205 TOP 179. I.3	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Bericht des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder *PA 1/258*	1008
206 TOP 179. I.4	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum abschließenden Bericht des Sonderausschusses für Agrarreform *PA 1/258*	1008
207 TOP 179. I.5	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Bericht des Finanzausschusses *PA 1/258*	1009
208 TOP 179. I.6	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses. Das Amt des Bürgermeisters und des Landrats *PA 1/258*	1009
209 TOP 179. I.7	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten *PA 1/258*	1010
210 TOP 179. I.8	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Bericht des Hauptausschusses. Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer der Verschwörung gegen Hitler am 20. Juli 1944 *PA 1/258*	1010
211 TOP 179. I.9	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Bildung einer deutschen beratenden Körperschaft für Konsumgenossenschaften *PA 1/258*	1011
212 TOP 179. I.10	21. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Landabgabe des mittleren und größeren bäuerlichen Besitzes für Verstöße gegen die Ablieferungspflicht *PA 1/258*	1011
213 TOP 179. I.11	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Rückgängigmachung der Erhöhung der Reichsbahnfahrpreise für Arbeiter *PA 1/258*	1012

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
214 TOP 179. I.12	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Betreuung der Versorgungsberechtigten durch die Deutsche Reichsbahn *PA 1/258*	1012
215 TOP 179. I.13	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises *PA 1/258*	1013
216 TOP 179. I.14	21. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Lage im Bergbau *PA 1/258*	1013
217 TOP 179. I.15	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Entnazifizierung der Ostflüchtlinge *PA 1/258*	1014
218 TOP 179. I.16	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Bildung eines Zentralamtes für Flüchtlingsfragen *PA 1/258*	1014
219 TOP 179. I.17	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur anteilmäßigen Aufteilung der einzuführenden Sojabohnenmenge auf die amerikanische und britische Zone *PA 1/258*	1015
220 TOP 179. I.18	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Einstellung des Abtransports von Möbelinventar aus den Hotels der Insel Juist *PA 1/258*	1015
221 TOP 179. I.19	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zu Individual-Export und unmittelbarem Geschäftsverkehr mit dem Ausland *PA 1/258*	1016
222 TOP 179. I.20	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Versetzung verdrängter, unbeschäftigter Beamter in den Ruhestand *PA 1/258*	1016
223 TOP 179. I.21	18. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Wohnungslage im Bergbau *PA 1/258*	1016
224 TOP 179. II.1	17. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zu Maßnahmen zur Verhinderung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs *PA 1/258*	1017

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
225 TOP 179. II.2	19. 10. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Verhinderung der Demontage der Eisen- und Stahlwerke in der britischen Zone *PA 1/258*	1017
226 TOP 179. III		[Stellungnahme der Fachvertreter zur politischen Kontrolle der interzonalen Verwaltung] *PA 1/258*	1017
227 TOP 179. III	21. 10. 1946	Zur politischen Kontrolle der Zentralämter *PA 1/258*	1018
228 TOP 180	23. 10. 1946	Rede des Stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, im Zonenbeirat *PA 1/258*	1018
229 TOP 180		Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet. Verordnung Nr. . . . Befugnisse der Länder in der britischen Zone *PA 1/258*	1018
230 TOP 180		Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet. Verordnung Nr. . . . Bildung des Landes Niedersachsen *PA 1/258*	1019
231 TOP 180	23. 10. 1946	Entgegnungen von Zonenbeiratsmitgliedern auf die Erklärungen des Stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Robertson *PA 1/258*	1019
232 TOP 181		Beantwortung der Fragen der Zonenbeiratsmitglieder durch den Stellvertretenden Militärgouverneur, Generalleutnant Robertson *PA 1/258*	1019
Zu 232 TOP 181		Fragen der Zonenbeiratsmitglieder an die Kontrollkommission in der Reihenfolge, wie sie von Generalleutnant Sir Brian H. Robertson auf der 8. Sitzung des Zonenbeirats am 23. Oktober 1946, 10.30 Uhr, beantwortet werden *PA 1/258*	1020
233 TOP 185 c	26. 9. 1946	Die Ausbildung der Regierungsreferendare *PA 1/258*	1020

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
234 TOP 192	21. 10. 1946	Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat). Zur Förderung der Stromerzeugung beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk *PA 1/258*	1023
235 TOP 192		Antrag Henßler, Lehr und Petersen. Zur Elektrizitätsversorgung *PA 1/258*	1023
236 TOP 193	16. 10. 1946	Antrag Petersen für die 8. Sitzung. Aufrechterhaltung des Fährdienstes Hamburg–Sylt durch Freigabe des Dampfers „Kehrwieder" des Hapag-Seebäderdienstes *PA 1/258*	1024
237 TOP 191	17. 10. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Unterstützung von Personen, die unter der Naziherrschaft verfolgt wurden *PA 1/141*	1025
		Anlagen zur IX. Sitzung: 27.–29. 11. 1946	
238 TOP 200. I.1	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Versetzung verdrängter, unbeschäftigter oder arbeitsunfähiger Beamter in den Ruhestand *PA 1/258*	1116
239 TOP 200. I.2	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses *PA 1/258*	1116
240 TOP 200. I.3	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Besteuerung der Fahrräder *PA 1/258*	1117
241 TOP 200. I.4	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Belastung des Einkommens und des Vermögens der Nationalsozialisten und Kriegsgewinnler *PA 1/258*	1117
242 TOP 200. I.5	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zu Richtlinien über die Ausbildung und Prüfung der Anwärter des gehobenen und des mittleren nichttechnischen Dienstes *PA 1/258*	1118

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
243 TOP 200. I.6	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Gesetz zur Beschaffung billigen Bodens und zur Schaffung von Volksheimstätten und zum Entwurf zu einem Gesetz über den Aufbau deutscher Gemeinden *PA 1/258*	1118
244 TOP 200. I.7	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zum Neuaufbau der Schweinezucht und -mast *PA 1/258*	1119
245 TOP 200. I.8	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Eingliederung der Landesernährungsämter in die Landes- und Provinzialregierungen *PA 1/258*	1119
246 TOP 200. I.9	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Bildung von demokratischen Bauernausschüssen und Bildung von Ernährungsausschüssen in Gemeinde-, Stadt- und Landkreisen *PA 1/258*	1120
247 TOP 200. I.10	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Vorbedingung für das Hochschulstudium *PA 1/258*	1120
248 TOP 200. I.11	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Förderung der Stromerzeugung beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk *PA 1/258*	1121
249 TOP 200. I.12	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Aufrechterhaltung des Fährdienstes Hamburg/Sylt durch Freigabe des Dampfers „Kehrwieder" des Hapag-Seebäderdienstes *PA 1/258*	1121
250 TOP 200. I.13	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Verbesserung der Versorgungslage an Ernährungs- und technischen Fetten *PA 1/258*	1122
251 TOP 200. I.14	25. 11. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Behandlung von Fragen des Wahlrechts *PA 1/258*	1122
252 TOP 201	27. 11. 1946	Rede von Generalmajor W. H. A. Bishop auf der 9. Sitzung des Zonenbeirats *PA 1/258*	1122

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
253 TOP 202		Beantwortung von Fragen der Zonenbeiratsmitglieder durch Generalmajor Bishop *PA 1/258*	1123
254 TOP 203		Sir Cecil Weir. Erklärungen zur Wirtschaftslage *PA 1/258*	1123
255 TOP 204		Rede Schlange-Schöningens zur Ernährungslage *PA 1/258*	1123
256 TOP 205 a		Bericht Lehr. Lage der deutschen Kohlenwirtschaft, der eisen- und stahlschaffenden Industrie, der Nichteisenmetallwirtschaft und der Elektrizitätswirtschaft *PA 1/258*	1124
257 TOP 210 a		Stellungnahme des Zonenbeirats. Das Amt des Bürgermeisters und des Landrats *PA 1/258*	1124
258 TOP 214	19. 11. 1946	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Ausgrabung und Wiederbestattung deutscher Toter *StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 9*	1126
259 TOP 210 b	29. 11. 1946	Gutachten Lingemann. Gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen *PA 1/44*	1129
260.a TOP 210 e	27. 11. 1946	Deutsches Sekretariat (Zonenbeirat). Zum Wiedergutmachungsgesetz *PA 1/258*	1142
260.b TOP 210 e		Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes in der Fassung gemäß Beratung des Deutschen Zonenbeirats vom November 1946 *PA 1/258*	1143
261 TOP 218	14. 11. 1946	Antrag Spliedt für die 9. Sitzung. Schutz der Frau im Erwerbsleben *PA 1/258*	1168
262 TOP 211 a		Gutachten des Zonenbeirats. Neuordnung der deutschen Sozialversicherung *PA 1/258*	1169
263 TOP 216	7. 11. 1946	Antrag Tantzen für die 9. Sitzung. Lastenverteilung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung *PA 1/51*	1201

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
264 TOP 217	4. 11. 1946	Antrag Hellwege für die 9. Sitzung. Verhütung der vorgesehenen Sprengung des Sperrwaffenarsenals Grauerort *PA 1/51*	1202
265 TOP 219	4. 11. 1946	Antrag Hellwege für die 9. Sitzung. Hilfe für die Flüchtlingskinder in den deutschen Flüchtlingslagern *PA 1/51*	1203
266 TOP 220	4. 11. 1946	Antrag Kaisen für die 9. Sitzung. Aussetzung der Auszahlung von Entschädigungen für beschlagnahmte Gegenstände bis zur Durchführung der Währungsreform *PA 1/51*	1204
267 TOP 221	4. 11. 1946	Antrag Hellwege für die 9. Sitzung. Förderung des Exports *PA 1/51*	1205
268 TOP 222	13. 11. 1946	Antrag Kubel für die 9. Sitzung. Abhebung von Vermögen, die durch Gesetz Nr. 52 der Militärregierung gesperrt sind *PA 1/51*	1206
269 TOP 215	7. 11. 1946	Antrag Amelunxen für die 9. Sitzung. Bekämpfung der Wild-, besonders der Schwarzwildschäden durch verstärkten Einsatz deutscher Jäger *PA 1/51*	1207
270 TOP 200. II.1	14. 11. 1946	Antrag Hoffmann und Schramm für die 9. Sitzung. Demontage *PA 1/51*	1208
271 TOP 200. II.3	4. 11. 1946	Antrag Amelunxen für die 9. Sitzung. Zuständigkeit des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen *PA 1/51*	1209
		Anlagen zur X. Sitzung: 29.–30. 1. 1947	
272 TOP 227. I.1	23. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Währungsreform *PA 1/258*	1396
273 TOP 227. I.2	23. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zum Eingriff in die Rind- und Schweinebestände *PA 1/258*	1396

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
274 TOP 227.I.3	23. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Landabgabe des mittleren und größeren bäuerlichen Besitzes als Strafmaßnahme für säumige Ablieferung *PA 1/258*	1397
275 TOP 227. I.4	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zu den acht Grundsätzen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft *PA 1/258*	1397
276 TOP 227. I.5	8. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Hausbrandversorgung für die Bevölkerung der britischen Zone *PA 1/258*	1398
277 TOP 227. I.6	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zum Bau von Kellern bei deutschen Arbeiterwohnungen *PA 1/258*	1398
278 TOP 227. I.7	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Überprüfung der bei den Dienststellen der Militärregierung eingesetzten deutschen Arbeitskräfte *PA 1/258*	1399
279 TOP 227. I.8	23. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Bereitstellung von ausreichenden Arbeitskräften für den Bergbau *PA 1/258*	1399
280 TOP 227. I.9	27. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zum Bericht Degkwitz über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in der britischen Zone *PA 1/258*	1400
281 TOP 227. I.10	24. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Reorganisation des Bankensystems und der Kontrolle des Notenumlaufs. Zum Gutachten des Finanzausschusses des Zonenbeirats *PA 1/258*	1400
282 TOP 227. I.11	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zum Amt des Bürgermeisters und zum gesetzlichen Schutz gegen Denunziationen *PA 1/258*	1401
283 TOP 227. I.12	23. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Eingliederung der Ernährungsämter in die Länder- und Provinzialregierungen *PA 1/258*	1401

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
284 TOP 227. I.13	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Ausbildung der Regierungsreferendare *PA 1/258*	1402
285 TOP 227. I.14	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zum Gesetz über die soziale Pflichtversicherung *PA 1/258*	1402
286 TOP 227. I.15	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur künftigen Rentenversorgung der Schwerbeschädigten und Kriegshinterbliebenen *PA 1/258*	1403
287 TOP 227. I.16	22. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zur Entfernung von 25 000 Einwohnern aus dem Regierungsbezirk Arnsberg *PA 1/258*	1403
288 TOP 227.I.17	23. 1. 1947	[Stellungnahme der Kontrollkommission.] Zum Schutz der Frau im Erwerbsleben *PA 1/258*	1404
289.a TOP 227. II.1	2. 10. 1946	Antrag Adenauer und Otto für die 8. Sitzung. Maßnahmen zur Verhütung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs *PA 1/258*	1404
289.b TOP 227. II.1	29. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Adenauer und Otto *PA 1/258*	1405
290.a TOP 227. II.2	11. 11. 1946	Antrag Hellwege für die 9. Sitzung. Einfuhr von Schwedenerzen für die westdeutsche Eisenindustrie *PA 1/258*	1405
290.b TOP 227. II.2	23. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Hellwege *PA 1/258*	1406
291.a TOP 227. II.3	9. 1. 1947	Antrag Andrée für die 10. Sitzung. Protest gegen die polnischen Ausweisungsmethoden *PA 1/258*	1406
291.b TOP 227. II.3	23. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Andrée *PA 1/258*	1407

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
292.a TOP 227. II.4	9. 1. 1947	Antrag Drake für die 10. Sitzung. Düngemittelversorgung *PA 1/258*	1407
292.b TOP 227. II.4	24. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Drake *PA 1/258*	1409
293 TOP 227. III.2	27. 12. 1946	Stellungnahme der Kontrollkommission. Zur Fragestunde *PA 1/258*	1409
294 TOP 228	19. 11. 1946	Anweisung der Kontrollkommission. Reorganisation des Zonenbeirats *PA 1/258*	1410
295 TOP 228	14. 12. 1946	Beschluß des Hauptausschusses in Godesberg *PA 1/258*	1411
296 TOP 229	27. 1. 1947	Beschluß [des Ausschusses für Staatsbürgerliche Aufklärung]. Zur Auswertung des Nürnberger Prozeß-Materials *PA 1/258*	1412
297.a TOP 230 g	30. 12. 1946	Antrag Brauer für die 10. Sitzung. Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten *PA 1/258*	1412
297.b TOP 230 g	20. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Brauer *PA 1/258*	1413
298.a TOP 230 h	30. 12. 1946	Antrag Brauer für die 10. Sitzung. Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe *PA 1/258*	1414
298.b TOP 230 h	20. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Brauer *PA 1/258*	1415
299 TOP 231	20. 1. 1947	Stellungnahme Groth. Ausgrabung und Wiederbestattung deutscher Toter *PA 1/258*	1416
300 TOP 235		Bericht des Forstausschusses. Die Holzeinschläge in der britischen Zone und ihre Auswirkungen *PA 1/258*	1421
301 TOP 236		Bericht Schwering über die Verkehrslage *PA 1/258*	1421

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
302 TOP 237		Gutachten Kühnau über die Bedeutung des Fettes für die menschliche Ernährung *PA 1/258*	1421
303 TOP 237		Gutachten Kühnau über die Bedeutung von hochwertigem Eiweiß für die menschliche Ernährung *PA 1/258*	1423
304 TOP 237		Stellungnahme Rein zur Anfrage des Deutschen Sekretariats (Zonenbeirat) vom 12. Dezember 1946. Zum Fettverbrauch in der menschlichen Ernährung *PA 1/258*	1425
305 TOP 238	15. 1. 1947	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Zonenfinanzausschuß *PA 1/258*	1430
306.a TOP 239	13. 12. 1946	Antrag Andrée für die 10. Sitzung. Bauprogramm für Niedersachsen *PA 1/258*	1431
306.b Zu TOP 239	11. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Andrée *PA 1/258*	1432
306.c Zu TOP 239	21. 1. 1947	Stellungnahme Brauer zum Antrag Andrée *PA 1/258*	1434
307.a TOP 240	30. 12. 1946	Antrag Amelunxen für die 10. Sitzung. Wiedererrichtung des Rundfunksenders Köln *PA 1/258*	1434
307.b Zu TOP 240	11. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Amelunxen *PA 1/258*	1435
308.a TOP 241	2. 1. 1947	Antrag Groth für die 10. Sitzung. Errichtung eines Zentralamtes für Inneres *PA 1/258*	1436
308.b TOP 241	27. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Groth *PA 1/258*	1438
309.a TOP 242	3. 1. 1947	Antrag Degkwitz für die 10. Sitzung. Errichtung einer Leitstelle für Öffentliche Gesundheit in der britischen Zone *PA 1/258*	1439

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
309.b TOP 242	20. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Degkwitz *PA 1/258*	1441
309.c TOP 242		Stellungnahme des Deutschen Ärztlichen Beratungsausschusses bei der Kontrollkommission zum Antrag Degkwitz *PA 1/258*	1441
310.a TOP 243	14. 1. 1947	Antrag Everling für die 10. Sitzung. Schutz des deutschen Schweinebestandes *PA 1/258*	1442
310.b TOP 243	23. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Everling *PA 1/258*	1444
310.c TOP 243	30. 1. 1947	Entschließung *PA 1/258*	1444
311.a TOP 244	17. 1. 1947	Antrag Reimann und Schramm für die 10. Sitzung. Freigabe der auf Grund der Verordnung Nr. 60 von den Gemeinden erhobenen Kriegsbeiträge an das Reich für eine umfassende Flüchtlingshilfe *PA 1/258*	1445
311.b TOP 244	27. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Reimann und Schramm *PA 1/258*	1446
312.a TOP 245	18. 1. 1947	Antrag Andrée. Errichtung einer Leitstelle für das Öffentliche Wohlfahrtswesen *PA 1/258*	1446
312.b TOP 245	24. 1. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Andrée *PA 1/258*	1448
313 TOP 246	24. 1. 1947	Antrag Amelunxen für die 10. Sitzung. Radioapparate für die Bevölkerung *PA 1/258*	1448
314 TOP 247	24. 1. 1947	Antrag Adenauer und Otto für die 10. Sitzung. Versorgung mit Verbandstoffen *PA 1/258*	1449
315 TOP 248		Beantwortung von Fragen durch den Stellvertretenden Chef des Stabes des Militärgouverneurs, Generalmajor W. H. A. Bishop *PA 1/258*	1450

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
316 TOP 248		Fragen der Zonenbeiratsmitglieder in der Reihenfolge, in der sie vom Vertreter der Kontrollkommission, Generalmajor Bishop, am 30. Januar 1947, 15.00 Uhr, beantwortet werden *PA 1/258*	1450
		Anlagen zur Informellen Sitzung: 20. 2. 1947	
317 TOP 7 Inform. Sitzung	19. 2. 1947	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Errichtung einer Zentralstelle für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung *PA 1/259*	1565
		Anlagen zur XI. Sitzung: 29.–30. 4. 1947	
318.a–n TOP 252		Stellungnahme der Kontrollkommission zum Protokoll der 9. und 10. Sitzung *PA 1/259*	1601
319.1–6 TOP 252		Stellungnahme der Kontrollkommission zum Protokoll der 9. und 10. Sitzung. II *PA 1/259*	1612
320 TOP 252. II.1	26. 4. 1947	[Mitteilung der Kontrollkommission. Mandat Heile] *PA 1/259*	1616
321 TOP 252. II.2	12. 4. 1947	[Mitteilung der Kontrollkommission. Finanzierung des Wohnungsbaues] *PA 1/259*	1617
322 TOP 253.1. a	17. 4. 1947	Gutachten Hülse. Dezentralisierung des Bankwesens *PA 1/259*	1617
323 TOP 253.1. b		Vorschlag des Finanzausschusses an den Zonenbeirat. Zur Bedienung der öffentlichen Schulden der Gemeinden, Gemeindeverbände, Länder, usw. – ohne Reichsschulden *PA 1/259*	1622
324 TOP 253.1. c	26. 4. 1947	Finanzausgleich für das Rechnungsjahr 1946 *PA 1/259*	1624

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
325 TOP 253.1.d.aa	22. 2. 1947	Hauptverwaltung der Eisenbahnen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes (Bielefeld). Zu Brennstoffverlusten während der Eisenbahnbeförderung *PA 1/259*	1626
326 TOP 253.1.d.bb	24. 4. 1947	Eingabe der Suchdienst-Zonenzentrale des Deutschen Roten Kreuzes, Hamburg-Altona *PA 1/259*	1628
327 TOP 253.1. c. cc		Eingabe der Nordwestdeutschen Lotteriegesellschaft mbH., Hannover. Zur Ausspielung von Wohlfahrts-, Kultur- und Wiederaufbaulotterien in der britischen Zone *PA 1/259*	1629
328 TOP 254 c	22. 4. 1947	Vorlage der Kontrollkommission. Entwurf für eine Verordnung über die Neuorganisation der Arbeitsvermittlung *PA 1/259*	1630
329.a TOP 256 a	12. 2. 1947	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Vorschläge zur Errichtung von deutschen Stellen für Aufklärung und Kultur in der britischen Zone *PA 1/259*	1632
329.b TOP 256 a	19. 4. 1947	Stellungnahme und Gegenvorschlag des Kulturpolitischen Ausschusses des Zonenbeirats zur Vorlage der Kontrollkommission *PA 1/259*	1634
329.c TOP 256 a	28. 4. 1947	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Vorschläge zur Errichtung von deutschen Stellen für Aufklärung und Kultur in der britischen Zone *PA 1/259*	1643
330		Stellungnahme der Kontrollkommission zu neuen Anträgen *PA 1/259*	1645
331.a TOP 257	26. 4. 1947	Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat). Errichtung eines Zonenausschusses für Flüchtlingsfragen *PA 1/259*	1649

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
331.b TOP 257		Gemeinsame Sitzung des Flüchtlingsausschusses, des Wirtschaftspolitischen, Sozialpolitischen und Rechts- und Verfassungsausschusses. Zur Vorlage der Kontrollkommission *PA 1/259*	1652
332 TOP 258	18. 4. 1947	[Vorlage der Kontrollkommission.] Rechtliche Stellung der deutschen leitenden Beamten in den verschiedenen Zweizonenämtern *PA 1/259*	1655
333 TOP 261	30. 4. 1947	I. Rede des Stellvertretenden Militärgouverneurs an den Zonenbeirat	1655
	30. 4. 1947	II. Rede des Stellvertretenden Militärgouverneurs bei der 11. Ordentlichen Sitzung des Zonenbeirats *PA 1/259*	
334 TOP 262	31.[!] 4. 1947	Rede des Stellvertretenden Chefs des Stabes des britischen Militärgouverneurs, Generalmajor Bishop, anläßlich der 11. Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg *PA 1/259*	1656
335 TOP 263		Beantwortung von Fragen der Zonenbeiratsmitglieder durch den Stellvertretenden Militärgouverneur *PA 1/259*	1656
336 TOP 264	30. 4. 1947	Rede Schlange-Schöningens anläßlich der 11. Sitzung des Zonenbeirats *PA 1/259*	1656
337 TOP 265	30. 4. 1947	Rede Lübkes, Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen, anläßlich der 11. Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg *PA 1/259*	1657
338 TOP 266	14. 4. 1947	Antrag Reimann und Hoffmann für die 11. Sitzung. Säuberung des Verwaltungsrates für Ernährung und Landwirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes *PA 1/259*	1657
339 TOP 266	14. 4. 1947	Antrag Reimann und Hoffmann für die 11. Sitzung. Gesetz zur Bodenreform *PA 1/259*	1658
340 TOP 266	14. 4. 1947	Antrag Reimann und Hoffmann für die 11. Sitzung. Bauernausschüsse *PA 1/259*	1658

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
341 TOP 266	14. 4. 1947	Antrag Reimann und Hoffmann für die 11. Sitzung. Kontrollausschüsse *PA 1/259*	1659
342 TOP 266	14. 4. 1947	Antrag Reimann und Hoffmann für die 11. Sitzung. Absetzung des Herrn Dr. Schlange-Schöningen *PA 1/259*	1660
343 TOP 266		Persönliche Erklärung Reimanns zu seinem in der Rede des Ministers Schlange-Schöningen kritisierten Interview mit einem Vertreter der Westfälischen Zeitung *PA 1/259*	1660
344 TOP 266		Entgegnung Schlange-Schöningens *PA 1/259*	1661
345 TOP 267	10. 4. 1947	Antrag Adenauer und Otto für die 11. Sitzung. Pensionsregelung für Beamte und Pensionäre, die aus den Ostgebieten zugewandert sind *PA 1/259*	1661
346.a TOP 268	10. 4. 1947	Antrag Adenauer und Otto für die 11. Sitzung. Auszahlungen an Ostflüchtlinge *PA 1/259*	1662
346.b TOP 268	25. 4. 1947	Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Adenauer und Otto *PA 1/259*	1664
347 TOP 269	10. 4. 1947	Antrag Adenauer und Otto für die 11. Sitzung. Aufhebung des Verbots der Gründung von Vereinigungen der Ostvertriebenen in der britischen Zone *PA 1/259*	1665
348 TOP 270	11. 4. 1947	Antrag Blücher für die 11. Sitzung. Ersatz der Entnazifizierungsausschüsse durch Spruchkammern *PA 1/259*	1667
349		Pressekommuniqué über die 11. Sitzung des Zonenbeirats vom 28.–30. April 1947 *PA 1/37*	1668

Zonenbeirat
Zonal Advisory Council
1946

Dokumente

Protokolle und Anlagen
1.–6. Sitzung
1946



Erste Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg am 6. März 1946
unter Vorsitz von Oberpräsident Lehr

Sitzordnung s. S. 21
Quelle: Foto dpa

Vorbereitende Dokumente

I. 1

30 November, 1945: Main H. Q. Control Commission for Germany (British Element) Zone Policy Instruction Nº 9 Evolution of Control of Government and Restoration of Local Government on an Elective Basis in the British Zone of Germany

PRO FO 1005/1584.

HQ/3004/Sec P – ZON/PI (45) 9. – Secret.

Part I. Introduction

1. Object
   (a) The object of this Instruction is to lay down in broad terms the policy for:
      (i) The evolution of British control in Germany.
      (ii) The principles to be observed in the restoration of local and regional self-government in the British Zone.
   (b) The aim of this Instruction is to supplement rather than to supersede the guidance that has already been given on this subject.[1] It does not pretend to lay down detailed regulations, and instructions for the implementation of its various headings will be issued as circumstances allow.
   (c) Meanwhile all Military Government officers will study this Instruction so that they may see clearly the goal towards which we are working.

2. The Present Phase
   On the occupation of the British Zone by 21 Army Group, Military Government was deployed to conduct the civil administration. Corps District Commanders were appointed Military Governors of their Corps Districts. They act through Military Government staffs at Corps District Headquarters[2], Military Government Region Headquarters („P Dets"), Land or Regierungsbezirk („L/R Dets") and Kreise („K Dets"). Military Government maintains a firm control of German civil administration at all levels. Military Government appoints, and approves the appointment of all the senior German officials. Military Government also lays down the policy that they shall adopt. The execution of the

1 [Anm. der Vorlage] See especially Military Government Directive on Administration, Local and Regional Government – Part I [vgl. hierzu Dok. I.11, Anm. 2].

2 [Anm. der Vorlage] 30 Corps District, which contains only one „P" Detachment, has no Corps District Military Government Staff.

policy is, however, left as far as possible to the Germans themselves, subject to the overriding control of Military Government.

3. The Declaration of the Berlin Conference
Included in the declaration of political principles to govern the treatment of Germany in the initial control period made by the heads of the Governments of the U. K., U. S. A. and U. S. S. R. at Berlin are the following paragraphs[3]:
Para. 3. „The purposes of the occupation of Germany by which the Control Council shall be guided are . . .
(iv) To prepare for the eventual reconstruction of German political life on a democratic basis and for eventual peaceful cooperation in international life by Germany."
Para. 9. „The administration of affairs in Germany should be directed towards the decentralisation of the political structure and the development of local responsibility. To this end
(i) Local self-government shall be restored throughout Germany on democratic principles and in particular through elective councils as rapidly as is consistent with military security and the purposes of military occupation;
(ii) All democratic political parties with rights of assembly and of public discussion shall be allowed and encouraged throughout Germany;
(iii) Representative and elective principles shall be introduced into regional, provincial and state (Land) administration as rapidly as may be justified by the successful application of these principles in local self-government."

4. Implementation of the Declaration
(a) Much has already been done to implement this section of the Declaration. Ordinances have been issued restoring liberty of discussion, freedom of assembly, and the right to form political parties. Detailed guidance on the establishment of nominated representative councils has been given in Part I of the Military Government Directive on Administration, Local and Regional Government. The re-establishment of self-government must start at the bottom – the Gemeinde and Kreis. Nominated councils are being set up (in many cases have already been set up) at Gemeinden and Kreise throughout the British Zone. This is the first stage in the path towards complete democracy. Later will come nominated councils at the higher levels of government and finally the system of nomination will be replaced by some form of direct election. Elected councils at local government levels may of course precede nominated councils at regional levels.
(b) German expert opinion will be consulted at every stage in this development. We are much more likely to establish a stable German democracy if we take into account the wishes of the Germans themselves, and only override them for some good purpose.

3 Vgl. FRUS 1945 II, S. 1499–1514: *Truman* Papers. Communiqué. 2. 8. 1945. Report on the Tripartite Conference of Berlin (hier S. 1502 f.). – Geringfügige Abweichungen zwischen der hier zitierten Fassung und der in FRUS abgedruckten wurden stillschweigend korrigiert.

(c) The establishment of nominated or elected councils at higher levels will raise the difficult problem of the re-organisation of German regional government. The existing lay-out, of big Provinces and small Länder, can be justified neither on political nor on economic grounds, and it will probably be found desirable, as a long term policy, to adjust the present boundaries and to re-form the British Zone as a federation of some six to ten ‚states' of more or less equal size. This again is a matter where German opinion must be taken into account: and proposals are now being discussed for the establishment of a British Working Party which would study this problem in association with the Germans. So long, however, as the present system of Provinzen, Länder and Regierungsbezirke remains, it will be desirable to have councils (first nominated, and then elected) at each level of government.

(d) Simultaneously with the development of German self-government, responsibility for control on the British side will be transferred gradually from the Military to the Civil Authorities. This transfer will be marked by the appointment of Regional Commissioners, perhaps in the Spring of 1946. This question will be the subject of a Directive to be issued shortly.

Part II. The Introduction of Local Self-Government

5. Elective Representation
[...]

6. Method of Voting
[...]

7. Election to the Gemeinde and Kreis Councils
[...]

8. Powers of the Gemeinde and the Kreis Councils
[...]

9. The Regional Councils

(a) The system of regional government found in Germany has no counterpart in England, where the county council is merely an enlarged form of local government. In the absence of a central Reich government the importance of the Region has been greatly enhanced. As soon as possible nominated representative councils will be established at both levels of regional government (Province, and Land/Regierungsbezirk) on the lines laid down in Part I of the Directive. At a later date (though probably not before 1947) these will be replaced by elected councils.

(b) If some such scheme of regional organisation as is fore-shadowed in para 4 (c) above were initiated, and it appeared likely that the Regierungsbezirk, as a level of government, would disappear within a short time, it would not be worthwhile to establish a council at this level. Further guidance will be given on this point. In general, except in this special case, it is desirable that no level of administration should be without its own popularly elected council.

10. Zonal Advisory Council[4]
A German Zonal Advisory Council will be established in the near future, partly on a functional and partly on a territorial basis, and later with political representation, to present to the Chief of Staff a conspectus of German opinion on any problem presented to it, or to submit to the Chief of Staff recommendations on all matters of general interest.
The Zonal Advisory Council will be provided with a permanent German Secretariat, to which a British Liaison Section will be attached. The normal channel of communication will be from the Chief of Staff (after consultation with Divisions concerned) through the British Section of the Secretariat, and *vice versa*.
This Advisory Council may later become a permanent body.

Note 1
It is not considered practicable to hold elections before the early summer of 1946 for the following reasons: –

(a) The Germans, except for the professional politicians, are politically apathetic. Much political re-education is necessary before elections are held.
(b) Political parties have not yet had time to organise or to formulate a long term programme.
(c) All the energies of the Germans must be turned to the immediate economic problem „the battle of the winter". They must not be diverted to party politics.
(d) There has been and still is so much movement of population that it is not as yet possible to prepare an accurate electoral roll.
(e) A winter election would in any case be difficult in Germany for climatic reasons.
(f) The whole question of electoral procedure will require careful consideration with the aid of German expert opinion.

Note 2
This policy is important if we wish to encourage the decentralisation of government as much as possible but it is very open to abuse and our authorities will have to supervise the councils with the utmost care until they are capable of using this power to the best effect.

B. H. *Robertson*
Lieutenant General
Chief of Staff (British Zone)

4 Die offizielle Mitteilung über die Bildung des ZB erfolgte durch Captain *Thomas* anläßlich der LChK am 11. 12. 1945 in Düsseldorf (vgl. AVB 1, S. 199 ff., sowie Thomas, S. 150 f.).

I. 2

12 February, 1946:
Office of the Deputy Military Governor
Main H. Q. Control Commission for Germany (British Element)
Inaugural Meeting of the Zonal Advisory Council

PRO FO 1032/675; eine deutsche Fassung in: PA 1/33. (Rundschreiben an die britischen Dienststellen.)

HQ/06208/6/Sec P

Distribution (See below)

Time and Place

1. The inaugural meeting of the Zonal Advisory Council will be held at Hamburg, starting at 1100 hours on Wednesday, 6th March 1946.

Opening Ceremony

2. The Deputy Military Governor intends to be present and to open the meeting with an address.

Guard of honour

3. HQ BAOR are requested to provide a Guard of Honour to receive the Deputy Military Governor on arrival.

British Attendance

4. (a) The following are requested to attend:
   Lieutenant General Sir Evelyn H. *Barker* KBE, CB, DSO, MC.
   Commanding 8 Corps District
   Brigadier H. W. H. *Armytage* MC.
   Commander Mil Gov Hansestadt Hamburg
   Mr. C. E. *Steel* MVO
   Chief, Political Division
   Major General P. M. *Balfour* CB, CBE, MC.
   Chief, IA & C Division
   President Governmental Sub-Commission (if appointed in time for the meeting).
   (b) The following are invited to attend if they wish:
   Lieutenant General G. I. *Thomas* CB, DSO, MC.
   Commander 1 Corps District
   Lieutenant General A. *Galloway* CBE, DSO, MC.
   Commander 30 Corps District
   The Chiefs of all Divisions of the Control Commission for Germany (BE) (excluding Political and IA & C Divisions).
   (c) The following will also be present:
   Major General G. W. R. *Templer* CB, DSO, OBE, DCOS (Exec)
   Brigadier G. V. *Britten* OBE, Vice President, Governmental Sub-Commission

Dress

5. Dress to be worn by those attending the ceremony will be:
   (a) Army Officers – best Service Dress
   (b) Civilians – Mufti

Publicity

6. (a) British and German press representatives will be allowed to attend the Inaugural Meeting, but on no account will they be allowed to attend subsequent routine meetings.
   (b) An official photographer (*not* a press photographer) will attend the opening meeting on 6th March to secure official pictures for subsequent release to the press; no other photographs will be allowed to be taken. PR & ISC are requested to arrange this.
   (c) PR & ISC are requested to prepare a press statement for release now giving information in general terms of the formation of the Z. A. C., which will be cleared with DCOS (Exec) before issue.

Accommodation

7. (a) The British Liaison Section and the German Secretariat of the ZAC, will make all arrangements for accomodating British and German representatives attending, respectively.
   (b) Will British representatives attending please inform the British Liaison Section direct, stating what accommodation, meals, etc. are required in Hamburg, copy to this Headquarters.

Further details

8. To be notified later.

(signed) G. W. R. *Templer*
Major General,
for Lieutenant General,
Deputy Military Governor

Distribution

[. . .][1]

1 Das Rundschreiben ging an im einzelnen aufgeführte Abteilungen und Gruppen des HQ BAOR, an die Advanced HQ der CCG(BE) und an den Brit. Verbindungsstab zum ZB. Es wird bereits auch ein ZAC German Secretariat erwähnt, das mit dem im Schreiben selbst unter 7 a genannten German Secretariat identisch sein könnte.

I. 3

15 February, 1946: Main H. Q. Control Commission for Germany (British Element) Zone Policy Instruction Nº 12 Establishment of the Zonal Advisory Council

PRO FO 1005/1585.
HQ/06208/6/Sec P – ZON/PI (46) 12.

1. Introduction
   A Council of German political, administrative and functional representatives, to be known henceforth as the ZONAL ADVISORY COUNCIL (ZAC) is being established in order to assist the Control Commission in its tasks. The ZAC will be an advisory body, with no executive powers. The Council will meet at least once per month, and more frequently as circumstances require, and will have its seat in Hamburg. The composition and functions of the Zonal Advisory Council are set out in the following paragraphs.
2. Composition of ZAC
   In order to ensure a fair balance of representation between the general administration and the special functions that lie to a greater or less degree outside its scope the ZAC will consist of the following:
   (a) Political Representatives
   Two numbers from each of the major political parties in the British Zone, total not to exceed eight. For the time being there will be two political numbers from the Social Democrat, Christian Democrat and Communist Parties respectively.
   (b) Senior German Administrative Officials of Provinces and Länder
   (i) Oberpräsident (or nominee) of each of the Provinces of Hannover, Schleswig-Holstein, Westphalia and North Rhine Province, and the Bürgermeister (or nominee) of Hansestadt Hamburg.
   (ii) One of the Landespräsidenten (or equivalent officials) of the four Länder of Bremen, Braunschweig, Oldenburg and Lippe/Schaumburg-Lippe (combined), to represent these four Länder.
   (c) Eleven Functional Representatives to be nominated by Divisions concerned:

Function	Division concerned
Trade and Industry	Trade and Industry
Food and Agriculture	Food and Agriculture
Legal	Legal
Health	IA and C
Posts and Telecommunications	IA and C
Finance	Finance
Manpower	Manpower
Public Safety	IA and C
Education	IA and C

Transport	Transport
Refugees	PW & DP/IA and C

(d) Representatives of Trade Unions and Co-operative Societies to be nominated by Divisions concerned:

Trade Unions	2 representatives	Manpower Division
Co-operative Societies	2 representatives	Finance Division

Grand total of members – 27

At Appendix „A" is a list of the nominated members of the Council.

3. Secretariat of the ZAC
The Council will have a permanent German Secretariat under a Chief Secretary. Its functions will be to provide secretarial services for the preparation and conduct of meetings of the Council and the recording of its minutes.

4. Functions of the ZAC
The Council will have the following functions:
(a) To advise the Control Commission on any matters which may be referred to the Council.
(b) To discuss any subject of common interest suggested either by any member of the Council, or by any of the German Zonal Authorities listed at Appendix „B", and submit recommendations thereon. No subject will however be discussed by the Council unless prior approval has been obtained from the Control Commission.
(c) To form a good recruiting ground for administrators in central or zonal administrations if and when it is decided to set these up.

5. British Liaison Staff to the ZAC
There will be a permanent British Liaison Staff which will be located alongside the German Secretariat and will act as the link between the Council and the Control Commission.

6. Channels of Communication
(a) All matters of policy on which Divisions and Groups require the advice of the Zonal Advisory Council will be submitted to the Office of the DMG, which will ensure that any necessary co-ordination is completed and the approval of the DMG obtained, before the matter is referred to the Council. All communications between the Office of the DMG and the ZAC will be through Main HQ, Control Commission for Germany (British Element).
(b) Divisions and the British Liaison Staff may correspond direct on factual matters and on matters of routine.
(c) Any member of the ZAC wishing to initiate the discussion of any subject by the Council will instruct the German Secretariat to seek the approval of the Control Commission to such discussion through the British Liaison Staff, who will submit the matter to the Office of the DMG.
(d) Any of the German Zonal Authorities listed in Appendix „B", wishing to refer any subject to the Council will communicate direct with the German Secretariat, after obtaining the approval of the Division which controls

them. The German Secretariat will seek the approval of the Control Commission to such discussion through the British Liaison Staff.

(e) The Secretariat of the Council may communicate direct with any of the German Zonal Authorities listed in Appendix „B" on routine matters arising out of subjects submitted for discussion by the Council. Requests for factual information, statistics and returns will, however, always be referred to the British Liaison Staff.

7. Divisions will inform the German Zonal Authorities for which they are responsible of the contents of this Instruction.

8. Location of the British Liaison Staff to the ZAC
The British Liaison Staff is located in Hamburg. Its present address is:
c/o HQ Mil Gov Hansestadt Hamburg.

G. W. R. *Templer*, Major General
for Lieutenant General
Deputy Military Governor

Distribution

For action:

Control Commission for Germany (British Element)

Main HQ		Adv HQ	
Secretariat	(8)	Intelligence Group	(2)
Int Group	(1)	PR/ISC Group	(2)
PR/ISC Group	(1)	Legal Division	(2)
IA & C Division	(5)	Economic Division	(2)
Legal Division	(1)	Finance Division	(2)
Economic Division	(25)	Transport Division	(2)
Finance Division	(3)	Manpower Division	(2)
Transport Division	(8)	Political Division	(2)
Manpower Division	(3)	PW & DP Division	(2)
Political Division	(1)	RD & R Division	(2)
PW & DP Division	(1)	Secretariat	(5)
RD & R Division	(2)	British Liaison Section (ZAC)	(4)

For information:

HQ 1 Corps Dist	(10)
HQ 8 Corps Dist	(5)
HQ 30 Corps Dist	(5)
HQ 1 Corps Dist Mil Gov	(5)
HQ 8 Corps Dist Mil Gov	(5)
HQ Mil Gov Hannover Region	(130)
HQ Mil Gov Westfalen Region	(105)
HQ Mil Gov Schleswig-Holstein Region	(35)

HQ Mil Gov North Rhine Region	(85)
HQ Mil Gov Hansestadt Hamburg	(20)
HQ Brit Tps Berlin	(5)

Main HQ		HQ BAOR	
Mil Gov Liaison		G (SD)	(10)
Section	(1)		
Staff Group	(4)		
Records Officer	(2)		
Int Bureau	(1)		
DCOS (Exec)	(1)		
DCOS (Org)	(1)		
ACOS (Exec) A	(1)		
ACOS (Exec) B	(1)		
Dep Sec (Zone)	(1)		

Appendix A to HQ/06208/6/Sec P dated 15th Feb. 46

List of Nominated Members of the Zonal Advisory Council[1]

1. Political Representatives
   (a) Social Democrat Party (i)
   (ii)
   (b) Christian Democrat Party (iii)
   (iv)
   (c) Communist Party (v)
   (vi)

2. Senior German Administrative Officials of Provinces and Länder
   (a) Oberpräsident (or nominee)

(i)	Hannover	Oberpräsident *Kopf*
(ii)	Schleswig-Holstein	Oberpräsident *Steltzer*
(iii)	Westphalia	Oberpräsident Dr. *Amelunxen*
(iv)	North Rhine Province	Oberpräsident Dr. *Lehr*

   Bürgermeister (or nominee)

(v)	Hansestadt Hamburg	Bürgermeister R. *Petersen*

1 In einem Anschreiben, mit dem die Instruction am 19. 2. 1946 an die brit. Fachabteilungen versandt wurde, heißt es: „1. Appendix ‚A' is issued in incomplete form as all the nominations have not yet been approved; it will be superseded by a revised and complete Appendix ‚A' as soon as possible. 2. To help those Divisions responsible for implementing para 7 of this instruction, copies of the German directive, which is being issued to members of the Zonal Advisory Council will be forwarded as soon as it has been translated into German." (FO 1005/1585). – Eine erste revidierte Fassung von Appendix A mit vollständiger Namensauflistung, 26. 3. 1946, a. a. O.; eine dt. Fassung der Instruction mit Datum vom 29. 4. 1946 in PA 1/33.

(b) Representative of the Länder

(vi)	Bremen Braunschweig Oldenburg Lippe/Schaumburg-Lippe	Ministerpräsident *Tantzen* of Oldenburg will represent the Länder at the first meeting.

3. Functional Representatives

(a)	Trade & Industry	(i)	Abraham *Frowein*
(b)	Food & Agriculture	(ii)	Dr. Hans *Schlange-Schöningen*
(c)	Legal	(iii)	Dr. Heinrich *Lingemann*
(d)	Health	(iv)	Dr. A.[!] *Degkwitz*
(e)	Posts and Telecommunications	(v)	Dr. Karl *Schneider*
(f)	Finance	(vi)	
(g)	Manpower	(vii)	Franz *Spliedt*
(h)	Public Safety	(viii)	
(i)	Education	(ix)	Dr. A. B. L. *Grimme*
(j)	Transport	(x)	
(k)	Refugees	(xi)	Dr. Ernst *Andrée*

4. Trade Union Representatives

(i)
(ii)

5. Co-operative Societies

(i)
(ii)

Appendix B to HQ/06208/6/Sec of 15 Feb, 46

List of German Zonal Authorities which may refer subjects to the Zonal Advisory Council

German Economic Advisory Board
German Inter-Regional Food Allocation Committee
Reichsbahn General Direktion
Straßenbahn und Verkehrs General Direktion
Seeschiffahrtsamt (Coastal Shipping)
Oberpostdirektion
Zonal Welfare Committee
Advisory Committee for Public Health
Public Safety Advisory Committee

I. 4

22. Februar 1946:
Bureau des stellvertr. Militärgouverneurs Generalhauptquartier, Kontrollkommission für Deutschland (Britische Zone) an Oberpräsident Dr. Lehr Einladungsschreiben[1]

HStAD NW 53/256, fol. 4; ausgefüllter Umdruck.

HQ/06208/6/Sec P

1. Der Militärgouverneur der britisch besetzten Zone Deutschlands hat angeordnet, daß ein deutscher Zonenbeirat, wie in anliegender Anweisung erläutert, in der britischen Zone Deutschlands geschaffen werden soll.[2]

2. Die Eröffnungssitzung des Rates wird in Hamburg am Mittwoch, den 6. März 1946 um 11 Uhr vorm. stattfinden.

3. Sie werden aufgefordert, an dieser Sitzung als
Oberpräsident der Provinz Nordrhein
teilzunehmen.

4. Die Tagesordnung (ZAC/Agenda (46)1) ist beigefügt.[3]

5. Der Bürgermeister der Stadt Hamburg ist für die für Unterkunft und Verpflegung der Mitglieder des Rates während ihres Hamburger Aufenthalts notwendigen Maßnahmen verantwortlich. Sie werden aufgefordert, sich am Dienstag, den 5. März 1946 bis spätestens 16 Uhr im Rathaus, bei Herrn Dr. *Sieveking*, dem Sekretär des Bürgermeisters, zu melden.

6. Falls Sie, um Hamburg zu erreichen, Hilfe brauchen, so melden Sie sich unter Verwendung dieses Briefes als Ausweis bei der nächstgelegenen Dienststelle der Militärregierung.

G. W. R. *Templer*
Major General
for Lieutenant General
Deputy Military Governor

1 Das Einladungsschreiben galt gleichzeitig als Ernennungsschreiben.
2 Vgl. Dok. I.3.
3 Vgl. Dok. I.5.

I. 5

22. Februar 1946: Kontrollkommission für Deutschland (Britische Zone) Tagesordnung der Eröffnungssitzung

StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation ..., 39. Anlage zum Einladungsschreiben vom 22. Februar 1946. Übersetzung.

HQ/4101/G/ZAC – ZAC/Agenda (46) 1.

Die Eröffnungssitzung
findet am Mittwoch, den 6. März 1946, um 11 Uhr vorm.
in Hamburg im Ratssaal Sophienterrasse
statt
Eröffnungsansprache
Die Sitzung wird durch
Generalleutnant Sir Brian *Robertson,* Bart., KCVO, CB, CBE, DSO, MC,
den stellvertretenden Militärgouverneur der britischen Zone Deutschlands,
eröffnet.

Tagesordnung

1. Wahl des Vorsitzenden für die erste Sitzung

2. Errichtung der Kanzlei und Ernennung des Generalsekretärs sowie anderer Kanzleibeamten
   ZAC/P (46) 1 – in der Anlage [1]

3. Geschäftsordnung des Rates
   ZAC/P (46) 2 – in der Anlage [2]

4. Haushalt des Rates
   ZAC/P (46) 3 – in der Anlage [3]

5. Den Rat betreffende Wirtschaftsmaßnahmen
   ZAC/P (46) 4 – in der Anlage [4]

6. Sonstiges

7. Datum der nächsten Sitzung

8. Pressenotiz über die Eröffnungssitzung. Unterbreitung an die Britische Kontrollkommission zur Genehmigung

gez. A. *Gilpin,* Lt.Col.
British Liaison Staff.

I. 6

Zeitfolge für die Tagung des Zonenbeirats am 5. und 6. März 1946 in Hamburg

BA Z 6 I/80, fol. 177 Rs.

Dienstag, 5. 3. 1946		
Bis	16 Uhr	Eintreffen der Teilnehmer im Rathaus. Nachweis des Quartiers und Ausstellung der Tagungsausweise.
	17 Uhr	Vorbereitende Sitzung der Mitglieder des Zonenbeirates im Gebäude Sophienterrasse 14 I. (Anfahrt: Rathaus – Jungfernstieg – Colonnaden – Dammtorbahnhof – Mittelweg – Wegweiser Sophienterrasse)
	19 Uhr	Essen der Beiratsmitglieder im Rathaus. Für die Begleiter ist Abendessen in der Pension Prem vorgesehen.
Mittwoch, 6. 3. 1946		
	10.20 Uhr	Versammlung der Beiratsmitglieder (ohne Begleiter) im Gebäude Sophienterrasse 14.
	11 Uhr	Eröffnung des Zonenbeirates durch den stellvertretenden Militärgouverneur.
	13.15 Uhr	Gemeinsames Essen der Beiratsmitglieder und Begleiter in den Gaststätten im Hauptbahnhof.
	15.15 Uhr	Arbeitssitzung des Zonenbeirates.
	19 Uhr	Gemeinsames Abendessen in den Gaststätten im Hauptbahnhof.

Für die Teilnehmer der Tagung ist Quartier in der Pension Prem, An der Alster 8–10, reserviert. Die Fahrer übernachten im Erdgeschoß des Gebäudes Sophienterrasse 14. Dort können im Hof auch die Wagen untergestellt werden.

Verpflegung für die Fahrer (Morgenkaffee, Mittag- und Abendessen) wird in den Gaststätten im Hauptbahnhof Hamburg gegen Vorzeigung der Tagungsausweise verabfolgt.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung: Im Rathaus Stadtoberinspektor *Rosorius,* Zimmer 448, Fernsprecher 33 16 21 App. 270, im Gebäude Sophienterrasse 14 Assessor *Crusen,* Zimmer 132, Fernsprecher 44 10 81 App. 416.

1. Sitzung
5.–6. März 1946

I. 7

5. März 1946: Ansprache des Bürgermeisters Petersen anläßlich der Eröffnung des Zonenbeirats im Rathaus in Hamburg[1]

StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 51.

Die Kontrollkommission der britischen Zone hat bestimmt, daß Hamburg der Sitz des Zonenbeirats sein soll.[2] Hamburg weiß die Bedeutung dieser Entscheidung zu würdigen und wird versuchen, seine Pflicht zu erfüllen, dem Zonenbeirat, seinen Mitgliedern und Mitarbeitern den Aufenthalt in unseren Mauern so angenehm wie möglich zu machen. Das wird nicht leicht sein, denn unsere räumlichen Möglichkeiten sind beschränkt, und wir sehen noch keine baldige Besserung voraus. Ja, es kann sein, daß die Lage noch schwieriger wird, denn das Streben von englischen und deutschen Behörden und Organisationen, ihr Domizil hier aufzuschlagen, hält an. Dabei ist es bei der Größe der täglichen Sorgen und der Unsicherheit in Bezug auf die politischen Regelungen im ganzen deutschen Raume fast unmöglich, auf längere Sicht zu disponieren.

Alle diese Schwierigkeiten werden aber unseren guten Willen nicht beeinflussen, dem Zonenbeirat zu helfen, wie wir es nur können. Die Zusicherung gebe ich Ihnen in dieser Stunde, da wir die große Freude haben, die Mitglieder und die britischen Offiziere des Zonenbeirats im Rathause zu begrüßen, um ihnen Gelegenheit zu geben, Fühlung miteinander zu nehmen.

Wir sehen wohl alle noch nicht klar, welche Entwicklung der Zonenbeirat nehmen wird. Seine Gründung als solche ist aber schon ein Fortschritt. Verglichen mit dem Zustand der ersten Monate nach dem Zusammenbruch, in dem jede Stadt und jede Provinz auf sich selbst gestellt war, hat sich die Zusammenarbeit in der britischen Zone allmählich erheblich gebessert. Die Länderchefs haben vor einigen Tagen in Bremen zum ersten Male Gelegenheit gehabt, in offizieller Weise mit den Mini-

1 *Petersen* hielt die Rede anläßlich des Abendessens, das der Senat für die Ratsmitglieder ausrichtete (vgl. Dok. I.13. I).

2 Die Wahl war auf Hamburg gefallen, weil man den Umzug des Hauptquartiers der brit. MR nach Hamburg plante, vgl. AVB 1, S. 200. Dazu kam es indessen nicht, weil man in Großbritannien gegen das damit verbundene Bauprogramm protestierte, dessen Mittel für eine Verbesserung der dt. Wohnungslage verwendet werden sollten; vgl. Balfour, S. 97; Die Welt vom 18. 6. 1946: „Hamburg wird Hauptquartier. Umsiedlung von 30 000 Personen"; Die Welt vom 19. 10. 1946: „Hamburg-Projekt vor dem Unterhaus".

sterpräsidenten der süddeutschen Zone zusammen zu beraten.[3] Durch den Zonenbeirat ist nunmehr eine gemeinsame Verbindungsstelle aller führenden amtlichen und politischen Instanzen zum britischen Hauptquartier geschaffen worden. Der Zonenbeirat ist analog den politischen Übergangsgremien in den Städten und Provinzen zusammengesetzt. Wie diese muß auch er sich bewähren, um seine Daseinsberechtigung zu beweisen. Er soll die Militärregierung durch sachverständige Orientierung unterstützen. Wie schwer deren Aufgabe ist, das erleben wir gerade jetzt auf dem Gebiete der Ernährung.[4] Ich bin fest überzeugt, daß die plötzlich so ernste Lage in erster Linie eine Folge der überraschend in die Erscheinung getretenen Getreideknappheit in der Welt ist, die – das ist allerdings merkwürdig – solch lange Zeit erheblich zu günstig beurteilt worden ist. Dieser Zustand bedeutet eine furchtbare Gefahr für die britische Zone und andere große Gebiete der Welt. Wir Deutschen sind nicht mehr Herr unseres eigenen Geschickes. Das entbindet uns aber nicht von der Notwendigkeit, aus Selbsterhaltungstrieb alle erdenklichen, selbst die schwerwiegendsten Maßnahmen zu ergreifen, um die verzweifelte Situation zu mildern. Das kann nur in engster Zusammenarbeit mit der Kontrollkommission geschehen. Schimpfen und Vorwürfe erheben nützt nichts.

Die durch die gemeinsame Not der Menschheit erneut vor Augen geführte unlösliche Verflechtung der Völker im Kampf ums Dasein wird zum mindesten hoffentlich dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Vernunft bei den überfälligen politischen Entscheidungen nicht allzu sehr außer Acht gelassen wird. Wenn das die Folge der jetzigen schweren Not wäre, dann wäre diese Not nicht umsonst getragen.

Möge der Zonenrat durch das Gewicht seiner Stimme die Entwicklung nach dieser Richtung hin beeinflussen und mithelfen, die Zusammenarbeit zwischen den vier Besatzungszonen enger zu gestalten, damit unser [!] in dieser Zeit doppelt geliebtes Vaterland allmählich wieder im Kreise der anderen Völker mit Achtung genannt und begegnet wird.

Lassen Sie uns unser Glas leeren auf einen guten Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit.

3 Vgl. das Prot. dieser Konferenz vom 28. 2./1. 3. 1946 in AVB 1, S. 290–300.
4 Vgl. Anl. 5.

I. 8

Liste und Sitzordnung der britischen Vertreter bei der Eröffnung des Zonenbeirats am 6. März 1946[1]

HStAD NW 53/256, fol. 47.

[Vormittagssitzung][2]

[3. Reihe]	[2. Reihe]	[1. Reihe]
		Mr. C. E. *Steel*
	Mr. J. A. *Alexander*	Major General W. H. A. *Bishop*
Rep. 5 P. R. Section	Brigadier A. G. *Kenchington*	Rear Admiral F. E. P. *Hutton*
Z. A. C. British Liaison Staff	Brigadier G. V. *Britten*	Lieut. General A. *Galloway*
Z. A. C. British Liaison Staff		Interpreter Capt. *Lederer*
Z. A. C. British Liaison Staff		Deputy Mil. Governor Lieut. General Sir Brian H. *Robertson*
Z. A. C. British Liaison Staff	Air Commodore C. N. *Ellen*	Lieut. General Sir E. H. *Barker*
Personal Adjutant to Deputy Mil. Governor	Mr. A. *Albu*	Major General G. W. R. *Templer*
Aide-de-Camp to Deputy Mil. Governor	Brigadier H. W. H. *Armytage*	Major General P. M. *Balfour*
Z. A. C. British Liaison Staff	Z. A. C. British Liaison Staff	Mr. R. J. M. *Inglis*
Z. A. C. British Liaison Staff		

1 Überschrift hs. zugefügt. – Die Zonenbeiratsmitglieder saßen rechts von den brit. Vertretern, so daß beide Gruppen einander anschauten.
2 Vgl. Dok. I.13. I.

I. 9

Liste der deutschen Teilnehmer[1] an der ersten Arbeitssitzung des Zonenbeirats am Nachmittag des 6. März 1946

PA 1/258.

Politische Vertreter: Schumacher, Kriedemann (SPD); Adenauer, Otto (CDU); Reimann, Hoffmann (KPD); Heile[2] (FDP)

Vertreter der Verwaltung: Lehr (Nord-Rheinprovinz); Amelunxen (Westfalen); Kopf (Hannover); Steltzer (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Tantzen[3] (Oldenburg)

Vertreter der Sachgebiete[4]: Agartz (Handel und Industrie)[5]; Schlange-Schöningen (Ernährung und Landwirtschaft); Lingemann (Rechtswesen); Degkwitz (Gesundheitswesen); Schneider (Post, Telegrafie, Telefon); Spliedt (Arbeitseinsatz); Groth

1 Vgl. hierzu Dokumente I.3, Appendix A, und I.10.

2 Ein Vertreter der FDP ist weder in der Liste von 15. 2. 1946 (vgl. Dok. I.3, Appendix A) noch in der „Liste der ernannten Mitglieder des Zonenrates" vom 1. 3. 1946 (vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Mitgliederliste . . ., 42) angeführt. Die brit. Formulierung in der Zone Policy Instruction N° 12 (vgl. Dok. I.3) war aber relativ offen gehalten und sah eine Maximalzahl von 8 politischen Vertretern im ZB vor, wovon je zwei von den großen politischen Parteien in der brit. Zone entsandt werden sollten.

3 *Tantzen* vertrat die vier kleinen Länder der brit. Zone (Bremen, Braunschweig, Oldenburg, Lippe/Schaumburg-Lippe), die einander bei der Teilnahme an den Sitzungen abwechselten. Vgl. das Einladungsschreiben vom 22. 2. 1946 in: StAD L 80 I a, Gr. II., Tit. 1, Nr. 29, Bd. I.

4 Laut Zone Policy Instruction N° 12 (vgl. Dok. I.3) korrespondierten die im ZB vertretenen Fachressorts mit den entsprechenden Divisions der CCG (BE). Von den vorgesehenen 11 Ämterchefs fehlte jedoch einer für das Finanzwesen, der auch später nicht eingesetzt wurde. Vgl. hierzu auch die verzögerte Bildung des Finanzausschusses, Dok. II.3, Anm. 45.

5 In Appendix A zur Zone Policy Instruction N° 12 wurde noch Abraham *Frowein,* Präsident des Dt. Wirtschaftsrates in Minden, als Vertreter für Handel und Industrie angeführt. In dem Anschreiben zu dieser Instruction, verfaßt vom Sekretariat des Office of the Deputy Military Governor, Main HQ, CCG (BE), vom 19. 2. 1946, heißt es jedoch, daß die Teilnehmerliste noch unvollständig und nur vorläufig sei, weil einige Ernennungen noch der Genehmigung bedürften (vgl. Dok. I.3, Anm. 1). Siehe auch die Darstellung bei Frowein, S. 47. Laut Telegramm vom 26. 2. 1946 erging eine Einladung zur 1. Sitz. aber zunächst auch an *Frowein* (vgl. PA 1/52). In der „Liste der ernannten Mitglieder des Zonenrates" vom 1. 3. 1946 (vgl. o. Anm. 2) wird dann Dr. *Agaz* [sic, hs. Eintragung] genannt. Den dt. Vertretern war die vorläufige Mitgliederliste vom 15. 2. 1946 zunächst wohl nicht in jedem Fall bekannt. Einem Vermerk *Janichs* für *Lehr* vom 13. 3. 1946 ist zu entnehmen, daß die engl. Fassung vom 15. 2. laut Verteiler nur für die engl. Militär- und Zivildienststellen bestimmt gewesen sei. Um so interessanter war für *Janich* die Nennung *Froweins* (vgl. HStAD NW 53/528, fol. 243; siehe auch Dok. I.3, Anm. 1). Auf der 1. Sitz. war auch noch zweifelhaft, ob Agartz der endgültige Vertreter für Handel und Industrie bleiben würde, da auch Ob. *Holzapfel* aus Herford dafür in Aussicht genommen sein sollte (vgl. Dok. I.13 mit Anm. 12; siehe hierzu auch Dokument II.1, Anm. 2).

(Öffentliche Sicherheit); Grimme (Erziehung); Schwering (Transportwesen); Andrée (Flüchtlinge)[6]

Vertreter der Gewerkschaften: Böckler, Karl

Vertreter der Genossenschaften: Everling, Schlack

[ferner: Oberbgm. Holzapfel][7]

Britischer Verbindungsstab: Lieutenant Colonel A. Gilpin; Major F. J. Stopp; Major H. J. Gibb; Captain E. Thompson

Deutsches Sekretariat: Assessor Crusen

6 Laut hs. Vermerk im Entwurf des Prot. war *Andrée* auf der Sitz. nicht anwesend, vgl. PA 1/42: Ns. über die erste Arbeitssitzung des Zonenbeirates am 6. 3. 1946, S. 1. Der entsprechende Vermerk „fehlt" in der vervielfältigten offiziellen Fassung ist kaum zu entziffern.

7 Laut Angabe im Entwurf des Prot. (vgl. o. Anm. 6), S. 1.

I. 10

Sitzordnung der Mitglieder des Zonenbeirats am Nachmittag des 6. März 1946[1]

StAH, Staatliche Pressestelle V, II C II a 1.

Petersen *Lehr* *Schumacher*

Amelunxen	*Kriedemann*
Steltzer	*Adenauer*
Kopf	*Otto*
Tantzen	*Reimann*
Everling	*Hoffmann*
Schlack	*Böckler*
Schneider	*Karl*
Degkwitz	*Spliedt*
Lingemann	*Groth*

1 Im Original sind z. T. Titel, Vorname und Funktion der Ratsmitglieder angeführt (engl.!). Ob es sich indessen um eine brit. Vorgabe der Sitzordnung handelt (so AVB 1, S. 339, Anm. 8), ist zu bezweifeln. Im Confidential Report N° 1 heißt es nämlich hierzu: „The seating arrangements of the Council were unfortunate and had been adhered to in spite of suggestions made by the British Liaison Staff. The Chairman sat at the head of the table. The members were divided into groups, so that on the Chairman's right were the Oberpräsidenten, and on his left the political members (except for *Heile*, who had been placed at the lower end of the table), leaving the functional members to form a kind of tail on either side. This emphasised the conflict between administrative and political members, and meant in addition that the functional members had more difficulty in catching the Chairman's eye. Consequently, the earlier part at least of the meeting was dominated by the Oberpräsidenten and politicians." (PRO FO 1014/128: Confidential Report N° 1, verfaßt vom BLS, 23. 3. 1946, S. 2).

Schlange-Schöningen *Grimme*
Agartz *Schwering*
Heile *Andrée*[2]

2 *Andrée* war nicht anwesend, wohl aber der hier nicht angeführte Ob. *Holzapfel* (vgl. Dok. I.9, Anm. 6 und 7).

I. 11

Ansprache des Stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Robertson, an den Deutschen Zonenbeirat am Vormittag des 6. März 1946

StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 53. Deutsche Übersetzung.[1]

Meine Herren,

Ich heiße Sie alle, die Sie hier zusammengekommen sind, um Mitglieder des Zonenbeirates für die britische Zone zu werden, aufrichtig willkommen.

Als die britischen Streitkräfte den Teil Deutschlands besetzten, der jetzt die britische Zone darstellt, errichtete der Oberbefehlshaber die Militärregierungsverwaltung. Das Verwaltungssystem war zu jener Zeit notwendigerweise direkt und hauptsächlich darauf abgerichtet, unseren militärischen Erfordernissen zu dienen. Es ist unsere Absicht, daß sich das Verwaltungssystem so entwickeln soll, daß es fortschreitend immer mehr zivilistischen und weniger militärischen Charakter erhält und daß seine Auswirkung mehr die indirekte Form der Überwachung der deutschen Verwaltung annehmen soll als die heutige direkte Form. Es ist uns wohl bewußt, daß es die Deutschen sind, die am besten wissen, wie die vielen schwierigen Probleme Deutschlands gelöst werden können. Auch ist es nicht unsere Absicht, in die Verwaltung unserer Zone unmittelbarer einzugreifen, als für die Erfüllung unserer Besetzungszwecke notwendig ist.

Dieser Übergang wird sich stufenweise entwickeln, und die Bildung des Zonenrates stellt einen bedeutenden Schritt zu seiner Vollendung dar.

Bei dem Wiederaufbau einer demokratischen Regierung und Lebensweise in Deutschland haben wir uns den Grundsatz zu eigen gemacht, von unten anzufangen. Aus diesem Grund haben wir unsere Aufmerksamkeit zuerst der Umbildung und Festigung der Gemeindeverwaltung zugewendet. Für das Kreisniveau sind be-

1 Die Rede wurde auf Engl. gehalten, vgl. die engl. Fassung in AVB 1, S. 340–346. Den Mitgliedern des ZB ging die vorliegende dt. Übersetzung in schriftlicher Form zu. In dieser Fassung war „Zonal Advisory Council" mit „Zonenrat" übersetzt und handschriftlich, aber nur z. T., in „Zonenbeirat" korrigiert worden.

reits deutsche Räte ernannt und eingesetzt worden[2], und unsere Pläne für die Abhaltung von Wahlen in Kreis und Gemeinde sind weit fortgeschritten.[3] Die Ernennung und Bildung von Räten für Provinzen und Länder ist im Gange[4], jedoch werden auf dieser Ebene noch keine Wahlen stattfinden.[5] Die Gleichrichtung der Verwaltungsarbeit für Provinzen und Länder und der Angelegenheiten, die normalerweise Sache einer zentralen Regierung sind, untersteht dem Hauptquartierstab der Britischen Kontrollkommission.[6] Wir haben jedoch bereits eine Anzahl deutscher Zonenbehörden geschaffen, die diesem Stabe auf verschiedenen Gebieten des Verwaltungswesens, hauptsächlich denen technischer Natur, beratend zur Seite stehen. Einige dieser Behörden haben exekutive Funktionen, größtenteils aber nehmen sie eine beratende Rolle ein.[7] Der Zonenrat soll die gesamte Verwaltung in der britischen Zone umfassen.

Ich möchte betonen, daß es keineswegs in unserer Absicht liegt, die zonenweise Verwaltung Deutschlands für immer beizubehalten. Der Zeitpunkt für die Zentralisierung von Regierung und Verwaltung ist jedoch noch nicht gekommen. Wir glauben, daß der größte Teil der jetzt im Stadium der Errichtung befindlichen Zonenverwaltungen in der zentralen Regierung aufgehen wird, sobald die Zeit dafür reif ist. Es mag sein, daß eine Reihe solcher Verwaltungen eine geraume Zeit, möglicherweise für die ganze Dauer der Besetzung, bestehen bleiben werden; dies wird jedoch nur zur Erleichterung der Verwaltung geschehen und nicht mit der Absicht, eine ständige Teilung Deutschlands in vier Zonen herbeizuführen.

Um Ihnen einen Überblick über die Arbeit zu geben, die vor Ihnen liegt, will ich Ihnen heute kurz und in großen Zügen die Grundsätze klarmachen, die wir in der Verwaltung unserer Zone zu befolgen beabsichtigen.

Die fundamentalen Richtlinien sind durch Abkommen mit unseren Verbündeten festgelegt. Dies ist eine gewichtige Tatsache, die Sie nicht übersehen dürfen. Es ist die Aufgabe der Britischen Kontrollkommission, die grundliegenden Richtlinien, die von den verbündeten Regierungen niedergelegt worden sind und über die Ab-

---

2 Vgl. hierzu Rudzio, S. 56 ff., sowie die interne „Directive on Administrative, Local and Regional Government and the Public Services" der CCG (BE), die Rudzio, S. 45, auf September 1945 datiert. Eine deutschsprachige Fassung siehe in: StAW 4 Nds Zg 1/81 Nr. 298: „Anweisungen der Militär-Regierung für die Lokal- und Regionalregierung und den öffentlichen Dienst. Teil I: Demokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen und bezirklichen Regierung" (33 Bl., o. D. [November 1945]). Eine gedruckte deutschsprachige 2. Aufl. erschien am 1. 2. 1946, vgl. a. a. O., Nr. 296: „Richtlinien der Militär-Regierung . . ." (72 S.). Vgl. hierzu auch Galette, S. 199, sowie Entnazifizierung in NRW, S. 14 f. mit Anm. 7.

3 Am 15. 9. 1946 fanden die Gemeindewahlen in der brit. Zone statt, am 13. 10. 1946 Landkreis- und Stadtkreiswahlen sowie Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen.

4 Vgl. hierzu Dok. I.1, Pkt. 9. Die genannten „Richtlinien der Militär-Regierung . . ." vom 1. 2. 1946 enthielten genaue Bestimmungen über die Einsetzung der sog. Gebietsräte, vgl. o. Anm. 2, a. a. O., S. 48–57.

5 Landtagswahlen fanden in der brit. Zone am 20. 4. 1947 statt.

6 Zum Aufbau der brit. MR vgl. die Einleitung mit Anm. 30–32.

7 Zur Bildung der Zonenzentralämter, die die Kompetenzen der Reichsministerien unter brit. Kontrolle treuhänderisch wahrnahmen, vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 18 sowie 46–49, und Girndt, S. 92–123.

kommen des Kontrollrates bestehen, auszuführen, und im Rahmen dieser Richtlinien die britische Zone nach den Wünschen des Oberbefehlshabers zu verwalten.

Unsere Politik Deutschland gegenüber hat zwei Seiten, eine negative und eine positive.

Die negative Seite drückt sich in der Abrüstung, in der Entmilitarisierung, in der Wiedergutmachung der durch deutsche Angriffslust entstandenen Schäden und in der politischen Säuberung Deutschlands von nationalsozialistischem Einfluß aus. Von diesen Punkten will ich nur den der politischen Säuberung näher ausführen:

Wir sind fest entschlossen, daß es weder mit dem Nationalsozialismus noch mit dem militaristischen Nationalismus zu einem Kompromiß kommen darf. Wir halten jedoch eine akademische und mechanische Anwendung dieses Grundsatzes nicht für angebracht. Solche Methoden schaffen Ungerechtigkeiten nach beiden Richtungen. Einer wird zu hart bestraft, weil die Umstände, die zu seiner Handlungsweise führten und diese bis zu einem gewissen Grade entschuldigten, nicht genügend berücksichtigt werden; ein anderer entkommt nach diesem automatischen Verfahren nur deshalb der gerechten Strafe, weil er nie der Partei beigetreten ist, obwohl sein Tun in Wirklichkeit im höchsten Grade verderblich gewesen sein mag. Wir beabsichtigen, ebenso kompromißlos wie systematisch vorzugehen. Wir werden einem gut funktionierenden Verwaltungsapparat zuliebe keine Zugeständnisse machen.[8] Wir werden von unserem festgelegten Kurs nicht abweichen, um denen zu gefallen, die persönliche Gefühle oder politischen Ehrgeiz befriedigen wollen.

Die Säuberung Deutschlands von nationalsozialistischem Einfluß ist ein deutsches Problem. Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, die Verantwortung für diese Säuberung in großem Maße den Deutschen selbst aufzuerlegen. Wir haben deutsche Ausschüsse und Komitees zur Beseitigung nationalsozialistischen Einflusses errichtet und Berufungsstellen eingesetzt.[9] Die Männer, die mit diesen Aufgaben betraut werden, sollen durch ihre Sachkenntnis imstande sein, uns dabei zu helfen, daß es keinem gelingt, unter falscher Flagge zu segeln und daß jedem Gerechtigkeit widerfahre.

Die Entwicklung muß ihren logischen Verlauf nehmen und muß mit aller Energie betrieben werden, weil es wichtig ist, daß ihr ein Ende gesetzt werde. Es ist recht und billig, daß wir, sobald dies möglich ist, einen Termin bekannt geben, bis zu dem diese Aufgabe zu Ende geführt werden soll.

Unter denen, die unter unsere Säuberungsmaßnahmen fallen, befinden sich einige, die nur als die Unversöhnlichen bezeichnet werden können. Diese müssen ihre Sünden abbüßen. Die übrigen sollen im Laufe der Zeit ihre vollen Bürgerrechte zurückgewinnen. Dies wird nicht sofort geschehen. Ihre Rechte werden eine Zeit lang eingeschränkt bleiben, und sie werden gewissen Nachteilen unterworfen sein.

---

8 Eine wichtige Ausnahme bildete die Ernährungsverwaltung des NS-Staates, deren tragende Säule, der Reichsnährstand, übernommen wurde, vgl. hierzu Weisz.

9 Zu dieser Phase brit. Entnazifizierungspolitik vgl. Fürstenau, S. 103–108. Die brit. MR behielt sich zunächst allerdings die alleinige Verantwortung und Entscheidung vor und beteiligte dt. Ausschüsse nur in beratender Form.

Wir halten es jedoch nicht für richtig, daß sie, mit Ausnahme der Klasse der Unversöhnlichen, für alle Zeit jeder Hoffnung beraubt werden.

Ich wende mich jetzt der positiven und aufbauenden Seite unserer Politik zu. Diese konzentriert sich auf unsere Absicht, wieder ein demokratisches Deutschland aufzubauen, das eines Tages seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen können wird. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Planes ist, Deutschland wirtschaftlich wieder in die Lage zu versetzen, die lebenswichtigen Güter zu bezahlen, die es einführen muß und die der deutschen Bevölkerung einen Lebensstandard sichern, der die Grundlage für Demokratie und Selbstachtung bildet.

Die alles überragende Bedeutung der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands erkennen wir durchaus an. Ich treffe Sie heute zu einem Zeitpunkt, da wir gezwungen sind, die Lebensmittelration für die Bevölkerung in unserer Zone auf einen sehr niedrigen Stand herabzusetzen.[10] Diese Maßnahme ist uns einzig und allein durch die ernste Ernährungslage in der ganzen Welt und die Unmöglichkeit, mehr Lebensmittel zu beschaffen, auferlegt worden. Es liegt keineswegs in unserer Absicht, das deutsche Volk dem Hunger preiszugeben. Wir wissen sehr wohl, daß ein Volk ernährt werden muß, wenn es arbeiten und auf den demokratischen Weg gebracht werden soll. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß wir unser Möglichstes tun, um eine Erhöhung der Nahrungsmittelzufuhr zu erreichen.

In diesem Zusammenhang ist es meine Pflicht, Sie daran zu erinnern, daß der größte Teil der Einfuhr von Nahrungsmitteln und anderen Gütern in die britische Zone Deutschlands auf Kosten des britischen Steuerzahlers geht, der diese Belastung nicht für unbegrenzte Zeit auf sich nehmen wird. Es ist daher von lebenswichtiger Bedeutung, daß die Abhängigkeit der britischen Zone von auswärtiger Hilfe gemindert wird. Bezüglich der Ernährungslage bedeutet dies die äußerste Anspannung zur Produktion einheimischer Lebensmittel. Die Bedeutung von Düngemitteln in dieser Hinsicht ist uns natürlich wohl bekannt, und es werden von uns Maßnahmen getroffen, um ihre Produktion zu fördern. Der Beschaffung von Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen wenden wir ebenfalls unsere Aufmerksamkeit zu.[11]

Wir stehen heute inmitten einer schweren Ernährungskrise. Diese Tatsache kann nicht verschwiegen werden. Das deutsche Volk muß in Zusammenarbeit mit uns das Seine tun, um die Dauer und Härte dieser Krise auf das Mindestmaß einzuschränken. Im Interesse der Gesamtheit müssen Lebensmittelerzeuger ihre Kräfte aufs Äußerste anspannen. Ehe ich mich anderen Problemen zuwende, möchte ich noch betonen: Ich bin mir bewußt, daß es für Sie heute keine wichtigere Frage gibt, und Sie können versichert sein, daß es auch für uns keine wichtigere Frage gibt.

Auf dem Gebiet des Wiederaufbaues der deutschen Industrie sind Reparationen und Entmilitarisierung harte Tatsachen, die weitgehende Änderungen im deut-

10 In der brit. Zone waren die Rationen der Normalverbraucher von 1694 Tageskalorien in der 85. ZP (4. 2.–3. 3. 1946) auf 1103 in der 86. ZP (4. 3.–31. 3. 1946) gesenkt worden, vgl. Rohrbach, S. 306.

11 Zur Lage der Landwirtschaft vgl. Stüber, S. 114–133.

schen Wirtschaftsleben hervorrufen werden. Ich wiederhole, daß es in unserer Absicht liegt, Deutschland das zum Leben Notwendige zu belassen. Es ist uns wichtig, daß Deutschland sich über seine Lage ganz im Klaren ist. Es ist mir eine Genugtuung, sagen zu können, daß meiner Ansicht nach die endgültigen Entscheidungen in diesen Fragen nicht mehr lange auf sich warten lassen werden.

Die Industrie, die wir vom ersten Anfang an mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern bestrebt waren, ist die Kohlenindustrie. Ich freue mich, sagen zu können, daß die Produktion im Steigen begriffen ist, jedoch geht diese Steigerung bis jetzt noch nicht schnell genug.[12]

Es ist eine große Härte für das deutsche Volk, daß es diesen Winter keine Kohlen für seine Wohnungen hatte. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, für den nächsten Winter eine gewisse Zuteilung zu diesem Zwecke zu machen; aber um dies zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, daß die Produktion noch merklich gesteigert wird. Es ist für Deutschland eine dringliche Notwendigkeit, den Kohlenexport aufrecht zu erhalten, vor allem deshalb, weil dieser Export der einzige ist, mit dem Deutschland einen ansehnlichen Teil seiner Einfuhrkosten decken kann.

Die tiefgehenden Veränderungen, die im deutschen Industrieleben vor sich gehen, werden viele schwierige Probleme der Arbeitsbeschaffung und der Verteilung von Arbeitskräften aufwerfen. Der Zustrom einer großen Anzahl von Deutschen aus anderen Ländern wird diese Schwierigkeiten ernstlich vergrößern, deren Lösung von den Deutschen selbst gefunden werden muß. Wir werden Sie selbst in diesen Angelegenheiten zu Rate ziehen.

Auf finanziellem Gebiet stehen wir fraglos der Gefahr einer Inflation gegenüber. Zusammen mit unseren Verbündeten haben wir schon eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um diese Gefahr abzuwenden. Wir haben die Überwachung von Preisen und Löhnen beibehalten[13] und setzen Maßnahmen für eine wesentliche Steuererhöhung durch.[14] Ich möchte Sie daran erinnern, daß äußerste Sparsamkeit in der gesamten inneren Verwaltung vonnöten ist, um den Wert der Währung zu erhalten, der durch dauernde Haushaltsdefizite gefährdet werden würde, und um die Schonung der eingeschrumpften Rücklagen für die dringendsten Bedürfnisse Deutschlands zu gewährleisten.

Ein äußerst wichtiger Grundpfeiler im Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ist die Wiederinstandsetzung seines Transportsystems. Die britische Verwaltung und die britische Besatzungsarmee haben hierzu schon recht ansehnliche Beiträge geleistet. Brücken sind wieder aufgebaut, Eisenbahnen repariert, Kanäle

---

12 Vgl. hierzu Anl. 19.

13 Die KR-Direktive Nr. 14 vom 12. 10. 1945 (Grundsätze für die Bestimmungen betreffs der Arbeitslöhne) sollte eine gemeinsame Politik der Alliierten in der Lohn- und Preispolitik sowie bei der Zuteilung lebenswichtiger Verbrauchsmittel gewährleisten (vgl. Amtsbl. KR, S. 40 f.).

14 Vgl. hierzu die KR-Gesetze Nr. 12–15, die jeweils am 11. 2. 1946 verkündet worden waren und rückwirkend ab 1. 1. 1946 Geltung hatten: Nr. 12: Änderung der Gesetzgebung in Bezug auf Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewinnabführung; Nr. 13: Änderung der Vermögensteuergesetze; Nr. 14: Gesetz zur Änderung der Kraftfahrzeugsteuergesetze; Nr. 15: Änderung der Umsatzsteuergesetze (vgl. a. a. O., S. 60–76).

wieder eröffnet, der Rhein wieder schiffbar gemacht und Verkehrsmittel aller Art wieder instandgesetzt worden.[15] Soweit es uns möglich ist, werden wir auch weiterhin in diesen Dingen unsere Unterstützung leihen. Es ist uns besonders daran gelegen, daß die deutsche Binnenschiffahrt wieder aufgenommen wird, und wir hoffen, daß mit Anbruch der wärmeren Jahreszeit sich das Kanalnetz wieder in einigermaßen gutem Zustand befinden wird.

Das Endergebnis dessen, was ich Ihnen über die wirtschaftlichen Fragen gesagt habe, ergibt zweifellos ein ernstes Bild. Ich mache Ihnen keine Hoffnung auf ein leichtes Leben, aber ich kann sagen, daß es unsere Absicht ist, die Härten der gegenwärtigen Kargheit schrittweise zu mildern, bis der Zustand erreicht ist, in dem sich das deutsche Volk durch harte Arbeit und nüchterne Lebensweise eine annehmbare Existenz sichern kann.

Es besteht Neigung zu der Auffassung, daß solange die hauptsächlichen wirtschaftlichen Fragen ungelöst bleiben, das Wiederaufleben der Demokratie in Deutschland, die Wiederherstellung eines demokratischen politischen Lebens und die Erneuerung der Volkskraft unmöglich sind. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Zugegeben, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse diese anderen Aufgaben erschweren; zugegeben auch, daß deren Lösung eine wirtschaftliche Festigung vorangehen muß. Jedoch können wir keine Zeit verstreichen lassen, ohne nach diesen wichtigen Richtungen hin irgend etwas zu unternehmen. Wir müssen einen Anfang machen, und wir müssen versuchen, so weit zu kommen, wie es unter den Umständen möglich ist.

Wenn Demokratie Regierung durch das Volk bedeuten soll, dann ist die Erziehung des Volkes zum Verständnis seiner Verantwortung zweifellos die erste Vorbedingung. In dieser Hinsicht müssen wir zuerst an die Erziehung der Jugend denken. Ihre Erziehung ist vernachlässigt, ihr Geist durch die entsetzlichen Lehren des nationalsozialistischen Regimes vergiftet worden; jedoch ist er noch aufnahme- und bildungsfähig. Die Zukunft Deutschlands hängt in der Hauptsache von der Jugend ab. Die Förderung der Erziehung in Schule und Universität hat von den Beamten unserer Militärregierung die größte Unterstützung erfahren, und wir werden weiterhin jede Hilfe auf diesem Gebiet leisten. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht die große Bedeutung der Einflüsse vergessen, denen junge Menschen in ihren Mußestunden ausgesetzt sind. Aus diesem Grunde legen wir großen Wert auf den Einfluß des Familienlebens und auf die Förderung von Jugendbewegungen und Vereinen unter sorgfältiger Überwachung.[16]

Eingehende Aufmerksamkeit muß allen erreichbaren Mitteln zur Förderung gesunden Geisteslebens der erwachsenen Bevölkerung geschenkt werden. Es dürfte

15 Vgl. hierzu einen detaillierten Bericht der brit. MR, Lübbecke, vom Februar 1946: Ziele und Erfolge der Militärregierung in dem Britischen Kontrollgebiet: Zur Kenntnisnahme für deutsche Beamte, PA 1/69, hier: S. 23 ff. (Teilabdruck in AVB 1, S. 344, Anm. 19).

16 Vgl. hierzu a. a. O. (PA 1/69), hier: S. 8.

Ihnen bekannt sein, daß wir Schritte unternommen haben, das Nachrichtenwesen mehr und mehr in deutsche Hände zu legen.[17]

Ich muß auch die überaus bedeutende Rolle, die die Kirchen in diesen Fragen spielen können, erwähnen.[18] Wir haben nicht nur die Garantie der Religionsfreiheit gegeben, sondern wir werden auch die Kirchen darin unterstützen, ihre Kraft wiederzugewinnen und die Stellung in Deutschland einzunehmen, die ihnen zukommt.

Eine außerordentliche Verantwortung ruht auf den politischen Parteien. Aus diesem Grunde haben wir besonders darauf gesehen, daß sie im Zonenrat ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sind. Wir wollen ein gesundes Wachstum der Parteien fördern. Wir hoffen, daß die Parteiführer sich jetzt nicht so sehr damit befassen werden, bei den kommenden Wahlen die Mehrheit für ihre Parteien zu erlangen, wie mit der sorgfältigen Ausarbeitung von Plänen für den Fall, daß sie das Mandat der Wählerschaft erhalten sollten. Mäßigung und weise Voraussicht sind wichtiger als feurige Reden. Schließen Sie daraus nicht, daß wir erwarten oder wünschen, daß die verschiedenen Parteien einer künstlichen Einigkeit zuliebe grundsätzliche Anschauungen aufgeben. Nichts liegt uns ferner als das. Es sind in Deutschland verschiedene Meinungen vertreten, und die vielen Probleme, denen es gegenübersteht, können verschiedenartigen Lösungen zugeführt werden. Wir wollen, daß jede wichtige Meinungsrichtung entsprechend vertreten ist und daß das Für und Wider jeder vernünftigen Lösung hinlänglich geprüft wird. Die Unterdrückung ehrlicher Meinungsverschiedenheiten und die Feilhaltung von Gedanken- und Handlungsfreiheit sind unserer Auffassung von Demokratie gänzlich entgegengesetzt.

Die Gewerkschaften spielen ebenfalls eine hervorragende Rolle in der Wiedergeburt eines demokratischen Deutschlands. Wir begrüßen das Wachstum einer starken Gewerkschaftsbewegung, die von der Arbeiterschaft getragen wird.[19] Wir sind der Ansicht, daß die Entwicklung und Form der deutschen Gewerkschaften in größtmöglichem Ausmaß von den Gewerkschaften selbst bestimmt werden soll; wir müssen aber davon überzeugt sein, daß diejenigen, die Anspruch darauf erheben, das Wort für die Arbeiterschaft zu führen, sie auch tatsächlich vertreten und die Gewerkschaftsorganisationen ihren Mitgliedern wirklich jede Gelegenheit bieten, ihre Meinung voll zum Ausdruck zu bringen. Wir werden natürlich darauf achten, daß nationalsozialistische Ideen und Methoden nicht wieder aufleben; die einzigen Einschränkungen, die wir auferlegen werden, sind die, die für den Erfolg der von mir angedeuteten Richtlinien notwendig sind.

Soweit der Überblick über die Grundsätze unserer Verwaltung in Deutschland. Es wird nun Ihre Aufgabe sein, mit uns an die Verwirklichung dieser Pläne heranzugehen. Sie spielen eine beratende Rolle und können in keiner Weise als ein Parlament betrachtet werden. Es haben noch keine Wahlen stattgefunden, und ohne

---

17 Ab Januar 1946 wurden von der brit. MR Lizenzen für dt. Zeitungen vergeben, vgl. hierzu Balfour, S. 211–219, bes. S. 212; Die Welt vom 2. 4. 1946: „Vierzig neue Zeitungen. Lizenzerteilungen in der britischen Zone."

18 Vgl. hierzu etwa Greschat.

19 Zum Wiederaufbau der Gewerkschaften vgl. Spliedt, Gewerkschaften, sowie E. Schmidt.

Wahlen kann keine Körperschaft als wahre Volksvertretung angesehen werden. Wir werden Sie in vielen Dingen um Ihre Ansicht befragen; Sie werden sich mit materiellen und verwaltungstechnischen Angelegenheiten mehr befassen als mit politischen Fragen, aber alle Fragen haben eine politische Seite. Es wird Ihnen auch freistehen, in Ihren Versammlungen Fragen zur Erörterung aufzuwerfen. In diesen Fällen werden Sie Ihre Vorschläge durch Ihr Sekretariat dem britischen Verbindungsstab unterbreiten. Vorausgesetzt, daß Sie Ihre Vorschläge auf wirklich wichtige Dinge beschränken und solche Fragen vermeiden, deren Beantwortung offensichtlich unmöglich ist, wird gerne Zustimmung erteilt werden, Ihren Vorschlag auf die Tagesordnung zu setzen.

Ich habe ziemlich ausführlich zu Ihnen gesprochen, weil ich diese Gelegenheit als von größter Bedeutung ansehe, und ich spreche Ihnen nun meine besten Wünsche für den Erfolg Ihrer Arbeit aus. Sie sind in einer Zeit größter Schwierigkeiten zur Lösung einer Aufgabe von ungeheurer Bedeutung herangerufen worden. Schwierigkeiten, die, wie Sie nicht vergessen dürfen, das deutsche Volk sich selbst aufgeladen hat. Sie sind ernannt worden, weil Sie soweit wie möglich alle Interessenzweige und gesunden Anschauungen vertreten. Im einzelnen sind Sie ausersehen worden, weil Sie persönlich dieser Aufgabe würdig sind. Ich vertraue darauf, daß Ihre Haltung uns in der Errichtung des Zonenrates rechtfertigen wird und daß die Arbeitsfreude und der ehrliche, gute Wille, mit dem Sie ans Werk gehen, uns Anlaß geben wird, mit Ihrer Ernennung im einzelnen und in der Gesamtheit zufrieden zu sein.[20]

20 Die Vormittagssitzung bestand nur aus der Eröffnungsrede *Robertsons,* vgl. Dok. I. 6. Die MR hatte zuvor mitteilen lassen, daß eine Erwiderung auf diese Ansprache „nicht statthaft" sei, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 1: Bericht über die Tagung des Zonenbeirats am 5. und 6. März in Hamburg, verfaßt von Stier tom *Moehlen,* 8. 3. 1946, S. 1.

I. 12

Kurzprotokoll der 1. Sitzung 6. März 1946[1]

PA 1/258. undat. und ungez., vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck. Ergänzungen gemäß PA 1/42: Ns. über die erste Arbeitssitzung des Zonenbeirats am 6. März 1946; PA 1/253: Ns. über die am 6. März 1946 um 15.15 Uhr[2] abgehaltene erste Sitzung.

1. Wahl des Vorsitzenden für die 1. Sitzung

Lehr wurde einstimmig zum Vorsitzenden für die Nachmittagssitzung gewählt.[3] Er dankte dem Rat für die Wahl und erklärte, daß er dieselbe nicht nur als Ausdruck des Vertrauens zu seiner Person, sondern darüber hinaus als Beweis für das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Rhein und Ruhr einerseits und der übrigen britischen Zone andererseits betrachte.

2. Zusammensetzung des Sekretariats sowie Ernennung des leitenden Sekretärs und anderer Kanzleibeamter

Dem Rat liegt das Schreiben ZAC/P (46) 1 vor [Anl. 1] und die folgenden Vorschläge für die Stelle des leitenden Sekretärs.

Ministerialdirektor Dr. *Weisser,* Braunschweig
Geheimrat *Terdenge,* Westfalen.[4]

ADENAUER stellte den Antrag, die Wahl des leitenden Sekretärs zu vertagen, da eine Reihe von Ratsmitgliedern noch nicht Gelegenheit gehabt hätten, die vorgeschlagenen zwei Kandidaten kennenzulernen und sich über ihre Fähigkeiten ein Urteil zu bilden.

Die Versammlung
(a) lehnte den vorstehenden Antrag mit 24 gegen 3 Stimmen ab.[5]

---

1 Ein Wortprot. der 1. Sitz. ist nicht überliefert und wurde vermutlich auch nicht angefertigt. Vgl. aber die Reden bzw. Redeauszüge, Dok. I.7, I.11 und I.14. – Das Kurzprot. der 1. Sitz. wurde von *Weisser* am 21. 3. 1946 an die Ratsmitglieder versandt (StAH, Senatskanzlei II, 000.23–3: 1. Sitz.). Der brit. Verbindungsstab kritisierte das dt. Kurzprot.: „It is evident from the experience of the first meeting that the proceedings of the council must be very closely followed by the British Liaison Staff. The minutes presented by the German Secretariat were inadequate . . ." (PRO FO 1014/128: Confidential Report N° 1 vom 23. 3. 1946, S. 1).

2 Die Sitz. dauerte bis gegen 19.00 Uhr (vgl. Dok. I.13. I).

3 *Lehr* war von *Petersen* schon am 5. 3. 1946 in der vorbereitenden Sitz. nominiert worden (vgl. Dok. I.13. IV).

4 Vorlage: Terdengen. – Zur Diskussion um diese beiden Kandidaturen vgl. Dok. I.13. V.2. Weitere Vorschläge für diesen Posten bzw. für Stellen im dt. Sekretariat wurden seit Dezember 1945 erörtert, vgl. hierzu PA 1/33: Abschrift, o. D., Kandidatenliste mit den Namen *Kühn, Steinhoff, Nolte-Bähnisch, Heuer, Lauffer, Terdegen* [!], *Schulte-Wülwer, Soltau, Möller, Falck;* weitere Vorgänge in StAH, Senatskanzlei II, 000.23–1: Organisation . . ., Vorgänge 3, 5 und 7. Die Vorschläge gingen bei einem beratenden Ausschuß in Hamburg ein und wurden vor allem unter den Länderchefs diskutiert, die die Kandidaten auch benannt hatten (vgl. a. a. O., Vorgang 7: Rundschreiben *Tantzens* an die Länderchefs, 27. 12. 1945; vgl. hierzu auch insgesamt StAB 3–R.1. m. Nr. 132/3 sowie die Einleitung o. S. XXIX).

5 Die Ablehnung erfolgte gegen die Stimmen von *Adenauer, Otto* und *Schlack* (vgl. Dok. I.13 mit Anm. 19).

Der VORSITZENDE schlug sodann Dr. *Weisser,* Braunschweig, als leitenden Sekretär vor.

Die Versammlung
(b) wählte Dr. *Weisser* zum leitenden Sekretär mit 24 gegen 3 Stimmen mit der Maßgabe, daß seine Ernennung als vorläufig betrachtet werde, bis nach Beendigung der Kommunalwahlen[6] die Lage in der ganzen Zone klarer geworden sei[7], und
(c) bat Bürgermeister *Petersen,* von Hamburg die für den Sofortbedarf notwendigen Bürokräfte bereitzustellen[8], bis der Geschäftsordnungsausschuß, dessen Einsetzung vorgeschlagen wurde, in der Lage sei, Kandidaten für das deutsche Sekretariat vorzuschlagen.

3. Geschäftsordnung des Rates
Dem Rat liegt das Schreiben ZAC/P (46) 2 vor [Anl. 2].
Der VORSITZENDE schlug vor, daß ein Geschäftsordnungsausschuß eingesetzt werden soll zur Erörterung des Geschäftsordnungsentwurfs, den er aufgestellt hatte[9], und daß derselbe aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt werden solle:
Adenauer (Vorsitzender), *Spliedt, Hoffmann, Kriedemann, Everling, Heile* (vertreten durch *Schneider*), *Kopf.*

Die Versammlung
(a) genehmigte die obigen Vorschläge und
(b) gab dem Geschäftsordnungsausschuß Anweisung, am nächsten Tage zusammenzutreten, um den Entwurf des Vorsitzenden zu erörtern.[10]

4. Haushalt des Rates (ZAC/P (46) 3) [Anl. 3]
Die Versammlung
(a) gab dem Geschäftsordnungsausschuß Anweisung, Vorschläge auszuarbeiten und dieselben dem Rat zur nächsten Sitzung vorzulegen [Anl. 9].

---

6 Vgl. Dok. I.11, Anm. 3.

7 In einem Gespräch, das *Lehr* mit *Gilpin, Pink* und *Stopp* am 28. 3. 1946 nach Beendigung der 2. Sitz. des ZB führte, kritisierten die Briten, daß *Weisser* seine Stellung als GS in politischer Hinsicht überschätze, vgl. HStAD NW 53/528, fol. 266 ff.: Ergänzende Notizen zur zweiten Zonenbeiratssitzung . . ., verfaßt von *Janich* am 10. 4. [1946] (hier fol. 267).

8 *Petersen* sagte diese Hilfe zu (vgl. Dok. I.7). Zum vorläufigen Stab des GS gehörten bereits Herbert *Blankenhorn* aus Badenweiler und Kajus *Köster* aus Hamburg (vgl. StAB 3–R.1. m Nr. 132/2 Nr. 1 [wie Dok. I.11, Anm. 20, hier S. 2]). Der Senat der Hansestadt Hamburg stellte auch Assessor *Crusen* zur Verfügung, der das dt. Sekretariat auf der 1. Sitz. vertrat (vgl. Dok. I.9).

9 Der Entwurf *Lehrs* ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert, wohl aber in: HStAD NW 53/256, fol. 69–75; dabei handelt es sich um eine vergleichende Gegenüberstellung der Fassung *Lehrs,* wie sie dem ZB am 6. 3. 1946 vorlag, und der GO nach den Beschlüssen des GO-Ausschusses vom 7. 3. 1946. Letztere ist identisch mit Anl. 7 in ihrer 1. Fassung (vgl. die dort kommentierten Abweichungen). Laut Schreiben an Ministerialrat *Janich* vom 4. 3. 1946 hatte *Lehr* sich bei seinem Entwurf nach den Vorgaben der KK vom 22. 1. 1946 (vgl. Anl. 2) gerichtet und an den Grundgedanken der GO des Provinziallandtages der NRP orientiert (vgl. HStAD NW 53/256, fol. 61).

10 Zur Diskussion um den Entwurf *Lehrs* vgl. Dok. I.13. V.3. Die GO wurde nach Behandlung im GO-Ausschuß (vgl. a. a. O., V. 5) in der 2. Sitz. des ZB mit geringen Änderungen verabschiedet (vgl. Anl. 7).

5. Wirtschaftsmaßnahmen für den Rat (ZAC/P (46) 4) [Anl. 4]
Die Versammlung
(a) gab dem Geschäftsordnungsausschuß Anweisung, Vorschläge auszuarbeiten und dieselben dem Rat zur nächsten Sitzung vorzulegen.

6. Vertretung der Ratsmitglieder durch Stellvertreter
Sämtliche Vertreter der politischen Parteien ersuchten den Vorsitzenden, eine Entscheidung von der Kontrollkommission zu erlangen, ob es ihnen, ebenso wie den Chefs der Verwaltung der Länder und Provinzen, gestattet wäre, Stellvertreter zu ernennen, um sie zu vertreten. Diesem Ersuchen schlossen sich die Fachvertreter und Vertreter der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften an.

⟨Die Vertreter der politischen Parteien bezeichneten es als notwendig, in allen wichtigen Ausschüssen vertreten zu sein, dies müßte durch die Geschäftsordnung sichergestellt werden.[11]

Der VORSITZENDE teilte dem Rat mit, daß er die Angelegenheit Lt. Col. *Gilpin* vom britischen Verbindungsstab gegenüber erwähnt habe und daß derselbe versprochen habe, die Angelegenheit weiterzugeben. Er bat daher die betreffenden Ratsmitglieder, ihr Ersuchen schriftlich dem deutschen Sekretariat vorzulegen zur Weitergabe an die Kontrollkommission.[12]⟩

Die Versammlung[13]
(a) nahm von der vorstehenden Bitte des Vorsitzenden Kenntnis.

8. Die Ernährungslage[14]
Der VORSITZENDE teilte der Versammlung mit, daß der stellvertretende Militärgouverneur die Erlaubnis gegeben habe, dieses Thema zu besprechen.[15] Nach einleitenden Bemerkungen von SCHUMACHER wurde von

der Versammlung
(a) beschlossen, der Kontrollkommission eine Entschließung über dieses Thema weiterzugeben, und
(b) der folgende Ausschuß ernannt, um die Punkte der Entschließung zu erörtern und zu entwerfen: *Schlange-Schöningen* (Vorsitzender), *Kriedemann, Reimann, Tantzen, Degkwitz, Böckler.*

Dann vertagte sich die Versammlung für eine Stunde[16], damit sich der Ausschuß zurückziehen konnte.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung wurde von SCHLANGE-SCHÖNINGEN vorgelegt und von

---

11 Inserat gemäß PA 1/42: Ns. über die erste Arbeitssitzung . . ., S. 2, TOP 6. Vgl. auch Dok. I.13. V.3.
12 Inserat gemäß PA 1/253: Ns. über die . . . erste Sitzung, S. 3, TOP 6.
13 Infolge dieses Schreibfehlers fehlt TOP 7.
14 Die 1. Sitz. des ZB fiel in eine schwere Ernährungskrise (vgl. hierzu Stüber, S. 156–173).
15 Auf der vorbereitenden Sitz. am 5. 3. 1946, 17.00 Uhr, war beschlossen worden, die MR zu bitten, die kritische Ernährungslage, vor allem hinsichtlich ihrer Einwirkung auf Arbeitslage und Gesundheit, erörtern zu dürfen (vgl. BA Z 2/47, fol. 5).
16 Laut Entwurf des Prot. wurde die Sitz. um 18.00 Uhr unterbrochen und um 19.00 Uhr fortgesetzt (vgl. PA 1/42: Ns. über die erste Arbeitssitzung . . ., S. 4). Die Diskussion über die Ernährungslage war sehr engagiert und z. T. kontrovers, vgl. Dok. I.13. V.4.

der Versammlung
(c) nach einiger Diskussion genehmigt die als Anhang „A" beigefügte Entschließung [Anl. 5].

9. Fernsprechmöglichkeiten
SCHNEIDER schlug vor und
die Versammlung
(a) stimmte zu, die Kontrollkommission zu bitten, daß es den Ratsmitgliedern erlaubt wird, Ferngespräche ohne Entfernungsbegrenzung zu führen, soweit sie nicht bereits aufgrund ihrer normalen Stellungen berechtigt wären, dies zu tun.[17]

10. Datum der nächsten Sitzung
Mittwoch, den 27. März, 9 Uhr, mit einer vorbereitenden Sitzung am Dienstag, den 26. März, 16 Uhr.

⟨Für die Sitzung soll der Militärregierung die folgende Tagesordnung zur Genehmigung unterbreitet werden:

a) Ernährungsfrage

b) Stillegung von Betrieben und Kohlenfrage

c) Bestand und Erhaltung des deutschen Waldes

d) Verwaltungsaufbau[18]⟩

11. Pressenotiz über die erste Sitzung
Die Versammlung genehmigte eine Pressenotiz zur Vorlage an die Kontrollkommission [Anl. 6].

⟨Abschließend stellte LEHR fest, daß alle Punkte der Tagesordnung erledigt seien. Er verabschiedete sich von den Ratsmitgliedern und dankte ihnen für ihre Teilnahme. Gleichzeitig erklärte er sich von dem Amte als Vorsitzender entbunden.[19]⟩

17 Vgl. die zustimmende Antwort der KK vom 26. 3. 1946 in PA 1/52.
18 Inserat gemäß PA 1/42: Ns. über die erste Arbeitssitzung . . ., S. 3, TOP 7. Vgl. auch Dok. II.1.
19 Inserat gemäß PA 1/42: Ns. über die erste Arbeitssitzung . . ., S. 4.

I. 13

Notizen über die Eröffnungssitzung des Zonenbeirats am 5.–7. März 1946 in Hamburg[1]

HStAD NW 53/528, fol. 225–242. Vermutlich von Janich für Lehr verfaßter Bericht.

I.

Oberpräsident Dr. *Lehr* reiste am Dienstag, den 5. März 1946 in Begleitung des Ministerialrats Dr. *Janich* und des Oberregierungsrats Dr. *Schröder* mit Kraftwagen nach Hamburg. Nach sechseinhalbstündiger Fahrt wurde Hamburg gegen 14 Uhr erreicht. Die Vertreter der NRP. waren zusammen mit den anderen Beiratsmitgliedern in der Hotel-Pension Prem in Hamburg, An der Alster 8/10, untergebracht.

Um 15.30 Uhr nahm Oberpräsident Dr. *Lehr* an einer Vorbesprechung der Regierungschefs bei Bürgermeister *Petersen* im Hamburger Rathaus teil. Um 17 Uhr fand eine vorbereitende Sitzung der Beiratsmitglieder im Gebäude des Z. A. C. in Hamburg, Sophienterrasse 14, statt. Am Abend des 5. März versammelten sich die Ratsmitglieder auf Einladung des Senats der Stadt Hamburg zu einem Abendessen im Hamburger Rathaus.[2]

Am 6. März 1946 fand die feierliche Eröffnung des Beirats durch den Vertreter des Militärgouverneurs der britischen Zone, Generalleutnant *Robertson,* im Beisein einer Anzahl hoher britischer Offiziere statt. Generalleutnant *Robertson* hielt dabei eine Ansprache, deren deutsche Übersetzung den Akten beigefügt ist.[3]

Nach dieser Eröffnungssitzung, die sich auf die Entgegennahme der Ansprache des Generalleutnants *Robertson* beschränkte, wurde den Ratsmitgliedern ein Tee gereicht, der den britischen Vertretern Gelegenheit gab, sich mit den einzelnen Ratsmitgliedern zu unterhalten.[4] Am Nachmittag um 15.15 Uhr fand die erste Arbeitssitzung des Zonenbeirats statt, die bis gegen 19 Uhr dauerte.[5]

Am 7. März 1946 um 9.30 Uhr trat der am Vortage gewählte Geschäftsordnungsausschuß, bestehend aus den Ratsmitgliedern Dr. *Adenauer, Kriedemann, Hoffmann, Kopf, Spliedt, Everling* und Dr. *Schneider* unter Vorsitz von Dr. *Adenauer* zusammen und beschloß eine Geschäftsordnung, die sich eng an den von Oberpräsident Dr. *Lehr* vorgelegten und dem Ausschuß am Vortage als Material überwiesenen Entwurf anlehnte.[6]

Um 13 Uhr wurde die Rückreise nach Düsseldorf angetreten.

---

1 Weitere inoffizielle Protokolle der Eröffnungssitz.: vgl. Dok. I.11, Anm. 20 (StAB); HStAH Nds. Z 50/77 a: Hamburg Zonenbeirat 5. III./6. III. [1946], Stichwortprot., o. D., hs., Verfasser von *Campe,* (3 Bl.).
2 Vgl. Dok. I.7.
3 Vgl. Dok. I.11.
4 Vgl. hierzu die Darstellung bei Adenauer, S. 64 f.
5 Vgl. Dok. I.12.
6 Vgl. a. a. O., Anm. 9.

II.

Der Zonenbeirat ist im ehemaligen Gebäude des WBK. X in Hamburg, Sophienterrasse 14, in welchem sich der Sitzungsaal, die Büros des englischen Verbindungsstabes und die Büros der deutschen Kanzlei befinden, untergebracht.[7] Jedes deutsche Ratsmitglied hat ein besonderes Arbeitszimmer zugewiesen erhalten; der Nord-Rheinprovinz steht das Zimmer Nr. 155 (Hausanschluß 240) zu.

Der britische Verbindungsstab wird von Oberstleutnant *Gilpin* geleitet, dem ein weiterer Oberstleutnant *Pink*[8], zwei Majore und zwei Hauptleute zugeteilt sind.

Zum Generalsekretär und damit zum Leiter der deutschen Kanzlei wurde der Ministerialdirektor Dr. *Weisser* aus Braunschweig gewählt, dessen Amt zunächst bis zu den Kommunalwahlen befristet sein soll, in der Erwartung, daß sich bis dahin ein genauerer Überblick über die Entwicklung der Verhältnisse ergeben wird.

Weitere Mitglieder des Sekretariats sollen auf Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses demnächst bestellt werden; zur vorläufigen Unterstützung des Generalsekretärs stellt der Senat der Stadt Hamburg Bürokräfte und Hilfsmittel zur Verfügung, darunter auch einige Referenten, nämlich den Senatsdirektor Dr. *Köster,* den Legationssekretär *Blankenhorn* und den Assessor *Crusen,* ohne daß aus dieser vorläufigen Bereitstellung schon Rückschlüsse auf eine präsumtive Kandidatenschaft für das Generalsekretariat gezogen werden können.

Das Generalsekretariat wird noch weitere Personalvorschläge für die Besetzung der Sekretariatsposten zur Weiterleitung an den Geschäftsordnungsausschuß entgegennehmen.

Wegen der Vorgänge bei der Wahl des Generalsekretärs wird auf die spätere Gesamtdarstellung des Sitzungsverlaufs verwiesen.

III.

Die Mitglieder des Zonenbeirates verteilen sich auf fünf Gruppen, nämlich:
a) Vertreter der politischen Parteien
b) oberste deutsche Verwaltungsbeamte der Provinzen und Länder
c) Vertreter der einzelnen Fachressorts
d) Vertreter der Gewerkschaften
e) Vertreter der Genossenschaften

Zu a) (politische Parteien) sind berufen worden:

für die SPD:	Dr. Kurt *Schumacher,* Hannover-Linden, Jakobstr. 10
	Herbert *Kriedemann*[9], Hannover, daselbst
für die CDU:	Dr. Konrad *Adenauer,* Rhöndorf-Honnef
	Dr. Paul *Otto,* Osnabrück, Lieneschweg 59

7 Vgl. hierzu StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Gebäude „Knochenhauerstraße" (früheres Wehrkreiskommando Hamburg) – Unterbringung des Zonenbeirats.
8 Name hs. zugefügt.
9 Vgl. Dok. II.2, Anm. 1.

für die KPD: Max *Reimann*, Herne i. W., Mont-Cenis-Str. 266
Erich *Hoffmann*, Hamburg
für die FDP: Landrat Wilhelm *Heile*, Syke, Kr. Hoya, Landratshaus

Zu b) (oberste deutsche Verwaltungsbeamte):

Oberpräsident Wilhelm *Kopf*, Hannover
Oberpräsident Theodor *Steltzer*, Kiel
Oberpräsident Dr. Rudolf *Amelunxen*, Münster
Oberpräsident Dr. Robert *Lehr*, Düsseldorf
Bürgermeister Rudolf H. *Petersen*, Hamburg
Ministerpräsident Theodor *Tantzen*, Oldenburg

als gemeinsamer Vertreter der Länder Bremen, Braunschweig, Oldenburg und Lippe[10]

Zu c) (Fachressorts):

Dr. Viktor *Agartz*, Köln-Deutz, Eitorfer Str. 1
(Handel und Industrie)

Dr. Hans *Schlange-Schöningen*, Obernkirchen
(Ernährung und Landwirtschaft)

Dr. Heinrich *Lingemann*, Düsseldorf
(Rechtswesen)

Dr. Rudolf *Degkwitz*, Hamburg
(Gesundheitswesen)

Dr. Karl *Schneider*, Bremen
(Post und Telegraphie)

Franz *Spliedt*, Hamburg
(Arbeit)

Dr. Hubert *Groth*, Hamburg
(Öffentliche Sicherheit)

Dr. A. B. L. *Grimme*, Hannover, Hohenzollernstr. 53
(Erziehung)

Dipl.-Ing. Felix *Schwering*, Bielefeld
(Transport)

Dr. Ernst *Andrée*, Hannover
(Flüchtlingswesen)

Zu d) (Gewerkschaften):

Hans *Böckler*, Köln-Bickendorf, Akazienweg 125
Albin *Karl*, Hannover, Spilcker Straße 2

Zu e) (Genossenschaften):

H. T. *Everling*, Hamburg
Peter *Schlack*, Köln, Eugen-Langen-Str. 1 a

---

10 Vgl. Dok. I.9, Anm. 3.

Der Vertreter des Finanzressorts ist noch nicht bestimmt[11]; ob Dr. *Agartz* endgültig Handel und Industrie vertreten wird, ist angeblich noch zweifelhaft, da hierfür auch der Oberbürgermeister *Holzapfel* aus Herford in Aussicht genommen sein soll.[12]

Von diesen 27 Ratsmitgliedern gehören der SPD an:

1. Dr. *Schumacher*
2. *Kriedemann*
3. *Kopf*
4. Dr. *Agartz*
5. *Spliedt*
6. Dr. *Groth*
7. Dr. *Grimme*
8. *Böckler*
9. *Karl*
10. *Everling*

Auf dem Boden der CDU stehen offensichtlich folgende Ratsmitglieder:

1. Dr. *Adenauer*
2. Dr. *Otto*
3. *Steltzer*
4. Dr. *Amelunxen*
5. Dr. *Lehr*
6. Dr. *Schlange-Schöningen*
7. Dr. *Lingemann*
8. Dipl.-Ing. *Schwering*
9. *Schlack*

Den Freien Demokraten sind zuzurechnen:

1. *Tantzen*
2. Dr. *Schneider*
3. *Heile*

Der KPD gehören an:

1. *Reimann*
2. *Hoffmann*

Unbekannt ist noch die politische Orientierung der Ratsmitglieder *Petersen,* Hamburg, Dr. *Degkwitz,* Hamburg, und Dr. *Andrée,* Hannover.

Im Verlaufe der Erörterung kam zum Ausdruck, daß die politischen Parteien zunächst nur einen Vertreter erhalten sollten, für den noch ein ständiger Stellvertreter zu benennen war. Später habe dann die Militärregierung den großen politischen Parteien je zwei Vertreter zugebilligt und als zweiten Vertreter den namhaft gemachten Stellvertreter zum Ratsmitglied ernannt.[13] Dr. *Schumacher* begründete damit die Tatsache, daß der zweite Vertreter der SPD, *Kriedemann,* ebenfalls aus

11 Vgl. a. a. O., Anm. 4.
12 Vgl. a. a. O., Anm. 5.
13 Vgl. Dok. I.3, Pkt. 2 a.

Hannover sei. Nachdem die politischen Parteien indes zwei Vertreter haben sollen, werde er bei der Militärregierung dahin vorstellig werden, daß der zweite Hauptvertreter der SPD dem volkreichen Westen entnommen werde, daß *Kriedemann* als sein Vertreter gelte und für den zweiten Hauptvertreter aus Westdeutschland ebenfalls noch ein Vertreter aus dem Westen ausgewählt werde. In diesem Zusammenhang verlautete, daß als zweiter Hauptvertreter der SPD der Landrat *Henseler* aus Düsseldorf[14] und als sein Vertreter der Parteisekretär *Görlinger* aus Köln in Aussicht genommen seien.

Es kam ferner insbesondere bei der Besetzung der Ausschüsse zur Sprache, daß sämtliche politischen Parteien Wert darauf legen müßten, in diejenigen Ausschüsse, in denen sie nicht einen Vertreter mit beschließender Stimme hätten, Vertreter mit beratender Stimme entsenden zu dürfen, und daß diese Ausschußvertreter nicht Mitglieder des Rates zu sein brauchten. Auch in dieser Beziehung wollen die politischen Parteien, die insoweit ein gemeinsames Interesse haben, bei der Militärregierung vorstellig werden.

Das gleiche Recht verlangten die Vertreter der Gewerkschaften für sich.

Bei der Beratung der Geschäftsordnung im Geschäftsordnungsausschuß am 7. März 1946 wurde daher auch eine Bestimmung des Inhalts angeregt, daß die politischen Parteien, die nicht in einem Ausschuß mit beschließender Stimme vertreten seien, das Recht haben sollten, je einen Vertreter mit beratender Stimme in die Ausschüsse zu entsenden.

Die Vertretung der Verwaltungschefs durch Beauftragte ist an sich von der Militärregierung vorgesehen; es ist beabsichtigt, der Militärregierung einen oder mehrere ständige Vertreter zu benennen, der dann von der Militärregierung die Genehmigung dazu erhalten soll.

Bezüglich der Vertreter der Fachressortchefs regte Dr. *Schneider* im Geschäftsordnungsausschuß eine gleiche Regelung an.

IV.

Auf Vorschlag von Bürgermeister *Petersen* in der vorbereitenden Sitzung vom 5. März wurde Oberpräsident Dr. *Lehr* gebeten, den Vorsitz in dieser vorbereitenden Sitzung und in der Eröffnungssitzung am 6. März 1946 zu übernehmen, um damit, wie es in der Begründung von Bürgermeister *Petersen* hieß, in der Öffentlichkeit dem engen Zusammengehörigkeitsgefühl der anderen Provinzen und Länder der britischen Zone mit Rhein und Ruhr gerade im gegenwärtigen Augenblick der politischen Erörterungen über eine Abtrennung dieser Lande eindeutig Ausdruck zu geben.

Der Vorsitzende für die nächste Sitzung des Rates, die für den 26. März 1946, 16 Uhr, mit Fortsetzung am 27. März, 9 Uhr, vorgesehen ist, ist noch nicht bestimmt. Es steht zu erwarten, daß auf Grund der Geschäftsordnung, die einen

14 Karl Heinrich *Henseler* war von Mai 1945 bis Juni 1946 Landrat bzw. Oberkreisdirektor in Düsseldorf-Mettmann. SPD-Vertreter wurde indessen Friedrich *Henßler* (vgl. Dok. II.2).

dreimonatigen Turnus für die Innehaltung des Vorsitzes vorsieht, ebenfalls Oberpräsident Dr. *Lehr* mit dem Vorsitz betraut werden wird.

Die erste Arbeitssitzung am 6. März 1946, nachmittags, nahm im einzelnen folgenden Verlauf:

1. Oberpräsident Dr. LEHR, der den Vorsitz übernommen hatte, stellte mit Rücksicht darauf, daß am Vortage einige Ratsmitglieder noch nicht anwesend waren, die Frage, ob auch sie mit der Übernahme des Vorsitzes durch ihn einverstanden seien. Es erhob sich keinerlei Widerspruch.

Oberpräsident Dr. *Lehr* dankte darauf der Militärregierung für die Möglichkeit, durch die Einrichtung des Z. A. C. in gemeinsamem Zusammenwirken von Parteivertretern, Verwaltungschefs und Sachverständigen sich über die wichtigsten Probleme beraten zu können.

2. Für den Posten des Generalsekretärs wurden lediglich Ministerialdirektor Dr. *Weisser* aus Braunschweig und Geheimrat *Terdenge* aus der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes genannt. Die Kandidatur von Dr. *Weisser* wurde von Oberpräsident *Kopf* vertreten, die des Geheimrats *Terdenge* von Oberpräsident *Steltzer*.[15] Bei früheren Chefkonferenzen, insbesondere in Oldenburg[16], bestand offensichtlich noch nicht viel Neigung, *W.[eisser]* zu akzeptieren. Inzwischen hatte sich aber ein augenscheinlicher Wandel vollzogen, und zwar insofern, als Dr. *W.* als Kandidat der SPD erschien. Die Entscheidung zu seinen Gunsten wurde einmal dadurch erleichtert, daß Geheimrat *Terdenge* nach seiner ganzen Persönlichkeit und nach seinem Auftreten auch bei denjenigen, die anstelle von Dr. *W.* lieber einen anderen gesehen hätten, nicht den erwarteten Anklang fand. Selbst Oberpräsident Dr. *Amelunxen,* der *Terdenge* ursprünglich zuerst für den Posten des Generalsekretärs benannt hatte, hatte sich bei vorangegangenen Erörterungen nur noch für ihn als zweiten Mann an zweiter Stelle eingesetzt. Die Entscheidung zugunsten von Dr. *W.* wurde auch durch die Erwägung begünstigt, daß man die Zonenkanzlei durch die Ernennung eines Generalsekretärs alsbald arbeitsfähig machen müsse. Es kam die Überlegung hinzu, daß man die Errichtung des Zonenbeirats nicht von vornherein dadurch mit einem Schatten belasten wollte, daß man den Vorschlag einer so starken Gruppe wie der SPD einfach überging, ohne einen besseren Kandidaten präsentieren zu können.

Aus allen diesen Erwägungen machte Oberpräsident Dr. *Lehr* als Vorsitzender den Vermittlungsvorschlag, Dr. *Weisser* alsbald zum Generalsekretär zu bestellen, seine Bestellung aber auf Zeit zu befristen, bis durch die Ergebnisse der Wahlen ein besserer Überblick über die Verhältnisse ermöglicht wäre; bis dahin könne Dr. *W.* auch durch seine Tätigkeit dartun, ob er endgültig zum Generalsekretär ge-

---

15 Hermann *Terdenge* war ursprünglich von *Amelunxen* vorgeschlagen worden. Zuletzt Generalkonsul in Algier, war *Terdenge* von den Nationalsozialisten entlassen worden und mehrere Jahre als Direktor in der Wirtschaft tätig gewesen, vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 7: Rundschreiben *Amelunxens* an die Länderchefs, 19. 12. 1945.

16 Vgl. das Prot. der LChK in Oldenburg am 25. 1. 1946 in AVB 1, S. 237–249. *Weisser* war auf dieser Tagung als Vertreter Braunschweigs anwesend. Die Diskussion um seine Kandidatur für den Posten des GS fand nicht Eingang in das offizielle Sitzungsprotokoll.

eignet erscheint. Oberpräsident Dr. *Lehr* schlug ferner vor, außerdem zwei bis drei Herren kommissarisch zu Sekretären der Kanzlei zu bestellen.

Ministerpräsident TANTZEN erklärte sich mit der Bestellung des Dr. *W.* zum Generalsekretär auf Zeit einverstanden, wünschte aber die Nominierung weiterer Herren für das Sekretariat dem Geschäftsordnungsausschuß überlassen zu sehen.

Dr. ADENAUER (CDU) erklärte, er sei über die Aufgaben des Generalsekretärs noch völlig im Unklaren. Für die Stellung des Generalsekretärs sei es auch von wesentlicher Bedeutung, ob der Vorsitzende des Zonenrates häufig wechsele oder sein Amt für eine gewisse Dauer führe. Außerdem habe er den Namen von Dr. *Weisser* heute zum ersten Male gehört und sei über seine Person, seine Fähigkeiten und seine Vorbildung noch gar nicht unterrichtet. Er müsse daher bitten, die Wahl des Generalsekretärs noch zu vertragen, bis er sich über diese Vorfragen Klarheit verschafft habe.

SCHLACK (CDU) schloß sich dem Antrage von Dr. *Adenauer* an.

REIMANN (KPD) wünschte die sofortige Wahl des Generalsekretärs und sprach sich gegen eine Überweisung an den Ausschuß aus.

KRIEDEMANN (SPD) erteilte darauf Auskunft über Person und Werdegang von Dr. *Weisser.*

Danach ist Dr. *W.* jetzt 48 Jahre alt und war ursprünglich wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Wohnungsamt in Dresden, um dann später die Leitung des Wohnungsamtes in Magdeburg zu übernehmen. Anschließend ist er zweiter Bürgermeister in Hagen geworden und hat dort wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten bearbeitet. 1933 ist er auf Grund des Berufsbeamtengesetzes vom Bürgermeisterposten in Hagen entfernt worden. Er hat dann zwölf Jahre lang wissenschaftlich und als Leiter eines Verlages gearbeitet und Aufsätze über Wirtschaftstheorien und Wohnungswesen veröffentlicht. Zur Zeit ist er Leiter der Hauptabteilung für Finanzen und Wirtschaft in Braunschweig.

Oberpräsident Dr. LEHR verwies auf die Frage von Dr. *Adenauer* über die Aufgaben des Generalsekretärs auf die Formulierungen im Einladungsschreiben der Militärregierung.[17]

Dr. ADENAUER beharrte auf dem Wunsche, die Angelegenheit zu vertagen. Er begründete dies damit, daß die Person des Generalsekretärs für das Schicksal des Zonenbeirates geradezu bestimmend sei, da der Vorsitz ja ständig wechsele, der Generalsekretär aber bleibe. Damit werde der Generalsekretär zur wichtigsten Persönlichkeit der neuen Einrichtung.

Dr. *A.* mutmaßte das Vorliegen von Abmachungen für die Wahl von Dr. *W.*, die ihm nicht bekannt seien.[18] Die Mitglieder der CDU würden sich daher an der Abstimmung nicht beteiligen, wenn die Wahl sofort vorgenommen werden solle.

---

17 Vgl. Dok. I.3, Pkt. 3.

18 *Adenauer* bezog sich damit auf eine vorherige Vereinbarung der Regierungschefs, bei denen die Vorschläge für die Besetzung dieses Postens zusammengelaufen waren. Stier tom *Moehlen* sah in dieser harten Auseinandersetzung von vornherein einen inneren Bruch in der Organisation des ZB. Dieser sei dadurch bedingt, „daß [der ZB] die Vertreter der politischen Parteien, die im Zonenbeirat ein Forum suchen, von dem aus sie sich an die Öffentlichkeit wenden kön-

Oberpräsident Dr. AMELUNXEN sprach sich dafür aus, Dr. *Weisser* zum kommissarischen Generalsekretär zu benennen und die endgültige Wahl nach vier Wochen stattfinden zu lassen.

Dr. SCHUMACHER (SPD) stimmte dem Vorschlag von Dr. *Lehr* bei, die Wahl sofort vorzunehmen, die Bestellung aber zu befristen, bis ein politisches Gesamtbild auf Grund der Wahlen möglich sei. Er begründete seine Auffassung mit der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Verbindung des Z. A. C. zur Militärregierung und meinte, Dr. *Weisser* sei viel zu viel Beamter, als daß er zu den Politikern in Konkurrenz treten könnte und wollte.

Dr. ADENAUER machte den Gegenvorschlag, die Geschäfte des Generalsekretärs solange durch Bürgermeister *Petersen* führen zu lassen, bis die Wahlen in der britischen Zone einen Überblick gewährten. Die Begründung von Dr. *Schumacher* könne nur die Bedeutung haben, daß je nach dem Ausgang der Wahlen der Generalsekretär von dieser oder jener Parteirichtung gestellt werden solle, gegen eine solche Auffassung müsse er sich im Prinzip wenden. Der Generalsekretär dürfe kein politisches Gesicht haben, und es müsse alles vermieden werden, um die Geschäftsführung der Kanzlei in bestimmter Richtung zu beeinflussen.

Bürgermeister PETERSEN billigte die Auffassung von Dr. *Adenauer,* daß der Generalsekretär kein Politiker sein solle und sein dürfe. Dr. *Weisser* sei auch kein Politiker (Zwischenruf des Ratsmitgliedes *Reimann* von der KPD: „Dann müssen Sie ihm das Gehirn herausnehmen lassen!"). Dr. *Weisser* sei genügend Beamter, um nicht Politiker zu sein. Allerdings sei es wichtig, wie lange der Vorsitzende sein Amt ausübe. Er empfehle daher, sowohl den Generalsekretär als auch den Vorsitzenden für die festumrissene Zeit von drei Monaten zu bestellen.

Dr. ADENAUER bat, die Abstimmung über die Person und über die Amtsdauer zu trennen; man solle sich zunächst darüber schlüssig machen, auf welche Zeit der Generalsekretär zu bestellen sei, und dann erst auf die Auswahl der Person kommen. In erster Linie bestehe er aber auf seinem Vertagungsantrag; er halte es für unbillig, wenn die Gründe der Vertreter der CDU gegen die Wahl eines Unbekannten nicht beachtet würden.

BÖCKLER (SPD) meinte, die Zeit von drei Monaten sei nicht ausreichend, um dem Generalsekretär die Möglichkeit zu geben, sich zu bewähren, und damit etwaige Bedenken gegen seine Person zu zerstreuen.

M. Pr. TANTZEN sprach sich erneut gegen die Vertagung aus.

Dr. SCHUMACHER meinte, die Befristung auf den Zeitpunkt „nach der Wahl" solle nicht notwendig eine Neuwahl oder Bestätigung bedeuten; er denke vielmehr dabei auch an eine Fortentwicklung des Zonenbeirats. Ausschlaggebend für ihn sei nicht der terminmäßig fixierte Zeitpunkt, sondern die Erwägung, es könnten dann andere Verhältnisse bestehen, die eine Ablehnung des Generalsekretärs nach sich zögen.

---

nen, und die Regierungsvertreter und Fachvertreter an einen Tisch setzt" (vgl. StAB, wie Dok. I.11, Anm. 20, hier S. 2).

Oberpräsident Dr. LEHR kam auf die Anfrage von Dr. *Adenauer* nach dem Vorliegen einer Wahlabmachung zurück und erklärte, die Länderchefs hätten sich am besten ein Bild machen können und daher auch über die Frage einer Wahl von Dr. *Weisser* gesprochen, aber keinerlei Abmachung getroffen. Nach dem Eindruck der Länderchefs habe Dr. *W.* auch keine gebundene politische Marschroute.

Dr. SCHNEIDER sprach sich gegen eine Vertagung, aber für eine Befristung der Wahl auf die Dauer von drei Monaten aus; nachher könne eine Bestätigung erfolgen, nachdem die Ratsmitglieder Dr. *W.* in der Zwischenzeit kennenzulernen Gelegenheit gehabt hätten.

Dr. ADENAUER betonte, er habe von sich aus keinen Antrag auf Befristung bei der Wahl des Generalsekretärs auf die Dauer von vier Wochen oder drei Monaten oder bis nach der Wahl gestellt; er halte es nur für eigenartig, ihm zuzumuten, einen Herrn zum Generalsekretär mit so weitgehenden Funktionen zu bestellen, den er noch nicht kenne. Er habe gegen Dr. *Weisser* nichts, aber man müsse ihn doch wenigstens einmal gesehen und gesprochen haben.

Oberpräsident Dr. LEHR ließ darauf über den Vertagungsantrag abstimmen, der gegen die drei Stimmen der CDU-Vertreter (Dr. *Adenauer,* Dr. *Otto* und *Schlack*[19]) abgelehnt wurde.

Darauf wurde der Vorschlag von Oberpräsident *Kopf,* Dr. *Weisser* zum Generalsekretär zu bestellen, mit der von Oberpräsident Dr. *Lehr* erbetenen Maßgabe der Befristung, bis durch die Wahlen ein besserer Überblick über die Verhältnisse möglich sei, mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.[20]

Oberpräsident Dr. LEHR bat darauf Bürgermeister *Petersen,* durch Bereitstellung von Personal und Büroeinrichtungsgegenständen zunächst beim äußeren Aufbau der Kanzlei Hilfestellung zu gewähren.

Dr. SCHNEIDER bezeichnete die Bestellung weiterer Sekretäre als wichtig und notwendig.

M. Pr. TANTZEN schlug vor, die Wahl weiterer Sekretäre erst in der nächsten Sitzung des Zonenbeirats vorzunehmen, nachdem entsprechende Personalvorschläge im Geschäftsordnungsausschuß geprüft worden seien.

Dr. ADENAUER fragte, für welche Ressorts die einzelnen Sekretäre bestimmt seien.

M. Pr. TANTZEN regte an, daß der Geschäftsordnungsausschuß über jeden Personalvorschlag schriftliches Material an die einzelnen Ratsmitglieder herausgebe, da-

19 *Schlack* war kein CDU-Vertreter, sondern repräsentierte die Genossenschaften.

20 Laut Stier tom *Moehlen* wurde *Weisser* gegen die Stimmen von CDU und FDP gewählt (vgl. wie Anm. 18). Ein abweichendes Ergebnis beobachtete auch der brit. Verbindungsstab: Danach hätten nur die beiden CDU-Mitglieder *(Adenauer, Otto)* für den Vertagungsantrag *Adenauers* gestimmt, während die Wahl *Weissers* gegen vier Stimmen erfolgt sei: *Adenauer, Otto, Petersen, Schneider* (vgl. PRO FO 1014/128: Supplementary Notes by the BLS to the Minutes of the First Meeting, 16. 3. 1946, S. 2).

mit diese sich ein Bild von den einzelnen Kandidaten für die Sekretariatsposten machen können.[21]

Bgm. PETERSEN erklärte sich bereit, zeitweilig Bürokräfte zur Verfügung zu stellen, desgleichen einige Herren zur Unterstützung des Generalsekretärs, ohne daß darin etwa eine präsumtive Kandidatur für die Sekretariatsposten zu erblicken sei.

3. Der von Oberpräsident Dr. *Lehr* vorbereitete und dem Zonenbeirat als Ausgangspunkt für die Beratung und Feststellung einer Geschäftsordnung vorgelegte Entwurf wurde dem zu diesem Zweck alsbald gebildeten Geschäftsordnungsausschuß als Material überwiesen.

Die Anregung, den § 15 des Entwurfs über die Bestellung einer Reihe von Ausschüssen als vorläufig vorhanden anzusehen und damit zu arbeiten, gab Veranlassung zu einer Erörterung über die Zahl der Ausschüsse und die Vertretung in ihnen.

Oberbürgermeister Dr. ADENAUER betonte, durch die Hereinnahme von 7 Vertretern der politischen Parteien sei diesen damit die Verantwortung für die Arbeit des Zonenbeirats in der Öffentlichkeit zuerkannt worden; er befürchte aber, daß die Mitglieder der politischen Parteien bei so vielen vorgesehenen Ausschüssen keine praktische Möglichkeit zur Mitarbeit erhalten würden, wenn sie nur persönlich die Ausschußarbeit wahrnehmen müßten; es sei ihnen beim besten Willen nicht möglich, in allen Ausschüssen mitzuarbeiten, wenn auch die großen politischen Parteien zwei Vertreter besäßen.

Der Auffassung von Dr. *Adenauer* stimmten die Ratsmitglieder Dr. *Schumacher, Reimann* und *Heile* zu.

M. Pr. TANTZEN betonte, daß die politischen Parteien nicht allein die Verantwortung im Zonenbeirat trügen, im übrigen sei es Sache des Geschäftsordnungsausschusses, zu der Zahl, der Art und der kopfmäßigen Stärke der Ausschüsse Stellung zu nehmen.

Bgm. PETERSEN wandte sich gegen die Auffassung der Vertreter der politischen Parteien und meinte, es brauche nicht jede politische Partei in jedem Ausschuß vertreten zu sein.

Dieser Ansicht widersprachen die Ratsmitglieder Dr. *Schumacher,* Dr. *Adenauer, Reimann* und *Heile* und regten an, die Möglichkeit zu schaffen, daß

1. den politischen Parteien die Möglichkeit gegeben werde, sich in den Ausschüssen durch bestimmte Vertreter vertreten zu lassen,
2. den politischen Parteien das Recht eingeräumt werde, in diejenigen Ausschüsse, in denen nicht bereits Vertreter der betreffenden Partei mit beschließender Stimme säßen, Vertreter mit beratender Stimme entsenden zu dürfen.

Der Vorsitzende bat die Vertreter der politischen Parteien, ihre diesbezüglichen Anregungen schriftlich einzureichen, nachdem das Ratsmitglied *Heile* noch be-

21 Vgl. die Hinweise bei Dok. I.12, Anm. 4. Zum Geschäftsverteilungsplan innerhalb des dt. Sekretariats vgl. verschiedene Fassungen in PA 1/1.

merkt hatte, ein Vertreter der Militärregierung hätte ihm gegenüber die Möglichkeit einer Stellvertretung in den Ausschüssen bejaht.[22]

Das Ratsmitglied SPLIEDT verlangte das gleiche Recht für die Gewerkschaften.

Das Ratsmitglied Dr. SCHNEIDER regte an, bei Weitergabe der Anregung der politischen Parteien an die Militärregierung von einer Befürwortung abzusehen, da nach seiner Auffassung die betreffenden, den politischen Parteien angehörenden Ratsmitglieder nur in ihrer Person dazu bestellt seien.

Zu Mitgliedern des Geschäftsordnungsausschusses wurden dann Dr. *Adenauer, Spliedt, Hoffmann, Kriedemann,* Oberpräsident *Kopf, Everling* und *Heile* gewählt mit der Maßgabe, daß der letztere in der ersten Sitzung des Ausschusses wegen persönlicher Verhinderung durch Dr. *Schneider* vertreten werden solle.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der beschleunigten Feststellung einer Geschäftsordnung wurde der somit gewählte Geschäftsordnungsausschuß für den 7. März 1946, 9.30 Uhr vormittags, unter Vorsitz von Dr. *Adenauer* einberufen.

4. Zur Ernährungsfrage bemerkte Dr. SCHUMACHER, es sei notwendig, durch eine Entschließung die Weltöffentlichkeit über die äußerst bedrohliche Lage in der britischen Zone aufmerksam zu machen und dabei zu betonen, daß bei aller Anstrengung und der Hilfe der Besatzungsbehörde gleichwohl auf ausländische Hilfe nicht verzichtet werden könne. Außerdem müsse eine Angleichung der Rationen in Stadt und Land erfolgen.

Oberpräsident Dr. LEHR gab seiner großen Besorgnis über die katastrophalen Auswirkungen der Rationskürzungen auf Arbeitserfolg und Arbeitsfreudigkeit Ausdruck.[23]

Das Ratsmitglied REIMANN erklärte, wenn man ausländische Hilfe mit Erfolg anrufen wolle, müsse man zunächst die möglichen Maßnahmen unter den Deutschen selbst durchführen. An der Spitze stehe die Sicherung des Lebensunterhalts der schaffenden Arbeiter; insbesondere müßten den Bergarbeitern und den Schwerarbeitern ihre Lebensmittelrationen gesichert werden. Zu diesem Zwecke halte er eine Kürzung der Lebensmittelrationen aller aktiven Nazis und aller reaktionären Elemente, insbesondere der Generaldirektoren und der Assessoren, die im Ruhrgebiet lebten und nichts täten, um 50 % für erforderlich. Die Ernährungsämter müßten eine bessere Kontrolle über die Lebensmittel durchführen; dazu sei eine politische Reinigung der Ernährungsämter und auf dem Lande die Beseitigung des Reichsnährstandes als einer ausgesprochen faschistischen Einrichtung unumgänglich.[24] Die Ortsbauern müßten abgeschafft und dafür demokratische Bauernausschüsse und demokratische Genossenschaften errichtet werden, denen im Zusammenwirken mit Vertretern der Gewerkschaften und der werktätigen Arbeiter die Kontrolle der Erzeugung, Ablieferung und Verteilung übertragen werden müsse. Schließlich sei eine Bodenreform wie in der russischen Zone mit Enteignungen auch in der britischen Zone am Platze.

---

22 Vgl. hierzu Anl. 7, § 27.
23 Vgl. Dok. I.14.
24 Vgl. hierzu Dok. I.11, Anm. 8.

Das Ratsmitglied Dr. SCHLANGE-SCHÖNINGEN verwies darauf, daß ohne ausländische Hilfe nur eine Alternative bleibe, entweder die Ausschöpfung aller Reserven oder eine radikale Kürzung aller Rationen. Die radikale Ausschöpfung aller Reserven würde die Angreifung des Saatgutes bedeuten und damit für den kommenden Herbst eine völlig unmögliche Situation schaffen. Jede Maßnahme, die die Garantie für eine neue Ernte ohne weiteres beseitige, könne überhaupt nicht erwogen werden. Die Mißernte hätte im vergangenen Jahr ein Minus von 30 % ergeben, mit der Möglichkeit einer neuen Mißernte in diesem Jahre müsse gerechnet werden, wenn man auch nur die Witterung in Betracht ziehe; jede Woche, die der Landmann später auf den Acker komme, bedeute den Verlust von 2 Ztr. Ertrag pro Morgen.

Mit der Vermehrung der Ackerfläche zu Lasten von Weideland sei ohne weiteres noch nichts gewonnen; es bestünden schon jetzt Besorgnisse, ob genügend Saatkartoffeln zur Verfügung stünden. Außerdem mangele es an geeigneten Arbeitskräften; es seien gewiß genug Menschen vorhanden, aber durchaus nicht geeignete.

Das Flüchtlingsproblem und die Übervölkerung seien schwere Hemmnisse für die Meisterung der Ernährungslage. Bei einer Gesamtfläche von etwa 10 Millionen ha gebe es etwa 6 Millionen ha landwirtschaftlich genutzte Fläche. Hiervon sollten statt bisher 20 jetzt mindestens 23 Millionen Menschen verpflegt werden. Die Bevölkerungsdichte in der britischen Zone sei von allen westlichen Zonen die stärkste; das zeige folgendes Bild:

in der amerikanischen Zone kommen auf 100 ha 225 Personen
in der französischen Zone kommen auf 100 ha 275 Personen
in der britischen Zone kommen auf 100 ha 325–350 Personen.[25]

Es habe in der Weltgeschichte wiederholt Hungerzeiten gegeben; aber noch niemals habe ein Volk zugleich gehungert, gefroren, keine Behausung und keine Bekleidung gehabt, sei auf der Flucht gewesen und auf engstem Raum zusammengedrängt worden ⟨und solle zugleich für ganz Europa Aufbauarbeit leisten.[26]⟩

Dr. *Schlange-Schöningen* unterstrich ferner, daß er durchaus ein starker Anhänger der politischen Säuberung und Entnazifizierung sei und daß er sich mit allen Mitteln für eine Neuordnung des deutschen Raumes im Sinne einer Bodenreform einsetzen werde; im Augenblick erschienen ihm diese Mittel nicht das Gegebene zu sein, weil man gerade in dieser Beziehung jede Unruhe vermeiden müsse, damit die Produktion nicht absinke.

Gegen den Schwarzen Markt verlangte Dr. *Schlange-Schöningen* die Anwendung drakonischer Schärfe, weil man sonst nicht einmal die zugestandenen 1 014 Kalorien werde bereitstellen können. Er spreche sich zum letzten Male für einen freiwilligen Aufruf an die Landbevölkerung aus; sollte er aber nichts nutzen, so dürfe vor schärfsten Maßnahmen nicht zurückgeschreckt werden.

---

25 Ein Überblick über das Ernährungspotential der vier Besatzungszonen bei Liebe, Agrarstruktur.

26 Zusatz hs.

Bei allem aber dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß man unter keinen Umständen auf die Hilfe der Welt verzichten könne, denn es gebe gewisse unverrückbare Grenzen der eigenen Kraft.

Der Gewerkschaftsvertreter KARL sprach sich für eine Berücksichtigung der durch die Lebensmittelkürzungen verringerten Leistungsfähigkeit durch Herabsetzung der normalen Arbeitszeit bis zu 6 Stunden pro Tag aus, erörterte die Frage eines Ersatzes für den dadurch bedingten Lohnausfall und redete einer Einschränkung der Selbstversorgerrationen das Wort.

M. Pr. TANTZEN bezeichnete die Ausführungen von Dr. *Schlange-Schöningen* als noch zu optimistisch. Bei einer Bevölkerung von 23 Millionen in der britischen Zone könne auch bei bester Ernte ein Drittel der Bevölkerung nicht aus eigenem Boden ernährt werden.

Er wies ferner darauf hin, daß die landwirtschaftlichen Selbstversorger nach Zeit und Art ihrer Tätigkeit unzweifelhaft zu den Schwerstarbeitern gehörten. In der Frage der Beschaffung von Arbeitskräften sei die Form der Dienstverpflichtung abzulehnen, weil sie keinen Erfolg habe; dagegen sei das Dienstpflichtjahr richtig.

M. Pr. *Tantzen* warnte vor zu starken Eingriffen in den Viehbestand, weil das zur Katastrophe führen müsse. In der Frage der Pferdehaltung müsse man individuell vorgehen und Zucht- und Haltungsgebiete verschieden beurteilen. Dringend notwendig sei die Auflösung der Pferdebestände in den Polenlagern, weil das nur unnütze Fresser seien.

Die Schaffung von 10 % neuer Umbruchsfläche besage auch seiner Auffassung nach noch nichts, weil es nicht sicher sei, ob überall das erforderliche Saatgut auch vorhanden sei.

Es gebe in der Welt genügend Ölfrüchte und andere Lebensmittel wie Kakao und dergleichen, ihre Heranschaffung sei nur eine Transportfrage.

Dringend notwendig sei eine bevorzugte Reparatur und Verstärkung der deutschen Fischdampferflotte, selbst zu Lasten der Reparatur und Indienststellung von Minenräumbooten.

Auf Vorschlag von Dr. SCHUMACHER wurde dann für die notwendig gehaltene Entschließung zur Ernährungsfrage eine Redaktionskommission aus den Ratsmitgliedern *Kriedemann,* Dr. *Schlange-Schöningen, Reimann, Tantzen, Degkwitz* und *Böckler* gewählt. Die von dieser Kommission vorgeschlagene Entschließung wurde gutgeheißen.[27] Lediglich bei einem Satz, der die Frage der Kontrolle der Erzeuger über Vorräte und Ablieferung betraf, standen sich die Auffassungen des Ratsmitgliedes *Reimann* (KPD) und der anderen Ratsmitglieder gegenüber. Die Mehrheit schlug eine Fassung vor, die den zuständigen Behörden die Kontrolle übertrug, während *Reimann* die Kontrolle durch die Gewerkschaften vorgenommen wissen wollte. Gegen die Stimmen der beiden Vertreter der KPD wurde die Fassung [von] der Mehrheit des Ausschusses gutgeheißen.

27 Vgl. Anl. 5.

5. In der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 7. März wurde der als Material dem Ausschuß überwiesene Entwurf der NRP. in allen wesentlichen Punkten unverändert angenommen.

§ 2, der die Zusammensetzung des Zonenbeirats behandelt, wurde als nicht nötig gestrichen.

In § 5 wurde eine Bestimmung über die Bestellung eines Schriftführers zugefügt, um den Vorsitzenden zu entlasten.

§ 7, Abs. 2, der vom ständigen britischen Verbindungsstab zwischen Kanzlei und Kontrollkommission handelt, wurde ebenfalls als nicht unbedingt dahingehörig gestrichen.

§ 9 wurde auf Anregung von Dr. *Adenauer* durch wörtliche Übernahme der Bestimmungen des § 44 Abs. 1–4 der GO des Rheinischen Provinzial-Landtages in der Richtung der Notwendigkeit einer stenografischen Festlegung des Sitzungsverlaufs ergänzt.

§ 12 erhielt eine Ergänzung durch Feststellung einer Mindestzahl für die Beschlußfähigkeit, nachdem durch den britischen Verbindungsstab am Tage zuvor angeregt wurde, eine solche Bestimmung als zweckmäßig aufzunehmen.

§ 13 wurde durch eine Vorschrift über die schriftliche Bekanntmachung der Tagesordnung ergänzt.

Auf Vorschlag von Dr. SCHNEIDER wurden die §§ 14 und 15 des Entwurfs über den Ältestenrat und die Ausschüsse zwischen § 29 und § 30 eingefügt.

In § 15 wurde auf Anregung des Ratsmitgliedes SPLIEDT der vorgesehene Wirtschafts-, Ernährungs- und Industrieausschuß in zwei Ausschüsse zerlegt, und zwar in einen Wirtschafts- und Ernährungsausschuß und in einen sozialpolitischen Ausschuß. Die Zahl der Ausschußmitglieder soll in der Regel 7 nicht übersteigen.

§ 17 wurde dahin ergänzt, daß der Berichterstatter dann nicht vom Vorsitzenden, sondern vom Ausschuß zu ernennen ist, wenn eine Ausschußberatung stattgefunden hat.

Eine Anregung zu § 21, von der schriftlichen Fixierung einer gewünschten tatsächlichen Feststellung oder persönlichen Erklärung abzusehen, wurde auf Empfehlung von Dr. ADENAUER zurückgenommen, nachdem dieser erklärt hatte, das Verlangen der schriftlichen Fixierung sei zweckmäßig, weil es die Neigung zu solchen tatsächlichen Feststellungen und persönlichen Erklärungen abschrecke.

In § 24 wurde die Möglichkeit des sofortigen Einspruchs und der sofortigen Verhandlung über einen Ordnungsruf vorgesehen. Dr. ADENAUER setzte sich dafür mit der Begründung ein, daß bei der geringen Zahl der Ratsmitglieder es unter Umständen darauf ankommen dürfte, ob jemand mitstimmen dürfe oder nicht.

In § 29 wurde auf Antrag von 1/5 der Mitglieder eine geheime Abstimmung zugelassen, obwohl man mit der Möglichkeit rechnete, daß die Militärregierung das nicht genehmigen könnte.[28]

---

28 Die MR legte keinen Widerspruch dagegen ein (vgl. Anl. 7, § 25).

In § 32 wurde die Beschlußfassung über die Auslegung der Geschäftsordnung durch den Zonenbeirat für den Fall zwingend vorgeschrieben, daß mindestens 3 Mitglieder dies beantragen.

I. 14

Ausführungen Lehrs auf der Zonenbeiratssitzung am 6. März 1946, 15.15 Uhr in Hamburg[1]

HStAD NW 53/256. fol. 89.

Unter dem Druck der Knappheit an Lebensmitteln in der ganzen Welt und der sich daraus auch für Großbritannien ergebenden ernsten Lebensmittellage hat die britische Regierung sich genötigt gesehen, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Die Militärregierung hat uns bekanntgegeben, daß in der 86. Versorgungsperiode vom 4. März ab der Normalverbraucher nur noch die Hälfte der Brotzuteilung bekommt, statt 10 000 g nur noch 5 000 g und statt 2 000 g Nährmittel nur noch 1 000 g. Auch die anderen Zuteilungen müssen gekürzt werden. Die Brot- und Nährmittelrationen für alle Arbeiter, für stillende und werdende Mütter werden auf die gleiche Menge wie die Rationen des Normalverbrauchers herabgesetzt. Auch die Brotzuteilungen für Kinder im Alter von 6–18 Jahren werden eine Kürzung um 3 000 g, von 3–6 Jahren um 2 000 g und für jüngere Kinder um 1 000 g im Versorgungsabschnitt erfahren. Die Normalverbraucher werden danach 1 014 Kalorien, Schwerarbeiter 1 714 Kalorien, Schwerstarbeiter 2 264 Kalorien, Bergarbeiter 2 864 Kalorien erhalten.

Die britische Militärregierung hat in den vergangenen Monaten alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Lebensmittellieferungen für die britische Zone sicherzustellen. Dieses Gebiet ist landwirtschaftlich schlechter bestellt als alle übrigen Besatzungszonen, und in der britischen Zone ist die Nord-Rheinprovinz wiederum die notleidendste als überwiegende Industrieprovinz mit dicht gedrängter Bevölkerung und abgetrennten und zerstörten landwirtschaftlichen Gebieten.

In den letzten 6 Monaten wurde die Brotversorgung in der britischen Zone zur Hälfte durch Getreideeinfuhren gewährleistet. In den 3 Monaten bis zum 31. Januar wurden allein aus Großbritannien in die britische Zone eingeführt: 42 500 t Kartoffeln und Kartoffelmehl, 25 000 t Gerste, 25 000 t Mehl und andere Getreideprodukte, ausschließlich für die deutsche Bevölkerung, nicht für die Besatzung.[2]

Die Notwendigkeit einer so tragischen niedrigen Lebensmittelrationierung hat große Bestürzung in den betroffenen Gebieten der ganzen britischen Zone hervorgerufen, vor allen Dingen in den schwerarbeitenden Gebieten der Kohle und der

1 Überschrift hs. zugefügt.
2 Vgl. hierzu weitere Angaben bei Rohrbach, S. 310.

Stahl- und Eisenproduktion. Das Hungergespenst wandert nunmehr durch die betroffenen Länder. Die durch die vorangegangene Leidenszeit des Krieges und der Diktatur bereits geschwächte Bevölkerung in ihren durch den Krieg mitgenommenen Behausungen ohne zureichende Brennstoffe und mit ungenügender Kleidung ist solchen Entbehrungen nicht gewachsen. Die Auswirkungen auf die Ingangsetzung der Wirtschaft und die industrielle Produktion werden sehr ernst sein.

Da wir uns bewußt sind, daß diese herabgesetzten Rationen keineswegs gesichert sind, haben die Regierungschefs auf ihrer letzten Tagung in Bremen vom 28. 2.–1. 3. folgenden Beschluß gefaßt[3]:

„Die Chefs der Länder und Provinzen sehen mit größter Sorge der Überwindung der Schwierigkeiten in der Ernährung in den nächsten Monaten entgegen und beschließen einmütig, über die Landesbauernschaften die Landwirte auffordern zu lassen:

1. Alle noch vorhandenen, nicht selbst dringend benötigten Nahrungsmittel, besonders Getreide und Kartoffeln, über das Kontingent hinaus abzuliefern;

2. aufzufordern, Frühgemüse und Frühkartoffeln bis zur äußersten Grenze der Möglichkeiten anzubauen;

3. die Landesbauernschaften zu ersuchen, zu prüfen, ob eine Erhöhung der Fleischrationen möglich ist, ohne den Viehbestand über das erträgliche Maß hinaus anzugreifen;

4. die Militärregierung zu bitten, aus den Vorräten der Welt soviel Nahrungsmittel, besonders Brotgetreide, an Deutschland zu geben, damit Chaos und Menschen-Massensterben vermieden wird.

Eine Herabsetzung der Nahrungsmittelrationen für Normalverbraucher unter das bisherige Maß von 1 500 Kalorien muß zur Verminderung der Arbeitsleistung in allen Betrieben führen und die weitere Verelendung mit unabsehbaren Folgen herbeiführen."

Nach den Rundfunknachrichten werden auch britische Soldaten zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes mit herangezogen. Ein verstärkter Einsatz britischer und deutscher Streifenkommandos wird die Landstraßen kontrollieren, überraschende Kontrollen von Fahrzeugen vornehmen und Kraftfahrer und Passanten untersuchen. Alle Nahrungsmittel von ungewisser Herkunft werden beschlagnahmt und bei größeren Vergehen die Fahrzeuge sichergestellt werden. Schwarzhändler werden ihrer gerichtlichen Aburteilung und schwerer Bestrafung entgegensehen.

In der Nord-Rheinprovinz gibt es keine nennenswerten Lebensmittelvorräte in den einzelnen Haushaltungen, insbesondere konnten Kartoffelvorräte durchweg nicht eingekellert werden. Wintergemüse gibt es bei uns auch nicht. So setzen wir unsere ganze Hoffnung darauf, daß es den Anstrengungen, die die Militärregierung unternimmt, gelingen möge, das schlimmste Unheil doch abzuwenden. Wir werden unsererseits alles, was in unseren Kräften steht, tun, um für eine gleichmäßige Verteilung des Vorhandenen zu sorgen und jeden Mißbrauch nachdrücklich zu bekämpfen.

---

3 Vgl. Anl. 5, Anm. 1.

TOP 2 Anlage 1

22. Februar 1946: Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 2 der Tagesordnung Errichtung der Kanzlei und Ernennung von Kanzleibeamten

Anlage 1 zur 1. Sitzung.
PA 1/258. Übersetzung.
HQ/14101/G/ZAC. – ZAC/P (46)1.

1. Bei der Beschlußfassung über die Errichtung der Kanzlei und bei der Auswahl von Kanzleibeamten muß der Rat stets berücksichtigen, daß die Kanzlei keine ausführenden Befugnisse hat, sondern sich lediglich mit der Aufstellung der Tagesordnung, des Sitzungsprotokolls und anderer Unterlagen befaßt, die der Rat bei seiner Arbeit benötigt.

Die Ernennungen des Generalsekretärs und der anderen Beamten bedürfen der vorherigen Genehmigung der Britischen Kontrollkommission.

2. Bei Entwurf der Geschäftsordnung für die Kanzlei ist es wünschenswert, daß man die Tagesordnung, die Unterlagen für die Sitzungen und das Sitzungsprotokoll nach der von der Britischen Kontrollkommission allgemein angewandten Normal-Kanzleiordnung aufstellt. Diese Ordnung ist von den Kanzleien der vier Besatzungsmächte für Zwecke der Viererkonferenzen übernommen worden. Der britische Verbindungsstab ist bereit, den Generalsekretär beim Entwurf der Geschäftsordnung und bei der Anleitung der Beamten in der Anwendung der oben erwähnten Normal-Ordnung zu beraten.

TOP 3 Anlage 2

22. Februar 1946: Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 3 der Tagesordnung Geschäftsordnung des Rates

Anlage 2 zur 1. Sitzung.
PA 1/258. Übersetzung.
HQ/14101/G/ZAC. – ZAC/P (46)2.

1. Der Zonenbeirat muß für seine Sitzungen seine Geschäftsordnung entwerfen und diese der Britischen Kontrollkommission zur Genehmigung unterbreiten.

2. Die Ratsmitglieder werden besonders auf die folgenden Punkte hingewiesen, die in diese Geschäftsordnung aufgenommen werden müssen:

a) Amtsperiode des Vorsitzenden
b) Sitzungen müssen mindestens einmal im Monat stattfinden.
c) Die Tagesordnung muß stets von der Britischen Kontrollkommission genehmigt werden.
d) Unter „Sonstiges" dürfen nur Punkte zur Sprache kommen, die nicht grundsätzlicher Natur sind.
e) Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, daß bei Meinungsverschiedenheiten im Rat über die Ansichten der Minderheit Bericht erstattet wird.
f) Verfahren bei Bildung von Ausschüssen, Unterausschüssen und Arbeitsgruppen
g) Geschäftsordnungen für Sitzungen von Ausschüssen, Unterausschüssen und Arbeitsgruppen
h) Verfahren bei Genehmigung von Protokollen. Die Protokolle aller Sitzungen des Rates, seiner Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen müssen vor Genehmigung durch den Rat dem Britischen Verbindungsstab zur Genehmigung durch die Britische Kontrollkommission vorgelegt werden.
i) Verfahren bei Abfassung von Pressenotizen. Die ausgegebenen Berichte sollen in kurzer Form die zur Beratung stehenden Punkte angeben, ohne jedoch der gefaßten Beschlüsse Erwähnung zu tun. Alle Berichte bedürfen der Genehmigung durch die Britische Kontrollkommission.

TOP 4 **Anlage 3**

22. Februar 1946: Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 4 der Tagesordnung Haushalt des Rates

Anlage 3 zur 1. Sitzung.
PA 1/258. Übersetzung.
HQ/14101/G/ZAC. – ZAC/P (46)3.

1. Da der Rat seinen Sitz in Hamburg haben wird, muß sein Haushalt in dem der Hansestadt Hamburg mit geführt werden. Diese Maßnahme erfolgt aus rechnerischen Gründen und bedeutet nicht, daß die Stadt Hamburg letzten Endes die Gesamtlast von Ausgaben tragen muß, die die ganze Zone betreffen. Haushaltsvoranschläge sind für den Rest des laufenden Finanzjahres und für das Finanzjahr 1946/47 aufzustellen. Hierbei sind die folgenden Ausgaben in Ansatz zu bringen:

a) Gehälter der deutschen Beamten und Angestellten
b) Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder einschließlich von Reisespesen usw.
c) Unterhaltungskosten für Büro und Quartiere, einschließlich von Miete, Heizung, Licht, Reinigung usw.

d) Beschaffung von Büromöbeln, Schreibmaschinen usw.
e) Druck- und Schreibmaterialien
f) Telefon-, Telegramm- und Portospesen
g) Beschaffung und Unterhalt von Transportmitteln
h) Diverse Unkosten und unvorhergesehene Auslagen

Die Voranschläge für Gehälter und Löhne müssen die Anzahl und gruppenmäßige Einteilung aller Beamten und Angestellten enthalten.

2. Es wird vorgeschlagen, daß der Rat nach Beratung der zu treffenden finanziellen Maßnahmen einen Ausschuß einsetzt, der Haushaltsvoranschläge ausarbeitet und dem Rat bei seiner nächsten Sitzung vorlegt.

TOP 5 Anlage 4

22. Februar 1946: Anmerkung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) zu Punkt 5 der Tagesordnung Den Rat betreffende Wirtschaftsmaßnahmen

Anlage 4 zur 1. Sitzung.
PA 1/258. Übersetzung.
HQ/14101/G/ZAC. – ZAC/P (46)4.

Der Rat hat zu beraten und zu entscheiden, wie die nachfolgenden Erfordernisse aus Deutschland zur Verfügung stehenden Quellen befriedigt werden können:

a) Unterkunft in Hamburg für die Mitglieder des Rats und der Kanzlei
b) Verpflegungsmaßnahmen
c) Transport
d) Post-, Telefon- und Telegrafendienst
e) Büroangestellte und Übersetzer
f) Büroausstattung und Schreibmaterial

Zu d) wird bemerkt:

Außer der Anlage von Telefon in ihren Privatwohnungen können den Ratsmitgliedern zur Zeit keinerlei Amtsvorrechte eingeräumt werden.

TOP 8 **Anlage 5**

Entschließung über die gegenwärtige Ernährungslage[1]

Anlage 5 zur 1. Sitzung.
PA 1/253.
Anhang A zur Niederschrift über die erste Sitzung des Zonenbeirats.

Die deutsche Bevölkerung in der britischen Zone befindet sich nach dem Zusammenbruch des verbrecherischen Systems des Nationalsozialismus vor Problemen, die es ohne Hilfe und durch eigene Anstrengungen nicht lösen kann. Dicht zusammengedrängt, frierend, mit Millionen Flüchtlingen übervölkert, zum größten Teil in Trümmern lebend und vor der Notwendigkeit, mit schwerster Arbeit in Kohlenschächten und zertrümmerten Industrieanlagen sein Leben neu zu gestalten, steht das deutsche Volk vor einer Katastrophe seiner Ernährung.

Um in dieser Notzeit Hilfe zu beschaffen, muß alles Menschenmögliche von der deutschen Bevölkerung getan werden. Hierzu gehört:

(i) Die Landbevölkerung muß aus freien Stücken und über das festgesetzte Kontingent hinaus alle möglichen Vorräte von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, jeden Liter Milch und jedes andere Nahrungsmittel abgeben, das sie irgendwie entbehren kann.
(ii) Nahrungsmittelerzeuger müssen ihren eigenen Verbrauch, ohne Rücksicht auf die unter günstigeren Umständen festgesetzte Ration für ihre Gruppe, auf ein Minimum begrenzen, damit die vorhandenen Nahrungsmittel auf einer gerechten Grundlage in der ganzen Zone verteilt werden können.
(iii) Die Lieferung und Verteilung der Nahrungsmittel muß unter einem äußerst strengen Überwachungsverfahren erfolgen durch die amtlichen Organe.

Der Zonenbeirat appelliert an die Landbevölkerung, den Ernst der gegenwärtigen Lage zu erkennen; wenn der Landmann seine Pflicht nicht erfüllt, wird ihn niemand vor schweren Folgen bewahren können. Nur indem wir uns aufs äußerste anstrengen, sind wir berechtigt, die Welt um Hilfe anzurufen. Auch wenn jeder Deutsche in der Zone seine Pflicht nicht vernachlässigt, wird es nicht möglich sein, den Anschluß an die neue Ernte ohne Einfuhren in allernächster Zeit zu erreichen.

---

1 Die Resolution war der Entschließung vergleichbar, wie sie auf der LChK am 1. 3. 1946 in Bremen formuliert worden war (vgl. AVB 1, S. 309 und Dok. I.14). – Im Redaktionsausschuß des ZB waren weder die Vorschläge der KPD – grundsätzliche Stellungnahme zur Bodenreform, Kürzung der Lebensmittelrationen für ehemalige Nationalsozialisten – noch die des Gewerkschaftsvertreters *Karl* – Herabsetzung der Arbeitszeit – in die vorliegende Entschließung aufgenommen worden. In Abweichung der Resolution der Länderchefs enthielt die Entschließung des ZB keinen Vorschlag zu einem Eingriff in die deutschen Viehbestände, vgl. StAB (wie Dok. I.11, Anm. 20, hier S. 3).

Mit 1 000 Kalorien täglich ist niemand fähig zu arbeiten[2]; Schwerstarbeiter und insbesondere Bergarbeiter müssen weiterhin ihre *gegenwärtigen*[3] Rationen erhalten. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, werden wir in der Lage sein, die Kohlenerzeugung auf einer Ebene zu halten, die die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands sein wird.

2 Dieser Satz wurde von der KK vor der Veröffentlichung in der Presse gestrichen, vgl. PA 1/65: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 20. 3. 1946.
3 Von der KK vor der Presseveröffentlichung geändert in: höhere (vgl. ebd.).

TOP 11 **Anlage 6**

Vollständiger Wortlaut der deutschen Pressenotiz über die Eröffnungssitzung des deutschen Zonenbeirats am 6. März 1946[1]

Anlage 6 zur 1. Sitzung.
PA 1/253.

Nach der feierlichen Eröffnung des deutschen Zonenbeirates am Vormittag durch den Stellvertretenden Militärgouverneur Lieut. General Sir Brian H. *Robertson* begann der deutsche Zonenbeirat am Nachmittag um 15.15 Uhr seine erste Arbeitssitzung. Am Vortage hatte bereits eine vorbereitende Besprechung stattgefunden.

Den Vorsitz führte in dieser ersten Sitzung der Vertreter der Nord-Rheinprovinz, Oberpräsident Dr. Dr. h. c. *Lehr*. In seinen einleitenden Worten begrüßte er die durch die Militärregierung nunmehr geschaffene Möglichkeit, die Chefs der deutschen Verwaltungen, die Führer der politischen Parteien, der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften sowie die Leiter der einzelnen Fachgebiete zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und Kultur zu hören. Die ersten Punkte der Tagesordnung betrafen vornehmlich Fragen der inneren Organisation dieses aus verschiedenen Elementen zusammengesetzten Gremiums.

1 Zu Pressemeldungen über die 1. Sitz. des ZB vgl. etwa: Hamburger Nachrichten-Blatt (der MR) vom 7. 3. 1946: „General *Robertson:* ‚Härten sollen schrittweise vermieden werden.' 1. Tagung des Zonen-Beirats"; a. a. O., 12. 3. 1946: „Entschließung des Zonen-Beirates zur Ernährungslage"; Kieler Kurier vom 9. 3. 1946: „Tagung des Zonen-Beirates"; a. a. O., 13. 3. 1946: „Zonenbeirat zur Ernährungslage"; Rhein-Echo (Düsseldorf) vom 13. 3. 1946: „Eigene Mühe genügt nicht"; Rheinische Post (Düsseldorf) vom 13. 3. 1946: „Arbeitstagung des Zonenbeirates"; ein kurzer Artikel mit Foto in: Lübecker Post vom 9. 3. 1946, S. 5. Eine Meldung ging auch über den Rundfunk, vgl. HStAD NW 53/256, fol. 81: Auszug aus den Rundfunknachrichten Nr. 204 vom 6. 3. 1946. Siehe ferner: The Times vom 7. 3. 1946: „Food Crisis in Germany. Policy of Britain Explained".

Dem Zonenbeirat ist ein ständiges Sekretariat beigegeben; ihm steht auf britischer Seite ein besonderer Verbindungsstab gegenüber, über den die Beschlüsse des Zonenbeirates der britischen Kontrollkommission vorgelegt werden. Zum Leiter des Sekretariats wurde zunächst Ministerialdirektor Dr. *Weisser,* Braunschweig, bestellt.

Auf einstimmigen Wunsch der Versammelten wurde die Ernährungslage eingehend erörtert. Die Anwesenheit der führenden deutschen Verwaltungsbeamten, Politiker und der ersten Sachverständigen in dieser Vereinigung ermöglichte es, den ganzen Umfang dieser besonders dringlichen Tagesfrage zu klären. Unbeschadet aller Überlegungen, inwieweit die deutsche Bevölkerung der britischen Zone in dem ihr verbliebenen engbegrenzten Raume durch Selbsthilfe die Lage verbessern könnte, war man allgemein der Auffassung, daß nur weitere Hilfe von außen, insbesondere von Seiten der Besatzungsmacht, eine Katastrophe verhindern kann.

Die Versammelten kamen einstimmig zu folgender Entschließung:

[. . .][2]

Diese Entschließung wurde dem britischen Verbindungsstab mit der Bitte um Weitergabe an das britische Hauptquartier übergeben.

An den ganzen Verhandlungen nahmen Mitglieder des britischen Verbindungsstabs mit regem Interesse bis zum Schlusse der Sitzung teil. Nach dem feierlichen Eröffnungsakt und der Ansprache von Generalleutnant *Robertson* fand in einer Pause ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den erschienenen Herren der Militärregierung und den deutschen Ratsmitgliedern statt. Herr Generalleutnant *Robertson* ließ sich einzeln die führenden Persönlichkeiten vorstellen und besprach mit ihnen Probleme des Tages. Die deutschen Mitglieder hatten ihrerseits die Stunden zwanglosen Zusammenseins zur Vertiefung der Aussprachen benutzt.

Die nächste Tagung des deutschen Zonenbeirates findet in Hamburg Ende März d. J. statt.

2 Bis auf einige stilistische Abweichungen deckt sich die Entschließung mit der in Anl. 5 formulierten. – Der brit. Verbindungsstab – Oberstleutnant *Pink* – teilte am 20. 3. 1946 mit, daß die KK die in dem Kommuniqué veröffentlichte Entschließung über die Ernährungslage dieses Mal genehmigt habe, da sie einen besonderen Aufruf an das deutsche Volk darstelle und keine Empfehlungen an die brit. MR zur Ergreifung bestimmter Maßnahmen enthalte (vgl. PA 1/65).

2. Sitzung
26.–27. März 1946

II. 1

Tagesordnung für die 2. Sitzung

PA 1/253; Ergänzungen gemäß PA 1/258: Fassung der kommentierten TO, wie sie an die Ratsmitglieder versandt wurde.

TOP in Kurzprot.	*Pkt. in Wortprot. und Betreff*
12.	1. Wahl des Vorsitzenden
13.	2. Verlesung des Protokolls [der 1. Sitzung]
14.	3. Mitteilungen des Generalsekretärs
15.	4. Entwurf der Geschäftsordnung Berichterstatter: *Adenauer*
16.	5. Wahl der ständigen Ausschüsse
17.	6. Entwurf des Haushaltsplanes für den Rest des Haushaltsjahres 1945 und von Richtlinien für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1946 Berichterstatter: Der Generalsekretär Es wird Überweisung an den Hauptausschuß vorgeschlagen. Die Vorlagen werden der Militärregierung unterbreitet ⟨und können daher den Mitgliedern erst am Vortage bei ihrem Eintreffen in Hamburg vorgelegt werden.⟩
18.	7. Bericht über die Ernährungslage Berichterstatter: *Schlange-Schöningen*
19.	8. Erhaltung des deutschen Waldes Berichterstatter: *Kopf*
20.	9. Organisation und Verwaltung Berichterstatter: *Steltzer*
21.	10. Öffentliche Feiertage in der britischen Zone
22.–29., 31.	11. Sonstiges. – Anträge liegen nicht vor. ⟨Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach Anordnung der Militärregierung für die Aufstellung der Geschäftsordnung unter „Sonstiges“ nur Punkte zur Sprache kommen dürfen, die nicht grundsätzlicher Natur sind.[1]⟩
30.	12. Datum der nächsten Sitzung
–	13. Pressenotiz [Anlage 15]

1 Vgl. hierzu Anl. 2, Pkt. 2 d.

⟨Im Begleitschreiben zur Tagesordnung[2] wird zum Ausdruck kommen, daß der von der 1. Sitzung beschlossene Tagesordnungspunkt für die 2. Sitzung „Stillegung von Betrieben zum Zwecke der wirtschaftlichen Abrüstung“[3] nicht auf die Tagesordnung der 2. Sitzung gesetzt wird, weil von der Militärregierung mitgeteilt worden ist, daß auf die entsprechende Entschließung der Länderkonferenz in Bremen in Kürze eine Antwort der Militärregierung eingehen wird.[4] Es ist angemessen, diese Antwort abzuwarten.⟩
Es muß nunmehr abgewartet werden, ob die Tagesordnung in dieser Fassung von der Militärregierung genehmigt werden wird.

2 Die TO ging den Ratsmitgliedern zusammen mit weiteren Unterlagen zur 1. und 2. Sitz. durch ein Schreiben *Weissers* vom 21. 3. 1946 zu (vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23–3: 1. Sitz.).
3 Vgl. Dok. I.12, TOP 10, sowie Dok. II.3 mit Anm. 31–33.
4 Gemeint ist die unter TOP 16 gefaßte Entschließung der LChK in Bremen am 1. 3. 1946 (vgl. AVB 1, S. 306 f.). Zur Stellungnahme der KK vom 28. 3. 1946 vgl. a. a. O., S. 307, Anm. 18. Die KK verbot eine Diskussion dieser Fragen, da sie in den Bereich der Viermächteverantwortung fielen.

II. 2
Anwesenheitsliste zur 2. Sitzung

PA 1/258.

Politische Vertreter: Schumacher, Kriedemann[1], Henßler (als Nachfolger für Kriedemann) (SPD); Adenauer, Otto (CDU); Reimann, Hoffmann (KPD); Heile (FDP)

Vertreter der Verwaltung: Lehr (Nord-Rheinprovinz); Amelunxen (Westfalen); Kopf (Hannover); Steltzer (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Schlebusch[2] (Braunschweig)

Vertreter der Sachgebiete: Agartz (Handel und Industrie); Holzapfel[3] (Handel und Industrie); Schlange-Schöningen (Ernährung und Landwirtschaft); Lingemann

1 *Kriedemann* war der Vertreter *Schumachers,* während *Henßler* als 2. Vertreter der SPD in den ZB aufgenommen wurde, vgl. Dokument I.13. III; siehe auch Dokument I.12, TOP 6. Im Entwurf des Prot. heißt es an dieser Stelle: „Dr. *Schumacher,* Herbert *Kriedemann,* Friedrich *Henßler* (als Nachfolger des ausscheidenden Herbert *Kriedemann*)“, vgl. PA 1/42: Ns. über die . . . zweite Sitzung . . .; obwohl die SPD wie auch die CDU und die KPD nur 2 Vertreter in den ZB entsenden durfte, könnten an dieser Sitz. ausnahmsweise 3 Sozialdemokraten teilgenommen haben, was auch durch die Formulierung im Protokollentwurf nahegelegt wird. Laut Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 19. 3. 1946 saß von der 2. Sitz. an *Henßler* für *Kriedemann* als 2. Vertreter der SPD im ZB (vgl. PA 1/65). Auf der 3. Sitz. wurde *Schumacher* dann auch von *Meitmann* vertreten, vgl. Dok. III.2.
2 Vgl. Dok. I.9, Anm. 3.
3 In einer Besprechung zwischen *Weisser* und *Lehr* am 28. 3. 1946 kam zum Ausdruck, daß die Frage des legitimierten Vertreters des Fachressorts Wirtschaft im ZB noch nicht endgültig geklärt sei. Ob. *Holzapfel,* Herford, hatte aufgrund eines formellen Berufungsschreibens an der Plenarsitz. teilgenommen, während *Agartz* als Generalsekretär des Dt. Wirtschaftsrates in Minden in der Sitzordnung als Vertreter aufgeführt gewesen sei, vgl. HStAD NW 53/528, fol. 266 ff., fol. 266: „Ergänzende Notizen zur zweiten Zonenbeiratssitzung“, verfaßt von *Janich* am 10. 4. [1946], sowie Dok. I.9, Anm. 5. Siehe auch PA 1/65: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 19. 3. 1946. Die Vermutung *Weissers,* die Frage werde sich demnächst wohl zugunsten von *Agartz* klären, sollte sich bestätigen, vgl. a. a. O., Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 10. 4. 1946. *Holzapfel* wurde Vertreter *Ottos* (CDU).

(Rechtswesen); Degkwitz (Gesundheitswesen); Schneider (Post, Telegrafie, Telefon); Spliedt (Arbeitseinsatz); Groth (Öffentliche Sicherheit); Grimme (Erziehung); Schwering (Transportwesen); Andrée (Flüchtlinge)

Vertreter der Gewerkschaften: Böckler, Karl

Vertreter der Genossenschaften: Everling, Schlack

Vom britischen Verbindungsstab waren als Zuhörer anwesend: Lieutnant Colonel A. Gilpin; Major F. J. Stopp; Major H. J. Gibb; Captain E. Thompson; [Brigadier Chadwick][4]
Deutsches Sekretariat: Weisser

4 Laut Angabe im Entwurf des Prot. zeitweilig anwesend, vgl. PA 1/42: Ns. über die . . . zweite Sitzung . . ., sowie Dok. II.3 mit Anm. 102.

TOP 15

Anlage 7
Geschäftsordnung für den Zonenbeirat in der britisch besetzten Zone Deutschlands[1]

Anlage zur 2. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)6.

§ 1

Der Zonenbeirat (Zonal Advisory Council) ist vom Militärgouverneur der britisch besetzten Zone Deutschlands gebildet worden, um der britischen Kontrollkommission beratend zur Seite zu stehen. Der Zonenbeirat ist eine beratende Körperschaft ohne ausführende Befugnisse und hat folgende Aufgaben:

a) die britische Kontrollkommission in allen Angelegenheiten, die an den Zonenbeirat verwiesen werden, zu beraten,

1 Die Erarbeitung einer GO vollzog sich in mehreren Etappen. Der 1. Sitz des ZB lag ein Entwurf *Lehrs* vor (vgl. Dok. I.12, Anm. 9), der auf der Sitz. des GO-Ausschusses am 7. 3. 1946 mit einigen Änderungen verabschiedet und als Vorlage ZAC/P (46) 6 an die Ratsmitglieder versandt wurde (2. Fassung der GO). Dieser 2. Entwurf war indessen zu Beginn der 2. Sitz. des ZB überholt, da der GO-Ausschuß am Vormittag des 26. 3. 1946 eine weitere Sitz. abgehalten hatte (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 38). Die somit 3. Fassung vom 26. 3. 1946 ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert, denn die der 2. Sitz. zugeordnete und hier abgedruckte GO stellt bereits die endgültige, von der KK mit drei geringfügigen Änderungen genehmigte Fassung dar (vgl. Dok. III.3 mit Anm. 1). Abweichungen von den Entwürfen sind kenntlich gemacht. – Ein weiterer GO-Entwurf war von *Weisser* schon auf der LChK am 25. 1. 1946 in Oldenburg inoffiziell vorgelegt worden, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/1: „Satzung des auf Anordnung der Militärregierung vom . . . gebildeten Zonenrates." Dieser Entwurf umfaßte 13 §§. – Zur Diskussion der GO vgl. Dok. II.3 mit Anm. 36–43.

b) zu allen Angelegenheiten von allgemeinem Interesse Stellung zu nehmen, die ihm von einem Mitgliede des Rates oder von einer deutschen Zonalbehörde, die von der britischen Kontrollkommission ausdrücklich dazu ermächtigt ist, unterbreitet werden, und Vorschläge dazu zu machen.

Der Zonenbeirat berät nur über solche Angelegenheiten, die von der britischen Kontrollkommission vorher dafür genehmigt sind.

§ 2[2]

Der Zonenbeirat hat seinen Sitz in Hamburg.

§ 3

Der Zonenbeirat tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Er kann häufiger zusammentreten, wenn die Umstände es erfordern.

§ 4

Der Zonenbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Amtsperiode 3 Monate dauert.[3]

Für jede Sitzung wird ein Schriftführer bestellt.

§ 5

Auf die Tagesordnung des Zonenbeirates werden nur solche Angelegenheiten gesetzt, die vorher von der britischen Kontrollkommission genehmigt sind.

Enthält die genehmigte Tagesordnung den Punkt „Sonstiges", so dürfen darunter nur Angelegenheiten erörtert werden, die nicht grundsätzlicher Natur sind.

§ 6

Der Zonenbeirat unterhält eine ständige deutsche Kanzlei unter der Leitung eines Generalsekretärs. Die Aufgabe des Generalsekretärs und der Kanzlei besteht darin, die mit der Vorbereitung und Abhaltung der Sitzungen des Rates und der Abfassung und Niederschrift des Sitzungsprotokolls verbundene Kanzleiarbeit zu lei-

---

2 In der 2. Fassung vom 7. 3. 1946 (vgl. PA 1/258, Prot. der 2. Sitz.) wurden in § 2 die Mitglieder des ZB aufgezählt. Dieser Paragraph aus der Vorlage *Lehrs* war vom GO-Ausschuß am 7. 3. 1946 gestrichen, durch ein Versehen aber wieder in die Vorlage ZAC/P (46) 6 aufgenommen worden (vgl. Dok. II.3, u. S. 87). Entsprechend verschiebt sich die Zählung der Paragraphen zwischen der 2. und der endgültigen Fassung in der Weise, daß § 2 dem endgültigen § 3 der 2. Fassung entspricht.

3 2. Fassung: Abs. 2 entfiel und lautete ursprünglich: „Im Falle einer Behinderung und für deren Dauer wird vom Zonenbeirat aus seiner Mitte ein Vertreter des Vorsitzenden gewählt."

sten. Die deutsche Kanzlei hat keine ausführenden Befugnisse. Ihre Tätigkeit wird im übrigen durch eine Geschäftsordnung[4] geregelt.

§ 7

Wenn die britische Kontrollkommission in irgendeiner Angelegenheit die Ansicht des Zonenbeirates hören will, wird sie das Ersuchen über den britischen Verbindungsstab an die deutsche Kanzlei leiten, die das Ersuchen dem Vorsitzenden des Zonenbeirates vorlegt.

Will ein Mitglied des Zonenbeirates eine Angelegenheit im Rat zur Sprache bringen, so hat es vorher über die deutsche Kanzlei durch Vermittlung des britischen Verbindungsstabes bei der britischen Kontrollkommission die Genehmigung zur Erörterung der betreffenden Angelegenheit einzuholen.

Will eine deutsche Zonalbehörde, die von der britischen Kontrollkommission die allgemeine Ermächtigung dazu erhalten hat, eine Angelegenheit vor den Zonenbeirat bringen, so wendet sie sich nach vorheriger Einholung der Genehmigung der sie überwachenden britischen Spezialabteilung an die deutsche Kanzlei, die über Vermittlung des britischen Verbindungsstabes die Genehmigung zur Erörterung der betreffenden Frage bei der britischen Kontrollkommission einzuholen hat. Anträge müssen genau formuliert werden und mit einer Begründung versehen sein.[5]

§ 8

Über Verlauf und Ergebnis der Beratungen im Zonenbeirat ist ein Protokollentwurf aufzustellen, der zunächst über die deutsche Kanzlei und den britischen Verbindungsstab der britischen Kontrollkommission vorzulegen ist.[6]

Der Protokollentwurf ist der nächsten Sitzung des Zonenbeirates zur endgültigen Feststellung zu unterbreiten und nach erfolgter Feststellung vom Vorsitzenden und vom Generalsekretär zu unterschreiben und der Protokollsammlung beizufügen.[7]

Bei Meinungsverschiedenheiten im Rat hat das Protokoll die Auffassung der Minderheit zum Ausdruck zu bringen; auf besonderes Verlangen der Minderheit sind deren Vertreter im Protokoll namentlich festzustellen.[8]

---

4 Vgl. Anl. 47.

5 Der letzte Satz fehlt in der 2. Fassung. Er wurde nach der Sitz. des GO-Ausschusses vom 27. 3. 1946 aufgenommen, vgl. Dok. II.3 mit Anm. 167.

6 2. Fassung: „. . . der britischen Kontrollkommission zur Genehmigung vorzulegen ist". Streichung auf Wunsch der KK, vgl. Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 2. 5. 1946, PA 1/65.

7 2. Fassung: „Nach erfolgter Genehmigung ist der Protokollentwurf der nächsten Sitzung . . . zu unterbreiten und nach erfolgter Feststellung vom Vorsitzenden und vom Generalsekretär unter ausdrücklichem Hinweis auf die von der britischen Kontrollkommission erteilte Genehmigung zu unterschreiben und der Protokollsammlung beizufügen". Die Änderung geht ebenfalls auf das Schreiben des brit. Verbindungsstabes zurück (vgl. o. Anm. 6).

8 Der entsprechende § 9 der 2. Fassung endet hier.

Das Protokoll beruht auf einem wörtlichen Bericht nach stenografischer Aufnahme, der über jede Sitzung des Zonenbeirates anzufertigen ist:

a) Jeder Redner erhält eine Übertragung seiner Rede. Ist sie bis zu der bei Zusendung angegebenen Zeit nicht zurückgegeben, so wird Einverständnis mit ihrem Inhalt angenommen.

b) Es ist darauf zu achten, daß durch Änderungen in der stenografischen Aufnahme der Sinn des Gesprochenen nicht verändert wird. Wird eine Änderung beanstandet und ist eine Einigung mit dem Redner nicht zu erreichen, so entscheidet der Vorsitzende.

c) Die Übertragung der stenografischen Aufnahme einer Rede darf vor ihrer Prüfung durch den Redner ohne dessen Zustimmung keinem anderen als dem Vorsitzenden vorgelegt werden.

Werden über die Beratung des Zonenbeirates Presseberichte ausgegeben, so sollen diese in gedrängter Form die zur Beratung stehenden Punkte angeben, dürfen jedoch die gefaßten Beschlüsse im allgemeinen[9] nicht erwähnen.

Alle Presseberichte bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die britische Kontrollkommission.

§ 10

Die Beschlußfassung im Zonenbeirat erfolgt nach der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; namentliche Abstimmung kann von mindestens 2 Ratsmitgliedern[10] bis zur Eröffnung der Abstimmung verlangt werden.

Beschlußfähigkeit des Zonenbeirats ist gegeben, wenn 3/4 der Mitglieder anwesend sind.[11]

Bei allen Abstimmungen und Wahlen darf jedes Ratsmitglied mündlich erklären, daß es sich der Abstimmung enthält.

Ferner darf jedes Ratsmitglied spätestens am Tage nach der Abstimmung eine kurze schriftliche Begründung seiner Abstimmung einreichen, die nicht verlesen, aber der Übertragung der stenografischen Niederschrift über die Sitzung beigefügt wird.[12]

---

9 Die Worte „im allgemeinen" fehlen in der 2. Fassung. Die Änderung geht ebenfalls auf die KK zurück (vgl. o. Anm. 6), die „für gewöhnlich" vorgeschlagen hatte. Zur Entschließung des ZB auf der 1. Sitz. vgl. Anl. 6, Anm. 2.

10 2. Fassung: 5 Ratsmitglieder.

11 2. Fassung: „. . . wenn über die Hälfte der Mitglieder anwesend sind". Mit Schreiben vom 26. 3. 1946 hatte der brit. Verbindungsstab mitgeteilt, daß die Hälfte der Mitglieder nicht hinreichend für eine Beschlußfassung erscheine. Die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder wäre besser und gewährleistete eine gerechtere Vertretung der verschiedenen Gruppen des Rates (PA 1/65).

12 2. Fassung: „. . . die nicht verlesen, aber dem Sitzungsprotokoll beigefügt wird".

§ 11

Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzung.

Am Schluß jeder Sitzung schlägt der Vorsitzende Zeit und – vorbehaltlich der Genehmigung der britischen Kontrollkommission – die Tagesordnung der nächsten Sitzung vor. Bei Widerspruch eines Ratsmitgliedes entscheidet der Zonenbeirat, wenn der Widerspruch von 5 anwesenden Mitgliedern unterstützt wird. Die Tagesordnung wird den Ratsmitgliedern – wenn möglich 3 Tage vorher – schriftlich zur Kenntnis gebracht.

Wird für denselben Tag eine neue Sitzung mit Festsetzung der bisherigen Tagesordnung anberaumt, so genügt es, wenn der Vorsitzende dies mündlich verkündet.

Der Vorsitzende kann Zeit und – vorbehaltlich der Genehmigung der britischen Kontrollkommission – die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festsetzen, wenn der Zonenbeirat ihn hierzu ermächtigt hat.

§ 12

Der Vorsitzende erteilt das Wort. Er kann anordnen, daß die Wortmeldungen schriftlich beim Schriftführer zu erfolgen haben, der die Rednerliste führt.

Der Vorsitzende bestimmt die Reihenfolge der Redner, falls der Ältestenrat nichts anderes bestimmt. Dabei soll maßgebend sein zunächst die Sorge für sachgemäße Erledigung der Geschäfte und für zweckmäßige Gestaltung der Besprechung.

§ 13

Der Vorsitzende bestimmt den Berichterstatter. Hat eine Ausschußberatung stattgefunden, so bestimmt der Ausschuß den Berichterstatter. Dieser und bei Anträgen aus der Mitte der Versammlung der Antragsteller können sowohl bei Beginn wie auch nach Schluß der Besprechung das Wort verlangen.

Die Berichterstatter haben die Ausschußanträge zu vertreten. Sie dürfen sich auch sonst an der Beratung beteiligen, jedoch nur außerhalb des Begründungs- und Schlußwortes; sie müssen dabei erkennbar machen, daß sie nicht als Berichterstatter sprechen.

§ 14

Vor Erledigung der Tagesordnung kann die Sitzung nur auf Beschluß des Zonenbeirates geschlossen werden, und zwar auf Vorschlag des Vorsitzenden oder auf Antrag von 5 anwesenden Ratsmitgliedern.

Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung kann jederzeit bis zur Abstimmung gestellt werden und bedarf keiner Unterstützung.

Über Vorlage und Anträge der britischen Kontrollkommission und der Ausschüsse darf nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

§ 15

Zur Geschäftsordnung muß das Wort jederzeit gegeben werden, nicht aber während einer Rede oder während einer Abstimmung.

Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen sich nur auf die geschäftliche Behandlung des zur Besprechung oder Beschlußfassung stehenden Gegenstandes oder auf die Geschäftslage des Zonenbeirates beziehen und nicht länger als 5 Minuten dauern.

§ 16

Zu persönlichen Bemerkungen wird das Wort erst nach Schluß oder Vertagung der Besprechung erteilt. Sie dürfen nur persönliche Angriffe abwehren und eigene Ausführungen klarstellen.

§ 17

Außerhalb der Tagesordnung kann der Vorsitzende das Wort zur tatsächlichen Feststellung oder zu einer persönlichen Erklärung erteilen. In beiden Fällen ist sie ihm vorher schriftlich vorzulegen.

§ 18

Es ist nicht gestattet, Reden vorzulesen. Sonstige Schrift- oder Druckstücke dürfen nur mit Erlaubnis des Vorsitzenden vorgelesen werden; die Erlaubnis kann zurückgenommen werden.

§ 19

Der Zonenbeirat kann für bestimmte Beratungen auf Antrag des Ältestenrates mit 3/4 Mehrheit eine Längstdauer der Reden festsetzen. Spricht ein Ratsmitglied länger, so entzieht ihm der Vorsitzende nach einmaliger Mahnung das Wort.

§ 20

Wenn ein Redner die Ordnung verletzt, so kann ihn der Vorsitzende „zur Ordnung" und wenn er von dem Gegenstand der Verhandlung abschweift „zur Sache" rufen.

Der Redner kann gegen den Ordnungsruf schriftlich Einspruch erheben. Wird der Einspruch sofort erhoben, so ist die Verhandlung zu unterbrechen und der Einspruch dem Ältestenrat[13] zu unterbreiten. Über sein Votum wird nach Wiedereröffnung der Sitzung ohne Debatte abgestimmt.

---

13 2. Fassung: Ältestenausschuß.

§ 21

Ist ein Redner in derselben Sache dreimal „zur Ordnung" oder „zur Sache" gerufen worden, so kann der Vorsitzende ihm das Wort entziehen, wenn er nach dem zweiten Ruf zur Ordnung oder zur Sache auf diese Folge hingewiesen hat.

Ist einem Redner das Wort entzogen, dann kann ihm bis zur Eröffnung der Abstimmung über den Gegenstand das Wort nicht mehr gegeben werden.

Ausführungen, die ein Redner nach Entziehung des Wortes macht, werden nicht in den Sitzungsbericht aufgenommen.

§ 22

Wenn störende Unruhe entsteht, kann der Vorsitzende die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben.

Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er seinen Sitz, die Sitzung ist alsdann auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Der Vorsitzende kann jede Verletzung der Ordnung sofort im Ältestenrat zur Erörterung stellen und zu diesem Zwecke die Sitzung unterbrechen.

§ 23

Wenn sich niemand zu Wort meldet oder die Rednerliste erschöpft ist, erklärt der Vorsitzende die Besprechung für geschlossen.

Der Zonenbeirat kann die Besprechung auch vorher abbrechen und vertagen oder schließen. Der Antrag auf Vertagung oder Schluß der Besprechung bedarf der Unterstützung von 5 anwesenden Ratsmitgliedern. Findet er sie, so wird die Rednerliste vorgelesen und dann über den Schluß- oder Vertagungsantrag abgestimmt.

Der Schlußantrag geht dem Vertagungsantrag bei der Abstimmung vor.

Auch in einer Besprechung zur Geschäftsordnung oder über die Anberaumung der nächsten Sitzung oder die Feststellung der Tagesordnung ist ein Schlußantrag zulässig.

§ 24

Nachdem die Besprechung geschlossen ist und etwaige persönliche Bemerkungen erledigt sind, eröffnet der Vorsitzende die Abstimmung.

Er stellt die Fassung und die Reihenfolge der zu entscheidenden Fragen fest, und zwar so, daß sie sich mit ja oder nein beantworten lassen. Sie müssen stets in bejahendem Sinne gestellt sein.

§ 25

Abgestimmt wird in der Regel durch Handaufheben. Stimmgleichheit gilt als Verneinung der gestellten Frage. Bei Zweifeln über das Ergebnis wird Gegenprobe gemacht.

Geheim wird abgestimmt, wenn 1/5 der Anwesenden es beantragen.

§ 26

Zur Unterstützung und Beratung des Vorsitzenden wird ein Ältestenrat aus 4 Ratsmitgliedern eingesetzt, von denen je ein Mitglied von der Gruppe der Vertreter der politischen Parteien, von den Verwaltungsvertretern, von den Fachvertretern und von den Vertretern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gewählt wird. Im Ältestenrat führt der Vorsitzende des Zonenbeirates Vorsitz und Stimme. Der Ältestenrat wird vom Vorsitzenden zusammenberufen, auf Antrag von 2 Mitgliedern muß das geschehen.[14]

§ 27[15]

Der Zonenbeirat bestellt zur Vorbereitung der Verhandlungen folgende Ausschüsse:

1. den Hauptausschuß, dieser ist für Personalfragen und alle allgemeinen und solche Angelegenheiten zuständig, für die keine Sonderausschüsse bestellt sind, insbesondere auch für die Feststellung des Haushaltsplanes des Zonenbeirates,
2. den Rechts- und Verfassungsausschuß, der auch für die Geschäftsordnung und die Angelegenheiten der Justiz und der öffentlichen Sicherheit zuständig ist,
3. den Finanzausschuß[16],
4. den Wirtschaftsausschuß[17],
5. den Ernährungsausschuß,
6. den Sozialpolitischen Ausschuß,
7. den Verkehrsausschuß, der für Angelegenheiten des Verkehrswesens, der Post und Fernverbindungen zuständig ist,
8. den Wohlfahrtsausschuß, der auch für Angelegenheiten der Fürsorge, des Gesundheitswesens und des Flüchtlingswesens zuständig ist[18],

---

14 Mit Schreiben vom 26. 3. 1946 hatte der brit. Verbindungsstab mitgeteilt, daß gegen die Einsetzung eines Ältestenrates keine Bedenken bestünden, sofern kein Zweifel darüber vorliege, daß dessen Zuständigkeit auf GO-Angelegenheiten beschränkt sei und er keinen politisch aktiven Ausschuß darstelle (PA 1/65).

15 Zur Neufassung des § 27 vgl. Anl. 148.

16 Zum FA vgl. Dok. II.3, Anm. 45.

17 2. Fassung: „Wirtschafts- und Ernährungsausschuß", wodurch sich insgesamt nur 8 Ausschüsse ergaben.

18 2. Fassung: „Wohlfahrtsausschuß, der für Angelegenheiten des Gesundheitswesens und des Flüchtlingswesens zuständig ist". Die von *Adenauer* (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 168) formulier-

9. den Kulturausschuß.

Für einzelne[19] Gegenstände oder Fragen können besondere Ausschüsse vom Zonenbeirat eingesetzt werden.

Die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse soll in der Regel 7 nicht überschreiten.

Im Falle des Bedarfs können Unterausschüsse und Arbeitsgruppen durch Mehrheitsbeschluß eingesetzt werden.

Für die Tätigkeit der Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen ist die Geschäftsordnung des Zonenbeirates sinngemäß anzuwenden.

Soweit eine politische Partei oder die Gewerkschaften im Ausschuß nicht vertreten sind, haben sie das Recht, einen Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden.

§ 28

Die Ausschüsse sind beschlußfähig, wenn über die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Der Ausschuß wählt einen Schriftführer, der für die Niederschrift über die Verhandlungen und die Ausfertigung der Beschlüsse sowie deren Abgabe an den Generalsekretär Sorge zu tragen hat.

§ 29

Die Ratmitglieder erhalten Ersatz der notwendigen Barauslagen und des nachweislich entgangenen Verdienstes sowie der nachweislich entstandenen Vertretungskosten.

An Stelle des Ersatzes kann ein angemessener Pauschalsatz gewährt werden.

Die erforderlichen Bestimmungen beschließt der Zonenbeirat.

§ 30

Über Zweifel hinsichtlich der Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende, gegebenenfalls nach Beratung im Ältestenrat. Er kann einen Beschluß des Zonenbeirates herbeiführen. Er muß dies tun, wenn mindestens 3 Mitglieder des Zonenbeirates es verlangen.[20]

---

te Fassung blieb nicht die endgültige, die damit wohl auf eine Korrektur der KK zurückzuführen ist. – Zur Änderung der GO in diesem Punkte vgl. Anl. 148.

19 2. Fassung: „einige".

20 In der 2. Fassung heißt es leicht abweichend: „. . . gegebenenfalls nach Beratung im Ältestenrat. Wenn mindestens 3 Mitglieder des Zonenbeirates es verlangen, ist er zur Klärung eines solchen Zweifels verpflichtet. Er kann auch einen Beschluß des Zonenbeirates herbeiführen."

TOP 16 **Anlage 8**

Namensaufstellung der Mitglieder der Ausschüsse des Zonenbeirats[1]

Anlage zur 2. Sitzung.

PA 1/258.

Anhang A zu ZAC/M (46) 2.

1. Hauptausschuß

Kopf, Lehr, Reimann, Heile, Spliedt, Henßler, Adenauer [Vorsitzender]

2. Rechts- und Verfassungsausschuß

Amelunxen, Kopf, Heile [Vorsitzender], *Reimann, Groth, Adenauer, Karl, Lingemann, Steltzer*

3. Wirtschaftsausschuß[2]

Schlebusch, Petersen, Agartz [Vorsitzender], *Böckler, Everling, Otto, Hoffmann, Spliedt, Lehr*

4. Ernährungsausschuß

Drake, Tantzen, Hoffmann, Kopf, Otto, Schlange-Schöningen [Vorsitzender], *Everling, Agartz, Degkwitz*

5. Sozialpolitischer Ausschuß

Amelunxen, Kaisen, Hoffmann, Andrée, Otto, Karl, Spliedt [Vorsitzender]

6. Verkehrsausschuß

Groth, Karl, Schneider, Otto, Schwering [Vorsitzender], *Steltzer, Lehr*

7. Wohlfahrtsausschuß

Drake, Hoffmann, Andrée, Otto, Degkwitz [Vorsitzender], *Groth, Kopf*

8. Kulturausschuß[3]

Steltzer, Amelunxen, Schlebusch, Grimme [Vorsitzender], *Reimann, Adenauer, Henßler*

ferner als Berater: *Degkwitz*

9. Ältestenrat

Reimann (für die politischen Parteien); *Kopf* (für die Verwaltung); *Böckler* (für die Gewerkschaften); *Lingemann* (für die Fachvertreter)

---

1 Die Aufstellung bezieht sich als Anhang A auf das Kurzprot. der 2. Sitz., wobei ZAC/M (46) 2 wie folgt aufzuschlüsseln ist: Zonal Advisory Council, Minutes, 2. Sitz. 1946. – Zur Wahl der Ausschüsse vgl. Dok. II.3 mit Anm. 44–51.

2 Korrekt: Wirtschafts*politischer* Ausschuß (vgl. PA 1/276).

3 Später: Kultur*politischer* Ausschuß (vgl. PA 1/274).

TOP 17 **Anlage 9**

Entwurf des Haushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1946[1]

HStAD NW 53/256, fol. 148 f.

I. Einnahmen

1. Überweisungen aus dem Haushalt der Stadt Hamburg

II. Ausgaben

Persönliche Verwaltungsausgaben

1. Besoldungen:
   a) Gehälter der Beamten der Kanzlei, insgesamt 15 Personen, und zwar:
      1. Generalsekretär
      2. Ständiger Vertreter des Generalsekretärs
      3. Sekretär (Verwaltungsjurist)
      4. Sekretär (Fachmann für Wirtschaftsangelegenheiten)
      5. Sekretär (Fachmann für soziale Fragen, insbesondere Arbeitsrechtsfragen)
      6. Sekretär (Fachmann für Schulwesen)
      7. Sekretär (Fachmann für Fürsorgeangelegenheiten)
      8. Sekretär (Fachmann für Städtebauangelegenheiten)
      9. Sekretär (Fachmann für Kommunalverwaltungswesen)
      10. Sekretär (Fachmann für ausl.[ändische] Verwaltung und Wirtschaft)
      11. Sekretär (Fachmann für Presse- und Nachrichtenwesen)
      12. Sekretär (Fachmann für Arbeiterfragen)
      13. Organisationsreferent (Persönlicher Referent des Generalsekretärs)
      14. Organisationsreferent für Karteien und Sammlungen, Bücherei und dergleichen
      15. Organisationsreferent für Haushalts- und Kassenwesen
   b) Bezüge der Angestellten und Hilfskräfte, insgesamt 19 Personen, und zwar:
      1 Hilfsreferent (wissenschaftlicher Mitarbeiter)
      1 Sekretär (wissenschaftlicher Mitarbeiter, weibl.)
      1 Büroleiter
      2 Dolmetscher
      7 Stenotypistinnen

---

1 Laut „Notizen über die 2. Zonenbeiratssitzung . . .", angefertigt von Ministerialrat *Janich* für *Lehr* am 10. 4. [1946], hatte *Weisser* den Etatplan ohne Auswerfung von Zahlen vorgelegt; vgl. HStAD NW 53/528, fol. 269–295, fol. 274. Ein leicht veränderter Entwurf mit Kostenangaben als Vorlage zur 3. Sitz. in: HStAH Nds Z 50/77 b: 3. Tagung. – Die Gesamtausgaben wurden auf 578 600 RM beziffert. Ein weiterer Entwurf (Gesamtausgaben: 546 400 RM) in: AdsD, Bestand *Schumacher:* J 82. – Zur Behandlung im Plenum vgl. Dok. II.3 mit Anm. 52–62.

2 Bürokräfte
3 Amtsgehilfen
2 Kraftfahrer

2. Dienstaufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder (mtl. je 300 RM)
3. Sozialversicherungsbeiträge zu 1 b

Sächliche Verwaltungsausgaben

4. Geschäftsbedürfnisse
   a) Fahrgelder, Transportkosten, Frachtkosten
   b) Schreib- und Zeichenbedarf
   c) Druck- und Buchbindearbeiten, ausschl. Bücherei
   d) Sonstiges
5. Unterhalt und Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Diensträumen
   a) Neubeschaffung von Büromaschinen
   b) Neubeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen
   c) Instandsetzung und Unterhaltung der Geräte, Ausstattungsgegenstände und Büromaschinen
6. Bücherei, Archiv, Informationsmaterial
   a) Beschaffung von Büchern und Druckschriften
   b) Beschaffung von in- und ausl.[ändischen] Zeitungen und Zeitschriften, Gesetz- und Verordnungsblättern sowie Rundfunkgebühren
   c) Vervielfältigung von Protokollen und Veröffentlichungen
   d) Buchbinderarbeiten
7. Post-, Telegrafen- und Fernsprechverkehr
   a) Postgebühren
   b) Telegrammspesen
   c) Telefonspesen
   d) Verlegung von Fernsprechanlagen
   e) Kosten für Fernsprechanlagen in den Wohnungen der Beamten und Angestellten der Kanzlei
8. Bewirtschaftung der Diensträume
   a) Heizung
   b) Beleuchtung
   c) Reinigung
   d) Miete (Pauschale für 46 Räume)
   e) Sonstige Hausbewirtschaftungskosten
9. Haltung der Dienstkraftwagen
   a) Anschaffung eines Kraftwagens
   b) Betriebsstoff für 2 Kraftwagen
   c) Instandsetzungen für 2 Kraftwagen
10. Zur Verfügung des Generalsekretärs für Veranstaltungen
11. Reisekosten der Beamten und Angestellten der Kanzlei
12. Reisekosten für Sachverständige

13. Kosten für Sachverständigengutachten
14. Kosten für Verköstigung und Unterbringung von Tagungsteilnehmern sowie Kosten für Veranstaltungen während der Tagungen
15. Unvorhergesehenes

Insgesamt: RM

Zusammenstellung

I. Gesamteinnahmen . . . RM
II. Gesamtausgaben . . . RM

Bemerkungen:

Mit Rücksicht darauf, daß es sich bei dem Zonenbeirat um eine im Aufbau befindliche öffentliche Einrichtung handelt, erscheint es erforderlich, daß die Ausgabeposten untereinander deckungsfähig sowie auf das folgende Rechnungsjahr übertragbar sind.

TOP 20 **Anlage 10**

14. März 1946: Verwaltungsaufbau[1]

Anlage zur 2. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)7.

Auf der Länderkonferenz in Bremen wurde die Antwort der Militärregierung auf die Entschließung der Oldenburger Länderkonferenz in Sachen der Organisation der Verwaltung und der Amtsbezeichnungen der deutschen Beamten bekanntgegeben.[2] Es wurde anheimgestellt, die Auffassung der Länder und Provinzen über die zweckmäßige Organisation der Verwaltung im verbliebenen Reichsgebiet zusammenfassend darzulegen. Es ist zweckmäßig, daß diese Aufgabe nunmehr vom Zonenbeirat übernommen wird.

Oberpräsident *Steltzer* wird beantragen, daß ein Ausschuß zur Beratung dieser Fragen gebildet wird, der hauptsächlich folgende Probleme im einzelnen behandeln soll:

1 Vgl. a. a. O., mit Anm. 184–193.
2 Zur LChK in Oldenburg am 25. 1. 1946 vgl. AVB 1, S. 238 f. Zur Vorbesprechung der LChK in Bremen am 28. 2. 1946, einen Tag vor Konferenzbeginn am 1. 3., vgl. a. a. O., S. 301 f. – Siehe hierzu auch Rudzio, S. 56 ff.

a) Dezentralisation der Verwaltung durch Abgabe von Verwaltungsfunktionen an die mittleren und unteren Stufen der Verwaltung.
b) Stellung der sogenannten Reichssonderverwaltungen in der Mittel- und Unterstufe bei Durchführung der Dezentralisierung gemäß a).
c) Anpassung der territorialen Gliederung des verbliebenen Reichsgebietes an die Neuregelung gemäß a) und b).

TOP 21 Anlage 11

Öffentliche Feiertage in der britischen Zone[1]

Anlage zur 2. Sitzung.
PA 1/258.
Anhang A zu ZAC/P (46)5.

1. Die britische Kontrollkommission beabsichtigt, eine Verordnung zu erlassen, die die öffentlichen Feiertage in der britischen Zone regelt und auf gesetzlichem Wege die von dem Nazi-Regime geschaffenen besonderen Feiertage aufhebt. Ehe diese Verordnung entworfen wird, wünscht die britische Kontrollkommission durch den Zonenbeirat beraten zu werden, welche Tage des Jahres zu öffentlichen Feiertagen erklärt werden sollen.

2. Es ist anzunehmen, daß kaum eine Schwierigkeit dabei entsteht, sich zu einigen, daß der Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, Pfingstmontag sowie der 1. und 2. Weihnachtstag als öffentliche Feiertage anerkannt werden sollen.

3. Es wird jedoch Beratung benötigt, ob der Himmelfahrtstag, der Bußtag (der vorletzte Mittwoch vor dem 1. Advent), das Reformationsfest und der Fronleichnamstag öffentliche Feiertage sein sollen. Das Reformationsfest z. B. könnte in Gemeinden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung als öffentlicher Feiertag angesehen werden und der Fronleichnamstag als ein öffentlicher Feiertag in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung.

4. Auch wird Beratung benötigt, ob der 1. Mai öffentlicher Feiertag zum festlichen Begehen des Tages der Arbeit sein soll. Einige von den mit der Entscheidung dieser Frage verbundenen Gründen sind folgende:

   a) Für Behandlung des 1. Mai als Feiertag
      (i) Der 1. Mai pflegte in Deutschland, vor dem Nazi-Regime, als internationaler Tag der Arbeit gefeiert zu werden, so wie in Frankreich und anderen europäischen Ländern.

1 Engl. Fassung des vollständigen Schreibens der KK vom 20. 3. 1946 (ZAC/P (46)5: Public Holidays in the British Zone) in PA 1/96. Zur Diskussion in der 2. Sitz. vgl. Dok. II.3 mit Anm. 214–215.

(ii) Auch wird er gewiß in einigen oder allen übrigen Zonen Deutschlands gefeiert werden, und man könnte sagen, daß wir mit den übrigen Zonen so weit wie möglich Schritt halten sollten.

b) Gegen die Behandlung des 1. Mai als Feiertag

(i) Der 1. Mai ist ein Tag, der von gewissen politischen Parteien gefeiert wird. Deshalb könnte man annehmen, daß es falsch ist, einen derartigen Tag als öffentlichen Feiertag auszuersehen.
Wenn z. B. Arbeiter an diesem Tage feiern wollen, so können sie das nach den bestehenden Bestimmungen, entweder auf ihre eigenen Kosten oder gemäß ihren Arbeitsverträgen und Bedingungen, tun.

5. Es wird um die Beratung durch den Zonenbeirat über jegliche besonderen Punkte gebeten, die wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Erlaß der Verordnung entstehen können.

TOP 22 **Anlage 12**

25. April 1946: Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Anlage zur 2. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14103/ZAC. – ZAC/P (46)13.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 20. – Zur Diskussion in der 2. Sitz. vgl. Dok. II.3 mit Anm. 216.

TOP 25. III **Anlage 13**

27. März 1946: Antrag Oberpräsident Kopf (Hannover) und Bürgermeister Petersen (Hamburg)

PA 1/51.

Oberpräsident *Kopf* (Hannover) und Bürgermeister *Petersen* (Hamburg) stellen folgenden Antrag:

Der Zonenbeirat möge der Kontroll-Kommission empfehlen, zwecks Steigerung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung in der britischen Zone den Fischfang so weit wie möglich zu fördern.

Im einzelnen kann dies geschehen durch folgende Maßnahmen:

a) Es könnten Schiffe an die Fischdampfer-Reedereien zurückgegeben werden, die noch im Dienste der Kriegsmarine fahren.
b) Es könnten alle zur Zeit noch in Charter der Marine befindlichen bzw. marineeigenen Fischkutter in Schleswig-Holstein für den Fangeinsatz zur Verfügung gestellt werden (Für einen Teil der Fahrzeuge scheint dies bereits vorgesehen zu sein).
c) Es könnten 30 Fischdampfer sofort neu auf Kiel gelegt werden, vorausgesetzt, daß die nötigen Materialien dazu bewilligt werden.
d) Es könnte die Baugenehmigung für weitere Hochseekutter erteilt werden.

Ein diese Punkte erläuterndes Memorandum hat Bürgermeister *Petersen* der Militärregierung der Hansestadt Hamburg bereits am 22. März 1946 überreicht (Anlage).[1]

1 Das Memorandum *Petersens* vom 21. 3. 1946 erläuterte die in diesem Antrag genannten Punkte in englischer Sprache, vgl. HStAH Nds Z 50/77 c sowie Dok. II.3 mit Anm. 219.

TOP 14 **Anlage 14**

22. März 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zu Zusammenkünften der Chefs der Länder und Provinzen

HStAD NW 53/256, fol. 150. Übersetzung.

[. . .][1]

gez. E.*Thompson,* Capt., für den Kontrolleur Britischer Verbindungsstab

1 Vgl. den Abdruck dieses Schreibens in AVB 1, S. 355, Anm. 6. Zur Behandlung vgl. Dok. II.3 mit Anm. 17.

Anlage 15

1. April 1946: Presseveröffentlichung über die 2. Sitzung des Zonenbeirats[1]

Anlage zur 2. Sitzung.

PA 1/258.

Am 26. März 1946 begann die zweite Tagung des Zonenbeirates in Hamburg. Am ersten Nachmittag der Tagung wurden verschiedene Fragen bezüglich der Geschäftsführung und der Aufgaben des Beirates erörtert. Dr. *Lehr* wurde zum Vorsitzenden für die nächsten drei Monate gewählt, Dr. *Schumacher* als Zweiter Vorsitzender. Ferner wurden von dem Beirat verschiedene Ausschüsse, wie in der Geschäftsordnung des Beirates vorgesehen, gewählt, darunter ein Rechts- und Verfassungs-Ausschuß, sowie je ein Ausschuß für Wirtschaft, Ernährung, Sozialpolitik, Verkehr, Wohlfahrtsfürsorge und öffentliche Gesundheit sowie kulturelle Angelegenheiten.

Am zweiten Tage der Zusammenkunft wurde von Dr. *Schlange-Schöningen,* dem Leiter des deutschen Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, ein eingehender Bericht über die Ernährungslage gegeben. Auf seine Rede folgte eine lebhafte Diskussion, und mehrere Ratsmitglieder machten Ausführungen, in denen sie den Ernst der gegenwärtigen Lage betonten und eine Reihe von praktischen Maßnahmen vorschlugen, die von den deutschen Behörden selbst zur Besserung der Dinge ergriffen werden könnten.

Dr. *Agartz,* der Generalsekretär des deutschen Wirtschaftsbeirates[2] in Minden, berichtete über die Lage von Handel und Industrie und über die ersten Schritte in der Wirtschaftsplanung auf der Grundlage der vom Kontrollrat angenommenen Entschließung. Nach einer von der Kontrollkommission abgegebenen Erklärung werden für diese Planung in zunehmendem Maße deutsche Behörden verantwortlich sein. Dr. *Lehr,* Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz berichtete dann über die enge Verbindung zwischen der Lage des Kohlenbergbaues an der Ruhr und der für den Wiederaufbau notwendigen Schlüsselindustrien, insbesondere der Bauindustrie. Die Vorschläge, die sich aus der Debatte nach dieser Rede ergaben, wurden zur eingehenden Erörterung an Ausschüsse verwiesen. Anregungen von Ratsmit-

---

1 Die vollständige Überschrift lautet: „Übersetzung. KONTROLLKOMMISSION FÜR DEUTSCHLAND. BRITISCHER TEIL. ABTEILUNG FÜR BEZIEHUNGEN ZUR ÖFFENTLICHKEIT, DEN 1. APRIL 1946. Presseveröffentlichung über die zweite Sitzung des Zonenbeirats. DER ZONENBEIRAT. PRESSENOTIZ NO. F/95 c." Die hervorgehobenen Teile sind im Original durchgestrichen. – Zu Pressemeldungen über die 2. Sitz. des ZB vgl. etwa: Rheinische Post (Düsseldorf) vom 3. 4. 1946: „Tagung des Zonenbeirats"; Kieler Kurier vom 3. 4. 1946: „2. Tagung des Zonenbeirates. Hauptthemen: Ernährung, Wirtschaft, Verwaltungsneubau"; Lübecker Freie Presse vom 3. 4. 1946: „Zonenbeirat in voller Tätigkeit. Delegation zum Stuttgarter Länderrat beschlossen"; Lübecker Nachrichten vom 3. 4. 1946: „Der Zonenbeirat an der Arbeit. Erörterung der wichtigsten Tagesfragen". Allgemein zur Arbeit des ZB: Die Welt vom 18. 4. 1946: „Verwaltung auf neuen Wegen. Der Zonenbeirat beginnt mit der Arbeit".

2 Korrekt: Wirtschaftsrat.

gliedern, die eine stärkere Mitwirkung der Arbeiter bei den beabsichtigten Planungsmaßnahmen herbeizuführen wünschen, wurden zur Kenntnis genommen und begrüßt.

Die Erhaltung der Forsten ist als eine Maßnahme auf lange Sicht von größter Bedeutung für Deutschland. Ein Antrag über dieses Thema wurde von Oberpräsident *Kopf* vorgelegt und erläutert, und die Frage wurde einem besonderen Ausschuß zu eingehender Erörterung überwiesen.

Der nächste, von Oberpräsident *Steltzer* vorgetragene Punkt der Tagesordnung betraf den Neuaufbau der Verwaltung und behandelte insbesondere die Frage der Dezentralisierung. Die Versammlung nahm eine Entschließung an des Inhalts, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß diese Frage, vor ihrer weiteren Besprechung im Beirat, prüfen solle.

Auf Ersuchen der Kontrollkommission erörterte der Zonenbeirat sodann die Frage der jährlich wiederkehrenden Feiertage und unterbreitete der Kommission Vorschläge zu diesem Thema.

In einem Schreiben der Kontrollkommission wurde die Aufmerksamkeit des Zonenbeirates auf die heroische Handlungsweise des Direktors G.*Wagner* von der Steinkohlen-Gewerkschaft[3] in Essen und der Männer, die ihm bei der Rettung von Opfern der Grubenkatastrophe auf Monopol-Grimberg halfen, gelenkt. Der Beirat seinerseits gab seiner Bewunderung Ausdruck für die selbstlose und heroische Handlungsweise des Direktors *Wagner* und aller, die bei dem Rettungswerk mitwirkten.

Ferner beschloß der Beirat anläßlich des Todes von Kardinal Graf *Galen,* ein Beileidstelegramm an Kardinal Dr. *Frings* zu senden, in dem der Beirat das energische Eintreten des verstorbenen Kardinals für seine religiösen und nationalen Überzeugungen ehrt.

Mit großer Genugtuung wurde vom Zonenbeirat eine Mitteilung der Kontrollkommission aufgenommen, durch die der Beirat ermächtigt wird, eine Abordnung zu den Sitzungen des Länderrates nach Stuttgart zu entsenden und Verbindungsbeamte mit dem Länderrat in Stuttgart auszutauschen.

Es ist beabsichtigt, die nächste Sitzung des Zonenbeirates Anfang Mai abzuhalten.

3 Korrekt: von den Steinkohlen-Bergwerken.

II. 3

Wortprotokoll der 2. Sitzung 26.–27. März 1946

PA 1/253; ungez. und undat. Wortprot., 151 Bl.

Vorsitz: *Lehr*
Beginn: 26. März 1946, 16.00 Uhr[1]

Vorsitzender: Meine Herren! Ich eröffne die zweite Sitzung unseres Zonenbeirats und heiße alle Erschienenen herzlich willkommen. Ich eröffne diese Sitzung als Geschäftsführer ohne Auftrag, da mein bisheriges Mandat sich mit diesen einführenden Worten erledigt hat.

Wir kommen zu Punkt 1:

Wahl des Vorsitzenden

Das Wort hat Herr Oberpräsident *Kopf.*

Kopf: In der Kommission zur Prüfung der Geschäftsordnung ist festgelegt worden, und dieser Vorschlag wird Ihnen vorgelegt, daß die Wahl des Vorsitzenden für drei Monate erfolgen soll und daß für diese gleiche Zeit ein stellvertretender Vorsitzender gewählt werden soll.[2]

Für den Vorsitzenden schlage ich vor: Herrn Oberpräsidenten Dr. *Lehr* und für den Stellvertreter Dr. *Schumacher.*

Vorsitzender: Sie haben die Vorschläge gehört. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich stelle die einstimmige Annahme Ihrer Vorschläge fest und spreche Ihnen meinen Dank für die Wahl aus.

Wir kommen zu Punkt 2:

Verlesung des Protokolls [der 1. Sitzung]

Wird gewünscht, das Protokoll zu verlesen, oder sind Einwendungen gegen die Richtigkeit des Protokolls? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Bestätigung des Protokolls fest.

Wir kommen dann zu Punkt 3:

---

1 Vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23–3: 2. Sitz., 2 A: Zeitfolge der 2. Tagung des Zonenbeirates in Hamburg am 26. und 27. 03. 1946.
2 Vgl. Anl. 7, § 4.

Mitteilungen des Generalsekretärs

Weisser: Meine Herren! Die Vorbereitung der 2. Sitzung war in verschiedener Hinsicht nicht so durchzuführen, wie es bei hinlänglicher Zeit für diese Vorbereitung möglich gewesen wäre. Diese kleinen Unebenheiten bitte ich zu entschuldigen. Ich hoffe, daß bei den nächsten Sitzungen die Vorbereitungen so rechtzeitig durchgeführt werden können, daß sowohl in technischer wie in sachlicher Hinsicht die Sitzungen wunschgemäß verlaufen.

Es wird in erster Linie interessieren, von dem Beginn der Einrichtung der Kanzlei zu hören. Dazu haben wir bisher etwa 10 Tage Zeit gehabt, und ich habe auf dem Standpunkte gestanden, daß wir diese Dinge nicht überstürzen sollten, sondern daß die Aufgaben es vorzeichnen, was in der Kanzlei geschaffen und aufgebaut werden sollte. Wir haben daher die Arbeit mit den in vorsorglicher Weise von der Stadt Hamburg bereitgestellten Kräften durchgeführt, und ich darf der Stadt Hamburg für diese erste Vorsorge besonders danken.[3]

Der provisorische Charakter unserer Arbeit in diesen 10 Tagen bedingt es auch, daß ich dem Geschäftsordnungsausschuß heute vormittag noch keine Vorschläge zum Entwurf einer Kanzleiordnung und für die Geschäfte des Generalsekretärs vorgelegt habe.[4] Wir kamen in dem Geschäftsordnungsausschuß dahin überein, daß es besser ist, diese Dinge zunächst einige Wochen anlaufen zu lassen, bevor eine solche Kanzleiordnung, die selbstverständlich erlassen werden muß, zustandekommt.[5]

Ich darf in bezug auf die Mitarbeit der Kanzlei nach den Verhandlungen, die mit den Beteiligten gepflogen worden sind, mich auf drei kurze Feststellungen beschränken:

Es wird von allen Seiten eine ausgesprochene Qualität für die Arbeitskräfte der Kanzlei gewünscht. Auf der anderen Seite steht absolut fest, daß es kein Kabinett en miniature sein kann und sein will. Es wird also eine Qualität wie in den Reichsministerien die Ministerialräte und -direktoren. Das erfordert ein für die hier vorliegenden Aufgaben ausreichendes fachliches und Intelligenzniveau, und ich glaube, wir haben so dringende Aufgaben, daß auch das Arbeitstempo sehr kräftig und rasch sein muß, so etwa wie in den besten Zeiten des Städtetags. Vor allem aber scheint mir wesentlich zu sein, daß die Kräfte der Kanzlei mit der Hingabe arbeiten, mit derjenigen Hingabe an die deutsche Aufgabe, die hier vorliegt, die wir jetzt als unsere Pflicht empfinden.

Dies nur als vorausgeschickte Worte zu den Beratungen des Hauptausschusses[6] und des Plenums über das Personelle der Kanzlei.

---

3 Vgl. Dok. I.12, Anm. 8.
4 Ein Prot. der Sitz. des GO-Ausschusses vom 26. 3. 1946 war im Bestand des PA und des BA nicht zu ermitteln.
5 Vgl. Anl. 47.
6 Korrekt: GO-Ausschuß; er tagte laut Zeitfolge der 2. Sitz. (vgl. o. Anm. 1) als einziger Ausschuß.

Die erste Frage in sachlicher Hinsicht, die geklärt werden mußte, war die Zusammenarbeit zwischen dem Zonenbeirat und den in der Entwicklung begriffenen Zentralbehörden der Zone[7], denn sie haben Vorlagen auszuarbeiten, auch nach den Anweisungen von englischer Seite, und auf der anderen Seite haben sie als Ressorts ihre bestimmten Aufgaben, bezüglich derer sie unmittelbar mit den entsprechenden Abteilungen der Militärregierung verkehren müssen, und sie haben zum Teil auch Beiräte, die diese Vorlagen prüfen. Damit hier eine klare Bahn geschaffen wird und keine Spannungen entstehen, ist in den Beratungen über den Verbindungsstab eine Formel derart gefunden worden, daß die Zentralbehörden alle Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung dem Zonenbeirat vorlegen, daß aber andererseits der Zonenbeirat sich der Erörterung enthält, soweit Fragen reinen Ressortcharakter haben.

Das ist keine festliegende Formulierung. In sachlicher Hinsicht erfordert es Vertrauen und ein gewisses Taktgefühl und ein Sich-Einspielen an Tradition. Es ist aber kein Zweifel, daß sich eine solche Handhabung bei beiderseitigem guten Willen einspielen kann.

Nach diesen Gesichtspunkten würden auch die Anträge der Mitglieder des Zonenbeirats behandelt. Es wird sich also empfehlen, daß die Mitglieder des Zonenbeirats Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung hier zur Erörterung stellen; haben die Angelegenheiten aber einen Ressortcharakter, wird sich empfehlen, daß sie diesen Behörden der Zone mit ihren eigenen Gremien überlassen werden. Beispielsweise könnte es sich so verhalten, daß Mitglieder des Zonenbeirats, die zugleich Mitglieder des Beirats in Minden[8] sind, eine solche Angelegenheit in Minden vortragen, während sie eine Frage von allgemeiner Bedeutung, die weit über die einzelnen Ressorts hinausgeht, hier anschneiden.

Meine Herren! Es ist eine Serie von Eingängen in der Kanzlei eingelaufen, über die ich wegen der allgemeinen Bedeutung hier berichten darf.

Zunächst ist der britischen Militärregierung über die Kontrollkommission mitgeteilt worden, daß eine Teilnahme an der bevorstehenden Sitzung des Länderrates in Stuttgart möglich und erwünscht ist.[9]

Es heißt[10]:

Gemeinsame Zusammenkunft deutscher Beamter
der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands

---

7 Zur Organisation der „Zonenzentralämter" vgl. das Schaubild II bei Vogel, Westdtld. I, nach S. 18.

8 Zum „Deutschen Wirtschaftsrat für die britische Zone" (German Economic Advisory Council) mit Sitz in Minden vgl. Vogel, Westdtld. II, S. 97–102.

9 Am 3. 4. 1946 kam es zu einer Tagung des LR mit Mitgliedern des ZB in Stuttgart, vgl. AVB 1, S. 422–441, sowie Anl. 22; siehe auch u. mit Anm. 64–66 und Anm. 169–172. In einem Telegramm vom 6. 3. 1946 hatte *Roßmann*, der GS des LR, anläßlich der Eröffnung des ZB bereits die Hoffnung auf eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen geäußert, vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23–1: Organisation . . ., 54.

10 Inserat des im Wortprot. nur unvollständig wiedergegebenen Schreibens der KK vom 22. 3. 1946 (HQ/14053/ZAC; ZAC/P (46) 11) gemäß Übersetzung in PA 1/65.

⟨1. Bei der Zusammenkunft deutscher Beamter von der britischen und der amerikanischen Zone, die am 1. März 1946 in Bremen stattgefunden hat, wurden deutsche Beamte der britischen Zone eingeladen, mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone am 3. April 1946 in Stuttgart zusammenzutreffen.[11]

2. Dieser Vorschlag ist von den britischen und amerikanischen Behörden genehmigt worden, und sie sind übereingekommen, daß alle künftigen Einladungen, die von den amerikanischen Behörden genehmigt worden sind, nunmehr dem Zonenbeirat zugewiesen werden, der geeignete Delegierte aus der Zahl seiner Mitglieder namhaft zu machen hat.

3. Es ist auch angeregt worden, daß ein ständiger Austausch je eines Verbindungsbeamten zwischen dem Zonenbeirat und dem Länderrat der amerikanischen Zone stattfinden soll. Diese Anregung hat die Genehmigung der britischen und amerikanischen Behörden gefunden.[12]

4. Außerdem kann der Zonenbeirat entsprechende Einladungen an Beamte des Länderrats der amerikanischen Zone senden zur Teilnahme an Sitzungen des Zonenbeirates, mit der Maßgabe, daß, wenn solche Sitzungen als gemeinsame Zusammenkünfte stattfinden, sie keine exekutive Vollmacht haben, und alle etwa getroffenen Abmachungen der Bestätigung sowohl der englischen als auch der amerikanischen Behörden bedürfen.[13]

5. Der Zonenbeirat wird daher aufgefordert, diese Angelegenheit bei seiner zweiten Sitzung zu erörtern und dem britischen Verbindungsstab aufzugeben:
   a) die Namen der an der Stuttgarter Zusammenkunft teilnehmenden Vertreter des Zonenbeirats,
   b) den Namen des für ständigen Verbindungsdienst beim Länderrat auserwählten Beamten. Diese Ernennung bedarf der Genehmigung durch die britische Kontrollkommission.

---

11 Vgl. das Prot. der gemeinsamen LChK am 28. 2./1. 3. 1946 in AVB 1, S. 290–300.

12 Auf der LChk am 25./26. 3. 1946 in Hamburg hatten *Amelunxen* und *Lehr* für die Entsendung eines ständigen Vertreters des ZB zum LR den Legationsrat a. D. Eugen *Budde* vorgeschlagen. Von dieser Idee wurde dann aber aus dem Grunde einer „nicht kongruenten Konstruktion" von ZB und LR Abstand genommen, so *Lehr* in einem Rundschreiben an die Länderchefs vom 16. 4. 1946, vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 125/6. Ein Angebot Bremens, Material oder Informationen durch seinen ständigen Vertreter beim LR zu beschaffen, wurde auf der LChK am 8. 7. 1946 in Celle zurückhaltend aufgenommen (vgl. a. a. O., Nr. 131/40: tom *Moehlen* an *Budde,* 4. 6. und 20. 7. 1946; *Budde* an *Lehr,* 6. 6. 1946; siehe ferner a. a. O., Nr. 131/41: Berichte des Bevollmächtigten Bremens beim LR [Hermann G. *Schütte*]). Nach Foelz-Schroeter, S. 184, Anm. 81, übte *Budde* die Funktion eines ständigen Vertreters des ZB beim LR zumindest für einige Monate aus, während das Angebot Bremens durch die bizonale Entwicklung überholt wurde (a. a. O., S. 60).

13 Vgl. hierzu das aufschlußreiche „Teilprotokoll zu der Beratung der Herren Regierungschefs der amerikanischen und britischen Zone im Gästehaus des Senats" in Bremen am 28. 2. 1946, undat., Aufschrift: Dr. *Friese,* in: StAB 3–R.1. m. Nr. 125/3. Der von MP *Maier* (Württemberg-Baden) (im Teilprot., Bl. 3, fälschlich *Geiler*) vorgebrachte Vorschlag einer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Zonen – vierteljährliche gemeinsame Tagungen der Länderchefs, Bildung eines gemeinsamen beratenden Ausschusses – wurde von Capt. *Thomas,* HQ der brit. MR in Bad Oeynhausen, abgelehnt, da er „in derart konkreter Form ein heißes Eisen" sei und die Zuständigkeit des KR berühre. Engste Fühlungnahme zwischen den dt. Zonenleitungen sei jedoch der brit. Wunsch. Der engl. Verbindungsoffizier der MR, Hannover Region, Col. *Brazier,* äußerte auf *Maiers* Vorschlag nur: „Die Leute träumen ja". Vgl. hierzu auch die Darstellung der Sitzung bei Thomas, S. 161 ff. – Vertreter des LR nahmen erstmals an der 5. Sitz. des ZB teil, vgl. Dok. V.2.

6. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, daß zwei Flugzeuge die Gruppe dieses Mal nach und von Stuttgart bringen. In dem Flugzeug, das am 2. April 1946 den Flugplatz Bückeburg verläßt, werden zehn Sitze für Mitglieder des Zonenbeirates zur Verfügung stehen. Der Preis für Hin- und Rückreise wird wahrscheinlich bei RM 600/700 je Person liegen. Weitere Einzelheiten werden den Reiseteilnehmern von Major *Gibb* vom britischen Verbindungsstab gegeben, der die Gruppe begleitet.〉

Sodann liegt ein Schreiben an die Kanzlei vor, das die Frage der Vertretung des Handwerks durch ein Mitglied im Zonenbeirat betrifft. Die Mitglieder des Zonenbeirates haben sich dahin verständigt, die Forderung der Militärregierung zu übermitteln. Ich bin beauftragt, dieses Schreiben dem Zonenbeirat mitzuteilen.[14]

„Aus Kreisen des Handwerks ist die Bitte an uns herangetragen worden, für eine entsprechende Berücksichtigung des Handwerks im Zonenbeirat einzutreten. Der Umstand, daß die Gewerkschaften und insbesondere die Konsumgenossenschaften im Zonenbeirat ausdrücklich eine mehrköpfige Vertretung erhalten haben, macht den Wunsch des Handwerks nach einer entsprechenden Vertretung im Zonenbeirat verständlich.

〈Mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Berufsstandes des Handwerks, insbesondere auch für den Wiederaufbau, bitten die unterzeichneten Ratsmitglieder, die Anregung über den Verbindungsstab an die Kontrollkommission befürwortend weiterzuleiten.“〉

Dieses Schreiben wird an den Verbindungsstab weitergegeben werden, und dann wird die Kontrollkommission darüber befinden, ob ein weiteres Mitglied des Handwerks in Frage kommt.[15]

Eine weitere Mitteilung liegt vom Deutschen Städtetag für die britische Zone vor. Der Deutsche Städtetag hat seinerseits die Absicht, unmittelbar an die Militärregierung heranzutreten mit der Bitte, die kreisfreien deutschen Städte, die insgesamt mehr als die Hälfte der Bevölkerung der britischen Zone umfassen, im Zonenbeirat vertreten sein zu lassen, und bittet den Zonenbeirat, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Städtetag diesen Antrag gestellt hat.[16]

Ein weiteres Schreiben geht von dem Verbindungsstabe aus und betrifft die Zusammenkünfte der Chefs der Länder und Provinzen. Es handelt sich um die Frage, in welcher Weise diese Zusammenkünfte der Chefs der Länder und Provinzen

---

14 Das Schreiben ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert. Es handelt sich um eine Stellungnahme der Verwaltungsvertreter im ZB vom 26. 3. 1946. Am 9. 3. 1946 hatte sich die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf an *Lehr* gewandt und ihn gebeten, sich für eine Vertretung des Handwerks im ZB einzusetzen, vgl. HStAD NW 53/256, fol. 125. In einem Rundschreiben vom 14. 3. 1946 an alle Vertreter der Verwaltung im ZB stellte *Lehr* das Problem dar, worauf diese sich in einem gemeinsamen Schreiben an das dt. Generalsekretariat vom 26. 3. 1946 für eine befürwortende Weiterleitung an die KK aussprachen. Dieses Schreiben trägt die Unterschriften: *Lehr, Tantzen, Steltzer, Schlebusch, Kaisen, Drake, Petersen* und wird im folgenden von *Weisser* verlesen. Inserat gemäß PA 1/65.

15 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 39.

16 Der vorläufige Zonenvorstand des Dt. Städtetages (Brit. Zone) hatte in seiner Sitzung vom 23. 3. 1946 einen entsprechenden Wunsch formuliert, wollte jedoch mit einem offiziellen Antrag solange warten, bis der Städtetag von der MR genehmigt war, vgl. PA 1/248: van *Aubel,* vorläufiger Geschäftsführer, an *Weisser,* 4. 4. 1946. Mit Schreiben vom 27. 5. 1946 teilte der brit. Verbindungsstab dem Generalsekretariat des ZB mit, daß einer Vertretung des Städtetages im ZB nicht zugstimmt werde, da seine Interessen durch die Verwaltungschefs bereits in angemessener Weise repräsentiert seien, vgl. a. a. O. Siehe auch Dok. VII.3 mit Anm. 25.

künftig fortgesetzt werden. Darüber hat sich die Militärregierung ausgesprochen. Ich möchte über den Punkt C dieses Schreibens berichten, der auf folgende Möglichkeit verweist:

> „Falls der Zonenbeirat einen ständigen Ausschuß der Chefs der Länder und Provinzen der Zone einsetzen will, so kann bei seinen Sitzungen ein Mitglied des britischen Verbindungsstabes zugegen sein. Ein solcher Ausschuß würde an den Zonenbeirat zu berichten haben."[17]

Aus diesem Schreiben ergibt sich also die Frage, ob etwa in Ergänzung der Ausschüsse, die die Geschäftsordnung bisher vorsieht, ein weiterer Ausschuß gebildet werden sollte, dessen geborene Mitglieder die Chefs der Länder- und Provinzialregierungen sein würden. Dieser Ausschuß würde die Aufgabe haben, Fragen von regionaler Bedeutung zu erörtern und Vorlagen, die unter regionalen, also unter Gebietsgesichtspunkten bedeutsam sind, zur Sprache zu bringen. Das ist der Sinn dieses Schreibens.

Ich berichte weiter über einen Eingang von Herrn Präsident *Schneider,* der sich dahin ausspricht, daß die Mitglieder, die die Zonen-Zentralbehörden vertreten, ein höchst persönliches Amt ausüben, so daß für eine Vertretungsmöglichkeit eigentlich kein Raum sei.[18] Ich habe diese Frage mit den Herren des Verbindungsstabes besprochen, und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Vertreter dieser Zonen-Zentralbehörden zugleich persönliche Mitglieder sind wie auch Vertreter ihres Amtes und daß es eine zweckmäßige Regelung sei, wenn sie Vertreter haben, denn in dem Falle, daß sie behindert sind, würde auch ihr Amt nicht vertreten sein.

Es ist aber nicht so gemeint, daß diese Vertreter ständig den Behördenchef ersetzen, sondern daß sie eben nur kommen, wenn der Behördenchef es eben nicht für wichtig hält, an der Sitzung teilzunehmen oder schlechthin behindert ist. Es ist dies also als Entlastung gedacht für die erforderlichen Angelegenheiten, besonders dann, wenn die Sitzungen an Zahl zunehmen und die Belastung der einzelnen Herren zu groß wird.

Hierzu liegt noch ein Schreiben des Verbindungsstabes vor, das sich mit der Ernennung von Stellvertretern beschäftigt.[19] Es wird mitgeteilt, daß nach der kürzlichen Entscheidung der Britischen Kontrollkommission die Stellvertreter von Ratsmitgliedern mit Ausnahme der politischen und der Verwaltungsmitglieder durch die zuständige Abteilung der Kontrollkommission ernannt werden sollen, an die

---

17 Vgl. Anl. 14. – Nach tom *Moehlen* wollte *Weisser* die LChK gemäß Ziffer c) organisieren. Tom *Moehlen* hingegen hielt eine solche Regelung für sehr bedenklich, „da sich die Konferenz damit in völlige Abhängigkeit des Zonenbeirats brächte", vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 2: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 22. 3. 1946, hs. Vermerk tom *Moehlens.* – Auf ihrer Konferenz am 26. 3. 1946 in Hamburg erblickten die Länderchefs in der von der MR vorgesehenen Änderung eine Schwächung ihrer Position. Sie konnten sich nicht entschließen, den in Ziffer c) vorgeschlagenen Ausschuß beim ZB zu beantragen; die LChK sollten aber weiterhin stattfinden, vgl. a. a. O., Nr. 125/4: Zusammenarbeit der Chefs der Länder und Provinzen am 26. 3. 1946 in Hamburg, abgezeichnet von *Kaisen* und tom *Moehlen,* 17. 4. [1946]. In den folgenden Sitzungen flossen sehr viele Beratungsgegenstände der LChK in die Debatten des ZB ein, wobei die LChK meist unmittelbar vor den Sitzungen des ZB stattfanden.

18 Das Schreiben *Schneiders* war im Bestand des PA und des BA nicht zu ermitteln. Bereits in der 1. Sitz. hatte *Schneider* sich zur Frage der Vertretung geäußert (vgl. Dok. I.13. III).

19 Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 26. 3. 1946 in: PA 1/65.

alle Anregungen seitens der Ratsmitglieder zu leiten sind, also nicht durch die Kontrollkommission als solche, sondern durch die Abteilung, die für die betreffende deutsche Stelle zuständig ist.

Es wird daher gebeten, im Falle des Herrn Präsidenten *Schneider* mitzuteilen, daß sein Vorschlag bezüglich der Vertretung – er hat Herrn Dr. *Lapp* benannt – an die zuständige Kommission einzureichen ist; von der geht er an die Kontrollkommission, die den Vertreter ernennt.[20] Dieser Weg gilt nicht für die politischen Vertreter und die Verwaltungsvertreter, die in der Lage sind, sich selbst einen Vertreter auszuwählen, den sie für die Arbeit an ihrer Statt bereitstellen.[21]

Im Auftrage des Verbindungsstabes darf ich noch besonders darauf hinweisen, daß der noch inzwischen hinzugekommene Tagesordnungspunkt, der sich mit den Feiertagen beschäftigt, mindestens in einer Hinsicht eilig ist. Der 1. Mai steht vor der Tür, und die britische Militärregierung bittet, daß, wenn wir zu diesem Tagesordnungspunkte kommen, dann auf alle Fälle die Frage des 1. Mai heute oder morgen entschieden wird.[22]

Ich darf nun zu den Fragen der Tagesordnung kommen, die sich von der ursprünglich von Ihnen in der ersten Sitzung beratenen Form unterscheidet.[23]

Wir haben die Vorschrift der Militärregierung in bezug auf die Genehmigung der Tagesordnungspunkte zu beachten.[24] Wir haben nun inzwischen in diesen 1 ½ Wochen in aller Eile eine Art Form zu finden gesucht, wie die Tagesordnungspunkte so rechtzeitig geklärt werden können, nicht nur bezeichnet, sondern auch für die sachliche Arbeit vorbereitet werden, daß sie den Ansprüchen der britischen Militärregierung entsprechend klar und eindeutig genug und andererseits für alle Mitglieder des Zonenbeirates – auch die nichtbeamteten Mitglieder – so klar sind, daß jeder, auch der nicht unmittelbar in der Sache Stehende weiß, worum es geht und zu welcher Frage er Stellung nehmen soll.

Es war eine besondere Freundlichkeit des Verbindungsstabes, daß er in der kurzen Zeit durch Ausnützung aller Nachrichtenübermittlungsmittel unter großen Anstrengungen dazu beigetragen hat, daß diese Vorbedingung wenigstens für einen Teil der Tagesordnungspunkte in der Kürze der Zeit noch erfüllt werden konnte. Immerhin aber hat sich auf der Seite des Verbindungsstabes der Eindruck gebildet, daß es ratsam ist, der Form der Vorbereitung der Tagesordnung eine etwas festere Gestalt zu geben, und er hat uns dazu geschrieben.

Ich möchte aus diesem Schreiben nur das bekanntgeben, was für die künftigen Sitzungen noch wichtig ist.[25]

---

20 Mit Schreiben vom 28. 5. 1946 teilte der brit. Verbindungsstab u. a. mit, daß Gerhard *Lapp* befugt sei, *Schneider* zu vertreten (a. a. O.).

21 Vgl. hierzu ein weiteres Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 26. 3. 1946 betr. Ernennung von Stellvertretern für Mitglieder des Zonenbeirates (a. a. O.).

22 Vgl. u. mit Anm. 214–215.

23 Vgl. Dok. I.12, TOP 10.

24 Vgl. die §§ 1, 5 und 7 der GO (Anl. 7).

25 Vgl. das Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 14. 3. 1946, HStAD NW 53/256, fol. 147.

Es ist von der Kontrollkommission Wert darauf gelegt worden, daß die zur Tagesordnung angemeldeten Punkte von den Antragstellern nicht in einer zu allgemeinen Weise begrenzt werden, so daß die Kontrollkommission nicht erkennt, was zu besprechen beabsichtigt ist. Das muß verhütet werden, und es wird vom Verbindungsstabe erläutert, daß dies auch nicht zuletzt im Interesse der Mitglieder des Zonenbeirats gemeint ist, die nicht so in der laufenden Verwaltungsarbeit stehen, wie das bei einem anderen Teile der Mitglieder der Fall ist.

Ferner wird mitgeteilt, daß die Kontrollkommission eine Anweisung vorbereitet für das Verfahren, das von den Ratsmitgliedern bei der Beratung von Vorschlägen einzuhalten ist, zwecks Aufnahme in die Geschäftsordnung des Rates. Es würde das, Herr Oberbürgermeister *Adenauer,* noch später in die Geschäftsordnung einzuarbeiten sein, wenn wir uns mit dieser Anweisung beschäftigt haben.

Schon jetzt bis zum Erscheinen dieser Anweisung möchte, so regt der Verbindungsstab an, folgendes beachtet werden[26]:

Es soll eine genauere Formulierung der Anträge, die zur Debatte vorgeschlagen werden, und der an die Kontrollkommission zu gebenden Ratschläge zum Ausdruck kommen, und es soll eine Begründung beigefügt werden, wie wir es ausdrücken, die in einer kurzen Abhandlung besteht, die den Anlaß, das Motiv, der vorliegenden Erscheinungen kennzeichnet, die zu einer Antragstellung führen, sodann zu diesen Erscheinungen kurz Stellung nimmt und dann am Schluß den Antrag oder die Anträge formuliert. – Ich gebe von diesen Dingen Kenntnis.

Es sind nun auf der Tagesordnung einige wenige Punkte geblieben, aber ich glaube, daß auch diese wenigen Punkte eine Sitzung wie die heutige rechtfertigen; besonders der Punkt Verwaltungsreform, der von der Militärregierung nach den Bemühungen des Verbindungsstabes genehmigt ist, ist von so überragender Bedeutung und von so absoluter Wichtigkeit für unsere ganze Arbeit, daß es immerhin wesentlich ist, daß dieser Punkt auf alle Fälle behandelt werden kann.

Was den ebenfalls genehmigten Tagesordnungspunkt: „Erhaltung des deutschen Waldes" anlangt, so wird von der Militärregierung gewünscht, daß von einem fachlichen Referat zunächst abgesehen wird und lediglich der Herr Antragsteller seine Überzeugung vorträgt, die zu dem Antrage geführt hat. Dann wird die zuständige Abteilung der Britischen Militärregierung dazu Stellung nehmen, und die deutschen Forstfachleute werden dann das Ihrige beitragen können.[27] – Ich möchte vermuten, daß der Zonenbeirat einen Ausschuß mit der weiteren Bearbeitung befassen wird.

---

26 Vgl. das im folgenden wiedergegebene Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 23. 3. 1946 betr. Vorschrift für das Verfahren bei der Vorlage von Anträgen und der Vorbereitung der Tagesordnung und Unterlagen für den Zonenbeirat (Übersetzung), HStAD NW 53/719, fol. 64.

27 Ursprünglich hatte Oberlandforstmeister *Hausmann* (Provinz Hannover) das Fachreferat halten sollen, doch der brit. Verbindungsstab wünschte keinen ausführlichen Vortrag. Nach Möglichkeit, so die Briten, sollte *Kopf* als Antragsteller sprechen. *Weisser* schlug vor, daß *Hausmann Kopf* sein Exposé zur Verfügung stellen möge, vgl. HStAH Nds. Z 50/81: Telefonischer Anruf von Herrn *Weisser,* 20. 3. 1946 [beim Oberpräsidium der Provinz Hannover].

Auch zur Frage der Verwaltungsreform sind eigene Mitteilungen der Militärregierung angekündigt, wobei auch die von den Herren Antragstellern vorgesehene Erörterung territorialer Fragen eine Behandlung finden wird.

Was den Antrag des Herrn Oberpräsidenten Dr. *Lehr* betr. Freigabe von Kohlenmengen für die Schlüsselindustrie, insbesondere für die Bauwirtschaft anlangt[28], so hat sich in letzter Minute doch noch die Möglichkeit ergeben, diesen Punkt zu behandeln, und ich darf den Herrn Vorsitzenden bitten – nach der Meinung des Verbindungsstabes –, daß der Punkt 11: „Sonstiges", bei dem an und für sich Grundsätzliches nicht mehr vorgesehen werden soll, nachdem in diesem Falle eine Genehmigung der Militärregierung nachträglich eingegangen ist, dazu benutzt wird, diesen Punkt noch zu behandeln, wobei die Militärregierung darauf aufmerksam macht, daß die Gesamtlage der Industrie in dem sogenannten „Spartaplan" der Militärregierung berücksichtigt ist, der bereits an den Deutschen Wirtschaftsrat geleitet wurde. Die Ratsmitglieder für Handel und Industrie dürften daher in der Lage sein, dem Zonenbeirat einen Überblick über den Spartaplan zu geben, wenn dies für nötig erachtet wird.[29]

Das wird also die Tagesordnung noch ergänzen.

Ich möchte nun noch auf die beiden endgültig abgelehnten Tagesordnungspunkte mit zwei Worten zu sprechen kommen.

Der erste ist der Zusammenhang zwischen der Kohlenproduktion und der Kürzung der Lebensmittelrationen, ebenfalls ein Antrag des Herrn Oberpräsidenten Dr. *Lehr,* der auch noch mit einer größeren schriftlichen Begründung versehen wurde, aber noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte, weil es in der Kürze der Zeit nicht möglich war, daß die zuständige Abteilung der Militärregierung ihre Stellungnahme formulieren konnte. Bezüglich dieser Vorlage des Herrn Antragstellers ist also ohne weiteres damit zu rechnen, daß sie in der nächsten Sitzung ausführlich behandelt werden kann.[30]

Danach verbleibt der Tagesordnungspunkt, der sich mit der Stillegung von Wirtschaftszweigen aus Gründen der wirtschaftlichen Abrüstung befassen sollte.

Dieser Punkt, über den schon die Bremer Länderkonferenz beraten hatte, ist von der Tagesordnung abgesetzt worden.[31] Der Verbindungsstab hat bei der Bespre-

---

28 Ein Antrag ist bei den Sitzungsunterlagen nicht überliefert. Vgl. hierzu aber Dok. I.12, TOP 10: b) Kohlenfrage.

29 Vgl. u. mit Anm. 157–161.

30 Vgl. Anl. 19; *Lehr* hatte bereits am 12. 3. 1946 ein umfangreiches Schreiben betr. „Die Lebensmittelkürzung und ihre Rückwirkungen auf die Bevölkerung" an die MR der North Rhine Region gerichtet. Am 21. 3. 1946 sandte *Lehr* dem Generalsekretariat des ZB drei Erfahrungsberichte zu betr. „Auswirkungen der Lebensmittelkürzungen auf die Arbeitsleistung auf den Kohlenzechen, in der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie" (alle Schriftstücke in PA 1/155).

31 Vgl. Dok. II.1 mit Anm. 4. *Lehr* hatte für diese 2. Sitz. ein Referat des Bremer Wirtschaftssenators Gustav Wilhelm *Harmssen* auf die Tagesordnung setzen wollen, da *Harmssen* bereits auf der LChK am 28. 2./1. 3. 1946 in Bremen einen einschlägigen Vortrag über „Industrie, Landwirtschaft und Außenhandel als Basis unserer Existenz" gehalten hatte, vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 125/3: Anl. 5 zum Prot. der Sitz. vom 1. 3. 1946; Korrespondenz *Lehr/Kaisen* vom 11. 3./20. 3. 1946 in: HStAD NW 53/256, fol. 84 und fol. 123. Die brit. MR genehmigte

chung dieses Teils der ursprünglich vorgesehenen Tagesordnung an die Worte von General *Templer* [!][32] erinnert, daß es Materien gebe, deren Besprechung nicht möglich ist. Daher ist nicht damit zu rechnen, daß dieser Punkt etwa für die nächste Sitzung verhandlungsfähig gemacht werden kann.[33] Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß es naturgemäß für den Zonenbeirat recht schmerzlich sei, wenn Angelegenheiten, die in besonderem Maße das Schicksal des deutschen Volkes in seiner heutigen Notlage berühren, zeitweilig nicht verhandelt werden können.

Nun habe ich allerdings den Eindruck, daß diese Themen nicht deshalb von der Behandlung ausgeschlossen werden, weil die Siegermächte es etwa vorzögen, diese Materie im Wege des Diktats ohne jede Kenntnisnahme von dem deutschen Standpunkte zu erledigen, vielmehr dürften andere Gründe vorliegen, und dies hat mich zu der Bitte veranlaßt, daß die jeweils zuständigen Sachverständigen der Kontrollkommission, also die maßgebenden Persönlichkeiten der Militärregierung für die betreffende Materie, in solchen Fällen außer den unvermeidlichen Auskünften irgendwelcher deutscher Spezialisten auch einzelne deutsche Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung ins Gespräch ziehen mögen, die in Anbetracht ihrer Kenntnisse und ihrer Verantwortung zur Äußerung einer Meinung auf deutscher Seite berufen sind.

Ich habe jetzt einen Überblick über die Tagesordnung gegeben, wie sie sich entwickelt hat, und ich darf an den Schluß meiner Ausführungen meinen Dank an die Arbeit der Herren des Verbindungsstabes anschließen. Ohne das große Entgegenkommen, das die Herren uns bei der Erledigung der Vorbereitungen erwiesen haben, wäre es nicht möglich gewesen, die Sitzung zu dem heutigen Termin zustande zu bringen, und es ist daher ein gutes Vorzeichen für die Weiterarbeit, daß es doch in dieser kurzen Zeit möglich war, diese Arbeitssitzung vorzubereiten, von der ich hoffe, daß sie nicht ohne Ergebnis bleiben wird.[34]

Vorsitzender: Sie haben die Ausführungen des Generalsekretärs gehört. Über die Punkte, über die wir noch außerhalb der Tagesordnung zu sprechen haben, können wir ja am Schlusse unserer Tagesordnung sprechen.

---

dann aber das Referat *Harmssens* doch nicht, weil sie offenbar – so die Vermutung *Petersens* – die Diskussion auf die Denkschrift des Dt. Wirtschaftsrates in Minden beschränkt wissen wollte, vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 2: *Petersen* an *Kaisen,* 21. 3. 1946.

32 Korrekt: *Robertson,* vgl. Dok. II.4, TOP 14.

33 Vgl. hierzu *Janichs* „Notizen über die 2. Zonenbeiratssitzung . . ." vom 10. 4. [1946]: „Die Frage der Stillegung von Industriebetrieben im Rahmen der wirtschaftlichen Abrüstung sei grundsätzlich eine Frage, die die Kontrollkommission in Berlin angehe", HStAD NW 53/528, fol. 269–295, fol. 271.

34 In einem Gespräch zwischen *Lehr* und *Gilpin, Pink* und *Stopp* vom brit. Verbindungsstab am 28. 3. 1946 nach Abschluß der 2. Sitz. wünschten die Briten, über den Verlauf der Beratungen durch einen sofortigen gekürzten Zwischenbericht informiert zu werden sowie durch den Entwurf des offiziellen Beschlußprotokolls. Ferner sollte ihnen der stenographische Sitzungsbericht vorgelegt werden, vgl. a. a. O., fol. 266 ff., fol. 268: „Ergänzende Notizen zur zweiten Zonenbeiratssitzung . . ." verfaßt von *Janich* am 10. 4. [1946]. Die jeweilige stenographische Niederschrift wurde dem Vorsitzenden zwecks Kenntnisnahme und für eventuelle Korrekturen übersandt und dann an das dt. Sekretariat zurückgeschickt, vgl. HStAD NW 53/256, fol. 228 f.: Briefwechsel *Blankenhorn/Janich* vom 4. 4., 5. 4. und 15. 4. 1946; hs. eingefügte Korrekturen gehen auf *Lehr* zurück. – Den Mitgliedern des ZB wurden in der Regel nur das Beschlußprot. und die Anlagen der jeweiligen Sitz. zugesandt.

Ich möchte vorschlagen, daß wir in der Reihenfolge der Tagesordnung bleiben und sie zuerst erledigen.

Schumacher: Ich möchte eine Bitte aussprechen, nämlich daß sämtlichen Mitgliedern des Zonenbeirates auch die Anträge jeweils zugeleitet werden, gleichgültig, ob sie Aussicht auf Erfolg haben oder nicht, und ferner würde ich, und ich glaube auch sämtliche Mitglieder, es begrüßen, wenn so weitgehende Dinge wie der Spartaplan uns vorher zur Kenntnis gebracht würden, damit wir nicht nur auf Hörensagen, Mutmaßungen und Erkundigungen angewiesen wären. Vielleicht könnte die Zentralstelle die Vermittlung dieser Schriftstücke an sämtliche Mitglieder des Zonenbeirates auch in zukünftigen Fällen erreichen.

Vorsitzender: Wenn ich mich recht entsinne, hatten wir die Gestaltung der Tagesordnung schon besprochen, und die nähere Formulierung geschah fernmündlich, als mir Dr. *Weisser* sagte, daß die ursprüngliche Fassung, wie wir sie vorgesehen hatten, noch nicht die Zustimmung gefunden hat. Aber der Wunsch, den Sie aussprechen, ist durchaus berechtigt, und ich würde vorschlagen, daß wir überhaupt in einer weitergehenden Weise sämtliche Mitglieder des Zonenbeirates über die Tagesordnung und alles, was damit zusammenhängt, vorher schriftlich unterrichten, auch von wichtigen Mitteilungen des Generalsekretärs, damit sie auch diese Punkte vorher zur Kenntnis nehmen können.[35] Wir werden uns das Entsprechende hier notieren.

Dann kämen wir zu Punkt 4:

Entwurf der Geschäftsordnung

Ich bitte Herrn Oberbürgermeister *Adenauer* zu referieren.

Adenauer: Eine Geschäftsordnungsberatung ist eine langweilige Angelegenheit, aber sie muß gemacht werden.

Der Beratung in dem Ausschusse hat der Entwurf zugrunde gelegen, den der Vorsitzende das vorige Mal mitgebracht hat.[36] Das Ergebnis der Beratung ist Ihnen zugegangen.[37] Es hat nun heute eine zweite Beratung stattgefunden[38], und diese zweite Beratung hat einige Änderungen mit sich gebracht, und diese Änderungen muß ich jetzt paragraphenweise[39] besprechen.

Zunächst ist der § 2 gestrichen worden. Er war schon gestrichen, ist aber bei der ersten Lesung durch ein Versehen wieder hereingenommen worden; er ist überflüssig und gehört nicht zur Geschäftsordnung, denn er ist die Grundlage, auf der unsere Existenz beruht.

Der § 5 [4] wird dahin geändert – das ist schon erwähnt:

---

35 Für die folgenden Sitz. wurde so verfahren, daß den Ratsmitgliedern die Tagesordnung sowie die vor Beginn einer Sitz. vorliegenden Anlagen zugesandt wurden.

36 Vgl. Dok. I.12, Anm. 9 und 10.

37 Vgl. PA 1/258: Prot. der 2. Sitz., Anl. ZAC/P (46) 6 [GO].

38 Laut „Zeitfolge" der 2. Tagung hatte der GO-Ausschuß am 26. 3. 1946 um 11.30 Uhr getagt (vgl. o. Anm. 1).

39 *Adenauer* bezieht sich bei seiner Erläuterung auf die ursprüngliche Zählung, die sich in der endgültigen Fassung durch die Streichung von § 2 um einen Punkt verschob, vgl. Anl. 7, Anm. 2.

Der Zonenbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Amtsperiode 3 Monate dauert.

Dafür fällt der Absatz 2 fort.

Der § 9 [8] hat einen Absatz 4 bekommen. Davon werden Sie noch einen Abdruck bekommen. Dieser Absatz lautet:

(4) Das Protokoll beruht auf einem wörtlichen Bericht nach stenographischer Aufnahme, der über jede Sitzung des Zonenbeirats anzufertigen ist.

a) Jeder Redner erhält eine Übertragung seiner Rede. Ist sie bis zu der bei Zusendung angegebenen Zeit nicht zurückgegeben, so wird Einverständnis mit ihrem Inhalt angenommen.

b) Es ist darauf zu achten, daß durch Änderungen in der stenographischen Aufnahme der Sinn des Gesprochenen nicht verändert wird. Wird eine Änderung beanstandet und ist eine Einigung mit dem Redner nicht zu erreichen, so entscheidet der Vorsitzende.

c) Die stenographische Aufnahme der Übertragung einer Rede darf vor ihrer Prüfung durch den Redner ohne dessen Zustimmung keinem andern als dem Vorsitzenden vorgelegt werden.

Im § 11 [10] sind mehrere Änderungen vorgenommen. Es hieß zunächst:

Die Beschlußfassung im Zonenbeirat erfolgt nach der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; namentliche Abstimmung kann von mindestens 5 Ratsmitgliedern bis zur Eröffnung der Abstimmung verlangt werden.

Statt 5 ist beschlossen worden, 2 zu setzen, damit jede der politischen Parteien es in der Hand hat, gestützt auf ihre Stimmen, namentliche Abstimmung zu verlangen. Absatz 2 lautet bisher:

Beschlußfähigkeit des Zonenbeirats ist gegeben, wenn über die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Es ist angeregt worden, weil eventuell dann eine ganze Gruppe fehlen könnte, statt „die Hälfte" „drei Viertel" zu sagen, also wenn drei Viertel der Mitglieder anwesend sind.

Im letzten Absatz ist folgende Änderung vorgenommen worden:

Statt „dem Sitzungsprotokoll" wird gesagt: „der Übertragung der stenographischen Niederschrift", so daß der Absatz jetzt lautet:

Ferner darf jedes Ratsmitglied spätestens am Tage nach der Abstimmung eine kurze schriftliche Begründung seiner Abstimmung einreichen, die nicht verlesen, aber der Übertragung der stenographischen Niederschrift [über die Sitzung] beigefügt wird.

Es kommen dann noch Änderungen in § 28 [27], in dem die verschiedenen Ausschüsse aufgezählt sind. Es hieß dort bisher:

4. den Wirtschafts- und Ernährungsausschuß.

Mit Rücksicht darauf, daß für diese Fragen verschiedene Kenntnisse in Frage kommen, soll der Ausschuß nicht zusammengefaßt, sondern in zwei Ausschüsse zerlegt werden, so daß es jetzt heißen wird:

4. den Wirtschaftsausschuß
5. den Ernährungsausschuß.

Dementsprechend verändern sich die Ziffern der folgenden Ausschüsse. Unter 8. (der alten Nummer 7)

> den Wohlfahrtsausschuß, der für Angelegenheiten des Gesundheitswesens und des Flüchtlingswesens zuständig ist

ist hinter „der" einzusetzen „auch", so daß es heißt:

8. den Wohlfahrtsausschuß, der auch für Angelegenheiten des Gesundheitswesens und des Flüchtlingswesens zuständig ist.

Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß diesem Wohlfahrtsausschuß die ganzen Fürsorgemaßnahmen unterstehen sollen.[40]

Im nachfolgenden Absatz hinter der Aufzählung der Ausschüsse ist ein Druckfehler zu korrigieren. Es darf nicht heißen: „Für einige Gegenstände oder Fragen . . .", sondern es muß heißen:

> Für einzelne Gegenstände oder Fragen . . .

Ich darf dann noch auf den letzten Absatz des § 28 [27] hinweisen, der bleibt, wie er in erster Lesung beschlossen war. Es hat damit das Verlangen der politischen Vertreter, das seinerzeit im Zonenbeirat gestellt worden war, seine Erledigung gefunden.

Der § 31 [30] muß ebenfalls geändert werden – das ist der letzte Paragraph:

> Über Zweifel hinsichtlich der Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende, gegebenenfalls nach Beratung im Ältestenrat. Er muß dies tun,

– also den Ältestenrat hören –

> wenn mindestens 3 Mitglieder des Zonenbeirates es verlangen.

Der Satz muß umgestellt werden. Ich verlese nochmals, wie der Paragraph jetzt lautet:

[. . .][41]

Dann käme noch ein weiterer Paragraph, der muß in der nächsten Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses gefaßt werden.[42]

Vorsitzender: Sie haben die vorgeschlagenen Änderungen gehört. Wird noch das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle Ihr Einverständnis mit den Änderungen fest.

Wir haben inzwischen die Mitteilung bekommen, daß wir bis zum Eingang der Genehmigung durch den Kontrollrat [!][43] nach dieser Geschäftsordnung verfahren dürfen. Es ist also von jetzt an die Geschäftsordnung für uns maßgebend.

---

40 Vgl. hingegen a. a. O., § 27.8.
41 Vgl. a. a. O., § 30.
42 Entgegen der ursprünglichen „Zeitfolge" (vgl. o. Anm. 1) trat der GO-Ausschuß am 27. 3. 1946 um 15.30 Uhr zusammen, um über die endgültige Fassung von § 7 zu beraten, vgl. u. mit Anm. 70 und Anm. 167 und 168.
43 Gemeint ist: Kontrollkommission.

Damit hätten wir für jetzt diesen Punkt erledigt. Ich danke dem Berichterstatter und den Mitgliedern des Ausschusses für die sorgfältige Arbeit.

Wir kommen dann zu Punkt 5:

Wahl der ständigen Ausschüsse

Die Ausschüsse haben Sie eben auf Seite 7 der Geschäftsordnung gehört.[44]

Henßler (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, eine Pause von einer Viertelstunde eintreten zu lassen, damit Rücksprache genommen werden kann. Ich glaube, das geht dann schneller.

Schumacher (zur Geschäftsordnung): Ich glaube auch, es ist besser, eine kurze Pause zu machen.

Vorsitzender: Ich würde empfehlen, daß wir diese Tagesordnung, soweit es geht, rasch erledigen, damit wir die wesentlichen Referate morgen behandeln können. Ich würde deshalb vorschlagen, wenn sich Widerspruch nicht erhebt, jetzt die Sitzung 15 Minuten zu unterbrechen und dann über die Zusammensetzung dieser zehn Ausschüsse weiterzuberaten.

Weisser: Es ist noch nicht angängig, den Finanzausschuß zu wählen, und zwar hat das folgenden Vorgang:

Der Engländer versteht unter „Finanzen" etwas anderes als wir, und es bestand die Meinung, daß dieser Ausschuß sich mit den Fragen des Geld- und Kreditwesens befassen wird, was nach unserer Auffassung in den Wirtschaftsausschuß gehört, während nach der Absicht des Geschäftsordnungsausschusses dieser Ausschuß die Haushaltsfragen der Zone behandeln soll. Unsere Antwort, die auf diesen Punkt hinweist, was nach unserer Auffassung der Sinn des Finanzausschusses ist, wird vermutlich die Wirkung haben, daß auch dieser Ausschuß alsbald gewählt werden kann, jedenfalls heute geht das aber nicht.[45]

Vorsitzender: Wenn ich keine weiteren Wortmeldungen höre, unterbreche ich jetzt die Sitzung auf 15 Minuten.

Unterbrechung der Sitzung um 17.05 Uhr.
Wiedereröffnung der Sitzung: 17.20 Uhr

---

44 Die Seitenangabe bezieht sich auf die den Ratsmitgliedern vor Sitz.beginn vorgelegte 2. Fassung der GO. In der endgültigen Fassung – vgl. Anl. 7 – waren die Ausschüsse auf S. 6 aufgeführt.

45 Die Wahl eines Finanzausschusses erfolgte auch in der 3. und 4. Sitz. noch nicht, da die MR die Erörterung über die Finanzen als sog. Berliner Frage, die mithin unter die Viermächtekontrolle fiel, als Beratungsgegenstand des ZB ausklammerte, vgl. HStAD NW 53/528, fol. 308: Vermerk *Janichs* für *Lehr* vom 13. 4. 1946. Mit Schreiben vom 26. 3. 1946 hatte der brit. Verbindungsstab mitgeteilt, daß vorläufig allgemeine Finanzfragen als Erörterungsgegenstände ohnehin nicht zugelassen würden, so daß die unmittelbare Notwendigkeit zur Einsetzung eines Finanzausschusses entfalle (PA 1/65). In der 5. Sitz. stellte das Plenum einen Antrag auf Bildung eines „Ausschusses für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten", vgl. Dok. V.3 mit Anm. 93–94; auf der 6. Sitz. wurde dieser Ausschuß mit Genehmigung der MR gewählt, vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 18–23.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung wieder. Es hat zunächst das Wort Herr Oberpräsident Dr. *Amelunxen.*

Amelunxen: Für den Hauptausschuß schlage ich vor: Oberpräsident Dr. *Lehr,* Oberpräsident *Kopf.*

Adenauer: Kommen wir nicht weiter, wenn wir uns über den Schlüssel einigen und nicht über jeden Ausschuß lange verhandeln? Es ist von der Gruppe der Oberpräsidenten ein Vorschlag gemacht worden – Sie werden ihn nicht vorliegen haben. Er schlägt für jeden Ausschuß zwei Herren aus ihrer Gruppe vor, dagegen für den Wirtschafts- und den Kulturausschuß 3 Herren aus ihrer Gruppe. Nun habe ich mit den einzelnen Fachvertretern gesprochen, und die Fachvertreter, die ich fragen konnte, haben mir erklärt, daß sie nur Wert darauf legen, in dem Ausschuß vertreten zu sein, der ihr Fach berät. Herr Landrat *Heile* hat gesagt, er lege nur Wert auf den Ausschuß 2, den Rechts- und Verfassungsausschuß. Dann bleiben in den anderen Ausschüssen überall vier Sitze noch frei für die Mitglieder unseres Gremiums, die nicht zu Ihnen und die nicht zu den Fachvertretern gehören. Da hätten sich noch drei Parteien zu teilen – Herr *Heile* von der [Freien] Demokratischen Partei ist damit befriedigt – und die Vertreter der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften. Ich glaube, da wird sich leicht eine Einigung finden, so daß wir alle zufrieden wären.

Vorsitzender: Das ist ein sehr guter und klarer Vorschlag. Ich würde es begrüßen, wenn wir auf diesem Forum uns einigen könnten.

Schumacher: Ich habe keine Einwendungen dagegen, aber ich glaube, daß sich das auch so erledigen läßt, wenn die Herren, die politisch interessiert sind, ihre Meinung sagen. Es braucht nicht jedesmal zur Abstimmung zu kommen.

Schneider[46]: Ich habe nichts gegen den Schlüssel, aber ich glaube, bei diesem Schlüssel kommen die Fachvertreter zu schlecht weg. Sie legen selbstverständlich Wert auf den Ausschuß, dem sie ressortmäßig angehören, aber es gibt Ausschüsse wie den Finanzausschuß und den Rechts- und Verfassungsausschuß, wo auch Fragen der Reichssonderverwaltung, der Eisenbahn und der Post behandelt werden. Darum legen die Fachvertreter Wert darauf, da hineinzukommen.

Vorsitzender: Es ist der Vorschlag gemacht, unter Zugrundelegung eines Schlüssels einmal jetzt die einzelnen Ausschüsse durchzunehmen, in der Hoffnung, daß es uns in kurzer Zeit gelingen wird, die Besetzung vorzunehmen. – Wir kämen dann zum

1. Hauptausschuß

Von Herrn Dr. *Amelunxen* ist hier der Vorschlag gemacht: Dr. *Lehr, Kopf.*

(Durch Zuruf werden vorgeschlagen:)

Spliedt, Henßler, Adenauer, Reimann, Heile.

Sind Sie bereit, Herr *Heile?*

---

46 Name hs. eingefügt.

(Zustimmung)

Ich stelle als übereinstimmende Meinung fest, daß in den Hauptausschuß gewählt sind die Herren:

Kopf, Lehr, Reimann, Heile, Spliedt, Henßler, Adenauer.

Damit ist der Hauptausschuß erledigt.

2. Rechts- und Verfassungsausschuß

Durch Zuruf werden vorgeschlagen die Herren:

Kopf, Amelunxen, Heile, Groth, Reimann, Adenauer, Karl.

Dann haben wir hier folgende sieben Herren[47]:

Amelunxen, Kopf, Heile, Reimann, Groth, Adenauer, Karl.

Der 3. Ausschuß, der Finanzausschuß, wird heute nicht besetzt.[48] Dann kommt der frühere 4. Ausschuß, der jetzt in 4. und 5. Ausschuß geteilt ist, und zwar zunächst:

4. Wirtschaftsausschuß

Durch Zuruf werden vorgeschlagen:

Lehr, Schlebusch, Petersen, Böckler, Everling, Agartz, Hoffmann, Otto.

Dann würde ich vorschlagen, weil dies 8 Mitglieder sind, da es sich um einen Hauptausschuß handelt, noch ein Mitglied mehr zu wählen:

(Zuruf: *Spliedt!)*

Ich wiederhole: Vorgeschlagen sind:

Schlebusch, Petersen, Agartz, Böckler, Everling, Otto, Hoffmann, Spliedt, Lehr.

5. Ernährungsausschuß

Durch Zuruf werden vorgeschlagen:

Drake, Tantzen, Hoffmann, Kopf, Schlange-Schöningen, Otto, Everling.

Können wir nicht Herrn Dr. *Degkwitz* noch hereinnehmen?

(Zuruf: Ich bin der Meinung, daß von der Wirtschaftsabteilung Dr. *Agartz* mit herein sollte!)

Agartz: Ich bin bereit.

(Zuruf: Ich schlage Dr. *Degkwitz* vor.)

Vorsitzender: Es sind also vorgeschlagen:

---

47 In der Namensaufstellung der Ausschußmitglieder (vgl. Anl. 8) ist der RVA um die Namen *Lingemann* und *Steltzer* erweitert, siehe hierzu u. mit Anm. 50.

48 Vgl. o. Anm. 45.

Drake, Tantzen, Hoffmann, Kopf, Otto, Schlange-Schöningen, Everling, Agartz, Degkwitz.

Dann ist auch dieser Ausschuß besetzt.

6. Sozialpolitischer Ausschuß

Es werden durch Zuruf benannt:

Amelunxen, Kaisen, Hoffmann, Spliedt, Otto, Karl, Andrée.

Dann ist auch dieser Ausschuß gebildet. Ich wiederhole:

Amelunxen, Kaisen, Hoffmann, Spliedt, Otto, Karl, Andrée.

7. Verkehrsausschuß

Es werden durch Zuruf benannt:

Lehr, Steltzer, Groth, Schwering, Schneider, Otto, Karl.

Ich wiederhole: *Groth, Karl, Schwering, Schneider, Otto, Steltzer, Lehr.*

8. Wohlfahrtsausschuß

Es werden durch Zuruf benannt:

Drake, Hoffmann, Andrée, Degkwitz, Otto, Groth, Kopf.

Ich wiederhole: *Drake, Hoffmann, Andrée, Degkwitz, Otto, Groth, Kopf.*

9. Kulturausschuß

Es werden durch Zuruf benannt:

Steltzer, Schlebusch, Amelunxen, Grimme, Adenauer, Henßler, Reimann.

Ich wiederhole[49]: *Steltzer, Amelunxen, Schlebusch, Reimann, Grimme, Adenauer, Henßler.*

Ich schlage vor, wir machen den Rechts- und Verfassungsausschuß um zwei Köpfe größer. Ich wiederhole seine Zusammensetzung:

Kopf, Amelunxen, Reimann, Heile, Groth, Adenauer, Karl

und schlage weiter vor: *Lingemann, Steltzer.*[50]

Dann haben wir die Ausschüsse fertig.

[Zuruf]: Ich würde es begrüßen, wenn in den Kulturausschuß auch ein Vertreter der Medizin kommen würde; Schulgesundheitspflege ist ein wesentliches Kapitel in der nächsten Zeit. Ich würde vorschlagen, daß Herr Dr. *Degkwitz* hineinkommt.

Vorsitzender: Dann müßten wir noch einen weiteren nehmen. Wir können ihn aber auch als Berater hineinnehmen. – Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

Dann wären wir auch damit fertig.[51]

Wir kommen dann zu Punkt 6:

---

49 In Anl. 8 folgt noch *Degkwitz* als Berater, siehe hierzu o. S. 68.

50 Hs. korrigiert aus: *Tantzen.*

51 In Anl. 8 folgt noch der Ältestenrat, vgl. hierzu u. mit Anm. 63.

Entwurf des Haushaltsplanes für den Rest des Haushaltsjahres 1945 und von Richtlinien für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1946[52]

Hierzu hat Herr Dr. *Weisser* das Wort.

Weisser: Da wir nur wenige Minuten Zeit haben, möchte ich zum Resthaushalt für das Haushaltsjahr 1945 vorschlagen, daß ich dazu nichts weiter ausführe. Ich könnte mir vorstellen, daß der Zonenbeirat diese Angelegenheit doch zur endgültigen Erledigung dem Hauptausschusse überweist. Es handelt sich nur um die Ausgaben für das Personal von einigen Wochen, damit der Stadt Hamburg die Vorausbeträge erstattet werden können.

In der Annahme, daß Sie zu diesem Punkte weitere Ausführungen nicht wünschen, darf ich zu dem übergehen, was für das Jahr 1946 zu sagen ist.[53]

Ich bin in den kurzen Tagen naturgemäß noch nicht in der Lage gewesen, einen fertig ausgearbeiteten Haushaltsplan für das neue Jahr vorzulegen, denn es handelt sich um eine vollkommen aus dem Nichts entstehende Dienststelle und um den ebenfalls neu tätig werdenden Zonenbeirat selbst. Hingegen habe ich versucht, ein Gerippe aufzustellen für die Posten, die wohl vermutlich auftreten werden, also ein Schema, an dem erkennbar ist, in welcher Richtung sich die Ausgaben bewegen werden. Ich habe dieses Schema ebenso wie die Restausgaben für 1945 dem zuständigen Offizier für Haushaltsfragen in Bünde vorgetragen.[54] Er hat eine vorläufige Zustimmung zu dieser Anlage des Haushaltsplanes gegeben und auch grundsätzlich eine gewisse Linie, was die Höhe der Auslagen anlangt, gebilligt, vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung durch die Kontrollkommission, sobald sich ergeben hat, in welcher endgültigen Form der Zonenbeirat diesen Haushaltsplan verabschieden will.

Über die Einnahmenseite ist nichts zu sagen. Die Einnahmen werden zunächst als Überweisungen aus dem Haushalt der Stadt Hamburg herangezogen, und es ist ja bekanntgegeben, daß ein Erstattungsverfahren für Hamburg eingeführt ist[55], worüber aber noch nichts Endgültiges gesagt werden kann, so daß ich mich auf die Ausgabenseite beschränke.

Die persönlichen Ausgaben gliedern sich in die für den Zonenbeirat selbst. Das ist die Ziffer II. Da sind die Diäten für die Ratsmitglieder vorgesehen. Ich bitte Sie, die in Klammern genannte Zahl[56] nur als Beispiel für eine solche Regelung anzusehen, das wir dem Provinziallandtag für Schleswig-Holstein entnommen haben, wo diese Regelung gilt. Sie sollte nach dieser Regelung die Aufwendungen für die Rei-

---

52 Im Kurzprot. lautet dieser TOP: „. . . für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1946/47" (vgl. Dok. II.4, TOP 17).

53 Vgl. zum Folgenden Anl. 9. Das Haushaltsjahr 1945 umfaßte die Zeit bis zum 31. 7. 1946, womit die ersten Monate des ZB noch in das alte Finanzjahr fielen. Vgl. hierzu auch Anl. 3.

54 Im Kurzprot. wird auf eine mündliche Verhandlung mit Max *Nurock*, Finance Division CCG(BE), Bünde, verwiesen (vgl. Dok. II.4, TOP 17). Diese Besprechung hatte am 22. 3. 1946 stattgefunden. In seinem *Nurock* vorgelegten „persönlichen" Entwurf hatte *Weisser* die Gesamtausgaben für 1946/47 auf 400 000–500 000 RM beziffert (vgl. BA Z 2/40: Prot. über eine Besprechung zwischen *Weisser* und Max *Nurock*, 22. 3. 1946).

55 Vgl. Anl. 3.

56 Vgl. Anl. 9, Anm. 1, sowie Dok. IV.3 mit Anm. 136.

sekosten umfassen, wobei allerdings zu beachten ist, daß ja die Reisekosten zum Teil in natura entstehen, da aus technischen Gründen der Ernährung die Verpflegung einheitlich gemacht wird, ebenso die Quartierfrage.

Ich wollte in keiner Weise dem Hause durch dieses Beispiel vorgreifen, sondern lediglich mitteilen, wie ein vergleichbares Land – Schleswig-Holstein – in dieser Weise die Dinge geregelt hat.

Das Personelle der Kanzlei habe ich nach den Gesichtspunkten aufgestellt, die sich aus den verschiedenen Überlegungen über die Arbeit des Zonenbeirates ergeben. Ich halte es nicht für zweckmäßig, den 11 Fachvertretern des Zonenbeirates nun genau so 11 Mitarbeiter der Kanzlei gegenüberzustellen. Ein solches Verfahren könnte den Eindruck hervorrufen, als ob wir hier die Art der Zentralbehörde im Kleinen noch einmal wiederholen wollten, wovon natürlich nicht die Rede sein kann. Ich habe vielmehr die Mitarbeiter so vorgesehen, wie sie sich aus meinem Gefühl für die in der kommenden Zeit erforderlichen hauptsächlichen Arbeiten ergeben.

Ich möchte das in der Kürze der Zeit nicht ganz eingehend erläutern, sondern nur sagen, daß immer die Fachleute vorgesehen sind, die in der Lage sein würden, das Fachwissen des Generalsekretärs und seines Vertreters zu ergänzen. Die Aufzählung der Ziffern 3–12 soll nicht heißen, daß alle diese Stellen tatsächlich besetzt werden. Es läßt sich auch durch Zusammenarbeit mit den vorhandenen Verwaltungen der Zone so regeln, daß hier oder da ein Beamter einer anderen Verwaltung in der Kanzlei des Zonenbeirats mitarbeitet und damit sich eine Einstellung in der Kanzlei erübrigt. Ein Fall dieser Art liegt schon vor, vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung des Personellen des Zonenbeirats insofern, als Herr Bürgermeister *Petersen* in dankenswerter Weise einen Beamten der Stadt Hamburg, *Möller,* zur Verfügung stellt, ohne auf seine Dienste innerhalb der Stadtverwaltung selbst zu verzichten.[57]

Die Bearbeitung verschiedener Aufgaben, die sich einfach aus dem laufenden Geschäft ergeben, organisationsmäßig ergeben, macht es erforderlich, daß unter Ziffer 13–15 noch Mitarbeiter vorgesehen sind, die z. B. für die Karteien und Sammlungen und die Bücherei tätig sind, das Haushalts- und Kassenwesen regeln, wobei es angängig ist, mittlere Beamte in gehobener Stellung zu beschäftigen.

Unter b) habe ich wissenschaftliche Hilfsarbeiter vorgesehen, die ad hoc herangezogen werden können, wenn größere wissenschaftliche Arbeitsleistungen erfordert werden. Das übrige ist das Büropersonal, das sich von selbst versteht.

Die sachlichen Verwaltungsausgaben sind so beschaffen, wie sie sich selbst verstehen: Geschäftsbedürfnisse jeder Art.

Natürlich brauchen wir eine Bücherei. Ich darf auf Seite 3 Ziffer 6 verweisen. Diese muß Ihnen doch immerhin soviel Hilfsmöglichkeiten bei Ihrer Arbeit geben, daß Sie nicht ganz ohne Hilfsmittel hier arbeiten müssen. Also eine solche Bücherei werden wir mit allen Mitteln zusammenzubringen versuchen. Dankenswerter-

57 Vgl. hierzu Dok. I.12, Anm. 8.

weise hat der Verbindungsstab mir in Aussicht gestellt, daß ich die Einkäufe, die nötig sind, nötigenfalls in den anderen Zonen durchführen kann.[58]

An dieser Stelle wird natürlich im Jahre 1946 ein großer Posten stehen, vielleicht 10 000 RM. Ohne eine solche Summe ist es nicht zu machen, und wenn der Zonenbeirat, wie wir annehmen, keine allzulange Existenz haben wird, wird dieser Bücherbestand ohne weiteres an den Rechtsnachfolger gehen können.

Unter Ziffer 8 b) sind die nötigen Materialien für die laufenden Informationen, Zeitungen usw. bereitgestellt. Ich glaube, Sie werden großen Wert darauf legen, ein solches Material soviel wie möglich zu bekommen, und wir haben das deshalb vorgesehen.[59]

Es ist selbstverständlich, daß eine zentrale Stelle wie der Zonenbeirat einen ziemlich erheblichen Telefon- und Fernsprechverkehr hat und auch Dienstreisen erforderlich sind. Daher haben wir für den Rest des Haushaltsjahres 1945 und für 1946 je einen Wagen vorgesehen, für den der Verbindungsstab bereits die Genehmigung herbeizuführen im Begriffe ist.

Daß die Diensträume bewirtschaftet werden müssen, Heizung usw., versteht sich von selbst, und daß wir auch Kosten haben, die hier noch nicht eindeutig vorgesehen werden können, für die Unterbringung des Zonenbeirats, Quartier und Verpflegung und ähnliche Aufwendungen ist auch klar.

Darf ich noch ein kurzes Wort zu den sachlichen Ausgaben sagen. Ich bin nicht der Meinung, daß dem Generalsekretär eine Dienstaufwandentschädigung zur Verfügung gegeben wird, sondern ich halte es für richtiger, unter den sachlichen Ausgaben einen Fonds zur Disposition des Generalsekretärs bereitzustellen für Veranstaltungen, über den er im Einzelfalle durch die zu den Akten kommenden und in den Büchern vermerkten Einzelrechnungen Rechenschaft gibt. Wir haben dazu für den Rechnungsprüfungsausschuß sehr viel bessere Möglichkeiten, das nachzuprüfen.

Über die Höhe der Gehälter kann ich noch nichts angeben, weil im Benehmen mit den obersten Stellen der Militärregierung die Gehälterfrage einheitlich geregelt werden soll, darüber aber noch nichts bekannt ist.[60]

Es erscheint mir noch sehr wesentlich, und der Finanzoffizier in Bünde[61] hat dem sehr energisch zugestimmt, daß wir das ständige Personal dadurch einschränken, daß wir in erheblichem Maße von Fall zu Fall Gutachter heranziehen, die freilich nicht Honorare bekommen, wie sie früher die Gutachter bekamen, sondern die für die Wochen, in denen sie tätig sind, ein angemessenes Gehalt haben würden. Jedenfalls sparen wir dabei viel und erreichen, daß wir einen viel breiteren Kreis von Mitarbeitern mit mehr Köpfen, die etwas zu sagen haben, ansetzen können.

---

58 Bei der Zusammenstellung der Bücherei ergaben sich große Schwierigkeiten, da Bücher durch den Buchhandel kaum zu beschaffen waren. Das Sekretariat bemühte sich daher um Doppelstücke bei den Verwaltungen der Länder und Provinzen, vgl. etwa StAB 3–R.1. m. Nr. 132/5: *Blankenhorn* an *Kaisen*, 2. 4. 1946. Ein Verzeichnis der Buchbestände des ZB in PA 1/22.

59 Vgl. hierzu auch Dok. IV.3 mit Anm. 221–223.

60 Vgl. hierzu PA 1/13: Vermerk *Boldt*, 20. 11. 1946 [Gehaltsliste der Sekretariatsangehörigen]; siehe ferner Dok. VII.3 mit Anm. 292.

61 Max *Nurock*, vgl. o. Anm. 54.

Vorsitzender: Sie haben den Vortrag gehört. Ich würde vorschlagen, daß wir den ganzen Fragenkomplex, der aufgetaucht ist, dem Hauptausschuß zur Beratung überweisen. – Sind Sie damit einverstanden?[62]

(Zustimmung)

Wir müssen noch etwas nachholen. – Ich würde für das Geschäftsverfahren vorschlagen, daß wir nach zwei kleinen Punkten, die ich noch vorlege, uns auf morgen vertagen, und würde zunächst um die Erlaubnis bitten, daß wir statt um 10 Uhr um 9 Uhr anfangen, denn wir haben die großen Referate und müssen ernsthaft über sie sprechen.

(Zuruf: Machen wir einen Kompromiß und sagen wir ½ 10 Uhr!)

Dann darf ich feststellen, daß Sie sich morgen um ½ 10 Uhr einfinden.

Nun möchte ich Ihnen noch zwei Vorschläge unterbreiten:

1. Nach der Geschäftsordnung ist ein Ältestenausschuß zu wählen. Wir sind zwar, wie die bisherigen Tagungen beweisen, in völliger Einmütigkeit, aber für den Fall, daß diese einmal unterbrochen werden könnte, wollen wir doch den Ältestenausschuß einrichten, der die Aufgabe hat, mit väterlicher und beruhigender Hand das gutzumachen, was etwa der Vorsitzende oder ein sonstiges Mitglied des Hauses verbockt haben sollte.

Ich würde nach § 27 [!] der Geschäftsordnung vorschlagen, die vier Ältesten aus Ihrer Mitte zu wählen.[63] Nach dem § 27 sollen vier Ratsmitglieder eingesetzt werden, von denen je ein Mitglied von den Vertretern der politischen Parteien, von den Verwaltungsvertretern, von den Fachvertretern und von den Vertretern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gewählt werden soll. Der Ausschuß muß ja klein sein, weil er spontan zusammentritt, um Ordnungsfragen oder sonstige Fragen sofort zu erledigen. Ich bitte um Vorschläge.

(Durch Zuruf werden vorgeschlagen:)

für die politischen Parteien: *Reimann*
für die Verwaltung: *Kopf*
für die Gewerkschaften: *Böckler*
für die Fachvertreter: Dr. *Lingemann.*

Dann ist dieser Ausschuß gewählt.

2. Dann haben wir noch eine letzte Frage. Wir haben die Möglichkeit, den Länderrat in Stuttgart zu besuchen. Die Militärregierung hat sich freundlicherweise bereit erklärt, ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen, das Raum für 10 Insassen

62 Vgl. hierzu weiter Dok. III.3 mit Anm. 95–99.
63 Vgl. Anl. 7, § 26. Korrekt: Ältestenrat.

hat.[64] Ich bitte um Vorschläge, wer von Ihrer Seite an den Beratungen des Länderrats am 2. und 3. April in Stuttgart teilnehmen will.

(Es werden durch Zuruf vorgeschlagen: Dr. *Schumacher*, Dr. *Adenauer*, Dr. *Lingemann*, Dr. *Grimme*, *Reimann*[65], Dr. *Weisser*, Dr. *Lehr*, *Petersen*, *Heile*, *Steltzer*, *Böckler*.)

(Heile: Ich bin an dem Tag sowieso in Stuttgart.)

Lassen wir diese Frage noch einmal offen; es können noch einige Plätze frei werden. Es handelt sich um folgendes: Genau an demselben Tage, an dem der Länderrat in Stuttgart tagt, ist auch in Düsseldorf eine wichtige Sitzung des Mindener Ausschusses über Kohle. An dieser Tagung müssen Herr *Petersen* und ich selbst teilnehmen und Sie auch, Herr *Böckler*. Deshalb wäre zunächst zu klären, ob es möglich ist, daß dieses Flugzeug vielleicht nachmittags in Düsseldorf landet und uns dort mitnimmt. Wenn das nicht der Fall ist, könnten wir die Herren, die an der Kohlentagung teilnehmen müssen, wenigstens am ersten Tag in Düsseldorf teilnehmen lassen, und wir würden dann zusammen im Auto am späten Nachmittag nach Stuttgart fahren. Bei dem heutigen verhältnismäßig geringen Verkehr auf den Straßen kann ein guter Wagen in etwa 6 bis 6 ½ Stunden von Düsseldorf nach Stuttgart fahren. Wenn wir um 2 Uhr wegfahren, können wir vor 9 Uhr in Stuttgart sein.

Ich werde noch Erkundigung einziehen. Die Vorschläge sind notiert.[66] Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir haben jetzt von der Militärregierung eine Einladung zu einer Cocktailparty[67], der wir gern Folge leisten. – Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 18.05 Uhr

Mittwoch, 27. März 1946, vormittags 9 ½ Uhr

Der Vorsitzende, Oberpräsident Dr. *Lehr*, eröffnet die Sitzung um 9.35 Uhr.[68]

Vorsitzender: Ich eröffne die heutige Sitzung und erteile vor Eintritt in die Tagesordnung Herrn Oberbürgermeister Dr. *Adenauer* das Wort zu einer Bemerkung.

Adenauer: Herr Generalsekretär Dr. *Weisser* hat gestern mitgeteilt, daß ein Schreiben bezüglich der Fassung unserer Anträge eingegangen sei und daß der Inhalt dieses Schreibens noch in die Geschäftsordnung eingearbeitet werden müsse.

---

64 Vgl. o. mit Anm. 9.
65 Hs. korrigiert aus: *Karl.*
66 Vgl. u. mit Anm. 169–172.
67 Laut „Zeitfolge" (vgl. o. Anm. 1) sollte um 18.00 Uhr ein Cocktail-Empfang (ohne Begleiter) durch den brit. Verbindungsstab in der Willistraße 11 stattfinden.
68 Vgl. o. S. 97.

Das Schreiben ist jetzt da und wird übersetzt.[69] Ich schlage als bisheriger Vorsitzender der alten Geschäftsordnungskommission vor, daß diese Kommission, obwohl ja jetzt die Rechtskommission zuständig ist, nochmals zusammentritt, und zwar heute nachmittag um ½ 4 Uhr[70], damit wir diesem Paragraphen seine Fassung geben und die Versammlung dann heute nachmittag über den Paragraphen beschließen kann.[71] Dann ist die Geschäftsordnung vollkommen fertig.

Vorsitzender: Widerspruch wird nicht laut. Ich darf also Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag annehmen.

Wir fahren dann in der Tagesordnung fort und kommen jetzt zu Punkt 7:

Bericht über die Ernährungslage

Wir haben inzwischen noch die Mitteilung bekommen, auf die wir gestern bereits aufmerksam gemacht haben, daß die Kontrollkommission ihre Zustimmung zur Erörterung des Punktes der Freigabe von Kohlen für die Schlüsselindustrie, insbesondere die Bauindustrie, gegeben hat.[72] Da heute schon einige Herren abreisen, bitte ich Sie um Ihr Einverständnis, daß wir diesen Punkt noch heute morgen an passender Stelle erörtern.

Wir dürfen dann zunächst mit Punkt 7 beginnen. Berichterstatter ist Herr Reichsminister Dr. *Schlange-Schöningen,* dem ich hiermit das Wort erteile.

Schlange-Schöningen: Meine Herren! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß ich über dieses schwerste Problem, das uns augenblicklich in der englischen Zone beschäftigt, ausführlich zu Ihnen sprechen darf. Sie gestatten mir, daß ich mir die nötige Zeit dazu nehme, denn mit einem kursorischen Überblick ist uns nicht geholfen. Sie wollen mir weiter gestatten, daß ich auch die heikelsten Punkte, die uns alle bewegen, mit rücksichtsloser Offenheit anschneide und meine Meinung dazu zum Ausdruck bringe.

Ich glaube, daß es sich doch wohl um drei wesentliche Dinge handeln wird, und zwar

1. wie erreichen wir den Anschluß an die nächste Ernte,
2. welche Möglichkeiten sind uns gegeben, um die Ernte des kommenden Jahres noch einigermaßen zu verbessern,
3. wie ist es möglich, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln am besten das neue Jahr zu organisieren.

Um den Anschluß an die nächste Ernte zu erreichen, scheinen mir zwei Dinge notwendig zu sein:

1. daß wir aus dem Lande herausholen, was irgendwie herauszuholen ist, und

---

69 Vgl. o. mit Anm. 26.
70 Ein Prot. dieser Sitz. war nicht zu ermitteln.
71 Vgl. u. mit Anm. 168.
72 Vgl. o. mit Anm. 28.

2. daß wir das, was herausgeholt werden kann, zusätzlich dessen, was wir aus dem Auslande bekommen, in möglichst gerechter Form verteilen.

Ich bin der Meinung, daß wir gerade in diesen Tagen, in denen wir hier sitzen, eine der kritischsten Perioden durchlaufen, nämlich die Periode, die sich am Ende einer Zuteilungsperiode befindet, und zwar der ersten Zuteilungsperiode mit den heruntergesetzten Rationen, wo die Hausfrauen noch nicht darauf eingestellt sind, daß sie tatsächlich vier Wochen mit den herabgesetzten Rationen reichen müssen. Ich meine, wenn wir diese Tage bis zur nächsten Verteilungsperiode einigermaßen ruhig und vernünftig überdauern, wäre das ein erster, wenn auch nur ganz kleiner, Gewinn. Im nächsten Monat kommen dann einige kleine Erhöhungen der Fleisch- und Fischrationen.[73]

Um aus dem Lande herauszuholen, was irgend möglich ist, ist, das kann ich wohl versichern, das erdenklichste geschehen. In allen Provinzen sind die Kommissionen[74] unterwegs, zum Teil sind sie mit ihrer Arbeit schon durch, ohne daß ich ein abschließendes Resultat heute schon nennen kann, um die Bauernhöfe zu begehen und festzustellen, und zwar nicht nur auf den Bauernhöfen, sondern wo es überhaupt ist, bei den Händlern, Mühlen und sonstwo, was sich dort noch an Getreide befindet, und das herauszuholen, ohne daß danach gefragt wird, was der Mann abzuliefern hat, sondern um dafür zu sorgen, daß alles restlos abgeliefert wird, was nicht unbedingt notwendig ist, um die Saatzeit zu überstehen.

Über die Zusammensetzung der Kommission darf ich noch etwas sagen. Es ist mir neulich in dem kleinen Ausschuß, in dem wir saßen, um die beschlossene Resolution über die Ernährungslage zu fassen[75], die Anregung gegeben worden, ich möchte doch auch die Verbraucherschaft an diesen Kommissionen beteiligen. Ich habe damals, und zwar in Übereinstimmung mit dem überwältigenden Teil der anwesenden Herren, diesem Gedanken zweifelhaft gegenübergestanden, und zwar aus dem Grunde, der auch von anderer Seite geltend gemacht wurde, daß es vielleicht gar nicht möglich wäre, die Teilnehmer, z. B. aus der städtischen Verbraucherschaft, so schnell in Aktion zu setzen. Trotzdem ist es gelungen, in allen Kommissionen auch Mitglieder der Verbraucherschaft als Teilnehmer zu haben, die jetzt die Bauernhöfe revidieren und sehen, was sie herausbekommen können.

---

73 Mit Beginn der 86. ZP (4. 3.–31. 3. 1946) waren die Normalverbraucherrationen in der brit. Zone auf 1 103 Kal./Tag gefallen. In der 85. ZP (4. 2.–3. 3. 1946) hatten die Zuteilungen im Zonendurchschnitt noch bei 1 694 Kal./Tag gelegen. In der 87. ZP (1. 4.–28. 4. 1946) wurde die Fleischration von vorher 450 g auf 700 g pro Monat erhöht, die Fischration von 700 g auf 900 g; vgl. hierzu Rohrbach, S. 306. Die dort ausgewiesene Angabe für die 87. ZP (= 1 042 Kal./Tag) müßte eigentlich höher liegen als die der 86. ZP (= 1 103 Kal./Tag), da die Zuteilungen z. T. leicht heraufgesetzt worden waren.

74 Gemeint sind sog. Hofbegehungskommissionen, wie sie etwa in SH eingesetzt wurden, vgl. WdL I, 3. Sitz. vom 11. 4. 1946, S. 31 f. *Schlange-Schöningen* vertrat indessen die Meinung, daß die Hofbegehungen in der gesamten Zone nur „kleine Reste" erbringen würden, vgl. PA 1/279: Wortprot. der Sitz. des EA vom 30. 4. 1946, S. 4.

75 Vgl. Dok. I.12, TOP 8.

Das zweite, was wir getan haben, ist die Herabsetzung der Ration der Selbstversorger.[76] Sie werden das alle in den Zeitungen gelesen haben. Es ist mir dabei von der Britischen Militärregierung entgegengehalten worden, daß es vielleicht keinen großen Dauereffekt haben würde, diese Herabsetzung zu machen, denn wir haben es nun einmal mit Menschen zu tun, und ein Teil davon wird sicher auf dem Papier stehen bleiben, aber ich habe dagegen geltend gemacht und mich damit auch durchgesetzt, daß es ein hohes psychologisches und politisches Moment ist, damit die Menschen in den Städten wissen, daß alles Menschenmögliche getan wird, um in dieser ungeheuren Notzeit der Gerechtigkeit in jeder Hinsicht freie Bahn zu schaffen.

Es ist kaum zu bestreiten, daß die Schwerarbeiterrationen, wie sie heute etwa bestehen, für den Bauern notwendig sind und auch für seine Frau und einen eventuell mitarbeitenden Sohn, denn wenn diese Menschen vom Morgen bis zum Abend das Feld bestellen sollen und wenn die Bauersfrau morgens um 5 Uhr die Kühe melkt und dann weiter bis zum späten Abend im Stalle zu tun hat, dann müssen Sie ihr diese Ration zubilligen, denn sonst hört schließlich die Arbeitsfreudigkeit auf.

Diese Kürzung ist nun einmal gemacht, und ich muß sagen, daß nach allen Nachrichten, die ich von den Bauernschaften der Provinz bekommen habe, durchaus eine klare Erkenntnis des Ernstes der Situation gegeben ist, daß der Bauer begriffen hat – mit den üblichen Ausnahmen, die es überall gibt –, daß, wenn das deutsche Volk zugrunde geht, oder auch nur, wenn in den größeren Städten Unruhen entstehen, dann unter Umständen unser ganzes Rationierungssystem explodiert und zusammenbricht. Dann wird kein Gott im Stande sein, es wieder aufzurichten, und dann werden wir einer Zeit entgegengehen, für die kein Mensch die Verantwortung übernehmen kann.

Aber wir müssen außerdem ja noch tun, was irgend möglich ist, um die Ernährungslage zu verbessern. Da sehe ich zwei Möglichkeiten für gegeben.

Ich habe es nicht nötig, sehr viel Zahlen zu nennen. Ich habe einige wesentliche Zahlen im Umdruck fertigen lassen und werde diese nachher verteilen, damit Sie sich selbst ansehen können, wie die Sache ist.[77]

Wir haben in der britischen Zone etwa 180 000 Pferde zu viel. Diese Pferde fressen ungeheuer viel Getreide auf. Es ist aber eine zwingende Notwendigkeit, nun diese Lebensmittel, die von den Tieren aufgefressen würden, für die menschliche Ernährung unmittelbar heranzuziehen, indem wir diesen Pferdebestand verringern.

Nun haben wir – ich will das in einer Zahl sagen – 1938 – das ist vor dem Augenblick, als die Aushebungen waren – in der britischen Zone 872 000 Pferde gehabt

76 Bei den Selbstversorgern unterschied man im damaligen Sprachgebrauch je nach dem Grad der landwirtschaftlichen Eigenproduktion zwischen Voll- und Teilselbstversorgern. Nach der Großen Verbrauchergruppenstatistik für die 82. ZP (12. 11.–9. 12. 1945) bestand die Bevölkerung der brit. Zone zu 94,5 % aus Kartenempfängern und zu 5,1 % aus Gemeinschaftsverpflegten. Von den Kartenempfängern waren 79 % Nichtselbstversorger, 12 % Voll- und 9 % Teilselbstversorger, vgl. Statistik der Verbrauchergruppen: Erhebung für die 82. ZP, S. 4.

77 Vgl. eine Überlieferung dieser Aufstellung des ZEL vom 19. 3. 1946 in: HStAD NW 53/256, fol. 152.

und haben jetzt beinahe eine Million, nämlich 939 000. Der Pferdebestand an sich ist nicht schlecht. Man kann nicht sagen – und das ist eine außerordentlich wichtige Angelegenheit für die Landwirtschaft –, daß der Pferdebestand erheblich überaltert wäre, aber wir müssen trotzdem einen großen Teil abstoßen.

Die britische Militärregierung hatte vorgeschlagen, 180 000 Stück zu nehmen. Ich bin der Meinung, daß diese Zahl bei weitem zu hoch ist. Wir stehen ja im Augenblick vor zwei Dingen in der Landwirtschaft:

1. wir wollen – darüber spreche ich nachher noch – jeden Betrieb so intensiv wie möglich aufziehen, und
2. wir sind – nicht nur durch die letzten Kriegsjahre, sondern schon früher – technisch und maschinell so veraltet und rückständig, und es ist ein solcher Mangel an Betriebsmitteln und namentlich auch an Ersatzteilen, daß wir unbedingt eine gewisse Pferdereserve brauchen, damit wir nicht ackerwirtschaftlich in Rückstand kommen.

Ich habe deshalb vorgeschlagen, 100 000 Pferde sollten herausgezogen werden. Wir haben uns schließlich im Wege eines wie mir scheint vernünftigen Kompromisses auf 120 000 geeinigt. Diese 120 000 Pferde werden zum größten Teil dem Schlachter zugeführt werden, ein Rest wird eventuell nach Süddeutschland in die amerikanische Zone gehen.

Ich darf dann noch eine kurze Abschweifung machen: Wir haben neulich eine Wirtschaftstagung in Frankfurt a. M. mit den Herren aus Süddeutschland, aus der amerikanischen Zone, gehabt über den interzonalen Güteraustausch.[78] Das praktische Resultat ist allerdings nicht sehr groß gewesen, und zwar deshalb, weil sowohl die britische Zone, und in erster Linie auch die amerikanische Zone, in weitem Maße Mangelländer sind, die unter sich schon ausgleichen, was auszugleichen ist, so daß ich zunächst noch nicht glaube, daß wesentliche Ausgleichsgeschäfte zwischen den beiden Zonen sich anbahnen werden. Aber nachdem festgelegt worden ist, daß sowohl von uns aus nach der amerikanischen Zone wie von der amerikanischen Zone zu uns hierher sozusagen Gesandte ständig geschickt werden sollen, die dauernd aufpassen, wo sich Ausgleichsgeschäfte bieten, hoffe ich, daß sich da mit der Zeit etwas Günstiges entwickeln wird und daß den Zonengrenzen, die mehr und mehr unerträglich zu werden anfangen, wenigstens die größten Schärfen ausgebrochen werden durch den guten Willen der beiden Zonen und durch die Unterstützung, die wir von beiden Seiten von der Militärregierung dabei bekommen haben.

Das zweite ist, wo wir eine Verbesserung der Versorgung erreichen können. Ich sage das Wort „Verbesserung" bis zur Ernte nur mit großer Vorsicht. In der Beziehung kann ich keine Garantie geben. Ich hoffe, daß die Rationen aufrechterhalten werden. Weiter gehe ich in diesem Augenblick nicht. Das hängt von den Importen ab, die wir bekommen werden. Aber ich sage: Wie können wir eine

78 Zur Tagung der Leiter der dt. Wirtschafts- und Landwirtschaftsverwaltungen der am. und brit. Zone in Frankfurt/Main am 26./27. 2. 1946 vgl. HStAD NW 53/287, fol. 2–10, sowie AVB 1, S. 291, Anm. 8.

Verbesserung unserer Rationen bekommen? Da bietet sich unter Umständen eine Möglichkeit durch verstärkte Fischeinfuhr.

Es ist ein merkwürdiges Bild, daß jetzt schon wieder ein Teil der Welt, wenn auch ein kleiner nur, im Überflusse lebt und gar nicht weit ab davon Menschen sitzen, die hungern oder beinahe am Verhungern sind.

In Norwegen ist die Situation heute so, daß die Leute während des Krieges ihre Fanggeräte und ihre eigenen Fischereisachen eigentlich neu aufbauen konnten und heute dort ein solcher Überschuß an Fischen besteht, daß sie nicht mehr recht wissen, wo sie damit hin sollen, und bei uns würde man glücklich sein, wenn wir diese Anlandungen in größtem Maße bekommen könnten. Ich will dazu einmal eine Zahl nennen:

England war das zweitgrößte Fischereiland mit 870 000 t Anlandungen, Norwegen war das größte mit über einer Million Tonnen Anlandungen. Diese Situation hat sich bei Norwegen im Kriege nicht verschlechtert, sondern eher verbessert, und es ist für uns geradezu eine Lebensfrage, und ich weiß, daß die Britische Militärregierung dieser Tatsache durchaus ihr Augenmerk zuwendet, daß wir von dort den Überfluß an Fischen hereinbekommen. Es dreht sich hier um die finanzielle Frage. Ich weiß nicht und kann mir kein Urteil erlauben, welche Möglichkeiten bestehen, um diesen Fischüberfluß für das hungernde deutsche Volk zur Geltung zu bringen. Aber ich bitte alle Herren, die mit diesen Dingen zu tun haben – Herrn Dr. *Agartz* wird diese Frage auch interessieren –, alles zu tun, was möglich ist, um von dort Fische irgendwie hierher zu bekommen.

Die zweite Möglichkeit, die Fischlage zu verbessern, wäre, daß unser eigener Fischfang wieder auf die Höhe gebracht wird. Das liegt an den Fischdampferreparaturen. Unsere Fischdampfer sind deshalb vielfach nicht einsatzfähig. Es wäre aber möglich, sie in Ordnung zu bringen. Das wäre ein Mittel, um mit unserer eigenen Fischereiflotte die Anlandungen bei uns in die Höhe zu treiben. Zum dritten liegt es daran, daß ein Teil der Fische, die angelandet werden, und zwar in Wesermünde, nunmehr glatt in die amerikanische Zone durchgehen.[79]

Ich glaube, da die amerikanische Zone in vieler Hinsicht sich ernährungsmäßig in einer besseren Situation befindet, wäre es gut, wenn in dieser Hinsicht von den zu-

79 Mit Beginn der Besatzungszeit war in Bremen die Hauptvereinigung für die dt. Fischwirtschaft aufgelöst worden. An ihre Stelle trat für die am. Enklave Bremen das Amt für Fischwirtschaft, „Bremen Enclave Fisheries Control Board", mit Sitz in Wesermünde. Es unterstand nicht der Hauptstelle für Fischwirtschaft in der brit. Zone, Sitz Hamburg, sondern der American Section des Fishery Control Board in Hamburg, in dem die am. und brit. MR paritätisch vertreten waren, vgl. hierzu Vogel, Westdtld. I, S. 148, Anm. 1. Vgl. auch ein entsprechendes Schreiben von *Campes* an *Pollock*, den Leiter des Regional Government Coordinating Office, Verbindungsstelle zwischen OMGUS und LR in Stuttgart, vom 22. 6. 1946. Von *Campe* bat darum, daß eine dt. Stelle die Fischereipolitik an der ganzen norddt. Küste bestimmen und ausüben solle, während die am. und brit. MR diese Stelle lediglich kontrollierten (HStAH Nds. Z 50/84). In einer Aufzeichnung vom 13. 7. 1946 begrüßte von *Campe* die vorgesehene Einrichtung eines „Joint Fisheries Control Board" als Voraussetzung für eine einheitliche Fischereipolitik, vgl. a. a. O. Noch in der 9. Sitz. des ZB jedoch (vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 157) kritisierte *Schlange-Schöningen* die Sonderstellung Wesermündes; vgl. auch Dok. III.3 mit Anm. 120.

ständigen Stellen Verhandlungen aufgenommen würden, daß dort etwas für uns abfällt und nicht die ganzen Anlandungen in Wesermünde nach dem Süden gehen. Man schätzt, daß es sich dabei um die Summe von 145 000 Ztr. handeln würde. Das ist nicht sehr viel, aber immerhin etwas, und bei der bedrängten Lage, in der wir sind, können wir gar nicht anders, als daß wir auch die kleinste Kleinigkeit zu uns heranholen, damit uns hier nicht irgendwie eine große Ernährungsmisere passiert und wir den 1. August erreichen.[80]

So ist es augenblicklich. Ich werde mich nachher noch kurz darüber verbreiten, wenn ich über das nächste Thema spreche: was an Rationen überhaupt möglich ist.

Wir sind uns darüber klar, daß bei den durchschnittlich tausend Kalorien, die das Volk heute bekommt, eine wirkliche Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben ist. Sie mögen das drehen und wenden, wie Sie wollen, das eine steht fest: Hiermit können wir eigentlich den Wiederaufbau energisch nicht in Angriff nehmen.

Wenn wir aber diese Dinge einmal ansehen, so ist jetzt meine Sorge, daß das, was überhaupt noch an Kalorien gegeben werden kann, diese 1 000 Kalorien, in Frage gestellt sind durch manche Dinge, die wir absolut verhindern müssen. Ich will das in einem praktischen Beispiel sagen.

Ich habe jetzt gerade Zeit gefunden und mich im Lande herumgetrieben und mir praktisch angesehen, wie es draußen aussieht. Es sind da drei Dinge, die besonders beachtet werden müssen:

1. der Tauschhandel vom Bauern zum Handwerker.[81]

Wenn ein Bauer zu einem Beschlagschmied kommt und dort stehen fünf Pferde zum Beschlagen, dann ist – ich spreche das ganz offen aus – die Frage: wieviel Eier gibt er dafür? Und wenn einer mit zwei Eiern ankommt, sagt der Beschlagschmied: Ach Gott, der andere gibt mir mehr, und er arbeitet für den andern.

Das ist noch nicht das Schlimmste, sondern es gibt noch etwas Schlimmeres, was meiner Ansicht nach psychologisch von unerhörter Wirkung ist:

Wenn ein Bauer zu einem Schuhmacher kommt, will ich einmal sagen, und läßt sich ein Paar neue Stiefel machen, und gibt ein Dutzend Eier oder ein Stück Fleisch oder was er sonst gerade heranschleppt, dann werden ihm die Stiefel gemacht, und wenn der Flüchtling oder der Verbraucher aus der Stadt mit leeren Händen kommt und will sich ein Paar Schuhe besohlen lassen, geht das nicht, weil der Schuhmacher etwas anderes zu tun hat, wofür er in natura bezahlt wird. Das ist eine schwierige Frage.

Man soll nicht nur auf die Bauern schimpfen. Das ist die große Verführung, der diese Leute unterliegen. Aber hier müßte von anderer Seite auf die Handwerker und auf die Kaufleute ein ganz anderer Einfluß ausgeübt werden, denn das ist auch eine Art schwarzer Markt, und zwar ein sehr gefährlicher.

Wenn ein Bauer zu irgendeinem Kaufmann hinkommt und will ein Dutzend Spritzen kaufen – ich spreche das ganz praktisch aus –, dann kriegt er sie, wenn er Na-

80 Im August waren Erträge aus der neuen Ernte verfügbar.
81 Vgl. hierzu Stüber, S. 124 f. und S. 577–619.

turalien gibt, und der andere, der das nicht tun will, der Anständige, der kriegt sie nicht. Früher hatten wir das Markensystem, und ich würde vorschlagen, daß wir wieder zu diesem System zurückkehren, damit hier einigermaßen Gerechtigkeit hergestellt wird und der Kaufmann wieder gegen Marken derartige Sachen verkaufen darf.

Etwas anderes: In einem Bauerndorf in der Gegend von Paderborn wurde mir erzählt, daß täglich 40–50 Menschen dorthin kommen, die betteln. Wie kommen die Leute an? Sie kommen mit den Zügen an. Wie kommen die dazu, mit Zügen zu fahren? Sie überfallen das Bauerndorf. Mir wurde das von jemand erzählt, der das gesehen hat. Sie kommen fröhlich eingezogen [!], anmarschiert in Kolonnen, direkt vor den Bauerndörfern verteilen sie sich, markieren die schwer Geschlagenen, gehen von Haus zu Haus und betteln die Bauern an. Einer hat mir erzählt, er habe tatsächlich an einem Tage aus Mitleid 40 Scheiben Brot gegeben, das er eigentlich selbst nicht übrig hatte, aber er habe es gegeben, weil diese Leute halb verhungert waren. Das waren aber nicht die, die am Verhungern sind, das waren auch nicht die, die arbeiten, denn die sitzen in den Städten und begeben sich gar nicht auf Reisen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß hier ein ganz neues Gewerbe entsteht. Diese Leute gehen in die Dörfer, holen sich das, aber ich bin überzeugt, daß sie es nicht aufessen, sie verteilen es auch nicht an Verwandte, sondern sie vertreiben es im Schwarzhandel, und wenn sie im Schwarzhandel mit einem Stück Brot von einem halben Pfund kommen, dann haben sie den ganzen Monat zu leben.

Als ich vor drei Tagen im Auto hierher gefahren kam, da bin ich – ich übertreibe nicht – an einem unermeßlichen Strom von Radlern vorbeigekommen. Diese Radler hatten auf dem Buckel etwa ¾ Zentner Kartoffeln im Rucksack oder hinten auf dem Rad in Säcken aufgebaut. Ich schätze, daß ich auf einer Strecke von 11 km an Menschen vorbeigefahren bin, die 70 bis 80 Ztr. Nahrungsmittel bei sich hatten. Das war eine einzige Straße nach Hamburg.

Nun habe ich mir die Leute genau angesehen. Die sahen auch nicht notleidend aus. Das waren keine notleidenden Arbeiter oder Handwerker, sondern das waren, ich behaupte das, professionelle Schwarzhändler.

Und nun das sehr hübsche Bild. Ich komme da angefahren und komme an die Brücke. Da standen da oben drauf, hübsch aufgebaut, von weitem zu sehen, einige Anhänger von Sherlock Holmes, die als Polizisten Schwarzhändler greifen wollten. Da habe ich über die Naivität gestaunt, die es heute noch gibt, auf diese Weise den Schwarzhandel unterdrücken zu wollen. Ein englischer Polizist war so freundlich, mich zu revidieren. Nur er durfte das, weil ich in einem Wagen mit englischem Abzeichen fuhr. Ich freute mich darüber. Eine Viertelstunde lang hat er alles genau revidiert. Ich mußte jeden kleinsten Koffer aufmachen. Es ist dies meiner eigenen Anregung zu verdanken, daß das von britischer Seite aus geschieht. Ich hatte schon Sorge, er würde mir meine beiden Schmalzbrote wegnehmen, er tat es aber nicht.

Während der Zeit habe ich nun Gelegenheit gehabt, zu sehen, wo meine Nachfolger auf den Rädern mit den Kartoffeln blieben. Selbstverständlich kam kein einziger bis an diese Sperre heran, sondern die hatten sich längst verdrückt, waren auf

Seitenwege gegangen. Und dann wundern Sie sich, wenn in Hamburg der Schwarze Markt so gedeiht.

Ich bin der Meinung, daß hier ganz anders eingegriffen werden muß und daß von allen Seiten eingegriffen werden muß, wenn Sie bedenken, was allein auf dieser einen Straße nach Hamburg an Schwarzhandelsgütern hereinkam. Und nun stellen Sie sich vor, was auf den anderen Straßen von allen Seiten kommen wird und rechnen Sie sich zusammen, daß das nicht nur in Hamburg so sein wird, sondern in allen großen Städten. Wenn wir das so laufen lassen, halten wir die 1 000 -Kalorien-Ration überhaupt nicht durch, denn die wird uns unter den Händen weggeholt. Das kann man nicht dulden.

Ich würde dankbar sein, wenn Sie, Herr Dr. *Lehr,* auf eine der nächsten Tagesordnungen, weil dies eine ganz brennende Frage – die brennendste Frage überhaupt ist –, vielleicht drei Punkte setzen würden[82]:

1. Wie ist es möglich, von der Wirtschaftsseite aus die Tauschgeschäfte zwischen Bauer und Kaufmann oder Handwerker zu verhindern?
   Man kann das nicht alles von meinem Sektor aus tun. Die Bauern sind die Verführten und auch nur Menschen.

2. Was kann geschehen, daß auf den Eisenbahnen diese Leute nicht fahren dürfen?

Ich will hier noch ein Beispiel mitteilen, das auch bezeichnend ist und das die Eisenbahndirektion besonders angeht. Auch in der Gegend von Paderborn wurde mir gesagt: Das geht so vor sich: Die Hamsterer kommen an. Die Polizisten versuchen, sie zu stellen, sie umgehen die Polizisten und werfen ihre Kartoffeln in das Bahnhofsgebäude herein, und die Polizei hat nicht das Recht, sobald der Bahnhofsraum betreten ist, weiter zu revidieren, denn die Eisenbahndirektion Hannover hat die Erlaubnis gegeben, ich glaube 60 Pfund Kartoffeln umsonst zu befördern.[83]

Auf diese Weise kommen wir nicht weiter, und ich würde bitten, daß von der Eisenbahnseite dieses Problem angefaßt wird.

3. Wenn es von der Polizeiseite angefaßt wird, nützt es uns nichts, wenn wir weit sichtbar auf die Brücke ein paar Polizisten stellen.

Ich könnte mir vorstellen, daß durch radelnde Polizeipatrouillen, die die Landwege kontrollieren, viel erreicht werden kann oder durch vorgehende Patrouillen, die durch das Land gehen und jeden Menschen anhalten. Dann kommen wir dem Problem vielleicht näher, anders nicht.

Das sind sehr schwere und ernste Dinge, und ich glaube, daß alle diese Fragen nur gelöst werden können, wenn ein Vertrauensverhältnis zu allen Teilen der Bevölkerung sich anbahnt. Ist das nicht der Fall, dann fürchte ich, wird eine Unordnung entstehen, in der auch der demokratische Gedanke nicht gerade florieren wird.

---

82 Vgl. hierzu Dok. III.3, u. S. 223–232 und S. 259–276.
83 Vgl. hierzu BA Z 6 I/17, fol. 194: *Schlange-Schöningen* an *Hollins,* 5. 4. 1946.

Ich darf hier einen ganz kurzen Ausflug auf drei mir sehr naheliegende politische Fragen machen, die ich auch hier in aller Offenheit besprechen möchte. Ich sprach von gegenseitigem Vertrauen. Ich glaube, das Vertrauen muß so sein, daß

1. der Landmann überzeugt ist, daß seine Belange nach bestem Wissen und Gewissen vertreten werden;
2. daß der Verbraucher das Gefühl hat, daß im Namen der Gerechtigkeit für ihn das Menschenmögliche getan wird und
3. daß das, was für ihn getan wird, sowohl für den Bauern wie für den Verbraucher getan wird, für den Menschen in allen Ämtern.

Damit komme ich mit einem kurzen Wort zu der Frage der Denazifizierung.

Ich versuche im Auftrage der britischen Militärregierung seit sechs Wochen, mein Amt zu organisieren[84], zunächst nur das zentrale, und es ist für mich eine wahre Plage, daß ich nicht oder nur sehr schwer zur Lösung der ernsten sachlichen Probleme komme, weil ich personell die größten Schwierigkeiten habe. Ich bin mir mit Ihnen allen vollkommen darüber klar, daß die Denazifizierung sowohl in den Zentralämtern wie auch in den Bauernschaften bis zum äußersten, und ich hoffe, so schnell wie möglich, durchgeführt werden muß.

Bei mir in meinem Zentralamt ist das heute soweit, daß eine größere Anzahl von Herren, die belastet waren, ausgeschieden sind. Jetzt ist mir eine neue Verfügung der britischen Militärregierung zugegangen oder wenigstens unterwegs zu mir, die diese Dinge noch einmal verschärft. Ich akzeptiere diese Verschärfung, denn ich bin mit Ihnen vollkommen klar darüber, daß die Leute, die uns 12 Jahre lang tyrannisiert haben, kein Recht haben sollen, irgendeine auch nur wesentliche Stelle innezuhaben. Es wird deshalb jetzt auch bei mir noch einmal eine genaue Nachprüfung der Herren, die noch da sind, durchgeführt werden, und zwar von einer Kommission, die aus Deutschen zusammengesetzt ist, und die jeden Einzelnen noch einmal überprüft, ob er fähig ist, heute noch eine amtliche oder Dienststelle zu bekleiden. Ich habe nur den Wunsch, daß diese Dinge schnell gemacht werden, damit wir zu einem vernünftigen Arbeitszustande kommen und uns dem wirklich großen Ernährungsproblem zuwenden können.[85]

Das zweite ist die Neuorganisation der Bauernschaften.[86] Es ist diese Organisation auch deshalb so in Unordnung, weil es in vielen Provinzen – und die Herren

---

84 Das „Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone" (ZEL) war am 11. 3. 1946 durch die brit. MRVO Nr. 7 mit Sitz in Obernkirchen, Kreis Grafschaft Schaumburg, errichtet worden. Es war der Nachfolger des seit dem 12. 7. 1945 bestehenden „German Interregional Food Allocation Committee", vgl. hierzu Vogel, Westdtld. I, S. 126 ff. Am 4. 3. 1946 wurde *Schlange-Schöningen* von der brit. MR zum Leiter des ZEL ernannt, vgl. das Ernennungsschreiben, engl. Fassung, in: ZEL – Ein Rückblick, Anl. 1; dt. Fassung bei Rohrbach, S. 297 f. Am 23. 3. 1946 verlegte das ZEL seinen Sitz nach Hamburg. Seine vorgesetzte Stelle war die „Food, Agriculture and Forestry Division" der CCG (BE), vgl. hierzu Vogel, Westdtld. I, S. 130–133.

85 Vgl. hierzu AVB 1, S. 362 f., Anm. 20.

86 *Schlange-Schöningen* bezieht sich hier auf die Organisation des nationalsozialistischen Reichsnährstandes, die nach der Kapitulation zunächst beibehalten und offiziell erst am 21. 1. 1948 aufgelöst wurde, vgl. GVOBl WR vom 5. 3. 1948, S. 21 f. Zum Reichsnährstand vgl. Müllen-

Oberpräsidenten werden mir recht geben, ich habe mich mit ihnen sehr eingehend darüber unterhalten[87] – solche Schwierigkeiten macht, daß man die herausgeworfenen Leute ersetzt bekommt. Aber auch das wird durchgeführt werden, und ich bitte Sie alle, mir dabei zu helfen. Ich bitte namentlich die Parteien, mir zu helfen. Ich bin bereit, jeden Wunsch und jede Anregung entgegenzunehmen und die nötigen Schritte sofort zu ergreifen, wie ich auch für mein Amt persönlich bitte, mir zu helfen.

Ich habe aller Welt erzählt, nach allen Seiten, daß ich unter gar keinen Umständen in dieser schweren Situation, in der wir uns befinden, so etwas ähnliches wie ein parteimäßig gebundenes Amt aufbauen will.[88] Ich bin bereit, tüchtige, anständige, fähige Menschen aus allen Parteien an wesentliche Punkte meines Amtes hinzustellen, weil ich überzeugt bin, daß unsere heutige Lage überhaupt nur so gemeistert werden kann, wenn jeder weiß, daß es keine Heimlichkeiten gibt, sondern daß sachlich gearbeitet wird, in Gerechtigkeit und zum Wohle der breiten Masse.

Dann die zweite Frage, über die ich sprechen könnte: die Landreform.[89] Ich glaube, daß die Begriffe, die darüber bestehen, unerhört weit auseinandergehen. Ich bekomme eine Flut von Zuschriften. Ich könnte ein Archiv anlegen über all die Vorschläge, die gemacht worden sind, die aber doch zum großen Teil außerordentlich theoretisch und außerordentlich stadtgesehen sind.

Was ist Landreform, oder was soll sie sein?

Ich stelle mir unter Landreform vor, daß das ganze uns verbliebene Restland nur nach dem einen Gesichtspunkte eingestellt wird, nämlich nach der höchsten Produktivität. Dabei spreche ich nicht über das, was vorweggehen muß, die Denazifizierung der Bauernhöfe. Diese Aktion, kann ich sagen, wird in kürzester Zeit anlaufen. Sie liegt nicht in meiner Hand, sondern bei der britischen Militärregierung, und ich werde erst hören, welche Vorschriften da bestehen. Auch da ist selbstverständlich, daß Leute, die irgendwie – ich möchte sagen – in irgendeiner aktiven Nazistelle sich bewegt haben, ihren Hof nicht werden behalten können. Das liegt aber noch nicht in meiner Hand, wird aber in kürzester Frist anlaufen.

Aber darum handelt es sich weiter nicht bei der Landreform. Die Landreform muß ein ganz großer und umfassender Plan sein, und es handelt sich auch nicht nur um die Frage: Was machen wir mit den Großbetrieben?

Die Zahl der Großbetriebe im britischen Bezirk wird ja im allgemeinen weit überschätzt. Ich habe Zuschriften bekommen, wonach es aussieht, als wenn man ein paar Millionen Flüchtlinge mit einem Federstrich auf früheren Großbetrieben ein-

---

busch, bes. S. 72 und S. 77; zur Diskussion um seine Beibehaltung vgl. Weisz, Landwirtschaft.

87 Das ZEL stand in regem Kontakt mit den Ober- bzw. Ministerpräsidenten bzw. mit den jeweiligen Landesbauernschaften, vgl. insgesamt BA Z 6 I/85–89.

88 *Schlange-Schöningen* bezog sich dabei vor allem auf die Zusammenarbeit mit der SPD, vgl. etwa sein diesbezügliches Schreiben an die MR vom 21. 2. 1946, vermutlich an *Hollins* in: BA Z 6 I/1, fol. 38 f.

89 Der ZB beschäftigte sich auf Anweisung der MR erstmals offiziell in seiner 5. Sitz. mit der Agrarreform und wählte einen entsprechenden Sonderausschuß, vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 65–75 und Anm. 240–243 sowie Anl. 109.

setzen könnte. Das ist nicht der Fall. Wenn Sie die Großbetriebe aufteilen, ist das im Verhältnis zu den Bedürfnissen doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Aber ich glaube, ich gehe da viel weiter als manche von Ihnen. Die Großbetriebe müssen so umgeformt werden, daß daraus die praktischsten Produktivgrößen entstehen.

Nun ist es so, ich habe mich mit dem Chef der britischen Militärregierung meiner Abteilung[90] oft darüber unterhalten: Diese Betriebsgrößenumformung, d. h. die entscheidende Verkleinerung der Betriebe, trifft sich absolut mit den Bedürfnissen, die wir produktionspolitisch haben. Wir sind in unserem Rayon unter keinen Umständen mehr Selbstversorger, Selbsternährer. Wir können machen, was wir wollen, wir werden immer einen ganz großen Zuschußbedarf aus dem Auslande haben. Wenn das aber der Fall ist, dann ist es das vernünftigste, unser Land so umzuformen, daß wir die Waren produzieren, die verderblich sind und die Waren importieren, die unverderblich sind und die sich am leichtesten importieren lassen. Das ist das Getreide.

Wir müssen also, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, zu einer Farmwirtschaft hinkommen, die Gemüse, Kartoffeln, Zuckerrüben, Viehfutter produziert und Viehveredlungsproduktion betreibt. Das trifft sich – ich kann mich darüber nicht zu lange aufhalten – mit der Verringerung der Betriebsgrößen, weil der kleinere Betrieb – das wissen wir von jeher – mehr Gemüse, Kohl, Kartoffeln und Zuckerrübenbau und Viehwirtschaft betreibt, während der Großbetrieb ein Kornbetrieb war.

Dazu kommt außerdem das andere Problem, daß es absolut notwendig ist, mehr Menschen auf dem Lande unterzubringen. Ich meine das jetzt nicht in diesem Augenblick auf die Überlagerung der Flüchtlinge gesehen, sondern auf die Dauer, und da ist es doch so, daß ein großer Schlag kräftiger Bauernhöfe, der Höchstkultur treibt, in vieler Hinsicht ja in manchen Dingen bis an die Gartenkultur herangeht, eine große Menschenmasse bei sich unterbringen kann.

Aber damit ist es auch noch nicht getan. Das ist erst die Umformung von oben her. Wir wollen die Umformung von unten sehen. Es ist nicht möglich, daß wir in Deutschland weiter existieren, wenn die Flurzerstückelung weiterhin unangetastet bleibt. Dafür sehen Sie gute Beispiele in Süddeutschland, in Franken und Württemberg, aber auch nach dem Westen hin.

Wenn Sie darauf achten, sehen Sie, wie diese schmalen Streifen bei der Grenze viel Land wegfressen und der Bauer fast nicht auf sein Land kann oder nur über das Land des andern.

Deshalb ist eine große Flurbereinigung nötig.[91] Man kann dafür eine Spanne von drei Jahren setzen, indem man den Leuten sagt: Einigt euch freiwillig, und wenn

---

90 Leiter der vorgesetzten Dienststelle des ZEL, der „Food Agriculture and Forestry Division", war bis März 1946 *Hughes*, von März 1946 bis Frühjahr 1947 *Hollins*, ab Frühjahr 1947 *Griffin*, vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 130.

91 Dieses Projekt wurde erst als Bundesflurbereinigungsgesetz im Jahre 1953 Wirklichkeit, konnte aber auf bedeutenden Vorarbeiten aufbauen, die nicht zuletzt der besonderen Initiative *Schlange-Schöningens* zu verdanken waren, vgl. Rohrbach, S. 275 sowie S. 279–284.

ein gewisser Druck dahintergesetzt wird, werden sie das schnell tun. Wenn sie es aber nicht tun, muß das vom Staate durchgeführt werden, weil auch hier ein Zustand besteht, der auf die Dauer nicht zu dulden ist.

Schließlich kommt noch die Kultivierung der Ödländer und Moore. Ist nicht so viel anbauwürdiges Land da, das betreut werden kann, dann muß der Versuch der Kultivierung gemacht werden, auch bei der Lüneburger Heide. Lassen Sie mich als Landwirt es aussprechen, daß es meiner Ansicht nach durchaus möglich ist, davon größere Flächen in Betrieb zu nehmen, die man erst beweiden läßt, dann allmählich den Umbruch anfängt und darauf etwas produziert. Jedenfalls bin ich der Meinung, daß jedes Stück Land, das wir in Deutschland haben, unter Kultur genommen werden muß. Wenn man sagt, es geht nicht, so muß ich sagen: Es geht sehr vieles.

Noch ein drittes: Wir haben uns schon mit den Herren der britischen Militärregierung über die Frage unterhalten, welche Organisationsform die Landwirtschaft eigentlich haben soll. Wir sind uns alle darüber einig, daß auch die letzten Rückstände personeller Art – will ich einmal sagen – des früheren Reichsnährstandes zu verschwinden haben. Sachlich bin ich aber nicht der Meinung, daß eine Form über Bord geworfen werden sollte, die immerhin eine sehr schnelle Erteilung der Anordnungen von oben bis unten ermöglichte. Das ist soweit gegangen, daß man auch in England diese Form zum großen Teil von Deutschland übernommen hat. Es ist das eine Personenfrage und keine sachliche Frage. Ich habe das den Herren Oberpräsidenten in aller Offenheit gesagt, und sie haben es auch von der britischen Militärregierung gehört.[92]

Die Herren Oberpräsidenten wünschen, daß im Grundsatze diese Form beibehalten werden soll. Ich persönlich bin der Meinung, daß es möglich gemacht werden muß, die Staatsverwaltung und die agrarische Verwaltung zusammen in eine vernünftige Form zu bringen. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich der Meinung bin, daß die Zeiten, denen wir entgegengehen, sehr schwer sein werden und daß die Landwirtschaft den Staat in seiner Mitwirkung in vieler Hinsicht gar nicht entbehren kann und daß andererseits der Staat die Landwirtschaft nicht entbehren kann. Es ist im Augenblick mein Bestreben, einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten[93], der hoffentlich allen Wünschen entspricht, den ich natürlich zunächst mit den betreffenden Herren der britischen Militärregierung durchsprechen muß und werde und der dann allen interessierten Herren, ehe praktisch etwas geschieht, zugehen wird, damit sie ihre Meinung dazu äußern.

Auch hier stehe ich auf dem Standpunkt, wie bei jeder Sache, die ich machen werde, daß nicht irgendein Dekret herausgeschleudert werden darf nach dem Rezept: Friß Vogel oder stirb, sondern wie ich mein Amt auf breiter Basis aufbauen will, wird jede wichtige Entscheidung mit allen beteiligten Herren, ob sie nun von der Staatsverwaltung oder von der Bauernschaft sind, und mit allen führenden Herren der Parteien erst vorbesprochen werden, damit man einig ist.

---

92 Vgl. o. Anm. 86.

93 Vgl. hierzu BA Z 6 I/17, fol. 201 f.: *Schlange-Schöningen* an *Hollins*, 2. 4. 1946, betr. Entwurf Bauernkammergesetz; Entwurf a. a. O., fol. 203–216.

Ich darf zum Schlusse dieses Absatzes noch sagen, daß ich mit diesen Dingen schon etwas weiter wäre, wenn ich nicht seit 14 Tagen durch meinen Umzug nach Hamburg lahmgelegt und im Augenblick nicht arbeitsfähig wäre, weil trotz aller Hilfe, die uns von der Stadt Hamburg zuteil wird, es bisher noch nicht möglich gewesen ist, die erforderlichen Arbeitsräume im Shellhaus und in der Post zu organisieren. Die Post liegt zum Teil noch in Trümmern, und wir sitzen zunächst noch auf der Straße, weil es nicht möglich gewesen ist, die nötigen Räume zu beschaffen.

Nun zum nächsten Thema, das ich versuchen will, kurz zu fassen: Die Erntevorbereitung für das nächste Jahr. In der Hinsicht ist nicht sehr viel – das habe ich neulich schon kurz auseinandergesetzt – zu machen, weil uns die Hauptsache, der Stickstoff, fehlt.

Ich bin jetzt, wie ich schon gesagt habe, eine zeitlang durch das Land gefahren, und ich muß sagen, daß die einzige Freude, die ich gehabt habe, die ist – und ich bin weit entfernt, die Dinge zu pessimistisch zu malen –, daß der Saatenstand einigermaßen gut ist. Es gibt in einzelnen Bezirken, z. B. in Westfalen wohl am meisten, einzelne Hochwasserschäden, aber im ganzen glaube ich nicht, daß wir es sonst mit schweren Überwinterungsschäden zu tun haben werden. Insofern sieht die Sache nicht ungünstig aus, und ich hoffe, daß wir etwa das erreichen werden, was wir im vorigen Jahre geerntet haben. Man darf sich darüber keinen großen Erwartungen hingeben. Ich habe hier eine Zahlenaufrechnung vor mir, die ich nachher auch verteilen werde[94]; da liegen wir im Vergleich mit 1940/44 bei Getreide auf nur 65 % einer normalen Ernte, bei Zuckerrüben auf nur 56 %, bei Kartoffeln auf 79 %. Viel mehr wird, wenn nicht ein Wunder geschieht, bei Getreide auch nicht zu erreichen sein.

Die einzige Chance, die wir haben, ist der verstärkte Kartoffelbau.[95] Wenn es uns gelänge, die 450 000 ha auf 650 000 ha, wie beabsichtigt, zu erhöhen, dann wäre das ein ganz unerhörter Erfolg. Ich fürchte, ganz so gut wird es nicht kommen, aber wenn wir wenigstens auf 550 000 bis 500 000 ha kämen, wäre das schon immerhin eine Chance, denn die Kartoffel ist, wenn ich das noch einmal einflechten darf, eine von den merkwürdigen Früchten, die unter Umständen auch ohne Stickstoff ihre Schuldigkeit tun und hohe Ernten geben, wenn das Jahr besonders günstig ist. Bis jetzt hat es sich nicht sehr günstig angelassen. Wir sind 2–3 Wochen zu spät, was im allgemeinen einen Rückschlag der Ernte nach sich zieht. Aber unter Umständen, wenn die Nachtfröste ausbleiben, kann das auch zum Guten umschlagen.

Ich habe dabei auch eine Bitte. Die Provinz Hannover ist im Augenblick unsere große Saatkartoffelprovinz geworden, weil dort in vielen Kreisen die günstigsten

94 Vgl. eine Überlieferung dieser Aufstellung des ZEL vom 19. 3. 1946 in: HStAD NW 53/256, fol. 153.

95 Bereits Anfang Juni 1945 hatte die brit. MR ein Anbauprogramm aufgestellt, das als einen der Hauptpunkte die Forderung nach einer höheren Kartoffel- und Brotgetreideerzeugung bei gleichzeitiger Einschränkung der Viehwirtschaft enthielt. Die Kartoffelanbaufläche der Provinzen Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein und des Landes Oldenburg sollte von damals 336 000 ha auf 577 500 ha gesteigert werden (Minimalziel), vgl. hierzu Stüber, S. 90.

Bodenverhältnisse bestehen. Vom vorigen Montag ab hat die große Kartoffelverladung begonnen, meist Saatkartoffeln. Es werden dort in kurzer Zeit 250 000 t verladen werden. Das sind fünf Züge am Tag, wenn die Verladung dieser 250 000 t sich einigermaßen glatt und rechtzeitig abwickeln soll. Es ist deshalb meine dringende Bitte an die Eisenbahnverwaltung, daß hier keine Panne eintritt, denn wenn da Verzögerungen kämen und die Leute ihr Saatgut nicht erreichte, würde das unabsehbare Folgen nach sich ziehen.

Das zweite ist zur Vorbereitung der nächsten Ernte: Gebe der Himmel, daß wir nicht weitere Eingriffe in unsere Bestände zu machen haben. Wir haben schon durch die Erhöhung der Fleischration einen ziemlichen Eingriff machen müssen. Diese Erhöhung kostet uns 40 000 Stück Rindvieh. Das scheint nicht schlimm zu sein, wenn Sie bedenken, daß wir immerhin noch über 4 461 000 Stück verfügen gegen 4,9 Millionen im Jahre 1938. Aber es ist eine große Gefahr, da in dieser Übersicht ja auch alle Jungtiere angegeben sind, die noch nicht zum Verkauf kommen. Es ist das eine ganz große Gefahr, wenn wir z. B. plötzlich einen Einbruch in unsere Fettration hätten. Hoffentlich brennt uns nicht noch einmal eine Fabrik nieder wie neulich in Hamburg. Wenn wir einen Einbruch in die Fettration bekämen und man gezwungen wäre, diesen irgendwie auszugleichen durch eine höhere Fleischgabe, dann könnte sehr schnell der Augenblick eintreten, wo der normale Milchviehbestand so angegriffen wird, daß plötzlich ein schwerer Rückschlag in der Milcherzeugung vor sich geht, mit der es nicht sehr günstig aussieht.

Hierzu wieder eine agrarische Zwischenbemerkung: Daß wir im Augenblick so verhältnismäßig wenig Milch produzieren, liegt daran, daß im vorigen Jahr die Heuernte in weiten Gebieten, z. B. in Schleswig-Holstein, so verregnet ist, daß der Futterwert kolossal gesunken ist. Futterrüben hatten die Leute nicht viel angebaut. Deshalb müssen wir damit besonders vorsichtig umgehen.

Zur Frage der Arbeiter muß ich auch noch ganz offen ein paar Worte sagen. Augenblicklich liegen die Bauernhäuser bis oben voll von Flüchtlingen, die meisten Häuser jedenfalls. Diese Flüchtlinge sind zum großen Teil Städter, teils wollen sie nicht arbeiten aus Gründen, die ich gleich sagen will, teils können sie nicht, weil sie, zunächst jedenfalls, die Arbeit nicht gewohnt sind. Dann gibt es auch merkwürdige Kreaturen, die etwa die These aufstellen: Unter meinem Stand will ich nicht arbeiten – so etwas gibt es – das ist eine völlige Unmöglichkeit. Dann sagen wieder welche: Ich habe ja noch Geld genug, habe es nicht nötig zu arbeiten. Dann gibt es andere, die sagen: Was soll ich sparen; ich weiß nicht, was aus unserer Währung wird, und schließlich und letztlich – das ist allerdings ein ganz ernster Punkt – entsteht die Frage: Was ziehe ich zur Arbeit an? Die Leute sind zum Teil so schlecht bekleidet, namentlich mit Schuhzeug, daß es ihnen nicht übelzunehmen ist, daß sie sagen: Wir sparen lieber unsere Schuhe, denn für das, was wir verdienen, können wir keine neuen kaufen.[96]

96 Noch im Mai 1947 wurde die unzureichende Ausrüstung der Landarbeiter beklagt, vgl. eine Denkschrift *Schlange-Schöningens* an die am. und brit. MR in BA Z 6 I/26, hier: fol. 34; für SH vgl. eine Denkschrift vom 25. 6. 1946 in: StAH 377-10 I: Bb 6.

Ich habe in der Bekleidungsfrage mit der Militärregierung oft verhandelt, und ich hoffe und bitte, daß Sie alle mithelfen, daß wir hier zu irgendeiner Lösung kommen, denn es geht effektiv so nicht, daß der Bauer intensiver wirtschaften soll, daß er Kartoffeln und Zuckerrüben bauen soll, denn da sagt er sich als praktischer Mensch: Was nützt mir das alles, wenn ich keinen Stickstoff bekomme? Da müßte ich als Ausgleich die Zuckerrüben nicht drei-, sondern fünfmal hacken, denn damit gleicht man viel aus, aber wer macht das? Da habe ich die Menschen hier sitzen, aber keiner hat Lust dazu. Da laufen in einem Dorf 300 Menschen herum, und die Bauern kriegen nicht ein Mädchen, um die Kühe zu melken, weil die Leute nicht kommen. Diese Frage ist ungeheuer ernst. Da müßten wir alle zusammenarbeiten, um diese Sache möglichst schnell in Ordnung zu kriegen.

Es gibt da zwei Möglichkeiten zu einem scharfen Eingriff, wenn Sie den haben wollen, einmal, daß wir den Satz aufstellen: Wem Arbeit auf dem Lande angeboten wird und wer sie nicht annimmt, dem müssen die Rationen gekürzt werden, und weiter: Wer auf dem Lande beim Bauern herumsitzt und arbeitsfähig ist, der muß, wenn er nicht arbeiten will, die Wohnung räumen und kann dann sehen, wo er bleibt, damit vernünftige Leute hereinziehen, die Lust zum Arbeiten haben.

Und schließlich das letzte: die Ration des neuen Jahres. Ich will das nur in Stichworten sagen. Es ist uns klar, und ich deutete das auch schon an, daß wir mit 1 000 Kalorien täglich wohl einige Wochen oder nehmen Sie an einige Monate auskommen können, daß das aber Hungerrationen sind und daß wir dann zu einer wesentlichen Rationserhöhung kommen müssen. Es ist sehr bezeichnend, und es ist klar, wenn man mit anderen Völkern das vergleicht, die nicht gefroren haben, die nicht zwischen Trümmern wohnen, die nicht den Wiederaufbau zu machen haben, die nicht nur sechs, sondern noch viel längere schreckliche Jahre hinter sich haben, daß wir nicht mit einem Durchschnitt von 1 000 Kalorien existieren können, während man anderen Völkern sagt, daß Schwerarbeiter 4 000, normale Arbeiter 3 000, Hausfrauen 2 400 Kalorien haben müssen.[97] Da ist klar, daß der Augenblick kommt, wo es bei uns zu Ende ist. Es gibt da auch schon verschiedene Anzeichen.

Ich habe die Zahlen über die Entwicklung der Kindersterblichkeit in Hamburg gehört. Die Kindersterblichkeit hat sich in den letzten Wochen von 5 % auf 12 % erhöht.[98] Ich finde, daß das eine erschütternde Zahl ist. Aber das fängt ja erst an, und wir wollen uns keinen Illusionen hingeben, daß sie in den nächsten Monaten noch sehr viel höher wird.

---

97 Vgl. z. B. die Normen des brit. Ernährungsministeriums von 1945, zitiert in: Die Wirtschaftslage im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, S. 157, sowie die Gegenüberstellung in: Europas Ernährungsstandard nach dem Kriege, S. 6. Die brit. Sätze zur Erhaltung des Lebenszustandes (Bettruhe) lagen bei 1 700 Kal./Tag, während etwa die Empfehlungen der Dt. Gesellschaft für Ernährung (1975) für den sog. Normalverbraucher einen täglichen Kaloriensatz von 2 289 vorsehen, vgl. hierzu insgesamt Küpper, bes. S. 122 f. und S. 133 f.

98 Die Prozentangaben beziehen sich auf die Säuglingssterblichkeit, bei der die Anzahl der im ersten Lebensjahr gestorbenen Säuglinge, bezogen auf 100 Lebendgeborene, angegeben wird (vgl. weitere Zahlen- und Literaturangaben bei Stüber, S. 285 f.).

Nun werden Sie fragen: Wie hoch können die Rationen erhöht werden? Darüber kann ich im Augenblick natürlich noch gar nichts Genaues sagen, weil das abhängt:

1. von unserer Ernte
2. von dem, was wir an Importen zu erwarten haben.

Ich möchte aber eine Zahl nennen: Wenn wir die heutige Anbauziffer zugrunde legen und wenn wir nicht einmal eine Kartoffelanbaufläche von 650 000 ha zugrundelegen, sondern von 500 000 ha, dann würden wir, wenn der Viehbestand der gleiche bleibt und wenn die Hektarerträge vorfriedensmäßig wären – wir würden das heute eine unerwartet glänzende Ernte nennen –, dann würden wir unser Volk auf 1 540 Kalorien stellen können. Wenn die Ernte so bleibt, etwa 85 %, d. h. eine schwache Mittelernte, dann würde unser Volk – immer ohne Importe berechnet – auf 1 335 Kalorien kommen. Ich fürchte, wenn man sich keinen Illusionen hingeben will, werden wir diese letztere Zahl annehmen müssen, und wenn es eine schlechte Ernte würde, die etwa um 70 % oder darunter liegt, dann würden wir auf 1 125 Kalorien aus eigener Ernte kommen. Aber wir wollen den besten Fall annehmen, nämlich, daß wir aus eigener Kraft auf 1 540 Kalorien kämen. Auch da muß ich ganz offen sagen, daß ich auch das nicht für ausreichend halten würde. Das ist eine Frage, die von ärztlicher Seite zu behandeln wäre.

Sie müssen bedenken, daß das Volk ausgehungert aus einer Zeit herauskommt[99] und daß wir ihm irgend etwas geben müssen, damit es sich erholen kann. Ich weiß nicht, ob 2 000 Kalorien genügen. Ich glaube auch das nicht. Aber das involviert, daß wir eine erhebliche Getreideeinfuhr haben müssen, wenn wir überhaupt wieder auf die Beine kommen sollen.

Da wird Ihnen vielleicht eine Zahl ganz interessant sein – die bitte ich zu notieren, denn ich habe sie nicht in der Vervielfältigung hier – 100 Kalorien je Kopf und Tag der Bevölkerung mehr entsprechen im Jahre einer Importmenge von 300 000 t. Wenn wir 500 Kalorien aus Importen zusetzen wollen, und so würde es kommen, kostete uns das 1 500 000 t Getreide, und es fragt sich, wo wir die hernehmen und wovon sie bezahlt werden sollen.[100]

Letztens möchte ich noch eins sagen: Es ist mir von der britischen Militärregierung gesagt worden, ich möchte mein Amt und meine Organisation soweit fertigstellen, daß die Deutschen endgültig die Verantwortung etwa im Mai/Juni, oder mir wäre

---

99 Die Rationierung der Lebensmittel hatte im Deutschen Reich mit der 1. ZP am 28. 8. 1939 eingesetzt. Spätestens seit Frühjahr 1943 hatte es immer stärkere Kürzungen in der Lebensmittelversorgung gegeben, so daß der Ernährungsrat der deutschen Ärzteschaft 1947 rückblickend wohl nicht ganz zu Unrecht feststellte, die physiologischen Reserven des deutschen Volkes seien bei Kriegsende bereits zu mehr als 50 % aufgebraucht gewesen, vgl. PA 1/157: Memorandum des Ernährungsrates der deutschen Ärzte vom Juli 1947.

100 Zu den Importen vgl. die Aufstellungen bei Rohrbach, S. 310 ff. Die Lebensmitteleinfuhren sollten nach den Vorstellungen der Briten und Amerikaner aus dt. Exporterlösen, die vorerst nur für Ruhrkohle zu erwarten waren, getragen werden. Zunächst mußte jedoch infolge der stark gesunkenen Fördermengen ein Großteil der Importe von den Alliierten vorfinanziert werden, was besonders in Großbritannien auf Probleme stieß, da das Land sich aufgrund seiner Kriegsanstrengungen in einer Finanzkrise befand. Vgl. hierzu Jerchow, bes. S. 148–154 und S. 335–347.

es am liebsten im Juli, weil wir dann vor der neuen Ernte stehen, selbst übernehmen.[101]

Es wird mein Bestreben sein, von Anfang an den Versuch einer Reservebildung in Deutschland zu machen, denn es ist ein unmöglicher Zustand, daß man mit sagen wir 2 000 Kalorien loswirtschaftet, weil man sieht, wie schlecht es dem Volke geht, und man ist im Januar oder Februar fertig. Ich weiß, das ist eine Vertrauensfrage, daß das Volk weiß, ob es mehr oder weniger Kalorien bekommt. Die Dinge müssen jedenfalls sehr solide berechnet und manipuliert werden, damit das Volk weiß: Das hast du das Jahr über zu essen, davon kannst du mit Sicherheit dein Leben erhalten. Man kann ohnedem überhaupt die Verantwortung nicht tragen, was eines Tags passieren könnte, und es wird meine Hauptaufgabe sein – begonnen habe ich das schon –, mit der britischen Militärregierung diese außerordentlich ernste Frage rechtzeitig zu behandeln.

Ich weiß nicht, wie weit die Militärregierung etwa im Sommer sein wird, bestimmte Ziffern zu geben. Natürlich liegt darin eine große Schwierigkeit, die wesentlich gelöst werden könnte, wenn die Welternte einmal wesentlich besser würde, als sie bis jetzt gewesen ist. Wenn wir eine gute Welternte machen, würde das für uns eine große Erleichterung sein.

Zum andern habe ich auch keinen Überblick darüber – das geht auch die anderen Ressorts an –, wie die Finanzfragen gelöst werden können, und ich glaube, daß diese Frage aufs engste mit unserer Kohlenwirtschaft und vielen anderen Dingen und unseren anderen Exportmöglichkeiten zusammenhängt.

Das wollte ich ausführen. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich das zu eingehend getan habe, aber wenn schon, denn schon.

Im übrigen ist von Herrn Dr. *Weisser* an mich die Frage ergangen, ob ich irgendwie Anträge zu stellen hätte. Das habe ich nicht, und zwar aus zwei Gründen nicht: einmal deshalb, weil alle diese Dinge, die ich vorgetragen habe, von mir aus jeden Tag mit den zuständigen britischen Stellen besprochen werden, und zum andern, daß, wenn ich Anträge stellte, das bei der britischen Militärregierung den Eindruck erwecken könnte, als ob ich von hier aus irgend etwas anpeitschen wollte, was sich in bester Verhandlung befindet und was, das kann ich bestätigen, mit größtem Wohlwollen von der britischen Seite aus uns gegenüber behandelt wird.

---

101 In einem Schreiben an *Hollins* vom 23. 4. 1946 hob *Schlange-Schöningen* die personelle wie sachliche Funktionsfähigkeit seines Amtes hervor. Angesichts der bevorstehenden Kompetenzerweiterung hielt er eine klare Definition der Aufgaben und Zuständigkeiten sowie eine am Namen erkennbare übergeordnete Stellung des Amtes für erforderlich und schlug die Bezeichnung „Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone" vor, vgl. BA Z 6 I/17, fol. 191 ff. Die brit. MR ging darauf nicht ein, um den provisorischen Charakter dieser Zonenverwaltung zu wahren, wenngleich das ZEL unter brit. Kontrolle die Aufgaben des ehemaligen REM auf Zonenebene wahrnahm. Die Übertragung von Exekutivvollmachten auf das ZEL erfolgte mit Wirkung vom 1. 8. 1946 durch die Food and Agriculture Instruction Nr. 108 vom 10. 7. 1946, vgl. Amtsbl. für Ernährung und Landwirtschaft vom 17. 8. 1946, S. 1. Die Bekanntmachung Nr. 114 des ZEL vom 10. 8. 1946 listet in Anlehnung an die brit. Weisung die Aufgabenbereiche des Amtes auf, vgl. a. a. O., S. 2. Beide Dokumente auch bei Rohrbach, S. 299 ff.

Vorsitzender: Ehe wir in die Debatte eintreten, darf ich ein Wort der Begrüßung an Herrn Brigadier *Chadwick*[102] richten, der eben während des Referats den Raum betreten hat. Ich heiße Sie, Herr Brigadier, im Namen unseres Zonenbeirats willkommen und danke Ihnen für das große Interesse, das Sie durch Ihr Erscheinen an unserer Tagung bekunden.

Gestatten Sie mir, daß ich im Anschluß an das Referat ein kurzes Wort für die Nord-Rheinprovinz sage[103], nicht, um eine einzelne Provinz herauszuheben, sondern weil es sich um die Provinz handelt, von der Sie alle abhängig sind. Dort wird die Kohle aus den Schächten geholt, dort wird Stahl und Eisen produziert. Diese Provinz ist am allernotleidendsten und steht vor einer unmittelbaren Ernährungskatastrophe. Wenn wir alle unsere Vorräte zusammennehmen, dann haben wir noch bis Mitte April Getreide. Unser Bedarf bis zur neuen Ernte beträgt ungekürzt 270 000 t, bei den gegenwärtigen Rationen noch 170 000 t. Wir haben noch Vorräte für 14 Tage. Bei den Kartoffeln sieht es ganz besonders schlimm aus. Wenn wir nur ein Kilo wöchentlich an unsere Bevölkerung verteilen, bedürfen wir noch einer Menge von 125 000 t bis zur nächsten Ernte.

Es waren uns von Nachbarn und von den süddeutschen Ländern 317 000 t zugesagt, 72 000 t sind geliefert. Unser Hauptlieferant ist Hannover. Hannover hat jetzt andere notleidende Teile versorgen müssen. So ist es zu erklären, daß wir statt der zugesagten 200 000 t nur 60 000 t bekommen haben; außerdem sollten wir aus Hannover 126 000 t Saatkartoffeln noch bekommen, haben aber bisher nur 40 000 t erhalten.[104]

Von Schlachtvieh will ich nicht reden, bei dem wir zu 80 % auf Einfuhr angewiesen sind. Aber einen anderen Punkt will ich anschneiden, der für alle von Interesse ist: das Überhandnehmen der Diebstähle von Lebensmitteln. Das ist ein Punkt, den ich gerade in der Gegenwart der Herren des britischen Militärstabes erwähnen möchte.

Die Polizeibehörden in der britischen Zone sind in 39 autonome Körper aufgespalten, die weder einem Regierungschef noch einem Regierungspräsidenten unterstehen. Es wäre in dieser Zeit dringend nötig, daß eine Zentralinstanz einheitliche Anweisungen an die Polizei geben kann.[105]

---

102 Brigadier C. A. H. *Chadwick* war seit Anfang September 1945 Militärgouverneur – so die dt. Bezeichnung – der Provinz Westfalen (vgl. Hüttenberger, S. 38).

103 Zur Vorbereitung seiner Ausführungen hatte *Lehr* sich durch *Janich* am 9. 3. 1946 von der Abt. Landwirtschaft der Nord-Rheinprovinz in Bonn Material erbeten, vgl. HStAD NW 53/256, fol. 79. Als Redevorlage diente *Lehr* eine Zusammenstellung „Betr.: Ernährungslage in der Nord-Rheinprovinz" mit detaillierten Zahlenangaben über Getreide, Kartoffeln und Vieh, vgl. PA 1/42 [2. Sitz.].

104 Vgl. hierzu einen Vermerk von *Campes* (Oberpräsidium Hannover) vom 29. 3. 1946, in dem – angeregt durch die Diskussion auf der 2. Sitz. des ZB – das Bemühen der Provinz Hannover um den sicheren und rechtzeitigen Abtransport der Saatkartoffeln deutlich wird. Da die Beraubungen gerade in der letzten Zeit einen gewaltigen Umfang angenommen hatten, wurde die Staatsanwaltschaft gebeten, zur Abschreckung Höchststrafen zu verhängen (HStAH Nds. Z 50/99 I).

105 Vgl. hierzu Anl. 50.

Wir haben eben den Vortrag von Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* gehört, woran es im einzelnen fehlt. Ich kann die Beobachtungen nur bestätigen. Ich bin von Polizisten auf dem Wege hierher dreimal, selbstverständlich ergebnislos, angehalten worden. Damit ist die Lebensmittellage in unserer Provinz nicht verbessert worden, aber ich hätte die Leute, die da herumstanden, gern auf die Nebenwege geschickt, um dort nach dem Rechten zu sehen, habe aber dazu keine Anweisungsbefugnis.

Es ist dringend nötig, daß die deutsche Polizei gewissen deutschen Zentralinstanzen unterstellt wird, um von dort einheitliche Weisungen in dieser Notzeit zu bekommen. Und wenn jetzt in Hannover die großen Verladungen nach der Nord-Rheinprovinz gehen, habe ich die Befürchtung, daß auf dem Wege dorthin ein großer Teil des Saatgutes verlorengeht, wenn nicht für wirksamen militärischen oder polizeilichen Schutz gesorgt wird.

An Herrn Minister Dr. *Schlange-Schöningen* möchte ich als Regierungschef ein Wort richten: Wir danken für die Zusage, daß Sie bei den künftigen Reformen und bei der Organisation der Landwirtschaft sich mit uns ins Benehmen setzen wollen. Unsere Bitte an Sie geht dahin, sobald wie möglich diese Reformen vorzunehmen. Wir wissen und sind durchaus damit einverstanden, daß Ernährung und Landwirtschaft von zentraler Seite her geleitet werden müssen, daß das nicht Sache einzelner regionaler Instanzen ist und daß kein Abkapseln einzelner Zonen und Regionen stattfinden darf. Aber es brennt uns auf den Nägeln, und Sie sind Sachkenner auf diesem Gebiete. Es würde ein verhängnisvoller Fehler sein, wenn die Mittelinstanz ausgeschaltet sein würde mit ihrem Rat und ihren Erfahrungen, die sie regional hat.[106] An unserer Mitarbeit soll es in keiner Form fehlen.

Und nun noch ein Wort zum Schwarzhandel. Gewiß, wir müssen alles tun, was in unseren Kräften steht, um mit einzelnen Maßnahmen zu helfen. Aber gestatten Sie mir auch diese Feststellung: Mit polizeilichen Maßnahmen kann man hungrige Mägen nicht satt machen. Das sind unzulängliche Maßnahmen gegen den Schwarzhandel. Dem, woran es im geschäftlichen Leben fehlt, kann man nur von der Warenseite her beikommen. Solange eine solche Mangellage besteht, wird kein polizeilicher Einsatz irgendwelcher Art im Stande sein, diesem System des Austausches von Waren gegen Lebensmittel entgegenzutreten, sondern erst dann, wenn genug Lebensmittel kommen.

Deshalb geht unsere Bitte an die Militärregierung dahin, uns wie bisher zu helfen. Wir im Rheinland haben keine Ursache, über diese Hilfe zu klagen, denn die Hilfe bekamen wir von der Militärregierung. Wir sitzen jede Woche zusammen und beraten, was zu tun ist.[107] Deshalb war es für beide Teile ein schwerer Schlag, als die Rationen gekürzt werden mußten. Aber ich muß offen bekennen: Ohne Hilfe aus Übersee sind wir völlig verloren.

Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Das Wort hat zunächst Herr Dr. *Schumacher.*

---

106 Vgl. hierzu Anl. 90.

107 Vgl. etwa *Lehrs* Schreiben an die MR North Rhine Region vom 13. 3. 1946: The reduction of food rations and its effects on the population (HStAD NW 53/312, fol. 325–330).

Schumacher: Ich begrüße es, daß sich Dr. *Schlange-Schöningen* nicht im Expertenhaften verloren hat, sondern an die grundsätzlichen Dinge herangegangen ist. Vorweg möchte ich eine Bemerkung schicken. Der Berichterstatter hat erklärt, daß Anträge oder Gesetzentwürfe, die die Nahrungsmittelversorgung grundlegend ändern sollen, mit dem Zonenbeirat beraten werden sollen und daß er den Zonenbeirat und nicht die einzelnen Fachverwaltungen zum Träger dieser Wünsche machen will. Ich glaube, die heutige Situation ist nicht so sehr eine Häufung von Zufälligkeiten und schlechten Ereignissen als vielmehr die unausbleibliche Konsequenz gewisser struktureller Dinge im Wirtschaftssystem und bisherigen Herrschaftssystem.

Wir sprachen jetzt vom Bauernstand. Wenn Deutschland in Zukunft auf lange Sicht sich ernährungspolitisch sicherstellen will, dann müssen wir auch von den Arbeitern sprechen, denn die Arbeiter sind der Faktor, der durch seine Produktionsleistung den Export ermöglichen soll, mit Hilfe dessen dann Deutschland seine Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt einkaufen kann.

Ich möchte nicht mit absoluter Sicherheit eines Wahrscheinlichkeitsstatistikers mich aufspielen, aber nach Rücksprache mit einer Reihe von prominenten Menschen auf diesem Gebiete ist die Situation heute so:

Etwa 35 % des deutschen Volkes sind Lebensmittelproduzenten oder Realwertbesitzer oder Engpaßverwalter, die mit Lebensmittelproduzenten im Austausch leben; 25 % sind die Menschen, die, sei es durch freundschaftliches oder verwandtschaftliches Entgegenkommen, sei es durch den Schleichhandel einen gewissen Ausgleich finden, und 40 % der großstädtischen Menschen und der Menschen in den Industriegebieten stehen ohne alles da; sie haben nur ihre Lebensmittelkarte. Zu allen sozial- und innerpolitischen Scheidungen kommt noch die Scheidung zwischen Lebensmittelproduzenten und ihrem Anhang und den bloßen Verbrauchern. Das ist kein Zustand, von dem ich glaube, daß ihn das deutsche Volk noch sehr lange aushalten wird.

Es ist nicht so, daß der Mann, der nur seine Karte hat, nicht alles bekommen könnte. Es ist so, daß, wenn er der Tendenz folgt, das Hundertfache des offiziellen Preises zu zahlen, er alles bekommen kann. Das heißt: Die Menschen, die nur auf ihr Einkommen angewiesen sind, können nichts kaufen, und die Menschen, die Realwerte oder sehr viel flüssiges Geld haben, daß sie etwas kaufen können, können für das Hundertfache auch alles bekommen.

Nun müssen wir bei der Frage des Anschlusses an die nächste Ernte gleich an das Grundsätzliche gehen. Wenn heute für das Hundertfache des Geldes alles von einem großen Teil der Lebensmittelproduzenten erstanden werden kann, dann ist eigentlich die Frage des allgemeinen Lastenausgleiches gar nicht von der Frage der agrarpolitischen Reform zu trennen. Dann müßte die schroffe Wegsteuerung aller dieser Gelder und, ich möchte das in diesem Kreise auch offen sagen, ein gewisser Grad der Verschuldung der Landwirtschaft mit möglichster Beschleunigung eintreten, sonst werden wir ernährungspolitisch nicht weiterkommen.

Ich hätte gegebenenfalls bei Leuten, die weit über ihr Soll abliefern, nichts gegen ein modifiziertes Prämiensystem in Realzuwendungen – Brennstoffen oder ähnlichen Dingen. Aber gehen Sie an den Dingen nicht vorbei. Es ist das keine agrarpo-

litische Frage, sondern die Frage des Lastenausgleichs, dessen Inangriffnahme in Deutschland um mindestens mehrere Monate verspätet worden ist. Die Konsequenz haben wir jetzt zu tragen.

Das heutige System der Lebensmittelverteilung wird, wenn sich einer als Wirtschaftspolitiker versuchen will, letzten Endes auf die Prinzipien zurückzuführen sein, in denen man 1916 dilettantisch die Dinge begonnen hat und die die Nazis organisatorisch und psychologisch mit außerordentlicher Raffinesse unter Ausbeutung aller vorhergegangenen Erfahrungen weiter ausgebaut haben.[108]

Ich glaube nicht, daß es möglich ist, den heutigen Reichsnährstand in den Funktionen zu lassen, die er zur Zeit hat.

(Sehr gut!)

Es muß die Trennung zwischen der Vertretung der Berufsinteressen und den staatlichen Funktionen eintreten, oder alles fällt über den Haufen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es bei vorhandenen Vorräten überhaupt keine Beschlagnahmegrenze geben sollte, sondern alles, was über den Anspruch auf Schwerarbeiterzulage beim Bauern vorhanden ist, beschlagnahmt werden sollte.

Auch glaube ich, daß die Frage der Arbeitskraft, die Frage der Evakuierten, zu sehr unter psychologischem Vorurteil behandelt wird. Man tut so, als ob alle Evakuierten auf Straßenschuhen und rot geschminkten Lippen herumlaufen und nicht arbeiten möchten. In Wahrheit haben diese Evakuierten zum Teil eine jahrelange Erfahrung in der Differenz der Ernährungslage, wie sie vorher gewesen ist, als ihre Arbeitskraft noch nicht so nötig war, da man ausländische und sonstige geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung hatte.

Wir sind der Meinung, daß man jetzt entschieden an eine gewisse Reform herangehen sollte. Der Bauer, der sein Soll und über dieses Soll hinaus nicht abliefert, sollte abgemeiert und an seine Stelle ein anderer tüchtiger Landwirt gesetzt werden. Wir haben ja Millionen aus dem Osten, aus den evakuierten Gebieten bekommen. Überhaupt müßte mit der Frage der Enteignung an all den Punkten eingesetzt werden, wo eigennützige Zwecke in größerem Umfange das Motiv der Haltung darstellen.

Zur Frage der Agrarreform hat sich zu meiner Freude Herr Dr. *Schlange-Schöningen* positiv geäußert. Wir glauben, bei einer radikalen Agrarreform werden gewisse industriepolitische Fragen auch akut, vor allen Dingen Fragen der Versorgung der Landwirtschaft und ein Ermöglichen der Agrarreform durch Einsetzung von industriellen Hilfsmitteln. Denn der wichtigste Bestandteil der Landwirtschaft ist die Industrie. Das gilt nicht nur für Geräte und Maschinen, sondern vor allen Dingen auch für Baustoffe.

---

108 Zur Organisation der Nahrungsmittelbewirtschaftung im 1. Weltkrieg bzw. in den Jahren 1933 bis 1945 vgl. Haushofer/Recke, S. 7–10 und S. 26–38; Brünker, bes. S. 54–69 und S. 117–147; Emig, Reichsministerium; ders., Reichsnährstand; Müllenbusch; Dommaschk.

Und schließlich leiden wir darunter, daß der Nazismus sein System der Lebensmittelversorgung so aufgebaut hat, daß möglichst weite Kreise des Volkes ein erträgliches und profitables Dasein aus den Ergebnissen der fast gesamten europäischen Produktion gehabt haben. Aber die Methoden von damals, als ein Räuberstaat die landwirtschaftliche europäische Produktion für sich in Anspruch nahm, sind heute unmöglich. Der Weg vom Erzeuger bis zum Verbraucher ist viel zu lang. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Reihe von Leuten – ich denke an die Makler, Großhandel, Kleinhandel usw. – ausgeschaltet werden kann. In sozialer Gefahr sind sie nicht, denn Geld haben sie genug gehortet. Jetzt handelt es sich darum, ob die Nutznießer, eine beschränkte Anzahl davon, am Leben bleiben soll oder das ganze deutsche Volk.

Nun der Ausgleich zwischen den Provinzen. Da gehöre ich zu einer Provinz mit einem relativen landwirtschaftlichen Überschuß[109], möchte aber sagen, es gibt natürlich bloß einen totalen interzonalen Ausgleich und nicht einen provinziellen, und wenn Herr Dr. *Lehr* davon sprach, daß die Nord-Rheinprovinz Mitte April in die Situation kommen wird, dann kann ich sagen, daß auch das landwirtschaftliche Überschußgebiet Hannover Mitte Mai vor derselben Situation steht, und vielleicht ist Herr Dr. *Schlange-Schöningen* so liebenswürdig, in seinem Schlußwort die Frage zu beantworten: Wie lange sind wir in der Zone überhaupt in der Lage, unseren Leuten etwas zu essen zu geben? Ich glaube, daß im Mai das große Sterben beginnt, wenn die Welt sich unser nicht annimmt. Ich meine nicht einmal das verstärkte Sterben, sondern das große und entschiedene Sterben.

Ich möchte mich nicht in Details verlieren und vor allen Dingen den Herren Experten Gelegenheit geben, sich zu äußern. Aber heute haben wir bereits eine Produktionskrise. Damit können wir niemals die Exportgüter schaffen, mit denen wir die Lebensmittel herbeiholen wollen. Die Produktionskrise wird in wenigen Monaten in eine entscheidende politische Krise umschlagen, die mit den größten politischen und militärischen Machtmitteln nicht zu bewältigen ist, weil es eine psychologische und physiologische Krise ist. Deshalb möchte ich sagen: Wir wissen, daß England zu den Ländern gehört, in denen ein öffentliches Gewissen die Hilfe für Deutschland mobil gemacht hat.[110] Aber wir müssen jetzt diesen Ruf um Hilfe nicht nur an England, sondern auch an die übrigen Länder der Welt richten in dem Sinne, daß sich die Länder der Welt in der Frage der Bezahlung der zusätzlich notwendigen Nahrungsmittel mit England ausgleichen.

Ich glaube nicht, daß wir auch bei der radikalsten und stärksten Agrarreform zu entscheidenden Maßnahmen in der Lage sind, denn das Tempo unserer Verelendung ist sehr viel größer als das Anwachsen der Hilfsbereitschaft in der Welt. Das möchte ich gerade in Gegenwart der englischen Militärregierung gesagt haben.

---

109 *Schumacher* bezieht sich auf die Provinz Hannover.

110 Vgl. etwa die Aktivitäten des Verlegers Victor *Gollancz*, der sich in zahlreichen Publikationen und im Rahmen der von ihm geschaffenen Organisation „Save Europe now" für Hilfeleistungen an die deutsche Bevölkerung einsetzte: Gollancz, Starvation; ders., Germany; ders., Stimme aus dem Chaos; Würdigung bei Lübke. Auch Lord *Beveridge* sprach sich für eine „vernünftige Politik" gegenüber Deutschland aus, vgl. Die Welt vom 16. 8. 1946: „Zehn Fragen an Lord *Beveridge*", sowie EA 1/1946/47, S. 176 ff.

Everling: Herr Dr. *Schlange-Schöningen* hat eingangs seiner Ausführungen gesagt, daß er mit rücksichtsloser Offenheit sprechen werde, und wir können ihm bestätigen, er hat das getan. Auch wir wollen mit Offenheit Stellung nehmen und uns nicht etwa an historisch Gewordenem stoßen, an Verhältnissen, die sich früher herausgebildet haben und berechtigt waren, die heute aber unserer ganzen Ernährungslage im Wege stehen.

Ich stimme mit Dr. *Schlange-Schöningen* überein, daß aus dem Lande herausgeholt werden muß, was herauszuholen ist. Heute oder bis vor kurzer Zeit lagen die Dinge auf dem Lande so nach meinen Beobachtungen, daß irgendein Ortseingesessener bestimmt wurde, der die Kontrolle bei den Bauern vornehmen mußte auf Ausmelken der Kühe, den Viehbestand, die Eierablieferung usw. Ich weiß aber aus meiner eigenen Erfahrung, daß diese Leute gar nicht willens waren, durchzugreifen und etwaige Unterschleife usw. zur Anzeige zu bringen. Es steht da jeder in der Gemeinde auf du und du, und deshalb ist die erste Voraussetzung, wenn wir zu einer Besserung kommen wollen, daß ortsfremde Personen zur Ausübung der Kontrolle genommen werden.

Dr. *Schlange-Schöningen* wies mit Recht darauf hin, daß sich der Übelstand herausgebildet hat, daß auf dem Lande nur der Bauer einen Handwerker bekommt, wenn er irgendwelche Gegenleistungen gibt. Der Zustand besteht in verstärktem Umfange. Ich möchte, wie ich die Dinge gesehen habe, behaupten, es gibt nicht einen Handwerker in dem Ort, wo ich war, der irgendeine Arbeit für den Bauern ausführte, wenn er nicht irgendwelche Gegenleistungen in Form von Korn oder Eiern oder Speck oder Schinken bekam.

Nun ist es sehr leicht, irgendwelche Dinge festzustellen, schwieriger ist es natürlich, Abhilfe zu schaffen, und ich muß sagen, in diesem Punkte glaube ich, ist es außerordentlich schwierig und fast unmöglich, Abhilfe eintreten zu lassen, weil die Dinge so liegen: Es ist keine Kontrolle in bezug auf den Bauern und den Handwerker möglich. Es wird in keinem Falle so werden, daß der Handwerker für eine bestimmte Summe Geldes die Arbeit ausführt; er wird es zwar behaupten, aber in Wirklichkeit werden ihm doch irgendwelche Naturalleistungen geliefert.

In normalen Zeiten, wenn die Waren, wie es früher üblich war, hinter dem Käufer herlaufen, kommt es nicht darauf an, wieviel Hände sich in den Weg, den die Ware zu laufen hat, einschalten. Das ist gleichgültig. Es besteht auch kein Schwarzer Markt, jeder kommt zu seinem Recht. Jetzt haben sich die Dinge völlig gewandelt. Jeder Kunde läuft hinter der Ware her und bekommt sie nicht. Da müssen wir andere Mittel und Wege zur Anwendung bringen.

Je länger der Weg vom Erzeuger bis zum Verbraucher ist, desto größer ist die Gefahr – und das ist auch wirklich eingetreten –, daß die Ware versickert und nur in geringstem Umfange in die Hände der Berechtigten kommt.

Ich möchte da einen Brief verlesen, der mir vor einigen Tagen zugegangen ist von einem Fabrikanten, der uns berichten sollte. Ich verlese ihn nicht deshalb, um den Mann an den Pranger zu stellen, denn es handelt sich hier nicht um einen Einzelnen, sondern um eine Tatsache, die auf der ganzen Linie zu verzeichnen ist. Ich glaube, daß auf dem ganzen Gebiete der Warenerzeugung heute die Dinge so liegen, wie sie hier beschrieben werden. Ich darf den Brief verlesen.

(Zustimmung des Vorsitzenden)

Es ist eine Fabrik, die Haushaltsgegenstände herstellt. Der Mann schreibt:

(wird verlesen; s. Anlage . . .)[111]

. . . Stellung nehmen.

Das heißt: Wenn Sie Lebensmittel liefern, können Sie Ware bekommen. Die Sache ist nun so: Das Walzwerk verlangt Lebensmittel. Der Fabrikant erzeugt keine Lebensmittel, er muß sie von seinem Großisten bekommen, den er beliefert; der Großist erzeugt auch keine Lebensmittel, er muß sie vom Kleinhändler, den er beliefert, bekommen, und der erzeugt auch keine Lebensmittel. Die Mangelware wird unter dem Ladentisch verkauft, geht auf den Schwarzen Markt, wird eingetauscht, so gehen die Dinge, so laufen sie von oben bis unten.

Bei diesem Zustande der Dinge müssen wir zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft kommen, wenn wir nicht die Konsequenz ziehen und Wege einschlagen, die eine Besserung der Verhältnisse eintreten lassen können.

Der einzige Weg, den wir einschlagen können, ist meines Erachtens der, daß wir sowohl bei der Herstellung von Mangelware wie auch bei der Verteilung der Ware einen Weg einschlagen, der uns die Kontrolle über das Produkt von Anfang bis zum Ende sichert. Wenn das der Fall ist, ist es unmöglich, daß sich derartige Zustände herausbilden können.

Wir müssen zunächst einmal feststellen, welche Waren hergestellt werden dürfen, und wenn das festgestellt ist, dann muß weiter festgestellt werden, auf welchem Wege die Ware hergestellt werden soll. Heute ist nicht der Zeitpunkt und auch nicht der Augenblick, wo ich positive Vorschläge nach dieser Richtung machen werde; das behalte ich mir noch vor. Aber unbedingt notwendig ist es, daß wir zu einer anderen und planmäßigen Gestaltung der Produktion und der Warenverteilung kommen. Es ist klar, daß, je mehr Hände sich in den Weg einschieben, den die Ware zu durchlaufen hat, desto größer die Gefahr ist, daß die Waren der verschiedensten Art verschwinden. Wenn Kleinbetriebe dazwischen sind, wie das heute der Fall ist, die allein mit der Familie wirtschaften, dann ist nach keiner Richtung irgendwelche Kontrolle gegeben, welchen Weg die Ware geht. Sie mögen anstellen, was Sie wollen, Sie können den Dingen nicht abhelfen.

Heute ist die Vorschrift so, das weiß Dr. *Schlange-Schöningen* auch, aufgrund der bisherigen Bestimmungen[112]: Wenn eine Organisation Ware beziehen will, dann kann sie sie nicht unmittelbar bei dem Erzeuger kaufen, sondern muß die ganzen Wege einhalten, die vorgeschrieben sind: Bezirksgroßhändler, Zwischengroßhändler, Kleinhändler, dann kommt der Makler und der Agent, und jeder muß einen

111 Das Schreiben ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert und konnte anderweitig nicht ermittelt werden.

112 Bezogen auf die grundsätzlich immer noch geltende VO über den Warenverkehr in der Fassung vom 4. 9. 1934 (RGBl. 1934 I, S. 816 ff.); Neufassung 18. 8. 1939 (RGBl. 1939 I, S. 1431–1434). Im Zuge der kriegsbedingten Verschärfung in der Überwachung und Steuerung des Warenverkehrs waren zahlreiche Abänderungen erfolgt.

bestimmten Prozentsatz von dem Wert der Ware als Provision bekommen. Das ist nicht das schlimmste, denn Geld genug ist ja noch da. Das entscheidende ist, daß von der Ware auf jedem dieser Wege etwas hängen bleibt. Sie haben ja gesehen, wie die Dinge liegen: Jeder muß den andern schmieren, sonst bekommt er keine Ware.

Wenn wir nun den Weg der Ware so verkürzen, daß unmittelbar der Verbraucher durch eine Organisation mit dem Erzeuger in Verbindung tritt, dann ist das alles ausgeschaltet.

Ich bin Vertreter der Genossenschaften. Ich würde mich nicht hierherstellen und sprechen, wenn ich als Vertreter der Organisation sprechen wollte. Aber ich weiß aus der Natur der Sache, daß nur auf diesem Wege des unmittelbaren Austausches des Güterverkehrs die Möglichkeit gegeben ist, die Ware an den Mann zu bringen.

Wir haben mit den Vertretern von der Landwirtschaft verhandelt. Sie geben zu: Das ist der Weg, den wir gehen müßten, aber wir können ihn nicht gehen, die Vorschriften zwingen uns, die Zwischenhändler einzuschalten. Wir sollten deshalb – das möchte ich Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* sagen – doch zu einem Weg kommen, der es gestattet, auch unter Fortbestehen der Zwangswirtschaft, die wir nicht entbehren können, zu einem unmittelbaren Verkehr zu kommen und diese vielen Zwischenglieder, nicht weil sie Geld kosten, sondern weil sie die Ware verschwinden lassen, beseitigt werden [!].

Dasselbe trifft für die Fabrikation von Mangelwaren zu, denn wir müssen auch die Landwirte in erster Linie versorgen. Das können wir nur, wenn die Fabrikation überwacht, in kontrollierende Hände gelegt wird. Diese Möglichkeit ist vorhanden, und wir müssen sie durchführen.

Wie lange dieser Zustand dauern wird, darüber will ich nicht reden, aber daß wir das jetzt und auch im nächsten Jahr noch machen müssen, darüber besteht für mich kein Zweifel. Entweder wir greifen durch, oder wir brechen zusammen.

Vorsitzender: Wir haben noch acht Wortmeldungen. Ich empfehle den Rednern, sich kürzer zu fassen, damit alle die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen, und wir auch die Möglichkeit haben, Herrn Dr. *Agartz,* der heute nachmittag wieder wegfahren muß, zu der wichtigen Frage der Wirtschaft zu hören. Ich schlage vor, daß sich die Herren auf eine Redezeit von 10 Minuten beschränken.

Das Wort hat jetzt Herr Bürgermeister *Petersen.*

Petersen: Wir haben von den Vorrednern gehört, daß wir ohne die Einfuhr von Lebensmitteln nicht nur in der nächsten Zeit nicht auskommen, sondern auch auf längere Zukunft darauf angewiesen sein werden.

Ich glaube, eine der Reserven, die wir in Deutschland zur Überbrückung der augenblicklichen Schwierigkeiten in erster Linie auf dem Lebensmittelsektor haben, ist die Arbeitskraft, die in Deutschland vorhanden ist, und der Kredit, den Deutschland und die deutsche Wirtschaft doch noch immer im Auslande genießen.

Deshalb, glaube ich, ist in dieser Zeit eine unaufschiebbare Notwendigkeit, daß dieser Kredit mobilisiert wird, um aus dem Auslande die Lebensmittel hereinzube-

kommen, die uns jetzt so dringend fehlen. Es ist gar kein Zweifel, daß in Ländern wie Brasilien und Schweden durchaus die Bereitwilligkeit besteht, in irgendeiner vorschußartigen Weise Deutschland zu beliefern.[113] Naturgemäß besteht die Schwierigkeit der Sicherheit. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß, wenn die betreffenden Verhandlungen in sachverständige Hände gelegt werden, es nicht möglich sein sollte, Vereinbarungen zu treffen, daß etwa auf dem Wege der Veredelung Rohstoffe geliefert werden, die nach der Verarbeitung zum Teil wieder an das Ausland gehen, wovon aber ein Teil in Deutschland zurückbleibt, um die akute Lebensmittelnot zu lindern. Das ist sicher möglich, wenn es sachverständig angefangen wird.

Ich glaube aber auch, daß es wichtig ist, bei der Behandlung der augenblicklichen Schwierigkeiten das psychologische Moment nicht zu vergessen, wie von Dr. *Schumacher* ausgeführt worden ist, und ich glaube, daß diesem psychologischen Moment nicht genügend Rechnung getragen wird, wenn wir bei der Überlegung nur die rein realen Dinge sprechen lassen. Ich glaube, daß, wenn man dem deutschen Volke in dieser Zeit psychologisch dadurch helfen würde, daß man Kaffee verteilt oder den Menschen Kakao gibt, damit ein ganz außerordentliches psychologisches Stimulans gegeben würde, das es erleichtert, über diese Not hinwegzukommen. Nun besteht in diesen Dingen auch zur Zeit noch in vielen Ländern Überfluß. In Afrika gibt es soviel Kakao, daß man dort nicht weiß, wo man damit hin soll, und in Kaffee ist auch in vielen überseeischen Ländern noch ein Überfluß. Beide Dinge benötigen nur verhältnismäßig wenig Frachtraum.

Warum sollte nicht die Möglichkeit bestehen, mit den in Frage kommenden Ländern zu einem Arrangement zu kommen, um diese Dinge in kurzer Zeit disponibel zu haben. Ich könnte mir das durchaus vorstellen. Diese Länder wissen genau – das ist nur eine Frage von relativ kurzer Zeit –, daß in einem oder zwei Jahren der Zustand wieder da sein wird, daß mehr Verkäufer als Käufer da sein werden. Ich kann mir nicht denken, daß es nicht möglich sein sollte, selbstverständlich mit Hilfe der Engländer, die diese Dinge allein in ihrer Hand behalten und entscheidend beeinflussen müssen, zu einem günstigen Arrangement in dieser Sache zu kommen. Ich glaube, dieses psychologische Moment darf nicht unterschätzt werden. Es hat außerordentliche Bedeutung. Manche Frau würde die kleine Brotration vergessen, wenn sie durch eine Tasse Kaffee getröstet würde.

Ich glaube aber nicht, daß es zweckmäßig wäre, auf anderen Gebieten krasser vorzugehen. Ich halte nicht zuviel von krassen Maßnahmen der Beschlagnahme. Wie schon einer der Vorredner gesagt hat: Mit der Polizei kann man diese Dinge nicht abstoppen. Wenn keine Ware da ist und ein Hunger besteht, nützt die Polizei nichts.

Aber warum gibt es nicht mehr Fische? Fische haben wir genug, man braucht sie nur zu fangen. Warum wird nicht alles getan, um sie zu fangen? Warum hat die Fischdampferreparatur noch keine Priorität vor anderen Dingen? Warum müssen

113 Derartige Angebote lagen durchaus vor, vgl. für 1947 etwa BA Z 6 I/21, fol. 420: Lebensmittelangebote aus der Schweiz (z. T. bedeutend unter dem Weltmarktpreis) durch eine Warenvermittlung in Basel vom 2. 8. 1947; a. a. O., fol. 417–420: Zusammenstellung der VELF vom 22. 8. 1947 über von der MR abgelehnte Gemüse- und Obstimporte.

immer noch Minensuchboote vor den Fischdampfern die Priorität haben?[114] Das geht bei meinem Begriff von wirtschaftlicher Vernunft einfach nicht in meinen Kopf. Nach der Richtung könnte noch sehr viel geschehen. Es ist durch solche Maßnahmen zwar die Lage nicht radikal zu verbessern, aber viele Tropfen höhlen den Stein.

Wenn man auf diesem Gebiete nur die wirtschaftliche Vernunft walten ließe und die Dinge nicht zu sehr aus politischen Gesichtspunkten sehen würde, wäre viel zu helfen. Die Not der Welt ist so groß, daß es höchste Zeit ist, daß wirtschaftliche Vernunft auch auf diesem Gebiete sich wieder Bahn bricht.

Reimann: Unsere Ernährungslage, wie wir sie in der britischen Zone und auch im ganzen deutschen Volke haben, ist wohl nicht eine Angelegenheit des Jahres 1945/46, sondern wir werden noch einige Jahre an dieser Lage zu knabbern haben. Daher müssen wir zunächst solche Maßnahmen einleiten, die der unmittelbaren Not zum Teil begegnen, aber auch solche Maßnahmen einleiten, die für die Perspektive notwendig sind.

Denn was ist wohl das wesentliche heute im deutschen Volke, besonders bei den Werktätigen in Stadt und Land? Die Menschen, die ein neues Deutschland aufbauen sollen, wollen eine Perspektive haben. Sie wollen wissen, wie die Zukunft aussieht, und da die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land einen entscheidenden Anteil zu leisten hat, ist es sehr berechtigt, wenn sie heute fragt: Sagt uns, wie unsere Zukunft aussehen soll. Was gebt ihr uns für Sicherheiten, daß wir nicht wieder in eine solche Katastrophe hineinkommen?

Ich glaube, wir haben in den letzten Monaten einiges Wesentliche versäumt. Die Schuld liegt sicher nicht an uns. Was ist nun wesentlich zu berücksichtigen? Wir müssen die Selbstinitiative in Stadt und Land wecken und fördern, die Einigung der Menschen, das Vertrauen zueinander, vom Dorf zur Stadt. Das ist meines Erachtens sehr wesentlich. Die Verbindung der städtischen mit der ländlichen Bevölkerung muß so gestaltet werden, daß hier ein wirkliches Hand-in-Hand-Arbeiten vonstatten geht. Wir haben früher schon immer Differenzen zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung gehabt. Wir wollen und müssen versuchen, diese Dinge auszugleichen. Die Ernährungslage, in der wir uns befinden, können wir in etwa beheben, wenn wir wirklich im Dorfe und in der Stadt die Selbstinitiative ergreifen und nicht versuchen, von oben her diese Dinge auszugleichen.

Die meisten Maßnahmen, die wir beobachten können, liegen so, daß jede Initiative von unten durch Maßnahmen von oben einfach verschüttet wird. Der praktische Weg, den wir gebrauchen und von unten her organisieren müssen, ist meines Erachtens das Wesentliche. Hierbei spielt die Zusammensetzung der Kontrollausschüsse eine entscheidende Rolle. Ich freue mich, daß auch Dr. *Schlange-Schöningen* jetzt schon zugänglicher für diesen Vorschlag ist als seinerzeit in der ersten Sitzung.

Wie soll solch ein Ausschuß aussehen und arbeiten? Welche Kontrollen soll er durchführen? Ich bin nicht der Auffassung, daß man die Kontrolle und die Erfassung der Lebensmittel nur auf dem Dorfe durchführen soll. Wir wollen hier nicht

114 Vgl. hierzu Anl. 13 sowie u. Anm. 149.

auf den Bauern herumhacken, sondern wir müssen auch an die Elemente heran, die in der Stadt Lebensmittel gehortet haben.

Mir ist ein Beispiel bekannt, da hat man bei einem Schleichhändler eine Beschlagnahme durchgeführt und drei Lastwagen voll von oben bis unten mit Lebensmitteln herausgeholt. Bestimmte Schleichhändler in der Stadt holen sich Ware auf dem Dorf. Die Methoden kennen wir. Also ist es richtig, auch in der Stadt diese Lebensmittel zu erfassen. Und wer kann das besser und gründlicher tun als die werktätige Bevölkerung, in Verbindung mit Beamten und Angestellten und Bürgern der Stadt?

Diese Kontrollausschüsse sollen bestimmte Rechte und Vollmachten bekommen, in Verbindung mit den städtischen Ratsausschüssen und denen der Kreis- und der Provinzialverwaltung. Diese Kontrolle müssen wir in Stadt und Land einführen, und wenn Bauern in solche Kontrollausschüsse mit hineinkommen, daß sie selbst solche Ausschüsse bilden, dann werden auch die Dörfer von diesen Schleichhändlern abgeriegelt werden, die Dr. *Schlange-Schöningen* vorher angeführt hat, die sonst ständig im Lande herumreisen und Sammlungen durchführen.

Es ist nicht so, daß die Arbeiter dies tun. Die Arbeiter haben kein Geld, um diese teuren Lebensmittel zu kaufen, und auch keine Zeit, sie sind überlastet.

Ich komme nun in diesem Zusammenhange auf die Lage im Dorfe selbst. Die Ortsbauernführer[115], die noch bestehen und dort sitzen, haben gar kein Interesse, daß Deutschland irgendwie einen Gesundungsprozeß durchmacht. Sie haben nur das einzige Interesse, noch und noch die Katastrophe zu vergrößern, weil sie dann recht gut im Trüben fischen können.

Was haben wir für eine Lage auf dem Dorfe? Ich weiß nicht, ob den anderen politischen Parteien bekannt ist, daß wir auf den großen Gütern Gutsinspektoren haben, die Offiziere der Wehrmacht oder der SS waren, die heute von einer Reihe von Gutsbesitzern auf den Gütern als Inspektoren angestellt sind und in Verbindung mit Jugendlichen direkte Terrorgruppen organisieren, die Überfälle durchführen, die Redner aus den Versammlungen schlagen, Parteilokale zertrümmern usw.

Ich habe hier einen Brief aus Recklinghausen, aus einem Dorf. Da schreibt mir eine Frau aus unserer Partei: Ein Redner spricht. Als er auf der Tribüne steht, geht der Vorhang auf, eine Gruppe Burschen tritt von hinten heraus und schlägt ihn nieder. Man geht den Dingen nach und stellt fest, daß der Gutsinspektor der Organisator dieser Geschichte war.

Ich will an diesem kurzen Beispiel aufzeichnen, welche Gefahr auf den großen Gütern im Anmarsch ist, und ich glaube, es liegt im Interesse der britischen Militärregierung, diese Dinge unter die Lupe zu nehmen. Ich könnte eine Reihe von Beispielen anführen, wie es heute noch auf dem Dorfe aussieht, daß der Ortsbauernführer und der Reichsnährstand hier die Organisatoren sind, die jeder demokratischen Entwicklung entgegenwirken, und selbstverständlich auch durch ihre

115 Der Ortsbauernführer nahm die Aufgaben des Reichsnährstandes auf unterer Ebene wahr (vgl. o. Anm. 86).

Maßnahmen eine weitere Desorganisation auf dem ernährungspolitischen Sektor herbeiführen.

Daher ist es nur richtig, daß wir diese faschistische Zwangsorganisation auf dem Dorfe beseitigen und an deren Stelle einen demokratischen Ortsausschuß setzen, wo die Bauern hineingewählt werden. Diese Ausschüsse entwickeln sich bis zur Provinz und nicht von oben her. Sie werden von unten eingesetzt, und von unten soll man die Dinge [sich] heraufentwickeln lassen.

Nun können auch die Städte solche Ausschüsse einsetzen, wo die Gewerkschaften und die Betriebe in Verbindung mit den Bürgern diese Ausschüsse bilden und ihnen weitestmögliche Rechte einräumen. Dadurch werden wir gewiß von heute auf morgen unsere Ernährungsnot nicht beseitigen. Aber was ist das Wesentliche? Das Wesentliche ist, daß wir den Menschen zeigen, daß zugegriffen wird.

Noch eine andere Frage. Gewiß ist es richtig, daß wir ohne die Bauern jetzt und für die Zukunft nicht auskommen werden, aber entscheidend ist doch, daß das Ausland das deutsche Volk noch zunächst als das ansieht, als das es sich aufgeführt hat. Es ist bei weitem noch nicht im Auslande der Gedanke bereinigt, daß das deutsche Volk für die Katastrophe der Welt verantwortlich ist. Ich kann mir gut vorstellen, daß die Bevölkerung von Ländern wie Frankreich und Norwegen, die soviel Unglück durchgemacht hat, heute für uns wenig Verständnis aufbringt.

Was ist wichtig? Wichtig ist, daß diese Bevölkerung selbst sieht, daß wir Hand anlegen, daß wir versuchen, die Dinge selbst herumzureißen. Erst wenn wir solche Beispiele geschaffen haben, daß wir dazu übergehen, diese Organisationen und diese Verbrecher restlos zu beseitigen, wird es möglich sein, daß wir auch im Ausland Vertrauen bekommen, und dann wird uns auch das Ausland helfen. Vor allen Dingen ist wichtig, daß wir selbst Hand anlegen. Dafür ist notwendig, daß wir Eingriffe machen, die oft schwer sind. Aber welcher Eingriff ist unmöglich, wenn wir sehen, in welcher Lage wir uns befinden.

Dazu ist auch notwendig, daß wir jetzt schon zur Bodenreform Stellung nehmen, darüber diskutieren und diese Frage beraten, über eine Bodenreform, die auch auf dem Dorfe dem kleinen Bauern zeigt, daß wirklich mit den Verantwortlichen für dieses Unglück ernst gemacht wird, eine Bodenreform, die sicher nicht aus dem Handgelenk geschüttelt werden kann, deren Beratung mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. Aber es ist wichtig, daß wir diese Frage prinzipiell behandeln, daß wir sie stellen und daß wir hier Schritte einleiten, um unser Haus selbst in Ordnung zu bringen.[116]

Wir haben als Vertreter der Kommunistischen Partei eine Denkschrift ausgearbeitet, wie wir uns das vorstellen, und ich bitte, daß diese Denkschrift, die ich im einzelnen mit all den Grundlagen aufgezeigt habe, mitbehandelt wird und zur Abstimmung kommt.[117]

Wichtig ist, daß wir Wege finden, um Düngemittel herbeizuschaffen. So etwas läßt sich schaffen. Die Arbeiter auf dem Schacht, die hierfür in erster Linie in Frage

116 Vgl. o. Anm. 89.

117 Es handelt sich um die „Denkschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands in der britischen Zone zur Ernährungskrise“ vom 27. 3. 1946 (vgl. PA 1/155).

kommen, werden mit Freude an diese Arbeit herangehen. Aber wir müssen den Bergarbeitern auch Rechte einräumen und ihnen wirklich etwas geben, denn bei dem heutigen Ernährungszustande ist es unmöglich, an eine Hebung der Kohlenproduktion zu denken. Nach den neuesten Informationen ist die Kohlenproduktion jetzt schon um 20 % gesunken.[118]

Wir würden vorschlagen, daß wir für den Bergbau eine Herabsetzung der Arbeitszeit durchführen. Ich habe diesen Vorschlag schon an einigen Stellen bei der britischen Militärregierung gemacht. Man sagte mir, man könne das nicht generell tun. Das sehe ich ein. Aber für den Kohlenbergbau, eine geschlossen arbeitende Industrie, kann man diese Arbeitszeitverkürzung durchführen. Wir würden deshalb eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde vorschlagen. Das wäre eine zweigliedrige Arbeitszeitverkürzung an den weniger warmen Betriebspunkten und an den heißen Betriebspunkten. Man könnte da die Einlegung einer neuen Schicht erwägen. Wir haben das früher, 1920/23 gehabt, als wir in einer ähnlichen Krise waren. Auch damals wurde eine neue Schicht eingelegt, d. h. die Arbeitszeit wurde bedeutend herabgesetzt und dafür eine neue Schicht eingeschoben.

Das hat aber zur Bedingung, daß wir jetzt dazu übergehen und die Arbeitsämter anweisen, daß diese 150 000 Bergarbeiter neu in den Betrieb eingesetzt werden.

(Zuruf: Woher nehmen?)[119]

Wir werden nach Hamburg kommen und die Leute hier wegnehmen, wenn es notwendig ist. Das ist eine psychologische Frage. Ich bin selbst Bergarbeiter und weiß, daß die Arbeit schwer ist. Wir wissen, daß viele Arbeiter sagen: bloß nicht in den Bergbau. Aber wir müssen eine solche Campagne führen, denn wo sollen wir die Bergarbeiter hernehmen? Wir haben die Tatsache, daß unsere Bergarbeiter in der faschistischen Zeit ausgebeutet wurden und heute krank sind. Und jetzt haben wir diese Ernährungslage. Wie sollen wir da junge Bergarbeiter bekommen, wenn man auf der anderen Seite sagt: „Woher nehmen?" und vor diesen Schwierigkeiten zurückweicht. Wir brauchen diese 150 000 Mann, und die muß die Industrie hergeben von Stellen, wo sie nicht so wichtig sind.[120]

Die Entnazifizierung. Wir freuen uns, daß diese jetzt durch die Deutschen selbst durchgeführt werden soll.[121] Wir sind aber der Auffassung, daß die Entnazifizierungsausschüsse so zusammengesetzt werden müssen, daß sie auch eine Gewähr

---

118 Genaue Zahlenangaben vgl. in: Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft 1/1947, S. 3–7; sowie in: Monthly Report CCG(BE), Vol. 1, No 7 (Dez. 1946), Appx. 2 (Coal Production).

119 Laut „Notizen über die 2. Zonenbeiratssitzung . . .", angefertigt von *Janich* für *Lehr,* 10. 4. [1946], kam dieser Zwischenruf von *Spliedt* (vgl. HStAD NW 53/528, fol. 269–295, fol. 283).

120 Zur Beschäftigungslage im Bergbau und zu möglichen Anreizprogrammen vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 131–135.

121 *Reimann* bezieht sich auf die brit. Absichtserklärung, denn noch die Zonenexekutivanweisung Nr. 54 der MR vom Februar 1947 beinhaltete keine dt. Mitverantwortung oder Mitentscheidung. In Hamburg erfolgte die Übernahme der dt. Verantwortung für die Entnazifizierung durch die brit. Anweisung vom 1. 4. 1947, wenngleich sich die MR in Ausnahmefällen Eingriffe vorbehielt (vgl. Fürstenau, S. 103 ff. und S. 108 f.).

bieten, d. h. daß in diese Entnazifizierungsausschüsse wirklich aktive Antifaschisten hineinkommen, insofern, als das die Kameraden sind, die in den Konzentrationslagern, in den Zuchthäusern und Gefängnissen waren und die aktiv gegen den Faschismus in diesen Jahren gekämpft haben, unter Hinzunahme von Bevölkerungsschichten, die nicht in der NSDAP gewesen sind. Aber den Kern müssen die aktiven Antifaschisten bilden, von oben bis unten.

Nun sind wir der Auffassung, daß die Spitzen gerade von solchen Menschen besetzt werden müssen, die wirklich eine Gewähr dafür geben, daß die Dinge auch durchgeführt werden, wie es für unsere deutsche Bevölkerung notwendig ist. Dies trifft besonders auf dem ernährungspolitischen Sektor zu. Da sind wir der Auffassung, daß Herr Dr. *Schlange-Schöningen* nicht der Mann an dem richtigen Platze ist. Ich habe hierzu einen Antrag eingereicht, daß der Zonenbeirat dieses beschließen und Abänderungsvorschläge unterbreiten soll.[122]

Herr Dr. *Schlange-Schöningen,* machen wir uns nichts vor! Es gibt Schafe, und es gibt Wölfe im Schafspelz.

(Heiterkeit)

Machen wir uns nichts vor! Seien wir vernünftig und packen wir die Dinge an, wie sie in Wirklichkeit scheinen. Ihre politische Vergangenheit bietet uns die Gewähr nicht. Das ist unsere Auffassung. Wir wissen, aus welchen Kreisen Sie kommen: Sie sind selbst Großgrundbesitzer, Deutschnationale Volkspartei.[123] Wir wissen, wie sich diese Partei zusammengesetzt hat. Wir wissen, welche Schritte Sie vor einigen Tagen zur Neubildung einer Rechtspartei unternommen haben. Sollte das der britischen Militärregierung nicht bekannt sein, dann will ich ihr die Unterlagen geben. Wir wissen diese Dinge alle. Ich habe hier einen Auszug aus Ihrem Rundschreiben, das Sie zur Gründung dieser Partei vorgeschlagen haben, in dem Sie z. B. schreiben:[124]

---

122 Vgl. u. mit Anm. 153.

123 Zu *Schlange-Schöningens* politischer Vergangenheit vgl. Rohrbach, S. 40 f.

124 *Schlange-Schöningen* war Gründungsmitglied der CDU auf Kreisebene in Plön, SH (vgl. Flechtheim, S. 11); zur Gründung der CDU in SH siehe Politisches Jb. CDU/CSU, 1/1950, S. 189 f. – Das von *Reimann* zitierte Dokument ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert. Es handelt sich um den Aufruf *Schlange-Schöningens* zur Gründung einer „Christlich-Demokratischen Aufbaupartei", Lütjenburg, 31. 10. 1945 (vgl. BA NL *Schlange-Schöningen*/21, fol. 34 f.). Die Passage ist in folgendem Zusammenhang zu sehen: *Schlange-Schöningen* fordert eine scharfe Unterscheidung der Gruppen ehemaliger Nationalsozialisten und nimmt selbst folgende Einteilung vor: 1. Die verantwortlichen Führer . . .; 2. Die mitverantwortlichen höheren Amtsträger . . .; 3. Die Opportunisten . . .; 4. Die Idealisten und anständigen Patrioten . . . [darauf bezieht sich *Reimann,* zitiert indessen – folgt man dem Wortprot. – falsch]; 5. Die Unfreiwilligen und zwangsweise Gleichgeschalteten. Im Original lautet der Absatz: „4. Die Idealisten und anständigen Patrioten. Als der greise Reichspräsident und Feldmarschall von *Hindenburg,* in dem die Masse des deutschen Volkes seinen getreuen Eckehart sah, nach dem schnell aufeinander folgenden Scheitern der Kabinette *Papen* und *Schleicher* am 21. März 1933 an kultur- und traditionsgebundener christlicher Weihestätte – am Sarkophage *Friedrichs des Großen* in der alten Potsdamer Garnisonkirche – im Rahmen eines feierlichen Gottesdienstes dem vor wenigen Wochen neuernannten Reichskanzler Adolf *Hitler* die Führung der Geschicke des Deutschen Reiches endgültig übertrug, konnten er und

„Seid Idealisten und anständige Patrioten! ... Reichspräsident und Feldmarschall von *Hindenburg*, in dem die Masse des Volkes seinen getreuen Ekkehard sah ... Nach dem großen Durcheinander folgten zeitlich das Kabinett *Papen* und *Schleicher* 1933 ... an kultur- und traditionsgebundener christlicher Weihestätte am Sarkophage *Friedrichs des Großen* in der alten Potsdamer Garnisonkirche ... usw."

Nein, nein! Wir sind der Auffassung, daß Menschen für eine neue Demokratie, für ein neues demokratisches Deutschland, nicht an eine solche Stelle kommen können, die solche Imperialisten und Reaktionäre verherrlichen, heute noch verherrlichen, die doch schuld an unserem Unglück sind.

Ich habe den Antrag vorgelegt, der Zonenbeirat möge beschließen, daß die britische Militärregierung ihren Vorschlag zurückzieht und diesen Platz mit einem andern Herrn besetzt.

Vorsitzender: Zu diesem letzteren Antrag möchte ich folgendes sagen: Die Mitglieder dieses Gremiums sind durch Beschlüsse der britischen Militärregierung zusammengesetzt. Es ist nicht unseres Amtes, an dieser Zusammensetzung Kritik zu üben oder uns in Widerspruch mit der Militärregierung zu setzen. Wir haben die Verpflichtung, hier in echt demokratischer Weise zusammenzuarbeiten, indem wir Respekt haben vor jeder aufrichtigen ehrlichen[125] Überzeugung, und daß wir uns bemühen, die Dinge sachlich weiterzutreiben.

Den Antrag, der sich persönlich gegen Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* richtet, halte ich für unzulässig. Ich kann ihn nicht zur Abstimmung stellen, ohne mich in Widerspruch zu der britischen Militärregierung zu setzen.[126] Die Denkschrift werde ich nachher zur Abstimmung stellen.

Reimann (zur Geschäftsordnung): Wir setzen uns nach meinem Dafürhalten nicht in Gegensatz zur Militärregierung. Wir machen ja der Militärregierung einen Vorschlag. Daher setzen wir uns nicht in Gegensatz zu ihr. Ich glaube, die Militärregierung wird es begrüßen, wenn wir alle die Kräfte, die an der Spitze einer solchen verantwortungsvollen Stelle stehen, aufmerksam beobachten. Ich sehe daher nicht ein, daß wir uns in Gegensatz zur Militärregierung stellen.

Vorsitzender: Wir fahren zunächst in der Debatte fort. Das Wort hat Herr *Schlack*.

Schlack: Ich stimme mit Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* nicht überein, daß die Hamsterer auf der Straße die Schwarzhändler sind. Was die Leute holen, kommt nicht in den Schwarzhandel. In der Masse sind das ausgemergelte hungrige Leute, die Gemüse und sonst etwas holen. Man braucht auch nur zu fragen, was im Schwarzhandel gehandelt wird. Meist ist das Butter, Fett, Kaffee, Zigaretten und

---

mit ihm die Masse des anständigen, gutgläubigen, politisch harmlosen deutschen Volkes nicht ahnen, daß in dieser Stunde die skrupelloseste Lüge und der raffinierteste Betrug vollzogen wurden, welche je die Geschichte eines Volkes aufzuweisen hatte" (a. a. O., fol. 35).

125 Hs. korrigiert aus: innerlichen.

126 In einem Gespräch zwischen *Lehr* und *Gilpin, Pink* und *Stopp* vom brit. Verbindungsstab am 28. 3. 1946 wurde diese Haltung *Lehrs* von den Briten ausdrücklich gebilligt: Es sei nicht Sache des ZB, über die Güte der Mitglieder zu entscheiden (vgl. HStAD NW 53/528, fol. 266 ff., fol. 268: „Ergänzende Notizen zur zweiten Zonenbeiratssitzung ...", verfaßt von *Janich*, 10. 4. [1946].

ähnliches. Gemüse und Kartoffeln finden wir nicht auf dem Schwarzen Markt. Wenn trotzdem unter der Hand Kartoffeln zu 200–300 RM verkauft werden, dann stammen sie direkt aus der Landwirtschaft.

Diese großen Hamstererkolonnen, die tagtäglich die Straßen bevölkern, kann man nach meiner Meinung nur wegbringen, wenn man die Erfassung der Produkte beim Bauern so genau berechnet, daß er nichts mehr übrig behält, um an diese Hamsterer etwas abzugeben. Das läßt sich aber besser durch Ausschüsse als durch die Polizei machen, daß man jedem kleinen Hamsterer, der 10 Pfund Kartoffeln bringt, diese abnimmt.

Aber woher stammen denn im allgemeinen die Butter, die Margarine, der Kaffee und die Zigaretten? Zum allergrößten Teil aus Diebstählen, die bei Großisten und Einzelhändlern vorgenommen sind [!]. Ein Lastwagen fährt bei einem Großisten vor, der stellt die Ware auf sein Lager, und am anderen Morgen ist das Lager leer. Das geht ganz systematisch. Das ist eine Organisation. Bei einer Filiale wurde jede Nacht, nachdem am Abend Ware angeliefert war, diese durch Einbruch geholt. Wir haben nun versucht, die Ware aus den Verkaufsstellen auf die Etage zu bringen, wo ein Arzt wohnt. Aber in der Nacht wurde auch die ganze Etage kahlgestohlen. Das kommt alles in den Schwarzhandel und wird zu hohen Preisen verkauft.

Da läßt sich nur etwas machen, wenn die Polizei stärker eingreift. Aber dann muß sie bewaffnet werden.[127] Vor Knüppeln haben die Spitzbuben keine Angst, denn sie haben meist selbst Schußwaffen. So wird der Schwarze Markt gespeist.

Bezüglich des Standes, in dem wir uns augenblicklich befinden, möchte ich sagen, daß augenblicklich die Gefahr, daß wir die Ration, die wir heute haben, auch nicht weiter halten können, so groß ist, daß ich das fast als die größte Sorge der heutigen Zeit betrachte.

Ich bin vorige Woche mit den Vertretern der Genossenschaften in Düsseldorf zusammengekommen und habe dort festgestellt, daß die Mehlvorräte der Großbäckereien unserer Genossenschaften meist noch für acht Tage reichen, und bei den kleinen Bäckereien ist es schon so, daß eine Anzahl das Backen überhaupt schon eingestellt hat. Das ergibt sich auch daraus, daß in den Bäckereien der Genossenschaften augenblicklich noch mehr Brot hergestellt wird als vor der Rationsverkürzung, weil eine große Anzahl von Bäckereien ausgeschieden ist. Dazu kommt noch, daß die Stellen, von denen das Mehl kommt, auch völlig ohne jeden Vorrat sind, also nicht in der Lage sind, weiter zu liefern, so daß die Gefahr besteht, daß in acht Tagen praktisch die kleine Ration an Brot nicht mehr geliefert werden kann. Das würde das furchtbarste sein, schon deshalb, weil auch Nährmittel heute zu vier Fünftel mit Mehl gedeckt werden, so daß also Brot und Nährmit-

127 Die dt. Polizei war nach der Kapitulation zunächst entwaffnet worden, wodurch sie ihre Aufgaben nur sehr unzureichend wahrnehmen konnte (vgl. Stüber, S. 68 f.). Zwar sah die Direktive Nr. 16 des KR vom 6. 11. 1945 („Bewaffnung der deutschen Polizei") eine möglichst bald durchzuführende Neubewaffnung der Polizei vor, sie durfte jedoch erst nach Abschluß der Entnazifizierung und der „Entfernung aller der MR feindlich gesinnten Elemente" stattfinden (Amtsbl. KR, S. 42).

tel nicht mehr geliefert werden können. Das würde die Katastrophe in allerkürzester Zeit herbeiführen.

Es ist daher notwendig, daß alles geschieht, die augenblickliche Zufuhr an Mehl und Getreide nach Deutschland stärker zu gestalten, sonst sehe ich keine Möglichkeit, wie wir über die nächsten Monate hinwegkommen sollen.

Aber im wesentlichen müßten auch Artikel kommen, die nicht so sehr viel Platz in Anspruch nehmen. Ich möchte da an die Sojabohne erinnern. Die haben wir 1918 nach dem Kriege in großen Mengen bekommen. Die sind damals direkt als Hülsenfrucht gegessen worden. Sojabohnen sind nicht so gut wie unsere Hülsenfrüchte, Bohnen und Erbsen, aber sie sind ein Ersatz, der ohne Zweifel getragen werden kann und begrüßt würde, wenn wir ihn hätten, zumal auf dem Gebiete der Hülsenfrüchte überhaupt nichts vorhanden ist.

Sojabohne ist auch ein außerordentlich billiger Artikel. Sie hat in früherer Zeit 2–3 Pf. je Pfund gekostet. Die Einfuhr würde also wenig Geldmittel erfordern.

Ich möchte die britische Militärregierung bitten, auszukundschaften, ob es nicht möglich wäre – oder auch Hamburger Importeure –, auf diesem Gebiete etwas weiter zu kommen. Das würde immerhin ein Ersatz sein, der auch sättigend wirkt.[128]

Ich möchte dann noch auf eins hinweisen: Man sollte auch nicht versuchen, auf lange Zeit hinaus zu rationieren. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn einmal die Wirtschaft angetreten ist, vielleicht in diesem Jahre sogar noch die Möglichkeit besteht, zu einer Befriedigung des notleidenden Landes zu kommen. Ich weise da auf das Jahr 1920 nach dem vorigen Kriege hin. Da hatten wir auch anfangs an einer gewissen Not gelitten, aber schon in der ersten Hälfte des Jahres 1920 war das Angebot an Lebensmitteln derart groß, daß die Preise damals um 20–40 % gesunken sind, erstens, weil genügend auf dem Markte war, und zweitens, weil die Kaufkraft außerordentlich gesunken war.[129]

Jetzt ist zwar die Not bedeutend größer als nach 1918. Ich glaube aber: Trotzdem sollte man nicht allzugroße Sorge haben, an die Bestände heranzugehen, da ich annehme, daß Ende dieses Jahres eine gewisse Erleichterung in der Zufuhr erfolgen kann. Damit könnte man auch besser über die jetzige schwere Zeit hinwegkommen, bis wir an die eigene Ernte herangehen können, damit wir vor einer großen Gefahr gesichert wären.

Karl: Ich möchte einige Bemerkungen über die Leute machen, die nur von dem leben können, was sie auf ihre Lebensmittelkarten bekommen.

Da kann ich dem Optimismus des Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* nicht zustimmen, der besagte, daß der Übergang von der ersten gekürzten Periode zur zweiten wahrscheinlich gelingen wird. Ich befürchte, daß wir da Schlimmes erleben werden. Ich habe gerade in den letzten Tagen vor meiner Abreise Wert darauf gelegt, die Vorgänge in den Städten eingehend zu beobachten, und es ist mir in vielen Fäl-

128 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 180.
129 Zur dt. Ernährungslage nach dem 1. Weltkrieg vgl. Haushofer/Recke, S. 10–15.

len berichtet worden, daß die Frauen geradezu verzweifelt herumgelaufen sind und nach Brot gefragt haben.

Es ist doch so, daß infolge der geringen Zuteilung die geringen Reserven, die die Leute noch hatten, die einmal in einem Brot bestanden, nun aufgezehrt sind, und je weiter wir in der Zeit kommen, desto stärker tritt die Erschöpfung auf, und die wird in den nächsten Wochen bei Kartoffeln besonders in Erscheinung treten, so daß dann diese Leute nur noch das zur Verfügung haben, was sie auf Karten bekommen. Darin sehe ich eine sehr große Gefahr.

Ich habe in den letzten Tagen aus den Betrieben heraus durch Erfragen Meldungen bekommen, die darauf hinauslaufen, daß dort von mehr Leuten als bisher über Krankheitsanfälligkeit geklagt wird, über Kopfschmerzen, allgemeine Schwäche und ähnliches. Diese Anzeichen machen sich bemerkbar, und ich bin von großer Sorge über die Dinge erfüllt, die sich in der nächsten Zeit abspielen werden.[130]

Noch eine Bemerkung zur Frage: Wie weit können wir noch Lebensmittel, die bei den Produzenten und bei den Händlern liegen, in Reserve liegen, erfassen? Wir haben da eine sehr interessante Wahrnehmung gemacht. Ich muß da aber eins vorausschicken: Im Bezirk Hannover ist es möglich gewesen, bereits ab 18. [März] die Hofbegehungskommissionen mit den Vertretern der Konsumenten, die von den Gewerkschaften abgestellt sind, zu besetzen. Und nun etwas, was die Psychologie der Landbevölkerung charakterisiert: Durch eine Regieüberschneidung ist schon zwei Tage zuvor bekannt geworden, daß ab 18. die so aufgefüllte Hofbegehungskommission in Erscheinung treten werde. Als nun am 18. in einem Teil der Ortschaften die zusätzlichen Leute antreten wollten, um sich mit in die Hofbegehungskommission einzuschalten, wurde ihnen die Mitteilung [gemacht]: Wir haben bereits gestern unsere Aufgabe durchgeführt, also mit auffallender Beschleunigung, noch vor den vorgesehenen Terminen.

Wir haben auch einen Teil der Berichte über die Wahrnehmungen dieser Kommissionen hereinbekommen und auch über die Ergebnisse, und da ist bezeichnend, daß gerade da, wo die Einschaltung der Konsumentenvertreter nicht rechtzeitig erfolgen konnte und wo Kommissionen in der bisherigen Zusammensetzung tätig waren, in vielen Fällen nur das an Getreidemengen festgestellt worden ist, was als „Soll" festzustellen war, in allen anderen Fällen aber, wo die Einschaltung erfolgt war, ist über dieses Soll hinaus allerhand erfaßt worden. Das ist ein Zeichen dafür, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, in alle diese Instanzen auch Vertreter der Konsumenten einzuschalten. Mir genügt es auch nicht, daß man einfach die Kommissionen austauscht. Die gutnachbarlichen Beziehungen wirken sich da auch aus. Es müssen also Personen eingeschaltet werden, die ein anderes Interesse an den Dingen haben. Darauf kommt es ausschlaggebend an.

Solange wir nicht die Lebensmittelkontrolle schärfstens an der Quelle ansetzen, d. h. beim Produzenten, werden wir auch nicht verhindern können oder wenigstens nicht ausschlaggebend verhindern können, daß überschüssige Lebensmittel bei den Produzenten und beim Händler über nicht gewollte Wege gehen.

---

130 Vgl. hierzu Stüber, S. 313 ff.

Ich halte es nicht nur für gegeben, daß wir die Wege, die diese überschüssigen Lebensmittel vom Händler zum Schleichhändler machen, eingehend kontrollieren, sondern daß wir auch die Quellen kontrollieren, also den ganzen Weg, den die Lebensmittel nehmen, und deshalb müssen wir in den Kontrollausschüssen die Konsumenten eingehend in Erscheinung treten lassen.

Nun noch zur Frage der Arbeitsbeschaffung bzw. der Heranziehung von brachliegenden Arbeitskräften für die notwendigen Arbeiten in der Landwirtschaft.

Wir sehen sehr deutlich, wieviel Arbeitskräfte brach liegen. Wir kennen die Schwierigkeiten, sie an die Arbeit heranzuführen. Sie liegen zu einem wesentlichen Teil an dem, was Herr Dr. *Schlange-Schöningen* angeführt hat, nämlich daran, daß den Leuten die richtige Kleidung fehlt, weniger an der Übung, denn die würde ihnen schon beigebracht werden. Es liegt zum wesentlichen an der Bekleidung, zum Teil auch am Willen, und da will ich gar nicht verhehlen, und dürfen wir auch nicht verhehlen: Wir müssen diesen Leuten beibringen, daß, wer ordnungsmäßig leben und essen will, wer seine Sicherung durch den Staat durch seine Lebenserhaltung haben will, auch verpflichtet ist, dafür eine Leistung darzubringen. Das gehört nun einmal zusammen, und da dürfen wir uns nicht genieren, das mit Deutlichkeit auszusprechen.

Wir haben aber auch in verschiedenen Fällen festgestellt, daß bei den Landwirten selbst diesen Leuten gegenüber nicht immer das richtige Verständnis vorhanden ist. Wir müssen da von beiden Seiten einsetzen und ausgleichend zu wirken versuchen.

Dann noch einige Bemerkungen zu der Frage der Leistungsschrumpfung infolge der schlechten Ernährung, insbesondere im Bergbau.

Die Schrumpfung der Leistung der Bergleute ist das unangenehmste, was uns bei dieser Sache passieren kann, und wir sollten von allen Seiten her alles tun, um diese Schrumpfung der Leistung wieder auszugleichen. Wir müssen ohne Rücksicht darauf, möchte ich sagen, wie sonst die Ernährung aufgebessert werden kann, in den Bergrevieren die Ernährung sicherstellen, daß nicht nur der Bergarbeiter persönlich, also nicht nur er selbst eine angemessene Verpflegungsmöglichkeit hat, sondern auch seine Familienangehörigen, denn wenn die Familie hungert, dann hungert zum Teil der Bergmann selbst auch, und der Gedanke, daß er eine hungernde Familie hat, lähmt auch die Leistung des Arbeiters.[131]

Ich sehe dabei sehr wohl die wesentliche unterschiedliche Behandlung gegenüber dem übrigen Teile der Bevölkerung, wenn wir in den Bergrevieren nicht nur den direkt Schaffenden jetzt eine bessere Verpflegung zusichern wollen, sondern auch den Familienangehörigen. Ich sehe darin sehr wohl die Unterschiedlichkeit in der Behandlung und eine gewisse Ungerechtigkeit von außen her gesehen, aber es erscheint mir eine zwingende Notwendigkeit zu sein, diese Gefahr in Kauf zu nehmen, weil eine solche Lösung die Auftriebsmöglichkeit für unsere ganze Wirtschaft in sich schließt. Darum sollten wir daraufhin unser Augenmerk richten.

131 Vgl. hierzu die Studie „The Ruhr Miner and his family".

Noch eine letzte Bemerkung zu einem Thema, das hier auch von dem Vortragenden und in der Diskussion angeschnitten worden ist: die Entnazifizierung.

Ich halte es für notwendig, daß wir in möglichst kurzer Zeit eine weitgehende Entnazifizierung durchführen, und zwar bis in alle Konsequenzen. Ich habe mich mit diesem Thema schon seit dem Einmarsch der alliierten Truppen eingehend beschäftigt, und ich möchte eine kurze Antwort darauf geben: Warum sind wir in der Entnazifizierung noch nicht weitergekommen, warum beunruhigt uns dieses Kapitel noch so stark?

Wir sind deshalb nicht weitergekommen, weil eine einheitliche Durchführungsmethode für die britische Zone bis jetzt noch nicht besteht. Darum handelt es sich darum, diese einheitliche Durchführungsmethode bis in alle Konsequenzen zu bekommen.

Wir müssen nicht nur wissen: wer soll entnazifiziert werden und wie soll entnazifiziert werden, sondern man muß auch wissen, und das muß klargestellt werden, was mit den Personen geschehen soll, die durch die Entnazifizierung aus ihren bisherigen Positionen herausgekommen sind. Es muß klargestellt werden: Was geschieht gegebenenfalls mit ihren Geschäften oder sonstigen Betrieben? Das muß von A bis Z klargestellt sein, und es müssen für die gesamte britische Zone einheitliche Maßnahmen durchgeführt werden können.[132]

Spliedt: Ich möchte nur fragen: Kann es noch gelingen – das wird Herr Dr. *Schlange-Schöningen* sagen können –, die kommende Ernte etwas zu verbessern? Wir wissen alle, daß unsere ausgemergelten Böden Stickstoff gebrauchen. Können wir diesen Stickstoff heranschaffen?

Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß uns noch nicht die Möglichkeit geboten ist, den unentbehrlichen synthetischen Ammoniakstickstoff zu bekommen, das Verfahren, Stickstoff aus der Luft zu gewinnen, durchzuführen. Die Betriebe sind geschlossen. Die Kontrollkommission hat gerade diese Betriebe zum Erliegen gebracht. Muß das sein? Können wir nicht von dieser Stelle aus einen Appell an die britische Militärregierung, ja eventuell an die Kontrollkommission, richten, hier Abhilfe zu schaffen?

Ich habe in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt, mit einer Reihe englischer Herren darüber zu reden, u. a. auch mit dem Unterstaatssekretär im Außenministerium.[133] Man zuckt die Achseln, man erkennt an, es gäbe eine Möglichkeit, diese Betriebe wieder in Gang zu bringen, sei es auch nur für die nächsten Jahre, bis wir wieder andere Möglichkeiten geschaffen haben.

Damit wäre uns schon außerordentlich viel geholfen. Man sagte mir, daß, wenn es uns gelänge, in Form von Kopfdüngung im Mai bis in den Juni hinein Stickstoff zu geben, das die Erträge der kommenden Ernte erhöhen könnte.

Meine Bitte soll dahin gehen, die britische Militärregierung zu beeinflussen, doch wiederum das Verfahren der Gewinnung von Stickstoff aus der Luft zu gestatten.

---

132 Einen Überblick über die Diskussion zum Thema Entnazifizierung im ZB und in seinem entsprechenden Ausschuß gibt Fürstenau, S. 111–129.

133 Es dürfte sich um Christopher Paget *Mayhew* handeln, Parliamentary Under-Secretary of State im Foreign Office, Mitglied des brit. Unterhauses, Labour Party.

Man kann ja diese Betriebe überwachen. Es gibt da genügend Kontrollmöglichkeiten, daß kein Unfug getrieben werden kann und etwa irgendwelche Kriegsdinge erzeugt werden. Die Kontrolle muß und kann durchgeführt werden. Ich habe auch den Herren gesagt: Gebt uns für fünf Jahre die Möglichkeit, genügend Stickstoff in den Boden werfen zu können.

Wir haben innerhalb der Zone an den verschiedensten Stellen nicht unerhebliche Mengen Rohstoffe, die wir verarbeiten könnten, es fehlt aber an den Säuren, die in der französischen Zone liegen und die wir nicht herüberbekommen können. Wenn es uns gelänge, daß wir die flüssig machen, daß wir die Säuren zu den Rohprodukten bringen könnten, dann wären wir in der Lage, die nicht unerheblichen Bestände an Rohmaterial aufzuarbeiten und dadurch unseren Böden doch noch gewisse Mengen Düngemittel zuzuführen. Deshalb mein Appell, den ich immer wieder den englischen Stellen zugeleitet habe und auch von dieser Stelle aus richten möchte: Gebt uns die Möglichkeit, Ammoniak zu produzieren, denn die anderen Verfahren genügen nicht, wir können nicht genügend schaffen, wenn es uns nicht gelingt, das Stickstoffherstellungsverfahren aus der Luft in Anwendung zu bringen.

Noch ein Wort über die Beraubung der Güterzüge. Das ist eine furchtbare Katastrophe. Es geht uns augenblicklich auf den Hamburger Strecken, und auch auf allen übrigen, kein Zug durch, der nicht beraubt wird. Das fängt an mit den Kohlenzügen. Wir haben Kohlenwaggons fast leer hereingekriegt. Man muß mit erheblichen Ausfällen an Kohlen rechnen. Neuerlich erstrecken sich die Beraubungen auch auf Lebensmittel. U. N. R. R. A.[134]-Züge werden beraubt. Dieser Tage erlebten wir es, daß auf der Strecke Buchholz – Hamburg über 200 Sack Mehl herausgeworfen wurden. Wenn diese Säcke zerplatzten, konnte man günstigstenfalls einige -zig Pfund retten, das meiste war aber verloren. Auch sind dieser Tage Öltanks, die für die Ölfabrikation bestimmt waren, aufgemacht worden, natürlich mit dem Erfolg: Das meiste Öl ist zerronnen, in den Schmutz geflossen und ging damit zum Teufel.

Was kann dagegen gemacht werden? Wir brauchen schärfere Polizeimaßnahmen, und wir können das nicht mit der deutschen Polizei machen. Das ist ein heißes Eisen. Wir brauchen Waffen, denn mit Knüppeln kann man diese Güter nicht schützen. Die Dinge liegen so: Die überwachenden Leute, die an gewissen Stellen aufpassen, gehen in den Teil des Bahnhofs, wo keine Räuber sind; sie rücken von den Punkten der Gefahr ab und überlassen den Räubern, was geraubt werden kann. So liegen die Dinge vom Standpunkte des einzelnen Mannes, der sich nicht wehren kann, auf den Dutzende von Leuten einschlagen. Wir haben da Beamte, die schon arg verletzt wurden.

Daher der Appell an die englische Regierung: Helft uns, daß die englische Polizei bei der Überwachung der Bahnhöfe mit eingreift und auch in der Überwachung der Transporte. Es hilft nichts anderes. Oder bewaffnet unsere Polizei. Wir haben

---

134 Die United Nations Relief and Rehabilitation Administration wurde am 9. 11. 1943 gegründet und versorgte bis 1947 von den Kriegsereignissen besonders betroffene Gebiete sowie die sog. Displaced Persons. Die deutsche Bevölkerung war von dieser etwa zur Hälfte aus Lebensmitteln bestehenden Hilfe ausgenommen, nicht aber die in den Besatzungszonen lebenden DP's. Vgl. The Story of U. N. R. R. A. sowie Guins.

in den letzten Wochen 400 oder 500 Revolver in Hamburg bekommen und für jeden Revolver 12 Patronen. Das ist gar nichts.[135] Es muß hier nach meiner Meinung die englische Polizei aushelfen. Sie muß die deutsche Polizei ergänzen, denn vor den englischen „Rotkäppchen" haben diese Räuber einigen Respekt, vor allen Dingen vor ihren Schießprügeln. Es gab auch Fälle, wo sich die englische Polizei nicht entsprechend eingesetzt hat, sondern in die Luft schoß. Das müßte auch beseitigt werden.

Noch eine Sache, wo wir eingreifen müssen: das Verhältnis zwischen Flüchtling und Bauer. Die Dinge liegen da zum Teil katastrophal. Es ist nicht nur so, daß die Flüchtlinge berechtigt die Arbeit verweigern. Gewiß, schlechte Behandlung hat viel dazu beigetragen. Es hat sich aber auch bei den Flüchtlingen eine Arbeitsscheu eingestellt, bei unseren 16–18jährigen insbesonders, und wir müssen diese an die Arbeit herankriegen.

Wir haben in Schleswig-Holstein Versuche durchgeführt, daß die Bauern Land bereitstellten für, sagen wir, größere Schrebergärten[136], damit die Flüchtlinge dort ihr eigenes Land erhalten und für sich einmal auch Lebensmittel erzeugen und daß sie dann, wenn sie das fix und fertig haben, auch bereit sind, beim Bauern mitzuhelfen. Man muß aber schon mit einem gewissen Druck dahintersitzen, um die Leute dahin zu bringen zu arbeiten. Ich verspreche mir einiges davon, wenn es gelingt. Ich verspreche mir von der Einwirkung der Gewerkschaften auch einiges, wenn wir sie auf die Gefahren hinweisen, die ihnen wie uns allen drohen. Schwierig ist die Fahrgelegenheit, sind die Verkehrsverhältnisse, aber gemacht werden muß das.

Noch eine Frage, die auch ein heißes Eisen ist, aber uns stark auf die Nerven geht: die Polenfrage. In Schleswig-Holstein bei den Beraubungen auf dem Lande liegt es heute noch tatsächlich so, daß wir Dörfer haben, in denen nachts die Kühe gemolken werden, und wenn die Bauersfrauen morgens in den Stall kommen, dann stehen die Kühe leer da. Wir haben da furchtbare Zustände.[137] Wir stellen fest, daß das weitgehend gerade die Polen sind, die hier sehr, sehr frech sind.

(Zuruf: Auch in den Städten!)

Und so heiß dieses Eisen auch ist, wir müssen es der britischen Militärregierung unterbreiten, denn die Frage muß gelöst werden.

---

135 Vgl. o. Anm. 127.

136 Gemeint sind vermutlich: die VO über die Bereitstellung von Kleingärten (der sog. Kleingartenerlaß) des schleswig-holsteinischen OP *Steltzer* vom 16. 2. 1946, ferner die VO über Hauswirtsstellen in ländlichen Betrieben, o. D. [Frühjahr 1946] sowie die Vorarbeiten zum Entwurf einer VO über die Förderung der ländlichen Siedlung in Schleswig-Holstein, bes. Art. 12, o. D. [April/Mai 1946]. Alle Dokumente in: HStAH Nds. Z 50/80. Von der letztgenannten VO versprach man sich eine verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 210 000 ha für rund 78 000 Kleingärten, rund 50 000 Kleinsiedlungen einschl. der sog. Kleinsthöfe, rund 18 500 Landarbeiter- oder Hauswirtsstellen und rund 13 200 Handwerker-, Gärtner- und Bauernstellen; vgl. hierzu insgesamt Boyens, S. 2–9.

137 Vgl. hierzu Schier, S. 61–64.

Dann möchte ich unterstreichen, was Herr Bürgermeister *Petersen* gesagt hat: Wir müssen versuchen, die Fischdampferreparatur und die Neuherstellung von Fischdampfern zu beschleunigen. Man hat mir von der Handelskammer gesagt, es sei nicht mehr so schlimm. Andererseits wird gesagt, auch heute noch gelten die Fischdampfer mindestens nicht als vorberechtigt, und es könnte da manches geschehen. Man hat eingewandt, der Bau von Fischdampfern neuerer Konstruktion sei augenblicklich gefährlich, insbesondere auf der Ostsee, wo diese Fischdampfer von der russischen Regierung beschlagnahmt würden. Ähnliche Zustände haben wir aber auch in der Nordsee. Es müssen da Mittel und Wege gefunden werden.

Ich gehe sogar soweit, zu sagen: Wenn es nicht anders geht, dann laßt uns unsere deutschen Fischdampfer unter englischer Flagge fahren, damit wir Fische hereinkriegen und damit sie dem Zugriff der Russen entzogen werden. So geht es doch nicht weiter.

Das ist, was mich mit banger Sorge erfüllt. Wir stehen vor der Notwendigkeit, die Arbeitszeit erheblich kürzen zu müssen[138] , denn wir können bei der Ernährung den Arbeitern nicht zumuten, 48 Stunden zu arbeiten. In den letzten Tagen sind wir fortgesetzt in Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Wir müssen versuchen, den Sonnabend frei zu kriegen, daß wir die Arbeitswoche auf fünf Tage beschränken, so daß ein Tag dabei ist, wo der Arbeiter ausruhen kann. Das bedingt aber einen außerordentlichen Produktionsausfall. Wir wissen heute nicht, wo wir die Arbeiter hernehmen sollen. Wir haben in Hamburg 20 000 arbeitslose Männer, vorwiegend Angestellte, davon 60 % in einem Lebensalter unter 45 Jahren. Wir haben
festgestellt, daß von den 20 000 erwachsenen männlichen Arbeitern nur etwa 1 000 für Schwerarbeit einsatzfähig sind, daß 19 000 ausscheiden sollen für jede schwerere Arbeit, daß 19 000 eigentlich nur eingesetzt werden können für leichtere, sitzende Arbeit. Wo haben wir sitzende Arbeit? Das sind ungemein schwierige Fragen.

Auf der anderen Seite haben wir 5 000 arbeitslose weibliche Arbeiterinnen und Angestellte, und es gelingt uns nicht, auch nur eine Scheuerfrau zu finden, die irgendwie ein Büro säubert. Ich stehe nicht an, zu erklären, und ich erkläre das mit aller Deutlichkeit des Gewerkschaftsführers, daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, diese Frauen zu zwingen, irgendeine Arbeit zu machen. In einem Augenblick, wo das Volk stirbt, können die Leute nicht Anspruch darauf erheben, nur als Angestellte arbeiten zu wollen. Sie müssen auch dahin gehen, wo eine Arbeit ist, die weniger angenehm ist, und wir werden unser Augenmerk immer wieder dahin wenden müssen, die Arbeiter und Arbeiterinnen dahin zu bringen. Das sind schwierige Fragen, aber wir müssen eine Lösung finden.

Zum Schlusse möchte ich noch einmal die Aufmerksamkeit darauf richten: Gibt es eine Möglichkeit, die Produktion von Stickstoff aus der Luft in Betrieb zu setzen?

Vorsitzender: Ich bitte mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und darauf, daß wir noch unsere Tagesordnung, wenn es geht, heute erledigen wollen, sich in den Ausführungen etwas Beschränkung aufzuerlegen.

---

138 Vgl. hierzu Stüber, S. 305 f.

Es ist mir ein bedauerliches Versehen passiert. Ich habe bei den Wortmeldungen Herrn Dr. *Andrée* nicht berücksichtigt, der sich als vierter Redner gemeldet hat und habe ihn versehentlich gestrichen. Das Wort hat jetzt Herr Dr. *Andrée.*

Andrée: Ich glaube, wir sind alle wohl übereinstimmend der Meinung, daß es sich bei dem Naturalaustausch zwischen Handwerker und Landwirt auf dem Lande um einen Übelstand schlimmster Art handelt und daß wir alles versuchen müssen, um diesen Krebsschaden zu beseitigen. Wir alle haben schon persönlich unseren Ärger damit gehabt und uns überlegt, was dagegen zu machen sei. Ich stimme durchaus mit den Darlegungen des Vorsitzenden überein und der Meinung anderer Redner, daß mit Polizeimaßnahmen auf dem Gebiete nichts zu erreichen ist. Es gibt leider auch kein Universalmittel, um diesen Übelstand zu beseitigen, und wir müssen uns überlegen, ob nicht die eine oder andere Maßnahme geeignet ist, uns dem Ziele etwas näherzubringen.

Ich erblicke nun eine Hauptursache darin, daß unsere Handwerker und Kleingewerbetreibenden eine Monopolstellung einnehmen. Die Ausübung des Handwerks wird heute monopolisiert. Sie müssen genehmigt werden.

Ich habe in den letzten Tagen in meiner Eigenschaft als Mitglied des Zonenbeirats aus den verschiedensten Kreisen der Provinz Hannover Eingaben bekommen, darunter aus einem Kreise, daß dort über hundert Handwerksmeister aus dem Osten, Ostflüchtlinge, tatenlos dasitzen, ihr Gewerbe nicht ausüben können, weil sie die Genehmigung dafür vom Innungsmeister bis zum Kreishandwerksmeister nicht bekommen, die die Bedürfnisfrage für die Eröffnung eines neuen Handwerksbetriebes verneinen.

Hier ist nach meiner Meinung einer der Punkte, wo eingegriffen werden kann, und ich bin der Auffassung, daß hier versucht werden muß, alle einschränkenden Bestimmungen, die sich auf die Konzessionierung des Handwerksbetriebes beziehen, zu beseitigen. Ich gehe sogar soweit, daß ich sage: Für eine gewisse Übergangszeit von zwei bis drei Jahren müßte einmal völlige Gewerbefreiheit eingeführt werden. Konkurrenz belebt das Geschäft, und ich habe die Überzeugung, wenn statt zwei Handwerksmeistern vier oder fünf oder noch mehr dasitzen, die auf Arbeit warten, dann wird bestimmt in das System der Naturalwirtschaft eine empfindliche Lücke gerissen werden durch diese Handwerksmeister, die sich eine Existenz gründen wollen.

Ich möchte die Herren bitten, sich einmal zu überlegen, ob [es] nicht überall da, wo sie die Möglichkeit haben, einzugreifen, möglich ist, im Sinne der von mir dargelegten Vorschläge vorzugehen. Die freie Initiative wird, glaube ich, gerade auf diesem Gebiete zu sehr fruchtbaren Erfolgen kommen. Ich möchte auch besonders die britische Militärregierung bitten, diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu widmen, denn es kommt nicht allein darauf an, daß diese Handwerker die Betriebe eröffnen können, sondern sie müssen auch das nötige Material haben,

(Zuruf: Das fehlt!)

sie müssen einen Werkraum und Werkzeuge haben. Das ist nicht so einfach zu besorgen, aber ich glaube, mit Hilfe der Militärregierung wird es möglich sein, in

sehr vielen Fällen den Handwerkern zu helfen, die sich selbständig machen wollen und die, wie gesagt, dann geeignet wären, in dieses Übel des Naturalsystems eine Bresche zu schlagen.

Diese Sache mit der Naturalwirtschaft hat noch eine andere steuerlich-finanzielle Auswirkung. Wenn nur ein wesentlicher Teil des Güteraustausches auf dem Wege der Naturalwirtschaft erfolgt, wo bleibt dann schließlich unsere Einkommen- und Umsatzsteuer? Sie kann gar nicht erhoben werden, weil sie auf der Geldwirtschaft basiert. Am besten kann man sich das klarmachen, wenn man sich vorstellt, daß der gesamte Güteraustausch auf dem Wege dieser Naturalwirtschaft erfolgen würde. Dann würde kein Bauer mehr Einkommensteuer zu zahlen haben, Umsatzsteuer würde überhaupt nicht mehr in Frage kommen.

Das sind Konsequenzen, die man sich überlegen muß und die dazu führen, gerade diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ich bin mir vollkommen im klaren, daß, wenn man mit der Forderung käme, völlige Gewerbefreiheit durchzuführen, man auf den entschiedensten Widerstand der Handwerkerkreise stoßen würde. Aber es hilft nichts, der Knoten muß durchhauen werden, und wir müssen diesen Kampf durchführen, wenn wir bessere Verhältnisse erzielen wollen.

Degkwitz: Ich bin von den Herren der Militärregierung gefragt worden: Was geschieht mit diesen tausend Kalorien, und was kann man von ärztlicher Seite aus tun?[139]

Ich habe geantwortet: Prinzipiell kann kein Mensch mit 1 000 Kalorien sechs Tage in der Woche acht Stunden arbeiten. Das ist ausgeschlossen. Und was geschehen wird? Ich sage: Zur Zeit wird scheinbar nichts geschehen, weil die Leute noch kleine Vorräte haben und auch noch gewisse körperliche Reserven. Die britische Militärregierung hat ja etwa 10 000 Menschen von der Hamburger Bevölkerung von der Straße weggeholt und gewogen, im August und im Dezember. Ich habe diese Zahlen verglichen. Deutliche Unterschiede waren nur bei älteren Menschen vorhanden, die rascher abgenommen haben.

Ich habe nun gesagt: Anscheinend wird anfangs nichts geschehen, aber nach 6–8 Wochen werden wir weitverbreitete schwerste Ernährungsschäden haben, dann werden die Leute nicht mehr arbeiten können, wenn Sie verlangen, daß sie acht Stunden arbeiten sollen. Das wäre nicht möglich. Sie müssen prinzipiell die Arbeitszeiten herabsetzen und in Betrieben, in denen die Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden kann, eine zweite oder dritte Schicht einführen, anders ist das nicht zu machen.

Nun darf ich die Hintergründe sagen, aufgrund derer ich diese Meinung habe. Die Sterblichkeit in Deutschland ist generell, auch in der britischen Zone, stark angestiegen, und auch die Neigung zu allen möglichen Erkrankungen. Wenn jemand eine akute Erkrankung hat, über die er unter normalen Verhältnissen in 8–14 Tagen hinweggekommen wäre, so ist das heute viel schwieriger. Die Komplikationen

139 Vgl. hierzu auch die 1. Sitz. des WA unter dem Vorsitz von *Degkwitz* am 29. 4. 1946 (PA 1/270).

sind viel häufiger, das Heilvermögen viel geringer. Das darf man für die gesamte erwachsene Bevölkerung sagen.

Die Säuglingssterblichkeit ist drei- bis viermal so hoch wie früher.[140] Das hat aber nichts mit der Ernährung zu tun. Wir haben immer genügend Milch und Nährmittel gehabt. Das ist auf die Härte der sozialen Lage zurückzuführen. Die Mutter hat keine Windeln, um das Kind trockenzulegen, und wenn sie Windeln hat, dann hat sie im Winter kaum Kohle, um zu heizen, hat keine Seife, kann das Kind nicht pflegen.

Dazu kommt noch ein anderer Faktor: die Übervölkerung der Wohnung. Normalerweise sollten Kinder Scharlach im 3. Lebensjahr, Keuchhusten im 5. bis 6. Lebensjahr haben, jetzt haben sie diese Krankheiten im 6. bis 7. Monat. Da ist die Krankheit viel gefährlicher. Infolgedessen sterben viele. Diese Säuglingssterblichkeit kommt nicht von der Ernährungsseite.

Dann ist das bedrohte Alter das der Jugendlichen, der Menschen zwischen 14 und 18 Jahren, männlich und weiblich, die körperliche Arbeit leisten. Sie wissen, das Schwedische Rote Kreuz speist unsere Kinder. Das ist wunderschön für den Kinderarzt, aber das ist eine gefühlsmäßige Reaktion. Rein verstandesmäßig: Voran stehen die 14–18jährigen. Ich habe gesagt: nach 6–8 Wochen werden schwere Ernährungsstörungen eintreten. Die Leute versagen, das Herz geht nicht mehr mit, es wird alle möglichen Schwierigkeiten geben. Das auf kürzeste Frist gesehen.

Betrachtet man die Dinge auf längere Frist, so besteht die größte Bedrohung durch die Tuberkulose. Die Kindertuberkulose in Hamburg hat sich vervierfacht.

Wir haben, als die Wehrmacht entlassen wurde, in der Kunsthalle einen Röntgenapparat aufgestellt und jeden Mann röntgen lassen. Das waren ausgewählte Menschen. Wenn ich das Ergebnis auf die Bevölkerung von Hamburg umlegen würde, müßte ich 10 000 Hamburger ins Bette legen und ärztlich versorgen. Bei dieser Umrechnung habe ich aber nicht die weibliche Bevölkerung berücksichtigt, die meist noch mehr zu leiden hat als die männliche.

Die Gesundheitslage wird sich weiter verschlechtern, wenn wir noch längere Zeit hungern. Aber schon auf kurze Frist, 6–8 Wochen, würden wir ernsthafte Schäden haben, wenn nicht die Arbeitszeit wesentlich herabgesetzt wird und man den Leuten nicht erspart, soviel Kalorien wieder auszugeben. Auf längere Sicht ist die Sachlage mit großem Ernst zu betrachten.

Ich möchte den Antrag stellen, daß ein Ausschuß gebildet wird, der Vorschläge macht, was man vom ärztlichen Gesichtspunkt gesehen in dieser Linie zu tun hat.[141]

Heile: In Anbetracht, daß ich der letzte bin, will ich mich ganz kurz fassen. Nur eine einzige Bemerkung; alles andere ist zum großen Teil mit meiner Zustimmung gesagt worden.

Ich möchte nur bei der Überlegung, wie wir den Bauer dahin bringen, daß er wirklich abliefert, und wie wir die Menschen, die die Bauern aushamstern, richtig

140 Vgl. o. Anm. 98.
141 Vgl. u. mit Anm. 154.

kontrollieren können, an die, die das auszuführen haben, insbesondere an die Vertreter der Konsumenten, die in die Kommissionen hineingeschickt werden, die auf dem Lande nachzuprüfen haben, die dringende Bitte richten, nicht in dem Bauer im Durchschnitt den Drückeberger zu sehen und mit der Tendenz dorthin zu gehen: Jetzt wollen wir beweisen, was für Schweinehunde das alles sind. Je mehr man mit Erbitterung an diese Aufgabe herangeht, desto weniger Erfolg wird man haben.

Es ist gar nicht wahr, daß die große Mehrzahl der Bauern sich schlecht benimmt. Ich habe mich in meinem Kreise sehr genau umgesehen und konnte das umso besser, als ich selbst im Kreise bodenständig und bäuerlichen Ursprungs bin.[142] Die große Mehrzahl der Bauern hat dem Appell, den wir an sie gerichtet haben[143], über das Soll hinaus abzuliefern, sofort Folge geleistet. Wir haben gar keine Schwierigkeiten gehabt, die Leute zu überzeugen, wie notwendig das wäre. Wir haben nicht mit dem Polizeiknüppel gedroht, sondern an das gute Herz und an die Vernunft appelliert. Das hat geholfen. Wir würden sonst nur Erbitterung erreicht haben, und dann gibt es auch Mittel und Wege genug zu verstecken. Wie überall, macht auch hier der Ton die Musik, hier aber ganz besonders.

Dann noch eins. Es wurde von den Kreisbauernschaften gesprochen und geäußert, alle, die jetzt als Bauernvorsteher fungieren, seien im großen und ganzen ganze oder halbe Nazis. Ich habe in meinem Kreis die paar Nazi, die allerdings sehr bösartig gewesen sind, sehr schnell ausgeschifft, und was wir jetzt noch darin haben, ist, soweit ich übersehen kann, nicht bloß nicht Nazi, sondern absolut positiv eingestellt. Ich habe nicht die geringsten Schwierigkeiten gehabt.

Ich stimme den Ausführungen zu, daß die ganze Einrichtung verkehrt ist, und wir gliedern sie in die Selbstverwaltung ein, aber ob das jetzt der richtige Augenblick ist umzuorganisieren, ob Sie uns jetzt vor die Notwendigkeit stellen wollen, uns nach neuen Menschen umzusehen, die diese Aufgaben durchführen, das möchte ich bezweifeln.

Ich glaube, man kommt in allen Dingen weiter, wenn man nicht bloß vom Risiko des Vertrauens redet, daß wir zuviel Vertrauen haben. Das Risiko des Mißtrauens ist viel größer. Laßt uns Courage haben, an unsere deutschen Menschen zu gehen, gehen wir mit Liebe und Güte an die Dinge heran. Wir werden mit diesen Dingen schnell und gründlich fertig werden.

Vorsitzender: Wir sind am Ende der Aussprache, Sie werden gesehen haben, daß ich bestrebt war, in diesem Falle wegen der außerordentlichen Bedeutung und Dringlichkeit die Diskussion in keiner Weise zu beschränken. Ich habe es jedem Redner überlassen, sich das Maß seiner Freiheit selbst auszuwählen.

Ich würde vorschlagen, daß wir dieses Ergebnis mit seinen vielfachen Anregungen in seiner Gesamtheit als stenographischen Verhandlungsbericht der Militärregierung übergeben und daß wir es selbst dann in den einzelnen Ausschüssen noch einmal nachprüfen, weil wir selbst heute nicht fertig werden.

---

142 *Heile* war Landrat in Syke, Kreis Hoya.
143 Vgl. Anl. 5.

Ich gebe jetzt noch Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* das Schlußwort.

Schlange-Schöningen (Schlußwort): Ich danke sehr für Ihre Ausführungen, die ich zur Notiz genommen habe, um sie in meiner zukünftigen Arbeit soweit wie möglich zu verwerten. Ich darf, weil die Zeit weit vorgeschritten ist, nur ganz kursorisch zu einigen der mir sehr wichtig erscheinenden Punkte einige Worte sagen.

Ich danke zunächst, daß sich ein Herr gefunden hat, der außer mir für den Bauern eine Lanze gebrochen hat. Ich bin völlig Ihrer Meinung, und ich kann nur sagen, daß der erste Antrag, die Selbstversorgerrationen herunterzusetzen, aus der Bauernschaft und aus dem Kreise Rinteln an mich selbst gekommen ist.

Die Frage der Waffen. Ich bin Ihrer Meinung. Ich habe das mit der Militärregierung schon besprochen. Es geht auch nicht bloß um die Plünderung der Züge usw., sondern jetzt besteht eine große Gefahr, wo die Kartoffelmieten aufgemacht werden. Mir ist von den englischen Herren gesagt worden, ich möchte Beispiele anführen, daß das dringend ist. Ich habe mir erlaubt, zu erwidern, daß, wenn es einmal so dringend ist, es zu spät sein werde.

Zur Frage des Stickstoffs. Ich bin der Meinung, daß man auch im Mai – das ist allerdings der letzte Termin – Stickstoff mit Erfolg anwenden kann. Ich bin der Ansicht, daß jede Sache unterstützt werden soll, so auch diese, die uns in dieser brennenden Frage einen Schritt weiter brächte. Ich habe mir neulich erlaubt, auszuführen, daß die Ausweitung der Kartoffelanbaufläche an sich vielleicht nicht nötig wäre, wenn es möglich wäre, auf die jetzt bestehenden 450 000 ha je einen Zentner Stickstoff zu geben. Das würde eine unermeßliche Rettungswirkung für die Ernährung haben.

Es wurde gesagt, daß die Hofbegehungskommissionen am 18. März, also einen Tag zu früh, losgegangen wären. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich würde dankbar sein, wenn Sie mir dies vielleicht schriftlich mitteilen würden, damit ich diese Sache nachprüfen kann. Jedenfalls hat das meiner Anordnung nicht entsprochen. Ich nehme die Leute insofern in Schutz, als ihnen Feuer auf die Hacken gemacht wurde und gesagt worden ist: Ihr habt schleunigst anzufangen. Dann kann diese Sache gutwillig liegen.

Wenn Sie meinten, daß SS-Offiziere, die Beamte auf den großen Gütern wären, sich in durchaus verwerflicher Weise in den Versammlungen benommen hätten, so muß ich sagen, daß das leider nicht meine Angelegenheit ist. Aber ich bin der Meinung, daß Sie selbst diese Sache nachprüfen könnten und sich dann an die zuständige Polizeibehörde zu wenden hätten. Wenn etwas derartiges mir namentlich genannt würde, bin ich bereit, alles zu tun, was notwendig ist, um Ordnung zu schaffen. Derartige Leute werden bald verschwunden sein.

Landreform und Baustoffe. Ich bin der Meinung, daß eine ganz große umfassende Landreform gemacht wird, und da schwebt mir vor, daß dazu eine ganz große Organisation[144] gehört, die den Weg vom Erzeuger zum Bauern so kurz wie möglich macht.

144 Hs. Zusatz: Genossenschaft.

Und nun noch zu einer der wichtigsten Sachen, die Dr. *Schumacher* angeschnitten hat. Er sagte, die Krise würde etwa im Mai kommen, und Sie fragten nach Zahlen.

Die Getreidevorräte, mit denen wir in den April gegangen sind, betrugen 47 000 t, an sich lächerlich wenig, die greifbar da waren, nicht bei den Bauern. Importe sind 150 000 t gewesen. Von den Bauern abgeliefert sind in diesem Monat 57 000 t. Das ist die Ablieferung vor dieser Sonderaktion. Das macht zusammen 254 000 t. Der Gesamtbedarf in der britischen Zone beträgt 207 000 t, so daß wir einen Vorrat von 47 000 t für die nächste Periode besitzen. Es wird gehofft, das ist mir von der britischen Militärregierung gesagt worden, daß im April noch an zusätzlichen Importen etwa 100 000 t da wären.

Ich bin der Meinung, daß deshalb, wenn wir rechnen, daß aus dem Lande eine ganze Masse aufkommt, die Mairation wohl mit ziemlicher Sicherheit voll gedeckt werden dürfte. Für die beiden anderen Monate Juni und Juli ist die Frage: Was ist aus dem Lande noch herauszuquetschen, oder was bekommen wir überhaupt für diese Monate, und was bekommen wir an Importen?

So ist es. Davon hängt Leben und Sterben für uns ab, ob diese Importe so sind, daß wir damit bis an die neue Ernte herankommen können. Es gibt keine andere Möglichkeit.

Nun noch ein Wort persönlicher Art an Herrn *Reimann.* Ich danke Ihnen, Herr *Reimann,* daß Sie die Personenfrage angeschnitten haben. Es ist nicht sehr angenehm, über die eigene Vergangenheit zu sprechen, ich möchte es aber tun.

Ich bin Großgrundbesitzer gewesen und fühle mich dadurch nicht wesentlich schlechter als andere Menschen, denn ich habe meinen Besitz nicht gestohlen, sondern durch Generationen ererbt. Er ist von meinen Ahnen erarbeitet. Ich glaube, daß ich diesen Besitz so ausgestaltet habe, daß er zu den Spitzenbetrieben in Deutschland gehört hat, was unbestritten und bekannt ist.

Ich bin früher deutschnationaler Abgeordneter gewesen. Ich bin vielleicht nicht der einzige in diesem Kreise, der deutschnationales Parteimitglied gewesen ist, aber ich nehme für mich in Anspruch, daß in der entscheidenden Zeit ich mich von dem Radikalismus der deutschnationalen Partei getrennt habe, als *Hugenberg* die Führung übernahm und ich sah, wohin die Reise ging. Und dann bin ich Mitglied der Regierung *Brüning* gewesen.[145] Ich bin stolz darauf und glaube, daß vieles, was damals getan worden ist, wenn es nur weitergeführt worden wäre, uns vor dem Unglück bewahrt hätte, in dem wir heute stehen. Ich stelle fest, daß ich mit dieser Regierung gestürzt worden bin, nicht von der Linken, von der ich in wesentlichen Dingen unterstützt worden bin, sondern von meinen eigenen Berufsgenossen, die mich Agrarbolschewisten nannten, weil ich die großen Güter aufteilen und besiedeln wollte.

---

145 *Schlange-Schöningen* hatte dem Reichstag von 1924 bis 1930 als Abgeordneter der DNVP, von 1930 bis 1932 als Abgeordneter der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört. Im 2. Kabinett *Brüning* versah er das schwierige Amt des „Reichskommissars für die Osthilfe" und war Reichsminister ohne Geschäftsbereich (Nov. 1931–Mai 1932). Vgl. hierzu insgesamt *Schlange-Schöningen.*

Ich habe allerdings, als wir stürzten, versucht, alles Mögliche zu tun, auch weiterhin, um das Unglück des Nationalsozialismus zu verhindern. Ich spreche etwas zum ersten Male aus, was in keinem Fragebogen steht. Fragen Sie bei Staatssekretär *Abegg*[146], der damals im Preußischen Innenministerium war, was wir versucht haben im letzten Augenblick, um eine Organisation hinzustellen, um auf alle Gefahr hin dieses Unglück für Deutschland zu verhindern.

Dann habe ich allerdings die Ehre gehabt, 12 Jahre still zu Hause zu sitzen unter der ständigen Gefahr des Abgeholtwerdens. Dann habe ich versucht, mich jeder Gruppe anzuschließen, die Front gegen das Unglück machte. Und dann habe ich mich auch am 20. Juli beteiligt, wofür Zeugen genug da sind. Es ist ein Wunder Gottes, daß ich heute noch existiere.

Ich habe mir nichts vorzuwerfen, und wenn Sie sagen, ich hätte die Neubildung einer Rechtspartei ins Auge gefaßt, diese Parteiführer sitzen neben Ihnen, die CDU[147] ist es, die ich mit diesem ersten Rundbrief mit Genehmigung der britischen Militärregierung auf die Beine zu stellen versucht habe. Sie haben nur Teile des Aufrufes vorgelesen und haben ein Wort eingefügt, das bestimmt nicht darin steht, wahrscheinlich ist das falsch abgeschrieben worden. Ich habe über dieses Potsdamer Ereignis in dem Sinne geschrieben, daß es der größte Volksbetrug gewesen ist, den es jemals gegeben hat, daß man am Grabe Friedrichs des Großen und in der Potsdamer Garnisonskirche, über der einmal eine große Tradition für viele Menschen in Deutschland lag, viele hunderttausend Menschen in Deutschland verführt hat, diesem Unhold zu glauben. So ist der Sinn.

Dies ist nicht das einzige Rundschreiben. Sie werden in wenigen Tagen eine Broschüre dieser Art von mir lesen können, die längst geschrieben ist, aber wegen Papiermangels nicht gedruckt werden konnte, viele Rundschreiben, aus denen Sie entnehmen können, daß ich versuche, die Menschen, soweit sie anständig sind, für den neuen Staat und die Demokratie zu gewinnen und nicht dem alten nachzutrauern, sondern daß sie in die Zukunft sehen und das Land aufbauen helfen.[148]

Ich stimme mit Ihnen überein. Ich wünsche die Abstimmung hier auch. Ich wäre glücklich darüber. Und, verehrter Herr *Reimann,* solange das nicht ist und solange ich hier stehe und solange die britische Militärregierung der Meinung ist, daß ich mit meinen schwachen Kräften einiges zum Aufbau dieses Landes beitragen kann, geben Sie mir Bewährungsfrist, daß ich meine Pflicht tun kann.

Vorsitzender: Ich kann bekannt geben, daß zur Frage der Fischdampfer ein Referendum der Militärregierung eingegangen ist. Der britische Verbindungsstab teilt mit: (siehe Anlage . . .)[149]

---

146 Name hs. eingefügt.

147 Hs. korrigiert aus: Partei.

148 Vgl. BA NL *Schlange-Schöningen*/21, fol. 38–67: Christliche Demokratie von Dr. Hans *Schlange-Schöningen.* Mit Genehmigung der Militärregierung. Lütjenburg, im März 1946 [hs. korrigiert: Januar].– Diese 31seitige Broschüre enthält auch den Aufruf vom 31. 10. 1945.

149 Das Schreiben ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert und war weder im Bestand des PA noch des BA zu ermitteln. Es könnte sich um eine Mitteilung des brit. Verbindungsstabes betr. die Vordringlichkeit der Reparatur von Minenräumbooten und Fischereifahrzeugen

Ich schlage vor, daß wir das gesamte heute besprochene Material, wie ich schon ausgeführt habe, in der gesamten Ausführlichkeit des stenographischen Berichtes dem Ernährungsausschuß[150] überweisen und eine zweite Abschrift an den Mindener Wirtschaftsbeirat [!][151] geben, da vieles darin ist, das nicht nur den Ernährungsausschuß, sondern auch sehr wesentlich den Mindener Wirtschaftsbeirat [!] angeht. – Wird dagegen Widerspruch erhoben? – Das ist nicht der Fall, dann wird das so geschehen.

Wir haben hier die beiden Anträge der Kommunistischen Partei. Ich möchte grundsätzlich die Bitte aussprechen, daß solch ausführliche Anträge doch einige Tage vorher hier eingehen, damit ich sie allen Mitgliedern zuleiten und auch selbst prüfen kann. Die Denkschrift enthält grundsätzlich sehr wesentliche Punkte über Bodenreform, über Arbeitszeitverkürzung, über Freigabe von Kohlen für Kunstdünger[152], so daß die verschiedensten Gremien in Frage kommen, auch der Wirtschaftsrat.

Ich schlage vor, diese Denkschrift ebenfalls dem Ernährungsausschuß zur Beratung zu überweisen. – Widerspruch wird nicht laut.

Das Wort hat jetzt Herr *Reimann.*

Reimann: Herr Dr. *Schlange-Schöningen,* Ihre Auseinandersetzung mit der SPD ist eine Angelegenheit, die Sie selbst mit ihr machen müssen. Um die handelt es sich auch nicht, sondern um die Auseinandersetzung zwischen der CDU und Ihnen. Es handelt sich um die Gründung einer Rechtspartei, und zwar haben Sie wörtlich formuliert: die Sozialdemokratische Partei bekommt die Mitte, die Kommunistische Partei die Linke, und eine Rechtspartei soll gebildet werden unter Sammlung von all diesen Kräften. Ich habe das Schreiben leider nicht bei mir. – Das nur zur Feststellung.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken: Sie sprachen von einer Bewährung. Mit dieser Frage treten jetzt Hunderttausende heran.

Schlange-Schöningen: Ich nehme das zurück. So habe ich das nicht gemeint.

(Heiterkeit)

Reimann: Bewährung ist Arbeit!

Vorsitzender: Dann kämen wir jetzt zu dem Antrage gegen Dr. *Schlange-Schöningen.*[153] Ich glaube, daß viele Mitglieder des Hauses mit mir übereinstimmen, daß wir irgendwelche Anträge, die gegen ein Mitglied des Hauses aus unserem Kreise gerichtet sind, nicht diskutieren können. Wir sind doch von der Militärregierung bestellt, jeder einzelne von uns, so daß es für mich als Vorsitzenden unmöglich

---

handeln, die am 25. 3. 1946 beim GS eingegangen war (Vgl. BA Z 2/1: Brief-Tagebuch, lfd. Nr. 38).

150 Vgl. die Sitz. des EA vom 30. 4. 1946 (PA 1/154).

151 Korrekt: Wirtschaftsrat.

152 Vgl. o. Anm. 117.

153 Vgl. o. S. 129 f.

ist, einen solchen Antrag zur Diskussion zu stellen. Wenn Sie das wünschen, muß ich es Ihnen überlassen, sich unmittelbar an die Militärregierung zu wenden.

Den Vorschlag von Herrn Dr. *Degkwitz* würden wir am besten im Wohlfahrtsausschuß beraten.[154] Ich bitte da um Ihre Entscheidung. – Damit sind Sie einverstanden.

Damit haben wir das gesamte Problem jetzt erledigt. Ich darf nun Herrn Dr. *Agartz* bitten, in der uns noch zur Verfügung stehenden halben Stunde zu berichten und wesentliche Wirtschaftsfragen hier zur Erörterung zu stellen.

Von diesen Fragen ist eine die Freigabe von Kohlen für die Schlüsselindustrien, insbesondere die Bauindustrie. Ich bekam dazu folgende Mitteilung des Verbindungsstabes[155]:

〈1. Die Kontrollkommission hat jetzt ihre Zustimmung zur Erörterung des oben angegebenen Punktes durch den Zonenbeirat erteilt.

2. Sie werden gebeten, Dr. *Lehr*, der die Erörterung dieses Gegenstandes vorschlug[156], mitzuteilen, daß die Gesamtlage der Industrie in den „Spartan-Plan" einbezogen worden ist, der bereits an den deutschen Wirtschaftsrat geleitet wurde. Das Ratsmitglied für Handel und Industrie dürfte daher in der Lage sein, dem Zonenbeirat einen Überblick über den „Spartan-Plan" zu geben, wenn dies für notwendig erachtet wird.〉

Herr Dr. *Agartz* hat die Liebenswürdigkeit, uns in großen Zügen zu berichten und den speziellen Vorschlag für die Bauindustrie in einigen Worten nur zu erläutern, so daß wir damit nur wenige Minuten verlieren. Wir begrüßen es in diesem Gremium durchaus, daß ein gedrängter Gesamtübersichtsplan über die Wirtschaft von Vierteljahr zu Vierteljahr aus Ihrem Kreise diskutiert wird. Ich habe aber aus den Kreisen meiner Mitarbeiter gehört, daß Sie es trotzdem begrüßen würden, wenn solche Spezialfragen von unserer Seite als Anregung gegeben würden.

Ich bitte nun Herrn Dr. *Agartz*, das Wort zu nehmen.[157]

Agartz: Es wurde gestern schon der Wunsch geäußert, daß über diesen Spartaplan eine kurze Aufklärung gegeben werden soll.[158] Wie der Vorsitzende mitteilte, hat er mich gebeten, diesem Wunsche nachzukommen.

Nach der Konstituierung des Wirtschaftsrates in Minden wurde uns von der britischen Militärregierung ein Produktionsplan überreicht, der diesen Namen „Spartaplan" von englischer Seite erhalten hat.

---

154 Vgl. o. mit Anm. 141. Zum Bericht *Degkwitz'* in der 3. Sitz. vgl. Dok. III.3 mit Anm. 55–61.

155 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß PA 1/65: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 26. 3. 1946.

156 Vgl. o. mit Anm. 28.

157 Vgl. hierzu o. Anm. 31.

158 Vgl. o. mit Anm. 29; zum Sparta-Plan vgl. Drexler/Krumbein/Stratmann sowie Frowein, S. 52 und S. 70. Sparta-Plan ist die dt. Kurzbezeichnung für den brit. „Spartan Plan for industrial production" vom 1. 3. 1946, der sich im wesentlichen auf die dt. Kohlenförderung bezog. Dt. Fassungen sind überliefert in: HStAD NW 53/257, fol. 16–22; StAB 3-B.10. d. Nr. 100/6: Sparta-Programm für Industrie-Produktion, April/Juni 1946.

Es handelt sich um einen Produktionsplan, den wir vom Generalsekretariat des Wirtschaftsrates außerordentlich lebhaft begrüßt haben wegen der grundsätzlichen Haltung, die von englischer Seite in diesem Plane zum Ausdruck kommt.

Der Plan gibt uns zum ersten Male die Ziffern bekannt, die als Auflage für die Kohlenausfuhr festgelegt worden sind, Kohlenausfuhr sowohl in Reparationen, wie in echten Exporten, wie auch die Ausfuhrzahlen für die übrigen Zonen. Darüber hinaus enthält der Plan weiterhin die Kohlenziffern, die benötigt werden für die Versorgung mit Gas und Elektrizität, für die Inbetriebnahme und Inbetriebhaltung der Reichsbahn, der Krankenhäuser und einiger lebensnotwendiger öffentlicher Einrichtungen.

Wenn diese von englischer Seite festgesetzten Ziffern von dem Förderungssoll abgesetzt werden, dann erhalten wir die Kohlenmenge, die für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für die Industrie zur Verfügung stehen.

Die Ziffern, die im Spartaplan festgelegt sind, sind für einen Teil der eben angegebenen Einzelverbrauchergruppen grundsätzlich festgelegt, für einige andere Ziffern, soweit der Export in Frage kommt, sind sie schwankend.

Im allgemeinen gibt dieser Plan die Möglichkeit, insbesondere für unsere Arbeit, an die Frage heranzugehen, in welchem Ausmaße und nach welchen Dringlichkeitsstufen wir in der Lage sind, zu der Wiederingangsetzung der Wirtschaft Stellung zu nehmen. Die Regelung des Spartaplanes ist so gedacht:

Für die Monate April, Mai und Juni sind diese Ziffern von englischer Seite aus festgesetzt worden, und sie kommen auch insofern der grundsätzlichen Auffassung deutscher Stellen nahe, als die zu berücksichtigenden Industrien in erster Linie die Grundstoffindustrien sind. An erster Stelle bezüglich der Dringlichkeit rangiert selbstverständlich die Lebensmittelindustrie. Es ist nun so gedacht, daß für die nächstfolgenden drei Monate ein neuer Plan aufgestellt wird, der gemeinsam von englischer Seite und vom deutschen Wirtschaftsrat beraten wird. Wir haben aber die Zustimmung gefunden, diesen Plan den Länderchefs und den Industrie- und Handelskammern zur Verfügung zu stellen, damit wir von dem Zentralreferat Wirtschaft der einzelnen Regierungen und von den Industrie- und Handelskammern die erforderlichen Anregungen bekommen, die wir für die gemeinsame Beratung mit der britischen Militärregierung auszuwerten in der Lage sind.

Vom folgenden Vierteljahr ab wird die Planung restlos in die deutschen Hände übergehen. Das scheint mir die positivste Seite des Planes überhaupt zu sein, daß damit praktisch die Permit-Erteilung und die Wiederingangsetzung der Wirtschaft nach den Erkenntnissen, die wir aufgrund der allgemeinen Lage vorfinden, berücksichtigt ist. Wir sind dann weitgehend in der Lage, auch an die Fragen heranzutreten, die Herrn Oberpräsident Dr. *Lehr* besonders interessieren, die er auch in seinem Antrage hier vorbringen wollte.

Ich bin leider gezwungen, zu der Frage des Spartaplanes, nachdem ich ihn in großen Zügen kurz referiert habe, einige Mitteilungen zu machen, die das nicht gerade sehr freundliche Bild unserer heutigen Aussprache, soweit die Ernährung in Frage kommt, vermutlich etwas verdüstern.

Das von englischer Seite aus aufgestellte Programm kann bereits nach den neuesten Ziffern über die Förderungen im Ruhrgebiet nicht mehr innegehalten werden. Es ist vielmehr bereits so, daß, wenn wir von den augenblicklichen Förderungsziffern diese Auflagezahlen, die ich eben aufführte, abziehen, ein Minussaldo verbleibt, so daß für die gesamte Wirtschaft der englischen Zone keine Tonne Kohle mehr zur Verfügung steht.

Es ist selbstverständlich, daß sowohl von englischer wie auch von deutscher Seite aus diese Entwicklung mit außerordentlicher Besorgnis gesehen worden ist und wir seit Tagen in laufenden Beratungen stehen, um die Fragen zu erörtern, die sich aus dieser Entwicklung ergeben haben.

Der Deutsche Wirtschaftsrat hat für den 1., 2. und 3. April nach Düsseldorf eine Tagung einberufen[159], an der außer den Mitgliedern des Wirtschaftsrates und des Generalsekretariats eine größere Anzahl von Sachverständigen und Experten teilnimmt, sowohl Fachleute des Bergbaues, Arbeitgeber, Gewerkschaftsvertreter, die in Frage kommenden Spitzen der Kommunalverbände des Ruhrgebietes und Sachverständige aus den verschiedensten uns zur Verfügung stehenden Instituten und Ämtern.

Der Zweck dieser Tagung soll sein, die generelle Sachlage und die fachlichen Probleme, die den Bergbau heute interessieren, zu behandeln und alle die Probleme zu erörtern, mögen sie auf der Seite der Ernährung, auf der Seite der Arbeiterbeschaffung, auf der Seite der Versorgung mit Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern liegen oder in dem Mangel an Geräten, Werkzeugen usw. Alle diese Fragen sollen eingehend erörtert werden und dann mit der Militärregierung weiter zur Verhandlung kommen.

Es ist unseres Erachtens aber auch notwendig gewesen, über diese rein materiellen sachlichen Fragen hinaus uns auch unmittelbar an die Bergarbeiter selbst zu wenden. Das Generalsekretariat hat nach dieser Richtung hin Schritte unternommen, die Gewerkschaften zu bitten, ihm die Möglichkeit zu geben, unmittelbar mit den Vertrauensmännern des gesamten Ruhrgebietes in einer Zusammenkunft Rücksprache zu nehmen und aus dem Munde der unmittelbar Beteiligten selbst in offener Aussprache zu hören, was den Bergarbeiter selbst bedrückt und was er zu dieser Sachlage zu sagen hat. Es erschien uns notwendig, auch nach dieser Richtung hin den unmittelbar Beteiligten in seinen Sorgen und Nöten selbst mitsprechen zu lassen.

Mit ein Grund für diese letztere Veranstaltung, die jetzt in die Wege geleitet wird[160], war der Eindruck, den wir hatten, daß neben der rein physiologischen Erscheinung, die sich aus der Herabsetzung der Lebensmittelration ergibt, auch in ebenso starkem Umfange eine psychologische Frage mit der Leistung und Förderung des Bergarbeiters verbunden ist, und es ist notwendig, diese psychologische Seite genauestens zu erforschen und kennenzulernen.

Ich bin selbstverständlich bereit, über das Ergebnis dieser unserer Maßnahmen, die ja entscheidend sind für unsere Existenz in den von Dr. *Schlange-Schöningen* vor-

159 Vgl. hierzu Dok. III.3 mit Anm. 6.
160 Es handelt sich um die gleiche Konferenz wie die oben erwähnte.

getragenen Fragen, dem Zonenbeirat zur Verfügung zu stehen, und will gern auf der nächsten Tagung über diese Fragen eingehend berichten, falls dies dem Wunsche der Zonenbeiratsmitglieder entspricht.[161]

Darüber hinaus ist es ebenso selbstverständlich, daß wir vom Wirtschaftsrat Minden immer grundsätzlich zur Verfügung stehen, wenn es die Herren des Zonenbeirates wünschen. Die erforderlichen Auskünfte über die wirtschaftlichen Verhältnisse, mögen sie das ganze Gebiet oder die einzelnen Gruppen betreffen, stehen immer zur Verfügung.

Vorsitzender: Ich darf für die letzten Ausführungen im Namen der Mitglieder dieses Hauses besonders danken. Es ist von besonderer Wichtigkeit, daß diese beiden großen Gremien der britischen Zone gut aufeinander abgestimmt werden. Wir sind sehr aufeinander angewiesen, und ich wäre dankbar, wenn Sie die Güte hätten, auf der nächsten Tagung Anfang Mai ein Referat über die Tagung in Düsseldorf zu halten.

Dann treten wir jetzt in die Mittagspause ein.

(Der Wiederbeginn der Sitzung wird auf 15.30 Uhr festgesetzt.)
Mittagspause: 13.20 Uhr

Mittwoch, 27. März, 15.30 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.35 Uhr.

Vorsitzender: Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich, zwei Dinge zur Sprache bringen zu dürfen. Von der Militärregierung ist folgendes Schreiben vom Verbindungsstab eingegangen[162]:

⟨1. Generalmajor *Templer* wünscht, daß der Zonenbeirat unterrichtet wird über die Erklärung der Militärregierung [...] betreffend die Tapferkeit des Direktors G. *Wagner* der Essener Steinkohlengewerkschaft A. G. [!], Essen, während des letzten Unfalls auf der Grube Monopol-Grimberg.

2. Es wird darauf hingewiesen, daß es keine zentrale deutsche Behörde gibt, die eine gebührende Anerkennung für Direktor *Wagners* Handlungen aussprechen kann, jedoch erwägt die britische Kontrollkommission, was in dieser Hinsicht getan werden kann.[163]

3. [...]

---

161 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 5–12.

162 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß PA 1/65: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 25. 3. 1946.

163 Am 20. 2. 1946 hatte sich auf Schacht Grimberg der Zeche Monopol bei Kamen eine Bergwerksexplosion ereignet. Dabei waren mehr als 400 Bergleute ums Leben gekommen, auch drei engl. Offiziere der North German Coal Control, die sich mit dem Zechendirektor gerade auf einer Grubenfahrt befanden. Vgl. hierzu den Bericht der Trade and Industry Division der CCG (BE) in: HStAD NW 53/730, fol. 240–244, sowie insgesamt HStAD NW 22/1260, fol. 112–133. – *Wagner* war Direktor der Essener Steinkohlen-Bergwerks A. G., vgl. etwa Rheinische Post (Düsseldorf), 3. 4. 1946: „Tagung des Zonenbeirates. Dank für die Helfer von Grimberg."

Erklärung der Militärregierung betreffend die Tapferkeit des Direktors G. *Wagner*

„Direktor *Wagner* ist am Sonnabend, den 23. Februar, um 14.30 Uhr, in die Grube Grillo I/II hinabgestiegen, um eine Besichtigung durchzuführen, und er kam am Sonntag, den 24. Februar, um 4.00 Uhr, bei der Grube Grillo III wieder an die Oberfläche. Er hatte sich entschlossen, eine Besichtigung des unteren Stollens durchzuführen; diese Aufgabe konnte jedoch nicht von einem Einzelnen allein ausgeführt werden, und es bereitete ihm große Schwierigkeiten, Freiwillige zu seiner Begleitung bei diesem wirklich waghalsigen Unternehmen zu erhalten. Er erhielt jedoch schließlich drei Freiwillige namens *Brockhaus, Fischer* und *Busse.*

Die Mannschaft ging mit Hilfe eines an einem Seil herabgelassenen Korbes und einer Luftdruckwinde von der ersten zur zweiten Sohle. Es war bekannt, daß der Grubenboden sich bei Schacht 3 gesenkt hatte und daß Gefahr von herabfallenden Mauersteinen und Schutt bestand. Die vier Männer trotzten jedoch den Gefahren und erreichten den unteren Stollen. Einer der Männer wurde auf dem Boden von Schacht 3 beim zweiten Stollen zurückgelassen, während *Wagner* und die übrigen zwei Männer den Stollen besichtigten. Sie fanden zahlreiche Einstürze der Decken und Seiten, die nur ausreichenden Platz zum Kriechen freiließen, und ferner, daß Feuer unter dem Schutt brannten.

Trotz des Rauches erreichten *Wagner* und seine zwei Männer den Eingang der Ladestation, über die hinaus die zwei Männer nicht gehen wollten. *Wagner* ließ jedoch die beiden Männer bei der Abzweigung und ging in die Ladestation. Der ganze Raum brannte, und es war nicht möglich, weiter als bis zur Mitte der Ladestation zu gelangen. *Wagner* und seine zwei Männer kehrten dann zum Boden von Schacht 3 zurück, die ganze Zeit hindurch nach Leichen und etwaigen Überlebenden suchend.

Wagner untersuchte die Umgebung des Schachtbodens sehr sorgfältig, und sein Fleiß wurde belohnt, indem er Rufe von einem Gang in dem Rottgersbank-Stollen hörte, der vom Boden des Schachtgrundes geht. Hier wurden acht Mann lebend angetroffen. *Wagner* und seine Leute transportierten die Überlebenden, einen nach dem anderen, nach dem ersten Stollen mit Hilfe des Brettes und der Winde.

Wagner, nicht zufriedengestellt damit, daß er 8 Mann gerettet hatte, stellte weitere Untersuchungen im Rottgersbank-Stollen an, konnte aber nicht sehr weit gelangen wegen ausgedehnter Brände in der einen und schwerer Einstürze von Decken in der anderen Richtung. Jedenfalls waren alle Männer, von denen man wußte, daß sie noch am Leben waren, geborgen, und *Wagner* betrachtete seine Aufgabe als beendet und kehrte über Grillo III am 24. Februar 1946 um 4.00 Uhr zur Oberfläche zurück.

Sämtliche britischen Offiziere, die mit dem Unglück zu tun hatten, sind der Meinung, daß diese Untersuchung eine äußerst heroische Tat war und daß sie zweifellos, wenn sie in England stattgefunden hätte, mit der Verleihung der Edward Medal belohnt worden wäre.“ ⟩

Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich von dieser Stelle diesen heroischen Männern, an der Spitze dem Grubendirektor, unsere aufrichtige Hochachtung und unsere Glückwünsche zum Erfolg dieser Tat, die neun Menschen das Leben rettete, ausspreche.

Wir wollen der Presse eine Notiz übersenden.[164]

Das Wort hat Herr *Reimann.*

Reimann: Ich möchte in diesem Zusammenhange den Männern den Dank abgestattet wissen, die als Betriebsräte an der Bergung gearbeitet haben. Sie sind die einzelnen Schächte eingefahren und haben auch viel zur Rettung beigetragen.

164 Vgl. Anl. 15.

Henßler: Nicht nur den Betriebsräten, sondern der gesamten Rettungsmannschaft!

Vorsitzender: Ich spreche den gesamten Mannschaften, die bei den Rettungsarbeiten beteiligt waren, unser aller Anerkennung und Hochachtung aus.

Das Wort hat Herr Dr. *Grimme*.

Grimme: Es ist eine prachtvolle Gepflogenheit der preußischen Zentralverwaltung gewesen, daß beim Ableben einer Persönlichkeit von Rang die Teilnahme durch Telegramme oder Nachrufe im Amtsblatt zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich würde es jetzt, wo wir keine Zentralbehörden haben, begrüßen, daß diese Tradition vom Zonenbeirat übernommen wird.

Was mich veranlaßt, mich zu melden, ist ein aktueller Fall. Sie wissen, daß Kardinal Graf *Galen*[165] gestorben ist. Ich würde es begrüßen, wenn wir vom Zonenrat aus an Kardinal Dr. *Frings* in Köln ein Telegramm schickten, das etwa folgenden Wortlaut hat[166]:

> Zum Ableben des Kardinals Graf *Galen*, ⟨dieser wegen ihres allezeit⟩ mannhaften Eintretens für ihre religiöse und nationale Überzeugung im In- und dem gesamten Auslande hochangesehenen Persönlichkeit, spricht Ihnen, Exzellenz, der Zonenbeirat sein warmes Beileid aus ⟨und bittet Sie, auch den Herren Bischöfen diese Anteilnahme⟩ zu übermitteln.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf Ihr Einverständnis zu diesem Telegramm feststellen und danke Ihnen.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. *Adenauer* zur Geschäftsordnung.

Adenauer (zur Geschäftsordnung): Ich nehme das Wort wirklich zur Geschäftsordnung.[167]

Dem § 7 muß ein Absatz 4 zugefügt werden mit folgendem Wortlaut:

> Die Anträge müssen genau formuliert und mit einer Begründung versehen sein.

Dann empfiehlt der Geschäftsordnungsausschuß, eine kleine Änderung vorzunehmen an § 27 Ziffer 8. Es heißt da bisher:

> 8. den Wohlfahrtsausschuß, der auch für Angelegenheiten des Gesundheitswesens und des Flüchtlingswesens zuständig ist.

Damit es nicht aussieht, als ob er nur nebenbei für diese Angelegenheiten zuständig sei, wird vorgeschlagen, zu sagen:

> 8. den Wohlfahrtsausschuß, der vor allem für Angelegenheiten der Fürsorge, des Gesundheitswesens und des Flüchtlingswesens zuständig ist.[168]

Vorsitzender: Sie haben das gehört. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Sie sind mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

---

165 Kardinal Clemens August Graf *Galen* (16. 3. 1878–22. 3. 1946), 1933 Bischof von Münster, 1946 Kardinal.

166 Inserat gemäß Dok. II.4, TOP 28.

167 Vgl. Anl. 7 sowie o. mit Anm. 71.

168 § 27, Pkt. 8 lautet jedoch geringfügig anders, vgl. Anl. 7.

Wir haben uns jetzt noch über die Delegierten des Zonenbeirates für die Länderkonferenz in Stuttgart zu einigen. Das Flugzeug soll am Dienstag, dem 2. April, 11.30 Uhr von Bückeburg abfliegen und nimmt eine Zwischenlandung in M[önchen]-Gladbach vor, damit die Herren, die beim Kohlenausschuß sind und die nach Stuttgart wollen, noch zusteigen können. Das würde Bürgermeister *Petersen* sein.[169]

Herr *Heile* hat erklärt, er führe mit dem Auto.

Genannt sind bisher folgende Herren[170]: Dr. *Adenauer, Steltzer,* Dr. *Schumacher,* Dr. *Lingemann, Kopf,* Dr. *Weisser,* Dr. *Lehr*[171], *Reimann, Petersen,* Dr. *Grimme.*

Da Herr *Heile* mit dem Auto fährt, wäre dessen Platz frei. Ich würde vorschlagen, daß wir den Bremer Bürgermeister und Senatspräsidenten *Kaisen*[172], dem besonders die wirtschaftlichen Beziehungen zu den drei süddeutschen Ländern obliegen, die für Bremen als Schiffahrtsplatz sehr wichtig sind, hinzunehmen.

(Zuruf: Ich fahre mit dem Wagen hin, mein Platz ist auch frei!)

Ich glaube, daß mit 10 Delegierten die Zahl der Delegation reichlich bemessen ist. Wer nicht mitfliegen will, hat Gelegenheit, mit der Bahn zu fahren. Ich würde aber empfehlen, die Delegation über dieses Maß nicht zu vergrößern.

Dann ist noch folgendes zu sagen: Die Herren aus diesem Kreise, die mitfliegen wollen, werden gebeten, ihre genauen Personalien und ihre Adresse auf einen Zettel zu schreiben und mir diesen auszuhändigen und auch, aus Gründen der Vorsicht die Adresse der nächsten Verwandten anzugeben, die im Falle, daß irgend etwas zustoßen sollte, benachrichtigt werden sollen. Ich bitte Sie, sich dadurch nicht abschrecken zu lassen.

Wir kommen dann zur Fortsetzung unserer Verhandlungen und fahren in der Tagesordnung fort.

Wir haben heute morgen noch das Referat von Herrn Dr. *Agartz* entgegengenommen über den Spartaplan.[173] Ich schließe mein eigenes Referat an.

Das Referat vom 21. 2. erstreckte sich in seinen Ausführungen auf die gesamte britische Zone.[174] Es war, wie Sie aus dem Datum ersehen, gehalten worden, als noch

---

169 Laut Dok. II.4, TOP 24: *Lehr und Petersen.*

170 Vgl. o. S. 97 f. Im Vgl. zu den dort Genannten fehlt *Böckler,* während *Kopf* und *Kaisen* nunmehr der Delegation angehörten, die in dieser Zusammensetzung an der Stuttgarter Tagung vom 3. 4. 1946 teilnahm, vgl. AVB 1, S. 422.

171 *Lehr* hatte an der Konferenz ursprünglich gar nicht mehr teilnehmen wollen, da die Länderchefs nur in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des ZB nach Stuttgart fahren konnten. *Kaisen* hatte dieser Haltung widersprochen, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/4: Zusammenarbeit der Chefs der Länder und Provinzen am 26. 3. 1946 in Hamburg [=LChK], abgezeichnet von *Kaisen* und tom *Moehlen,* 17. 4. [1946].

172 Name hs. eingefügt.

173 Hs. korrigiert aus: Zonenbeirat.

174 *Lehr* bezieht sich auf seine Denkschrift zum Thema „Kohle, Bautätigkeit, Wirtschaftsstand in der Nord-Rheinprovinz", die er der brit. MR, North Rhine Region, am 21. 2. 1946 über-

nicht der Spartaplan zur Erwägung stand und infolgedessen noch nicht ein Gesamtplan zur Diskussion stand. Der Gedanke, der mich damals bewog, diese Niederschrift zu machen und mich an die deutschen und britischen Behörden zu wenden, ging von dem verhängnisvollen Kreislauf aus, der im Westen zu beobachten war:

Auf der einen Seite fehlte es an Kohle, und weil es an Kohle fehlte, kam die Baustoffindustrie nicht in Gang, der Bau schritt nicht vorwärts, und weil der Bau nicht vorwärtsschritt, konnten nicht genug Bergarbeiterwohnungen instand gesetzt werden und Bergarbeiterwohnungen neu erstellt werden, wie es nötig war, und weil wir nicht genügend Bergarbeiterwohnungen hatten, fehlte es an dem notwendigen Auftrieb, sich von seiten bergbaufähiger, aber noch berufsfremder Kräfte dem Bergbau zuzuwenden und auch der einheimischen Kräfte. Es war ein verhängnisvoller Zirkel.

Nach Beratungen mit der Militärregierung in Düsseldorf und entsprechenden Beratungen mit der Kohlen-Kontrollkommission in Essen[175] habe ich eine Denkschrift ausgearbeitet.[176] Ich will Sie aber mit Zahlen verschonen und mich kurz fassen und auf vier große Gesichtspunkte beschränken, nicht kleine Einzelbauprogramme in einzelnen Zügen aufwerfen, sondern in großen Zügen die Gesamtlage der Baustoffwirtschaft umreißen.

Es sollen die folgenden außerordentlichen Maßnahmen gesichert werden:

1. die Herstellung von leicht und mittelschwer beschädigtem Wohnraum,
2. der Neubau oder die Wiederaufrichtung von dringend benötigten landwirtschaftlichen Gehöften, und zwar namentlich an solchen Stellen, über die vor Jahresfrist der Krieg mit seiner verheerenden Wirkung im Westen unseres Vaterlandes weggegangen ist, namentlich im Regierungsbezirk Aachen,
3. einfachste Bergarbeiterunterkünfte und Instandsetzung von Bergarbeiterwohnungen, endlich ein weiteres Programm für notdürftige Instandsetzung von Schulen, Ergänzung von Krankenhäusern und dergleichen,
4. die Instandsetzung von Industrieanlagen, vor allen Dingen der Versorgungsindustrie wie Treibstoffwerke, der Verkehrsindustrie (Waggonfabriken), daneben Güterschuppen, Bahnhofsgebäude und dergleichen.

Den letzten Schluß in diesem Programm bilden für das kulturelle Leben nicht nur für das Volk bedeutsame Bauwerke. Ich erinnere an die Instandsetzung des schwerbeschädigten Kölner Doms, des Xantener Doms usw.

Wenn man dieses ganze Programm in großen Zügen zusammenfaßt, läßt sich folgendes sagen:

---

reicht hatte. Ein Exemplar ist überliefert in: HStAD NW 53/312, fol. 350–359. Auch der LChK in Bremen am 1. 3. 1946 hatte *Lehr* diesen Bericht vorgetragen (AVB I, S. 307).

175 Gemeint ist die im Juli 1945 gebildete „North German Coal Control (Group)" (NGCC) mit Sitz in Essen-Heisingen; vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 235 f., Anm. 1. Zu *Lehrs* Beratungen mit Brigadier *Marley* von der NGCC vgl. etwa HStAD NW 53/362, fol. 178 ff.: *Lehr* an *Marley*, 16. 3. 1946; HStAD NW 53/528, fol. 298: MR North Rhine Region an *Lehr*, 23. 2. 1946.

176 Vgl. o. Anm. 174.

Wenn uns aus dem monatlichen Kohlenvorkommen eine feste Quote von 300 000 t Steinkohlen zugeteilt würde, in regelmäßigen Abständen, dann wäre es möglich, auf der Basis der eben zusammengefaßten fünf Punkte nachhaltig im Gebiet der gesamten britischen Zone die Baustoffwirtschaft zu beleben.

Es war davon ausgegangen worden, daß nach der Wiederingangsetzung der Baustoffindustrie sich diese Belebung fortsetzen würde auf alle die Gewerbe- und Wirtschaftszweige, die mit dem Bauen insgesamt zu tun haben.

Die Fragen des Transports und des Arbeitseinsatzes habe ich dabei kurz gestreift, weil wir seit Mitte Dezember die Feststellung gemacht hatten, daß beispielsweise dem Kohlenbergbau schon mehr Transportgelegenheiten gestellt werden können, als der Kohlenbergbau benötigt, und daß wir inzwischen dauernd weitere Fortschritte von seiten der Reichsbahn gemacht hatten, so daß die Gewähr gegeben war, daß der Belebung der Baustoffindustrie durchaus genügend rollendes Material zur Verfügung steht.

Auch bei dem Arbeitseinsatz für reine Bauzwecke würde die Zuteilung von etwa 300 000 t Kohlen monatlich keinerlei Schwierigkeiten bereiten. Die Anlernung und Umschulung von Arbeitskräften für den Bausektor hat sich bereits in einer nennenswerten Vergrößerung des gelernten Arbeiterstandes bemerkbar gemacht, und es kommt noch eine erhebliche Zahl von gelernten Bauarbeitern durch Einwanderung hinzu, auch aus der Rückführung von Kriegsgefangenen, so daß die Arbeitsämter, die in der Rheinprovinz gefragt wurden, keine Bedenken hatten, dem verstärkten Arbeitsprogramm von der Seite des Arbeitseinsatzes ihre Zustimmung zu geben.

Bei diesen eben festgestellten Mengen von Kohlen und den daraus herzustellenden Baustoffen ist berücksichtigt worden, daß auch ein gewisser Teil von Baustoffen aus den Trümmern selbst gewonnen werden kann. Aber dieses Gewinnen von Baustoffen aus den Trümmern hat seine Grenzen, denn gewisse Produkte, die unerläßlich sind, sind aus den Trümmern nicht mehr zu holen. Das ist alles, was Holz bedeutet, dann das Ziegelmaterial, dann vor allen Dingen Glas. Solche Dinge müssen erst hergestellt werden.

Die Nord-Rheinprovinz selbst würde etwa 75 000 t davon benötigen, die gesamte Zone, wie gesagt, 300 000 t. Es ergibt sich zusammenfassend:

Um zu einem bescheidenen Antrieb der Bauwirtschaft zu kommen und damit zur Belebung der gesamten Wirtschaft in den engen Grenzen, wie sie eben aufgeführt wurden, würden wir eine Kohlenzuteilung in diesem Maße benötigen. Das etwa war die Berechnung an dem Tage, an dem ich diese Denkschrift der Besatzung überreichte[177], indem etwa die Ergebnisse von zwei Fördertagen ausreichen würden, um die Baustoffindustrie der gesamten britischen Zone in Gang zu setzen.

Alle diese Berechnungen haben heute einen schweren Stoß erlitten, aber das eine läßt sich rückblickend heute sagen: Es war richtig, von diesen Gesichtspunkten auszugehen und diesen Zahlenvorschlag zu machen, denn wenn wir bereits damals

177 Dies war am 21. 2. 1946 geschehen, vgl. ebd.; zu den genauen Fördermengen vgl. die Hinweise in Anm. 118.

begonnen hätten mit der Absplitterung von etwa 300 000 t Kohlen, wäre der Zustand erreicht worden, den wir heute haben, indem auch die auf der Kohle liegenden Verpflichtungen nicht erfüllt werden können.

Es verlohnt sich daher, bei allen Maßnahmen unserer Wirtschaft von der Kohle auszugehen und an dem Grundsatz festzuhalten, daß die deutsche Wirtschaft von diesem Aufkommen einen Teil bekommt, damit eben das gesamte Programm, das interalliierte und das deutsche Programm, erfüllt werden kann.

Ich möchte mich auf diese Ausführungen beschränken. Es ist jetzt das Wesentliche erreicht, in Minden ist der Gesamtplan aufgestellt, der aber starke Rückschläge erlitten hat, wie Dr. *Agartz* heute morgen andeutete. Ich erinnere an den Satz, den er sagte: Wenn die Förderungen im Ruhrgebiet nicht ansteigen, ist in den nächsten sechs Monaten für den deutschen Wirtschaftssektor überhaupt keine Kohle verfügbar.[178]

Wenn das der Fall ist, können wir uns alle Mühe sparen. Ich hoffe, daß es mit der Verbesserung der Ernährungslage gelingt, einen nachhaltigen Einfluß auf die Kohlenförderung zu erreichen, und dann wäre unsere vordringlichste Aufgabe, bei der Militärregierung das Verständnis und die Einwilligung dafür zu erhalten, daß von dem dann anfallenden Mehr ein fest bestimmtes Quantum zur Verfügung gestellt wird, das uns zur Belebung der Schlüsselindustrien überlassen wird.

Das Wort hat jetzt Herr *Reimann.*

Reimann: Ich knüpfe an die letzten Ausführungen des Vorsitzenden an. Wenn wir die Kohlenproduktion nicht steigern, werden wir nicht in die Lage kommen, die deutsche Industrie in der britischen und in den anderen Zonen irgendwie zu fördern. Es kommt auf das „wie" an, wie diese Dinge gesteigert, wie die Produktion gehoben werden soll.

Ich möchte zur Ernährung nichts mehr sagen, weil wir ja diese Dinge schon behandelt haben. Es kommt jetzt darauf an, daß wir wirklich konkret vorgehen und uns aufschwingen, vom Zonenbeirat der britischen Militärregierung wirklich praktische Vorschläge zu machen.

Im Mai, nach dem Zusammenbruch, hatten wir einen Stand der Kohlenproduktion, der ungefähr nichts war. Wir haben dank der Bergarbeiter – das möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß es ausschließlich Bergarbeiter gewesen sind – mit den Betriebsräten die Produktion gestaltet.

Ich bin nicht der Auffassung, und auch die Gewerkschaften und meine Freunde von der Sozialdemokratischen Partei können nicht der Auffassung sein, daß die Kohlenproduktion durch irgendwelche Beratungen in einem Direktionsstab gesteigert werden kann.

Ich habe in meinen vorigen Ausführungen schon gesagt: Wir müssen dem Volke eine Perspektive geben. Die Menschen, die in einer solchen Situation sitzen, wollen einen Ausweg sehen. Wir haben heute z. B. eine vollkommen andere Situation, als wir sie 1918 gehabt haben. Sie ist mit der damaligen gar nicht zu vergleichen. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, wenn es auch schwerfällt, daß die Arbei-

178 Vgl. o. S. 148 f.

ter, besonders aber die Bergarbeiter, heute die Forderung stellen, bei der Gestaltung der Produktion unmittelbar zugegen zu sein.

Ich weiß, wenn man dies ausspricht, werden einige Herren fragen: Was haben die Arbeiter vor? Die Arbeiter haben weiter nichts anderes vor, als das Geschehen selbst mit in die Hand zu nehmen, um es selbst zu gestalten zu versuchen. Und die Bergarbeiter interessiert ganz besonders die Produktion. Es gibt eine ganze Reihe Vorschläge, die die Bergarbeiter durch ihre Gewerkschaften gemacht haben, wie man die Produktion gestalten soll.

Ich erinnere in diesem Zusammenhange an eine große Betriebsrätekonferenz in Bochum im Beisein der britischen Militärregierung, im Beisein des Regierungspräsidenten von Arnsberg und von Vertretern der Gewerkschaften.[179] Dort auf dieser Kohlenkonferenz in Bochum wurde zu der gesamten Kohlenproduktion Stellung genommen, und die Bergarbeiter haben Vorschläge gemacht, wie man diese Produktion steigern kann. Die Bergarbeiter haben einen sogenannten Produktionsausschuß aus 25 Betriebsräten unter Hinzunahme des Regierungspräsidenten usw. gebildet, und dieser Produktionsausschuß, das hatten die Bergarbeiter vor, sollte jetzt für das gesamte Ruhrgebiet planen helfen. Aber wie so oft, diese Ausschüsse sind gewählt worden, und aus irgendeinem Grunde funktionieren sie nicht. Wenn die Bergarbeiter selbst solche Ausschüsse wählen und diesen Ausschüssen eine solche Grundlage geben, glaube ich, müßten wir alles tun, das zu fördern, und dürfen nicht durch irgendwelche Maßnahmen diese Dinge abdrehen.

Die Bergarbeiter wollen durch ihre Vertreter, die Betriebsräte und die Gewerkschaftsfunktionäre, in den Schachtanlagen auf jedem Schacht mithelfen, die Produktion zu heben. Ich greife da eins heraus:

Die gesamten Vorrichtungsarbeiten bei uns im Ruhrbergbau sind durch den Krieg in große Mitleidenschaft gezogen worden. Durch den Krieg hat man einen Raubbau in den Flözen betrieben: Kohle, Kohle, Kohle! An die Zukunft hat man nicht gedacht, nämlich, daß man neue Flöze erschließen muß, so daß wir heute den Zustand haben, daß die meisten Flöze, die guten Flöze, durch den Krieg abgebaut sind und wir deshalb heute vor einer schwierigen Lage stehen.

Hinzu kommt, daß auch jetzt wieder solche Gedanken sich einschleichen, daß man auf den Schachtanlagen, die gute Flöze haben, jetzt wieder einen solchen Raubbau beginnt und die schlechter gehenden Flöze einfach liegen läßt. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Wir sollten auch hier planen, daß Flöze angebohrt, angeschossen werden, damit wir für die Zukunft möglichst viele Flöze zur Verfügung haben und diese gleichmäßig abbauen. Wir dürfen jetzt nicht nur aus den guten Flözen herausholen, und die schlechten bleiben liegen.

Ich freue mich, wenn in den ersten Tagen des April eine Konferenz im Ruhrbergbau zustandekommt, wie das Herr Dr. *Agartz* angeregt hat[180], wo die Funktionäre des Bergbaues Stellung nehmen sollen. Dann bitte ich aber, daß dieser Ausschuß, der im Bergbau ja schon besteht, belebt wird und daß auf den Schachtanlagen weitere solche Ausschüsse gebildet werden.

---

179 Weder der Zeitpunkt noch das Protokoll einer solchen Konferenz waren zu ermitteln.
180 Vgl. o. mit Anm. 159.

Verfallen wir nicht in den verhängnisvollen Fehler und fangen das Haus, das wir in Deutschland aufbauen müssen, mit dem Dache an, sondern fangen wir unten an, im Betriebe, ob das nun in der Metallindustrie ist oder in der Kohlenindustrie. Die Kohlenindustrie ist unsere Basis.

Gehen wir zu den Bergarbeitern und besprechen wir im Betriebe mit ihnen die Gestaltung der Produktion! Lassen Sie vor allen Dingen den Bergarbeiter an der Gestaltung teilnehmen und diktieren Sie nicht einfach von oben. Denn dann fragt sich der Bergarbeiter mit Recht: Was hat sich denn gegen früher geändert? Wir sind aber der Auffassung, daß sich sehr viel ändern soll, daß wir nach wie vor bei der Gestaltung der Produktion ausgeschlossen sind. Der Bergarbeiter weiß doch am ehesten, wie man eine Kohlenstraße baut, welche neuen Flöze man erschließen muß; das weiß er aufgrund seiner langen Erfahrung.

Ich würde vorschlagen, daß die Bergarbeiter auf ihren Schachtanlagen sich solche Produktionsausschüsse wählen und die Produktion mit planen helfen.

Dann eine andere Sache: das Bauwesen. – Wir kommen jetzt in die Lage, daß unsere Ratsausschüsse in den Städten zu arbeiten beginnen. Dort sind nun Kommissionen zu wählen, die vernünftig planen. Es kann doch nicht so sein, daß Baustoffe zur Herstellung neuer Geschäfte hergegeben werden. Es sprießen da jetzt neue Geschäfte auf: Modesalons, Parfumeriegeschäfte und weiß der Kuckuck was nicht alles, und das wenige Baumaterial, das zur Verfügung steht, wird zu solch lächerlichen Geschäftsreparaturen genommen. Eine Notwendigkeit hierfür liegt nicht vor. Die wenigen Baustoffe, die wir haben, müssen zur Reparatur von Wohnungen zur Verfügung stehen.

Ich habe wirklich nichts dagegen, daß Kirchen repariert werden, die Kirchen sollen repariert werden, aber ich glaube, in allererster Linie wollen wir den Wohnungsbau in Ordnung bringen. Dem Wohnungsbau muß dieses Material zur Verfügung stehen, und wir müssen dem Schiebertum entgegentreten. Die Regierungspräsidenten werden mir recht geben: Der Geschäftsmann, der irgend etwas Ware hat, geht zu irgendeinem Bauunternehmer, gibt ihm Lebensmittel und bekommt dafür die Baustoffe und auch die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, um sich solche Dinge reparieren zu lassen wie diese Geschäfte, und unsere Wohnungen kommen ins Hintertreffen.

Deshalb glaube ich, sollte man vorschlagen, das sämtliche zur Verfügung stehende Baumaterial zu beschlagnahmen und dem Wohnungsbau zuzuführen. Denn das ist das Traurige: Wieviel tausend Menschen im Ruhrgebiet leben in den Trümmern, im Keller. Essen ist die reichstbevölkerte Stadt. Wenn man sie sieht, fragt man sich: Wo wohnen diese Menschen eigentlich? Und wenn man nachschaut, stellt man fest: im Keller, im Geröll. Und auf der anderen Seite, gehen Sie auf den Straßen spazieren, dann sehen Sie, wie dort Geschäftshäuser entstehen. Das ist nicht nötig.

Ich möchte bitten, daß wir der britischen Militärregierung vorschlagen, alles zur Verfügung stehende Baumaterial zu beschlagnahmen.

(Zuruf: Das ist schon beschlagnahmt!)[181]

Das wird ja nicht durchgeführt. Es wird etwas angeordnet, herausgegeben, aber bitte, gehen Sie einmal hin und kontrollieren Sie. Es ist dort ein Schiebertum am Werk, das sich um die Anordnungen einfach nicht kümmert. Wir dürfen deshalb auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken, wenn solche Gesetze überschritten werden, damit der Wohnungsbau auch wirklich anläuft.

Vorsitzender: Wir werden das Ergebnis der Aussprache dem Wirtschaftsrat[182] in Minden zuleiten. Ich werde auch auf die Gesichtspunkte, die Herr *Reimann* vorgetragen hat, aufmerksam machen. Ich darf aber betonen, daß in den einzelnen Städten scharf darauf gesehen wird, daß ohne baupolizeiliche Genehmigung nichts durchgeführt wird und der, der ertappt wird, in schwere Ungelegenheiten kommt.

(Zuruf: Die Strafen sind lächerlich!)

Everling: Es nützt nichts, wenn Sie eine Sache herausnehmen. Wir müssen einen Plan vorlegen, wie auf der ganzen Linie von oben bis unten gearbeitet werden soll. Einzelmaßnahmen führen zu nichts. Alle diese Maßnahmen sind verfrüht. Wir müssen Vorschläge machen, wie gewirtschaftet werden soll. Wir haben keine Planwirtschaft, wir müssen aber planen von oben nach unten, oder von unten nach oben. Wir müssen einen Plan haben, der die Produkte von A bis Z erfaßt, und wir müssen uns auf die Hosen setzen, einen solchen Plan auszuarbeiten.

Schlebusch: Ich gebe zu, daß in der Frage der Lenkung der Baustoffe in der Vergangenheit mindestens Fehler vorgekommen sind, daß geschäftstüchtige Leute mit gewissen Beziehungen zunächst mehr Baustoffe bekommen haben, als ihren Bedürfnissen entsprach. Diese Zeit ist aber überwunden, und wo sie nicht überwunden ist, muß man den Leuten auf die Finger schauen. Mit Wirkung vom 1. April wird aufgrund der Verordnung der Militärregierung bei den maßgebenden Dienststellen der genaue Verteilungsplan aller erfaßten Baustoffe, die vorhanden sind, und aller anfallenden neuen Baustoffe nach gewissen Gesichtspunkten bearbeitet werden.[183]

Als vordringlich sieht dieser Plan vor: die Bereitstellung aller dieser Mittel für den Wohnungsbau. Die Abteilung Wohnungsbau steht an erster Stelle in der Bereitstellung dieser Stoffe.

Dann kommen die notwendigen Industriebauten, die in Gang gesetzt werden müssen für die Erhaltung und Bereitstellung aller Bedürfnisse, wie sie heute morgen schon zur Sprache kamen.

---

181 Vgl. u. mit Anm. 183.

182 Hs. korrigiert aus: Wirtschaftsausschuß.

183 Vgl. hierzu PRO FO 1051/728: Housing Directive N° 6 vom 5. 2. 1946: Building and Civil Engineering work in Germany – Civil Housing Programme. Die Direktive klassifizierte die vom 1. 4. bis 30. 9. 1946 zu reparierenden Gebäude nach ihrem Zerstörungsgrad und legte eine entsprechende Dringlichkeitsskala der Instandsetzung fest.

An dritter Stelle kommen die Kulturbauten, und auch die Frage, die Herr *Reimann* angeschnitten hat, ist geregelt. Ich nehme an, daß überall die Verfügungen heraus sind, daß bei der kleinsten Überschreitung dieser Dinge die Menschen erfaßt werden, die auf schieberischem Wege Baustoffe und Mittel zur Errichtung von Läden, zum Ausbau von Läden oder Neubau erschleichen. Hierauf steht im kleinsten Falle bereits eine Geldstrafe von 10 000 RM.

Es ist die Aufgabe der breiten Schicht der Bevölkerung, uns ihre Beobachtungen mitzuteilen und bei der Namhaftmachung dieser Menschen uns behilflich zu sein. Das Schlimmste ist vorbei. Ich habe begründete Hoffnung, soweit wir von Braunschweig aus die Dinge sehen, daß hier auf dem Bausektor etwas geschehen wird, auch im Häuserbau. Die Baumittel sind seit Monaten angefahren, stehen bereit und werden eingesetzt, sobald der 1. April vorüber ist.

Henßler: Ich unterstütze auch meinerseits die von Herrn *Reimann* gegebene Anregung, daß man die Gewerkschaften bei der Frage der Steigerung der Kohlenproduktion unbedingt hört und die Anregungen beachtet, die von ihnen gegeben werden. Ich halte das für dringend notwendig.

Zu der Frage der Baustoffe bin ich über die optimistische Erklärung des Herrn Dr. *Lehr* erstaunt, daß bezüglich der Nord-Rheinprovinz die Arbeiterfrage verhältnismäßig leicht zu lösen wäre.

Vom westfälischen Industriegebiet, besonders aber von Dortmund, muß ich sagen, daß uns diese Frage im Augenblick noch am meisten Kopfschmerzen verursacht. Es ist von unserem Dezernenten in Dortmund jetzt wieder betont worden, daß unbedingt Wert darauf gelegt werden müsse, daß diese schwer angeschlagene Industriestadt Bauarbeiter aus den ländlichen Gebieten bekommt. Augenblicklich ist es gerade umgekehrt, daß die Bauarbeiter in die ländlichen Gebiete abgezogen werden und wir nicht einmal einen Stamm von Bauarbeitern haben, wie wir ihn in normalen Zeiten gehabt haben.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir in diesem Jahre mindestens soweit kommen müßten, die Häuser, die ausgebrannt sind, und die, wo die Grundmauern brauchbar sind, abzudecken. Wenn diese Häuser noch einmal ein Jahr und noch einen Winter unabgedeckt stehen werden, wird man sie als Ruinen betrachten müssen. Es gehen dann ungeheure Bauwerte verloren, und vor allen Dingen ist die Gelegenheit versäumt, mit relativ geringem Aufwand neue Wohnungen zu schaffen.

Deshalb ist auch die Verteilung der Baustoffe außerordentlich wichtig. Da gilt dasselbe, was wir heute morgen von den Lebensmitteln sagten. Die Baustoffe dürfen nicht durch viele Hände gehen, denn dann versickern sie genau so wie die Lebensmittel. Es muß möglich sein, sie von der Produktionsstätte sofort dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Es müssen die Kommunalverwaltungen als Verteilungsstelle eingeschaltet werden, damit die die Kontrolle haben, daß nur das durchgeführt wird, was als notwendig und dringlich anerkannt wird.

Vorsitzender: Was hier jetzt zur Erörterung steht, ist die Zurverfügungstellung von etwa 300 000 t Kohlen oder ein entsprechendes monatliches Fixum zur Belebung der Baustoffindustrie. Ich bitte Sie, sich möglichst an dieses Thema zu halten. Die Frage der Baustoffwirtschaft sollte heute nicht berührt werden. Das ge-

hört zur Mindener Kompetenz. Aber das Wesentliche, was wir in diesem Gremium betonen, ist, daß wir von dem Aufkommen der deutschen Kohlenproduktion eine bestimmte, fest begrenzte Menge für eine bestimmte Zeit laufend zur Verfügung gestellt bekommen müssen, um damit die Schlüsselindustrie und vor allem die Baustoffindustrie anzukurbeln. Das ist der wesentliche Gedanke, den wir der Militärregierung von dieser Stelle näherbringen wollen.

Spliedt: Noch eine kleine Bemerkung zur Baufrage, was uns ganz außerordentlich auf dem Herzen liegt: Es fehlt uns nicht nur an Baustoffen, sondern vor allem auch an Werkzeugen.

Wir wollen in Hamburg Bauarbeiter umschulen. Wir sind bisher nur in der Lage gewesen, 1 802 Mann umzuschulen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Werkzeug fehlt. Wir haben Abteilungen von 80 Bauarbeitern, die mit ein paar Kellen und acht Wasserwaagen arbeiten müssen, und alle Versuche, bei deutschen Stellen wie auch bei englischen Stellen, Abhilfe zu schaffen, sind gescheitert. Wir müssen aber, wenn wir bauen wollen, dazu kommen, daß wir Werkzeuge kriegen. Die sind mindestens so notwendig wie die Baustoffe. Was da geschehen kann, muß geschehen. Wir brauchen Kellen, Hämmer usw.

Vorsitzender: Dann kommen wir jetzt zum Punkt 8:

Erhaltung des deutschen Waldes

Berichterstatter ist Herr Oberpräsident *Kopf,* dem ich das Wort erteile.

Da der Berichterstatter im Augenblick nicht anwesend ist, nehmen wir den nächsten Punkt,

Punkt 9:

Organisation und Verwaltung

vorweg.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Oberpräsident *Steltzer,* das Wort zu nehmen.

Steltzer: Wir sind uns wohl alle klar darüber, daß es sich hier um ein zentrales Problem von großer Bedeutung handelt, dem gegenüber wir zu einer besonders verantwortlichen Arbeit verpflichtet sind und bei dem unbedingt angestrebt werden muß, daß wir zu einer einheitlichen[184] Stellungnahme kommen.

Es handelt sich hierbei aber meines Erachtens um mehr als um ein reines Verwaltungsproblem, denn die Dinge, zu denen wir Stellung nehmen, berühren überhaupt die endgültige Form unserer politischen Gestaltung, und unsere Stellungnahme bedeutet in gewisser Hinsicht eine Stellungnahme zum Verfassungsproblem als solchem.

---

184 Hs. korrigiert aus: vernünftigen.

Deshalb halte ich es für nötig, dieses Gesamtproblem im Rahmen unserer geschichtlichen Entwicklung zu sehen und nach Formen zu suchen, bei denen es sich nicht nur um irgendwelche theoretischen Konstruktionen handelt, sondern um Formen, die in irgendeiner Weise an unsere geschichtliche und demokratische Tradition anknüpfen, denn eine solche Tradition gibt es.

Ferner wird es nötig sein, auch die große, konkrete augenblickliche Gesamtsituation zu berücksichtigen, denn wir sind uns alle darüber klar, daß es unerwünscht wäre, wenn innerhalb der Zonen nach verschiedenen Gesichtspunkten der Aufbau sich vollziehen würde. Wenn auch nachher unsere endgültige Stellungnahme sich selbstverständlich auf diese konkreten Probleme hier innerhalb der britischen Zone beschränken muß, so scheint mir doch eine allgemeine Festlegung, eine allgemeine Erörterung dieser Grundfragen vorhergehen zu müssen.

Auch die Länderkonferenz[185] hat sich in ihren bisherigen Konferenzen mit dieser Frage doch nur aus einer Teilperspektive beschäftigen können[186], beeinflußt durch die brennenden Fragen, die auf Spezialgebieten sich ergeben haben. Es ist ja so, daß die Dinge uns auf den Nägeln brennen und wir mit brennenden Teilproblemen es täglich zu tun haben. Aber trotzdem kann auf eine Erörterung dieser grundsätzlichen Frage nicht verzichtet werden.

Die Provinzen haben bisher einmal einmütig zu dieser Frage Stellung genommen, indem sie die Beschlüsse oder die Entschließung, die am 6. Februar in Stuttgart gefaßt wurde, einmütig gebilligt haben[187], in der über dieses Problem nur gesagt wurde, es würde für notwendig gehalten, Gebiete, die wirtschaftlich, verkehrsmäßig und stammesmäßig zueinander gehören, in allen vier Zonen zu lebensfähigen Ländern im Rahmen des Reiches zusammenzufassen.

Aber auch diese Entschließung ist mehr ein Stimmungsbild und bedarf noch der grundsätzlichen Erörterung und bedarf auch noch der Herausarbeitung der Konsequenzen. Bei aller Anerkennung der Dringlichkeit der brennenden Einzelfragen scheint es mir daher erforderlich zu sein, zunächst doch eine Übereinstimmung in den Grundfragen herbeizuführen.

Hierfür die erforderlichen Vorbereitungen zu schaffen, war bei der Kürze der Zeit nicht möglich. Ich möchte daher vorschlagen, daß dieser ganze Komplex dem heute neu gewählten Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen wird. Aufgabe dieses Ausschusses würde dann sein, die Grundfragen zu prüfen und zu praktischen Vorschlägen zu kommen.

Die Vorlage, die Ihnen hier gemacht ist, versucht, dieses zu formulieren.[188] Ich persönlich lege auf die Formulierung keinen besonderen entscheidenden Wert,

---

185 Hs. korrigiert aus: Geschäftsstelle in Minden.

186 Am 26. 3. 1946 hatte *Steltzer* auf der LChK in Hamburg grundsätzlich über diese Frage referiert, vgl. StAB, wie o. Anm. 171.

187 Zur Konferenz der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone mit den Oberpräsidenten *Kopf* und Dr. *Lehr* in Stuttgart am 6. 2. 1946 vgl. AVB 1, S. 274–289, bes. S. 284 f.; der Bericht *Kopfs* und *Lehrs* wurde von den Chefs der Länder und Provinzen der brit. Zone auf ihrer gemeinsamen Konferenz mit den Chefs der Länderregierungen der US-Zone in Bremen am 28. 2./1. 3. 1946 diskutiert und gebilligt, vgl. a. a. O., S. 290–300, bes. S. 299.

188 Vgl. Anl. 10.

aber es war bei der Vorbereitung der Tagung nötig, in Verbindung mit dem Verbindungsstabe diese Dinge speziell zu formulieren, und in Zusammenhang damit hat die Vorlage noch eine gewisse Änderung bekommen.[189]

Mein Antrag würde daher jetzt lauten, daß diese ganze Frage dem Rechts- und Verfassungsausschusse zu überweisen wäre, dessen Aufgabe es sein würde, zu prüfen, wie die Verwaltung innerhalb der britischen Zone am besten organisiert werden kann, wobei die in den Potsdamer Beschlüssen niedergelegten Richtlinien zugrundegelegt werden müßten.

Im einzelnen soll der Ausschuß folgende Probleme behandeln[190]:

a) Wie bisher vorgeschlagen: Dezentralisation der Verwaltung durch Abgabe von Verwaltungsfunktionen an die mittlere und untere Stufe der Verwaltung,
b) ⟨Stellung der sogenannten Reichssonderverwaltungen in der Mittel- und Unterstufe bei Durchführung der Dezentralisierung gemäß a),⟩
c) Anpassung der territorialen Gliederung ⟨des verbliebenen Reichsgebietes an die Neuregelung gemäß a) und b)⟩.

Der letzte Zusatz erfolgte auf Wunsch der britischen Militärregierung.

Vorsitzender: Gestatten Sie mir, zu diesem Referat ein kurzes Korreferat zu halten. Es ist im Augenblick sehr wichtig, zu wissen, wie auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse die dort gefaßten Grundgedanken der Einheitlichkeit des Deutschen Reiches von einer Zentralverwaltung durchgeführt werden können. Aber es besteht noch ein zweites Problem, und das ist aus der Praxis zu umreißen.

Die britische Militärregierung ist von zwei wesentlichen Prinzipien geleitet, nach denen sie die deutsche Verwaltung neu ordnet. Das erste ist das Prinzip der Dezentralisation. Sie wissen, daß von unten nach oben aufgebaut wird und daß in der Gemeindestufe nach englischem Muster ein neues Gemeinde- und Städterecht entsteht.[191]

Sie wissen, daß aber auch ein zweiter Grundgedanke in der Durchführung begriffen ist: Das ist neben dem Grundsatze der Dezentralisation[192] der Grundgedanke der Zentralisation, und zwar nimmt man aus der Zuständigkeit der Kreise, Länder und Provinzen eine Reihe von Gebieten heraus, die man von oben nach unten, streng zentralisiert, selbständig nebeneinander stehend, ordnet.

---

189 *Steltzer* bezieht sich auf ein Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 25. 3. 1946 (vgl. PA 1/65). Die KK verzichtete auf eine eigene zusätzliche Vorlage und beschränkte sich auf eine erweiternde Korrektur der Eingabe *Steltzers*.

190 Die folgenden Inserate gemäß Anl. 10. – Zum Bericht des RVA vgl. Dok. III.3 mit Anm. 85–92.

191 Vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 127–149; VO Nr. 21 vom 1. 4. 1946: Abänderung der deutschen Gemeindeordnung; siehe auch Anl. 133; vgl. ferner Rudzio, bes. S. 50–56.

192 *Lehr* stützte sich bei seinen folgenden Ausführungen auf die Denkschrift „Memorandum über Organisation und Dezentralisation der Verwaltung", die er mit Schreiben vom 4. 4. 1946 auch an Brigadier J. A. *Barraclough* von der MR North Rhine Region sandte, vgl. HStAD NW 53/528, fol. 377 f. [Anschreiben] und fol. 393 ff. [Memorandum]. – Auf der LChK am 26. 3. 1946 hatte *Lehr* bereits über die Abgrenzung von Sonderverwaltungen und Selbstverwaltung gesprochen, vgl. StAB, wie o. Anm. 171.

Nach dem Zusammenbruch waren die Länder und Provinzen die Mädchen für alles. Sie handelten anstelle des weggefallenen Reiches, des weggefallenen Landes Preußen bzw. sonstiger Landesregierungen, und sie waren endlich ein Doppeltes: Sie waren die Mittelinstanzen der allgemeinen Staatsverwaltung und zugleich die Provinzial- bzw. Landesselbstverwaltung.

Nun hängt aber die Güte einer Verwaltung davon ab, wie die Prinzipien der Zentralisation und der Dezentralisation zueinander ausgeglichen sind. Sie wissen, daß wir bisher aus alter Überlieferung in der provinziellen und überörtlichen Instanz eine Reihe von Gebieten zu betreuen hatten, die dort fest beheimatet sind: die Kulturpflege, die Heimatpflege, die Museumspflege, die Gesundheitspflege, die öffentliche Fürsorge, die Jugendwohlfahrt, das Straßenwesen, die Förderung der Landwirtschaft, der Landeskultur, von Handel und Gewerbe, Wohnen und Siedeln, Energieversorgung, Planungswesen, Versicherungswesen. Das sind alles festbeheimatete Gebiete in der Mittelstufe und in der Selbstverwaltungsstufe.

Es würde die Entfaltungsmöglichkeit der deutschen Landschaft wesentlich beeinträchtigen und den Wiederaufbau auch ernstlich gefährden, wenn man diesen sinnvoll erweiterten Wirkungskreis regionaler Verwaltung aufspalten würde. Es wäre als Fehlentwicklung zu bezeichnen, wenn man aus dem Rahmen der Zusammenhänge zugehörige Teile wie etwa das Straßenwesen, das Wohnungs- und Siedlungswesen, das Planungswesen, die Landeskultur usw. herausschneiden oder die in langer Zusammenarbeit gefestigte Verbindung mit der regionalen Wirtschaft und Landwirtschaft aufgeben wollte. Wir sind aber im Begriffe, einen solchen Fehler zu machen.

Ich will einmal ein Beispiel herausgreifen, ein charakteristisches Beispiel: Das Bauwesen hatten wir bisher unter einheitlicher Leitung in drei Gruppen eingeteilt. Nunmehr soll unter Wegfall der einheitlichen Oberleitung eine Zerreißung des Bauwesens in zwei große voneinander getrennte Gebiete erfolgen, und zwar auf der einen Seite die Bauwirtschaft, auf der anderen Seite die Planung und Organisation. Es würde eine verhängnisvolle Fehlerquelle entstehen; denn wenn man nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten baut, so kann das etwas ganz anderes sein, als wenn man nach sozialen Gesichtspunkten baut. Planung und Bauwirtschaft soll man nicht auseinanderreißen; das gehört in eine und dieselbe Hand.

Damit steht nicht in Widerspruch die Anerkennung des Standpunktes, daß das, was überörtlich geregelt werden muß, auch überörtlich geregelt wird. Es ist dies ganz selbstverständlich bei Post, Telegraph, Eisenbahn. Von diesen Gebieten ist nicht zu reden. Das ist selbstverständlich, und es gibt auch eine Reihe Gebiete, bei denen wir eine Sonderverwaltung als richtig und organisch betrachten. Aber der maßgebende Gesichtspunkt muß sein, daß man diese Sonderverwaltungen, die im Bereiche zentraler Aufsichtsbehörden nunmehr selbständig und unabhängig voneinander verwaltet werden, wieder in der Mittelstufe beheimatet. Das kann man machen, ohne den Gesichtspunkt der Zentralisation aufzugeben, indem man, wie es bisher auch schon ein bewährter Grundsatz war, die Mittelinstanz, die Länder- oder Regierungschefs, als staatliche Aufsichtsorgane beauftragt, die Durchführung der zentralen Maßnahmen den regionalen Bedürfnissen anzupassen. Es muß die regionale Stelle vor allen Dingen das Recht haben, von diesen zentral geleiteten Sonderverwaltungen die erforderlichen Auskünfte zu verlangen über die zentralen

Maßnahmen. Die Sonderverwaltungen haben Berichte an die maßgebenden Stellen zu geben, und bei Gefahr im Verzuge müssen diese auch selbst eingreifen können.

Diese schwerwiegenden Gesichtspunkte werden im Augenblick bei der Neuordnung unserer Verwaltung nicht in genügendem Maße berücksichtigt, und es ist unsere Pflicht, in dem Augenblick, in dem wir vor der ganz schweren Aufgabe des Wiederaufbaues der Ernährung stehen, dafür zu sorgen, daß nicht durch neue organisatorische Maßnahmen diese Aufgaben noch erschwert werden.

Ich bitte Sie, auch einmal zu bedenken, daß in allen bisherigen Anweisungen an die dezentralisierte Gemeindeverwaltung das Wort „Kommunalaufsicht" nicht mehr enthalten ist. Das ist aber im Augenblick besonders notwendig, in dem beispielsweise in der Nord-Rheinprovinz die Gemeinden vor einem Fehlbetrag ihrer Haushalte von rund einer Milliarde stehen. Das muß irgendwie zentral gesteuert werden, das kann man nicht mehr der örtlichen Selbstverwaltung überlassen. Auch die großen Probleme des Wiederaufbaues dürfen nicht verzettelt, sondern müssen zentral gesteuert werden.

Ich wollte diese Ausführungen ergänzend zum Referat von Herrn Oberpräsident *Steltzer* geben mit der Bitte, auch diese Ausführungen im Ausschuß mitzuberaten und zu erörtern.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann darf ich feststellen, daß das Material aus diesen beiden Anregungen dem Ausschuß überwiesen wird. Wenn bei Ihnen der Wunsch bestehen sollte, über diese Ausführungen etwas Schriftliches zu bekommen, so habe ich davon noch einige Exemplare.

Ich würde diese den einzelnen Gruppen zuleiten, soweit ich noch Exemplare an der Hand habe. Ich bin aber bereit, wenn ich nach Hause komme, für sämtliche Teilnehmer ein Exemplar noch zur Verfügung zu stellen. Ich darf dann noch feststellen, wieviel Exemplare benötigt werden.

(Geschieht.)

Ich darf Sie zu dieser Denkschrift noch unterrichten. Sie bekommen jeder zwei Denkschriften[193], die beide in demselben Geiste abgefaßt sind, die aber von zwei verschiedenen Referenten nach gemeinsamer Unterhaltung gemacht sind und die sich in kleinen Nuancen voneinander unterscheiden. Aber gerade deshalb gebe ich Ihnen beide, damit Sie nach diesen kleinen Unterschieden abwägen können. Es ist eine sehr schwierige Materie. Gerade die Verschiedenheit der Auffassungen sollten Sie erfahren. Ich werde es so machen, daß die einzelnen Gruppen möglichst einige Exemplare bekommen und daß ich nachher die fehlenden ermittle. Dann können aber die einzelnen Exemplare schon in dem betreffenden Kreise zirkulieren.

---

193 Vgl. o. Anm. 192 sowie eine zweite Fassung in: HStAH Nds. Z 50/77 c: Neuaufbau der Verwaltung [o. D., o. Verfasserangabe], hs. Zusatz: Memorandum der Rheinprovinz; eine weitere Überlieferung unter dem Titel: „Vorschlag für eine Resolution der Oberpräsidenten und Länderchefs über die Organisation und Dezentralisation der Verwaltung" in: StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I.

Kann ich nun Vorschläge bekommen, wann der Rechts- und Verfassungsausschuß über diese wichtige Materie tagen soll? Für die nächste Tagung des Zonenbeirates schlage ich Anfang Mai vor, und zwar den 7. Mai nachmittags 4 Uhr.

Schumacher: Es wird der Vorschlag gemacht, den 2. und 3. Mai zu nehmen, um 4 Uhr nachmittags. Dann würde die Vorbesprechung am 1. Mai sein.

Adenauer: Der Rechts- und Verfassungsausschuß wird aber mit einer Sitzung nicht fertig.

Vorsitzender: Wie wäre es, wenn wir den 29. und 30. April für die Ausschußsitzungen und dann den 3. und 4. Mai für diese Tagung festlegten?

(Zuruf: 2. und 3. Mai!)

Dann würden wir für die Ausschüsse den 29. und 30. April und für das Plenum Donnerstag, den 2. und Freitag, den 3. Mai nehmen. Wir würden jedesmal die Sitzungen um 4 Uhr nachmittags beginnen. Der Ernährungsausschuß würde am Dienstag vormittag 10 Uhr tagen.[194]

Darf ich dann noch bitten, festzustellen, wieviel Exemplare der Denkschriften benötigt werden. – Es werden noch 16 Exemplare benötigt.

Es ist noch ein Platz im Flugzeug frei. Ich frage Herrn Dr. *Grimme,* ob er bereit wäre, mitzufliegen.

(Zustimmung)

Petersen: Dann könnte das Flugzeug Sie und mich am 2. April in M[önchen]-Gladbach abholen. Das würde sehr gut passen.

(Es wird noch festgesetzt, daß der Wohlfahrtsausschuß am 29. April, 16 Uhr tagt.)

Nun erteile ich Herrn Oberpräsident *Kopf* das Wort zu Punkt 8:

Erhaltung des deutschen Waldes

Kopf: Das eigentliche Referat über die Erhaltung des deutschen Waldes kann aus den gestern von Herrn Generalsekretär Dr. *Weisser* vorgetragenen Gründen nicht gehalten werden.[195] Ich möchte daher nur ganz kurz auf dieses Problem eingehen.

Der Holzvorrat in Nordwestdeutschland war von jeher sehr klein. Aber von 1934 bis 1945 wurde bereits ein Fünftel des gesamten Vorrats, ein Drittel aller nutzbaren Hölzer, gehauen. Der heutige Grubenholzeinschlag ist viermal so groß wie der normale mit 2,4 Millionen Festmetern und der Brennholzeinschlag mit 8 Millionen Festmetern achtmal so groß wie der normale Einschlag.

194 Zur genauen Zeitplanung der dritten Sitzungsperiode vgl. StAH Senatskanzlei II, 000.23–3: 3. Sitz., 15: Zeitfolge.

195 Vgl. o. mit Anm. 27.

Fast die Hälfte des Brennholzes und des Grubenholzes sind Nutzhölzer, die für viel bessere Zwecke verwendet werden müßten. Auch der Stammholzeinschlag geht weit über die Leistungsfähigkeit des deutschen Waldes hinaus. Bei Fortsetzung der heutigen Einschläge werden in einigen Jahren alle einigermaßen hiebreifen Bestände verschwunden sein, bei einem verstärkten Einschlage tritt dieser Zustand[196] schon früher ein.

Daher wird schon nach wenigen Jahren ein völliger Zusammenbruch der Forstwirtschaft und die Zerstörung der Grundlagen einer geregelten Holzwirtschaft eintreten müssen. Wenn weder Grubenholz noch Holz für den Wiederaufbau, für die Holzindustrie oder für die chemische Verarbeitung mehr vorhanden ist, wird zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im nordwestdeutschen Raume eine sehr große Holzeinfuhr nötig und keinerlei Ausfuhr möglich sein.

Die riesigen Kahlschläge schädigen darüber hinaus die Fruchtbarkeit des Waldbodens, vor allem im Heidegebiet, sehr schwer, ebenso auch die Erträge der Landwirtschaft, denn der Wald ist in den küstennahen Gebieten unser bester Windschutz und auch der wichtigste Regler der Wasserwirtschaft, so daß seine Wegnahme die Gefahr von Hochwasser, ebenso aber auch von Dürre, stark erhöht.

Aus diesen Tatsachen ergeben sich meiner Ansicht nach folgende Forderungen:

Ersatz des Brennholzes für Hausbrand durch Kohle, möglichst starke Gewinnung von Torf,
nicht mehr Holzeinschlag als abgefahren werden kann.

Wir haben es gerade in diesem Jahre erlebt, daß in den Wäldern enorme Mengen von Holz liegen, die nicht abgefahren werden können.

Äußerste Sparsamkeit in der Holzverwertung
kein Nutzholz als Brennholz oder Generatorholz verwenden
kein wertvolles Nutzholz als Grubenholz
rasche Wiederaufforstung
Lieferung von Grubenholz ins Ruhrgebiet durch alle Gebiete, die Ruhrkohle beziehen
keine Holzausfuhr, sondern Holzeinfuhr aus der weniger stark mitgenommenen amerikanischen Zone.

Ich bitte, diese Fragen durch einen Sonderausschuß prüfen und durch diesen Vorschläge für die Erhaltung des deutschen Waldes machen zu lassen, die wir dann an die Militärregierung weitergeben müßten.

Vorsitzender: Gestatten Sie mir auch zu diesem Punkte ein kurzes Korreferat.[197]

Die Waldbestände in der Nord-Rheinprovinz sind auch von der unmittelbaren Vernichtung bedroht. Für uns handelt es sich vor allen Dingen um das für den Bergbau lebenswichtige Grubenholz.

---

196 Hs. korrigiert aus: Zeitpunkt.

197 Zur Vorbereitung seiner Ausführungen hatte *Lehr* sich durch *Janich* am 9. 3. 1946 von der Abt. Landwirtschaft der Nord-Rheinprovinz in Bonn Material erbeten, vgl. HStAD NW 53/256, fol. 79 f. Landforstmeister von *Sachs* sandte die gewünschten Informationen am 18. 3. 1946, vgl. a. a. O., fol. 180 f.– Das Thema war bereits auf der LChK am 26. 3. 1946 behandelt worden, vgl. StAB, wie o. Anm. 171.

Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber ein paar kurze zusammenhängende Zahlen muß ich vortragen. – Der ganze Bestand in unserer Nord-Rheinprovinz an Grubenholz beträgt 6 400 000 Festmeter. Wenn in der bisherigen Weise zu schlagen fortgefahren wird, dann ist in zwei Jahren der gesamte Bestand vernichtet, nämlich der ganze Laub- und Nadelholzbestand von Stämmen von 7 bis 20 cm aufwärts. Dann haben wir nur noch Holz bis 7 cm, und das ist eine Unmöglichkeit.

Wir brauchen für je 100 t Förderung 3 fm. Wenn wir die vorgeschriebene Menge von 70 Millionen t Kohlenförderung, die als Minimum dessen gilt, was zum Wiederaufbau unserer und der europäischen Wirtschaft von uns verlangt wird, schaffen sollen, dann brauchen wir jedes Jahr 2 100 000 fm.[198] Und nun kommt dazu, daß auch unsere ehemaligen feindlichen Nachbarn ihre Anrechte geltend machen. Bisher ist der Einschlag der belgischen und holländischen Stellen noch nicht kontrolliert worden. Wir haben erst in den letzten 14 Tagen einen Einblick erhalten, genaue Feststellungen waren uns aber noch nicht möglich. Aber zugestanden sind, wenn ich mich recht erinnere, an Belgien

600 000 fm im Jahre 1946
450 000 fm im Jahre 1947
450 000 fm im Jahre 1948.

Wenn wir unseren eigenen Bedarf mit 2 100 000 fm zugrundelegen, dazu 600 000 fm für dieses Jahr für Belgien und 100 000 fm für Holland, dann sind das 2,8 Millionen fm. Das würde bedeuten, daß unser ganzer Vorrat in nicht ganz zwei Jahren sich völlig erschöpft, wie ich vorhin schon sagte.

Die Rheinprovinz hatte in ihrer Gesamtheit 260 000 ha Wald, von dem die Hälfte Privatbesitz ist.[199] Er enthält an Derbholz, also mit einem Durchmesser von 7 cm an aufwärts, rund 16 Millionen Laub- und Nadelholz, und darunter [sind] nur 2 Millionen fm Nadelholz über 50 Jahre alt. Es handelt sich für uns Rheinländer um die Frage: Soll der deutsche Wald in der Nord-Rheinprovinz innerhalb [von] zwei Jahren vernichtet werden?

Schlange-Schöningen: Die Erörterung dieser Frage heute ist sehr interessant gewesen. Ich habe dieselbe Frage mit der britischen Militärregierung mehrfach besprochen, denn an sich darf ich in Anspruch nehmen, daß diese Sachen zum landwirtschaftlichen Ressort gehören, und zwar deshalb: Solange es eine Regierung in Deutschland oder früher in Preußen gab, hat die Forstwirtschaft dem landwirtschaftlichen Ressort zugehört. Das ist erst anders geworden, als *Göring* durch seine Jagdpassionen die Waldwirtschaft übernahm und dem unfähigen *Darré* wegnahm und nun loswirtschaftete, im wesentlich mehr aus Jagd- und persönlichen Passionen als der Waldwirtschaft wegen.[200]

198 Hs. korrigiert aus: 2 400 000 fm.

199 Laut NW 53/256, fol. 79 (vgl. o. Anm. 197): Waldfläche der NRP: rd. 267 000 ha, davon rd. 155 000 ha Privatwald, davon 125 000 ha Kleinstbesitz.

200 Die Verselbständigung der Forst- und Jagdverwaltung erfolgte durch die Errichtung des Reichsforstamtes (vgl. RGBl. 1934 I, S. 617: DurchführungsVO vom 12. 7. 1934); per Erlaß vom 12. 7. 1935 (RGBl. 1935 I, S. 1031) wurden dem Reichsforstamt auch die Holzwirtschaft und der Wildbrethandel übertragen.

Ich bin der Meinung, daß es gar nicht anders möglich ist – wie auch die Frage der Bodenreform –, als diese Dinge hier einzubeziehen, denn wie stellen Sie es sich vor, wenn ein Grubenbetrieb verlegt werden soll? Dann muß auch von derselben Stelle über die Waldwirtschaft eine Entscheidung getroffen werden, denn der Wald ist nicht für sich, sondern eingezwängt.

Deshalb würde ich dankbar sein, da ich glaube, daß die britische Militärregierung nach dem, was ich bisher gehört habe, meinen Standpunkt teilt, wenn diese Frage bei dieser Gelegenheit dem landwirtschaftlichen Ausschuß zur Beratung überwiesen würde. Ich bin der Meinung, daß das auch aus Billigkeitsgründen für Westdeutschland nötig ist, das an das landwirtschaftliche Ressort anzugliedern, denn sonst würde eine neue und wahrscheinlich große Behörde entstehen müssen, die wesentlich teurer würde, als wenn sie als Sektion in mein Amt eingegliedert würde, wo sie in verhältnismäßig bescheidenem Rahmen von Sachverständigen manipuliert werden könnte.

Aber noch eine sachliche Bemerkung. Wenn Sie diese Vorschläge, die hier von Herrn Oberpräsident *Kopf* gemacht sind, genau verfolgt haben, so werden Sie feststellen können, daß das einzige Tatsächliche, was wir Deutschen tun können, die Wiederaufforstung ist. In allen anderen Sachen wird uns wohl von den alliierten Regierungen geholfen werden müssen. Das geht sonst über unsere Kraft. Wir sollen und müssen Grubenholz haben, sollen an das Ausland liefern. Das alles kommt zusammen. Daran können wir nichts ändern. Wir können nur dafür sorgen – und das ist allerdings eine eminent forstwirtschaftliche Aufgabe –, daß die Kahlschläge möglichst schnell aufgeforstet werden.

Meine Hauptsorge vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus auf lange Sicht gesehen ist die wirklich große Gefahr der klimatischen Flächenveränderungen. Denn es ist ja nicht so, daß die viel zu starken Einschläge nun über den ganzen Bezirk einigermaßen gleichmäßig verteilt werden, sondern überall dort, wo das Holz günstig steht, wird rücksichtslos geschlagen. Da entstehen riesige Kahlflächen, und auf den Gebieten, wo man nicht so gut herankommen kann, bleibt das Holz stehen.

Es müssen da schnell klimatische Veränderungen eintreten, und es können aus normal beregneten Gebieten Trockengebiete werden. Ich male nicht zu schwarz. Wir könnten einer Situation entgegengehen, wie sie das abgeholzte Spanien Jahr für Jahr hat, das deshalb immer wieder Hungerkatastrophen bekommt, weil nichts mehr wächst, weil das Land versteppt und verödet.

Im übrigen bitte ich, meinem Antrage stattzugeben, diese Angelegenheit dem landwirtschaftlichen Ressort zu überweisen.

Vorsitzender: Ich möchte dazu noch etwas Besonderes sagen: Gerade dieses Beispiel, das wir eben diskutieren, ist ganz hervorragend, um zu erläutern, was ich bei der Verwaltungsreform sagte. Wir wissen, daß das ein Gebiet ist, das zentral angefaßt werden muß. Wir kennen das alte zentralistische preußische Landwirtschaftsministerium[201], aber umgekehrt bitte ich, daran festzuhalten, daß die Domänen

201 Zum Aufbau des preuß. Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vgl. Hb. über den preuß. Staat, 1931, S. 192–218.

und Forsten ja in der ⟨*allg[emeinen] Mittel-*[202]⟩ Instanz der Regierungspräsidenten immer wohl behütet waren.

Ich bitte deshalb, bei Ihren organisatorischen Maßnahmen diesen Gesichtspunkt auch freundlich berücksichtigen zu wollen. – Ich darf dann in der Sache selbst noch etwas sagen.

Ich bitte Sie, bei der Besatzung ein gutes Wort für den deutschen Wald in anderer Beziehung einzulegen. Ich weiß, daß die Möbelindustrie sich jetzt mit erheblichen Aufträgen eindeckt und sich meldet und bei allen möglichen Stellen Berechtigungen zu erwerben sucht. Auch da muß weises Maß gehalten werden mit dem, was zur Verfügung steht. Wir brauchen in erster Linie Holz für den Bergbau, in zweiter Linie zum Bauen, und erst an dritter Stelle kommt das Holz für die Möbelindustrie, und auch da bitte ich Sie, an unseren deutschen Bedarf zu denken.

Ich bitte die Herren von der Militärregierung, das Vorbringen solcher Gesichtspunkte nicht etwa aufzufassen, als wollten wir hier ein Bündel von Klagen vorbringen, aber ich denke, daß es die Pflicht unseres Gremiums und namentlich meine Pflicht als Vorsitzender ist, Ihnen ein getreues Spiegelbild der Not zu Gehör zu bringen, die uns augenblicklich belastet. Diese Fragen der Vernichtung des Waldes, die Einfluß haben auf Klima und Brot, sind so ungeheure Lebensfragen für das künftige Deutschland, daß wir sie anschneiden müssen.

(Schlange-Schöningen: Aber Sie sind der Meinung, mit der Zentralstelle?)

Selbstverständlich.

Kopf: Soweit ich unterrichtet bin, Herr Dr. *Schlange-Schöningen,* sind Sie die Zentralstelle für unseren Regional Food Dienst, die deutsche Zentralstelle.[203] Da wird aber weder Wald- noch Wasserwirtschaft noch Landeskultur bearbeitet, und es würde eine neue Aushöhlung der Stellung der Oberpräsidenten sein, wenn auch diese Aufgaben auf diese Stelle übergehen würden. Ich kann mir denken, daß wir eine Organisation finden werden[204], aber ohne weiteres kann ich mich diesem Vorschlage, daß diese Fragen in den Ausschuß für Ernährung und zu Ihrer Zuständigkeit gehören, nicht anschließen und halte daher meinen Vorschlag aufrecht, die Frage der Erhaltung des deutschen Waldes durch einen Ausschuß, in dem vor allen Dingen Forstwirte sitzen müßten, prüfen zu lassen, eventuell auch durch Anforderung eines Gutachtens durch das Generalsekretariat.

Weisser: Ich darf in diesem Zusammenhange an meine Berichte über die Gespräche mit den Herren des Verbindungsstabes erinnern, soweit sie das Verhältnis der

202 Zusatz hs.

203 Zur Organisation des ZEL sowie seiner Vorläufer „German Interregional Food Allocation Committee" und „Regional Food Office" vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 126 ff. und S. 130–133; auch die bizonale Ernährungsverwaltung schloß die Forst- und Holzwirtschaft zunächst nicht ein. Erst ab 1. 7. 1947 wurde eine solche Abt. in das „Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes" aufgenommen (a. a. O., S. 134–137).

204 Seit dem 21. 11. 1945 bestand bereits ein Deutscher Forst- und Holzwirtschaftsrat als Beratungsorgan der North German Timber Control CCG(BE) (vgl. a. a. O., S. 128 ff.).

Zonenzentralbehörden zum Zonenbeirat betreffen. Diese Formel, die wir für zweckmäßig hielten, lautet:

> Dinge, die reine Ressortangelegenheiten einer Zonenzentralbehörde sind, bleiben dieser Zonenzentralbehörde zur Erledigung in fernerer Zuständigkeit. Dinge hingegen von allgemeiner politischer Bedeutung und Dinge, die über eine Reihe von Zonenzentralbehörden übergreifen oder eine Reihe von mittleren Behörden anderer Art der Zone, gehören an den Zonenbeirat.

Wenn Sie nun diesen Weg ihrer allgemeinen oder übergreifenden Bedeutung hier erörtern werden, so ergibt sich das Bild: Der Zonenbeirat ist ein Berater der Militärregierung als solcher; die Zonenzentralbehörde mit ihren Beiräten sind Beraterinnen der einzelnen Abteilungen der Militärregierung. Wenn die Militärregierung aufgrund eines Antrages aus den Kreisen des Zonenbeirates zu der Ansicht kommt, eine Sache hat allgemeine Bedeutung und sie läßt sie zur Tagesordnung zu, dann bringt die Militärregierung damit automatisch zum Ausdruck, daß auch bei ihr in ihrem Bereiche diese Angelegenheit als eine Angelegenheit der Militärregierung schlechthin und nicht nur der einzelnen Abteilungen der Militärregierung angesehen wird. Wenn sie zugelassen ist, ist sie nicht mehr ganz allein Angelegenheit einer einzelnen Zonenzentralbehörde.

Wenn man diese Formel vernünftig handhabt, weiß ich gerade bei Ihnen, Herr Dr. *Schlange-Schöningen,* daß Sie ja den Wunsch haben, Dinge von überragender allgemeiner oder in Ihrem Sinne übergreifender Bedeutung hier zur Erörterung zu stellen. Sie haben heute morgen ein Beispiel gegeben, wie sehr Sie das wünschen.

Nun ist diese Angelegenheit der Erhaltung des deutschen Waldes sowohl eine Angelegenheit von äußerster allgemeiner politischer Bedeutung für die Zone nicht nur, sondern für das ganze deutsche Volk überhaupt, wie auch eine Angelegenheit von übergreifender Bedeutung für eine Reihe von Behörden der Zone. Ich wurde durch Zuruf an die sozialhygienische Seite des Waldes erinnert. Vorhin wurde die Gefahr der Verkarstung mit ihren charakteristischen Wirkungen auf Industrie und Wirtschaft überhaupt behandelt, wiederum auf die Gesundheit rückwirkend. Die Grubenholzfrage ist für den Bergbau von wesentlichem Interesse, aber auch die Arbeitsbehörden sind hier entscheidend beteiligt. Es ist hier ein klassisches Gebiet für produktive Arbeitslosenfürsorge, und die Aufforstung ist eine Angelegenheit, die unter ähnlichen Gesichtspunkten behandelt werden kann, also überragende politische Bedeutung und übergreifende Bedeutung auf eine Reihe von Behörden.

Nun die andere Frage: Wie verhält sich diese Angelegenheit, vertikal gesehen, zu den Zentralbehörden, zu den Ländern und Provinzen als den künftigen Reichsländern oder den Mittelstufen der Verwaltung? Da ist es nicht nur so, wie Herr Dr. *Lehr* darlegte, daß im Lande Preußen eine Tradition insofern bestand, daß der Regierungspräsident die Domänen und Forsten wohl behütete, sondern darüber hinaus haben die Länder Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Detmold eine eigene Forstverwaltung als wesentlichen Bestandteil ihres Vermögens gehabt[205] und kön-

205 Zur Forstverwaltung in diesen Ländern vgl.: Staatshandbuch Braunschweig 1929, S. 23 ff.; StAW 12 A Neu Fb. 13 Nr. 37616: Handbuch vom Land Braunschweig (1938), S. 10; Staats-

nen gar nicht darauf verzichten, diesen wesentlichen Bestandteil als eine Angelegenheit ihrer Politik zu behandeln.

Es ist ein legitimer Anspruch dieser Mittelstufe, die bei uns als Mittelstufe der Verwaltung, als künftiges Land des Reiches bezeichnet wurde, zur Behandlung dieser Frage vorhanden. Ich glaube, daß alle Zonenzentralbehörden, die hier vertreten sind, den lebhaften Wunsch haben werden, aus sich heraus alle die Dinge zu regeln, die nicht zentral behandelt werden müssen, sondern sich zur Abgabe dieser Funktion an die Mittel- oder Unterstufe eignen. – Auch Gemeinden haben Waldbestände zu hüten und sehr gut behütet – so daß sie auch aus eigener Initiative immer wieder nachdenken: Was kann ich an die Mittel- und Unterstufe abgeben? Hier liegt ein solcher Fall vor, daß in der Tat die drei Stufen an der Angelegenheit interessiert sind. Auch dies spricht dafür, daß die Angelegenheit im Zonenbeirat und in seinen Ausschüssen behandelt wird.

Nun bleibt noch die Frage des Verhältnisses des hier vom Zonenrat bestellten Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Spezialausschuß, der diese Aufgabe bewältigen sollte. Ich glaube, daß da in diesem Punkte keine Prinzipien aufgestellt zu werden brauchen, daß in einem Spezialausschuß, der diese Dinge übernimmt, der Minister als Zentralbehörde auch für Forstfragen zuständig ist, wenn auch nicht der einzige Zuständige für Forstfragen.

(Zuruf)

Er ist es überhaupt nicht, das kann man nicht sagen. Ich wollte von der Ansicht ausgehen, die Herr Dr. *Schlange-Schöningen* erklärt hat, wenn er sagte, daß gewisse zentrale Dinge der Holz- und Waldwirtschaft auch in Zukunft zentral behandelt werden müssen und dies das Ernährungsministerium sei. Der Reichsforstmeister[206] kann nicht fortgesetzt werden, das würde auch nicht der Sinn Ihrer Absicht sein, irgendeine Zentralbehörde einzusetzen. Es gibt nach meiner Meinung zentrale Fragen der Holz- und Waldwirtschaft, die an solcher Stelle, wie sie die des Ministers Dr. *Schlange-Schöningen* ist, behandelt werden müssen.

Wenn man davon ausgeht, ist es ganz klar, daß nicht nur der ständige Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft – in ihm ist Minister Dr. *Schlange-Schöningen* geborenes Mitglied –, sondern auch jeder Spezialausschuß, der sich mit Wald und Forst beschäftigt, dieser Zonenzentralbehörde als Mitglied angehören müßte, so daß ich es für ratsam halte, aus dieser Frage keine Prinzipienfrage zu machen. Und dann meine ich, ist der Antrag *Kopf,* einen Spezialausschuß zu beschäftigen, in der Tat zweckmäßig, denn der Ernährungsausschuß wird sich mit diesen ungeheuer dringenden Ernährungsfragen beschäftigen und wird deshalb diese Waldfragen vernachlässigen müssen, weil er die anderen Dinge in den Vordergrund stellen muß. Außerdem gehören in einen solchen Ausschuß Forstfachleute. Deshalb halte ich es für ratsam, diesen Spezialausschuß zu bilden.

---

handbuch des Freistaates Oldenburg (1928/30), S. 74 f.; Lippischer Dorfkalender (1932) [Anhang: Staatshandbuch], S. III.

206 Eine Übersicht über die der zentralistischen Instanz des Reichsforstmeisters unmittelbar unterstellten Behörden (Stand: 1. 1. 1943), vgl. in BA Z 20/5.

Vorsitzender: Ich wäre dankbar, wenn Sie die Frage beantworteten, ob Sie mit uns der Meinung sind, daß Landeskultur und Domänen und Forsten doch in der *Mittelstufe keine Sonderverwaltung bilden sollen.*[207]

Schlange-Schöningen: Mein einziger Wunsch, den ich zum Ausdruck bringe, ist der, daß hier nicht etwa eine neue Zentralverwaltung entsteht. Ich will zu dem Zustande zurück, wie er früher[208] sehr vernünftig war, wo dies alles in der mittleren Instanz behandelt wurde. Sie werden aber zugeben, es wird schließlich, wenn die Dinge in Deutschland sich mehr klären und ausbauen und aufbauen, auch eine Forstzentrale geben müssen wie früher auch. Ich habe gegen einen Ausschuß nichts einzuwenden und bin der Meinung, daß für die Domänen und Forsten nichts Besseres gemacht werden kann, als wenn der Zustand von früher wieder hergestellt wird.

Vorsitzender: Ich danke für diese Erklärung und stelle fest, daß wir einer Meinung sind.

Ich stelle den Antrag *Kopf* zur Debatte. Wird Widerspruch dagegen erhoben, daß ein Sonderausschuß sich mit der Frage beschäftigt? – Das ist nicht der Fall. Dann kämen wir zu der Zusammensetzung des Sonderausschusses. Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr *Kopf,* und Herr Dr. *Schlange-Schöningen* Mitglied des Ausschusses werden, und bitte, mir als dem Vertreter des gefährdeten Waldes in der Nord-Rheinprovinz einen Sitz zuzuerkennen.

(Zuruf: Ich würde es für richtig halten, wenn die Leute, denen der Wald am nächsten ist und die den stärksten Holzbedarf haben, Südwestfalen und die Rheinprovinz, auch eine Stimme haben. – Wir haben auch noch den ganzen Harz!)

Darf ich noch um Namen bitten.

(Durch Zuruf werden benannt:)

Henßler, Reimann

(Schlebusch: Für den Harz möchte ich einen Oberforstmeister vorschlagen!)

Wir werden auch Forstmeister benennen. – Ich bitte, die Namen der Oberforstmeister aufzugeben.

(Durch Zuruf werden benannt:)

207 Hs. korrigiert aus: mittlere Instanz sind.
208 Gemeint ist: vor 1933.

Hausmann, Hannover[209], Dr. *Borchers,* Braunschweig[210], *Bisping* [!], Westfalen.[211]

Reimann: Würde es nicht möglich sein, daß wir die Ausschußtagung nicht nach Hamburg, sondern mehr zentral verlegen? Wir haben den langen Anmarschweg. Hannover oder Bielefeld würde zentraler liegen.

Vorsitzender: Das ist ein berechtigter Wunsch, gerade für uns, die wir einen so weiten Anmarschweg haben. Aber vielleicht läßt es sich so machen, daß wir für das nächste Mal noch bei dieser Zusammensetzung bleiben, weil wir dann mit den Sitzungen so dicht beieinander liegen, daß wir hier bleiben können.

Kopf: Den Sonderausschuß könnten wir in Hannover oder Pyrmont zusammentreten lassen oder auch in Harzburg oder Detmold.

Vorsitzender: Es sind genannt worden aus unseren Reihen: Dr. *Lehr, Kopf,* Dr. *Schlange-Schöningen, Henßler, Reimann;* aus den Reihen der Forstmeister: *Hausmann,* Hannover, Dr. *Borchers,* Braunschweig, *Bisping* [!], Westfalen. Dieser Ausschuß soll am 26. 4. in Dortmund [!] tagen.[212] – Dann ist auch dieser Punkt erledigt. Herr Dr. *Amelunxen* hat gebeten, ihn noch zum Mitglied dieses Ausschusses zu ernennen.[213] Dann haben wir aus unserem Kreise vier [!] Mitglieder. – Dann kommen wir jetzt zu Punkt 10:

---

209 *Hausmann* war Oberlandforstmeister der Provinz Hannover in Sarstedt, vgl. HStAH Nds. Z 50/81: *Hausmann* an *Kopf,* 30. 7. 1946.

210 *Borchers* war Oberforstmeister des Landes Braunschweig in Braunschweig, vgl. a. a. O.: Einladungsschreiben *Kopfs* vom 5. 4. 1946 für die Konferenz in Detmold am 26. 4. 1946.

211 Vgl. ebd.: Oberforstmeister *Bispinck* war Leiter des Forst- und Holzwirtschaftsamtes Münster.

212 Zum Ausschußbericht vgl. Dok. III.3 mit Anm. 153–158 sowie Anl. 26. Die Tagung des Sonderausschusses fand nicht in Dortmund, sondern in Detmold statt. Vertreter des brit. Verbindungsstabes äußerten in einer Besprechung mit *Lehr* vom 28. 3. 1946, daß man von brit. Seite gegen die Bildung des Sonderausschusses keine Bedenken habe. Eine Verbindung mit dem „forsting board" sei jedoch erwünscht (vgl. HStAD NW 53/528, fol. 266 ff., fol. 268: „Ergänzende Notizen zur zweiten Zonenbeiratssitzung . . .", verfaßt von *Janich,* 10. 4. [1946]. Bei der genannten Dienststelle dürfte es sich um die „Forestry Section" der Food and Agriculture Branch der Economic Division handeln, die am 1. 3. 1946 als „North German Timber Control" Branch der Food, Agriculture and Forestry Division wurde (vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 129, Anm. 1).

213 Im Kurzprot. (vgl. Dok. II.4, TOP 19) wird zudem *Agartz* als Ausschußmitglied angeführt. Ein Prot. sowie eine Teilnehmerliste der Tagung vom 26. 4. 1946 sind weder im Bestand des PA noch des BA überliefert. *Kopf* versandte Einladungen an die in der Plenarsitz. Genannten sowie an *Drake* und an vier weitere leitende Forstbeamte, nicht jedoch an *Agartz* (vgl. HStAH Nds. Z 50/81: Einladungsschreiben vom 5. 4. 1946). Auch *Weisser* wurde am 4. 4. 1946 eingeladen (vgl. a. a. O.). Laut Vermerk *Janichs* für *Lehr* vom 13. 4. 1946 sollten auch der brit. Verbindungsstab und das „forsting board" eine Einladung erhalten (vgl. HStAD NW 53/256, fol. 227). Ein Vermerk Dr. *Schmieders* vom Deutschen Forst- und Holzwirtschaftsrat (Hamburg), ebenfalls Teilnehmer der Tagung in Detmold, gibt einen kurzen Bericht über die Tagung vom 27. [!] 4. 1946, die danach nur von *Kopf,* von *Campe* und 9 leitenden Forstbeamten besucht war (vgl. BA Z 6 II/68: Vermerk vom 2. 5. 1946 [mit fehlerhaften Namensangaben, z. B. Kopp statt *Kopf*!]).

Öffentliche Feiertage in der britischen Zone

Hierzu liegt ein Schreiben der Militärregierung vor. Die Militärregierung wendet sich an uns, festzustellen, welche öffentlichen Feiertage in der britischen Zone unsererseits anerkannt oder vorgeschlagen werden.[214]

Ich lese die einzelnen Feiertage vor, bei denen ich sicher bin, daß Sie Ihre Zustimmung geben: Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, Pfingstmontag, 1. und 2. Weihnachtstag. Dann kämen noch der Himmelfahrtstag und Bußtag. Das würde dem Herkommen entsprechen. Dann kämen zwei Feiertage, die ebenfalls eingebürgert sind, die aber verschieden sind je nach Zusammensetzung der Bevölkerung: das Reformationsfest, das als Feiertag gehalten wird in den Gemeinden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, und der Fronleichnamstag in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Auch das wollen wir respektieren.

Dann kommt die Frage wegen Allerheiligen am 1. November. Ich möchte vorschlagen, daß wir diesen Tag benennen mit der Maßgabe, daß es der regionalen örtlichen Regelung überlassen bleibt, wieweit dieser Tag von der Bevölkerung gefeiert wird. Wir wollen uns da an den Brauch vor 1932 [!] halten, wie es da geregelt war. In kulturellen Dingen soll man den regionalen Gepflogenheiten Rechnung tragen.

Dann wäre die einzige Frage, wenn Sie mit diesen Gesichtspunkten einverstanden sind, wie man den 1. Mai feiern soll. Ich bitte Herrn Dr. *Adenauer,* zu dieser Frage das Wort zu nehmen.

Adenauer: Im Namen der im Beirat vertretenen politischen Parteien beantrage ich folgendes:

> Der Zonenbeirat sieht im 1. Mai den Tag des Friedens, der Arbeit und der Völkerverständigung und spricht sich für die Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag aus.

Henßler: Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer haben sich dahin geeinigt, daß sie von sich aus den 1. Mai als Feiertag anstreben in Angliederung an eine gute Tradition, zu der sich heute auch die bekennen, die ehedem diesem Feiertage ablehnend gegenüberstanden. Wir sagen uns: Der 1. Mai sollte nicht allein ein Tag der Arbeiter, Angestellten und Beamten sein, sondern des gesamten Volkes, und haben dafür gute Gründe.

Zum ersten sollte endlich das abscheuliche Zerrbild ausgemerzt werden, zu dem die Nationalsozialisten den 1. Mai gemacht haben, zum andern sollte der 1. Mai eigentlich Gelegenheit geben, dem Auslande und der übrigen Welt zu zeigen, daß in Deutschland tatsächlich eine Gesinnungswandlung vor sich geht und in welchem Umfange er [!] bereits vor sich gegangen ist, zum dritten aber, und das ist das wichtigste für uns, war der 1. Mai allezeit ein Tag des Bekenntnisses zur Völkerverständigung und zum Völkerfrieden. Ich glaube, zu keiner Zeit war ein solches Bekenntnis notwendiger als in unseren Tagen, und deshalb haben wir als ge-

214 Vgl. Anl. 11 sowie weiter Dok. VII.3 mit Anm. 107.

werkschaftlich organisierte Arbeitnehmer den Wunsch, die Gesamtheit des deutschen Volkes auf diese Linie zu bringen, den 1. Mai zu einem Feiertag, der gesetzlich anerkannt ist, zu machen, um dem Volke Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß es den Wunsch und den ernsten Willen hat, mit der Welt wieder verbunden zu werden.[215]

Reimann: Ich schlage vor, daß wir der britischen Militärregierung den Vorschlag unterbreiten, in Deutschland einen Sonntag festzulegen, an dem in der Kirche und durch Kundgebungen der Opfer des Faschismus gedacht wird. Es wird das eine Reichsregelung sein. Dieser Sonntag wird für das ganze Reich festgesetzt werden. Wir bitten, wenn dieser Vorschlag kommt, dann an die britische Militärregierung heranzutreten und einen Sonntag im ganzen Reich festzusetzen.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß Herr *Reimann* seinen Vorschlag für die nächste Sitzung formuliert.[216] Ich halte den Gedanken für gut.

Vorsitzender: Dann ist dieser Punkt erledigt. Wir müssen noch eine Geschäftsordnungsangelegenheit unter Punkt 11:

Sonstiges

erledigen. Dazu erteile ich Herrn Dr. *Weisser* das Wort.

Weisser: Für künftige Sitzungen sind an Tagesordnungspunkten vorgesehen:

1. ein Referat über Stand der Produktion und Versorgung in Industrie und Handel
   Berichterstatter: Dr. *Agartz*

nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung.[217]

2. ein Referat über die weitere Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung – eine Fortsetzung des Referats
   Berichterstatter: Minister Dr. *Schlange-Schöningen*

nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung.[218]

3. ferner liegt ein Antrag *Kopf* und *Petersen* vor betr. Förderung des Fischfanges, mit einer ausführlichen Begründung.

---

215 Die KK beschloß, den nationalen Maifeiertag in ihrer Zone aufzuheben und für das Jahr 1946 zum bezahlten öffentlichen Feiertag zu erklären. Die Briten legten Wert darauf, eine Entscheidung über die endgültige Gestaltung des 1. Mai so lange auszusetzen, bis das dt. Volk durch seine gewählten Vertreter selbst über diese Frage entscheiden könne. Eingetragenen polit. Parteien und Arbeiterorganisationen war es bei rechtzeitig gestelltem Antrag gestattet, am 1. Mai Kundgebungen und andere Veranstaltungen abzuhalten; Voraussetzung war die Befolgung der VO Nr. 10 vom 15. 9. 1945 (betr. Politische Versammlungen, vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 9 f.) und VO Nr. 11 vom 15. 9. 1945 (betr. Öffentliche Umzüge, a. a. O., S. 10 f.); vgl. insgesamt HStAD NW 53/360, Bd. I, fol. 500 f.: MR North Rhine Region an *Lehr*, 12. 4. 1946.

216 Vgl. Anl. 20.

217 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 4–21.

218 Vgl. a. a. O., bes. mit Anm. 34–50.

Dieser Antrag ist soeben formuliert worden und würde dann auch den festgelegten Gang gehen: Abgabe an die Militärregierung mit der Bitte um Zulassung zur Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen.[219]

Nach dem letzten Punkte des Ihnen vorgelegten Schreibens über die Handhabung der Tagesordnung[220] hatte sich die Militärregierung vorbehalten, die zeitliche Behandlung vor allen Dingen festzulegen. Anträge und Vorschläge sollten nicht zur Erörterung bei einer bestimmten Sitzung eingereicht werden, sondern sie werden durch den Verbindungsstab nach den Anweisungen des Militärgouverneurs auf die Tagesordnung gesetzt zu der Zeit und so, wie sie von der Kontrollkommission genehmigt werden. Ich nehme an, daß die Kontrollkommission damit die Zeit meint, die sie zur Prüfung dieser Anträge in ihren Ressorts benötigt.

Reimann: Für die nächste Sitzung habe ich zwei Anträge zu stellen, und zwar einen Antrag, daß wir mit der Beratung über ein Betriebsrätegesetz beginnen, und einen Antrag, daß wir mit der Beratung eines Sozialversicherungsgesetzes beginnen – Allgemeine Versicherung und Knappschaftsversicherung.

Vorsitzender: Wollen Sie das bitte schriftlich einreichen.[221]

Steltzer: Es sind Meinungsverschiedenheiten entstanden über die Organisation der Straßen- und Verkehrsdirektionen, die in Bildung begriffen sind. Es ist mir bisher nicht möglich gewesen, weder auf dem Wege über die Militärregierung noch auch bei den deutschen Stellen festzustellen, was beabsichtigt ist. Nach der eigenen Auskunft sollten auch die Verwaltungen der Kraftfahrgeschichten usw. bei uns in der Mittelinstanz unterstellt werden. Die neue Generaldirektion des Straßen- und Verkehrswesens in Bielefeld ist selbständig. Es handelt sich darum, ob sie ganz aus der Verwaltung der Länder und Provinzen herausgenommen werden soll. Nach einer Auskunft, die ich bei der Generaldirektion eingezogen habe, ist eine so weitgehende Herausnahme aus der Verwaltung der Länder und Provinzen nicht beabsichtigt.

Nun möchte ich fragen, ob vielleicht Herr *Schwering*[222] in der Lage ist, schon eine Erklärung oder eine authentische Interpretation abgeben zu können. Falls er dazu nicht in der Lage wäre, möchte ich die Bitte aussprechen, daß wir uns einheitlich dafür aussprechen, daß diese Frage nicht aus der Verantwortung der Verwaltung der Länder herausgenommen wird, denn ich bin der Auffassung, daß dadurch völlig unhaltbare Zustände entstehen würden.

---

219 Vgl. Anl. 13. Laut Vermerk von *Campes* (Oberpräsidium Hannover) vom 29. 3. 1946 sollte der Antrag auf der 3. Sitz. des ZB beraten werden. Zwecks Vorbereitung bat *Kopf* um eine umfassende Begründung der Frage in seinen Fachabteilungen (vgl. HStAH Nds. Z 50/77c). In der 3. Sitz. wurde die Fischereifrage nur allgemein behandelt (vgl. Dok. III.3, bes. mit Anm. 116–120). Zur 4. Sitz. wurde der Antrag nicht zugelassen, vgl. die Begründung der KK in Dok. IV.3 mit Anm. 44.

220 Vgl. o. mit Anm. 25.

221 Der KR verkündete am 10. 4. 1946 als Gesetz Nr. 22 das Betriebsrätegesetz (vgl. Amtsbl. KR, S. 133 ff.). Im ZB wurde das Thema erst wieder in der 10. Sitz. durch zwei Anfragen *Karls* an *Bishop* zur Sprache gebracht (vgl. Dok. X.3 mit Anm. 206–207); zur Beratung des ZB über die Reform der Sozialversicherung vgl. Anl. 132, 137 und 262.

222 Hs. korrigiert aus: *Schlange-Schöningen*.

Ich bin nicht in der Lage, das jetzt näher zu begründen, aber die Dinge sind so, daß wir die Unterstützung des Zonenbeirats bekommen könnten, daß eine Herausnahme, nachdem sehr viele Schwierigkeiten und Mißstände vorgekommen sind, aus der Verwaltung der Länder und Provinzen nicht gut[ge]heißen würde.

Schwering[223]: Ich kann keine Auskunft geben. Ich hatte noch keine Gelegenheit. Ich bin erst seit kurzer Zeit hier[224] und in den vergangenen Wochen außerordentlich stark in anderer Weise in Anspruch genommen gewesen und konnte deshalb diese Angelegenheit nicht durchsprechen. Ich werde die Gelegenheit bei meiner Rückkehr wahrnehmen, über diese Sache zu verhandeln, und kann dann vielleicht bei der nächsten Gelegenheit darüber eine Erklärung abgeben.[225]

Vorsitzender: Ich danke sehr. Ich bitte, bei den Besprechungen die Gesichtspunkte freundlichst berücksichtigen zu wollen, die wir vorhin erörtert haben bei der Verwaltungsreform. Auch das Verkehrswesen gehört hierzu, das zentralisiert wird, aber auch, und das ist die Bitte, in der Mittelinstanz zusammengefaßt werden muß, denn sonst würde die Übersicht verlorengehen.

Dann sind wir am Ende. Es wäre nur noch die Frage zu erledigen, zur Erleichterung der Position des Vorsitzenden Schriftführer zu bestimmen. Ich bitte um Vorschläge.

Adenauer: Ich schlage vor, wir fangen hier an, und es kommt dann jeder einmal dran.

Vorsitzender: Es würde das Einfachste sein, wir gehen alphabetisch vor und fangen mit Herrn Dr. *Adenauer* an. Herr Dr. *Amelunxen* hat sich bereit erklärt. Dann sind wir am Ende unserer Tagung, ich danke Ihnen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 17.50 Uhr

223 Hs. korrigiert aus: *Schlange-Schöningen*.

224 *Schwering* war vom 1. 6. 1945 bis 28. 1. 1946 Abteilungsleiter der Hauptverwaltung der Dt. Reichsbahn der SBZ in Berlin gewesen und bekleidete vom 1. 4. 1946 bis zum 13. 7. 1947 den Posten des stellvertretenden Generaldirektors der Reichsbahn-Generaldirektion in Bielefeld (vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 378, Anm. 6). *Schwering* gehörte dem ZB nicht, wie Vogel, ebd., angibt, ab 1. 5. 1946, sondern schon seit dessen 1. Sitz. an (vgl. Dok. I.9).

225 Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3 mit Anm. 305–309.

II. 4

Kurzprotokoll der 2. Sitzung 26.–27. März 1946

PA 1/258; ein leicht abweichender Entwurf in PA 1/42; ungez. Beschl. prot. vom 13. April 1946, ZAC/M (46)2, zu HQ/140102/ZAC; vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck, 9 Bl.

12. Wahl des Vorsitzenden für die Monate April, Mai und Juni 1946

Auf Grund des Entwurfs der Geschäftsordnung wählte
die Versammlung
(a) zum Vorsitzenden
Oberpräsident Dr. h. c. *Lehr,*
(b) zum Stellvertreter
Dr. *Schumacher* (SPD).

13. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der ersten Sitzung wird genehmigt und unterschrieben.

14. Mitteilungen – die Verwaltung betreffend

Der GENERALSEKRETÄR dankt der Stadt Hamburg für die Vorsorge, die die Stadt zur Ingangsetzung der Arbeiten in der Kanzlei getroffen hat. Über das Verhältnis zwischen den zur Zeit bestehenden Zonen-Zentralämtern und dem Zonenbeirat teilt er unter Bezugnahme auf die Besprechungen mit dem britischen Verbindungsstab mit, daß die Zonalbehörden alle Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung, die eine Mehrheit von Zonalbehörden betreffen, dem Zonenbeirat vorlegen werden, daß aber andererseits der Zonenbeirat sich der Erörterung solcher Fragen enthalten möge, die reinen Ressort-Charakter haben und in den Zuständigkeitsbereich nur einer Zonalbehörde fallen. Es unterrichtet ferner den Zonenbeirat von wichtigen Eingängen, insbesondere von Schreiben des britischen Verbindungsstabes.

Über die Vorbereitung der Tagesordnung für die zweite Sitzung berichtet der GENERALSEKRETÄR das Folgende anhand der Besprechung mit dem britischen Verbindungsstab:

Gewisse Punkte konnten für die Tagesordnung dieser Sitzung nicht zugelassen werden, weil die Unterlagen in der Kürze der Zeit nicht vollständig und nicht klar genug bereitgestellt werden konnten. Der Punkt „Bereitstellung von Kohlenmengen für die Schlüsselindustrien, insbesondere die Bauwirtschaft" konnte nach Versendung der Tagesordnung von der Kontrollkommission noch zugelassen werden; er kann daher unter Hinzuziehung des hierzu eingegangenen Schreibens der Kontrollkommission unter „Sonstiges" noch in dieser Sitzung behandelt werden. Zu

dem zugelassenen Tagesordnungspunkt „Erhaltung des deutschen Waldes" wies der GENERALSEKRETÄR darauf hin, daß ein Fachreferat erst gehalten werden soll und Entschließungen erst gefaßt werden können, wenn die angekündigte Stellungnahme der zuständigen Abteilung der Kontrollkommission vorliegen wird. Mit einer Zulassung des Punktes „Stillegung von Betrieben zum Zwecke der wirtschaftlichen Abrüstung" für eine der nächsten Sitzungen kann nicht gerechnet werden. Der britische Verbindungsstab habe bei der Besprechung dieses Teils der ursprünglich vorgesehenen Tagesordnung den Generalsekretär an die Worte des Generals *Robertson* erinnert, daß es Materien gibt, deren Besprechung nicht möglich ist. Der *Generalsekretär* habe zum Ausdruck gebracht, daß es naturgemäß für den Zonenbeirat sehr schmerzlich sei, wenn Angelegenheiten, die im besonderen Maße das Schicksal des deutschen Volkes in seiner jetzigen Notlage berühren, zeitweilig nicht verhandelt werden können. Er habe allerdings den Eindruck gehabt, daß diese Themen nicht deswegen von der Verhandlung ausgeschlossen werden, weil die Siegermächte es vorziehen, diese Materien im Wege des Diktates ohne jede Kenntnisnahme von dem deutschen Standpunkt zu erledigen, vielmehr dürften andere Gründe vorliegen. Dies habe ihn zu der Bitte veranlaßt, daß die jeweils zuständigen Sachverständigen der Kontrollkommission in solchen Fällen außer den unvermeidlichen Auskünften irgendwelcher deutscher Spezialisten auch einzelne deutsche Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung ins Gespräch ziehen mögen, die in Anbetracht des Gewichts ihrer dienstlichen Verantwortung und ihrer Kenntnisse zur Äußerung einer Meinung auf deutscher Seite besonders berufen sind.

Zum Schluß brachte der GENERALSEKRETÄR zum Ausdruck, daß die Bemühungen des Verbindungsstabes, in der kurzen Zeit zwischen der ersten und zweiten Sitzung alles zur Erzielung einer möglichst reichhaltigen Tagesordnung beizutragen, den Zonenbeirat zu besonderem Dank verpflichten.

Die Versammlung
(a) nahm Kenntnis von diesen Ausführungen,
(b) stimmte einer Anregung des Ratsmitgliedes Dr. *Schumacher* zu, daß künftig auch alle nicht zur Tagesordnung zugelassenen Anträge, ferner Unterlagen sämtlichen Mitgliedern zugesandt werden.

15. Entwurf der Geschäftsordnung

Dem Zonenbeirat lag das Schreiben ZAC/P (46)6 vor.

ADENAUER berichtete über die Beratungen des Geschäftsordnungsausschusses.

Die Versammlung
stimmte der aufgrund von Anregungen der Kontrollkommission ergänzten endgültigen Fassung des Entwurfs der Geschäftsordnung zu.[1]

1 Diese Fassung lag dem Kurzprot. als Anl. bei, vgl. Anl. 7 mit Anm. 1.

16. Wahl der ständigen Ausschüsse

Der VORSITZENDE teilte mit, daß es nach Ansicht des Verbindungsstabes unbedenklich sei, wenn die sich aus dem Entwurf der Geschäftsordnung ergebenden Ausschüsse schon vor der endgültigen Genehmigung dieser Geschäftsordnung durch die Kontrollkommission gewählt werden. Nach einer kurzen Unterbrechung wählte

die Versammlung
die vorgesehenen Ausschüsse mit Ausnahme des Finanzausschusses.

Liste der Mitglieder siehe Anlage „A" [Anl. 8].

17. Entwurf des Haushaltsplanes; Voranschlag für den Rest des Haushaltsjahres 1945 und Richtlinien für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1946/47

Der GENERALSEKRETÄR legt die Entwürfe ZAC/P (46)9 und ZAC/P (46)10[2] vor und berichtet über eine mündliche Verhandlung mit Herrn Max *Nurock* in Bünde.

Die Versammlung
(a) überweist das Material dem Hauptausschuß und
(b) weist den Hauptausschuß an, über den Haushaltsplan für den Rest des Haushaltsjahres 1945 – vorbehaltlich der Genehmigung der Kontrollkommission – endgültig ohne nochmalige Vorlage bei dem Plenum zu entscheiden.

18. Die Ernährungslage

Das Mitglied SCHLANGE-SCHÖNINGEN berichtet in seiner Eigenschaft als Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone über die Ernährungslage. Nach eingehender Erörterung des Berichtes beschließt

die Versammlung
(a) in Anbetracht der grundlegenden Bedeutung dieser Erörterung, der Kontrollkommission eine wörtliche Niederschrift des Berichtes und der Debatte zuzuleiten, und
(b) gibt dem Sekretariat dahingehende Anweisung.

19. Erhaltung des Waldes

KOPF begründet seinen Antrag und erklärt, daß das vorgesehene eingehende Referat mit fachlichen Einzelheiten nicht gehalten werden würde.

---

2 Vgl. Anl. 9. Schriftstücke mit der angeführten Bezeichnung konnten im Bestand des PA und BA nicht ermittelt werden. Laut PRO FO 1032/1502 (ZAC status report) waren beide Schreiben nur innerhalb der KK verteilt worden („Issued on restricted distribution only").

In ergänzenden Ausführungen LEHRS wird u. a. hervorgehoben, daß bei Fortsetzung des jetzigen Tempos des Einschlages beispielsweise die Nord-Rheinprovinz in zwei Jahren ihres ganzen Waldbestandes beraubt sein würde.

Das Mitglied SCHLANGE-SCHÖNINGEN weist darauf hin, daß er seinerseits als Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft diese Fragen des öfteren mit der zuständigen Abteilung der Kontrollkommission besprochen habe, zumal da die grundsätzlichen Angelegenheiten der Waldwirtschaft nach der Verwaltungstradition vor 1933 in die Zuständigkeit seines Amtes fallen. Er begrüße jedoch wegen der allgemeinen politischen Bedeutung dieser Frage die Erörterung durch den Zonenbeirat nach entsprechender weiterer Vorbereitung.

Das Mitglied KOPF schlug einen Sonderausschuß vor, zu dem auch Forstfachleute der Länder und Provinzen zugezogen werden sollen.

Die Versammlung
(a) entschied sich nach eingehender Debatte dafür, einen Sonderausschuß mit der Angelegenheit zu befassen;

(b) wählte einstimmig zu Mitgliedern:
Oberpräsident *Kopf*
Dr. *Schlange-Schöningen*
Oberpräsident *Amelunxen*
Oberpräsident Dr. *Lehr*
Dr. *Agartz*[3]
Friedrich *Henßler*
Max *Reimann*

(c) beschloß, die zuständigen Forstbeamten von Hannover, Braunschweig und Westfalen hinzuzuziehen.

20. Wiederaufbau der Verwaltung[4]

Dem Zonenbeirat lag das Schreiben ZAC/P (46)7 vor [Anl. 10].

STELTZER weist darauf hin, daß es sich um ein Zentralproblem handelt, bei dem eine einmütige Stellungnahme notwendig ist. Der Wiederaufbau muß von der geschichtlichen demokratischen Tradition ausgehen und den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen. Wenn die Ergebnisse vorläufig auch nur für die englische Zone Bedeutung gewinnen können, so müssen die Probleme doch von vornherein im Hinblick auf die künftige dauerhafte Gestaltung des Verwaltungsaufbaus im deutschen Staatswesen behandelt werden.

Der Redner verweist auf die den Mitgliedern zugegangene Vorlage ZAC/P (46)7 und empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen. LEHR macht ergänzende Ausführungen, die sich besonders auf die Herbeifüh-

3 Vgl. hierzu Dok. II.3, Anm. 213.
4 Laut Wortprot. (a. a. O., S. 161): „Organisation und Verwaltung".

rung eines gesunden Verhältnisses zwischen Dezentralisierung aller dazu geeigneten Verwaltungsfunktionen und zentraler Regelung derjenigen Funktionen erstrecken, die unter heutigen Verhältnissen wirklich nur zentral geregelt werden können. Er geht auf die Nachteile der zentralisierten Reichssonderverwaltungen ein und spricht sich für eine Einbeziehung ihrer Mittelstufen in die allgemeine Verwaltung der Länder und Provinzen aus. Die Wirksamkeit der Kommunalaufsicht sei durch den Ausbau der Sonderverwaltungen nahezu aufgehoben. Er legt zwei Referenten-Gutachten zur Frage des Wiederaufbaus der Verwaltung vor.

Die Versammlung
stimmt den Referaten zu und überweist den Gegenstand an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

21. Öffentliche Feiertage in der britischen Zone

Dem Zonenbeirat liegt das Schreiben ZAC/P (46)5 vor [Anl. 11].

Der VORSITZENDE schlägt in Anlehnung an dieses Schreiben folgendes vor: Für die ganze Zone gelten als öffentliche Feiertage

der Neujahrstag, der Karfreitag, der Oster- und Pfingstmontag und der 1. und 2. Weihnachtstag, ferner der Himmelfahrtstag und Bußtag.

Für die Gebiete mit überwiegend protestantischer Bevölkerung sollen ferner das Reformationsfest und für die Gebiete mit überwiegend katholischer Bevölkerung der Fronleichnamstag als gesetzliche Feiertage gelten. Für gewisse weitere Feiertage, wie Allerheiligen (1. November) und Heilige Drei Könige (6. Januar)[5] solle die Regelung wie bis zum Jahre 1932 wiederhergestellt werden. Für den 1. Mai macht ADENAUER im Auftrage der vier im Zonenbeirat vertretenen Parteien und mit Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter folgenden Vorschlag:

> Der Zonenbeirat sieht im 1. Mai den Tag des Friedens, der Arbeit und der Völkerverständigung. Der Rat spricht sich daher für die Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag aus.

Die Versammlung
stimmt den Anträgen von *Lehr* und *Adenauer* zu.

22. Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Das Ratsmitglied REIMANN beantragt, es solle der Kontrollkommission vorgeschlagen werden, einen bestimmten Sonntag im Jahre dem Gedenken der durch den Faschismus verursachten Opfer zu widmen.

Die Versammlung
begrüßt die Anregung und empfiehlt der KPD, einen entsprechenden Antrag zur nächsten Sitzung schriftlich einzureichen [Anl. 12 und Anl. 20].

---

5 Angabe fehlt im Wortprot.

23. Zuteilung von Kohle an die Schlüsselindustrien

Der Antragsteller LEHR bezieht sich auf das zu diesem Punkt eingegangene Schreiben des britischen Verbindungsstabes vom 26. März 1946 – HQ/14306/1/ZAC[6] –, demzufolge sich das Nähere über den Gegenstand des Antrages aus dem Sparta-Plan ergibt, der dem Deutschen Wirtschaftsrat in Minden zugegangen ist.

Hierauf erstattet das Mitglied AGARTZ einen Bericht über die Grundzüge des Sparta-Planes. Diesen Bericht ergänzt LEHR durch eingehende Ausführungen unter besonderer Berücksichtigung der Bauwirtschaft.

Die Versammlung
(a) nahm Kenntnis von den Referaten *Agartz'* und *Lehrs* und ersuchte *Agartz*, in der nächsten Sitzung erneut über die Lage auf dem Industriesektor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der bevorstehenden Düsseldorfer Tagung des Deutschen Wirtschaftsrates zu berichten,

(b) beschloß, die Anregungen des Mitgliedes *Reimann* über die Heranziehung der Arbeiter selbst zur Aufstellung der Pläne für die Steigerung der Kohlenförderung usw. dem Mindener Wirtschaftsrat zu überweisen.

24. Gemeinsame Sitzung deutscher Beamter aus der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands

Dem Zonenbeirat liegt das Schreiben ZAC/P (46)11 vor.[7]

Für die Teilnehmer an der Besprechung in Stuttgart wird mitgeteilt, daß sie sich am 2. 4. 1946 bis 13.30 Uhr auf dem Flugplatz Bückeburg einfinden müssen. Abflug von Bückeburg 14.00 Uhr, wenige Minuten später Zwischenlandung in Mönchen-Gladbach, wo Oberpräsident *Lehr* und Bürgermeister *Petersen* nach Teilnahme an der Düsseldorfer Tagung des Wirtschaftsrates zusteigen werden.

25. Tagesordnungspunkte für künftige Sitzungen

Der GENERALSEKRETÄR teilt dem Zonenbeirat mit, daß folgende Punkte für künftige Sitzungen des Plenums – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kontrollkommission – zur Erörterung vorgeschlagen seien:

(i) Referat über Stand der Produktion und Versorgung in Industrie und Handel (Berichterstatter: *Agartz)*
(ii) Referat über die weitere Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung (Berichterstatter: *Schlange-Schöningen)*
(iii) Antrag Oberpräsident *Kopf* und Bürgermeister *Petersen* betr. Förderung des Fischfangs
(iv) Ratsmitglied *Reimann* schlägt folgende Punkte vor (Anträge werden rechtzeitig schriftlich eingereicht):

---

6 Vgl. a. a. O., Anm. 155.
7 Vgl. a. a. O. mit Anm. 10–13.

(a) Beratung eines Betriebsrätegesetzes
(b) Beratung einer Sozialversicherungsgesetzgebung

26. Organisation und Verwaltung des Straßenverkehrswesens

STELTZER stellte die Anfrage, ob die Aufsicht über die Provinzialverkehrsverbindungen in Zukunft den Ländern und Provinzen entzogen und eigenen Straßenverkehrsdirektionen unterstellt werden sollte. Bei Anfragen habe er bisher voneinander abweichende Auskünfte erhalten. STELTZER wies darauf hin, daß bei den Verwaltungen der Länder und Provinzen Übereinstimmung darüber bestünde, daß eine derartige Abtrennung der Verwaltung der Verkehrswege in einer Provinz von der Provinzialverwaltung zu völlig unmöglichen Zuständen führen müßte. Es sei selbstverständlich, daß die allgemeine technische Unterstellung der provinziellen Verkehrsabteilungen unter die Anweisungen der Generaldirektion des Straßen- und Verkehrswesens in keiner Weise berührt würde, wenn die Verkehrsabteilungen in der Verwaltung der Provinzen und Länder verblieben. STELTZER fragte *Schwering*, ob ihm Endgültiges bereits bekannt sei. SCHWERING erwiderte, daß die Verhandlungen noch im Flusse seien. Er hofft, auf der nächsten Beiratssitzung Näheres berichten zu können.

27. Grubenunglück bei Monopol-Grimberg

Der VORSITZENDE verliest ein Schreiben des Verbindungsstabes betr. einen Wunsch des Generalmajors *Templer*, die Aufmerksamkeit des Zonenbeirates möge auf eine Erklärung der Kontrollkommission betr. die Tapferkeit des Direktors G. *Wagner* hingewiesen werden. Der Wortlaut dieser Erklärung wird verlesen. Der VORSITZENDE spricht namens des Zonenbeirates dem Direktor *Wagner* und allen an der Bergung Beteiligten die Anerkennung für seine tapfere Haltung aus.

Die Versammlung
nahm die Erklärung der Kontrollkommission zur Kenntnis und gab ihrer Zustimmung zu den Worten des Vorsitzenden Ausdruck.

28. Ableben des Kardinals Graf Galen

GRIMME stellt fest, daß es eine alte Gepflogenheit der Preußischen Verwaltung gewesen sei, beim Ableben bedeutender Männer das Beileid der Regierung auszusprechen. Da es heute keine zentrale Verwaltung gebe, schlägt er vor, daß der Zonenbeirat das folgende Beileidstelegramm an Kardinal Dr. *Frings,* Köln, absende:

> Zum Ableben des Kardinals Graf *Galen,* dieser wegen ihres allezeit mannhaften Eintretens für ihre religiöse und nationale Überzeugung im In- und dem gesamten Auslande hochangesehenen Persönlichkeit, spricht Ihnen, Exzellenz, der Zonenbeirat sein warmes Beileid aus und bittet Sie, auch den Herren Bischöfen diese Anteilnahme zu übermitteln.

Die Versammlung
stimmt dem Vorschlag zu und weist das Sekretariat an, das obige Telegramm abzusenden.

29. Wahl des Schriftführers für die dritte Beiratssitzung

In Übereinstimmung mit der vorläufigen Geschäftsordnung wird für die kommende Sitzung Oberpräsident *Amelunxen* zum Schriftführer vorgeschlagen, und
die Versammlung
stimmt dieser Wahl zu.

30. Datum der nächsten Sitzung

Donnerstag, 2. Mai 1946 um 16.00 Uhr[8], mit Fortsetzung am Freitag, 3. Mai 1946.

31. Ausschußsitzungen

(i) Wohlfahrtsausschuß – Montag, 29. 4. 1946, 16.00 Uhr.
(ii) Ernährungsausschuß – Dienstag, 30. 4. 1946, 10.00 Uhr.
(iii) Rechts- und Verfassungsausschuß – Dienstag, 30. 4. 1946, 16.00 Uhr.[9]
(iv) Sonderausschuß „Erhaltung des deutschen Waldes" – 26. 4. 1946 in Detmold.[10]

8 Vgl. Dok. III.3, u. S. 207: 17.10 Uhr.
9 Vgl. PA 1/262: 2. Mai 1946, 15.00 Uhr.
10 Vgl. Dok. II.3, Anm. 213.

3. Sitzung
2.–3. Mai 1946

III. 1

Tagesordnung für die 3. Sitzung

PA 1/253; Ergänzungen gemäß Kurzprotokoll (III.4).

TOP in Kurzprot.	*Pkt. in Wortprot. und Betreff*
32.	1. Verlesung des Protokolls <der 2. Sitzung>
33.	2. Mitteilungen des Generalsekretärs
34.	3. Bericht über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Industrie und Handel Berichterstatter: *Agartz*
35.	4. Bericht über die Weiterentwicklung der Ernährungslage Berichterstatter: *Schlange-Schöningen*
35.	5. Bericht des Ernährungsausschusses Berichterstatter: *Schlange-Schöningen*
36.	6. Bericht des Wohlfahrtsausschusses Berichterstatter: *Degkwitz*
37.	7. Bericht über die Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen auf die Kohlenförderung Berichterstatter: *Lehr*
43.	8. Bericht des Forstausschusses Berichterstatter: *Kopf*
38.	9. Antrag auf Zonenbeiratsmitglieder Erich *Hoffmann* und Max *Reimann* auf Festsetzung eines „Gedenktages für die Opfer des Faschismus“
39.	10. Bericht über die Stuttgarter Tagung Berichterstatter: *Schumacher*[1]
40.	11. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses Berichterstatter: *Steltzer* <und *Heile*>
46.	12. Bericht über die Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses an den deutschen Universitäten und Hochschulen Berichterstatter: *Grimme*
41.	13. Bericht des Hauptausschusses Berichterstatter: *Adenauer*
	14. Sonstiges

1 Berichterstatter für den abwesenden *Schumacher: Lehr* (vgl. Dok. II.4, TOP 39).

42. <Tradition der Rheinprovinz
44. Plan der deutschen Nachkriegswirtschaft
45. Entnazifizierung der Kohlenindustrie
48. Ausschüsse>
47. 15. Datum der nächsten Sitzung
-- 16. Pressenotiz[2]

2 Vgl. hierzu Anl. 31, Anm. 1.

III. 2

Anwesenheitsliste zur 3. Sitzung

PA 1/258.

Politische Vertreter: Meitmann[1], Henßler (SPD); Adenauer, Otto (CDU); Reimann, Hoffmann (KPD); Heile (FDP)

Vertreter der Verwaltung: Lehr (Nord-Rheinprovinz); Amelunxen (Westfalen); Kopf (Hannover); Steltzer (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Kaisen (Bremen)

Vertreter der Sachgebiete: Agartz (Handel und Industrie); Schlange-Schöningen (Ernährung und Landwirtschaft); Lingemann (Rechtswesen); Degkwitz (Gesundheitswesen); Schneider (Post, Telegrafie, Telefon); Spliedt (Arbeitseinsatz); Groth (Öffentliche Sicherheit); Grimme (Erziehung); Schwering (Transportwesen); Andrée (Flüchtlinge)

Vertreter der Gewerkschaften: Böckler, Karl

Vertreter der Genossenschaften: Everling, Schlack

Vom britischen Verbindungsstab waren als Zuhörer anwesend: Lieutenant Colonel Pink; Major Gibb; Captain Thompson

Deutsches Sekretariat: Weisser

1 Vgl. Dok. II.2, Anm. 1.

TOP 46 **Anlage 16**

17. April 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Memorandum[1] zur Tagesordnung für die 3. Sitzung des Zonenbeirats

PA 1/258.
HQ1403/1/ZAC. – ZAC/P (46)14.

1. Auf Ansuchen der Kontrollkommission ist folgender Punkt bei der nächsten Sitzung des Zonenbeirats zur Diskussion zu stellen:
„Es sind Erwägungen anzustellen und der Kontrollkommission Vorschläge zu unterbreiten über Mittel und Wege, um mit sofortiger Wirkung auf lange Sicht eine breitere Basis für den Nachwuchs der deutschen Universitäten zu schaffen als einen entscheidenden Beitrag zum Ausbau der Demokratie in Deutschland."
2. Es ist seitens der Kontrollkommission nicht beabsichtigt, diesem Verhandlungsgegenstand die Form einer Vorlage zu geben, doch hat uns die Abteilung für Innere Angelegenheiten und Verbindungen gebeten, folgende Mitteilung an Sie weiterzuleiten.
„Nach Ansicht der Abteilungen der Kontrollkommission für Innere Angelegenheiten und Verbindungen kann dies Ziel auf zwei Wegen erreicht werden, der erste dürfte schon ziemlich bald zu Ergebnissen führen. Der andere mag zwar langsamer sein, ist jedoch in seiner Wirkung um so durchgreifender auf lange Sicht. Ziemlich schnell können günstige Ergebnisse erwartet werden, wenn z. B. in großzügiger Weise Stipendien (Staats- und Universitätsstipendien) und andere Unterstützungen an bedürftige Studenten gewährt werden. Wirklich entscheidende Resultate werden jedoch erst dann erzielt werden können, wenn das ganze höhere Schulwesen einer durchgreifenden Umgestaltung unterzogen worden ist oder wenn wenigstens neue Maßnahmen durchgeführt werden mit dem Ziel, daß keinem begabten Kind unbemittelter Eltern die Aufnahme in eine höhere Lehranstalt versagt wird."
3. Die Kontrollkommission ist sich darüber im klaren, daß es sich hier um einen umfangreichen Verhandlungsgegenstand handelt, und erwartet nicht, daß der Zonenbeirat ihn in einer Sitzung erledigt.

gez. A. *Gilpin,* Lt. Col.
für den Leiter des britischen
Verbindungsstabes

1 Das Memorandum – ursprünglich in den Anlagen zur 2. Sitz. überliefert (PA 1/258) – führte zur Aufnahme von Pkt. 12/TOP 46 in die TO der 3. Sitz., vgl. Dok. III.3 mit Anm. 177–212.

TOP 35 **Anlage 17**

Antrag Lehr[1]

Anlage 1 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

Ernährungsausschuß empfiehlt, den Notstandsgebieten an Rhein und Ruhr sofortige Hilfe zukommen zu lassen:

a) Für Städte und Gemeinden ohne Mehl und Kartoffeln muß sofort ein Getreide- und Mehlausgleich vorschußweise aus den Gebieten herangeschafft werden, die noch Vorräte besitzen.
b) Die für Eßkartoffeln zuständigen Lieferungsgebiete, insbesondere in Süddeutschland und vor allem in Bayern, müssen dringend ersucht werden, unverzüglich die vorhandenen Bestände zum Versand zu bringen.
c) Alle für den Transport auf dem Schienenwege und auf den Landstraßen zuständigen Stellen müssen die bevorzugte Transportmittelgestellung für die Eilzufuhren anordnen.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 51.

TOP 36 **Anlage 18**

30. April 1946[1]: Entschließung des Wohlfahrtsausschusses

Anlage 2 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][2]

1 Es muß 29. 4. 1946 heißen. Der WA tagte als erster Ausschuß des ZB überhaupt, vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23-3: 3. Sitz., 15: Zeitfolge; sowie PA 1/270: Wortprot. der 1. Sitz. des WA vom 29. 4. 1946. Auf dieser Sitz., a. a. O., S. 11 ff., formulierte *Degkwitz* die vorliegende Entschließung.
2 Vgl. zum Vortrag *Degkwitz'* Dok. III.3 mit Anm. 55–62; *Degkwitz* verlas die Entschließung mit einigen erklärenden Kommentaren.

TOP 37 **Anlage 19**

Kohlenförderung; insbesondere die Wirkung der Kürzung der Lebensmittelrationen auf die Kohlenproduktion[1]

Anlage 3 zur 3. Sitzung.
PA 1/258. Zu Punkt 7 der Tagesordnung.–
ZAC/P (46)12.

Berichterstatter: *Lehr*

I. Zwei neue Tatsachen von allgemeiner politischer Bedeutung kennzeichnen die Lage des Bergbaues an der Ruhr.

1. ein sehr starker Leistungsabfall je Mann und Schicht sofort nach Bekanntwerden der gekürzten Lebensmittelrationen,
2. ein auffälliges Nachlassen des bei den Arbeitsämtern angemeldeten Kräftebedarfs an Untertagesarbeitern.

Da die volkswirtschaftlich unbedingt erforderliche Mindestleistung des Kohlenbergbaues an der Ruhr bisher nicht im entferntesten erreicht ist, sind Maßnahmen erforderlich, die den Tatsachen gemäß 1 und 2 Rechnung tragen.

II. Zur näheren Begründung wird folgendes ausgeführt:

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet vor dem Kriege betrug ca. 420 000 t täglich und hielt diesen Stand bis gegen Schluß des Krieges. Allerdings sank die Leistung je Mann und Acht-Stunden-Schicht unter Tage von rund 2 000 kg auf 1 620 kg.

Nach Schluß des Krieges betrug die Kohlenförderung:

im	Mai	1945 ca.	30 000 t
”	Juni	1945 ca.	40 000 t
”	Juli	1945 ca.	60 000 t
”	August	1945 ca.	90 000 t
”	September	1945 ca.	120 000 t
”	Oktober	1945 ca.	140 000 t
”	November	1945 ca.	155 000 t
”	Dezember	1945 ca.	170 000 t,

um dann zu Anfang des Jahres 1946 auf etwa 175 000 t zu steigen.

Nach Ankündigung der Kürzung der Lebensmittelrationen sank die Förderung plötzlich auf 150 000 t ab, also im Durchschnitt um 13 %. Aus einzelnen Zechen ist sogar eine Minderförderung gegenüber dem Februar 1946 um fast 30 % festzustellen, wovon etwa die Hälfte auf die Zunahme der Feierschichten, die andere Hälfte auf direkten Leistungsabfall zurückgeht.

Vor der angekündigten Kürzung der Lebensmittelrationen betrug die Leistung je Mann und Acht-Stunden-Schicht unter Tage noch 1 200 kg (gegenüber 2 000 kg

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 63–66.

vor dem Kriege und 1 620 kg gegen Schluß des Krieges), um dann im März 1946 auf 1 060 kg abzusinken.

Schichtmäßig durchgeführt bedeutet das, daß im Februar 1946 ca. 142 000 Schichten unter Tage bei insgesamt 212 500 Schichten befahren worden sind, während der März 1946 täglich durchschnittlich 140 000 Schichten unter Tage bei insgesamt 220 000 Schichten unter und über Tage aufweist.

Für die angestrebte Sollförderung von 300 000 t durchschnittlich täglich wären erforderlich bei Zugrundelegung der Friedensleistung (ca. 2 000 kg) 150 000 Schichten unter Tage, dagegen bei der Leistung gegen Kriegsende (1 620 kg) 185 000 Schichten unter Tage.

Zur Erreichung dieser Sollförderung von 300 000 t täglich wäre bei der Zugrundelegung auch nur der Förderung gegen Kriegsende ein Mehr an Gesamtschichten von 30 000, an Untertagsschichten aber von 45 000 erforderlich.

Das plötzliche starke Absinken der Kohlenförderung ist unzweifelhaft auf die Kürzung der Lebensmittelrationen zurückzuführen. Da dieser Rückgang bereits bei der Ankündigung eintrat, kann man ihn noch nicht auf schlechtere Ernährung, also auf physische Ursachen, zurückführen, sondern muß ihn in erster Linie den psychischen Auswirkungen der angekündigten Kürzung zuschreiben, dies insbesondere bei der rapiden Zunahme der Zahl der Feierschichten. Der Bergarbeiter sieht sich genötigt, der Arbeit fernzubleiben, um Zeit für Reisen über Land zur Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel bei den Bauern zur Verfügung zu haben.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Leistungen nach Durchführung der Kürzung aus psychischen Gründen nicht noch stärker absinken.

Da der Selbstverbrauch der Zechen der absoluten Höhe nach gleichbleibt, wird sein prozentualer Anteil an der Gesamtförderung nach Senkung der Produktion noch größer und die verfügbare Kohle daher noch geringer. Andererseits nehmen durch die bessere Wagengestellung der Eisenbahn die Haldenbestände so rasch ab, daß in wenigen Monaten kaum mehr mit solchen Beständen zu rechnen ist. Es wird schon jetzt erheblich mehr Kohle abtransportiert als gefördert.

Es wäre auch ein Trugschluß anzunehmen, daß der Leistungsausfall durch beliebige Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte ausgeglichen werden könnte. Die Arbeitsplätze wie auch die Arbeitsausrüstung können nicht beliebig vermehrt werden; das verbieten die räumlichen, die Rohstoff- und Produktionsverhältnisse. So zeigt denn auch der letzte Monatsbericht über den Arbeitseinsatz in der Nord-Rheinprovinz ein augenfälliges Absinken des Kräftebedarfs an Bergbauuntertagesarbeitern, was die Annahme zu rechtfertigen scheint, daß im Vergleich zu den vorhergehenden Monaten ein gewisser Sättigkeitsgrad im Kräftebedarf erreicht ist und die Zuweisungen der Arbeitsämter den Neuzugang an offenen Stellen zu überwiegen beginnen.

Es bleibt daher nichts anderes übrig, als alles daran zu setzen, den Leistungseffekt je Mann und Schicht nicht nur in seinem Abfall von 1 200 kg auf 1 060 kg aufzuhalten und rückgängig zu machen, sondern ihn wengistens dem Leistungseffekt gegen Schluß des Krieges anzupassen.

Dazu müßten insbesondere die Schichten unter Tage von 140 000 auf 185 000 Schichten vermehrt werden. Von diesen 185 000 Schichten würden etwa 60 % im Gedinge, d. h. vor Kohlen und Gestein geleistet werden; notwendig wäre also die Sicherstellung einer dieser schweren Arbeit vor Kohle und Gestein entsprechenden Ernährung für 111 000 Schichten und eine entsprechende Berücksichtigung für weitere 74 000 Schichten unter Tage, die der Förderung der Kohle und der Unterhaltung der Anlagen unter Tage dienen.

Es genügt aber nicht, den Bergarbeiter selbst von Nahrungssorgen zu befreien, wenn seine volle Leistungsfähigkeit erwartet wird, er darf auch nicht durch die Sorge bedrückt werden, daß seine Familienangehörigen nichts zu essen haben.

Die Zahl der notwendigen Mehrschichten ist von der Arbeitseinsatzseite her unerfüllbar. Dies zeigt aber auch, daß es durchaus nicht darauf ankommt, noch Hunderttausende von neuen Kräften dem Bergbau zuzuführen, wenn man zunächst einmal alle diejenigen Kräfte einsetzt, die eine gewisse Gewähr dafür bieten, den Leistungseffekt durch ihre fachliche Ausbildung zu steigern. Dazu gehört mit in erster Linie auch die Zuführung aller derjenigen Bergarbeiter, die sich noch in fremder Kriegsgefangenschaft befinden und dort in Bergwerken arbeiten.

Außer der genügenden Nahrungsmittelversorgung ist es allerdings auch unerläßlich, daß der Bergarbeiter ein Heim erhält, wenn von ihm ein Leistungseffekt verlangt wird, der wenigstens demjenigen, wenn auch nicht vor dem Kriege, so doch wenigstens in der Zeit gegen Kriegsende entspricht.

III. Demgemäß beantrage ich, daß der Militärregierung folgendes vorgeschlagen wird:

a) Ersatz der gegenwärtigen improvisierten Formen des Arbeitseinsatzes im Ruhrbergbau durch Maßnahmen, die die Zuweisung wirklich geeigneter Arbeitskräfte mit der Zuteilung ausreichender Mittel der Arbeitsausrüstung verbinden;

b) Beschleunigung der Entlassung der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Bergarbeiter und sonstiger Kriegsgefangener, die im Ruhrbergbau produktiv eingesetzt werden können;

c) Verbesserung der Lebensmittelzuteilung nicht nur an die Bergarbeiter selbst, sondern in gewissen Grenzen auch an ihre Familien;

d) Beschleunigung der Maßnahmen zur Versorgung der Bergarbeiter mit Wohnraum; hierbei in möglichst großem Umfange Schaffung von Wohnungen, die zur Unterbringung auch der Familie ausreichen.

TOP 38 Anlage 20

25. April 1946: Mitteilung des Deutschen Sekretariats (Zonenbeirat) Gedenktag für die Opfer des Faschismus[1]

Anlage 4 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14103/ZAC. – ZAC/P (46)13.

Durch Beschluß (22) ZAC/M(46)2 vom 13. April 1946[2] empfahl die Versammlung, die KPD möge zu obigem Gegenstand einen Antrag zur Aufnahme in die Tagesordnung der dritten Sitzung stellen.

Dieser Antrag ist hierunter angefügt.

Gedenktag für die Opfer des Faschismus
Antrag der kommunistischen Vertreter im Zonenbeirat

Der Zonenbeirat möge beschließen, die britische Kontrollkommission zu ersuchen, im Einvernehmen mit den Kontrollkommissionen der übrigen Besatzungszonen einen Sonntag im Jahr zum Gedenktage für die Opfer des Faschismus[3] zu erklären. An diesem Sonntag soll aller Opfer der zwölfjährigen nazistischen Herrschaft gedacht werden durch öffentliche Kundgebungen, würdige Feiern und durch Abhaltung von Gedenkgottesdiensten in allen Kirchen.

1 Die Anl. ist mit dem kursiv gesetzten Vorspann vom 25. 4. 1946 [!] auch schon als Anl. 12 zur 2. Sitz. überliefert. – Zur Behandlung der Anl. 20 und 21 vgl. Dok. III.3 mit Anm. 67–73.
2 Beschluß (22) ZAC/M(46)2 = Kurzprot. der 2. Sitz., TOP 22 (vgl. Dok. II.4).
3 Die Anl. entspricht in ihrem Wortlaut Anl. 48. Einzige Abweichung: einen Sonntag . . . für die Opfer des *Nationalsozialismus*.

TOP 38 **Anlage 21**

27. April 1946: Zusatzantrag Adenauer

Anlage 4 a zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

Rhöndorf/Rhein, den 27. 4. 1946

Zennigsweg 8 a

Dr. K. Adenauer

zu dem Antrag der kommunistischen Vertreter im Zonenbeirat vom 4. 4. 1946 [!] betreffend: Gedenktag.

Im Namen der CDU im Zonenbeirat beantrage ich, den Antrag der kommunistischen Vertreter wie folgt abzuändern und zu ergänzen[1]:

Der Zonenbeirat möge beschließen, die britische Militärregierung[2] zu ersuchen, im Einvernehmen mit den Militärregierungen[2] der übrigen Besatzungszonen *und der Kirchen*[3] einen Sonntag im Jahr zum Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus – für die politischen Opfer und die Opfer des Krieges im Felde und in der Heimat[4] – zu erklären. An diesem Sonntag sollen würdige Volkskundgebungen und Veranstaltungen und Gedenkgottesdienste in den Kirchen stattfinden.[5]

gez. *Adenauer*

1 Die Anl. entspricht bis auf die folgenden Abweichungen Anl. 49.
2 Anl. 49: statt Militärregierung(en): Kontrollkommission(en).
3 Fehlt in Anl. 49. Hervorhebung in der Vorlage.
4 Anl. 49: Opfer des Krieges; Paranthese fehlt.
5 Anl. 49: An diesem Sonntag soll aller im Felde und in der Heimat ruchlos geopferter Männer und Frauen durch öffentliche Kundgebungen, würdige Feiern und durch Abhaltung von Gedenkgottesdiensten in allen Kirchen gedacht werden.

TOP 39 Anlage 22

Protokoll der gemeinschaftlichen Tagung des Stuttgarter Länderrats mit Mitgliedern des Zonenbeirats

Anlage 5 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 74–84.

TOP 40 Anlage 23

Leitsätze zur Verwaltungsreform

Anlage 6 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 87–90.

TOP 42 Anlage 24

18. April 1946: Antrag Adenauer Zur geplanten Aufhebung des Oberlandesgerichts Köln[1]

Anlage 7 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

Dem Präsidenten des Oberlandesgerichts in Köln ist von der zuständigen Stelle in Hamburg mitgeteilt worden, daß das Oberlandesgericht in Köln demnächst aufgehoben werden würde. Ich beantrage, die Angelegenheit einer Nachprüfung zu unterziehen und einen etwa schon gefaßten Beschluß wieder aufzuheben aus folgenden Gründen:

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 101–114.

Das Oberlandesgericht Köln besteht seit über 130 Jahren. Es führte früher den Titel „Rheinisches Appellationsgericht" und war bis zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Rheinprovinz, 1. 1. 1900 und noch einige Zeit später, in vielen Rechtsfragen des Code civil das oberste Gericht. Seine Urteile in den Angelegenheiten des Code civil wurden gesammelt und veröffentlicht, und die Sammlung wurde auch den übrigen Ländern, in denen der Code civil gesetzt war, stark beachtet. Das Kölner Oberlandesgericht blickt somit auf eine sehr lange Tradition zurück, und es gilt weit über die juristischen Kreise der Rheinprovinz hinaus als ein wertvolles Erbe der Vergangenheit. Erst im Jahre 1907 ist das Oberlandesgericht Düsseldorf wegen der damaligen Überbelastung des Kölner Oberlandesgerichts errichtet worden.

Die Aufhebung des Kölner Oberlandesgerichts ist gleichbedeutend mit der Vernichtung einer wertvollen Tradition. Große Teile der Nord-Rheinprovinz empfinden auf den verschiedensten Gebieten, daß seit einiger Zeit ihr traditionelles Empfinden nicht genügend geachtet und daß anscheinend ihr Gesicht mit Gewalt nach Norddeutschland zugewendet werden soll. Ich weise hier hin auf die Verfügung der britischen Militärregierung über die Abstimmung betreffend Einrichtung der konfessionellen Schule. Die konfessionelle Volksschule war in Preußen durch Gesetz geschaffen, und zwar in Übereinstimmung mit allen Parteien. Die nationalsozialistische Regierung hat unter Bruch des Rechts im Jahre 1938 anstelle der konfessionellen Regelschule die sogenannte deutsche Einheitsschule eingeführt. Während auf allen anderen Gebieten offensichtliche Rechtsbrüche der nationalsozialistischen Regierung ohne weiteres beseitigt worden sind, ist das auf dem Gebiete der Volksschule nicht geschehen. Dabei handelt es sich hier um einen Rechtsbruch, der von den weitesten Kreisen der Bevölkerung als besonders empfindlich und verletzend angesehen worden ist. Es ist die bekannte Abstimmung vorgeschrieben worden, durch die denjenigen Eltern, die ihre Kinder auf eine konfessionelle Schule schicken wollen, genötigt wurden, dies unter nicht sehr vereinfachten Umständen schriftlich zu erklären. Man hat diese Anordnung der britischen Militärregierung in den weiteren Kreisen der Bevölkerung als nicht mit dem Willen der Bevölkerung übereinstimmend empfunden. Das Ergebnis der Abstimmung ist bisher nicht allgemein bekannt geworden. Soweit es bekannt geworden ist, zeigt es mit der größten Klarheit, daß es der Wille der Bevölkerung war, daß der alte Rechtszustand ohne weiteres wieder hergestellt werden sollte.

Auch auf dem Gebiete des höheren Schulwesens werden Bedenken laut, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß man den Besonderheiten der rheinischen Bevölkerung nicht genügend Rechnung trage.

Wenn jetzt das Oberlandesgericht ohne zwingenden Grund aufgehoben wird, so wird man darin jedenfalls in weiten Teilen der Nord-Rheinprovinz wiederum eine Minderachtung der Tradition der Nord-Rheinprovinz erblicken. Die Angelegenheit der Schließung des Oberlandesgerichts Köln muß zuerst unter diesem größeren und allgemeinen Gesichtspunkte betrachtet werden. Man wird dann zu dem Entschluß kommen, das Oberlandesgericht Köln weiter bestehen zu lassen. Es kommt noch folgendes hinzu:

Das Oberlandesgericht Köln hat genügend Räume. Auch die Richter haben Wohnungen. Durch die Schließung des Oberlandesgerichts Köln nimmt man der Stadt

Köln wiederum eine sehr wesentliche Behörde. Die Stadt Köln, die bis 1933 von allen Großstädten den geringsten Prozentsatz von nationalsozialistischen Wählern hatte, die aber infolge ihrer Lage nach Westen hin durch die Fliegerangriffe mehr geschädigt worden ist als irgendeine andere deutsche Großstadt, sollte man nicht durch die Entziehung von wichtigen Behörden und Einrichtungen noch weiter schwächen. Man sollte ihre Erholung vielmehr auf jede Weise zu fördern suchen. Die Stadt Köln blickt auf eine 2000jährige Vergangenheit zurück. Sie war der geistige und wirtschaftliche Mittelpunkt des deutschen Westens seit vielen Jahrhunderten. Ihre Erholung nicht befördern oder sogar schwächen, bedeutet den Versuch, eine wesentliche Änderung der geistigen Substanz des Rheinlandes vorzunehmen. Ich brauche nicht zu betonen, daß diese ganze, anscheinend vorhandene Tendenz, die Eigenheiten der Rheinländer unberücksichtigt zu lassen, auch politisch sich unerwünscht auswirken könnte. Die künstliche Grenzziehung, die jetzt infolge der Zoneneinteilung zwischen der Nord-Rheinprovinz und der Süd-Rheinprovinz und den angrenzenden Teilen Hessens und Badens besteht, wird dadurch in einer für Deutschland höchst unerwünschten Weise vertieft und gefördert.

Rhöndorf/Rhein, den 18. 4. 1946 *Adenauer*

TOP 42 **Anlage 25**

1. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Memorandum zur Tradition der Nord-Rheinprovinz

Anlage 8 zur 3. Sitzung.
PA 1/258. Übersetzung. Eilig!
HQ/14103/1/ZAC. – J. Nr. 328/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 100.

TOP 43 **Anlage 26**

26. April 1946: Bericht des Sonderausschusses „Erhaltung des deutschen Waldes“ in Detmold

Anlage 9 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

gez. Hinrich Wilhelm *Kopf*

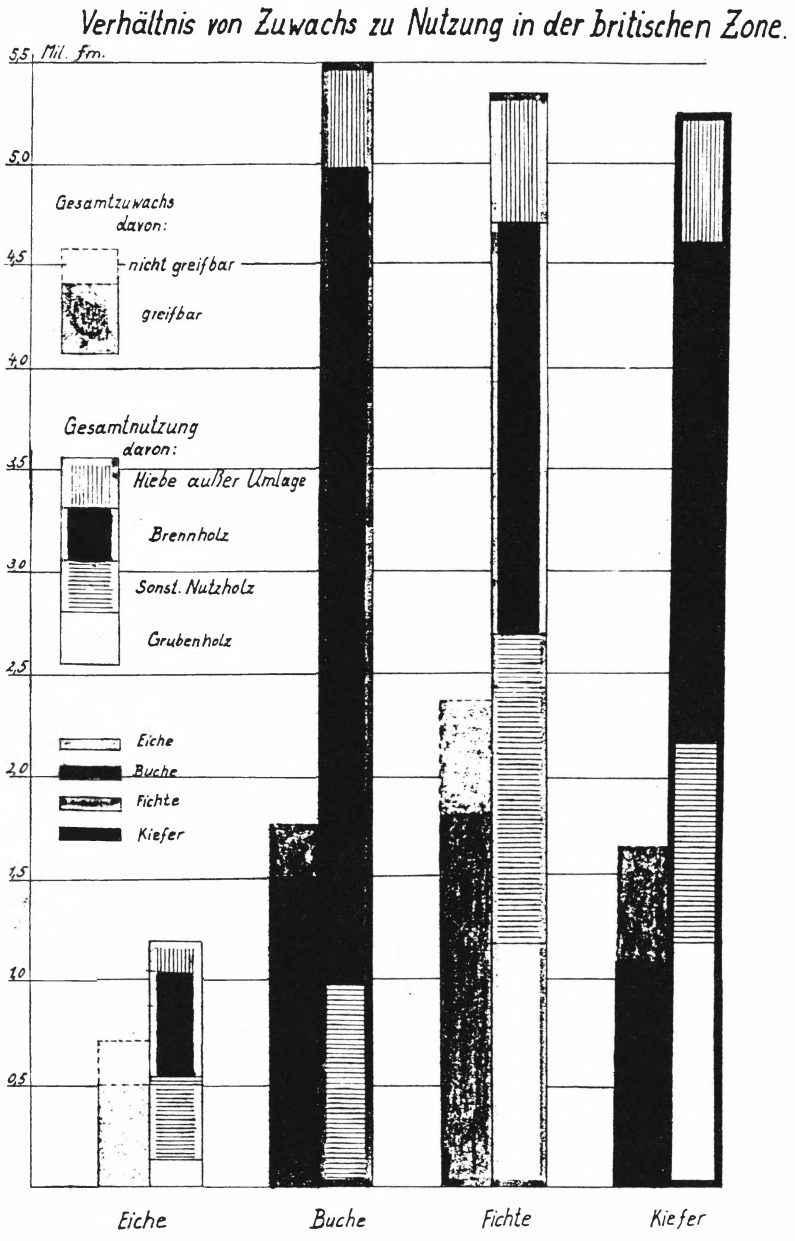
1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 153–158.

TOP 43

Zu Anlage 26

Waldbestand in der britischen Zone: Verhältnis von Zuwachs zu Nutzung

PA 1/163. Schaubild.



TOP 44 **Anlage 27**

Antrag Schumacher, Kopf und Grimme Zum Plan der deutschen Nachkriegswirtschaft, veröffentlicht am 28. März 1946[1]

Anlage 10 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.

Der Industrieplan beeinflußt in stärkstem Maße das Schicksal des deutschen Volkes. Seine Wirkungen lassen sich nicht ohne weiteres in vollem Umfange aus dem veröffentlichten Text ersehen. Zur Unterrichtung der Mitglieder des Zonenbeirats ist es daher erforderlich, daß dem Zonenbeirat von Sachverständigen eingehende Darstellungen über diese Wirkungen vorgetragen werden.

Demgemäß wird beantragt, daß dem Zonenbeirat in einer Sitzung des Plenums über die Wirkungen des Industrieplanes berichtet wird, und zwar in Bezug auf

a) die Versorgung der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern,

b) die Beschäftigung,

c) die öffentlichen Haushalte,

d) die Wirkungen auf die Standorte der Betriebe und die räumliche Verteilung der Bevölkerung.

gez. *Schumacher, Kopf, Grimme*

Die Kontrollkommission hat die Erörterung dieses Antrages unter folgenden Bedingungen genehmigt:

[. . .][2]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 214–216.
2 Vgl. Anl. 28.

TOP 44 Anlage 28

27. April 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Leitenden Sekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zum Plan für die deutsche Nachkriegswirtschaft[1]

PA 1/258. Übersetzung. Eilt! – Anlage 11 zur 3. Sitzung.
HQ/14103/1/ZAC.

1. Der Vorschlag von Dr. *Schumacher,* Oberpräsident *Kopf* und Dr. *Grimme* ist von der britischen Kontrollkommission zur Aufnahme in die Tagesordnung für die dritte Sitzung unter folgenden Bedingungen genehmigt worden:

a) Der Zweck der Untersuchung muß sein, konstruktive Ratschläge hervorzubringen, wie die Auswirkungen des Planes zu behandeln sind.
b) Der Plan ist in seiner bestehenden Form hinzunehmen und darf keiner Kritik unterworfen sein.
c) Um positive Ratschläge zu gewährleisten, müssen die Themen für die Spezialberichte sehr klar umrissen und in die Form von Fragen und bestimmten Antworten gekleidet sein.

2. Es wird vorgeschlagen, daß Sie über dieses Thema unter „Sonstiges" eine „Notiz des Deutschen Sekretariats" vorlegen, in dem die vorgenannten Bedingungen enthalten sind und dem der Antrag der Ratsmitglieder beigefügt ist. Das Aktenzeichen für diese Notiz ist ZAC/P (46)15.[2]

3. Wir wären dankbar, wenn Sie uns eine Abschrift der Notiz, die Sie vorzulegen beabsichtigen, so bald wie möglich überlassen würden. Eine Abschrift des Planes über die Höhe der deutschen Nachkriegswirtschaft wird zu Ihrer Orientierung beigefügt.[3]

gez. J. H. *Pink,* Oberstltn. für den Kontrolleur brit. Verbindungsstab

1 Vgl. Anl. 27, Anm. 1.
2 Vgl. hierzu PA 1/201: Themen für die Spezialberichte zu dem Antrag *Schumacher, Kopf, Grimme* . . ., ZAC/P (46)15. Das Papier enthält gezielte Fragen zum Industrieplan.
3 Überliefert mit Originalschreiben *Pinks* a. a. O. (14 Bl., engl. Fassung).

TOP 45 **Anlage 29**

2. Mai 1946: Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Entnazifizierung der Kohlenindustrie[1]

Anlage 12 zur 3. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)17. – J. Nr. 340/46.

1. Es sind durchgreifende Maßnahmen getroffen worden, um die Kohlenindustrie zu entnazifizieren, jedoch ist nunmehr ein Stadium erreicht, in dem die Entfernung weiteren technischen und Überwachungspersonals die Sicherheit in den Gruben, den allgemeinen Stand der Disziplin in den Gruben und den bereits niedrigen Produktionsstand gefährden würde.

2. Das Verfahren der Entnazifizierung ist deshalb ausgesetzt[2], obgleich noch 77 Personen in der Gruppe der befehlsgemäß zu Entlassenden und ungefähr 1 000 Personen in der Gruppe der nach willkürlichem Ermessen zu Entlassenden verblieben sind.

3. Der Zonenbeirat wird ersucht, diese Angelegenheit zu erörtern und sich nach Feststellung der Ansichten der Bergarbeiter-Gewerkschaften so bald wie möglich zu äußern, ob sie die ergriffenen Maßnahmen billigen oder nicht.

4. Wenn der Beirat die ergriffenen Maßnahmen nicht billigt, welche andere praktisch durchführbare Lösung wird vorgeschlagen?

5. Es werden Exemplare eines Berichtes über die Grubenkatastrophe bei Unna übersandt[3], um diese einem zum Studium der Angelegenheit etwa einzusetzenden Ausschuß zur Verfügung zu stellen sowie den Bergarbeiter-Gewerkschaften zuzusenden.

---

1 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 161–173. Laut hs. Zusatz auf der Anl. in PA 1/203 wurde sie am 3. 5. 1946, also während der Sitz., an die Ratsmitglieder verteilt; in der 4. Sitz., wurde sie als Anl. *54* erneut ausgegeben.

2 Vgl. hierzu Dok. III.3, u. S. 288. In die vorliegende Fassung ist die Korrektur schon aufgenommen, da es sich um die überarbeitete Form handelt, die mit dem Kurzprot. an die Ratsmitglieder verschickt wurde. In Anl. *54* hingegen liegt – wohl infolge eines Versehens – noch die ursprüngliche Fassung vor, deren Übersetzung *Adenauer* kritisiert hatte (vgl. PA 1/258: 4. Sitz., Anl. 19).

3 Vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 162–164.

TOP 35. a

Anlage 30

30. April 1946: Antrag Kopf

HStAD Nds. Z 50/77 b.

Der Zonenbeirat möge der Kontrollkommission empfehlen, daß angesichts der bedrohlichen Entwicklung in der Lebensmittelversorgung in der britischen Zone die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Fischen durch Sofortmaßnahmen soweit als irgend möglich gefördert wird.

Zu diesem Zweck werden folgende Maßnahmen angeregt:

1. [. . .][1]
2. Von den noch im Dienste bzw. im Charter der Marine befindlichen Fischdampfern sind 13 marineeigene und 20 reedereieigene Fischdampfer sofort für den Fischfangeinsatz zur Verfügung zu stellen.
3. Es sind unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um 100 52 m Fischdampfer sofort neu auf Kiel zu legen und das zum Bau der Dampfer notwendige Material zur Verfügung zu stellen.

1 Vgl. Dok. III.3, Anm. 115. Es wurde nur über Ziffer 1 abgestimmt.

Anlage 31

6. Mai 1946: Der von der Zensur freigegebene Text des Pressberichts zur 3. Zonenbeiratstagung am 2.–3. Mai 1946[1]

PA 1/258.

Hamburg, 6.Mai 1946

Über die Möglichkeiten einer Steigerung der Kohlenförderung, die außerordentlich ernste Ernährungslage und die Notwendigkeit zunehmender Einfuhren aus

1 Über die Formulierung der Pressenotiz wurde nicht mehr im Plenum entschieden, vgl. HStAH Nds. Z 50/77: Vertraulich! Vorläufige Niederschrift der am 2. und 3. Mai 1946 in Hamburg abgehaltenen 3. Sitzung des Zonenbeirats, 6. 5. 1946, S. 6 (Verfasser von *Campe*, Oberpräsidium Hannover). Zu Pressemeldungen über die 3. Sitz. vgl. etwa: Die Welt vom 7. 5. 1946: „Übergang zur Selbstregierung"; Hannoversches Nachrichten-Blatt vom 8. 5. 1946: „Neue Vorschläge des Zonenbeirates"; Neuer Hannoverscher Kurier vom 10. 5. 1946: „Neue Vorschläge des Zonenbeirates".

dem Ausland, die Rückwirkungen der gekürzten Lebensmittelrationen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung und schließlich wichtige Verwaltungs- und Rechtsprobleme fanden Beratungen auf der dritten Tagung des Zonenbeirates am zweiten und dritten Mai in Hamburg statt. Die Vollversammlung nahm gleichzeitig die ersten Arbeitsergebnisse der verschiedenen Ausschüsse entgegen, die auf der vorhergehenden Sitzung des Zonenbeirates errichtet wurden. Als Ergebnis der dritten Tagung wurden der britischen Militärregierung eine Reihe von Vorschlägen weitergeleitet.

Der Zonenbeirat in der britischen Zone ist von der Militärregierung zu ihrer Information und Beratung berufen worden. Seine Aufgabe besteht darin, zu Fragen Stellung zu nehmen, die ihm von der Militärregierung vorgelegt werden, oder nach vorheriger Genehmigung durch die Militärregierung aus seiner eigenen Mitte Probleme aufzuwerfen, über die der Beirat Entschließungen fassen und an die Militärregierung weiterleiten kann. Die Erörterungen und Entschließungen des Zonenbeirates haben derzeit noch vertraulichen Charakter.

Die Vollversammlung des Zonenbeirates nahm auf der dritten Tagung einen Bericht von Dr. *Agartz*, dem Vertreter der „Sachgebiete Handel und Industrie" über den Inhalt des „Spartaplanes" entgegen, der zur Steigerung der Kohlenförderung aufgestellt worden ist. Das Zentralamt für Wirtschaft hat der Militärregierung ein Gutachten über die Möglichkeiten zur Steigerung der Kohlenerzeugung vorgelegt, das auch auf die Ursachen für das Absinken der Produktion eingeht. Aus der Diskussion über diesen Bericht verdient hervorgehoben zu werden, daß folgende Gründe für das Sinken der Kohlenförderung maßgebend sind: Der Arbeitswille der Arbeiterschaft wird durch die geringe Hoffnung auf eine Besserung der Lebensbedingungen herabgemindert. Hinzu kommt die mangelnde Kaufkraft des Arbeitslohns und das niederdrückende Gefühl, für Exportzwecke zu arbeiten. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß mit Hilfe der Kohle in der Heimat hochwertige Exportartikel hergestellt werden könnten, die einen unvergleichlich höheren Gewinn an Devisen hereinbringen würden, als dies durch die Ausfuhr der Kohle möglich sei.

Mit den Rückwirkungen der gekürzten Lebensmittelrationen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich der Wohlfahrtsausschuß beschäftigt. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Prof. Dr. *Degkwitz*, gab die Zusicherung, daß allen damit zusammenhängenden Fragen auch künftig die größte Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Über die außerordentlich ernste Ernährungslage unterrichtete ein Vortrag von Dr. *Schlange-Schöningen*. An seine Ausführung knüpfte sich ebenfalls eine ausführliche Aussprache. Die Versammlung nahm mit Genugtuung davon Kenntnis, daß durch einige Sofortmaßnahmen die katastrophale Ernährungslage der Nord-Rheinprovinz gemildert werden konnte. Mit weiteren Krisen auf dem Gebiet der Ernährung sei jedoch für die Zukunft zu rechnen. Von *deutscher* Seite könnte dieser Lage nur mit geringen Mitteln und geringen Erfolgsaussichten entgegengetreten werden. Für die weitere Zukunft sei eine zunehmende Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande unbedingt erforderlich, wenn diese Krisen nicht zu Katastrophen führen sollten.

Über die Möglichkeiten des *Neuaufbaus der Verwaltung* berichtete der Vorsitzende des Rechts- und Verfassungsausschusses. Seine Ausführungen gingen von dem Grundgedanken aus, der auf der Stuttgarter Länderrats-Tagung herausgestellt wurde, an der auch Vertreter aus der britischen Zone teilnahmen. Auf dieser Zusammenkunft wurden die deutschen Länder als Bausteine eines zukünftigen deutschen Reiches betrachtet. Der Erreichung dieses Zieles müßten alle Verwaltungs- und Rechtsmaßnahmen dienen, die heute getroffen werden.

Der Vorsitzende des „Sonderausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes", Oberpräsident *Kopf*, wies nochmals auf die verheerenden Folgen hin, die mit Notwendigkeit eintreten müssen, wenn die Abholzung der deutschen Wälder im gleichen Umfange fortschreitet, wie das im Augenblick geschehe. Die Vorschläge des Ausschusses zur Begrenzung dieser Gefahr werden der Militärregierung zugeleitet.

Die Hauptversammlung erörterte weiter die Festsetzung eines „Gedenktages für die Opfer des Faschismus". Von gewissen Seiten des Zonenbeirates wurde der Gedanke zum Ausdruck gebracht, auch die Opfer des Krieges in einen solchen Gedenktag einzubeziehen.

Über die Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses hielt Staatsminister a. D. *Grimme* ein grundlegendes Referat. Er brachte die Möglichkeit einer Amnestie für die politisch belasteten jüngeren Jahrgänge zur Sprache.

Der Zonenbeirat wird Ende Mai zu seiner vierten Sitzung zusammentreten.

III. 3

Wortprotokoll der 3. Sitzung 2.–3. Mai 1946

PA 1/253; ungez. und undat. Wortprot., 151 Bl.

Vorsitz: *Lehr*
Beginn: 2. Mai 1946, 17.10 Uhr

Vorsitzender: Ich eröffne unsere heutige Sitzung und wünsche ihr einen gedeihlichen Verlauf. Die Tagesordnung enthält wichtige Punkte. Ich muß vor allem darauf verweisen, daß die Ernährungskrise in einzelnen Teilen der britischen Zone einen ernsten Charakter angenommen hat, daß aber alle Anstrengungen von der Militärregierung und deutscherseits unternommen werden, um der Lage Herr zu werden. Die Nachrichten, die soeben aus der Nord-Rheinprovinz als dem schwerstmitgenommenen Teile der britischen Zone eingetroffen sind, lauten etwas beruhigender. Trotzdem bleibt die Gesamtlage nach wie vor ernst. Wir kommen zu Punkt 1:

Verlesung des Protokolls [der 2. Sitzung]

Wird die Verlesung des Protokolls gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle die Genehmigung des Protokolls fest.

Punkt 2:

Mitteilungen des Generalsekretärs

Weisser: Nur drei Punkte. Die Geschäftsordnung des Zonenbeirats ist genehmigt worden mit zwei kleinen Maßgaben, die Ihnen im Verlaufe dieser Tagung oder durch die Post noch zugehen werden.[1] Der Zonenbeirat kann nach dieser Geschäftsordnung endgültig arbeiten. Eine Bitte aus diesem Anlaß:

Die Anträge, die dem Zonenbeirat zugehen, nicht nur von Mitgliedern des Zonenbeirats, sondern auch von sonstigen antragsberechtigten Stellen, sind an eine bestimmte Form gebunden. Diese Form ist Ihnen durch die Ihnen von uns zugestellten Unterlagen bekannt.[2] Darüber hinaus möchte ich Sie aber bitten, zur Erleichterung der Arbeit hier im Zonenbeirat und zur Erleichterung insbesondere der Arbeit der Verbindungsstäbe und der Prüfungen durch die Militärregierung die Anträge immer so zu formulieren, daß sie möglichst präzise in einem bestimmten

1 Vgl. das Rundschreiben *Weissers* vom 6. 5. 1946 mit der entsprechenden Anl. (PA 1/35). Die Korrekturen der KK wurden in die Anm. zu Anl. 7 aufgenommen (vgl. §§ 8, 9 und 27, Pkt. 8) und gehen auf das Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 2. 5. 1946 zurück (vgl. PA 1/65).

2 Vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 26.

Rhythmus angeben, welches der Anlaß des Antrages ist, welches die Gründe sind und worin das Begehren dieses Antrags unter Ziffer 1, 2, 3 usw. besteht. Es gehen uns immer noch in Briefform gekleidete Anträge zu, und ich möchte deshalb im Interesse der Antragsteller raten, eine ganz präzise und immer auf die konkreten Einzelwünsche ausgerichtete Formulierung zu wählen.

Sodann darf ich noch mitteilen, daß auf das Beileidstelegramm anläßlich des Ablebens des Kardinals von *Galen* eine Antwort eingegangen ist[3]:

> „Namens des deutschen Episkopats danke ich dem Zonenbeirat für den Ausdruck der Teilnahme beim Tode des Kardinals von *Galen*. Wir sind uns der Größe des Verlustes in religiöser und *nationaler* Beziehung bewußt und werden bemüht sein, ihn nach Kräften zu ersetzen."

Vorsitzender: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn Dr. *Agartz* das Wort als Berichterstatter zu Punkt 3:

Bericht über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie

Agartz: In der letzten Sitzung des Zonenbeirats war die Frage gestellt worden, mit welchem Inhalt sich der Sparta-Plan befasse. Es war mir möglich, in einigen kurzen Erklärungen über wesentliche Punkte des Sparta-Planes Ausführungen machen zu können.[4] Meine heutigen Darlegungen sollen diese kurzen Hinweise in materieller Hinsicht ergänzen.

Die Aufgabe des Sparta-Planes besteht darin, einen ausgeglichenen Industrieplan aufzustellen, der, wie es wörtlich heißt, auf einem Minimum des deutschen Bedarfs beruht und sich in den Grenzen der heimischen Rohstoffe, Energie und Transportmittel hält. Eine weitere Aufgabe des Sparta-Planes besteht darin, eine möglichst große Sparsamkeit im Einfuhrprogramm zu erzielen bei gleichzeitig höchstmöglicher Steigerung der Ausfuhr zum Zwecke der Einfuhrbezahlung.

Der Zweck des Sparta-Planes besteht also darin, einen Plan für den deutschen Güterbedarf innerhalb der britischen Zone aufzustellen. Wenn man den Inhalt des Sparta-Planes durchsieht, wird man feststellen, daß der vorliegende Bedarf – und das ist ja keine unbekannte Tatsache – die verfügbare Menge bereits beträchtlich übersteigt. Es ist daher notwendig und grundsätzlich festzulegen, in welcher Weise die verfügbaren Mengen aufgeteilt werden sollen, und ferner, wie diese verfügbaren Mengen künftig mit zu erhöhen sind.

Für beide Aufgaben ist eine der wesentlichen Voraussetzungen die Zuweisung von genügend Kohlen und genügend Stahl an die Grundstoffindustrien, damit diese Industrien nicht nur die Voraussetzungen bekommen, ihre Unterhaltungsbedürfnisse zu decken, ihre Ersatzbedürfnisse zu befriedigen, sondern darüber hinaus auch, um die gegenwärtige Produktion wesentlich zu steigern.

---

3 Original des von Kardinal *Frings*, Erzbischof von Köln, unterzeichneten Telegramms vom 1. 4. 1946 in: PA 1/84. Ergänzung gemäß dieses Telegramms.

4 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 158–161.

Bisher ist die Verteilung der entscheidenden Rohstoffe, Kohle und Stahl, durch die Militärregierung vorgenommen worden, etwa gleichmäßig an die Grundstoffindustrien und an die Industrien zweiten Grades. Wenn nun der Sparta-Plan sich die Aufgabe setzt und durchaus in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Bedürfnisse zuerst die Rohstoffindustrien bevorzugt, um von hier aus die Versorgungsgebiete der Industrie anzukurbeln, so ist damit zu rechnen, daß der Übergang zu einer Politik dieser betonten Bevorzugung der Grundstoffindustrien möglicherweise vorübergehend unerwünschte Verschiebungen in der Versorgungsgüterindustrie nach sich ziehen kann. Es kommt aber in erster Linie darauf an, und hier sieht der Sparta-Plan seine wesentlichste Aufgabe vorliegen, folgende Industrien in erster Linie auszuweiten: Kohle, Stahl und Eisen, die Schwerchemikalien, Ernährung und Landwirtschaft, Transportmittel, Gas, Wasser und Energie.

Ich habe in der letzten Sitzung des Zonenbeirats darauf hinweisen können, daß der Sparta-Plan vorsieht, daß bei der Erfüllung dieser Aufgaben weitgehend die deutschen Organisationen herangezogen werden, und hier liegt eine außerordentlich positive Seite des Sparta-Planes, daß sowohl das Zentralamt für Wirtschaft beratend bei der Aufstellung des nächsten Vierteljahresprogramms mitwirken soll und für das Programm ab Oktober bis Dezember die deutschen Stellen allein die Verantwortung für die Verteilung der Grundstoffe tragen sollen.

Damit werden sowohl das Zentralamt für Wirtschaft wie auch die Generalreferenten bei den Länderchefs und den Oberpräsidenten eine erhebliche Verantwortung bekommen, die sie aber lebhaft begrüßen, weil damit die Gewähr gegeben ist, daß hier die ersten Anfänge für eine einheitliche Wirtschaftspolitik in der englischen Zone gelegt werden können.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben, wie der Sparta-Plan sich sein Vorgehen denkt, möchte ich Ihnen die Zahlen einmal zur Kenntnis bringen, die für das zweite Vierteljahr vorgesehen waren.

Man ging von einer zu erwartenden Kohlenförderung von 19,5 Millionen t aus. Von dieser Förderungsziffer sind abzusetzen: die Kohlen, die für den Export angefordert werden, d. h. die Kohlen, die für die Bezahlung der Lebensmitteleinfuhr dienen, mit 3,15 Millionen t, dann Kohlen für Österreich mit 580 000 t, Kohlen für die anderen Zonen in Deutschland mit 4 500 000 t, für die Stahlproduktion mit 637 000 t, für die Elektrizität mit 243 000 t, für Gas mit 204 000 t.

Nach dieser Aufstellung, die ich nur in runden Zahlen angegeben habe, würden für die britische Zone im zweiten Vierteljahr 10 Millionen t verbleiben. Der Rückgang der Kohlenförderung, der bereits anfangs des Jahres eintrat deshalb, weil er stagnierte und damit einem Rückgange gleichkam, setzte sich vom 1. März ab fort und macht diese Vorschläge völlig illusorisch, und zwar so weitgehend, daß mit einem auch nur einigermaßen zu verteilenden Teil für die britische Zone kaum mehr zu rechnen war.[5] Der Deutsche Wirtschaftsrat hat sich dann auf Grund dieser

5 Infolge der drastischen Lebensmittelkürzungen in der 86. ZP sanken auch die Zuteilungen für die Bergleute von 3 430 Kal. im Februar auf 2 860 Kal. im März 1946. Entsprechend ging die Förderleistung je Schicht und Mann vor allem im Untertagebau an der Ruhr von 955 kg im Februar auf 834 kg im März zurück, vgl. hierzu Friedensburg, S. 150, ferner Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft 1/1947, S. 3–7, sowie Anl. 19.

Sachlage veranlaßt gesehen, sein besonderes Augenmerk den Gründen zu widmen, die zu einem Abfall dieser Förderung geführt haben, und hat in mehreren Tagen durch Verhandlungen, durch Besprechungen und durch Vernehmung von Sachverständigen einige Gutachten angefertigt, die auch vom Zentralamt für Wirtschaft vollinhaltlich übernommen wurden und der britischen Militärregierung überreicht werden konnten.[6]

In diesem Memorandum sind die Ursachen für den Abfall der Kohlenförderung dargelegt und im wesentlichen wie folgt begründet:

Der Deutsche Wirtschaftsrat stellt zunächst einmal fest, daß eine Erhöhung der Kohlenförderung in erster Linie notwendig ist durch den Einsatz technischer und organisatorischer Verbesserungen und in zweiter Linie durch eine Verstärkung der menschlichen Arbeitskraft innerhalb des Kohlenbergbaus. Die menschliche Arbeitskraft kann nach den angestellten Untersuchungen in zweifacher Hinsicht vermehrt eingesetzt werden: einmal durch eine Erhöhung der im Bergbau beschäftigten Arbeitskräfte und zum andern durch die Erhöhung der Leistung der einzelnen Arbeiter.

Die angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß der letztere Weg, der Weg, über die Erhöhung der Leistungen des einzelnen Arbeiters zu einer erhöhten Förderung zu kommen, im Augenblick der wichtigste und am meisten Erfolg versprechend ist, wobei zwar die übrigen Wege, nämlich organisatorische und technische Verbesserungen und vermehrter Einsatz von Arbeitskräften, nicht vernachlässigt werden sollen.

Soweit diese beiden Punkte in Frage kommen, wurde festgestellt, daß es notwendig ist, ein besonderes Augenmerk der Beschaffung von Ersatzmaterial, von bergbautechnischem Material, von Grubenholz, von elektrischem Material, Werkzeugen und Kugellagern zu schenken, weil gerade auf diesen Gebieten oft eine Mangellage vorhanden ist, die nicht immer reibungslos überwunden werden kann.

Der Wirtschaftsrat kam auf Grund seiner Untersuchungen hinsichtlich dieses Teils einer Hilfe für die Erhöhung der Förderung zu dem Ergebnis, daß die bergbaulichen Zulieferungsindustrien zu Betrieben der ersten Dringlichkeitsstufe erklärt werden müssen und daß vor allen Dingen diese Industrien gerade auch jetzt in erster Linie bei der Erteilung von Betriebserlaubnissen Berücksichtigung finden müssen. Ebenfalls wurde auf Grund von praktisch vorliegenden Fällen der Wunsch geäußert, der in dieser Form auch der britischen Militärregierung zugesandt worden ist, daß in keinem Falle wichtige Betriebe der Zulieferungsindustrie für Reparationszwecke abgebaut werden dürfen.

---

6 *Agartz* bezieht sich auf die bereits in der 2. Sitz. (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 159) angekündigte Düsseldorfer Tagung des Deutschen Wirtschaftsrates vom 1. bis 3. 4. 1946. Das genannte „Gutachten des Deutschen Wirtschaftsrates zur Kohlenfrage" vom 10./11. 4. 1946 befindet sich als Anl. 1 bei dem Bericht über das Bergarbeiter-Punktsystem. Es gibt die Ergebnisse der sog. „Düsseldorfer Kohlenkonferenz" wieder, die in Abweichung von dem oben angeführten Termin aber nur vom 1. bis 2. 4. tagte. Während der oben zitierte Bericht erst im März 1947 gedruckt vorlag, ging das „Gutachten" vom 10./11. 4. 1946 den Mitgliedern des ZB bereits vorher zu. Vgl. z. B. eine Abschrift in: HStAD NW 53/722, fol. 16–28. Zur Konferenz vgl. insgesamt BA NL *Frowein* 15. Ein längerer Vermerk über die Tagung auch in PA 1/204.

Die Gesamtförderung ist, wie ich schon sagte, wesentlich abhängig von der Höhe der Leistung je Mann und Schicht. Die Zuführung neuer Arbeitskräfte bereitet außerordentliche Schwierigkeiten, und alle bisherigen Versuche, geeignete neue Arbeitskräfte aus fremden Berufen heranzuziehen, haben enttäuschende Ergebnisse gehabt.[7] Insbesondere die Dienstverpflichtung jüngerer Arbeitskräfte ist nach allen angestellten Untersuchungen keine Lösung, um den Bedarf von 130–150 000 Menschen, die im Ruhrbergbau benötigt werden, zu decken. In erster Linie ist daher die Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Leistungswilligkeit der Arbeiter notwendig.

Die Ursachen für den Abfall des Leistungswillens und der Leistungsfähigkeit sind sowohl psychologischer wie materieller Art. Die Untersuchungsergebnisse des Wirtschaftsrates haben ergeben, daß psychologische Ursachen in erheblichem Umfange bei dem Abfall der Förderung eine Rolle gespielt haben. Es herrscht eine allgemeine Enttäuschung vor bei den Bergarbeitern über die anscheinende Aussichtslosigkeit auf Besserung der jetzigen primitiven Lebensbedingungen, unter denen die Bergarbeiter heute zu arbeiten gezwungen sind. Eine weitere psychologische Hemmung für die Steigerung des Leistungswillens besteht darin, daß der Bergarbeiter auf Grund seiner persönlichen materiellen Lage gezwungen ist, die an sich geringe Freizeit durch Feierschichten zu erhöhen, die er teils zur Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel, für die eigene Gartenbestellung oder für häusliche Reparaturarbeiten benutzt.

Weiter herrscht in den Kreisen der Bergarbeiter eine erhebliche Erbitterung über die gleichfalls am 1. März eingetretene Verschlechterung der sozialen Fürsorge, insbesondere über die einschneidende Kürzung der Knappschaftsversicherung.[8] Unzufriedenheit liegt auch vor mit den Lohnverhältnissen und vor allem mit der Unmöglichkeit, den erhaltenen Lohn in dringend benötigte Konsumgüter umzusetzen.

Zu den psychologischen Ursachen, die den Leistungswillen stark beeinträchtigen, gehören auch die vorgebrachten Klagen über die Unzufriedenheit bezüglich der Beschränkung der Rechte, die den Betriebsverwaltungen nach Ansicht der Bergar-

---

7 Im Vgl. zur Vorkriegszeit herrschte im Bergbau ein Mangel an Fachkräften vor allem jüngeren Alters. Im Laufe des Krieges waren immer mehr Bergarbeiter eingezogen und durch Kriegsgefangene und Fremdarbeiter ersetzt worden. Deren Anteil an der Gesamtbelegschaft lag im Februar 1945 bei 42,6 %, und ihr Ausfall nach Kriegsende verschlechterte die Personallage erheblich. Genauere Zahlenangaben in: Ursachen der niedrigen Förderung, S. 2 f. Die ab Ende 1945/Anfang 1946 durchgeführten Dienstverpflichtungen in der brit. Zone hatten aufgrund der unzureichenden Wohn-, Arbeits- und allgemeinen Lebensverhältnisse nicht den erwarteten Erfolg. Durch das Bergarbeiter-Punktsystem ab 16. 1. 1947 setzte dann eine langsame Besserung ein, die allerdings durch die insgesamt weiterhin krisenhafte Situation Schwankungen unterworfen war; vgl. hierzu Niehues; Bericht über das Bergarbeiter-Punktsystem; Schmitz, S. 124–140 sowie S. 348 f.

8 Gemäß Sozialversicherungsdirektive Nr. 13 der brit. MR vom 26. 1. 1946 – betr. Knappschaftliche Rentenversicherung – wurden die Knappschafts- bzw. die Witwenrente auf je 50 % und die Knappschafts- bzw. Witwenvollrente auf je 70 % der Normalrente gekürzt, auf die der Rentner Anspruch hatte. Diese Regelung trat am 1. 3. 1946 in Kraft, vgl. Arbeitsbl. brit. Zone, 1/1947, S. 17 f. Durch Sozialversicherungsdirektive Nr. 23 vom 14. 11. 1946 wurde diese Kürzung ab 1. 12. 1946 jedoch wieder aufgehoben, vgl. a. a. O., S. 21 f.

beiter zugesprochen werden müssen, und auch das nach Meinung der Bergarbeiter oft zu scharfe Vorgehen der Militärregierung in Fragen arbeitsrechtlicher Dinge innerhalb der Bergwerke.

Eine weitere Reaktion, die den Leistungswillen des Bergarbeiters nach übereinstimmender Auskunft sehr stark beeinflußt, ist, daß die Mehrförderung von Kohle nicht der deutschen Volkswirtschaft in ihrer augenblicklichen Lage zukommt und damit eine allgemeine Besserung wenigstens in den Anfängen eintritt, sondern daß diese Kohle zu einem erheblichen Teil zu Reparations- oder Exportzwecken verwendet wird.[9]

Die materiellen Ursachen, die in dem Memorandum niedergelegt sind, liegen, wie schon angedeutet, in erster Linie auf ernährungspolitischem Gebiete. Sie betrafen die Stellung des Bergarbeiters und seine Lebensbedingungen, die künftig durch eine Reihe von Maßnahmen zu beheben wären.

Der Deutsche Wirtschaftsrat hat in seinen Untersuchungen eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die, wenn ich sie kurz vortrage, gleichzeitig auch diese Probleme wiedergeben, die für den Abfall der Leistung eine Rolle spielen.

Es wird als notwendig empfunden, daß die Lebensmittelrationen der Untertagarbeiter von 2 950 Kalorien[10] gegenwärtig auf 3 800 erhöht werden müßten. Dabei ist vorgeschlagen worden, daß diese notwendige Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen zukünftig an Zusatzkarten gebunden sein soll, deren Ausgabe an die Anzahl der verfahrenen Schichten geknüpft wird, um auf diese Weise die Erhöhung der Lebensmittelzulage mit der erzielten Leistung in Verbindung zu bringen.

Zur Steigerung des Reallohnes des Bergarbeiters ist vorgeschlagen worden, besondere Bergarbeiterbezugsscheine auf Textilien und Haushaltsgüter auszugeben, die ebenfalls von den verfahrenen Schichten abhängig gemacht werden, dann aber nicht nur an die Untertagearbeiter, sondern an die gesamten Bergarbeiter zur Verteilung kommen sollen.

Es wird nach der Expertenuntersuchung für notwendig gehalten, die eingetretenen Änderungen der Knappschaftsversicherung wiederaufzuheben und eine wesentliche Verbesserung des neu eingetretenen Zustandes in der Knappschaftsversicherung anzustreben.[11]

Als notwendig angesehen wird eine Verbesserung der Lohnverhältnisse, da der Bergarbeiter heute bei den Lohnsätzen, die gegenwärtig tariflich festgelegt werden, nicht die Stellung hat, die der Bergarbeiter zu beanspruchen hat. Auch eine Änderung der Arbeitszeit wenigstens für die Übertagarbeiter wurde als notwendig angesehen, weil die Übertagarbeiter im Gegensatz zu allen übrigen Berufen noch eine längere Arbeitszeit haben, als sie sonst allgemein üblich ist.[12]

---

9 Vgl. die Stellungnahme der KK in Anl. 33; siehe hierzu ferner Jerchow, S. 262–266.

10 Laut Kurzprot. der 3. Sitz. (Dok. III.4), TOP 34: 2 500 Kal. In dem o. zit. Gutachten des WR ist die (korrekte) Zahl 2 950 angegeben (vgl. o. Anm. 6, hier: S. 7).

11 Vgl. hierzu wie auch zu den weiteren Ausführungen *Agartz'* und *Lehrs* die Stellungnahme der KK in Anl. 33.

12 Die tägliche Arbeitszeit der Übertagearbeiter betrug laut Gutachten (vgl. o. Anm. 6, hier: S. 7) 10 Stunden.

Es wurde als notwendig anerkannt, die Rechte der Betriebsvertretung zu erhöhen, damit die Bergarbeiter ein Sprachrohr haben, mit dessen Hilfe sie in der Lage sind, ihre Wünsche in geeigneter Weise auch in der Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Organisation vorzubringen und zu vertreten.

Weiter wurde vom Wirtschaftsrat als notwendig angesehen, daß bald eine Ankündigung erfolgt über eine Planung zur Errichtung von angemessenen Bergarbeiterwohnungen, und zwar nach der in Deutschland üblichen Art.

Aus den Ergebnissen dieser Expertentagung ergeben sich gleichzeitig in dieser Aufzählung auch die Gründe, die einen wesentlichen Anteil am Abfall der Leistung psychologisch sowohl wie materiell beigetragen haben.

Das Problem der Kohle, das, wie immer wieder mit Recht betont wird, Voraussetzung jeder weiteren industriellen Tätigkeit ist, greift natürlich in eine ganze Reihe von übrigen Industrien hinüber, und bevor ich einige grundsätzliche Fragen hier noch mitteile, möchte ich vorher erst an einigen Einzelbeispielen bestimmter Industrien Fragen zur Kenntnis geben, die das Problem, vor dem heute die deutsche Wirtschaft steht, besonders deutlich machen.

Neben der Kohle als Energie spielt in zweiter Linie die Elektrizität eine nicht unerhebliche Rolle. Sie ist für die Wiederingangsetzung der Wirtschaft fast ebenso unentbehrlich wie die Kohle selbst. Großkraftwerke innerhalb der britischen Zone hatten durch Kriegseinwirkung erhebliche Beschädigungen erlitten, so daß sie teilweise ganz ausgefallen waren. Auch Übertragungs- und Verteilungsanlagen der Elektrizitätswirtschaft waren in erheblichem Umfange durch die Kriegswirkungen in Mitleidenschaft gezogen. Die hochentwickelte Verbundwirtschaft innerhalb Deutschlands konnte es jedoch erreichen, daß im allgemeinen Störungen größeren Ausmaßes vermieden wurden. Auf Grund der Kohlenlage und der angeordneten Ausfuhr von elektrischer Energie nach Belgien, Holland, Frankreich, in die amerikanische und französische Zone wurden Einschränkungen notwendig.

In zunehmendem Maße sind jedoch die Voraussetzungen geschaffen worden, daß es heute möglich ist, eine reibungslose Bedarfsversorgung der Wirtschaft mit Elektrizität durchzuführen, als es gelang, den Elektrizitätswerken die genügende Kohle zuzuführen.

Hier greift das Kohlenproblem unmittelbar in den zweiten Träger, die Energie, hinein. Die Instandsetzung der Betriebsanlagen macht außerordentliche Schwierigkeiten, weil Ersatzteile nur in beschränktem Umfange verfügbar sind. Für die Erhaltung der Anlagen und auch für ihre Unterhaltung ist es von Nachteil, daß kein einziger Betrieb der großen Elektroindustrie seinen Sitz in der britischen Zone hat. Weiterhin befinden sich sämtliche Fabriken für die Herstellung von Hochspannungsisolatoren in der amerikanischen, vorwiegend aber in der russischen Zone. Damit wird gleichzeitig ein zweites Problem neben der Kohle deutlich, das heute die Fragen unserer Wirtschaftspolitik in der englischen Zone auf das Engste berührt, nämlich die Beziehungen zu den anderen Zonen, die aber auch noch an einigen anderen Beispielen deutlich zu machen sind.

Soweit ein weiterer Grundstoff für den Aufbau der deutschen Wirtschaft innerhalb der englischen Zone notwendig ist, Rohstahl, ist die Beziehung zur Kohle und zur Energie besonders deutlich. Die Rohstahlerzeugung betrug im November 1945

102 000 t und ist dann bis Februar 1946 auf 167 000 t gestiegen. In dieser Höhe ist die deutsche Rohstahlerzeugung bis heute stehengeblieben, und zwar ausschließlich daher, daß der deutschen Stahlerzeugung nur 280 000 t Kohlen zur Verfügung gestellt werden können. Von einer Quartalsproduktion geht durchschnittlich eine Monatserzeugung an die übrigen Zonen in Deutschland ab.

Neben der Schwerindustrie ist in der britischen Zone die Textilwirtschaft mit an erster Stelle zu nennen. Die Textilwirtschaft ist im Verhältnis zur Bevölkerung innerhalb der britischen Zone sehr bedeutend. Sie ist dennoch nicht in der Lage, die Versorgung der Zone mit den in Betracht kommenden Erzeugnissen sicherzustellen. Es gibt in der britischen Zone beispielsweise keine Fabrik zur Herstellung von gewirkten Damenstrümpfen. Die Kapazitäten aller Wirkereien, Strickereien, Teppich- und Möbelstoffindustrien, die Industrien für die Herstellung von Näh-, Stopf- und Strickgarnen reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf der Zone zu decken.

Andererseits dagegen ist innerhalb des Textilsektors der britischen Zone ein Überschuß gewesen für die Herstellung von Seide und Samtwaren, für Leinen- und Juteweberei. Auch hier stößt neben den Ursachen, die in der Rohstoffversorgung liegen, wieder die Frage der Aufteilung Deutschlands in Zonengebiete in die Versorgungsmöglichkeit der Bevölkerung sehr stark herein.

An einheimischen Rohstoffen für die Versorgung der Textilindustrie kommen Zellwolle und Kunstseide in Frage, deren Erzeugung aber von der Kohle abhängig ist, auch von der Bereitstellung bestimmter Chemikalien, die nur in beschränktem Umfange zu haben sind.

Alle Hinweise auf die Lage einzelner Industrien, die ich lediglich mit einigen Zahlen versucht habe, hier deutlich zu machen, zeigen, daß eine wirksame Belebung der gesamten Wirtschaft nur durch eine baldige Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit erreicht werden kann. Bis zur Erreichung dieses Zieles kommt dem interzonalen Verkehr eine besondere Bedeutung zu.

Die Beschlüsse der Frankfurter Wirtschaftstagung sind bisher noch nicht verwirklicht worden, obwohl auf dieser Tagung zwischen den Vertretern der britischen und der amerikanischen Militärregierung und den deutschen Stellen völlige Einigkeit über die zukünftige Regelung des interzonalen Verkehrs erzielt werden konnte.[13] Die britische Militärregierung legt Wert darauf, daß, bevor diese Beschlüsse der Frankfurter Wirtschaftstagung zur Durchführung kommen, noch einmal ein Versuch unternommen wird, alle vier Besatzungsmächte in der Frage des interzonalen Verkehrs auf einen Nenner zu bringen.[14] Zu diesem Zwecke werden in den Tagen vom 7. und 8. Mai in Minden Besprechungen stattfinden zwischen briti-

13 Vgl. hierzu Dok. II.3, Anm. 78.

14 Einem Schreiben des ZfW, *Hieronimi,* an *Lehr* vom 4. 5. 1946 ist allerdings zu entnehmen, daß nach den Unterlagen der Trade and Industry Division der KK in Minden die Alliierten sich derzeitig nicht in der Lage sähen, eine Einigung über eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Deutschland zu erzielen. Man rechne eher mit einer weiteren Erschwerung des Interzonenhandels, sogar zwischen der brit. und am. Zone. An eine Durchführung der Frankfurter Entschließungen vom Februar 1946 sei nicht zu denken. Vgl. HStAD NW 53/280, fol. 22 f.

schen, amerikanischen, russischen und französischen Offizieren.[15] Für diese Tagung ist die Initiative von der britischen Kontrollkommission ausgegangen. Der Gegenstand der Besprechungen dieser Tagung der Vertreter der vier alliierten Mächte geht 1. dahin, eine einheitliche Liste aller bewirtschafteten Güter, die auch in Zukunft dem interzonalen Genehmigungsverfahren unterliegen sollen, aufzustellen, 2. den Austausch von Bedarfsanforderungen von Zone zu Zone mit dem Ziele festzulegen, die Lieferzusagen jeder Zone zu einem Bestandteile der Produktionsplanung zu machen, d. h. sozusagen die Spartapläne der einzelnen Zonen aufeinander abzustimmen, und 3. eine Übereinstimmung darüber zu erzielen, daß alle nicht bewirtschafteten Güter ohne jedes Genehmigungsverfahren frei von Zone zu Zone transportiert werden können.

Ob und in welchem Umfange die Konferenz der Vertreter der vier alliierten Mächte Erfolg haben wird, steht noch nicht fest. Es ist jedoch möglich, zu erklären, daß, falls diese Konferenz nicht zu einem einheitlichen Ergebnis kommen wird, sich vermutlich die britische mit der amerikanischen Zone dahin verständigen wird, daß dann die Beschlüsse der Frankfurter Wirtschaftskonferenz voll in Wirksamkeit treten.

Es muß jedoch leider betont werden, daß trotz der in Frankfurt vereinbarten Beschlüsse auch deutsche Stellen sich nicht immer an die Ergebnisse der Übereinkunft, die in Frankfurt erzielt werden konnte, halten, und es muß festgestellt werden, daß beispielsweise das bayerische Landwirtschaftsministerium auch bis heute noch jede Lieferung von Lebensmitteln von entsprechenden Gegenlieferungen an gewerblichen Erzeugnissen abhängig macht, ein Verhalten, das mit dem Geist, in dem die Frankfurter Besprechung abgeschlossen ist, nicht zu vereinbaren ist, auch nicht zu vereinbaren mit jener Lage, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf dem Gebiete der Ernährung heute vorliegt.

Es besteht allerdings in der Verbesserung des interzonalen Verkehrs eine gewisse Schwierigkeit dadurch, daß in den vier Zonen eine unterschiedliche Wirtschaftspolitik gehandhabt wird. So wird in der französischen Zone auch jetzt noch jeder Verkauf vom Hersteller an den Handel für genehmigungspflichtig erklärt, und es ist selbstverständlich, daß ein solches Verfahren nur sehr schwer mit einer interzonalen Güterbewegung vereinbart werden kann. Es ist allerdings auch, soweit das Zentralamt für Wirtschaft feststellen konnte, bemerkenswert, daß die Versuche innerhalb der britischen Zone, den interzonalen Verkehr in Bewegung zu bringen, nicht einheitlich sind. Die Nord-Rheinprovinz steht in der Entwicklung des inter-

15 Es handelt sich um eine Tagung der Arbeitsgruppe für interzonalen Handel der vier Mächte. Sie wurde allerdings auf den 20. 5. 1946 vertagt und nach Berlin verlegt. Eine Klärung über den Interzonenhandel führte sie ebensowenig herbei wie die am 27. 5. 1946 für mehrere Tage angesetzte Verhandlung des KR in dieser Frage. Vgl. HStAD, a. a. O., fol. 17: Vermerk *Richters* für *Lehr* vom 5. 6. 1946. Derartige Zusammenkünfte wurden des öfteren in Minden und Berlin abgehalten, so etwa zwischen den drei Wirtschaftsministern der US-Zone und Vertretern aus der SBZ am 13./14. 6. 1946 in Berlin (IfZ NL *Pollock:* ED 122, Bd. 98: Schreiben *Pollock* an *Clay*, 24. 6. 1946) oder am 12. 7. 1946 in Minden, wo jeweils getrennte Gespräche zwischen Vertretern der brit. Zone und den anderen drei Zonen stattfanden (a. a. O., Bd. 99: Bericht *Müllers*, 12. 7. 1946).

zonalen Verkehrs weit an der Spitze, während aus allen anderen Gebieten teilweise nur sehr geringe Ergebnisse vorliegen.

Es ist notwendig, neben der Beseitigung dieser Schwierigkeiten, die durch die Errichtung der Zonengrenzen in Deutschland eingetreten sind und die, wie ich in einigen Beispielen deutlich machte, es außerordentlich erschweren, eine Wirtschaft überhaupt in Gang zu bringen, weil nun einmal die deutsche Wirtschaft insgesamt historisch gewachsen ist und eine Verbundwirtschaft darstellt, darauf hinzuweisen, daß diese Wirtschaft, die aufeinander angewiesen ist, nicht mehr zu arbeiten in der Lage ist, weil die Zonengrenzen den normalen Güterlauf unterbunden haben.[16]

Das Zentralamt für Wirtschaft hat nun, unabhängig von diesen Schwierigkeiten, anfangs auch noch mit erheblichen Reibungen zu rechnen gehabt, die innerhalb der britischen Zone selbst vorliegen, die sich aus der natürlichen Entwicklung der Behörden ergeben haben. Es braucht hier nicht betont zu werden, wie der Aufbau nach dem Zusammenbruch sich ergeben hat, wie von den einzelnen Gemeinden aus allmählich Organe entstanden sind, ein Behördenaufbau bis zu den jetzt vorliegenden Provinzialregierungen. In Zusammenhang mit dieser Entwicklung hatte sich eine gewisse Abschnürung jeder einzelnen Provinzialregierung, teilweise sogar jedes Kreises gegenüber dem andern ergeben. Damit war eine Freizügigkeit innerhalb der Güterversorgung eingestellt.[17]

Es ist inzwischen möglich geworden, durch eine Anordnung, die am 7. April erschienen ist[18], in dieser Frage eine gewisse Einheitlichkeit dadurch herbeizuführen, daß das Bezugsscheinrecht einheitlich für die gesamte britische Zone geregelt worden ist und daß das Bezugsscheinrecht, das in einer Stadt ausgestellt worden ist, in irgendeiner anderen Stadt der britischen Zone geltend gemacht werden kann. Insofern ist nun innerhalb der britischen Zone in der Versorgung mit bezugsbeschränkten Gütern eine Einheitlichkeit gewährleistet, und sämtliche Kontrahenten, die dem Bezugsrechte gegenüberstehen, sind verpflichtet, sich an diese erlassene Bekanntmachung zu halten.

Allerdings hat dieses System eine Lücke, und das ist für die Frage unserer Wirtschaftspolitik in der britischen Zone wohl der dritte Punkt, der die Lage unserer Wirtschaft entscheidend überschattet. Diese Lücke ergibt sich dadurch, daß die Bezugsscheinrechte über den Handel bis zum Hersteller hochwandern, und dann bricht der Kreislauf ab. Das heißt: Der Hersteller, bei dem die Bezugsrechte letztlich landen[19], hat kein Recht mehr auf die Versorgung seines Betriebes mit den Rohstoffen, die für ein weiteres Fließen der Produktion erforderlich sind.

Diese Regelung, die zwar nach der Seite der Einheitlichkeit gesehen einen sehr großen Fortschritt darstellt, hat den Nachteil, daß durch diese eingetretene Regelung und weil diese Lücke da ist, nach und nach ein Ausverkauf der Zone an den Konsumenten eintritt und daß hierdurch die Gefahr besteht, daß das System der Bewirtschaftung im Vertrauen der Bevölkerung, aber auch im Vertrauen der betei-

16 Vgl. hierzu insgesamt: Wirtschaftsstatistik der Besatzungszonen.
17 Vgl. hierzu StAH 377–10 I: Bc 12 und Bc 15.
18 Vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 176 ff.: Bekanntmachung: Kontrolle und Verteilung von Verbrauchsgütern vom 7. 4. 1946.
19 Korrigiert aus: handeln.

ligten Wirtschaftskreise, erschüttert wird. Es ist darum notwendig, daß diese eingeführte Einheitlichkeit, die als solche zu begrüßen ist, nun die Lücke ausgefüllt bekommt, die bisher vorhanden ist.

Es ist für die Wirtschaftspolitik und für die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft nicht nur notwendig, daß die erforderlichen Grundstoffe, in erster Linie Kohle und Stahl, und damit die erforderlichen Baustoffe vorhanden sind, die für den Beginn einer Versorgung mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern benötigt werden, da sind, sondern es ist ebenso notwendig, daß die interzonalen Grenzen fallen, die heute als Hemmungen für eine einheitliche Wirtschaftspolitik und für das Wiederanlaufen der Betriebe im Wege stehen, und es ist weiter notwendig, daß unsere Wirtschaft mit den erforderlichen Rohstoffen versorgt wird. Aus dem Grunde hat das Zentralamt für Wirtschaft eine Reihe von Eingaben in Ausarbeitung, die dahin gehen, daß, soweit die Kohlenförderung noch nicht auf das notwendige Maß gebracht werden kann, weil sich die vom Wirtschaftsrat gemachten Vorschläge nicht von heute auf morgen durchführen lassen, der deutschen Wirtschaft insofern geholfen wird, daß eine Atempause in der Ausfuhr von Kohle eintritt[20], daß der deutschen Wirtschaft die Voraussetzungen gegeben werden, erst einmal durch diese Atempause in Gang zu kommen, denn man wird, kaufmännisch gesehen, einem nicht zahlungsfähigen oder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindlichen Kontrahenten immer diese Atempause geben, ihm auch mit Krediten helfen, damit er in die Lage kommt, seinen Schuldverpflichtungen nachkommen zu können.

In dieser Lage befindet sich zur Zeit die deutsche Wirtschaft, und darum scheint es uns erforderlich, daß, um diese Wirtschaft in Gang zu bringen, diese Atempause durch eine vorübergehende wesentliche Verringerung der Ausfuhr und durch eine höhere Zurverfügungstellung von Kohle an die deutsche Wirtschaft geschaffen wird.[21] Und es ist weiterhin notwendig, daß man dieser deutschen Wirtschaft, um ihr das notwendige Blut zu geben, wieder in Gang zu kommen, von der Rohstoffseite aus hilft, daß man ihr Rohstoffe im Kreditwege zur Verfügung stellt, zum Zwecke der Veredlung, wovon ein Teil dann der heimischen Industrie zur Verfügung steht, um diese Untergangsstimmung, in der sich heute die Menschen in der britischen Zone befinden, allmählich wieder abbauen zu können und dieser Bevölkerung in der britischen Zone einen geringen Hoffnungsschimmer zu geben, eine Auffassung und eine Notwendigkeit, die bei der Behandlung der psychologischen Faktoren, die beim Bergbau vorliegen, so deutlich zutage getreten sind, und endlich wäre es notwendig, daß in der Frage der interzonalen Behandlung auch die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die notwendige Verbundwirtschaft der deutschen Wirtschaft wiederhergestellt wird, ohne die auch die britische Zone nicht in der Lage ist, künftig leben zu können.

---

20 Ab Oktober 1946 wurden die Kohlenausfuhren wirklich für ein halbes Jahr um 350 000 t pro Monat reduziert, vgl. Jerchow, S. 265. Vgl. hierzu auch einen entsprechenden Antrag von *Lehr, Petersen, Kaisen, Steltzer* und *Amelunxen* bezgl. eines Kohlenexport-, Reparations- und Demontagemoratoriums, der von der KK jedoch auf der 3. Sitz. nicht zur Diskussion zugelassen wurde (Anl. 34), sowie u. Anm. 25.

21 Korrigiert aus: geholfen wird.

Das Zentralamt für Wirtschaft wäre dankbar, wenn der Zonenbeirat diesen Auffassungen, die das Zentralamt in der Frage der Versorgung mit Grundstoffen, in der Frage der Versorgung mit Rohstoffen und in der Frage der Einheitlichkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes vertritt, beitreten würde.

Vorsitzender: Wir danken alle für diese ausgezeichneten und aufschlußreichen Darlegungen, und ich gehe in dem Dank noch einen Schritt weiter, indem ich auch dem Wirtschaftsrat in Minden und dem Zentralamt für Wirtschaft[22] besonderen Dank sage für die Kohlentagung und die ausgezeichnete Denkschrift, die sie uns haben zugehen lassen.[23] Sie enthält wirklich in einer tiefgründigen und klar gegliederten Darstellung alles, was in Bezug auf Kohle zu sagen ist, und sie enthält wirklich die Maßnahmen, die notwendig sind, um zu einer durchgreifenden Veränderung und Produktionsförderung zu kommen.

Ich begrüße es ganz besonders, daß das Zentralamt für Wirtschaft und der Wirtschaftsbeirat[24] in Minden in dieser Beziehung voranschreiten und Aufklärung schaffen, weil sich nicht leugnen läßt, daß gegenwärtig eine tiefgehende Mutlosigkeit über die ganze Wirtschaft sich ausbreitet, seit bekanntgeworden ist, welche Einschränkungen und Beschränkungen der deutschen Wirtschaft auferlegt sind. Es ist deshalb nötig, diesen lähmenden Wirkungen entgegenzuarbeiten durch derartige Untersuchungen und Aufklärungen, die doch wieder den Weg zum Licht und zum Aufstieg zeigen.

Selbstverständlich sind wir uns darüber klar, daß nach dem so beispiellosen Niederbruch erst einmal eine gewisse Zeit vergeht, ehe wir aus diesem Tiefstande wieder zu greifbaren Fortschritten kommen. Aber es ist sehr wichtig, daß diese Wege so klar aufgezeichnet sind, wie es Ihr Amt in dieser Denkschrift tut.

Ich hatte in Kenntnis dieser Denkschrift und Ihrer Ausführungen auch für den heutigen Tag eigentlich schon Anträge vorgesehen, die auch von vier weiteren Mitgliedern dieses Gremiums unterzeichnet sind. Es ist mir aber mitgeteilt worden, daß diese Anträge, die sich tatsächlich nicht ganz an das Schema dieser Anordnung halten, sondern etwas darüber hinausgreifen über die Kohle auf die gesamte Wirtschaft, erst dem Kontrollrat vorgelegt werden müssen, so daß ich diese Anträge leider jetzt nicht zur Abstimmung stellen kann. Sie behandeln das, was Sie eben erwähnt haben: die Notwendigkeit einer Atempause. Ich will deshalb auch erst später auf die Begründung eingehen, um in loyaler Weise die mir auferlegten Pflichten zu erfüllen. Ich will also darauf verzichten, etwas Weiteres zu diesem Punkte zu sagen. Ich hoffe, daß wir sehr bald von dem Kontrollrat die Zustimmung bekommen, diese Erklärung noch zu Ende dieses Monats als Anträge herausgeben zu können[25], denn die Atempause ist eine Lebensfrage für unsere Wirtschaft.

---

22 Vgl. zu beiden Ämtern Vogel, Westdtld. II, S. 97–112.

23 Gemeint ist das Gutachten des WR (vgl. o. Anm. 6).

24 Korrekt: Wirtschaftsrat.

25 Vgl. den entsprechenden Antrag in Anl. 34. Da mit der Reparationsfrage die Kompetenz der vier Siegermächte berührt war, mußte die Entscheidung des KR abgewartet werden. – Die Kohlenfrage war auch auf der LChK am 1. 5. 1946 in Hamburg ausführlich behandelt worden, und der von *Lehr* formulierte Antrag für die Sitz. des ZB wurde dort gebilligt, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/6: Ns. über die Besprechung . . . am 1. Mai 1946, S. 3.

Ich möchte nur im Zusammenhang mit Ihren Ausführungen auf zwei Denkschriften aufmerksam machen, die so wichtig sind, daß ich glaube, daß sie in den Besitz aller Mitglieder dieses Gremiums und vor allen Dingen des Wirtschaftsamtes in Minden kommen. Das eine ist eine ausgezeichnete Denkschrift vom 11. April d. J., die von der Direktionsabteilung der IG-Farbenwerke im Rheinland ausgeht und die sich mit der Frage der Einschränkung bzw. des Herstellungsverbotes synthetischen Ammoniaks befaßt.[26]

Da das nicht auf der Tagesordnung steht, kann ich auf die Einzelheiten nicht eingehen. Ich möchte nur einen einzigen Punkt, der sich beim Durchlesen mir aufdrängte, einmal erwähnen:

Die Einschränkung bzw. Einstellung der synthetischen Ammoniakerzeugung ist ausschlaggebend für unsere Landwirtschaft und für unsere Ernährung, und deshalb ist mit aller Eindringlichkeit ein Punkt hervorzuheben: Wenn in der synthetischen Ammoniakerzeugung eine Beschränkung oder Einstellung stattfinden soll, so wird das ausschlaggebend für die Brot- und Kartoffelversorgung unserer Bevölkerung sein. Ich habe nun überschlagen, daß bei einer Brotzuteilung von 5 kg pro Kopf und Versorgungsperiode ein Ausfall von nur 0,8 Millionen t Getreide bei der mit 22 Millionen angenommenen Bevölkerung der britischen Zone der Brotration von 7 Monaten gleichkommt und von 3,4 Millionen t Kartoffeln der gesamten Einkellerungsmenge der britischen Zone mit je 3 Ztr. je Kopf und Jahr. Daraus mögen Sie ersehen, daß die Stickstofffrage die Lebensfrage für unsere Ernährung ist.

Ich werde Ihnen diese Denkschrift zukommen lassen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung auch diese Frage der Ammoniakerzeugung besonders stellen.[27]

Dann möchte ich noch auf eine weitere sehr gute Ausarbeitung aufmerksam machen. Das ist eine Denkschrift, die aus den Kreisen unserer Remscheid-Solinger Exportindustrie kommt und dort ausgearbeitet worden ist. Ich will nur einen einzigen kurzen Abschnitt hier mit wenigen Worten umreißen:

Sie können aus Kohlen hochwertige Exportartikel erzeugen. Ich gebe ein paar Beispiele: Wenn Sie beispielsweise in unserer rheinischen Stahlindustrie eine Tonne Rohstoff, also Eisen, nehmen und wandeln das in Nadeln um, so erlösen Sie für diese eine Tonne Eisen 100 000 RM Devisen. Sie erlösen in unserer Taschenmesserindustrie in Solingen für eine Tonne Rohmaterial, Eisen, 95 000 RM Devisen. Sie erlösen für Rasierklingen, wie wir sie normalerweise haben, 0,8 mm, für eine Tonne dieses Stahls für 72 000 RM Devisen oder für Rasiermesser, wie sie handelsüblich sind, für eine Tonne Stahl 88 000 RM.[28]

Ich will das nur als Beispiel sagen, daß uns daran liegt, wieder in Arbeit zu kommen, an die Erzeugung hochwertiger Güter. Diese Zahlen haben mit Schwerindu-

---

26 Die zehnseitige Denkschrift ist überliefert in: StAH, Senatskanzlei II, 000.23-3, 2. Sitz. (Abschrift).

27 Die Frage ist laut Wortprot. im Plenum nicht behandelt worden.

28 Im Wortprot. ursprünglich: 88 Mill. RM. Korrektur gemäß Denkschrift vom 22. 3. 1946 (Titel: Ankurbelung der Wirtschaft; Verfasser: Karl *Becker*, Remscheid-Vieringhausen, und Fritz *Berg*, Altena/Westfalen; 7 Bl.), vgl. StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I.

strie und Kriegsindustrie nichts zu tun. Es sind hochwertige Produkte deutschen Gewerbefleißes, mit denen man hochwertige Exportgüter herstellen kann.

Ich nehme Ihr Einverständnis an, daß ich Ihnen diese Denkschrift im Abdruck zugehen lasse und vor allen Dingen an Dr. *Agartz* nach Minden, damit auch Sie die Güte haben, sie dort auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen, und daß wir dann gemeinsam die weiteren Schritte überlegen, wie wir weiter vorgehen. Ich werde mir vorbehalten, da das heute nicht statthaft ist, das bei der nächsten Gelegenheit vorzutragen, und hoffe, daß es mir gestattet wird, diesen Gedanken über eine Atempause zusammen mit den übrigen Unterzeichneten dieses Antrags Ihnen vorzutragen.

Das Wort hat Herr Bürgermeister *Petersen.*

Petersen: Ich bedauere sehr, daß es nicht möglich ist, diesen Antrag heute hier zur Diskussion zu stellen und darüber beschließen zu können, denn ich meine, die Lage hat sich in der letzten Zeit derart ernst gestaltet, für den wirtschaftlichen Sektor unseres Lebens in der britischen Zone, daß ich eigentlich jeden Aufschub in dieser Richtung außerordentlich bedauere. Die Erschöpfung der Materialien, die es in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch der Industrie noch weitgehend ermöglicht hat [!], ihre Tätigkeit auszuüben, nähert sich einem erschreckenden Ende, und es geschieht nichts, um diese Rohstoffe durch Wiedereinfuhr aufzufüllen. Das kann nicht lange mehr so weitergehen, wenn wir die Industrie nicht zu einem erheblichen Stillstand kommen lassen wollen, mit all den politischen Folgen, die daraus naturgemäß entstehen müssen.

Ich meine deshalb: So ausgezeichnet diese Denkschrift über die Kohlen ist und so wertvoll alle Ratschläge sind, die gegeben werden, wir müssen uns klar sein, daß die Auswirkungen dieser Maßnahmen, selbst wenn sie prompt und in vollem Maße ergriffen werden, sich nur in einem langsamen Wiederansteigen der Kohlenproduktion auswirken können. Es wird viele Monate dauern, bis die Produktion wieder auf 200 000 t kommt, und es wird Jahre dauern, bis wir eine Produktion von 300 000 t[29] erzielen, wie sie als Minimum angesehen wird, um die deutsche Wirtschaft einigermaßen wieder auf Touren zu bringen.

Wenn dem aber so ist, dann ist es ausgeschlossen, daß wir auf diese Wirkung so lange warten. Es müssen sehr bald radikale Maßnahmen ergriffen werden, um die Exportgüterindustrie in Deutschland wieder anlaufen zu lassen, denn solange der Arbeiter und die ganze Bevölkerung nichts kaufen können für das Geld, das verdient wird, wird die Arbeitswilligkeit, abgesehen von der mangelnden Leistungsfähigkeit infolge der mangelhaften Ernährung, sich nicht wieder so stark auswirken, daß ein fühlbares Ansteigen der Produktion möglich ist. Wenn dem aber so ist, dann muß aber die Exportgüterindustrie möglichst bald wieder anlaufen, und dafür muß eine Atempause gegeben werden durch Überlassung genügender Kohlenmengen für das Wiederanlaufen der deutschen Industrie.

Es ist eine so kurzsichtige Politik, daß man Rohstoffe mit der Bahn transportiert statt Fertigfabrikate; es ist so kurzsichtig, daß man einem zusammengebrochenen

29 Zahlen bezogen auf die Tagesförderung.

Schuldner, ganz egal, aus welchen Gründen er zusammengebrochen ist, nicht eine Atempause gibt, um ihn sich wieder erholen zu lassen.

Ich hoffe wirklich, daß die Erkenntnis, die sich in dieser Beziehung zweifellos nicht bloß in Deutschland, sondern auch außerhalb Deutschlands durchsetzt, sich so bald durchsetzt, daß es nicht zu spät ist.

Aber wir müssen uns auch klar sein, daß unmöglich von den alliierten Mächten zu erwarten ist, daß sie auf diese Lieferungen verzichten, da sie diese brauchen. Infolgedessen glaube ich, wäre es ein Ausweg, daß anstatt dieser Kohlen, die ausgeführt werden, wir so schnell wie möglich Fertigfabrikate ausführen, die wir nach den Wünschen anfertigen können, wie sie uns vom Ausland unterbreitet werden. Bei den Zahlen, die wir eben gehört haben über das Vielfache des Wertes von Fertigfabrikaten, sollte das unbedingt der gegebene Ausweg sein. Auf diese Weise könnten wir das Ausland in den Besitz von Devisen bringen, auf die es zweifellos Wert legt.

Wir wollen aber auch der deutschen Industrie und der deutschen Bevölkerung die Möglichkeit geben, wieder ein Wirtschaftsleben zu führen, wie es dringend notwendig ist. Ich glaube, wenn nach dieser Richtung etwas geschieht, dann könnte die Situation noch einmal gerettet werden. Ein Wiederanlaufen unseres Außenhandels ist dringend notwendig, und ich hoffe tatsächlich, daß nach der Richtung durch eine möglichst baldige Aufhebung des Verbots, mit Deutschland Geschäfte zu machen, und durch Wiederzulassung der Geschäftskorrespondenz mit dem Auslande wir die Möglichkeit haben, den Außenhandel wieder anlaufen zu lassen, und uns dadurch die Möglichkeit gegeben wird, auch durch Ausnutzung der Privatbeziehungen der Konzerne und Firmen zum Auslande, mitzuhelfen, daß Rohstoffe eingeführt werden, um im Veredelungsverkehr – wie er z. T. schon in der amerikanischen Zone durch Lieferung von Baumwolle geschieht[30] – dazu beizutragen, daß das Wirtschaftsleben in Deutschland wieder anläuft, denn lange warten können wir in der Beziehung nicht mehr.

Böckler: Denkschriften sind schön, wenn sie gelesen werden. Sie sind in der glücklichen Lage gewesen, sie zu besitzen. Ich habe sie nicht, ich habe aber ein erhebliches Interesse. Dann vermisse ich in dem Vortrag von Herrn Dr. *Agartz* die Anregungen, die ich bereits auf der Kohlenkonferenz gegeben habe[31] und die außerdem in persönlichen Besprechungen behandelt wurden. Ich habe damals darauf aufmerksam gemacht, daß einer der Punkte, worauf der Rückgang der Förderung zurückzuführen ist, wie mir von den Bergarbeitern selbst gesagt wurde, der ist, daß die Bergleute nicht wissen, was aus dem Kohlenbergbau überhaupt wird. Die Eigentumsverhältnisse sind ungeklärt. Wie werden die Betriebsverhältnisse gestaltet? Ich habe darauf hingewiesen, daß die Bergarbeiter den dringenden Wunsch haben, nicht auch fernerhin nur Objekt der Wirtschaft zu sein, sondern sie wollen mitreden in der Betriebsgestaltung. Da genügen nicht einige Zugeständnisse, die

30 Vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 71 ff.: Baumwollabrechnungsstelle für die US-Zone von Deutschland.

31 *Böckler* bezieht sich möglicherweise auf eine Zusammenkunft von Bergarbeitervertretern, die am 14. 11. 1945 in Bochum unter Leitung von Regierungspräsident *Fries* stattgefunden hatte (vgl. hierzu die Erinnerungen *Severings*, S. 474 ff.).

man den Bergarbeitern in Bezug auf das Recht der Betriebsvertretungen macht. Wenn dabei beispielsweise das Betriebsrätegesetz zugrundegelegt wird, dann weiß der Bergmann von vornherein: Es kommt dabei verdammt wenig heraus. Die Bergleute denken sich das ganz anders.

Ich hoffe, daß wir bei Besprechung der Denkschrift Gelegenheit haben, auf die Dinge einzugehen. Zunächst möchte ich bitten, daß wir die Denkschrift erhalten.

Vorsitzender: Dem Wunsche wird entsprochen werden. Sie werden diese Denkschriften, die ich eben genannt habe, bekommen, und auch zu der Frage der Eigentumsverhältnisse im Bergbau und zu der Frage der Sozialisierung wird zweifellos einmal gesprochen werden müssen. Aber eins möchte ich noch aus einer gewissen Kenntnis der Vorgänge sagen: Ich glaube, daß in diesen Tagen und Wochen eine Stelle, die außerhalb unserer Zuständigkeit steht, über diese Fragen sehr wichtige Entscheidungen fällen wird[32] und wir dann in der nächsten Zeit in der Lage sein werden, zu dieser Frage der Sozialisierung des Bergbaues und eventuell anderer Wirtschaftszweige zu sprechen, wenn diese Entscheidungen gefallen sind.

Reimann: Was ist los? Sozialisierung? Ich bin ganz durcheinandergekommen. Was wollen Sie? Wie haben Sie sich das vorgestellt? Ich bin wirklich ganz durcheinandergekommen. Das müssen Sie mir erklären.

(Heiterkeit)

Vorsitzender: Es ist da nicht viel zu erklären, sondern es ist die eindeutige Bitte von Herrn *Böckler* ausgesprochen worden, zu diesen schwerwiegenden Fragen des Bergbaues: die Beteiligung des Bergarbeiters an den Früchten seiner Arbeitsstätte. Ich habe von der Auffassungsgabe des Herrn *Reimann* aber eine so hohe Meinung, daß ich glaube, daß er Herrn *Böckler* vollkommen auch ohne meinen Kommentar verstanden hat.

Böckler: Es war mir tatsächlich darum zu tun, an irgendeiner Stelle einmal Klärung zu schaffen: Welche Stellung soll der Bergarbeiter in der Zukunft im Ruhrkohlenbergbau einnehmen, und es wäre mir sehr angenehm, wenn wir in diesem Kollegium zu dieser Frage hätten Stellung nehmen können, bevor die von Ihnen angedeuteten Stellen nun irgendwelche Regelungen treffen, sonst kommen wir wieder post festum.

Vorsitzender: Sie müssen von der Befugnis des Vorsitzenden dieses Gremiums keine zu übertriebenen Vorstellungen haben. Es ist zweifellos richtig, daß diese Fragen auch hier in diesem Gremium einmal behandelt werden, und ich glaube auch, daß sie behandelt werden dürfen.[33] Das muß aber in kluger und richtiger Weise geschehen. Wir müssen einmal den Gang der Ereignisse in den nächsten Wochen von deutscher Seite abwarten, um dann darüber zu sprechen.

---

32 *Lehr* bezieht sich vermutlich auf die vom 25. 4. bis 16. 5. 1946 in Paris tagende Außenministerkonferenz, auf der auch Deutschland betreffende Wirtschaftsfragen zur Sprache kamen (vgl. EA 1/1946/47, S. 258 ff.).

33 Zur weiteren Behandlung des Betriebsrätegesetzes vgl. Dok. II.3, Anm. 221; zur Sozialisierung vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 172.

Ich möchte Sie bitten, daß wir diesen Punkt, der die Tagesordnung nur sehr lose berührt, verlassen. – Wird noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß Sie vom Stande der Produktion und der Rohstoffversorgung in Handel und Industrie Kenntnis genommen haben und bereit sind, die Berichte über die Kohlenquote, über die synthetische Stickstofferzeugung und den Spezialbericht über die Remscheid-Solinger Fertigwarenindustrie entgegenzunehmen und werde Ihnen diese entsprechend zugehen lassen.

Ich erteile dann Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* das Wort zu Punkt 4:

Bericht über die Weiterentwicklung der Ernährungslage

Schlange-Schöningen: Ich glaube, der Vorsitzende und Sie alle werden damit einverstanden sein, daß ich den nächsten Punkt 5:

Bericht des Ernährungsausschusses

gleich mitbehandle. Der Ernährungsausschuß hat gestern[34] zum ersten Male getagt.

Ich habe selbst die Tagesordnung dazu gemacht, weil ja eigentlich für einen Ausschuß dieser Art die Zeit noch etwas früh ist. Er kommt ja erst zu einer wirklichen Arbeit, wenn eine gesetzgeberische Tätigkeit einsetzt, so daß ihm Vorlagen unterbreitet werden können. Da das bisher noch nicht der Fall ist, habe ich mir damit geholfen, daß ich von mir aus einige Dinge, die von besonderem Interesse sind, auf die Tagesordnung gesetzt habe und durch einige Referate – 10-Minuten-Vorträge – habe behandeln lassen. Auf jedes dieser Referate fand eine lebhafte Aussprache statt.

Zunächst haben wir den Ausschuß konstituiert und als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn *Everling* gewählt. Dann habe ich sprechen lassen über Kunstdüngerversorgung und Erzeugung[35], dann über Fischfang und Ernährung[36], auch von einem meiner Referenten, und schließlich, weil ich glaubte, es könnte besonders interessieren, sprach Polizeioberst und stellvertretender Polizeichef, Oberst *Lange,* über die Entwicklung des Schwarzen Marktes und die Ernährungslage.

Bei den Entschließungen ist auf Antrag von Oberpräsident Dr. *Lehr* ein Notschrei der Nord-Rheinprovinz angenommen worden. Ich glaube, Herr Dr. *Lehr,* ich kann darauf verzichten, das jetzt noch einmal zur Sprache zu bringen, und ich glaube, auch Sie können darauf verzichten, diese Entschließung zur Abstimmung zu bringen, weil sich – und das ist das einzig Erfreuliche, was ich heute mitteilen kann – die Lage der Nord-Rheinprovinz nicht nur entspannt hat, sondern ich

34 Es muß „vorgestern" heißen. – Vgl. PA 1/279: Wortprot. der Sitz. des EA vom 30. 4. 1946. Die Beschlüsse des EA waren bereits auf der LChK am 1. 5. 1946 in Hamburg verlesen und gebilligt worden, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/6: Ns. über die Besprechung ... am 1. Mai 1946, S. 2.

35 Referent: Dr. *Hering* vom ZEL, vgl. PA 1/279: Wortprot. der Sitz. des EA vom 30. 4. 1946, S. 19–22.

36 Referent: Dr. *Meseck* vom ZEL, vgl. a. a. O., S. 13 ff.

möchte und kann mit gutem Gewissen sagen, daß die nächste Zeit ebenso gesichert sein wird wie die der anderen Provinzen.

Damit komme ich zu den wesentlichen Dingen, die ich jetzt sagen möchte. Ich glaube, nach den sehr grundsätzlichen Ausführungen, die wir in der ersten Zonenbeiratssitzung und auch in der zweiten[37] über die Gestaltung der Ernährungswirtschaft gehört haben, kann ich mich jetzt darauf beschränken, Ihnen einige wesentliche präzise Sachen zur augenblicklichen Lage zu sagen, ohne mich aber allzulang bei den allgemeinen grundsätzlichen Dingen aufzuhalten. Ich will damit anfangen, daß ich über die Lösung des Ernährungsproblems im Rheinland spreche.

Da hatte sich in den letzten Wochen, sich langsam anbahnend, aber in den letzten 14 Tagen rapid ansteigend, eine wirklich schwere Krise angebahnt, so daß man ausrechnen konnte, wann man völlig vor dem Nichts stehen würde. Solche Situationen sind bei dem Mangel an Reserven, die wir haben, natürlich jetzt überall in Deutschland möglich, und sie sind um so eher wahrscheinlich, je konzentrierter die Menschen zusammensitzen. Nun sollen Sie sehen, wie die Lösung dieser Krise gedacht ist.

Ich habe mit dem Oberpräsidenten Dr. *Lehr* seit einiger Zeit darüber in engster Beziehung gestanden, was man da tun könnte. Es ist das so gekommen, daß jetzt 1 200 t Mehl aus Essen zu Ihnen anrollen. Weiter werden Sie befugt, einen Teil der Saatgerste zu nehmen, die dort herumliegt, und dann sind alle nötigen Anordnungen getroffen, um Überschüsse – d. h. nicht Überschüsse, aber augenblicklich noch greifbare Vorräte in den anderen Provinzen – Ihnen gleichfalls zurollen [zu lassen]. Das alles würde mich noch nicht ganz beruhigt haben, wenn ich nicht gerade jetzt, kurz bevor ich zu dieser Sitzung ging, die Mitteilung bekommen hätte, daß mit dem Getreidekontor[38] vereinbart ist, daß von morgen ab auf die Dauer von 10 Tagen täglich ein Zug mit Mehl, bestehend aus etwa 600 t, von der Bremer Rolandmühle zur Versorgung nach dem Rheinland abgeht, also im ganzen 6 000 t. Ich möchte der Meinung sein, und damit stimmen Sie wohl mit mir überein, daß damit die augenblickliche Krise behoben sein wird. Ich bin glücklich darüber, denn man konnte nicht wissen, was aus dieser Situation entstehen würde.

Aber das ist das einzige Erfreuliche, was ich in dieser Hinsicht sagen kann. Die sonstige Ernährungssituation in Deutschland kann man gar nicht ernst genug darstellen.

Ich habe in der vorigen Zonenbeiratssitzung bereits auseinandergesetzt, und Sie werden sich vielleicht entsinnen, daß ich damit eine kurze Diskussion mit Dr. *Schumacher* hatte[39], daß entweder im Mai oder Juni die wirklich große Krise kommen würde. Ich kann heute sagen, daß wir den Mai überstehen werden. Ich will Sie nicht mit Zahlen überschütten, aber nur ein paar Zahlen nennen – eigent-

37 Vgl. hierzu Dok. I.12, TOP 8; Dok. I.13, V. 5; Dok. II.3, o. S. 99–147.

38 Das Deutsche Getreide-Kontor e. G. m. b. H. war 1935 als Selbstverwaltungskörperschaft des Getreideimporthandels gegründet worden und wickelte auch nach der Kapitulation die Getreideimporte in die brit. Zone ab, soweit sie über Hamburg und Bremen eintrafen. Zur Tätigkeit des Kontors sowie zu seiner Abgrenzung gegenüber der Reichsstelle für Getreide vgl. StAH 377-10 I: Bc 6 und Bc 7.

39 Vgl. Dok. II.3, o. S. 118–120 und S. 144.

lich brauche ich nur eine zu sagen: Wir werden im ganzen 186 500 t Getreide in dieser Verteilungsperiode brauchen. Wir verfügen über 190 000 t. Wir gehen aus dem Mai zum ersten Mal faktisch ohne Reserven heraus, d. h. mit 4 000 t, das ist so gut wie nichts. Das kann auch eine Ziffer sein, die etwas höher oder niedriger liegt, das spielt keine Rolle.

Dann kommt die wirklich große Krise in Deutschland. Ich muß Ihnen das mit allem Nachdruck und Ernst sagen, daß es wahrscheinlich keine Macht der Welt gibt, die diese Krise völlig abbiegen könnte. Ich weiß, daß die britische Militärregierung entschlossen ist, das Äußerste zu tun. Ich weiß, daß die englischen Ernährungsreserven auf der Insel scharf zu unseren Gunsten angegriffen werden, ich weiß, daß Schiffe, die eigentlich nach einer anderen Stelle disponiert waren, zu uns hindisponiert sind, und ich weiß, daß Mr. *Hollins*[40], mit dem ich mich stundenlang unterhalten habe, nicht nur nach London, sondern von dort weiter nach Washington geflogen ist, um alles Mögliche herauszuholen, was an Schiffsraum und Nahrungsmitteln irgendwo und irgendwie greifbar ist. Ich habe den Eindruck, daß die größeren Vorräte vielleicht noch in Nordamerika zu bekommen sind, aber es ist nicht sicher, was wir davon bekommen werden.

Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Augenblick, wo wir eigentlich auf Gnade und Ungnade von dem abhängen, was vom Auslande hergegeben wird, trotzdem den Mut nicht verlieren dürfen und alles Menschenmögliche versuchen müssen, um aus dem Lande noch einmal alles mobil zu machen, was überhaupt heranzubekommen ist. Trotzdem sage ich Ihnen – und es wäre eine Unterlassung, wenn ich es nicht heute schon täte –, um eine Rationskürzung kommen wir meiner Ansicht nach mit keinem Mittel herum. Ich halte es nicht für möglich, daß überhaupt soviel Schiffsankünfte stattfinden bei der heutigen Situation, um uns rechtzeitig mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Rechnen Sie einmal aus: Wir brauchen bei der heutigen Rationierung pro Monat 186 000 t Getreide. Sie können rechnen Juni, Juli und den halben August, das ist aber schon günstig gerechnet, eigentlich müßten wir noch drei Monate rechnen. Das wären zwischen 500 000 und 600 000 t Getreide, die wir bei dieser Rationierung haben müßten. Aber was auch an Getreide kommen mag, wir müssen für diesen äußersten Fall natürlich das alleräußerste in Deutschland tun, um von uns aus durchzukommen. Wir können das Volk nicht verhungern lassen. Was ist da möglich?

Ich sage da nicht etwas, was ich nicht schon mit der Militärregierung besprochen habe. Wir sind aber noch nicht zu einem Beschluß gekommen, weil auch auf der sehr wohlwollenden Gegenseite die Absicht besteht, heranzuholen, was überhaupt möglich ist, vom Auslande her, und die Hoffnung besteht, daß sich die Lage vielleicht doch noch besser gestalten könnte. Man will daher erst Beschlüsse fassen, wenn man klar sieht, das heißt, man will erst die nächsten Schiffsankünfte noch abwarten. Natürlich hat man dort die Hoffnung, wie ich auch, daß sich irgendwie diese ganz schwere Krise noch weiter hinausschieben könnte.

---

40 Frank *Hollins,* Leiter der Food, Agriculture and Forestry Division der CCG(BE), vgl. a. a. O., Anm. 90.

Was können wir nun tun? Ich will zunächst bei dem Unangenehmsten für den Verbraucher anfangen, bei der Rationskürzung. Ich bin da folgender Meinung:

Wenn dieser Augenblick kommen wird, dann dürfen in erster Linie die großen Städte und die Menschen, die unter Tage arbeiten, und die Schwerarbeiter nicht davon betroffen werden. Die müssen soweit wie irgend möglich wenigstens diese Ration behalten.

Wenn Sie vorhin den Vortrag von Dr. *Agartz* gehört haben, wissen Sie, was das bedeutet: Erhöhung der Arbeiterration unter Tag von 2 950 auf 3 800 Kalorien.[41] Darin liegt der Schlüssel unserer Kohlenerzeugung, unserer ganzen Wirtschaftsankurbelung. Eine Rationsminderung bei den großen Städten und bei den Schwerarbeitern ist aber auch völlig ausgeschlossen. Angegriffen werden müssen die kleineren Städte. Ich habe das selbst in Oberkirch [!][42] erlebt. Ich glaube nicht, daß die Bewohner einer kleineren Stadt verhungern werden. Sie werden sich helfen, denn diese Menschen haben alle viel mehr Landbeziehungen, wo sie Gemüse und sonst etwas bekommen.

Und schließlich müssen noch einmal die Selbstversorger scharf angefaßt werden[43], und zwar bis aufs Blut, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf. Das hilft nichts, die Leute müssen sich durchschlagen und werden sich auch durchschlagen.

Ich habe vor, für diesen ernstesten Augenblick etwas vorzuschlagen, was ich bisher noch immer hinausgeschoben habe, nämlich einen harten Eingriff in unsere Viehbestände.[44] Das ist keine schöne Angelegenheit, denn das greift in die nächsten Jahre hinein. Das darf auch nie so weit gehen, daß es in die Milchleistungen eingreift, denn sonst bekommen wir von der Fettseite einen schweren Schlag. Aber was zum Schlachten vernünftigerweise herangezogen werden kann, muß herangezogen werden. Nun bin ich froh, daß wir das in diesem Monat noch nicht gebraucht haben. Ich habe mich schon seit vier Wochen mit dem Gedanken befaßt, ob das nicht richtig wäre, etwas derartiges zu tun. Gestern schlug – ich glaube Ministerpräsident *Tantzen* – vor, man sollte eine Schlachtung vornehmen, um den Schwerarbeitern eine Zulage zu geben. Sehen Sie sich einmal die Tiere auf den

41 Vgl. o. mit Anm. 10.

42 Gemeint ist Obernkirchen/Krs. Grafschaft Schaumburg, wo das ZEL wie sein Vorgänger, die Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft bei der brit. MR, bis zum 22. 3. 1946 seinen Sitz hatte. Ab 23. 3. 1946 war das Amt in Hamburg untergebracht (vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 126 und S. 130).

43 Die Rationen der Selbstversorger waren bereits einmal gesenkt worden (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 76).

44 Durch Rinder- und Schweineschlachtungen sollten auch nach den Plänen der brit. MR der Futtermittelanbau zugunsten des Getreide- und Kartoffelanbaus gesenkt sowie der Grünlandumbruch forciert werden. Doch der Umfang der Schlachtprogramme war sehr umstritten. Ende Nov. 1946 hatte sich der Schweinebestand der brit. Zone im Vgl. zur Vorkriegszeit um rund 4 Millionen Stück (= 56 %) vermindert. Nach brit. Vorstellung sollten bis zum 31. 3. 1947 nochmals 3 Millionen von den nach der Septemberzählung 1946 noch vorhandenen 3,4 Millionen Schweinen geschlachtet werden. Zwar konnte das ZEL diese radikale Verminderung auf ein tragbares Maß begrenzen, doch blieb der Rückgang immer noch erheblich. In dt. Kreisen sprach man von „Schweinemord" (vgl. hierzu Rohrbach, S. 93 f., und Stüber, S. 127–131).

Weiden an, nachdem sie nichts mehr zu fressen hatten im Winter; sie stehen absolut mager herum. Wenn wir da noch vier Wochen warten können, dann sieht es besser aus, dann liefert jedes Stück Vieh 1–2 Ztr. mehr. Das wäre aber tatsächlich das letzte, was wir tun könnten.

Dann beabsichtige ich noch einmal eine große Abgabe vom Land zu erzielen, und zwar in dem Augenblick, wo das Kartoffelpflanzen etwa zu Ende ist, noch nicht heute, obwohl man beinahe nervös werden könnte, wozu ich aber keine Veranlagung habe. Man darf nicht in diesem Augenblick [stören], wo die Menschen alle bei der Arbeit sind und wo wir darum ringen, daß wir unsere Saatkartoffeln ausgepflanzt bekommen, und leider feststellen müssen, [daß] das, was wir geplant hatten, aus den verschiedensten Gründen nicht erreicht wird, hoffentlich aber zu 70–75 %, und das wäre schon ein Erfolg, aber jedenfalls wird es nicht ganz erreicht werden, was daher kommt, daß das Verladen der Saatkartoffeln nicht am 1. März, sondern wegen des kalten Wetters erst etwa am 1. April anfing. In dieser Arbeit darf man die Menschen nicht stören. Es wäre psychologisch falsch, wenn man jetzt zum Bauern hinginge und ihm Kartoffeln abnehmen wollte. Er würde sagen: Zunächst muß ich meine Saatfläche ausgepflanzt haben. Solange das Auspflanzen nicht beendet ist, darf nicht eingegriffen werden. Ich behalte mir aber vor, dann Kommissionen auf die Höfe zu schicken, um jede Kartoffel, die überhaupt greifbar ist, herauszuholen, und seien Sie überzeugt, daß die Verbraucher an diesen Kontrollen beteiligt sein werden, so wie sie es schon das erste Mal an fast allen Stellen gewesen sind.[45] Ich gebe zu, einer der Herren hat mir einige Beispiele darüber mitgeteilt, daß hier beim vorigen Male, weil es das erste Mal war, einige Betriebsunfälle vorgekommen sind, indem bei manchen Einzelfällen diese Kontrolle durch die Verbraucher nicht so ausgeführt wurde, wie ich das gewünscht habe. Ich habe an die betreffende Stelle, von der mir die Beispiele genannt worden sind, sofort geschrieben und will mir Einzelheiten und Berichte kommen lassen, warum das nicht ausgeführt wurde. Diesmal wird das aber funktionieren, und ich hoffe, daß das dazu führen wird, daß die Verbraucherschaft sieht, daß das Menschenmögliche getan wird, das letzte aus dem Lande herauszuholen.

Noch etwas anderes schwebt mir vor. Ich möchte – das kann aber nur freiwillig geschehen, weil das ein Eingriff in die Häuser direkt ist – meine Berufsgenossen veranlassen, mit einer freiwilligen Abgabe von Räucherwaren zu helfen. Das ist das, was ihnen an sich zusteht, was ihnen keiner wegnehmen könnte. Aber angesichts der heutigen Lage dürfen wir kein Mittel unversucht lassen, und ich möchte glauben, wenn das vernünftig organisiert wird und wenn man die Bauern bei ihrer Ehre packt, wird ein großer Teil noch zusammenkommen. Aber alles, was auf diesem oder jenem Wege herausgeholt wird, muß, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, auf die bedrohten Gebiete hingeklotzt werden, wo die meiste Not ist, in die großen Städte und die Bergarbeiterbezirke.

---

45 Vgl. hierzu Dok. II.3, Anm. 74. Auf Anordnung des ZEL wurden dann Ende Aug. 1946 sog. Erfassungs- und Ernährungsausschüsse eingesetzt, die in einer Gemeinde tätig wurden. Durch den jeweiligen Gemeinderat gewählt, bestanden sie aus zwei Erzeugern und zwei Verbrauchern, darunter einer Hausfrau. Der Vorsitzende eines solchen Ausschusses war der Ortsbauernführer; vgl. Neue Mitteilungen vom 5. 10. 1946, S. 181, sowie Dok. VIII.3 mit Anm. 236.

Mehr können wir nicht tun. Was sonst kommt, müssen wir abwarten und Zug um Zug versuchen, das Richtige zu machen und zu helfen, so gut wir können. Wenn einer von den Herren etwas Besseres wüßte, würde ich dankbar sein, wenn ich es zu hören bekäme.

Nun noch kurz einige andere Ausführungen. Wenn man heute in diesen Dingen steht, verliert man fast den Blick in die Zukunft, weil einen die Gegenwartsfragen so sehr in Anspruch nehmen. Aber ich möchte es nicht ganz tun und möchte ganz kurz einmal mit ein paar Sätzen in die Zukunft gehen und Dinge, die jetzt schon behandelt werden müssen, Ihnen sagen.

Wir haben für die Zukunft zwei Möglichkeiten, unsere landwirtschaftliche Erzeugung möglichst bald zu verbessern. Die eine ist die viel besprochene Fischereiangelegenheit und die andere die Düngerversorgung. Ich darf hier an die Ausführungen anknüpfen, die Herr Dr. *Agartz* gemacht hat.

Es ist eigentlich ein merkwürdiger Zustand, daß ein großes Volk hungernd dasitzt, und nicht fern davon, in Norwegen und Dänemark, wissen die Menschen nicht, wo sie mit der Ware hin sollen. Es ist eigentlich ein merkwürdiger Zustand, daß wir in Deutschland aus der großen Stadt Hamburg auf das Meer sehen, und in diesem Meer sind die Fische seit Jahren geschont, die Fischer sehen, es sind die größten Fischmengen, die je dagewesen sind, vorhanden, und wir kommen nicht heran.

Die Sache ist natürlich eine Finanzfrage, nämlich die Einfuhr. Das ist nicht unsere Sache, und ich kann Ihnen nur sagen, daß die Einfuhren von britischer Seite so gesteigert sind und anscheinend weiter so steigen werden, daß da wirklich eine Hoffnung liegt. Das andere aber ist, daß wir versuchen müssen, mit allen Mitteln unsere Fischereiflotte auszubauen, damit wir zu Fängen kommen, wo das nur möglich ist. Auch in der Beziehung stehen wir in engstem Einvernehmen mit Mr. *Jonston*[46], und ich möchte wirklich meinen, Ihnen mit gutem Gewissen die Hoffnung geben zu können, daß nach den Verhandlungen der letzten Tage hier eine günstige Entwicklung einsetzt und daß uns da geholfen werden wird.[47]

Und nun noch die Düngemittelfrage. Wir werden – vielleicht interessiert Sie das – eine Ernte in diesem Jahre machen, die man, wenn man Optimist ist und wenn das

46 Gemeint ist *Johnston*, der für die brit. Seite an den Verhandlungen des KR in dieser Frage teilnahm, vgl. BA Z 6 I/80, fol. 114 f.: *Meseck*, Fischereireferat ZEL, an *Schlange-Schöningen*, 27. 5. 1946.

47 Vgl. auch die „Entschließung über den Ausbau der deutschen Seefischerei", die die Regierungsvertreter und Sachverständigen für Ernährung und Landwirtschaft in der brit. und am. Zone auf ihrer gemeinsamen Tagung am 13./14. 6. 1946 in Hamburg faßten, BA Z 6 I/84, fol. 11. Der Wiederaufbau bzw. Ausbau der dt. Fischereiflotte sollte aber noch einige Zeit dauern. Ende 1946 erhielt die Bizone von der brit. und am. MR insgesamt 220 sog. Kriegsfischkutter. 700 dieser Fahrzeuge waren während des 2. Weltkrieges von der dt. Kriegsmarine in Auftrag gegeben worden. Sie sollten nach ihrem Kriegseinsatz in der dt. Seefischerei Verwendung finden. Die 300 übriggebliebenen Fahrzeuge fielen nach der Kapitulation als Kriegsbeute an die USA, GB und die UdSSR, vgl. Thiede, Schleswig-holsteinische Fischwirtschaft, S. 24. Ab Herbst 1947 befaßte sich dann der WR des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit den auf die Länder entfallenden Anteilen der vom KR genehmigten 100 Fischdampferneubauten, vgl. WWR, 7. VV vom 29./30. 10. 1947, S. 184–190; PA 2/741: Sitzungen des Unterausschusses für Hochseefischerei [des WR] vom 29. 9. 1947 und 28. 10. 1947.

Wetter günstig bleibt, vielleicht auf 80 % einer normalen Ernte schätzen kann, wenn man Pessimist ist, auf 65–70 %. Ich habe hier die Saatenstandstaxe vor mir liegen, die jeden Monat gemacht wird. Wenn man 1 mit sehr gut, 2 mit gut, 3 mit mittel bezeichnet, so steht:

Winterroggen	2,7	
Winterweizen	2,8	
Wintergerste	2,7	
Winterraps	3,4	das ist ziemlich mäßig und sehr schlimm, weil das unsere Fettversorgung hart treffen wird,
Klee	2,8	
Wiesen	3,1	

Am wenigsten gut scheint es in Schleswig-Holstein auszusehen, weil besonders ungünstiges Wetter geherrscht hat.

Aber warum ist diese Ernte nicht besser? Da möchte ich Ihnen einige Zahlen verlesen, die Sie wirklich interessieren werden. Wir haben 1938/39[48] an Stickstoff 207 000 t in der britischen Zone verbraucht, 1945/46 waren zugesagt 35 000 t = 17 %, tatsächlich geliefert worden sind 7 000 t = 3,5 %. Das heißt nach den Erfahrungssätzen umgerechnet, daß ein Ausfall von 180 000 t Stickstoff einen Mindererertrag von 2,7 Millionen t Getreide ausmacht.

Ich bitte Sie, Herr Dr. *Agartz,* mir zu helfen, denn das ist einer der Brennpunkte unserer Zukunft. Ich komme da auf die Ausführungen von Dr. *Agartz* zurück: Was könnte an Schiffsraum, an Schiffskohle, an Arbeit, an Transport gespart werden, wenn wir das bei uns selbst erzeugen könnten, indem ein paar Stickstoffwerke Kohlen bekämen und in Gang gesetzt werden würden. Ich will mich darüber aber nicht weiter verbreiten. Darüber könnte man einen langen Fachvortrag halten. Es handelt sich hier aber nicht nur um Stickstoff, sondern auch um Thomasmehl und Kali.

Es gibt in der Landwirtschaft ein Gesetz, daß die Pflanzen selbst ein Minimum von Stickstoff nicht aufnehmen können, wenn sie nicht auch Phosphorsäure, Kali und Kalk bekommen.

Wir sind dabei, unsere Landwirtschaft, soweit das irgend zu machen ist, auf das Intensivste umzustellen. Die intensivste Kultur ist das Gemüse. Ich sage Ihnen voraus, daß unsere Landwirtschaft stark wieder anläuft. Wenn sie es nicht tut, weiß ich nicht, was werden soll. Aber wir werden es schon durchsetzen, und der Himmel wird uns auch mal helfen. Dann möchte ich aber nicht in die Lage kommen, daß mir später die Landsleute sagen: Du hast uns zu dieser starken Intensivierung veranlaßt, du hast uns veranlaßt zu diesem starken Gemüsebau, und nun ist die große Gemüseschwemme im Mai, Juni, Juli, und wir können das Zeug nicht loswerden, weil im Augenblick der Markt nicht aufnahmefähig ist. Ich will Sie nur

48 Nach den Untersuchungen des Stat. Landesamtes SH war das Jahr 1938 für die Landwirtschaft durch relativ günstige Witterungsverhältnisse und einen Höchststand in der Zuteilung der Handelsdünger (im Vgl. der Jahre 1909–1947) gekennzeichnet. Insofern gibt das Amt zu Recht zu bedenken, daß ein Vergleich mit diesem Jahr ein falsches Bild ergebe, etwa bei der Gegenüberstellung von Vor- und Nachkriegserträgen. Vgl. Mitteilungen des Stat. Landesamtes SH Nr. 15/Beilage zum Amtsblatt SH Nr. 25 vom 19. 6. 1948, S. 81.

darauf hinweisen, daß wir rechtzeitig dafür sorgen müssen, daß wir hier zu einer industriellen Verwertung kommen. Die Schaffung von Gemüsetrocknungs- und Verwertungsanlagen ist eine viel größere Notwendigkeit, als Sie mir vielleicht prima vista zugeben werden. Wir werden in zwei Jahren soweit sein, daß wir danach schreien, und es darf dann nicht zu dem Zustande kommen, wo wir noch immer nicht aus der Ernährungsnot heraus sein werden, daß im Juni und Juli massenhaft Gemüse nicht zu gebrauchen ist, und im Winter haben die Leute nichts zu essen.

Das ist genau dasselbe bei der Milchverwertung. Wir brauchen eine Anzahl von Milchverwertungswerken, um den unmöglichen Zustand ändern zu können, daß auch in der sogenannten Milchschwemme[49] die Milch voll verwertet werden kann. Ich hoffe, sie kommt auch in diesem Jahre. Ich sehe sie noch nicht, aber im nächsten Jahr hoffe ich, daß es dann besser geht, daß sie mit den wachsenden Weiden wieder kommt, und dann darf nicht der Fall eintreten, daß 1. die Vollmilch nicht zu verwerten ist und 2. die Magermilch vor das Vieh geschüttet wird, weil die Bauern sich nicht retten können, so daß sie sauer wird.

Ich bitte, daß das Wirtschaftsamt in Minden sich dieser Sache ernsthaft zuwendet.

Nun noch ganz kurz ein etwas ausgefallenes Schlußwort. Ich fürchte, wenn die Steuergesetzgebung von heute so bleibt, wie sie jetzt ist, dann wird im nächsten Jahr aus dieser Ecke heraus eine Produktionskrise in der Landwirtschaft kommen. Wenn wir eine fertig dastehende modern ausgerüstete Landwirtschaft hätten, dann würde das nicht zu befürchten sein, jedenfalls längst nicht in dem Maße. Aber wollen Sie daran denken, daß die Menschen Jahr um Jahr z. B. keine Maschinen kaufen konnten, daß sie mit dem alten Gerümpel weiterarbeiten müssen, das zusammengeflickt wird. Sie müssen in die Lage kommen, sich wieder neu mit den Dingen auszustatten, die sie zur Produktion gebrauchen. Wenn Sie aber heute die Steuern ansehen, namentlich die Einkommensteuer mit all den anderen Dingen, die dazukommen, so sind sie, was sie immer waren, die Bestrafung der Tüchtigsten.[50]

Ich sehe überhaupt nur – und ich streife diesen Gedanken nur mit einem Wort – eine Möglichkeit, wir müssen in der Landwirtschaft zur Flächenbesteuerung kommen, d. h. pro Morgen abgeschätzt: hast du so und soviel Steuern zu zahlen. Die kann hoch sein oder mittelhoch sein oder wie Sie es feststellen wollen. Der wirklich tüchtige Kerl wird dann mehr verdienen, gönnen Sie es ihm, und der Nichtskönner wird pleite werden – gönnen Sie es ihm.

---

49 Nach dem Weideauftrieb des Viehs im Frühjahr steigt die Milchproduktion im Vgl. zum Winter an, was hier mit dem Begriff der „Milchschwemme" umschrieben wird.

50 Die Gesamtsteuerbelastung in der Landwirtschaft war von 40 RM/ha in der Vorkriegszeit auf 125 RM/ha im Jahre 1945/46 gestiegen (davon 34 RM Betriebssteuern, 91 RM Personalsteuern (Vermögens- und Einkommensteuer)). Diese Erhöhung konnte aufgrund der gesetzlichen Festpreise nicht durch eine Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte aufgefangen werden; das durchschnittliche Einkommen lag bei 188 RM/ha, vgl. Möglichkeiten landwirtschaftlicher Erzeugungsteigerung, bes. S. 15 und S. 21.

Ich bitte die Herren, die an diesen Dingen interessiert sind, diese Fragen recht ernst zu nehmen. Im nächsten Jahr werden wir dann wohl soweit sein, daß wir uns nicht mehr über künstlichen Dünger und sonstige Dinge zu unterhalten brauchen, weil es bis dahin wohl mit Hilfe der Militärregierung geschafft sein wird. Da aber diese Krise kommen wird, müssen wir ihr zur rechten Zeit ins Auge sehen.

Auf diese kurzen Ausführungen möchte ich mich beschränken.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* für diese ausführlichen Darlegungen, und ich weiß, daß Sie alle von tiefem Ernst ergriffen sind, wie die Dinge stehen, und insbesondere, daß Sie die eine Tatsache herausgehört haben, daß wir aus diesem Monat ohne Reserven herausgehen. Was das bedeutet, ohne Reserven dazustehen, kann niemand besser nachfühlen als die Nord-Rheinprovinz, denn als ich hierherkam, waren wir ohne Reserven, und es war ein Zeitraum von mehr als einer Woche, von beinahe 10 Tagen zu überbrücken, ohne jede Reserve an Brotgetreide und Kartoffeln. Daher meine dringenden Verhandlungen hier und die Notrufe, die nach allen Seiten ergangen sind.

Ich möchte noch eins sagen: Ich bin bereit, Ihrer Anregung entsprechend, auf meinen Antrag zu verzichten, den ich im Ernährungsausschuß gestellt habe und der dort angenommen worden ist. Aber ich bitte, aus dieser Tatsache nicht den Schluß zu ziehen, daß das artige Kind zwar nichts sagt, aber auch nichts kriegt, sondern daß es dabei bleibt, was Sie eben freundlichst zugestanden haben. Bedenken Sie, und das wissen Sie wie ich selbst, daß wir pro Woche 10 500 t brauchen und daß deshalb selbst 10 Güterzüge zu je 600 t nur 6 000 t ergeben und dann immer noch 4 500 t in den 10 Tagen fehlen.

Ich bitte Sie, aus dem Antrag, den ich gestellt habe[51], den Mittelsatz herauszunehmen:

> Die für Eßkartoffeln zuständigen Lieferungsgebiete, insbesondere in Süddeutschland und vor allem in Bayern, müssen dringend ersucht werden, unverzüglich die vorhandenen Bestände zum Versand zu bringen.

Das ist die Schwierigkeit. Aber wir dürfen vor den Zonengrenzen nicht haltmachen. Es muß der Länderrat, der sonst in anderer Beziehung mit uns arbeitet[52], angegangen werden.

Sie haben die Nord-Rheinprovinz als das Gebiet erwähnt, das an der Spitze des interzonalen Verkehrs steht. Aber es ist nicht so wichtig für uns, daß unsere Kohlen nach auswärts gehen, als daß auch Kartoffeln aus anderen Gebieten zu uns wieder

---

51 Vgl. Anl. 17. *Lehr* zog seinen Antrag zurück, erhielt die Forderung in Absatz b) jedoch aufrecht. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 15.

52 Vgl. das Prot. der Konferenz der MP der am. Zone mit den OP *Kopf* und *Lehr* in Stuttgart am 6. 2. 1946 (AVB 1, S. 274–289) sowie das Prot. der gemeinsamen Konferenz der Chefs der Länderregierungen und der OP der brit. Besatzungszone mit den Chefs der Länderregierungen der am. Besatzungszone in Bremen am 28. 2./1. 3. 1946 (a. a. O., S. 290–300); an der 7. Sitz. des LR am 2. 4. 1946 nahmen Vertreter der brit. Zone als Gäste teil (a. a. O., S. 388–421); am 3. 4. 1946 fand eine Tagung des LR mit Mitgliedern des ZB in Stuttgart statt (a. a. O., S. 422–441; vgl. hierzu auch u. S. 242–247). Vgl. ferner die interessanten Ausführungen betr. eine „Verbindungs- und Informationsstelle" des ZB beim LR, 15. 4. 1946, in: HStAD NW 53/257, fol. 67; siehe hierzu auch Dok. II.3, Anm. 12.

hereinkommen. Es wäre sehr erwünscht, wenn der interzonale Verkehr nicht so einseitig, sondern möglichst doppelgleisig geführt würde.

Wenn das Wort nicht verlangt wird, werden wir jetzt unsere Verhandlungen abbrechen. Ich würde aber vorschlagen, weil diese Tagesordnung außerordentlich bedeutungsvoll ist, daß wir morgen statt um 10 Uhr um 9 Uhr anfangen, wir werden sonst nicht fertig. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Agartz: Ich habe meine beabsichtigten Ausführungen mit Rücksicht auf die Tagesordnung sehr stark gekürzt. Aber die Ausführungen von Dr. *Schlange-Schöningen* und gerade, was den letzten Teil seiner Ausführungen anbelangt, gibt mir Veranlassung, hier noch einen Vorgang zu erwähnen, mit der Bitte, durch das Generalsekretariat oder auch von sich aus an die britische Militärregierung heranzutreten und einen Vorgang beschleunigt zu korrigieren, den wir gegenwärtig in Bearbeitung haben.

Das große Blechwalzwerk Dinklaken [!], das die gesamte britische Zone mit dem erforderlichen Blech für die Konservenindustrie versorgt, wird gegenwärtig abgebaut.[53] Die russische Kommission ist bereits eingetroffen, und die Walzstraße soll demontiert werden. Da es für die Versorgung unserer Bevölkerung dringend notwendig ist, daß gerade die Straße, die für die Blechherstellung unserer Konservenindustrie notwendig ist, uns bleibt, aber nun demontiert werden soll, während eine andere, moderne, Rüstungszwecken dienende Straße unberührt bleibt, aber für Deutschland uninteressant ist, würde ich bitten, daß auch das Generalsekretariat des Zonenbeirats, diesen für die Ernährung des Volkes so gefahrvollen Vorgang dahingehend beachtet, daß unsere Bemühungen vom Zentralamt für Wirtschaft, diese Walzstraße für die zukünftige Versorgung der britischen Zone zu erhalten, wirksam mit unterstützt werden.

Vorsitzender: Nach unserer Geschäftsordnung und den Anweisungen kann ich den Antrag, der nicht auf der Tagesordnung war, nicht zur Abstimmung bringen.[54] Wir können deshalb keinen Beschluß fassen, obwohl ich sicher bin, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß diesem Wunsche entsprochen werden muß. Ich werde mich aber auch ohne Abstimmung zu Ihrem Sprecher machen und mit allem Nachdruck diese Bitte von Herrn Dr. *Agartz* unterstützen.

(Nach einem Beschluß, die nächste Sitzung am 3. Mai statt um 10 Uhr schon um 9 Uhr zu beginnen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 19.07 Uhr.)

Fortsetzung der Sitzung am Freitag, dem 3. Mai 1946, 9 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr.

Vorsitzender: Ich eröffne die Tagung wieder und muß zunächst mitteilen, daß einige Referenten noch nicht eingetroffen sind, weshalb von verschiedenen Seiten

53 Gemeint ist die Bandeisenwalzwerke AG in Dinslaken (vgl. den Produktionsstand im Jahre 1941 in: Liste wichtiger Industriebetriebe, S. 62, Nr. 77). – Die Werke wurden im Sommer 1947 gänzlich demontiert und in die Sowjetunion abtransportiert. Der Demontageschaden wurde später mit 30 193 911 DM berechnet (Auskunft HStAD).

54 Vgl. §§ 5 und 7 der GO des ZB (Anl. 7).

die Bitte an mich gerichtet wurde, die Tagesordnung etwas zu ändern, bis die Herren vollzählig sind. Da wären zunächst die Punkte 4 und 5 über die Ernährungslage und der Bericht des Ernährungsausschusses bis zur Ankunft von Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* zurückzustellen. Es soll noch einmal in die Diskussion eingetreten werden, weil noch Ausführungen zu diesem Punkte vor seiten der Ausschußmitglieder zu machen sind. Ebenso hat Oberpräsident *Kopf* gebeten, noch einen Augenblick zu warten, weil der Berichterstatter noch nicht eingetroffen ist.

Wir würden dann jetzt beginnen mit Punkt 6:

Bericht des Wohlfahrtsausschusses

wozu ich dem Berichterstatter, Dr. *Degkwitz,* das Wort erteile.

Degkwitz[55]: Wir haben uns dafür interessiert, welche Wirkung die 1 017 Kalorien auf die Körpergewichte und die Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung haben. Sie wissen, es sind diese Straßenwägungen angeordnet, um ein Bild von dem Körperzustande der deutschen Bevölkerung zu bekommen. Die Ärzte stehen den Resultaten dieser Wägungen etwas skeptisch gegenüber, schon wenn man sieht, daß die Menschen ganz verschieden gekleidet sind: Manchmal haben sie drei Hemden an, dann eines oder zwei, manchmal 2 Unterhosen, dann wieder 3 oder 1, dann mal zwei Sweaters und keinen. Darum muß man diesen Ergebnissen etwas skeptisch gegenüberstehen.

Ich bin deshalb so vorgegangen, daß ich in Hamburger Betrieben Wägungen veranlaßt habe, bei denen die gleichen Menschen zur gleichen Tageszeit in der gleichen Bekleidung – die Männer in Hemd und Hose – alle 14 Tage gewogen werden. Die Wägungen sind den April über vorgenommen worden. Die Ergebnisse waren in gewissem Sinne überraschend.

Ich hatte befürchtet, daß es zu einer starken Körpergewichtsabnahme kommen werde. Das ist Gott sei Dank nicht der Fall gewesen. Es bestanden zu Beginn der Wägungen schon beträchtliche Untergewichte vor allen Dingen bei den Männern, auffallend weniger bei den Frauen[56], und im Laufe des April ist es dann auch zu Körpergewichtsabnahmen bis zu 1,9 kg gekommen. Immerhin war diese Gewichtsabnahme nicht die, die wir erwartet hatten.

Auch die Arbeitsunfähigkeit ist nicht in dem Umfange eingetreten, wie wir sie erwartet haben. Wenn man die Arbeitsunfähigkeit – d. h. die ärztliche Begutachtung: der Arbeiter ist arbeitsunfähig – im April 1936 betrachtet und mit der im April 1946 vergleicht, so war bei männlichen Arbeitern die Arbeitsunfähigkeit im April 1936: 2,5[57], 1946: 6,3; bei Frauen 1936: 2,78, 1946: 5 %.

---

55 *Degkwitz* referiert die Beobachtungen, die er bereits auf der 1. Sitz. des WA am 29. 4. 1946 vorgetragen hatte (vgl. PA 1/270 sowie Dok. II.3 mit Anm. 139–141).

56 Die relativ geringere Gewichtsabnahme der Frauen war z. T. darauf zurückzuführen, daß sie im Verhältnis zu ihrem ernährungsphysiologischen Bedarf besser versorgt wurden als die Männer (vgl. hierzu die Hinweise bei Stüber, S. 27 und S. 284).

57 PA 1/270: Wortprot. der Sitz. des WA vom 29. 4. 1946, S. 4: 2,18 %.

Der Wohlfahrtsausschuß ist zu dieser Entschließung gekommen, die Ihnen vorliegt, die ich vielleicht noch mit einigen Kommentaren verlesen darf[58]:

> In verschiedenen Hamburger Betrieben – Hansa-Motoren[werke], Adlerwerke, Menck & Hambrock, Deutsche Werft, Norddeutsche Affinerie, Hamburger Hochbahn – sind im Verlaufe des Monats April 14tägige Wägungen der Belegschaft vorgenommen worden.

Die Gliederung erfolgte in männliche und weibliche Arbeiter, männliche und weibliche Angestellte und Jugendliche, männlich und weiblich.

> Es hat sich dabei ergeben, daß die männliche Belegschaft zu Beginn solcher Wägungen schon beträchtliches Untergewicht zeigte, während dies bei den Frauen weniger in Erscheinung trat.

Das Untergewicht bei den Männern betrug durchschnittlich 7 kg, bei den Frauen 1,3 kg.

> Bei den Wägungen hat sich durchschnittlich eine Körpergewichtsabnahme bis zu 1,2 kg bei den Männern ergeben; bei den Frauen ist wiederum die Gewichtsabnahme geringer. Man hatte erwartet, daß die Körpergewichtsabnahme wesentlich größer sein würde, als sie sich herausgestellt hat. Bei einer Ernährung mit 1 017 Kalorien ist bei einer acht- oder auch sechsstündigen Arbeitszeit eine wesentlich größere Gewichtsabnahme zu erwarten gewesen.
>
> Der Ausschuß kommt zu dem Schlusse, daß noch Reserven oder Zuschüsse während dieser Zeit aufgebraucht worden sind, die aber nach menschlicher Voraussicht in den kommenden Monaten erschöpft sein werden.
>
> Die Untersuchungen sollen fortgesetzt und möglichst die an der Ruhr unter Tag und über Tag arbeitende Bevölkerung in die Untersuchungen mit einbezogen werden.
>
> Beziehungen zwischen diesen Gewichtsabnahmen und der Arbeitsleistung konnten bei den Hamburger Firmen nicht erhoben werden. Es soll versucht werden, diese Beziehungen künftig aufzudecken, vor allem auch im Bergbau an der Ruhr.[59]
>
> Das ist wohl ein wesentlicher Punkt, den ich jetzt vorbringe:
>
> Maßgebende Rückschlüsse lediglich aus dem vorliegenden Material der medizinischen Statistik auf die tatsächliche Versorgung mit Nahrungsmitteln sind jedoch naturgemäß nicht möglich.
>
> Die Verschlechterung des Ernährungszustandes der Hamburger Schulkinder zwischen 6 und 14 Jahren läßt eine Intensivierung der Schulspeisung als angeraten erscheinen.[60]

---

58 Vgl. Anl. 18. Die Anl. ist im folgenden abgedruckt.

59 Vgl. hierzu Dok. II.3, Anm. 30.

60 Im Winter 1945/46 hatten sich in vielen Städten der brit. Zone im Rahmen von Selbsthilfeaktionen sog. Schulspeisungsausschüsse gebildet, die Speisungen aus dt. Beständen durchführten. Als diese aufgrund der allgemeinen Nahrungsmittelkrise eingestellt werden mußten, beschloß die brit. MR am 17. 1. 1946, ab Februar des Jahres eine Schulkinderspeisung aus brit. Lebensmitteln zu organisieren. Vgl. hierzu insgesamt Stüber, S. 557–577.

Seltsamerweise ist die Wirkung auf die Schulkinder deutlicher gewesen als bei der arbeitenden Bevölkerung. Die Schulkinder werden [hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes] in drei Klassen [ein]geteilt: gut, mittel und schlecht. Die Klasse „schlecht" ist bis auf 62 % gegangen, die „Guten" haben sich wenig verändert. Das sind Kinder aus Kreisen, die im Stande waren, nebenbei etwas zu beschaffen.

> Es wird versucht, für die nächsten Sitzungen auch Material von möglichst allen Ländern und Provinzen vorzulegen, vor allem für die unter Tag arbeitende Bevölkerung des Ruhrbezirks.[61]

Vorsitzender: Ich kann zu diesen Ausführungen ergänzend noch mitteilen, daß im Rheinland die Beobachtungen der einzelnen Ämter, auch der Regierungsbezirke und Landräte, durchweg dahin gingen, daß sich erhebliche Mangelerscheinungen bei den Untersuchungen zeigten, daß insbesondere jetzt in den letzten Wochen eine starke Abnahme des Körpergewichts bei der Bevölkerung ganz allgemein, insbesondere aber auch bei den Kindern sich gezeigt hat. Da ist es offenbar so, daß die vorhandenen Reserven aufgebraucht waren. Es würde interessant sein, wenn Sie Ihre Untersuchungen auch einmal auf diese Erscheinungen an Rhein und Ruhr ausdehnen würden. Ich glaube, daß sich das durchaus deckt, was ich eben vortrug.[62]

Das Wort wird nicht gewünscht. Dann darf ich annehmen, daß Sie dieser Entschließung des Wohlfahrtsausschusses zustimmen.

Wir kommen zu Punkt 7:

Bericht über die Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen auf die Kohlenförderung

Ich kann mich hier unter Bezugnahme auf meine gestrigen Ausführungen ganz kurz fassen.[63] Es liegt zu Punkt 7 eine Berichterstattung schriftlich vor.[64] Zu der

---

61 Einen aktuellen Bericht legte *Degkwitz* auf der 5. Sitz. vor, vgl. Dok. V.3, u. S. 553 f. Eine umfangreiche Erhebung in den Ländern der brit. Zone erfolgte erst Ende 1947 und diente der Vorbereitung der Sondertagung des SpA am 23. 2. 1948, vgl. hierzu das Material in: PA 1/132 und PA 1/143 sowie PA 1/269: Prot. und Unterlagen der Sondertagung des SpA am 22. [!] 2. 1948; vgl. auch den Ausschußbericht in der 19. Sitz. (Dok. XIX.4, TOP 391.3).

62 Vgl. hierzu die Angaben unter Anm. 64 sowie eine Sammlung von Berichten und amtsärztlichen Gutachten betr. Ernährungs- und Gesundheitszustand aus verschiedenen Teilen der Nord-Rheinprovinz in: HStAD NW 53/257, fol. 178–195.

63 Vgl. o. S. 218 f. und S. 231 f.

64 Vgl. Anl. 19. Zur Vorbereitung seiner Darlegungen hatte *Lehr* sich durch *Janich* am 9. 3. 1946 von der Abt. Wirtschaft der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf sowie von führenden Industriebetrieben Material erbeten, vgl. HStAD NW 53/256, fol. 79 f. Am 12. 3. 1946 stellte *Lehr* in einem Schreiben an die MR North Rhine Region die Problematik ausführlich dar. Am 21. 3. 1946 sandte er drei Berichte über die Auswirkungen der Lebensmittelkürzungen auf die Kohlenförderung an das dt. Generalsekretariat des ZB. Sie waren verfaßt von Generaldirektor Bergassessor Heinrich *Kost* in Homberg (Rheinpreußen), von der Generaldirektion der Gruppe Gute-Hoffnungs-Hütte A. G. in Oberhausen und von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf, vgl. alle diese Schreiben in PA 1/155. Die z. T. sehr detaillierten Berichte bilden die Grundlage für *Lehrs* Darlegungen in Anl. 19; *Lehr* stützte

Zeit, als das Material für diese Berichterstattung zusammengestellt wurde, waren die Kohlenenquête und die gestern vorgetragenen Untersuchungen noch nicht vorgenommen.[65] Sie decken sich mit dem, was inzwischen von der Enquête festgestellt ist, und ich kann mich darauf beschränken, auf den Hinweis dieser Denkschrift Bezug zu nehmen und vorzuschlagen, daß wir trotzdem noch im Anschluß an die Kohlenenquête beschließen, der Militärregierung vorzuschlagen:

a) Ersatz der gegenwärtig improvisierten Formen des Arbeitseinsatzes im Ruhrbergbau durch Maßnahmen, die die Zuweisung wirklich geeigneter Arbeitskräfte mit der Zuteilung ausreichender Mittel der Arbeitsausrüstung verbinden;

b) Beschleunigung der Entlassung der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Bergarbeiter und sonstiger Kriegsgefangener, die im Ruhrbergbau produktiv eingesetzt werden können;

c) Verbesserung der Lebensmittelzuteilung nicht nur an die Bergarbeiter selbst, sondern in gewissen Grenzen auch an ihre Familien;

d) Beschleunigung der Maßnahmen zur Versorgung der Bergarbeiter mit Wohnraum; hierbei in möglichst großem Umfange Schaffung von Wohnungen, die zur Unterbringung auch der Familie ausreichen.[66]

Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. – Dann darf ich mit Ihrer Zustimmung rechnen.

Punkt 8 bitte ich mit Ihrer Zustimmung um etwa eine Stunde zurückzustellen.

Punkt 9:

Antrag der Zonenbeiratsmitglieder Erich Hoffmann und Max Reimann auf Festsetzung eines „Gedenktages für die Opfer des Faschismus"

Dazu hat das Wort Herr *Hoffmann.*

Hoffmann: Ich glaube, daß der Antrag für sich selbst spricht[67] und daß es deshalb kaum nötig ist, dazu weitere Ausführungen zu machen. „Opfer des Faschismus" ist ein Begriff, wie er in der letzten Zeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Eingang gefunden hat. Unter „Opfer des Faschismus" wird verstanden, derer zu gedenken, die im Kampfe gegen das Regime des Faschismus gefallen sind, ums Leben gekommen sind. Solche Menschen, die im Kampfe gegen

---

sich ebenfalls auf einen Bericht Generaldirektors Dr. *Roelen* vom 22. 3. 1946 (Thyssen-Gaswerke in Duisburg), vgl. HStAD NW 53/256, fol. 186 f. Zur Stellungnahme der KK vgl. Anl. 33.

65 Gemeint ist das „Gutachten des Deutschen Wirtschaftsrates zur Kohlenfrage" (vgl. o. Anm. 6).

66 Insgesamt ähnliche Forderungen werden auch in der Schrift des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Essen) vom März 1946 vertreten, vgl. Ursachen der niedrigen Kohlenförderung, S. 16–19. Vgl. ferner die „Leitsätze für Sofortmaßnahmen im Bergbau . . .", aufgestellt von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber beim OP der Nord-Rheinprovinz am 16. 4. 1946, in: HStAD NW 53/257, fol. 52 f.

67 Vgl. Anl. 20.

dieses fürchterliche Regime gestanden haben, sind in allen Schichten der Bevölkerung zu finden, und wir finden sie in großen Teilen der Bevölkerung. Es dürfte eine Pflicht sein, diesen Opfern dadurch Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, daß wir durch die Festlegung eines solchen Gedenktages bekunden, daß wir das Regime des Nationalsozialismus verurteilen und daß durch diesen Gedenktag äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, was wir diesen Opfern schuldig sind. Ich glaube, daß dazu weitere Ausführungen kaum nötig sind.

Adenauer: Ich stimme mit den Ausführungen meines Vorredners überein. Ich spreche zugleich im Namen der gesamten CDU der britischen Zone, wenn ich jetzt spreche. Aber ich halte es für richtig, die Tendenz dieses Antrags, seine Grundlage und damit seinen Wortlaut weiter zu fassen.[68] Wir wollen nicht nur derer gedenken, die gegen das Regime gestritten haben und dabei gelitten oder ihr Leben gegeben haben. Wir müssen nach meiner Meinung noch einen Schritt weiter tun. Das deutsche Volk ist außerordentlich vergeßlich. Jeder von uns merkt das auf Schritt und Tritt, daß es die Zustände, die wir heute haben, die Folgen des Krieges, gar nicht mehr dem Nationalsozialismus zur Last legt, sondern eher dazu neigt, sie denjenigen zur Last zu legen, die sich bemühen, alles das zu beseitigen, und ihnen vorwerfen, daß sie eben nicht damit fertig würden.

Ich halte es für richtig, daß wir die Erinnerung an diese Zeit des Nationalsozialismus mit all seinen schrecklichen Folgen durch einen Gedenktag feiern. Der Männer und Frauen, die in Konzentrationslagern und in Gefängnissen gestorben sind oder ihre Gesundheit dort geopfert haben, wollen wir auch dabei gedenken. Aber wir wollen weitergehen. Ich bin der Auffassung, wir sollten einen Tag im Jahre festsetzen, und zwar auf längere Zeit hinaus, an dem dem deutschen Volke auf die Weise, wie sie in dem Antrage näher beschrieben ist, immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden muß, daß der Nationalsozialismus und daß die Zeit des Nationalsozialismus die Quelle dieses Unglücks für unser Land und Volk und für die ganze Welt gewesen ist.

Daher stelle ich – gleichzeitig im Namen von Dr. *Otto* – einen Zusatzantrag zu dem Antrage *Reimann,* und zwar schlage ich vor, etwa folgende Fassung zu nehmen, wobei ich von vornherein zugebe, daß man bezüglich der Fassung auch anderer Meinung sein kann. Ich wünsche nur, zu erreichen, daß die Mehrheit mit der Tendenz, also mit der Ausweitung des kommunistischen Antrages, einverstanden ist. Dann könnte die endgültige Fassung einem Ausschusse überwiesen werden. Ich beantrage also im Namen von *Dr. Otto* und in meinem Namen: den Antrag des kommunistischen Vertreters wie folgt abzuändern und zu ergänzen:

> Der Zonenbeirat möge beschließen, die britische Militärregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit den Militärregierungen der übrigen Besatzungszonen und der Kirche

– denn wenn die Kirche Gottesdienste abhalten soll, müssen wir vorher mit ihr auch Fühlung nehmen –

> einen Sonntag im Jahr zum Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus, für die politischen Opfer und die Opfer des Krieges im Felde und in der Hei-

68 Vgl. Anl. 21.

mat zu erklären. An diesem Sonntag sollen Volkskundgebungen und Veranstaltungen und Gedenkgottesdienste in den Kirchen stattfinden.

Das ist der Wortlaut des kommunistischen Antrags.[69]

Es ist mir im Gespräch mit den Herren erwidert worden, daß dieser Opfer des Krieges ja beim Heldengedenktage[70] gedacht werden könne. Das beabsichtige ich nicht mit diesem Antrag, sondern ich möchte in der Erinnerung des deutschen Volkes festhalten, daß die Opfer dieses Krieges durch den Nationalsozialismus verursacht sind. Das ist die Tendenz dieses Antrags.

Ich bitte Sie, diesem Zusatzantrage im Prinzip zuzustimmen, und wenn Sie Bedenken wegen der Fassung haben, die man so oder so machen kann, den Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen.

Reimann: Ich bin mit der grundsätzlichen Feststellung des Herrn Dr. *Adenauer* einverstanden, daß dieser Krieg von den Nationalsozialisten in Deutschland verursacht worden ist. Jedoch besagt unser Antrag etwas anderes. Wir wollen nach unserem Antrag an einem Sonntag der Opfer des Faschismus gedenken, die im aktiven Kampfe gestanden haben, im Zuchthaus oder Konzentrationslager ermordet worden sind. Das betrifft hier nicht nur den deutschen Teil dieser Antifaschisten, sondern wir wollen auch derer gedenken, die von anderen Ländern nach Deutschland verschleppt und dann hier in den Lagern umgebracht wurden. Dieser Antrag erstreckt sich weit über die deutschen Grenzen hinaus, und würden wir eine solche Fassung wählen, wie Dr. *Adenauer* sie vorschlägt, so würden wir dem Kern der Sache nicht gerecht werden.

Ich bitte, zu berücksichtigen, daß in den Kammern Frankreichs und in den Parlamenten Norwegens, Englands und Polens dieselben Anträge gestellt werden, und man könnte diesen Völkern nicht zumuten, einen Sonntag gemeinsam mit den aktiven deutschen Antifaschisten zu begehen und in einem feierlichen Rahmen aller zu gedenken, wenn wir hierbei auch die Wehrmacht einbeziehen würden. Berücksichtigen wir, daß in der deutschen Wehrmacht, wenn wir dem Antrage *Adenauer* stattgeben, auch die Waffen-SS einbezogen ist, und es wäre geradezu ein Hohn, würden wir einen solchen Sonntag in einer solchen Form begehen.

Ich bitte, unserem Antrage in der Fassung, wie wir ihn gestellt haben, zuzustimmen. Der militärischen Opfer wollen wir auch gedenken, aber nicht an diesem Sonntage, wo wir der Opfer des Faschismus in der Form gedenken wollen, wie wir den Antrag gestellt haben.

Ich schlage vor, daß der zweite Sonntag im September hierzu ausersehen wird.[71] Ich möchte dabei noch einmal hervorheben, daß es sich um eine europäische Maß-

---

69 *Adenauer* verlas nicht den Wortlaut des kommunistischen Antrags, sondern den Zusatzantrag der CDU gemäß Anl. 21.

70 Der seit 1926 begangene Gedenktag für die Opfer des Ersten Weltkrieges hieß seit 1934 „Heldengedenktag" und fiel auf den 5. Sonntag vor Ostern. 1952 wurde der vorletzte Sonntag vor dem 1. Advent als „Volkstrauertag" zum Gedenken der Gefallenen beider Weltkriege und der Opfer des Nationalsozialismus ein nationaler Trauertag.

71 In Schleswig-Holstein etwa wurde an diesem Datum ein entsprechender Gedenktag abgehalten, vgl. insgesamt LAS 605/400: Diese Feiern galten „den Opfern des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges".

nahme handelt und daß in anderen Parlamenten derselbe Antrag von den aktiven Antifaschisten der Völker gestellt wird.[72]

Adenauer: Der Wortlaut meines Antrags schließt, das wird Herr *Reimann* überhört haben, ein diejenigen Opfer des Nationalsozialismus, die anderen Ländern angehört haben. Ich habe an keiner Stelle von den deutschen Opfern gesprochen.

Aber ich betone nochmals: Bitte, denken Sie bei Ihrer Entschließung an die Tendenz meines Antrags. Die Tendenz meines Antrags ist und muß eine ganz andere sein, als diejenige etwa eines Antrags, der in Frankreich oder Belgien gefaßt wird. Ich kann durchaus verstehen, daß man in Frankreich oder Polen oder Belgien einen Antrag zum Beschluß erhebt, wie ihn Herr *Reimann* gestellt hat. Ich möchte darüber hinaus aber etwas tun. Wir können aber unmöglich etwa zwei Sonntage im Jahr nehmen, und daher ist es richtig, das bitte ich auch Herrn *Reimann,* sich zu überlegen, des größten Zieles halber das kleinere Ziel, das er verfolgt, aufzugeben. Das größere Ziel, das ich verfolge, ist, im gesamten deutschen Volke die Erinnerung an diese 12 Jahre Nationalsozialismus und an diesen Krieg, in dem der Nationalsozialismus gipfelt, festzuhalten als einer Zeit des Verderbs und der Schande.

Ich möchte nicht eine zweite Dolchstoßlegende. Denken Sie etwas historisch. Wer hätte im Jahre 1918, als die deutsche Armee geschlagen zurückkam – ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie sie über den Rhein zog – gedacht, in wenigen Jahren wird in Deutschland die Legende verbreitet und vielfach geglaubt werden, das deutsche Heer sei überhaupt nicht geschlagen. Der wäre damals ausgelacht worden. Wir wollen verhüten, daß dieser Krieg, der jetzt zu Ende gegangen ist, namentlich im Hinblick auf die Folgen, die er noch eine lange Reihe von Jahren für unser Volk haben wird, einmal wieder in der Erinnerung des deutschen Volkes dastehen soll als etwas Gutes und Glorreiches, wo uns nur eine Übermacht von Feinden überwältigt hat. Das möchte ich verhindern. Ich glaube, das ist ein viel größeres Ziel, als Sie mit Ihrem Antrag zu erreichen versuchen.

Ich bitte Sie noch einmal dringend: Denken Sie daran, daß das, was wir mit diesem Antrage bezwecken, unendlich viel wichtiger ist für das deutsche Volk als das, was Herr *Reimann* bezweckt, und daß wir Deutschen etwas ganz anderes tun müssen als Polen oder Franzosen oder Italiener oder Belgier oder Holländer. Die sind in einer ganz anderen Situation als wir. Wir, die wir das alles miterlebt haben, zum Teil am eigenen Leib und in unseren Familien, müssen alles tun, was wir können, um dafür zu sorgen, daß für immer diese Zeit im deutschen Volke steht als eine Zeit des Verderbs und der Schmach und daß sie nicht nachher noch herumgedreht wird in der Geschichte und in den Gehirnen der Menge und als etwas Großes erscheint, wo das deutsche Volk tapfer gekämpft hat, aber einer Übermacht von Feinden schließlich unterlegen ist.

---

72 In vielen der im Zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzten Länder wurde beschlossen, den 8. Mai oder den Tag der tatsächlichen Befreiung künftig als Gedenktag zu begehen. Es handelt sich dabei in der Regel nicht um einen Feiertag im Sinne eines freien Arbeitstages, sondern – wie etwa in Norwegen – um einen sog. Fahnentag.

Ich bitte Sie wirklich: Überlegen Sie einmal, ob Sie nicht doch mit Rücksicht auf den größeren Zweck, der derselbe ist, den Sie verfolgen, unserem Antrag zustimmen können. Und ich beantrage, diese beiden Anträge dem Hauptausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen.

Henßler: Wir Sozialdemokraten werden dem Antrag *Reimann* zustimmen. Gewiß werden wir an dem Tage nicht bloß der Opfer des Faschismus gedenken, sondern auch auf die Kriegsverbrechen Hitlers hinweisen. Was uns aber veranlaßt, Herrn *Reimann* zuzustimmen, ist die Anpassung an die Beschlüsse anderer Länder, damit wir auf diesem Gebiete in einer einheitlichen Linie marschieren. Weiter halte ich den Antrag *Reimann* für geeigneter, weil er politisch prägnanter den Sinn des Tages zum Ausdruck bringt.

Vorsitzender: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich stelle fest, daß die Diskussionsredner einig sind, daß ein Sonntag im Jahre zum Gedenktag gewählt wird. Nicht einig sind sie über das Ausmaß und seine Gesamtrichtung. Der eine Antrag ist ein Antrag, der enger faßt die Opfer des – international gedacht – Faschismus, während der andere Antrag sich ausgesprochen an die Gesamtheit des deutschen Volkes wendet.

Es sind also zwei Anträge gestellt. Der erste Antrag ist der, der Ihnen in der Denkschrift zugegangen ist, und der zweite Antrag ist im Anschluß an die Ausführungen von Dr. *Adenauer* dahin gestellt, die Überweisung an den Hauptausschuß vorzunehmen. Über den Überweisungsantrag muß zuerst abgestimmt werden.

Ich möchte dazu sagen: Diese Frage ist so bedeutsam, daß ihr möglichst ein einstimmiger Beschluß zu Grunde gelegt wird. Das würde der Bedeutung dieses Gedenktages mehr entsprechen, als wenn wir hier abstimmen und über die Fassung auseinandergehen. Das wäre mir persönlich ein Anliegen, hier eine einstimmige Willenserklärung herbeizuführen. Ich würde deshalb empfehlen, daß wir im Hauptausschuß noch einmal die Fassung durchberaten und dann im Plenum zu einem möglichst einheitlichen Ergebnis kommen. Es könnte möglich sein, daß hier eine Fassung gefunden wird, der sowohl Herr *Reimann* wie Herr Dr. *Adenauer* zustimmen kann.

Reimann: Ich bin gegen diesen Vorschlag, daß wir diesen Antrag dem Hauptausschusse überweisen. Es gibt in der grundsätzlichen Auffassung zwischen uns und Dr. *Adenauer* keinen Kompromiß. Wir bestehen darauf, daß der Opfer des Faschismus gedacht wird. Dr. *Adenauer* hat in seiner Begründung versucht, den Anschein zu erwecken, als ob das ein größeres Ziel wäre. Ich verneine dies. Das kann eine gegenseitige Auffassung sein. Wir wünschen, daß der Antrag hier im Plenum zur Abstimmung kommt. Wir wollen uns hier entscheiden, wie wir zu diesen Dingen stehen.

Heile: Ich glaube, man kann doch einen Weg finden, wo die beiden Richtungen sich verständigen können, daß wir grundsätzlich darüber abstimmen, ob ein Gedenktag der Erinnerung an die Opfer des Faschismus stattfinden soll. Das wird einstimmig bejaht werden. Dann überlegen wir die Frage, in welcher Form dieser Gedenktag gefeiert werden soll, noch einmal, um zu versuchen, eine Form zu finden, der beide Antragsteller zustimmen.

Adenauer: Die Diskussion scheint wieder eröffnet zu sein.

(Zuruf: Sie war noch nicht geschlossen!)

Ich bitte Sie, die beiden Anträge dem Ausschusse zu überweisen. Es ist unmöglich, über den einen Antrag über den Grundsatz abzustimmen und den anderen dem Ausschusse zu überweisen. Ein Antrag ist eine geschlossene Sache. Da muß nach parlamentarischem Brauch so oder so abgestimmt oder dem Ausschuß überwiesen werden.

Herr *Reimann* hat eine Wendung gebraucht, ich habe versucht, den Anschein zu erwecken. Ich glaube, das war ein falscher Zungenschlag. Ich suche keinen Anschein zu erwecken. Mein Antrag geht absolut weiter. In meinem Antrag findet Ihr Antrag absolut und vollständig seinen gebührenden Platz. Ich gebe zu, die Tendenz meines Antrages geht weiter als die des Ihren, und er geht auch weiter als die Tendenz entsprechender Anträge und Beschlüsse anderer Länder. Die anderen Länder haben das nicht nötig, was wir nötig haben. Ich wiederhole noch einmal:

Wir müssen durch Einrichtung des entsprechenden Tages dafür sorgen, daß nicht dieser Krieg in den Augen der kommenden Generationen als ein Krieg wie frühere Kriege dasteht. Das ist die Tendenz meines Antrags, und dabei werden wir selbstverständlich der Opfer des Nationalsozialismus wieder besonders gedenken. Das gehört dazu. Aber ich bin der Auffassung: Wir wollen versuchen, einig zu werden. Auch mir liegt daran, daß wir eine geschlossene Abstimmung über eine solch wichtige Frage herbeiführen. Deshalb wiederhole ich meinen Antrag, die beiden Anträge dem Hauptausschuß zu überweisen, damit wir uns dort eventuell verständigen können. Es kommt wirklich nicht darauf an, ob dies vier Wochen früher oder später beschlossen wird. Wenn Herr *Reimann* glaubt, daß eine Verständigung mit mir nach einer Aussprache im Hauptausschuß nicht möglich ist, dann kann in vier Wochen über die Anträge hier getrennt abgestimmt werden. Aber es ist im übrigen [die Sache] wert, daß man den Versuch macht, durch eine Ausschußberatung zu einer Einigkeit zu kommen. Infolgedessen möchte ich bitten, daß auch Sie der Überweisung der beiden Anträge an den Ausschuß zustimmen. Wir haben doch wohl den Eindruck bekommen, daß sich keiner gegen Ihren Antrag ausgesprochen hat. Das ist doch schon ein Erfolg für Sie. Deshalb geben Sie nach und stimmen Sie meinem Antrag auf Überweisung an den Ausschuß zu.

Henßler: Dem Antrag auf Überweisung an den Hauptausschuß stimmen wir zu, weil auch wir wünschen, daß möglichst ein einstimmiger Beschluß herbeigeführt wird. Sachlich bleibe ich bei dem, was ich eben gesagt habe.

Vorsitzender: Ich möchte mich nochmals dem Schlußwort von Dr. *Adenauer* anschließen, daß wir möglichst geschlossen stimmen sollten.

(Reimann: Ich bin einverstanden!)

Dann ist beschlossen, zunächst im Hauptausschuß über die beiden Anträge zu beraten.[73]

Wir kommen zu Punkt 10:

---

73 Vgl. hierzu weiter Dok. IV.3 mit Anm. 133–135.

Bericht über die Stuttgarter Tagung

Der Bericht sah ursprünglich vor, daß Dr. *Schumacher* darüber referieren wollte. Ich wurde nun gebeten, da ich auch Teilnehmer an der Tagung war, anstelle von Dr. *Schumacher* das Referat zu übernehmen. Ich berichte darum folgendes:

Gemäß Beschluß dieses Gremiums[74] hatten sich 10 [!] Mitglieder des Zonenbeirats am 3. April im Flugzeug nach Stuttgart begeben. Es waren außer mir die Herren Dr. *Schumacher, Kopf, Steltzer, Petersen,* Dr. *Adenauer,* Dr. *Lingemann, Heile* und der Generalsekretär *Weisser.* [75]

Es fand eine gemeinsame Tagung des Länderrats, der Zusammenfassung der Länder Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen in der amerikanischen Zone mit den Vertretern des Zonen[bei]rates statt. Ich verlese am besten das amtlich festgestellte Protokoll dieser Sitzung nebst der in diesem Protokoll enthaltenen Entschließung. Dieser Entwurf ist der amerikanischen und britischen Militärregierung vorgelegt und genehmigt worden. Ich kann deshalb auf diese Erklärung der beiden Regierungen Bezug nehmen. Es heißt[76]:

〈Am 3. April 1946 fand in Stuttgart eine gemeinsame Tagung des süddeutschen Länderrates, der Zusammenfassung der Länder Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen in der amerikanischen Zone, mit Vertretern des Zonenbeirates der britischen Zone statt.

Schon äußerlich kam in dieser gemeinsamen Arbeitstagung das Bekenntnis zur Verbundenheit der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zum Ausdruck. Den Vorsitz bei den Verhandlungen hatte zunächst der bayerische Ministerpräsident *Högner* inne; im Fortgang der Besprechungen wurde er dann dem Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz Dr. Dr. *Lehr* übertragen.

Die Besatzungsmächte waren durch den amerikanischen Controller Prof. Dr. *Pollock* mit seinem Stab und durch den englischen Verbindungsoffizier beim Zonenbeirat, Major *Gibb,* vertreten.

Der Zonenbeirat der britischen Zone war durch folgende Persönlichkeiten repräsentiert:

Dr. Dr. Robert *Lehr*	Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz Vorsitzender des Zonenbeirates
Dr. Kurt *Schumacher* (SPD)	stellv. Vorsitzender des Zonenbeirates
H. W. *Kopf*	Oberpräsident der Provinz Hannover
Theodor *Steltzer*	Oberpräsident Schleswig-Holstein
Rudolf *Petersen*	Bürgermeister der Hansestadt Hamburg
Adolf *Grimme*	Staatsminister a. D., Mitglied des Zonenbeirates
Dr. Conrad *Adenauer*	Oberbürgermeister a. D. (CDU)
Heinrich *Lingemann*	Oberlandesgerichtspräsident
Max *Reimann* (KPD)	Mitglied des Zonenbeirates
Wilhelm *Heile* (FDP)	Mitglied des Zonenbeirates

74 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 64–66 und Anm. 169–172.

75 *Lehrs* Aufzählung ist unvollständig, denn außer den 9 Genannten nahmen noch *Grimme, Reimann* und *Kaisen* an der Sitz. teil, vgl. u. „Verlesung des Prot." Zur Sitz. selbst vgl. das in AVB 1, S. 422–441, abgedruckte Prot. sowie Foelz-Schroeter, S. 55 f. – Der Bericht über die Stuttgarter Tagung war bereits Thema der LChK am 1. 5. 1946 in Hamburg, vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 125/6: Ns. über die Besprechung . . . am 1. Mai 1946, S. 4.

76 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 22.

Wilhelm *Kaisen*	Präsident des Senats der Hansestadt Bremen
Dr. Gerhard *Weisser*	Generalsekretär des Zonenbeirates.

Nachdem Ministerpräsident *Högner*, Bayern, die Versammlung begrüßt hatte, ergriff Oberpräsident Dr. *Lehr* das Wort.

Er legte ein starkes Bekenntnis zur Reichseinheit ab. Hierbei betonte er insbesondere, daß alle Maßnahmen bis zur Erreichung dieses Zieles dieser künftigen Gestaltung dienen müßten.

Gleichmäßig ausgerichtete, sparsam verwaltete und wirtschaftlich hochentwickelte Länder seien das Fundament und der tragende Eckpfeiler künftiger deutscher Einheit. Deshalb begrüßte er die Bildung der drei großen süddeutschen Länder in der amerikanischen Zone und ihre Ausstattung mit weitgehenden staatlichen Befugnissen sowie ihre enge Zusammenarbeit in der klar durchdachten Organisation des Länderrates.

Zu einer ähnlichen Konstruktion müsse man auch in der britischen Zone gelangen, wenn man die in den Potsdamer Beschlüssen festgelegte politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands verwirklichen wolle.

Dr. *Lehr* erläuterte alsdann die in der britischen Zone gebildeten überregionalen Einrichtungen, nämlich den Zonenbeirat in Hamburg – zusammengesetzt aus ernannten Vertretern der politischen Parteien, den Verwaltungschefs, den Leitern fachlicher Zentralstellen und Vertretern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften – als politische Körperschaft und den Wirtschaftsrat in Minden. Beide Einrichtungen hätten allerdings wie alle Neukonstruktionen einen labilen Charakter und müßten erst mit lebendigem Geist erfüllt werden und seien im übrigen noch nicht Ausdruck einer abgeschlossenen Entwicklung. Bei der Neuordnung des deutschen Raumes müsse aber auch in der britischen Zone jede Zersplitterung vermieden werden, weil eine Aufgliederung in zuviel kleine Regionen schon den Verwaltungsapparat zu kostspielig und schwerfällig mache und die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten erschwere, wenn nicht gar unmöglich mache. Wenn auch auf eine wirtschaftliche Kontrolle am Rhein und an der Ruhr nicht verzichtet werden könne, sollte man aber doch die Deutschen in beratender Form einschalten, weil auch sie selbst Interesse daran hätten, daß das, was dem friedlichen Aufbau dienen solle, nicht zu anderen Zwecken mißbraucht werde.

Dr. *Lehr* wandte sich alsdann der Wirtschafts- und Ernährungslage in der britischen Zone zu und kam dabei naturgemäß auf die Grundlage aller Wirtschaft, nicht nur der britischen Zone, die Kohle, zu sprechen. Er behandelte dabei die Kürzung der Lebensmittelrationen und deren Wechselwirkung auf die Industrieleistung, insbesondere den verhängnisvollen Rückgang der Kohlenförderung. Ein Wiederaufbau sei nur möglich, wenn es gelänge, die verbliebene Förderkapazität der Zechen voll auszunutzen und die Förderung auf das Doppelte zu erhöhen. Dabei komme es auf die Leistung des Bergmannes an, für dessen Verbesserung vor allem die physischen Voraussetzungen an Ernährung, Bekleidung, Unterbringung und Versorgung noch geschaffen werden müßten. Wenn es gelänge, die Rückläufigkeit der Förderung wieder auszugleichen und die Förderung noch zu steigern, so müsse auch ein bestimmter Anteil an den Förderungsergebnissen für die deutsche Schlüsselindustrie zur Verfügung gestellt werden. Nur durch deren Belebung, insbesondere durch die Ankurbelung der Bauindustrie, könne dem überall sich lähmend bemerkbar machenden Wirtschaftsrückgang mit Erfolg entgegengetreten werden.[77]

Bürgermeister *Petersen* (Hamburg) ergänzte die Darlegung von Dr. *Lehr* nach der wirtschaftlichen Seite hin. Man sei an einem ganz gefährlichen Krisenpunkt angelangt. Die Rohstoffe seien verbraucht, die Arbeitswilligkeit nehme ab. Der einzige Reichtum Deutschlands sei noch seine Arbeitsmöglichkeit. Diese müsse man dazu ausnutzen, um die vorhandenen Rohstoffe zu veredeln, um dann so hochwertige Erzeugnisse herzuge-

77 Vgl. hierzu o. Anm. 20.

ben, daß daraus nicht nur die notwendigen Lebensmitteleinfuhren bezahlt, sondern auch aus dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung zum Wiederaufbau der Welt der gebührende Beitrag geleistet werden könne. Die Ausfuhr der Rohstoffe müsse schnellstens aufhören. Nur so könne der Wiederanlauf der Produktion erhofft werden. Man müsse auch der Arbeitsunwilligkeit durch Währungs- und Finanzreformen entgegentreten.

Ministerpräsident Dr. *Maier* (Württemberg-Baden), der darauf das Wort ergriff, betonte, daß es großer Anstrengungen bedürfen würde, damit die Deutschen sich wieder zusammenfänden und die zentrifugalen Kräfte überwänden. In der Vergangenheit sei es schon schwer gewesen, die deutschen Stämme zusammenzubringen. Die Bevölkerung von Württemberg-Baden habe gewiß ein starkes Heimatgefühl, das aber nicht so stark sei, daß Stimmungen, ein Eigenleben zu entwickeln, die Oberhand gewinnen könnten. Die Gewalt wirtschaftlicher Tatsachen lehre, daß wir nur in Einheit zu leben vermöchten. Das Vorparlament Württemberg-Badens habe sich daher vergangene Woche ebenso wie das Kabinett einmütig auf den Standpunkt der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands gestellt. Man müsse zu einem starken Bundesstaat ohne Entmündigung der Länder gelangen. Der Sinn unserer politischen Einheit müsse es sein, alles zu unterstützen, was dazu beitragen kann, eine politische und wirtschaftliche Spitze eines deutschen Gemeinlebens zu bilden.

Anschließend führte Dr. *Schumacher* aus:

Zu den neuen klassenmäßigen Aufspaltungen und Differenzierungen komme jetzt der Mangel an nationaler Einheit in Regierung und Verwaltung hinzu. Schon nach 1918 habe sich das Fehlen einer großen politischen Konzeption über die Neueinteilung des deutschen Gebietes verhängnisvoll bemerkbar gemacht. Die Länder, von denen keines in seinem heutigen Bestand und Umfang garantiert sei, seien nur Bausteine für eine höhere nationale Ordnung, die Ordnung, die letzten Endes durch das gesamte Reichsvolk repräsentiert werde. Die Tendenzen der Separierung fänden ihre Grenzen in der Tatsache, daß Reparationen bezahlt werden müßten. Wenn wir ein neues Deutschland wollten, dann wollten wir es nicht als einen neuen Nationalismus, sondern als gleichberechtigten und gleichgeachteten Bestandteil im europäischen Raum. Nicht Teile von Deutschland müßten internationalisiert werden, sondern ganz Europa müsse internationalisiert werden. Wir müßten der Jugend das Gefühl nationaler Gleichwertigkeit geben, um sie zu guten Europäern zu machen. Letzten Endes entstünden ja alle Schwierigkeiten nicht so sehr aus deutschen Verhältnissen, als vielmehr daraus, daß die Politik der Vereinten Nationen keinen gemeinsamen Generalnenner gegenüber Deutschland habe. Deutschland sei heute ein Land ohne Macht. Es habe keine eigene Außenpolitik, und seine Innenpolitik sei nicht viel mehr als die Politik der jeweils zuständigen Besatzungsmacht. Aber trotzdem seien die Vorgänge in Deutschland entscheidend für die Formung Gesamt-Europas. Die ökonomische Voraussetzung der deutschen Politik sei Land oder Export. Die Frage sei bereits dahin beantwortet, daß nur der Export möglich sei, und darum sei der Kampf um die Maschine und die Erhaltung der Industrie das Wichtigste in Deutschland. Wir alle hätten den Willen, ebenso gute Deutsche wie gute Europäer und Weltbürger zu sein.

Als Ergebnis der Aussprache erfolgte die einstimmige Annahme nachstehender Entschließung:

Für die deutsche Einheit[78]
Entschließung des Länderrates der amerikanischen Zone
und des Zonenbeirats der britischen Zone

78 Vgl. hierzu eine von den Chefs der Länder und Provinzen der brit. Zone am 30. 4. 1946 in einer eigenen Sitzung gefaßte Entschließung, die der KK anläßlich der 3. Sitz. des ZB vorgelegt, auf der Tagung selbst jedoch nicht diskutiert wurde (HStAH Nds. Z 50/77). Zur Stellung der Länderchefs vgl. Dok. II.3, Anm. 17.

Die in Stuttgart am 3. April 1946 versammelten Mitglieder des Länderrates der amerikanischen Besatzungszone und die Vertreter des Zonenbeirates der britischen Besatzungszone sind einmütig der Meinung:

1. Unerläßlich ist die sofortige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands;
2. Die wirtschaftliche Einheit ist auf die Dauer ohne politische Einheit nicht möglich. Die Länder sind nur Bausteine dieser höheren Einheit;
3. Nur ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland kann seinen Beitrag zum Neubau Europas und zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker leisten;
4. Das deutsche Volk ist gewillt, alle innerdeutschen Hemmnisse auszuschalten und seine ganze Kraft zur Verwirklichung dieses Zieles einzusetzen;
5. Es bedarf dazu nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung durch die Vereinten Nationen. Die derzeitigen Verhältnisse auf deutschem Gebiet lassen darüber hinaus die Lösung der Aufgabe ohne die *politische* Hilfe der Besatzungsmächte nicht zu;
6. Erforderlich ist vor allem ein aufeinander abgestimmter Aufbau der Länder und Zentralstellen, der allein das Werden der politischen Einheit des deutschen Volkes gewährleistet und damit die Verwirklichung seiner europäischen Aufgabe ermöglicht.

Weiterhin beschäftigte sich die Tagung mit einer Reihe von Fragen, die für alle Zonen von größter Wichtigkeit sind und deren einheitliche Behandlung und Lösung gerade unter dem Gesichtspunkt der deutschen Einheit unerläßlich ist.

Es wurden Berichte über folgende Sachgebiete erstattet:

1. Fragen aus der politischen Bereinigung
   (Ministerialdirektor *Gögler,* Württemberg-Baden)
2. Fragen der Rechtsangleichung
   (Justizminister Dr. *Beyerle,* Württemberg-Baden)
3. Fragen über die Ernährungslage
   (Dr. *Besselmann,* Länderrat)
4. Grundsätzliche Fragen der neuen Steuergesetze
   (Finanzminister Dr. *Mattes,* Großhessen)
5. Versicherungsaufsicht und Währungsfragen
   (Dr. *Pfleiderer,* Stuttgart)
6. Fragen über den Austausch von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen zum Wiederaufbau
   (Ministerialrat *Wittrup,* Großhessen).〉

Ich schließe damit den Bericht mit der Bemerkung, daß ein machtvolles Bekenntnis zum deutschen Vaterland erfolgt ist.

Adenauer: Ich war, wie Sie gehört haben, auch Teilnehmer, d. h. als Gast anwesend. Wir haben den eindrucksvollen und guten Bericht unseres Vorsitzenden gehört. Ich möchte aber etwas hinzufügen:

Zwischen dem Länderrat in Stuttgart und dem Zonenbeirat in der britischen Zone besteht ein fundamentaler Unterschied. Der Länderrat in Stuttgart ist eine Vereinigung der drei Ministerpräsidenten; das gemeine Volk – das sind wir – hat dort weder Sitz noch Stimme. Das ist eine rein gouvernementale Einrichtung, die einen starken Beigeschmack nach Führerprinzip hat, während wir doch etwas anders zusammengesetzt sind und die frühere Fürstenkammer nicht allein hier tagt.

(Heiterkeit)[79]

Insofern besteht ein ganz wesentlicher Unterschied, trotzdem ich nicht verkenne, daß der Länderrat aufgrund seiner bisherigen Tradition schon eine sehr umfangreiche Einrichtung ist. Ich weiß nicht, ob schon Gesandte der verschiedenen Länder ernannt sind, so etwas ähnliches war jedenfalls da.[80] Der Länderrat hat auch ganz gute Arbeit geleistet. Aber ich ziehe eine Zusammensetzung, wie wir sie hier im Zonenbeirat haben, vor.[81]

Dann war ich etwas neidisch über die vielen Ministerpräsidenten und Minister, die ich dort gesehen habe, wenn ich daran dachte, daß wir verhältnismäßig sehr dünn damit besetzt sind, aber es scheint, als ob wir das auch bald aufholen würden, so daß wir da keine Ursache mehr haben, zu bedauern, daß wir so wenig Ministerpräsidenten und Minister haben.[82]

(Heiterkeit)

Petersen: Ich will mich nicht in die hohe Politik einlassen, trotzdem die Versuchung ja groß wäre, auf diese Ausführungen einzugehen. Ich möchte nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß diese Presseveröffentlichung, die in Stuttgart mit erheblicher Mühe gefaßt worden ist und dann von den beiden Militärregierungen, der amerikanischen und der englischen, gutgeheißen wurde[83], in der britischen Zone nicht zur Veröffentlichung gelangt ist.

---

79 Zu dieser Rivalität zwischen Länderchefs und Parteispitzen vgl. Foelz-Schroeter, S. 55 und S. 182, Anm. 66.

80 Gemeint sind die Länderratsbevollmächtigten.

81 Im Gegensatz dazu hob der Generalsekretär des LR, *Roßmann,* in seinem ausführlichen Tagungsbericht an *Pollock,* den Direktor des Regional Government Coordinating Office, vom 6. 4. 1946 hervor, daß die Vertreter des ZB den LR als Vorbild ansähen. So seien die Vorteile dieser staatsrechtlichen Konstruktion hervorgehoben und der Wunsch geäußert worden, es möge auch in der brit. Zone gelingen, aus der Vielfalt der gegenwärtigen Gebietsverwaltungen größere, in sich nach Art der süddt. Länder konstruierte Staatsgebilde zu schaffen, die dann ebenfalls wie der LR zusammenarbeiten könnten, vgl. IfZ NL *Pollock:* ED 122, Bd. 99. *Roßmann* bezog sich dabei wohl vor allem auf die inhaltlich entsprechende Äußerung *Lehrs,* die dieser auch dem brit. Verbindungsstab des ZB zukommen ließ, vgl. die dt. Fassung in: StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I: Rundschreiben *Lehrs* an die Länderchefs vom 10. 4. 1946 (Anlage).

82 *Adenauers* positive Stellungnahme zum ZB ist insofern hervorzuheben, als er das Gremium zunächst als eine Art Schattenkabinett bewertete, in dem politisch nichts los sei. Schließlich arbeitete er aber doch engagiert in ihm mit, da er es für besser hielt als überhaupt kein Forum, vgl. hierzu Weymar, S. 310 und S. 318 f. In einem Schreiben an *Petersen* vom 2. 3. 1946 hatte *Adenauer* seine Mitarbeit im ZB zunächst mit der Begründung abgelehnt, daß er durch seine Obliegenheiten als Parteivorsitzender der Zone und als Vorsitzender der Landes-CDU im Rheinland zu sehr in Anspruch genommen sei. Wörtlich hieß es weiter: „Es ist auch Zeit, daß jüngere Kräfte nach vorne kommen." (Vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 49).

83 Vgl. hierzu AVB 1, S. 439, Anm. 66, und S. 440, Anm. 68. Siehe ferner die von *Janich* angeführten Punkte, die von der brit. und am. MR nicht zur Veröffentlichung genehmigt wurden. Gestrichen wurde u. a. der Satz, daß man durch eine *Angleichung an die bereits weiter entwickelten Verhältnisse in Süddeutschland* zu einer Einheit Deutschlands kommen könne, sowie die Bemerkung *Petersens,* die dt. Volkswirtschaft sei einer Konkursmasse vergleichbar, und

(Zuruf: Doch!)

Nur ganz stückweise. Hier in Hamburg z. B. gar nicht. Auf diesem Gebiete steht Hamburg jedenfalls zurück. Auf jeden Fall würde es dem Wert und der Würdigkeit entsprochen haben, wenn eine solche von den beiden Militärregierungen genehmigte Veröffentlichung auch tatsächlich in der Presse zur Veröffentlichung gelangt wäre.

Vorsitzender: Ich kann mich dem Ausdruck Ihres Bedauerns nur anschließen. Unmittelbar nach der Tagung habe ich die süddeutsche Presse zu einer gemeinsamen Besprechung empfangen. Ich glaube, in Süddeutschland ist gut berichtet worden. Ich habe aber auch zu meinem Bedauern aus der übrigen Presse gesehen, daß das nur stellenweise ohne Kommentar erschienen ist.[84] Das habe ich als einen großen Mangel an Einfühlungsvermögen angesehen, denn dieser Beschluß hat seine ganz große Bedeutung gehabt und war als das wertvollste Aktivum unserer bisherigen gemeinsamen Verhandlungen mit Süddeutschland zu werten.

Wenn das Wort nicht weiter verlangt wird, ist dieser Punkt erledigt.

Punkt 11:

Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

Heile: Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat gestern zum ersten Male getagt und sich konstituiert und mich zum Vorsitzenden gewählt[85], so daß ich jetzt die Aufgabe habe, kurz zu berichten.

Der Ausschuß hat nicht für sich allein getagt, sondern im Anschluß an die vorhergehenden Verhandlungen des Hauptausschusses die Mitglieder des Hauptausschusses gebeten, an dieser Tagung teilzunehmen. Es ist das geschehen, weil sich in den Verhandlungen des Hauptausschusses herausgestellt hatte, daß das gleiche Problem, das den Rechts- und Verfassungsausschuß zu beschäftigen hat, dort bereits eingehend erörtert werden mußte, denn die Stellung, die der Zonenbeirat im Zusammenhang mit diesem Problem hat, ist von so großer Bedeutung, daß wir geglaubt haben, nicht für uns allein tagen zu sollen, sondern die Ergebnisse der Beratungen des Hauptausschusses gleich verwerten zu sollen.

Wir haben ein Referat entgegengenommen, das Oberpräsident *Steltzer* von Schleswig-Holstein gehalten hat. Dieses Referat war nicht bloß in seiner zeitlichen oder räumlichen Ausdehnung sehr bedeutend, sondern erfaßte in seiner gründlichen Durcharbeitung alle Seiten des uns gestellten Problems des Aufbaues einer neuen deutschen Staatlichkeit derart, daß wir beschlossen haben, Herrn *Steltzer* zu bit-

---

der *Ausverkauf* der verbliebenen Substanz *könne so nicht weitergehen* [die kursiv gekennzeichneten Passagen entfielen] (vgl. HStAD NW 53/528, fol. 264: Vermerk für *Lehr* vom 5. 4. 1946).

84 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 19–21.

85 Vgl. PA 1/262: Wortprot. der Sitz. des RVA vom 2. 5. 1946, S. 1 f.: Die Wahl *Heiles* zum Vorsitzenden erfolgte nach einiger Diskussion, da *Lingemann* als zuständiger Fachvertreter vorgeschlagen wurde und *Amelunxen* sich für den Vorsitz eines Oberpräsidenten oder Ministerpräsidenten einsetzte.

ten, dieses sein Referat uns schriftlich vorzulegen, damit wir es bei einer nächsten Sitzung nach sorgfältigem Studium und Einzelberatung behandeln können.

Steltzer: Ich habe dem nur wenig hinzuzufügen. Herr *Heile* hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß eigentlich die heutige Sitzung sich darauf beschränkt, dieses Referat von mir entgegenzunehmen, das Ihnen noch zugehen wird.[86] Dieses Referat hatte lediglich den Zweck, eine Grundlage für die weitere Diskussion zu geben. Ich habe lediglich den eigentlichen Extrakt dieses Referats in einigen Leitsätzen zusammengefaßt, die ich gleich verlesen möchte. Diese Leitsätze sind, darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen, nicht ein Beschluß, der gefaßt ist, den man sich schon zu eigen gemacht hat, sondern lediglich eine Leitlinie, eine Grundlage für die Weiterführung der Diskussion. Es handelt sich hier um fünf Leitsätze[87]:

1. Das Reich muß als politische und wirtschaftliche Einheit die selbstverständliche Grundlage der Gesamtorganisation sein.
2. Die Kompetenzregelung der Weimarer Verfassung kann als Grundlage der Neuregelung übernommen werden. In diesem Rahmen sind Länder mit selbständigen Regierungen und Verwaltungen zu bilden.
3. Erforderlich ist die Einbeziehung der Sonderverwaltungen in die Verwaltung der Länder und damit in die parlamentarische Kontrolle.
4. Durchaus erwünscht ist eine möglichst baldige Unterordnung der zahlreichen bei den Fachabteilungen der britischen Militärregierung gebildeten „Beiräte" unter den Zonenbeirat; sei es, daß sie durch die Ausschüsse des Zonenbeirates ersetzt werden, sei es, daß sie zu gutachtlich tätigen Organen dieser Ausschüsse umgebaut werden. Das Zentralamt wird Organ des Zonenbeirats.[88]
5. Der Zonenbeirat selbst ist als zentrales Beratungsorgan[89] der britischen Militärregierung umzugestalten. Hierbei gilt es in erster Linie, die Zusammenarbeit zwischen den politischen Vertretern der Länder[90] und Provinzen und den Vertretungen der politischen Parteien sicherzustellen und auszubauen.

Das wären die fünf Leitsätze, die lediglich eine Leitlinie, eine Disposition, für die nächsten Verhandlungen des Rechts- und Verfassungsausschusses abgeben sollen und für die grundsätzliche Aussprache. Diese würde dann voraussichtlich erst in der nächsten Sitzung stattfinden.

---

86 Vgl. HStAH Nds. Z 50/77 b: Referat über den Verwaltungsaufbau innerhalb der britischen Zone [22 S., 2 Anl.]. Das Referat war von *Steltzer* auf der Sitz. des RVA am 2. 5. 1946 gehalten (vgl. PA 1/262, Anl. fehlt dort) und dann als Diskussionsgrundlage nur für den Dienstgebrauch gedruckt worden; in dieser Fassung auch überliefert in LAS 399.55 NL *Steltzer*, Nr. 177. – Vgl. hierzu auch Dok. II.3 mit Anm. 186–190.

87 Die Leitsätze waren in Anl. 23 formuliert, die *Steltzer* im folgenden verliest. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 116.

88 In Anl. 23: „*die Zentralämter werden Organe* des Zonenbeirats"; siehe hierzu die folgenden Ausführungen *Henßlers*.

89 In Anl. 23: „als zentrales *politisches* Beratungsorgan".

90 In Anl. 23: „die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Länder".

Ich darf dann weiter noch eine Entschließung vortragen, die gestern in dem Hauptausschuß auch besprochen und gefaßt wurde.[91] Sie lautet:

> Die Intensität der Arbeit des Zonenbeirates sollte durch Zuführung aller wirklich wesentlichen Gesetze und Verwaltungsgrundsätze, die die Militärregierung der britisch besetzten Zone in ihrer eigenen Zuständigkeit zu erlassen beabsichtigt, gesteigert werden. Der Vorsitzende wird gebeten, in diesem Sinne mit der Militärregierung zu verhandeln.

Dieser letzte Punkt wäre eine Entschließung, die vom Haupt- und vom Verfassungsausschuß[92] vorgeschlagen wird und über die ein Beschluß zu fassen wäre.

Schneider: Es handelt sich hier um die allerwichtigste Frage, die den Zonenbeirat bisher beschäftigt hat. Nun ist es selbstverständlich, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß in einer zweistündigen Sitzung zu einem endgültigen Ergebnis nicht kommen konnte. Aber andererseits wissen wir auch alle, daß in der Öffentlichkeit gewisse Gerüchte vorhanden sind, und wir haben es auch bei dem vorhergegangenen Punkte über die Beratungen in Stuttgart gehört, daß über kurz oder lang – und vielleicht tritt das schneller ein, als wir denken – doch die britische Militärregierung uns mit Vorschlägen nicht nur, sondern mit Entscheidungen kommen wird und uns dann vor vollendete Tatsachen stellt auch hinsichtlich der staatsrechtlichen Zukunft des deutschen Vaterlandes. Deshalb halte ich es für richtig, einen Zusatzantrag zu Punkt 11 zu stellen, dem Sie sich, wie ich glaube, wohl nicht verschließen können:

Der Zonenbeirat wolle beschließen,

> die britische Kontrollkommission zu ersuchen, in der Frage des weiteren staatsrechtlichen Schicksals der britischen Zone oder ihrer Teile keine Entscheidung ohne vorherige gutachtliche Stellungnahme des Zonenbeirats zu treffen.[93]

Henßler: Ich bitte um eine etwas klarere Fassung bei den Leitsätzen. Es ist unter Punkt 4 gesagt, daß gewünscht wird die baldige Unterordnung der zahlreichen bei den Fachabteilungen der britischen Militärregierung gebildeten „Beiräte" unter den Zonenbeirat. Ich wünsche das klarer ausgedrückt, daß diese Zentralämter Organe des Zonenbeirates sind.

Außerdem wünschen wir bei Punkt 6

> Die Intensität der Arbeit des Zonenbeirats sollte durch Zuführung aller wirklich wesentlichen Gesetze und Verwaltungsgrundsätze . . .

das Wort „wesentlichen" zu streichen und auszusprechen: „aller Gesetze". Darüber wollen wir ja bestimmen und nicht diese Instanz bestimmen lassen, was wirklich wesentlich ist. Wir legen Wert darauf, daß die anderen Ämter als Organe des Zonenbeirats gelten und daß alle Gesetze dem Zonenbeirat mitgeteilt werden.

---

91 Die Prot. des HA für diese Zeit sind im Bestand des PA und des BA nicht überliefert. Eine hs. Mitschrift von *Campes* in: HStAH Nds. Z 50/77: Notizen und Material zu der Zonenbeirats-Sitzung in Hamburg am 2./3. Mai 1946 . . . .

92 An der Sitz. des RVA vom 2. 5. 1946 hatten auch einige Vertreter des HA teilgenommen (laut Redebeiträgen im Wortprot. (PA 1/262): *Henßler, Lehr* und *Spliedt*).

93 Zur Stellungnahme der KK vgl. Anl. 46, Pkt. 5.

Im übrigen beschränke ich mich auf diese Ausführungen. Wir werden in der allgemeinen Debatte noch darüber sprechen können.

Steltzer: Ich schlage zu Punkt 4 der Leitsätze den Zusatz vor:

> Die Zentralämter werden Organe des Zonenbeirats.

Damit ist Ihrem Anliegen Rechnung getragen.

Weiter habe ich gestrichen in der Entschließung das Wort „wirklich wesentlichen", so daß es jetzt heißt: „aller Gesetze und Verwaltungsgrundsätze".

Damit ist Ihren beiden Wünschen Rechnung getragen.

Vorsitzender: Ich stelle nun den weitergehenden Antrag, der in der Formulierung von Herrn *Steltzer* vorgelesen ist über das Ergebnis der Ausschußberatung und den Zusatzantrag Dr. *Schneider* zur Abstimmung. Der Antrag geht dahin, daß Material dem Ausschusse zu überweisen. Wenn Überweisungsantrag gestellt wird, gehen sämtliche Zusatzanträge mit in den Überweisungsantrag.

Darf ich feststellen, ob gegen die Überweisung an den Ausschuß Bedenken bestehen.

Kaisen: Der Antrag *Schneider* kann nicht dem Ausschuß überwiesen werden; der muß jetzt entschieden werden. Ziffer 6 lautet:

> Die Intensität der Arbeit des Zonenbeirates sollte durch Zuführung aller Gesetze und Verwaltungsgrundsätze, die die Militärregierung der britisch besetzten Zone in ihrer eigenen Zuständigkeit zu erlassen beabsichtigt, gesteigert werden.

Das ist eine Sache, die unabhängig ist. Es heißt weiter:

> Der Vorsitzende wird gebeten, in diesem Sinne mit der Militärregierung zu verhandeln.

Kopf: Ich bitte hinzuzufügen: Der Vorsitzende „und sein Stellvertreter . . .".

Vorsitzender: Gegen diesen Antrag bestehen keine Bedenken. Es wird so verfahren werden.

Dann kommt der Überweisungsantrag an den Hauptausschuß.[94] Ich nehme an, daß gegen die weitere Verhandlung im Ausschuß von Ihrer Seite keine Bedenken erhoben werden.

Dann kommt der Antrag *Schneider.* Sie haben ja getrennte Abstimmung gewünscht. Darf ich fragen, ob gegen diesen Antrag Widerspruch erhoben wird? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Das gesamte Material einschließlich der fünf Leitsätze ist dem Ausschuß überwiesen.

Dann ist von Dr. *Adenauer* eine Bitte ausgesprochen worden, die ich befürwortend übermittle.

---

94 Korrekt: RVA (vgl. Dok. III.4, TOP 40). – In der Sitz. des RVA am 27. 5. 1946 (vgl. PA 1/262) wurde die Thematik nicht behandelt; man einigte sich vielmehr auf eine mehrtägige Sondersitzung des RVA in Bad Godesberg (vgl. hierzu auch Dok. IV.3 mit Anm. 83).

Dr. *Adenauer* ist zu einer wichtigen Besprechung zu einer englischen Stelle gebeten worden und bittet deshalb, daß wir den Punkt 13 vorwegnehmen und aus dem Punkt „Sonstiges" den Antrag *Adenauer*. – Sie sind damit einverstanden.

Wir kommen dann zu Punkt 13:

Bericht des Hauptausschusses

Berichterstatter ist Dr. *Adenauer*.

Adenauer: Dem Hauptausschuß lagen mehrere Punkte vor, die in engem Zusammenhange stehen, und zwar Haushaltsplan für Vergangenheit und Zukunft und Stellenplan.[95] Der Hauptausschuß hat sehr lange diskutiert. Das wesentliche war, in welcher Weise die Stellung des Generalsekretärs umrissen werden sollte.[96] Er ist zu keinem endgültigen Beschluß gekommen. Es wird ihm eine neue Vorlage gemacht werden, und ich bitte Sie, bis zur nächsten Sitzung zu warten. Sie werden dann einen Beschluß des Hauptausschusses bekommen, der inhaltsreich ist.[97]

Kopf: Wir haben uns gestern auf die Fassung geeinigt und eine Kommission gewählt, die endgültig die Satzung der Kanzlei festlegen sollte. Das ist geschehen.

Adenauer: Wir hatten uns darauf geeinigt, daß Oberpräsident *Kopf* und Dr. *Weisser* zusammen eine neue Kanzleiordnung aufstellen sollten.[98] Aber noch keines der Mitglieder hat die Kanzleiordnung gesehen, und Sie können nicht verlangen, daß abgestimmt wird, ohne daß die Herren etwas in Händen und die Möglichkeit gehabt haben, das durchzulesen. Da stehen sehr wesentliche Dinge darin. Darum meine ich, daß wir auf der nächsten Tagung, nachdem den Herren die Unterlagen zugegangen sind, das endgültig verabschieden.[99]

Vorsitzender: Es bestehen sicher keine Bedenken. – Ich darf Ihre Zustimmung feststellen. – Dann haben wir auch diesen Punkt erledigt.

Dann darf ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, aus Punkt 14, „Sonstiges", die Frage des Oberlandesgerichts Köln vorwegnehmen. Ich bitte Herrn Dr. *Adenauer*, das Wort zu nehmen.

Adenauer: Es ist vielleicht richtig, wenn Dr. *Weisser* oder der Vorsitzende die in der Zwischenzeit ergangene Antwort verliest. Ich brauche Sie dann nicht mit Wie-

---

95 Vgl. hierzu Anl. 9 und weiter Dok. V.3 mit Anm. 144–146.

96 Nach den hs. Notizen von *Campes* über die Sitz. des HA am 2. 5. 1946 war es zu einer Auseinandersetzung zwischen *Lehr* und *Weisser* in dieser Frage gekommen. *Lehr* habe sich danach auf die Tatsache berufen, daß die MR die Stellung des ZB weitgehend vorschreibe; insofern würden Anregungen hauptsächlich von außen kommen. Der Generalsekretär könne nicht Statthalter einer Zonenregierung sein, der Vorsitzende müsse den Haupteinfluß auf die Tagesordnung haben. *Adenauer* habe zwischen beiden Positionen zu vermitteln versucht; vgl. HStAH Nds. Z 50/77: Notizen und Material zu der Zonenbeirats-Sitzung in Hamburg am 2./3. Mai 1946 . . ..

97 Vgl. Anl. 47.

98 Mit Schreiben vom 17. 4. 1946 hatte *Weisser* einen ersten Kanzleientwurf an die Mitglieder des HA versandt zwecks Besprechung auf dessen Sitz. am 2. 5. 1946, vgl. PA 1/1. Der Entwurf war vom HA jedoch abgelehnt worden, vgl. den entsprechenden Vermerk in: HStAH Nds. Z 50/77 d: Entwurf. Satzung der Kanzlei des Zonenbeirates.

99 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 126–128 sowie Anl. 47.

derholungen aufzuhalten und kann mich begnügen, wenn Sie die Antwort kennen, einige Sätze zu sagen.

Vorsitzender: Sie ist mir im Augenblick vorgelegt worden.[100]

⟨Betr.: Tradition der Nord-Rheinprovinz

1. Wollen Sie gefl. Dr. *Adenauer* mitteilen, daß sein Antrag über Tradition der Nord-Rheinprovinz von der Kontrollkommission genehmigt worden ist und unter „Sonstiges", wenn Sie wünschen, der dritten Tagung des Zonenbeirates vorgelegt werden darf.
2. Dr. *Adenauer* nennt in seiner Abhandlung zwei Beispiele, von denen er behauptet, daß sie die Tradition der Nord-Rheinprovinz außer acht lassen:
   a) die vorgeschlagene Schließung des Oberlandesgerichts in Köln
   b) die Erhebung über Konfessionsschulen.
3. Zu den vorstehenden Punkten führt die Kontrollkommission folgendes aus:
   i) Die Wiederzuteilung der Oberlandesgerichte ist erwogen worden, aber es sind noch keine positiven Schritte in diesem Zusammenhang erfolgt. Die Einwohner der Nord-Rheinprovinz können vergewissert sein, daß, wenn irgendwelche Vorschläge, die die Oberlandesgerichte berühren, gemacht werden, die örtlichen Bedingungen und Erfordernisse, die von den Vertretern der Provinz geltend gemacht worden sind, voll berücksichtigt werden.
   ii) Die Erhebung über Konfessionsschulen ist zur Verwirklichung der durch Viermächte-Übereinkommen festgestellten Politik vorgenommen worden und muß deshalb ihren Fortgang nehmen. Die Erhebung gibt eine Gelegenheit zu freier Meinungsäußerung durch die Eltern, und die Kontrollkommission ist der Ansicht, daß der Befehl der Militärregierung zur Durchführung der Erhebung sich in keiner Weise gegen die Wiedereinführung und Erhaltung der kulturellen Tradition in der Nord-Rheinprovinz wendet.
4. Wollen Sie gefl. dafür Gewähr tragen, daß, falls Dr. *Adenauer* sich entschieden hat, dem Beirat die beiden in vorstehenden Absätzen 2 a und b zitierten Beispiele vorzulegen, den Ratsmitgliedern auch die Ausführungen der Kontrollkommission zu diesen zwei Punkten, wie in Absatz 3 i und ii zitiert, bekannt gemacht werden.

gez. J. H. *Pink,* Oberstltn.
für den Kontrolleur
Britischer Verbindungsstab⟩

Adenauer: Sie werden den Antrag, den ich wegen der geplanten Aufhebung des Oberlandesgerichts Köln gestellt habe, überflogen haben.[101] Ich kann nicht verlangen, daß Sie ihn ganz gelesen haben. Ich muß deshalb Ausführungen über die Gründe machen, die mich zur Stellung dieses Antrags veranlaßten.

Dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln wurde, wenn ich recht unterrichtet bin, mitgeteilt, daß das Oberlandesgericht Köln geschlossen werden wird und an seine Stelle das Oberlandesgericht Düsseldorf treten soll.

Die Bevölkerung Kölns und auch des ganzen südlichen Teils der Nord-Rheinprovinz war, soweit sie sich für solche Dinge überhaupt interessiert, und das ist im-

100 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 25 [Memorandum des brit. Verbindungsstabes].
101 Vgl. Anl. 24.

merhin ein ziemlich erheblicher Prozentsatz, durch diese Mitteilung auf das peinlichste überrascht.

Das Oberlandesgericht Köln hat eine Tradition von 130 Jahren hinter sich. Es ist gegründet worden bei der Einführung des Code civil in der Rheinprovinz und hieß damals „Rheinischer Appellationshof", war oberste Instanz des Code civil für einen Teil des damaligen Preußen, und seine Entscheidungen genossen auch außerhalb der Rheinprovinz in den Ländern, die den Code civil hatten, in Belgien und Frankreich, Ansehen.[102]

Es ist also immerhin ein entscheidender Schritt, wenn eine solche Stätte der Rechtspflege, die in besonderer Eigenart seit 130 Jahren besteht, plötzlich geschlossen werden soll.

Nun kommt folgendes hinzu: Die Stadt Köln ist wohl die Großstadt Deutschlands, die durch den Krieg am härtesten betroffen worden ist. Ein großer Teil von Ihnen wird Köln in seiner Zerstörung gesehen haben, und man nimmt nun der Stadt Köln eins nach dem andern: Das Oberfinanzamt ist ihr genommen worden, wurde nach Düsseldorf verlegt, jetzt soll das Oberlandesgericht genommen werden. Ich empfinde das als ein großes Unrecht. Ich finde das ein Unrecht gegenüber einer Stadt, die die deutsche Tradition am Rhein seit weit über 1 000 Jahren vertreten hat, die einen derart kulturgetränkten Boden besitzt, daß sie auch heute noch, obwohl die Bauwerke zerstört sind, durchaus in der Lage ist, ihre alte Tradition des Deutschtums am Rhein in voller Kraft weiter fortzuführen. Köln galt am ganzen Rhein, vielleicht sogar in Düsseldorf

(Heiterkeit),

jedenfalls bis weit hinaus nach Mainz und Speyer, bis weit in das links- und rechtsrheinische Land hinein, als der geistige und kulturelle Vorort Westdeutschlands.

Ich bin der Auffassung, daß auch die britische Militärregierung allen Anlaß dazu hat, in der gegenwärtigen Situation, in der sich das deutsche Volk befindet, die alten Traditionen zu pflegen und aus dieser alten Tradition heraus das deutsche Volk auch von dem nationalsozialistischen Gedankengut wie überhaupt von der Sucht, alle 20 Jahre irgend etwas anderes zu machen, zu befreien. Ich glaube, kein anderes Land als England kennt so den Wert der Tradition und ist stolz auf seine Tradition. Ich kann mir darum nicht denken, daß es bei diesem Beschluß, der, wie ich zu meiner Freude höre, nicht endgültig ist, bleibt. Man hat volle Einsicht gehabt, daß man hier der Tradition der Einwohner der Rheinprovinz erheblichen Abbruch tut.

---

102 1819 war der Rheinische Appellationsgerichtshof in Köln entstanden, der 1879 auf der Grundlage der Reichsgesetzgebung in das Oberlandesgericht Köln überführt wurde und für die ganze Rheinprovinz zuständig war (mit Ausnahme der Kreise Duisburg, Essen, Rees und der ostrheinischen Teile des Regierungsbezirks Koblenz). 1906 gingen die Bezirke der Landgerichte Düsseldorf, Elberfeld und Kleve in die Zuständigkeit des neugebildeten Oberlandesgerichts Düsseldorf über. 1945 war das Oberlandesgericht Köln durch die Teilung der Rheinprovinz nur noch für die Landgerichtsbezirke Aachen, Bonn und Köln zuständig. 1945–1948 wirkte Dr. Rudolf *Schetter* als Präsident des Gerichts, das letztlich doch bestehen blieb (vgl. Wolffram/Klein; Bär, S. 401 f., 407 f., 412 und 436, sowie H. Pünder, S. 293 f.).

Aber ich habe mir erlaubt, diesen Antrag auf einen etwas breiteren Boden zu stellen, und habe als Beweis dafür, daß man diese Tradition anscheinend nicht immer achtet, auch die Frage der Abstimmung über die Konfessionalität der Volksschule[103] angeführt.

Ich beabsichtige in keiner Weise, dieses Thema hier sachlich zu behandeln. Das liegt mir vollkommen fern. Ich möchte aber, da darauf in der Antwort der britischen Kontrollkommission eingegangen worden ist, folgendes feststellen:

Die Rechtslage ist vollkommen klar und eindeutig. Der Nationalsozialismus hat niemals gewagt, diese Rechtslage de iure zu ändern. Er hat nur de facto im Jahre 1938 die Sache geändert. Aber ich wiederhole: Auch der Nationalsozialismus hat niemals gewagt, diese Rechtslage de iure zu ändern, weil er genau wußte, daß er damit auf einen sehr empfindlichen Punkt stoßen würde.[104]

Darum hatten die weitesten Kreise in Westdeutschland ebenfalls erwartet, daß mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus auch der faktische Vorstoß des Nationalsozialismus gegenüber dem bestehenden Recht verschwinden würde. Das ist leider nicht der Fall gewesen, und ich bedauere das auch deshalb, weil durch eine solche Abstimmung, wie sie hier vorgenommen worden ist, doch Keime der Uneinigkeit in die Bevölkerung hereingetragen werden, die man in so schweren Zeiten des deutschen Volkes zweckmäßig vermeiden sollte.[105]

Wie die Abstimmung in Rheinland-Westfalen ausgelaufen ist, wissen Sie ja auch. In den großen Städten haben sich zwischen 70 und 80 % der Erziehungsberechtigten für den alten Rechtszustand ausgesprochen.[106] Dieses Votum wurde ein Votum, das in einer Abstimmung abgegeben ist, die sehr schwierig war und die erschwert worden war an einzelnen Stellen örtlicher Natur.

Das Ergebnis dieser Abstimmung zeigt vollkommen klar, wie die Tradition der westdeutschen Bevölkerung hier war. Und es ist nicht die britische Militärregierung, wie ich zu meiner Freude und Genugtuung höre, die diese Antwort gegeben hat, sondern es ist die interalliierte Kontrollkommission in Berlin gewesen, die die faktischen Rechtsbrüche des Nationalsozialismus bestehen lassen wollte.

---

103 Mit der Education Instruction to German Authorities (Erziehungsanweisung) Nr. 1 vom 14. 1. 1946 hatte die brit. MR angeordnet, daß Eltern über die Wiedererrichtung von Konfessionsschulen zu befragen seien (vgl. HStAD NW 20/26, fol. 2 ff., und Hüttenberger, S. 387 f.). Zur allg. brit. Haltung in dieser Frage vgl. Pakschies, S. 185–190; zur Schulreformpolitik in der brit. Zone vgl. Halbritter; zur Behandlung der Schulfrage im CDU-Zonenausschuß vgl. Adenauer. Briefe: Dok. Nr. 162 A, S. 164 f.

104 Aufgrund angeblicher Verwaltungsschwierigkeiten waren die Konfessionsschulen in den ersten Kriegsjahren aufgehoben worden; eine rechtliche Fixierung dieser Maßnahme erfolgte in der Tat nicht, vgl. HStAD NW 20/26, fol. 11–14: Appendix A zur I. A. & C. Abt. der Militär Regierung Instruktion Erziehungs Kontroll Verordnung Nr. 31, fol. 12 f. Zur nationalsozialistischen Politik gegenüber den Konfessionsschulen vgl. die Angaben und weiterführende Lit. bei Pakschies, S. 186 und S. 311.

105 Vgl. zu dieser Frage insgesamt HStAD NW 20/26–37.

106 Zu den Abstimmungsergebnissen – eine Mehrheit der Eltern, vor allem in den ländlichen Gebieten, sprach sich für die Konfessionsschule aus – vgl. Rheinische Post vom 20. 4. 1946: „Bekenntnisschule als Probefall"; a. a. O., 24. 4. 1946: „Ergebnis der abgegebenen Willenserklärungen für die Einrichtung konfessioneller Volksschulen im Regierungs-Bezirk Düsseldorf" [73 % Ja-Stimmen, vorläufiges Ergebnis]; vgl. hierzu auch Hüttenberger, S. 388.

Man muß sich natürlich der britischen Militärregierung fügen und hat es getan. Ich entnehme daraus, daß eine derartige Abstimmung der Erziehungsberechtigten wohl für die anderen Zonen auch beschlossen worden ist, und ich bin sehr neugierig darauf, wann in der russisch besetzten Zone die Abstimmung kommt und ob sie kommt. Wir werden das ja eines Tages erfahren. Jedenfalls bin ich sehr erfreut über die Antwort der britischen Kontrollkommission, daß sie das Traditionsgefühl der Bevölkerung Westdeutschlands achtet, und ich glaube, daß das in Westdeutschland mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen worden ist.

Reimann: Bezüglich der Abstimmung über die konfessionelle Schule möchte ich folgendes sagen:

Ich bin nicht der Auffassung wie Dr. *Adenauer,* daß diese Abstimmung eine endgültige sein kann, weil sie gar nicht demokratisch durchgeführt worden ist. Wer die Vorbereitungsarbeiten für eine solche Abstimmung in unserem Gebiete[107] einmal angesehen hat, kann nicht davon sprechen, daß sie irgend etwas mit Demokratie zu tun hat. Wir sind der Auffassung, daß diese Abstimmung annulliert werden soll. Wenn schon das Volk wirklich befragt werden soll, dann soll man auch allen Teilen, die anderer Auffassung sind, das Recht geben, in Aktion und Propaganda für ihre Auffassung eintreten zu können. Dies ist nicht geschehen. Die Abstimmung war keine geheime. Die Abstimmungszettel sind von den Kindern in die Wohnung gebracht worden, und die andere Seite ist gar nicht in die Möglichkeit versetzt worden, irgend etwas dagegen zu tun. Man kann ein solches Abstimmungsergebnis nicht zu Grunde legen, daß die westdeutsche Bevölkerung jetzt die Konfessionsschule hat.

(Adenauer: Wenn man Demokrat ist, bin ich der Auffassung, müßte man auch eine Abstimmung anerkennen, wenn sie gegen einen ausfällt!)

Dann muß man auch Gelegenheit haben, etwas zu tun.

Adenauer: Wir werden in absehbarer Zeit Gelegenheit haben, in geheimer Abstimmung unsere gegenseitigen Kräfte zu messen. Einstweilen – das möchte ich vor diesem Gremium in aller Deutlichkeit erklären – sind die einzigen geheimen Abstimmungen, die in Deutschland bisher stattgefunden haben, die Abstimmungen in der amerikanischen Zone gewesen, und wie die Abstimmungen in der amerikanischen Zone gelautet haben, ist Ihnen ja wohl allen bekannt.[108] Wir können mit dieser Abstimmung durchaus zufrieden sein, und wir sehen auch geheimen

---

107 *Reimann* kam aus Herne/Westfalen.

108 Die ersten Kommunalwahlen in der am. Zone hatten am 20. und 27. Januar 1946 in Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern stattgefunden. Die CDU und die CSU erhielten zonenweit 37 % der Stimmen, auf die SPD entfielen 24 %. Das Ergebnis der Kreistagswahlen vom 28. 4. 1946 bestätigte diese Tendenz, während in den Kommunalwahlen für die Stadtkreise am 26. 5. 1946 die SPD einen erheblichen Vorsprung erzielte (Latour/Vogelsang, S. 110 f.). Leicht abweichende Angaben im Jb. der SPD 1946, S. 117: Gemeindewahlen 27. 1. 1946: SPD 25,1 %; CDU 37,9 %; KPD 3,5 %; DVP 2,5 %; Sonstige 31 %. – In der brit. Zone fanden die ersten demokratischen Wahlen seit der NS-Diktatur am 15. 9. 1946 (Gemeindewahlen) und am 13. 10. 1946 (Kreistagswahlen) statt.

Abstimmungen in der britischen Zone mit voller Ruhe entgegen. Aber das nur nebenbei.

Was die Agitation angeht, so möchte ich doch sagen, daß von der kommunistischen Presse außerordentlich heftig gegen die konfessionelle Schule Agitation getrieben worden ist und daß zu meinem Bedauern auch von der sozialdemokratischen Presse außerordentlich stark dagegen Front gemacht worden ist.[109]

Ich wiederhole nochmals: Ich hätte es für richtig gehalten, wenn man den bestehenden Rechtszustand gelassen hätte und wenn man die ganze Frage der Regelung der Volksschule zurückgestellt hätte, bis frei gewählte deutsche Parlamente oder ein frei gewähltes deutsches Parlament darüber entschieden hätte.[110] Das war meine Auffassung. Aus diesem Grunde habe ich auch diese Abstimmung nicht gern gesehen. Aber wenn es sein mußte, da mußte sie stattfinden, und da hatten alle gleiche Kräfte.

Damit aber auch da kein Zweifel über die Ansicht der CDU in dieser Frage besteht, sage ich Ihnen, daß, wenn einmal ein frei gewähltes Parlament über diese Frage entscheiden soll, nach meiner und meiner Partei Auffassung der Wille der Eltern maßgebend sein soll. Der soll entscheiden. Also stimmen wir da überein. Wir werden später einmal wieder darüber sprechen.

Henßler: Ich muß sagen, daß Dr. *Adenauer* bezüglich seiner Ausführungen über die konfessionelle Schule bestimmt nicht als Sprecher der ganzen westdeutschen Bevölkerung auftreten kann. Das möchte ich ganz stark unterstreichen. Und das zweite ist: daß er die Abstimmungen, die stattgefunden haben, bestimmt nicht als Beispiel für Demokratie bezeichnen kann. Wir sind bereit, auf diesem Gebiete Material zu liefern, das Beweise dafür gibt, daß diese Abstimmung gar nicht als klarer Wille der Bevölkerung angesehen werden kann. Wir wünschen, daß diese Abstimmung kommt.

Wenn Dr. *Adenauer* dann erklärt, daß durch die Abstimmung Beunruhigung in die Bevölkerung getragen wurde, dann müssen wir sagen: umgekehrt. Die Propaganda, die gegen die Gemeinschaftsschule gemacht wurde und die von den Stellen aus geführt wurde, wo man nicht antworten konnte, hat diese Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen. Ich behaupte, soweit das Gebiet, das ich gut kenne[111], in Frage kommt, daß gegen die Gemeinschaftsschule in weitesten Kreisen keine Voreingenommenheit bestand, daß man damit einverstanden war und daß dieser Streit von einer bestimmten Stelle erst künstlich entfacht wurde, in die Bevölkerung hineingetragen wurde.

Wir betrachten diese Abstimmung noch nicht als endgültig und sehen in ihr nicht den Willen der Bevölkerung, und wir wünschen, daß da bald klar entschieden werden kann, was eigentlich dem Willen der Bevölkerung entspricht, und das Ergebnis wird bestimmt ein anderes sein, als sich Dr. *Adenauer* das vorstellt. Wenn er

---

109 Vgl. Beispiele bei Hüttenberger, S. 386 und S. 388.

110 Das war durchaus die brit. Intention, wie sie in der Erziehungsanweisung Nr. 1 zum Ausdruck kam (vgl. o. Anm. 103).

111 *Henßler* kam aus Dortmund.

heute davon spricht, daß in den Städten 80–90 % [!][112] sich für die konfessionelle Schule entschieden hätten, für das Industriegebiet trifft das bestimmt nicht für alle Städte zu. Das kann ich heute schon ruhig erklären.

Meitmann: Ich will die Ausführungen meines Freundes *Henßler* noch von der Seite her beleuchten, die Dr. *Adenauer* in Anspruch genommen hat als demokratische Wahl.

Zum Grundsatz der Demokratie und der Wahl gehört wohl die geheime Wahl. Diese Wahlen sind nicht nur nicht geheim gewesen, sondern sie sind mit dem Zusatze einer schicksalsmäßigen politischen Begünstigung jener Kreise gemacht worden, für die Dr. *Adenauer* hier spricht. Es ist gesagt worden, die Gegenseite hätte ihre Meinung kundtun können. Jeder in diesem Saale weiß, daß das objektiv nicht richtig ist.

Es besteht erst seit ganz kurzem eine und in großen Teilen der Gebiete, in denen abgestimmt worden ist, überhaupt keine freie Presse.[113] Die Kirchenorganisation, die als Trägerin der Interpellanten für diese Fragen anzusehen ist, hat in weitem Umfange schicksalsmäßig – wir wollen das gar nicht bedauern – viel weniger Schläge und Zusammenbrüche erhalten als jene demokratische Institution, die wir uns jetzt bemühen, aufzubauen. Insoweit ist nicht von Demokratie zu reden, sondern von einer günstigen Situation aus [!], einer bestimmten politischen Gruppe, denn Sie haben sich als politische Gruppe für diese Geschichte eingesetzt.

Ich bin der Meinung, und ich glaube, jeder echte Demokrat sollte dieser Meinung sein, daß unsere Institutionen in dem neu aufzubauenden Staatswesen möglichst nicht mit irgendwelchen Dingen belastet werden, die zu dem, was wir jetzt zu lösen uns vorgenommen haben bzw. uns durch das Schicksal aufgegeben worden ist, zur Unlösbarkeit erhoben werden. Die Gewissensfreiheit sollte nicht irgendwie – das ist auch ein Bestandteil der Demokratie, ja, der wichtigste – in Frage gestellt werden, daß wir irgendwie in dieser undemokratischen Form Menschen zwingen, sich offen in ihren Gewissensangelegenheiten zu erklären. Die Religion ist eine Gewissensangelegenheit. Darum sollten wir aufs peinlichste darauf achten, daß die Formen, in denen diese Menschen sich äußern, in keiner Weise zum Gegenstand des Streites gemacht werden, jedenfalls nicht in den Formen, wie sie sich jetzt zeigen. Wir bedauern, daß es so gekommen ist. Dr. *Adenauer* hat selbst eine Einschränkung der Richtigkeit dieser Maßnahmen gemacht, und wir wollen nur hoffen, daß dieser Einschränkung jetzt auch Folge geleistet wird, was sie ihrer Natur nach und ihren Funktionen nach nicht sein können, nämlich demokratisch.

Adenauer: Es tut mir leid, daß ich Sie bei der Tagesordnung aufhalten muß; es war nicht meine Absicht, aber die Verhältnisse haben es jetzt so ergeben, daß ich

---

112 70–80 %, vgl. o. mit Anm. 106.

113 Mit der Lizensierung der „Braunschweiger Zeitung" am 8. 1. 1946 setzte die Phase der Lizenzpresse in der brit. Zone ein, die die Nachrichtenblätter der MR ablöste (vgl. hierzu Liedtke, bes. S. 189–200). In der Regel wurden die Lizenzen für dt. Zeitungen in der brit. Zone im März 1946 erteilt. Bis Ende 1946 wurden zonenweit – einschl. des brit. Sektors in Berlin – 42 Zeitungen zugelassen, wovon 33 als Parteizeitungen galten (vgl. Fischer, bes. S. 54); zur Überwachung des Zeitungswesens in der brit. Zone vgl. StAB 3-P. 5. Nr. 797.

noch einige Ausführungen machen muß. Da möchte ich zunächst folgendes feststellen:

Weder auf die Form dieser Abstimmung noch auf die Abstimmung selbst hat, soviel ich weiß, irgendeine deutsche Stelle einen Einfluß genommen. Im Gegenteil, wir waren der Auffassung, es soll überhaupt keine Abstimmung stattfinden, sondern der bestehende Rechtszustand soll gewahrt bleiben. Darüber haben Sie beide geschwiegen. Sie haben nicht zu der für mich entscheidenden Frage Stellung genommen, ob ein Rechtszustand, der ganz unzweifelhaft feststand, der aber von der nationalsozialistischen Regierung im Jahre 1938 verneint worden war, nun bleiben sollte oder nicht. Es wäre mir sehr lieb gewesen, darüber etwas von Ihnen zu hören über diese Frage, ob, wenn der Nationalsozialismus etwas gegen das Recht getan hat, was Ihnen paßt, Sie das genau so verurteilen, wie wenn er etwas gegen das Recht getan hat, was Ihnen nicht paßt. Recht bleibt Recht, mag es zu meinen Gunsten sein oder zu meinen Ungunsten. Es muß dann mit rechtmäßigen Mitteln geändert werden. Und dies kann nur auf dem rechtmäßigen Wege geschehen, wenn rechtmäßige deutsche Parlamente gewählt sind. Dann sollen die sich mit der Frage beschäftigen.

Im übrigen hätte ich es für richtig gehalten, gerade um den Frieden in der Bevölkerung zu bewahren, daß man diese Frage nicht durch die Abstimmung aufgerollt hätte.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, daß wir diese schwerwiegende Debatte jetzt beenden.

Reimann: Ich hätte eine Entgegnung zu den Ausführungen von Dr. *Adenauer.* Es stand nicht das Recht zur Abstimmung, sondern auf dem Abstimmungszettel stand: Konfessionsschule ja oder nein? Das hat nichts mit dem zu tun, was Herr Dr. *Adenauer* ausgeführt hat. Wenn diese Diskussion entstanden ist, so ist das nicht von unserer Seite gekommen, sondern von Seiten Dr. *Adenauers* durch diesen Antrag.

Ich glaube, daß wir uns auch in Zukunft noch des öfteren über diese Frage unterhalten müssen, denn was in Westdeutschland mit dieser Abstimmung geschehen ist, hat nichts mit Demokratie zu tun.

Vorsitzender: Das Wort wird weiter nicht verlangt. Ich habe mich selbst noch einmal auf die Rednerliste gesetzt, möchte aber nicht zu diesem letzten Punkt sprechen, sondern zu der Frage des Oberlandesgerichts, und ich möchte dies tun als Mitglied dieses Gremiums und als Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz.

Ich kann nur meiner Genugtuung Ausdruck geben über die Erklärung der Militärregierung. Auch die Militärregierung der Nord-Rheinprovinz steht auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung des Oberlandesgerichts Köln keineswegs zu überstürzen ist. Wir sehen darin keinen Vorzug für die Rechtsprechung, keinerlei wesentliche Ersparnisse, und im Gegenteil, wir wünschen der schwergeprüften Bevölkerung Kölns jede denkbare Unterstützung zu geben und auch die Beibehaltung aller seiner Einrichtungen.

Somit gehe ich in vollem Umfange mit Ihnen einig, und [wir] werden uns an die Seite Kölns stellen. Ich gehe mit Dr. *Adenauer* einig bis auf eine ganze Kleinigkeit,

indem er einmal auf Düsseldorf hingewiesen und gewisse Zweifel gehegt hat, ob auch da das nötige Verständnis obwaltet hat. Wir waren lange Zeit immer gute Nachbarn, die sich gegenseitig jederzeit das gegönnt haben, was das Schicksal ihnen gegeben hat, und ich kann nur sagen, daß jedenfalls von meiner Seite das gleiche unerschütterliche Wohlwollen für alles bestanden hat, was in Köln vorging.

Meitmann: Ich könnte grundsätzlich sagen: Mir scheint nach der Diskussion und nach dem Studium des Antrags doch einmal zum Ausdruck gebracht werden zu müssen, daß wir diese reinen Spezialanträge, so wichtig sie für einzelne Teile unserer Zone sind, in der Zukunft doch nicht auf die Tagesordnung des Zonenbeirats setzen sollten. Wir haben eine solche Menge wichtiger Dinge, die uns gemeinsam angehen, daß wir nicht so fortfahren können.

Adenauer (zur Geschäftsordnung): Ich erkenne die Richtigkeit dieses Prinzips an. Ich will mich begnügen, Ihnen folgendes zu sagen: Die französische Besatzung richtet in Koblenz ein Oberlandesgericht ein.[114]

Vorsitzender: Dr. *Adenauer* stellt den Antrag, die Angelegenheit einer Nachprüfung zu unterziehen und den schon gefaßten Beschluß wiederaufzuheben.

Ich glaube, daß dagegen von Ihrer Seite keine Bedenken bestehen. Nun können wir wieder in der Tagesordnung fortfahren.

Ich bitte nur, eine kleine Pause eintreten zu lassen, weil ich mich mit der Militärregierung wegen der formalen Behandlung des nächsten Punktes noch besprechen muß.[115]

(Kurze Pause)

Wir kommen noch einmal zurück auf Punkt 4:

Bericht über die Weiterentwicklung der Ernährungslage

und Punkt 5:

Bericht des Ernährungsausschusses

Ich eröffne hierzu noch einmal die Debatte. Das Wort hat Herr *Everling*.

Everling: Wir alle standen gestern und stehen heute noch unter dem Eindruck der Ausführungen von Dr. *Schlange-Schöningen* über die ernste Zukunft unserer Er-

114 Vgl. hierzu Neuaufbau des Justizwesens in der frz. Zone, bes. S. 20 f.

115 Diese Rücksprache war deshalb notwendig, weil die KK die Behandlung eines Antrags betr. Maßnahmen zur Erhöhung des Fischfangs, vorgelegt von *Kopf*, nicht zur Diskussion zugelassen hatte. Es wurde so verfahren, daß *Everling* lediglich die Ziffer 1 des Antrags vortrug, vgl. u. mit Anm. 120. *Everling* brachte den ebenfalls nicht zur Diskussion zugelassenen Antrag *Kopfs* betr. Bekämpfung der Wildschäden mündlich ein, vgl. u. mit Anm. 121. Vgl. hierzu: HStAH Nds. Z 50/77: Vertraulich! Vorläufige Niederschrift der am 2. und 3. Mai 1946 in Hamburg abgehaltenen 3. Sitzung des Zonenbeirats, 6. 5. 1946, S. 3 [Verfasser von *Campe*, Oberpräsidium Hannover].

nährungslage. Ich glaube, wir alle haben uns keinen Illusionen über den Ernst der nächsten Zukunft hingegeben, aber daß es so katastrophal, so erschreckend aussieht, haben wohl nur wenige von uns geglaubt.

Dr. *Schlange-Schöningen* hat, das erkenne ich ohne weiteres an, und vielleicht werden auch Sie das anerkennen, uns erklärt, daß er mit allen drastischen Mitteln versuchen wird, die Zeit bis zur nächsten Ernte unter allen Umständen zu überbrücken, und daß er vor keiner Maßnahme zurückschrecken werde. Ich glaube auch, daß das geschehen wird. Der Referent hat dann u. a. erklärt, daß eine der Maßnahmen, die getroffen werden müßte, darin bestehen sollte, dem Fischfang zu ermöglichen, auf diesem Gebiete eine Besserung der Ernährungslage, wenn auch in bescheidenem Umfange, herbeizuführen. Er erwähnte auch die Indienststellung und die Ausrüstung neuer Fischdampfer.[116] Ich glaube aber nicht, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Industrie es möglich sein wird, in dieser kurzen Zeit noch neue Fischdampfer auszurüsten.

Aber es gibt einen anderen Ausweg, den wir einschlagen könnten. Die Fischanlandungen finden in Cuxhaven und Wesermünde statt. Die Fische, die in Cuxhaven gelandet werden, gehen in die britische Zone, die in Wesermünde in die amerikanische.[117] Die Mengen der Anlandungen sind ungefähr gleich groß.

Nun ist die Sache so, das wissen wir alle, daß die Ernährungsverhältnisse in der englischen Zone weit schlimmer sind als in der amerikanischen.[118] Ich glaube, wir sollten deshalb an die zuständigen Stellen die Bitte richten, daß in dieser ernsten Zeit, daß die Ernährungsverhältnisse dort wesentlich besser sind, daß die Fischzuteilungen nicht nach der amerikanischen Zone gehen, sondern in der englischen Zone verbleiben. Dadurch werden wir in Stand gesetzt, ungefähr die Fischmenge, die wir jetzt gegeben haben, zu verdoppeln. Die gefangenen Mengen werden ungefähr auf 230 000 t im Jahr geschätzt. Davon sind die Anlandungen ungefähr zur Hälfte in Cuxhaven, zur Hälfte in Wesermünde, und wenn das ganze in die britische Zone geht, wäre das bei den wenigen Kalorien, die jetzt zugeteilt werden, und vor allen Dingen bei der Inaussichtstellung des Ministers[119], daß diese Zuteilungen noch geringer würden, eine wesentliche Hilfe.

(Zuruf: Auch der Transportweg ist verkürzt!)

Vor allen Dingen ist ausschlaggebend, daß die Anlandungen in der englischen Zone verwendet werden. Ich möchte folgenden Antrag vorlesen[120]:

---

116 Vgl. o. mit Anm. 47.

117 Zur Sonderstellung Wesermündes vgl. Dok. II.3, Anm. 79.

118 Im Hinblick auf die amtlichen Statistiken läßt sich diese Feststellung nicht belegen, vgl. Rohrbach, S. 305 f. *Everling* mochte aber an die besonderen Probleme im industriellen Ballungszentrum des Ruhrgebietes gedacht haben.

119 *Schlange-Schöningen* war Reichsminister a. D. und nunmehr Leiter des ZEL, das allerdings im Bereich der brit. Zone unter Aufsicht der MR die Befugnisse des ehemaligen REM wahrnahm.

120 Vgl. den Gesamtwortlaut des Antrags in Anl. 30 sowie o. Anm. 115. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 11.

〈Die britische Militärregierung wird gebeten, an die amerikanische Militärregierung mit der Anregung heranzutreten, daß die Produktion der Fischdampferflotte von Wesermünde, die zur Zeit ohne irgendwelche Gegenleistung an die amerikanische Zone geht, bis zur Überwindung der größten Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung ganz oder doch zu zwei Dritteln in der letzteren verbleibt.〉

Wenn das geschieht, dann ist etwas geschehen.

Dann noch eine weitere Anregung. – Große Mittel stehen uns nicht zur Verfügung. Wir können nur das kleine bißchen, das erreichbar ist, mobilisieren, um uns besser zu stellen.

Die Wildbestände haben sich in der britischen Zone erheblich vermehrt. Es wird jetzt schon in weiten Kreisen der Landwirtschaft geklagt, daß große Schäden an den Getreidesaaten, an den Pflanzkartoffeln und auch an den Gemüsepflanzen durch Hasenfraß usw. angerichtet werden. Es wäre dringend erwünscht, daß hier Maßnahmen ergriffen werden derart, daß die Forstbeamten angewiesen werden, regelmäßige Abschüsse vorzunehmen. Wir würden dadurch einmal erreichen, daß unsere Landwirtschaft geschützt wird, und auf der anderen Seite würde das erlegte Wild wieder der Bevölkerung zugute kommen. Voraussetzung ist natürlich, daß die Forstbeamten mit Schußwaffen und Munition ausgerüstet werden. Das müßte unter Überwachung geschehen. Es wäre wünschenswert, wenn die Militärregierung irgendwelche Maßnahmen ergreifen würde, daß auf diesem Wege vorgegangen werden kann.

Ich möchte folgenden Antrag hierzu verlesen[121]:

〈Durch die übermäßige Zunahme der Wildbestände – insbesondere des Schwarzwildes – droht der kommenden Ernte großer Schaden. Es ist daher notwendig, die Wildbestände durch geregelten Abschuß beschleunigt auf ein erträgliches Maß zurückzuführen und laufend zu überwachen. Polizeijagden können nach den bisher gemachten Erfahrungen hierbei einen Erfolg nicht gewährleisten. Es wird daher kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Forstbeamten sowie Inhaber von Eigenjagden und die langjährigen Jagdpächter mit Jagdwaffen und Munition zu versehen und ihnen die Erlaubnis zur Ausübung der Jagd zu erteilen. Die Verteilung der Waffen und Munition und ihre laufende Überwachung ließe sich durch die Beauftragten für das Jagdwesen unschwer durchführen. Vorschläge hierfür könnten der britischen Militärregierung unverzüglich vorgelegt werden. Gegebenenfalls bittet der Zonenbeirat die Militärregierung um Richtlinien, nach denen diese Vorschläge ausgearbeitet werden sollen.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit würde der Zonenbeirat für eine beschleunigte Weisung besonders dankbar sein.〉[122]

Ich möchte bitten, auch diesem Antrage zuzustimmen.

---

121 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß HStAH Nds. Z 50/77 b. Vgl. zu diesem von *Kopf* verfaßten Antrag o. Anm. 115. Ein entsprechendes Schreiben richtete *Kopf* am 22. 5. 1946 an das Det 229 der MR Hannover, vgl. HStAH Nds. Z 50/83. In der Zone Policy Instruction N° 33 vom 12. 7. 1946 trug die brit. MR der Situation Rechnung, indem sie innerhalb der „North German Timber Control" eine „Game Control Section" errichtete, die in enger Zusammenarbeit mit der dt. Forstverwaltung gegen die Wildschäden vorgehen sollte. Die Bewaffnung der Deutschen hingegen war ausdrücklich verboten und nur in Ausnahmefällen gemäß Zone Policy Instruction N° 27 vom 7. 5. 1946 für die dt. Polizei und die dt. Forstpolizei gestattet, vgl. a. a. O.

122 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 13.

Vorsitzender: Den Ausführungen möchte ich mich nachdrücklich anschließen. In der Nord-Rheinprovinz wird in den wenigen uns noch verbliebenen Landwirtschaftsgebieten über riesige Flurschäden erheblich geklagt, die namentlich durch das Schwarzwild in den Gebieten der Eifel mit ihren dichten Fichtenbeständen – darin hält sich das Schwarzwild mit Vorliebe auf – angerichtet werden. Diese Schwarzwildbestände haben sich stark vermehrt, weil der Pflichtabschuß in den letzten Jahren nicht erfolgt ist. Infolgedessen wird das wenige, was die armen Eifelbauern dort pflanzen und säen, nachts und sogar am hellen Tage durch große Rotten von Sauen vernichtet. Wenn Sie einmal ein solches Feld gesehen hätten, in dem Säue eine Nacht umgebrochen haben, dann wüßten Sie, daß da nicht eine Kartoffel mehr im Boden bleibt. Da wird die ganze Saat schonungslos vernichtet. Ich habe der Militärregierung diese Dinge berichtet und kann Sie nur bitten, dem Antrage *Everling* zuzustimmen.

Petersen: Ich möchte die beiden Anträge ausdrücklich besonders befürworten. Es ist tatsächlich ein höchst bedauerlicher Zustand, daß in dieser Zeit der Ernährungskrise das deutsche Volk an Wild überhaupt nichts zu sehen bekommt, während früher der Anteil an Wild für das deutsche Volk immer von nicht unwesentlicher Bedeutung gewesen ist.

Als Befürworter des ersten Antrags, den Herr *Everling* verlesen hat bezüglich der Zurückbehaltung der in Geestemünde[123] angelandeten Fische für die britische Zone möchte ich auf einen Gedanken verweisen, den wir bei Gelegenheit unserer Diskussion über das Kohlenproblem geäußert haben, nämlich daß es, ich möchte sagen, ein nobile officium ist, daß die amerikanische Zone für die Kohlenlieferungen, die in diese Zone gehen, in die britische Zone auch Lebensmittel zurückliefert. Dies ist ja eine viel wunderbarere Möglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches. Hier braucht gar nichts aus der amerikanischen in die britische Zone herauszugehen, die amerikanische Zone soll nur – nicht nur aus diesem Grunde, aber mit aus diesem Grunde – zugunsten der britischen Zone auf die Lieferung dieser aus der britischen Zone stammenden Fische verzichten.

Hoffmann: Der Bericht über die Ernährungslage, den wir gestern gehört haben, ist, man kann sagen, eine abermalige Bestätigung des Bankerotts Deutschlands, wie er uns vom Nazismus überlassen wurde. An sich sind mir diese Zustände keine Überraschung gewesen so, wie sie geschildert wurden.

Vor einigen Tagen haben wir im Ernährungsausschuß die Meinung gehört, daß der Anschluß an die nächste Ernte mit Ach und Krach gesichert sei.[124] Jetzt wird festgestellt, daß wahrscheinlich noch weitere Rationskürzungen nötig sind. Das ist natürlich katastrophal. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn alle Maßnahmen getroffen worden wären, die von den politischen Parteien vorgeschlagen worden sind, manches hätte anders sein können.

---

123 Seit 1924 durch die Zusammenlegung mit Lehe Teil der Stadt Wesermünde (heute Stadtteil von Bremerhaven im Lande Bremen).

124 Vgl. PA 1/279: Wortprot. der Sitz. des EA vom 30. 4. 1946, S. 4: Auf der Sitz. hatte *Schlange-Schöningen* diese Hoffnung im Hinblick auf rechtzeitig eintreffende Importe und eine brit.-am. Verständigung formuliert.

Wir meinen dies insbesondere auch, wenn wir die Lage des Schwarzen Marktes und des Schleichhandels betrachten. Man sagt, daß ein Drittel der Nahrungsmittel über den Schwarzen Markt und den Schleichhandel gehen. Ob es ein Drittel ist oder nicht, das ist dabei nicht von Bedeutung. Wir wissen aber, daß bedeutende Mengen an Lebensmitteln auf diesem Wege der Volksernährung entzogen werden.

Nun ist es so, daß die Kartoffeln nicht in den Blumentöpfen der Städter wachsen und die Rinder nicht in den Schrebergärten der Städter, sondern daß diese Nahrungsmittel vom Lande kommen und von dort aus den Weg in die dunklen Kanäle des Schleichhandels finden, weshalb es durchaus gerechtfertigt war, wenn z. B. die vier demokratischen Parteien in Hamburg in einem Memorandum an die Militärregierung ihre Maßnahmen dahingehend festgelegt haben, daß entsprechende Maßnahmen auf dem Lande, an der Quelle, ergriffen werden.[125]

Man schickt Kommissionen auf die Höfe, und dennoch stellt man immer wieder fest, daß doch nicht das herausgeholt worden ist, was man hätte herausholen können. Es wird immer wieder konstatiert, daß beispielsweise bei Viehzählungen ungenaue Angaben, unrichtige Angaben, gemacht worden sind. Der Polizeioberst *Lange* hat uns im Ernährungsausschuß ein Beispiel gegeben, wo unter seiner Führung in Hamburg eine Schwarzschlächterei aufgedeckt wurde, wo man, glaube ich, wenn ich mich nicht irre, sieben Rinder zu schlachten im Begriff war, die von einem einzigen Bauernhof gekommen sind.[126] Hier zeigt sich, daß tatsächlich Vieh vorhanden ist, das durch die Behörden nicht erfaßt wurde. Stichproben bei Viehzählungen haben ergeben, daß eine ganze Reihe Vieh nicht angegeben worden ist. Das ist durch die Presse auch bekannt geworden.[127]

Man kommt also zu dem Schluß, daß nicht alle Maßnahmen ergriffen sind, um diese Mißverhältnisse zu verhindern.

Ich bin außerdem der Überzeugung, daß die Kreise, die auf dem Land heute unsere Ernährung in der Hand haben, jene Kreise sind, die sich unter dem Nationalsozialismus recht wohl gefühlt haben und die heute zum großen Teil, ja, ich möchte sagen zum größten Teil, weiterhin das Regime auf dem Lande führen. Diese Kreise haben naturgemäß ein Interesse zu beweisen, daß die jetzigen Männer in Deutschland, d. h. die antifaschistischen Kreise, des Chaos nicht Herr werden. Um diesen Beweis anzutreten, fördert man von dieser Seite den Schwarzen Markt und den Schleichhandel.

---

125 Im Anschluß an die hier zitierte Denkschrift der Bürgerschaftsparteien beantragte Senator *Dettmann* am 5. 3. 1946 die Einsetzung einer Kommission, die am 12. 3. 1946 einen Bericht zu Maßnahmen gegen die Ernährungskrise vorlegte und sich die Forderungen des Memorandum zu eigen machte (vgl. StAH 131-2: Senatsprot. vom 5. 3. 1946, fol. 52, sowie StAH Senatskanzlei II, Az. 788.00-4, Lagerungsnummer 1754).

126 Vgl. PA 1/279: Wortprot. der Sitz. des EA vom 30. 4. 1946, S. 26.

127 Derartige Unterschlagungen verzeichnen auch die Berichte des Enforcement Department, eine Abt. des Regional Food Office (RFO, vgl. u. Anm. 135), in Hamburg (vgl. StAH 377–10 I: Be 19).

Es wurde davon gesprochen, daß die Verbraucher in die Kontrolle einbegriffen werden sollen. Das kommt reichlich spät. Das hätte früher gemacht werden sollen. Es ist ja vorgeschlagen worden.

In den Kleinstädten und Dörfern, wurde uns gestern mitgeteilt, wird niemand verhungern. Wenn man also dort nicht verhungert, liegt es an den Umständen, daß die Bevölkerung dieser Orte die Möglichkeit hat, sich zusätzlich immerhin etwas zu beschaffen. Auch darin liegt der Beweis, daß aus dem Lande mehr hereingeholt werden kann.

Ministerpräsident *Tantzen* hat im Ernährungsausschuß die Meinung ausgesprochen, daß es möglich ist, aus dem Lande soviel Fleisch herauszuholen, um z. B. den Bergarbeitern ein Pfund Fleisch geben zu können.[128] Das heißt, auch er hat die Meinung ausgesprochen, daß man aus dem Lande noch etwas herausholen kann. Und gestern wurde uns gesagt, wenn ich das wörtlich nehmen soll, daß man die Selbstversorger noch einmal bis aufs Blut anpacken soll.[129] Ich bin überzeugt, daß es ihnen noch nicht einmal bis ans Blut gehen wird, daß auch ohne dieses Blut noch bedeutende Mengen hereingeholt werden können.

Nun zur Frage des Hereinbekommens von Fischen. Uns ist eine Maßnahme recht unverständlich, die von seiten der Militärregierung getroffen worden ist. Auch in der Frage des Fischfanges haben die vier demokratischen Parteien in Hamburg entsprechende Vorschläge gemacht, insbesondere auch: Wenn man Fische hereinholen will, muß man Schiffe [da]zu haben. Wir haben auf der Werft einen großen Schiffbauauftrag gehabt, dieser Auftrag ist aber liquidiert worden. Die Schiffe wurden auch nicht nach den Vorschlägen, wie man sie aus der Bevölkerung gemacht hat, umgebaut. Die Möglichkeit bestand dazu. Ein Schiff, das dem Fischfang hätte zugeführt werden können, wurde nicht umgebaut, sondern abgewrackt, weil es als ein Schiff für den Krieg vorgesehen war.

Wir sind der Meinung: Wenn auf der einen Seite Bestrebungen beteuert werden, alles zu tun, um dem deutschen Volke in seiner katastrophalen Ernährungslage zu helfen, dann wäre hier eine Möglichkeit gegeben.

Nach der heutigen Debatte kann ich mich dem Eindruck nicht verschließen, daß wir demnächst wahrscheinlich mehr Ministerpräsidenten als Überseeschiffe haben werden. Ich wollte nur sagen, daß nicht alle Maßnahmen ergriffen sind, die vorgeschlagen wurden und die man hätte ergreifen müssen.

Andererseits gibt es in der Frage der Verteilung noch große Differenzen. Z. B. gibt es in der britischen Zone eine einheitliche Lebensmittelkarte und eine einheitliche Ration, aber es passiert, daß beispielsweise aus dem Hamburger Stadtgebiet große Scharen von Menschen über die Elbe gehen und in den Orten dort Brot und Seifenpulver usw. einkaufen auf Kartenabschnitte, auf die in Hamburg nichts gegeben wird. Die auf der Hamburger Karte befindlichen Nummern werden dort einge-

128 Vgl. PA 1/279: Wortprot. der Sitz. des EA vom 30. 4. 1946, S. 12.
129 Vgl. o. mit Anm. 43.

löst.[130] Man braucht nur jenseits der Elbe zu gehen ins Lüneburgische. Auch das deutet darauf hin, daß etwas exakter gearbeitet werden muß.

Eine andere Frage ist die der Kartoffelversorgung. Es wurde uns mitgeteilt, daß 70–80 % der vorgesehenen Kartoffelanbaufläche mit Kartoffeln bebaut ist, und es wird die Aussicht ausgesprochen, daß, nachdem die Kartoffelpflanzung beendet ist, damit gerechnet werden kann, daß man noch Kartoffeln in die Stadt bringt. Ich glaube, daß es notwendig ist, hier ebenfalls eines zu berücksichtigen: Die ungeheuren Mengen von Kartoffeln, die von der Bevölkerung hereingeholt werden. Ich bin nicht der Meinung, daß man diese Menschen als Schwarzhändler oder Schieber betrachten kann, denn die einzelnen, die hinausgehen – in der Masse sind es trotzdem viele – werden durch den Hunger hinausgetrieben. An sich ist ihnen das nicht zu verübeln. Aber eine Tatsache bleibt dabei, daß die Maßnahme, die von den Städten getroffen ist, jedes Stück Brachland zu bebauen, um zusätzliche Nahrungsmittel zu schaffen, insofern in Frage gestellt ist, weil viele Schrebergärtner heute nicht in der Lage sind, Kartoffeln anzupflanzen, weil sie keine haben.

Ich glaube, daß nach all dem, was sich zeigt, und insbesondere, wenn man auf das Memorandum der vier demokratischen Parteien in Hamburg zurückgreift, man noch Möglichkeiten finden kann, auch heute noch, wenn man sie anwendet, um Verbesserungen zu erreichen, mindestens aber die Rationen bis zur nächsten Ernte halten zu können.

Henßler: Ich möchte bei diesem Punkte unsere Aufmerksamkeit auf die uns zur Kenntnis gegebene Anweisung Nr. 64 lenken bezüglich der Beziehung der deutschen Landesämter für Ernährung und Landwirtschaft zu den Oberpräsidenten.[131] Darin wird mitgeteilt, daß die Militärregierung die Absicht hat, die Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung sowohl als die Ablieferung und Verteilung von Lebensmitteln den Landesernährungsämtern und Landesbauernschaften zu übergeben. Ich halte es für dringend erwünscht – das entspricht übrigens auch den Richtlinien, die wir an die Kommission überwiesen haben[132] –, daß wir hier als Zonenbeirat klar zum Ausdruck bringen, daß wir eine solche Organisation nicht

---

130 Diese Verbrauchertendenz war auch nach der Weisung der VELF vom 6. 2. 1948 zu beobachten, wonach die Lebensmittelkarten – vor allem im Hinblick auf eine Erleichterung des Reiseverkehrs – in allen Ländern der Bizone Gültigkeit haben sollten. *Podeyn* charakterisierte die Bestimmung, die am 30. 8. 1948 z. T. wieder aufgehoben wurde, treffend als einen „Kahlfraßerlaß", vgl. Die Ernährungswirtschaft, Stichwort: „Wechselseitige Gültigkeit der Lebensmittelkarten für den Warenbezug".

131 Gemäß Instruction N° 64 der Internal Affairs and Communications Division CCG(BE) [April 1946] oblagen Produktionskontrolle, Handel und Verteilung der Lebensmittel ausschließlich den LEÄ und Landesbauernschaften für die fünf Anbaubezirke Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Weser-Ems, Westfalen und der Nord-Rheinprovinz und damit organisatorisch der Landesbauernschaft des Reichsnährstandes. Diese Landesbehörden erhielten ihre Weisungen direkt von den Regional Food Team Commanders der MR in Hamburg, Hannover, Oldenburg, Unna und Bonn, denen gegenüber sie auch verantwortlich waren. Dem Einflußbereich der jeweiligen Ober- bzw. Ministerpräsidenten waren sie damit weitestgehend entzogen. Vgl. VO Nr. 64 sowie Anl. A (o. D.) in HStAD NW 53/360 I, fol. 201 f. [hs. fol. 545 f.]; eine weitere Übersetzung in PA 1/65; siehe auch u. mit Anm. 174–175.

132 Vgl. hierzu Pkt. 3 und 4 der Leitsätze *Steltzers* (o. mit Anm. 87 und 88). Der Antrag *Steltzer* wurde allerdings an den RVA überwiesen, nicht an die KK (vgl. o. Anm. 94).

für wünschenswert halten. Das würde die Verewigung der Landesbauernschaften und des Reichsnährstandes bedeuten.[133]

Allein schon von dem Gesichtspunkte des Vertrauens aus, daß die Bevölkerung das Vertrauen hat, daß das Notwendige geschieht, darf dieser Weg nicht beschritten werden. Denn zu diesen Instanzen besteht in der Bevölkerung kein Vertrauen. Ich bin der Auffassung, daß die Provinzen eingegliedert werden müssen, schon allein aus dem Grunde, daß man die Möglichkeit hat, die Dinge zu kontrollieren, und daß man verantwortliche Instanzen hat, die man dafür auch verantwortlich machen kann. Jetzt ist die Sache so, daß die Provinzen nur zu zahlen haben.

Ich halte es für dringend erwünscht, daß der Zonenbeirat bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringt: Wir wünschen die Beseitigung des Reichsnährstandes; es ist eine andere Organisation notwendig, die stärker unter der Kontrolle der Öffentlichkeit steht.

Vorsitzender: Diesen Ausführungen kann ich mich nur unbedingt anschließen. Wir haben auch unsererseits Dr. *Schlange-Schöningen* diesen Wunsch von der Nord-Rheinprovinz aus besonders zum Ausdruck gebracht, und er ist im Augenblick mit Nachdruck zu unterstreichen, in dem so außerordentlich schwerwiegende Stockungen und Hemmnisse in der allgemeinen Versorgung eingetreten sind. Es ist unbedingt notwendig, daß die regionalen Behörden die Hand auf die Ernährung und Verteilung halten und dort mit ihrer Sachkenntnis uns rechtzeitig darauf aufmerksam machen, wenn etwas schiefläuft. Aus den letzten Ereignissen in der Nord-Rheinprovinz ist ja auch zu ersehen, wohin die Dinge kommen, wenn die Provinzialregierung ausgeschaltet ist und erst im letzten Augenblick vor der Tatsache steht, daß nichts da ist.[134]

Meitmann: Die Eingabe der vier Parteien in Hamburg ist schon von Herrn *Hoffmann* berührt worden. Diese grundsätzliche Forderung, die auch Herr *Henßler* schon herausgestellt hat, ist in der strukturellen Änderung der Bestrebungen unserer Wirtschaft und der landwirtschaftlichen Produktion zu machen. Sie wird uns im Augenblick nicht über die dringlichen Probleme hinweghelfen, wie jetzt in dieser von Dr. *Schlange-Schöningen* gekennzeichneten Situation unmittelbare, konkrete und wirksame Maßnahmen möglich sind.

Wir gehören nicht zu denen, jedenfalls wüßte ich nicht, daß einer der hervorragenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei das getan hätte, daß er in hoffnungsvollen Weihnachtsreden und Klarstellungen gesagt hat: Wenn wir über den Winter sind, sind wir über den Berg. Wir haben uns von vornherein keinen Illusionen hingegeben, daß, selbst wenn in jenem Raume vom Zonenrate alles getan wäre, was offensichtlich nicht getan ist, das nur ein Teil zur Lösung der Versorgung mit den allerwichtigsten Nahrungsmitteln gewesen wäre.

---

133 Zum Reichsnährstand vgl. die Angaben in Dok. II.3, Anm. 86.

134 Vgl. hierzu einen Bericht *Lehrs* an Brigadier *Barraclough* von der MR North Rhine Region vom 26. 4. 1946 über die Ernährungslage der Nord-Rheinprovinz, HStAD NW 53/519, fol. 28–31. Am 15. 5. 1946 überreichte *Lehr* Sir Sholto *Douglas* eine Denkschrift mit dem Titel „Gedanken zur Ernährungs- und Wirtschaftskrise", vgl. a. a. O., fol. 4–7.

Aber nun stellt sich nach dem Prinzip der kommenden strukturellen Neuformung unserer landwirtschaftlichen Verwaltungsorgane ganz klar heraus, daß das, was bis jetzt auf dem Gebiete ganz anders geworden ist, und alle Reformen, die schon angelaufen oder durchgeführt sind, ein – ich möchte sagen – 100 %iger Torso des nationalsozialistischen Gebildes geblieben ist. Mit geringen Ausnahmen sitzen überhaupt in diesen Institutionen des Reichsnährstandes nur die Interessenten, die ihrer Natur gemäß und ihren Interessen nach – ich will sie nicht in ihrer Gesamtheit diffamieren – zu einem großen Teile nicht daran interessiert sind – ich will unterstellen aus Unkenntnis der verzweifelten Situation der Menschen in den Städten –, das durchzuführen, was Dr. *Schlange-Schöningen* uns angekündigt hat, um das als unbedingt notwendig von sich aus durchführen zu wollen.

Das erste, was geschehen muß nach dem Prinzip des Aufbaues der kommenden Verwaltungsorgane der landwirtschaftlichen Produktion und Verteilung, ist eine schnell einsetzende Kontrolle. Ich habe mich mit dem Leiter des Landesernährungsamtes für Hamburg und Schleswig-Holstein[135] unmittelbar nach der Herausgabe dieser Denkschrift der vier Parteien in Verbindung gesetzt und ihn in bezug auf diesen einen Punkt, den alle vier Parteien übernommen hatten und für wichtig und dringlich angesehen haben für die Zukunft der noch schwierigen, wenn auch vielleicht etwas erleichterten agrarpolitischen Situation, gefragt, wie er diesen einen Punkt durchzuführen gedacht hat.

Er hatte mir gesagt – ich will mich gern korrigieren lassen, wenn das inzwischen geändert worden ist –, daß die Kontrollkommissionen, die den behördlichen Organen zur Verfügung stehen, so zusammengesetzt sind, daß der Ortsbauernführer des betreffenden Ortes, der Gemeindevorsteher des betreffenden Ortes, ein Bauer aus dem Nachbarort und – ich nenne das so ganz offen – als Konzessionsschulze als [!] Vertreter der Verbraucher ernannt sind.[136] Das ist unmöglich, in einer solchen Form das durchzuführen, was jetzt Dr. *Schlange-Schöningen* als unerläßlich hält.

Da muß anders vorgegangen werden. Ich kenne meine Provinz Schleswig-Holstein sehr genau. Ich kenne fast jedes Dorf und jede größere und kleinere Stadt selbstverständlich. Ich halte es für richtig, daß wir einen Beamten, der sachverständig ist, als leitenden Mann ernennen, der dann hinzuzieht: einen Konsumentenvertreter, einen Vertreter der Bevölkerung, der Abnehmer, das wäre in diesem Falle der Landarbeiter, und einen Vertreter der Flüchtlinge. Dann könnten diese Kommis-

135 Die Provinz Schleswig-Holstein und die Hansestadt Hamburg waren infolge der kriegswirtschaftlichen Behördenorganisation des sog. 3. Reiches zum Wehrkreis X zusammengefaßt worden. Die einheitliche Ausrichtung und Lenkung aller wirtschaftlichen Maßnahmen wurde dem Reichsstatthalter in Hamburg übertragen. Nach der Kapitulation errichtete die brit. MR das „Regional Food Office" (RFO) als Kontrollstelle für die Ernährungswirtschaft in SH, HH und – bis Anfang Juli 1945 – in den brit. besetzten Teilen Mecklenburgs. Leiter dieser Zentralstelle mit Sitz in Hamburg wurde der von den Briten eingesetzte Diplomlandwirt Fritz *Müller*, bisher Leiter der Außenstelle des REM in Hamburg. Im August 1946 gingen die Aufgaben des RFO auf das ZEL über; bis zum 1. 7. 1947 bestand jedoch die gemeinsame Ernährungsverwaltung von SH und HH weiter; vgl. hierzu Stüber, S. 21, S. 95–99 und S. 227.

136 Vgl. o. Anm. 45. Gemeint ist: als Konzessionsschulze *ein* Vertreter ....

sionen regional in ihren Kreisen außerordentlich wirksam sein, wenn sie wissen, daß jede Begünstigung irgendwelcher Art mit hoher Strafe belegt ist. Ich glaube auch, es in diesem Falle nicht mit Gefängnisstrafen bewenden lassen zu können, sondern ich halte es für die schwerste Strafe in dieser Zeit, daß Menschen, die das Allgemeinwohl so mißachten, wie es offensichtlich durch die Tatsache des Nichtanmeldens, sondern durch die Belieferung des Schwarzen Marktes bewiesen ist, in die Verhältnisse hineingestellt werden, die sie verursachen, indem sie ihre allgemeine Pflicht nicht tun, daß sie also in die Städte hineingebracht werden und unter den Verhältnissen leben müssen, die sie herbeiführen oder verschlimmern.

Darüber hinaus würde es nach meiner Meinung zweckmäßig sein, fliegende Kolonnen – wie ich sie nennen möchte – dieser Art nicht nur innerhalb ihrer Kreise wirksam werden zu lassen, die von der zentralen Stelle aus hier und dort unangemeldet in den verschiedensten Gebieten auftauchen und ohne vorherige Möglichkeit der Verschiebung und des Versteckens diese Dinge aufgreifen und feststellen, und, wenn gezaudert wird – ich habe das in der Geschichte mit Herrn *Müller* angedeutet, und er hatte mir einen Fall gezeigt, der veröffentlicht ist –, wird das mit Entziehung der Wohnung bestraft.

Man sollte gegen diese Menschen, die gegen eine Notwendigkeit, die wir allen auferlegen müssen, weil wir alle in dieser Not stehen, sich vergehen, die härtesten Strafen derart anwenden, wie ich sie gekennzeichnet habe.

Dazu kommt noch eins, und das scheint mir auch außerordentlich wichtig zu sein: Es muß das Transportproblem gelöst werden. In einer Reihe von Orten, vor allen Dingen in solchen, die weitab von den immerhin nicht ganz funktionierenden Eisenbahnverbindungen liegen, sind Bauern, die ihre Erzeugnisse zur Verfügung stellen, aber diese kommen nicht heran. Wenn jetzt noch irgendwo aus mangelnder Organisation des Heranbringens dieser notwendigen Dinge, ein Verkommen, ein Verderb stattfindet, würde das nicht zu verantworten sein, wenn wir dem ohne irgendwelche Ratschläge oder praktische Abhilfe zusehen wollten.

Ich bin der Meinung, daß wir in dringender Form eine Reform des Reichsnährstandes durchführen dergestalt, wie ich andeutete und auf die sich die vier Parteien in Hamburg geeinigt haben, und daß darüber hinaus diese Dringlichkeitsmaßnahmen durchgeführt werden, daß das Transportwesen vordringlich organisiert wird, damit uns nicht Kartoffeln und Hackfrüchte und was es sonst ist, irgendwie verlorengehen können.

Amelunxen: Die wichtigste Frage für die Ernährung ist augenblicklich, daß die Landesernährungsämter und die Landesbauernschaft sofort den Provinzial- und Länderregierungen wieder unterstellt werden. Dadurch wird das Zentralamt für Ernährung durchaus nicht behindert werden. Das Zentralamt soll seine Anweisungen wie bisher auch in Zukunft an die Landesernährungsämter geben, aber diese Landesernährungsämter müssen in das Generalreferat der Provinzialregierung eingebaut werden.

Die Landesernährungsämter mit ihren Abteilungen a) für Erfassung, b) für Verteilung sind fest gegliedert in dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft, und dieses Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft stellt einen Teil der Pro-

vinzialregierungen dar.[137] Das hat sich sehr gut bewährt. Die politische Kontrolle war da und wird auch in Zukunft noch da sein, wo jetzt die Provinzial- und Landesräte geschaffen sind.

Jetzt bekamen wir vor vier Wochen die Mitteilung der Militärregierung: Die Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten haben mit Ernährungsfragen nichts mehr zu tun.[138] Ich geniere mich, das der Öffentlichkeit zu sagen. Die Bevölkerung hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß, wo neue Behörden geschaffen wurden, die eigentlichen politischen Behörden – denn das sind die Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten bis zum heutigen Tage – mit der Ernährung nichts mehr zu tun haben sollen. Einmal werden diese Behörden der politischen Kontrolle entzogen, zum anderen hat die Bevölkerung kein Verständnis dafür, und außerdem kann sehr viel in den Landesernährungsämtern passieren, was nicht beobachtet und kontrolliert wird. Das Zentralamt für Ernährung in Hamburg ist noch nicht so eingespielt, daß es verantwortlich die Dinge kontrollieren kann, und wenn ich nicht so tüchtige Beamte hätte, die sich nach wie vor zu unserer Provinzialregierung hingezogen fühlten und nach wie vor an unseren Besprechungen teilnehmen, würde ich überhaupt keinen Überblick mehr über Ernährung und Landwirtschaft haben, und wenn ich über diese Dinge gefragt würde, müßte ich sagen: Die Militärregierung hat es mir verboten, mich überhaupt um ernährungs- und landwirtschaftliche Fragen zu kümmern.

Darum geht meine Bitte dahin, Dr. *Schlange-Schöningen* möge zustimmen, daß die Landesernährungsämter und die Landesbauernschaften wie bisher den Provinzialregierungen belassen bleiben. Dadurch werden die Befugnisse des Zentralrats [!][139] für Ernährung und Landwirtschaft durchaus nicht behindert. Wenn Dr. *Schlange-Schöningen* diesen Standpunkt vertritt, wird die Militärregierung zustimmen. Denn es ist mir von verschiedenen Seiten der Militärregierung gesagt worden: Gehen Sie zu Dr. *Schlange-Schöningen* und sagen Sie das ihm.

Ich bitte, daß der Zonenbeirat einstimmig den Beschluß faßt, daß die Landesernährungsämter den Provinzen genauso bleiben, wie das bisher der Fall gewesen ist.

---

137 Das ZEL stand verwaltungstechnisch *über* den Provinzialregierungen, indem es unter brit. Kontrolle die Kompetenzen des ehemaligen REM wahrnahm. Die LEÄ mit ihren Abteilungen A (Erzeugung und Erfassung) und B (Verteilung) waren ihm unterstellt. Abt. A wurde von der jeweiligen Landesbauernschaft, einem Teil des Reichsnährstandes, gebildet, während Abt. B auf Landes- bzw. Provinzialebene ein Teil der jeweiligen obersten Verwaltungsorgane war. Schon während der Zeit des Nationalsozialismus hatte der Oberpräsident kaum noch Einfluß auf die Mittelinstanz der Ernährungsverwaltung, zumal die Leitung der Abt. A wie des ganzen LEA beim Landesbauernführer lag, einem Vertreter des Reichsnährstandes. Mit der Übernahme der nationalsozialistischen Ernährungsverwaltung durch die brit. MR blieben die LEÄ der provinzialen Weisungsbefugnis und damit auch einer polit. Kontrolle entzogen (vgl. Stüber, S. 17–22 und S. 96–101).

138 Unmittelbar nach der Kapitulation hatte die brit. MR die Verantwortung für die Ernährungsverwaltung und entsprechende Rechtsbefugnisse zunächst auf den Oberpräsidenten bzw. Ministerpräsidenten als höchste zur Verfügung stehende Verwaltungsstelle übertragen. Nach einer gewissen Konsolidierungsphase für eine neue Zentralverwaltung (ZEL) wurde diese Zwischenlösung durch die oben genannte VO Nr. 64 (vgl. o. Anm. 131) rückgängig gemacht.

139 Korrekt: Zentral*amt*.

Reimann: Ich muß das unterstützen. Wir machen bei der Anlage im Aufbau einer Sache den Fehler, daß wir von oben versuchen, auf die Dinge nach unten einzuwirken, anstatt daß wir von unten herauf dieses kommen lassen.

In dem Antrage, den wir in der vorigen Sitzung eingebracht haben, haben wir die Einrichtung von Ernährungsausschüssen bei der Bevölkerung verlangt.[140] Seinerzeit hat Dr. *Schlange-Schöningen* abgewinkt.[141] Gestern hat er diesem zugestimmt[142] – die Einsicht kommt immer ein wenig zu spät –, also: Ernährungsausschüsse bei der Bevölkerung in Verbindung mit Bauernausschüssen in den Dörfern. Das wird unerhört dazu beitragen, daß der Bauer jetzt eine andere Auffassung über das bekommt, was jetzt geschehen soll in Deutschland.

Gerade auf dem Lande ist es notwendig, dem Bauern eine Perspektive zu geben. Wenn er Gelegenheit bekommt mitzuhelfen, mitzuarbeiten an diesen Dingen, dann wird er auch interessiert werden und wird einen politischen Blick bekommen. Wir können doch nicht abstreiten, daß gerade bei uns auf dem Dorfe dieser bestimmte politische Blick für die Zukunft fehlt. Glauben Sie doch nicht, daß Sie hier mit irgendwelchen Beamten diese Dinge ändern können, wie Sie sie im Ministerium haben, die Sie dann in die Dörfer schicken. Lassen wir die Dinge bei der Provinzialregierung, wie das Dr. *Amelunxen* vorgeschlagen hat, und versuchen wir, unten im Dorf diese Ausschüsse zu bilden, Beseitigung des Reichsnährstandes und der Ortsbauernführer, die jetzt noch ihr Unwesen treiben.

Ich habe schon in der vorigen Sitzung auf einige solche Dinge hingewiesen.[143] Diese Leute beherrschen das Dorf – das ist nicht nur eine politische Frage –, stören die Versammlungen und versuchen, die Referenten niederzuschlagen. Es ist dies auch nicht nur eine polizeiliche Frage, sondern ich will damit die politische Verfassung auf dem Dorfe bei den Bauern aufreißen, und wenn wir hier nichts ändern und mit allen vier demokratischen Parteien an einer Strippe ziehen und bei den Bauern versuchen, eine Änderung ihrer Auffassung zu bekommen, werden wir uns noch lange mit Maßnahmen herumberaten können, wenn wir nicht einfach unten die ideologischen Voraussetzungen schaffen.

Wir haben von uns aus in unserem Gebiete mit einer Reihe von Leuten, mit Fachleuten versucht, die Dörfer zu begehen und mit den Bauern zu sprechen, und ich muß sagen, wir haben oft reine Bauernbesprechungen bis zu 150 Personen gehabt, wo wir versucht haben, sie an diesen Dingen zu interessieren, und wenn wir das gemeinsam mit unseren politischen Parteien machen, wird uns auch hier mehr gelingen.

Wenn z. B. Dr. *Schlange-Schöningen* sagte, es sind große Flächen nicht angebaut . . .

---

140 *Reimann* bezieht sich auf eine entsprechende Passage in der „Denkschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands in der britischen Zone zur Ernährungskrise" vom 27. 3. 1946, auf die er in der 2. Sitz. verwiesen hatte (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 117).

141 *Schlange-Schöningen* war nicht gegen die Einrichtung sog. Hofbegehungskommissionen, nur versprach er sich keine großen Erfolge von solchen Aktionen (vgl. a. a. O., Anm. 74).

142 Vgl. o. mit Anm. 45.

143 Vgl. Dok. II.3, o. S. 125–130.

(Schlange-Schöningen: Ich habe das nicht verstanden!)

daß die Saat nicht richtig steht oder die technischen Voraussetzungen schlecht sind, dann ein Beispiel.

Ich möchte nicht in den Verdacht kommen – besonders möchte ich das den Herren der britischen Militärregierung sagen –, Zone gegen Zone zu stellen, aber ich habe in Thüringen Gelegenheit gehabt, solche Dinge anzusehen, dort, wo solche Bauernausschüsse bestehen. In Verbindung mit den Provinzialregierungen macht man folgendes:

Man hat einen Sonntag angesetzt, wo die Bauern ihre Äcker begehen, und dann hat man eine Prämie, ein Diplom oder irgend etwas ausgesetzt für den Bauern, dessen Land am erfolgreichsten bestellt ist und wo die Saat am besten steht. Auch das sind Mittel – ich kann mich nicht so ausdrücken –, mit denen man einen Anreiz schafft. Man muß versuchen, diese Bauern und diese Landbevölkerung auf diese Dinge einzustellen.

Schaffen wir also diese Ernährungsausschüsse im Dorfe und in der Stadt und ziehen wir vor allen Dingen die Frauen mit hinzu, die entscheidend einwirken können, in Verbindung mit den Gewerkschaften, dann werden wir auch einen Schritt vorwärtskommen.

Steltzer: Ich glaube, daß in der Frage unserer Stellung zu Anweisung 64 und der darin mitgeteilten Absicht eine anscheinend völlig einige Auffassung vorhanden ist. Ich würde es für zweckmäßig halten und vorschlagen, einen kleinen Redaktionsausschuß zu bilden, um eine Resolution zu beraten, über die wir heute nachmittag beschließen könnten. Diese könnte ganz kurz gehalten werden über unsere Stellungnahme, daß wir es für zweckmäßig halten, daß die Landesernährungsämter A und B und die den Provinzen einzugliedernden Landesbauernschaften der Dienstaufsicht der Provinzialregierung zu unterstellen sind und daß sie umzubauen sind zu auf demokratischer Grundlage aufgebauten Bauernkammern, die in ähnlicher Weise wie die Handels- oder Handwerkskammern beratende Funktionen erhalten. Dann haben wir hier einen organisatorisch einheitlichen Aufbau.

Ich würde vorschlagen, daß ein Redaktionsausschuß von fünf Mitgliedern diese Entschließung vorbereitet.[144]

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, daß unter dem Vorsitz von Oberpräsident *Steltzer* die Herren gleich zusammentreten.

Schlange-Schöningen: Ich bitte, diesen Ausschuß erst einzusetzen, wenn die Debatte zu Ende ist.

Vorsitzender: Es ist ja noch kein Beschluß. Ich wollte nur vorschlagen, einen solchen Ausschuß einzusetzen unter Vorsitz von Oberpräsident *Steltzer*. Ich würde aber weiter vorschlagen, daß wir uns bemühen, die Tagung heute vormittag zu Ende zu bringen, damit wir nicht heute nachmittag noch einmal kommen müssen. Es liegt aber ganz an Ihnen, Sie haben das Recht zur unbeschränkten Äußerung.

---

144 Vgl. u. mit Anm. 152.

Schlange-Schöningen: Ich möchte mich mit keinem von den Dingen beschäftigen, die hier so oft besprochen worden sind. Ich kann nur sagen, daß ich für jede Anregung dankbar bin und sie sehr ernst nehmen werde, einschließlich der Kontrollkommissionen auf den Dörfern.

Es ist ohne Zweifel, daß das nicht ganz stimmt, was Herr *Reimann* eben sagte, daß ich in früheren Sitzungen etwas derartiges abgelehnt hätte. Erinnern Sie sich daran: Inzwischen sind ja diese Kontrollkommissionen herumgegangen.

(Reimann: Die sind nicht vom Volke ausgegangen; wir wünschen aber vom Volke getragene Organe!)

Bitte, wollen Sie bedenken, daß auch die Landleute doch in ihrer übergroßen Mehrzahl anständige Leute sind, und wenn Sie glauben, daß Sie nur mit Kontrollen die Menschen bekommen, dann wird das auch nicht zu einem wirklichen Erfolge führen, denn Sie werden die anständigen Leute vor den Kopf stoßen. Ich bin der Meinung – aber das ist das letzte, was ich sagen will –, daß, wenn wir gegen die Übeltäter sehr scharf vorgehen, und Sie werden sehen, daß das in nächster Zeit in weit höherem Tempo geschehen wird als bisher, daß den Leuten tatsächlich ihr Hof genommen wird, daß das beste Mittel sein wird, um soweit Ordnung zu schaffen, wie das unter Menschen mit ihren Fehlern überhaupt möglich gemacht werden kann.

Ich danke für Ihre Anregungen, und ich glaube auch, die beiden Anträge[145] werden gut sein. Aber ich möchte noch ein kurzes Wort über die Organisation sagen:

Es ist selbstverständlich, daß die Reichsnährstandsorganisation zu bestehen aufhören wird, aber verbiestern wir uns nicht zu sehr in das Wort „Reichsnährstandsorganisation". An sich ist jede Organisation so gut wie die Menschen, die darin arbeiten, oder so schlecht, wie die Menschen, die darin arbeiten. Wenn Sie die Reichsnährstandsorganisation von früher glatt übernehmen würden und setzen an jeden Posten einen anständigen Kerl, dann würde die Organisation ebenso gut arbeiten wie jede andere Form.

Ich muß aber eins zum Ausdruck bringen, und das sage ich nicht nur in Übereinstimmung mit der Militärregierung, sondern ich sage es auch von mir aus mit: Kein Mensch an meiner Stelle könnte in der heutigen Situation die Verantwortung für irgendetwas übernehmen, wenn er nicht die Garantie hat, daß die Maßnahmen, die von oben her für notwendig gehalten werden, d. h. von der zentralen Stelle, die die einzige ist, die mit der Militärregierung die Gesamtlage der Zone übersehen kann, die von dort getroffen werden, nicht in schnellem Zuge bis unten durchkommen können. Aus diesem Grunde ist die Militärregierung der Meinung, daß das System des Durchzugs von oben nach unten bis in das Dorf beibehalten werden soll, zumindestens jetzt, solange die Situation so brennend ist.

Nun weiß ich, welche Schmerzen die Herren Oberpräsidenten dabei haben. Das ist immer wieder der Kampf um diese Landesernährungsämter A und B. Ich weiß,

145 Vgl. die beiden Anträge *Everlings* o. mit Anm. 120 und 121.

daß von meiner Stelle diese Anordnung nicht ausgegangen ist; es ist dies eine Anordnung der Militärregierung gewesen. Wenn Ihnen gesagt worden ist, Sie möchten sich an mich wenden, ich würde das in Ordnung bringen, dann muß ich zu meinem Bedauern sagen: Sie überschätzen meine Einflußnahme bei weitem. Ich bin der Meinung, daß man an diesen Sachen im Augenblick nicht zuviel rühren sollte. Sind wir nicht überhaupt auf dem Wege, organisatorisch im Augenblick in Deutschland viel mehr Sachen anzurühren, die im Augenblick ruhig so bleiben könnten? Begeben wir uns nicht überhaupt in Umorganisationen hinein, die wir ruhig noch ruhen lassen sollten, weil wir dringendere Dinge zu tun haben?

Weil das so ist, ist mir außerordentlich zweifelhaft, ob die Einsetzung eines solchen Ausschusses im Augenblick überhaupt zweckmäßig ist. Ich wende mich ganz entschieden dagegen und bekenne mich dazu, daß Sie uns Zeit lassen sollten, um diese Organisation selbst vorwärtszubringen. Es wird Ihnen über kurz oder lang ein Vorschlag der Umorganisation über die gesamten landwirtschaftlichen Dinge vorgelegt werden.[146] Die wird jetzt mit den Oberpräsidenten, mit den führenden Landleuten und mit all den Stellen besprochen werden, die überhaupt in Frage kommen, um eine vernünftige Organisation des gesamten Landvolkes einschließlich der vollen Gleichberechtigung der Landarbeiterschaft auf die Beine zu stellen. Aber in diesem Augenblick mit Anträgen zu kommen, das glaube ich, wird diese Dinge sicher nicht fördern.

Vorsitzender: Ich glaube doch, daß Sie in diesem Punkte sämtliche Regierungschefs geschlossen gegen sich haben und daß Sie nicht so den Stimmungen Rechnung tragen, wie die Verhältnisse wirklich sind. Ich führe mein eigenes Beispiel an.

Was soll ich tun, wenn mir meine vorgesetzte Militärregierung einen Offizier schickt mit der Erklärung: Wir haben noch bis zum 3. Mai Getreide, und dann ist nichts mehr da, was für Maßnahmen schlagen Sie vor? Soll ich dann zurückschreiben: Ich bin nicht zuständig?

Ich halte es für unmöglich, diesen Standpunkt in dieser Notzeit durchzuführen. Es ist gar keine Neuorganisation, oder die Neuorganisation wird von einer Zentralleitstelle durchgeführt, die sich immer auf die Militärregierung beruft. Aber ich glaube, die Herren bei den Zentralleitstellen wissen gar nicht, wie vernünftig die Militärregierung ist und wie gut man mit ihr sprechen kann, wenn es sich um Fragen der Organisation handelt. Wir kommen viel besser damit aus, und örtlich hat unsere Militärregierung durchaus volles Verständnis dafür, daß die Regionalchefs in solchen Lebensfragen ihrer Bevölkerung in irgendeiner Form mitwirken müssen. Es handelt sich nur um die Aufsicht.

Ich glaube, Sie werden deshalb Ihren Standpunkt revidieren müssen, und zwar sehr bald, denn wir stehen in einer Krisenzeit, durch die wir unsere Bevölkerung

146 Erst mit der Policy Instruction N° 7 vom 11. 3. 1947 (vgl. Anl. 319.3) ermächtigte die brit. MR die Länder zur Übernahme der Ernährungsverwaltung. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ländern und der Zentralverwaltung (der Bizone) wurden dadurch indessen nicht vereinfacht (vgl. hierzu Stüber, S. 153 f. und 226–237).

durchsteuern müssen. Geben Sie Ihre zentralen Anweisungen so frühzeitig wie möglich, und wir werden uns bemühen, das Beste daraus zu machen.

Schlange-Schöningen: Sie haben die Debatte damit noch einmal eröffnet, und ich darf mir wohl erlauben, noch einige kurze Bemerkungen zu machen.

Es ist doch klar, daß bei Ihnen dieser Zustand nur entstehen konnte, weil Personalschwierigkeiten gerade in diesem Augenblick mit Erkrankungen vorlagen, so daß tatsächlich die Organisation nicht ganz funktionierte.

Sie sind von einem Offizier der Militärregierung darüber unterrichtet worden, daß am 3. Mai eine schwere kritische Lage eintreten würde. Als diese Lage da war, war uns das schon lange Zeit bekannt, und es war schon vor längerer Zeit versucht worden, etwas dagegen zu tun. Ich kann nicht sagen, daß die örtlichen Stellen trotz der Krankheitsfälle, die vorlagen, versagt haben. Irgendwie waren Sie von der britischen Militärregierung in Hamburg durch den zuständigen Offizier orientiert.

Ich stelle die These auf, daß in diesen Krisenzeiten gerade von der Zentralleitung aus tatsächlich die Möglichkeit einer schnellen Durchführung bestehen muß, und darin bin ich ganz Ihrer Meinung – wenn man sich persönlich gut steht, wie ich vielleicht sagen darf, daß ich mit den Oberpräsidenten stehe. Es kann aber auch einmal anders kommen, daß durch irgendwelche Spannungen das gegenseitige Verständnis nicht so gut ist, dann scheint mir nicht unbedingt garantiert zu sein, daß die Sachen glatt gehen: Ein Beispiel:

Wenn in der Rheinprovinz plötzlich eine ganz schwere Not in der Fleischversorgung eintritt und von der Zentralstelle aus – ob ich das bin oder jemand anders, ist gleichgültig, und wie sich das Ding nennt, ist auch gleichgültig – eine Anweisung gegeben würde z. B. an die Provinz Schleswig-Holstein mit ihrem verhältnismäßig hohen Viehbestand, daß sofort soundso viel dorthin befördert werden sollte, und der betreffende Herr, der Oberpräsident ist, auch nur rückfragen würde, warum, das könne er nicht machen aus den und den Gründen, wer will ihn dann zwingen, etwas derartiges zu tun? Und was kann aus einer solch schweren Lage dann entstehen, wenn auch nur eine verhältnismäßig kurze Verzögerung eintritt?[147]

Ich kann mich dieser Anschauung deshalb nicht anschließen und fürchte: Das, worüber wir uns jetzt unterhalten, greift überhaupt hinein in die grundsätzlichen Auseinandersetzungen über das Verhältnis der Ämter zueinander. Da bin ich der Meinung, daß möglichst bald eine Klärung herbeigeführt werden sollte.

Vorsitzender: Ich kann nur noch einmal bemerken: Ich höre, daß Ihnen die Notlage schon längere Zeit bekannt war, mir nicht. Das ist das Typische, daß in einer so schwerwiegenden Frage Ihre Landesstelle[148] es nicht für richtig hielt, mich zu unterrichten und darauf aufmerksam zu machen, sondern daß es erst die Militärregierung sein mußte, die mir einen besonderen Offizier schickte, der mir sagte:

---

147 Der übergebietliche Lieferausgleich funktionierte jedoch auch bei der damaligen zentralistischen Ernährungsverwaltung nur unzureichend, vgl. etwa ein Schreiben *Lehrs* an *Schlange-Schöningen* vom 31. 5. 1946 betr. Fleischversorgung der NRP (HStAD NW 53/395, fol. 19 ff.).

148 Gemeint ist das LEA der NRP in Bonn (vgl. o. Anm. 131 und Anm. 137).

Wissen Sie, daß bei Ihnen kein Brot mehr da ist. Das ist doch ein unmöglicher Zustand. Auch wenn der Mann gesund gewesen wäre, er hatte mir nichts mehr zu melden.

Steltzer: Sie trafen nicht den Kern der Sache. Die oberste Befehlsgewalt liegt immer beim Regional Food Office.[149] Wir sind aber der Auffassung, daß es in der heutigen Zeit schwer vertretbar ist, daß auf dem so wichtigen Gebiete der Ernährung gerade bei diesen psychologisch so schwierigen Verhältnissen behördliche Funktionen von Stellen weggenommen werden und irgendeiner demokratischen Kontrolle nicht unterstehen. Deshalb möchte ich bei meinem Antrag bestehen bleiben, daß wir eine kleine Kommission bilden, die unsere einmütige Auffassung in einer Entschließung zum Ausdruck bringt.

Schneider: Wenn man grundsätzlich der Auffassung der Oberpräsidenten zustimmen wollte, muß ich meinen, daß im Augenblick – und da stimme ich Dr. *Schlange-Schöningen* zu – es nicht möglich ist, eine Umorganisation jetzt vorzunehmen, denn es gibt ein altes Sprichwort, man soll den Jockey nicht während des Rennens wechseln.

Vorsitzender: Ich bin mit Ihnen einer Meinung, aber es wird ja gerade gewechselt.

Wir kommen jetzt zu den einzelnen Abschnitten. Da sind im einzelnen folgende Anträge gestellt: zunächst die Anregung:

> die britische Militärregierung zu bitten, an die amerikanische Militärregierung [heranzutreten], daß die Produktion der Fischdampferflotte . . . in der britischen Zone bleibt.[150]

Sind Sie dafür, daß diese Anregung an die britische Militärregierung geht? Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das erledigt.

Petersen: Ich würde beantragen, daß nicht von zwei Drittel gesprochen wird, sondern dieses „zwei Drittel" herausbleibt.

Vorsitzender: Sie stellen also den weitergehenden Antrag, daß das ganze bei uns bleibt. Ich glaube, darüber bestehen keine Bedenken. Dann ist der Antrag mit dieser Abänderung angenommen.

Wir kommen dann zum 2. Antrag: zur Bekämpfung der Wildschäden.[151]

Ich stelle Ihre einmütige Zustimmung fest.

Nun kommen wir zu dem Antrag Steltzer, eine kleine Kommission zu bilden. Ich bitte um Vorschläge.

(Durch Zuruf werden benannt:)

Meitmann, Reimann, Amelunxen, Steltzer, Everling

---

149 Vgl. o. Anm. 135.
150 Vgl. o. mit Anm. 120.
151 Vgl. o. mit Anm. 121.

Sie sind damit einverstanden. Dann sind fünf Herren gewählt, die in dieser Frage vorgehen können.[152] Dann kämen wir zu Punkt 8:

Bericht des Forstausschusses

Das Wort hat Herr Oberpräsident *Kopf*.[153]

[Kopf:] ⟨Bericht des Sonderausschusses „Erhaltung des deutschen Waldes" in Detmold am 26. 4. 1946

Der in der Sitzung des Zonenbeirates am 26. April 1946[154] eingesetzte Ausschuß zur Beratung von Maßnahmen für die Erhaltung des deutschen Waldes erstattet folgenden Bericht.[155]

Der oberste Grundsatz für die deutsche Forstwirtschaft ist von jeher der Begriff der Nachhaltigkeit gewesen, d. h. die jährlichen Holzentnahmen aus dem Walde durften nicht höher sein als der jährliche Zuwachs an Holzmasse.

Die Einhaltung dieses wichtigen Grundgesetzes hat die Forstwirtschaft in Deutschland seit über einem Jahrhundert bestimmend beeinflußt und sie zu einer Höhe gebracht, die auch von außerdeutschen und außereuropäischen Ländern immer anerkannt worden ist. Nur so war es möglich, in Notzeiten den hohen Anforderungen der Gesamtwirtschaft gerecht zu werden und den im Laufe des letzten Jahrhunderts immer wertvoller und wichtiger gewordenen Rohstoff „Holz" in ausreichender Menge und Güte zur Verfügung zu stellen. Leider haben jedoch die Notzeiten im letzten Menschenalter derartige Ausmaße angenommen, daß eine Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit nicht mehr möglich war. Daraus ergab sich eine außerordentlich ernste Krisis der deutschen Forstwirtschaft, die besonders für den nordwestdeutschen Wald schwerste Folgen nach sich zieht, man kann sagen, zum Zusammenbruch der Waldwirtschaft führen muß.

Es handelt sich nicht darum, irgendwelche Klagen zu führen über die dem Walde auferlegten Opfer, nicht darum, kein Verständnis zu haben für die unbedingt notwendigen starken Eingriffe in unsere Holzbestände, für die Zwecke des Wiederaufbaues, für die Brennholzversorgung der Bevölkerung und für die uns von der englischen Militärregierung auferlegten Holzexporte.

---

152 Vgl. u. mit Anm. 174.

153 Vgl. hierzu: HStAH Nds. Z 50/77: Vertraulich! Vorläufige Niederschrift der am 2. und 3. Mai 1946 in Hamburg abgehaltenen 3. Sitz. des Zonenbeirats. 6. 5. 1946 [Verfasser von *Campe,* Oberpräsidium Hannover], S. 4: Danach wurde der Bericht des Forstausschusses von dessen Vorsitzenden, OP *Kopf,* vorgetragen und fachmännisch von Oberforstmeister *Hausmann* erläutert. Im vorliegenden Wort- und auch im Kurzprot. wird *Hausmann* hingegen nicht erwähnt. Das könnte damit zu erklären sein, daß er als Nicht-Mitglied des ZB kein offizielles Rederecht hatte. – Der folgende Bericht ist als Anl. 26 zur 3. Sitz. überliefert, dort allerdings bereits mit dem Erweiterungsvorschlag *Everlings* als Pkt. 6. Vgl. u. Anm. 158 sowie Dok. III.4, TOP 43.

154 Das Datum ist mißverständlich. Der Ausschuß wurde auf der 2. Sitz. des ZB am 27. 3. 1946 eingesetzt, vgl. Dok. II.3, o. S. 173 f., und hielt seine erste Sitz. am 26. 4. 1946 in Detmold ab.

155 Die Beschlüsse des Forstausschusses waren bereits auf der LChK am 1. 5. 1946 in Hamburg verlesen und gebilligt worden, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/6: Ns. über die Besprechung . . . am 1. Mai 1946, S. 2.

Die Folgen einer derartigen Übernutzung müssen aber klar und offen dargelegt werden, um den völligen Zusammenbruch der nordwestdeutschen Waldwirtschaft aufzuhalten.

Die englische Zone ist der waldärmste Teil Deutschlands. Nach der letzten statistischen Erhebung aus dem Jahre 1937 besitzt sie nur 21 % Wald gegen 27 % im gesamten Reichsdurchschnitt. Auf jeden Einwohner der englischen Zone kommen 0,10 ha Waldfläche, während im Reichsdurchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung 0,18 ha, also beinahe die doppelte Waldfläche, vorhanden ist. Demgegenüber hat die englische Zone die größte Bevölkerungsdichte, so daß der Holzverbrauch, beeinflußt durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet, weit höher als der Reichsdurchschnitt liegt.

Die Leistungsfähigkeit des nordwestdeutschen Waldes ist im allgemeinen sehr gering, bedingt durch ein ungünstiges Altersklassenverhältnis; bei den beiden Holzhauptarten Kiefer und Fichte sind mindestens 60 % der ganzen Fläche unter 40 Jahre alt, also noch bei weitem nicht nutzbar. Dazu kommen noch im Rheinland und Westfalen erhebliche Flächen von Laubholz-Niederwald, mit sehr kleinen Holzerträgen.

Der erste Einbruch in die bis dahin streng durchgeführte Nachhaltigkeit geschah im Jahre 1934, wo man entgegen vieler warnender Stimmen im ganzen Reich planmäßig 50 % mehr als den Zuwachs nutzte und diese Mehrnutzung in den kommenden Jahren fortsetzte. Während in den ersten Jahren diese Mehrnutzung noch keine üblen Folgen zeitigte, da in manchen Gegenden Deutschlands, insbesondere in Süddeutschland, erhebliche Durchforstungsrückstände vorhanden waren, führte dieser einmal angefangene Weg der Übernutzung später durch die durch den Krieg bedingten Mehreinschläge zu sehr bedenklichen Schädigungen des Holzvorrates. Gerade unser Gebiet hier wurde wegen der geringen Transportentfernungen besonders stark angegriffen. Hinzu kommen in den letzten Jahren schwere Schäden durch Sturm und Schneebruch und die großen Waldbrände in den letzten Kriegswochen.

Alle diese Ereignisse führten zu einem raschen Sinken des Vorrats. Die Statistik gibt an, daß in den Jahren 1934–45 wenigstens 1/5 des ganzen Holzvorrats und 1/3 aller nutzungsfähigen Hölzer gehauen sind.

Die nach dem vorjährigen Zusammenbruch eingetretenen Verhältnisse haben zu weiteren Erhöhungen der Holzeinschläge geführt. Einmal ist die Holzeinfuhr aus den anderen deutschen Waldgebieten und aus dem Auslande fast ganz fortgefallen, auf der anderen Seite sind mehrere neue Faktoren hinzugetreten, welche den Holzbedarf erheblich erhöht haben: Die fortgesetzte Zunahme der Bevölkerung (Ostflüchtlinge), der Wiederaufbau, der Ersatz der Kohle durch Brennholz und die ständig wachsenden Forderungen der englischen Militärregierung.

Zwei besonders wichtige Holzsortimente – das Grubenholz und das Brennholz – müssen dabei näher erörtert werden.

Der jetzige Gesamteinschlag an Nutzholz in der englischen Zone beträgt 7 Millionen fm, hiervon entfällt 1/3, nämlich 2,4 Millionen fm auf das Grubenholz. In früheren Zeiten kam das meiste Grubenholz für das Ruhrgebiet aus den großen Kieferngebieten des Ostens. Noch im Jahre 1943 wurden von 4 Millionen fm Gesamtbedarf des Ruhrgebiets nur 1/5, d. h. 800 000 fm, in der heutigen englischen Zone aufgebracht. Trotz der Transportschwierigkeiten kamen 1,2 Millionen fm aus der heutigen amerikanischen Zone und 2 Millionen aus der russischen Zone. Im Jahre 1945/46 ist zwar der Bedarf des Ruhrgebiets von 4 Millionen fm auf 3,5 Millionen fm gesunken, die englische Zone muß aber 2,4 Millionen fm, also 2/3 des Gesamtbedarfs, aufbringen. Diese Belastung wirkt sich dahin aus, daß der Wald der an sich waldärmsten Zone heute das Dreifache der Nutzung von 1943 und wenigstens das Vierfache der Friedensnutzung hergeben muß.

Es taucht nun die Frage auf, in welcher Weise können überhaupt derartige Mehreinschläge getätigt werden?

Die bereits durch die früheren starken Eingriffe stark gelichteten Bestände lassen weitere Entnahmen im Durchforstungswege nicht mehr zu. So müssen also Kahlabtriebe vorgenommen werden, wofür rund 20 000 ha junge Kiefern- und Fichtenbestände in völlig unreifem Alter zu diesem Zwecke der Axt zum Opfer fallen. Eine Fortsetzung dieser Hiebe wird schon bald alle künftigen Kiefernbauholzbestände und Wertholzbestände vernichten, bevor sie ihre eigentliche Reife erreicht haben. Die finanziellen Folgen dieser Maßnahme sind äußerst schwerwiegend, werden doch diese Bestände höchstens zum halben Preise ihres eigentlichen Wertes vergeudet. Vor allem aber wird die Versorgung des Ruhrkohlengebietes bei Fortsetzung der Abnutzung in der jetzigen Höhe in etwa 5 Jahren zum Erliegen kommen.

Der vorgesehene Brennholzeinschlag beträgt im Jahre 1945/46 etwa 9 Millionen fm, d. h. etwa das Achtfache der normalen Brennholznutzung. Allein diese gewaltige Menge beträgt bereits rund das Doppelte des gesamten jährlichen Zuwachses des Waldes in der englischen Zone; aber nicht nur die Höhe dieses Einschlages ist besorgniserregend, sondern viel einschneidender ist die Tatsache, daß zur Erlangung dieser Brennholzmenge etwa 6 Millionen fm nutzholzfähige Ware verlorengeht. Fast die Hälfte von allem Nutzholz, das in diesem Jahre geschlagen wird, muß als Brennholz dienen, ohne dabei den dringendsten Brennstoffbedarf der Bevölkerung auch nur annähernd decken zu können.

In den Eichenschälwaldgebieten zwingt die Brennholznot zu einem so raschen Abtrieb der Bestände, daß in künftigen Jahren keine Gerbrinde mehr zur Bearbeitung von Leder gewonnen werden kann. Andere wertvollste Rohstoffe, wie Bauholz, Faserholz, Grubenholz, welche für den Wiederaufbau dringend nötig wären, werden auf diese Weise vergeudet, abgesehen davon, daß bei dem großen Preisunterschied zwischen Nutzholz und Brennholz auch der Waldbesitzer finanziell schwer geschädigt wird.

Der Ersatz der Kohle durch Brennholz ist auch noch aus anderen Gründen sehr unwirtschaftlich, da der Heizwert schon von trockenem Holz nur halb so groß ist wie bei Kohle. Als weiterer Übelstand kommt hinzu, daß die in Nordwestdeutschland üblichen Eisenöfen gar nicht auf Holzfeuerung eingerichtet sind, so daß die Ausnutzung des Heizwertes weiterhin herabgesetzt wird.

Welche Werte bei dieser Verwendung des Holzes als Brennholz verloren gehen, soll noch an folgendem Beispiel beleuchtet werden: Wenn man Grubenholz in die Zechen einfährt, könnte man den hundertfachen Heizwert in Form von Kohle gewinnen, wie wenn man die gleiche Holzmenge als Brennholz verfeuert. Hinzu kommt, daß Brennholz im Vergleich zur Kohle trotz der geringeren Transportwege einen mehrfachen Bedarf an Arbeitskräften, Transportmitteln und Betriebsstoffen benötigt. Das sind Teile des Hauungs- und Abfuhrapparates, die dadurch der Aufbringung des Rund- und Schnittholzes entzogen werden. Es muß mit allen Mitteln angestrebt werden, den Hausbrandbedarf für den nächsten Winter vorwiegend durch Braunkohle zu decken.

Um die Folgen für den Wald eindrucksvoll darzustellen, wird auf die beigefügte graphische Darstellung verwiesen.[156] Sie zeigt das Verhältnis von Zuwachs zur Nutzung für den Bereich der britischen Zone, getrennt nach den einzelnen Holzarten.

Die erste Säule bei jeder Holzart bedeutet den Gesamtzuwachs, unterteilt in „nicht greifbar“ und „greifbar“, wobei Nadelholz über 30 Jahre und Laubholz über 50 Jahre als greifbar anzusehen ist. Die zweite Säule zeigt die tatsächliche Nutzung in fm, getrennt nach einzelnen Hauptsortimenten.

Auf den ersten Blick fällt das außerordentliche Mißverhältnis von Zuwachs zur Nutzung auf; so übertrifft der Hieb bei der Kiefer den greifbaren Zuwachs um 4,2 Millionen fm, bei der Buche um 4,0 Millionen fm, bei der Fichte um 3,5 Millionen fm und bei der Ei-

156 Vgl. Anl. 26.

che um 0,6 Millionen fm. Auch die Unterteilung der einzelnen Säulen nach den verschiedenen Sortimenten gibt interessante Aufschlüsse. Der bei allen Holzarten im Vordergrund stehende große Anteil an Brennholz, besonders bei der Buche, bringt uns wiederum deutlich das schon vorher behandelte Problem: Ersatz des Brennholzes durch Kohle in Erinnerung.

Eine Fortsetzung der heutigen Nutzungshöhe muß den gesamten greifbaren Vorrat in bedrohlich kurzen Zeiträumen aufzehren. Bei einem Hieb von insgesamt 351 % des greifbaren Zuwachses, d. h. rund 12 % des greifbaren Vorrats, ist bei der Kiefer in 6,6 Jahren, bei der Fichte in 13,9, bei der Buche in 12,4 und bei der Eiche in 24,6 Jahren der gesamte greifbare Vorrat aufgezehrt, es gibt dann keine Nadelholzbestände über 30 Jahre und Laubholzbestände über 50 Jahre mehr in der britischen Zone. In einzelnen Provinzen, wie Schleswig-Holstein und Westfalen, werden die Zeiträume noch weit kürzer sein. So reichen die hiebsreifen über 80 Jahre alten Nadelholzbestände in diesen Provinzen höchstens noch 2–3 Jahre aus.

Diese Zahlen zeigen die Folgen der Übernutzung im Rahmen der festgesetzten Umlage für dieses Jahr. Dabei ist diese Umlage z. Zt. bei einzelnen Sortimenten bereits überschritten, da erhebliche Sonderhiebe von der englischen Militärregierung angesetzt sind, welche Holz zum Export nach England, Holland und Belgien liefern sollen. Die endgültige Höhe dieser Exportmengen (Bauholz aus dem Harz und Schleswig-Holstein und Grubenholz vorwiegend aus der Lüneburger Heide) steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der völlige Holzmangel noch wesentlich rascher eintreten, wenn diese Sonderhiebe weiter andauern.

Die Aufzehrung des Holzvorrates im Walde und das Verschwinden aller hiebsreifen Bestände ziehen jedoch weitere schwerwiegende Folgen nach sich. Die Waldwirtschaft wird auf Jahrzehnte hinaus ein reiner Zuschußbetrieb ohne nennenswerte Einnahme sein, die Wiederaufforstung der weiten Kahlflächen erfordert große geldliche Aufwendungen, die sich noch erheblich erhöhen durch Maßnahmen für die Heilung der durch die plötzliche Freistellung verdorbenen Böden. Hinzu kommen noch große Kosten für die Wiederherstellung des durch die Holzabfuhr der letzten Jahre völlig zerfahrenen Wegenetzes.

Die großen unbestockten oder ganz jungen Flächen werden natürlich den Zuwachs des ganzen Waldes sehr stark senken, vor allem da die Wiederaufforstung nicht in einer entsprechenden Schnelligkeit möglich ist. Es wird an dem genügenden Pflanzenmaterial, an Maschinen und insbesondere an Arbeitskräften fehlen. Der Kampf um die Erhaltung der Flächen für die Pflanzenzuchtbetriebe, die wegen der schlechten Ernährungslage zum größten Teil dem Getreide- oder Gemüseanbau zugeführt werden sollten, ist zwar zur Zeit zu Gunsten der Forstwirtschaft entschieden, eine weitere Zuspitzung der Lebensmittelknappheit kann aber immer wieder neue Schwierigkeiten heraufbeschwören.[157]

Ein anderer Berührungspunkt mit der Ernährungskrisis bildet übrigens die entscheidende Senkung der Ernten von Beeren und Pilzen, wenn die Mehrzahl der älteren Bestände geschlagen sein werden. In Notzeiten hat der Wald auch auf diesem Gebiet wichtige und wertvolle Aufgaben zu erfüllen gehabt.

Auch das äußere Gesicht des Waldes wird durch die Kahlschläge verändert werden, das Laubholz wird verschwinden, die Erhaltung der Baumrassen, die für das hiesige Klima geeignet sind, kann nicht mehr gewährleistet werden, weil alle älteren samenfähigen Be-

157 Laut Vermerk des RFO-Hamburg vom 13. 2. 1946 stammten 1946 von den 20 000 ha Gemüseanbaufläche in SH und HH immerhin 1 000 ha aus dem Land von Baumschulen. Von einer weiteren Rodung sah man ab, vgl. StAH 377–10 I: Bc 5. Wie Damm, S. 57 und S. 78, in seinen Erinnerungen berichtet, habe die MR ihren Befehl, Baumschulland für den Gemüseanbau zu verwenden, nach Diskussion mit den verantwortlichen dt. Politikern im Kreise Pinneberg, einem traditionellen Baumschulengebiet, wieder zurückgezogen.

stände vernichtet wurden. Es tritt also eine vollkommene Verschiebung der Holzarten ein, die nicht mehr dem Gesetz des Standortes gehorcht, sondern mehr oder weniger willkürlich je nach Möglichkeit der Beschaffung des Saatgutes sich vollziehen wird.

Es war schon vorhin bei der Behandlung der finanziellen Folgen der Übernutzung vom Boden die Rede. Durch die riesigen Kahlschläge wird die dauernde Ertragsfähigkeit vieler Böden schwer geschädigt, im Gebirge vor allem durch die Abschwemmung der Feinerde an Steilhängen und durch Versumpfung und Moorbildung in den Ebenen höherer Lagen. Am stärksten sind diese Gefahren in den großen Kiefernwäldern der Ebene, die vor 100 Jahren durch die Aufforstung von Heideödland entstanden sind. Hier war eine ganze 100jährige Waldgeneration notwendig, um den Heideboden in fruchtbaren Waldboden umzuwandeln. Diese ganze schwierige Arbeit des vorigen Jahrhunderts, eine wirkliche Kulturtat unserer alten Forstgeneration, droht wieder vernichtet zu werden, wenn jetzt als Folge einer Walddevastation der Boden wiederum durch die Heide zurückerobert wird. Damit muß eine Senkung der Zuwachskraft auch im künftigen Walde um wenigstens ⅓ eintreten.

Bisher sind nur die Folgen der Übernutzung für den Wald an sich behandelt; es bleibt noch zu untersuchen, in welcher Weise die *Holzwirtschaft* hiervon betroffen wird. Man könnte der Meinung sein, der durch die Übernutzung des Waldes eingetretene gewaltige Mehranfall an Holz müßte die Holzindustrie nur günstig beeinflussen und ihr zu einer gewissen Blüte verhelfen. Diese Ansicht ist leider ganz falsch, und die augenblickliche verstärkte Produktion der Sägeindustrie wird bald einem schnellen Sinken und Stillstand Platz machen. Sobald die nutzbaren Holzvorräte aufgebraucht sind – der Zeitpunkt ist mit mathematischer Sicherheit festzustellen –, ist damit eine der wichtigsten Rohstoffquellen, welche der nordwestdeutschen Wirtschaft nach dem Abrüsten der Schwerindustrie noch verblieben ist, auf lange Zeit vernichtet. Wenigstens 20 Jahre lang wird dann aus den hiesigen Wäldern kein Grubenholz mehr verfügbar sein, ebensowenig Holz für den Wiederaufbau der Städte und für die große Holzindustrie von Hannover und Westfalen, welche überdies ganz bestimmte Holzsorten benötigt.

Eine ganz besondere Gefahr bergen die Folgen der Abholzung für die Ernährungsbasis in sich:

In den großen Ebenen in der Nähe der Küste ist der Wald der wichtigste Windschutz, dessen Wegnahme die landwirtschaftlichen Erträge der Nachbarschaft erheblich senkt; seine Erhaltung muß gerade in diesen Gegenden im Interesse der Volksernährung dringend gefordert werden.

Vor allem aber ist der Wald der wichtigste Regler des Wasserhaushalts für das ganze Land. Er hält wie ein Schwamm in nassen Zeiten viel Wasser fest und verzögert die Schneeschmelze. In trockenen Zeiten läßt dafür der Wald noch erhebliche Mengen des gespeicherten Wassers ablaufen. Diese Wasservorratshaltung muß beim weiteren Andauern der Überhiebe verlorengehen, Hochwasserkatastrophen sind die unerläßliche Folge der Zerstörung des Wasserhaushalts. Heute ist das Hochwasser von 1946 noch eine Ausnahme. Nach Verwüstung des Waldes aber werden nach dem Beispiel vieler östlicher Gebiete die Häufigkeit und Stärke des Hochwassers und insbesondere die Menge der mitgeführten Geschiebemassen erschreckend steigen und dadurch die Flußbetten sowie das wertvolle landwirtschaftliche Gelände der Niederungen schwer geschädigt. In Trockenzeiten dagegen werden die Bäche viel rascher versiegen, die Dürregefahr für die Felder, vor allem auf den leichten Heidesandböden erhöht und die Gefahr von Niedrigwasser der Flüsse gesteigert.

Der Ausschuß beantragt daher, der Zonenbeirat wolle folgende Entschließung zum Beschluß erheben:

Das besorgniserregende Mißverhältnis zwischen dem geringen Holzbestand der britischen Zone und den weit überhöhten Ansprüchen für Brennholz, Grubenholz und andere Nutzhölzer droht in wenigen Jahren die nutzbaren Waldbestände zu vernichten und

in der Folge durch die zwangsläufigen klimatischen und wasserwirtschaftlichen Auswirkungen die Ernährungsgrundlage zu erschüttern.

Der Zonenbeirat hat diese Probleme eingehend geprüft und hält eine Abwendung dieser unmittelbar drohenden Gefahren nur durch Berücksichtigung folgender Maßnahmen für möglich:

1) Kohle muß wieder statt Brennholz für den Hausbrand beschafft werden. In erster Linie wird dabei auf die Verwendung von Braunkohle verwiesen.

2) Es sollte nicht mehr Holz eingeschlagen werden, als abgefahren werden kann. Der sortenmäßige Einschlag sollte sich dem jeweiligen Bedarf der Holzindustrie anpassen und eine übermäßige Lagerhaltung vermieden werden.

3) Hochwertiges Nutzholz darf weder als Brennholz noch als Grubenholz Verwendung finden.

   Die Verwendung von Holz als Generatorholz (ein Holzgaswagen verbraucht im Jahr den Vorrat von 1 ha Wald = 120 fm) ist aufs äußerste einzuschränken, wenn nicht gar zu verbieten.

   Die Anforderungen der Bauindustrie hinsichtlich Dimension und Qualität müssen auf das bescheidenste Maß herabgesetzt werden.

4) Angesichts des sehr großen Holzmangels müssen noch vorhandene ältere Waldbestände, vornehmlich im Harz und in den Kieferngebieten für den Wiederaufbau, insbesondere in den Notstandsgebieten der Bergbaubezirke und der Großstädte, vorbehalten bleiben. Darüber hinaus benötigt das Industriegebiet eine Holzeinfuhr aus den bisher weniger scharf durchhauenen anderen Zonen.

5) Die Wiederaufforstung muß mit allen Mitteln gefördert werden. Hierzu gehört Schutz der Pflanzenerziehungsanstalten, die Bereitstellung von Arbeitskräften, Geräten usw., die Sicherung einer genügenden Fläche wertvoller Altbestände zur Gewinnung von standortgerechten Samen.

6) [158] Die Holzfrage bedarf viel stärker als bisher der Betrachtung als eines allgemeinen europäischen Problems. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist eines der wichtigsten Industriezentren Europas.

Das deutsche Volk kann seinen Beitrag zum Wiederaufbau Europas nur dann leisten, wenn alle Nutznießer an den Erzeugnissen dieses Industriegebietes sich an seiner Versorgung mit den wichtigsten nötigen Rohstoffen, insbesondere auch mit Holz, gemeinsam angemessen beteiligen.〉

Vorsitzender: Sie haben den klaren und ausführlichen Bericht des Ausschusses gehört, der für diese Frage von Ihnen eingesetzt war, und ich spreche in aller Namen den Herren, die an dieser sorgfältigen Arbeit beteiligt waren, aufrichtigen Dank aus. Es geht um nichts anderes und nichts Geringeres als um die Erhaltung des deutschen Waldes, um den Schutz unserer Landschaft und unseres Klimas, um weittragende Folgen für unsere engere und weitere Heimat, aber letzten Endes auch um ein europäisches Problem. Es ist ein europäisches Problem, ob der deutsche Wald erhalten bleibt oder vernichtet wird.

Ich möchte aus den vielen durchschlagenden Gesichtspunkten noch einen besonders herausgreifen, der für die gegenwärtige Stimmung der Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung ist:

---

158 Vgl. o. Anm. 153; zur Erweiterung des Berichts vgl. u. mit Anm. 213.

Wir haben einen Winter der Kälte hinter uns mit unzulänglichen Heizungsmitteln. Wir möchten deshalb auch an die Militärregierung die dringende Bitte richten, von dem Verfahren abzusehen, mit nassem Holze die Bevölkerung zu versorgen, da dieses Holz weder die ausreichende Wärme gibt noch in der rechten Weise bei dem Zustande der gegenwärtigen Heizung gebraucht werden kann. Zudem läßt sich eine Holzversorgung nur auf dem Lande durchführen. In den Großstädten und im rheinischen Industriebezirk, wo nebeneinander die Städte mit einer Millionenbevölkerung liegen, ist sowieso die Versorgung mit Holz eine Unmöglichkeit. Aber es gibt einen sehr beachtlichen Ausweg.

Wir haben neben der Steinkohle hier im Westen Deutschlands ein reiches Braunkohlenvorkommen, zum Teil im Tagbau erreichbar, und soweit der Tagbau nach einer gewissen Zeit erschöpft sein wird, sind nach den Berichten und Sachverständigengutachten in der Gegend des heutigen Braunkohlenvorkommens noch große Vorkommen unter Tag vorhanden, die allerdings unter einer erheblichen Sandschicht liegen, deren Abbau schwere Hindernisse entgegenstehen. Aber die heutige Technik ist so weit, daß sie derartiger Schwierigkeiten Herr wird, das beweist der Steinkohlenabbau am Niederrhein, wo ähnliche Verhältnisse sind, und der auch durch das neuzeitliche Verfahren erfolgt.

Ich möchte Sie deshalb bitten, uns bei den zuständigen Dienststellen, die Ihnen erreichbar sind, darin zu unterstützen, daß die Umstellung auf Rohbraunkohle möglichst bald vorgenommen wird und noch in diesem Sommer, ehe die Herbstbestellung anfängt und die Waggons für Kartoffeln usw. gebraucht werden, ein Abtransport erfolgt.[159] Jetzt wäre die geeignete Zeit, Rohbraunkohle zu verladen und den Haushaltungen zuzuführen, denn damit ist den Menschen mehr gedient als mit einem neuen Holzeinschlag. Wir können mit diesen Beständen eine große Hilfe bringen, sei es in Form von Rohbraunkohle oder von Briketts, einen möglichst guten Wärmeschutz zu erreichen.

Ich möchte Ihnen dies ganz besonders ans Herz legen und Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen.

Everling: Die Waldbestände sind im Deutschen Reich sehr unterschiedlich verteilt, am schlechtesten an unserer Küste. Dieser Wald hat aber eine außerordentliche Bedeutung für uns, denn er hat die Wanderdünen aufzuhalten, die große Flächen Kulturbodens überschwemmen würden und fortnähmen, die jetzt noch vorhanden sind, wenn weiterhin noch in erheblichem Maße abgeholzt würde wie im vorigen Jahr. Wer das angesehen hat, war tief erschüttert, wenn man weiß, mit welchen Schwierigkeiten ein Wald anzulegen ist, denn die Nordseeküsten lassen überhaupt keine Kulturpflanzen aufkommen, und es gehörte große Mühe dazu, diese Waldbestände aufzuforsten. Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich bitten, daß die Waldbestände an der Nordseeküste unter allen Umständen geschont werden und nicht weiter abgeholzt werden dürfen.[160]

159 Vgl. hierzu auch Dok. IV.3 mit Anm. 36.

160 Die Forderung wurde als Pkt. 6 in die Vorschläge des ZB aufgenommen, vgl. u. mit Anm. 213.

Vorsitzender: Da das Wort nicht mehr gewünscht wird, darf ich feststellen, daß Sie von diesem Gutachten Kenntnis genommen haben und daß Sie mit den Vorschlägen und dem Zusatz, den Herr *Everling* gemacht hat, einverstanden sind. – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist der Antrag angenommen.

Wir müssen nun sehen, daß wir mit der Tagesordnung zurecht kommen, wenn Sie heute nachmittag zum Teil noch nach Hause kommen wollen.

Wir haben noch den Bericht von Dr. *Grimme* über die Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses entgegenzunehmen. Dr. *Grimme* hat mich gebeten, ihm zu diesem Thema auch ausreichend Zeit zur Verfügung zu stellen. Er rechnet mit einem einstündigen Vortrag.

Wir haben dann unter „Sonstiges" noch den Antrag der Militärregierung über die Entnazifizierung der Kohlenindustrie, wozu ein Antrag vorliegt, der fünf Punkte enthält und auch ausreichend diskutiert werden muß. Dann haben wir noch den Termin für die nächste Sitzung und einige Kleinigkeiten zu erledigen. Wir werden also doch heute nachmittag noch einmal zusammenkommen müssen. Dann wollen wir den Vortrag von Dr. *Grimme* auf heute nachmittag verlegen. – Sie sind damit einverstanden.

Dann möchte ich jetzt den Punkt der Kontrollkommission vornehmen:

Entnazifizierung der Kohlenindustrie[161]

Ich eröffne die Diskussion.

Böckler: Aus meiner Kenntnis der Verhältnisse im Bergbau muß ich sagen: Die Bergarbeiter werden von der Tatsache, daß das Verfahren der Entnazifizierung außer Kraft gesetzt ist, mit gemischten Gefühlen und einigem Befremden Kenntnis nehmen, denn soviel ich die Dinge kenne, sind im Bergbau noch eine ganze Menge Kräfte vorhanden, die eigentlich längst entfernt sein müßten.

Ich stehe gewiß nicht auf dem Standpunkt, daß jeder kleine Nazi gehängt werden müßte, d. h. daß er zwangsweise aus den Betrieben herausgenommen werden muß. Im Gegenteil, ich bin weitherzig und finde eine solche Weitherzigkeit in bezug auf die Beurteilung dieser gewesenen Nazi auch in weitesten Arbeitnehmerkreisen als vorhanden. Aber hier handelt es sich immerhin um Menschen, die einiges auf dem Kerbholz haben.

Ganz abgesehen davon entsteht aber die Frage: Kann so eine Aktion wie die Entnazifizierung der Wirtschaft als endgültig abgeschlossen überhaupt betrachtet werden? Wir werden immer wieder auf Fälle stoßen, in denen sich herausstellt: Es hat eine Masse es sehr gut verstanden, sich so zu tarnen, daß sie dem ersten Zugriff entgangen sind. Das verbietet es schon, daß man die Aktion als endgültig abgeschlossen betrachten könnte. Es ist an sich ein außerordentlich unbefriedigender Zustand, wenn wir hier bestätigt finden die betrübliche Tatsache, daß Betriebssicherung, Arbeitsleistung und Förderleistung gewissermaßen in einem bestimmten Umfange durch Nazi gewährleistet werden müssen.

---

161 Vgl. Anl. 29.

Wenn das der Fall sein sollte, setzt das voraus, daß Nazi, die in größerer Zahl im Einzelbetriebe vorhanden sind, als produktionsfördernde Elemente sich gezeigt hätten. Das kann beim besten Willen nicht gesagt werden, und was in der Vergangenheit nicht war und in der Gegenwart nicht ist, das ist zweifellos auch in der Zukunft nicht vorhanden, im Gegenteil, wir hätten uns Gedanken darüber zu machen, welche die Produktion benachteiligende Rolle der einzelne Nazi und auch schließlich eine größere Zahl im Betrieb zu spielen in der Lage sind.

Das hätten wir zu beachten. Dann werden wir finden: Man darf wahrhaftig nicht erwarten, daß etwa noch vorhandene Nazi im Einzelbetriebe, und erst recht im Bergbau, die Disziplin fördern, wie hier gewissermaßen angedeutet ist. Bedenken wir doch, um was es sich handelt. Da ist eigentlich psychologisch gesehen eine weitere Belastung der Bergleute den bereits vorhandenen Belastungen zugefügt, denn es bedeutet für einen aufrechten Menschen allerhand, wenn er Weisungen entgegenzunehmen und Anordnungen nachzukommen hat, die von denen getroffen werden, die ihm heute noch als Feinde erscheinen müssen. Das ist nicht die Disziplin fördernd, wenn hier die Zustände aufrechterhalten werden.

Es ist leichter gesagt, sie herauszusetzen, als Ersatz zu finden. Aber wird sich nicht auch der Bergbau daran gewöhnen müssen, daß er seine Nachwuchsfrage, nicht nur, soweit Bergarbeiter in Frage kommen, sondern auch technisches und Aufsichtspersonal, mindestens einen Teil dieses Nachwuchses den vorhandenen Arbeitsbeständen zu entnehmen. Gewiß, die rein schulmäßig vorgebildeten Kräfte für die technische Betriebsleitung und die Überwachung des Betriebs und der Sicherheitseinrichtungen sind ganz gewiß nicht zu entbehren. Aber sollten nicht aus dem Heer von Hauern, von erfahrensten Arbeitern des Bergbaues, etliche hundert herauszugreifen sein, die ebenso gut, vielleicht noch besser, in der Lage wären, den Obliegenheiten zu genügen, wie sie im Bergbau dem rein schulmäßig vorgebildeten Beamten obliegen?

In der Rüstungsindustrie habe ich häufig die Beobachtung gemacht, daß so mancher, der aus dem reinen Arbeiterverhältnis kam, über die Sparte Vorarbeiter und Meister, sich zu Leistungen heraufgearbeitet hat, die sich ebenbürtig jeder Leistung eines rein schulmäßig gebildeten Mannes an die Seite stellen können. Was in der Rüstungsindustrie keine Unmöglichkeit ist, muß auch im Bergbau möglich sein.

So wäre die Möglichkeit, dem Schaden abzuhelfen, der durch die Herausnahme der ruppigsten Gesellen entstünde. Daß sehr ruppige Gesellen noch vorhanden sind und jeden Tag ihre Ruppigkeit zeigen, das hat eine Aussprache ergeben, die wir gepflogen hatten in dieser seinerzeitigen Konferenz.[162] Ich finde diese Tatsache als recht interessant, wenn man Zusammenkünfte von Bergleuten hat.

Also geschehen muß ein Weiteres und kann ein Weiteres, wenn die Dinge nur richtig angefaßt werden.

Reimann: Würden wir diesem Antrage der Kontrollkommission zustimmen, dann würden uns die Bergarbeiter einfach nicht mehr verstehen. Es ist nicht so, daß im

162 Vgl. o. Anm. 31.

Bergbau die Entnazifizierung abgeschlossen sein müßte, sondern sie hat eigentlich noch gar nicht recht begonnen.

Allein die Tatsache, daß die Kontrollkommission sagt, es handele sich um 77 Personen und um 1 000 Personen, die noch in Arbeit sind, so ist das, auf 185 Schachtanlagen verteilt, für jede Schachtanlage eine ganz anständige Summe. Aber darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an, daß im Bergbau auch noch andere Kräfte sind als aktive Nazi, die dem Faschismus zur Macht verholfen haben, daß sie ihm das Geld gegeben haben, und die bei der Bevölkerung als die Kräfte bekannt sind, die den Imperialismus gestützt und gefördert haben, weil sie selbst Imperialisten sind.

Es ist auch nicht so, daß die Kohlenproduktion behindert wird, wenn diese Kräfte aus dem Bergbau ausgestoßen werden. Auch ist es nicht so, daß die Grubenunglücke darauf zurückzuführen sind. Die Bergarbeiter sind der Auffassung, daß die Feinde des Volkes aus den Schachtanlagen herausgenommen werden müssen. Die Gestaltung der Produktion ist oder kann nicht mehr Angelegenheit dieser Leute sein, sondern die Gewerkschaften und Betriebsräte und alle anderen gewerkschaftlichen Organisationen müssen zur Gestaltung der Produktion zugezogen werden.

Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag ablehnen und daß wir in der nächsten Sitzung des Zonenbeirats den Gewerkschaften den Auftrag geben, uns Unterlagen zu schaffen und Vorschläge zu machen, wie die Gewerkschaften sich denken, an der Gestaltung der Produktion [mit]zuwirken.

Die Grubensicherheit ist eine Frage, die heute die Bergarbeiter am stärksten berührt, und wenn ich diese große Katastrophe auf Grimberg[163] mit als Beweis heranziehe, so ist es so, daß auf dieser Schachtanlage ja gar keine Nazi entlassen worden sind. Die Grubensicherheit muß so gestaltet werden, daß die Bergarbeiter daran selbst wieder Anteil haben. Die Untersuchungsergebnisse auf der Schachtanlage Grimberg liegen uns noch nicht vor, aber wir können jetzt schon feststellen, daß dieses Ergebnis ein sehr mageres sein wird. Jedenfalls wird durch dieses Ergebnis nicht an den Kern der Sache herangekommen. Wir haben auch früher schon solche Unglücke gehabt. Dort sind dann auch solche Ausschüsse eingesetzt worden, und wenn dieses Ergebnis des jetzigen Ausschusses[164] der Bergarbeiteröffentlichkeit bekannt werden wird, dann wird sie mit Recht sagen: Es hat sich gegenüber der Vergangenheit nichts geändert. Zwar ist ein Vertreter der Gewerkschaften in diesem Ausschuß gewesen, aber noch nicht einmal ein einziges Mitglied des Betriebsrates aus der Belegschaft selbst und aus den Arbeiterkreisen. Zwar sind eine Reihe von Grubensicherheitsbeamten in diesem Ausschuß, aber die Herrschaften verstehen es, den Bericht so zu fassen und die Untersuchung nach der Richtung so zu betreiben, daß dabei am Ende nichts herauskommt.

Es ist eine Tatsache, daß auf dieser Schachtanlage, wie auf vielen andern, der Kohlenstaub bis zu 30 cm gelegen hat. Die Bergarbeiter selbst durch ihren Betriebsrat

163 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 162–164.
164 Vgl. hierzu u. mit Anm. 173.

haben noch nicht das Recht, hier einzugreifen und auch dort mit die Grubensicherheit gestalten zu helfen.

Das sind alles Fragen, die in engstem Zusammenhang mit der Entnazifizierung stehen, und da ist es uns unverständlich, wie die Kontrollkommission jetzt auf einmal mit einem solchen Antrag herauskommt, obwohl wir vorher auch nicht zu diesen Dingen haben Stellung nehmen können.

Wir sollen aber jetzt beschließen, daß die Entnazifizierung im Bergbau jetzt beendet ist und sollen damit den Zorn der Bergarbeiter auf uns laden. Das werden wir nicht tun. Die Kontrollkommission möge sich beruhigen. Wir werden ihr Vorschläge machen, und zwar nach der Richtung, daß im Bergbau sowie in der Schwerindustrie die Entnazifizierung restlos durchgeführt wird. Denn für was sind die vielen Menschen in diesem Kriege gefallen? Dort haben die Urheber des Krieges gesessen, und sie werden entfernt werden müssen.

Spliedt: Herr *Reimann* hat das falsch verstanden. Die Militärregierung verlangt von uns nicht, daß wir den Antrag annehmen sollen, daß die Entnazifizierung abgeschlossen ist, sondern sie verlangt vom Zonenbeirat ein Urteil darüber, ob er die Maßnahmen billigt, die ergriffen sind, oder nicht. Wir wollen das untersuchen, und wir wollen als Zonenbeirat hier entscheiden.

Nur eins zur Sache: Einer der Gründe für die Unlust unter den Bergleuten, die sich nicht zuletzt in dem sinkenden Ergebnis der Förderung ausdrückt, ist darauf zurückzuführen, daß man empört darüber ist, daß die Kohlengruben in so unzureichendem Maße entnazifiziert worden sind. Wir haben alle Ursachen, mit allen Mitteln zu untersuchen, was geschehen kann, um hier eine Entnazifizierung wirklich durchzuführen.[165]

Wenn z. B. darauf hingewiesen wird, daß nach der bisherigen Entfernung dieser Leute die Sicherheit der Gruben zu wünschen übrig läßt, dann wird man prüfen müssen, ob man anstelle der Entlassenen nicht andere Leute findet, die an ihre Stelle gesetzt werden können.

Ich bin der Meinung, das nicht ablehnen zu sollen, sondern offen zu prüfen, was geschehen kann und muß. Meine Frage ist klar. Aber wer soll nun untersuchen? Sollen wir vorschlagen, dies dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen? Er soll die gesamten Belange des Arbeitseinsatzes vertreten.

Ich könnte mir deshalb vorstellen, daß man das dem Sozialpolitischen Ausschuß überweist, diese Aufgabe zu prüfen, denn es wird sich ohnehin eine ganze Reihe von Fragen ergeben, die sich aus der Entnazifizierung selbst ergeben. In steigen-

165 Die Überprüfung des Bergbaus lag zunächst bei der „North German Coal Control" der brit. MR; erst im Juli 1946 wurden dt. beratende Sonderausschüsse (Special Coal Advisory Commissions) eingesetzt, deren Arbeit indessen unter einem Zuständigkeits- und Kriterienwirrwarr litt, da die brit. Dienststellen häufig widersprüchliche Anweisungen herausgaben. Der Sitz dieser Ausschüsse befand sich in Essen sowie in Kohlscheid bei Aachen (Steinkohlenbergbau) und in Köln (Braunkohlenbergbau). Ihnen gehörten vorwiegend Gewerkschaftsmitglieder an, vgl. hierzu Entnazifizierung in NRW, bes. S. 31, S. 38 und S. 40. Im November 1946 wurde ein Bericht über die Ausschußtätigkeit vorgelegt, was zu Pressemeldungen führte, „die Entnazifizierung im Bergbau [sei] abgeschlossen", vgl. etwa Rhein-Ruhr-Zeitung (Essen), vom 8. 11. 1946. Siehe ferner Dok. V.3 mit Anm. 28.

dem Maße kommen hier Dinge, die doch irgendwie geregelt werden müssen, so daß sich der Ausschuß wahrscheinlich wiederholt mit Fragen der Entnazifizierung beschäftigen muß. Man könnte auch dafür einen besonderen Ausschuß einsetzen. Das wäre nicht ganz abwegig.

Aber eine grundsätzliche Ablehnung würde ich deshalb für falsch halten, denn ein Votum unseres Beirates wird natürlich sehr viel mehr Gewicht und Nachdruck haben, als wenn wir als Gewerkschaften allein dazu Stellung nehmen und Vorschläge machen. Natürlich müssen die Untersuchungen in alle Einzelheiten gehen. Das ist auch vorgesehen, denn es heißt:

> „Der Zonenbeirat wird ersucht . . . sich nach Feststellung der Ansichten der Bergarbeiter-Gewerkschaften . . . zu äußern . . ."

Also nicht ablehnen, sondern uns einsetzen und prüfen, wobei die Frage offen bleibt: Sonderausschuß oder Sozialpolitischer Ausschuß.

Henßler: Es ist für den Außenstehenden bestimmt nicht möglich, den Grad der Entnazifizierung in den Schächten festzustellen. Ich habe es erlebt, daß in verschiedenen Fällen Bergarbeiterbetriebsräte kamen, die sich mit einschalten wollten, um den einen oder andern, der entnazifiziert wurde, zu retten, weil sie der Auffassung waren, daß in ihrem Betrieb nach dem Motto verfahren wird: Die Kleinen hängt man, und die Großen kommen davon.

Insgesamt gesehen muß man sagen, daß es auch im Interesse der Förderung der Produktion liegt, wenn wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, es zunächst beim gegenwärtigen Stande zu belassen. Es gibt zweifellos noch Fälle, wo führende Männer im Bergbau tätig sind, deren Verbleiben eine einzige Provokation für die Belegschaft bedeutet, und wo die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit, für die Betriebssicherheit zu sorgen und Vorschläge über die Betriebsgestaltung zu machen, um mehr fördern zu können, einfach unterbunden werden.

Wir könnten jetzt nur zum Ausdruck bringen: Wir halten es nicht für richtig, was in Punkt 1 vorgeschlagen wird, im übrigen aber stimme ich dem Antrag *Spliedt* zu, die Sache dem Sozialpolitischen Ausschuß zu übergeben, und die Gewerkschaften – ich würde mich selbst darum kümmern –, müßten sich an die Bergarbeitergewerkschaft wenden, daß sie mit positiven Vorschlägen kommt. Ich wünsche aber, daß vor allen Dingen bei dieser Maßnahme die Initiative der Betriebsvertreter und der Gewerkschaften nicht ausgeschaltet wird. Würde man die gehört haben, hätte man von denen Vorschläge angefordert, ich glaube, dann wäre die Entnazifizierung auf den einzelnen Zechen in wesentlich anderen Formen vor sich gegangen. So wie jetzt der Antrag lautet, können wir ihm unmöglich zustimmen.

Schlack: Vor wenigen Stunden haben wir uns beklagt, daß die Kontrollkommission zu wenig arbeitet.[166] Nun gibt sie uns Arbeit, nun wollen die Herren Kommunisten meinen, wir sollten uns mit der Angelegenheit nicht beschäftigen. Das geht nicht. Wir müssen das Vertrauen zur Kontrollkommission haben, daß sie, die selbst das größte Interesse hat, daß in Deutschland entnazifiziert wird – nebenbei halte ich das auch für ein eminent deutsches Interesse, nicht nur für ein engli-

166 Vgl. o. S. 249 f.

sches –, sich mit dieser Frage befaßt. Und wir können nur dankbar sein, daß die Engländer und auch die übrigen Alliierten sich mit dieser Frage befassen.

Wenn man uns nun eine solche Vorlage macht, dann müssen auch schwerwiegende Gründe vorhanden sein. Das können wir ohne weiteres unterstellen. Auf die Gründe selbst kann ich nicht eingehen, weil ich über die Verhältnisse im Bergbau nicht sehr unterrichtet bin. Aber ich bin unterrichtet über das Verfahren, das bei der Entnazifizierung angewandt wird, und wenn hier gesagt wird, daß noch 77 Personen zwangsweise zu entlassen sind und daß noch 1 000 Personen tätig sind, die nach Abwägung aller Verhältnisse für die Entlassung in Frage kämen, die z. B. aus der Kirche ausgetreten sind, da muß geprüft werden, warum sie ausgetreten sind, aus politischen oder aus inneren Glaubensgründen. Dann wäre er vor 1933 ausgetreten. Dem unteren SS-Führer muß man sagen: Du bist ein schöner Held und gehörst nicht an verantwortliche Stelle der Wirtschaft, wenn du dich veranlassen läßt, deinen Glauben zu wechseln.

Nun gibt es in jedem Betrieb – das werden auch die Herren von der Reichsbahn zugeben – Leute, die im Augenblick nicht zu entbehren sind. Es ist nicht möglich, sie zu entlassen, denn dann stockt der Betrieb. Danach hat sich auch die englische Militärregierung gerichtet. In der russischen Zone ging man sehr scharf vor, in der amerikanischen auch, und wir müssen dankbar sein, daß wir bei der britischen Militärbehörde Entgegenkommen gefunden haben in solchen Fällen, um erst einmal den notwendigen Ersatz zu schaffen. Aber das Studium des Bergbaues ist sehr langwierig und teuer. Ich kann mir denken, daß es schwer ist, Spezialisten auf diesem Gebiete von heute auf morgen heranzuziehen. Das ist vielleicht erst nach Jahren möglich. Und dann bleibt eben nichts anderes übrig, als diesen Mann vorläufig im Dienst zu lassen. Das ist auch das, was dieser Antrag von uns will.

Das könnte auch geschehen. Dagegen habe ich nichts. Durch einen Überwachungsausschuß, den die Bergleute und die Gewerkschaften einsetzen, können sie dann feststellen: Jetzt ist Ersatz da, jetzt kann der Nazi herausgesetzt werden. Ich bin aber der Überzeugung, daß der Antrag dem Ausschuß überwiesen werden muß.

Adenauer: Ich habe eine Anfrage, und zwar, ob die Übersetzung richtig ist. Unter Ziffer 2 heißt es:

„Das Verfahren der Entnazifizierung ist deshalb außer Kraft gesetzt . . ."

Ist diese Übersetzung richtig?

(Es wird festgestellt, daß es im englischen Text „suspended" heißt.)

Da ist doch ein großer Unterschied, ob man sagt: „wird zunächst ausgesetzt" oder ob man sagt: „ist außer Kraft gesetzt". Ich glaube, wir müssen sagen: „wird zunächst aufgeschoben". Dann würde das schon etwas anderes sein, als was jetzt hier steht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die britische Kontrollkommission sagt: „wird außer Kraft gesetzt". Ich würde deshalb vorschlagen, daß das zunächst geändert wird. Dann wird die Stellungnahme erheblich einfacher und richtiger werden.

Vorsitzender: Ihre Bedenken sind durchaus richtig. Ich danke Ihnen, daß Sie uns auf das Versehen aufmerksam gemacht haben. Das ist falsch übersetzt. Der Ausdruck heißt „ausgesetzt", nicht außer Kraft gesetzt. Ich bedauere, daß dieses Versehen vorgekommen ist.[167]

Reimann: Ich hätte mich nicht mehr zum Wort gemeldet, wenn ich nicht feststellen würde, daß ich da ein wenig falsch verstanden [worden] bin. Wir wollen hier ja nicht über Entnazifizierung sprechen, sondern mein Vorschlag ging dahin, auf Grund dieses Satzes „das Verfahren . . . wird außer Kraft gesetzt", daß wir dies ablehnen, daß das Verfahren unmöglich beendet sein kann.

Nun wird gesagt: Die Förderung stockt, wenn wir diese Kräfte herausnehmen. Dem ist nicht so. Jeder erfahrene Hauer kann heute im Bergbau ein Revier als Steiger übernehmen. Setzen wir einen Produktionsausschuß auf jeder Schachtanlage ein, bestehend aus Betriebsrat, Gewerkschaften und den Beamten, die guten Willens sind – es kann auch ein Betriebsführer sein, wenn er guten Willens ist –, dann sind wir der Auffassung, daß die Produktion im Bergbau ganz erheblich steigen wird. Nehmen wir die Berichte anderer Länder, Frankreich, der Tschechoslowakei, Polens, überall klettert die Kohlenproduktion, überall ist sie im Steigen begriffen, nur im Ruhrgebiet nicht.[168] Es ist nicht nur – ich habe das gestern schon betont[169] – eine Frage der Ernährung, sondern der Bergarbeiter will an der Gestaltung der Produktion beteiligt werden, will wissen, wo die Kohle hingeht und was mit ihr geschieht. Hierzu glaube ich, daß die Gewerkschaften die Berufensten sind, in der nächsten Zonenbeiratssitzung die Vorschläge zu unterbreiten, wie sie glauben, die Gestaltung der Produktion in die Wege zu leiten.

Ich weiß nicht, warum wir diese Sache jetzt dem Ausschuß überweisen wollen. Wir können diese Angelegenheit doch selbst behandeln, und die Gewerkschaften können Vorschläge machen, die wir dann gemeinsam prüfen.

Vorsitzender: Was von der Militärregierung gewollt wird, ist eindeutig und klar. Heute sollen wir keine Beschlüsse fassen.

Karl: Ich kann nicht umhin, meine stärksten Bedenken zum Ausdruck zu bringen, wenn die Militärregierung jetzt eine Aufschiebung der Entnazifizierung, ein generelles Aufschieben für Zeit meint. Ich kann mir denken, daß in einzelnen Fällen die Entnazifizierung auf Schwierigkeiten stößt. Ich weiß, daß das der Fall ist. Aber die Bergarbeiter drängen trotzdem auf die Fortsetzung der Entnazifizierung. Es wäre verkehrt, wenn man wegen der Schwierigkeiten in einzelnen Fällen die ganze Entnazifizierung im Bergbau auch nur vorübergehend aufschieben würde.

Es wird die vermeintliche Notwendigkeit der vorübergehenden Einstellung der Entnazifizierung mit Schwierigkeiten begründet, die zur Produktionsminderung führen könnten. Ich glaube, das Gegenteil wird erreicht, wenn wir so verfahren

---

167 In Anl. 29 ist die Korrektur bereits enthalten.

168 Vgl. o. mit Anm. 5 sowie zur Kohlenförderung in Frankreich: EA 1/1946/47, S. 111, in der Tschechoslowakei: a. a. O., S. 114, in Polen bzw. in Gesamteuropa: EA 3/1948, S. 1113–1118.

169 Dies war laut Wortprot. nicht von *Reimann,* sondern eher von *Böckler* betont worden, vgl. o. S. 221 f.

werden, wie es die Militärregierung vorgesehen hat. Die Mißstimmung, die durch die Einstellung, auch nur die vorübergehende Einstellung der Entnazifizierung ausgelöst würde, wäre bestimmt stark produktionshemmend.

Ich möchte deshalb von dieser Stelle aus den dringenden Appell an die Militärregierung richten, die Einstellung der Entnazifizierung nur von Fall zu Fall zu behandeln.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Ausarbeitung von entsprechenden Vorschlägen sehr wohl durch den Sozialausschuß gemacht werden könnte mit der Maßgabe, daß er dazu die Gewerkschaften stärkstens heranzieht. Wir von den Gewerkschaften werden sowieso entsprechende Vorschläge an den Sozialausschuß gelangen lassen.

Vorsitzender: Das an uns gerichtete Ersuchen läßt sich in fünf Gesichtspunkten ganz klar zusammenfassen.

Der erste Punkt ist erledigt. Wir haben die Angelegenheit erörtert. Das steht im Eingang von Ziffer 3.[170]

Der zweite Punkt ist in Ziffer 3: Nachdem wir das erörtert haben, sollen wir die Ansicht der Bergarbeitergewerkschaften sobald wie möglich feststellen. Das ist wiederum etwas, was wir tun wollen. Das ist ohne weiteres möglich. Wir haben in unserem Kreise Mitglieder dieses Ausschusses, die in der Lage sind, von sich aus die Ansicht der Bergarbeiterverbände festzustellen. Ich möchte bitten, aus unserem Kreise Herren zu benennen, die bereit sind, sich mit den Bergarbeiterverbänden ins Benehmen zu setzen und uns die Stellungnahme dieser Verbände zu übermitteln.

(Durch Zuruf werden benannt:)

Henßler, Böckler[171], *Reimann.*

Spliedt: Soll nicht eine Kommission die ganze Frage eingehend prüfen unter Vernehmung von Bergarbeitern usw. an Ort und Stelle?

Vorsitzender: Lassen Sie uns in der Reihenfolge bleiben, wie die Militärregierung das formuliert hat.

Wir sollen die Ansicht der Bergarbeiterverbände feststellen, selbstverständlich auch deren Meinung, was zu tun ist, hören und dann diese Meinung so, wie sie dort an Ort und Stelle festgestellt wurde, hierher bringen, damit wir sie erneut diskutieren und eine eigene Stellungnahme dazu nehmen. Das kann hier auch geschehen.[172]

---

170 Vgl. Anl. 29.

171 Im Kurzprot. der 3. Sitz. (Dok. III.4), TOP 45, wird statt *Böckler Karl* genannt. Es liegt indessen nahe, daß beide laufend über die Haltung der Bergarbeitergewerkschaft informiert waren. Vgl. auch einen hs. Zusatz *(Kaisens)* auf Anl. 12 zur 3. Sitz.: *„Reimann, Henßler, Karl:* Prüfung der Stellungnahme des Bergarbeiterverbandes" (StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2, Nr. 3).

172 Vgl. hierzu weiter Dok. IV.3 mit Anm. 185–202.

Dann sollen wir, wenn wir hier unsere Stellung genommen haben, praktisch durchführbare Lösungen von uns vorschlagen. Das kann ohne weiteres geschehen.

Fünftens kommt noch diese Frage: des zum Studium der Angelegenheit etwa einzusetzenden Ausschusses wegen des Unglücks bei Unna.

Wenn wir so verfahren, daß wir die hier in Vorschlag gebrachten drei Herren bitten, nach ihrer Heimkehr mit den Bergarbeitergewerkschaften die Fühlung aufzunehmen, was sie zu einer vorübergehenden Aussetzung vorschlagen, dann können Sie das in einem Gutachten hierher bringen, und wir treten wieder zusammen. Sind Sie damit einverstanden? – Dann wollen wir so verfahren.

Dann kommt der 5. Punkt: Es werden Exemplare eines Berichts über die Grubenkatastrophe bei Unna gesandt.

Ich habe einen solchen Bericht noch nicht gelesen. Ich möchte aber folgendes noch sagen:

Ich höre von Dr. *Amelunxen,* daß in dieser Sache ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten *Fries*-Arnsberg eingesetzt ist, der diese Angelegenheit prüft. Ich selbst habe von einem Dortmunder Berghauptmann anhand einer Zeichnung der Schachtanlagen und anhand technischer Unterlagen das Ergebnis vorgetragen bekommen, wie sich vermutlich das Unglück ereignet hat.

Es geht aus diesen Untersuchungen hervor, daß als Ort des Ausganges der Explosion eine bestimmte Schachtstrecke anzusehen ist. Man hat an dieser Stelle die Leiche eines Schießmeisters gefunden, der zur Zeit der Explosion an diesem Ort beauftragt war, eine Schießung vorzunehmen. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß an dieser Stelle und durch diese Sprengung die erste große Explosion sich ereignet hat. Es ist richtig, daß in diesem Schacht, der zu den modernsten deutschen Schachtanlagen gehört – und vielleicht gerade, weil er zu den modernsten und besten deutschen Schachtanlagen gehört –, sich sehr viel Kohlenstaub angesammelt hat, und es ist wahrscheinlich, daß durch diesen angesammelten Kohlenstaub die Explosion sich mit großer Wucht unterirdisch fortgesetzt hat und daß zuletzt eine gewaltige Explosion an dem Ausgang des Schachtes sich noch ereignete und das Unglück vollendete.

Ich möchte vorschlagen, da wir nicht bergsachverständig sind, daß wir uns an den Regierungspräsidenten *Fries* in Arnsberg wenden mit der Bitte, uns das Ergebnis der dortigen Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Das werden wir dann hier vortragen in Zusammenhang mit den Untersuchungen, die Sie an Ort und Stelle Ihrerseits anstellen.[173] Sie sind damit einverstanden. Dann werden wir so verfahren.

Dann wollen wir in die Mittagspause eintreten und um 15 Uhr wieder beginnen.

---

173 Zwar stand die „Erörterung des Berichts des Regierungspräsidenten *Fries* über das Grubenunglück in Unna" als vorläufiger Punkt auf der TO für die 4. Sitz. (vgl. StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. 1: Rundschreiben *Weissers* vom 13. 5. 1947 [sic, 1946]), wurde jedoch in dieser wie auch in den folgenden Plenarsitzungen nicht behandelt. Am 22. 7. 1946 ging beim ZB, übermittelt durch das Oberpräsidium Westfalen, der Bericht des Untersuchungsausschusses ein (vgl. BA Z 2/1: Brief-Tagebuch, lfd. Nr. 1079).

Mittagspause: 13.30 Uhr

Fortsetzung der Sitzung am Freitag, dem 3. Mai 1946, 15.00 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr und bringt die Entschließung zur Verlesung[174]:

〈Der Zonenbeirat ist der Ansicht, daß gegen die gemäß Anweisung Nr. 64[175] der Abteilung für innere Angelegenheiten und Verbindungen der Militärregierung vorhandene Absicht der Militärregierung, die Verantwortung für die Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung sowohl als der Ablieferung und Verteilung von Lebensmitteln an die Landesernährungsämter und Landesbauernschaften zu übertragen, grundlegende Bedenken bestehen. Bisher ist noch keine Umgestaltung der Landesbauernschaften zu demokratisch aufgebauten Organisationen erfolgt. Gerade in der jetzigen Zeit ist es erforderlich, daß auf dem so wichtigen Gebiete der Ernährung die behördlichen Funktionen durch Dienststellen oder Organisationen wahrgenommen werden, die einer klaren demokratischen Kontrolle unterstehen.

Der Zonenbeirat hält daher folgende Maßnahmen für erforderlich:

1. Einbau der Landesernährungsämter unter Zusammenfassung der Abteilungen A und B in die Provinzialverwaltungen;
2. Umwandlung der Landesbauernschaften in demokratisch aufgebaute Landwirtschaftskammern, in denen Erzeuger und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind und denen eine den Industrie- und Handels- und Handwerkskammern analoge Stellung gegeben wird.

Der Zonenbeirat ist der Auffassung, daß die schnelle Durchführung etwaiger Sofortmaßnahmen durch diese Vorschläge nicht gefährdet wird, zumal sie die oberste Zuständigkeit der Regional Team Commanders in keiner Weise berühren.〉

Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Entschließung angenommen.[176]

Wir kommen dann zu dem wichtigen Punkt 12:

Bericht über die Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses an den deutschen Universitäten und Hochschulen

Berichterstatter ist Herr Staatsminister *Grimme,* dem ich hiermit das Wort erteile.

Grimme[177]: Ich glaube, daß der Gegenstand, dem wir uns jetzt zuwenden wollen, so wichtig ist, daß wir gut taten, ihn heute morgen nicht noch durchgepeitscht zu

174 Diese Entschließung war inzwischen von *Meitmann, Reimann, Amelunxen, Steltzer* und *Everling* formuliert worden (vgl. o. mit Anm. 152); hier inseriert gemäß Dok. III.4, TOP 35.

175 Es handelt sich um die *Verordnung* Nr. 64 der Abteilung für *interne* Angelegenheiten und *Mitteilungen* der MR, vgl. hierzu o. Anm. 131. Laut Überlieferung in StAH, Senatskanzlei II, 000.23-3, 2./3. Sitz., 24: *Anweisung* Nr. 64 . . . (wie im vorliegenden Text).

176 Vgl. hierzu weiter Dok. V.3 mit Anm. 275–280.

177 Die im folgenden durch spitzwinklige Klammern gekennzeichneten Passagen gehen auf die hs. Korrekturen *Grimmes* zurück, da er das vorliegende Wortprot. als Vorlage für eine Sonderveröffentlichung seiner Rede überarbeitete. Sie sollte allen Ratsmitgliedern im Umdruck

haben. Es geht auch aus dem Memorandum, das ⟨uns⟩ die Militärregierung zugestellt hat[178], hervor. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß gleich im ersten Passus steht, daß es sich um einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau der Demokratie in Deutschland handelt, und unter Punkt 3 steht zu lesen, daß nicht zu erwarten ist, daß der Gegenstand in einer einzigen Sitzung zur Erledigung zu bringen sei.

Ich mache darauf aufmerksam, daß unsere drei Tagungen, die wir bislang gehabt haben, sich eigentlich im wesentlichen darauf beschränkt haben, uns mit Fragen der Wirtschaft und der Ernährung zu beschäftigen. Das ist nur natürlich, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, daß es über ⟨diese⟩ Fragen hinaus auch Probleme gibt, deren Lösung für die Zukunft unseres Volkes von nicht geringerer Bedeutung ist, ja, denen gegenüber eine gesunde Ernährungs- und wirtschaftliche Umweltbasis sogar nur die nun allerdings unentbehrliche Voraussetzung bedeutet. Es sind das die Probleme, die, gemessen am Sinn aller menschlichen Existenz, erst die im eigentlichen Sinne entscheidenden sind; denn niemand wird behaupten, es erschöpfe sich der Sinn der Existenz eines Einzelmenschen oder eines Volkes darin, daß man ausreichend ernährt und leidlich gekleidet ist und ein Dach über dem Kopf hat. So richtig es zweifellos ist, daß zunächst das vivere und, wenn das in Ordnung ist, erst das philosophari beginnen kann, so wird doch niemand behaupten, man sei nur dazu da, um da zu sein. Ich begrüße es deshalb, daß uns die Militärregierung dazu veranlaßt, nunmehr auch auf Fragen unser Augenmerk zu richten, von deren richtiger Lösung der künftige Anteil Deutschlands an der menschlichen Kultur abhängt. Es kommen zum ersten Male Fragen auf uns zu, von denen ich annehme, daß wir uns mit Ihnen noch oft werden beschäftigen müssen, und ich darf es als ein Zeichen von geradezu symbolhafter Bedeutung werten, daß sich derselbe Kreis von Menschen, der sich bisher um die materielle und politische Zukunft unseres Volkes bemüht, sich auch diesen kulturellen Fragen zuwendet; denn mit dieser Tatsache kommt doch wohl zum Ausdruck die Erkenntnis, daß das kulturelle Dasein eines Volkes nichts frei Schwebendes ist, daß Kultur und Wirtschaft nicht unabhängig voneinander nebeneinander herlaufen, sondern daß sie miteinander verflochten und voneinander abhängig sind. Nur zu gern hat die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts es immer wieder übersehen, daß ein gesundes und d. h. ein wirklich sinnhaftes menschenwürdiges kulturelles Dasein eines Vol-

---

zugestellt werden (vgl. Dok. III.4, TOP 46). Darauf bezieht sich auch der hs. Vermerk *Grimmes* auf Bl. 201 der Überlieferung des Wortprot. in PA 1/253: „Sehr geehrter Herr *Blankenhorn!* Ich hatte zwar Herrn Dr. *Weißer* [!] schon ein durchgesehenes Exemplar zurückgegeben, würde aber dankbar sein, wenn Sie *dieses* [gemeint ist die Fassung gemäß stenograph. Mitschrift im Wortprot.] für die endgültige Fassung benutzen könnten, das ich in einer etwas ungestörteren Stunde habe durchsehen können. Mit bestem Gruß Ihr *Grimme.* 12/V [1946]. Kann ich 6 Exemplare erhalten?“ – *Grimmes* Referat wurde mit dem Kurzprot. der 3. Sitz. an die Ratsmitglieder versandt (vgl. HStAH Nds. Z 50/77 b: Bericht über die Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses an den deutschen Universitäten und Hochschulen [16 S.]. Eine weitere Überlieferung der Rede („Der studentische Nachwuchs, seine Förderung und seine Findung“) vgl. im NL *Grimme* (GStA Rep. 92 *Grimme* P 5). Die Rede ist leicht verändert auch abgedruckt in: Grimme, Selbstbesinnung, S. 169–198 (Das Problem des Nachwuchses an den deutschen Hochschulen). – Zur weiteren Diskussion vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 153–165.

178 Vgl. Anl. 16 – Zur brit. Universitätspolitik vgl. Phillips.

kes nur möglich ist auf einer gesunden materiellen Basis. Nur da, wo die Materie in Ordnung ist, kann man erwarten, daß sich, von wenigen betont ergriffenen Persönlichkeiten abgesehen, die Masse der Menschen frei und unbeschwert über die rein vegetative und animalische Stufe ihrer Existenz zur wirklichen Sinnentfaltung ihres Wesens als eines Humanums, d. h. vom Menschentier zum wirklichen Menschen emporschwingt. So tritt heute zum ersten Mal in den Blickpunkt unserer Betrachtungen der Mensch selbst, und es wird uns fortan immer wieder die Frage beschäftigen, welche materiellen Voraussetzungen geschaffen sein müssen, damit der Mensch Mensch wird, mit anderen Worten, damit Kultur erwächst.

In diese Ihnen allgemein erscheinenden Überlegungen baut sich nun auch gleich die Frage ein, über die ich zu Ihnen zu sprechen habe: Es ist die, wie wir die Menschen gewinnen können in Deutschland, die einmal das Gesicht unserer Nation prägen werden; denn was nützen uns wohlgenährte und gut gekleidete Menschen, sind es nicht die Menschen, die Deutschland braucht, wenn es noch eine Zukunft haben soll! Was nützt uns auch alles Grübeln über die beste Form der staatlichen Organisation, wenn die Menschen ausbleiben, die diese Form einmal mit Gehalt erfüllen sollen! Was nützt uns die idealste Form der Demokratie, wenn es uns schließlich wieder so geht wie dem Staat von Weimar, der sich vor dem Auge der Geschichte enthüllt hat als eine Demokratie ohne Demokraten! Die Frage ist also, wie erreichen wir es, daß das künftige Staatswesen keine leere demokratische Form bleibt, sondern von Menschen getragen wird, die vom sozialen und demokratischen Geiste erfüllt sind.

So richtet sich zum ersten Mal seit dem Bestehen des Zonenbeirats unser Blick auf die Frage nach der Formung des kommenden deutschen Menschen, darauf, wie wir es anfangen, daß das neue Deutschland nun auch die Menschen bekommt, die wir uns und der Welt in dem uns verbleibenden Lebensraum wünschen. Zum ersten Male steht das Problem der Erziehung vor uns auf.

Da ist kein Zweifel, daß das Problem der Erwachsenenerziehung entschlossen in Angriff genommen werden muß. Es ist aber auch kein Zweifel, daß die heute Erwachsenen mehr oder weniger so verbraucht werden müssen, wie sie sind. Ich fürchte, heute gilt für die Erwachsenen das Wort, das *Goethe* einmal auf die Kinder geprägt hat:

Wir können die Erwachsenen nach unserem Sinn nicht formen. Wir können sie dressieren. Daß das möglich ist, dafür hat der Nationalsozialismus einen stringenten Beweis geliefert. Aber sie nun wirklich noch umzuprägen, diese Aufgabe entzieht sich menschlicher Willenskraft. Wir müssen schon froh sein, wenn wir gewisse Minoritäten erfassen.⟨Aber⟩ das ist ⟨auch⟩ schon viel, wenn wir das tun, wenn man bedenkt, daß es überall in der Geschichte Minoritäten gewesen sind, die einem Zeitalter ihren Stempel aufgedrückt haben. Auch der Nationalsozialismus wurde zunächst von einer Minorität getragen. Entscheidend ist, wie diese Minorität selbst geformt ist und daß der wirklich werthaltigen Minorität die Lenkung der Geschicke[179] eines Volkes anvertraut wird. Mit anderen Worten: Die Kernfrage ist, wie wir aus der Masse aller Schichten unseres Volkes die Menschen in die lei-

179 Hs. korrigiert aus: Geschichte.

tenden Stellungen hineinbringen, die die geistigen und charakterlichen Voraussetzungen für ihre Aufgaben besitzen. Und das ist doch wohl das Thema, das uns die Militärregierung stellt. Die jetzt Erwachsenen, um auf sie zurückzukommen, haben in ihrer Masse versagt, und wie von selbst geht deshalb unser Blick auf die Generation, die nachwächst. Und so steht zum ersten Mal die deutsche Jugend hier in unserem Raum, weniger heute mit ihrer geistigen und seelischen Not, als für dieses Mal in erster Linie mit ihrer materiellen. Auch da zeigt sich die Verflochtenheit von Kultur und Wirtschaft; denn es ist kein Zweifel, daß die geistige und seelische Not dieser Generation vorwiegend bestimmt wird von der Tatsache einer katastrophalen beruflichen Aussichtslosigkeit. Für diese Jugend ist es kein bloßes literarisches Schlagwort mehr, daß wir ein Volk ohne Raum sind. Und ich brauche in diesem Kreise das Gespenst des Nihilismus, dem diese Jugend zu verfallen droht, nicht heraufzubeschwören. Wir könn[t]en sogar froh sein, es wäre nur ein Gespenst und hätte nicht bereits Fleisch und Blut. Was das für die Zukunft der Demokratie bedeutet, und nicht nur für das deutsche Schicksal, brauche ich nicht auszuführen. Es ist kein Geheimnis, daß weite Kreise der Jugend anfällig sind für die Parolen eines erneuten antidemokratischen Frondeurtums.

Gestern morgen noch, als ich noch auf meinem Amte war[180], ehe ich hierher gekommen bin, habe ich unter den Eingängen zwei sehr sprechende Berichte zu lesen bekommen, die diese Situation der heutigen Jugend schlaglichtartig beleuchten. Von einer Schule in der Provinz Hannover wird mir berichtet – von einer Mädchenschule –, daß dort ein Bild von dem Scheusal von Weibsbild Irma *Grese* [!][181] begeistert bei den Mädchen von Hand zu Hand geht. ⟨Eine Irma *Grese* [!]⟩ als das Ideal unserer kommenden Mütter! So sieht es aus. Und ein anderes Beispiel: daß in einem Gymnasium unserer Provinz schon wiederholt des Morgens eine Flut von Hakenkreuzen an Türen und Fenstern angemalt war und vorgestern abend mit großen Steinmengen in die Fenster des Direktors hineingeworfen wurde. ⟨Wäre die Besatzungsarmee nicht im Lande – ich möchte schon heute die Zahl der *Rathenau*morde nicht sehen.⟩ Wir müssen die Jugend so sehen, wie sie leider zu sein scheint. Wir müssen aber auch sagen, daß diese Situation der Jugend mindestens verstärkend mit herbeigeführt worden ist durch das Gefühl, daß sie von uns nicht verstanden wird und daß sie auch von der Militärregierung nicht verstanden wird, weil ihr eine Schuldlast aufgeladen wird, die ihr im Verhältnis zu der Schuld der Erwachsenen doch höchstens in bescheidenem Maße zukommt! Sie kann es nicht verstehen, daß sie verantwortlich für ein Geschehen gemacht wird, an dem sie die Verantwortung in ihrer Altersstufe noch gar nicht mit hat tragen können. Wenn die Denazifizierung der deutschen Jugend nicht zu ihrer Renazifizierung umschlagen soll, ist zweierlei ihr gegenüber nötig: Man muß ihr Wege in die Zukunft zeigen, auch berufliche Wege, Wege gerade zur Überwindung ihrer Berufsnot, und, was pädagogisch, wenn man sie für den neuen Staat gewinnen

180 *Grimme* war zu dieser Zeit leitender Reg.Dir. der Hauptabt. Kultur des Oberpräsidiums in Hannover.

181 Irma *Greese* war als KZ-Aufseherin in Auschwitz und Bergen-Belsen im sog. Belsen-Prozeß zum Tode verurteilt worden (vgl. die ausführlichen Prozeßberichte etwa in: Neue Hamburger Presse vom 17. 10. 1945: „Die Angeklagte *Greese* auf der Zeugenbank"; a. a. O., 17. 11. 1945: „Im Belsen-Prozeß: 30 schuldig – 14 freigesprochen".

will, unerläßlich ist, man muß, was überhaupt das pädagogische Grundaxiom schlechthin ist, ihr eines schenken: Vertrauen. Ausdruck dafür, daß man mit ihr nicht rechten, sondern rechnen will, ist, daß man unter ihre politische Vergangenheit großzügig einen Schlußstrich zieht, ihr gegenüber also von einem bestimmten Geburtsjahrgang an Generalamnestie erläßt und nur die wirkliche Führung ausnimmt.[182]

Ich glaube, solch ein Schritt wäre, läge die Entscheidung darüber allein in deutschen Händen, einfach ein Gebot der Staatsraison und wäre es umso mehr, als sich unter den Ausgeschlossenen doch ebenfalls jene Begabungen aller Schichten unseres Volkes befinden, deren Förderung gerade Gegenstand unserer heutigen Erörterungen ist. Diese Begabungen unbesehen alle versacken zu lassen, können wir uns umso weniger leisten, als wir, wovon noch zu sprechen sein wird, heute an einem ausgesprochenen Begabtenmangel zu leiden scheinen. Bestimmt jedenfalls wäre ein solcher Generalpardon ein Ausdruck der humanitären Ethik und ebenso der christlichen Caritas.

Wir, die wir bei allen Abstrichen in unserer persönlichen Lebensführung doch vom Schicksal begnadet sind, überhaupt arbeiten zu dürfen und noch eine Existenzbasis zu haben, wir, sage ich, realisieren uns doch wohl viel zu wenig, in welcher trostlosen Bedrücktheit die Jugend aufwächst. Aber wir müssen das sehen; denn es ist der Hintergrund für jene Forderungen, die mit der Antwort auf die Vorlage der Militärregierung zu stellen sind. Machen wir uns z. B. wirklich in seinem ganzen erschütternden Ausmaße klar, daß es den Volkstod bedeutet, wenn in einer Klasse von 10jährigen Volksschülern festgestellt wird, daß über 50 % der untersuchten Kinder an Tuberkulose leiden? Und dabei beginnen doch erst die Folgen der Unterernährung in Erscheinung zu treten. Schließlich leben wir ja nicht erst seit ein paar Wochen in einer Ernährungskrise.[183] Bekanntlich ist das frivole Wort, Kanonen seien wichtiger als Butter, schon 1935 von einer ahnungslosen verdummten Masse umjubelt worden.[184] Man muß sich nur einmal klar machen, was es bedeutet, daß unsere heute 10jährigen Kinder überhaupt noch nie in ihrem Leben eine ausreichende Fettmenge zugeführt bekommen haben, und mir erscheint es dringend geboten, daß dem Zonenbeirat eine gesundheitliche Enquête unserer heutigen Schuljugend, wenn ich das bei Herrn Prof. *Degkwitz* anregen darf, zugeleitet wird.

Ein anderes Beispiel: Eine Mutter mit drei Kindern schreibt der Lehrerin:

> „Der Älteste hat acht Wochen gefehlt, und nun muß er jetzt wieder zu Hause bleiben, weil er keine Schuhe hat. Ursula und Werner teilen sich in ein Paar Schuhe. Ursula zieht

182 Vgl. hierzu Dok. IV.3, u. S. 404–409.

183 Vgl. hierzu Dok. II.3, Anm. 99.

184 Im Herbst 1934 proklamierte *Darré*, Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, auf dem Reichsbauerntag in Goslar die „Erzeugungsschlacht", die das Dt. Reich ernährungswirtschaftlich autark machen sollte. Zur Bilanz der Erzeugungsschlacht vgl. Backe, S. 187–210. Das Kardinalproblem der ns Autarkiepolitik lag in der Unmöglichkeit, (Rüstungs-)Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig auf ein höchstes Leistungsniveau zu bringen. Die Fettversorgung bildete die größte Lücke in der dt. Ernährungsbilanz. Vgl. hierzu Brünker, S. 117–147.

sie vormittags zur Schule an, Werner dieselben Schuhe nachmittags zur Schule. Beide haben bei diesem nassen Wetter und dem weiten Weg nasse Füße."

Von den Wohnungsverhältnissen wollen wir gar nicht sprechen. In einem Stichprobenbericht, den ich von einer Oberschule für Mädchen eingeholt habe, wird gemeldet, daß in einer Reihe von Fällen sich täglich bis zu 20 Personen in dem einzigen heizbaren Raum bewegt haben, in dem die Kinder ihre Arbeiten zu verrichten hatten.

Ich will Sie nicht mit weiteren Beispielen behelligen, denn ich erzähle Ihnen sowieso nichts Neues. Nur das darf ich noch unterstreichen, daß dieses Schicksal eine Generation betrifft, die nun bestimmt nicht unter den ⟨angesichts der ungezählten Opfer der Konzentrationslager sowieso höchst fragwürdigen⟩ Begriff der Kollektivschuld fällt. Warum aber weise ich überhaupt darauf hin? Aus einem sehr einfachen Grunde. Wenn wir die Menschen haben wollen, die Deutschland braucht, dann können wir den Hebel nicht früh genug ansetzen. Alle unsere Überlegungen, wie wir die für unser Volk erforderlichen Begabungen nun auch wirklich weiter bis zur Universität bringen können, wären von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn wir diese Not wild wuchern lassen würden; denn wenn wir uns überlegen, wie wir fürs Studium den besten Nachwuchs aus allen Schichten unseres Volkes ziehen können, wer sagt uns dann, ob unter diesen Kindern nicht gerade die intelligentesten sind, die für das Studium wie geschaffen wären. Deshalb möchte ich sagen, daß, wenn man bei der kommenden Einschränkung ⟨unserer Ernährung⟩ Ausnahmen machen sollte für die Menschen, die in den großen Städten leben und unter Tag arbeiten, ⟨daß man⟩ dann die deutsche Jugend in dritter Linie nicht vergißt. Hier müssen wir die Gewissen derer wecken, die trotz allem noch in der Lage sind, zu helfen. Und daß das geht, dafür nun auch ein Beispiel:

In einem Kreise der Provinz Hannover ist eine Hilfsaktion für unsere Jugend durchgeführt. Die Militärregierung, der Landrat, der Kreisbauernvorsteher, der Schulrat, der Kreishandwerksmeister und die Führer der politischen Parteien dieses Kreises haben die Selbstversorger aufgefordert, freiwillig auf bestimmte Lebensmittel zu verzichten. Und das Ergebnis? In diesem einen Kreise kamen an Wurst, Speck, Schinken und Fleischkonserven in schnellster Frist direkt in natura oder in Form von Marken nicht weniger als 28 500 kg zusammen. In einem einzigen Kreise freiwillig durch Selbstverzicht 570 Zentner! Das bedeutet, daß 10 000 Kindern während 3–4 Monaten täglich zwei belegte Schnitten und ¼ l Magermilch geschenkt werden konnte. Das ist auch ein Beweis dafür, daß aus dem Landvolk tatsächlich noch allerhand herauszuholen ist, zugleich ⟨aber⟩ auch ein Beweis dafür, daß sich der Bauer der für ihn nicht unbedingt notwendigen Lebensmittel am ehesten entäußert, wenn diese nicht in einen für ihn anonymen Topf wandern, sondern wenn er weiß, wem es zugute kommt, eine psychologische Einsicht, die ich zu organisatorischen Überlegungen unserem zuständigen Ernährungsexperten gern weitergeben möchte. Vielleicht, daß sich Herr Minister Dr. *Schlange-Schöningen* überhaupt überlegt, ob wir beide nicht gemeinsam zu einer Verallgemeinerung dieser lokalen Aktion die Landbevölkerung aufrufen soll-

ten. Ich glaube, es käme mehr dabei heraus, als der berühmte Tropfen auf den berühmten heißen Stein.[185]

Aber uns soll ja heute in erster Linie nicht die Not unserer gesamten Jugend beschäftigen, sondern die einer bestimmten Schicht. Unser Anliegen soll in erster Linie der Student sein; aber natürlich auch er nun nicht um seiner selbst, sondern um der Aufgabe willen, die das Schicksal uns gestellt hat, wie wir nämlich für unser Volk die Führerschicht gewinnen, die wirklich geistig und charakterlich dazu berufen ist, zu führen. Das Problem ist doch, wie bringen wir auf die Universität die, die dort wirklich hingehören. Wir greifen diese Schicht aus der Gesamtheit unserer Jugend heraus, weil sie insbesondere von volksgestaltender Bedeutung ist, weil aus ihr die Frauen und Männer hervorgehen, die einmal die Schlüsselstellungen in Staat und Kultur bekleiden werden. Auch bei ihr steht heute nicht zur Debatte ihre geistige und seelische Situation, sondern ausschließlich ihre materielle.

Wir müssen dabei zwei Gruppen unterscheiden: Die eine umfaßt die bereits Studierenden, den heutigen Studenten, die andere den künftigen Studenten.

Wir sprechen zuerst von dem, der bereits studiert. Dabei soll uns in diesem Zusammenhange nicht interessieren, was aus denen wird, die wegen des Überandrangs oder auf Grund der politischen Bestimmungen nicht zugelassen werden.[186] Das ist ein Sonderproblem, mit dem sich die nächste Hochschulkonferenz voraussichtlich befassen wird.[187]

Wie steht es, so fragen wir, wirtschaftlich um den heutigen Studenten, und wie kann man ihm helfen? Zunächst: Wie ist die Lage? Sie ist überraschend, denn die Not ist nicht so groß, wie man vermuten möchte. Es war mir bei der Kürze der Zeit, seit mir die Vorlage zugegangen ist, nicht möglich, außer von der Universität Göttingen, Material herbeizuschaffen; aber ich möchte annehmen, daß diese Universität als exemplarisch für alle Hochschulen anzusehen ist. Und da ist es nun überraschend, daß sich nur rund 25 % der Studenten im Wintersemester in finanziellen Schwierigkeiten befunden haben. Und das waren überwiegend Studenten aus den abgetrennten Ostgebieten und aus der russischen Besatzungszone. Die Beihilfeanträge stammen zu 90 % von derartigen Studenten, die von den 4 000 Göttinger Studenten 1/5, also 800 ausmachen. Das Bild wird noch plastischer, wenn

185 In der Tat rief das ZEL die Bauern in der brit. Zone vom 23. bis 30. 6. 1946 zu einer Lebensmittelsammelwoche auf, deren Erträge allerdings nur sehr punktuell zu einer Linderung der Notlage beitragen konnten; vgl. insgesamt BA Z 6 I/186. Der Aufruf (mit den Unterschriften von z. B. *Schlange-Schöningen, Frings, Schumacher, Spliedt, Adenauer, Reimann*) wurde in verschiedenen Zeitungen abgedruckt, vgl. etwa Neue Mitteilungen v. 21. 6. 1946.

186 Die Bestimmungen der brit. MR betr. die „Zulassung von Studenten zu den Hochschulen" sind abgedruckt in: GUZ vom 22. 3. 1946, S. 22 f.; ein Überblick über die „Studienverhältnisse an den deutschen Hochschulen" a. a. O., 16. 8. 1946, S. 18 f.; zur allg. Lage an den Universitäten in der brit. Zone und zur brit. Hochschulpolitik vgl. den Sammelband: „German Universities after the Surrender".

187 Die Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz war aus der Rektorenkonferenz der 12 Hochschulen der brit. Zone am 26./27. 9. 1945 in Göttingen hervorgegangen und wirkte seitdem als Beratungsorgan der brit. MR, vgl. GUZ vom 16. 8. 1946, S. 22: R. Smend: Die nordwestdeutsche Hochschulkonferenz. – Auf ihrer 4. Tagung am 28./29. 5. 1946 in Göttingen befaßte sich die Hochschulkonferenz auch mit der Festsetzung eines „Numerus clausus", vgl. a. a. O., 7. 6. 1946, S. 8.

man hört, daß von einer Möglichkeit der finanziellen Entlastung nicht im entferntesten in dem Umfange Gebrauch gemacht worden ist, wie möglich gewesen wäre. Nur 12 % der Studenten haben z. B. Gebührenerlaß beantragt. Das bedeutet, daß an dieser Universität noch 400 weitere Studenten von dieser Vergünstigung hätten Gebrauch machen können.

Sie werden fragen: Wie erklärt sich diese mangelnde Inanspruchnahme? Wie erklärt sich überhaupt, daß nur rund 25 % der Studenten als in wirklicher finanzieller Bedrängnis befindlich erfaßt sind? In der Hauptsache wohl daraus, daß alle übrigen, einschließlich eines großen Teiles der Oststudenten, noch Reserven haben. Vorläufig haben sie fast alle noch ein gewisses Bargeld. Vielleicht allerdings spiegeln die Zahlen nicht völlig die tatsächliche Situation wider; denn es ist immerhin damit zu rechnen, daß mancher Student es vor der akademischen Behörde nicht wahrhaben wollte, daß er sein Studium nicht finanzieren könne, weil er befürchtete, dann abgewiesen zu werden. Es gibt ja nicht nur verschämte, sondern auch verängstigte Arme. Tatsache bleibt immerhin, daß von den 800 Oststudenten nur 35 % Förderungsmittel in Anspruch genommen haben. Das war im Wintersemester so. In Göttingen rechnet man damit, daß die Zahl der Hilfsbedürftigen im Sommer auf das Doppelte steigen wird, vorausgesetzt, daß entgegen aller Erwartung nicht etwa die Konten im Ostgebiet frei werden sollten.[188] Es ist auch anzunehmen, daß die starke Anziehung der Steuerschraube das Bild in den kommenden Semestern erheblich verändern wird. Jedenfalls aber wird man auf die Dauer, was die materielle Situation betrifft, zwischen den Oststudenten und den andern schwerlich noch einen Unterschied aufrecht erhalten können, ebenso wenig wird man noch mit Unterschieden rechnen können, die durch die soziale Herkunft bedingt sind, denn der Augenblick dürfte kommen, wo unabhängig von der sozialen Herkunft fast jeder Student ein Proletarier sein wird. Immerhin zeigt der jetzige Status, daß wir uns mit unseren Überlegungen, wie der augenblicklichen Not der Studenten zu steuern sei, nicht zu überstürzen brauchen. Es kann uns für die Solidarität unserer Überlegungen nur willkommen sein, daß sich aus der tatsächlichen Situation für unsere Maßnahmen eine Anlauffrist rechtfertigen läßt.

Wenn man nun fragt, wie diesen z. Zt. auf der Universität befindlichen Studenten, die sich in Not befinden, geholfen werden kann, dann gibt es zwei Mittel; es gibt eine negative und eine Reihe positiver Maßnahmen.

Gegenüber dem negativen Mittel das Wort Hilfe zu verwenden, ist eigentlich ein lapsus ⟨linguae⟩. Ich meine es so: Es gibt heute wie zu allen Zeiten eine große Anzahl von Studenten, die ihrer Eignung und ihrem inneren Berufensein nach nicht auf die Universität gehören. Sie zu unterstützen, liegt keinerlei Anlaß vor, um so weniger, als sie die Hilfsmittel für begabtere Kommilitonen zu Unrecht schmälern würden. Für unsere Hochschulen schließt gerade die ungeheure Katastrophe, in die auch sie hineingezogen sind, eine Chance ein, die nicht ungenutzt bleiben sollte. Wenn von den 20 000 Bewerbern in Göttingen nur 4 000 aufgenommen werden können oder an der Technischen Hochschule in Hannover von rund 2 000 nur rund 500 oder an der Minister-Becker-Hochschule, der Pädagogischen Hochschu-

188 Mit Wirkung vom 8. 5. 1945 waren in der SBZ alle Privatkonten gesperrt worden, vgl. hierzu Dok. IX.3, u. S. 1323.

le zu Hannover, von rund 2 000 Bewerbern nur 300, dann schließt das die Möglichkeit eines Qualitäts-Standards ein wie nie zuvor in der Geschichte des deutschen Universitätswesens, ein Standard, der umso größere Früchte verspricht, als allgemein festgestellt wird, daß der Lernwille der akademischen Jugend erstaunlich groß ist, so daß mir von Göttinger Professoren berichtet wird, es seien in den letzten Wochen Prüfungsergebnisse erzielt, die allen Klagen über den Rückgang der Leistungen völlig ins Gesicht schlagen. Kurzum, das negative Mittel besteht darin, daß man durch rigorose Anforderungen alles abstößt, was als Ballast zu betrachten ist und die Universität nur sozusagen als Aufbewahrungsanstalt besucht.

Der positiven Maßnahmen sind nun eine ganze Reihe. Ich erwähnte schon: den Gebührenerlaß; außerdem gibt es Beihilfen gegen Leistungen sowie Barbeihilfen (früher Stipendien genannt), es gibt Bekleidungsbeihilfen, und es gibt Arbeitsvermittlung. Besonders unterstreichen möchte ich, daß sich Göttingen eines akademischen Hilfswerks erfreut, das finanziert wird durch Erträgnisse einer Sammlung unter der Göttinger Bevölkerung, durch unmittelbare Zuwendungen des Göttinger Universitätsbundes, durch Beiträge zahlungsfähiger Studenten und durch Zuwendungen von einzelnen Personen.[189] Die im Etat aufgeworfenen Mittel für die allgemeine Fürsorge der Studenten sind z. Zt. freilich nicht eben hoch. Für die vier Hochschulen der Provinz Hannover z. B. sind nur 150 000 RM vorgesehen. Da müßte der Hebel ansetzen.

Von besonderem Interesse und unbedingt künftig großzügig zu fördern ist nun noch eine andere Maßnahme: Es ist der Siedlungsgedanke. In Göttingen hat man damit angefangen, für 52 verheiratete Kriegsbeschädigte eine Siedlung auf genossenschaftlicher Basis im Universitätsgelände zu schaffen.[190] Die Errichtung soll im Sommersemester beginnen. Der Bau erfolgt unter Einsatz studentischer Hilfskräfte. Bei Durchführung des vollen Bauplanes denkt man an 200 Personen. Für die Zukunft ist wichtig, daß sich hier die Möglichkeit des College-Gedankens abzeichnet. Vielleicht gibt es für die Reform des Erziehungsgedankens auf unseren Hochschulen ja überhaupt kein zweckvolleres Mittel als den Heimgedanken. Wir alle wissen, daß sich unsere bestehenden Universitäten nicht in der Lage gezeigt haben, wirklich menschenformend zu wirken. Der eigentliche Grund liegt darin, daß man das, was die alten Verbindungen sehr wohl gewußt haben, nicht zum Bildungsprinzip überhaupt gemacht hat, nämlich, daß nichts so formt wie das Hineingestelltsein in eine wirkliche Lebens- und Wohngemeinschaft. Ich glaube, daß die Universitäten in Zukunft diese ihre wirklich menschenprägende Aufgabe nur erfüllen können, wenn der Heimgedanke ein konstitutives Merkmal ihrer Organisation wird. In diesem Zusammenhange darf ich anmerken, daß ich es als einen Markstein in der Geschichte des deutschen Universitätswesens ansehen würde, wenn es gelingen sollte, den weit vorgetriebenen Plan einer Heim-Universität[191] zu ver-

189 Vgl. hierzu GUZ vom 22. 3. 1946, S. 26; a. a. O., 3. 7. 1946, S. 6 f.

190 Vgl. hierzu a. a. O., 20. 12. 1946, S. 12 f.: Erich Boehringer: Die Akademische Burse in Göttingen.

191 Dieses Thema wurde z. B. auch auf dem ersten dt. Studententag in Göttingen (3.–5. 7. 1946) behandelt. Danach war die Idee zur Schaffung einer Heimuniversität in Hamburg entstanden, und zwar aus der Notlage heraus, in der sich die zahlreichen aus Raummangel abgewiesenen Studenten – vor allem die sog. „Oststudenten" – befanden, vgl. a. a. O., 19. 7. 1946, S. 8.

wirklichen, über den im Augenblick nähere Angaben zu machen ich mir hier freilich noch versagen muß. So darf der Siedlungsgedanke also nicht nur, was uns hier in erster Linie zu interessieren hat, von der Seite der materiellen Hilfe her gesehen werden, sondern muß auch gesehen werden von der Idee der Erziehung eines bestimmten Typus des deutschen akademischen Menschen her.

Bei allen diesen positiven Maßnahmen erscheint mir nun als überaus wichtig, daß sich der Student nicht einfach als der passive Empfänger von Unterstützungen empfindet. Deshalb ist das Prinzip der Beihilfe durch Gegenleistung etwas sehr Gesundes; denn wir brauchen auf die psychologischen Wirkungen des bloßen Hinnehmens von Unterstützungsgaben nicht ausdrücklich hinzuweisen, war es doch auch ein Grundfehler der Weimarer Zeit, daß das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht radikal und ernsthaft in Angriff genommen worden ist. Die Möglichkeit, den Studenten in einen handwerklichen, landwirtschaftlichen, gärtnerischen Betrieb einzuspannen, ist ebenso überall gegeben wie die seines Einsatzes entweder für einige Tagesstunden oder für ein ganzes Semester bei der Trümmerbeseitigung oder beim Aufbau zerstörter Gebäude. Auch dafür liegen vorbildliche Leistungen vor. Ich denke nur an die Tierärztliche Hochschule Hannover und Universität Freiburg, wo die Studenten geholfen haben, die zerstörten Gebäude wieder zu errichten. Ähnliches wird aus der russischen Zone berichtet. Was läge näher, als daß der Student überall bei der Errichtung von Universitätsheimstätten selbst mit Hand anlegt. Schließen sich die Studenten auf diese Weise zu Gemeinschaften zusammen, dann erwächst daraus auch ein gesundes Solidaritätsgefühl, ein Korporationsgeist in einem besseren Sinne, als es der traditionelle akademische Korpsgeist gewesen ist, der sich nur zu leicht zu einem Kastengeist ausgewachsen hat. Es wäre eine Hilfsgemeinschaft in einem doppelten Sinne, insofern nämlich hier helfend geholfen würde. Voraussetzung, daß so etwas gelingt, wäre freilich, und das darf nicht verschwiegen werden, ein anderer Professorentyp, als wir ihm durchschnittlicherweise auf unseren Hochschulen begegnen; denn der Professor, der zu solchem Einsatz aufruft, hat natürlich nur Gewicht bei den Studenten, wenn er mitmacht. Professoren, die das studentische Dasein wirklich mitleben, sind aber nicht eben dicht gesät. Das wäre nötig; denn wie die übrigen Jugendlichen auch, so organisiert sich der Student von heute, wie immer festgestellt wird, so gut wie nicht von selbst, er muß erst gestoßen werden. Wichtig jedenfalls ist, daß alle sozialen Maßnahmen, die man zur Behebung der Not des Studenten trifft, nicht den Charakter bloßer Unterstützung tragen. Sieht man von dem System der Gegenleistung ab, so dürfte sich immer noch empfehlen, dem Studenten lieber ein Darlehen zu geben, als gleichsam à fonds perdu eine bestimmte Geldsumme als Geschenk. Bei der früheren Studienstiftung des deutschen Volkes, deren Tradition im britischen Raum die *Leibniz*-Stiftung in Hannover wieder zu beleben gedenkt[192], arbeitete man mit solchem Prinzip der Darlehen. Wenn diese später zurückgegeben wurden, bedeutete das für den Studenten sogar eine gewisse seelische Entlastung. Er wußte, daß er kein Almosen empfangen hatte, brauchte

192 Die *Leibniz*-Stiftung für Kunst und Wissenschaft (Hannover) erfüllte als Nachfolgeorganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft deren Aufgaben vor allem für den niedersächsischen Bereich (vgl. Zierold, bes. S. 276).

sich nicht beschämt zu fühlen und stattete lediglich nachher eine Dankesschuld ab und das sogar noch mit dem Bewußtsein, auf diese Weise nun wieder anderen helfen zu können.

Diese positiven Mittel betreffen nun selbstverständlich die zweite Gruppe, die wir ins Auge fassen wollen, bereits mit. Wir lenken unseren Blick auf den künftigen Studenten unter dem Gesichtspunkt der künftigen Auslese des akademischen Nachwuchses aus allen Schichten unseres Volkes, mit anderen Worten, wir wollen jetzt überlegen, wie wir die jungen Menschen auf die Hochschulen bringen, die die geistigen und menschlichen Voraussetzungen, aber nicht die materiellen Mittel zum Studium besitzen. Daß diese Frage radikal gestellt wird, entspricht nicht nur dem Gebot sozialer Gerechtigkeit, ist auch nicht nur vom Gesichtspunkt der Qualitätshebung unserer Hochschulen her von Bedeutung, sondern ist ein eminent politisches Problem; denn es stößt unmittelbar in die Sorge um die Beschaffenheit der künftigen Führer des deutschen Volkes vor, in Bezug auf die die radikale Frage ernsthaft zu stellen ist, ob es nicht einer völligen Umschichtung der akademischen Führerschaft unseres Volkes bedarf. Gilt schon allgemein der Satz: wie der Mensch, so der Staat, so gilt er in erheblichem Maße für die kommende Akademikerschicht. Für das Vertrauen, das die breiten Massen dem kommenden Staate entgegenbringen werden, ist es von entscheidender Bedeutung, wie die Richter, die Studienräte, die Pastöre [!], die Ärzte, die Ingenieure, kurzum die ganze akademische Welt aussieht, in denen sie in erster Linie die Repräsentanten des Staates empfinden.

Es bedarf heute keiner Begründung mehr, daß wir die Intelligenzen da holen müssen, wo wir sie finden, denn Deutschland ist nicht nur materiell verarmt. Wenn man sieht, wie wir bei jeder Besetzung einer leitenden Stelle verzweifelt nach geeigneten Anwärtern Ausschau halten, gleichviel, in welcher Sparte es auch sei, dann ist man versucht, zu sagen, Deutschland sei arm geworden auch an Intelligenzen. Fast könnte einen die bange Frage beschleichen, ob unser Volk an geistig produktiven Kräften nicht überhaupt ausgelaugt ist. Zum mindesten scheint es so, als befänden wir uns in einem Erschöpfungszustand, aus dem heraus es aber Gott sei Dank wie im Einzelleben eine Gesundung geben kann. Möglich freilich, daß wir uns gegenüber dem Aufstieg der letzten drei Generationen in einer rückläufigen Bewegung befinden. Umso größer unsere Verpflichtung, den Zugang zu den höchsten Bildungsstätten unserer Nation, unabhängig von aller Rücksicht auf die Vermögenslage des einzelnen, den wenigen Begabungen aller Schichten unseres Volkes zu erschließen. Daß wir bislang nicht die Intelligenzen, die in allen Schichten der Bevölkerung schlummern, geweckt und erfaßt haben, dafür spricht die Statistik eine nur zu deutliche Sprache. Wenn wir an die soziale Schichtung der Studenten des letzten Wintersemesters in Göttingen denken, dann stellte die akademische Schicht rund 22 % der Studentenschaft, der Kaufmann rund 12, der nichtakademische Beamte etwa 17, der Angestellte etwa 6, der Lehrer etwas mehr als 7, der Bauer rund 4 ½, der Handwerker rund 5 und der Arbeiter sage und schreibe kaum 0,8 %.[193] Wissen Sie, was das bedeutet? Das heißt, daß unter

193 Zu den genannten Zahlen vgl. GUZ vom 10. 1. 1946, S. 8 ff.: Walther Wienert: Göttinger Studentenschaft im Zahlenbild. Die 0,76 % – von *Grimme* auf 0,8 % aufgerundet – bezogen

4 000 Studenten sich nur 33 befinden, die aus dem sogenannten Proletariat stammen. Bedenken Sie, der Akademiker stellt 22 %, der Arbeiter 0,8 %. Niemand wird behaupten, daß diese Zusammensetzung der Studentenschaft der tatsächlichen sozialen Gliederung und Begabungsstreuung unseres Volkes entspricht. Jedenfalls gibt diese Zusammensetzung kein getreues Spiegelbild der im ganzen Volke schlummernden Kräfte wieder. Im ganzen zeigt sich, daß der Mittelstand das Hauptkontingent an Studenten zu stellen pflegt. Aber lassen wir den Mittelstand einmal fort und stellen nur den Akademiker und den Arbeiter einander gegenüber: Denn diesen Gegensatz sieht ja das Volk in erster Linie, dann ist zwar der absolute Unterschied schon sprechend genug. Er wird aber noch umso krasser, wenn wir ihn in Relation setzen zu dem zahlenmäßigen Anteil, den diese Berufsschichten im Volksganzen besitzen. Dann zeigt sich, daß die zahlenmäßig dünnste Schicht unseres Volkes beinahe ein ganzes Viertel der Studenten stellt und die breiteste Schicht nur 1/120. Daß darin kein Vorwurf gegen irgendeine Schicht beschlossen liegt, brauche ich in diesem Kreise nicht zu betonen. Daß aber das Proletariat sich zurückgesetzt fühlen muß, ist gleichfalls nur zu verständlich; denn daß es um soviel ärmer an Begabungen sein sollte als unsere Akademiker, das wird auch der stärkste akademische Standesdünkel nicht unter Beweis stellen können. Es ist auch verständlich, daß bei dieser sozialen Schichtung unserer Studentenschaft der Vorwurf der Einseitigkeit erhoben wird mit seiner volksverderblichen Folge eines Kastengeistes. Berücksichtigen müssen wir auch, daß in die proletarische Schicht heute zahlenmäßig noch die große Schar der Flüchtlinge einfließt; haben wir doch nicht nur den traditionellen Proletarier, sondern zusätzlich nun auch noch diese neue mittellose Klasse. Hier also ist offensichtlich etwas faul in der Gelehrtenrepublik.[194]

Und wollte man nur die positiven Mittel, die wir vorhin genannt haben, zur Abhilfe heranziehen, dann geschähe es in dem Glauben, es genügten ein paar Schönheitsreparaturen, und alles andere käme schon in Ordnung. Es ist das Ganze aber ein Problem, das nicht von dem Gebäude der Universität allein her gesehen und gelöst werden kann. Der Konstruktionsfehler liegt in dem Aufbau unseres Bildungswesens. Die Anregung der Militärregierung weist bereits mit vollem Recht darauf hin, daß das Problem nur gesehen werden kann im Rahmen einer Umgestaltung unseres höheren Schulwesens. Ich glaube, man muß noch einen Schritt weiter gehen und sagen, der Lösung näherzubringen ist diese Frage von höchster volkspolitischer Bedeutung nur, wenn man ein Bildungswesen aufbaut, das weder nur von den Universitäten her noch nur von der höheren Schule her, überhaupt nicht von irgendeiner Einzelbildungsinstitution her gesehen wird, sondern ausschließlich und allein vom Volksganzen her. Das Problem des akademischen Nachwuchses und damit der kommenden deutschen Führerschaft und damit weiter der geistigen und charakterlichen Formung aller Schichten unseres Volkes überhaupt ist ein Problem der Schulreform, von der ich glaube, daß sie unter drei Aspekten gesehen werden muß, die ich ganz kurz nennen möchte.

---

sich auf „ungelernte Arbeiter". Eine weitere Rubrik „Arbeiter" ist in der Aufstellung vom WS 1945/46 nicht enthalten.

194 Diese Frage war auch Gegenstand einer Hochschultagung bei der Education Branch in Bünde am 16. 8. 1946, auf der *Grimme* den Vorsitz führte (vgl. a. a. O., 13. 9. 1946, S. 1 ff.: Die Hochschule den Besten!).

Einmal müssen wir eine Organisationsform schaffen, die nun wirklich das Volksganze im Auge hat, die also wirklich ernst macht mit dem alten friderizianischen Grundsatz des suum cuique der menschlichen Begabungen, die also, wenn wir an die theo[ret]ischen Begabungen in unserem Volke denken, es auch dem unbemittelten Kind möglich macht, den ihm gemäßen Bildungsweg zu geben. Wir müssen, damit das möglich ist, und das ist die dringendste Forderung, die ich erhebe, volle Schulgeldfreiheit schaffen, für welche Schulart es auch immer sei, und müssen das gesamte Schulwesen organisatorisch so ineinander verzahnen, daß eine theoretische Begabung auch noch in dem Alter den Anschluß an den ihr gemäßen Bildungsweg finden kann, in dem es heute in dem Augenblick, wo sie klar feststellbar ist, gemeinhin für sie zu spät ist. Praktisch heißt das: Wir brauchen über die Grundschule hinaus eine so weitgehende Parallelisierung zwischen Volksschule und anderen Schultypen, daß sich auch in einem späteren Alter der Übergang noch verwirklichen läßt, ebenso wie sich umgekehrt auch ein Fehllauf durch Verweisung auf eine gemäßere Schulform noch reparieren lassen muß. Wir haben heute auf unseren höheren Schulen eine Unmenge ungeeigneter Elemente, die mitgeschleppt werden müssen, weil junge Menschen, die den Anforderungen etwa des Gymnasiums nicht gewachsen sind, sich mühselig weiter durchschleppen lassen müssen, weil sie sonst in den luftleeren Raum fallen würden. Es ist hier nicht der Ort, um das ganze Problem des Schulneubaues[195] aufzurollen. Ich darf mich deshalb damit begnügen, die beiden anderen Gesichtspunkte nur eben noch als Thema zu stellen. Wie auch immer dieses kommende Schulwesen aussehen mag, es muß in ihm wieder der Grundsatz der Leistung gelten. Wie für das Handwerk so gilt auch für die Schule: Qualitätsarbeit. Wenn diese erzielt werden soll und so die künftigen Akademiker schon ausreichend auf der Schule gefördert werden sollen, ist es, darauf muß in diesem Zusammenhang hingewiesen werden, unerläßlich, auch Mittel in den Etat einzustellen, die auf eine Vermehrung der Schulstellen an unseren Volksschulen abzielen, denn man braucht kein Lehrer zu sein, um es als ungesund zu empfinden, daß wir Schulen haben, in denen 100 Kinder, ja bis zu 197 und in einem Falle sogar bis zu 229 von einem einzigen Lehrer zu betreuen sind. Daß damit eine Vermehrung der Schulratsstellen Hand in Hand gehen muß, damit der Schulrat nun auch wirklich die Möglichkeit hat, über die Qualitätshöhe seiner Schulen zu wachen, versteht sich ohne weitere Begründung.

Und was die Bildungsgüter betrifft, so scheint mir nichts dringender zu sein nach dieser Episode der bewußten Verwirrung aller religiösen, geistigen und sittlichen Begriffe als die Blicklenkung auf jene Werte, die die Kultur des Abendlandes geformt haben. Nichts dringender, als daß die Jugend wie unser ganzes Volk erst einmal wieder das moralische ABC kapiert. Wie die Organisationsformen im einzelnen aussehen mögen, darüber mag man sich nun verständigen oder nicht. Das ist nicht so entscheidend; denn ich möchte meinen, daß nichts so wie die hinter uns liegende Periode gezeigt hat, daß eine Einheit im Organisatorischen nichts

195 Zum sog. *Grimme*-Plan und zu anderen dt. Reformansätzen vgl. Pakschies, S. 191–202. Zur Schulreformpolitik der brit. MR vgl. die Darstellung *Birleys* aus der Sicht des Jahres 1950. Robert *Birley* war von April 1947 bis August 1949 Educational Adviser to the Militäry Governor (CCG(BE)).

über die Stabilität des Geistes besagt, der darin lebt. Der ungeheure einheitliche Apparat der NSDAP hat eine geistige Einheit vorgetäuscht, die sich im selben Augenblick als Bluff enthüllt hat, wo die Form zerbrach. Entscheidender als Gleichheit in den Organisationsformen ist die Einheit im geistigen Inhalt. Mit anderen Worten: Konformität im Geistigen und in der Zielausrichtung bedeutet nicht unbedingt auch Uniformität im Institutionellen. Es möge deshalb getrost jedes Land mit seiner eigenen Schulreform anfangen, wenn nur eine einheitliche Ausrichtung und Zielsetzung im Geistigen vorhanden ist. Bauen wir ein solches Schulwesen auf und machen den Zugang, zu welchem Zweig auch immer, völlig unabhängig vom Geldbeutel des Vaters! Das heißt: Schuldgeld darf künftig nicht mehr erhoben werden, stehen die geringen Schulgeldeinnahmen zu den hohen Schulgesamtlasten doch sowieso in einem Mißverhältnis, das ihren Ausfall leichter verschmerzen läßt, als man vermuten möchte. Dann werden auch die alten Klagen, daß unsere höheren Schulen ebenso wie unsere Universitäten Standesschulen seien, verstummen. Wenn wir an die höhere Schule denken, ein statistisches Beispiel, um zu belegen, daß etwas Ungesundes in der Zusammensetzung der Schülerschaft gewesen ist. Ich habe eine Statistik aus einer nun allerdings etwas zurückliegenden Zeit bei der Hand, wonach sich die Schülerschaft der höheren Schulen zu 58 ½ % aus dem Mittelstand, zu 25 % aus den höheren Ständen und aus der Schicht der Handarbeiter, der Handwerker und der kleinen Beamten und Angestellten zu 13 % rekrutierten.[196] Das heißt: Die dünnste Schicht stellte ein volles Viertel, die breiteste dagegen nur ein Achtel aller höheren Schüler. Übrigens sollte doch auch zu bedenken geben, wie sehr das Portemonnaie des Vaters über den Bildungsweg des Sohnes und der Tochter entschieden hat, wenn man sich einmal ernsthaft fragt, wieviel Kinder aus finanziell leistungsfähigen Schichten denn schließlich nun wirklich nicht bis zum Abitur gekommen sind, sofern nur eine Voraussetzung erfüllt war: eine ⟨sitzleder⟩ harte Ausdauer; denn war jemand überhaupt erst einmal auf der höheren Schule und der Vater entsprechend kapitalkräftig, dann kam er auch bis zur Oberprima, und der Prozentsatz derer – das weiß ich aus meiner Tätigkeit als Oberschulrat –, die auch beim zweiten oder dritten Anlauf dann das Abitur nicht schafften, ist mikroskopisch klein. Ich entsinne mich keines einzigen Falles. Und dann ging es weiter; denn auch die Zahl der überhaupt einmal ins Staatsexamen gelangten Studenten, die es nicht schließlich doch mit so und soviel nachgeholten Schwänzen absolvierten, steht in keinem Verhältnis zu denen, die nie als Akademiker auf das Volk im Richteramt oder auf die Jugend als Studienräte hätten losgelassen werden dürfen. Es ist eine immer wieder zu beobachtende Tatsache, daß sich eine Prüfungskommission von dem menschlichen Rühren hat leiten lassen, jemanden, der nun schon so alt geworden war, daß er auf seine akademische Ausbildung und seinen Vorbereitungsdienst 6 bis 8 Jahre verwendet hatte, nicht den Eintritt in die erstrebte Berufslaufbahn zu versperren und ihn irgendwo neu anfangen zu lassen. Entscheidet in Zukunft nur der Qualitätsgesichtspunkt, dann wird es auch da Fehlentscheidungen geben. Ein ideales Ausleseprinzip ist uns Menschen überhaupt

196 In der NRP stellten Akademiker und leitende Berufe 18,5 % der Mädchen und Jungen an den höheren Schulen, während auf die anderen Berufe 81,5 % entfielen, vgl. HStAD NW 53/260, fol. 15 f.: Schreiben der Staatskanzlei [NRP] an die Abt. Allg. Verwaltung vom 2. 8. 1946, betr. Referat *Grimme*.

versagt. Es ist aber keine Frage, daß die Annäherung an das Ideal größer ist, wenn man den radikalen Bruch mit diesen Resten eines kapitalistischen Systems vollzieht. Solange es diese Schulgeldfreiheit nun noch nicht gibt, gilt es, den Zugang zu den höheren Schulen durch Ausbau des Stipendienwesens zu erleichtern. Wir haben heute das System der Erziehungsbeihilfen. Aber was ist das für ein kümmerlicher Behelf, wenn man bedenkt, daß der Etat etwa der Provinz Hannover sage und schreibe lumpige 8 000 RM aufweist! Diese Summe würde erheblicher Vermehrung bedürfen. Wir haben auch das System der Geschwisterermäßigungen, aber seine Handhabung, wie sie der Nationalsozialismus eingeführt hat, ist unerträglich. Es geht nicht länger an, daß man, gleichgültig, ob die Eltern kapitalkräftig sind oder nicht, automatisch das Schulgeld für jedes zweite Kind um einen bestimmten Prozentsatz und für jedes dritte um einen weiteren und das so fort ermäßigt. Wir müssen sofort zu dem alten Grundsatze zurückkehren, daß die Geschwisterermäßigung nur nach Bedürftigkeit, dann aber auch nennenswert gewährt wird.

Soviel ist jedenfalls sicher: So wenig wie bei den Universitäten dürfen wir in unserem Schulwesen von dem Vorurteil ausgehen, es sei mit bloßen Reparaturen und ein paar Pflastern auszukommen; denn dieser Auffassung liegt immer die geheime Vorstellung zu Grunde, eigentlich reiche das traditionelle Bildungswesen völlig aus, und man möge zwar hier und da den Verputz erneuern, im übrigen aber am bewährten Alten festhalten.

Wir haben einen Mangel an Krisenfestigkeit des deutschen Menschen erlebt, daß ich nicht verstehe, wie jemand meinen kann, das Alte habe sich bewährt. Hätten wir ein anderes Schulsystem gehabt, dann ist zum mindesten die Frage, ob wir in diese namenlose Katastrophe abgeglitten wären. Ich bin der letzte, der geneigt ist, den Wert der Schulbildung zu verabsolutieren. Aber ich muß doch oft an das Wort denken, das *Wilhelm II.* auf der Schulkonferenz von 1890 anklagend erhoben hat. Der letzte deutsche Kaiser hat damals gesagt: „Hätte die Schule ihre Pflicht getan, dann gäbe es keine Sozialdemokratie."[197] Ich glaube, mit demselben Recht kann man sagen: Wäre die Schule vor 1933 wirklich ein Instrument der demokratischen Idee gewesen, wäre *Hitler* nie hochgekommen, dann wäre die Anfälligkeit unseres Volkes für das wirre Gedankengut des Nationalsozialismus in diesem Umfange niemals dagewesen. Von der Erziehung der kommenden Generation hängt das deutsche Schicksal ab, und lassen Sie uns darüber hinaus nicht vergessen, worauf Dr. *Schumacher* auf der Stuttgarter Tagung hingewiesen hat: Wir sind zwar ein Volk ohne Macht, aber auch unser Volk hat ein Schicksal, und das Schicksal dieses Volkes ist das Schicksal Europas.[198] Man kann also sagen: Welches das Schicksal Europas sein wird, hängt entscheidend davon ab, welche Schule wir errichten. Das größte Politikon der Zukunft ist die Erziehung. Sorgen wir, daß wir in die führende akademische Schicht die Menschen aufsteigen lassen, die dort hingehören,

---

197 Abweichend zitiert Hoffmann, S. 55, nach Messer: „Wenn die Schule das getan hätte, was von ihr zu verlangen ist, . . . so hätte sie von vornherein von selber das Gefecht gegen die Sozialdemokratie übernehmen müssen."

198 Vgl. *Schumachers* entsprechende Äußerung auf der Tagung des LR mit Mitgliedern des ZB in Stuttgart am 3. 4. 1946, in: AVB 1, S. 432, bzw. o. S. 244.

gleichgültig, ob der Vater Oberpräsident oder Ministerpräsident oder Arbeiter gewesen ist.

Nun aber ist noch eins zu sagen: Es gilt nicht nur der Grundsatz, der in der Organisation unseres Schulwesens noch keinen Niederschlag gefunden hat: „Schafft freie Bahn dem Tüchtigen!" Wenn ich das sagen darf, ein Grundsatz übrigens, der, so gesund er ist, doch auch die Vorstellung enthält, die in unserem Volke weit verbreitet ist, als komme es im Leben in erster Linie darauf an, daß man, beruflich gesehen, fortwährend klettert. Sosehr jede Begabung den ihr gemäßen Platz im Volkskörper muß erhalten können, so wichtig ist gerade in diesem Punkte eine Veränderung der öffentlichen Atmosphäre. Denn entscheidender als dieses beinahe hypnotisierte Hinstarren auf ein ewiges Klettern ist es, daß man fest steht. Neben den Grundsatz des Aufstiegs muß der der Krisenfestigkeit treten, damit wir nicht wieder erleben, daß die Masse der Menschen von einem unseren ganzen Volkskörper erkältenden Windzug der politischen Strömung umgeworfen wird. Aber außer dem Grundsatz: Schafft freie Bahn dem Tüchtigen! Muß noch ein anderer stehen. Es ist die in der Literatur immer wieder übersehene Vorfrage, die vor dieser Forderung beantwortet sein muß und die darin liegt: Findet erst einmal die Tüchtigen heraus, ehe ihr sie fördert! Denn darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben: Die Zahl der Begabungen ist zwar über alle Volksschichten verstreut, aber nicht überall gleich sichtbar, und vor allen Dingen ist sie nicht so häufig, wie man annimmt. Es gibt gar nicht soviel Begabte, wie es Menschen gibt, die sich für begabt halten. Ich nenne eine Zahl, die sehr zu denken gibt. Sie ist nicht gegriffen, sondern berührt auf wohldurchdachter Forschung. In der Provinz Hannover rechnet man, daß sich unter den gesamten Volksschülern des 8., also des letzten Schuljahres, nur 150–200 Schüler und Schülerinnen befinden, die man im strengen Sinne als hochbegabt ansprechen kann und die infolgedessen besondere Förderung verdienen.

Neben das Problem der Begabtenförderung tritt also das der Begabungsfindung. Wenn man auf weite Sicht pädagogischen Neubau planen will, ist es von Interesse, einen Überblick darüber zu gewinnen, wie stark der Nachwuchs in einzelnen Begabungsgruppen und -richtungen in unserem Volke, in seinen verschiedenen sozialen Gruppen, in Stadt und Land, bei Einheimischen und Flüchtlingen ist, und in welcher Stärke er auch in Zukunft aus diesen sozialen und sozialbiologischen Quellbereichen fließen wird. Für eine solche Enquête hat sich Professor Karl Valentin *Müller* bereitgefunden, sie in der Provinz Hannover zu erheben.[199] Diese Erhebung wird neben den genannten soziologischen Daten auch solche sozialanthropologischer Art berücksichtigen. Wenn das Ergebnis vorliegt, wird es möglich sein, es mit dem zu vergleichen, das in der berühmt gewordenen sogenannten *Virchow'schen* Schulkinderuntersuchung erzielt worden ist, die heute aber schon rund 70 Jahre zurückliegt.[200] Vorerst läuft in einigen ausgewählten Landkreisen eine Voruntersuchung, bei der Schule und Fachwissenschaft eng zusammenarbeiten.

199 Die 1946 von *Müller* in Niedersachsen vorgenommene umfassende Ausgangsuntersuchung floß in seine 1956 veröffentlichte Studie ein, vgl. Müller, Begabung.

200 1869 hatte Rudolf *Virchow* eine Übersicht „Ueber gewisse, die Gesundheit benachteiligende Einflüsse der Schulen" vorgelegt (vgl. Virchow).

Ich hoffe, die ersten Ergebnisse dieser Voruntersuchung sehr bald in der Hand zu haben.

Solange der Schulneubau nun noch nicht steht, muß man über die staatlichen Beihilfen und das System der Geschwisterermäßigung hinaus nach Wegen suchen, wie die wirklich Begabten zum Studium gelangen können.

Wirklich zu Buch schlagen zwei Mittel; das eine wäre eine weitgehende Schaffung von Freiplätzen in den bestehenden Schulen. Die Mittel dazu könnten durch sogenannte Patenschaften aufgebracht werden, ein Vorschlag, der auch für die heute bereits auf der Universität befindlichen bedürftigen Studenten in Anwendung kommen könnte. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß in einer so altehrwürdigen Schule[201] wie Schulpforta[202] von 180 Schülern nicht weniger als 150 Freiplätze besessen haben. Präsentiert wurden sie von den Kommunen, von den Kirchen und von den Ministerien, die also so etwas wie Paten für diese jungen Menschen abzugeben pflegten. Schlecht gefahren ist eine solche Schule nicht gerade, wenn man bedenkt, daß zu ihr als Schüler einmal Leute gehört haben wie *Klopstock, Fichte, Ranke, Nietzsche, Wilamowitz,* Erich *Schmidt* oder Karl *Lamprecht,* Männer, die den Charakter des deutschen Volkes mit geprägt haben. Heute könnten solche Patenschaften außer Einzelpersonen z. B. die Gewerkschaften übernehmen, was zugleich den Vorteil hätte, daß die von ihnen unterstützten jungen Menschen keinerlei beschämendes Gefühl zu haben brauchten, weil sie sich dann nicht von Gnaden irgendeines Unternehmers, sondern von Arbeitergroschen gefördert sähen. Die Förderung wäre in ihren Augen dann kein Almosen, sondern eine Verpflichtung. Ebenso wie die Gewerkschaften könnten die Parteien oder die Caritasverbände Pate stehen oder auch die Kirchen, die bedenken sollten, daß ihnen in Zukunft größere Mittel als bisher durch Steuereingänge zur Verfügung stehen werden, falls der gleiche Prozentsatz zur Einkommensteuer beibehalten werden sollte. Zu appellieren wäre auch an die Städte, und ich könnte mir denken, daß auch die deutsche Lehrerschaft oder sogar einzelne Lehrerkollegien einen Fonds für Darlehenszwecke aufbringen würden, zu welcher Annahme mich die Tatsache berechtigt, daß die Lehrerschaft in der britischen Zone für die Selbsthilfe der Lehrerschaft, zu der ich vor einigen Monaten aufgerufen habe, bereits die sagenhafte Summe von fast einer Million in völliger Freiwilligkeit aufgebracht hat. Wenn man so diese rund 200 hochbegabten jungen Menschen erfaßt[203] und weiterbringt, bis sie zur Universität gelangen, dann werden diese einmal das Gesicht des deutschen Akademikers verändern. Man bedenke, daß es sich, wenn wir eine Studiendauer von fünf oder vier Jahren zugrunde legen, um rund 800–1 000 junge Menschen handelt, was auf die Gesamtzahl von 4 000 Studenten gesehen ein Fünftel bis ein Viertel bedeutet, eine Zahl, die wohl im Stande wäre, eine Veränderung der Struktur herbeizuführen. Wie erwünscht dieser Zustrom politisch wäre, mag aus der bloßen Tatsache erhellen, daß sich diese ehemaligen Volksschüler als weniger an-

201 Hs. korrigiert aus: Stadt.

202 Das 1132 in Schmölln gegründete und 1137–40 nach Pforta (Kreis Naumburg) verlegte Zisterzienserkloster (Monasterium sanctae Mariae de Porta) wurde 1540 als Kloster aufgehoben und 1543 von *Moritz von Sachsen* in eine Fürstenschule umgewandelt.

203 Bezogen auf das oben genannte Beispiel der Provinz Hannover.

fällig für die, schlagwortartig gesprochen, Reaktion erweisen dürften, als die jungen Menschen aus besser situierten Schichten, eine Behauptung, von der ich selbst weiß, daß sie dem Für und Wider Tür und Tor öffnet. Da wir aber gerade von Anfälligkeit sprechen, so scheint mir diese anzuraten, daß man besser einen zweiten Weg versucht.

Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, daß junge Menschen, die aus dem Proletariat kamen und in eine andere soziale Schicht aufstiegen, als Einzelgänger sehr bald aufgesogen wurden. Die alte Studienstiftung könnte das genug belegen, und auch von der Karl-Marx-Schule Fritz *Karsens* in Berlin[204] aus der Zeit vor 1933 weiß ich, daß gegen dieses Assimiliertwerden selbst die Besten nicht gefeit gewesen sind. Sollen diese jungen Menschen einmal so etwas wie ein Stoßtrupp der sozialen und demokratischen Gesinnung auf den Universitäten werden, dann empfiehlt sich statt des Systems der Freiplätze die Zusammenfassung in einer geschlossenen Erziehungsgemeinschaft. Man könnte an ihre Unterbringung in Landerziehungsheimen denken wie später auf der Universität in den bereits erwähnten Heimen. Die Aufbringung der Mittel könnte genau so gut erfolgen durch Patenschaften. Eine andere Möglichkeit wäre auch noch die, die ich in der freien Schul- und Werkgemeinschaft zu Letzlingen[205] in den 20er Jahren angetroffen habe. Da war der Schulgeldsatz je nach der Kapitalskraft der Eltern gestaffelt, so daß die leistungsfähigen Kreise für die Unbemittelten den Aufwand mitbestritten. Wenn ich nicht irre, war da auf diese Weise ein Freiplatz für nicht weniger als 75–80 % aller Schüler geschaffen. Was im übrigen die Unkostenhöhe selbst betrifft, so wäre die Summe von 100 RM auf den Kopf des Schülers für Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung bei Schulgeld und Lernmittelfreiheit nicht zu hoch gegriffen. Bei 200 Kindern wäre das eine jährliche Etatssumme von einigen 200 000 RM. Ich glaube, volkspolitisch würde sich dies rentieren. ⟨Auf jeden Fall wäre es besser, diese Summe für diese Zwecke zu investieren, als sonst einmal wieder für Kanonen.⟩

Nun wird es aber auch bei der idealsten Schulreform noch immer junge Menschen geben, deren einziger Bildungsweg die Volksschule gewesen ist. Von diesen noch ein kurzes Wort: Einmal muß die Möglichkeit bestehen, daß man auch über die Fach- und Berufsschule den Zugang zur Hochschule gewinnen kann, und dann muß das System der Abendschule neu erstehen. Die Volkshochschule mit dieser Aufgabe zu belasten, hat etwas Mißliches. Jedenfalls dürfte sie nicht Sonderkurse mit dem ausgesprochenen Ziel der Hochschulreife in ihren Rahmen spannen; denn sonst würde man ihr das konstituierende Merkmal ihres Wesens nehmen: die völlig zweckfreie Ausgerichtetheit auf die Idee der Bildung. Sie ist die einzige Bildungsinstitution in Deutschland, die sich von dem Laster des Berechtigungswesens grundsätzlich freigehalten hat. Wohl aber kann man Sonderkurse schaffen. Ich le-

204 Fritz *Karsen* gehörte zum „Bund entschiedener Schulreformer", vgl. Pakschies, S. 5. In Berlin wie auch in Hamburg waren in den 1920er Jahren Gemeinschaftsschulen als Versuchsschulen entstanden, in denen vor dem Hintergrund einer politisch-pädagogischen Erziehungstheorie, basierend auf sozialistischen Grundvorstellungen, vor allem eine besondere Form des Geschichtsunterrichts (im Sinne einer soziologischen Aufklärung) entwickelt wurde, vgl. hierzu Hoffmann, S. 392 f. Dort auch weitere Lit.

205 Letzlingen bei Gardelegen; zu Aufgaben und Lehrzielen dieser reformpädagogischen Einrichtung der 1920er Jahre vgl. Uffrecht (Leiter der Schul- und Werkgemeinschaft).

se, daß ihrer in Berlin für Volksschüler und für Schüler mit mittlerer Reife [einige] errichtet sind. In ihnen werden die Volksschüler in 1 ½ Jahren und die Schüler mit mittlerer Reife in einem Jahr bis zum Abitur geführt.

Vielleicht gewinnt die ganze Frage, wie der nicht durch die höhere Schule gegangene junge Mensch die Hochschulreife erwirbt, ein anderes Gesicht, wenn man Ernst macht mit dem Gedanken, daß keine der bestehenden Schulen den unmittelbaren Zugang zur Universität eröffnen sollte, daß also auch das Abitur in Zukunft lediglich eine Abschlußprüfung darstellt. Ich könnte mir denken, daß für jeden, der die Universität besuchen will, ein Vorjahr eingerichtet würde, in das keineswegs nur die Abiturienten einer höheren Schule Einlaß fänden. Ich habe Sie schon zu lange mit meinen Ausführungen in Anspruch genommen, als daß ich von der Ausgestaltung dieses Jahres jetzt nun noch sprechen möchte. Nur soviel sei gesagt, daß dieses Jahr als ein Vorauslesejahr unserer Hochschulen betrachtet werden müßte, bei welcher Auslese der Abiturient zwar einen natürlichen Vorsprung, aber keinerlei Monopol besitzen würde. Solange indes das Abitur noch als das „Sesam öffne dich" für unsere Universitäten zu gelten hat, wäre, und das ist nun das letzte Mittel der Begabtenförderung, das ich nennen möchte, das sogenannte Begabtenabitur wieder einzuführen, jene Prüfung, die Berechtigung zum Studium ohne Reifezeugnis bestimmten Fachbegabungen zukommen ließ.

Ich bin am Schlusse. Ersparen Sie mir, daß ich die flüchtig genannten Mittel und Wege nochmals zusammenfasse: Ich möchte beantragen, daß sich der Kulturausschuß mit diesem Material befaßt und entsprechende Anträge formuliert.[206] Für uns mag genügen, daß dieser Überblick gezeigt hat, wie weitschichtig das ganze Problem ist und wie dringend erforderlich es ist, daß das Problem der Begabtenförderung und zugleich das der Begabtenfindung einmal systematisch in Angriff genommen wird. Wer sich überhaupt mit diesen Fragen beschäftigt, dem wird, je länger desto mehr klar, daß es nicht mit der einmaligen Aufweisung von Mitteln und Wegen getan ist. Bei der ungemein großen Bedeutung, die für die Zukunft unseres Volkes der Lösung dieses Problems beizumessen ist, glaube ich, daß man dem ganzen Fragenkomplex eine dauernde Aufmerksamkeit zuwenden muß und daß nicht bald dieser, bald der, sondern Persönlichkeiten, die aus dieser Aufgabe von höchster nationalpädagogischer Bedeutung bereit sind, eine Lebensaufgabe zu machen, [damit betraut werden müssen].[207] Ich schlage deshalb die Einrichtung einer „Leitstelle für Begabtenfindung und Begabtenförderung" vor.[208] Diese hätte drei Aufgaben zu erfüllen. Sie hätte

1. einen Überblick über sämtliche schulischen Möglichkeiten zu geben und deren dauernde Ausnutzung zu betreiben. Sie hätte
2. die Methoden der Begabtenfeststellung zu durchdenken und dauernd zu praktizieren, wozu die erwähnten Forschungen von Karl Valentin *Müller* als Vorarbeit dienen könnten. Und sie hätte

206 Vgl. Anl. 40.
207 Ergänzung gemäß „Selbstbesinnung", S. 196 (vgl. o. Anm. 177).
208 Damit projektierte *Grimme* die Wiedererrichtung der „Studienstiftung des Deutschen Volkes", vgl. hierzu auch Dok. IV.3, Anm. 159.

3. die Mittelaufbringung zu betreiben.

Spezifiziertere Aufgabe sowie einen Organisations- und Stellenplan bin ich bereit, dem Ausschuß vorzulegen. An dieser Stelle sei nur noch angemerkt, daß es sich nicht etwa um eine neue staatliche Behörde wird handeln dürfen; es soll eine freie Institution sein, die zweckmäßigerweise freilich in enger Anlehnung an den Zonenbeirat und, was der Aufgabenumkreis erwünscht erscheinen läßt, zugleich an den Länderrat zu arbeiten hätte.

Vielleicht ist nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß diese „Leitstelle" nicht etwa eine Dublette der in Göttingen arbeitenden „Zentralstelle für akademische Nachwuchs- und Bedarfsforschung"[209] sein würde. Denn schließlich ist Bedarfsfeststellung etwas anderes als Findung und Beratung nicht dasselbe wie materielle Förderung einer Begabung. Die Göttinger Stelle geht, um den Unterschied kurz zu sagen, auf den Nachwuchs, sofern er nun einmal da und nur noch zu lenken ist, die „Leitstelle" geht erst auf die Suche nach dem geeigneten Nachwuchs, also nicht auf den Studenten, sofern er bereits da ist, sondern auf den Studenten, der einmal wird da sein sollen.

Ich möchte meinen, die Aufgabe, die diese „Leitstelle" zu erfüllen hat, ist staatspolitisch unabweislich; denn fortan kommt alles darauf an, daß auf den höchsten Bildungsstätten, die das deutsche Volk trotz seiner Armut weiter zu finanzieren gewillt ist, eine Generation heranreift, die mit hoher Begabung den bewußten Willen verbindet, als sozialer und demokratischer deutscher Mensch zugleich ein deutscher Europäer zu sein, bereit, mit allen anderen Völkern auf das Ziel hinzuarbeiten, daß die Menschheit sowohl an allen Gütern der Erde in gerechter Weise gleichen Anteil hat, als auch die Möglichkeit erhält, ihr Dasein sinnvoll zu gestalten.

Wenn wir fragen, zu welchem Ziel hin man ein Volk überhaupt umgestalten soll, können wir nur antworten: Es soll darauf hinarbeiten, daß jeder einzelne Mensch aus seinen Kräften das macht und herausholt, was er hat, daß er das werden kann, worauf er angelegt ist. Lassen Sie mich mit der Überlegung schließen: Sollte da, wenn daß das allgemeine Ziel ist, nicht die Schule das Nächstliegende für die Ausrichtung auf dieses große Weltsinnziel sein? Kann man es an dieser sittlichen Weltaufgabe gemessen, noch länger rechtfertigen, daß nur der die Begabungskräfte in sich zur Reife bringen darf, der dafür bezahlen kann? Darum ist die erste Vorbedingung, die erfüllt sein muß, wenn wir eine Jugend heranwachsen sehen wollen, die unserem Wunschbild des neuen deutschen Menschen entspricht, die, daß jeder Begabung jeder ihr gemäße Bildungsweg unabhängig von aller Kostenfrage offensteht. Das deutsche Bildungswesen muß diejenige Institution sein, die von uns als erste im neuen Staat von allen Resten eines kapitalistischen Zeitalters befreit wird.

Und die zweite Vorbedingung? Das ist die, daß der junge Mensch wieder eine Chance in dem dann wieder aufzubauenden und zu errichtenden Wirtschafts- und Industrieleben wieder sieht, eine Chance, die ihm die Hoffnung gibt, daß er mit seiner auf der Schule geförderten Begabung nun auch zum Zuge kommt. Und end-

209 Vgl. hierzu einen Bericht über die Arbeit dieser am 1. 1. 1946 eingerichteten Stelle in: GUZ vom 15. 4. 1946, S. 6 ff.: Walther Wienert: Probleme der Nachwuchslenkung.

lich noch eine dritte Vorbedingung, wenn alle unsere Bemühungen um die Heranbildung einer besseren Jugend und ihre Gewinnung für die Demokratie nicht eitel Wind sein sollen: Die Jugend muß nicht nur eine Chance wieder sehen, sie muß sie nun auch wirklich nutzen können, unbeschadet ihrer politischen Vergangenheit. Ich wiederhole: Man amnestiere sie, und sie hat wenigstens insoweit wieder Zukunftsaussicht! Nur so gibt man zugleich der Demokratie eine Chance in der deutschen Jugend. Was nützt uns andererseits alle Begabtenförderung, wenn sich die Jugend, die doch einmal den neuen Staat tragen soll, von Anfang an in Gegnerschaft zu ihm verhielte?

(Bravo!)

Vorsitzender: Sie haben mit größter Aufmerksamkeit die Darlegungen Dr. *Grimmes* verfolgt, und trotz der langen Zeit hat Ihre Aufmerksamkeit nicht nachgelassen. Ich glaube, das wird für den Vortragenden die höchste Genugtuung gewesen sein für die aufgewandte Mühe, seine voll neuer Ideen durchzogene Arbeit Ihnen vorzutragen. Ich danke Herrn Dr. *Grimme* in Ihrer aller Namen für diese große Arbeit und Sorgfalt.

Er selbst hat beantragt, daß wir dem Kulturausschuß das Material überweisen. Ich möchte noch eine Bitte an ihn persönlich richten. Haben Sie die Freundlichkeit, dieses Material vervollständigen zu lassen, und übersenden Sie es unseren Kulturabteilungen zu einer gesonderten Prüfung, unabhängig von den Erwägungen, die der Kulturausschuß anstellt.[210] Ich möchte diese Arbeit in meiner eigenen Regierung allen beteiligten Stellen zur Überprüfung und [zum] Nachdenken geben, denn es sind viele und weitreichende ganz neue Gedanken darin.

Aber ich glaube, einen wesentlichen Kernpunkt kann man herausheben. Bei all dem, was Sie sagen, dreht es sich um den großen Gedanken, dem Albert *Schweitzer* in seinen Ausführungen über Kultur und Ethik Ausdruck verliehen hat: Es muß das Ziel unserer Schule darin gipfeln, den Menschen wieder zum . . . zu machen über den Sinn unseres Daseins.[211]

Das Wort hat zunächst Herr Dr. *Degkwitz*.

Degkwitz: Ich möchte als Kinderarzt zu den Ausführungen von Dr. *Grimme* etwas über den Gesundheitszustand sagen. Der Gesundheitszustand der deutschen Jugend ist in der Tat so, daß die Tuberkulose sich vervierfacht hat. Nur ist die Tuberkulose eine Infektionskrankheit. Je mehr Menschen beieinander wohnen, um so größer ist die Gefahr, daß ein Mensch den andern ansteckt. Wir versuchen von hier aus, in den Provinzen die Häufigkeit der Tuberkulose festzustellen und die Möglichkeit der Verschickung. Auf lange Sicht gesehen, ist das das große Gesundheitsproblem. Es wissen bis jetzt nur die Fachleute, wie die Situation ist. Man muß hier alles tun, damit wir nicht auf eine schiefe Ebene kommen und immer tiefer abgleiten.

---

210 Vgl. o. Anm. 177.

211 Wortprot. hier lückenhaft; Bezug wahrscheinlich: Schweitzer, Kulturphilosophie. Erster Teil. Verfall und Wiederaufbau der Kultur; ders., Kulturphilosophie. Zweiter Teil. Kultur und Ethik.

Dann möchte ich als Hochschullehrer zur geistigen Situation unserer Studenten einiges sagen. Wer in Europa den Frieden und ein friedliches Zusammenleben der Völker will, der kommt um die Problematik der deutschen Jugend nicht herum, und er darf nicht die Sünden der Väter an den Kindern rächen wollen. Es ist nicht unsere Jugend gewesen, die diese Regierung an die Macht gebracht hat oder zur Macht hat kommen lassen. Das waren Eltern und Lehrer. Nun wird uns gesagt: Aber die Jugend, das sind die gefährlichsten, weil die ja nur das eine Evangelium gehört hat.

Dem ist nicht so. Wer in den letzten 10 oder 12 Jahren in engem Kontakt mit den Studenten gelebt hat und zu erkennen gab, daß er gegen das Regime eingestellt ist, wurde von den Jungens bedrängt. Sie wollten wissen, warum, wollten Aufklärung haben. Sie waren viel eher von diesem Rausch von 1933 erwacht als Väter und Lehrer, und sie haben gefühlt, daß das, was man ihnen gesagt hat, unrichtig war.[212]

Es ist zuzugeben: Als der Krieg ausbrach, änderte sich ihre Haltung. Aber dafür ist sie nicht zu bestrafen. Sie war ja so erzogen. Der Krieg war verherrlicht worden. Das begann schon in der Wiege: Flugzeuge, Maschinengewehre und Tanks wurden den Kindern zum Spielen gegeben, lauter Dinge, die auf den Krieg eingestellt waren. Der Krieg war etwas Heroisches in Deutschland. So sind die Jungens von uns gegangen, haben gekämpft, weil man ihnen vormachte, das sei ehrenvoll, das müsse man.

Dann sind sie zurückgekommen und waren verzweifelt, weil alles, woran sie geglaubt hatten, zusammengebrochen war. Gewiß, es gibt auch unter der Jugend viele, die angekränkelt waren, aber solange man jung ist, kann man umlernen, und umlernen wird unsere Jugend, aber, wie ich fürchte, die Eltern werden es nicht.

Eine orthopädische Versorgungsstelle hat eine Verordnung herausgegeben, daß Nazi – u. a. wurden angeführt SA-Scharführer – keine künstlichen Arme und Beine erhalten können. Diese Stelle glaubte, sehr antinazistisch zu sein, aber ihr Geist ist hundertprozentig nazistisch. Ich glaube nicht an die Alten, sondern nur an die Jugend. Nur muß man sie nicht in die Opposition treiben, und das geschieht, das muß man ganz offen sagen. Die Jungen und Mädchen sind nicht so dumm, um nicht zu erkennen: Man will nur eine bestimmte Zahl Studenten haben. Warum kommt man da und sagt: Du warst im VDA und hast vom 9. Lebensjahr an 20 Pf. im Monat Beitrag gezahlt, du darfst nicht studieren. Und zu einem Jungen sagt man: Du bist in der Staatsorganisation der HJ gewesen, warst sportlich gut, hast eine Auszeichnung bekommen, infolgedessen darfst du nicht studieren. Das wird die Jugend nie verstehen und nie verzeihen, und de facto kann man sie ja auch nicht verantwortlich machen.

Wenn heute diese Generalamnestie nicht zu erreichen wäre, müßte man sagen: Die wirklichen Nazi, die Offiziere in diesen Organisationen, wollen wir in unserem ei-

212 Zu *Degkwitz'* kritischer Haltung im sog. 3. Reich und seiner Beziehung zum studentischen Widerstand der Hamburger Weißen Rose vgl. Hochmuth/Meyer, bes. S. 292–302; *Degkwitz* hatte in der NS-Zeit ein Manuskript verfaßt, das 1946 unter dem Titel „Das alte und das neue Deutschland" veröffentlicht wurde.

genen Interesse nicht haben. Aber dann muß man den Studenten sagen: Wenn du studieren willst, mußt du eine bestimmte Probe bestehen, eine gewisse Prüfung, und wenn du dann nicht zugelassen wirst, kannst du niemand anders anklagen, aus irgendwelchen Gründen bin ich abgewiesen, sondern dann bist du es selbst gewesen, der versagte.

Dann möchte ich zur Hochschule noch etwas sagen. Ich bin der gleichen Meinung wie Dr. *Grimme*, sie muß in Haupt und Gliedern reformiert werden. Die deutsche Universität hat sich schmählicher verhalten als die meisten anderen Organisationen. Ich muß das als Hochschullehrer leider sagen. Was ich prinzipiell sagen möchte, ist:

Unsere deutsche Hochschule war eine Fachschule. Wir haben den Studenten Fachwissen vermittelt, aber keine Persönlichkeiten erzogen. Das gilt auch für die Mittelschulen. Wir haben den Leuten Bildung gegeben, aber keine Erziehung. Bei uns war es so: Wenn unsere Universitätserziehung besonders gute Früchte zeitigte, dann war ein Bewerber um den Nobelpreis ein Mensch, der über ein Wissensgebiet alles wußte, sonst aber gar nichts, weder menschlich noch staatspolitisch. Eine Fachschule war die Universität. Aber wir brauchen Persönlichkeiten. Daß die ganze Intelligenz des Landes Zuzug zum Hochschulstudium haben soll, unterstreiche ich hundertprozentig, wie ich auch sagen muß, daß ich mit den Grundlinien von Dr. *Grimme* durchaus einverstanden bin, daß man in dieser Richtung unbedingt vorgehen muß.

Vorsitzender: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Sie haben den Antrag von Dr. *Grimme* gehört. Es meldet sich kein Widerspruch. Es ist beschlossen, den Kulturausschuß mit den weiteren Erwägungen in dieser Frage zu befassen. Ich wiederhole aber nochmals die Bitte, uns das Material für die Kulturabteilung der Regierung zur Verfügung zu stellen.

Dann haben wir diesen Punkt erledigt und kommen zu Punkt 14:

Sonstiges

Hierzu ist nichts mehr zu sagen.

Dann kommen wir noch zur Abstimmung über Punkt 8:

Bericht des Forstausschusses

Die Entschließung wird auf Antrag *Everling* wie folgt geändert[213]:

Ziffer 6 erhält die Numerierung Ziffer 7.
Als Ziffer 6 wird eingefügt:
Die besonderen Verhältnisse an der Nordseeküste, wo die an sich schon geringen Waldbestände die besonders wichtige Aufgabe der Verhütung der Überflutung durch Wanderdünen besitzen, zwingen hier zu einem weitgehenden Schutz des Waldes. Die in der Nähe der Küste mit unendlicher Mühe und gro-

213 Vgl. o. mit Anm. 158 und 160.

ßen Opfern begründeten Waldbestände müssen daher von jeder Übernutzung freigestellt werden.

Dagegen ist nichts einzuwenden. Dann ist einstimmig auch dieser Zusatzantrag angenommen.

Wir kommen nochmals zu Punkt 14. Dazu habe ich folgendes mitzuteilen:

Es war ein Antrag, unterzeichnet von Dr. *Schumacher, Kopf* und *Grimme* eingegangen, betreffend Plan der deutschen Nachkriegswirtschaft, veröffentlicht am 28. März 1946.[214] Ich habe den Antrag dem Ausschuß zugehen lassen, Sie haben ihn lesen können, und Sie haben auch den Zusatz gelesen, daß die Kontrollkommission das Verlangen dieses Antrages genehmigt.[215] Ich schlage vor, von jeder Diskussion abzusehen und den Antrag dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen.[216] Das ist so beschlossen.

Wir kommen dann zum Datum der nächsten Sitzung. Wir werden im Verfolg der heutigen Beschlüsse sehr viel Material zu bearbeiten und in den Ausschüssen zu besprechen haben. Trotzdem rate ich Ihnen, die nächste Sitzung nicht allzuweit hinauszuschieben und die nächste Sitzung noch für Ende dieses Monats vorzusehen, mit Rücksicht auf die großen und wichtigen Punkte, die wir zu erörtern haben, und die bedeutenden Ereignisse, die sich fortlaufend vollziehen. Sind Sie eventuell bereit, in der Woche vom 27. Mai bis 1. Juni zu tagen? Am 31. Mai ist Himmelfahrt. Würde es Ihnen recht sein, wenn wir mit den Ausschußberatungen, die sich aus der heutigen Tagung und den Beschlüssen ergeben, die Tage vom 27. und 28. Mai vorsehen und den Nachmittag des 28. Mai bereits zur ersten Vollsitzung zusammen mit dem 29. Mai?

(Grimme: Ich bin verhindert!)

Dann könnten wir die Sitzung des Kulturausschusses um eine Woche vorverlegen auf den 20. Mai. – Sie sind damit einverstanden. Für die Plenarsitzung würden wir dann die letzte Maiwoche nehmen.[217]

Sie sind damit einverstanden.

Die Pressenotiz ist in ihren großen Zügen in Bearbeitung. Sie wird in der üblichen Weise fertiggestellt werden.[218]

Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Dann darf ich feststellen, daß wir heute in außerordentlich wichtigen Punkten mit guten Ergebnissen verhandelt haben, und ich darf der Überzeugung Ausdruck geben, daß diese Verhandlungen sich auf einer sehr beachtlichen Höhe gehalten haben und daß immer wieder zum Durchbruch

---

214 Vgl. Anl. 27; gemeint ist der „Level-of-Industry-Plan" des KR, der sog. 1. Industrieplan, vom 26. 3. 1946, abgedruckt in: Dokumente der dt. Politik, VI: Dok. Nr. 15, S. 87–92. Vgl. hierzu auch Treue/Schrader, S. 29 ff. Zur Demontage insgesamt vgl. Först; Scriverius.

215 Vgl. Anl. 28.

216 Vgl. hierzu weiter Dok. IV.3. mit Anm. 70.

217 Vgl. die „Zeitfolge" zur 4. Sitz. in: HStAH Nds. Z 50/77 e. Danach fand die 4. Sitzungsperiode am 25., 27., 28. und 29. Mai 1946 statt.

218 Vgl. Anl. 31.

gekommen ist, eine große und einheitliche Linie zu finden. Ich möchte dafür meinen ausdrücklichen Dank zum Ausdruck bringen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 16.45 Uhr

III. 4

Kurzprotokoll der 3. Sitzung 2.–3. Mai 1946

PA 1/258; ungez. Beschl. prot. vom 3. Mai 1946; vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck, 9 Bl.

32. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der zweiten Sitzung wird genehmigt und unterschrieben.

33. Mitteilungen des Generalsekretärs

Der GENERALSEKRETÄR teilt mit, daß die genehmigte Fassung der Geschäftsordnung nach Hinzufügung von drei[1] geringen Änderungen den Mitgliedern zugehen wird. Er bittet, daß die Anträge zur Erleichterung der Arbeit des Zonenbeirates und des britischen Verbindungsstabes in der vorgeschriebenen Form mit genauer Präzisierung der Absicht des Antrages nicht in Briefform vorgelegt werden mögen.

Auf das Beileidstelegramm des Zonenbeirates zum Ableben des Kardinals Graf *Galen* ist eine Antwort von Kardinal *Frings* eingegangen, die der GENERALSEKRETÄR verliest.

34. Bericht über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie

AGARTZ berichtet ausführlich über den Inhalt des Spartan-Plans, gemäß welchem ab Oktober 1946 deutsche Stellen allein verantwortlich sein werden für die Verteilung der Grundstoffe. Sowohl die Zentralstellen wie die Länderchefs begrüßen die erhöhte Verantwortung, die ihnen damit übertragen wird. Schon jetzt indessen wird nur ein Bruchteil der im Spartan-Plan vorgesehenen Kohlenerzeugung erreicht. Das Zentralamt für Wirtschaft hat der Militärregierung ein Gutachten über die Möglichkeit der Steigerung der Kohlenerzeugung vorgelegt, aus dem auch die Gründe für das Absinken der Produktion zu ersehen sind. Der bergbaulichen Zulieferungsindustrie muß die erste Dringlichkeitsstufe gegeben werden, keinesfalls dürfen solche Werke für Reparationszwecke abgebaut werden. Das Absinken der Kohlenerzeugung hat in der Arbeiterschaft psychologische und materielle Gründe: keine Hoffnung auf Besserung der Lebensbedingungen, Kürzung der Knappschaftsversicherung, mangelnde Kaufkraft des Arbeitslohnes, die Tatsache, daß die Mehrförderung an Kohle nicht der deutschen Bevölkerung zugute kommt, sondern für Reparationen und Exportzwecke verwendet wird. Ernährungspolitisch

1 Laut Wortprot. *zwei* Änderungen, vgl. Dok. III.3 mit Anm. 1.

schlägt das Zentralamt für Wirtschaft eine Erhöhung der Kalorien von 2 500[2] auf 3 800 für Untertagearbeiter vor. Diese und andere Versorgungsbevorzugungen sind an gefahrene Schichten zu knüpfen.

Die Beschlüsse der Frankfurter Gemeinschaftstagung der britischen und amerikanischen Zone den internationalen Verkehr betreffend hat die Militärregierung noch nicht durchgeführt. Sie sind bis zur Durchführung der für den 7./8. Mai vereinbarten gemeinsamen Sitzung britischer, amerikanischer, russischer und französischer Vertreter in Minden zurückgestellt worden.

Das Zentralamt für Wirtschaft hat an die Kontrollkommission den Antrag auf eine Atempause in der Ausfuhr der Kohle gerichtet, damit die Industrie in Gang gebracht werden könne und Deutschland dadurch in die Lage versetzt werde, seine Schulden zu bezahlen.

Der VORSITZENDE teilt kurz den Inhalt zweier wichtiger, das deutsche Wirtschaftsleben betreffender Denkschriften mit: einer Denkschrift der Direktion der IG-Farben im Rheinland vom 11. 4. 1946, die sich mit dem Verbot der synthetischen Ammoniakerzeugung befaßt. Dies sei um so bedauerlicher, als diese Produktion für die Landwirtschaft und damit für die Brot- und Kartoffelversorgung ausschlaggebend sei. Ferner einer Denkschrift der Remscheid-Solinger Exportindustrie, wonach aus und mit Kohle hochwertige, ausschließlich den Bedürfnissen der Friedenswirtschaft dienende Exportartikel hergestellt werden können, die in sehr viel höherem und intensiverem Maße Devisen zur Bezahlung der deutschen Einfuhren abwerfen, als dies bei Kohlenausfuhr möglich ist.

Die Versammlung
beschließt auf Anregung des Vorsitzenden, die beiden Denkschriften dem Zentralamt für Wirtschaft und den Mitgliedern des Zonenbeirates sowie allen Generalreferenten für Wirtschaft im Umdruck zuzuleiten.

35. Ernährungslage

Dem Zonenbeirat liegt der Antrag *Lehr* (Anlage 17) vor. SCHLANGE-SCHÖNINGEN faßt die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung (Bericht über die Weiterentwicklung der Ernährungslage und Bericht des Ernährungsausschusses) zusammen. Der momentanen katastrophalen Notlage der Nord-Rheinprovinz ist für den Augenblick durch einige Sofortmaßnahmen Abhilfe geschaffen worden. Im übrigen kann die Situation nicht ernst genug angesehen werden: Am Ende der laufenden Periode wird die Reserve an Getreide aufgebraucht sein. Damit wird die zu erwartende große Krise eintreten, der deutscherseits nur durch folgende vier Maßnahmen wird begegnet werden können:

1. Rationskürzung, von der freilich die großen Städte, die Schwer- und Untertagearbeiter auszunehmen sind,

2. Eingriff in die Viehbestände, womit ein Vorgriff auf die Vorräte des nächsten Jahres erfolgt,

---

2 Vgl. a. a. O., Anm. 10.

3. Kartoffelabgabe vom Lande nach Beendigung des Kartoffelpflanzens,

4. Freiwillige Abgabe von Räucherwaren durch den Selbstversorger.

Es ist zu wünschen, daß die Einfuhr aus den nahrungsmittelmäßig überbevorrateten nordischen Ländern von britischer Seite gefördert wird, daß der Düngerfrage durch Hebung der jetzt nur 3 % der erforderlichen Menge betragenden Stickstoffanlieferung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird und daß die gemüseverwertende Industrie rohstoffmäßig bevorzugt behandelt wird.

AGARTZ teilt hierzu mit, daß die Blechwerke Dinslaken, die das Material für die Konservendosen der britischen Zone herstellen, von einer russischen Kommission zu Reparationszwecken abgebaut werden.

Die Versammlung
prüft die Möglichkeiten, wie die kritische Lebensmittellage entlastet werden könne, und nimmt die folgenden Anträge *Everling* an:

a) Die britische Militärregierung wird gebeten, an die amerikanische Militärregierung mit der Anregung heranzutreten, daß die Produktion der Fischdampferflotte von Wesermünde, die zur Zeit ohne irgendwelche Gegenleistung an die amerikanische Zone geht, bis zur Überwindung der größten Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der britischen Zone in der letzteren verbleibt.

b) Antrag zur Bekämpfung der Wildschäden
Durch die übermäßige Zunahme der Wildbestände – insbesondere des Schwarzwildes – droht der kommenden Ernte großer Schaden. Es ist daher notwendig, die Wildbestände durch geregelten Abschuß beschleunigt auf ein erträgliches Maß zurückzuführen und laufend zu überwachen. Polizeijagden können nach den bisher gemachten Erfahrungen hierbei einen Erfolg nicht gewährleisten. Es wird daher kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Forstbeamten sowie Inhaber von Eigenjagden und die langjährigen Jagdpächter mit Jagdwaffen und Munition zu versehen und ihnen die Erlaubnis zur Ausübung der Jagd zu erteilen. Die Verteilung der Waffen und Munition und ihre laufende Überwachung ließe sich durch die Beauftragten für das Jagdwesen unschwer durchführen – Vorschläge hierfür könnten der britischen Militärregierung unverzüglich vorgelegt werden. Gegebenenfalls bittet der Zonenbeirat die Militärregierung um Richtlinien, nach denen diese Vorschläge ausgearbeitet werden sollen.
Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit würde der Zonenbeirat für eine beschleunigte Weisung besonders dankbar sein.

STELTZER nimmt zur Anweisung Nr. 64 der Kontrollkommission Stellung, nach welcher die Verantwortung sowohl für die Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung als auch der Lebensmittelablieferung und -verteilung den Landesernährungsämtern und Landesbauernschaften zugewiesen wird. Der Rat überweist den nachfolgenden von Oberpräsident *Steltzer* eingebrachten Antrag einem Sonderausschuß, bestehend aus den Mitgliedern *Meitmann, Reimann, Amelunxen, Everling*.[3]

3 Auch *Steltzer* war Mitglied des Sonderausschusses, vgl. a. a. O., mit Anm. 152.

[. . .][4]

LEHR zieht seinen Antrag betr. sofortige Hilfe für die Notstandsgebiete an Rhein und Ruhr zurück, da die von *Schlange-Schöningen* angekündigten Sofortmaßnahmen zunächst Abhilfe schaffen, doch hält er den Absatz b) des Antrages:

> Die für Eßkartoffeln zuständigen Lieferungsgebiete, insbesondere in Süddeutschland und vor allem in Bayern, müssen dringend ersucht werden, unverzüglich die vorhandenen Bestände zum Versand zu bringen.

aufrecht.

Die Versammlung
stimmt dem zu.

36. Bericht des Wohlfahrtsausschusses

Dem Zonenbeirat liegt die Entschließung des Wohlfahrtsausschusses vom 30. 4. 1946 (Anlage 18) vor. [Berichterstatter: *Degkwitz*]

Die Versammlung
stimmt der Entschließung zu.

37. Bericht über die Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen auf die Kohlenförderung

Dem Zonenbeirat liegt der Antrag ZAC/P (46)12 (Anlage 19) vor. [Berichterstatter: *Lehr*]

Die Versammlung
gibt ihre Zustimmung zu den Punkten III a)–d) der Vorlage.

38. Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Dem Zonenbeirat liegt der Antrag der Zonenbeiratsmitglieder Erich *Hoffmann* und Max *Reimann* – ZAC/P (46)13 (Anlage 20) vor.

Das Mitglied HOFFMANN begründet den Antrag: Alle Schichten der Bevölkerung müßten den lebenden Opfern des Faschismus Hilfe angedeihen lassen und derer, die im Kampfe gegen das Regime des Faschismus gefallen sind, in einer Feier gedenken.

ADENAUER erklärt für die gesamte CDU der Zone sein Einverständnis mit dem kommunistischen Antrag, wünscht jedoch die Zielsetzung des Antrages durch eine Ergänzung „. . . Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus – für die politischen Opfer und die Opfer des Krieges im Felde und in der Heimat – . . .“ (Anlage 21) zu erweitern.

---

4 Text a. a. O. mit Anm. 174.

Die Versammlung
beschließt, beide Anträge dem Hauptausschuß zu überweisen.

39. Gemeinschaftliche Tagung des Stuttgarter Länderrates mit Mitgliedern des Zonenbeirats

In Abwesenheit von *Schumacher* berichtet der VORSITZENDE über die Stuttgarter Tagung. Es wird das durch die amerikanische und britische Militärregierung genehmigte Protokoll (Anlage 22) verlesen.

PETERSEN bedauert, daß die Presseveröffentlichung der gemeinsamen Entschließung des Stuttgarter Länderrates und des Zonenbeirates in der britischen Zone nicht ausreichend und der großen Bedeutung der Beschlüsse entsprechend erfolgt ist.

Die Versammlung
nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt dem Wunsche *Petersens* zu.

40. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

Der Vorsitzende des Rechts- und Verfassungsausschusses, HEILE, teilt mit, daß dieser Ausschuß zusammen mit dem Hauptausschuß getagt hat, da beide sich mit dem gleichen Problem der Stellung des Zonenbeirates beschäftigen. Oberpräsident *Steltzer* habe ein ausführliches und grundlegendes Referat über die Verwaltungsreform vorgetragen, das vor einer weiteren Beratung dem Ausschuß schriftlich vorgelegt werden soll.

STELTZER verliest 5 Leitsätze als Richtlinien für eine weitere Erörterung der Verwaltungsreform (siehe Anlage 23) und eine Entschließung des Hauptausschusses, nach der die Kontrollkommission gebeten werden solle, die Arbeit des Zonenbeirates dadurch zu intensivieren, daß ihm alle Gesetze und Verwaltungsgrundsätze, die die Mil. Reg. der britisch besetzten Zone in eigener Zuständigkeit zu erlassen beabsichtige, zugeführt werden.

SCHNEIDER stellt den folgenden Antrag:

> Der Zonenbeirat wolle beschließen, die britische Kontrollkommission zu ersuchen, in der Frage des weiteren staatsrechtlichen Schicksals der britischen Zone oder ihrer Teile keine Entschließung ohne vorherige gutachtliche Stellungnahme des Zonenbeirats zu treffen.

Die Versammlung
a) verweist den Antrag *Steltzer* an den Rechts- und Verfassungsausschuß,

b) nimmt den Antrag *Schneider* an und

c) stimmt der Entschließung des Hauptausschusses betr. Zuleitung von Gesetzentwürfen an den Zonenbeirat zu.

41. Bericht des Hauptausschusses

ADENAUER berichtet über die Sitzung des Hauptausschusses, auf deren Tagesordnung die Satzung der Kanzlei und der Haushalt des Rates des Finanzjahres 1945/46 sowie der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1946/47 standen. Da der Hauptausschuß die in der Satzung der Kanzlei berührte Frage der Stellung des Generalsekretärs und des Stellenplans noch nicht klären konnte, beschloß er, eine neue Fassung dieser Satzung bei der nächsten Sitzung durchzuberaten.

Die Versammlung
nimmt Kenntnis.

42. Tradition der Rheinprovinz

Dem Zonenbeirat liegt der Antrag *Adenauer* (Anlage 24) betreffend „Geplante Aufhebung des Oberlandesgerichts Köln" vor. Der VORSITZENDE verliest die Antwort der Kontrollkommission vom 1. Mai 1946 (Anlage 25).

ADENAUER beantragt, der Zonenbeirat wolle beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen, daß sie die Angelegenheit einer erneuten Nachprüfung unterziehe und einen etwa schon gefaßten Beschluß wieder aufhebe. Der VORSITZENDE betonte namens der Nord-Rheinprovinz, daß auch er der Zusammenlegung der Oberlandesgerichte entschieden widerrate.

Die Versammlung
stimmt dem Antrag zu.

Im Anschluß an die Ausführungen *Adenauers* entstand ein lebhafter Meinungsaustausch über die Form des Vorgehens in der Frage der Bekenntnisschule.

43. Bericht des Forstausschusses

Dem Zonenbeirat liegt der Bericht des Forstausschusses vor (Anlage 26).

Die Versammlung
nimmt die darin enthaltene Entschließung einstimmig an, ebenso die von dem Mitglied *Everling* beantragte zusätzliche Ziffer 6 betreffend den Schutz des Waldes an der Nordseeküste.

44. Plan der deutschen Nachkriegswirtschaft, veröffentlicht am 28. 3. 1946

Dem Zonenbeirat liegt der gemeinsame Antrag der Ratsmitglieder *Schumacher, Kopf* und *Grimme* vor (Anlage 27). Die darauf eingegangene Antwort des britischen Verbindungsstabes (Anlage 28) wurde den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Die Versammlung
überwies die Vorlagen dem Wirtschaftsausschuß zur weiteren Beratung.

45. Entnazifizierung der Kohlenindustrie

Dem Zonenbeirat liegt eine Anregung der Kontrollkommission (Anlage 29) vor.

Die Versammlung
hat entsprechend dieser Anregung den Stand der Entnazifizierung in der Kohlenindustrie erörtert, sie hat die Mitglieder *Henßler, Reimann* und *Karl*[5] beauftragt, die Ansichten der Gewerkschaften zu dieser Frage festzustellen. Der Zonenbeirat wird auf der nächsten Tagung vom Ergebnis der Feststellungen Kenntnis nehmen und praktische Vorschläge machen.

Zu Punkt 5 der Anregung des engl. Verbindungsstabes teilt der VORSITZENDE mit, daß ein Untersuchungsausschuß unter Regierungspräsident *Fries*-Arnsberg damit befaßt ist, die Ursachen der Grubenkatastrophe bei Unna festzustellen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll dem Zonenbeirat auf seiner nächsten Tagung vorgetragen werden.

46. Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses

GRIMME erstattete ausführlichen Bericht mit zahlreichen praktischen Vorschlägen über die zukünftige Zusammensetzung des studentischen Nachwuchses und seine Förderung.

Die Versammlung
überwies den Bericht dem Kulturausschuß zur weiteren Bearbeitung. Er soll gleichzeitig sämtlichen Ratsmitgliedern und den Chefs der Länder und Provinzen im Umdruck zugestellt werden.

47. Termin der nächsten Plenarsitzung

Dienstag, den 28. Mai, 16.00 Uhr und Mittwoch, den 29. Mai 1946.

48. Ausschüsse

Kulturausschuß: Sonnabend, den 25. Mai 1946.
Die übrigen Ausschüsse in der Zeit zwischen 27. und 29. Mai 1946.

---

5 Vgl. a. a. O. Anm. 171.

4. Sitzung
28.–29. Mai 1946

IV. 1

Tagesordnung für die 4. Sitzung

PA 1/253; Ergänzungen gemäß Kurzprotokoll (IV.4).

TOP in Kurzprot.	*Pkt. in Wortprot. und Betreff*
48.	1. Verlesung des Protokolls [der 3. Sitzung]
50.	2. Mitteilungen des Generalsekretärs
51./71.	3. Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung Antrag *Lehr* und andere
52.	4. Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses Berichterstatter: *Agartz*
53.	5. Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit Antrag *Spliedt*
54.	6. Denazifizierung der Kohlenindustrie
55.	7. Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt Vorlage der Kontrollkommission
56.	8. Besteuerung der Fahrräder Vorlage der Kontrollkommission
57.	9. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses Berichterstatter: *Heile*
–	10. Wahl eines Regierungschefs der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe oder der Freien Hansestadt Bremen in den Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats Antrag *Kaisen*
58.	11. Bericht des Kulturausschusses Berichterstatter: *Grimme*[1]
59.	12. Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen Antrag *Amelunxen*
60.	13. Maßnahmen zur Bekämpfung der Nazipropaganda Vorlage der Kontrollkommission
61.	14. Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose Antrag *Degkwitz*

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 153–160.

62.	15. Änderung der Geschäftsordnung: Ersetzung des Wohlfahrtsausschusses durch a) einen Gesundheitsausschuß b) einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß Antrag *Degkwitz*
63.	16. Behandlung der Sitzungen des Zonenbeirats in der Presse und sonstige Mitteilungen über die Tätigkeit des Zonenbeirats an die Öffentlichkeit Mitteilung der Kontrollkommission
64.	17. Zuleitung von Gesetzentwürfen an den Zonenbeirat Mitteilung der Kontrollkommission
65.	18. Vorschläge zur Freilassung bestimmter Gruppen von Kriegsgefangenen Antrag *Kaisen*
66.	19. Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses Berichterstatter: *Adenauer*[2]
	20. Sonstiges
67.	⟨Kosten für den Suchdienst
68.	Einheit von Verwaltung und Polizei Antrag *Amelunxen* und andere
69.	Erbhofrecht und Anerbenrecht Antrag *Kaisen/Drake*
70.	Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten Antrag *Meitmann*
72.	Englische Zeitungen für Zonenbeiratsmitglieder⟩
73.	21. Datum der nächsten Sitzung
–	22. Pressenotiz[3]
–	– [Rede des Militärgouverneurs der britischen Zone, Luftmarschall Sir Sholto *Douglas*]

2 Vgl. a. a. O. mit Anm. 126–129: Berichterstatter *Lehr* und *Kopf*.

3 Eine Pressenotiz ist in den Unterlagen der 4. Sitz. nicht überliefert; vgl. aber PA 1/37: Pressemeldung Nr. 26 vom 2. 6. 1946. Zu Pressemeldungen über die 4. Sitz. vgl. etwa: Die Welt vom 4. 6. 1946: „Maßnahmen gegen Wirtschaftsverfall. Vorschläge des Zonenbeirats – Probleme der Schule"; Hamburger Allgemeine Zeitung vom 4. 6. 1946: „Kohlenförderung das Kernproblem. Die Vorschläge des Zonenbeirates auf seiner Tagung in Hamburg"; Hamburger Echo vom 5. 6. 1946: „Wichtige Beschlüsse des Zonenbeirates"; ein Foto von Sholto *Douglas* vor dem Plenum des ZB in: Lübecker Nachrichten vom 1. 6. 1946, S. 1.

IV. 2

Anwesenheitsliste[1] zur 4. Sitzung

PA 1/258.

Politische Vertreter: Schumacher[2], Meitmann, Henßler (SPD); Adenauer[3], Otto (CDU); Reimann, Hoffmann (KPD); Heile, Blücher[4] (FDP)

Vertreter der Verwaltung: Lehr (Nord-Rheinprovinz); Amelunxen (Westfalen); Kopf (Hannover); Steltzer (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Drake (Lippe)

Vertreter der Sachgebiete: Agartz (Handel und Industrie); Schlange-Schöningen (Ernährung und Landwirtschaft); Lingemann (Rechtswesen); Degkwitz (Gesundheitswesen); Schneider (Post, Telegrafie, Telefon); Spliedt (Arbeitseinsatz); Groth (Öffentliche Sicherheit); Grimme[5] (Erziehung); Petersen (Erziehung); Schwering (Transportwesen); Andrée (Flüchtlinge)

Vertreter der Gewerkschaften: Böckler, Karl

Vertreter der Genossenschaften: Everling

Vom britischen Verbindungsstab waren als Zuhörer anwesend: Lt. Col. Pearson; Capt. Thompson

Deutsches Sekretariat: Weisser

---

1 Laut einer Aufstellung in PA 1/37 nahmen an der 4. Sitz. u. a. folgende Begleiter teil: Gesandtschaftsrat von *Campe,* Oberpräsidium Hannover; Prof. Dr. *Frohne,* Staatsministerium Braunschweig; Dr. *Nansen,* Oberpräsidium Düsseldorf; Stier tom *Moehlen,* Bremen; ORR Dr. *Schröder,* Oberpräsidium Düsseldorf; Dr. *Menzel,* Oberpräsidium Münster. Es ist anhand des Wortprot. nicht eindeutig zu klären, ob die Genannten auch an der Plenarsitzung teilnahmen.

2 Vgl. Dok. IV.3, u. S. 428 f., wonach *Schumacher* zumindest einen Teil der Sitz. nicht anwesend war. Damit würde sich die Nennung von drei SPD-Vertretern in der Anwesenheitsliste erklären. Vgl. hierzu aber auch Dok. V.2, Anm. 1.

3 Zeitweise abwesend, vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 137.

4 Laut Rundschreiben *Weissers* vom 13. 5. 1947 [sic, 1946] war der FDP ein weiterer Sitz im ZB zugebilligt worden, den sie nun in der 4. Sitz. in Anspruch nahm (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 4). Offizielle Zusage der KK laut Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 24. 6. 1946 (PA 1/65).

5 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 164.

TOP 50. A.5 Anlage 32

Erhaltung des deutschen Waldes

Anlage 1 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]
gez. *Amelunxen, Drake, Kaisen, Kopf, Kubel, Lehr, Petersen, Steltzer, Tantzen*

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 30–32.

TOP 50. A.1 Anlage 33

Stellungnahme der Kontrollkommission zum Bericht über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie (Agartz) und zu dem Bericht über die Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen auf die Kohlenförderung (Lehr) (Punkt 34 und 37 des Protokolls der 3. Sitzung des Zonenbeirates vom 2.–3. Mai 1946)[1]

Anlage 1 a zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

Es scheint ein Mißverständnis bezüglich der Zuständigkeit der deutschen Behörden für die Verteilung der Rohstoffe vorzuliegen. Beabsichtigt ist, daß das Zentralamt für Wirtschaft eine ins einzelne gehende Vorbereitung der Wirtschaftspläne für die gesamte britische Zone trifft, beginnend mit dem 4. Vierteljahr 1946. Diese Pläne sollen eine dem Sparta-Plan ähnliche Form haben und Schemata für die Zuweisung von knappen Rohstoffen und bedeutendere Industrieprogramme entwerfen. Die Pläne des Zentralamts für Wirtschaft sind der Kontrollkommission zur Genehmigung zu unterbreiten. Es entspricht der Grundlinie der britischen Politik, daß die Verantwortung für die Ausführung der Pläne und für die Verteilung der Rohstoffe nach Genehmigung dieser Pläne nach und nach den deutschen Behörden übertragen wird. Die einzelnen Phasen der Übertragung der Verantwortung für die Verteilung bewirtschafteter Waren an deutsche Stellen liegen noch nicht genau fest, sie hängen u. a. davon ab, daß die Lenkung in einem angemessenen Verhältnis in britischer Hand bleibt und die deutschen Organisationen befähigt sind, diese Arbeit durchzuführen.

Stellungnahme zu Punkt 34 (soweit in ihm die Kohlenproduktion behandelt ist) wird weiter unten zusammen mit der Stellungnahme zu Punkt 37 gegeben. Die

1 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 4–28 und 63–66 sowie Dok. IV.3 mit Anm. 33.

Feststellung in der Denkschrift des Direktoriums der I. G. Farben, daß ein Verbot der Herstellung von künstlichem Ammoniak ausgesprochen wurde, entspricht nicht den Tatsachen. Künstliches Ammoniak wird so viel wie möglich hergestellt, und die höchste Dringlichkeitsstufe wird für notwendige Rohstoffe zur Herstellung künstlichen Ammoniaks angestrebt.

Zu Punkt 34 und 37

Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen auf die Kohlenförderung.

Die Kontrollkommission ist sich der Wichtigkeit voll bewußt, alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Kohlenförderung zu steigern, und erwägt laufend in dieser Beziehung alle Maßnahmen. Die Kontrollkommission begrüßt daher alle Vorschläge, die in dieser Hinsicht von den verantwortlichen deutschen Behörden gemacht werden. Als Beweis für diese Bereitschaft, mit den deutschen Behörden voll zusammenzuarbeiten, wurde am 10. Mai 1946 eine Sitzung im Hauptquartier der Kontrollkommission abgehalten, auf der die Vorschläge des Zentralamtes für Wirtschaft, wie sie in Punkt 34 des Protokolls angedeutet sind, erörtert wurden.[2] Die Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz und Westfalens nahmen mit den Vertretern des Zentralamts für Wirtschaft an dieser Sitzung teil. Diese Sitzung beschäftigte sich mit den Punkten, die im Bericht von Oberpräsident *Lehr* über die Wirkung der Kürzung der Lebensmittelrationen auf die Kohlenproduktion enthalten sind, benutzte indessen den Bericht des Zentralamts für Wirtschaft für die Tagesordnung.

Die Kommission betont, daß es kaum zur Lösung einer schwierigen Frage beitragen würde, nur einen Vorschlag für sich allein in Erwägung zu ziehen. Die Sitzung vom 10. Mai indessen trug zur Klärung der Lage auf Grund dieser Vorschläge, die noch nicht in Kraft gesetzt werden können, bei, und Übereinstimmung wurde erzielt über gewisse Maßnahmen und Punkte, die von den zuständigen englischen und deutschen Behörden weiter geprüft werden sollen. Zur Unterrichtung des Zonenbeirats wird mitgeteilt, daß die folgenden Fragen erörtert und nachstehende Beschlüsse auf der in Frage stehenden Sitzung gefaßt wurden:

I. Organisationsmethoden in der Kohlenindustrie

(a) Die wirksame und ausreichende Zuweisung von Bergwerksgerät aller Art

Es ist allgemein bekannt, daß Material und Gerät für alle Industriezweige einschließlich des Bergbaus knapp sind. Es wurde auf der Sitzung ausgeführt, daß Bestellungen von Gerät der Kontrolle durch deutsche Beamte der Norddeutschen Kohlen-Kontrollkommission unterliegen und daß deutsche Beamte in der Organisation zur Versorgung der Bergwerksindustrie darin übereinstimmen, daß die Sicherung der Versorgung wesentlich ist. Die Zuweisung sei auf Grund der außeror-

2 Vgl. a. a. O., Anm. 8.

dentlichen Knappheit von Vorräten schwierig. Diese Vorräte müßten für den sofortigen Bedarf flüssig gemacht werden, und dies würde für eine lange Zeit noch so bleiben, wodurch die Bildung der notwendigsten Lagerbestände an den bestgelegenen Plätzen verhindert würde. Die Versammlung wurde jedoch dahingehend unterrichtet, daß Anforderungen der Gruben im Werte von weniger als RM 5 000 jetzt nicht mehr der Kontrolle durch die Norddeutsche Kohlen-Kontrollkommission unterliegen.

Die Versammlung wurde ferner davon in Kenntnis gesetzt, daß die leitenden Beamten der Norddeutschen Kohlen-Kontrollkommission den ganzen Fragenkomplex der Kontrolle der Kohlenindustrieorganisation mit den leitenden Beamten des Zentralamts für Wirtschaft erörtern würden.

(b) Möglichkeit der Rationalisierung des Kohlenbergbaus durch Schließung weniger ergiebiger Gruben

Diese Frage wurde stets im Auge behalten, aber es ergab sich in dieser Beziehung eine Grenze dadurch, daß solche Maßnahmen in den vergangenen 25 Jahren schon in weitem Umfange durchgeführt worden waren und verschiedene Tatsachen dagegen sprechen, diese weiterhin anzuwenden. Diese Tatsachen sind:

1. Die Gesamtsumme der verfügbaren Arbeitskräfte war uns noch nicht bekannt;
2. die Grenzen, die der Heranziehung von Arbeitskräften gesetzt sind und die sich aus dem Mangel an Unterkunftsmöglichkeiten ergeben;
3. Verkehrsschwierigkeiten ließen lange Anfahrten der Bergarbeiter von ihrer Wohnung zu den Gruben nicht zu;
4. psychologisch begründete Einwände der Bergarbeiter gegen die Aufgabe ihrer gewohnten Arbeitsplätze und Wohnsitze;
5. technische Schwierigkeiten, die sich aus der weiten Entfernung der Hilfsanlagen, wie Elektrizitätswerke und Luftkompressoren, von den Gruben, die sie versorgen, ergeben.

Die Sitzung wurde darüber unterrichtet, daß bei Beratungen über die Umschichtung des Arbeitseinsatzes durch Rationalisierung stets die Stellungnahme der Gewerkschaften eingeholt werden würde.

II. Arbeiterfragen

Der Kernpunkt des Antrages von Dr. *Lehr* war die Vermehrung der gefahrenen Schichten im Gegensatz zu dem Vorschlag, mehr Bergleute und vor allem mehr ungeübte Arbeitskräfte zu beschäftigen. Verschiedene Faktoren verhindern eine ins Gewicht fallende Vermehrung der gefahrenen Schichten, hauptsächlich die Lebensmittelzuteilungsschwierigkeiten und das allgemeine Fehlen von Anreizen (Stellungnahme zu diesen Punkten wird später gegeben). Abgesehen jedoch von der Erhöhung der Anzahl von gefahrenen Schichten bestehe ein großer und unabweisbarer Bedarf an zusätzlichen Jungarbeitern, um der Industrie eine sichere Grundlage zu geben in Anbetracht des hohen Durchschnittsalters (43 Jahre) der

Bergarbeiter und der großen Ausfälle. Die Kontrollkommission ist daher der Meinung, daß die augenblicklichen Methoden, Arbeitskräfte für den Ruhrbergbau bereitzustellen, für die nächste Zeit beizubehalten sind. Es wären einfach nicht genügend fachlich ausgebildete Bergarbeiter dort vorhanden, wo sie gebraucht würden. Der Mangel an geeigneten Arbeitskräften mache es unmöglich, die zwangsweise Arbeiterrekrutierung aufzugeben.

Die folgenden Richtlinien wurden hinsichtlich der verschiedenen Gesichtspunkte bei der Bereitstellung von Arbeitskräften für die Bergwerke gegeben:

1. Rückkehr der Kriegsgefangenen. Nur sehr wenige Bergarbeiter würden von den westlichen Alliierten als Kriegsgefangene zurückgehalten, aber Untersuchungen würden bezüglich der Entlassungsmöglichkeiten von Untertagearbeitern, die sich noch in Gefangenschaft befinden, eingeleitet, obgleich in dieser Beziehung bindende Versprechungen nicht gegeben werden konnten.
2. Die Amerikaner hätten eingewilligt, Bergarbeiter für das Ruhrgebiet in Süddeutschland anwerben zu lassen, und da diese wahrscheinlich ihre Familien mitbringen werden, würden besondere Maßnahmen zur Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten zu ergreifen sein.
3. Die Kontrollkommission würde die Frage prüfen, inwieweit es tunlich ist, Nationalsozialisten aus Internierungslagern entweder zusammen in einem Bergwerk oder in besonderen Gruben einzusetzen.
4. Um die erforderliche Anzahl von Bergarbeitern aufrecht zu erhalten, ergab sich die Frage, ob Arbeitskräfte aus anderen Berufen abzuzweigen und in den Bergwerken anzusetzen seien. Dies ist hart für die Arbeitskräfte, die hoffen, in anderen Berufen unterzukommen, aber diese Maßnahme sei unabwendbar, und die Oberpräsidenten der in Frage stehenden Provinzen wurden ersucht, die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme allgemein in ihren Provinzen bekanntzumachen.
5. Die Kohlenindustrie hat die höchste Dringlichkeitsstufe im Anspruch auf Arbeitskräfte, aber trotzdem neigten die Arbeitgeber dazu, Arbeitskräfte zu horten. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, eine Arbeiterbestands-Kontrollstelle bei den deutschen Arbeitsämtern einzurichten. Die Mitarbeit aller Deutschen, besonders der in Behörden tätigen, wäre daher erforderlich, um diese Einstellung gegen die Freigabe von Arbeitskräften zu beseitigen.
6. Die Sicherstellung von Arbeitskräften ist durch die Heraufsetzung des Alters von 35 auf 40 Jahre für den zur Arbeit in der Industrie verpflichteten Personenkreis erreicht worden. Schwierigkeiten bei einer weiteren Heraufsetzung der Altersgrenze würden sich dadurch ergeben, daß ältere Männer mit Familie entwurzelt und daß infolgedessen mehr Unterkunftsräume benötigt würden. Die Unzufriedenheit würde verschärft werden, und unzufriedene Arbeitskräfte bedeuten in materieller Hinsicht niedrigere Produktion. Außerdem beständen Transportschwierigkeiten bei der Versetzung von Bergarbeitern aus einem Gebiet in das andere.
7. Hinsichtlich eines größeren Anreizes, der der Arbeit im Bergwerk zu geben wäre, war man sich in der Sitzung darüber einig, daß das Zentralamt für Wirt-

schaft und die zuständigen deutschen Arbeitsämter die Möglichkeit prüfen sollten, die Arbeit in den Gruben für die Dienstverpflichteten zu begrenzen, z. B. durch Festsetzung der Anzahl der zu fahrenden Schichten. Es bestehen aber augenscheinlich Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Vorschlags, so der Mangel an geeigneten Arbeitskräften zum Ersatz und die niedrigere Arbeitsleistung, die sich aus der sich wiederholenden Einarbeitung ergeben. Ein psychologischer Nachteil dieses Planes würde darin liegen, daß im voraus der Eindruck erweckt würde, daß die Arbeit im Bergwerk nicht dieselben Möglichkeiten für eine interessante Tätigkeit bietet wie andere Berufe.

8. Bezüglich der Bergarbeiterunterstützungen führte die Kontrollkommission an, daß diese von den deutschen Behörden aufgehoben worden seien und daß die Arbeitervertreter hiergegen keine Einwendung erhoben hätten. Wenn Beschwerden vorlägen, die beseitigt werden könnten, so sollten diese von den zuständigen Behörden in den Knappschaften, wo alle Interessen in einer demokratischen Selbstverwaltungskörperschaft zusammengefaßt sind, vorgebracht werden und würden dann gebührende Beachtung finden.

9. Eine Erhöhung der Löhne als Anreiz zur Produktionssteigerung wäre vorgeschlagen worden. Da die Bergarbeiter in Deutschland wie anderswo ebenso wie andere Kategorien von Arbeitern einen gewissen festliegenden Lebensstandard hätten, würde ein Bergarbeiter, wenn er diesen erreicht hätte, keinesfalls mehr Arbeit leisten. Daher könnte eine Lohnerhöhung sehr wohl ein Absinken und nicht ein Ansteigen der Produktion bedeuten. Der Zeitpunkt für eine Lohnerhöhung würde gekommen sein, wenn allgemeine Verbrauchsgüter greifbar sind, nicht eher. Bis dahin liege die Lohnpolitik für ganz Deutschland fest, wie sie in Berlin zwischen den Besatzungsmächten vereinbart worden ist. Wenn Lohnerhöhungen bewilligt würden, ehe es Waren zu kaufen gäbe, würde die Inflation die unvermeidbare Folge sein.

10. Auf die Beanstandung hin, daß die Trennungsentschädigung in einigen Fällen unzureichend sei, bat die Kontrollkommission um Unterlagen zur Prüfung.

11. Eine Erhöhung der Versorgung mit Verbrauchsgütern als Anreiz zu erhöhten Arbeitsleistungen würde augenscheinlich vielen Schwierigkeiten begegnen. Jede Kohlenzuweisung für diese Zwecke müßte von der Zuweisung für die Nahrungsmittelherstellung, die öffentlichen Betriebe, den Transport oder die Stahlindustrie oder von der Kohlenindustrie selbst abgezweigt werden, und solche Abzweigungen können nicht in Erwägung gezogen werden. Jede mögliche Anstrengung würde jedoch gemacht werden, um Verbrauchsgüter herzustellen. Bei einer etwa anlaufenden Produktion würden die Bergwerksgebiete den Vorrang in der Belieferung erhalten. Nach Beratung mit den Gewerkschaften stimmte die Kontrollkommission dem Vorschlag zu, einen Verteilungsplan für Verbrauchsgüter in den Bergwerksgebieten auszuarbeiten, sobald solche Waren greifbar seien, wobei von dem Grundsatz ausgegangen werden solle, daß diese nach dem Punktsystem entsprechend der geleisteten Arbeit verteilt werden.

12. Die Kontrollkommission würde mit allen Kräften die Einfuhr von Gütern aus den anderen Zonen fördern. Bei etwaigen Erfolgen würden die Interessen der Bergwerksgebiete zuerst Berücksichtigung finden.
(Anmerkung: Punkt 13 fehlt im englischen Original.)

14. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bergarbeiter ist augenscheinlich ein Problem erster Ordnung und obendrein eines, dessen sofortige Lösung sehr schwierig ist. 40 000 t Kohle je Monat sind für die Instandsetzung von Gebäuden in der Zone bewilligt worden. Alle weiteren zusätzlich verfügbaren Kohlenmengen würden für die Herstellung von Verbrauchsgütern verwendet werden. Wenn Verbrauchsgüter hergestellt würden, würde ein Anreiz zur Steigerung der Kohlenförderung gegeben sein, und damit würde mehr Kohle für Wohnraumbeschaffung verfügbar werden. Zur Zeit jedoch sind sogar Instandsetzungsarbeiten an Häusern aus Mangel an Material aller Art stillgelegt, und an die Ingangsetzung eines Bauprogramms zur Erstellung neuer Häuser ist leider noch gar nicht zu denken.

15. Fürsorge neben der Wohnungsbeschaffung ist ein wichtiger Faktor zur Aufrechterhaltung der Kohlenförderung. Hier liegt eine Aufgabe, die von den Deutschen selbst zu lösen sei. Die Oberpräsidenten könnten in dieser Hinsicht viel tun, z. B. durch Stärkung der Organisation der Wohnungsämter.

III. Nahrungsmittel

Die Entschließung in dem Antrag von Dr. *Lehr* forderte eine Verbesserung in der Lebensmittelzuteilung nicht nur für die Bergarbeiter selbst, sondern auch für ihre Familien. Jede Erhöhung der Rationen für Bergarbeiter würde auf Kosten der Normalverbraucher in der gesamten Zone gehen. Die meisten Deutschen würden übereinstimmen in der Ansicht, daß dieser Vorschlag nicht durchführbar sei, und die Kontrollkommission habe daher beschlossen, die Rationen für Bergarbeiter nicht zu erhöhen, bevor nicht die Rationen für Normalverbraucher auch erhöht worden seien.

Außer den auf der Sitzung besprochenen Punkten gibt die Kontrollkommission folgende wichtige Stellungnahme zu den Vorschlägen in dem Antrag von Dr. *Lehr* bekannt:

a) Die Kontrollkommission schenkt dem Vorschlag Beachtung, die Rationen der Bergarbeiter von den gefahrenen Schichten abhängig zu machen, d. h. der Bergarbeiter erhält die normale Verbraucherkarte zu Hause und den verbleibenden Teil seiner erhöhten Ration in Form einer Mahlzeit mit einer Sonderzuteilung in Marken, wenn er seine Schicht beendet hat. Diese Art der Lebensmittelzuteilung würde zweifellos eine sofortige Wirkung auf das Fernbleiben von der Arbeitsstelle haben, bringt aber auch Rückwirkungen mit sich, die in Erwägung gezogen werden müssen.
b) Die Kontrollkommission prüft zur Zeit die Behauptung, daß viele Untertagearbeiter über Tage beschäftigt werden.

c) Eine Umfrage unter den Familien im Ruhrgebiet, die mit dem Bergbau verbunden sind, wird eingeleitet mit dem Ziel zu erfahren, ob die Männer sich in Kriegsgefangenschaft befinden.

Auch[3] die Behauptung in Punkt 34 des Protokolls, daß das Absinken in der Arbeitsleistung des deutschen Bergarbeiters seine tiefere Ursache u. a. in der Tatsache habe, daß die Mehrförderung nicht der deutschen Bevölkerung zugute komme, sondern für Reparations- und Exportzwecke benutzt würde, wird erwidert: Tatsache ist, daß keine Kohle für Reparationszwecke ausgeführt wird und alle ausgeführten Kohlenmengen bezahlt werden. Die auf diese Weise anfallenden Devisen werden zum Ankauf eines Teils der notwendigen Einfuhr von Lebensmitteln für das deutsche Volk verwendet. Der dadurch nicht gedeckte Rest dieser Einfuhren, zur Zeit im Werte von etwa 50 Millionen Pfund jährlich, werden [!] von dem englischen Steuerzahler aufgebracht. Diese Tatsache sollte den Bergarbeitern, soweit es tunlich erscheint, zur Kenntnis gebracht werden.

3 Gemeint vermutlich: auf.

TOP 51 Anlage 34

Antrag Lehr, Petersen, Kaisen, Steltzer und Amelunxen Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung[1]

Anlage 2 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)19.–J. Nr. 414/46.

Die vorbezeichneten Mitglieder des Zonenbeirats beantragen, folgenden Beschluß zu fassen:

Bei nochmaliger eingehender Überprüfung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und nach gewissenhafter Erwägung aller daraus mit unbedingter Notwendigkeit zu ziehenden Folgerungen ist der Zonenbeirat zu folgendem Ergebnis gelangt, das der Kontrollkommission für Deutschland (BE) auf schnellstem Wege zur Kenntnis gebracht werden soll:

1. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der britischen Zone steuern binnen wenigen Monaten dem völligen Zusammenbruch zu, wenn nicht sofort grundlegende Maßnahmen ergriffen werden, die dem wirtschaftlichen Verfall und damit der drohenden politischen Radikalisierung Einhalt gebieten.
2. Das Kernproblem der Wirtschaft in der britischen Zone ist nach allgemein übereinstimmender Auffassung die Kohlenförderung. Diese müßte nach Maßgabe der Vorschläge im Düsseldorfer Gutachten des Deutschen Wirtschaftsrates mit größter Eile gesteigert werden.[2]

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 66–69.
2 Vgl. Dok. III.3, Anm. 6.

3. Eine nennenswerte Erhöhung der Kohlenförderung wird sich indes unter den obwaltenden Umständen nicht mehr schnell genug erreichen lassen. Deshalb bleibt im Augenblick nichts anderes übrig, als die gegenwärtige Verteilung der Kohle mindestens vorübergehend zu ändern, um der deutschen Wirtschaft eine Anlaufs- und Erholungspause zu gewähren. Das sollte in der Weise geschehen, daß eine bestimmte Menge Kohle im Monat vorab der deutschen Wirtschaft zugeführt wird, um die Bauwirtschaft als wichtigste Schlüsselindustrie und die Export- und Konsumgüterindustrie nachhaltig zu beleben.
4. Die Ausfuhr von Kohle sollte zu Gunsten der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen herabgesetzt werden.[3] Damit würde auch ein weiterer Teil der deutschen Arbeitskraft dem allgemeinen Interesse des europäischen Wiederaufbaus nutzbar gemacht werden.

〈5. Für einen Übergangszeitraum von vielleicht 2 Jahren sollte zu demselben Zwecke der Abtransport von Industrieanlagen für Reparationszwecke zurückgestellt und ihre Ingangsetzung betrieben werden, soweit es sich nicht um Anlagen handelt, die nur der Herstellung von Kriegsgerät dienen können.〉[4]

3 Auf brit. Wunsch geändert, vgl. PA 1/203: Schreiben *Pinks* vom 18. 5. 1946. Originalfassung lautete: „Reparationslieferungen sollten für diesen Zeitraum nicht so sehr die Kohle selbst, als vielmehr die damit und daraus hergestellten Erzeugnisse zum Gegenstand haben." (vgl. HStAH Nds. Z 50/77 b: Antrag vom 1. 5. 1946).

4 Auf brit. Wunsch entfallen und gemäß Originalfassung inseriert (vgl. die Angaben unter Anm. 3).

TOP 53 **Anlage 35**

24. April 1946: Spliedt an die Kontrollkommission über die Kanzlei des Zonenbeirats Zur Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit[1]

Anlage 3 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)20.–J. Nr. 395/46.

Ich beantrage in meiner Eigenschaft als Fachvertreter für Fragen der Arbeit im Zonenbeirat, die Militärregierung möge die Verwaltung auf dem Gebiete der Arbeit in folgender Weise organisieren:

a) Es wird ein Zentralamt für Arbeit mit den Aufgaben Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Sozialversicherung geschaffen.

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 166–174.

b) Dieses Zentralamt berät die Militärregierung, Manpower Division, und erhält fachliche Weisungsbefugnisse gegenüber den Arbeitsbehörden in der Mittel- und Unterstufe. Es hat engste Fühlung mit dem Zentralamt für Wirtschaft und den Arbeitsbehörden der anderen Zonen zu halten.
c) Die Wohnungswirtschaft (Wohnungsneubau und Wohnungsverwaltung) wird dem Zentralamt für Wirtschaft angegliedert oder zu einem besonderen Zentralamt für Wohnungswirtschaft ausgebaut. Dieses Zentralamt berät – im ersten Falle – die Economical Division der Militärregierung oder – im zweiten Falle – die Manpower Division und erhält Weisungsbefugnisse gegenüber den Wohnungsbehörden der Länder und Provinzen.

Zur Begründung mache ich die folgenden Ausführungen. Ich behalte mir vor, meine Vorschläge dem Zonenbeirat zur Stellungnahme zu unterbreiten, falls die Militärregierung eine solche Stellungnahme des Plenums des Zonenbeirats wünscht.

I. Durch Anordnungen der Militärregierung sind in letzter Zeit ein Zentralamt für Wirtschaft[2], ein Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft[3] sowie weitere deutsche Zentralbehörden[4] geschaffen worden. Zum Teil haben diese Behörden bereits das Recht erhalten, Weisungen an die Verwaltungsbehörden der regionalen und der lokalen Stufe zu erteilen. Zum Teil verfügen sie auch über einen eigenen Unterbau an solchen Behörden. Diese Behörden sind im allgemeinen so entstanden, daß zunächst bei der zuständigen Abteilung der Militärregierung deutsche „Beiräte" geschaffen wurden, die dann hauptberufliche Sekretäre ernannten.[5] Diese Sekretäre wurden in einem späteren Stadium zu Leitern der neu geschaffenen zentralen Behörden.

Die fraglichen Behörden sind offenbar nicht als Dauereinrichtungen für das Territorium der betreffenden Besatzungszone gedacht, sondern dazu bestimmt, die Funktionen einer künftigen Zentralverwaltung für das ganze Reichsgebiet auszuüben, solange eine solche Zentralverwaltung noch nicht besteht. Sie sind also gewissermaßen Reichsbehörden im Entstehen. Daher ist es nicht ihre Aufgabe, den Ländern und Provinzen und den sonstigen Behörden der Mittelstufe Aufgaben zu entziehen. Sie sollen sich vielmehr auf die eigentlichen zentralen Aufgaben der Reichsverwaltung beschränken.

In der Hauptsache werden sie zunächst zur Beratung der Militärregierung bestellt. Eigene Anordnungsbefugnisse erhalten sie nur allmählich und Schritt für Schritt.

Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung sollen diese Zentralbehörden dem Zonenbeirat unterbreiten. Im allgemeinen ist der Leiter des betreffenden Zentralamtes Mitglied des Zonenbeirates.

II. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozeß, soweit die britisch besetzte Zone in Frage kommt, auf dem Gebiete der Wirtschaft. Dies entspricht der Notwen-

2 Vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 103–112. Das ZfW nahm seine Tätigkeit im März 1946 auf.
3 Vgl. hierzu Vogel, Westdtld. I, S. 130–133. Das ZEL wurde am 11. 3. 1946 errichtet.
4 Vgl. das Schaubild II a. a. O., nach S. 18.
5 Vgl. etwa den „Deutschen Wirtschaftsrat bei der Kontrollkommission für Deutschland (Britischer Teil), Vogel, Westdtld. II, S. 97–102.

digkeit, die deutsche Volkswirtschaft in ihrer jetzigen Notlage einer einheitlichen Planung zu unterwerfen, die alle Zweige des Wirtschaftslebens umfaßt. In Betracht kommen insbesondere:

a) Industrie, Handel und Kreditwirtschaft (Banken),

b) Ernährung und Landwirtschaft; Forsten,

c) Verkehr (Eisenbahn und Straßenbahn, Binnenschiffahrt, verbliebene Aufgaben der Seeschiffahrt, Post und Telegrafie),

d) Arbeit (Arbeitseinsatz, Lohn- und Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung),

e) Wohnungswesen (Wohnungsbau und Wohnungsverwaltung),

f) Öffentliche Haushalte (Budgets).

Alle diese Verwaltungszweige haben Einfluß auf den Prozeß des Wirtschaftslebens. Alle diese Zweige der Verwaltung müssen daher auch an der einheitlichen Planung der gesamten Wirtschaft mitwirken.[6]

Nachdem ein Teil dieser Verwaltungsaufgaben von der Militärregierung bereits neu geschaffenen deutschen Zentralämtern übertragen worden ist, ist es daher erforderlich, daß auch alle übrigen genannten Zweige der Verwaltung entsprechend auf deutscher Seite organisiert werden. Im anderen Falle würde es unmöglich sein, auf deutscher Seite einen umfassenden, in allen Teilen sachverständig begründeten Wirtschaftsplan aufzustellen.

III. Das wichtigste Gebiet neben Industrie und Landwirtschaft ist die Arbeit. Auf dem Gebiete der Arbeitsverwaltung ist jedoch die Schaffung deutscher Zentralstellen für die ganze Zone noch nicht so weit fortgeschritten wie auf den Gebieten Industrie und Landwirtschaft. Es dürfte erforderlich sein, daß gerade auch auf diesem wichtigem Gebiete so schnell wie möglich die vorhandenen vorbereitenden Einrichtungen zu einem regulären Zentralamt für Arbeit ausgebaut werden. An solchen Ansätzen liegen meines Wissens vor[7]:

a) die Bestellung von Präsident Dr. *Link* zum Berater der Manpower Division für Fragen der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung;

b) die Bestellung des Oberregierungsrates Dr. *Dobbernack* als Berater der Manpower Division für Fragen der Sozialversicherung;

---

6 Vgl. die Entwicklung der genannten Verwaltungszweige:
zu a) Zentral-Schuldenverwaltung für die brit. Zone ab 1. 12. 1946, Vogel, Westdtld. III, S. 76–79;
zu b) vgl. o. Anm. 3;
zu c) ein Zentralamt, das alle die von *Spliedt* genannten Bereiche umfaßte, entstand nicht, vielmehr gab es verschiedene Verwaltungszweige; vgl. dazu im einzelnen Vogel, Westdtld. III, S. 281–296 sowie S. 376–379. Für das Post- und Fernmeldewesen war schon am 19. 9. 1945 die Reichspost-Oberdirektion für die brit. Zone errichtet worden, a. a. O., S. 167–171.
zu d) zum ZfA vgl. Dok. IV.3, Anm. 167;
zu e) zum Wohnungswesen vgl. a. a. O., Anm. 172;
zu f) Zentral-Haushalts-Amt ab 1. 12. 1946, vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 70–74.

7 Die folgenden Persönlichkeiten und der Ausschuß arbeiteten im Rahmen der „Beratungsstelle für Arbeits-, Wohnungs- und Siedlungswesen/German Labour and Housing Agency", die auf Weisung der CCG(BE) am 15. 3. 1946 errichtet worden war, vgl. a. a. O., S. 422 ff.

c) die Bildung eines Ausschusses von fünf Personen zur Beratung der Manpower Division auf dem Gebiete des Wohnungsneubaues und der Wohnungsverwaltung.

Ich gehe von der Auffassung aus, daß die Fragen der Wohnungswirtschaft genau wie die Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit anderen Verbrauchs- und Gebrauchsgütern Angelegenheiten der Wirtschaftsverwaltung und nicht der Sozialverwaltung sind. Die Wohnungswirtschaft ist heute ein Zentralproblem der Wirtschaftsplanung. Sie kann weder von einer rein sozialpolitischen Behörde noch von einer Behörde aus bloßen Bausachverständigen bearbeitet werden. Ich bin also der Meinung, daß die Fragen der Wohnungswirtschaft dem Zentralamt für Wirtschaft übertragen werden sollten. Wenn dies nicht möglich sein sollte, weil auf der englischen Seite die Wohnungswirtschaft nicht von Economical Division, sondern von Manpower Division bearbeitet wird, sollte doch auf deutscher Seite für die Wohnungswirtschaft eine *selbständige* Behörde geschaffen werden, also ein Zentralamt für Wohnungswirtschaft. Dieses könnte dann auf englischer Seite von Manpower Division beaufsichtigt werden und würde später einmal nach Fortfall der Besetzung einem künftigen deutschen Ministerium für Wirtschaft angegliedert werden können.

IV. Das vorgeschlagene Zentralamt für Arbeit würde also die Aufgaben Arbeitseinsatz, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen und Sozialversicherung umfassen. Für Arbeitsstreitigkeiten würden ferner unter der Aufsicht dieses Zentralamtes wieder Arbeitsgerichte gebildet werden müssen. Eine volkswirtschaftliche Abteilung dieses Zentralamtes für Arbeit würde dafür zu sorgen haben, daß die von diesem Amte ausgehenden Direktiven mit der allgemeinen Wirtschaftsplanung koordiniert werden. Diese Abteilung würde also insbesondere für enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsbehörde in Minden zu sorgen haben. Ob das Zentralamt für Wirtschaft[8] in Lohnfragen lediglich als Schlichtungsinstanz handeln sollte oder ob es den Lohn für die einzelnen Wirtschaftszweige behördlich nach Anhörung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festsetzen sollte, ist eine Frage der materiellen Gesetzgebung, die in diesem Vorschlag offengelassen werden kann.

V. Von großer Bedeutung ist die Frage des Unterbaues für dieses Zentralamt für Arbeit. Wenn das künftige Reichsgebiet sich in eine Anzahl von Ländern gliedern soll, die selbst Regierungsfunktionen ausüben, so spricht alles dafür, daß die Bezirke der Mittelbehörden für Arbeit den künftigen Grenzen dieser Länder angepaßt werden. Darüber hinaus ist zur Durchführung einer gesunden Dezentralisierung erforderlich, daß diese Mittelbehörden für Arbeit den Regierungen der Länder in den Fragen der allgemeinen Dienstaufsicht unterstellt werden, daß aber andererseits das Zentralamt für Arbeit die Befugnis zu sachlichen Weisungen an diese Mittelbehörden erhält. Dieses Schema, das bereits bei dem Zentralamt für Wirtschaft angewendet wird, empfiehlt sich auch für die Arbeitsverwaltung. In welchem Maße im einzelnen dieses Weisungsrecht zu gestalten ist, behalte ich weiteren Vorschlägen vor.

---

8 Vgl. Dok. IV.3, u. S. 411. Dort korrigiert in „Arbeit".

TOP 55 **Anlage 36**

Vorlage der Kontrollkommission
Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt[1]

Anlage 4 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)21.–J. Nr. 544/46.

1. Der Zonenbeirat wird ersucht, Erwägungen über Vorschläge anzustellen, die den deutschen Ortsbehörden gemacht werden könnten hinsichtlich der bei der Aufstellung von Arbeitskräften für Schuttaufräumung anzuwendenden Methoden. Insbesondere sollen Richtlinien gegeben werden für die Art und Weise, wie die Ortsbehörden sich bei der Planung eines Einsatzes freiwilliger Arbeitskräfte bei der Schuttaufräumung zu verhalten haben.

2. Man könnte sagen: Unter psychologischem Gesichtspunkt ist es wünschenswert, daß die Trümmer zerstörter Städte beseitigt werden und daß man dem Volk einen inneren Antrieb zum Wiederaufbau gibt. Indessen ergibt die Schuttaufräumung über das notwendige Mindestmaß hinaus keinen wirtschaftlichen Ertrag. Weiterhin ist es eine offene Frage, ob der allgemeine Mangel an brauchbaren Arbeitskräften und die Erschöpfung der Menschen, besonders im Hinblick auf die Lebensmittellage, mehr als ein Mindestmaß an Anstrengungen zuläßt, das dann auf die notwendige produktive Arbeit konzentriert werden müßte, die erforderlich ist, um Deutschland durch die nächsten Jahre hindurchzubringen.

3. Es haben früher Gesetze bestanden, die die Ortsbehörden ermächtigten, alle körperlich tauglichen Personen in der Gemeinde für Arbeit in Fällen dringender Not aufzurufen. Ein Beispiel ist die nazistische Notdienstverordnung vom 15. Oktober 1938.[2] Diese Gesetze verfolgten indessen den ausschließlichen Zweck, einer kurzfristigen Notlage zu Zeiten zu begegnen, wo die üblicherweise zuständige Verwaltung nicht funktionierte, und es würden sich große Schwierigkeiten bei ihrer Anwendung auf ein ständiges Arbeitsgebiet, wie die Schuttaufräumung, ergeben.

4. In Übereinstimmung mit dem Befehl Nr. 3 des Kontrollrates[3] wird die Kontrolle und Lenkung der Arbeitskräfte der Arbeitsverwaltung übertragen, die von der allgemeinen Verwaltung unabhängig ist. Nur auf diese Weise kann die beschränkte Menge von in Deutschland vorhandenen Arbeitskräften für Aufgaben angesetzt werden, die den größtmöglichen Nutzen für alle erbringen. Gleichzeitig wird jetzt der allgemeinen Verwaltung eine Vertretung in den beratenden Ausschüssen gegeben, die bei den Arbeitsämtern in Deutschland eingesetzt werden, und so wird die

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 73–74.
2 RGBl. 1938 I, S. 1441 f.: Dritte VO zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (Notdienstverordnung) vom 15. 10. 1938.
3 Vgl. Amtsbl. KR, S. 133 ff.: Befehl Nr. 3 vom 17. 1. 1946: Registrierung der in arbeitsfähigem Alter stehenden Bevölkerung, Registrierung der Arbeitslosen und deren Unterbringung in Arbeit.

Verwaltung in der Lage sein, durch den entsprechenden demokratischen Apparat ihren Einfluß geltend zu machen. Die Arbeitsämter indessen haben eine Zuständigkeit, die über das Gebiet, in dem sie wirken, hinausgreift, weil sie Arbeitskräfte für Aufgaben aufbringen müssen, die für die gesamte Wirtschaft Deutschlands von Wichtigkeit sind, z. B. für den Ruhrbergbau.

5. Ortsbehörden, die Pläne zur Schutträumung ins Werk setzen wollen, können sich Arbeitskräfte auf zwei Wegen sichern:

(i) indem sie sich diese auf dem üblichen Wege über das Arbeitsamt zuweisen lassen und die entsprechenden Sätze bezahlen. Ihre Anforderungen von Arbeitskräften würden nach der Vorrangstufe für lebensnotwendige Arbeiten behandelt werden, wie sie von der Kontrollkommission festgelegt wurde, und die Ortsbehörden würden ihrerseits die finanzielle Genehmigung für die Zahlung der Löhne zu erwirken haben. Die Arbeitsämter haben nach den Anweisungen der Kontrollbehörde Vollmacht, Personen, die gemäß den Denazifizierungsbestimmungen aus Anstellungsverhältnissen entfernt oder von ihnen ausgeschlossen sind, bei wenig begehrten oder schweren Arbeiten im Falle des Mangels an unbeschäftigten Personen der betreffenden Berufe einzusetzen;
(ii) durch freiwillige unvergütete Arbeitskräfte. Dies kann durchgeführt werden durch Personen, die normalerweise nicht zur Arbeit herangezogen werden, oder durch solche, die die Woche über arbeiten und freiwillig ihre freie Zeit für Schuttaufräumung zur Verfügung stellen.

6. Vorzüge und Nachteile der oben angeführten Methoden:

(a) Der Einsatz bezahlter Arbeitskräfte ist die einzige Methode, um eine Aufgabe großen Stils durchzuführen. Hierbei werden die Ortsbehörden ermächtigt, ihre Arbeit mit wirksamer Aufsicht durchzuführen, und es ist gewährleistet, daß für oberflächliches Arbeiten keine Zeit verschwendet wird. Es wird ferner gewährleistet, daß die verfügbaren Arbeitskräfte bei den wichtigsten Aufgaben eingesetzt werden, und das Ansehen der Arbeit als einer Leistung, für die ein Mann den verdienten Lohn nach den dafür festgesetzten Tarifen erhält, wird aufrechterhalten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Gewerkschaften in Deutschland ebenso wie diejenigen in den demokratischen Ländern Methoden bevorzugen würden, nach denen die Ortsbehörden nur bezahlte Arbeitskräfte einsetzen.
(b) Freiwillige Arbeit hat psychologische Wirkung, die wertvoll sein mag, aber gleichzeitig kann sie der Anlaß dazu werden, daß Menschen ihre Hauptarbeit vernachlässigen, besonders im Hinblick auf die Lebensmittellage. Es ist zur Zeit ein beträchtliches Fernbleiben von den Arbeitsplätzen in der britischen Zone zu beobachten, und ein weiterer Eingriff in die Freizeit des normalen Arbeiters oder in die Zeit, wo er in seinem Schrebergarten arbeiten muß, könnte eine große Zunahme der Zeit mit sich bringen, die er seiner täglichen Arbeit entzieht. Es mag indessen möglich sein, Frauen in dieser Weise heranzuziehen, die die Woche über keine Ganztagsarbeit annehmen können wegen ihrer häuslichen Verpflichtungen, die aber ein oder zwei Tage sich als freiwillige Arbeitskräfte für die Schuttaufräumung zur Verfügung stellen.

TOP 56 **Anlage 37**

22. Mai 1946: Vorlage der Kontrollkommission Besteuerung der Fahrräder[1]

Anlage 5 zur 4. Sitzung.

PA 1/258.

HQ/14301/3/ZAC.–ZAC/P (46)22.– J. Nr. 541/46.

1. Im Zuge der von den Alliierten angestrebten Dezentralisierung wird jede Gelegenheit ergriffen, um den Gemeinden und Kreisen zusätzlich Funktionen zu übertragen, die früher zur Zuständigkeit der höheren Verwaltungsstufen gehörten, von denen aber angenommen wird, daß ohne Schaden die unteren Verwaltungskörperschaften damit betraut werden können. Hand in Hand mit dieser Entwicklung muß eine Erweiterung des Rechtes der Gemeinderäte auf Steuereinziehung gehen, denn eine erfolgreiche örtliche Selbstverwaltung bedarf eines größeren Maßes an finanzieller Unabhängigkeit, als die Gemeinderäte bisher besessen haben, und ihre Finanzquellen müssen hinreichend erweitert werden, wenn die örtliche Selbstverwaltung voll zur Auswirkung kommen soll.

2. Gleichzeitig muß sorgsam darauf geachtet werden, daß keine Übergriffe auf die den Zentralbehörden vorbehaltenen Zuständigkeitsgebiete vorkommen im Hinblick auf die Hauptformen der Besteuerung wie Einkommensteuer, Zölle und Kraftfahrzeugsteuer.

3. Bei den zuständigen Divisions der Kontrollkommission wird angenommen, daß eine Fahrradsteuer diese Bedingungen erfüllen würde; im Bereich der Einkünfte der lokalen Selbstverwaltung und der Gemeinden würde sie ein Gegenstück darstellen zu der im Bereich der Zentralbehörden bereits bestehenden Kraftfahrzeugsteuer.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß diese Auflage mit voller Wirkung ohne besonderen Aufwand und ohne ungebührliche Belastung in verwaltungsmäßiger Hinsicht eingetrieben werden kann: Der örtlich vorhandene Beamtenapparat und die technischen Verwaltungsmittel dürften ausreichend sein, und keine zusätzlichen Ausgaben würden in dieser Richtung entstehen. Hinterziehung mag in gewissem Ausmaß zu erwarten sein, aber es ist nicht anzunehmen, daß sie so bedeutend sein wird, daß ein Mißverhältnis zwischen den Kosten der Einziehung und den Nettoeinnahmen der Gemeinden dadurch entsteht.

Der Aufgabenbereich der Polizei würde weder durch Einziehung der Steuer noch durch die Kontrolle säumiger Zahler erweitert werden; sie hätte der Ortsbehörde lediglich Namen und Anschrift einer jeden Person zu melden, die auf einem Fahrrad ohne die vorgeschriebene Steuermarke betroffen [!] würde. Die Polizisten werden nicht nur keine neuen oder besonderen Aufgaben erhalten, sondern in gewis-

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 75–77.

sen Fällen mag die Steuermarke zur Aufdeckung von Straftaten und zur Verhütung von Diebstählen beitragen.

Eine Fahrradsteuer dürfte weder als unbillig noch als herabsetzend angesehen werden. Sie entspricht im ganzen der Motorradsteuer und ist grundsätzlich von den übrigen Formen der Besteuerung nicht verschieden.

Es würde sich um die Besteuerung eines Verkehrsmittels handeln, das als solches benutzt wird, nicht des bloßen Besitzes eines Fahrrades, so daß die Lagerbestände der Händler steuerfrei wären.

Es könnte dagegen erinnert werden, daß die Steuer weithin die Jugendlichen und die minderbemittelte Arbeiterklasse treffen würde, die sie nur mit Mühe aufbringen könnte. Die Beobachtung lehrt indessen, daß Fahrräder von Angehörigen aller Stände benutzt werden; und die Eltern würden wie üblich für ihre Kinder zahlen wie im Falle der Vergnügungssteuer.

4. Es ist nicht leicht, den Ertrag der Steuer zu berechnen, da die Anzahl der Fahrräder in den einzelnen Bezirken der britischen Zone nicht bekannt ist, aber es ist anzunehmen, daß ein Viertel der mit 20 Millionen anzusetzenden Bevölkerung radfährt, und man braucht nicht mehr als 10 % für die Kosten der Erhebung dieser Steuer abzusetzen. Versuchsweise könnte eine Zulassungsgebühr zu dem niedrigen Jahressatz von RM 10 eingeführt werden; dies würde jährlich Mehreinkünfte in Höhe von RM 45 000 000 für die Gemeinden bedeuten und damit einen gewichtigen und willkommenen Beitrag zur Schaffung ausreichender Finanzquellen, über die diese Stellen örtlicher Selbstverwaltung freie Verfügung haben sollten.

Im Hinblick auf die Bestimmungen und die Höhe der vorgeschlagenen Steuer dürfte keine Befreiung oder Vergünstigung erforderlich sein; die Steuer müßte jährlich eingezogen werden ohne Teilzahlung für kürzere Perioden und unter Zugrundelegung des Kalender-, nicht des Finanzjahres.

5. Der vom Zonenbeirat zu erörternde Entwurf kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

a) eine jährliche Steuer in Höhe von RM 10 für das Kalenderjahr auf Fahrräder, die im Straßenverkehr wirklich benutzt werden.
b) Gegen Zahlung der Steuer wird eine runde Metallmarke von etwa 3 ½ cm Durchmesser ausgehändigt, auf welcher das Jahr der Ausgabe, die laufende Nummer und seitens der Gemeinde ein Ortsstempel angebracht würde, wofür die notwendige technische Apparatur im allgemeinen vorhanden sein dürfte.
c) Jede Gemeinde würde eine Liste der ausgegebenen Metallmarken führen nach laufender Nummer, Name und Anschrift des Bewerbers und Fabrik-Nummer des Fahrrades.
d) Nicht-Zahlende wären mit einer Geldstrafe in Höhe des 3- bis 5fachen Betrages der Steuer zu belegen.
e) Auf Radfahrer, die gelegentlich aus anderen Zonen kommen, braucht keine Rücksicht genommen zu werden; sie müssen in der Lage sein, Ortszuständigkeit nachzuweisen, sie sollten der Besteuerung oder Bestrafung nicht unterliegen für [eine] räumlich und zeitlich nicht sehr ausgedehnte Fahrt innerhalb der britischen Zone.

6. Der Zonenbeirat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

a) erscheint es tunlich, einen solchen Versuch mit Wirkung etwa vom 1. 1. 1946 zu machen?

b) Wenn der Zonenbeirat der Meinung ist, daß zur dauernden Mehrung der Gemeindeeinkünfte eine Fahrradsteuer eingeführt werden sollte, wäre dann die Methode und die Höhe der Steuer, wie sie hier vorgeschlagen wird, zu empfehlen, oder wenn nicht, welch anderes Verfahren und welcher Satz wäre anzuwenden? Kann der Zonenbeirat den voraussichtlichen Brutto-Ertrag der Steuer abschätzen, in der Voraussetzung, daß die Einziehung ausschließlich durch den bereits vorhandenen Beamtenapparat der örtlichen Behörden erfolgen würde?

Anlage 38

Antrag Kaisen
Wahl eines Regierungschefs der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe oder der Freien Hansestadt Bremen in den Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats[1]

Anlage 6 zur 4. Sitzung.

PA 1/258.

ZAC/P (46)29. – J. Nr. 483/46.

Der Rechts- und Verfassungsausschuß setzt sich aus den Oberpräsidenten Dr. *Amelunxen,* Dr. *Kopf* und *Steltzer* als Vertreter der Regierungschefs, den Herren *Heile, Reimann,* Dr. *Adenauer* als Vertreter der politischen Parteien, und den Herren Dr. *Groth,* Dr. *Lingemann* und *Karl* als Fachvertreter[2] zusammen.

Der Ausschuß berät gegenwärtig über das Problem der gebietlichen Neugliederung der britischen Zone. Für die Erörterungen kommt es ganz besonders darauf an, ob im Grundsatz der Auffassung der preußischen Provinzen gefolgt wird, die, unter Vergrößerung ihres Gebietes um die sogenannten kleinen Länder, selbst Länder werden möchten, oder ob man eine völlige Neugliederung der britischen Zone derart vornimmt, daß eine größere Zahl von mittleren Ländern geschaffen wird. Diese Probleme berühren damit die Existenz der sogenannten kleinen Länder. Im Rechts- und Verfassungsausschuß, in dem über diese Fragen verhandelt werden soll, sind sie überhaupt nicht vertreten, während die Oberpräsidenten der preußischen Provinzen in der Zahl von 3 vertreten sind, zu denen gegebenenfalls der Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz als gegenwärtiger Vorsitzender des Zonenbeirats noch hinzutritt. Es kann offengelassen werden, ob einer der Oberpräsidenten seinerseits aus dem Ausschuß zurücktritt und an seine Stelle einer der Chefs

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 84–89.

2 *Karl* war Gewerkschaftsvertreter.

der kleinen Länder tritt oder ob ein weiteres Mitglied in den Ausschuß hineingewählt werden soll. An sich dürften die Interessen der Oberpräsidenten der preußischen Provinzen hinreichend gewahrt sein, auch wenn sie nur in der Zahl von 2 im Ausschuß vertreten wären.

TOP 58 Anlage 39

25. Mai 1946: Antrag des Kulturausschusses des Zonenbeirats

Anlage 7 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 154–161.

TOP 58 Anlage 40

25. Mai 1946: Entschließung des Kulturausschusses des Zonenbeirats im Anschluß an das Grimmesche Referat vom 3. Mai 1946[1]

Anlage 8 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

Angesichts der katastrophalen Notlage auf ideellem und materiellem Gebiet ist die soziale Ausgestaltung und die Demokratisierung des gesamten Schul- und Erziehungswesens weitgehend zu fördern. Zu diesem Zwecke werden hiermit Vorschläge unterbreitet unter der Voraussetzung, daß der Zugang zu den höheren Schulen verringert wird, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Zulassung nach vorhandenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu steuern, unter strengster Auswahl der wirklich Begabten aller Volksschichten.

I.

1. Das Ziel der Unterrichtsverwaltung ist die Herstellung der völligen Schulgeld- und Lernmittelfreiheit.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 156–165.

Es wird ein Unterausschuß beauftragt, die Frage zu prüfen unter Berücksichtigung der Auswirkung auf Privatschulen und Finanzen.

In ihn sollen berufen werden 6 Fachleute der Schulverwaltung aus Ländern und Provinzen, 4 Politiker, die vom Zonenbeirat benannt werden, 3 Vertreter der Privatschulen. – Finanzsachverständige werden als Gäste mit hinzugezogen.

Bis zur Verwirklichung der Schulgeldfreiheit wird angeordnet:

a) eine wesentliche Erhöhung der staatlichen Erziehungsbeihilfen,
b) Geschwisterermäßigungen werden mit sofortiger Wirkung nur noch auf Antrag bei Bedürftigkeit und Würdigkeit gewährt.
c) Die Gewährung und Höhe der staatlichen Zuschüsse an Privatschulen wird abhängig gemacht von der Zahl der Freiplätze, die die Schule gewährt; über die Hälfte dieser Plätze verfügt die Schulaufsichtsbehörde.
d) Sind mit den Privatschulen Internate verbunden, so sind mindestens 3 %, nach Möglichkeit mehr Heimschüler frei aufzunehmen.
e) Zur Unterstützung wirtschaftlich Schwacher werden an allen Schulen Förderer-Vereine gegründet, denen Eltern, ehemalige Schüler und sonstige Freunde der Schule beitreten können. Ihre Aufgabe ist zunächst die Übernahme von Patenschaften für begabte Schüler. Nach Einführung der Schulgeldfreiheit ist ihre Aufgabe die Unterstützung der Schulen und der Schüler durch Beiträge z. B. für Schulheime, Schulveranstaltungen und Lernmittelfreiheit.

2. Kirchen, Gemeinden, Kreisen, Ländern, Provinzen, Gewerkschaften, Banken und Sparkassen, Konsumvereinen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Körperschaften oder Gemeinschaften wird die Einrichtung einer *Studienstiftung* empfohlen, aus der begabte Studenten, Berufs- und Fachschüler in Form eines Darlehns zu unterstützen sind, ohne Bindung für einen bestimmten Berufszweig.

3. Den Hochschulen ist aufzuerlegen:

a) begabten, bedürftigen Studenten weitgehend, d. h. unter Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel, Gebührenerlaß und -stundung zu gewähren; der Gebührenerlaß ist vom Fleißzeugnis abhängig zu machen.
b) Die Einrichtung eines Hilfswerkes, das aus Sammlungen unter der Bevölkerung und der Studentenschaft sowie aus freiwilligen Zuwendungen finanziert wird. Aufgaben des Hilfswerkes sind: Unterstützung bedürftiger Studenten durch Barbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Vermittlung von Freitischen, Nachweis von Nebenverdienstmöglichkeiten, Einrichtung heizbarer Aufenthalts- und Arbeitsräume, Übernahme der Instandsetzung der Bekleidung, Vermittlung von Lehrbüchern usw. Der Empfang der Leistungen aus diesem Hilfswerk verpflichtet die Studierenden zu werkstudentischem Einsatz im Dienste der Allgemeinheit. ⟨Es wird den Hochschulen empfohlen:⟩[2] Vorbereitung eines Siedlungswerkes unter Einsatz studentischer Hilfskräfte, zunächst für verheiratete Studierende, dann aber auch mit dem Ziel der Schaffung von Heim-Hochschulen.

2 Ergänzung gemäß a. a. O., S. 406.

4. Wo eine Universität bereits mit der Verwirklichung einer solchen Planung begonnen hat, beantragt der Zonenbeirat, eine Ausnahme von jetzt geltenden Bestimmungen, um die bauwirtschaftliche Sicherung zu gewährleisten.

II.

An unterrichtstechnischen Maßnahmen wird vorgeschlagen:

1.

a) Um die Leistungshöhe der Volksschule, der Grundlage aller weiterführenden Bildung zu sichern, ist eine Vermehrung der Lehrer-(Schul-)Stellen derart durchzuführen, daß jeweils auf 50 Kinder eine Schulstelle entfällt; damit zusammenhängend hat eine Erhöhung der Stellenzahl für Schulaufsichtsbeamte dahin stattzufinden, daß insbesondere in ländlichen Bezirken nicht mehr als 80 Schüler auf einen Aufsichtsbeamten entfallen.
b) In den besonders bombengeschädigten Gegenden ist durch sofortige ausnahmsweise Bewilligung von Baustoffen der Raumnot der Schulen zu begegnen.

2. Zur Förderung junger Menschen, die nicht das Abitur abgelegt haben, werden „Abendgymnasien" eingerichtet, unabhängig von der Erwachsenenbildung in der Volkshochschule.

3. Sonderbegabte, die auf einem Gebiet hervorragende wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen haben, können vor einer noch zu schaffenden zentralen Kommission für die gesamte britische Zone die Begabtenprüfung ablegen. Die bestandene Prüfung befähigt zum Studium in der gewählten Fachrichtung.

4. Einrichtung einer Leitstelle zur Findung und Förderung von intellektuell Begabten und charakterlich Wertvollen.

5. Die Kosten für diese Institution werden durch eine Umlage von den Oberpräsidenten und Ländern eingezogen.

TOP 59 **Anlage 41**

Antrag Amelunxen
Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen[1]

Anlage 9 zur 4. Sitzung.

PA 1/258.

ZAC/P (46)23. – J. Nr. 476/46.

Ich beantrage, der Zonenbeirat wolle die Kontrollkommission um die Genehmigung zur Gründung von „Staatsbürgerlichen Bildungsstellen" bitten, die als einge-

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 99–108.

tragene Vereine halb amtlichen und halb privaten Charakters mit dem Ziele der staatspolitischen Aufklärung des deutschen Volkes im Gebiete der Demokratie gebildet werden sollen.

Zur Begründung mache ich die folgenden Ausführungen:

I. Grundsätzliches

Staatspolitische Aufklärung: Mit diesem Wort wird ein Aufgabengebiet umrissen, das zu den wichtigsten einer modernen Staats- und Menschenführung gehört. Es ist deshalb so bedeutsam, weil hier der Versuch unternommen werden soll, den deutschen Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe erhellt aus dem Umstand, daß das deutsche Volk 12 Jahre willenlos der verlogenen Propaganda der NSDAP ausgesetzt und erlegen war.

a) Der Nazi-Bazillus nistet noch immer in den Hirnen von Tausenden, denen Jahre hindurch das Gift dieser Irrlehre eingeimpft worden ist. In ihren Köpfen herrscht immer noch ein heilloses Durcheinander über die Grundlagen der Sittlichkeit, über die Begriffe von Recht und Unrecht, von Gut und Böse. Vor allem Kreise der Jugend huldigen noch dem Rasseprinzip, der Überheblichkeit und dem Herrenmenschentum. Das Bild der Demokratie ist verzerrt, die Geschichte erscheint verfälscht, und das Wollen lauterer Politiker wird verleumdet.

b) Auch das Preußentum beherrscht noch in weitem Umfange die politische Vorstellungswelt so vieler Zeitgenossen, die zwar keine Pg's waren, aber im Potsdamer Geist den Gipfel politischer Entwicklung erblicken. Der Obrigkeitsstaat der preußischen Junkerklasse mit einem raffiniert ausgeklügelten System völliger Unterordnung des Individuums, das den Menschen zu einem gehorsam funktionierenden Rädchen in der militärischen Staatsmaschinerie erniedrigt, schwebt ihnen als erstrebenswertes Ideal vor. Die Militaristen sind ebenso gefährliche Gegner der Demokratie wie die Nazis und suchen sie zu unterwühlen.

c) Millionen von Deutschen sind politisch uninteressiert. Durch den Zusammenbruch von Nazi-Deutschland, durch den Verlust des Krieges und durch die vielen von ihnen gebrachten Opfer sind sie in einem Zustand völliger Gleichgültigkeit und seelischer Dumpfheit gegenüber dem allgemeinen Staatswohl geraten. Sie kennen nur noch ihre persönlichen Belange.

d) Die Lage Deutschlands ist außerordentlich schwierig. Ständig droht die Gefahr des Hungers, Millionen Existenzen sind zerbrochen, die Not hat im verflossenen Winter erheblich zugenommen. Die Staatsgegner erblicken darin eine gegebene Möglichkeit, Flüsterparolen in Umlauf zu setzen und somit eine unterirdische Wühlarbeit zu betreiben. Getarnte Nazis und verkappte Militaristen verhetzen das Volk, das mangels politischer Reife die Zusammenhänge und Hintergründe der augenblicklichen Not nicht erkennt und die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen den Besatzungsmächten und den deutschen Verwaltungen zuschreibt.

e) Hier gilt es, mit der Aufklärungstätigkeit einzusetzen. Anstelle der nazistischen und militaristischen Ideologie, die das Bewußtsein von Tausenden noch bela-

stet, muß eine demokratische Grundhaltung den Menschen nahegebracht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß ein Zweifaches getan werden:

1. Es ist notwendig, in unermüdlicher publizistischer und rednerischer Tätigkeit jene Theorien und Praktiken zu geißeln, die den Zusammenbruch der europäischen Welt, vor allem die Katastrophe Deutschlands herbeigeführt haben. Kein Gebiet der Staats-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik darf hier übersehen werden, weil alle diese Sektoren vom Ungeist der Nazis und Militärs bestimmt wurden. Die Fehler und Verbrechen, die hier begangen worden sind, müssen herausgestellt werden, um sie beim Tempo der Zeit nicht allzu schnell der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Es dürfte sich jedoch empfehlen, diese Sparte der Aufklärungsarbeit nicht so sehr als Anklage gegen die Herren von gestern zu starten, sondern als Reaktion gegen heimliche Angriffe der heutigen Staatsgegner. Eine solche Abwehrhaltung erscheint nicht aggressiv, sie ist immer noch zur Versöhnung bereit. Sie setzt den Angreifer stets ins Unrecht.

2. Mit dem Hinweis auf das Negative vermag man zwar wertvolle Aufklärungsarbeit zu zeitigen, aber die Kräfte des Gemüts bleiben hierbei unbeachtet. Ein konstruktives Element muß beigestellt werden: der Glaube. Der positive Sinn für die Demokratie muß geweckt werden. Deshalb ist es erforderlich, den Sinn des Menschen für das Parlamentarische zu schulen, seinen politisch-historischen Blick zu schärfen, seine Vorstellungswelt zu befreien von den Fälschungen und Verschleierungen der letzten Jahrhunderte. Das Menschenbild, das während der verflossenen Jahre von niedrigen Haßinstinkten beherrscht wurde, muß wieder leuchten im Glanz einer echten Humanität, muß wieder bestimmt sein von der Ehrfurcht vor dem Wesensgesetz des anderen, von der Achtung vor der Menschenwürde.

II. Praktische Durchführung

Die praktische Durchführung dieser Grundsätze der staatsbürgerlichen Aufklärung vollzieht sich in verschiedenen Formen.

a) Presseartikel:

Diese Aufsätze hätten ein außerordentlich umfangreiches Themengebiet zu bewältigen.

1. Arbeiten, die das Thema der Demokratie prinzipiell beleuchten und dabei alle jene Geschichtsklitterungen zurückweisen, die Generationen hindurch die gesunde Entwicklung demokratischen Denkens in Deutschland gehemmt haben.
2. Artikel, die sich besonders mit dem Terror-Regiment der Nazis befassen, und deren Ziel darin läge, die Wahnsinnspolitik der NSDAP anzuprangern und ihre Führer als die Schuldigen der heutigen deutschen Katastrophe zu brandmarken.
3. Aufsätze, die Themen zur Tagespolitik behandeln und vor allem jene Fragen anschneiden, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen der britischen Militärregierung und den deutschen Dienststellen auftauchen.

Diese Artikel können entweder einzeln oder in Form einer Korrespondenz an die Presse geleitet werden. Es würde sicherlich eine Gewähr bestehen, daß die Schrift-

leitungen der einzelnen Blätter den Abhandlungen einen bevorzugten Platz einräumen.

b) Broschüren:

Gerade Broschüren erreichen eine besonders starke Wirkung, weil sie dem Interessenten den jeweiligen Stoff schon in einer gewissen Ausführlichkeit darbieten und dabei eine allgemein verständliche Sprache aufweisen. Der Themenkreis ist der gleiche wie bei den Zeitungsartikeln, nur daß die in den verschiedenen Aufsätzen angeschnittenen Fragen mit größerer Breite beleuchtet werden. Als thematische Erweiterung kommen hier noch Ansprachen führender Persönlichkeiten, Reden und Aufsätze von Männern der einzelnen Landschaften hinzu, die in einer solchen Anthologie zusammengefaßt werden und somit eine Überschau über das demokratische Wollen der Heimat gewähren. Diese Broschüren haben gegenüber den Zeitungsartikeln auch den Vorteil, daß sie immer und immer wieder gelesen werden, und so eine große Dauerwirkung haben.

c) Rundfunk:

Daß dem Radio eine große Wirksamkeit zugesprochen werden muß, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Thematisch würde sich das gleiche Bild ergeben wie bei allen publizistischen Veröffentlichungen. Neu in der Form wäre lediglich das Interview als besondere Möglichkeit lebendiger Rundfunkübertragung, ferner die direkte Ansprache bedeutender Männer des öffentlichen Lebens. So wie in der Publizistik Artikelserien als feststehende Norm einer intensiven Behandlung eines bestimmten Stoffgebietes gebräuchlich sind, so wäre hier die Sonderreihe zu nennen, in der auch ein festumrissenes Thema mannigfaltig abgewandelt werden könnte.

d) Vorträge:

Das Vortragswesen gehört gleichfalls in die vorderste Reihe der Aufklärungstätigkeit und dürfte sich als ein Mittel von hoher Intensität erweisen. Hier wäre es empfehlenswert, die Tätigkeit auf zwei Ebenen zu erstrecken. Auf der ersten Stufe würde man vor einem kleinen Kreise Referate halten, die sich an ein akademisches Publikum richten und die staatspolitische Problematik von hoher Warte aus erhellen. Auf der zweiten Ebene gälte es, Ausführungen mehr aktuellen Charakters auf einer stofflich und formal breiten Basis zu machen. Der Zuhörerkreis hierfür könnte sich aus Pfarrern, Lehrern, Beamten, Angestellten, politischen und wirtschaftlichen Führern eines Land- und Stadtkreises rekrutieren, die von ihren Landräten und Bürgermeistern zu einer solchen Veranstaltung zusammengefaßt würden. Der äußere Rahmen könnte sehr gut ein Vortragszyklus sein, der gleichsam als Tagung aufgezogen würde.

e) Vortragsskizzen:

Als eine Unterstützung aufklärerisch-politischer Tätigkeit könnte es betrachtet werden, wenn den Rednern der verschiedenen Parteien Rohmaterial für ihre Reden ausgehändigt würde. Dieses Material würde im wesentlichen aus Vortragsskizzen bestehen.

III. Organisation

Um diese Aufklärungsarbeit erfolgreich durchzuführen, wird die Gründung einer Einrichtung vorgeschlagen, die unter dem Namen „Staatsbürgerliche Bildungsstelle e. V." auf halb amtlicher und halb privater Grundlage stände. In diesen Verein wären die Pressechefs der Regierungen der Länder und Provinzen zu entsenden, als Geschäftsführer eine besonders geeignete Persönlichkeit, als Mitglieder je ein Vertreter der zugelassenen großen Parteien, je ein Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaftsbewegung, des Genossenschaftswesens und der berufsständischen Kammern. Diese Stelle würde die Presseartikel liefern und einen Mitarbeiterstab aus den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kreisen zur Unterstützung der publizistischen Tätigkeit heranziehen.

Sie besorgt die Rundfunksendungen, sie organisiert die Tagungen und stellt die Redner, sie verschafft die Vortragsskizzen. Eine besondere Aufgabe dieser Stelle wäre die Überwachung und Sicherung der parteipolitischen und weltanschaulichen Objektivität. Der Verein soll auf halb amtliche und halb private Basis gestellt werden, um ein zu bürokratisches Verfahren zu vermeiden, um eine vollverantwortliche Mitarbeit der maßgeblichen Bevölkerungskreise zu sichern und den Angestellten der Stelle freiere Gestaltungsmöglichkeiten zu gewähren.

TOP 60 **Anlage 42**

Mai 1946: Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda[1]

Anlage 10 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14104/ZAC. – ZAC/P (46)24. – J. Nr. 505/46.

1. Hierunter eine Vorlage, in der eine in der Provinz Westfalen durchgeführte Maßnahme zur Bekämpfung jeder Art von Flüsterpropaganda für die Naziherrschaft, ihre Ideale und Errungenschaften beschrieben wird.

2. Die britische Kontrollkommission wünscht, daß der Zonenbeirat in seiner vierten Sitzung

a) die Zweckmäßigkeit dieser in der Provinz Westfalen durchgeführten Maßnahme zur Bekämpfung pronazistischer Propaganda prüft und,

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 110.

b) falls er dies Vorgehen für wünschenswert hält, die Ministerpräsidenten und Oberpräsidenten der anderen Länder und Provinzen der britischen Zone ersucht, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Anhang zu ZAC/P (46)24

Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda[2]

Die „Times" vom 6. Mai 1946 berichtet, daß die deutschen Behörden in Westfalen Plakate für die Wände aller Schulen und für andere Stellen in der Provinz vorbereitet haben, auf denen die Bilanz der Naziherrschaft gezogen wird.[3] Ein Auszug aus diesem Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Überkommene Nazigesinnung" (Aus der „Times" vom 6. Mai 1946)

„Die von den Nazis überkommene Gesinnung, die Dr. *Amelunxen* angreift, hat sich kürzlich in einer Flüsterpropaganda zugunsten der Nazis, ihrer Ideale und Errungenschaften kundgetan. Zur Bekämpfung dieser Propaganda, die besagt, daß das Leben unter *Hitler* besser war, haben die deutschen Behörden in Westfalen Plakate vorbereitet, auf denen das Ergebnis der Nazizeit in einer Nettobilanz aufgezeigt wird. Das Plakat wird jetzt an den Wänden aller Schulen der Provinz angebracht.

Auf diesen Plakaten wird jedes Kind lesen können, wie viele Männer, Frauen und Kinder Westfalens im Kriege umgekommen sind und wie groß der materielle Schaden ist, den die Provinz erlitten hat. Es sind genaue Einzelheiten darüber angegeben, wie viele Pfarrer und Arbeiterführer verhaftet oder getötet wurden, wie viele Männer und Frauen Westfalens in Konzentrationslagern gefangen gehalten wurden, wie vielen westfälischen Frauen die Asche ihres ermordeten Ehemannes mit der Post zugeschickt wurde, wie viele Söhne Westfalens bei Stalingrad umkamen, wie viele einarmige und einbeinige Kriegskrüppel jetzt in Westfalen leben, wie vielen mehr als ein Glied abgenommen wurde, wie viele infolge des Krieges geisteskrank oder blind wurden, wie viele Kinder verschleppt wurden und seitdem verschollen sind. Deutsche Kinder werden lesen, welchen Einfluß der Naziterror auf die Selbstmordstatistik hatte, wie die Kindersterblichkeit infolge der nazistischen Mißwirtschaft zunahm, wie die Geschlechtskrankheiten sich verbreiteten und schlimmere Formen annahmen. Die amtliche deutsche Erklärung fügt hinzu: Wenn irgendjemand angesichts einer solchen Bilanz weiterhin herumschwätzt, daß Deutschland und er selbst unter *Hitler* besser dran war, so sollte man ihn in ärztliche Pflege geben.

2 Anl. 100 entspricht dem folgenden Teil dieser Anlage.
3 Vgl. hierzu Amelunxen, S. 154 ff.

TOP 61 Anlage 43

Antrag Degkwitz
Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose[1]

Anlage 11 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 495/46.

I. Die Tuberkulose hat infolge des Krieges und der Raumnot sowie der Binnenwanderung der Bevölkerung einen erschreckend großen Umfang angenommen. Die Einrichtungen zur Bekämpfung haben unter den Kriegsfolgen gelitten.

II. Es ist notwendig, daß alle Möglichkeiten zur Bekämpfung der Tuberkulose ausgenutzt werden und ein Plan für die Bekämpfung der Tuberkulose in der britischen Zone aufgestellt wird.

III. Demgemäß beantrage ich, der Zonenbeirat wolle die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose erörtern und den von mir vorgeschlagenen Ausschuß für Gesundheitswesen mit der Ausarbeitung eines Planes zur Bekämpfung der Tuberkulose beauftragen.

---

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 113.

TOP 62 Anlage 44

Antrag Degkwitz
Änderung der Geschäftsordnung[1]

Anlage 11a zur 4. Sitzung.
StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 4.
ZAC/P (46)26. – J. Nr. 495/46.

Der Zonenbeirat wolle folgende Änderung der Geschäftsordnung beschließen:

In § 27 Ziffer 8 werden anstelle des einheitlichen Ausschusses für Wohlfahrt, Gesundheit und Flüchtlingswesen zwei selbständige Ausschüsse aus je 7 Mitgliedern gebildet, und zwar

a) Gesundheitsausschuß
b) Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 114.

TOP 63 **Anlage 45**

24. Mai 1946: Mitteilung der Kontrollkommission Behandlung der Sitzungen des Zonenbeirats in der Presse[1]

Anlage 12 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14104/ZAC. – ZAC/P (46)27. – J. Nr. 543/46.

1. Die Kontrollkommission war bisher der Ansicht, daß die Beratungen des Zonenbeirats vertraulich sein müssen mit Ausnahme der genehmigten Pressenotiz. Die Gründe für diese Haltung waren in erster Linie folgende: Wenn die Beschlüsse des Rates zur Zeit der Sitzung ohne Einschränkung veröffentlicht würden, so könnten die danach zu erwartenden Maßnahmen der Kontrollkommission zum Nachteil der Kontrollkommission selbst, des Zonenbeirates und der Bevölkerung der Zone Schaden erleiden. Ferner: Wenn der Zonenbeirat als beratende Körperschaft fruchtbar arbeiten soll, so müssen ihm vertraulich zu behandelnde Nachrichten zugänglich gemacht werden, und die Beratungen darüber müssen gleichfalls vertraulich sein.

2. Die Kontrollkommission hält daher allgemein die Entscheidung aufrecht, daß die Verhandlungen des Zonenbeirats vertraulich zu behandeln sind. Die Pressenotiz über die Zonenbeiratssitzungen muß daher auch von der Kontrollkommission genehmigt werden. Um jedoch die Meinungsbildung in der Zone zu fördern und die Ratsmitglieder in ihrer öffentlichen Tätigkeit zu unterstützen, ist diese grundsätzliche Entscheidung im Sinne der folgenden Absätze gelockert worden:

3. Angabe, wie weit die Verhandlungen des Zonenbeirats durch die Ratsmitglieder dem Publikum zur Kenntnis gebracht werden dürfen

a) Die Ratsmitglieder dürfen vor Pressevertretern oder vor der Öffentlichkeit diejenigen Gegenstände erörtern, die durch die Pressenotiz bereits bekannt gemacht worden sind.
b) In diesem Sinne darf ein Ratsmitglied dem Publikum seinen eigenen Standpunkt oder den seiner Partei vortragen, wie er selbst ihn im Zonenbeirat vertreten hat, er darf ferner von den sachlichen Angaben, die der Erörterung im Zonenbeirat zugrundegelegen haben, Gebrauch machen, sofern diese sachlichen Angaben, das Referat oder die Erklärung in allgemeiner Fassung in der Pressenotiz enthalten sind oder dort im Auszug erscheinen.
   Ein Ratsmitglied darf die Stellungnahme anderer Mitglieder im Zonenbeirat weder erwähnen noch kritisieren, außer soweit sie, gemäß den Bestimmungen dieser Verfügung, dem Ratsmitglied selbst bekannt geworden ist.
c) Alle Punkte, die im Zonenbeirat erörtert, aber in der Pressenotiz nicht berührt werden, sind als vertraulich zu behandeln, dürfen jedoch mit Kollegen in verantwortlicher Stellung besprochen werden.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 115.

4. Inhalt der Pressenotiz

a) Die Pressenotiz darf eine kurze Übersicht bringen über die Reden, Erklärungen, Resolutionen und Beschlüsse, die in den Verhandlungen des Zonenbeirats enthalten sind. Die Länge der Notiz kann der Zonenbeirat nach eigenem Ermessen bestimmen. Berichte über die Diskussion im einzelnen sollen insgemein in die Notiz nicht aufgenommen werden, und bei Erwähnungen von Meinungsäußerungen ist der Urheber deutlich zu kennzeichnen.

b) Wenn ein Mitglied des Zonenbeirats wünscht, daß seine Rede, Erklärung oder ein Beschluß in die Pressenotiz nicht aufgenommen wird, so haben sich alle Ratsmitglieder diesem Wunsch zu fügen.

c) Wenn vertraulich zu behandelnde Tatsachenangaben dem Zonenbeirat zugänglich gemacht werden, dürfen sie selbstverständlich in der Pressenotiz nicht erwähnt werden.

d) Die Pressenotiz ist nach dem Ermessen des Zonenbeirats zu entwerfen entweder vom Plenum, von einem Ausschuß oder dem Sekretariat, vorbehaltlich der in Punkt c) oben enthaltenen Bestimmung. Der Zonenbeirat gibt ferner nach eigenem Ermessen Anordnungen für die Versendung der genehmigten Pressenotiz an die Ratsmitglieder.

e) Die Pressenotiz bedarf weiter wie bisher der Genehmigung durch die Kontrollkommission.

TOP 64 **Anlage 46**

25. Mai 1946: Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Zweck und Zuständigkeit des Zonenbeirats

Anlage 13 zu 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14104/ZAC. – ZAC/P (46)28. – J. Nr. 550/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 116.

TOP 66.1 **Anlage 47**

2. Mai 1946: Geschäftsordnung der Kanzlei[1]

Anlage 13a zur 4. Sitzung.
PA 1/43.

§ 1

Die Kanzlei wird vom Generalsekretär geleitet. Er ist Dienstvorgesetzter der Sekretäre und des sonstigen Kanzleipersonals.

§ 2

Der Generalsekretär und die Sekretäre werden vom Zonenbeirat mit Zustimmung der Kontrollkommission ernannt. Für die Anstellungsverhältnisse gelten grundsätzlich die Bestimmungen der T. O. A.

§ 3

Der Generalsekretär wird im Falle seiner Behinderung von einem vom Zonenbeirat bezeichneten Sekretär vertreten. Dieser Sekretär zeichnet im Vertretungsfalle „In Vertretung des Generalsekretärs". Die übrigen Sekretäre zeichnen „Im Auftrage".

§ 4

Der Kanzlei liegt es ob,

1. die Sitzungen des Zonenbeirates und seiner Ausschüsse vorzubereiten,
2. die mit den Sitzungen des Zonenbeirates verbundenen Aufgaben – insbesondere die Niederschrift des Protokolls – zu übernehmen,
3. die Beschlüsse des Zonenbeirates zu erledigen,
4. den Mitgliedern des Zonenbeirates für von ihnen beabsichtigte Anträge im Zonenbeirat das gewünschte Material zu beschaffen.

Aufgabe der Kanzlei ist insbesondere die Vorbereitung und Aufstellung der Tagesordnung nach der Geschäftsordnung für den Zonenbeirat (§ 7).

Anforderungen von Unterlagen, Statistiken usw. sind dem britischen Verbindungsstab mitzuteilen.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 126–128. Die Kanzleiordnung ist bei den Anl. zur 4. Sitz. (PA 1/258) nicht überliefert, ging den Mitgliedern indessen als Anl. 13a zur 4. Sitz. in ihrer endgültigen Fassung zu, vgl. etwa StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I.

§ 5

Die Kanzlei stellt den Haushaltsplan des Zonenbeirates auf, der vom Zonenbeirat zu genehmigen ist.

§ 6

Die nach der Geschäftsordnung des Zonenbeirates § 7 gestellten Anträge, einen Gegenstand im Zonenbeirat oder in seinen Ausschüssen zu beraten, müssen folgende Angaben enthalten:

a) kurze Benennung des Themas zur Aufnahme in die Tagesordnung,
⟨b) Name des vorschlagenden Ratsmitgliedes⟩[2]
c) Darlegung des Problems,
d) sachdienliche Unterlagen,
e) Erörterung des Problems mit Angabe, ob der Antrag schon früher von einem amtlichen deutschen Gremium erörtert wurde,
f) Antrag an den Zonenbeirat, der den der Kontrollkommission zu machenden Vorschlag enthält mit der Angabe, inwieweit der Vorschlag die bisherige Politik der Kontrollkommission ergänzt, ihr zuwiderläuft oder diese nicht berührt.

Die Anträge werden von der Kanzlei dem Verbindungsstab zugeleitet. Dieser reicht sie nach Übersetzung an die Kontrollkommission. Nach Genehmigung durch die Kontrollkommission gehen die Anträge an die Kanzlei zurück, die sie in ihrer genehmigten Form den Mitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung zustellt.

Die Anträge werden von dem Büro des Stellvertretenden Militär-Gouverneurs zu einem von der Kontrollkommission festgesetzten Zeitpunkt und in der von ihr genehmigten Form auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Generalsekretär und der britische Verbindungsstab setzen gemeinsam den Termin für den Abschluß der Tagesordnung fest.

§ 7

Das Sekretariat ist für die Übersetzung englischer Schriftstücke ins Deutsche und der britische Verbindungsstab für die Übersetzung deutscher Schriftstücke ins Englische verantwortlich.

Übersetzungen wichtiger Schriftstücke werden von dem Sekretariat und dem britischen Verbindungsstab gemeinschaftlich abgestimmt. Die abgestimmten Übersetzungen sind als amtliche Protokolle und Unterlagen des Zonenbeirates anzusehen.

---

2 Hs. Korrektur, laut Rundschreiben *Blankenhorns* vom 6. 6. 1946, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/4.

TOP 66.3 Anlage 48

Antrag der kommunistischen Vertreter im Zonenbeirat Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Anlage 14 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 20.

TOP 66.3 Anlage 49

Antrag Adenauer Gedenktag für die Opfer des Krieges

Anlage 15 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 21 sowie Dok. IV.3 mit Anm. 133–135.

TOP 68 Anlage 50

Antrag Amelunxen, Drake, Kaisen, Kopf, Kubel, Lehr, Petersen, Steltzer und Tantzen Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung

Anlage 16 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 148.

TOP 69 Anlage 51

Antrag Kaisen und Drake Übertragung der Zuständigkeit für Pachtangelegenheiten von Erbhöfen auf die ordentlichen Gerichte[1]

Anlage 16a zur 4. Sitzung.

PA 1/258.

1. Für Erbhöfe ist nach dem Erbhofrecht in Pachtsachen das Anerbengericht in gewissem Umfange ausschließlich zuständig. Durch die Schließung der Anerbengerichte auf Anweisung der Militärregierung entsteht hier eine Lücke, die die Bearbeitung von Pachtsachen erschwert und teilweise unmöglich macht. Es erscheint erforderlich – vorbehaltlich der künftigen generellen Regelung des Erbhofrechtes – eine vorübergehende vorläufige Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Pachtsachen von Erbhöfen zu begründen. Die Zuständigkeit könnte den Pachtschutzämtern oder den Amtsgerichten übertragen werden. Praktisch spielt es keine Rolle, welchen von beiden man die Zuständigkeit zuweist, da gegenwärtig auch in Pachtsachen die Amtsgerichte als Pachtschutzämter ohne Beisitzer zuständig sind.

2. Für die vertraglichen und gesetzlichen Versorgungsansprüche der sogenannten notleitenden Erben und ähnlicher Personen sind nach dem Erbhofrecht ebenfalls die Anerbengerichte ausschließlich zuständig. Durch die Schließung der Anerbengerichte entbehren die Berechtigten dieser Ansprüche jeglichen Rechtsschutzes. So ist beispielsweise für die Witwe eines weichenden Erben, die ihren Heimfluchtanspruch gegenüber dem hofbesitzenden Bauern geltend macht, keine Instanz vorhanden, an die sie sich zur Durchsetzung für ihre Ansprüche wenden könnte. Der Personenkreis, der in Frage steht, ist daher auf Gnade und Ungnade der Willkür dessen ausgesetzt, der zufälligerweise auf dem Hofe sitzt. Es erscheint daher dringend erforderlich, die Zuständigkeit der Amtsgerichte für die gesetzlichen und vertraglichen Versorgungsansprüche nach dem Erbhofrecht zu begründen, damit diese Personen den ihnen gebührenden Rechtsschutz bis zur generellen Regelung des Erbhofrechtes genießen.

3. Nach den Bestimmungen des Erbhofrechtes gegen schlecht wirtschaftende und bauernunfähige Erbhofeigentümer sind in der nationalsozialistischen Zeit sehr viele Personen im großen Umfange aus politischen Gründen ihrer Rechte auf ihre Höfe enthoben worden, sei es, daß man die Höfe einer Wirtschaftsaufsicht, einem Wirtschaftstreuhänder unterstellt hat oder sie zwangsverpachtet hat.[2] Die Personen, die die Wirtschaftsaufsicht ausüben oder als Treuhänder eingesetzt worden sind oder Pächter solcher Zwangspachtverhältnisse geworden sind, sind in der Re-

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 149.

2 Hinweise zu den entsprechenden NS-Gesetzen und Verordnungen bezüglich des Reichserbhofrechts vgl. in Amtsbl. KR, S. 256–261: Gesetz Nr. 45 vom 20. 2. 1947: Aufhebung der Erbhofgesetze und Einführung neuer Bestimmungen über land- und forstwirtschaftliche Grundstücke.

gel besonders zuverlässige Nationalsozialisten gewesen. Durch die Schließung der Anerbengerichte, die für diese Fragen ausschließlich zuständig sind, fehlt es gegenwärtig an jeder Handhabe, geschehenes Unrecht in diesem Umfange wieder gutzumachen, oder wenn schon die Anordnung der Wirtschaftsaufsicht oder die Einsetzung eines Wirtschaftstreuhänders aus ernährungspolitischen Gründen sachlich gerechtfertigt wäre, ungeeignete Wirtschaftsaufsichtsführende oder Wirtschaftstreuhänder, die Nationalsozialisten sind, durch andere Personen zu ersetzen. Es erscheint daher dringend erforderlich, daß zwischenzeitlich ebenfalls vorbehaltlich künftiger Regelung des Erbhofrechtes die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet wird für die Aufhebung der Maßnahmen, die nach den Bestimmungen über schlecht wirtschaftende und bauernunfähige Erbhofeigentümer getroffen worden sind, aufzuheben oder die eingesetzten Personen durch andere zu ersetzen. Auch hier erscheint es zweckmäßig, die Zuständigkeit der Amtsgerichte zu begründen und nach dem Verfahren über die Abrufung und Einsetzung von Vormündern oder in ähnlicher Weise Abhilfe zu schaffen.
Die Chefs der Länder und Provinzen sehen die Regelung als dringlich an. Es wird beantragt, die Angelegenheit dem Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats zu überweisen mit der Bitte, in kürzester Frist den Entwurf einer entsprechenden Verordnung vorzulegen, so daß der Gesetzentwurf in der nächsten Plenarsitzung verabschiedet werden kann.

TOP 70 **Anlage 52**

Antrag Meitmann
Aufhebung der Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Beamten[1]

Anlage 17 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

In Ausführung von Anordnungen der britischen Militärregierung verbieten deutsche Behörden allen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die ihre Einkünfte aus öffentlichen Mitteln beziehen, jede Art der politischen Betätigung, außer der passiven Mitgliedschaft in politischen Parteien. Insbesondere werden auch die Übernahme von Funktionen, das Kandidieren und sogar jede Form der Werbung für Kandidaten zu parlamentarischen Vertretungen untersagt.[2]

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 204–212.
2 Eine einheitliche Anordnung der brit. MR lag nicht vor, das ergaben die Rückläufe auf die entsprechende Anfrage des ZB (vgl. a. a. O., Anm. 211). *Meitmann* bezog sich auf die Situation in Hamburg, wo die MR eine diesbezügliche Anordnung in der Tat erlassen hatte (vgl. PA 1/243: Rundschreiben des Bgm. der HH, 27. 4. 1946).

Durch diese Maßnahme wird das politische Leben, insbesondere die Tätigkeit der Parteien weitgehend lahmgelegt und dadurch die demokratische Erziehung und Aufklärung des deutschen Volkes beeinträchtigt.[3]

Die Ausschaltung der Nazis aus den öffentlichen Ämtern und die Demokratisierung der Verwaltung haben es notwendig gemacht, die führenden und politisch erfahrenen Mitglieder der demokratischen Parteien dort einzusetzen. Sie alle werden nun durch die erwähnten Anordnungen von der Mitarbeit am politischen Leben und an der demokratischen Kontrolle auch außerhalb ihres eigenen Amtsbereichs ausgeschlossen.

Abgesehen davon, daß auf diese Weise ein politisch besonders wertvoller großer Personenkreis zu Staatsbürgern minderen Rechtes gemacht wird, wird durch die Entpolitisierung ein Beamtentyp gefördert, der schon einmal für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland verhängnisvoll gewesen ist.

Nach den Jahren der Reaktion und Diktatur verlangt das Volk auch von seinen führenden Beamten ein klares politisches Bekenntnis und ihre Mitarbeit an den demokratischen Einrichtungen.

Der Zonenbeirat weist nachdrücklich auf die Gefahren dieser Entwicklung hin und bittet die Militärregierung um Aufhebung der Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Beamten mit Ausnahme des Verbotes der Betätigung in den Vertretungsorganen der eigenen Behörde.

---

3 Vgl. hierzu die kritischen Ausführungen *Tantzens* im RVA, PA 1/262: Wortprot. der Sitz. vom 10. 7. 1946, S. 24 f.: „Wir haben eine ganze Anzahl solcher Vorschriften bekommen . . . Sie waren so unklar, daß man nicht wußte, was man durfte und was nicht. Ich möchte doch bitten, anzuregen oder zu fragen, wie denn die Formulierung zustandekommt, ob da deutsche Sprachkünstler mitwirken oder ob das eine Übersetzung ist." *Heile:* „Maßgebend ist immer der englische Text".

TOP 71 Anlage 53

Antrag Petersen und Steltzer Entschließung des Zonenbeirats am 29. Mai 1946

Anlage 18 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

---

1 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 213–215.

TOP 45 und TOP 54 **Anlage 54**

2. Mai 1946:
Vorlage der Kontrollkommission
Entnazifizierung der Kohlenindustrie

Anlage 19 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 29 sowie Dok. IV.3 mit Anm. 185–202.

TOP 54 **Anlage 55**

Antrag Henßler
Denazifizierung der Kohlenindustrie

Anlage 20 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. ebd.

TOP 50. A.2 **Anlage 56**

24. Mai 1946:
Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat)
an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat)
Zur Lebensmittellage

Anlage 21 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14320/1/ZAC.–J.Nr. 548/46

1. Die Kontrollkommission gibt zu den in Punkt 35 des Protokolls ZAC/M (46)3 angeregten Fragen folgende Stellungnahme bekannt[1]:

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 10–17.

a) Fänge der Wesermünder Schleppnetzdampferflotte (Punkt 35 (i), (a) des Protokolls)

[. . .]

b) Vernichtung von Wild und Ungeziefer (Punkt 35 (i), (b) des Protokolls)

[. . .]

c) Zuständigkeit für Überwachung, Verteilung und Ablieferung von Lebensmitteln (Punkt 35 (ii) des Protokolls)

[. . .]

d) Hilfe für die Nord-Rheinprovinz (Punkt 35 (iii) des Protokolls)

[. . .]

2. Sie werden gebeten, die oben ausgeführte Stellungnahme dem Zonenbeirat zur Kenntnis zu bringen.

R. D. S. *May*, Capt.
Kontrolleur
Britischer Verbindungsstab

TOP 50. A.3 **Anlage 57**

21. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zur Entschließung der 3. Sitzung des Zonenbeirats (Presseverlautbarung über die Stuttgarter Tagung)

Anlage 22 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14053/ZAC.–J. Nr. 516/46.

1. Von der Kontrollkommission ist zu ZAC/M (46)3 zu Punkt 39 des Protokolls folgende Äußerung eingegangen:

[. . .][1]

2. Sie wollen diese Äußerung den Mitgliedern des Zonenbeirates zur Kenntnis bringen.

gez. R. D. S. *May*, Capt.
für den Leiter des Britischen Verbindungsstabes

1 Vgl. a. a. O., bes. mit Anm. 20.

TOP 50. A.4 **Anlage 58**

24. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zur Tradition der Nord-Rheinprovinz

Anlage 23 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14351/2/ZAC.–J.Nr. 545/46.

1. Die Kontrollkommission hat zu dem Punkt 42 des Protokolls der am 2. und 3. Mai 1946 abgehaltenen 3. Sitzung des Zonenbeirats in folgender Weise Stellung genommen:

   [. . .][1]

1 Vgl. a. a. O., bes. mit Anm. 25.

TOP 50. A.5 **Anlage 59**

24. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zur Entschließung des Forstausschusses

Anlage 24 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14321/1/ZAC.–J.Nr. 547/46.

Die Kontrollkommission hat zur Entschließung des Forstausschusses vom 26. 4. 46 in folgender Weise Stellung genommen:

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 26–28.

TOP 50. A.6 Anlage 60

23. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zur Vertretung des Handwerks im Zonenbeirat

Anlage 25 zur 4. Sitzung.
PA 1/258. Abschrift.
HQ/14050/ZAC.–J.Nr. 531/46.

Bezug: Ihr Schreiben vom 15. April 1946 mit Briefen von Dr. *Adenauer* (vom 9. April 1946) und von den Vertretern der Verwaltung vom 26. März 1946 zu dem oben bezeichneten Gegenstand.

Wollen Sie den Zonenbeiratsmitgliedern folgende Rückäußerung der Kontrollkommission zu diesem Punkt zur Kenntnis bringen:

[. . .][1]

gez. E. *Thompson*
für den Leiter des britischen Verbindungsstabes

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 39–40.

TOP 50. B.1 Anlage 61

24. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zur Vermehrung der Fischversorgung der deutschen Bevölkerung in der britischen Zone

Anlage 26 zur 4. Sitzung.
PA 1/258. Abschrift.
HQ/14320/3/ZAC.– zu J. Nr. 546/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 44–45.

TOP 50. B.2 **Anlage 62**

25. Mai 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) an den Generalsekretär (Deutsches Sekretariat, Zonenbeirat) Zur Revision des Versorgungsgesetzes

Anlage 27 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14380/1/ZAC.–J.Nr. 551/46.

Zur Unterrichtung des Zonenbeirats werden hierunter die Gründe angegeben, warum der von Dr. *Adenauer* vorgelegte Antrag über den oben bezeichneten Gegenstand nicht auf die Tagesordnung für die 4. Sitzung des Zonenbeirats gesetzt wurde:

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 46–49.

TOP 65 **Anlage 63**

Mitteilung der Kontrollkommission zum Antrag Kaisen Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen

Anlage 28 zur 4. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 117–124.

IV. 3

Wortprotokoll der 4. Sitzung 28.–29. Mai 1946

PA 1/253; ungez. und undat. Wortprot., 94 Bl.

Vorsitz: *Lehr*
Beginn: 28. Mai 1946, 15.40 Uhr

Vorsitzender: Meine Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Zu Beginn habe ich in Ihrer aller Namen den neuen Leiter des britischen Verbindungsstabes[1] zu begrüßen und der Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten Ausdruck zu geben.

Zur Geschäftsordnung möchte ich noch einiges kurz vortragen: Wir haben morgen die Ehre, in diesem Raume vom Nachfolger von Feldmarschall *Montgomery,* Luftmarschall Sir Sholto *Douglas,* empfangen zu werden. Ich habe die Bitte an Sie zu richten, sich morgen pünktlich um 9 Uhr hier einzufinden und hier an diesem Tische Platz zu nehmen. Ich bitte auch gleichzeitig darum, daß im Interesse des reibungslosen Verkehrs vor dem Hause Sie Ihre Wagen anweisen, sofort die Auffahrt zu räumen und in den Seitenstraßen wieder Aufstellung zu nehmen. – Dann wird nach den mir gemachten Mitteilungen durch mich selbst eine Vorstellung sämtlicher Mitglieder dieses Hauses erfolgen, und zwar in der Weise, daß von dem rechten Flügel dieses Tisches nun die Herrschaften einzeln vortreten und vorgestellt werden.[2] Im Interesse einer geordneten Vorstellung und zur Vermeidung irgendwelcher Irrtümer bitte ich die Herren, einzeln vorzutreten und dann ihren Platz wieder einzunehmen. Der Luftmarschall wird eine kurze Ansprache an uns richten, und etwa in einer halben Stunde wird die Vorstellung beendet sein. – Sie werden gebeten, in derselben Reihenfolge Ihre Plätze einzunehmen, wie Sie sie jetzt innehaben, damit die Vorstellung erfolgen kann.

Noch eine weitere Bitte. Dieser Saal hat eine ungemein schlechte Akustik. Damit alle Mitglieder einschließlich des britischen Stabes den Verhandlungen jetzt folgen können, bitte ich, bei Wortmeldungen sich und die Stimme zu erheben.

Wir kommen dann zur Tagesordnung Punkt 1:

---

1 Colonel *Pearson.* Vgl. ein Schreiben *Lehrs* an *Pearson* als Chef des britischen Verbindungsstabes, 28. 5. 1946 (PA 1/65).

2 Eine von *Blankenhorn* am 27. 5. 1946 verfaßte Notiz „zum Umlauf – von Hand zu Hand – zur Kenntnisnahme und genauesten Beachtung" enthielt detaillierte Angaben zur Vorbereitung und zum Ablauf des Empfangs am 29. 5. 1946, an dem dann auch insgesamt 12 Vertreter von Presse und Rundfunk teilnahmen. Anwesend waren die Ratsmitglieder, GS *Weisser, Blankenhorn,* Senatsdirektor *Köster* und Ministerialrat Dr. *Josten* sowie die Begleiter der Ratsmitglieder (vgl. Dok. IV.2, Anm. 1). Sir Sholto *Douglas* wurde von seinem Political Adviser Sir William *Strang* vom FO und einigen brit. Offizieren begleitet (vgl. PA 1/37). Am 29. 5. 1946 sprach er vor dem Plenum des ZB (vgl. u. S. 414–416).

Verlesung des Protokolls [der 3. Sitzung]

Wird die Verlesung gewünscht? Wortmeldungen erfolgen nicht. Ich stelle fest, daß das Protokoll genehmigt ist.

Punkt 2:

Mitteilungen des Generalsekretärs

Es sind diesmal zum ersten Male zahlreiche Stellungnahmen der Kontrollkommission eingegangen. Sie konnten Ihnen noch nicht durch die Post zugestellt werden. Das war technisch nicht möglich. Wir haben bei den Stellungnahmen der Kontrollkommission, die zu besonders wichtigen Punkten ergangen und die besonders umfangreich sind, Vervielfältigungen jetzt an alle Herren ausgegeben, so daß vielleicht bei einzelnen der Stellungnahmen eine Verlesung Wort für Wort nicht nötig ist, sondern auf die Vorlage verwiesen werden kann.

Zunächst ist eine Stellungnahme der Kontrollkommission eingegangen zum Bericht über den Stand der Produktion und die Rohstoffversorgung in Handel und Industrie und zu dem Bericht über die Lebensmittelrationen. Diese Stellungnahme ist sehr umfangreich und Ihnen schriftlich vorgelegt.[3]

Ich darf in Ergänzung sagen, daß es mir, wie jedem andern auch, erst gestern am späten Abend möglich war, Einsicht in diese Antworten zu nehmen. Es wird gut sein, da heute die Möglichkeit nicht besteht, in der nächsten Sitzung darauf noch einmal zurückzukommen.[4]

Die Mitglieder des Hauptausschusses machen zur Geschäftsordnung den Vorschlag, daß wir in Zukunft zu einem bestimmten Wochentermin hier immer in jedem Monat zusammenkommen, damit die Herren die Möglichkeit haben, sich auf diese Tagung mit ihren sonstigen geschäftlichen Versammlungen und Sitzungen einzurichten. Vorgeschlagen ist, daß wir jeden zweiten Dienstag in jedem Monat hier für die Sitzung festlegen. Dann würde der Montag der Anreisetag sein und das den Vorteil haben, daß Sie am Montag noch die über Sonntag eingegangene Post lesen und bearbeiten können und im Verlaufe des Montags dann hier eintreffen. Dann würden wir am Dienstag früh regelmäßig mit einer Sitzung des Ältestenausschusses oder des verstärkten Ältestenausschusses beginnen und dann am Nachmittag die Plenarsitzung abhalten. Dann haben wir den Vormittag für eventuelle andere Sitzungen frei und würden dann am Mittwoch die Plenarsitzung zu Ende führen.[5]

Ich darf annehmen, daß Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind und würde vor allen Dingen großen Wert darauf legen, daß wir vom Generalsekretariat die

---

3 Vgl. Anl. 33.

4 Dieses Thema sollte den ZB auch in den folgenden Sitzungen immer wieder beschäftigen, vgl. etwa Dok. VI.3, bes. mit Anm. 159–162.

5 Die Zeitfolgen bis zur 11. Sitz. zeigen, daß man sich im großen und ganzen an dieses Konzept hielt, wenngleich die Plenarsitz. infolge der umfangreichen Tagesordnung nicht immer am Mittwoch der jeweiligen Tagungswoche beendet werden konnte.

schriftlichen Unterlagen möglichst zeitig in den Quartieren vorfinden, damit wir nicht erst hierherzukommen brauchen, sondern sie schon dort studieren können.

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Westen, auf die Verhandlungen, die in Paris zuletzt stattgefunden haben[6] und über die wir aus den Zeitungen uns haben unterrichten können, wollen wir den vereinigten Haupt- und den Rechts- und Verfassungsausschuß am 13. Juni in Godesberg tagen lassen. Ich bitte Sie, auf diesen Termin sich vorzubereiten. Es wird wahrscheinlich notwendig sein, daß nicht nur der 13., sondern auch der 14. Juni Sie für diese Tagung in Anspruch nehmen wird.[7]

Es kann möglich sein, daß die Verhältnisse es notwendig machen, Sie zu einer außerordentlichen Tagung des Zonenbeirates einzuberufen. Das würde dann von mir aus schleunigst geschehen, sobald die Entwicklung so ist, daß ich die Verpflichtung fühle, die Herren sofort zu benachrichtigen.

Dann darf ich Ihr Einvernehmen mit diesen Maßnahmen annehmen. Ich darf dann noch berichten, daß Oberpräsident Dr. *Amelunxen* und ich im Hauptquartier in Lübbecke gewesen sind und dort an außerordentlich viel aufschlußreichen Sitzungen über die Kohle teilgenommen haben. Wir haben dort unseren Standpunkt vertreten.[8] Die Ausarbeitungen über die Ergebnisse dieser Besprechungen sind im Gange und werden Ihnen vermutlich bei der nächsten Sitzung vorgetragen werden. Sie haben Gelegenheit, in der nächsten Sitzung darauf zurückzukommen.[9]

Weisser: In der vorigen Sitzung wurde die Ernährungslage behandelt. Darauf antwortet die Kontrollkommission[10]:

〈(a) Fänge der Wesermünder Schleppnetzdampferflotte (Punkt 35 (i), (a) des Protokolls)[11]

Vor einiger Zeit wurde zwischen den britischen und den amerikanischen Behörden ein Abkommen getroffen, nach dem ein Joint Fishery Control Board eingesetzt werden sollte, und es wurde beschlossen, daß die von der deutschen Flotte eingebrachten Fischfänge zu 45 % der amerikanischen und zu 55 % der britischen Zone zugewiesen werden sollten. Diese Zuweisung entspricht der Produktionskapazität der Flotte, wie sie gegenwärtig in der britischen Zone, und zwar in Wesermünde stationiert ist, und sie entspricht ferner dem Verhältnis zwischen den Bevölkerungszahlen der beiden Zonen. Da die Amerikaner sich in die Notwendigkeit versetzt sahen, außer den Fängen der deutschen Flotte eine beträchtliche Menge Fische für die Einfuhr in die amerikanische Zone zu kaufen, kann man nicht erwarten, daß sie auf die Fänge

6 Vom 25. 4. bis 15. 5. 1946 hatte in Paris die 2. Außenministerkonferenz getagt (vgl. hierzu EA 1/1946/47, S. 6–10; Marienfeld, bes. S. 336–339; Deuerlein, Deutschland, S. 42).

7 Vgl. u. Anm. 83.

8 Vgl. hierzu etwa „Minutes of the Conference in Methods of Increasing the Coal Output", abgehalten in Lübbecke am 10. 5. 1946. Unter dem Vorsitz von Gen. Maj. *Balfour* trafen sich Fachvertreter der brit. MR mit *Lehr, Amelunxen, Deissmann* und *Werkmeister* (beide beim Dt. WR in Minden), dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen, *Halbfell,* und dem Verbindungsoffizier zum OP der Nord-Rheinprovinz, *Nansen* (HStAD NW 53/272, fol. 60–63). Vgl. in diesem Zusammenhang auch eine Aktennotiz *Schröders* für *Lehr* vom 11. 5. 1946, wonach ein Vertreter des LR angefragt habe, ob die am. Zone etwas zur Kohlenförderung beitragen könne (HStAD NW 53/722, fol. 2).

9 Beschlüsse der Konferenz in Anl. 33. Zur weiteren Behandlung des Themas vgl. o. Anm. 4.

10 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 56.

11 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 120.

der Wesermünder Flotte verzichten. Die Angelegenheit wird jedoch weiterhin geprüft werden.〉

Ebenso war über die Vernichtung von Wild und Ungeziefer verhandelt worden.[12] Dazu antwortet die Kontrollkommission:

〈(b) Am 7. Mai 1946 wurde eine Anweisung[13] erlassen des Inhalts, daß alle Forstmeister und ihre Gehilfen in der britischen Zone, soweit sie zur Polizei zu rechnen sind, mit Feuerwaffen für die Vernichtung von Ungeziefer und Wild versehen werden sollen. Für die Forstbeamten und die Angehörigen der britischen Besatzungsmacht werden Jagden veranstaltet. Der in Punkt 35 a des Protokolls gegebenen Anregung ist also stattgegeben worden, soweit sich dies mit den Absichten der alliierten Mächte vereinbaren läßt.〉

Der Anregung ist also stattgegeben, soweit sie sich mit der Absicht der alliierten Mächte vereinbaren ließ.

In den Fragen der Zuständigkeit für Überwachung, Verteilung und Ablieferung von Lebensmitteln[14] hat die Kontrollkommission zur Zeit keine Stellungnahme bekanntzugeben.

〈(d) Hilfe für die Nord-Rheinprovinz (Punkt 35 (iii) des Protokolls)[15]

Die Aufrechterhaltung der Lebensmittellieferungen in das Ruhrgebiet wird als eine vordringliche Aufgabe der Kontrollkommission anerkannt. Beträchtliche Kartoffel- und Kornmengen sind aus anderen Provinzen der britischen Zone und aus Gebieten außerhalb der Zone das ganze Jahr über in das Ruhrgebiet eingeführt worden. Es liegt jedoch ein Mißverständnis vor, wenn angenommen wird, daß in der amerikanischen Zone bedeutende Überschüsse von Speisekartoffeln vorhanden sind. Es besteht eine ständige Fühlungnahme mit den amerikanischen Behörden in allen Fragen der Lebensmittelversorgung, und der Zonenbeirat kann versichert sein, daß, wenn solche Überschüsse vorhanden wären, die amerikanischen Behörden großzügig bei ihrer Zurverfügungstellung mitwirken würden.〉

Vorsitzender: Zu dem letzteren Punkt der Kartoffelfrage möchte ich noch betonen, daß es gelungen war, von den süddeutschen Zonen erneut Kartoffellieferungen zu bekommen. Aber die Kartoffellieferungen wurden plötzlich abgestoppt, weil die amerikanische Militärregierung eine Sperre für die Ausfuhr nach Rheinland-Westfalen angeordnet hatte und diese Kartoffeln nunmehr nach Berlin gingen, um dort einem Notstande abzuhelfen.[16]

Das hat uns sehr schwer betroffen und trifft uns umso schwerer, als gerade im Augenblicke nun wieder Stockungen eingetreten sind, die zu beheben ich mit Minister Dr. *Schlange-Schöningen* verhandle. Zu Beginn hat mir Dr. *Schlange-Schöningen* mitgeteilt, daß er hoffe, daß es seinen Bemühungen gelingt, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, aber es droht wieder eine besondere Notlage im Westen einzutreten, da in Rotterdam ein Streik ausgebrochen ist, das Getreide nun über

12 Vgl. a. a. O. mit Anm. 121.
13 Vgl. ebd. – Die Frage wurde in der 5. Sitz. wieder aufgenommen (vgl. Dok. V.3 mit Anm. 338–340).
14 Vgl. Dok. III.3, bes. mit Anm. 174–175. Ein Antrag *Amelunxens* nahm dieses Thema in der 5. Sitz. wieder auf (vgl. Dok. V.3 mit Anm. 275–280).
15 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 51 sowie Anl. 17.
16 Vgl. hierzu Rohrbach, S. 69–72, wonach die Versorgung in der am. Zone etwas besser war als in der brit. Zone.

Hamburg verschifft wird und nun von dort wieder per Waggon nach dem Westen geschafft werden muß. Es erhebt sich darum die Bitte an Dr. *Schlange-Schöningen,* sich der Waggongestellung nach Rheinland-Westfalen etwas anzunehmen. Wir brauchen täglich drei Züge allein für die Nord-Rheinprovinz, die von hier abrollen müßten.[17] Diese Waggongestellung bereitet uns zur Zeit noch große Schwierigkeiten. Ich bitte Sie deshalb, sich dieser Sache annehmen zu wollen.

(Schlange-Schöningen: Das wird geschehen!)

Ich danke sehr.

Weisser: Zu Punkt 3: Pressekommuniqué über die gemeinsame Tagung der Länderregierungen mit dem Zonenbeirat in Stuttgart.

Es war in der Sitzung durch Bürgermeister *Petersen* zum Ausdruck gekommen, daß die Weitergabe der Ergebnisse dieses wichtigen Treffens an die Öffentlichkeit nicht nach Wunsch geschehen sei.[18] Darauf antwortet die Kontrollkommission[19]:

⟨Die Verlautbarung von der gemeinsamen Sitzung des Stuttgarter Länderrats und einiger Mitglieder des Zonenbeirats ist nach angemessener Revision für die deutsche Presse freigegeben worden. Die Verlautbarung wurde in einer Anzahl von Zeitungen vollständig und in der ganzen Presse der Zone im Auszuge veröffentlicht. Sie erschien an sichtbarer Stelle – meistens auf der 1. Seite – und wurde von einer Reihe von Zeitungen redaktionell besprochen. Diejenigen Teile der Verlautbarung, die die Notwendigkeit eines geeinten Deutschland behandeln, wurden in der Veröffentlichung besonders gut hervorgehoben.[20]

Die Veröffentlichung der Verlautbarung wurde der Presse in der Zone nicht zur Pflicht gemacht, ihr aber dringend anempfohlen. In Anbetracht der Tatsache, daß ihre Veröffentlichung mit der pflichtgemäßen Wiedergabe des neuen Steuerprogramms und den gleichfalls als Auflage gegebenen Plan für den zukünftigen Umfang der deutschen Industrie zusammenfiel[21], muß die Form der Veröffentlichung als ausgezeichnet angesprochen werden, besonders, wenn man die Knappheit des zur Verfügung stehenden Raumes

17 Zur kritischen Versorgungslage der NRP in diesen Monaten vgl. HStAD NW 53/519, fol. 19: *Lehr* an *Kopf,* 9. 5. 1946 [Bitte um Einhaltung der übergebietlichen Lieferverpflichtungen]; a. a. O., fol. 53: *Lehr* an *Schlange-Schöningen,* 23. 4. 1946 [Bitte um allg. Zusatzkarte für die Bewohner der NRP als Industrie- und Notstandsgebiet]; HStAD NW 53/312, fol. 280: *Lehr* an das HQ der brit. MR North Rhine Region, 26. 4. 1946 [betr. Kartoffellage]; a. a. O., fol. 14–19: Denkschrift zur Ernährungslage. Die Ernährungswirtschaft in der Nord-Rheinprovinz. Bonn, Juni 1946 [gedruckt].

18 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 83.

19 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 57.

20 Eine Durchsicht der überregionalen Zeitungen der brit. Zone zeigt indessen, daß *Petersens* Kritik an der mangelnden Berichterstattung durchaus berechtigt war. In diesem Zusammenhang ist aber auch zu bedenken, daß der Großteil der lizensierten Presse in der brit. Zone Anfang April d. J. das erste Mal erschien, daß in diesen Erstausgaben häufig programmatische Aussagen der jeweiligen Zeitungen im Vordergrund standen und daß die Blätter in der Regel nur zweimal pro Woche, zudem in geringem Umfang erhältlich waren. Lokale Zeitungen berücksichtigten die Stuttgarter Tagung durchaus (vgl. etwa Lübecker Nachrichten vom 6. 4. 1946, S. 1).

21 Zu den in der Zeit vom 11. bis 28. 2. 1946 rückwirkend zum 1. 1. 1946 vom KR beschlossenen fünf Steuergesetzen, den sog. „Februargesetzen", vgl. Schweigert, S. 21–25, sowie Dok. V.3 mit Anm. 47. Zum sog. 1. Industrieplan vgl. Dok. III.3, Anm. 214.

und die überragende publizitäre Bedeutung ⟨des Plans⟩[22] für den zukünftigen Umfang der deutschen Industrie bedenkt.⟩

Petersen: Diese Erklärung ist zwar eine Erklärung, aber sie ist nicht befriedigend. Denn wir haben in Stuttgart lange über die Abfassung der Pressekommuniqués beraten, und es ist uns vor dem Auseinandergehen mitgeteilt worden, daß das amerikanische und das englische Hauptquartier dieser Fassung zugestimmt hätten, die dort gemacht worden ist. Deshalb mußten wir unter dem Eindruck stehen, daß ebenso wie in der amerikanischen Zone, wo die Veröffentlichung, wie mir gesagt worden ist, so erfolgt ist, wie dies verabredet war, die Veröffentlichung auch in der britischen Zone erfolgen würde. Dies wurde erklärt. Es ist bedauerlich, daß man eine Verabredung getroffen hat und man nachher, wenn man nach Hause kommt, finden muß, daß die Verabredung nicht gehalten worden ist.

Weisser: Tradition der Rheinprovinz: Frage des Oberlandesgerichts Köln.[23] – Dazu die Antwort[24]:

⟨a) Der Vorschlag, das Oberlandesgericht in Köln zugleich mit den Oberlandesgerichten Braunschweig und Oldenburg gegebenenfalls aufzulösen, war lediglich als eine etwa mögliche Maßnahme für die Einsparung von Richtern gedacht. Der Vorschlag war dem von der Rechtsabteilung (Legal Division) eingesetzten deutschen Ausschuß unter Leitung des Oberlandesgerichtspräsidenten von Oldenburg zur Prüfung zugeleitet worden, damit dieser Ausschuß geeignete Vorschläge für die Einrichtung einer zentralen Justizbehörde für die britische Zone ausarbeite.[25]

b) In dieser Angelegenheit ist keinerlei Entscheidung getroffen worden, und alle regionalen Hauptquartiere der Militärregierung und die in Frage kommenden deutschen Beamten sind unterrichtet worden, daß keine Entscheidung in dieser Frage getroffen werden wird, ohne die notwendige Berücksichtigung der Auffassungen der höheren Justizbeamten, der ernannten Beiräte und der Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten in den in Frage stehenden Gebieten.⟩

Bericht und Entschließung des Forstausschusses.[26] Dazu ist eine Antwort eingegangen, die sich auf die verschiedenen Punkt der Entschließung der vorigen Sitzung erstreckt. Die Kontrollkommission hat folgende Stellung genommen[27]:

---

22 Hs. nachgetragen.

23 Vgl. Anl. 24.

24 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 58.

25 Mit Anweisung Nr. 4 an die OLG-Präsidenten betr. die Bildung eines juristischen Zentralausschusses (bestehend aus den 8 OLG-Präsidenten, die korporativ die Funktion des Reichsjustizministers zu erfüllen hatten), o. D., wollte die brit. MR sicherstellen, daß die Rechtspflege in ihrer Zone nach einheitlichen Grundsätzen gehandhabt wurde (PA 1/65: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 17. 4. 1946, J. Nr. 230/46, mit Anl.: Anweisung Nr. 4 . . .). Der OLG-Präsident von Oldenburg, Ekhard Heinrich Wilhelm *Koch* (zu seiner Person vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 517, Anm. 4) war von der Legal Division der KK per Verfügung vom 13. 5. 1946 beauftragt worden, zu prüfen, ob mehrere OLG in der brit. Zone, darunter auch das OLG Braunschweig, aufzulösen seien. Vorschläge in dieser Richtung sollten jedoch erst gemacht werden, nachdem sich die ernannten Ratsvertreter in den betreffenden Städten und Ländern dazu geäußert hatten (vgl. StAW 23 A Neu 3: *Koch* an *Kubel*, 22. 5. 1946). Der Braunschweigische Landtag lehnte die erwogene Auflösung ab (vgl. StAW 23 A Neu 15: Prot. der 4. Sitz. vom 7. 6. 1946, Pkt. 14, S. 9 f.). Zum Bemühen um die Rechtseinheit in der brit. Zone vgl. Vogel, Rechtseinheit, bes. S. 458 ff.

26 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 153–158.

27 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 59.

〈Wenn auch von Seiten der Kontrollkommission dem zugestimmt wird, daß schwere Anforderungen gegenwärtig und in Zukunft an den Waldbestand in der britischen Zone gemacht werden müssen, so ist es doch eine starke Übertreibung der Tatsachen zu behaupten, daß die Wälder, die sich für Nutzholz eignen, in wenigen Jahren zerstört sein werden. Selbst wenn im kommenden Winter ein neuer Einschlag für Brennholz im Umfange des Zeitraumes 1945/46 gemacht werden muß, so wird jedoch der Holzeinschlag für 1946 nicht 300 % des jährlichen Zuwachses oder annähernd 2 % der gebrauchsfähigen Holzvorräte betragen. Weitreichende nachteilige Wirkungen auf Klima und Wasserbestand werden nicht angenommen. Hinsichtlich der Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, um die angeführten Gefahren zu vermeiden, bemerkt die Kontrollkommission folgendes:

1. Dem Punkt 2 der Entschließung wird zugestimmt.
2. Punkt 3. Es wird zugegeben, daß hochwertiges Holz nicht für Brennstoff verbraucht werden sollte. Hinsichtlich des Gebrauches von Holz für Fahrzeuge mit Holzgasmotor würden die Vorschläge die Auffassung der Kontrollkommission über die Einsparung von Benzin und Dieselöl durchkreuzen. Die Annahme, daß ein Holzgasmotor in einem Jahr den Gegenwert von 1 ha Waldbestand verbraucht, kann nicht als zutreffend angesehen werden. Der Empfehlung des Forstausschusses hinsichtlich der Bedürfnisse der Bauindustrie wird zugestimmt.
3. Punkt 4. In dieser Notzeit ist es nicht möglich, sich der Empfehlung anzuschließen, ältere Wälder, wie z. B. die Wälder der Harzgegend, zu konservieren. Den Einfuhren von anderen Zonen wird zugestimmt, und gewisse solche Einfuhren sind in der Tat bereits erfolgt, besonders Einfuhren von Grubenholz für die Ruhrzechen aus der amerikanischen Zone.
4. Dem Punkt 5 wird zugestimmt.
5. Punkt 6. Das Norddeutsche Holz-Kontrollamt[28] kann dem nicht zustimmen, daß die Wälder an der Nordseeküste von den Beiträgen zur Behebung der durch die Notlage gegebenen Bedürfnisse ausgenommen werden. Das Amt wird jedoch sicher den besonderen Vorsichtsmaßregeln Rechnung tragen, die erforderlich sind, wenn in jenen Gebieten Holz eingeschlagen wird.
6. Punkt 7. Den Bemerkungen der Entschließung wird zugestimmt.〉

Vorsitzender[29]: Wir haben in den Kreisen der Länder und Provinzen im Laufe der letzten Zeit der Entwicklung mit ernster Sorge zugesehen. Wir haben uns in der letzten Konferenz noch einmal mit dem gesamten Holzvorrat der deutschen Waldgebiete beschäftigt[30] nach den eindeutigen Berechnungen, die unsere Holzwirtschaftsämter vorgenommen haben. Ich kann deshalb nur noch einmal betonen: Wir sehen der Entwicklung mit ernster Sorge entgegen und haben uns erlaubt, nunmehr noch besondere Anregungen zu geben, die ich vortragen möchte[31]:

---

28 Zur „North German Timber Control" vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 128 ff.

29 Lt. Dok. IV.4, TOP 50. A.5, spricht nicht *Lehr*, sondern *Drake*, was durch *Kopfs* folgende Ausführungen bestätigt wird.

30 *Drake* bezieht sich auf die LChK am 26./27. 5. 1946 in Lübeck. Die hier vorgelegte Entschließung war dort auf seine und *Lehrs* Initiative gefaßt worden, vgl. HStAD NW 53/737, fol. 4–14, bes. TOP 7 und 13. Kurzprot. der Sitz. und weiteres Material in: StAB 3-R.1. m. Nr. 125/7. Die abweichende Datierung in den verschiedenen Überlieferungen hängt davon ab, ob der Tag der Ankunft in das offizielle Programm einbezogen wurde. Sitzungen fanden nur am 26. und 27. 5. statt (vgl. den Tagungsablauf a. a. O.).

31 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 32.

〈Seit der Entschließung des Zonenbeirats zur Erhaltung des deutschen Waldes[32] werden durch neuerliche Anordnungen der Militärregierung die Waldbestände der britischen Zone in schwerster Weise gefährdet.

Soweit es sich dabei um Brennholzeinschlag handelt, würden folgende Sofortmaßnahmen zur Entlastung notwendig und möglich sein.

1. Stärkste Ausnutzung des rheinischen Braunkohlenvorkommens und Steigerung der Brikettierung.
2. Restlose Ausnutzung der Torfgewinnungsmöglichkeiten.
3. Beschaffung von Grudekoks aus der russischen Zone; insbesondere aus dem Nachterstedter Revier.

Die Militärregierung wird gebeten, alle hierfür notwendigen Baustoffe, Maschinen und sonstige Vorrichtungen freizugeben.

Wir messen den vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf den bevorstehenden Winter entscheidende Bedeutung bei. Die deutsche Bevölkerung leidet schon jetzt durch Hunger. Wenn sie im kommenden Winter wieder frieren müßte, ist neben einer ernsten Gefährdung der Volksgesundheit eine Bedrohung des sozialen Friedens zu befürchten.

gez. *Amelunxen, Drake, Kaisen,*
Kopf, Kubel, Lehr, Petersen,
Steltzer, Tantzen〉

Diese Sätze sprechen für sich selbst, und ich brauche dem nichts weiter hinzuzufügen. Ich bitte Sie, auf den Boden dieser Entschließung zu treten.

Kopf: Es ist außerordentlich schwer, zu dieser Antwort, die der Generalsekretär verlesen hat, sofort Stellung zu nehmen, und ich darf mir als Vorsitzender dieses Holzausschusses[33] vorbehalten, noch einmal darauf zurückzukommen. Zur Ergänzung der Ausführungen von Herrn *Drake*[34] möchte ich folgendes vortragen.

Allein im Bereiche des Landesforstamtes Hannover werden die bisher festgelegten Einschläge, die zugrundelagen, als wir diesen Forstbericht machten, durch Neuanordnung der Militärregierung etwa wie folgt erhöht werden müssen:

1. Durch angeordnete Rund- und Schnittholzexportaufträge muß der bisher festgelegte Nadel- und Rotbuchen-Stammholzeinschlag in Höhe von 1 716 000 fm um etwa 1 350 000 fm überschritten werden.
2. Durch angeordnete Grubenholzexportlieferungen muß der bisher festgelegte Grubenholzeinschlag in Höhe von 1,2 Millionen fm um 188 000 fm überschritten werden.
3. Da auch für den nächsten Winter mit der Lieferung von Kohlen für den Hausbrand nicht zu rechnen ist, müssen, zumal die Bevölkerungsziffer laufend steigt, außer dem bereits durchgeführten Brennholzeinschlag in Höhe von 2 800 000 fm, zusätzlich 700 000 fm Brennholz eingeschlagen werden.

Die im Ausschuß zur Beratung von Maßnahmen für die Erhaltung des deutschen Waldes zu Grunde gelegte Holzaufbringung für das laufende Jahr 1945/46 muß

32 Vgl. Dok. III.3, o. S. 280 f.
33 *Kopf* war Vorsitzender des „Sonderausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes".
34 Vgl. o. Anm. 29.

daher allein für den Bereich des Landesforstamtsbezirkes Hannover von 6 872 000 fm um 2 218 000 fm auf 9 110 000 fm insgesamt erhöht werden. Damit übertrifft der Hieb den greifbaren Zuwachs um 6 238 000 fm. In Prozenten beträgt der Hieb 317 % des Hiebzuwachses und 11 % des greifbaren Vorrats. Diese neu festgelegte Umlage würde, wenn sie in gleicher Höhe fortgesetzt wird, den gesamten greifbaren Vorrat des Landesforstamtes Sarstedt in 13,3 Jahren aufzehren, bei Kiefern wären alle Bestände über 13 Jahre bereits in 10 Jahren aufgebraucht.

Ich wollte dies nur noch zur Ergänzung vortragen und darf bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Ich kann nur noch einmal in meiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Zonenbeirats und als Präsident der Nord-Rheinprovinz warnen vor weiteren Eingriffen in den deutschen Wald. Auch was bei uns geschieht, bedeutet eine schwere Gefährdung des Waldes, unseres Klimas, des Wasserhaushalts unseres Bodens. Es besteht die große Gefahr der Verkarstung des Bodens.

Deshalb muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß im Rheinland noch gewaltige Bestände an Braunkohlen vorhanden sind, die teils im Tagbau zu erreichen sind, teils aber auch im Schachtbau, unter der Erde liegend. Ich habe bereits in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß dieser Schachtbau nicht einfach ist, weil eine erhebliche Schicht von Schwemmsand über der Kohle liegt.[35] Aber das ist am Niederrhein auch bei der Steinkohle der Fall, und die heutige Technik wird auch mit diesen Schwierigkeiten fertig. Hier kann Abhilfe geschaffen werden, wenn diese rheinische Braunkohle im Wege der Brikettierung in starkem Maße herangezogen wird. Ich bitte, dies auch den Herren Mitgliedern der Kontrollkommission erneut zu Gehör zu bringen. Wir sind übereinstimmend der Meinung, daß die Frage des Holzeinschlages mit zu den Lebensfragen der deutschen Wirtschaft, unseres Klimas gehört und daß die Wege, die hier angegeben sind, wirkliche Wege sind, um Abhilfe zu schaffen.

Ich bitte Sie auch, von den mit Freimut ausgesprochenen Worten Kenntnis zu nehmen, daß tatsächlich in den letzten Wochen sich die Stimmung unserer Bevölkerung in ganz außerordentlicher Weise verschlechtert hat und daß ich als Hüter der gemeinsamen Interessen, die wir hier vertreten, nur bitten kann, diese Stimmung nicht zu gefährden, daß wir jetzt etwa bekanntgeben müßten: Es gibt im Winter keine Kohlen, wir müssen uns jeder mit nassem Holz versorgen.[36]

Die Holzversorgung ist vielleicht in einem gewissen Umfange in ländlichen Gegenden und an kleinen Orten möglich. Bei uns am Niederrhein, wo 12 zerstörte Großstädte nebeneinander liegen, wo auf 11 000 km² nahezu 6 Millionen Menschen wohnen, ist eine Holzversorgung völlig unmöglich. Wir müssen schon se-

35 Vgl. Dok. III.3, o. S. 282. – Auf der 8. Sitz. gab *Robertson* bekannt, daß an die Bevölkerung überhaupt nur Braunkohle, keine Steinkohle, ausgegeben werden würde, vgl. Dok. VIII.3 mit Anm. 14.

36 Vgl. einen entsprechenden Stimmungsbericht, den *Lehr* am 24. 4. 1946 an die MR North Rhine Region in Düsseldorf sandte und in dem er in einem detaillierten Punktekatalog zu einem „planmäßig eingeleiteten Kampf gegen Mißstimmung und Apathie" aufrief, HStAD NW 53/312, fol. 300 f.

hen, über die Braunkohle das Problem zu meistern. Es ist zu meistern, aber nicht auf dem Wege über die Holzversorgung.

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle einstimmige Annahme fest.[37] Wir kommen zum nächsten Punkt.

Weisser: Ich darf weitere Mitteilungen der Kontrollkommission vortragen, die sich nicht auf das Protokoll der letzten Sitzung, sondern auf andere Fragen beziehen. Das erste bezieht sich auf das Schreiben in Sachen einer Vertretung des Handwerks im Zonenbeirat und mein Schreiben vom 16. 4. [!] und die Briefe von Dr. *Adenauer* und verschiedenen Vertretern der Verwaltung, die beigefügt waren.[38] Die Antwort lautet[39]:

> ⟨Die Kontrollkommission kann zur Zeit einer Vertretung des Handwerks im Zonenbeirat nicht zustimmen, da die rechtliche Stellung des Handwerks in der britischen Zone noch nicht festgelegt ist und die Handwerkskammer ebenso wie andere Gewerbeorganisationen in der Zone einer Neuordnung nach demokratischen Grundsätzen unterzogen wird. Bis zur Beendigung dieser Neuordnung ist die Behandlung der Frage einer Vertretung des Handwerks im Zonenbeirat als verfrüht anzusehen.[40]
>
> gez. E. *Thompson*, Capt.
> für den Leiter des
> britischen Verbindungsstabes⟩

Vorsitzender: Ich darf mir ein kurzes Wort zu Ihrer Orientierung erlauben. Diese Frage der Mitgliedschaft des Handwerks berührt ebenso wie die an einzelne Mitglieder unseres Hauses gerichtete briefliche Anfrage von seiten der 11 Fachvertreter die Frage nach der staatlichen Struktur und Rechtsnatur unseres Zonenbeirates.[41]

Ich habe wegen der fehlenden Klärung heute morgen den Vorzug gehabt, mit Oberst *Pearson* über diese Frage zu sprechen und die an ihn gestellten Fragen noch einmal brieflich zu wiederholen.[42] Die Frage, was ist eigentlich der Zonenbeirat, entwickelt er sich mehr oder lediglich nach der Seite eines Kabinetts oder des Parlamentes, ist im Augenblick nicht so ohne weiteres zu beantworten.[43] Und es ist

---

37 Laut hs. Vermerk auf Anl. 32 wurde die Entschließung am 15. 6. 1946 an den brit. Verbindungsstab weitergeleitet. Eine direkte im Plenum bekanntgegebene Stellungnahme der KK erfolgte nicht. Vgl. aber Anl. 319.5 (11. Sitz.).

38 Vgl. Dok. II.3 mit Anm. 14. Zu den diesbezüglichen Schreiben *Adenauers* an das Generalsekretariat des ZB und an Bgm. *Petersen* jeweils vom 9. 4. 1946 vgl. StAH, Senatskanzlei II: 000.23-3, 2./3. Sitz.; Schreiben *Weissers* vom 15.[!] 4. 1946 in PA 1/65.

39 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 60.

40 Das Thema kam auch in den folgenden Sitzungen nicht mehr auf die Tagesordnung, obwohl das Kammerwesen in dem von der brit. MR ausgeführten Sinne allmählich reorganisiert wurde, vgl. etwa die VO des ZfW vom 6. 12. 1946 betr. den Aufbau des Handwerks, in: Amtsbl. SH, 2/1947, S. 13–17.

41 Das Schreiben war weder im Bestand des PA noch des BA zu ermitteln.

42 Vgl. das entsprechende Schreiben *Lehrs* an *Pearson* vom 28. 5. 1946 in PA 1/65.

43 Die Frage hatte *Weisser* am 28. 3. 1946 in einem Gespräch mit *Lehr* dahingehend beantwortet, daß sich aus dem ZB wohl „drei besondere Kammern entwickeln könnten, nämlich die Gruppe der Regierungschefs im Sinne eines Reichsrates, die Gruppe der Fachvertreter als Ministerium und die Gruppe der politischen Parteivertreter, der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften als Parlament", vgl. HStAD NW 53/528, fol. 266 ff., fol. 266: „Ergänzende Notizen zur zweiten Zonenbeiratssitzung . . .", verfaßt von *Janich* am 10. 4. [1946]; vgl. hier-

auch nicht ohne weiteres möglich, Ihnen klar zu sagen: so oder so. Das mag mit der Entwicklung anderer Dinge zusammenhängen, die man auch nicht so klar übersehen kann.

Sie müssen bis auf weitere Aufklärung von dem Standpunkte ausgehen: Dieser kleine Beirat ist nichts anderes als ein von dem Vertrauen der britischen Militärregierung geschaffenes Gremium, das bestimmt ist, sowohl die Militärregierung zu beraten und Anfragen zu beantworten als auch von sich aus Anregungen zu geben und die gemeinsamen deutschen Sorgen hier zu beraten. Es bleibt aber nach wie vor ein Gremium, das in einer ganz bestimmten Weise zusammengesetzt ist und in dieser Zusammensetzung nicht ohne weiteres in der Lage ist, von sich aus die Zusammensetzung zu ändern. Es kann nur im Einvernehmen mit der Militärregierung Änderungen erfahren.

Es muß deshalb für unsere gesamte Zusammensetzung und unsere Geschäftsführung vorläufig bei der von Ihnen beschlossenen Geschäftsführung bleiben und im Rahmen der in Auswertung dieser Geschäftsordnung geschaffenen Ausschüsse sehe ich gegenwärtig die Rechtslage.

Weisser: Instandsetzung von Fischereifahrzeugen. Die Gründe, die die Kontrollkommission veranlaßt haben, den Antrag der Herren Oberpräsident *Kopf* und Bürgermeister *Petersen* auf Vermehrung der Fischversorgung der deutschen Bevölkerung in der britischen Zone nicht auf die Tagesordnung der 4. Zonenbeiratssitzung zu setzen, sind die folgenden:[44]

〈1. Die Wiederbelebung der deutschen Fischerei ist eine der Hauptaufgaben des Fishery Control Board. Die Möglichkeit, Fischereifahrzeuge aus dem Minensuchdienst zu entlassen, wird ständig geprüft und mit den zuständigen englischen Marinebehörden in geeigneten Zeitabschnitten erörtert. Erst kürzlich hat die Marine eine große Anzahl von Fischkuttern aus dem Minensuchdienst entlassen. Diese werden nun auf Fischerei umgestellt. Der englischen Marine ist die Notwendigkeit von Maximalleistungen auf dem Gebiete der Fischproduktion bewußt. Dementsprechend gibt sie Schiffe in dem Maße frei, in dem sie für anderen dringenden Einsatz nicht mehr benötigt werden. Die Minengefahr ist immer noch beträchtlich. Wenn die Fischereigründe nicht gründlich von Minen gereinigt werden, kann wohl der Fall eintreten, daß der Verlust von Fischereibooten durch das Auftreiben von Minen die Zahl der noch für Minensuchdienste erforderlichen Schiffe überschreitet.
In der letzten Woche hat die Marine berichtet, daß zwei deutsche Schleppnetzdampfer beim Fischen in Gewässern angetroffen wurden, in denen der Minensuchdienst noch in Tätigkeit war. Die Schiffe seien durch entsprechende Warnungen aus den Gewässern entfernt worden. Zur gleichen Zeit stellt die Marine fest, daß es Gewässer gibt, wo die Minengefahr nur gering ist. Sie trägt sich mit dem Gedanken, diese Gebiete im Interesse der Fischproduktion für die Fischerei freizugeben, vorausgesetzt, daß die Eigentümer der Schleppnetzdampfer bereit sind, das Risiko zu übernehmen. Es geht daraus klar hervor, daß die Minensuchtätigkeit auf keinen Fall schon abge-

zu auch die Ausführungen *Lehrs* im RVA, PA 1/262: Wortprot. der 1. Sitz. vom 2. 5. 1946, S. 22, und ferner Girndt, S. 39 und S. 43 ff. Auch ein Artikel in der Welt vom 18. 4. 1946: „Verwaltung auf neuen Wegen" beschäftigte sich mit der verfassungsrechtlichen Natur des ZB.

44 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 61. Zum Antrag *Kopf/Petersen* vgl. Dok. II.3 mit Anm. 219.

schlossen ist und daß die Marine bereit ist, jede Hilfeleistung zu gewähren, um ein Maximum an Fischproduktion zu sichern.

2. Die Fragen des künftigen Ausmaßes und der Stärke der deutschen Fischereiflotte und der Bedürfnisse der Fischversorgung des Landes sind in den verschiedenen Zweigen der Militärregierung bereits eingehend erörtert worden. Der deutsche Standpunkt ist durch das Fishery Control Board allen an diesen Erörterungen Beteiligten in angemessener Weise mitgeteilt worden. Im besonderen ist dabei nachdrücklich auf die Vorzüge hingewiesen worden, die die von Deutschen vorgeschlagenen Schiffsgrößen besitzen. Es kann jedoch kein Bauprogramm für Schleppnetzdampfer in Angriff genommen werden, solange nicht in den Verhandlungen der vier Mächte eine Einigung erzielt worden ist über die Beschränkungen hinsichtlich Größe und Schnelligkeit der deutschen Fischereifahrzeuge und der Höhe der deutschen Fischproduktion.〉

Heile: Ich weiß nicht, ob ich ganz richtig habe folgen können. Ich darf deshalb eine Frage stellen, ob in dem Schreiben das erwähnt worden ist.

Ich bekomme seit einiger Zeit Mitteilungen aus Fischereikreisen und habe auch heute wieder ein Schreiben dieser Art bekommen, wonach mir mitgeteilt wird, daß Fischereidampfer jetzt gesprengt würden aus Gründen, die unerfindlich sind, wo wir einen solchen Mangel haben und es so dringend notwendig wäre, diese Fischdampfer in Tätigkeit zu setzen. Fischdampfer, die noch auf den Helligen liegen, im Bau sind, sollen abgewrackt werden, und andere Fahrzeuge, die dazu geeignet sind oder Fischdampfer sind, sollen jetzt verschrottet werden.

Da ich nicht ganz habe folgen können, frage ich, ob das im Sinne dieser Erklärung enthalten ist, sonst ist es nicht verständlich.

Vorsitzender: Wir sind heute nicht in der Lage, über diesen Punkt zu diskutieren. Aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Anfrage schriftlich an das Generalsekretariat richteten, damit wir uns informieren und dann Auskunft geben.[45]

Weisser: Dr. *Adenauer* hatte einen Antrag gestellt bezüglich der Bezüge der Kriegsbeschädigten.[46] Diesen Antrag hatten wir dem Verbindungsstabe eingereicht und die Militärregierung hat in folgender Weise geantwortet[47]:

〈Die Entscheidung, daß die gemäß dem geltenden Versorgungsgesetz an kriegsversehrte ehemalige Wehrmachtsangehörige zu zahlende Versorgung abgeschafft und die Unterstützungen auf die Sozialversicherungsbehörden übernommen werde, wurde im vergangenen November von der Kontrollkommission gefällt[48] in Erfüllung der Bestimmungen der Potsdamer Erklärung, wonach der deutsche Militarismus mit Stumpf und Stil auszu-

45 Mit Schreiben vom 11. 7. 1946 nahm die KK zu dem Vorgang Stellung, indem sie u. a. ausführte, daß sie zum einen an die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gebunden sei, zum anderen vorwiegend solche Fahrzeuge zerstört worden seien, die ohnehin nicht reparabel gewesen wären. Es wurde ausdrücklich betont, daß in den Fällen, wo die brit. Behörden nicht durch internationale Verträge gebunden seien, das Bemühen um die Freigabe von Fischereifahrzeugen im Vordergrund stehe, vgl. StAH, Senatskanzlei II, 000.23-3: 6. Sitz./8.

46 Vgl. den Antrag *Adenauers* in PA 1/51, J. Nr. 471/46; der undatierte Antrag wurde den Ratsmitgliedern und ihren Begleitern auf der 4. Sitz. überreicht. Ausgehend von der Information, die Versorgung der Kriegsversehrten solle in die Sozialversicherung überführt werden, hatte *Adenauer* sich im Namen der CDU gegen einschneidende Änderungen auf dem bloßen Verwaltungswege ausgesprochen und beantragt, die Frage im ZB zu erörtern.

47 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 62.

48 Offiziell bekanntgegeben durch Sozialversicherungsdirektive Nr. 11 vom 16. 1. 1946: Abschaffung von Versorgungsrenten (vgl. Arbeitsbl. brit. Zone 1/1947, S. 16).

rotten ist. Seit vergangenem November haben die Kriegsversorgungsämter in Verbindung mit den zivilen provinzialen Unterstützungsinstituten die Vorgänge von jedem Kriegsunterstützungsberechtigten (im ganzen etwa 800 000) geprüft und den Anspruch jedes einzelnen auf eine zivile Invalidenrente festgesetzt. Diese Arbeit ist jetzt abgeschlossen, und die Überführung wird demnächst stattfinden.

Obwohl die zivile Invalidenrente sehr viel geringer ist als die Unterstützung, die die Kriegsunterstützungsberechtigten jetzt erhalten, so ist es doch eine Versorgung, mit der weite Kreise von Zivilisten sich notgedrungen zufriedengeben müssen. Der springende Punkt bei dieser Überführung ist die Abschaffung der überlieferten deutschen Unterscheidung zwischen Zivilisten und Soldaten und des erheblichen Vorranges, der den letzteren eingeräumt wird.

Da diese Änderung im Zuge des Grundsatzes der Alliierten einer Entmilitarisierung Deutschlands liegt und da der Plan schon in einem sehr vorgerückten Stadium der Entwicklung sich befindet, kann die Kontrollkommission seiner Erörterung im Zonenbeirat nicht zustimmen. Hinsichtlich der Belastung des Haushaltes der Gemeinden, wie sie vom Vertreter der CDU befürchtet wird, sind die Einzelheiten der geplanten Überführung durch die Finance Division der Kontrollkommission gebilligt worden, und es werden sich insgesamt beträchtliche Einsparungen in dem öffentlichen Haushalt ergeben.

Die Frage einer angemessenen Bekanntgabe unserer Gründe für die Abschaffung der militärischen Versorgung und für die Einrichtung des neuen Apparates in der Zahlung von Versorgungsbeträgen an Kriegsversehrte und ihre Angehörigen wird zur Zeit erwogen.〉[49]

Vorsitzender: Wir kommen dann zum nächsten Punkt.

Weisser: Der Verbindungsstab hat uns mitgeteilt, daß er sich mit folgender Frage befaßt habe:

Es besteht ein beratender Ausschuß für Fragen der deutschen Verwaltung, also Verwaltungsreform, Verfassungsfragen usw. Dazu schreibt uns der Verbindungsstab[50]:

Der beigefügte Anhang enthält die Anweisung Nr. 82 [der Internal Affairs and Communications Division der Militärregierung betr. die Bildung des oben erwähnten Ausschusses].

Angesichts der Tatsache, daß das Arbeitsgebiet dieses Ausschusses dasjenige des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirates überschneiden könnte, ist die Kontrollkommission um genaue Abgrenzung der Zuständigkeit beider Ausschüsse gebeten worden.

〈Anweisung Nr. 82
der Internal Affairs and Communications Division
der Militärregierung

[...]

1. Gemäß einem ausdrücklich geäußerten Wunsch des Oberbefehlshabers nach Berücksichtigung deutscher Sachverständigengutachten ist die Errichtung eines beratenden Ausschusses für Fragen der deutschen Verwaltung beschlossen worden.
2. Dieser Ausschuß wird die Aufgabe haben, die Administration and Local Government Branch in allen Fragen der durch Regierungsstellen ausgeübten Verwaltung zu

49 Vgl. hierzu Dok. VIII.3 mit Anm. 102.
50 Im folgenden verliest *Weisser* ein Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 14. 5. 1946 und die Anweisung Nr. 82 (beide Schriftstücke in PA 1/65).

beraten, die an ihn herangetragen werden. Soweit hier die Administration and Local Government Branch zuständig ist, wird der beratende Ausschuß eine Ergänzung des Zonenbeirates bilden; in diesem Sinne wird er im allgemeinen befragt werden, ehe eine Angelegenheit an den Zonenbeirat verwiesen wird. Der Ausschuß soll sich auch zu technischen Einzelfragen gutachtlich äußern.

3. Um einer Verschwendung von Arbeitskräften vorzubeugen und schnelle Entscheidungen zu ermöglichen, soll der Ausschuß numerisch klein gehalten und auf deutsche höhere Beamte beschränkt werden, die ausschließlich nach ihrer Verwaltungserfahrung und Eignung ausgewählt werden.
4. Folgende Beamte sind bereits als Mitglieder des Ausschusses ausgewählt worden: Dr. G. *Schröder* (Düsseldorf), Dr. H. *Koch* (Oldenburg), Dr. W. *Drexelius* (Hamburg), Herr H. G. *Wormit* (Kiel), Herr L. *Hamann* (Hannover).
Es ist beabsichtigt, weitere Mitglieder zur Vertretung der bisher noch nicht vertretenen Provinzen und Länder zu ernennen.
5. Die erste Sitzung des Ausschusses soll am 6. 5. 1946 um 10 Uhr vormittags in der Dienststelle der Administration and Local Government Branch in Bünde stattfinden. Sie wird voraussichtlich zwei oder drei Tage dauern. Weitere Sitzungen werden nach Bedarf (wahrscheinlich in monatlichen Abständen) abgehalten werden. Auf der ersten Sitzung soll der Ausschuß einen ständigen Sekretär bestellen, um eine fortlaufende Geschäftsführung sicherzustellen.〉

Kopf: Ich bitte, dieses Schreiben der Kontrollkommission mit dem Antrage dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen, damit wir feststellen können, wie weit eine Überschneidung erfolgt.

Weisser: Empfiehlt es sich nicht, die Antwort des Verbindungsstabes abzuwarten?

Kopf: Wir können das dem Ausschuß überweisen und dann auf die Tagesordnung [der Sitzung] setzen, die einberufen ist, nachdem die Antwort eingegangen ist.[51]

(Es wird so beschlossen.)

Weisser: Von der Leitstelle der Finanzverwaltung[52] (Steuerleitstelle) ist wegen der Einfuhr von indischem Tee für die Zivilbevölkerung ein Schreiben hierher gerichtet worden, das sich mit der Erhebung einer Sondersteuer von 50 RM je kg befaßt.[53] Dieser Antrag sollte in seiner politischen Bedeutung diskutiert werden.

---

51 Die Frage wurde auf den folgenden Sitzungen nicht mehr erörtert. Die 1. Sitz. des „Advisory Committee on German Administration" fand am 17. 6. 1946 in Bünde statt. Insgesamt kam es nur zu drei regulären Sitzungen (17. 6., 16. 7. und 24. 9. 1946). Auf der 3. Sitz. am 24. 9. 1946 schlug Max *Nurock* vor, die Mitglieder bei Bedarf einzeln zu konsultieren und wichtige Angelegenheiten an den ZB zur Beratung zu überweisen (vgl. hierzu insgesamt: PRO FO 1005/7).

52 Die „Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone" war durch VO Nr. 24 der brit. MR am 1. 3. 1946 mit Sitz in Hamburg errichtet worden und nahm – als Rechtsnachfolgerin für den Bereich der brit. Zone – die Aufgaben des früheren Reichsfinanzministeriums und Reichsfinanzhofes wahr, vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 59–67.

53 Das Schreiben der Finanzverwaltung war dem brit. Verbindungsstab von *Weisser* am 20. 5. 1946 zugesandt worden, vgl. den Wortlaut des Antrags in PA 1/65: „. . . der Zonenbeirat wolle der Militärregierung einen Ratschlag über die politische Bedeutung der Erhebung einer Sondersteuer von 50 RM je kg auf Tee vorlegen." Originalschreiben der Finanzverwaltung vom 16. 5. 1946 in PA 1/155.

Dieser Antrag ist von der Kontrollkommission nach Mitteilung des britischen Verbindungsstabes zurückgezogen[54], weil noch erhebliche technische Einzelheiten zu klären sind. Ich brauche daher den Antrag nicht mitzuteilen.

Ein Antrag des Mitgliedes Prof. Dr. *Degkwitz* betr. Erörterung der Reform der Sozialversicherung[55] ist nach Mitteilung des britischen Verbindungsstabes von der Kontrollkommission abgelehnt worden.[56] Der Antrag hatte lediglich besagt, daß sich der neu zu bildende Gesundheitsausschuß, mit dem sich nach der Tagesordnung der Zonenrat diesmal beschäftigen wird[57], sich der Erörterung dieser wichtigen Frage zuwenden möge. Dies ist abgelehnt.

Vom Länderrat in Stuttgart ist ein Telegramm eingegangen, demzufolge der Länderrat beabsichtigt, an der nächsten Sitzung des Zonenbeirats mit einer Delegation sich zu beteiligen. Soll darauf eine Antwort des Zonenbeirats des Inhalts abgehen, daß er das begrüßt?

(Zurufe: Ja!)

Dann würden wir in Ihrem Auftrage antworten, daß der Zonenbeirat das sehr begrüßt.[58]

Dann möchte ich mitteilen: Verschiedene Mitglieder des Zonenbeirates haben brieflich mitgeteilt, daß sie den Gesetzentwurf unterstützen, der vom Länderrat in Stuttgart bereits verabschiedet ist und sich mit der Bereitstellung billigen Bodens für Bauland und die Einrichtung von Heimstätten befaßt. Es ist dies ein Gesetzentwurf, der in erheblichem Umfange auf *Lubahn* zurückgeht.[59]

Die Zuschriften der Mitglieder des Zonenbeirats, die sich in dieser Angelegenheit geäußert und zum Ausdruck gebracht haben, ein entsprechender Beschluß des Zonenbeirats sei angebracht, haben mich veranlaßt, in dieser Sache in erster Linie die zuständigen leitenden Wohnungsreferenten der Länder und Provinzen um eine Äußerung zu bitten. Dieser Kreis hat sich mit der Frage bereits auf der Harzburger Tagung befaßt und dabei festgestellt, daß aus der Feder von Stadtbaurat *Göderitz* ein sehr viel umfassenderer Entwurf vorliegt[60], der weitgehend durchgear-

---

54 Laut Dok. IV.4, TOP 50. B.4, mündliche Mitteilung des brit. Verbindungsstabes. Zur endgültigen Stellungnahme der KK vgl. Dok. V.3, u. S. 510.

55 Die KK hatte mitgeteilt, daß der Antrag nur zugelassen werde, wenn konkrete Einzelheiten über die Regelung der Reform formuliert würden (vgl. PA 1/145: *Weisser* an *Degkwitz*, 2. 6. 1946). Vgl. den erweiterten Antrag *Degkwitz*, Dok. V.3, Anm. 37.

56 Laut Dok. IV.4, TOP 50. B.5, mündliche Mitteilung der KK.

57 Vgl. u. mit Anm. 114.

58 Eine Delegation des LR nahm an der 5. Sitz. des ZB teil (vgl. Dok. V.2).

59 Der Gesetzentwurf Johannes *Lubahns* zur Beschaffung billigen Bodens und zur Schaffung von Volksheimstätten war vom LR am 2. 4. 1946 angenommen, von der am. MR jedoch abgelehnt worden (vgl. AVB 1, S. 389 f.). Zum Gesetzentwurf sowie zu seiner Bewertung durch die Gebietskanzlei Niedersachsen vom 11. 5. 1946 [„Der Zweck des Gesetzes . . . läßt sich ohne neues Gesetz auch nach den bisherigen . . . Bestimmungen erreichen."] vgl. HStAH Nds. Z 50/27; vgl. hierzu weiter Dok. V.3 mit Anm. 246–250; siehe ferner Dok. VIII.3 mit Anm. 225.

60 Zu dem Entwurf des Braunschweiger Stadtbaurates Johannes *Göderitz* betr. den Wiederaufbau deutscher Gemeinden (Wiederaufbaugesetz) vgl. PA 1/118 sowie Dok. V.3, bes. mit Anm. 245. – Auf ihrer 2. Arbeitstagung am 14. 5. 1946 in Bad Harzburg hatten sich die leiten-

beitet ist. Wir werden dieses Material zusammen mit dem Stuttgarter Material dem Zonenbeirat zugehen lassen, sobald die Militärregierung es zur Erörterung zuläßt.[61]

Vom Stuttgarter Länderrat habe ich die Auskunft bekommen, daß das dortige Gesetz von der amerikanichen Militärregierung noch nicht endgültig genehmigt ist. Außerdem empfiehlt es sich, die ganze Materie etwas losgelöst von der Person zu erörtern.[62]

Ich wollte dann noch bekanntgeben, daß durch den Verbindungsstab uns eine Reihe Anordnungen zugegangen ist, die sich mit den Wählerlisten, überhaupt mit der Durchführung der kommenden Wahlen und der Aufstellung von Kandidaturen befassen.[63] Wir wollten dies nicht alles vervielfältigen, weil wir annehmen, daß das überall in den Ländern und Provinzen und auch in den Kreisen vorliegt. Aber wir müssen es von der Polizei anfordern.

Schließlich wollte ich noch mitteilen, was der Generalsekretär des Länderbeirats [!] in der Angelegenheit, die damals in Stuttgart besprochen wurde, neuerdings noch mitgeteilt hat. Es handelt sich um die Kleidung für die Kriegsgefangenen, die aus dem Sammellager Tuttlingen entlassen werden.[64] Dazu ist folgende Auskunft eingegangen:

Die Erörterungen in Tübingen haben ergeben, daß eine genaue Aufteilung der in die englische Zone entlassenen bzw. noch zu entlassenden Kriegsgefangenen nicht möglich ist. Von den bisher entlassenen 11 000 bis 12 000 Kriegsgefangenen dürften etwa jeweils 2 000 in die englische Zone entlassen sein. Diese Zahl muß auch für die kommenden Monate angenommen werden.

Im Interesse der Kriegsgefangenen und im Verfolg des in der Gemeinschaftssitzung vom 3. April angenommenen Beschlusses würde der Länderrat dankbar sein, wenn nunmehr der Zonenbeirat die Übermittlung von Kleidungsstücken für diese Kriegsgefangenen in Gang setzen würde. Bei einer Entlassungsquote von 2 000 Kriegsgefangenen muß mit einem Bedarf an Kleidungsstücken für mindestens 500 Kriegsgefangene gerechnet werden.

---

den deutschen Wohnungsbeamten in der brit. Zone gegen das *Lubahnsche* Gesetz ausgesprochen (vgl. die entsprechende Resolution in PA 1/113).

61 Dies geschah auf der 5. Sitz., vgl. Anl. 110.

62 *Weisser* mochte sich mit diesem Hinweis auf die Tatsache beziehen, daß *Lubahn* wegen seiner NS-Vergangenheit vor allem von den Gewerkschaften angegriffen wurde (vgl. hierzu AVB 1, S. 767 f.).

63 Vgl. PA 1/65, J. Nr. 511/46: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 20. 5. 1946 betr. Anweisungen für die Durchführung der Wahlen; Aufstellung der Wählerlisten (mit Anl.: Anweisung Nr. 86 der Militärregierung, Änderung und Verschiedenes).

64 Vgl. das Prot. der Tagung des LR mit Vertretern des ZB in Stuttgart am 3. 4. 1946 (AVB 1, S. 438 f.). Danach hatten sich die Mitglieder des ZB bereit erklärt, „nach Vorlage von Zahlenmaterial über die aus Tuttlingen nach der englischen Zone zu entlassenden Soldaten diesen Hilfe zuteil werden zu lassen". Zur Notsituation im Lager Tuttlingen (frz. Zone) vgl. a. a. O., S. 404.

Es ist wohl angebracht, daß diese Angelegenheit von den Behörden bearbeitet wird, die mit der Bewirtschaftung der Textilien zu tun haben[65], so daß ich wohl annehme, daß das dorthin überwiesen wird.

(Zustimmung)

Vorsitzender: Damit hätten wir die Mitteilungen und die Beantwortung dieser Fragen erschöpft. Ich werde in Zukunft empfehlen, daß wir alle Fragen rechtzeitig bekommen.

Wir kommen dann zu Punkt 3:

Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung

Der Antrag ist von mir, Bürgermeister *Petersen,* Präsident des Senats *Kaisen,* Oberpräsident *Steltzer* und Dr. *Amelunxen* gestellt und liegt Ihnen in Abschrift vor.[66]

Ich brauche ihn deshalb nicht mehr vorzulesen. Behandelt haben wir ihn schon öfters.[67]

Ich stelle ihn hiermit zur Abstimmung. – Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.[68]

Damit ist der Punkt 3 erledigt.[69]

Dann kommen wir zu Punkt 4:

Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

Hierzu erteile ich Herrn Dr. *Agartz* das Wort.

Agartz: Dem Antrage, den Berliner Industrieplan zum Gegenstand der Erörterung des Zonenbeirates zu machen, hat die Militärregierung insoweit stattgegeben,

---

65 Zuständig hierfür waren der Dt. Wirtschaftsrat in Minden (bis Juni 1946) mit den ihm nachgeordneten Landeswirtschaftsämtern bzw. das ZfW in Minden; zu beiden Ämtern vgl. Vogel, Westdtld. II, S. 97–112, bes. das Schaubild nach S. 104.

66 Vgl. Anl. 34.

67 Vgl. Dok. II.3, bes. mit Anm. 174–178. Ein entsprechender Antrag war auf der 3. Sitz. vorgelegt, vom brit. Verbindungsstab aber nicht zur Diskussion zugelassen worden (vgl. Dok. III.3 mit Anm. 20) sowie Originalfassung des Antrags in: HStAH Nds. Z 50/77b: Antrag vom 1. 5. 1946. Erst mit Schreiben vom 18. 5. 1946 genehmigte der brit. Verbindungsstab die Behandlung des Themas unter der Voraussetzung, daß die Reparationspolitik nicht erörtert werden dürfe. Ferner wurde hervorgehoben, daß Kohle nicht zu Reparationszwecken, sondern als Gegenleistung für Importe ausgeführt werde (vgl. PA 1/203). Weitere Abweichungen siehe in den Anmerkungen zu Anl. 34.

68 In einem Schreiben an *Lehr* vom 5. 6. 1946 begrüßte die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der NRP diese Entschließung des ZB (vgl. PA 1/203).

69 Vgl. aber u. mit Anm. 213–220.

als der Plan an sich nicht kritisiert werden darf und als eine Gesamtheit hinzunehmen ist. Es dürfen lediglich die Wirkungen des Planes untersucht werden.[70]

Das Generalsekretariat des Zonenbeirats hat dann eine Reihe von Fragen formuliert, die sowohl die zukünftige Bevölkerungsquote, die Frage der Arbeiterschaft, die zukünftige Auswirkung des Lebensstandards, der im Industrieplan vorgesehen ist, die Auswirkung der künftigen Gütererzeugung, die Frage der Ausfuhr und die Frage der Kapazität zum Gegenstand haben. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat heute morgen diese Fragen erörtert[71] und ihnen grundsätzlich zugestimmt, nachdem mitgeteilt werden konnte, daß das Zentralamt für Wirtschaft sich nach unmittelbarer Bekanntgabe des Industrieplanes sofort mit dem Plane selbst beschäftigt und seine einzelnen Ressorts beauftragt hat, die Auswirkungen des Industrieplanes zu untersuchen und auch die wissenschaftlichen Institute gebeten hat, dem Industrieplan die Aufmerksamkeit zu schenken, die er verdient.

Das Zentralamt für Wirtschaft wird, wenn die Arbeiten nach und nach vorliegen, im Zusammenhange mit den von dem Generalsekretariat ausgearbeiteten Fragen diese Unterlagen zur Verfügung stellen und dann laufend dem Zonenbeirat über die Ergebnisse der angestellten Untersuchungen berichten.[72]

Vorsitzender: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Punkt erledigt. Die Punkte 5 und 6 müssen wir zunächst noch zurückstellen.

Wir kommen zu Punkt 7:

Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt

Die Begründung haben Sie gelesen.[73] Ich empfehle, diesen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen.[74] Das Wort wird nicht gewünscht. Dann ist diesem Antrage zugestimmt. Wir kommen zu

Punkt 8:

Besteuerung der Fahrräder

Der Antrag kommt von der Kontrollkommission selbst.[75] Wird das Wort gewünscht? Das Wort hat Herr *Reimann.*

Reimann: Meine Herren! Es ist verständlich, daß die Gemeinden und Städte Geld gebrauchen, und es ist auch zu verstehen, daß man auf jede Art und Weise versucht, an dieses Geld heranzukommen. Aber ich glaube, wenn wir dem zustim-

70 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 214 sowie Anl. 27 und 28.
71 Vgl. PA 1/276: Wortprot. der 1. Sitz. des WpA vom 28. 5. 1946.
72 Unterlagen des ZfW zum Industrieplan in BA Z 8/1331. Ein Bericht des ZfW erfolgte im Plenum nicht; vgl. aber die Ausführungen *Muellers* als Leiter des VAW in der 9. Sitz. (Dok. IX.3, u. S. 1257–1264).
73 Vgl. Anl. 36.
74 Vgl. hierzu weiter Dok. V.3 mit Anm. 152–155.
75 Vgl. Anl. 37.

men würden, daß Fahrräder besteuert werden sollen, wo es sich doch gerade um die Mittel handelt, womit die Arbeiter in vorwiegendem Maße zu ihrer Arbeitsstätte gelangen, würden wir in erster Linie die Arbeiter treffen. Einem solchen Antrag kann man nicht zustimmen. Mit 50 RM pro Jahr das Fahrrad zu besteuern, ist auch ein wenig zu hoch. In einer Familie fährt der Vater zur Arbeit, und eventuell der Sohn fährt gleichfalls mit dem Fahrrad zu irgendeiner Schule. Das wären 100 RM im Jahr allein in dieser Familie. Das geht nicht. Wir werden versuchen müssen, andere Quellen aufzumachen, dürfen aber nicht an solche Dinge herangehen, die in erster Linie den Arbeiter treffen. Ich bitte daher, dieses Ansinnen der Militärregierung abzulehnen.

Vorsitzender: Wird noch das Wort gewünscht? Das wäre an sich eine Angelegenheit, die wir unserem Finanzausschuß vorzutragen hätten. Wir haben aber keinen, und es dauert noch eine Weile, bis wir einen solchen bekommen.[76]

Reimann: Ich habe mich versprochen. Es sind nicht 50 RM, sondern 10 RM. Das kommt daher, daß wir die Geschichte nicht früh genug bekommen, daß man sich vorbereiten kann.

Vorsitzender: Das wäre eine Angelegenheit, die wir im Rahmen unserer allgemeinen Finanz- und Steuergebarung dem Finanzausschuß zu überweisen hätten. Wir können, wenn wir überlegen, welcher Ausschuß der geeignete Ersatzausschuß für die Zwischenzeit wäre, entweder den Hauptausschuß oder den Verfassungsausschuß nehmen. Ich schlage den Hauptausschuß vor. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

Dann geschieht das Entsprechende.[77] Ich habe Sie auf den Beschlußentwurf aufmerksam gemacht, den der Generalsekretär verfaßt hat.[78]

Weisser: Ich habe vorhin vorgetragen, daß ein Antrag Dr. *Degkwitz* betreffend Erörterung der Sozialversicherung zunächst abgelehnt sei.[79] Es ist nunmehr durch eine Aufklärung geklärt, daß es sich hierbei nicht um eine grundsätzliche Ablehnung handelt, sondern um den Gedankengang: Erst muß die Ausschußfrage geklärt sein. Es ist nach der Geschäftsordnung nicht ganz eindeutig, welcher der Ausschüsse den Antrag bearbeiten würde. Deshalb soll der Antrag von Dr. *Degkwitz*, der dem vereinigten Ausschuß für Sozialpolitik und Gesundheit zugewiesen werden soll, zunächst zurückgestellt werden, bis diese Ausschüsse da sind und außerdem konkret formulierte Einzelvorschläge zu dieser beabsichtigten Reform der Sozialversicherung vorliegen.[80] Es ist also nicht eine Ablehnung, sondern ein Abwarten.

Dann darf ich noch zu dem, was Herr *Reimann* hervorhob, zu den Unannehmlichkeiten, daß die Unterlagen zu spät da sind, sagen: Es haben sich aus Bespre-

76 Vgl. hierzu Dok. II.3, Anm. 45.
77 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 138.
78 Der Bezug ist nicht eindeutig; *Lehr* leitet wohl zu *Weissers* folgenden Mitteilungen über.
79 Vgl. o. mit Anm. 55.
80 Vgl. o. Anm. 56.

chungen Möglichkeiten eines sehr rasch wirkenden Kurierdienstes ergeben, so daß wir die verfügbaren Unterlagen noch schnell genug in Ihren Besitz bringen können.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zu Punkt 9:

Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

Das Wort hat Herr *Heile*.

Heile: Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat sich mit der Frage

1. des Zonenbeirats, seiner rechtlichen Stellung und praktischen Aufgaben zu befassen,

2. mit der Frage der Gliederung des Gebietes der Zone.

Da Erklärungen von der Militärregierung vorlagen, daß die Fachkommissionen, die Exekutivfunktionen haben, dem Zonenbeirat nicht unterständen[81] und daß weitere Erklärungen zu erwarten waren, haben wir die Behandlung dieses Teils der Aufgabe hinausschieben müssen.

Die Frage, wie das Gebiet der Zone gegliedert werden soll, ist eine Frage von so außerordentlicher Bedeutung, daß wir sie nicht mitten zwischen den Sitzungen des Zonenbeirates erschöpfend und gründlich genug behandeln können.[82] Wir haben deshalb beschlossen, den Rechts- und Verfassungsausschuß zu einer besonderen Tagung einzuberufen, losgelöst von den Tagungen des Zonenbeirats, und haben eine Einladung des Oberpräsidenten Dr. *Lehr* bekommen, die Tagung in seinem Gebiete mit Rücksicht auf die besondere Lage des Rheinlands anzusetzen. So ist die Tagung für den 13. und 14. Juni nach Godesberg beschlossen worden.[83]

Vorsitzender: Dann kommen wir zu Punkt 10:

---

81 Vgl. z. B. Dok. III.3, Anm. 131, sowie Anl. 46.

82 Vgl. hierzu PA 1/262: Wortprot. der Sitz. des RVA vom 27. 5. 1946.

83 Auf Initiative *Lehrs* (vgl. u. mit Anm. 88) tagten RVA und HA gemeinsam. Zu dieser Sitz. in Bad Godesberg am 13./14. 6. 1946 vgl. HStAD NW 53/261, fol. 35–44: Aktenvermerk *Schröders* vom 17. 6. 1946 [Kurzprotokoll]; ein weiterer Bericht [Wortprotokoll] a. a. O., fol. 69–110, sowie (gleiche Fassung) in: AdsD, Bestand *Schumacher:* J 84; ein Kurzprot. der Sitz. auch in: StAH, Senatskanzlei II, 000.23–2: Rechts- und Verfassungsausschuß. Der brit. Verbindungsstab bat den ZB, die Godesberger Tagung als „rein inoffiziell und informatorisch" anzusehen, da eine brit. Vorlage für die Erörterungen noch nicht hatte fertiggestellt werden können. Brit. Vertreter würden nicht an der Sitz. teilnehmen, wie auch etwaige Beschlüsse dem ZB nicht offiziell vorgelegt werden sollten (HStAD NW 53/261, fol. 28: Vermerk *Schröders* vom 7. 6. 1946). In einer gemeinsamen Entschließung sprachen sich die Teilnehmer der Tagung für die „Einheit des Reiches in politischer und wirtschaftlicher Beziehung" aus und forderten, daß eine etwaige Neugliederung der brit. Zone unter Einschluß des Rhein-Ruhr-Gebietes geplant werden müsse (a. a. O., fol. 64). Auf der Sitz. selbst beschwerte sich *Adenauer* über die mangelhafte Vorbereitung durch das GS des ZB sowie über die Einladung von Sachverständigen „in unbeschränkter Zahl". Die Anwesenheitsliste (a. a. O., fol. 68) weist insgesamt 49 Teilnehmer aus.

Wahl eines Regierungschefs der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe oder der Freien Hansestadt Bremen, in den Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats[84]

Das Wort hat Herr Ministerpräsident *Drake*.

Drake: Der Rechts- und Verfassungsausschuß wird sich demnächst mit der höchst bedeutungsvollen Frage der Neugliederung der britischen Zone zu beschäftigen haben.

Wir haben uns als Vertreter der kleineren Länder überlegt, ob die Zusammensetzung des Ausschusses in der Weise, wie sie erfolgt ist, zweckmäßig sei.[85] Ich bitte, dafür Verständnis zu haben, daß wir unsererseits bei dieser so hochwichtigen Frage Wert darauf legen müssen, in diesem Ausschusse vertreten zu sein, und schlagen deshalb vor, daß die vier genannten Länder einen besonderen Vertreter bekommen. Ich weiß nicht, in welcher Form das geschehen könnte, am zweckmäßigsten vielleicht – und ich nehme an, daß da keine Bedenken bestehen – durch Erweiterung des Ausschusses. Ich würde bitten, einen Beschluß zu fassen, daß den vier Ländern ein Vertreter zugestanden wird.[86]

Vorsitzender: Heute morgen hat der Hauptausschuß getagt.[87] Wir haben diese Frage beraten, und die Verhältnisse sollen noch einmal geprüft werden. Aber wir erkannten in diesem Ausschusse an, daß eine Notwendigkeit besteht, jedenfalls ein verständlicher Wunsch, wenn die hier genannten vier Länder und Regierungen bei diesen wichtigen Verhandlungen zugegen sein wollen. Da aber auch noch weitere Wünsche geäußert wurden und diese Fragen, diese territoriale Gliederung, verfassungsmäßig von so eminenter Bedeutung für uns alle sind, kamen wir überein, folgenden Vorschlag zu machen:

Wir lassen in Godesberg zunächst einmal die beiden Ausschüsse – den Hauptausschuß und den Rechts- und Verfassungsausschuß – zusammen tagen und laden zu

---

84 Vgl. Anl. 38. Der TOP fand keine Aufnahme in das Kurzprot.

85 Auf der Sitz. des sog. Gebietsrats Niedersachsen am 13. 5. 1946 in Bad Harzburg war einstimmig beschlossen worden, einen solchen Antrag durch Bremen im ZB einzubringen. Mit Schreiben vom 14. 5. 1946 bat *Tantzen Drake*, als Vertreter der kleinen Länder auf der folgenden Sitz. des ZB einen entsprechenden Antrag zu unterstützen, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/6. Diese Frage war dann bereits vor der Sitz. des ZB Gegenstand der LChK am 26./27. 5. 1946 in Lübeck (Antragsteller Stier tom *Moehlen*). Die Länderchefs sicherten ihre wohlwollende Unterstützung des Antrags im ZB zu, vgl. HStAD NW 53/737, fol. 4–14, TOP 4.

86 Bisherige Mitglieder des RVA: *Adenauer, Amelunxen, Groth, Heile* (Vors.), *Karl, Kopf, Lingemann, Reimann, Steltzer;* vgl. Anl. 8. – *Drake*, der an der Beschlußfassung des Gebietsrats Niedersachsen nicht beteiligt gewesen war, äußerte in einem Schreiben an *Kubel* und *Kaisen* seinen Unmut über die voreilige Regelung, *Tantzen* als Vertreter der kleinen Länder in den RVA zu wählen. Wegen der im Plenum des ZB aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage habe er darauf verzichtet, *Tantzen* als Vertreter zu nennen, und den Antrag nur allgemein vertreten. *Drake* legte nach seinen Worten keinen Wert darauf, für Lippe direkt an den Beratungen des RVA beteiligt zu sein. Vgl. StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I: *Drake* an *Kubelt* [!], 30. 5. 1946; *Drake* an *Kaisen*, 30. 5. 1946.

87 Die Protokolle des HA für diese Zeit sind weder im Bestand des PA noch des BA überliefert. Vgl. die TO der Sitz. des HA vom 28. 5. 1946 in PA 1/40.

dieser Sondersitzung einen Vertreter der eben genannten Regierungen ein.[88] Dort werden wir dann weiter beraten.[89]

Schneider: Ich halte den Wunsch der kleinen Länder, in dem Ausschusse vertreten zu sein, für durchaus berechtigt. Aber ich habe namens der Fachvertreter, die sich neulich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben[90], mitzuteilen: In diesem Gremium sind wir einig gewesen, daß die Fachvertreter überhaupt bei der Zusammensetzung der Ausschüsse, namentlich im Verhältnis zu den Länderchefs und den Chefs der Provinzen, zu kurz gekommen sind.[91] Das ist bei allen Ausschüssen der Fall und wird natürlich dadurch nicht besser, daß man zwei Ausschüsse zusammenlegt, sondern es wird ein Fehler, der nach unserer Ansicht in der Zusammensetzung vorliegt, verdoppelt, wenn Ausschüsse zusammengelegt werden.

Ich halte es für richtig, daß diese Frage der staatsrechtlichen Einteilung der britischen Zone in einem besonders zu diesem Zwecke berufenen Ausschusse in Godesberg erörtert wird. Diesen Ausschuß denke ich mir so zusammengesetzt, daß in dem Ausschusse die drei Oberpräsidenten, ein Vertreter der kleineren Länder, vier Vertreter von den Parteien, ein Vertreter von den Gewerkschaften und vier Fachvertreter vertreten sind. Das sind zusammen 13. Die Beteiligung der Fachvertreter wird auch von den Vertretern der früheren Reichsbehördenvertreter aus dem Grunde begrüßt, weil diese Interessen sich durchaus berühren mit der Gliederung der früheren Reichsbehörden. Diese Herren stehen diesen Dingen teilweise unbefangener gegenüber als verschiedene andere Personen, die hier im Zonenbeirat vertreten sind und die gebunden sind durch Beschlüsse der Provinziallandtage und anderer Vereinigungen. Ich beantrage deshalb einen besonderen Ausschuß.

Vorsitzender: Ich möchte einmal die Sache grundsätzlich klären. Eine weitverbreitete Meinung in diesem Gremium ist, daß die Regierungschefs der hier vertretenen Länder auch die Gründer des Zonenbeirats seien. Wir sind es nicht. Sie sind bisher immer – das hat sich alsbald nach der Gründung neuer deutscher Regierungen herausgebildet – aus freiem Entschluß zusammengetreten, haben sich erst in

---

88 Laut Anwesenheitsliste der Sitz. des RVA vom 13./14. 6. 1946 nahm *Tantzen* an der Sitz. teil (vgl. PA 1/56), laut Aktenvermerk *Schröders* auch *Kubel* (vgl. wie o. Anm. 83). Siehe hierzu auch Dok. V.3 mit Anm. 129–131. – Zur Tagung selbst vgl. o. Anm. 83. Stier tom *Moehlen* berichtete dem Bremer Senat am 17. 7. 1946, daß die Länderordnung „unter dem Druck der politischen Parteien" auf dieser Tagung nicht behandelt worden sei (vgl. StAB 3-R.1. m Nr. 132/24: Auszug aus dem Senatsprot. vom 17. 7. 1946).

89 Stier tom *Moehlen* interpretierte dies als Entscheidung für den gestellten Antrag und teilte *Weisser* mit Schreiben vom 31. 5. 1946 die Entscheidung des Gebietsrats Niedersachsen mit, der auch *Drake* zugestimmt habe, nämlich *Tantzen* in den RVA zu entsenden (vgl. a. a. O., 3-R.1. m. Nr. 132/6; siehe aber auch o. Anm. 86). In der Tat wurde in den folgenden Sitzungen des RVA entsprechend verfahren. In Godesberg wurde laut überliefertem Wortprot. (vgl. o. Anm. 83) nicht über diese Frage diskutiert.

90 Die Kontakte zwischen den Fachvertretern, d. h. den Zentralämtern, wurden durch die zunächst ohne Wissen der MR, dann mit ihrer stillschweigenden Duldung in den Räumen des ZB durchgeführten sog. Ämterchefbesprechungen intensiviert, vgl. Weisser in: Dorendorf, S. 8. Nähere Ausführungen *Weissers* in PA 1/63: „Vorsatzblatt", 12. 10. 1946.

91 Vgl. ein entsprechendes Schreiben *Grimmes* in seiner Funktion als Vorsitzender der Konferenz der Fachvertreter vom 26. 5. 1946 an *Adenauer, Böckler, Heile, Reimann, Schumacher* und *Petersen* (StAH, Senatskanzlei II, 000.23-1: Organisation . . ., 63).

kleinsten, dann in immer mehr erweiterten Zirkeln zusammengefunden, bis schließlich sämtliche Regierungsvertreter der ganzen britischen Zone an diesen Tagungen teilnahmen.[92]

Diese Konferenzen und Besprechungen der Regierungschefs haben mit dem Zonenbeirat gar nichts zu tun. Sie stehen ganz unabhängig von dem Zonenbeirat neben dem Zonenbeirat und befassen sich ausschließlich mit den Regierungsangelegenheiten der Länder und mit Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und allen möglichen Fragen, ohne daß das etwa unmittelbaren Zusammenhang mit der Tagesordnung hat.[93] Selbstverständlich werden auch Erfahrungen und Wünsche, die die einzelnen Herren vertreten, dort besprochen, aber jeder einzelne dieser Chefs ist grundsätzlich unabhängig. Irgendwelche Beschlüsse gibt es nicht in der Konferenz der Regierungschefs, die eine Behinderung in der Ausübung seines Mandats bilden.

Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen: Es gibt keine Fraktion der Regierungschefs. Deshalb kann es auch keine Fraktion der Fachvertreter geben.

Schlange-Schöningen: Ich bin für diese Ausführungen sehr dankbar. Ich kann nur mitteilen: Ich kann von seiten der Zentralverwaltungen genau dasselbe sagen. Wir sind auch keine Fraktion, wir fühlen uns auch nicht gebunden, wir wollen auch nur unsere Meinungen gegenseitig klären, und ich meine, das kann uns ebensowenig übelgenommen werden.

Grundsätzlich noch eine Bemerkung, und zwar ist das eine Sache, die gestern oder vorgestern in unserer gemeinsamen Sitzung der Leiter der Zentralämter[94] meiner Erinnerung nach überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist, solange ich dabei war, also meine persönliche Auffassung ist. Und zwar ist das das Folgende:

Ob wir uns in diesem Gremium hier zu einer Art Reichskabinett oder zu einer Art vorläufigen Reichstag oder zu einem vorläufigen Beirat entwickeln, ist bei dem, was ich jetzt sagen will, gleichgültig. Jedenfalls ist meiner Ansicht nach der Gang, wie hier die staatsrechtliche und zukünftige Konstruktion unseres Landes besprochen wird, nicht richtig.

Was wir auch für ein Gremium von diesen drei nehmen würden, in einem parlamentarisch-demokratisch regierten Lande würde der modus procedendi unter allen Umständen so sein, daß zunächst einmal ein Antrag an ein Plenum gestellt wird, daß in diesem Plenum der Antrag zunächst einmal in seinen Hauptzügen besprochen würde; dann würde sich hier eine allgemeine Meinung herauskristallisieren, und dann müßte dieses Plenum die weitere Bearbeitung an den Ausschuß verweisen.

Ich bin der Meinung, daß zunächst das, was man früher eine Generaldebatte nannte, vorauszugehen hätte, und ich bitte den Vorsitzenden, das zunächst einmal zu

92 Vgl. hierzu Girndt, S. 60–63; Foelz-Schroeter, S. 29–33.

93 Diese Ausführungen korrespondierten mit den brit. Richtlinien (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 17). Gleichwohl gab es enge Berührungspunkte zwischen der TO der LChK und der des ZB (vgl. etwa o. Anm. 30 und Anm. 85).

94 Vgl. das Kurzprot. vom 26. 5. 1946 in BA Z 6 I/80, fol. 91. Auf der Sitz. waren regelmäßige Zusammenkünfte der Fachvertreter vereinbart worden.

klären. Jedenfalls bin ich der festen Überzeugung, und ich glaube, andere Herren auch, wenn uns die Ergebnisse, die aus der Sitzung der beiden gemeinsamen Ausschüsse herauskommen sollten, nicht passen sollten, daß wir uns dann jedenfalls die schärfste Kritik vorbehalten, denn diese Fragen sind so ernst, daß wir keine Veranlassung haben, sie übers Knie zu brechen und Fehler zu machen, die in der Zukunft nicht wieder gutgemacht werden können.

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Dr. *Schlange-Schöningen* ist auf der letzten Tagung nicht dauernd zugegen gewesen. – Es handelt sich hier um das Referat *Steltzer,* das dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen worden ist. Dieses Referat liegt gedruckt vor[95], und über dieses Referat *Steltzer* sollte in Godesberg weiterberaten werden, um dann dem Plenum, wie Sie es auch vorgeschlagen haben, Bericht zu erstatten.[96] Dann haben Sie das Recht jeder sachlich noch so scharfen Kritik.

Schlange-Schöningen: Es soll sich nicht nur um verwaltungsrechtliche Sachen handeln, sondern auch um die Gliederung des Reiches.

Vorsitzender: Um alle damit zusammenhängenden Fragen. Das ist ein Ganzes. Sie haben ja auch die gedruckte Denkschrift von Oberpräsident *Steltzer* bekommen. Wir können nichts anderes tun, als daß wir auftauchende wichtige Fragen in den von Ihnen eingesetzten Ausschüssen beraten. Der Haupt- und der Rechts- und Verfassungsausschuß sind die von Ihnen eingesetzten verfassungsmäßigen Ausschüsse.

Henßler: Ich bitte, den Antrag, einen besonderen Ausschuß zu bilden, abzulehnen und es bei der Festlegung zu lassen, daß der Hauptausschuß und der Rechts- und Verfassungsausschuß zusammen diese Fragen beraten. Beim Verfassungsausschuß wünschen wir allerdings, daß auch ein Parteivertreter der Sozialdemokraten noch in diesen Ausschuß kommt.[97]

Eine Bemerkung zu der sogenannten Fraktion der Berufsvertreter. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es den Leitern der Zentralämter überlassen bleiben muß, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Ich halte eine solche Arbeitsgemeinschaft für notwendig. Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung der Fraktionsbildung nicht und will auch Dr. *Schneider* recht geben. Ich glaube ihm, daß andere da sind, die in dieser Frage nicht so unbefangen sind wie er. Aber mit diesen Fragen könnten wir uns ja in dem Ausschusse auseinandersetzen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß es sich hier um eine Frage handelt, die auf der Ebene der Politik und nicht auf der Ebene der Verwaltungsfachmänner gelöst werden muß.

Heile: Die Überweisung des Problems der Gliederung an den Rechtsausschuß ist erfolgt, nachdem vorher auf einer vorhergegangenen Plenarsitzung die einzelnen Ausschüsse bestimmt worden waren[98], und bei der Auseinandersetzung des Pro-

---

95 Vgl. Dok. III.3, Anm. 86.

96 Dies geschah infolge der brit. Vorbehalte jedoch nicht, vgl. o. Anm. 83.

97 Ein Parteivertreter der SPD fehlte bisher im RVA, doch waren *Karl* (Gewerkschaften) und *Kopf* (OP Hannover) Sozialdemokraten. Aufgrund eines von *Henßler* eingebrachten Antrags wurde *Schumachers* Vertreter *Meitmann* am 10. 7. 1946 in den RVA gewählt, vgl. Dok. V.3 mit Anm. 76.

98 Vgl. Anl. 8.

blems, welche Ausschüsse notwendig seien, ist beschlossen worden, einen besonderen Ausschuß für dieses Rechts- und Verfassungsproblem einzusetzen, der diese Aufgabe, die Aufgabe der Gliederung, durchzuführen und zu beraten habe. Es war in aller Deutlichkeit gesagt worden, daß das das wichtigste Problem sei, das wir zu bewältigen hätten, und niemand war im Zweifel, als das Mandat [!] *Steltzer* über dieses Gliederungsproblem erstattet wurde, daß diesem Ausschusse nunmehr dieses Referat zur Behandlung übergeben werden solle. Es ist überflüssig, daß jetzt noch ein neuer Ausschuß gewählt wird. Das vermag ich nicht einzusehen. Der Ausschuß hat hauptsächlich diesen Zweck; das ist seine wesentliche Aufgabe.

Dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, ein Mitglied in diesen Ausschuß zu bekommen, stimme ich zu.

Vorsitzender: Die Frage einer Änderung dieses Gremiums muß ich erst mit der Militärregierung abstimmen. Das kann ich nicht aus eigener Machtvollkommenheit zur Abstimmung stellen.

Aber ich bitte zunächst, wenn das Wort weiter nicht gewünscht wird, festzustellen, ob Sie damit einverstanden sind, daß der Hauptausschuß und der Rechts- und Verfassungsausschuß zusammen in Godesberg tagen und diese Frage dort vorberaten.

Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle Ihre Zustimmung fest.

Den nächsten Punkt (Punkt 11) wollen wir zunächst noch zurückstellen.

Wir kommen zu Punkt 12:

Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen

Dazu hat Herr Dr. *Amelunxen* das Wort.

Amelunxen: Ich habe die Frage der Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen auf die heutige Tagesordnung setzen lassen. Eine eingehende Begründung zu meinem Antrage ist allen Mitgliedern des Zonenbeirats zugegangen.[99] Gleichwohl möchte ich einige ganz kurze Ausführungen machen.

Ich glaube, daß eine gründliche Aufklärung über die uns gestellte Aufbauarbeit notwendig ist, eine Aufklärung über die gesamten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, denn ich bin der Meinung, daß Presse und Rundfunk allein diese Aufgabe nicht richtig erfüllen können.

Ich halte eine solche Aufklärungsarbeit für notwendig, weil in weiten Kreisen der Bevölkerung der britischen Zone eine gewisse Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der englischen Militärregierung besteht und diese Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber uns, den deutschen Männern, die sich für die Aufbauarbeit zur Verfügung gestellt haben, noch größer ist. Diese Unzufriedenheit ist in den letzten Monaten sehr stark gewachsen. Die Aufklärung hat bisher nicht genügend funktioniert. Was in den Zeitungen steht, wird weithin nicht geglaubt, denn wir

99 Vgl. Anl. 41. Mit Schreiben vom 1. 4. 1946 hatte *Amelunxen* den Antrag an das Generalsekretariat gesandt mit der Bitte, beim brit. Verbindungsstab die Genehmigung dieses TOP auf einer der nächsten Sitzungen zu beantragen, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 3.

wurden in den letzten 12 Jahren so belogen und betrogen, daß weite Kreise überhaupt nichts mehr glauben; die glauben nur, was sie sehen und fühlen.

Es ist meines Erachtens auf dem Gebiete der Volksaufklärung wie auf vielen anderen Gebieten falsch, anzunehmen, man könnte da anfangen, wo man vor 12 oder 13 Jahren aufgehört hat. Ich glaube, daß wir irgendeine Methode der Aufklärung entwickeln müssen, bei deren Gestaltung wir auf den gegenwärtigen Geisteszustand ebenfalls Rücksicht nehmen müssen, auf die seelische Stimmung und die Enttäuschung in weiten Kreisen des Volkes. Es muß eine planvolle Synthese gefunden werden zwischen den volkspsychologischen Erkenntnissen der letzten 12 Jahre und der letzten acht Monate und den tatsächlich vorhandenen Aufklärungsmöglichkeiten.

Ich brauche die Gerüchte nicht einzeln aufzuführen. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird geglaubt, daß Butter aus der englischen Zone nach London exportiert wird. Das wird in allen Einzelheiten erzählt. Es wird erzählt: In der und der Molkerei wird das Papier hergestellt, in dieses Papier wird die Butter gedrückt und nach England verschickt.[100]

Bezüglich der Kohle gehen die tollsten Gerüchte. In weitesten Kreisen wird geglaubt, daß 80 % der Kohle, die an der Ruhr gefördert wird, nach England exportiert wird. Die Tatsache, daß nur 20 % der Kohle von der Ruhr nach Frankreich, Holland, Luxemburg und ein Teil nach Norwegen geht, wissen die meisten Kreise nicht. Sie können die Probe aufs Exempel machen und Leute, die an sich mit Kohle und Wirtschaft viel zu tun haben, fragen, und die sagen: 80 % gehen ins Ausland![101]

Ich könnte noch viele andere Gerüchte anführen, aber ich glaube, ich brauche das nicht zu tun, weil Sie ja alle durch Ihre Tätigkeit und Ihre Arbeit mit diesen Gerüchten zu tun haben. Ich glaube, daß überhaupt in diesen Kreisen über die Notwendigkeit einer Aufklärungsarbeit in Einzelheiten nicht gesprochen zu werden braucht.

Es handelt sich bei meinem Vorschlage im wesentlichen um folgendes: zunächst die Vorurteile, die in weiten Kreisen unserer Bevölkerung vorhanden sind, zu beseitigen; es handelt sich weiter darum, die tieferen Ursachen der deutschen Tragödie aufzudecken. Diese Ursachen fangen nicht erst bei *Hitler* an. Es handelt sich darum, den Flüsterparolen entgegenzutreten und jeder unterirdischen Wühlarbeit objektive Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen.[102] Es handelt sich darum, den positiven Sinn für das Wirkliche zu wecken, wobei kein Gebiet der Staats-, Sozial- und Kulturpolitik übersehen werden darf, selbstverständlich frei von jeder Parteipolitik.

Wir können das Vertrauen des Volkes nur dann bekommen, wenn wir das Volk klar und offen objektiv aufklären. Wir müssen uns jeder Schönfärberei enthalten,

---

100 Vgl. hierzu die Angaben bei Stüber, S. 160 ff.

101 Zu den sog. Kohlenzwangsexporten und ihrer Abwicklung vgl. Jerchow, S. 262–271.

102 Eine derartige Aufklärungsarbeit erfolgte unter dem Motto „Hitlergeißel über Westfalen" (vgl. hierzu Amelunxen, S. 154–158). Zum Problem der öffentlichen Meinung in der brit. Zone stehen detaillierte wissenschaftliche Darstellungen immer noch aus.

die leider Gottes in der ersten Zeit nach der Kapitulation in einem gewissen Teile der Presse betrieben worden ist.[103]

Der Weg dieser Aufklärungsarbeit soll sein: engste Zusammenarbeit mit der Presse – es ist nicht im entferntesten daran gedacht, die Presse auszuschließen –, Herausgabe von Broschüren und Aufklärungsschriften, Plakatanschläge[104], Zusammenarbeit mit dem Rundfunk, Pflege des Vortragswesens auf allen Ebenen des Verwaltungswesens und in allen Fragen, engste Zusammenarbeit mit den politischen Parteien.

In der Organisation denke ich mir eine in jeder Provinz wie in jedem Lande zu errichtende staatsbürgerliche Bildungsstätte auf halbamtlicher und halb privater Grundlage mit einem Kuratorium, in dem der Pressechef des jeweiligen Oberpräsidenten oder Ministerpräsidenten sitzt, ein Kuratorium, in dem je ein Vertreter aller politischen Parteien vertreten ist, ein Vertreter der Gewerkschaftsbewegung, des Genossenschaftswesens, der berufsständischen Kammer und der Kirche.

Das Ziel meines Antrages ist, über die Militärregierung die Kontrollkommission zu bitten, zu gestatten, daß solche Stellen errichtet werden und daß jede Provinz oder jedes Land gezwungen ist, eine solche Stelle zu errichten. Ich habe den Antrag eingebracht, weil ich vor sechs Monaten schon den Plan einer derartigen staatsbürgerlichen Bildungsstätte für Westfalen hatte ausarbeiten lassen. Die Pläne sind bei uns vorhanden. Vor längerer Zeit war mir gesagt worden, diese ganze Frage solle zunächst im Zonenbeirat zur Diskussion gestellt werden.

Ich möchte aber auch an dieser Stelle, wo man von einer Inflation von Beamten und Behörden sprach, darauf hinweisen, daß es sich nicht um einen Behördenaufbau handelt. Eine solche Stelle soll vielleicht zwei bis drei Beamte beschäftigen; die meiste Arbeit soll durch ehrenamtliche Kräfte geleistet werden. Wir haben gewisse Erfahrungen aus der Zeit von 1918 bis 1925 und können großzügige Pläne für die Einrichtung einer derartigen Bildungsstelle in Westfalen vorlegen.[105]

Daher möchte ich Sie bitten, weil die Angelegenheit sehr dringend ist, vielleicht schon heute den Antrag anzunehmen, in dem die Kontrollkommission gebeten wird, grundsätzlich die Einrichtung derartiger Bildungsstellen zu gestatten.

---

103 Bis zum Erscheinen der ersten Lizenzzeitungen im Frühjahr 1946 (vgl. hierzu Dok. III.3, Anm. 113) waren nur Nachrichtenblätter der brit. MR in der brit. Zone gedruckt worden.

104 Vgl. in diesem Zusammenhang auch das der LChK am 15./16. 9. 1946 in Bremen vorgelegte Aufklärungsmaterial aus dem Lande Oldenburg [Material Duis, u. a. „Anti-Nazilügen-Campagne"] unter dem Motto: Für Wahrheit und Rechtlichkeit (StAB 3-R.1. m. Nr. 125/10: Durchführung der Campagnen). Ein Plakat aus Westfalen betr. „Nettobilanz der Nazizeit" beschaffte z. B. Stier tom *Moehlen*. Es wurde der SPD Bremen zur weiteren Verfügung übergeben (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 4: Vermerk vom 21. 7. 1946/Schreiben tom *Moehlen* an *Amelunxen*, 26. 4. 1946).

105 Im Frühjahr 1946 hatte *Amelunxen* die Errichtung eines Referats für Staatsbürgerliche Bildung in der westfälischen Provinzialregierung vorbereitet. Bei Bildung des Landes NRW wurde die inzwischen in Münster errichtete Staatsbürgerliche Bildungsstelle für die Provinz Westfalen zunächst als Referat im Rahmen der Pressestelle in die neue Landesregierung eingegliedert und bildete damit die Keimzelle für die heutige Landeszentrale für politische Bildung (Auskunft des HStAD und der Landeszentrale für polit. Bildung NRW). – Für die Jahre 1918 bis 1925 bezieht *Amelunxen* sich vermutlich auf die Landesabteilung Münster der Reichszentrale für Heimatdienst (vgl. hierzu Wippermann, bes. S. 214 f.).

Heile: Ich begrüße diese Anregung sehr. Wir waren 1918 schon einmal in ähnlicher Lage wie heute. Damals habe ich selbst 1917 – schon während des Krieges – die Anregung gegeben und durchgeführt zur Gründung der damals sogenannten staatsbürgerlichen Schule, aus der es einem Kreise um Friedrich *Naumann* herum gelang, die Deutsche Hochschule für Politik zu entwickeln.[106]

Ich glaube, daß in Anlehnung an das, was Oberpräsident Dr. *Amelunxen* vorschlägt, ein solches Institut in jeder Provinz und in jedem Lande nützlich wirken könnte. Wir haben damals damit begonnen, diejenigen, die an den Schulen staatsbürgerlichen Unterricht zu erteilen hatten, zu besonderen Kursen zusammenzufassen. Das hat sich außerordentlich bewährt. Da hatten wir Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre, Redakteure usw., und zwar aus allen politischen Reihen, zu besonderen Kursen zusammengefaßt und solange wir noch in einer freien Demokratie lebten, entwickelte sich die vom Staate anerkannte Deutsche Hochschule für Politik in ähnlichem Sinne, bis das Naziregime kam und aus diesem Institut etwas ganz anderes gemacht hat, als es ursprünglich war.[107]

Ich glaube, daß eine solche Volkshochschule, vielleicht angegliedert an eine Universität, wirklich wertvolle Dienste leisten könnte, denn alle politischen Parteien könnten für ihren jungen Nachwuchs von dieser Institution Gebrauch machen, damit sie nicht nur Leute bekommen, die das Parteiprogramm herunterzelebrieren, sondern Leute, die vielseitig informiert sind. Das würde nicht nur den Parteien, sondern dem Ganzen zugutekommen, wenn das Niveau der Debatte höher würde.

Henßler: Ich beantrage, diesen Antrag *Amelunxen* dem Hauptausschuß zu überweisen und zu dieser Sitzung auch den Vorsitzenden des Kulturausschusses einzuladen.

Vorsitzender: Der Antragsteller Dr. *Amelunxen* ist mit dieser Formulierung einverstanden. Widerspruch wird nicht erhoben. Der Antrag ist also angenommen.[108]

Wir kämen nun zu Punkt 13:

Maßnahmen zur Bekämpfung der Nazipropaganda[109]

Wir beantragen, diesen Antrag dem Hauptausschuß der Zuständigkeit halber zu überweisen.[110] Widerspruch erhebt sich nicht. Das ist so beschlossen.

Punkt 14:

---

106 Zur „Staatsbürgerschule", die 1918 als eine Art politischer Volkshochschule unter der Leitung von Friedrich *Naumann* in Berlin gegründet worden war, vgl. Hoffmann, bes. S. 403 ff.

107 Am 15. 1. 1949 wurde die Hochschule dann wieder gegründet (vgl. a. a. O., S. 403 mit Anm. 143).

108 Vgl. hierzu weiter Dok. V.3 mit Anm. 135.

109 Vgl. Anl. 42.

110 Vgl. hierzu weiter Dok. V.3 mit Anm. 136 und 137.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose[111]

Diesen Antrag von Dr. *Degkwitz* wollen wir gleich verbinden mit Punkt 15:

Änderung der Geschäftsordnung Ersetzung des Wohlfahrtsausschusses durch a) einen Gesundheitsausschuß b) einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß

Degkwitz: Ich habe den Antrag auf eine Trennung dieses Wohlfahrtsausschusses in einen Gesundheitsausschuß und einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß gestellt[112], und zwar deshalb, weil sich Wohlfahrt, Gesundheit und Flüchtlingswesen auf manchen Gebieten wohl berühren, aber doch auf den meisten Gebieten sich sehr weit trennen. Das Wohlfahrts- und Flüchtlingswesen ist zum größten Teile eine wirtschaftliche Frage, während das Gesundheitswesen davon weit entfernt ist.

Als zweiten Grund würde ich folgendes sagen: daß auch bei der Gesundheitsabteilung der Kontrollkommission Gesundheit und Wohlfahrt getrennt wird. Ich glaube, es wäre nützlich, dem Vorgehen der Kontrollkommission zu folgen und den Wohlfahrtsausschuß in diese beiden Unterausschüsse zu trennen.

Vorsitzender: Es handelt sich hier um zwei Anträge, deren Begründung wir aus Zweckmäßigkeitsgründen zugleich vorgenommen haben. Was die Frage der Zerteilung des Wohlfahrtsausschusses in zwei selbständige Ausschüsse betrifft, einen Gesundheitsausschuß und einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß, so handelt es sich hier wieder um eine Abänderung unserer Geschäftsordnung und unserer Verfassung. Wir müssen uns wegen dieses Antrags, gegen den von unserer Seite keine Bedenken bestehen, mit der Militärregierung in Verbindung setzen. Stimmt diese zu, dann werden wir in der nächsten Sitzung den Antrag zum Beschluß stellen.

Der zweite Antrag betrifft Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Tuberkulose hat infolge des Krieges stark zugenommen. Dr. *Degkwitz* hat vorgeschlagen, den Ausschuß für Gesundheitswesen mit der Ausarbeitung eines Planes zur Bekämpfung der Tuberkulose zu beauftragen.[113]

Ich würde empfehlen: Nehmen Sie den Antrag in der Form an, daß Sie zunächst diesen jetzt bestehenden Ausschuß beauftragen, und für den Fall, daß die Militär-

111 Vgl. Anl. 43.
112 Vgl. Anl. 44.
113 Zum Antrag *Degkwitz*' vgl. auch eine Stellungnahme Reg. Dir. *Buurmans*, Hannover (hs. Datum 5. 7. 1946). Er hielt dem „Zonenplan" entgegen, daß für eine erfolgversprechende Bekämpfung der Tbc erst der erforderliche Unterbau geschaffen werden müsse, d. h. daß „jede Provinz ... erst einmal im eigenen Gebiet Ordnung schaffen solle" (vgl. HStAH Nds. Z 50/77e: Stellungnahme zum Antrag Prof. Dr. *Degkwitz*. ZAC/P(46)25).

regierung der Gliederung des Ausschusses in zwei Ausschüsse zustimmt, wird der Antrag an den Gesundheitsausschuß überwiesen.[114]

Es erhebt sich kein Widerspruch. – Dann ist dieser Abänderungsantrag Dr. *Degkwitz* angenommen.

Wir kommen dann zu Punkt 16:

Behandlung der Sitzungen des Zonenbeirats in der Presse und sonstige Mitteilungen über die Tätigkeit des Zonenbeirats an die Öffentlichkeit[115]

Das ist auch allen Herren mitgeteilt. Ich stelle fest, daß Sie die Mitteilung über diese Angelegenheit bekommen haben. – Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Punkt 16 erledigt.

Punkt 17:

Zuleitung von Gesetzentwürfen an den Zonenbeirat

Auch darüber haben Sie schriftliche Mitteilung bekommen.[116]

⟨Mitteilung des britischen Verbindungsstabes

1. Unter Bezugnahme auf Punkt 17 der Tagesordnung für die 4. Sitzung wird mitgeteilt, daß die Vorlage „Zuleitung von Gesetzesentwürfen an den Zonenbeirat vor ihrer Inkraftsetzung" jetzt nicht behandelt, sondern durch die hierunter angefügte Vorlage über „Zweck und Zuständigkeit des Zonenbeirats" (Anhang „A") ersetzt wird.
2. Der Zonenbeirat wird ersucht, von den 5 Punkten der Vorlage der Kontrollkommission Kenntnis zu nehmen und den Rechts- und Verfassungsausschuß anzuweisen, daß er diese Punkte bei seiner Erörterung des Neuaufbaues der Verwaltung berücksichtigt.

Anhang „A"
Zweck und Zuständigkeit des Zonenbeirats

1. Die Kontrollkommission hat Kenntnis genommen von den Punkten, die der Zonenbeirat im Hinblick auf den zukünftigen Verwaltungsaufbau der britischen Zone erörtert hat, insbesondere von Punkt 40 des Protokolls ZAC/M (46)3.
2. Es ist unsererseits nicht beabsichtigt, dem Zonenbeirat jetzt Exekutivgewalt zu geben. Wir gedenken vielmehr, unsere Anweisungen an die Länder und Provinzen wei-

---

114 Der Gesundheitsausschuß wurde in der 5. Sitz. nominiert (vgl. Dok. V.3 mit Anm. 79). Die Protokolle des Ausschusses sind im Bestand des PA und des BA nicht überliefert. Da in den folgenden Sitzungen kein Bericht des Gesundheitsausschusses erfolgte und auch keine Sitz. in der jeweiligen Zeitfolge zu einer Plenarsitz. erwähnt ist, ist zu bezweifeln, daß der Ausschuß überhaupt getagt hat. Auf der 9. Sitz. erstattete *Degkwitz* einen Bericht, allerdings ohne Ausschußbezug (vgl. Dok. IX.3, u. S. 1264 f.). Am 22. 2. 1948 befaßte sich der SpA ausführlich mit dem Gesundheitszustand des dt. Volkes (vgl. das Wortprot. in PA 1/269).

115 Vgl. Anl. 45.

116 Laut Dok. IV.4, TOP 64, wurde die Mitteilung des brit. Verbindungsstabes verlesen. Inserat gemäß Anl. 46.

terhin über unsere regionalen Verwaltungen und nicht über den Zonenbeirat ergehen zu lassen.

3. Wir haben nicht die Absicht, die von der Kontrollkommission errichteten Exekutivorgane dem Zonenbeirat zu unterstellen, da es offensichtlich unmöglich ist, Exekutivorgane einer beratenden Körperschaft zu unterstellen.
4. Wir halten es für wichtig, daß zwischen dem Zonenbeirat und den in der Zone eingesetzten fachlichen Organen enge Fühlungnahme besteht. Wir haben nichts dagegen, daß diese Organe den Zonenbeirat über ihre Beratungen auf dem Laufenden halten oder in grundsätzlichen Fragen sogar seinen Rat hören, solange Klarheit darüber besteht, daß sie dem Zonenbeirat nicht unterstehen.
5. Wo Entscheidungen von grundsätzlicher politischer Bedeutung erwogen werden, werden wir den Zonenbeirat in einem frühen Entwicklungsstadium der Angelegenheit zu Rate ziehen. Wir gedenken, den Zonenbeirat z. B. in Kürze zu der Frage der zukünftigen Gestalt der britischen Zone in verfassungsmäßiger Hinsicht und zur Neuordnung der Gebietsgrenzen der Länder und Provinzen zu hören.〉

Ich stelle fest, daß Sie davon Kenntnis genommen haben. Das Wort wird nicht gewünscht. Punkt 17 ist damit erledigt.

Punkt 18:

Vorschläge für Freilassung bestimmter Gruppen von Kriegsgefangenen

Weisser: Der Antrag von Bürgermeister *Kaisen* hatte gelautet:

> Die vielen Anfragen und Klagen der Bevölkerung über das Schicksal der noch nicht entlassenen deutschen Kriegsgefangenen veranlaßten den Zonenbeirat, bei der Militärregierung zu beantragen, Richtlinien zu schaffen und bekanntzugeben, 〈nach denen generell und im Einzelfalle die deutschen Kriegsgefangenen im In- und Ausland freigelassen werden können.〉[117]

Diesen Antrag hat die Kontrollkommission zum Anlaß einer Mitteilung genommen, die wahrscheinlich die weitere Erörterung entbehrlich macht.[118] Der Antrag von Senatspräsident *Kaisen* betreffend Freilassung von Kriegsgefangenen ist, schreibt die Kontrollkommission, von ihr nicht ausdrücklich zurückgewiesen worden. Die Kontrollkommission ist aber der Ansicht, daß es nicht fruchtbar wäre, den Gegenstand in der von *Kaisen* vorgeschlagenen Fassung zu erörtern. Es ist nicht anzunehmen, daß der Zonenbeirat die Kontrollkommission über seine Meinung zu dieser Frage unterrichtet.[119] Es ist indessen darauf hinzuweisen, daß die Entlassung[120] und Zurückhaltung von Kriegsgefangenen eine ausschließlich militä-

---

117 Der Antrag *Kaisen* lag den Ratsmitgliedern nicht schriftlich vor und ist zudem im Wortprot. unvollständig wiedergegeben. Inserat gemäß StAB 3-R.1. m. Nr. 125/6: Ns. über die Besprechung . . . am 1. Mai 1946, S. 5 f. – Auf der LChK am 1. 5. 1946 war diese Frage von *Petersen* aufgeworfen worden, worauf *Kaisen* sich bereiterklärt hatte, im ZB einen entsprechenden Antrag zu stellen.

118 Vgl. Anl. 63. Die folgenden Ausführungen *Weissers* stützen sich auf diese Anl., Abweichungen inhaltlicher Art sind angemerkt.

119 Anl. 63: Es ist *nichts dagegen einzuwenden,* daß der Zonenbeirat die Kontrollkommission über seine Meinung *von dem Empfinden der Bevölkerung* zu dieser Frage unterrichtet.

120 Anl. 63: die *Verwendung.*

rischen Stellen vorbehaltene Angelegenheit ist, und die Kontrollkommission gestattet nicht[121], Bestimmungen über das Verfahren bei ihrer Freilassung zum Gegenstand der Erörterung zu machen.

Es wird daher vorgeschlagen, daß, wenn der Antragsteller seinen Antrag aufrecht zu erhalten wünscht, er ihn in die Form kleiden sollte, daß der Kontrollkommission die Gefühle der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden. Die Kontrollkommission hat wenig Hoffnung, daß eine Erörterung des Zonenbeirats zu dieser Angelegenheit praktische Ergebnisse erzielen würde.

In Zusammenhang mit diesem Antrag weist die Kontrollkommission darauf hin, daß ungefähr 2,5 Millionen Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht in der britischen Zone entlassen sind und 400 000 zur Entlassung in andere Zonen überführt wurden. Das sind zusammen 2,9 Millionen.[122] Die Zahl der Gefangenen, die von der britischen Regierung und der britischen Rheinarmee noch zurückgehalten wird, ist vergleichsweise klein.

Außer diesen Gefangenen sind noch ungefähr 120 000 von der britischen Besatzungsarmee und der Luftwaffe eingesetzt zu Minenräumungsarbeiten und Transporten[123] und zur Räumung der Minen, die durch die deutsche Wehrmacht vor der deutschen Küste gelegt sind.[124]

Sie haben Kenntnis genommen. Ich stelle das fest. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Vorsitzender: Der nächste Punkt: Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses, ist bereits in Zusammenhang mit Punkt 10 behandelt. Sie haben bereits Beschluß gefaßt.[125] Der Entwurf liegt Ihnen vor.

Kopf: Bei der letzten Sitzung des Zonenbeirats war eine polizeiliche Anordnung vom Generalsekretär vorgelegt worden.[126] Sie war hier besprochen und dann durch den Zonenbeirat dem Hauptausschuß überwiesen worden. Diese polizeiliche Anordnung ist in einigen Punkten abgeändert worden. Die Vorschläge, die der Hauptausschuß einstimmig machte, haben Sie in der letzten Sitzung bekommen.[127] Ich muß allerdings zugeben, daß bei den Drucksachen infolge eines Versehens der Kanzlei einige Punkte unrichtig sind.[128]

Vorsitzender: Ich darf die Annahme damit feststellen. Dann kommen wir jetzt zu den Fragen, die uns heute morgen weiter beschäftigt haben: die Ausweise, die In-

---

121 Anl. 63: die Kontrollkommission *gedenke nicht.*

122 Satz fehlt in Anl. 63.

123 Anl. 63: „. . . 120 000 Angehörige von Dienstgruppen für Aufgaben der britischen Besatzungsarmee und Luftwaffe eingesetzt; z. B. für Minenräumen, Arbeit und Transport und bei Aufgaben für die deutsche Bevölkerung selbst . . .".

124 Eine erweiterte Fassung von Anl. 63 in: HStAD NW 53/257, fol. 150. Zur genaueren Unterrichtung folgte ein Artikel aus der „Times" vom 16. 5. 1946, dem die Zahlenangaben entnommen worden waren. – Das Thema der Demobilisierung der dt. Wehrmacht bedarf noch der gründlichen Darstellung. Für SH vgl. Jürgensen, Briten in SH, bes. S. 35–38.

125 Vgl. o. mit Anm. 84–89.

126 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 98.

127 Die Kanzleiordnung war dem Plenum nicht vorgelegt, sondern am 2. 5. 1946 im HA diskutiert und dort abgelehnt worden (vgl. ebd.).

128 Vgl. die endgültige Fassung in Anl. 47.

terzonenpässe, die erleichterte Zuteilung von Benzin, die Erleichterung von Sperrstunden, die Erleichterung in der Beschaffung von Kraftwagen der Zonenbeiratsmitglieder und die Befreiung in der Beschränkung auf die 80-km-Entfernung.

Diese Fragen sind heute morgen im Hauptausschuß eingehend diskutiert worden, und es ist von seiten der Mitglieder eine bewegliche Klage geführt worden.[129]

Das Wort hat jetzt Herr *Reimann*.

Reimann: Es kommt nicht darauf an, daß wir dieses annehmen, sondern auch darauf, daß wir der britischen Militärregierung eindringlichst aufzeigen, wie notwendig diese Dinge sind, die wir angeschnitten haben. Nur ein Fall: der Interzonenpaß. Wir müssen oft in andere Zonen fahren, wir kommen aber nicht hin, müssen über die grüne Grenze gehen, und da kann es einem passieren, daß man einen Gewehrkolben ins Kreuz geschlagen bekommt.

Ich meine, schon diese Frage berechtigt uns, die Bitte auszudrücken, daß die britische Militärregierung uns diese Erleichterungen schafft. Wir verfahren das Benzin der Partei hierher. Die Partei soll aufbauen, soll in ihrem Bezirk arbeiten, und wir verbrauchen eine Menge Benzin, um nach Hamburg zu fahren. So wird es den andern auch gehen.

Wir bitten die britische Militärregierung, daß so schnell wie möglich diese kleinen Fragen, die uns Erleichterung schaffen, bereinigt werden.

Böckler: Die Dinge wurden sehr häufig in der Weise behandelt, wie das in den Ausführungen meines Vorredners zum Ausdruck kam. Da verweigert man uns einfach die Genehmigung für eine Fahrt über 80 km. Verrückter kann man es nicht mehr anstellen, und dann stellt man mir die doch ganz und gar unpassende Zumutung, mit Oberbürgermeister *Adenauer* zu fahren.

(Heiterkeit)

Denn Dr. *Adenauer* muß es sich ebenso verbitten wie ich mir, einfach jemand zugewiesen zu bekommen, die Fahrt mitzumachen oder auch möglicherweise nicht mitzumachen. Nun bin ich auf die Bahn angewiesen. Ich kann sie benutzen, um nach Hamburg zu fahren.

(Zuruf: Wer war das?)

Das war ein ganz kleiner Mann der Militärbehörde. Ich kann mit der Bahn nach Hamburg kommen, bin aber gezwungen, einen Tag früher zu fahren.[130] Auch meine Zeit ist kostbar. Ich muß mit meinen Stunden und Minuten geizen; das ist nicht in mein Belieben gestellt. Dann komme ich zum Hauptbahnhof. Dann fragt

129 Vgl. o. Anm. 87.

130 Laut Büroanordnung Nr. 18 des ZEL vom 9. 7. 1946 galten für eine Fahrt von Hamburg nach Köln – vorausgesetzt, der Zug war pünktlich – folgende Fahrzeiten: ab HH-Altona: 5.40 Uhr, an Köln (über Hannover): 17.37 Uhr; ab HH-Altona: 5.33 Uhr, an Köln (über Bremen): 16.33 Uhr (vgl. BA Z 6 II/1).

es sich: Wie komme ich in mein Quartier? Wie komme ich hierher und an die Futterstelle?

Das sind keine Zustände. Ich muß mich raufen, um Treibstoff zu erhalten. Ich erhalte auch nicht die Genehmigung, etwa am Sonntag zurückzufahren. Auch das wird mir verweigert unter dem Hinweis: Sie können mit Dr. *Adenauer* fahren und können natürlich auch mit Dr. *Adenauer* wieder zurückfahren. Nun fährt aber Dr. *Adenauer* zwei Tage früher, weil er einem anderen Ausschuß noch angehört, oder er muß einen Tag länger hier verweilen. Soll ich dann solange warten?

Ich bitte mir aus, daß man endlich berücksichtigt, daß meine Zeit so kostbar ist wie die irgendeines anderen Teilnehmers unserer Tagung. Ich wurde heute mittag angehalten und habe natürlich den Berechtigungsschein, über 80 km zu fahren, nicht. Was nützt es denn, wenn der Polizist, der mich anhält, sagt: Ja, hätte ich geahnt, daß Sie im Zonenbeirat sind, dann hätte ich mir das gespart. Nein, ich habe jedenfalls das Recht, zu verlangen, daß man mir die Dinge so leicht wie möglich macht, denn ich habe mich nicht zu der Funktion gedrängt. Ich bin hierher gebeten worden und fühle mich berechtigt, zu verlangen, daß man mir das Hiersein auch ermöglicht.

Adenauer: Herr *Böckler* hat Glück gehabt, daß er nicht mit mir gefahren ist, denn wir sind sechs Stunden auf der Strecke liegengeblieben; das war kein Vergnügen.[131] Aber abgesehen davon hat Herr *Böckler* recht. Ich muß am Freitag zu einer Besprechung mit einigen Herren der Militärregierung nach Dortmund, bleibe infolgedessen am Donnerstag noch hier und fahre erst am Freitag zurück, während Herr *Böckler* wahrscheinlich schon am Donnerstag zurückfährt. Ich nehme auch weitere Mitglieder des Zonenbeirats mit.

Vor allen Dingen bitte ich, vorstellig zu werden, daß wir Nachtpässe bekommen. Es kann passieren, daß das Auto auf der Rückfahrt eine Panne hat, man kommt dann nach ½ 12 nach Hause und sitzt drin. Wir sind doch nicht hier, weil wir uns aufgedrängt haben, sondern weil die britische Militärregierung unsere Mitarbeit wünscht. Ich hoffe, daß diese Hinweise genügen werden. Ich weiß nicht, wie es möglich ist, von anderer Stelle die Hilfe schneller herbeizuführen, als das bis jetzt der Fall ist.

Vorsitzender: Das Wort wird weiter nicht verlangt. Ich hatte mir vorhin erlaubt, die einzelnen Punkte vorzulesen, die Gegenstand dieser Klagen heute morgen gewesen sind, und ich schlage vor, daß wir in der Antwort in geziemender Form unseren britischen Verbindungsstab schriftlich um seine freundliche Vermittlung bitten, daß diese Angelegenheit im Sinne der vorgetragenen Wünsche erledigt wird.[132]

Reimann: Heute ist der Antrag von meinem Freunde *Hoffmann* und mir verhandelt worden, einen Sonntag im Jahr zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus

---

131 Vgl. hierzu auch Weisser in: Dorendorf, S. 6.

132 Mit Schreiben vom 21. 5. 1946 hatte sich der brit. Verbindungsstab bei der Transport Branch der MR (Hamburg) dafür eingesetzt, den Ratsmitgliedern eine Genehmigung für Fernfahrten auszustellen sowie sie von der Fahrbeschränkung an Wochenenden zu befreien (vgl. PA 1/65). – Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. V.3 mit Anm. 23–26.

anzusetzen.[133] Es ist auch gleichzeitig ein Zusatzantrag von Dr. *Adenauer* behandelt worden.[134] Der Antrag liegt in seiner Fassung noch nicht vor, aber der Hauptausschuß hat beschlossen:

> Die britische Militärregierung wird ersucht, daß ein Sonntag im Jahr eingesetzt wird für die Opfer des Faschismus, und die Kirche wird dazu ersucht, oder es werden Verhandlungen mit den Kirchen gepflogen, an diesem Sonntage den Gottesdienst nach dieser Richtung auszugestalten. Dann wird ein späterer Sonntag eingesetzt für alle Soldaten, für die ruchlos geopferten deutschen Frauen und Männer im Felde wie in der Heimat. Auch dafür wird ein Sonntag eingesetzt.[135]

Vorsitzender: Wir haben uns das reichlich im Ausschuß überlegt und sind zu dem übereinstimmenden Beschluß gekommen. Ich empfehle Ihnen die Annahme der gefundenen Formulierung. Ich stelle einstimmige Annahme fest und danke Ihnen sehr.

Adenauer: Die Diätenfrage ist noch nicht geregelt. Sie konnte nicht geregelt werden. Deshalb schlägt der Hauptausschuß vor, daß die einzelnen Mitglieder über ihre Auslagen Rechnung vorlegen und diese ersetzt bekommen vorbehaltlich einer späteren ordnungsgemäßen Regelung.[136] Sie sind damit einverstanden.

Der Hauptausschuß schlägt weiter vor, auf einen Haushaltsplan für 1945 zu verzichten unter der Bedingung, daß die vom Rechnungshof geprüfte Abrechnung von der Kanzlei vorgelegt wird. Sie sind einverstanden.

Eine etwas schwierigere Angelegenheit ist die Anregung der Fachvertreter, die sich in einer Konferenz zusammengeschlossen und nahegelegt haben, zu den Ausschüssen Sachverständige zu entsenden, die nicht Mitglieder des Zonenbeirates sind. Die Sache hat im Hauptausschuß deshalb mit Recht Bedenken gefunden, weil diese betreffenden Sachverständigen ja nicht von der britischen Militärregierung ausge-

---

133 Im HA; vgl. o. Anm. 87.

134 Die entsprechenden Anl. 48 und 49 beziehen sich auf die Anl. 20 und 21, Anmerkungen siehe dort.

135 Damit kam es nicht zu dem in der 3. Sitz. angestrebten Kompromiß zwischen beiden Anträgen, da beide vom Plenum gebilligt wurden, vgl. Dok. III.3 mit Anm. 67–73. Mit Schreiben vom 10. 7. 1946 teilte die KK mit, daß sie von dem Antrag Kenntnis genommen habe; eine Antwort wurde in Aussicht gestellt (PA 1/66). Im Bestand des PA (1/96) sind bis zum 18. 1. 1947 verschiedene brit. Schreiben überliefert, die auf noch schwebende Viermächteverhandlungen verwiesen. Eine solche Viermächteregelung kam nicht zustande. Im Jahre 1947 wurde der 14. September als offizieller Gedenktag für die Opfer des Faschismus bestimmt; die Verantwortung für die Durchführung von Feierstunden lag bei den jeweiligen Landesregierungen (vgl. PRO FO 1037/68: BLS an BERCOMB, o. D., betr. bevorstehende MP-Konferenz am 29. 8. 1947). Material hierzu vgl. etwa in LAS Abt. 605/400 (allerdings zum Datum des 13. 9. 1947).

136 Das dt. Sekretariat hatte verschiedene Auskünfte bez. der Aufwandsentschädigungen für Abgeordnete eingeholt, so z. B. beim OP von SH. Die Mitglieder des dortigen Provinziallandtages erhielten 200 RM/Monat sowie eine Erstattung der Fahrtauslagen (vgl. BA Z 2/40: Vermerk *Boldt* vom 20. 3. 1946). Im 2. wie auch 3. Entwurf des Haushaltsvoranschlages des ZB für das Rechnungsjahr 1946 waren als Dienstaufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder pro Monat 300 RM vorgesehen (vgl. beide Entwürfe a. a. O.) sowie Dok. II.3 mit Anm. 56.

sucht sein würden, sondern von den einzelnen politischen Parteien. Auf der anderen Seite hat es sich als ein dringendes Bedürfnis herausgestellt, daß die politischen Parteien, die hier in diesem Gremium immer nur mit zwei Personen vertreten sind, irgendwelche Sachverständige in den Ausschüssen bekommen. Der Hauptausschuß schlägt deshalb vor, daß zunächst der Generalsekretär Fühlung nimmt, ob eine derartige Anregung, wie sie von der Konferenz der Sachvertreter ausgegangen ist, Genehmigung findet.

Vorsitzender: Ich darf Dr. *Adenauer* davon unterrichten, daß wir in seiner Abwesenheit uns schon verständigt haben.[137] Ich habe heute morgen mit Oberst *Pearson* über diesen Fall gesprochen, der mich zu einer brieflichen Äußerung zu diesem Punkte gebeten hat.[138] Widerspruch erhebt sich nicht. Sie sind damit einverstanden.

Dann kommen wir zu Punkt 20:

Sonstiges

Da liegt zunächst vor ein Antrag des Roten Kreuzes, der Caritas-Verbände und der Evangelischen Kirche.[139] Ich darf dazu folgendes sagen:

Es besteht hier in Hamburg ein Hilfswerk des Roten Kreuzes, der Evangelischen Kirche und des Deutschen Caritasverbandes mit einem Suchdienst für das gemeinsame Ermittlungswesen der drei genannten Verbände.[140] Die Aufgabe ist die Ermittlung von deutschen Zivilpersonen, die durch Kriegseinwirkungen jeder Art von ihren Angehörigen getrennt sind, in der Ermittlung von vermißten Wehrmachtspersonen in vertraglich festgelegter Zusammenarbeit ⟨mit den dafür zuständigen Organisationen im In- und Ausland. Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Kriegsgefangenen- und Interniertenpost. Sonderaktion: Ermittlung der Angehörigen elternlos aufgefundener Kinder. Vorbereitung der Rückführung der in Dänemark befindlichen 260 000 deutschen Flüchtlinge und Bearbeitung aller bei der UNRRA[141] und nichtdeutschen Organisationen anfallenden Nachforschungsanträge mit deutschem Anteil. Gegenwärtige Ausdehnung der Arbeit:⟩ rund 7 000 Aufnahmestellen in der britischen Zone. Die Zonenzentrale in Hamburg verfügt über 4 000 000 Karteikarten mit 8 Millionen Namen, die täglich zunehmen. Die immer mehr sich ausbreitende Arbeit beträgt 20 000 Karten täglich; bisherige Ermittlung 350 000, durchschnittliche Ermittlung im April täglich 3 420.

---

137 Vgl. o. mit Anm. 90–98.

138 Die Hinzuziehung von Sachverständigen zu den Ausschußsitzungen wurde in der Folgezeit praktiziert, besonders im Rahmen der Verhandlungen des FA und SpA. Ein Rederecht im Plenum war damit nicht verbunden.

139 Der Antrag war *Lehr* am 17. 5. 1946 von Prälat Dir. *Müller* (Caritas) und Gräfin *Waldersee* (DRK) überreicht worden (vgl. HStAD NW 53/257, fol. 143).

140 Der gemeinsame Suchdienst bestand aufgrund einer in Frankfurt a.M. getroffenen Vereinbarung seit dem 10. 1. 1946, vgl. das Schreiben des Suchdienstes vom 13. 5. 1946 a. a. O., fol. 144: Bericht über die gegenwärtige Lage in der Zonen-Zentrale Hamburg. *Lehr* zitiert im folgenden aus diesem Bericht. Ergänzungen und Berichtigungen erfolgen entsprechend.

141 Zur UNRRA vgl. die Angaben bei Stüber, S. 480 f. und S. 648.

Die Stelle ist hier in Hamburg-Altona untergebracht, in 47 Räumen ⟨mit 1 350 qm⟩, hat 360 Festangestellte und 200 Heimarbeiter. Der Papierbedarf dieser Dienststelle ⟨für Karteikarten und Formdrucksachen⟩ ist 5 t im Monat.

Die Stadt Hamburg[142] ist bisher die Stelle, die dem Suchdienst ein Heim gegeben und ihn erheblich subventioniert hat. Sie kann das nicht allein, denn ihre Unkosten belaufen sich bisher schon auf 252 000 RM, die Gesamtunkosten monatlich sind 120 000 RM, obwohl die Stadt Hamburg[143] auch noch die Strom- und Beleuchtungskosten und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt hat.

Nun kommen gewisse Beträge auf durch die 25 Pf. für jede Suchkarte und durch freiwillige Opfer, die die drei Trägerverbände bringen, was aber nicht ausreicht, die Unkosten zu decken. ⟨Die neu in die britische Zone einströmenden Flüchtlinge sind ohne Barmittel, bzw. ihnen wird bis auf RM 500 alles Geld gesperrt, so daß von dieser Seite aus nur mit geringen Beiträgen gerechnet werden kann.⟩

Daher wird eine Bitte an Sie gerichtet. Die Suchzentrale in Hamburg dient ja nicht örtlichen Aufgaben, sondern bearbeitet die ganze britische Zone. Deshalb wird gebeten, daß in den Haushalt der Länder und Provinzen der britischen Zone ein fester monatlicher Beitrag bei einem Richtsatz von 10 000 RM für eine Provinz zur Finanzierung der Zonenzentrale eingesetzt wird und auch vom Zonenbeirat in dessen Haushalt eine Unterstützung vorgesehen wird.

Ich würde Ihnen empfehlen, daß wir die hier vertretenen Länderchefs bitten, bei ihren Regierungen sich für einen solchen Beitrag ihrer Länder einzusetzen[144], und ich möchte auch dem Zonenbeirat empfehlen, im Haushaltsplan einen Beitrag für diesen Suchdienst einzusetzen.[145]

Kopf: Ich weiß nicht, ob das in den anderen Provinzen auch der Fall ist, daß sich Wohlfahrtsorganisationen der Inneren Mission, Arbeiterwohlfahrt, [Caritas und Deutsches Rotes Kreuz] zu einer Gemeinschaftsgruppe zusammengeschlossen haben. Ich stelle nun fest, daß es sich hier um eine Organisationsgemeinschaft nur der drei Wohlfahrtsverbände handelt und habe daher gewisse Bedenken, daß wir die vierte Organisation ausschließen.

Vorsitzender: Das ist nicht beabsichtigt. Ich werde mich erkundigen, aber ich glaube, daß das Rote Kreuz, der Caritasverband und das Hilfswerk der Evangelischen Kirche auch sonst in den anderen Provinzen mit der Arbeiterwohlfahrt arbeitet. Zum Beispiel in der Rheinprovinz ist das der Fall, in Westfalen auch und bei Ihnen in Schleswig-Holstein wohl auch.[146] So glaube ich, daß diese Organisati-

142 Im Bericht: Hilfsgemeinschaft Hamburg.

143 Im Bericht: die Militärregierung.

144 Auf der LChK am 11./12. 8. 1946 in Bremen wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt. Danach sollten für das 2. Rechnungshalbjahr 1946 von jedem Land in der brit. Zone aber nur 3 000 RM bereitgestellt werden, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/9: Ns. über die Konferenz ... am 11. 8. 1946, S. 1. – Zur Datierung der Konferenz vgl. Dok. VI.3, Anm. 73.

145 Vgl. die Stellungnahme der KK in Dok. V.3 mit Anm. 16 und 17 sowie Anl. 326 (11. Sitz.).

146 In SH z. B. war die „Notgemeinschaft Schleswig-Holstein" gebildet worden, vgl. hierzu Stüber, S. 468–472.

on unterrichtet worden ist, daß dieser Zusammenschluß da ist. Ich werde aber den Suchdienst darauf aufmerksam machen, das Versäumte nachzuholen.[147]

Unter dieser Voraussetzung würde ich ersuchen, 10 000 RM als Beitrag vom Zonenbeirat zuzustimmen.

(Zustimmung)

Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle fest, daß diese Organisation eingeschaltet wird und daß Sie einen Beitrag von 10 000 RM stiften wollen und die Regierungschefs gebeten werden, bei ihren Regierungen für die Bewilligung eines entsprechenden Betrages einzutreten.

Drake: Ich darf Ihre Aufmerksamkeit noch auf zwei Angelegenheiten lenken: die Frage der Polizei. Da wird es keine verfassungsrechtliche Bedenken geben. Es handelt sich nur um eine Wiederholung. Wir haben im Kreise der Länderchefs die Entwicklung der letzten Zeit noch einmal übersehen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es zweckmäßig sei, noch einmal bei der Militärregierung Vorstellungen zu erheben wegen Rückziehung der Polizei. Die Entschließung ist im Umdruck vorgelegt.[148] Ich nehme an, daß keinerlei Bedenken bestehen, im Sinne dieser Entschließung heute zu verfahren.

Die zweite Angelegenheit ist die Frage des Erbhofrechts.[149] Wie Sie wissen, sind die Anerbengerichte nicht mehr brauchbar und aufgehoben, und es muß, wenn nicht schwerer Schaden entstehen soll, ein Ersatz eintreten. Der würde in den ordentlichen Gerichten gegeben sein. Ich kann mir nicht denken, daß hier Schwierigkeiten bestehen.

Adenauer: Soll das nationalsozialistische Erbhofrecht bestehen bleiben? Es handelt sich doch hier um das nationalsozialistische Erbhofrecht.

Drake: Das liegt noch zur besonderen Prüfung beim Kontrollrat. Es wird beantragt, die Angelegenheit dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen mit der Bitte, in kürzester Frist den Entwurf einer entsprechenden Verordnung vorzubereiten, so daß der Gesetzentwurf in der nächsten Plenarsitzung verabschiedet werden kann.[150]

(Zustimmung)

---

147 Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche, der Deutsche Caritas-Verband, das Deutsche Rote Kreuz und auch die Arbeiterwohlfahrt arbeiteten in der Arbeitsgemeinschaft des Suchdienstes eng zusammen, vgl. PA 1/100: *Köster* an *Blankenhorn*, 8. 4. 1947.

148 Vgl. Anl. 50 bzw. 98 sowie die ausführliche Diskussion in der 5. Sitz., Dok. V.3, bes. mit Anm. 121–123.

149 Vgl. Anl. 51. Die Frage war bereits auf der LChK am 26./27. 5. 1946 in Lübeck aufgeworfen worden (Antragsteller Stier tom *Moehlen*, Bremen). Man hatte sich darauf geeinigt, einen entsprechenden Antrag im ZB einzubringen, vgl. HStAD NW 53/737, fol. 4–14, TOP 8. Zum Fragenkomplex „Reichserbhof" vgl. ferner HStAH Nds. Z 50/80. Der dortige Schriftwechsel ging z. T. in die Vorlage *Drake/Kaisen* ein. Dort auch Entwurf einer VO über die Lockerung erbhofrechtlicher Bindungen [Juli 1946].

150 Die Frage wurde im RVA nicht behandelt infolge der Stellungnahme der KK, vgl. Anm. 151.

Vorsitzender: Dagegen bestehen keine Bedenken. Sie haben davon Kenntnis genommen. Mit Ihrer Zustimmung und Übereinstimmung werden wir das der Kontrollkommission vorlegen.[151]

Schumacher: Ich darf sagen, daß wir morgen nach der Begrüßung durch den Oberstkommandierenden der britischen Besatzungsarmee noch einiges zu erledigen haben: erst einmal den Antrag *Spliedt*, der ja ohne seine Anwesenheit nicht ausreichend behandelt werden kann[152], dann würde ich es für richtig halten, daß der sogenannte [Entnazifizierungs-]Antrag, der auch gewisse Dinge in sich enthält, die auch einmal genauer ausgesprochen werden müssen, morgen vormittag besprochen würde, und drittens müßten wir uns mit der politischen Betätigung der Beamten beschäftigen, ein Antrag, bei dem wir bloß eine Meinung oder einen Wunsch oder einen Willen äußern können, bei dem andere entscheiden, aber eine Angelegenheit, die einfach einmal entschieden werden muß.

Diese drei Punkte möchte ich bitten, morgen im Anschluß an die Begrüßung noch zu behandeln.

Vorsitzender: Wir haben noch genügend Zeit zur Verfügung und könnten jetzt noch den Punkt 11:

Bericht des Kulturausschusses

erledigen.

Frau Petersen: Der Kulturausschuß hatte sich mit verschiedenen Forderungen zu befassen, die sich aus dem Referat vom 3. Mai von Herrn *Grimme* ergaben.[153] Wir haben in der ersten Sitzung das behandelt, was man als Sofortmaßnahmen bezeichnen könnte und haben noch die Probleme zurückgestellt, die eine längere Auseinandersetzung erfordern, wie Schulorganisation, die Wertung des Abiturs u. a.

Der erste Antrag liegt hier auf dem kleinen Zettel vor[154], die Amnestie betreffend:

Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission für die britische Zone zu bitten, daß sie dem Kontrollrat vorschlage:

> den Erlaß einer Generalamnestie für die deutsche Jugend vom Jahrgang 1912 ab (das betrifft alle 1933 noch nicht Volljährigen, soweit sie nicht schwer belastet sind); d. h. der Jugend wird ein politisch uneingeschränkter Start für ihr Berufsleben gewährt, und das Recht zum Lernen wird ihr erst beim Versagen in der Bewährung entzogen. [Stichtag: 30. 1. 1912]

---

151 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. V.3 mit Anm. 12–14.

152 Der Antrag wurde aber noch auf der Nachmittagssitz. behandelt, vgl. u. mit Anm. 166–174.

153 Vgl. PA 1/274: Wortprot. der Sitz. des KpA vom 25. 5. 1946, S. 8–50. Im Prot. seiner konstituierenden Sitz. wird der Ausschuß Kulturausschuß genannt, in den folgenden Sitzungen Kultur*politischer* Ausschuß. Zum Referat *Grimmes* vgl. Dok. III.3, o. S. 292–312.

154 Vgl. Anl. 39.

Das ist der einzige Antrag in dem Kulturausschuß, bei dem eine Einigung – ich möchte sagen – erst erzielt werden mußte.[155] Die ganze andere Materie, die vorlag, ist sehr schnell und einmütig beschlossen worden.

Das zweite große Gebiet, das uns beschäftigt hat, waren die Maßnahmen zur Begabtenförderung[156], die man vielleicht zusammenfassen könnte als

a) sozialer Art
b) unterrichtstechnischer Art.

Wir haben mit voller Absicht diese Präambel vorangestellt, daß der Kulturausschuß der Meinung ist, daß der Zugang zur höheren Schule verringert werden muß und daß Maßnahmen getroffen werden, um die Zulassung nach vorhandenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu steuern unter strengster Auswahl der wirklich Begabten aller Volksschichten.

Das Ziel der Unterrichtsverwaltung, die Herstellung der völligen Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, fand grundsätzliche Zustimmung. Aber das Problem, das geprüft werden muß, ist die Auswirkung auf die Privatschulen und die Finanzen, und der Kulturausschuß schlägt deshalb vor, daß zunächst ein Unterausschuß sich mit dieser Materie beschäftigt.[157] Ich brauche wohl nicht vorzulesen, wie er sich zusammensetzt. Bis zur Verwirklichung der Schulgeldfreiheit wird vorgeschlagen: eine wesentliche Erhöhung der staatlichen Erziehungsbeihilfen, Abschaffung automatischer Geschwisterermäßigungen, die die Nationalsozialisten eingeführt haben[158], Gewährung von Freiplätzen in Privatschulen, Gründung von Fördervereinen an den einzelnen Schulen.

Unter 2) wird angeregt die Einrichtung einer Studienstiftung[159], unter 3) folgt eine Reihe von Vorschlägen, die den Hochschulen gemacht werden, um bedürftigen Studenten zu helfen.

---

155 Vgl. PA 1/274: Wortprot. der Sitz. des KpA vom 25. 5. 1946, S. 3–8.

156 Vgl. Anl. 40.

157 Vgl. hierzu PA 1/94: Es dauerte bis Ende August 1946, bevor die Mitglieder des Sonderausschusses „Schulgeldfreiheit" feststanden. Die für den 19. 9. 1946 vorgesehene Sitzung fand indessen nicht statt und wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. – Prot. des Ausschusses sind im PA nicht überliefert; insofern liegt der Schluß nahe, daß eine Tagung überhaupt nicht stattgefunden hat. Das kann damit zusammenhängen, daß sich bis zum 8. 9. 1946 der Zonenerziehungsrat konstituierte, der sich dieser und anderer aktueller Detailfragen annahm. Auch *Grimme* gehörte diesem Gremium in seiner Eigenschaft als Kultusminister an. Vgl. hierzu im einzelnen Pakschies, S. 208–214, sowie „Die Schule" vom Dezember 1946, S. 22 f.: Hans Schauer: „Schulreferententagung – Zonenerziehungsrat". – Zur Behandlung der Geschwisterermäßigung/Schulgeldfreiheit im KpA vgl. Anm. 158.

158 Durch die Abänderungsgesetze vom 8. 2. 1938 (Preuß. Gesetzsammlung 1938, Nr. 3, S. 15 f.) und vom 24. 5. 1939 (a. a. O., 1939, S. 59 f.) war § 3 des Preuß. Schulgeldgesetzes vom 18. 7. 1930 (a. a. O., 1930, S. 202 ff.) dahingehend modifiziert worden, daß ein automatischer Rechtsanspruch auf eine „Geschwisterermäßigung" des Schulgeldes bei entsprechender Kinderzahl gewährt wurde, ohne daß ein besonderer Antrag zu stellen war. Der KpA beschäftigte sich auf seiner Sitz. am 7. 7. 1947 auf Antrag des Landes NRW mit dieser Frage eingehender (vgl. PA 1/274: Kurzprot. vom 7. 7. 1947, TOP 3; a. a. O., Wortprot., S. 6–13); siehe ferner Dok. XIII.4, TOP 304a.

159 Die „Studienstiftung des deutschen Volkes" war 1925 gegründet und 1933 aufgelöst worden. Die erfolgreiche Einrichtung zur Unterstützung hervorragend begabter und wirtschaftlich

Da haben wir besonderen Wert darauf gelegt, daß der Empfang der Leistungen aus diesem Hilfswerk die Studierenden verpflichtet zu werkstudentischem Einsatz im Dienste der Allgemeinheit. Hier müßte in dem Antrag unter 3 b) ein Absatz sein. Da ist ein Schreibfehler unterlaufen. Da muß es heißen:

c) Es wird den Hochschulen empfohlen:
Vorbereitung eines Siedlungswerkes unter Einsatz studentischer Hilfskräfte.

Wichtig wäre dann für die Fortführung dieses Werkes, was unter 4. beantragt ist, daß in solchen [Fällen] bauwirtschaftliche Sicherung gewährleistet wird, damit die Arbeiten nicht angefangen werden und dann liegenbleiben müssen.[160]

Das ist das, was ich zusammenfasse mit dem Begriffe „Sofortmaßnahmen".

Dann kommen die unterrichtstechnischen Maßnahmen unter II. Da befaßt sich Absatz 1 a) mit der Lage der Volksschule, wo wir zu einer grundsätzlichen Regelung kommen müssen, wie viele Kinder auf eine Schulstelle entfallen sollen. Augenblicklich haben wir Verhältnisse, wo 130 bis 140, ja bis über 200 Kinder einem einzelnen Lehrer anvertraut sind, woraus wir die Folgerungen ziehen müssen für den Ausbau des Schulaufsichtswesens, vor allen Dingen auch in den ländlichen Bezirken, wo die ganzen Verkehrsschwierigkeiten eine große Rolle spielen.

Unter 1 b) ist auf die Raumnot der Schulen hingewiesen.

Punkt 2) bezieht sich auf die Einrichtung von Abendgymnasien. Punkt 3) behandelt Sonderbegabte, die vor einer zu schaffenden Kommission die Begabtenprüfung ablegen können. Punkt 4) betrifft die Einrichtung einer Leitstelle zur Findung und Förderung von intellektuell Begabten und charakterlich Wertvollen. Diese Leitstelle hätte also die Begabtenauslese zu treffen, hätte ein System von Hilfsstellen und Stützpunkten einzurichten, hätte die schriftliche und mündliche Beratung und Überprüfung der Anwärter durchzuführen, hätte die Übersicht über die ganzen Ausbildungsmöglichkeiten, die sich ergeben, in engster Zusammenarbeit mit der Studienstiftung, um Stipendien und Darlehen zu gewähren.

Ich wollte das alles nur andeuten. Die Kosten für diese Institution werden durch eine Umlage von den Oberpräsidenten und Ländern eingezogen.

Vorsitzender: Ich danke für die Ausführungen. Wir haben zwei Dinge vorliegen: den Antrag des Kulturausschusses des Zonenbeirats aus dieser Sitzung vom 25. Mai. Sie haben diesen Antrag vorliegen: die Befürwortung des Erlasses einer Generalamnestie für die deutsche Jugend. Ich stelle diesen Antrag zur Diskussion.

Das Wort hat Herr *Reimann.*

Reimann: Es ist ganz klar, daß wir einmal zu dem Punkt kommen, wo wir unsere Jugend stärker heranziehen müssen, als das bisher der Fall gewesen ist.

---

schlecht gestellter Studenten wurde vor allem auf Initiative *Grimmes* am 6. 3. 1948 wiedererrichtet (vgl. hierzu Dok. XIX.4, TOP 389.1).

160 Dieser Vorschlag bezog sich vor allem auf das Bauvorhaben „Akademiker-Klause" der Universität Göttingen, vgl. PA 1/94: *Weisser* an Prof. *Boehringer,* 31. 5. 1946; siehe auch Dok. III.3 mit Anm. 190.

So richtig es ist, daß wir die Jugend nicht belasten können, ihr nicht die Verantwortung geben können für alles, was geschehen ist, so falsch wäre es, das Geburtenjahr 1912 zu nehmen und von einer Generalamnestie zu sprechen.

Nehmen wir einmal die 1912 Geborenen. Die sind im Jahre 1932 20 Jahre gewesen. Wissen Sie auch, wie sich die damalige SS und SA zusammengesetzt hat? Das waren gerade diese 20- und 21jährigen, die in der SS und der SA organisiert waren und auf die Arbeiter losgingen.

Es heißt hier: Sie sollen durch die Generalamnestie herausgenommen werden, soweit sie unbelastet sind. Ich nehme ein anderes Beispiel: Die HJ ist automatisch zur NSDAP gekommen. Schon allein aus diesem Grunde können wir sie nicht in diesem Rahmen einsetzen, weil das ja keine nominellen Nazi sind. Nominelle Nazi sind diejenigen, die ab 1937 in die NSDAP eingetreten sind. Diese aber sind schon 1930, 1931 und 1932 hineingegangen.

Ich bin der Auffassung, daß wir eine solche Generalamnestie vom Geburtsjahr 1912 an nicht geben können. Das ist unmöglich. Ich will einen anderen Vorschlag machen, daß wir das Geburtsjahr 1920 nehmen. Da kann man etwas mit anfangen und alle die ausschließen, die belastet sind. Auch in diesem Geburtsjahr gibt es eine Reihe sehr schwer Belasteter. Die sind so in die Bewegung hineingewachsen, daß die Generalamnestie für sie nicht in Frage kommt. Ich würde überhaupt nicht das Wort „Generalamnestie" nehmen. Das Wort „Generalamnestie" hebt das auf, was man im nächsten Satze sagt. Eine Generalamnestie für die Jugend ist für alle. Aber im nächsten Satz wird gesagt: nur für die, die nicht belastet sind.

Vielleicht finden wir für das Wort „Generalamnestie" ein anderes Wort, und dann setzen wir als Geburtsjahr das Jahr 1920 fest.[161] Das ist mein Vorschlag. Vielleicht können wir das im Ausschuß noch einmal verhandeln.

Adenauer: An den Ausführungen von Herrn *Reimann* ist manches Wahre. Ich weiß nicht, ob der Kulturausschuß die ausschließliche Stelle ist, eine solch schwerwiegende Frage zu entscheiden. Ich beantrage, die Angelegenheit an den Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen, damit die Frage dort noch einmal behandelt werden kann.

Schumacher: Ich hatte die Absicht, bevor Dr. *Adenauer* sprach, mich generell zu äußern. Was Herr *Reimann* gesagt hat, entspricht weitgehend meiner Meinung. Eine Generalamnestie setzt ein Vergehen voraus. Diese Vergehen und Verbrechen sind nicht da. Weiter ist meiner Meinung nach der Jahrgang 1911 zu früh. Deshalb ist richtig, was Dr. *Adenauer* sagte: Wir wollen unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Kulturausschusses den Rechts- und Verfassungsausschuß mit der Durchprüfung dieser Frage beauftragen.

Vorsitzender: Ich glaube, das ist der richtige Weg zur Behandlung dieser Frage, und wir können alle mehr oder weniger diesen Ausführungen zustimmen. Es ist so

161 Diesem Vorschlag entsprach eher Art. III der VO Nr. 79 vom 24. 2. 1947, die den Stichtag mit dem 1. 1. 1919 festsetzte (vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 422–426: VO Nr. 79: Einteilung von weniger gefährlichen Nationalsozialisten in Kategorien).

beschlossen: Überweisung an den Rechts- und Verfassungsausschuß unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Kulturausschusses.[162]

Wir kommen dann zur Behandlung der zweiten Entschließung des Kulturausschusses aus der Sitzung vom 25. 5. Diese Unterlage liegt Ihnen vor, so daß man mit einem flüchtigen Blick das Ganze übersehen kann. Wird das Wort gewünscht?

Schumacher: In I Absatz 2 ist von „Arbeitgeberverbänden" die Rede.

Amelunxen: Ich möchte darauf aufmerksam machen: Die Frage der Arbeitgeberverbände ist z. Zt. in der Prüfung der Kontrollkommission. Es gibt noch keine Arbeitgeberverbände in rechtlichem Sinne. Über diese Frage, ob Arbeitgeberverbände gebildet werden oder nicht, wird die englische Kontrollkommission erst noch entscheiden. Insofern ist das ein Schreibfehler. Wahrscheinlich sind die Fachverbände gemeint.[163]

Spliedt: Es gibt keine Arbeitgeberverbände, aber Arbeitgeberverbindungen.

Amelunxen: Ich glaube, mit diesem ganzen Fragenkomplex muß sich die Direktorenkonferenz beschäftigen.[164] Die tagt heute in Goslar, und *Grimme* nimmt daran teil.

Vorsitzender: Das ist doch der Sinn des Vortrags gewesen, daß das in einem Unterausschuß durchgearbeitet werden soll.

Frau Petersen: Ich habe gedacht, wenn diese Materie hier durchgeprüft wird und das Plenum zustimmt, daß es dann möglich sein würde, die Vorschläge hier so zu formulieren, daß sie vielleicht in Form von Verordnungen der Militärregierung eingereicht werden, damit etwas geschieht. Die Frage der Schulgeldfreiheit wird geprüft. Was dann kommt, 1 a) bis 1 d), das sind Dinge, die sofort in Angriff genommen werden können.

Vorsitzender: Sie möchten die Entscheidung des Plenums heute haben?

Frau Petersen: Die Frage, ob wir schreiben „Arbeitgeberverbände" oder „-verbindungen" oder wirtschaftliche Fachverbände ist unwichtig. Es handelt sich nur darum: Wir haben die Körperschaften aufgezählt, an die wir uns wenden möchten, um Geld zu gewinnen.

Vorsitzender: Schreiben wir also nicht „Arbeitgeberverbände", sondern „Fachverbände und ähnliche Einrichtungen".

---

162 Vgl. PA 1/262: Wortprot. der Sitz. des RVA vom 10. 7. 1946, S. 23. Danach hatte sich der HA dieser Frage angenommen, worauf *Grimme* als Berichterstatter des HA dem Plenum in der 5. Sitz. die geänderte Fassung des Antrags vorlegte, vgl. Dok. V.3 mit Anm. 139.

163 Nach den Richtlinien der Verbandsbildung in der brit. Zone war die Errichtung besonderer Arbeitgeberverbände zwar möglich, wurde aber als entbehrlich bezeichnet. Ende November 1946 genehmigte die MR z. B. die Gründung eines „Allgemeinen Arbeitgeberverbandes von Bremen" (vgl. etwa Hamburger Allgemeine Zeitung vom 26. 11. 1946: „Neue Arbeitgeberverbände"). Mit Fachverbänden sind hier die freien berufsständischen Zusammenschlüsse gemeint.

164 Nach Auskunft des HStAH könnte es sich um eine Zusammenkunft der Leiter der Gymnasien in der Provinz Hannover handeln; es wäre auch eine Tagung der nordwestdt. Hochschulkonferenz denkbar, die am 28./29. 5. 1946 allerdings in Göttingen stattfand (vgl. Dok. III.3 mit Anm. 187).

Dann wäre im übrigen der Wortlaut klar. Ich stelle fest, daß das Wort weiter nicht gewünscht wird und sich gegen den Inhalt der Entschließung kein Widerspruch erhebt. Ich stelle einstimmige Annahme mit dieser kleinen Korrektur fest.

Wir haben immer noch genügend Zeit, daß wir jetzt den Antrag *Spliedt* behandeln.

Frau Petersen: Bis jetzt haben wir uns nur mit I und nicht mit II beschäftigt.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß Sie II mitgemeint haben. Es ist das Ganze angenommen.[165]

Wir kommen dann zu Punkt 5:

Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit

Spliedt: Ich glaube, ich kann mich kurz fassen. Der Antrag ist ja eingehend begründet[166], weshalb es uns als Wirtschaftsvertreter notwendig erscheint, ein Zentralamt für Arbeit zu errichten. Es ist dies der Gedanke, daß es uns auf diesem Gebiete heute noch an einer Mittelbehörde fehlt.[167] Sie wird lediglich vertreten durch die Beiräte[168], wo die Arbeiter nicht vertreten sind. Man hat davon gesprochen, daß es sich hier um die reinsten Dunkelkammern handle.

Diese wichtigen Gesetze, die das Leben der Arbeiter ganz entschieden beeinflussen, wie das Betriebsrätegesetz und das Arbeitsgerichtsbarkeitsgesetz, sind erlassen worden, ohne daß irgendeine Möglichkeit bestand, von uns aus mitratend an den Vorarbeiten teilzunehmen. Dasselbe geschieht augenblicklich bei der Frage der Neuregelung der Sozialversicherung.[169] Auch da werden die Arbeiter zum Objekt der Gesetzgebung, ohne selbst mitwirken zu können.

Uns scheint es von diesem Gesichtspunkte aus schon notwendig, eine Einrichtung zu schaffen, bei der die Möglichkeit gegeben ist, hier noch den Rat und die Mitarbeit und die Mitwirkung der Arbeiter selbst in irgendeiner Weise sicherzustellen. Es handelt sich dabei noch um eins:

Die Mittelbehörden, die Landesarbeitsämter, haben in steigendem Maße eine Reihe von Aufgaben zugewiesen erhalten, die außerordentlich tief in das Leben der Arbeiter eingreifen: die Frage der Lohnregelung. Wir haben Stopplöhne. Es sind in Wirklichkeit keine Stopplöhne, denn die Löhne haben sich in den letzten Mona-

---

165 Mit Schreiben vom 10. 7. 1946 teilte die KK mit, daß sie die Empfehlungen des KpA erwäge (PA 1/66). Eine endgültige Stellungnahme konnte in den Unterlagen des PA und BA nicht ermittelt werden.

166 Vgl. Anl. 35.

167 Laut Vogel, Westdtld. III, S. 426 f., Anm. 2, war die Anordnung zur Errichtung eines ZfA im Mai (oder Juni) 1946 mündlich von seiten der Briten ergangen, eine schriftliche Bestätigung folgte am 4. 7. 1946. Insofern überschnitt sich der Antrag *Spliedts* mit der bereits eingeleiteten Entwicklung. Zum ZfA vgl. insgesamt a. a. O., S. 425–431 sowie S. 392–400.

168 Zu den Beiräten vgl. Anl. 35 mit Anm. 5.

169 Vgl. Amtsbl. KR, S. 124–127: Gesetz Nr. 21 vom 30. 3. 1946 (Deutsches Arbeitsgerichtsgesetz); a. a. O., S. 133 ff.: Gesetz Nr. 22 vom 10. 4. 1946 (Betriebsrätegesetz). Ursprünglich hatte *Reimann* Betriebsrätegesetz und Sozialversicherung auf der 3. Sitz. des ZB besprechen wollen (vgl. Dok. II.2 mit Anm. 221); siehe ferner Dok. V.3 mit Anm. 37.

ten ganz entschieden gesenkt, und zwar dadurch, daß die Lohnberechnungsgrundlagen, die früher eigentlich durch die Akkordarbeit beispielsweise in der Kriegsindustrie die Grundlage der Lohnberechnung waren, aufgehoben sind, so daß es heute für die Bemessung des Lohnes in vielen Fällen an dem Wertmesser des Einzelverdienstes mangelt.[170]

Ein Beispiel: Für ältere Arbeiter, die schon früher auf Akkordbasis einen Lohn von 1,50 RM [pro Stunde] hatten, werden jetzt neue Arbeiter eingestellt, die nun einen Lohn von 90 Pf. erhalten. So besteht heute der fast unerträgliche Zustand, daß wir in einem Betrieb für ein und dieselbe Arbeit weit auseinanderklaffende Löhne bezahlen.

Das ist nicht das allein Entscheidende, sondern durch die Neueinstellungen selbst sind die Löhne automatisch gesunken, der Tarifsatz ist bestehen geblieben, aber der tatsächliche Lohn, der dem Arbeiter zur Verfügung steht, ist durch die Entwicklung ganz erheblich herabgedrückt worden.

Bei dem Mangel an einer höheren Instanz, bei dem Mangel einer Instanz, die mit diesen Arbeiten vertraut ist, haben sich die Dinge weit auseinanderentwickelt. Auch auf anderen Gebieten haben wir ähnliches, so daß wir die Fragen aufwerfen: Ist es nicht möglich, auch für die gesamte Arbeit ein Zentralamt zu schaffen?

Dabei gehe ich von einem Grundsatze aus, nämlich die Wohnungswirtschaft, die heute nach dem Willen der Militärregierung eng verbunden ist mit der Abteilung Manpower[171], aus ihr loszulösen. Mir scheint, daß die Wohnwirtschaft eine Angelegenheit ist, die unmittelbar unter die Wirtschaftsverwaltung zu stellen ist.[172] Es will mir scheinen, als wenn Manpower nicht in der Lage ist, ausführendes Organ der Gemeinde oder der Provinz zu sein. Man hat demgegenüber angegeben, es sei Aufgabe von Manpower, die Arbeitskraft zu verwalten, dafür zu sorgen, daß sie gerecht verteilt wird. Dann müsse man aber auch für Wohnungen sorgen, also müsse die Wohnungsorganisation bei Manpower liegen.

Mir scheint diese Beweisführung nicht ganz richtig zu sein. Es kommt ein anderes hinzu: Wenn wir wirklich mit der Wohnungswirtschaft unser mittleres Organ, das Landesarbeitsamt, belasteten, dann würde das dort ein störender Faktor sein, denn es hat keine Vorbedingungen, um diese Aufgaben wirklich lösen zu können. Es werden die Landesarbeitsämter schon jetzt mit ganz neuen Aufgaben betraut; neuerdings liegt beim Landesarbeitsamt auch die Aufsicht über das Arbeitsgericht, und hinzukommen wird die gesamte Gewerbeaufsicht. Auch das wird sich zusammenfinden. Das ist an sich ganz richtig. Die Gewerbeaufsicht ist ein Zweig, der sachlich eng mit der Arbeit verbunden ist.

---

170 Eine vergleichende Aufstellung z. B. der Wochenverdienste im Bergbau im Vergleich zur industriellen Lohnhierarchie der Jahre 1938 und 1948 siehe bei Abelshauser, S. 31. Statistisches Material betr. Lohnerhebungen in der brit. Zone (Juni 1946–März 1948) in PA 1/174.

171 Manpower Division der CCG(BE).

172 Gemäß Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der brit. MR – die Housing Branch war eine Unterabt. der Manpower Division – verblieb die Kompetenz der Wohnungswirtschaft und Landesplanung beim ZfA. Dem ZfW hingegen oblag nur die Lenkung der Baustoffwirtschaft. Vgl. hierzu und zur späteren bizonalen Entwicklung Vogel, Westdtld. III, S. 403–410 und S. 430 f., Anm. 8.

Ich erinnere dann an die steigende Diskrepanz zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft, das Fehlen der jüngeren Jahrgänge, den Ausfall von Arbeitskräften in den besten Jahren, der immer zu einer Überalterung des Arbeiterstammes führt und dazu zwingen muß, in weitem Maße einen Ausgleich zu finden für leichte und schwere Arbeit.

Ich darf ein Beispiel anführen, das uns heute sehr stark beschäftigt hat, eine Ziffer, die für Hamburg außerordentlich wichtig ist. Wir haben genau so viele männliche Arbeitslose, 21 000, wie Arbeitsplätze, die wir nicht besetzen können. Aber von den 20 000 Arbeitslosen sind 18 000 nur für leichte Arbeit zu verwenden. Und es entsteht für uns die große Frage: Wo wollen wir sie einsetzen? Wir müssen Mittel und Wege finden, hier einen Ausgleich zu schaffen. Mit Recht hat Luftmarschall *Douglas* mir die Frage vorgelegt, ob ich glaube, wenn wir mehr Kohlen hätten, daß wir dann mehr produzieren könnten.

Wenn nun die Arbeitsämter immer mehr auf diese Weise belastet werden, kommt die Wohnungswirtschaft zu kurz, und wenn wir sagen wollten, die Wohnungswirtschaft soll bei den Arbeitsämtern verbleiben, dann bin ich fest überzeugt, sie kommt dort nicht hin.

Die Wohnungswirtschaft ist in diesem Kreise so denkbar schlecht aufgehoben, wie sie nur sein kann, denn wir müssen neben diesen Organen viele neue Organe schaffen in den Gemeinden, in den Kreisen, in den Provinzen.

Deshalb schlagen wir vor, die Wohnungswirtschaft ganz aus diesem Fragenkreise herauszunehmen und die Arbeitsämter auf das zu beschränken, was ihr eigentliches Wesen ist: Arbeitseinsatz und Sozialversicherung.

Auf Seite 4 ist unter IV. in der sechsten Zeile von unten ein Irrtum unterlaufen. Es heißt da: ob das Zentralamt für Wirtschaft in Lohnfragen . . .; es muß natürlich heißen: das Zentralamt für Arbeit.

Ich glaube, ich kann mich darauf beschränken. Es ist dies eine Frage, die sicherlich der Klärung bedarf und von mir nur lose angesprochen ist. Aber noch eins: Wohin soll später die mittlere Instanz und die obere Instanz der Arbeit hingebracht werden, soll sie unmittelbar eingehen in den Aufbau der Länder, der Städte, der Provinzen, oder soll sie eine koordinierte Stellung einnehmen wie das Arbeitsamt bisher? Das ist eine Frage, die einer eingehenden Prüfung bedarf. Ich darf daran erinnern, daß wir im Jahre 1926/27 von den Gewerkschaften uns mit außerordentlich großen Bemühungen dafür eingesetzt haben, die Arbeitsämter aus der lokalen Verbundenheit zu lösen und sie zu verselbständigen, und mir scheint heute noch dieser Grundsatz der einzig richtige zu sein. Es wird sich fragen, wie wir diese Form finden bei der Koordinierung eines relativ selbständigen Körpers mit der Verwaltung.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag dem Wirtschaftsausschusse zu überweisen.

(Zuruf: Rechts- und Verfassungsausschuß!)

Jedenfalls muß er eingehend im Ausschuß geprüft werden. Ich bitte nur, daß Sie den Grundsätzen zustimmen.

Vorsitzender: Der Antrag *Spliedt* berührt Fragen, die weit in die Wirtschaft und in die Verwaltung eingreifen, und Fragen, die uns alle zutiefst beschäftigt haben. Sie wissen aus eigener Berufserfahrung, daß im Verlaufe der letzten Zeit das Arbeitsamt eine besondere Stellung im Gefüge unseres Verwaltungsaufbaues und unserer Wirtschaft bekommen hat. Das macht naturgemäß Schwierigkeiten, und Herr *Spliedt* hat bereits einige deutlich hervorgehoben. Ich unterstreiche einen seiner Gedanken, den er an einem Beispiel illustriert hat: die Wohnungswirtschaft.

Man kann selbstverständlich so argumentieren, daß man sagt: Arbeit hat mit Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft zu tun, aber es gibt in dieser Argumentation eigentlich kein Gebiet der Wirtschaft, in dem der Arbeitseinsatz nicht auch mit wesentlich ist. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß eine Wirtschaftsordnung ohne Berücksichtigung des Arbeitseinsatzes heute unmöglich ist. Deshalb ist es richtig, wenn der Arbeitseinsatz und der Arbeitsvermittler eine besondere Stellung eingeräumt bekommen, sonst gibt es ein ungeheures Nebeneinander.

Aber unser Landesarbeitsamt hat sich weitgehend von der übrigen Verwaltung distanziert und fand auch die Zustimmung von Manpower. Manpower ist eine starke Stütze der Landesarbeitsämter und ihrer Bestrebungen selbst auf dem Gebiete des Wohnungsbaues.

Es wäre ein Unglück, wenn die Wohnungswirtschaft einseitig vom Finanzstandpunkte erledigt würde. Die Wohnungswirtschaft ist im Grunde genommen eine sehr stark sozialdurchsetzte Frage, und deshalb müßten die Regierungen der Länder größten Wert darauf legen, daß beim jetzigen Neubau unserer Städte nicht nur allein wirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern auch soziale Gesichtspunkte in Frage kommen. Sie müssen infolgedessen auch den nötigen Einfluß haben.

Hier ist eine solche Fülle von wertvollen Gedanken ausgesprochen, daß ich Ihnen vorschlagen möchte, den Antrag *Spliedt* zur alsbaldigen Prüfung dem Ausschuß zu überweisen, und zwar würde ich vorschlagen, wegen der besonderen Bedeutung und der Vermischung von Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen, zwei Ausschüsse zu dieser Untersuchung zu kombinieren, nämlich den Wirtschaftsausschuß und den Rechts- und Verfassungsausschuß.

(Spliedt: Sozialpolitischer Ausschuß!)

Dann nehmen wir den Sozialpolitischen Ausschuß.

Agartz: Ich begrüße den Vorschlag, daß diese beiden Ausschüsse zusammenarbeiten. Ich möchte, um diesen Vorschlag zu unterstützen, auf folgende Sachlage hinweisen:

Wir haben auch auf britischer Seite augenblicklich in dieser Frage einen Dualismus. Ich bin in der gleichen Richtung, ohne den Antrag vorher zu kennen, tätig gewesen. Wir haben auf der britischen Seite die Building Section und eine korrespondierende Abteilung zum [Wohnungs- und Siedlungswesen]. Diese hat die Aufgabe, die gesamte Bauindustrie zu planen, d. h. die Grundstoffe zu erzeugen und vorher sie zu planen, eine Aufgabe, die demnächst auf die deutsche Seite über-

gehen wird. Gleichzeitig wird diese Building Section eine weitere Aufgabe übernehmen, nämlich die der Bau- und Wohnwirtschaft.[173]

Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, daß diese Sache ebenfalls eine Angelegenheit des Zentralamtes für Wirtschaft wäre, weil die Bau- und Wohnwirtschaft als wirtschaftliche Probleme eine Frage der Lenkung der Grundstoffe dahingehend ist, als hier zu beachten ist, daß nicht nur der Aufbau der Städte, sondern auch der Industrie und des Verkehrs koordiniert werden müssen. Aber die Planung der Städte und der Wiederaufbau ist eine regionale Einheit, und das Zentralamt für Wirtschaft würde seine Aufgabe darin sehen, die Kapazitäten der Industrien zu planen und dann die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, um den regionalen und kommunalen Stellen dann die ihnen zugewiesene Aufgabe zu ermöglichen.

Persönlich würde ich es begrüßen, wenn diese Fragen in einem gemeinsamen koordinierten Ausschusse zur Beratung stünden, weil auch hier die gesamte Frage der Kapitallenkung, der Baulenkung usw. und damit wirtschaftspolitisch außerordentliche Fragen hineinspielen.

Vorsitzender: Ich habe mich absichtlich kurz gehalten. Aber ich weiß wohl: Das, was Sie angeschnitten haben, trifft uns im innersten Kern. Deshalb ist meine Meinung, daß nicht nur der Wirtschafts-, sondern auch der Rechts- und Verfassungsausschuß sich mit diesen Fragen beschäftigen muß. Es wäre nun die Frage: Wollen Sie diese Dinge in drei Ausschüssen geprüft haben? Ist das nicht etwas zu viel?

Vorschläge sind weiter nicht gemacht. Dann würde ich vorschlagen, daß Sie diese drei Ausschüsse beauftragen und daß wir uns dann mit den Ausschüssen unterhalten, in welcher Reihenfolge die drei Ausschüsse kommen. Es könnte sein, der Wirtschaftsausschuß bekommt jetzt die Vorprüfung. Damit sind Sie einverstanden. Dann würde so beschlossen sein: Den Antrag *Spliedt* überweisen Sie an die drei Ausschüsse zur Beratung, wobei der Wirtschaftsausschuß die Federführung übernimmt und unterstützt wird vom Rechts- und Verfassungsausschuß und vom Sozialpolitischen Ausschuß.[174]

---

173 *Agartz* und *Weisser* verfolgten Pläne, das Wohnungswesen auf die wirtschaftspolitisch zuständigen Zentralstellen überzuleiten. Die Kompetenz der Manpower Division für die Bauwirtschaft hielt *Weisser* für unangemessen (vgl. PA 1/113: *Weisser* an *Mössner*, 16. 5. 1946). Die Manpower Division wurde von der „German Labour and Housing Agency" (Beratungsstelle für Arbeits-, Wohnungs- und Siedlungswesen), unter der Leitung von Hermann *Link*, beraten (Sitz in Bad Oeynhausen, ab 12. 6. 1946 in Lemgo). Die dt. Stelle gliederte sich in die Bereiche „Arbeit" und „Wohnungs- und Siedlungswesen", vgl. a. a. O., *Finck* an *Schumacher*, 30. 4. 1946. Infolge dieser Kompetenzverteilung scheiterten die dt. Bemühungen, das Wohnungs- und Siedlungswesen dem ZfW zuzuweisen bzw. ein eigenes Zentralamt für Aufbau zu etablieren. Für die zuletzt genannte Instanz setzte sich z. B. Philipp *Rappaport* ein, Vorsitzender des Wohnungs- und Siedlungswesens in der „German Labour and Housing Agency", vgl. a. a. O., *Rappaport* an *Weisser*, 4. 6. 1946. Siehe hierzu auch Vogel, Westdtld. III, S. 422 ff.

174 Der Antrag *Spliedts* wurde im WpA nicht behandelt. Der SpA behandelte die Frage in seiner konstituierenden Sitz. vom 9. 7. 1946, vgl. PA 1/266, S. 1–11. *Spliedt* berichtete, daß die MR die Errichtung einer Zentralstelle mit Sitz in Lemgo bereits beschlossen habe. Infolgedessen wurde nicht mehr die Bildung eines ZfA diskutiert, sondern dessen Aufgabenbereich, vgl. hierzu auch die Sitz. des RVA vom 10. 7. 1946, an der auch Vertreter des WpA und des SpA teilnahmen, PA 1/262: Sitz. vom 10. 7. 1946, S. 1–22. Dabei kam es zu einer harten Auseinandersetzung zwischen *Spliedt*, der eine zentrale Straffung befürwortete, und den Länderver-

Dann sind wir für heute am Ende unserer Tagung. Wir haben jetzt die Freude, der Einladung zur Cocktailparty zu folgen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 18.50 Uhr

Mittwoch, 29. Mai 1946, 9 Uhr

⟨Rede des Luftmarschall Sir Sholto *Douglas* vor dem Zonenbeirat in Hamburg am 29. Mai[175]

Als ich meine gegenwärtige Dienststellung als Oberbefehlshaber in Deutschland übernahm[176], war ich sogleich entschlossen, die nächste Gelegenheit wahr zu nehmen, um zu Ihnen zu sprechen und mit jedem von Ihnen persönlich ein paar Minuten zusammen zu sein. Meine Ernennung fällt mit dem Beginn einer neuen Phase unserer Politik für die Verwaltung der britischen Zone zusammen. Ich meine damit nicht, daß ich jetzt irgendetwas an der Politik meines Vorgängers ändere. Was jetzt geschieht, ist ein Teil eines sorgfältig überlegten Planes, der meine volle Billigung findet.

Das charakteristische Merkmal der neuen Phase ist die Übertragung der Verantwortung für die Verwaltung auf deutsche Organisationen in größtmöglichem Umfange, gemessen an den gegenwärtigen Umständen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der alliierten Besatzungsstreitkräfte.

Es gibt gewisse Verwaltungsgebiete, die zentral kontrolliert werden müssen. Unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet „zentral" auf der Zonengrundlage. Es handelt sich dabei im allgemeinen um wirtschaftliche Dinge. Die deutschen Verwaltungsstellen werden jetzt neben dem Hauptquartier der Kontrollkommission in unserer Zone eingerichtet, um sich mit diesen Angelegenheiten zu befassen. Ihnen werden in den Regionen (Gebieten) Behörden mit entsprechenden Zuständigkeiten untergeordnet. Sie erhalten bezüglich unserer Politik Richtlinien, die von Fachabteilungen in unserem Hauptquartier stammen.[177] Einige dieser Behörden haben vorerst nur beratenden Charakter, aber sie alle werden schließlich Exekutivbehörden werden. Eine der wichtigsten von ihnen ist der Deutsche Wirtschaftsbeirat.[178] Sobald diese Organisation hinreichend fest organisiert ist, beabsichtige ich, ihr Exekutivverantwortung zu übertragen, und zwar in fortschreitendem Maße in einer Reihe von Arbeitsgebieten. Einige Dienststellen werden bereits in naher Zukunft mit ihren Funktionen betraut werden. Vor Einbruch des Winters hoffe ich in der Lage zu sein, dieser Behörde die Kohlenverteilung innerhalb der britischen Zone zu übertragen. Diese Behörde wird bald in der Lage sein, die Kohlenindustrie der briti-

---

tretern, die ihre Kompetenzen unangemessen beschnitten sahen. Vgl. hierzu auch Dok. V.3, mit Anm. 149 und 150.

175 Die Rede ist im Wortprot. sowie in den Anl. zur 4. Sitz. nicht überliefert. Sie wurde den Ratsmitgliedern durch Rundschreiben *Weissers* vom 7. 6. 1946 in dt. Übersetzung zugesandt und darüber hinaus auch der Presse mitgeteilt (vgl. Lübecker Nachrichten vom 1. 6. 1946, S. 1); hier inseriert gemäß BA Z 6 I/80, fol. 82 f. Engl. Fassung der Ansprache in: BZR vom 8. 6. 1946, S. 1 f.: „Commander-in-Chief meets Zonal Advisory Council". –TOP fehlt in Kurzprot. (Dok. IV.4).

176 Am 1. 5. 1946 wurde *Douglas* Nachfolger *Montgomerys* als Commander-in-Chief und zum Military Governor der brit. Zone ernannt.

177 Gemeint sind die Zonenzentralämter.

178 Korrekt: Wirtschaftsrat.

schen Zone gemäß der ihr zur Verfügung stehenden Quantitäten im Rahmen der festgesetzten Grenzen zu organisieren.[179]

Außer den Dingen, die zentral kontrolliert werden, werden andere Angelegenheiten in die Hände der verschiedenen Landesverwaltungen gelegt werden.

Bezüglich Ihrer eigenen Stellung muß ich ganz klar zum Ausdruck bringen, daß der Zonenbeirat eine beratende Körperschaft ist und ich nicht die Absicht habe, ihm in naher Zukunft Exekutivgewalt zu geben. Wie ich Ihnen bereits gesagt habe, übertragen wir unsere Richtlinien in den zentral kontrollierten Angelegenheiten auf diejenigen deutschen Verwaltungskörper, die wir in der britischen Zone errichtet haben. Unsere Richtlinien in den nicht reservierten Angelegenheiten lassen wir den Landesregierungen durch die Gebiets-Hauptquartiere der Militärregierung zukommen. Wie Sie wissen, werden im Augenblick zivile Zonenbeamte ernannt, die Spezialisten auf diesem Gebiet sind und jeden einzelnen Gebietsverwaltungen vorstehen. Das Bestehen einer deutschen Exekutivkörperschaft mit gewissermaßen Regierungsvollmachten auf der Zonengrundlage würde nicht in diesen Plan passen. Die Zeit zu diesem Schritt kommt vielleicht im Laufe der Zeit, aber ich betrachte diesen Zeitpunkt noch nicht als geeignet.

Ich sage dies, weil Sie Arbeit von ungeheurer Bedeutung vor sich haben, und ich würde es vorziehen, wenn Sie hierauf Ihre Aufmerksamkeit lenken würden und nicht unnötig Zeit darauf verwenden, über etwaige Veränderungen in der momentanen Lage zu debattieren, Veränderungen, die ich im Augenblick nicht billige.

Sie haben schon viele wichtige Angelegenheiten zu erwägen. Wir werden in nächster Zeit noch weitere hinzufügen. Fragen, wie zum Beispiel die Landreform und die politische Struktur der britischen Zone, werden Ihnen in nächster Zeit zur Besprechung vorgelegt werden.[180] Ich werde von Ihnen Ratschläge über alle inneren Angelegenheiten entgegennehmen und werde Sie um Rat fragen, bevor ich politische Richtlinien darüber herausgebe. Ich werde es immer begrüßen, Ihre Ansicht über Angelegenheiten zu erfahren, die Sie nach Beratung mit meinem Stabe entsprechend dem geltenden Verfahren zu äußern wünschen.

Ich möchte noch ein paar Worte über die Denazifizierung sagen. Wie Sie wissen, haben wir diese Angelegenheit in weitgehendem Maße deutschen Körperschaften übergeben. Wir haben dies getan, weil Sie am besten wissen müssen, wer die Leute sind, die entfernt werden sollen, und Sie können uns am besten über Leute beraten, deren Vergangenheit schwarz erscheinen mag, deren Tätigkeit aber nur nomineller Art war. Wir haben auch das Gefühl, daß es viele Leute geben mag, die zu Unrecht entlassen oder entfernt worden sind. Aus diesem Grunde haben wir Anweisung gegeben, daß deutsche Berufungsausschüsse gebildet werden sollen, bei denen diese Leute Einspruch erheben können. Die Bildung dieser Berufungsausschüsse ist wichtig, wenn wir Ungerechtigkeiten vermeiden wollen. In manchen Gebieten ist der Fortschritt zögernd. Ich wünsche, daß diejenigen von Ihnen, die in dieser Sache Verantwortung tragen, die Abwicklung in diesen Gebieten beschleunigen.[181]

Im Hinblick auf Nahrungsmittel haben Sie alle Informationen erhalten, die mir und meinem Stab zugänglich sind. Wir haben angekündigt, daß die Lebensmittelzuteilung für die nächste Periode auf der gegenwärtigen Höhe bleibt. Die Vorräte sind so gering, daß es in der Verteilung einige Verschiebungen geben wird. Aber, allgemein gesagt, hoffen wir gemäß dem Zuteilungsplan die Verteilung durchzuführen.

---

179 Diese zonale Planung wurde z. T. von der bizonalen Entwicklung überholt (vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 135).

180 Vgl. hierzu Anl. 109 (Agrarreform) und Anl. 107 (Länderordnung).

181 Vgl. hierzu auch Dok. VI.3, bes. mit Anm. 146, und Anl. 139.

Ich kann nichts versprechen, was nach dem Ende dieser Zuteilungsperiode geschehen wird. Wir haben gesagt, daß wir bis zum 15. Juni eine neue Ankündigung herausgeben werden. Ich glaube, es ist besser, jetzt nicht mehr als dies zu sagen.

Aus dem, was in der Weltpresse erschienen ist, werden Sie wissen, daß ich und mein Stab die Lage in der britischen Zone in vollem Umfange erkannt haben und sie der britischen Regierung vorlegen. Sie werden ferner erkennen, daß die Regierung Seiner Majestät Maßnahmen sehr ungewöhnlicher Art ergriffen hat, um dieser Lage zu begegnen, Maßnahmen, die beträchtliche unmittelbare Opfer im Vereinigten Königreich selbst einschließen. Ich brauche in Ihrer Gegenwart nicht die törichten Worte zu widerlegen, die besagen, daß die britische Verwaltung absichtlich die Bevölkerung in ihrer Zone auf einem niedrigen Lebensmittelstand hält.

Ich habe diese besonderen Ausführungen über Lebensmittel gemacht, weil es diejenige Frage ist, die alle anderen zur Zeit überschattet.[182]

Zum Schluß wünsche ich Ihnen Erfolg in Ihrer Arbeit und versichere Sie meines Wunsches und meiner Absicht, von diesem Beirat und den Ratschlägen, die ich von ihm erhalte, vollen Gebrauch zu machen.〉

Nach dem Empfang der Mitglieder des Zonenbeirates durch Luftmarschall Sir Sholto *Douglas*[183] eröffnet der Vorsitzende, Oberpräsident Dr. *Lehr*, die Sitzung um 10 Uhr.[184]

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung. Wir kommen zu Punkt 6:

Denazifizierung der Kohlenindustrie

Ich erteile das Wort Herrn *Henßler*.

Henßler[185]:

Der Zonenbeirat hält die Aussetzung der Entnazifizierung der Kohlenindustrie nicht allgemein für ratsam.[186] Er ist vielmehr der Auffassung, daß sie in den maßgeblichen Stellen der Kohlenindustrie beschleunigt zu Ende geführt werden muß. Es befinden sich immer noch an leitenden Stellen[187] der Kohlenindustrie Persönlichkeiten, die ein Hemmnis sind für eine gedeihliche Arbeit.

Um zu einer schnellen Bereinigung dieser Fälle zu kommen, wird vorgeschlagen, von dem bisher üblichen Verfahren der allgemeinen Fragebogenprüfung abzukehren und sich auf die Prüfung der noch strittigen und dringenden Fälle zu beschränken, die von den Gewerkschaften für den Bergbau – denen nebst den Bergarbeitern auch die technischen und kaufmännischen Angestellten angehören – bis zu einem nahen Termin benannt werden. Dadurch würde die produktionshemmende Unsicherheit, die durch den sich so lange hinziehenden

182 Vgl. hierzu auch Dok. V.3, bes. mit Anm. 163–179.
183 Vgl. o. mit Anm. 2.
184 Sir Sholto *Douglas* verließ die Sitzung nach dem Empfang (vgl. PA 1/37: Notiz *Blankenhorns* vom 27. 5. 1946).
185 *Henßler* verlas Anl. 55. Laut hs. Zusatz auf der Anl. (vgl. PA 1/203) wurde sie erst während der Sitzung am 29. 5. 1946 an die Ratsmitglieder ausgegeben.
186 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 161–173.
187 Anl. 55: an leitender Stelle.

Schwebezustand in der Entnazifizierung geschaffen würde, verhältnismäßig schnell beseitigt.

Die notwendigen personellen Veränderungen werden zweckmäßig im Benehmen mit den Gewerkschaften getroffen. Die gewerkschaftliche Mitarbeit ist schon deshalb bei diesen Fragen sehr erwünscht, weil die Gewerkschaften sowohl die Dringlichkeit einer Produktionssteigerung absolut anerkennen, wie sie andererseits im Lebensinteresse ihrer Mitglieder größten Wert auf eine in jeder Beziehung fähige Betriebsleitung legen müssen.

Die Erfahrung zeigt, daß die Auswahl dieser Männer sich nicht auf den Kreis der akademischen Bergfachmänner beschränken muß. Es gibt auch Männer der Praxis, die sich Wissen und Fähigkeiten für die Ausübung der leitenden Funktionen angeeignet haben.

Ich glaube kaum, daß es notwendig ist, eine besondere Begründung zu geben. Ich kann nur darauf hinweisen, daß die Gewerkschaft der Bergarbeiter eine ganze Reihe drastischer Fälle bringen wird, wo jeder anerkennen muß, daß eine Änderung notwendig ist, und es ist erwünscht, daß diese Änderung bald kommt, weil eigenartigerweise in vielen Fällen diese unmöglichen Direktoren noch eine Stütze bei der Kohlenkommission[188] haben und den Betriebsräten Schwierigkeiten gemacht werden und sie bedroht werden, wenn sie irgendwie gegen diese unmöglichen Männer sich wenden. Mir ist ein Fall bekannt, daß der betreffende Direktor verantwortlich gemacht werden muß, daß zwei bis drei Tage vor Beendigung der Feindseligkeiten noch Fördermaschinen gesprengt wurden. Monatelang hat dieser Direktor mit den Nazi Saufgelage gehalten. Ich kenne andere Fälle, daß Direktoren die Beamten gezwungen haben, der Nazipartei beizutreten. Die gezwungenen Beamten sind zum Teil gemaßregelt.[189]

Ich will mich mit diesen wenigen Fällen begnügen und wünsche, daß die Entnazifizierung zu Ende geführt wird, damit eine gewisse Beruhigung im Bergbau eintritt. Aber diese Beruhigung tritt nur ein, wenn wirklich diese unmöglichen Fälle bereinigt sind.

Otto: Ich stimme meinem Vorredner zu. Ich bin der Auffassung, daß es zu einer schnellen Bereinigung dieser Fälle im Kohlenbergbau kommen muß. Ich möchte aber einen Zusatzantrag stellen. Nach dem Vorschlag *Henßler* soll das Prüfungsverfahren abweichend von dem bisherigen Verfahren so gemacht werden, daß die Gewerkschaften zugezogen werden. Ich möchte bitten und schlage vor, daß entweder die Industrie- und Handelskammer oder der Fachverband des Bergbaufaches zugezogen wird, denn diese Leute sind persönlich in der Lage, über jede einzelne Person im Kohlenbergbau Auskünfte zu geben.

---

188 Gemeint ist die im Juli 1945 gebildete „North German Coal Control (Group)" mit Sitz in Essen-Heisingen (vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 235 f.).

189 Vgl. hierzu PA 1/192: Stellungnahme der Gewerkschaft Industrieverband Bergbau zur Entnazifizierung im Kohlenbergbau, 21. 5. 1946. Dem Schreiben waren zahlreiche Anlagen (Berichte aus einzelnen Zechen) beigefügt, auf die sich *Henßler* und im folgenden auch *Reimann* beziehen.

Reimann: Des öfteren haben wir im Zonenbeirat, wenn wir über die Kohlenproduktion gesprochen haben, die Frage der Entnazifizierung gestellt.[190] Die Entnazifizierung im Kohlenbergbau ist das Problem der Bergarbeiter überhaupt. Es kann den Bergarbeitern nicht länger zugemutet werden, daß, wenn sie morgens zum Schacht gehen, sie in die Augen derjenigen blicken, die schuld an diesen Verbrechen waren. Es ist eine sehr berechtigte Forderung der Bergarbeiter, daß diese Herren von den Schachtanlagen verschwinden. Aber nicht nur von den Schachtanlagen sollen sie verschwinden, auch aus dem neuen Unternehmerverband, der sich bereits im Kohlenbergbau gebildet hat.[191] Dieser neue Unternehmerverband erläßt Vorschriften an die Betriebsräte, die haarsträubend sind. Das tollste dabei ist, daß diese Herrschaften von der Kohlenkontrollkommission gestützt werden.

Ich glaube, es ist notwendig, der britischen Militärregierung zu sagen, daß sie ihr Augenmerk auf die Arbeit der Kohlenkontrollkommission legen muß, denn auch hier sind solche Herren am Werke, die diese Direktoren in ihrer Arbeit gegen die Bergarbeiter und die Kohlenproduktion stützen.

Ich könnte auch eine Reihe von Beispielen vorbringen. Das ist aber von *Henßler* schon zur Genüge getan worden. Es ist uns auch eine Reihe von Beispielen von dem Bergarbeiterverband unterbreitet worden.[192] Die Gewerkschaften, das ist die Instanz, die, wenn wir überhaupt von einer Erhöhung der Kohlenproduktion sprechen wollen, für die Zukunft die Verantwortung übernehmen muß. Ohne die Gewerkschaften und die Betriebsräte, ohne daß man überhaupt die Bergarbeiter für die Gestaltung interessiert, werden wir an eine Steigerung der Kohlenproduktion nicht herankommen. Wenn die Bergarbeiter erst sehen, was mit dieser Kohlenproduktion geschieht, wenn sie sich erst Klarheit darüber verschafft haben, wo die Kohlen hingehen werden, die sie durch ihre Organe, die sie zur Steigerung der Produktion einsetzten, gefördert haben, dann werden sie sich auch voll und ganz einsetzen. Es ist nicht nur das Ernährungsproblem, sondern es hängt damit eng zusammen die berechtigte Frage der Bergarbeiter: Was geschieht mit unserer Kohle?

Ich gebe nichts auf die Flüsterpropaganda der Nationalsozialisten, die sich im Ruhrgebiet sehr regt. Wir kennen diese Quellen und sind als politische Partei mit verantwortlich, diese Zellen der Nationalsozialisten im Ruhrgebiet aufzuspüren, die sich bereits wieder breitmachen. Wir kennen die Flüsterpropaganda, daß die Kohle aus dem Ruhrgebiet herausgeschafft und nach England transportiert wird.[193] Dieser Propaganda aktiv entgegenzuwirken, ist jetzt Aufgabe der Gewerkschaften und der politischen Parteien.

---

190 Laut Wortprot. nur in der 3. Sitz. (vgl. Dok. III.3 mit Anm. 161–173).

191 Aufgrund der europäischen Kohlenkrise und auch infolge der dünnen Personaldecke nahm die brit. MR keine größeren Eingriffe in die Unternehmensstrukturen und -hierarchien des Ruhrbergbaus vor, so daß dessen zentrale Institutionen aus der NS-Zeit im Prinzip beibehalten wurden. Die Verfügungsgewalt über den gesamten Bergbau ging daher nur theoretisch auf die NGCC über (vgl. hierzu Milert, bes. S. 108 und 111).

192 Vgl. o. Anm. 189.

193 Vgl. o. mit Anm. 100–105.

Mit allen Kräften ist dem in der Richtung entgegenzuwirken, daß die Bergarbeiter monatlich eine Übersicht bekommen, wieviel Prozent ihrer Förderung für den Aufbau der Wirtschaft in der britischen Zone und darüber hinaus für Deutschland zur Verfügung gestellt wurde. Denn das ist nicht nur eine britische, sondern eine deutsche Angelegenheit. Wenn wir die Wirtschaft wieder aufbauen wollen, dann muß auch diese Kohlenproduktion in einem bestimmten Verhältnis auf Deutschland aufgeteilt werden.[194] Entscheidend ist dabei, daß wir die Gewerkschaften einspannen, und da geht unser Ersuchen an die britische Militärregierung, dieses Verhältnis zu den Gewerkschaften, zu den Schachtanlagen und den nächsthöheren Instanzen so schnell wie möglich zu klären. Geben Sie den Gewerkschaften auf diesem Gebiete freie Hand, und wir sind überzeugt, daß unsere Bergarbeiter Kohlen schaffen und die Wirtschaft wieder ankurbeln werden.

Schneider: Wenn man die Industrie überhaupt entnazifiziert, und darüber sind wir uns ja wohl alle einig, können wir am Kohlenbergbau nicht vorübergehen. Deshalb bin ich mit der Gesamttendenz dieses Antrags durchaus einverstanden, und ich bin auch wohl über den Verdacht erhaben, daß ich nicht einer strengen, scharfen, aber auch gerechten Entnazifizierung das Wort rede. Ich sehe nun, daß von allen Produktionsbezirken der Bezirk Bremen am meisten entnazifiziert hat. Darum handelt es sich nicht. Die britische Militärregierung will auch die Entnazifizierung, sie will auch den Kohlenbergbau nicht schonen. Sie stellt nur die Frage: Ist es im Augenblick vertretbar, unentbehrliche Fachleute abzusetzen und Nichtsachverständige an ihre Stelle zu setzen.[195] Das ist das Problem. Das Problem taucht nicht nur im Kohlenbergbau auf, sondern auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens.[196] Es gibt überall Fachleute, die im Augenblicke nicht oder nur schwer zu ersetzen sind, eventuell erst nach Jahren. Da entsteht nun die Frage: Was ist wichtiger, die Sachverständigen oder die Entnazifizierung? Das muß miteinander abgewogen werden. Das bezieht sich nicht nur auf die Spitzenbehörden der Industrie, sondern es gibt auch innerhalb der Behörden in Arbeitssparten Leute, z. B. Telegraphenwerkmeister, die im Augenblick nicht zu ersetzen sind.

Da bin ich der Militärregierung dankbar, daß sie sagt: Der Mann muß heraus, aber im Augenblick noch nicht, und es wird ihnen eine Gnadenfrist von sechs Monaten gegeben, und inzwischen bilden wir Fachleute heran. Das muß auch hier geschehen.

Das ist das Problem, das uns meines Erachtens die Militärregierung gestellt hat. Das kommt aber in diesem Antrage nicht voll zum Ausdruck. Deshalb habe ich Bedenken gegen die beiden letzten Sätze, in denen gesagt ist, daß die Erfahrung

194 Vgl. hierzu Dok. II.3, o. S. 154 f.

195 Vgl. hierzu treffend Balfour, S. 67: „Indeed it would have been quite impossible to start the German economy up again without any assistance from the Nazis who had been running it . . .“; vgl. auch Girndt, S. 95 f.; Pietsch zeigt am Beispiel des Ruhrgebiets, daß die MR das Qualifikationsargument auf Kosten eines politischen Auswahlkriteriums in den Vordergrund stellte (vgl. Pietsch, bes. S. 44–49 und S. 70–78); ähnlich Fürstenau, S. 43 f.; siehe ferner Rudzio, S. 38, sowie Donnison, S. 365 f.

196 Sons, S. 47–74, kommt zu dem Ergebnis, daß die Entnazifizierung der Ärzteschaft aus „pragmatischen Erwägungen behutsam“ erfolgte.

zeigt, daß die Auswahl dieser Männer sich nicht auf den Kreis der akademischen Bergfachmänner beschränken muß.[197]

Ich kann mir sehr gut denken, daß im Bergbau, wie auch auf dem Gebiete der Medizin, nicht jeder sachverständig ist, daß ein langjähriges, kostspieliges Studium erforderlich ist, um Aufsichtsbefugnis im Bergbau auszuüben. Ich meine, mit der ganzen Entnazifizierung hat das nichts zu tun. Wir sind alle darin einig, daß die belasteten Nazi entfernt werden müssen. Ich würde bitten, den Antrag anzunehmen, aber die beiden letzten Sätze zu streichen.

Henßler: Ich kann nicht anerkennen, daß die Bedenken, die Dr. *Schneider* geäußert hat, stichhaltig sind. Wenn wir die Gewerkschaften einschalten, dann schalten wir einen Faktor ein, der selbst das allergrößte Interesse daran hat, daß absolut fähige Leute die Führung im Betriebe bekommen müssen. Es geht um das Leben ihrer Mitglieder, und ich bin der Auffassung, daß in der Hinsicht die Bergarbeiter verantwortlicher denken als manche Unternehmer.

(Sehr gut!)

Die Bergarbeiter wollen mitbestimmen. Bekommen sie das Leben ihrer Mitglieder im Betriebe anvertraut, weiter kann man nicht gehen. Im übrigen soll man damit aufhören, zu sagen, man brauche den einen oder anderen, weil er unentbehrlich ist.[198] Wenn ihm ein Dachziegel auf den Kopf fällt, muß er auch ersetzt werden.

So unentbehrlich sind die Nazi nicht. Es kommen da einige Fälle in Frage, wo man der Belegschaft wahrhaftig nicht zumuten kann, daß sie die Leute weiterhin als ihre Vorgesetzten anerkennen müssen. Das Gefühl ist für die Belegschaft umso bedrückender, wenn sie sieht, daß durch die Kohlenkommission ihre Vertreter im Betriebe verhindert werden, gegen diese Leute irgendetwas zu unternehmen. Ich bitte deshalb, die Entschließung so anzunehmen.

Wir haben genügend Erfahrung im Bergbau. Die Verantwortung können wir ruhig den Bergarbeitern überlassen. Wir werden die verantwortliche Körperschaft beauftragen, die Leute mit auszusuchen, die für die Führung in Frage kommen.

Bedenken habe ich gegen den Antrag von Dr. *Otto*. Ich weiß nicht, ob die Herren von der Industrie- und Handelskammer besser in der Lage sind, die Männer zu beurteilen. Wir Bergleute sind nach der technischen Seite erfahrener, und man muß im Betriebe die Leute kennenlernen, nicht auf dem Büro der Industrie- und Handelskammer.

Ich bitte, den Zusatzantrag abzulehnen und die Entschließung so, wie sie vorgelegt ist, anzunehmen.

Karl: Ich möchte mich für die Annahme der Entschließung, wie sie vorliegt, einsetzen. Ich habe mich sehr eingehend gerade über diese Frage beraten lassen. Die Bergarbeiter können es nicht verstehen, daß, wie die englische Militärregierung das geplant hat, die Entnazifizierung auch nur vorübergehend eingestellt wird. Man

197 Vgl. die entsprechenden Ausführungen *Schlacks* in der 3. Sitz. (Dok. III.3, o. S. 287 f.).

198 Ähnlich äußerte sich General *McNarney*, Nachfolger General *Eisenhowers*, auf einer Pressekonferenz am 29. 11. 1945 (vgl. Fürstenau, S. 41).

wünscht nach wie vor die Entnazifizierung in gemäßigtem Tempo, möchte aber, daß sie fortgeführt wird und die besonders in die Augen springenden Fälle vorweggenommen werden. Die Bergarbeiter haben selbst das größte Interesse daran, daß dabei nicht entnazifiziert wird, was nicht durchführbar ist. Sie wollen Posten ihrer bisherigen Kräfte nicht entkleiden, wenn dafür nicht vollwertiger Ersatz geschaffen werden kann. Da ist aber nach Auffassung der Fachleute nicht die akademische Vorbildung Voraussetzung, sondern die Erfahrung der Bergleute selbst muß ausschlaggebend sein. Wenn der Mann die notwendige Erfahrung und das notwendige Wissen mitgebracht hat, muß er die Möglichkeit haben, eingesetzt zu werden. Darauf legt der Bergarbeiter den größten Wert.

Ich möchte noch einmal davor warnen, etwa mit der Entnazifizierung in der Bergbauindustrie Stopp zu machen. Ein solcher Stopp würde bedeuten, daß die Nazi-Elemente in der Bergindustrie triumphieren würden. Sie berufen sich ja jetzt schon darauf, daß sie in ihren Positionen bleiben müssen, weil sie nicht ersetzbar sind. Das bezieht sich nicht nur auf die Bergindustrie, sondern auf die Wirtschaft allgemein, und da dürfen wir nicht in der Bergindustrie eine Insel schaffen, indem durch einen Stopp die Entnazifizierung gestört wird.

Also weitere Entnazifizierung, und zwar mit guter Temporierung, daß nicht entnazifiziert wird, wo man nicht die notwendigen Ersatzkräfte hat. In den Fällen, wo das in der nächsten Zeit geschehen kann, hat man die Kräfte zur Verfügung und wird sie zur Verfügung stellen.

Otto: Ich bin grundsätzlich mit der Auffassung *Henßlers* und der der anderen Redner einverstanden. Ich verstehe nur nicht, warum *Henßler* sich sträubt, die Industrie- und Handelskammern zuzuziehen. Warum sollen sie nicht zugezogen werden? Diese Gremien stellen einen Mann zu den Gewerkschaften, um aus ihrer Kenntnis der Personen die Fragen zu klären. Ich sehe nicht ein, warum die Gewerkschaften vertreten sein sollen und auf der anderen Seite nicht auch die Fachverbände. Ich halte meinen Antrag aufrecht und bitte, zu beschließen, daß auch Vertreter der Industrie- und Handelskammern zugezogen werden.

Böckler: Dr. *Schneider* unterstellt, es wäre der Militärregierung mit ihrem Vorschlag um Fristgewinn um einige Monate zu tun. Es ist jetzt bereits ein Jahr verstrichen, um im Bergbau die Ordnung zu schaffen, die die Voraussetzung für eine Produktionssteigerung ist. Was nottut, ist, daß diese Entnazifizierungsaktion im Bergbau wie auch in anderen Industriezweigen einmal gründlich durchgeführt und in kurzer Zeit beendet wird. Wir können die Aktionen nicht über Jahre hinziehen, obwohl sich Einzelfälle auch in der Zukunft ergeben werden, denn das Ziel muß sein, möglichst bald zu einem Abschluß zu kommen. Dann können aber solche Gründe, wie wir sie hier hören von der Unersetzbarkeit des einen oder anderen, nicht bewirken, von unserer Absicht Abstand zu nehmen.

Um welche Menschen handelt es sich denn? Um Menschen so kleinen, erbärmlichen Formats, daß man sich fragt: Wie ist es überhaupt denkbar, daß solche Leute an der Spitze so großer Unternehmungen überhaupt möglich waren? Da beanspruchten diese Leute in der Zeit der allergrößten Gefahr bei Luftangriffen einen Stollen für sich und verwehren den ganzen Belegschaften den Zutritt zum nächstgelegenen Stollen, so daß die Leute im Feuer der Bombenabwürfe erst noch einen

weiten Weg zurückzulegen haben, um in einen anderen Stollen zu gelangen. Gehört ein Mann, der so etwas veranlaßt, an die Spitze eines großen Unternehmens? Oder ein Mann, der kaltblütig Fremdarbeiter, Ostarbeiter, der Gestapo auslieferte, der seinen ganzen Apparat darauf abgestellt hatte, die Leute der Gestapo zu denunzieren? Und solche Menschen sollen nicht zu ersetzen sein? Und wenn sie hundertmal Fachleute sind, gehören sie weg und durch andere ersetzt.

Daß das möglich ist, beweist die verhältnismäßig große Zahl der Männer im Ruhrkohlenbergbau, die jetzt als Direktoren an der Spitze der größten Zechen, nicht nur einer, sondern einer ganzen Reihe von Zechen, stehen. Also ist es gewiß möglich, Ersatz zu finden, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Und wo er fehlt, sollte durch unseren Beschluß der nötige Nachdruck gesetzt werden.

Ich kann mich nicht für den Zusatzantrag erwärmen. Über das Tun und Verhalten der Leute haben die Zechenangehörigen, die durch die Jahre hindurch dort gearbeitet haben, und nicht Außenstehende zu urteilen. Es geht im Ruhrgebiet nicht nur um die Entfernung des einen oder anderen, der sich in der Vergangenheit schweinemäßig benommen hat, sondern es geht auch um ein Weiteres.

Es zirkuliert im Ruhrgebiet ein Rundschreiben des Inhalts, daß die Zechen gehalten sein sollen, Militärs, wenn möglich solche höheren und höchsten Grades, einzustellen.[199] Was bringen wohl solche Militärs, die ihr ganzes Leben auf dem Kasernenhof und auf den Exerzierplätzen zugebracht haben, an Erfahrungen für verantwortliche Stellen und wichtige Posten im Bergbau mit? Es mögen vielleicht hundert sein, die über Erfahrungen im Bergbau verfügen. Militaristen werden in den Ruhrbergbau hineingepumpt.

Wie kommen wir rasch zu einer gründlichen Säuberung, und wie kommen wir zu den Verhältnissen, die wir brauchen? Wenn solche Leute in den Kohlenbergbau eindringen, wird es keine Besserung geben.

Reimann: Ich bin auch gegen diesen Zusatzantrag. Wir wollen den Antrag so annehmen, wie er von *Henßler* vorgetragen ist.

Wissen Sie auch, daß im Ruhrgebiet wir einen solchen Zustand jetzt schon haben, daß auf Anraten einiger deutscher Direktoren auf den Zechen Schachtanlagen stillgelegt werden sollen? Wir haben im Ruhrgebiet eine solche Situation, daß für drei Schachtanlagen der Stillegungsantrag durch die Kohlenkontrollkommission, inszeniert von den Direktoren der Schachtanlagen, zur Annahme gelangt ist, und zwei andere Schachtanlagen sollen noch stillgelegt werden, weil angeblich nach Angabe der Direktoren auf diesen Schachtanlagen die Bergarbeiter nicht genügend Kohlen fördern. Das ist ein unmöglicher Zustand. Wenn wir hier nicht Einhalt gebieten, wird das Schule machen, und dann gebe ich zu raten, wie lange wir im Kohlenbergbau überhaupt uns halten sollen, wenn drei Schachtanlagen in kürzester Zeit stillgelegt werden sollen durch die Maßnahmen der Kohlenkontrollkommission, und ich der Auffassung bin, daß die britische Militärregierung gar nicht richtig informiert ist. Wenn das Schule macht, dann gibt es einen Sturm der Bergarbeiter.

199 Ein derartiger Vorgang war nach Auskunft des HStAD nicht zu ermitteln.

Wir haben im Ruhrbergbau eine solche Situation, daß auf den einzelnen Zechen Offiziere der deutschen Wehrmacht eingestellt werden, angefangen vom Leutnant bis zum Oberst und weiter hinauf. Sie werden als Beamte, als Fachkräfte, eingestellt. Sie werden den Steigern vor die Nase gesetzt. Ein solcher Zustand ist untragbar für die Zukunft, und wer kann es den Bergarbeitern übelnehmen, wenn sie eine solche Situation sehen, daß sie sagen: Wir pfeifen euch etwas; wir sollen Kohlen erzeugen, und ihr stellt uns Militaristen in die Schachtanlagen. So geht es nicht. Da wollen wir vorbauen. Wir wollen für die Zukunft vorbauen, daß wir eine solche Situation, wie wir sie 1918 im Bergbau gehabt haben, nicht wiederbekommen. Von der Gestaltung des Bergbaues hängt die Gestaltung der ganzen Wirtschaft von Deutschland ab, und wenn wir hier in diesem Industriezweige nicht Remedur schaffen, sehe ich schwarz für die Zukunft Deutschlands überhaupt.

Ich selbst bin Bergarbeiter und weiß, daß Tausende qualifizierter Hauer einen Steiger ersetzen können, wenn er ein Verbrechen begangen hat. Dann können diese Leute, die antifaschistisch sind, in die nächsthöhere Stufe einrücken, und die anderen können einen Assessor ersetzen. Wir haben genügend qualifizierte Beamte und Angestellte, die keine Nazi gewesen sind, die können hier einrücken. Ich gebe zu, daß man bei der Post und Eisenbahn etwas vorsichtiger zu Werke gehen muß, aber für den Bergbau ist uns jede Gewähr gegeben, daß, wenn wir Nazi absetzen, andere aufrücken können, die genau dieselbe Arbeit viel besser machen. Deshalb nicht stoppen, sondern möglichst schnell herangegangen und jede Schachtanlage entnazifizieren, mit den Gewerkschaften und Bergarbeitern selbst!

Otto: Ich weiß nicht, warum mein Antrag auf solchen Widerstand stößt. Ich halte es für einen Akt selbstverständlicher demokratischer Gestaltung, daß, wenn auf der einen Seite die Gewerkschaften mitbestimmend an der Entnazifizierung arbeiten sollen, auf der anderen Seite auch die Fachverbände beteiligt werden müssen. Sie haben dann in diesem Gremium sowohl die Gewerkschaften wie die Fachverbände. Diese Leute können mitraten und mitbestimmen, in welchem Umfange entnazifiziert werden kann. Ich halte den Antrag deshalb aufrecht.

Vorsitzender Amelunxen[200]: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Zur Beschlußfassung liegt vor: der Antrag *Henßler* als Drucksache: „Denazifizierung der Kohlenindustrie", dann ein Zusatzantrag von Dr. *Otto,* der den ursprünglichen Antrag dahin modifiziert, daß auch die Fachverbände und, sofern diese nicht bestehen, die Industrie- und Handelskammern zugezogen werden. Ferner liegt vor ein Antrag Dr. *Schneider,* daß die beiden letzten Sätze des Antrags *Henßler* in Wegfall kommen. Der weitestgehende Antrag ist der Antrag *Henßler.* Ich muß daher darüber zunächst abstimmen lassen.

Schneider (zur Geschäftsordnung): Wir müssen über den Abänderungsantrag zuerst abstimmen, sonst bin ich nachher nicht in der Lage, der Resolution meine Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Amelunxen: Dann wird über den Abänderungsantrag Dr. *Schneider* zuerst abgestimmt. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

---

200 Den Vorsitz führte eigentlich *Lehr,* der zeitweilig abwesend war (vgl. hierzu u. *Lehrs* folgenden Beitrag).

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt kommt der Zusatzantrag Dr. *Otto,* daß außer den Gewerkschaften die Fachverbände und, soweit diese nicht bestehen, die Industrie- und Handelskammern mit beteiligt werden.

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Ergebnis ist zweifelhaft. Wir müssen abzählen.

(Für den Antrag stimmen 11, dagegen 12 Stimmen.)[201]

Damit ist der Antrag *Otto* abgelehnt.

(Adenauer: Ich bitte, das im Protokoll zu vermerken.)

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag *Henßler.* Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die überwältigende Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.[202] Das Wort hat Herr Dr. *Weisser.*

Weisser: Ich wollte die Bitte äußern, daß die Herren uns telegraphisch über ihre Teilnahme benachrichtigen. Wir müssen das genau wissen. Es sind hier Quartierschwierigkeiten. Hamburg ist kolossal überbelegt.[203] Es ist schon zu bedauerlichen Schwierigkeiten gekommen, weil einzelne Herren überraschend eintrafen. Ich bitte auch ziemlich genau die Tage des Aufenthaltes anzugeben.

Adenauer: Geht es nicht so, daß Sie zunächst annehmen, daß alle Mitglieder nach der Neuregelung am Donnerstag und Freitag teilnehmen, und danach belegen Sie dann die Quartiere. Telegramme erleiden heute oft eine große Verspätung.

Vorsitzender Lehr: Ich bitte um Entschuldigung für mein Fehlen infolge dringender Besprechungen. Dann ist unsere Tagesordnung soweit erschöpft.

---

201 Da Enthaltungen nicht vermerkt sind, hätten somit nur 23 von den laut Dok. IV.2 anwesenden 29 Ratsmitgliedern zu diesem Zeitpunkt an der Sitz. teilgenommen.

202 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. V.3 mit Anm. 27 und 28.

203 Gewöhnlich übernachteten die Ratsmitglieder in der Pension Prem, Alsterstraße 9 (vgl. PA 1/203: Schreiben *Blankenhorns* an das Landeswirtschaftsamt vom 7. 10. 1946 betr. Kohlenversorgung der Pension Prem); siehe hierzu auch Adenauer, S. 66.

(Zuruf: Sonstiges!)

Das Wort hat Herr *Meitmann.*

[Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten]

Meitmann: Das Problem, das wir mit unserem Antrag[204] zur Debatte stellen, ist das Grundproblem unserer Zeit und unseres Volkes schlechthin, nicht nur für unsere Verwaltungsorgane, auf die sich unsere Ausführungen besonders beziehen, sondern jede demokratische Staatsführung überhaupt.

Wir alle stehen jetzt vor unerhörten Aufgaben auf allen Gebieten, auf wirtschaftlichem, auf dem Verwaltungsgebiete und vor allem auf dem Gebiete einer neuen geistigen Entfaltung der Kräfte.

Auf der einen Seite sehen wir das Volk in seiner Not, mit seinen Hoffnungen und Erwartungen, auf der anderen Seite die Organe, die zunächst einmal als gesetzgebende Körperschaften, als Parlamente, sich in sehr bescheidener Form jetzt konstituieren. Was uns besonders interessieren muß, das sind die Verwaltungsorgane als ausführende Organe des Willens des Volkes.

Wie ist nun die Wirkung dieser Verteilung der Aufgaben des Volkes selbst, denn ohne das Volk von Demokratie zu reden, ist eine Unmöglichkeit. Das wissen alle Völker, die in einer Demokratie organisch gewachsen sind.

In England haben wir zunächst als Beamte sehr viel weniger Menschen tätig als in Deutschland. Die ganze Natur der Entwicklung in diesem demokratischen Gemeinwesen ist anders als bei uns. Das mag auch die letzte und für uns durchaus verständliche Ursache dafür sein, daß uns Anordnungen, Rat und Weisungen gegeben werden, die von anderen Naturgesetzen ausgehen müssen als bei uns, wo in Deutschland eine ganz andere Entwicklung schon seit Jahrzehnten vorliegt. Eine verheerende Zuspitzung haben wir in der Entwicklung des Beamtentums erlebt, das nicht in der volksnahen Arbeit mit dem Volke seine Aufgabe erledigte, sondern im Auftrage eines Systems, das mit dem Volke nur in bescheidener Verbindung stand. Die Begriffe vom „grünen Tisch", von der Bürokratie, von weltfremden Leuten da oben, sind durch die Entwicklung des *Hitler*-Systems unerhört gesteigert worden, und ich glaube, wir laufen Gefahr, wenn wir jetzt den Dingen nicht eine andere Entwicklung geben, etwas zu tun, was schon einmal verhängnisvoll für unser ganzes politisches Leben und auch für den Bestand der jungen Demokratie gewesen ist.[205]

Hinter der sogenannten Neutralität und hinter dem Begriffe der den Politikern und der Politik überlegenen Fachleute verbirgt sich dann die Verachtung und Verächtlichmachung der Politiker und der Politik schlechthin.

Ich bitte Sie, einmal Ihre Aufmerksamkeit daraufhin zu lenken: Hier erkennen Sie sehr deutlich die Bestrebungen, die jetzt Verantwortung dahin verlegen wollen,

204 Vgl. Anl. 52.
205 Vgl. hierzu insgesamt Mommsen.

wo sie nicht existiert, wo sie gar nicht existieren kann. Jeder von uns weiß das, daß wir erst an einem bescheidenen Beginn des politischen Lebens sind. Die politischen Parteien wurden von der Militärregierung für Dinge verantwortlich gemacht, die, wie jeder weiß, der auch nur die geringste Objektivität besitzt, dem *Hitler*-Regime zufallen. Dem wollen wir von vornherein entgegentreten. Das Volk soll wissen, mit wem es zu tun hat. Ganz gleich, in wessen Auftrag der Beauftragte des Volkes arbeitet, er muß das Vertrauen des Volkes haben und sich würdig erweisen. Das ist aber nur der Fall, wenn das Volk ihn selbst wählt als Verwalter seiner Sache. Auf der anderen Seite empfängt der Verwaltungsbeamte die ganze Verwaltung vom Volke her. Verwaltungsarbeit kann und darf nicht mehr sein als ein Akt der Verfügung der Regierung. Sie ist integrierender Bestandteil jeder Demokratie, und die Parteien selbst sollten durch Empfehlung und durch den Auftrag der Militärregierung repräsentativ schon in das Parlament ziehen. Das haben wir in großem Ausmaße getan.[206] Jede Partei weiß, daß uns in dieser Form die Verantwortung auferlegt wurde, und alle wissen, daß durch eine solche Verantwortung nicht Ruhm und Ehre, sondern nur Arbeit entsteht.

Und wie sind sie dezimiert, durch den Krieg und durch die Konzentrationslager, wie sind sie dezimiert durch Überalterung. Jeglicher Nachwuchs fehlt. Und dieses, ich möchte sagen kümmerliche Restchen von der jetzt in dieser Situation so notwendig gebrauchten aktiven politischen Erfahrung ist zu einem großen Teile bereits in die Lücken der entfernten unzulänglichen und unmöglichen Beamten eingerückt. Die Parlamente werden alle Hände voll zu tun haben. Schon jetzt werden die Menschen, die in die Legislative entsandt sind, jede Stunde damit zu tun haben, in den Kommissionen und Ausschüssen die unendlich vielen sachlichen Aufgaben praktisch vorwärts zu treiben. Wer soll in der Öffentlichkeit die Idee der Demokratie vertreten; wer soll die Jugendlichen, die nie etwas anderes gehört haben, zu demokratischen Menschen umbilden, wer soll sie mit dem Leben des Volkes vertraut machen, was sie als Fachleute einst in der Verwaltung wissen müssen?

Das kann nur der, der selbst sachverständig ist. Und sie müssen sehr schnell mit den Aufgaben der Verwaltung vertraut gemacht werden. Nur so können wir den Gefahren entgegentreten, wenn wir fordern und bitten, daß diese Änderungen schnell vor sich gehen. Es darf nicht so bleiben, daß auf die Minute die Türen geschlossen werden, auf den Augenblick die Schalter heruntergehen, daß das Volk die Beamten als Obrigkeit empfindet.

---

206 In den Ländern und Provinzen der brit. Zone waren die (Provinzial-)Landtage von der brit. MR ernannt worden. Diese Körperschaften nahmen ihre unter starker Kontrolle der Besatzungsmacht stehende Arbeit allerdings nicht gleichzeitig auf. Der „Nichtexekutive Provinzialrat der Nord-Rheinprovinz" hielt seine konstituierende Sitz. am 14. 12. 1945 ab, der erste ernannte Oldenburgische LT am 30. 1. 1946, der Braunschweigische LT am 21. 2. 1946 (1. ordentl. Sitz.), der erste ernannte Schleswig-Holsteinische LT am 26. 2. 1946, die Hamburger Bürgerschaft am 27. 2. 1946, die Bremer Bürgerschaft am 17. 4. 1946, der Beratende Provinzialrat Westfalens am 30. 4. 1946, der Lippische LT am 9. 5. 1946. Ein Provinziallandtag der Provinz Hannover wurde indessen nicht eingesetzt; die brit. MR ernannte im Frühjahr 1946 Bezirkslandtage in den sechs Regierungsbezirken der Provinz, die mit Bildung des Landes Niedersachsen wieder aufgelöst wurden.

Nein, wir wollen Beamte und einen Verwaltungsapparat, den das Volk versteht, und wir wollen ein Volk, das Verständnis für die Beamten hat. So ist dieses Problem nicht nur ein Problem der demokratischen Wünsche, sondern es ist im umgekehrten Verhältnis auch ein Problem der Verwaltung selbst: Mitarbeit, gegenseitiges Durchdringen mit der Erfahrung und gemeinsames Tragen der Verantwortung. Das ist das Problem des Tages. Mitarbeit aller Staatsbürger, das ist Demokratie.

Ein Wort zur Ehrbarkeit der Beamten. Natürlich wollen wir, und das ist ein Erfahrungsgrundsatz und auch ein in England gültiger Rechtsgrundsatz des demokratischen Staates, daß nicht etwa, wie in den letzten 12 Jahren, alles in einer der drei Säulen zusammenläuft, so daß die Verantwortung auf wenige Menschen und schließlich auf einen zusammenläuft. Aber das ist der Erfolg der Demokratie, das ist nicht der Beginn. Demokratie kann nicht degradiert werden. Ich habe völliges Verständnis dafür, und das drückt sich in der Methode der Militärregierung aus, daß sie ein Werden anstrebt. Demokratie kann nur durch lebendiges Leben, Mitarbeit, Entwicklung durch Wachstum entstehen. Das wollen wir, indem wir alle fähigen Kräfte, wo sie stehen, im Rahmen des Grundsatzes der Gewaltenteilung heranziehen und nicht durch Vermischung ihrer Aufträge in eigenen Dienststellen. Wo sie sitzen, dort mögen wir dieses Recht der Wählbarkeit und der Aktivität ausschalten. Aber am Ende muß auch in diesen Gebieten das allgemeine Recht wieder Platz greifen. Wir brauchen jeden fehlenden Menschen in dieser besonderen deutschen Situation. Ich glaube, in England ist jeder Mann und jede Frau demokratisch, und jeder Mann, der in ein Amt berufen wird, handelt in traditionellem Geiste. Das Problem liegt in England vollkommen anders als bei uns.

Wir wollen, daß die Militärregierung erkennen möge, daß diese Situation eine spezifisch deutsche Situation ist, und ich habe heute morgen mit großem Interesse und großer Freude die Ausführungen und die Zusicherung der hohen Persönlichkeit der englischen Militärregierung gehört, daß wir sehr schnell die vorliegenden Probleme selbst zu lösen beauftragt werden.[207] Mögen sie das schnell tun. Die Wahlen stehen vor der Tür.[208] Die Schlußfolgerung muß die sein, daß wir die Verordnungen, um die es sich hier dreht, möglichst schnell ändern, daß wir sie gründlich ändern. Ich will mit einem Beispiele in Hamburg schließen.

Wir haben hier allein, wenn diese Verordnung bestehen bleibt, 48 391 Staatsbedienstete. Ich will nicht erzählen, wie sie sich in die verschiedenen Verwaltungsakte aufteilen. Sie alle aber beziehen öffentliche Mittel. Und sie sollen entsprechend dieser Verordnung aus jeder aktiven und gestaltenden demokratischen Arbeit ausscheiden. Unter ihnen sind Postboten, Kaiarbeiter, Kutscher, Chauffeure, Volksbildner, die ihrer Natur nach berufen sind, Verständnis für die Welt zu erwecken, von der sie 12 Jahre völlig abgeschnitten gewesen sind. Unter ihnen sind auch Sozialbeamte, die infolge ihrer Sachkenntnis viel leisten könnten. Und diese schöpferischen Kräfte sollen alle ausscheiden?

---

207 *Meitmann* bezieht sich auf die Rede Sir Sholto *Douglas'* (vgl. o. S. 414).

208 Die Wahlen fanden später als erwartet statt: Gemeindewahlen am 15. 9. 1946, Kreistagswahlen am 13. 10. 1946.

Nachtwächter sind auch darunter. Sollen wir wirklich jetzt wieder zu dem werden, woraus wir uns 1918 glaubten, herausarbeiten zu können, zu Nachtwächtern, die mit dem Säbel rasseln, die von oben das Volk kommandieren, statt uns zu entwickeln auf dem Wege der Freiheit?

Das will die Militärregierung nicht, das kann sie nicht wollen. Lassen Sie uns demokratische Menschen werden, heben Sie diese Anordnung auf im Umfange des Antrags, den wir stellen. Nicht nur Deutschland, auch England wird davon seinen Nutzen haben.

Adenauer: Wir haben diesen Antrag eben bekommen. Wir konnten ihn nur flüchtig durchlesen, aber schon gleich der erste Satz dieses Antrages scheint mir nicht zu stimmen. Es heißt darin:

> In Ausführung von Anordnungen der britischen Militärregierung verbieten deutsche Behörden allen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die ihre Einkünfte aus öffentlichen Mitteln beziehen, jede Art der politischen Betätigung außer der passiven Mitgliedschaft in politischen Parteien.

Das ist mir neu. Wenigstens in der Nord-Rheinprovinz wird diese Praxis nicht gehandhabt. Dort ist die politische Betätigung für eine bestimmte Kategorie von Beamten verboten. Der Vorsitzende der neuen Zentrale ist Oberstudiendirektor *Siegburg*. Die britische Militärregierung läßt ihn ruhig arbeiten.[209]

Also ist schon der erste Satz nicht zutreffend. Ich kann es verstehen, daß die Herren von der Sozialdemokratischen Partei ein besonderes Interesse an diesem Antrage haben, weil sie ja gezwungen sind, eine außergewöhnlich große Anzahl von Beamten zu stellen im Verhältnis zu ihrer Stärke. Aber das kann kein Grund sein, die Sache lediglich unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten, denn es kann auch einmal der Zeitpunkt kommen, wo eine Partei in dieselbe Lage kommt. Wir müssen die ganze Situation objektiv betrachten, und ich bitte, möglichst wenig von Demokratie zu sprechen. Mit Demokratie kann man in Deutschland alles und jedes begründen, was einer begründen will.

(Zuruf: Auch ihre Rede!)

Sicher. Das ist entweder demokratisch oder nichtdemokratisch. Wollen wir objektiv sein. Ich gebe freimütig zu, daß die Ansichten in meiner Partei in der Frage geteilt sind. Dieser Antrag kommt nun heute morgen zu unseren Augen und Ohren. Ich bin nicht in der Lage, zu einer so eminent wichtigen Angelegenheit, die nicht nur für eine Partei, sondern für das gesamte Staatsgefüge von der größten Bedeutung ist, Stellung zu nehmen. Deshalb bitte ich, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschusse zu überweisen.

Vorsitzender: Darf ich einen Vorschlag machen. Die letzten Ausführungen gelangten zum Vortrag, weil Dr. *Schumacher* den Wunsch an mich gerichtet hatte, einige bemerkenswerte Ausführungen zu diesem Thema persönlich zu machen. Er hat sich dann entschuldigt, da ihm seine Zeit es nicht gestattete, und gebeten, ich

209 Nähere Angaben zu der genannten Zentrale und zur Tätigkeit *Siegburgs* waren nicht zu ermitteln.

möchte Herrn *Meitmann* an seiner Stelle sprechen lassen. Auch das haben wir gestattet, das unter „Sonstiges" zu erledigen. Es bedeutet das in unserer Verfassung, in unserem öffentlichen Leben, nichts, was man etwa noch der Militärregierung hätte vorlegen müssen. Es fügt sich das ohne weiteres in das Thema unserer Verhandlungen hier ein.

Aber die Beschlußfassung im einzelnen ist eine Angelegenheit, die wir uns überlegen müssen. Es hat sich eine Reihe von Rednern zum Wort gemeldet. Ich würde nun empfehlen, bei der Ausdehnung und der Bedeutsamkeit dieser Rede von einer weiteren Diskussion Abstand zu nehmen und diese Angelegenheit in dem zuständigen Ausschusse vorzubereiten und dann erneut hier zur Debatte zu stellen, daß alle Parteien nach reiflicher Überlegung dieses Thema einmal besprechen und dann zu einer grundlegenden Beschlußfassung kommen.

Ich möchte besonders Gelegenheit haben, mich einmal bei den anderen Provinzen und Ländern zu erkundigen, wie es steht, ob das Beispiel für andere auch zutrifft, und ich möchte, da die nächste Sitzung doch wohl von einem anderen Vorsitzenden geleitet werden wird[210], doch meinem Nachfolger im Amte nicht im letzten Augenblicke eine Beschlußfassung hinlegen, die er nicht in dem Umfange will.

Deshalb möchte ich Sie bitten, daß Sie jetzt Abstand nehmen – wir haben noch einige andere Sachen – und diese Angelegenheit dem Rechts- und Verfassungsausschusse überweisen, und dann kommt sie wieder an das Plenum.

Henßler (zur Geschäftsordnung): Ich werde mich gegen eine Überweisung an den Ausschuß nicht wehren, aber ich frage, ob es nicht möglich wäre, daß durch das Generalsekretariat für die Ausschußberatungen Material vorgelegt wird, wie diese Frage in den einzelnen Ländern und Provinzen gehandhabt wird. Das wäre außerordentlich zweckdienlich. Nach meiner Auffassung ist das in Westfalen nicht so eng begrenzt, wie *Meitmann* das von Hamburg vortrug.

Vorsitzender: Ich glaube auch, daraus zu ersehen, daß die Sache jetzt nicht für eine Diskussion spruchreif ist. Sind Sie einverstanden, daß der Generalsekretär die nötigen Unterlagen beschafft, sie zustellt[211] und daß dann die Sache an den Ausschuß geht?

Heile: Ich habe das Bedürfnis, eine kurze Erklärung abzugeben, die für die weitere Verhandlung wichtig ist. Nachdem wir von der Sozialdemokratischen Partei und der CDU den Standpunkt kennengelernt haben, wollte ich erklären, daß die Freie Demokratische Partei grundsätzlich dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei zustimmt. Die Bedenken formaler Art teilen auch wir, und ich stimme deshalb dem Antrag auf Überweisung an den Ausschuß zu.

Vorsitzender: Ich stelle fest: Wir haben nicht nur formale Bedenken, sondern auch wesentliche sachliche Bedenken erhoben. Ich stelle nun den Antrag auf Über-

---

210 Nachfolger *Lehrs* im Amte des Vorsitzenden wurde *Schumacher* (vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 1–3).

211 Ein entsprechendes Rundschreiben versandte *Weisser* am 29. 5. 1946 (vgl. PA 1/243, dort auch die zahlreichen Rückläufe, denen die Anordnungen der jeweiligen örtlichen MR beigefügt waren).

weisung an den Rechts- und Verfassungsausschuß zur Abstimmung.[212] Wird Widerspruch erhoben? Das ist nicht der Fall. Dem Antrage ist zugestimmt.

Das Wort hat zu einer persönlichen Bemerkung Herr *Meitmann*.

Meitmann (persönliche Bemerkung): Ich kann die Ausführungen von Dr. *Adenauer* nicht so hingehen lassen, wenn er die Bemerkungen zu meinen Ausführungen so zusammengefaßt hat, daß die Unterlagen nicht zutreffend seien. Ich will den Absatz der Verordnung nicht verlesen. Sie ist zutreffend. Wenn sie auch nicht für alle Teile der britischen Zone im Moment vorliegt, so liegt sie in einem Wortlaut vor, der keine Zweifel darüber läßt, was heute nicht ist, kann morgen sein. Zutreffend ist, was ich ausgeführt habe, daß sämtliche Staatsbedienstete, also auch Angestellte und Arbeiter, von aller politischen Tätigkeit ausgeschlossen sind und lediglich das Recht zum Beitritt in eine politische Partei haben.

Vorsitzender: Ich bitte Sie, sich auf die persönliche Bemerkung zu beschränken. Wir kommen zum nächsten Punkt. Das Wort hat Herr Bürgermeister *Petersen*.

[Zerstörung der Helligen auf den Hamburger Werften]

Petersen: Ich möchte zu einer Frage Stellung nehmen und Ihr Interesse dafür erbitten, die von sehr aktuellem, in erster Linie wirtschaftlichem Interesse ist. Hier in Hamburg werden in den letzten Tagen die Helligen der Werften gesprengt. Die von Blohm & Voß sind schon gesprengt, die von den Howaldtswerken und von Stülcken sollen am Freitag gesprengt werden, und die Sprengung der Helligen der Deutschen Werft ist in Aussicht gestellt.[213]

Das ist nach meiner Ansicht und besonders angesichts der Tatsache, daß in der amerikanischen Zone, wie wir aus Veröffentlichungen in den Zeitungen und im Rundfunk gehört haben, diese Aktion jedenfalls zunächst eingestellt wird, eine Verschärfung der Lage, die an und für sich schon so außerordentlich ernst ist, daß sie nach meiner Ansicht nicht, zumindest nicht widerspruchslos, von uns hingenommen werden darf.

Besonders verschärft wird diese Lage dadurch, wenn bei der Durchführung dieser Beschlüsse nicht auf die dringendsten wirtschaftlichen Belange Rücksicht genommen wird.

Wenn auf der Werft von Blohm & Voß die Helligen gesprengt worden sind, ohne daß es erlaubt war, daß aus den darunterliegenden U-Booten wirtschaftspolitisch wertvolle, militärisch bedeutungslose Gegenstände entfernt werden durften, ist das eine Maßnahme, für die auch in den deutschen Kreisen kein Verständnis aufgebracht wird, die an sich jeder Verschärfung der Beziehung zur Besatzungsbehörde mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

---

212 Der RVA behandelte die Frage in seiner Sitz. am 10. 7. 1946 nicht mehr grundsätzlich (vgl. PA 1/262: Wortprot. vom 10. 7. 1946, S. 24 f.), da am 8. 7. 1946 eine Stellungnahme der MR vorlag (vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 6–9).

213 Vgl. hierzu das erläuternde Schreiben *Weissers* an den brit. Verbindungsstab, 29. 5. 1946, dem die Entschließung des ZB zu dieser Frage beigefügt war (PA 1/65).

Wenn, wie das auch in den letzten Tagen geschehen ist, in Lübeck und auch in Hamburg mindestens in einem Einzelfalle, Fischdampfer vernichtet worden sind, weil sie nicht genau den Instruktionen der Viermächtekommission entsprechen, so bedauern wir das ganz außerordentlich. Ich glaube, daß die Not in Bezug auf Lebensmittel nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt so groß ist, daß es unverständlich erscheinen muß, wenn man in einem solchen Augenblicke aus formalen Gründen Wirtschaftsgüter vernichtet, die dafür angetan sind, der Ernährungsnot zu steuern. Wenn schon diese Beschlüsse aufrechterhalten werden sollen, dann sollte man mindestens zeitweilig erlauben, daß diese Fischdampfer wieder ihren Daseinszweck erfüllen, Nahrung für die darbende Menschheit heranzuführen.

Ich habe versucht, diese Gedanken in einem Vorschlage zusammenzufassen, den ich verlesen möchte und um dessen Annahme ich bitte[214]:

> Die Zerstörung der Helligen auf den Hamburger Werften bedeutet deshalb für das Hamburger Wirtschaftsleben einen umso härteren Schlag, als der Außenhandel und die Schiffahrt, welche die Basis der Wirtschaftsexistenz Hamburgs bilden, ohnehin schon völlig ruhen. Nachdem in der amerikanischen Zone laut öffentlicher Bekanntgabe der Abbruch der Fabrikanlagen vorläufig weitgehend eingestellt worden ist[215], empfindet die Bevölkerung die Fortsetzung dieser Verminderung ihrer wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit besonders hart. Die gleichen Gesichtspunkte gelten für Plätze wie Kiel, Wesermünde, Wilhelmshaven usw. Unverständlich bleibt, warum englischerseits nicht erlaubt worden ist, daß vor der Sprengung bei Blohm & Voß wirtschaftlich wertvolle, militärisch belanglose Gegenstände entfernt werden durften.
>
> Bei der erwarteten Sprengung der Deutschen Werft kommt als besonderes Moment hinzu, daß der amerikanische Auftrag zur Fertigstellung eines vor Kriegsausbruch begonnenen Tankerbaues vorliegt und für diese Fertigstellung Zahlung in effektiven Dollars, und zwar insgesamt von über einer Million Dollars, geleistet werden soll. Dabei ist jede Schaffung von Ausfuhrgütern ein dringendes Interesse auch der auswärtigen Mächte.

Mir fehlt jedes Verständnis. Während wir suchen, die Situation dadurch zu erleichtern, daß deutscherseits im möglichsten Ausmaße Zahlung geleistet wird für die von uns in großem Maße anerkannten Hilfsleistungen Englands in Bezug auf die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel für Deutschland, wird dem nicht Rechnung getragen, indem man die Möglichkeiten der Ausfuhr in wesentlichem Umfange – eine Million Dollar ist für Deutschland im Augenblicke ein Wert – unmöglich macht.

---

214 Der Antrag *Petersen* findet sich in Anl. 53, Absatz 1 und 2, wieder, die als Entschließung des ZB angenommen wurde.

215 General *Clay* hatte am 3. 5. 1946 im Coordinating Committee des KR erklärt, daß die am. Zone mit Ausnahme der Vorauslieferungen von Reparationswerken alle weiteren Reparationslieferungen eingestellt habe (vgl. Clay, S. 122); vgl. hierzu auch Jerchow, S. 209–219. Die Reparationen sollten so lange ausgesetzt werden, bis das Problem einer Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit geklärt sei.

Vorsitzender: Dieser Antrag gehört eigentlich unter Punkt 3 unserer heutigen Tagesordnung: „Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung", in dem eine Atempause für die deutsche Wirtschaft in Bezug auf den Abbau der Kohle erbeten wird.[216] Es bestehen aber keine Bedenken, obwohl die Debatte zu Punkt 3 bereits geschlossen ist, diesen Punkt nachträglich noch aufzunehmen. Wenn nicht Widerspruch erhoben wird, würde ich bitten, zu diesem Punkte jetzt noch zu sprechen.

Steltzer: Ich möchte den Antrag *Petersen* aufs Wärmste unterstützen. Der Antrag berücksichtigt auch die Verhältnisse in Schleswig-Holstein insofern, als auf Kiel Bezug genommen wird.

Insbesondere scheint es mir wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Art der Durchführung für uns unverständlich ist, wenn bei dem Abbau der Torpedoversuchswerkstatt wichtige Materialien wie Kupfer einfach ins Meer geworfen werden. Das ist für unsere Bevölkerung schwer verständlich, und wenn es bei der Sprengung der Werften in Kiel heißt, daß auch die Kaianlagen gesprengt werden sollen, so sind wir nicht in der Lage, das nachzuprüfen. Aber das ist für uns schwer zu verstehen.

Herr *Petersen* hat auch die Frage der Fischkutter gestreift, daß Fischkutter, die eingesetzt werden könnten, um die Ernährungskrise zu mindern, gesprengt werden sollen. Auch das ist für die Bevölkerung schwer zu verstehen.

Wir möchten bitten, daß, auch wenn diese Zerstörungen auf Beschlüsse des Kontrollrats zurückgehen[217], diese Sprengungen und Zerstörungen ausgesetzt würden, bis die akute Krise in Bezug auf die Rohstoffversorgung beseitigt ist. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß wir noch einen Zusatz machen, in dem darauf hingewiesen wird, daß es uns schwer verständlich ist, daß angesichts der jetzigen kritischen Lage die Sprengungen vorgenommen werden, und daß wir bitten, diese zurückzuhalten, bis die akute Krise behoben ist.

Vorsitzender: Ich bitte, den Zusatz zu formulieren und dabei zu berücksichtigen, daß der Antrag auf eine Atempause schon gestern von uns angenommen worden ist, so daß der Zusatzcharakter deutlich herauskommt.

Spliedt: Als Gewerkschaftsführer unterstützte ich den Antrag *Petersen* aufs Wärmste. Die Lage ist so, daß es nicht zu erklären ist, warum die Helligen vernichtet worden sind.

Wir haben als Gewerkschaft, und zwar gemeinsam mit dem Betriebsrat von Blohm & Voß, noch einmal bei der englischen Behörde in Hamburg Einspruch erhoben. Es handelte sich darum: Auf der Hellig lagen noch 9–11 unvollendete U-Boote, mit meist fertig eingebauten Dieselmotoren und Möbeln. Der Betriebsrat hat versucht, mit den aufsichtsführenden Offizieren der Militärregierung darüber zu verhandeln, daß wenigstens die Möbel herausgeholt werden können, weil die ausgebombten Leute auf den Werften diese gebrauchen konnten. Das wurde abgelehnt. Sie hätten wohl hintenherum herausgenommen werden können, das

216 Vgl. o. mit Anm. 66–69.

217 Die Maßnahmen gingen letztlich auf den sog. Industrieniveauplan des KR vom 26. 3. 1946 zurück, vgl. hierzu Jerchow, S. 202–209, sowie Dok. III.3, Anm. 214.

mußte aber die Werftleitung ablehnen. Wir haben dann die Militärregierung gefragt: Warum wollt ihr diese Möbel, die so dringend benötigt werden, einfach zum Teufel gehen lassen? Darauf wurde geantwortet: Wir sind nicht zuständig, das ist eine besondere Abteilung. Nun ist gestern, nachdem ich den Bescheid bekommen hatte, es noch im letzten Augenblick möglich gewesen, die Möbel herauszuholen. Aber das war nur ein ganz kleiner Teil. Die großen Dieselmotoren, die großen Aggregate, sind sicherlich zum Teufel gegangen. Die konnten nicht mehr ausgebaut werden.

Deshalb unterstütze ich den Antrag aufs Wärmste. Ich unterstütze auch, was *Steltzer* gesagt hat. Es ist uns einfach unverständlich, warum aus dem ehemaligen Marinelager in Schleswig-Holstein wertvolle Güter, Zink und Kupfer, einfach in die Ostsee versenkt werden, Sachen, die wir so dringend gebrauchen. Es ist uns auch nicht verständlich, wie in einem Augenblicke, wo Holz dringend notwendig ist, Kisten zusammengeschlagen, große Scheiterhaufen gebildet und einfach angezündet werden und dieses Holz unnütz verbrannt wird.

Deshalb bitte ich dringend, daß wir dieses der Militärregierung so dringlich wie möglich unterbreiten.

Kopf: Ich unterstütze diesen Antrag ebenfalls und bitte, neben Wesermünde auch Wilhelmshaven, wo die Verhältnisse genau so sind, einzubeziehen.

Vorsitzender: Dann liegt noch zu diesem Punkte ein Antrag vor, der von unserem Mitgliede Senatspräsident *Kaisen,* Bremen, überreicht ist und besagt[218]:

> ⟨Eine Reihe industrieller Schlüsselbetriebe (wie z. B. die Bremer Wollkämmerei mit einer Kapazität von 30 Millionen kg bearbeiteter Woll- und Zellwollprodukte im Jahr) sind gegenwärtig durch die alliierte Besatzungsmacht betriebsfremd z. B. als einfache Lagerplätze belegt. Soweit es sich um Schlüsselbetriebe handelt, hängt die gesamte weitere Fertigung von ihrer Freistellung ab.⟩

Ich bitte dann Herrn *Steltzer,* seinen Zusatzantrag zu verlesen. Diesen Antrag mache ich zu meinem Antrag.

[Steltzer][219]:

> ⟨Die deutsche Bevölkerung versteht ferner nicht, wenn angesichts der bedrohlichen Ernährungslage Fischkutter und Fischdampfer gesprengt werden, die zur Milderung der Ernährungskrise eingesetzt werden können. Die Militärregierung wird gebeten, die Sprengung solcher Fischkutter und Fischdampfer zum mindesten auszusetzen, bis die unmittelbare Krisis in der Ernährungslage behoben ist.⟩

Petersen: Wäre es nicht richtiger, zu sagen: „nur weil sie den formalen Vorschriften der Kontrollkommission nicht entsprechen." Das ist ja der Grund. Ich glaube, das macht die Situation noch klarer.

Vorsitzender: Dann darf ich bezüglich des Antrags *Kaisen* bitten, mir zu gestatten und zu beschließen, auch von diesem Wunsche der Militärregierung Kenntnis zu geben.

---

218 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß Dok. IV.4, TOP 51; dort fälschlicherweise Antrag *Kaisen/Lehr.* Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. V.3, u. S. 512 f.

219 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 53 (Absatz 3), die als Entschließung des ZB angenommen wurde. – Vgl. zum Zusatzantrag *Steltzers Petersens* Vorstoß auf der 2. Sitz. (Dok. II.3 mit Anm. 219).

Ich darf dann feststellen, daß der formulierte Antrag *Petersen* mit den Korrekturen, wie sie eben beschlossen sind, und dem Zusatzantrag *Steltzer* einstimmig angenommen ist.[220]

Darf ich dann feststellen, welche besonderen Punkte noch ausstehen?

Adenauer: Staatsminister *Hynd* hat im Unterhaus erklärt, daß führende deutsche Politiker schon englische Zeitungen beziehen können.[221] Den britischen Behörden scheint davon nichts bekannt zu sein. Für uns wäre es sehr wünschenswert, wenn wir die englische Presse beziehen könnten. Ich bitte daher, vorstellig zu werden, daß entsprechend dieser Erklärung von Staatsminister *Hynd* Vorkehrungen getroffen werden.

Vorsitzender: Ich kann diesen Wunsch nur nachdrücklich unterstützen. Auch wir empfinden das Fehlen führender britischer Zeitungen als Mangel. Wir müssen versuchen, uns so gut wie möglich zu unterrichten, auch durch den Rundfunk, Schwarzhören gibt es ja nicht mehr, und auch durch Auszüge aus der ausländischen Presse.[222] Aber es ist eine wesentlich bessere Sache, wenn man solche Zeitungen im Original lesen kann. Ich würde deshalb sehr dankbar sein, wenn es uns möglich wäre, ein Organ wie die „Times" lesen zu dürfen. Ich werde an entsprechender Stelle vorstellig werden.[223]

Weisser: Bei Punkt 15 wurde beschlossen, daß ein besonderer Gesundheitsausschuß und ein Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß gebildet wird.[224] Dazu müßten die Personen benannt werden.

Vorsitzender: Das soll erst im Ausschuß beraten werden.[225]

Bei Punkt 7, Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt, hatten Sie beschlossen, diesen Punkt dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen.[226] Dr. *Schumacher* hat gebeten, dazu noch etwas sagen zu dürfen. Er ist aber nicht mehr da. Die Frage ist nun, ob im Anschluß an die Sitzung die Mitglieder

---

220 Einem Vermerk *Weissers* vom 29. 5. 1946 ist zu entnehmen, daß *Petersen* mit dem für die Sprengung der Werft Blohm & Voß zuständigen Marshall *Douglas* eine Unterredung geführt habe. *Petersen* habe auf die politischen Folgen dieser Sprengung im Hinblick auf die Bevölkerung hingewiesen; *Douglas* habe sich keineswegs ablehnend gezeigt, sein Interesse bekundet, jedoch keine bestimmten Zusagen gemacht (vgl. PA 1/65). Mit Schreiben vom 10. 7. 1946 teilte der brit. Verbindungsstab mit, daß die KK den Antrag des ZB erhalten habe („and wishes to acknowledge this motion"), vgl. PA 1/66. Eine weitere offizielle Stellungnahme ist nicht überliefert.

221 *Adenauer* bezog sich offenbar auf eine schriftliche Antwort *Hynds* (auf eine entsprechende Anfrage des Unterhausabg. M. *Edelman*) vom 1. 5. 1946, in der es wörtlich hieß: „Under arrangements already in hand British newspapers and periodicals will shortly be made available to certain German newspaper editors, politicians and officials" (vgl. Parliamentary Debates, House of Commons, Vol. 422/N° 129, 1. 5. 1946 (Written Answers to Questions), Sp. 17).

222 Vgl. „Informationsdienst" für die Mitglieder des ZB, PA 1/23–25. Die im PA mit September 1946 einsetzende Überlieferung ist unvollständig. Der fehlende Band (April–August 1946) in: HStAD NW 53/716. Vgl. ferner PA 1/26–28: Informationsdienst (Dr. *Platow*).

223 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. V.3, u. S. 511.

224 Vgl. o. mit Anm. 112–114.

225 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 77–80.

226 Vgl. o. S. 383.

des Sozialpolitischen Ausschusses sich noch einmal besprechen oder ob Sie einen besonderen Termin anberaumen wollen.

(Zuruf: Es sind zu wenig Mitglieder hier, das müssen wir in der nächsten Sitzung machen!)[227]

Dann ist die Tagesordnung erledigt. Ich danke für Ihre rege Anteilnahme, die Sie bewiesen haben, und schließe die Sitzung.

Schluß: 11.52 Uhr[228]

227 Vgl. hierzu weiter Dok. V.3 mit Anm. 152–155.

228 Ursprünglich war für 16.00 Uhr des gleichen Tages noch eine Plenarsitz. geplant (vgl. HStAH Nds. Z 50/77e: 4. Tagung des Zonenbeirats. Zeitfolge).

IV. 4

Kurzprotokoll der 4. Sitzung 28.–29. Mai 1946

PA 1/258; ungez. Beschl. prot. vom 2. Juni 1946; vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck, 12 Bl.

49. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der dritten Sitzung wird genehmigt und unterschrieben.

50. Mitteilungen des Generalsekretärs

A) Der GENERALSEKRETÄR gibt die Stellungnahme der Kontrollkommission zu einer Reihe von Punkten des Protokolls der dritten Sitzung des Zonenbeirats bekannt.

1) Die ausführliche Stellungnahme der Kontrollkommission zu den Punkten 34 (Bericht über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie, *Agartz*) und 37 (Bericht über die Auswirkungen der Kürzungen der Lebensmittelrationen, *Lehr*) liegt dem Zonenbeirat vor (Anlage 33).

2) Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14320/1/ZAC vom 24. 5. 1946 zu Punkt 35 des Protokolls der dritten Sitzung, *Ernährungslage*, wird verlesen (Anlage 56).
LEHR teilt zu Punkt d) der Anlage 56 (Hilfe für die Nord-Rheinprovinz) mit, daß seit der dritten Sitzung des Zonenbeirats gewisse Kartoffellieferungen an die Nord-Rheinprovinz erfolgt seien. Die amerikanische Militärregierung habe jedoch diese Lieferungen inzwischen wieder gestoppt, um die dringende Notlage Berlins zu entlasten. Der hierdurch entstandene neuerliche Notstand sei Gegenstand von Verhandlungen im Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft gewesen. Die Streiks im Rotterdamer Hafen haben die Transportlage erschwert. Soweit Eisenbahntransporte in Frage kommen, sagt SCHWERING weitgehende Unterstützung zu.

3) Die Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14053/ZAC vom 21. 5. 1946 zu Punkt 39 des Protokolls der dritten Sitzung (Presseverlautbarung über die gemeinsame Tagung des Stuttgarter Länderrats mit Mitgliedern des Zonenbeirats) wird verlesen (Anlage 57).
PETERSEN erklärt hierzu: Die Zusage einer vollständigen Veröffentlichung des auf der Stuttgarter Länderkonferenz beschlossenen Kommuniqués sei durch die amerikanische und britische Militärregierung gegeben worden. Er bedauert jedoch, daß der volle Wortlaut nur in den Zeitungen der amerikanischen Zone erschienen sei.

4) Die Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14351/2/ZAC vom 24. 5. 1946 zu Punkt 42 des Protokolls der dritten Sitzung (Tradition der Nord-Rheinprovinz, Erhaltung des Oberlandesgerichts Köln) wird verlesen (Anlage 58).

5) Die Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14321/1/ZAC vom 24. 5. 1946 zu Punkt 43 des Protokolls der dritten Sitzung (Bericht und Entschließung des Forstausschusses) wird verlesen (Anlage 59).
DRAKE stellt fest, daß die Chefs der Länder und Provinzen den übermäßigen Holzeinschlag weiter mit ernster Sorge verfolgen. Er empfiehlt dem Rat dringend, die von den Chefs der Länder und Provinzen ausgearbeiteten Vorschläge (Zusatzantrag *Amelunxen* und andere – Anlage 32) zur Vermeidung des Brennholzeinschlages anzunehmen.
KOPF, als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes, behält sich zur Stellungnahme der Kontrollkommission weitere ergänzende Äußerungen vor. Schon jetzt stellt er fest, daß die dem Bereich des Forstausschusses zu Grunde liegenden Einschläge inzwischen durch Neuanordnungen der Militärregierung erhöht worden seien. Für den Forstbezirk Hannover seien die bisher angeordneten Rund- und Schnittholz-Exportaufträge in Höhe von 1 716 000 fm Nadel- und Rotbucheneinschlag um 1 350 000 fm erhöht worden. Die mit 1 200 000 fm festgelegten Grubenholz-Exportlieferungen erhöhen sich um 188 000 fm. Da ferner mit der Lieferung von Kohle für den Hausbrand nicht gerechnet werden könne, erhöhe sich die Höchstaufbringung für den Forstbezirk Hannover
von 6 872 000 fm
um 2 218 000 fm
auf 9 090 000 fm.
LEHR warnt ebenfalls vor weiteren Eingriffen in den deutschen Wald, weist auf die daraus folgenden Gefahren für Klima und Boden (Verkarstung) hin und bittet die Kontrollkommission, der Brikettierung der Braunkohle für Heizzwecke zuzustimmen. Die Stimmung der Bevölkerung habe sich in den letzten Wochen infolge der zunehmenden Not erheblich verschlechtert und wenn es bekannt würde, daß für den Hausbrand im nächsten Winter nur Brennholz in nicht ausreichenden Mengen und von geringem Heizwert zur Verfügung stehe, würde durch die zunehmende Verbitterung die Arbeit der deutschen Behörden zusätzlich erschwert.

Die Versammlung
nimmt den Zusatzantrag *Amelunxen, Drake* u. a. einstimmig an und bittet, die Vorschläge der Kontrollkommission zu unterbreiten.

6) Die Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14050/ZAC vom 13. 5. 1946 zur Frage der Vertretung des Handwerks im Zonenbeirat wird verlesen (Anlage 60).
VORSITZENDER stellt fest, daß mit Rücksicht auf den augenblicklichen Rechtscharakter des Zonenbeirats seine Zusammensetzung nicht spontan geändert werden kann.

B) Der GENERALSEKRETÄR gibt weitere Mitteilungen der Kontrollkommission und des Verbindungsstabes bekannt.

1) Die ablehnende Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14320/3/ZAC vom 24. 5. 1946 zum Antrag *Kopf* und *Petersen,* wegen Vergrößerung der deutschen Fischereiflotte (Anlage 61).

2) Ablehnende Stellungnahme der Kontrollkommission HQ/14380/1/ZAC vom 25. 5. 1946 zum Antrag *Adenauer,* wegen Revision des Versorgungsgesetzes (Anlage 62).

3) Mitteilung des britischen Verbindungsstabes HQ/14050/ZAC vom 14. 5. 1946, nach welcher die Kontrollkommission gebeten worden ist, die Kompetenz des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats und des von der Internal Affairs Division der Kontrollkommission eingesetzten beratenden Ausschusses für Fragen der deutschen Verwaltung abzugrenzen.

Die Versammlung

beschließt einstimmig Überweisung der zu erwartenden Antwort der Kontrollkommission an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

4) Mündliche Mitteilung des britischen Verbindungsstabes, daß ein Antrag der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone, betreffend Einfuhr von indischem Tee für die deutsche Zivilbevölkerung, zurückgestellt werden müsse, da die von der Leitstelle der Finanzverwaltung vorgeschlagene Sondersteuer auf diesen Tee noch einer eingehenden Prüfung durch die zuständigen britischen Finanzstellen bedürfe.

5) Mündliche Mitteilung der Kontrollkommission, daß ein Antrag *Degkwitz* über Reform der Sozialversicherung zurückgestellt werden müsse. Es sei zunächst die von *Degkwitz* vorgeschlagene Zweiteilung des Wohlfahrts-Ausschusses zu behandeln (siehe unter Punkt 63) und Einzelvorschläge über die geplante Reform der Sozialversicherung auszuarbeiten und vorzulegen.

C) Sonstige Mitteilungen des Generalsekretärs

1) Um die Dispositionen der Zonenbeiratsmitglieder zu erleichtern, würde der Zonenbeirat in Zukunft in der zweiten Woche eines jeden Monats tagen. Hierbei sei der Montag als Reisetag, der Dienstagvormittag für eine Sitzung des verstärkten Ältestenausschusses (Festlegung der Tagesordnung) und sonstige Ausschußberatungen, der Mittwochvormittag für weitere Ausschußberatungen vorgesehen. Die erste Plenarsitzung würde jeweils Mittwochnachmittag stattfinden und der Donnerstag der Fortsetzung der Plenarsitzung vorbehalten bleiben.

2) Der Generalsekretär des Stuttgarter Länderrats hat mitgeteilt, daß eine Teilnahme von Vertretern des Länderrats an der kommenden Sitzung des Zonenbeirats in Aussicht genommen ist.

Die Versammlung

begrüßt die Absicht des Länderrats.

51. Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag von *Lehr* und anderen (ZAC/P (46)19 – Anlage 34) und folgender Zusatzantrag *Kaisen/Lehr*[1] vor:

Eine Reihe industrieller Schlüsselbetriebe (wie z. B. die Bremer Wollkämmerei mit einer Kapazität von 30 Millionen kg bearbeiteter Woll- und Zellwollpro-

1 Laut Wortprot. Antrag *Kaisen* (vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 218).

dukte im Jahr) sind gegenwärtig durch die alliierte Besatzungsmacht betriebsfremd z. B. als einfache Lagerplätze belegt.

Soweit es sich um Schlüsselbetriebe handelt, hängt die gesamte weitere Fertigung von ihrer Freistellung ab.

Die Versammlung

beschließt einstimmig, den Antrag und den Zusatzantrag der Kontrollkommission zu unterbreiten.

52. Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

Berichterstatter: *Agartz*

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat den Plan des Alliierten Kontrollrates für Reparationen und den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft behandelt. Nach Weisung der Kontrollkommission darf der Plan nicht kritisiert werden. Er ist als gegeben hinzunehmen und lediglich in seinen Auswirkungen zu prüfen.

Das Zentralamt für Wirtschaft und seine einzelnen Abteilungen seien bereits mit der Untersuchung der Auswirkungen des Industrieplanes befaßt. Diese Untersuchungen würden auch in Zusammenarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen Seminaren der Universitäten durchgeführt. In den abschließenden Ausarbeitungen des Zentralamtes, die zu gegebener Zeit dem Zonenbeirat vorgelegt würden, würden auch alle sonstigen Arbeiten Berücksichtigung finden, die z. B. von den Generalreferaten für Wirtschaft der einzelnen Provinz- und Landesregierungen gegenwärtig ausgearbeitet würden.

Die Versammlung

nimmt von dem Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses Kenntnis.

53. Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Spliedt* (ZAC/P (46)20 – Anlage 35) vor. Zur Begründung seines Antrages weist SPLIEDT darauf hin, daß zur Zeit das Betriebsrätegesetz und andere die Geschicke der Arbeiterschaft entscheidende Materien, wie Sozialversicherung und Sozialleistungen, ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft gesetzgeberisch behandelt würden.

Es bestehe zwar ein Lohnstopp, tatsächlich sei aber durch die Aufhebung der Akkordarbeit eine verschiedene Wertung derselben Arbeit bei Altarbeitern (Akkordbasis) und bei Neuarbeitern (ohne Akkordbasis) eingetreten. Wenn kein zentraler Lohnberatungskörper geschaffen würde, würden sich bei den einzelnen Landesarbeitsämtern auseinanderstrebende Entwicklungen ergeben.

Die Wohnwirtschaft (housing), für die innerhalb der Kontrollkommission die Manpower Division zuständig sei, gehöre nicht in die Arbeits-, sondern in die Wirtschaftsverwaltung. Das Arbeitsamt sei durch die Behandlung der Wohnwirtschaft mit einem Fragenkomplex belastet, dem es in keiner Weise gewachsen sei.

Ganz allgemein sei der Mangel an jüngeren Jahrgängen und die Überalterung in der Arbeiterschaft festzustellen, ferner die Tatsache, daß nur ein geringer Prozentsatz der Arbeitslosen für schwere Arbeit tauglich sei.

Organisatorisch ergebe sich die Frage, wie die Mittel- und Unterinstanzen des zu schaffenden Zentralamtes einzugliedern seien, ob den Provinzialverwaltungen unterstellt oder ihnen als selbständige Behörden koordiniert.

Wegen dieser Zuständigkeitsfragen bittet SPLIEDT, seinen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.

Der VORSITZENDE stellt fest, daß der Antrag *Spliedt* tief in die Verwaltungsfragen eingreift. Besondere Schwierigkeiten bereiten die Fragen der Wohnungswirtschaft. In dem Plan eines Zentralamtes für Arbeit erblicke er eine weise Aufgabenbeschränkung. Durch die seitens der Manpower Division weitgehend geförderte Trennung der Landesarbeitsämter von der übrigen Verwaltung sei eine Zersplitterung von Wohnungswirtschaft, Wohnungsplanung und Wohnungsbau entstanden. Der künftige Neubau der Städte sei aber nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Frage. Er beantrage daher, daß der Antrag *Spliedt* außer im Rechts- und Verfassungsausschuß auch im Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschuß durchberaten werde, wobei der Wirtschaftspolitische Ausschuß federführend sein müsse.

Die Versammlung
beschließt einstimmig Verweisung des Antrages *Spliedt* an den Wirtschaftspolitischen, den Sozialpolitischen und den Rechts- und Verfassungsausschuß.

54. Denazifizierung der Kohlenindustrie

Zu der Vorlage der Kontrollkommission HQ/14103/1/ZAC vom 2. 5. 1946 [Anl. 54] (Punkt 45 des Protokolls der 3. Sitzung)[2] liegt dem Zonenbeirat ein Antrag *Henßler* (Anlage 55) auf beschleunigte Durchführung der Entnazifizierung vor. OTTO stimmt dem Antrag zu, wünscht jedoch, daß außer den Gewerkschaften die Fachverbände und, soweit solche noch nicht bestehen, die Industrie- und Handelskammern zur Durchführung der Entnazifizierung herangezogen werden.

REIMANN weist darauf hin, daß der Fortgang der Entnazifizierung das brennendste Interesse der Bergarbeiterschaft sei. Die Nazis müßten aus Schachtanlagen und Unternehmerverbänden entfernt werden. Die Kontrollkommission müsse das Kohlenkontrollamt besonders scharf überwachen, da von dort aus die Nazis in ihren Stellungen gehalten würden.

SCHNEIDER wendet sich in einem Zusatzantrag gegen die in den beiden letzten Sätzen des *Henßler*schen Antrages enthaltene Forderung der Ersetzung der akademischen Bergfachmänner durch Männer der Praxis. Dem wurde von BÖCKLER und REIMANN entgegengehalten, daß auch die Bergassessoren nicht unersetzbar seien und daß die Entnazifizierung nicht vor den Fachkräften halt machen dürfe. Die Gewerkschaften müßten der tragende Faktor in der Entnazifizierung sein.

REIMANN weist auf ein geheimes Rundschreiben hin, nach welchem entlassene Offiziere höherer Ränge in leitende Stellen der Bergwerksbetriebe eingestellt werden sollten. Dieses hat bei den Bergarbeitern lebhafte Beunruhigung hervorgerufen.

Die Versammlung
a) lehnt den Antrag *Schneider* ab,
b) lehnt den Zusatzantrag *Otto* mit 12 gegen 11 Stimmen ab,

2 Anl. 29 und Anl. 54 entsprechen einander bis auf geringe Abweichungen, die bei Anl. 29 vermerkt sind.

c) nimmt den Antrag *Henßler* in seiner ursprünglichen Fassung mit überwältigender Mehrheit an und bittet, ihn der Kontrollkommission zuzuleiten.

55. Beseitigung von Schutt

Der Versammlung liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)21 vom 23. 5. 1946 (Anlage 36) vor.

Die Versammlung
verweist die Vorlage an den Sozialpolitischen Ausschuß.

56. Besteuerung der Fahrräder

Dem Zonenbeirat liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)22 vom 22. 5. 1946 (Anlage 37) vor. REIMANN stellt fest, daß durch die Besteuerung der Fahrräder besonders die Arbeiterklasse betroffen würde, er bittet daher, dagegen Stellung zu nehmen.

Der VORSITZENDE stellt fest, daß die Vorlage eigentlich an den Finanzausschuß verwiesen werden müsse. Da dieser noch nicht besteht, könne nur der Hauptausschuß damit befaßt werden.

Die Versammlung
verweist die Vorlage an den Hauptausschuß.

57. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

Berichterstatter: *Heile*

Die durch das Referat des Oberpräsidenten *Steltzer* über den Verwaltungsaufbau innerhalb der britischen Zone gestellten Probleme seien so umfangreich, daß sie in einer kurzen Sitzung nicht erschöpfend behandelt werden könnten. Entsprechend einem Beschluß des Rechts- und Verfassungsausschusses beantrage er deshalb die Einberufung einer ein- bis zweitägigen Sondersitzung des Ausschusses und schlage als Sitzungsort Godesberg und als Datum Donnerstag, den 13. 6. 1946, 16.00 Uhr nachmittags, vor.

Die Versammlung
beschließt einstimmig, den Rechts- und Verfassungsausschuß und den Hauptausschuß zum 13. Juni[3] nach Godesberg zusammenzurufen.[4]

58. Bericht des Kulturausschusses

Berichterstatter: Frau *Petersen*

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag des Kulturausschusses betr. eine Generalamnestie für die deutsche Jugend (Anlage 39) und eine Entschließung des Kulturausschusses (Anlage 40) über soziale Hilfeleistungen, Begabtenförderung und unterrichtstechnische Maßnahmen vor. Die Diskussion ergab allgemeine Übereinstimmung darin, daß der deutschen Jugend der Weg in die Zukunft so rasch als möglich durch eine politische Amnestie freigemacht werden müsse. Übereinstimmung konnte jedoch nicht über das Lebensalter der politisch zu Entlastenden erzielt werden. Das Jahr 1920 wird von REIMANN als Ausgangsjahr in Vorschlag gebracht.

---

3 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 83: 13./14. Juni 1946.
4 Der sich im Wortprot. (a. a. O. mit Anm. 84–97) anschließende TOP 10 fand keine Aufnahme in das Kurzprot.

Die Versammlung
a) verweist den Antrag an den Rechts- und Verfassungsausschuß, zu dem der Vorsitzende des Kulturausschusses hinzugezogen werden soll.
b) nimmt die Entschließung einstimmig an.

59. Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Amelunxen* ZAC/P (46)23 (Anlage 41) vor. Der Antragsteller begründet seinen Antrag damit, daß Presse und Rundfunk für eine Aufklärung des Volkes im demokratischen Sinne nicht genügten. Die allgemeine Unzufriedenheit sei in den letzten Monaten stark gewachsen. Das Publikum glaube den Zeitungen nicht mehr. Als Folge dieses Mißtrauens gegenüber allen amtlichen oder halbamtlichen Verlautbarungen würde zahlreichen Gerüchten geglaubt: so z. B. Kardinal *Galen* sei von den Engländern vergiftet worden, deutsche Butter werde nach England verbracht. Dieser Vertrauenskrise müßte energisch entgegengearbeitet werden. Hierzu werde angeregt, überparteiliche staatsbürgerliche Bildungsstellen in jeder Provinz und in jedem Land zu errichten.

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Hauptausschuß, zu dem der Vorsitzende des Kulturausschusses hinzugezogen werden soll.

60. Maßnahmen zur Bekämpfung der Nazipropaganda

Dem Zonenbeirat liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)24 (Anlage 42) vor.

Die Versammlung
nimmt Kenntnis ⟨und verweist das Schreiben an den Hauptausschuß⟩.[5]

61. Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Degkwitz* ZAC/P (46)25 (Anlage 43) vor. Veranlassung zu dem Antrag ist die außerordentliche Zunahme von Tuberkulosekranken in allen Schichten der Bevölkerung als Folge der unzureichenden Ernährungslage und der schlechten Wohnverhältnisse.

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wohlfahrtsausschuß.

62. Änderung der Geschäftsordnung

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Degkwitz* ZAC/P (46)26 (Anlage 44) auf Ersetzung des Wohlfahrtsausschusses durch

a) einen Gesundheitsausschuß,
b) einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß
vor.

Die Versammlung
stellt den Antrag zurück, da die Zusammensetzung der Ausschüsse erst geklärt werden müsse.

---

5 Zusatz hs.

63. Behandlung der Sitzungen des Zonenbeirates in der Presse

Dem Zonenbeirat liegt die Mitteilung der Kontrollkommission ZAC/P (46)27 (Anlage 45) vor.

Die Versammlung
nimmt Kenntnis.

64. Zuleitung von Gesetzentwürfen an den Zonenbeirat

Dem Zonenbeirat liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)28 vor. Der VORSITZENDE teilt mit, daß der Punkt der Tagesordnung „Zuleitung von Gesetzentwürfen an den Zonenbeirat" durch die Mitteilung der Kontrollkommission „Zweck und Zuständigkeit des Zonenbeirates" ersetzt worden ist. Diese wird verlesen (Anlage 46).

Die Versammlung
nimmt Kenntnis.

65. Freilassung bestimmter Gruppen von Kriegsgefangenen

Der GENERALSEKRETÄR verliest die Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag *Kaisen* (Anlage 63).

Die Versammlung
nimmt Kenntnis.

66. Bericht des Hauptausschusses

Berichterstatter: In Vertretung *Adenauers* der Vorsitzende des Zonenbeirates, *Lehr*.

1. LEHR[6] berichtet über die vom Hauptausschuß ausgearbeitete Kanzleiordnung (Anlage 47).
2. Er betont die Notwendigkeit gewisser Vergünstigungen, die den Mitgliedern des Zonenbeirates zur Erleichterung der Durchführung ihrer Arbeit von Seiten der Militärregierung gewährt werden sollten, z. B. die Ausstellung von Interzonenpässen, die Zuteilung von Benzin an diejenigen Mitglieder des Zonenbeirates, die über kein eigenes Benzinkontingent verfügen, Aufhebung der Beschränkung der 80-km-Grenze für Überlandfahrten, Befreiung von Curfew-Bestimmungen und dem Verbot der Sonntagsfahrten.
3. LEHR[7] berichtet ferner über den Antrag *Reimann* wegen Einführung eines Sonntages als „Gedenktag für die Opfer des Faschismus" sowie über den Antrag *Adenauer* wegen Einführung eines anderen Sonntages als „Gedenktag für die Opfer des Krieges".
   Schließlich behandelte LEHR den Haushaltsplan des Sekretariats des Zonenbeirates, die Festsetzung von Diäten für die Zonenbeiratsmitglieder sowie die Entschädigung von Sachverständigen.

---

6 Laut Wortprot. berichtete *Kopf* über die Kanzleiordnung (vgl. a. a. O. mit Anm. 126–128).
7 Laut Wortprot. berichtete *Reimann*, während *Lehr* die Abstimmung vornahm (vgl. a. a. O. mit Anm. 133–135).

Die Versammlung
a) nimmt die vom Hauptausschuß ausgearbeitete Kanzleiordnung (Anlage 47) einstimmig an,
b) befürwortet dringend die für die Zonenbeiratsmitglieder beantragten Erleichterungen, wie
Befreiung vom Fahrverbot an Sonntagen, Ausstellung von Personalausweisen, aus denen die Mitgliedschaft des Zonenbeirates hervorgeht,
Ausstellung von Interzonenpässen,
Zuteilung von Benzin,
Aufhebung der 80-km-Beschränkung für Überlandfahrten,
Befreiung von Curfew-Beschränkungen,
und beschließt, die Bitte der Kontrollkommission zuzuleiten,
c) nimmt den Antrag *Reimann* „Gedenktag für die Opfer des Faschismus" (Anlage 48) und den Antrag *Adenauer* „Gedenktag für die Opfer des Krieges" (Anlage 49) einstimmig an,
d) verzichtet auf den Resthaushalt 1945/46 des Sekretariats des Zonenbeirates; die tatsächlichen Ausgaben sollen vom Rechnungshof geprüft und dem Hauptausschuß vorgelegt werden. Der Haushalt 1946 wird vorläufig zurückgestellt.
e) beschließt, bis zur Festsetzung von Diäten den Zonenbeiratsmitgliedern die tatsächlich entstandenen Kosten gegen Vorlage der Rechnungen zu erstatten,
f) beauftragt den Generalsekretär, mit dem britischen Verbindungsstab Fühlung zu nehmen über die Vergütung der Kosten, die den Sachverständigen, die Nichtmitglieder des Zonenbeirates sind, entstehen.

67. Kosten für den Suchdienst (Ermittlung deutscher Zivilpersonen)

Der VORSITZENDE teilt mit, daß der von den Hilfswerken des Deutschen Roten Kreuzes, der Evangelischen Kirche und des Caritas-Verbandes zur Ermittlung deutscher Zivilpersonen durchgeführte Suchdienst bisher finanziell von der Stadt Hamburg getragen worden sei. Es entstehen monatlich RM 120 000 Kosten. Da der Suchdienst für die gesamte Zone arbeite, schlägt der VORSITZENDE vor, daß jedes Land und jede Provinz RM 10 000 monatlich zusteuere und daß im Haushalt des Zonenbeirates RM 10 000 bereitgestellt würden. Im Verlaufe der Diskussion wird gefordert, daß diese Subventionen nur gegeben werden unter der Bedingung, daß auch die „Freie Arbeiterwohlfahrt" in den Suchdienst mit einbezogen werde.

Die Versammlung
a) beschließt einstimmig, RM 10 000 für den Suchdienst in den Haushalt des Zonenbeirates einzusetzen,
b) bittet alle Chefs der Länder und Provinzen um je einen Monatsbeitrag von RM 10 000.

68. Einheit von Verwaltung und Polizei

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag, unterzeichnet von *Amelunxen, Drake, Kaisen, Kopf* u. a. (Anlage 50) vor, in dem gefordert wird, daß die Polizeiexekutive wieder den Leitern der Zivilverwaltung unterstellt wird.

Die Versammlung
beschließt einstimmig, den Antrag der Kontrollkommission zu unterbreiten.

69. Erbhofrecht und Anerbengerichte

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Kaisen/Drake* vor (Anlage 51), in dem nach Schließung der Anerbengerichte eine vorläufige Übertragung ihrer Zuständigkeit an die ordentlichen Gerichte gefordert wird.

Die Versammlung
überweist den Antrag an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

70. Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Meitmann* (Anlage 52) vor. Der Antragsteller begründet die Notwendigkeit, den Beamten, Angestellten und Arbeitern der deutschen Behörden die Betätigung innerhalb der politischen Parteien weitestgehend zu ermöglichen. Aus der Erörterung des Antrages ergibt sich, daß die Militärregierung die den Beamten auferlegte Beschränkung hinsichtlich ihrer politischen Betätigung in den verschiedenen Ländern und Provinzen in verschiedener Weise handhabt.

Die Versammlung
a) verweist den Antrag *Meitmann* an den Rechts- und Verfassungsausschuß,
b) beauftragt das Deutsche Sekretariat, die erforderlichen Unterlagen über die in den verschiedenen Teilen der britischen Zone geltende Regelung zu beschaffen.

71. Zerstörung der Helligen auf den Hamburger Werften

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Petersen/Steltzer* (Anlage 53) vor.[8] PETERSEN empfiehlt dringend die Annahme dieses Antrages. In der Debatte wird darauf hingewiesen, daß zugleich mit der Zerstörung der Helligen Rohstoffe, die für die Ingangsetzung der Industrie dringend benötigt würden, vernichtet würden. Es müsse unbedingt verhindert werden, daß Kupferplatten aus den Marinelägern in Schleswig-Holstein ins Meer versenkt würden. Die gesamten Kaianlagen in Kiel sollen zerstört werden, wodurch Kiel als Handelshafen völlig ausfallen würde. Die Dieselmotoren der unter den Helligen befindlichen U-Boote könnten zur Bezahlung der Lebensmittelimporte ausgeführt werden.

Die Versammlung
nimmt den Antrag *Petersen/Steltzer* einstimmig an und bittet, ihn der Kontrollkommission zu unterbreiten.

72. Englische Zeitungen für Zonenbeiratsmitglieder

ADENAUER bittet, den Zonenbeiratsmitgliedern englische Zeitungen zugänglich zu machen, da die gegenwärtige Abschließung von allen außerdeutschen Nachrichtenquellen ihnen ihre Tätigkeit sehr erschwere.

Die Versammlung
beschließt einstimmig, der Kontrollkommission diese Bitte zu unterbreiten.

---

8 Dem Plenum trug *Petersen* zunächst seinen Antrag vor (vgl. a. a. O. mit Anm. 213–215), der dann durch den Zusatzantrag *Steltzers* ergänzt wurde (a. a. O. mit Anm. 219 und 220). Beide Anträge wurden in Anl. 53 zusammengefaßt.

73. Zeitpunkt der nächsten Sitzung

Die nächste Plenarsitzung des Zonenbeirates findet am Mittwoch und Donnerstag – 10. und 11. Juli – statt.

5. Sitzung
10.–11. Juli 1946

V. 1

Tagesordnung für die 5. Sitzung

PA 1/253; Ergänzungen gemäß HStAD Nds. Z 50/77 e sowie Kurzprotokoll (V.4).

TOP in Kurzprot.	*Pkt. in Wortprot. und Betreff*
74.	1. Wahl des Vorsitzenden
75.	2. Genehmigung des Protokolls [der 4. Sitzung]
76.	3. Mitteilungen des Generalsekretärs
91.	4. Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Schreiben der Kontrollkommission
	5. Wahl des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone
77.	6. ⟨Ergänzung und⟩ Bestätigung des Sonderausschusses für Agrarreform
78.	7. Wahl eines Vertreters der SPD in den Rechts- und Verfassungsausschuß Antrag *Henßler*
79.	8. Änderung der Geschäftsordnung Antrag *Degkwitz* betr. Ersetzung des Wohlfahrtsausschusses durch a) einen Gesundheitsausschuß b) einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß
	9. Besetzung der Ausschüsse zu Ziffer 8
80.	10. Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium Antrag *Grimme*
81.	11. Anstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit Antrag *Grimme*
82.	12. Senkung der Freigrenze in der Lohnsummensteuer Antrag der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone
83.	13. Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig und Essigsäure und bevorzugte Zuteilung an den zivilen Sektor (Haushalt) Antrag *Everling*
84.	14. Wahlverfahren für die Gemeinderatswahlen am 15. September und für die Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 Schreiben der Kontrollkommission

85. 15. Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung
Antrag *Amelunxen* u. a.

86. ⟨15. a) Gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen
Schreiben des stellvertretenden Militärgouverneurs

84. 15. b) Wahlen für die Provinziallandtage
Antrag *Adenauer/Otto*⟩

87. 16. Bericht des Hauptausschusses
Berichterstatter: *Adenauer* u. a.

88. 17. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses
Berichterstatter: *Heile*

89. 18. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses
Berichterstatter: ⟨*Spliedt*⟩

90. 19. Bericht des Wohlfahrtsausschusses
Berichterstatter: *Degkwitz*

[entfallen] 20. Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
Berichterstatter: *Agartz*

⟨Gemeinschaftliche Sitzung mit den Vertretern des Länderrats Stuttgart⟩

92. – ⟨Begrüßung der Vertreter der britischen und amerikanischen Militärregierung sowie der Vertreter des Länderrates durch den Vorsitzenden; Rede des Generalsekretärs des Länderrates⟩

93. 21. Bericht des vorläufigen Sonderausschusses für Agrarreform. Schreiben der Kontrollkommission betr. das zukünftige Schicksal des Großgrundbesitzes
Berichterstatter: *Henßler*

97. 22. Das Flüchtlingsproblem
Antrag *Andrée*

23. Zwangsweise Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone
Antrag *Tantzen*

94. 24. Entwurf eines Gesetzes zur Beschaffung billiger Grundstücke für die Zwecke des Wiederaufbaus in den Städten
Antrag *Petersen* u. a.

95. 25. Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen
Antrag *Agartz* u. a.

96. 26. Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen aller vier Zonen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten
Antrag ⟨*Degkwitz, Groth,*⟩ *Schlange-Schöningen*

27. Sonstiges

98. ⟨Bekämpfung von Wildschäden durch Raubzeugbekämpfung und Jagdausübung
Antrag *Tantzen*

99.		Bereitstellung von Bauarbeitern durch Entlassung von Kriegsgefangenen Antrag *Lehr, Petersen, Henßler, Everling*
100.		Hausbrandversorgung Antrag *Henßler, Lehr, Petersen, Kopf, Tantzen*
101.		Weiterbestehen des Ausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes[1]⟩
102.	28.	Datum der nächsten Sitzung
	29.	Pressenotiz [Anl. 119]

1 Laut Wortprot. in der Plenarsitz. nicht behandelt.

V. 2

Anwesenheitsliste zur 5. Sitzung

PA 1/258.

Politische Vertreter: Schumacher, Henßler, Görlinger (SPD)[1]; Adenauer, Otto (CDU); Hoffmann (KPD); Heile, Blücher (FDP)

Vertreter der Verwaltung: Lehr (Nord-Rheinprovinz); Amelunxen (Westfalen); Kopf (Hannover); Steltzer (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Tantzen (Oldenburg)

Vertreter der Sachgebiete: Agartz (Handel und Industrie); Schlange-Schöningen (Ernährung und Landwirtschaft); Lingemann (Rechtswesen); Schneider (Post, Telegrafie, Telefon); Degkwitz (Gesundheitswesen); Spliedt (Arbeitseinsatz); Groth (Öffentliche Sicherheit); Grimme (Erziehung); Schwering (Transportwesen); Andrée (Flüchtlinge)

Vertreter der Gewerkschaften: Karl[2]

Vertreter der Genossenschaften: Everling, Schlack

Vom britischen Verbindungsstab waren als Zuhörer anwesend: Lt. Col. Pearson; Major Thomas

Deutsches Sekretariat: Weisser

1 Damit waren, wie auch schon auf der 2. und 4. Sitz., wiederum 3 SPD-Vertreter anwesend, obwohl der SPD nur 2 Vertreter zustanden (vgl. Dok. II.2 und IV.2). Die Abweichung ließe sich dadurch begründen, daß *Görlinger* als Stellvertreter *Henßlers* diesen in der Tat vertrat. Ein Beleg hierfür konnte indessen nicht ermittelt werden. *Schumacher* war zeitweise abwesend, so daß *Steltzer* für ihn den Vorsitz übernahm (vgl. Dok. V.3, u. S. 549).

2 Zu *Böcklers* Abwesenheit vgl. Dok. V.4, TOP 76. I.6.

⟨Ferner anwesend[3]: Brigadier Britten, britische MR; Professor Pollock, amerikanische MR; GS Roßmann, Vertreter des LR; Wirtschaftsminister Mueller, Vertreter des LR; Freiherr Ritter v. Groenesteyn, Bayern, Vertreter des LR; Staatssekretär Goegler; Austen Albu, Vertreter Hynds⟩

3 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 198–203 sowie mit Anm. 264.

TOP 76. I.1 **Anlage 64**

4. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zu Kosten für den Suchdienst

Anlage 1 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 906/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 15–17.

TOP 76. I.2 **Anlage 65**

4. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Übertragung der Zuständigkeit für Pachtangelegenheiten von Erbhöfen auf die ordentlichen Gerichte

Anlage 2 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 913/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 10–14.

TOP 76. I.3 **Anlage 66**

8. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten

Anlage 3 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – J. Nr. 946/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 6–9.

TOP 76. I.4 **Anlage 67**

10. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zum Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung

Anlage 4 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14301/1/ZAC. – J. Nr. 1016/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 29–31.

TOP 76. I.5 Anlage 68

9. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Entnazifizierung der Kohlenindustrie

Anlage 5 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/46. – J. Nr. 956/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 27–28.

TOP 76. I.6 Anlage 69

5. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Abschaffung der 80 km-Grenze für Autofernfahrten und Befreiung von der Sonntagsreisebeschränkung

Anlage 6 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14051/1/ZAC. – J. Nr. 914/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 20–21.

TOP 76. I.6 **Anlage 70**

Juni 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Befreiung von den Curfew-Beschränkungen und Interzonenreisen[1]

Anlage 7 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14051/1/ZAC. – J. Nr. 861/46.

1. Curfew

Ausnahmegenehmigungen von den Curfew-Beschränkungen können die Mitglieder des Zonenbeirates auf Antrag an Public Safety Branch bei ihrer örtlichen Militärregierungsabteilung erhalten.

2. Interzonenreisen

Ratsmitglieder haben bei dem Public Safety Officer ihrer örtlichen Militärregierungsabteilung einen in seiner Gültigkeit befristeten Paß zu beantragen. Diese Pässe gelten ein Jahr lang und berechtigen den Inhaber, in jede der vier Zonen zu reisen.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 22–23 und Anm. 26.

TOP 76. I.6 **Anlage 71**

10. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Zuteilung von Benzin

Anlage 8 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 975/46.

[. . .][1]

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 24.

TOP 76. I.7 Anlage 72

5. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zu englischen Zeitungen für Zonenbeiratsmitglieder

Anlage 9 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/10051/1/ZAC. – J. Nr. 931/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 25.

TOP 76. I.8 Anlage 73

8. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Einfuhr von indischem Tee für die deutsche Zivilbevölkerung

Anlage 10 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – J. Nr. 945/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 18–19.

TOP 76. II.1 **Anlage 74.a**

5. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zum Bericht über die völkerrechtliche Stellung Deutschlands[1]

Anlage 11 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 957/46.

Die Kontrollkommission ist nicht damit einverstanden, daß der oben bezeichnete Antrag auf die Tagesordnung der 5. Sitzung des Zonenbeirats gesetzt wird, und hat angeordnet, daß der Zonenbeirat darüber zu unterrichten ist, daß der Status Deutschlands bis zu einer endgültigen Regelung im Friedensvertrag der eines besetzten Landes ist.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 32–34 sowie zur Ergänzung Anl. 74.b.

TOP 76. II.1 **Anlage 74.b**

14. Juli 1946: Zur völkerrechtlichen Stellung Deutschlands

HStAD NW 53/311, fol. 19 ff. Notizen zur fünften ZAC-Tagung.

Vertraulich!

[...]
Dr. *Adenauer* ist der Auffassung, daß mit dieser Feststellung [der Kontrollkommission] der deutschen Politik eine beträchtliche Operationsmöglichkeit eröffnet worden ist. Die Rechte der Besatzungsmacht richten sich dann also nach der Haager Landkriegsordnung[1], die die besetzende Macht im wesentlichen darauf beschränkt, nur das zu tun, was zur Sicherung der Besatzungstruppe erforderlich ist, und sich im übrigen nur ⟨mit der⟩ Wahrung des Wohles des besetzten Landes zu ⟨befassen⟩.[2] Daraus folgert Dr. *A*[*denauer*], daß die Besatzungsmacht heute eine Menge Dinge tue, die nach der Haager Landkriegsordnung keineswegs zu ihrer Zuständigkeit gehörten, vor allem seien die Abgliederung deutscher Gebiete, die Neueinteilung deutscher Länder und die totale Verfassungs- und Verwaltungsre-

1 Zur Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (1907) für die Besatzungspraxis vgl. etwa Schmoller/Maier/Tobler, § 5 (Geltung des Völkerrechts für die Besetzung Deutschlands); § 6 (Rechtsnatur der Besetzung Deutschlands); siehe auch Klein, bes. S. 33 ff.
2 Hs. korrigiert aus: auf die ... beschränken.

form keineswegs Aufgaben, die die Besatzungsmacht in Angriff zu nehmen habe, ohne dafür eine ausdrückliche Zustimmung zu erhalten. Auf den Einwand, daß die Besatzungsmacht durch ihre Unterstützung in der Lebensmittelzufuhr usw. erst die Voraussetzung für die deutsche Weiterexistenz schaffe, erwidert Dr. *A[denauer]*, daß sie zur Versorgung der Bevölkerung auch nach der Haager Landkriegsordnung verpflichtet sei.[3]

Dr. *Adenauer* beabsichtigte, das Auge der internationalen Öffentlichkeit auf diese Frage des völkerrechtlichen Status Deutschlands zu lenken. Er ist der Meinung, daß – wenn irgend etwas für die englische und amerikanische Öffentlichkeit bestimmend sei – es der Respekt für Recht und Völkerrecht sei. Von hier aus ergebe sich die Möglichkeit einer Belebung der außenpolitischen Aktivität Deutschlands.

Dr. *A[denauer]* hat von seiner ursprünglichen Absicht, diese Frage im Zonenbeirat im Beisein der amerikanischen Vertreter anzuschneiden, Abstand genommen. Er hat die Verlesung des oben erwähnten Bescheides der Kontrollkommission durch den Generalsekretär zur Kenntnis genommen und erklärt, daß sich mit dieser Feststellung die Einholung von Sachverständigengutachten erübrige, da die Charakterisierung Deutschlands als einer besetzten Macht völkerrechtlich genau genug sei.

Ohne auf die Frage einzugehen, ob es opportun ist oder nicht, im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung eine solche Diskussion in Gang zu bringen, und ob durch eine solche Diskussion das derzeitige Vertrauensverhältnis zwischen Militärregierung und deutscher Verwaltung gestört werden könnte, ist unter rein rechtlichem Aspekt folgendes kritisch anzumerken:

Der deutsche Status ist nach meiner Meinung im wesentlichen durch die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 charakterisiert, die zu einer Beseitigung jeder Regierungsgewalt in Deutschland und zu seiner Aufteilung in vier Besatzungszonen geführt hat, ferner zur Herausnahme des Gebietes östlich der Oder-Neiße-Linie in polnische Verwaltung und der Überführung eines Teiles von Ostpreußen in die russische Souveränität (siehe die Umtaufe von Königsberg in Kaliningrad!). Bedingungslose Kapitulation und Potsdamer Erklärung der Siegermächte sind im Augenblick für den Status Deutschland maßgebend. Zur Zeit rankt sich die internationale Diskussion im wesentlichen um diese beiden Ereignisse, vor allem die Potsdamer Erklärung, die auch eine gewisse Minimalgarantie für Deutschland bietet, insoweit, als sie als ein Vertrag der Alliierten untereinander zwar nicht direkt Rechte von Deutschland als eines Dritten begründet hat, jedoch für die internationale Öffentlichkeit als erste große Erklärung nach dem Siege den Rahmen für eine künftige deutsche Regelung ⟨gibt⟩.[4]

Da ein deutscher Friedensvertrag noch nicht in Sicht ist, weil es dafür an einer doppelten Voraussetzung, nämlich einer Einigung der Siegermächte und einer unterschriftsfähigen deutschen Regierungsgewalt fehlt, bleibt es aber von größtem praktischem Interesse, den völkerrechtlichen Status Deutschlands genau zu umrei-

3 Vgl. hierzu Schmoller/Maier/Tobler, § 48 (A. Die völkerrechtliche Pflicht des Okkupanten zur Versorgung der Zivilbevölkerung).

4 Hs. korrigiert aus: sieht.

140. Einsatz einer Walfängerflotte zur Verbesserung der Fettversorgung der Bevölkerung

– ZAC/P (46)71 – Antrag *Adenauer* (Anlage 151).

ADENAUER betont, daß zur Behebung des Fettmangels zusätzliche Fette nur auf dem Weltmarkt unter Inanspruchnahme fremder Währung beschafft werden könnten. Die Wiederaufnahme des Walfangs würde Deutschland in den Stand setzen, erhebliche Fettmengen ohne nennenswerte Devisenausgaben zu beziehen.

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt, ihn an die Kontrollkommission weiterzuleiten.

141. Lebertran für die Bevölkerung der britischen Zone

– Antrag *Podeyn* –

PODEYN stellt den Antrag, der Zonenbeirat möge die britische Kontrollkommission ersuchen, in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Militärregierung dafür zu sorgen, daß die in deutschen Fischereihäfen angelandeten Lebertranmengen auf die beiden Zonen nach der Bevölkerungszahl verteilt werden. Die Ausbeute des in Wesermünde, das zur amerikanischen Zone gehöre, angelandeten Dorschlebertrans betrage 300 t, des in Hamburg-Altona und Cuxhaven angelandeten Lebertrans nur 185 t. Es sei ein Mißverhältnis, wenn man in Rechnung stelle, daß die Bevölkerung der britischen Zone 25 Millionen, die der amerikanischen Zone nur 15 Millionen umfasse.

Die Versammlung
nimmt den Antrag *Podeyn* einstimmig an und beschließt, ihn an die Kontrollkommission weiterzuleiten.

142. Behandlung blinder und schwerkriegsbeschädigter Personen bei der Entnazifizierung

– ZAC/P (46)70 – Antrag *Kopf, Henßler, Karl* (Anlage 152).

HENSSLER führt aus, daß es sich bei der Sonderbehandlung von Schwerkriegsbeschädigten nur um solche Personen handeln könne, die zu 70 und mehr Prozent kriegsbeschädigt seien. Man ginge bei der Entnazifizierung davon aus, daß unter Umständen bestimmte Personen ihren Arbeitsplatz verlassen müßten. Bei Menschen, die zu 70 % und mehr erwerbsunfähig seien, sei die Möglichkeit der Arbeitsanweisung außerordentlich beschränkt. Sie kämen vor allen Dingen bei den Schuttaufräumungsarbeiten nicht in Frage. Es sollten jedoch nur die der Sonderbehandlung unterliegen, die sich nicht in besonderem Maße für den Nationalsozialismus eingesetzt und durch ihr Eintreten für das System der Unmenschlichkeit und Gewalttätigkeit eine bevorzugte Behandlung verwirkt hätten.

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt seine Weiterleitung an die Kontrollkommission.

143. Änderung der Grundsteuergesetze

– Antrag *Lehr* – (Anlage 153).

Hinsicht die Arbeit erleichtert werden. Es sei notwendig, daß die Nichtachtung der Tätigkeit der Zonenbeiratsmitglieder, die bei nachgeordneten Stellen in den Ländern und Provinzen ganz offensichtlich vorhanden sei, von der obersten Stelle grundsätzlich behoben werde.

Wenn der Zonenbeirat in Zukunft zu wichtigen Problemen Stellung nehmen soll, dann müßten die Mitglieder auch wissen, was in der Welt außerhalb Deutschlands vor sich gehe. Nun hätten die Zonenbeiratsmitglieder bereits auf der Tagung im Mai (vgl. Punkt 72 des Protokolls der 4. Sitzung) den Wunsch geäußert, mit englischen Zeitungen versehen zu werden. Nach einer Mitteilung der Kontrollkommission – HQ/10051/1/ZAC vom 5. Juli 1946 – (Anlage 72) sei dieser Antrag genehmigt worden. Er habe jedoch bisher keine englischen Zeitungen erhalten und auch noch keinen Kollegen ausfindig machen können, dem irgendeine englische Zeitung zugestellt werde.

VORSITZENDER schließt sich den Ausführungen *Adenauers* an.

Die Versammlung
a) nimmt die Neufassung des Artikels [!] 27 der Geschäftsordnung mit Einstimmigkeit an;

b) stimmt den Ausführungen *Adenauers* hinsichtlich der Erfüllung der persönlichen Wünsche der Zonenbeiratsmitglieder zu und beschließt, sie über das Sekretariat der Kontrollkommission zuzuleiten.

138. Produktionsausschüsse im Bergbau und Neufestsetzung der Löhne im Bergbau

– ZAC/P (46)72 – Anträge *Reimann* (Anlagen 149 und 150).

REIMANN verliest die beiden Anträge.

HENSSLER betont, daß die Frage der Erhöhung der Löhne nicht vom Zonenbeirat, sondern nur in engster Verbindung mit den Gewerkschaften entschieden werden könne.

Die Versammlung
nimmt Kenntnis und verweist beide Anträge an den Wirtschaftspolitischen und den Sozialpolitischen Ausschuß unter Federführung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

139. Schriftlicher Bericht über das Ergebnis der Arbeiten der Erntevorschätzungskommission

– Antrag *Reimann* –

REIMANN beantragt einen Beschluß des Zonenbeirats, den Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft zu ersuchen, den Mitgliedern des Zonenbeirats umgehend einen schriftlichen Bericht über das Ergebnis der Arbeiten der Erntevorschätzungskommission zu erstatten.

PODEYN sagt für das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft zu, den Mitgliedern des Zonenbeirats den gewünschten Bericht noch vor der 7. Tagung zuzusenden.

Die Versammlung
nimmt Kenntnis.

136. Kohlen für Hausbrand, Büro- und Betriebsheizung im Winter 1946/47

– Antrag *Everling* – (Anlage 147).

EVERLING weist darauf hin, daß die Betriebsräte verschiedener großer Betriebe und andere Organisationen zum Ausdruck gebracht hätten, daß die Aufrechterhaltung der Arbeit nicht möglich sei, wenn die Arbeiter und Angestellten bei mangelhafter Ernährung in den Betrieben auch noch frieren müßten. Es müsse unbedingt Hausbrand für Wohnungen und Betriebe zur Verfügung gestellt werden. Die zusätzlich notwendige Menge an Heizmaterial würde sicher gefördert werden können, wenn man an den Bergarbeiter appelliere, kurze Zeit hindurch für diese speziellen Zwekke vermehrte Arbeit zu leisten.

Die Versammlung
nimmt den Antrag *Everling* mit Einstimmigkeit an und beschließt, ihn an die Kontrollkommission weiterzuleiten.

137. Bericht des Hauptausschusses

ADENAUER berichtet

1. über die Neufassung des Artikels [!] 27 der Geschäftsordnung – vgl. Punkt 87 des Protokolls der 5. Sitzung – (Anlage 148). Darin sind die vom Hauptausschuß anläßlich der 5. Tagung beschlossenen Änderungen bezüglich der Behandlung neu eingehender Anträge, Einberufung von Ausschüssen in eiligen Fällen, Stellung der Sachverständigen, eingearbeitet worden.

2. zur Frage der Berichterstattung über die Arbeiten der Ausschüsse. Der Hauptausschuß habe beschlossen, daß nicht der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses in der Plenarsitzung berichte, sondern die Mitglieder des Ausschusses, die vom Beginn an zum Berichterstatter für eine Sache ernannt worden seien (neu gefaßter § 27 der Geschäftsordnung, letzter Absatz – Anlage 148).

3. zur Frage der Stellung des Vorsitzenden sei der Hauptausschuß einmütig der Auffassung gewesen, daß der Vorsitzende den Vorsitz an seinen Vertreter abgeben solle, wenn er über ein gewisses Maß hinaus in die Debatte einzugreifen beabsichtige.

4. zu den lebhaften Klagen der Zonenbeiratsmitglieder über die mangelhafte Erfüllung gewisser persönlicher Wünsche zur technischen Durchführung ihrer Arbeiten. Aus den Ausführungen Generalleutnants *Robertson* habe der Zonenbeirat entnommen, daß ihm in Zukunft eine erhöhte Bedeutung zukommen werde. In diesem Falle müßten auch die geringen persönlichen Wünsche der Mitglieder mehr berücksichtigt werden. Der Zonenbeirat habe an die britische Kontrollkommission den Antrag gestellt, den einzelnen Mitgliedern einen Ausweis zukommen zu lassen, durch den sie sich auch als Mitglieder des Zonenbeirats ausweisen könnten (vgl. Punkt 66 des Protokolls der 4. Sitzung). Drei Monate seien vergangen, und es sei bisher noch nichts geschehen.

Er müsse weiter auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinweisen, die den Zonenbeiratsmitgliedern – vor allem soweit sie nicht in beamteter Stellung seien – hinsichtlich der Beschaffung von Treibstoff erwüchsen. Wenn die Kontrollkommission die Tätigkeit des Zonenbeirats wirklich würdige – und daran dürfe man nach den Ausführungen Generalleutnants *Robertson* nicht zweifeln –, dann müsse auch in dieser

melden könne. Er rege an, beide Anträge dem Rechts- und Verfassungsausschuß in Verbindung mit dem Flüchtlingsausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen. Das in diesen Beratungen gesammelte Material zur Frage der Entnazifizierung der Ostflüchtlinge solle der Militärregierung für die Ausarbeitung des neuen Entnazifizierungsgesetzes zugeleitet werden.

Die Versammlung
a) nimmt die Anträge zu 1. und 2. mit Einstimmigkeit an und ersucht die Kontrollkommission, entsprechende Anweisungen an die Regierungen der Länder und Provinzen zu erteilen, und

b) verweist die Anträge zu 3. und 4. an den Rechts- und Verfassungsausschuß zur gemeinsamen Beratung mit dem Flüchtlingsausschuß.

134. Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses

Frau PETERSEN teilt mit, daß die Beratung des Antrages *Grimme* „Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium" – ZAC/P (46)33 – in der neuen Fassung *Lehr/Grimme* (Punkt 80 des Protokolls der 5. Sitzung) auf die September-Tagung des Zonenbeirats verschoben worden sei, da Herr *Grimme* zunächst noch mit Vertretern der Jugend, der Studentenschaft und verschiedener interessierter Berufsstände sowie mit den Verwaltungen der süddeutschen Länder Verbindung aufnehmen wolle.

135. Bericht des Forstausschusses

LEHR knüpft an den Bericht des Forstausschusses vom 26. 4. 1946 (Punkt 43 des Protokolls der 3. Sitzung) und an die Stellungnahme der Kontrollkommission – HQ/14321/1/ZAC vom 24. 5. 1946 – (Anlage 59) [an].

Die Stellungnahme der Militärregierung habe nicht befriedigt. Die von ihr gebrachten Zahlen seien einer Nachprüfung unterzogen worden. Die Militärregierung habe es als eine starke Übertreibung bezeichnet, daß die Wälder, die sich für Nutzholz eignen, in wenigen Jahren durch den starken Einschlag zerstört sein würden und daß bei einer Berücksichtigung des Brennholzeinschlages für den kommenden Winter der Holzeinschlag für 1946 dreihundert Prozent des jährlichen Zuwachses betragen werde. Diese Stellungnahme sei eingehend geprüft worden. In Hannover, in Westfalen, in Braunschweig und Oldenburg seien die Behörden zu dem Ergebnis gekommen, daß die deutschen Zahlen richtig seien und daß die Verhältnisse sich sogar noch wesentlich verschlechtert hätten. Es seien drei Denkschriften ausgearbeitet worden. Die erste befasse sich mit der Nachprüfung der früheren deutschen Angaben und den Beanstandungen der Militärregierung, die zweite befasse sich mit dem gegenwärtigen Nutzholzeinschlag und dem angeordneten Einschlag für Exportzwecke in Harz und Solling, die dritte umfasse Vorschläge zur Aufforstung.

Der Forstausschuß habe seine Schlußfolgerungen in einem ausführlichen Antrag niedergelegt (Anlage 146), der der Versammlung vorliege.

Die Versammlung
nimmt den Antrag des Forstausschusses mit Einstimmigkeit an und beauftragt das Generalsekretariat, die angeführten drei Denkschriften an die Kontrollkommission weiterzuleiten.

aa) Sicherung des Gesundheitswesens
bb) berufliche Betreuung insbesondere der Jugend (Berufsberatung)
cc) Arbeitseinsatz
dd) Bildung von selbständigen Existenzen in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, insbesondere im Zusammenhang mit der Agrarreform
ee) Schutz des Vermögens und etwaiger Rentenansprüche
ff) Entschädigungsansprüche an das Reich
gg) kulturelle Betreuung.

4. Entnazifizierung von Ostflüchtlingen

Der Flüchtlingsausschuß des Zonenbeirats bittet den Zonenbeirat, folgendes zu beschließen:

Die politischen Parteien werden aufgefordert, dem Flüchtlingsamt alle Flüchtlinge namhaft zu machen, die nachweislich antifaschistisch tätig gewesen sind. Dieselbe Aufforderung ergeht an die Komitees für politische Gefangene der britischen Zone. Das Flüchtlingsamt erhält den Auftrag, diese namhaft gemachten Flüchtlinge karteimäßig zu erfassen. Bewerbungen von Flüchtlingen für leitende Stellen der Verwaltung und Wirtschaft werden dem Zonenflüchtlingsamt zugeleitet, welches durch Befragen geeigneter Personen aus der oben gebildeten Kartei eine politische Begutachtung des Bewerbers herbeiführt.

Begründung:

Der Flüchtlingsausschuß weiß, daß es besondere Schwierigkeiten macht, unter den Flüchtlingen die aktiven nationalsozialistischen Elemente festzustellen. Es besteht die Gefahr, daß solche Elemente mangels geeigneter Kontrollmaßnahmen an leitender Stelle in Verwaltung und Wirtschaft Beschäftigung erhalten. Zum Nachteil der kleinen Mitläufer und antifaschistischen Flüchtlinge hat dies teilweise zum grundsätzlichen Ausschluß von Bewerbungen von Flüchtlingen geführt (z. B. Hansestadt Hamburg). Der Flüchtlingsausschuß sieht in dem vorliegenden Antrag eine Möglichkeit, die aktiven nationalsozialistischen Elemente unter den Flüchtlingen festzustellen, wodurch gleichzeitig ein ungerechter, allgemeiner Ausschluß von Flüchtlingsbewerbern entfallen kann.

ADENAUER weist auf die erheblichen Bedenken hin, die gegen Errichtung eines besonderen Entnazifizierungs-Ausschusses in Flüchtlingskreisen bestehen. Die Flüchtlinge hielten eine Sonderbehandlung für überflüssig, da die Militärregierung die Gleichberechtigung mit der übrigen Bevölkerung festgestellt habe. Es liege auch ein sachlicher Grund nicht vor, da für leitende Stellen nur Männer und Frauen in Frage kämen, die bekannt seien und denen es nicht möglich sei, ihre frühere Haltung zu verschweigen. Zudem könne nicht festgestellt werden, ob die als Antifaschisten namhaft gemachten Persönlichkeiten aus dem Osten sich auch wirklich antifaschistisch betätigt hätten. Das von Generalleutnant *Robertson* angekündigte neue Entnazifizierungsgesetz mache eine Sonderregelung für die Ostflüchtlinge überflüssig.

MENZEL führt aus, daß die Anträge wegen eines Zentralamtes für Flüchtlingsfragen und der Entnazifizierung der Ostflüchtlinge noch nicht entscheidungsreif seien. Er sei für die Einrichtung eines Fahndungsdienstes innerhalb der Zone, dem jeder die ihm aus seiner Heimat im Osten als besonders belastet bekannten Parteimitglieder

ANDRÉE berichtet, daß der Flüchtlingsausschuß den Antrag *Adenauer [/Otto]* wegen „Rückführung der beweglichen Habe der durch den Luftkrieg in die Ostzone verdrängten deutschen Bevölkerung" (Anlage 80) beraten und in den folgenden Antrag mit eingearbeitet habe:

Der Zonenbeirat spricht sich für die Notwendigkeit aus, mit der russischen Zone Verhandlungen aufzunehmen, um einen interzonalen Rücktransport von Flüchtlingsgepäck und der Habe der während des Krieges in die Ostgebiete Evakuierten zu ermöglichen.

Begründung:

In Flüchtlingskreisen wird stark geklagt, daß Flüchtlingsgepäck in der russischen Zone nicht in die britische Zone überführt werden kann und umgekehrt. Dadurch entsteht eine unechte Mangellage an Haushaltsgegenständen und Bekleidung und eine überflüssige Inanspruchnahme von solchen Gegenständen durch die Wirtschaftsämter. Diese Mangellage wird sofort behoben, wenn zwischen den Zonen Transportmöglichkeiten geschaffen werden können, durch die die Flüchtlinge in den Besitz ihrer restlichen Habe gelangen.

3. Bildung eines Zentralamts für Flüchtlingsfragen

Der Ausschuß hält die Bildung eines Zentralamts für Flüchtlingsfragen für erforderlich. Folgende Grundsätze sollen dabei maßgebend sein:

a) Organisation: Das Amt sollte wie die bereits vorhandenen Zentralämter gebildet werden. Es genügt ein kleiner Mitarbeiterstab, dem auch sachverständige Flüchtlinge angehören sollen. Der Leiter soll durch einen beratenden Ausschuß unterstützt werden. Es sollte kein besonderer „Beirat" gebildet werden. Vielmehr sollte der Flüchtlingsausschuß des Zonenbeirats zugleich beratender Beirat und politisches Kontrollorgan des Zentralamtes für Flüchtlingsfragen sein.

b) Zusammenarbeit mit den anderen Zentralämtern: Es ist nicht erwünscht, daß das Amt in großem Umfang eigene Zuständigkeiten erhält. Da es nur eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung – diese jedoch auf nahezu allen Verwaltungsgebieten – betreut, würden ausgebaute Zuständigkeiten dieses Amtes die Organisation und die Arbeit der anderen Zentralämter in ungesunder Weise stören. Das Amt soll vielmehr die einschlägige Arbeit der anderen Zentralämter anregen und unter den besonderen Gesichtspunkten der Flüchtlinge beobachten. Seine Legislative wird sich daher, in den von der Militärregierung gezogenen Grenzen, mehr in der Form der Mitzeichnung vollziehen müssen. Ferner müssen ihm durch einen Haushaltsplan Mittel zur Verfügung gestellt werden, an deren Ausgabe im Interesse der Flüchtlinge es geeignete Bedingungen knüpfen kann.

c) Interzonales Zusammenwirken: Besonderen Wert muß das Amt auf die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen in den anderen Zonen legen. Zweckmäßig ist es, daß die Besatzungsmächte die Bildung eines Vier-Zonen-Ausschusses für Flüchtlingsfragen genehmigen.

d) Im einzelnen wird das Zentralamt für Flüchtlingsfragen insbesondere folgende Aufgaben haben müssen:

MENZEL betont, daß der bei den Provinzen und Ländern zu bildende Beirat, der sich aus den politischen Parteien zusammensetze, jederzeit die Möglichkeit habe, auch Vertreter unpolitischer Organisationen und Körperschaften hinzuzuziehen.

Die Versammlung
a) stimmt der Entschließung des Unterausschusses zu,

b) beschließt einstimmig, den Unterausschuß in einen ständigen Ausschuß des Zonenbeirats umzuwandeln, und

c) ersucht den Generalsekretär, bei der Kontrollkommission die hierzu erforderliche Genehmigung einzuholen.

132. Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

In Abwesenheit Dr. *Agartz'* berichtet der GENERALSEKRETÄR, daß sich der Ausschuß mit einem vom Länderrat in Stuttgart ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Bodenreform im Damaschkeschen Sinne sowie mit dem Entwurf eines Städtebaugesetzes beschäftigt habe, der vom Braunschweiger Stadtbaurat *Göderitz* ausgearbeitet worden sei. Dieser Entwurf eines Städtebaugesetzes sei vom Städtetag eingehend durchgearbeitet und vom Vorstand des Städtetages verabschiedet worden. Außerdem habe die Vereinigung der Leitenden Wohnungsreferenten der Länder und Provinzen diesen Entwurf nach eingehender Prüfung gutgeheißen. Der Ausschuß habe die Beratungen über beide Gesetze noch nicht abgeschlossen. Die Beratungen würden im Zentralamt für Wirtschaft in Minden fortgesetzt werden, das für die Materien „Wohnungsbau" und „Landesplanung" zuständig sei. Die Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Zonenbeirats und dem Zentralamt in Minden sei ein Beispiel dafür, wie in Zukunft eine engere Zusammenarbeit der Ausschüsse des Zonenbeirats mit dem entsprechenden Zentralamt angestrebt werde.

133. Bericht des Flüchtlingsausschusses

ANDRÉE berichtet über folgende Anträge des Flüchtlingsausschusses:

1. Einrichtung von Gemeinschaftsküchen und geheizten Aufenthaltsräumen für Flüchtlinge

Der Flüchtlingsausschuß des Zonenbeirats hält in jeder Gemeinde die Einrichtung ausreichender Gemeinschaftsküchen für erforderlich, um allen Flüchtlingen wenigstens einmal am Tage eine warme Mahlzeit zu sichern.

Außerdem ist es notwendig, im kommenden Winter in jeder Gemeinde heizbare Tagesaufenthaltsräume zur Verfügung zu stellen und das erforderliche Heizmaterial rechtzeitig zu beschaffen.

Die Provinz- und Länderverwaltungen werden gebeten, die entsprechenden Anordnungen zeitig genug zu erlassen.

Begründung:

Der Mangel an Öfen, Herden, Küchengeschirr und die geringen Lebensmittelrationen machen die obigen Maßnahmen – auch im Hinblick auf die Entlastung der Gesamtbevölkerung – unbedingt erforderlich.

2. Rückführung von Flüchtlingsgepäck zwischen der russischen Besatzungszone und anderen Besatzungszonen

125. Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertig gebauter Fischkutter

– Antrag *Hoffmann* ZAC/P (46)62 – (Anlage 91).

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt seine Weiterleitung an die Kontrollkommission.

126. Zwischenlösung zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone

– Antrag *Petersen* ZAC/P (46)47 – (Anlage 142).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Verkehrsausschuß.

127. Unterstützungen der Hinterbliebenen der Opfer der Verschwörung gegen Hitler vom 20. Juli 1944

– Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)61 – (Anlage 143).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Hauptausschuß.

128. Anträge Hoffmann

Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten – ZAC/P (46)64 – (Anlage 89).

Ergänzung der Wahlordnung Nr. 31 – ZAC/P (46)66 – (Anlage 144).

Die Versammlung
verweist beide Anträge an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

129. Provinzielle Regelung der Vorratshaltung in der Getreidewirtschaft

– Antrag *Lehr* ZAC/P (46)65 – (Anlage 145).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Ernährungsausschuß (federführend) und den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

130. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

LINGEMANN berichtet, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß sich mit der von der Kontrollkommission übersandten Vorlage betreffend „gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen" beschäftigt habe. Grundlage der Erörterung seien ein von ihm vorbereitetes Rechtsgutachten und ein Verordnungsentwurf gewesen. Die Erörterung sei noch nicht abgeschlossen. Der Ausschuß habe deshalb beschlossen, anläßlich der kommenden Zonenbeiratstagung über diese Angelegenheit erneut zu berichten.

131. Bericht des Unterausschusses „Staatsbürgerliche Bildungsstellen"

MENZEL verliest die folgende von dem Unterausschuß angenommene Entschließung:

[. . .][7]

7 Text a. a. O. mit Anm. 225.

119.

Dem Rat liegen die von der Kontrollkommission ausgearbeiteten Richtlinien (ZAC/P (46)67) für den **Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes** vor (Anlage 132). Den Mitgliedern des Zonenbeirats ist Gelegenheit geboten, die Richtlinien in einer Aussprache mit Herrn *Ryan* von der Manpower Division zu klären. Der Wortlaut der Erörterung ist in der Anlage beigefügt (Anlage 137).

Die Versammlung
beschließt, das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)67 an den Sozialpolitischen und Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu verweisen.

Sie beschließt ferner, daß beide Ausschüsse ihre Arbeit in Minden in Verbindung mit der zuständigen Fach-Division beginnen.[6]

120. Erhaltung der Insel Helgoland

– Antrag *Kaisen, Kopf* ZAC/P (46)57 – (Anlage 138).

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt seine Weiterleitung an die Kontrollkommission.

121. Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene

– Antrag *Grimme, Kopf, Henßler* ZAC/P (46)54 – (Anlage 86).

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt seine Weiterleitung an die Kontrollkommission.

122. Beschleunigung der Entnazifizierung

– Vorbereitende Ausschüsse bei Behörden – Antrag *Schneider* ZAC/P (46)63 – (Anlage 139).

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt seine Weiterleitung an die Kontrollkommission.

123. Vorrang für Beamte und ihre Familien in der Erteilung der Zuzugsgenehmigung am Beschäftigungsort

– Antrag *Schneider* ZAC/P (46)59 – (Anlage 140).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Sozialpolitischen Ausschuß.

124. Freigabe von Jugendherbergen

– Antrag *Grimme* ZAC/P (46)52 – (Anlage 141).

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an und beschließt seine Weiterleitung an die Kontrollkommission.

---

6 Die Beschlüsse sind in dieser Form nicht aus dem Wortprot. zu entnehmen.

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wirtschaftspolitischen und den Finanzausschuß.

112. Vermeidung weiterer Erhöhungen der Preise

– Antrag *Drake* ZAC/P (46)60 – (Anlage 134).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wirtschaftspolitischen und den Finanzausschuß.

113. Rückgängigmachung der Erhöhungen der Reichsbahnfahrpreise für Arbeiter

– Antrag *Agartz* ZAC/P (46)53 – (Anlage 135).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Sozialpolitischen Ausschuß mit Beteiligung des Verkehrsausschusses.

114. Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten

– Antrag *Hoffmann* ZAC/P (46)50 – (Anlage 84).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Verkehrsausschuß.

115. Ingangsetzung der Zementindustrie

– Antrag *Hoffmann* ZAC/P (46)49 – (Anlage 85).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

116. Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe

– Antrag *Hoffmann* ZAC/P (46)58 – (Anlage 87).

Freigabe von Rohstoffen für die Produktion von Kinderschuhen

– Antrag *Hoffmann* ZAC/P (46)56 – (Anlage 88).

Die Versammlung
verweist die Anträge an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

117. Zuweisung von 500 in den Fordwerken in Köln befindlichen Lastkraftwagen an die deutsche Verkehrswirtschaft

– Antrag *Hoffmann* ZAC/P (46)48 – (Anlage 83).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

118.

Der Stellvertretende Oberkommandierende Generalleutnant *Robertson* nimmt zusammen mit Botschafter Sir William *Strang*, General *Balfour* und Lord *Beveridge* an der Sitzung teil. Er hält hierbei eine ausführliche Rede über die Schaffung von deutschen Zentralämtern gemeinsam für die englische und amerikanische Zone und damit zusammenhängende Fragen. Anschließend an die Rede ist den Mitgliedern des Beirats die Möglichkeit gegeben, an den General Fragen zu richten, die von diesem beantwortet werden. Der Wortlaut der Rede sowie der Fragen und Antworten ist in der Anlage beigefügt (Anlage 136).

entschließen, dann sei dieses mit echten Mittelinstanzen auszustatten, die von direkt gewählten Körperschaften kontrolliert würden, und dürfe keine starke Regierungsspitze erhalten. Der besonderen Aufgabe der Städte Hamburg und Bremen müsse durch Gewährung der Selbständigkeit Rechnung getragen werden.

VORSITZENDER schlägt entsprechend der Weisung der Kontrollkommission vor, den Sonderausschuß in folgender Weise zu ergänzen:

Als Fachvertreter: *Agartz, Lingemann, Grimme, Schneider*

Als Vertreter der Gewerkschaften: *Böckler*

Als Sachverständige[5]: *Wegmann,* Oldenburg; *Menzel; Scheuner,* Göttingen; *Friesenhahn,* Bonn.

Die Versammlung
stimmt diesen Vorschlägen einstimmig zu und beschließt außerdem, Prof. *Jellinek,* Heidelberg, zu schriftlichen Gutachten heranzuziehen.

108.

VORSITZENDER teilt mit, daß die Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone auf ihrer Tagung in Bremen am 10. und 11. August den Beschluß gefaßt hätten, die Landeschefs aller Zonen zu Besprechungen zusammenzurufen. Auch die Führer der politischen Parteien hätten ihrerseits die gleiche Absicht.

KUBEL berichtet, daß die Konferenz der Landeschefs in der 2. Hälfte September in Bremen stattfinden solle.

TOM MOEHLEN teilt mit, daß der Bürgermeister von Bremen sich wegen Genehmigung der Konferenz mit der amerikanischen Militärregierung in Verbindung gesetzt habe und der erforderliche Antrag der Kontrollkommission in Berlin bereits zugeleitet sei.

109. Amt des Bürgermeisters und der Landräte

– Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)51 – (Anlage 133).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

110. Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern auf Tabak und Alkohol

– Antrag *Adenauer* ZAC/P (46)55 – (Anlage 82).

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß und Finanzausschuß.

111. Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises

– Antrag *Amelunxen* ZAC/P (46)45 – (Anlage 81).

---

5 Laut Wortprot. (a. a. O., S. 701) *Wegmann, Menzel, Smend.* Das Kurzprot. gibt bereits das Resultat der Debatte wieder; diese endgültige Aufstellung geht hingegen nicht nur auf den Vorschlag *Schumachers* zurück.

9.	"	" Appell an die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Kirche nicht in den Dienst einer Partei zu stellen.
10. Antrag	*Kaisen/ Petersen:*	wegen Individualexport und unmittelbarem Geschäftsverkehr mit dem Auslande.

V. Der GENERALSEKRETÄR gibt weitere Eingänge bekannt:

1. Schreiben des Schreinermeisters *Menden,* Köln, die Zwangsmitgliedschaft bei den Handwerkerinnungen aufzuheben und durch Mitgliedschaft auf freiwilliger Basis zu ersetzen.

2. Antrag der Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände in der britischen Zone wegen einer Vertretung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Zonenbeirat.

3. Antrag des Vorsitzenden der Arbeitgeberschaft der Nord-Rheinprovinz wegen der Entsendung zweier Vertreter in den Zonenbeirat.

4. Schreiben des Staatssekretärs für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns über seine Vorarbeiten zur Gewinnung eines Überblicks über die unmittelbaren und mittelbaren Forderungen gegen das Reich für eine spätere Bereinigung der deutschen Geld- und Währungsverhältnisse. Einladung des Württembergischen Finanzministeriums an die Vertreter der deutschen Länder- und Provinzialregierungen aller Zonen, den Länderrat und den Zonenbeirat zu einer Besprechung über die damit zusammenhängenden Fragen (Beratung von Gesetzentwürfen) in Bad Boll in der Zeit vom 27.–29. September d. J.[4]

Die Versammlung
nimmt Kenntnis und beschließt, den Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft, Dr. *Agartz,* zu ersuchen, an der Tagung in Bad Boll teilzunehmen.

Der VORSITZENDE führt zu den Mitteilungen des Generalsekretärs zusammenfassend aus:

Die Aufträge und Antworten der Kontrollkommission kämen oft zu spät. Ausreichende Vorbereitung sei in diesen Fällen nicht möglich. Aufträge an den Zonenbeirat, zu bestimmten Themen Stellung zu nehmen, seien außerdem, wie im Falle der Sozialversicherung, nicht ausführlich genug gehalten, um eine Grundlage für eine nützliche Erörterung zu sein.

107. Bericht des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone und Ergänzung seiner Mitglieder

– ZAC/P (46)36 – (Anlage 107).

SCHÖNFELDER gibt einen kurzen Zwischenbericht über die Arbeiten des Ausschusses. Die Frage der Neugliederung der Länder innerhalb der britischen Zone werde unter den Gesichtspunkten der Erhaltung Gesamtdeutschlands, der Eingliederung Deutschlands in den Rahmen Europas sowie der Erhaltung des Weltfriedens erörtert. Die Schaffung eines großen Landes Nordrhein-Westfalen verlange eine Entscheidung, ob der Rest der Zone als Gegengewicht in ein großes Land zusammengefaßt oder in mehrere Länder aufgeteilt würde. Sollte man sich für 1 Land

4 Vgl. a. a. O., Anm. 79.

III. Der GENERALSEKRETÄR gibt weitere Mitteilungen der Kontrollkommission bekannt:

1. Mitteilung der Kontrollkommission über den Wortlaut einer Verordnung über die Abschaffung des Staates Preußen – ZAC/P (46)68 – (Anlage 130).

2. Mitteilung der Kontrollkommission über den Wortlaut einer Verordnung zur Errichtung eines Zentralamtes für Rechtswesen in der britischen Zone – HQ/14106/ZAC vom 13. 8. 1946 – (Anlage 131).

Sie bemerkt hierzu folgendes:

> „Die Errichtung dieses Zentralamtes stelle eine Zwischenmaßnahme dar, die die Entschlüsse des Zonenbeirats über den zukünftigen Verwaltungsaufbau der britischen Zone, der z. Zt. in Bearbeitung sei, nicht beeinträchtigen solle. Man dürfe aus ihr nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf die endgültige Einstellung der Kontrollkommission bezüglich der Justizverwaltung ziehen.
>
> Da beide Verordnungen noch nicht veröffentlicht seien, dürfe in den Pressemitteilungen des Zonenbeirats auf sie nicht Bezug genommen werden."

Die Versammlung
nimmt vom Inhalt beider Verordnungen Kenntnis.

3. Mitteilung der Kontrollkommission über die Grundlinien des Entwurfes eines Sozialversicherungsgesetzes – ZAC/P (46)67 – (Anlage 132).

Der GENERALSEKRETÄR bemerkt, daß er befürchte, daß die Versammlung in der soeben eingegangenen Mitteilung nicht eine ausreichende Unterlage für die von der Kontrollkommission gewünschte Stellungnahme sehen werde. Er habe jedoch so schnell keine Schritte zur Beschaffung einer umfassenden Vorlage unternehmen können.

Die Versammlung
nimmt Kenntnis (Erörterung dieser Richtlinien Punkt 119 des Protokolls).

IV. Der GENERALSEKRETÄR gibt bekannt, daß folgende neue Anträge eingegangen sind.[3]

1.	Antrag	*Amelunxen:*	Versetzung verdrängter, unbeschäftigter, dienstunfähiger Beamten in den Ruhestand.
2.	Antrag	*Reimann/ Hoffmann:*	Erhöhung der Rationen für Bergarbeiter und deren Familien.
3.	"	"	Beschleunigung der Entnazifizierung im Bergbau.
4.	"	"	Bildung von demokratischen Bauernausschüssen.
5.	"	"	Beschleunigung der Agrarreform.
6.	"	"	Konferenz der Landeschefs und Chefs der Provinzialverwaltungen aller 4 Zonen sowie der Vertretungen des Zonenbeirats und des süddeutschen Länderrats in Berlin.
7.	"	"	Bildung von Ernährungsausschüssen in Gemeinden, Stadt- und Landkreisen.
8.	"	"	Wohnungslage im Bergbau.

3 Die folgende Aufstellung weicht vom Wortprot. ab, vgl. a. a. O. mit Anm. 53–73.

Die Versammlung
beschließt, den Ausschuß sofort zu konstituieren, und wählt einstimmig zu seinen Mitgliedern[1]:

Altenhain, Blücher, Görlinger, Groth, Karl, Kopf, Lehr, Müller, Naegel, Schlack, Schramm.

4. Zu Punkt 83 „Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig, Essigsäure und bevorzugte Zuteilung an den zivilen Sektor" – HQ/14105/1/ZAC vom 12. 8. 1946 – (Anlage 122).

5. Zu Punkt 84 „Änderung des Wahlverfahrens für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen" – Kennzeichnung der Parteizugehörigkeit des Kandidaten in den Wahllisten und auf den Stimmzetteln – CAZ 100 – (Anlage 123).

6. Zu Punkt 85 „Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung" – HQ/14351/1/ZAC vom 9. 8. 1946 – (Anlage 124).

7. Zu Punkt 90 „Kürzung der Fettration" – CAZ 104 – (Anlage 125).

GENERALSEKRETÄR: Diese Stellungnahme sei erst am Tage vor der Sitzung eingelaufen. Es sei deshalb nicht möglich gewesen zu klären, ob nach Absatz I dieser Stellungnahme die gegenwärtig erhöhten Lebensmittelzusätze widerrufen würden oder ob die Stellungnahme einen überholten Stand wiedergäbe. Außerdem habe man die Stellungnahme deutscher Sachverständiger zu der von der Kontrollkommission geübten Kritik an den benötigten Mengen von Ölsaaten nicht mehr einholen können.

8. Zu Punkt 100 „Hausbrandversorgung für die deutsche Bevölkerung" – HQ/14105/1/ZAC vom 12. 8. 1946 – (Anlage 126).

VORSITZENDER bezeichnet diese Stellungnahme als dilatorisch.

II. Der GENERALSEKRETÄR teilt Stellungnahmen der Kontrollkommission zu neuen Anträgen der Mitglieder des Zonenbeirats mit:

1. Zum Antrag *Adenauer, Otto* „Aufhebung der Zonengrenzen" – HQ/14106/1/ZAC vom 9. 8. 1946 – (Anlage 127).

2. Zum Antrag *Amelunxen* „Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen" – HQ/14106/1/ZAC vom 12. 8. 1946 – (Anlage 128).

3. Zum Antrag *Petersen* „Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. 1. 1933 entstanden sind" – HQ/14106/1/ZAC vom 12. 8. 1946 – (Anlage 129).

⟨4. Zum Antrag *Hoffmann* „Verleihung des passiven Wahlrechts an Kommunalbeamte und -angestellte".

5. Zum Antrag *Hoffmann* „Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertig gebauter Fischkutter".⟩[2]

---

1 Vgl. die Abweichung in Dok. VI.3 mit Anm. 20 und 21.
2 Inserat gemäß a. a. O. mit Anm. 41–44.

VI. 4

Kurzprotokoll der 6. Sitzung 14.–15. August 1946

PA 1/258; ungez. Beschl.prot. vom 15. August 1946; vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck, 17 Bl.

103. VORSITZENDER eröffnet die Sitzung und begrüßt das von der Militärregierung neu ernannte Mitglied für die Niedersächsische Landespartei, Landrat *Hellwege*.

104. Genehmigung des Protokolls

ADENAUER wünscht, daß in der Pressenotiz in Zukunft auch die von der Kontrollkommission abgelehnten Anträge aufgeführt werden.

Der GENERALSEKRETÄR teilt hierzu mit, daß die Pressenotiz sich im Rahmen der von der Kontrollkommission gegebenen Richtlinien halten müsse; Versuche, über diese Richtlinien hinauszugehen, müßten zu negativen Ergebnissen führen.

105. REIMANN stellt die Frage, ob der Zonenbeirat von der **Errichtung des Landes Nordrhein-Westfalen** rechtzeitig unterrichtet worden sei.

VORSITZENDER bemerkt hierzu, daß er von der britischen Militärregierung zusammen mit einigen anderen Herren von der vollendeten Tatsache informiert worden sei. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zonenbeirats sei er nicht informiert worden.

REIMANN bezeichnet es als einen unmöglichen Zustand, daß Maßnahmen von derartigem Gewicht ohne Fühlungnahme der Kontrollkommission mit den maßgebenden politischen Parteien oder mit dem Zonenbeirat ergriffen würden. Diese Verfahrensweise beeinträchtige auch die Autorität des Zonenbeirats und der politischen Parteien.

106. Mitteilungen des Generalsekretärs

I. Der GENERALSEKRETÄR gibt die Stellungnahme der Kontrollkommission zu einer Reihe von Punkten des Protokolls der 5. Sitzung bekannt:

1. Zu Punkt 76. II.1 Antrag *Adenauer*, „die völkerrechtliche Lage Deutschlands durch Einholung eines Gutachtens namhafter eventuell auch ausländischer Sachverständiger des Völkerrechts zu klären“ (Anlage 120).

2. Zu Punkt 81 Beschluß des Zonenbeirats über „Einstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit“ (CAZ 100) (Anlage 121).

3. Zu Punkt 82 Antrag des Zonenbeirats zur „Bildung eines Ausschusses für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten“.

> „Die Kontrollkommission erhebe keine Bedenken gegen die Bildung eines Ausschusses für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten. Sie werde in Kürze einen Fachvertreter für Finanzfragen im Zonenbeirat ernennen“ (HQ 14105/1/ZAC vom 12. 8. 1946).

Dann sind wir am Ende unserer Tagung. Ich danke für Ihre Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen. Wir sehen uns am 17. und 18. September im Plenum wieder.[314]

Schluß der Sitzung: 12.30 Uhr

314 Die 7. Sitz. fand vom 18. bis 20. 9. 1946 statt.

Eine ähnliche Situation scheint mir für den Antrag *Kubel* vorzuliegen über die Straßenverkehrsbehörde.

Kubel: Der Antrag ist gestern vorgelesen worden.[305] Ich will ihn kurz wiederholen[306]:

> ⟨Trotz der Einsprüche aller Länder und Provinzen in der Frage der Neuordnung des Straßenbaues und Straßenverkehrs wird von der Militärregierung und von der Generaldirektion in Bielefeld[307] an der Durchführung der Neuorganisation tatkräftig weitergearbeitet. Die hiernach entstehenden Unklarheiten mehren sich von Tag zu Tag. Da es bei der Generaldirektion in Bielefeld keine Stelle zu geben scheint, die alle durch die Neuorganisation ausgelösten Fragen übersieht, und die Organisation in der Mittelinstanz noch nicht ausgebaut ist, müssen die mit Straßenbau und -verkehr befaßten Behörden ihre ganze Kraft statt auf die Erledigung fachlicher Arbeit auf die Überwindung der durch die Neuorganisation verursachten Schwierigkeiten verwenden.
>
> Da die gebietliche Neugliederung und die Verwaltungsreform der britischen Zone, wenn nicht halbe Arbeit geleistet werden soll, die grundsätzlichen Fragen der Reichssonderverwaltungen mit umfassen muß, halte ich es für erforderlich, daß Organisationsänderungen auf Teilgebieten solange zurückgestellt werden, bis die grundlegende Verwaltungsreform durchgeführt wird, da sonst u. U. eine völlig vergebliche Arbeit geleistet wird. Zwingende Gründe für eine Ausnahme auf dem Gebiet des Straßenbaues sind nicht vorhanden, da mit der bisherigen Organisation gute und sachliche Arbeit geleistet wurde.
>
> Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen, die Weiterführung der Umorganisation des Straßenbaues und Straßenverkehrs bis nach Entscheidung der Militärregierung über die Neugliederung der Länder und Verwaltungsreform innerhalb der britischen Zone zurückzustellen.⟩

Wir können hier unter dem Punkt Sonstiges zu dieser Organisation selbst nicht Stellung nehmen. Ich möchte nur bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, denn es ist wirklich ein Unding, hier unter Umständen ein Fait accompli zu schaffen, um dann zu sehen, wie wir bei der Neugliederung der Länder damit fertig werden. Ich darf erwähnen, daß dem Zonenbeirat ein sehr energischer Protest gegen diese ganze Organisation an sich des Landtages in Oldenburg vorliegt[308], ohne jetzt darüber im einzelnen zu sprechen.

Vorsitzender: Es handelt sich hier nicht um eine scharfe materielle Erklärung, sondern um das Ersuchen, daß der Zonenbeirat als Instanz rechtzeitig gehört wird, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden. Ich glaube, diesem Wunsch des

---

305 Vgl. o. mit Anm. 73; dort nur inhaltlich wiedergegeben.

306 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 154. – Das Thema war bereits auf der 9. Sitz. des Gebietsrates Niedersachsen am 6.–8. 7. 1946 in Celle wie auch von der LChK am 7./8. 7. 1946 in Celle behandelt worden, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 1/2 Nr. 8: Prot. der Sitz. des Gebietsrates, TOP 6; a. a. O., Prot. der LChK vom 7./8. 7. 1946, S. 4. Zur LChK am 11./12. 8. 1946 vgl. o. Anm. 73. Gegen die in dem Antrag *Kubel* enthaltene Kritik an der Straßenbau- und Verkehrs-Generaldirektion verwahrte sich *Schwering* energisch. Sein schriftlicher Einspruch wurde an die KK weitergeleitet (vgl. den Vorgang in PA 1/188).

307 Zur Straßenbau- und Verkehrsgeneraldirektion in der brit. Zone vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 281–285.

308 Es handelt sich um eine Entschließung des Oldenburgischen Landtags vom 26. 7. 1946, die *Tantzen* dem ZB am 9. 8. 1946 zwecks Kenntnisnahme zugesandt hatte, vgl. PA 1/188.

Herrn *Kubel* werden wir alle zustimmen. Ich kann ohne besondere Abstimmung Ihre allgemeine Zustimmung feststellen.[309]

Weisser: Noch einige kleine Mitteilungen. Zunächst darf ich vorweg sagen: Was die Ziffer „Sonstiges" anlangt, so besteht wohl Klarheit darüber, daß diese Ziffer kein Verschiebebahnhof ist. Es muß immer eine besondere Begründung gegeben werden, wenn auf diesem Tagesordnungspunkte noch Anträge zu beraten sind. Das war heute der Fall bei einer Gruppe von Anträgen, die nur Verfahrensfragen betrafen, insofern ohne weiteres unter „Sonstiges" laufen können. Bei einer weiteren Gruppe von Anträgen handelt es sich um Zusatzanträge zu bereits erörterten Themen.

Dann darf ich an das anknüpfen, was Generalleutnant *Robertson* gestern über diese Fragestunde in den Sitzungen des Zonenbeirates gesagt hat.[310] Es ist wohl selbstverständlich, daß der Zonenbeirat diese Fragestunde auf das wärmste begrüßt, aber es muß eine formale Antwort des Zonenbeirates auf diese in der Rede gegebene Anregung erfolgen. Die Technik bitte ich zunächst heute nicht zu erörtern. Das wird zur Zeit zwischen uns und dem Verbindungsstab durchberaten. Es würde sich heute darum handeln, daß der Zonenbeirat feststellt, er sieht in dieser Fragestunde ein geeignetes Instrument usw.

Vorsitzender: Mir wäre es lieber, wenn wir dieses Institut der Fragestunde möglichst bald anlaufen lassen könnten.[311] Wir müßten dann, zu Beginn der nächsten Sitzung, das, was zwischen dem Verbindungsstab und dem Vorsitzenden und Generalsekretär vereinbart worden ist, Ihnen vorlegen, aber diese Institution als solche werden Sie wohl alle begrüßen.

Schlack: Es ist dieselbe Institution, die wir im Reichstag lange Zeit gehabt haben, daß wir kleine Anfragen machten. Sie mußten schriftlich gestellt werden. Es wäre zu fragen, ob es nicht richtiger wäre, die Frage eine Zeitlang vorher zu stellen, dann hätte die Kontrollkommission die Möglichkeit, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Ich hielte es für richtig, daß diese Anfragen etwa acht Tage vorher schriftlich gestellt werden, hier sein müßten, so daß sie dann dem Verbindungsstab übergeben werden könnten und wir dann auch die Antwort bekommen, die wir gern haben.

Vorsitzender: Ich möchte mich jetzt nicht in die Details der Technik verlieren. Die Fragestunde soll etwas Konzentriertes sein, was in den übrigen Ablauf der Tagesordnung nicht mehr hineinkommt. Richtig ist, daß die Anfrage schriftlich vorliegt, nach Bünde geht, damit die einzelnen Offiziere zur Beantwortung hierherkommen.

Weisser: Wir werden die Mitglieder durch Rundschreiben unterrichten und dabei gleich um Fragen für die nächste Sitzung bitten.

---

309 Mit Schreiben vom 17. 9. 1946 (PA 1/66) teilte die KK mit, daß Generalmajor *Bishop* ihre Stellungnahme im Rahmen der Fragestunde der 7. Sitz. bekanntgeben werde, vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 64–66.

310 Vgl. o. mit Anm. 139.

311 Vgl. hierzu das entsprechende Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 27. 8. 1946 (PA 1/66).

Heile: Als alter Abgeordneter möchte ich warnen, daß wir uns schriftlich genau festlegen. Das hat im Reichstag zu einer Erstarrung dieses Systems geführt und zu einer Häufung der Demagogie, indem viele Leute, denen an Propaganda gelegen war, damals dauernd Anträge formulierten, damit sie zu Hause etwas vorzeigen konnten. Ich will nicht bestreiten, daß die Schriftlichkeit einen Vorzug hat. Man kann sich dagegen nicht wehren. Sie kann auch eingeführt werden, aber auf die Lebendigkeit der unmittelbaren Anfrage, die aus dem Augenblick wächst, sollten wir nicht verzichten.

Vorsitzender: Ich halte dafür, daß die Schriftlichkeit sich bloß auf das Grundsätzliche des Themas, auf ein konkretes Thema sich bezieht, daß aber die Zusatzfragen und die Zusatzantworten aus einem lebendigen Disput entstehen müssen.

Adenauer: Versetzen Sie sich einmal in die Lage des armen Mannes, der gefragt wird. Der muß sich doch vorbereiten können. Im übrigen kann ich Herrn Kollegen *Heile* sagen: So böse Menschen, wie er sie geschildert hat, haben wir gar nicht unter uns.

(Heiterkeit)

Weisser: Ein Schreiben des Oldenburger Landtags wird die Herren des Zonenbeirats interessieren, so daß ich es schnell im Wortlaut verlesen darf, insbesondere im Hinblick auf die Sitzungen des Ausschusses für Länderreform. Der Landtag teilt mit, daß er folgende Entschließung gefaßt hat[312]:

〈Wenn die Militärregierung es für nötig erachtet, trotz bestehender Zonengrenzen, trotz der äußerst schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage und trotz Überbeanspruchung der öffentlichen Verwaltung schon jetzt einen Neuaufbau der Länder in der Britischen Zone durchzuführen, so müssen für das Land Oldenburg folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Das im Laufe von 800 Jahren zu einer staatlichen Einheit mit eigener Gesetzgebung und eigener Verwaltung zusammengewachsene Land Oldenburg darf bei einer Neugliederung der Britischen Zone nicht auseinandergerissen werden. Es würde ein schwerer Fehler beim Wiederaufbau Deutschlands sein, diese organisch gewachsene Einheit mit den wertvollen Kräften ihrer volkstumsmäßigen Tradition aufzuteilen.

2. Die Verwaltung des Landes Oldenburg ist einfach, übersichtlich und volksnah. Sie kann in Sparsamkeit und Leistungen einen Vergleich mit jeder anderen Landes- und Provinzialverwaltung aushalten. Ihre Leistungsfähigkeit hat sie besonders seit der Besetzung des Landes eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Der Landtag gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß die bewährte oldenburgische Landesverwaltung bei einer Neugestaltung der Britischen Zone erhalten bleibt und als Vorbild dient.〉

Kubel: Es ist von Dr. *Adenauer* diese erfreuliche Mitteilung gemacht worden, daß es in diesem Kreise nicht so boshafte

(Adenauer: Böse!)

312 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Schreiben des Oldenburgischen Landtages vom 29. 7. 1946, unterzeichnet von LT-Präsident *Albers* und Schriftführer *Ahrens;* Abschrift in: PA 1/148. Die Entschließung war auf der Sitz. vom 26. 7. 1946 gefaßt worden.

Menschen gebe. Ich halte aber diese Vorlesung beinahe für eine kleine Bosheit. Es ist leider nicht möglich, daß wir alle Briefe hinschicken und verlesen sie unter Punkt „Sonstiges". Ich befinde mich in der Situation, daß ich als Vertreter der kleinen Länder hier bin und persönlich diese Auffassung des Oldenburger Landtags nicht billigen kann. Ich möchte da bitten, daß solche Vorlesungen lieber nicht stattfinden.

Reimann: Ich habe eine Anregung für die Pressenotiz. Es soll kein Antrag sein. Ich habe einen Antrag für die nächste Sitzung eingebracht. Ich möchte bitten, daß in die Pressenotiz ein Hinweis aufgenommen wird, daß die Geistlichkeit in diesem Wahlkampf sich in den Kirchen herauszuhalten hat.[313] Wir haben einige Beweise, daß besonders in Südwestfalen die Pfarrer von den Kanzeln und auch sonst herunterpredigen und aktiv in den Wahlkampf zugunsten irgendeiner Partei eingreifen. Es wäre zweckmäßig, wenn wir hier irgendeine Notiz hineinbringen, daß sich die Geistlichkeit heraushalten soll.

Vorsitzender: Ich stimme mit Ihnen in der Sache völlig überein. Als ich im letzten Wahlkampf in Süddeutschland war, ist mir aus den vorhergegangenen Gemeindewahlen eine ganz entzückende Karikatur des Simplizissimus gezeigt worden. Dort war eine Kirche zu sehen, daran hing ein Plakat, auf dem zu lesen war: Nach Beendigung des Wahlkampfes werden die kirchlichen Bauten wieder für den Gottesdienst freigegeben werden.

(Heiterkeit)

Das war im Mai oder Juni.

Daß es unser Wunsch ist, Religion, Weltanschauung und ihre Institutionen, die sie verkörpern, aus jeder Form des politischen Kampfes herauszuhalten, ist ja ohne weiteres klar. Nur weiß ich nicht recht, wie wir das in die Pressenotiz hineinbringen sollen. Ich sehe da keinen praktischen Weg. Es ist kein Antrag gestellt worden. Außerdem ist bei der Pressenotiz das, was Generalleutnant *Robertson* eine sehr knappe Synopsis, eine Überschau über die Probleme genannt hat, zu berücksichtigen. Wenn ich einen Weg sehen würde, ohne die Kompetenz des Zonenbeirats zu überschreiten, stände ich sofort auf Ihrer Seite. Machen wir es das nächste Mal.

Reimann: Ich habe einen Antrag eingebracht. Der kommt aber erst, wenn der eine große Wahlkampf für die Gemeinden dann vorüber ist.

Henßler: Ich glaube, allzu tragisch wird das nicht sein, denn ändern wird sich doch nichts.

Vorsitzender: Es bleibt also kein anderer Weg. Bringen Sie, Herr *Reimann,* möglichst umgehend den Antrag ein, er wird dann voraussichtlich in der nächsten Sitzung behandelt werden, und der Zonenbeirat wird sich sicher nicht dagegen sträuben, eine Publikation in dieser Form zu bringen.

(Adenauer: Wir wollen den Antrag erst einmal abwarten!)

313 Vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 185 und 186 sowie Anm. 109.

gefordert, die zu 70 und mehr Prozent erwerbsunfähig sind. Ich glaube, diese Forderung bedarf keiner weiteren Begründung. Wir gehen bei der Entnazifizierung davon aus, daß zwar unter Umständen bestimmte Personen ihren Arbeitsplatz verlassen müssen. Bei diesen Personen, die zu 70 % und mehr beschädigt sind, ist die Möglichkeit der Arbeitsplatzzuteilung außerordentlich beschränkt. Sie kommen vor allen Dingen nicht für die am meisten anfallende Arbeit der Enttrümmerung in Frage. Aus diesen Gründen bitten wir, daß bei diesen Schwerbeschädigten nach den Gesichtspunkten verfahren wird, daß ihnen auf alle Fälle eine Arbeitsmöglichkeit bleiben muß. Ausgenommen sollen nur die werden, die wirklich in besonderem Maße für den Nationalsozialismus sich eingesetzt haben und durch ihr Eintreten für das System der Unmenschlichkeit und Gewalttätigkeit eine bevorzugte Behandlung verwirkt haben. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Es handelt sich bei dem Antrage darum, nicht die Träger, sondern die Opfer des Nationalsozialismus zu schützen und ihnen zu helfen. Ich wäre für Verabschiedung sofort im Plenum, aber das ist nicht möglich, weil das mit einigen anderen Anträgen zusammenhängt und zwar mit dem Antrag [*Schneider*].[301]

(Adenauer: Dann kann man es als Material der Kontrollkommission überreichen.)

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich stelle einstimmige Annahme fest.[302]

Jetzt kommt der Antrag *Lehr* betreffend Grundsteuererhöhung.[303]

Lehr: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß es sich nicht um eine Änderung des Grundsteuerrechts handelt, sondern um den modus procedendi. Wir haben gehört, daß das Grundsteuergesetz geändert werden soll bei der Interalliierten Kontrollkommission. Wir haben den Wunsch, zu diesem Gesetz vorher Stellung zu nehmen. Das ist ein Gesetz, das sich auswirken wird auf die Mieten und die Lebenshaltungskosten, und deshalb ist die Bitte berechtigt, daß wir vorher rechtzeitig Stellung nehmen können.

Vorsitzender: Sie haben aus den Worten von Herrn Dr. *Lehr* gehört, daß es sich um keine materielle Entscheidung [handelt], sondern nur um den Wunsch, uns einzuschalten, bei diesem Antrag geht. Dagegen kann niemand etwas sagen. – Wer dieser Anregung von Dr. *Lehr* zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.[304]

---

301 Vgl. Anl. 139.

302 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 19 und 113 sowie Anm. 109.

303 Vgl. o. mit Anm. 68–72.

304 Mit Schreiben vom 11. 9. 1946 (PA 1/66) teilte die KK mit, daß der Bezug des Antrags nicht eindeutig sei. Die einzige vom Grundvermögen als solchem erhobene Steuer sei die Grundsteuer, die eine Kommunalsteuer darstelle. Diese Frage wiederum werde nicht im KR behandelt, in der brit. Zone würden vielmehr Vorschläge erwogen, wonach die Länderregierungen Befugnisse zur Regulierung der rechtlichen Grundlagen der Grundsteuer erhalten sollten. Den ZB werde man zu gegebener Zeit um eine diesbezügliche Stellungnahme bitten. – Die Frage wurde allerdings in dieser Form im ZB nicht mehr behandelt; vgl. aber Dok. XI.3, bes. mit Anm. 100.

Vorsitzender: Ich glaube, diese Angelegenheit bedarf keiner Überweisung an einen Ausschuß, meiner Meinung nach bedarf sie nicht einmal einer Debatte. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich stelle einstimmige Annahme fest.[296]

Jetzt haben wir den Antrag *Podeyn,* der für Dr. *Schlange-Schöningen* hier sitzt:

> Der Zonenbeirat bittet die britische Militärregierung, in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Militärregierung dafür Sorge zu tragen, daß die in deutschen Fischereihäfen angelandeten Lebertranmengen zwischen den Zonen nach Maßgabe der Bevölkerung verteilt werden.

Podeyn: Nur eine ganz kurze Bemerkung. An und für sich ist dieser Antrag ein Selbstgänger. Die Gewinnung von Medizinallebertran in der britischen Zone beruht auf der Anlandung von Dorschlebertran mit deutschen Fischdampfern. Diese Anlandungen erfolgen nach Maßgabe der Heimatberechtigung der verschiedenen Fischdampfer, mit dem Erfolg, daß in Wesermünde ein erheblich größerer Teil an Dorschlebertran angelandet wird als in Cuxhaven und Hamburg zusammen. Die Ausbeute beträgt 300 t für Wesermünde und 185 t in Hamburg, Altona und Cuxhaven. Es besteht nicht nur die Gefahr, sondern es kann als sicher angenommen werden, daß nach dem bisherigen Brauch die in Wesermünde erfolgenden Anlandungen lediglich für die amerikanische Zone in Anspruch genommen werden[297], und das ist der Umstand, der das Zentralamt wach gemacht und dazu geführt hat, daß diese Bitte ausgesprochen wird, eine Änderung eintreten zu lassen. Man kann wohl für die amerikanische Zone mit einer Bevölkerung von 15 Millionen, für die britische mit 25 Millionen rechnen. Bei der Wichtigkeit des Medizinallebertrans und der Versorgung der notleidenden Bevölkerung damit scheint es mir notwendig zu sein, daß Verhandlungen zwischen den beiden Militärregierungen stattfinden, um einen Ausgleich im Sinne meines Antrages durchzuführen. Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender: Ich glaube, hier liegen dieselben Voraussetzungen vor wie bei dem Antrag *Adenauer:* weder Ausschußberatung noch lange Debatte.

Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich stelle einstimmige Annahme fest.[298]

Jetzt kommen wir zu dem Zusatzantrag *Henßler, Kopf, Grimme*[299] zur Entnazifizierung Schwerkriegsbeschädigter.

Henßler: Der Vorsitzende hat schon darauf hingewiesen, daß unter Punkt 19 ein Antrag erledigt worden ist, der die Beschleunigung der Entnazifizierung fordert.[300] Wir bitten, daß der Antrag, der eben erwähnt wurde, mitberücksichtigt wird. In diesem Antrag wird eine gesonderte Behandlung von Schwerbeschädigten

---

296 Hs. Zusatz *(Blankenhorn?)*: u. weiter an Kontrollkommission. – Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 110 und 111 sowie Anm. 109.

297 Zur Sonderstellung Wesermündes vgl. Dok. II.3 mit Anm. 79.

298 Hs. Zusatz *(Blankenhorn?)*: und Weiterleit[ung] an Kontroll[kommission]. – Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 112 sowie Anm. 109.

299 Korrekt: *Karl* statt *Grimme* (vgl. Anl. 152).

300 Vgl. o. mit Anm. 198–201; daher galt dieser Antrag als Zusatzantrag.

Vorsitzender: Der Volkswirtschaftliche[291] Ausschuß und der Sozialpolitische Ausschuß unter Federführung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.[292]

Dann kämen wir jetzt zum nächsten Antrag *Reimann/Hoffmann* betreffend Vorlage des Zentralamtes für Landwirtschaft über das Ergebnis der Erntevorschätzung.[293]

Reimann: Ich glaube, daß wir jetzt schon einen Bericht anfordern müssen, wie weit wir es geschafft haben mit der Ernährung für die kommmende Zeit. Ich glaube, es ist wichtig, daß das Zentralamt uns hierzu einen Bericht gibt, und zwar sehr schnell, damit wir vom Zonenbeirat Vorschläge machen können oder Anregungen geben, wie wir uns die Gestaltung der Ernährung für die Zukunft vorstellen. Ich glaube, daß in unserer nächsten Sitzung des Zonenbeirates es soweit sein kann, daß uns ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird, was wir in der britischen Zone in der kommenden Ernte erwarten können.

Podeyn: Ich kann für das Zentralamt die Zusage machen, daß dieser Bericht den Mitgliedern des Ausschusses möglichst in der Zwischenzeit zugehen wird.[294]

Vorsitzender: Damit gibt sich der Zonenbeirat zufrieden. – Jetzt haben wir den Antrag *Adenauer* betreffend Walfängerflotte.[295]

Adenauer: Sie wissen, daß ein großer Teil des für die Bevölkerung notwendigen Fettes seit einer Reihe von Jahren durch den Walfang bestritten worden ist. Soweit ich mich habe unterrichten können, ist die Walfangflotte, die wir hatten, aufgeteilt worden zwischen Großbritannien und Norwegen. Nun wissen Sie weiter, wie schmerzlich das deutsche Volk unter dem Mangel an Fett leidet. Sie haben ferner gehört, daß die Beschaffung von ausländischem Fett außerordentlich schwierig ist, wenn nicht unmöglich, wegen Mangels an den nötigen ausländischen Zahlungsmitteln.

Wir haben daher den Antrag gestellt, daß man versuchen möchte, ob diese Aufteilung der Walfangflotte – wir wissen nicht, ob die Schiffe schon abgeliefert sind, ob sie schon in den norwegischen und britischen Gewässern gebraucht werden – für ein bis zwei Jahre zurückgestellt werden kann und diese Walfangflotte uns wieder zur Verfügung gestellt wird, weil mit ihr mit deutscher Kohle und deutschem Personal und ohne Aufwendung von ausländischen Zahlungsmitteln ein erheblicher Zusatz an Fett geschafft werden kann. Das einzige, was an ausländischer Währung nach meiner Information nötig wäre, würde die Hafengebühr in ausländischen Häfen sein, die aber nicht sehr ins Gewicht fällt. Ich bitte dringend, dem Antrag zuzustimmen. Es ist ein Versuch, wenigstens in etwa unserer Bevölkerung zu helfen.

---

291 Korrekt: Wirtschaftspolitische.
292 Vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 350–357.
293 Vgl. o. mit Anm. 59. Der Antrag lag dem Plenum nicht schriftlich vor.
294 Das ZEL sandte die Aufstellung „Vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungserhebung 1946 und der Erntevorschätzung 1946" am 19. 8. 1946 an das Generalsekretariat, das die Information am 22. 8. 1946 an die Mitglieder des ZB weiterleitete (vgl. HStAD NW 22/1260, fol. 58).
295 Vgl. o. mit Anm. 228.

〈Der Zonenbeirat möge beschließen, der britischen Militärregierung folgenden Vorschlag zu machen:

1. Auf jeder Schachtanlage sollten die Bergarbeiter in Verbindung mit der Gewerkschaft einen Produktionsauschuß bilden.

2. Im Bezirksmaßstab sollte je ein Produktionsausschuß für den Ruhrkohlenbergbau, das Kölner Braunkohlenrevier und das Wurmrevier gebildet werden.

Die Produktionsausschüsse sollten sich aus Vertretern der Gewerkschaft und der Betriebsräte zusammensetzen. Die Gewerkschaft und die Betriebsräte sollten dafür Sorge tragen, daß die technischen Angestellten und Beamten des Betriebes, entsprechend ihrer Bedeutung und Wichtigkeit für den Betrieb, im Produktionsausschuß vertreten sind.

Durch die Produktionsausschüsse sollen die Bergarbeiter an allen Fragen der Produktion mitbestimmend beteiligt werden.〉

Vorsitzender: Die Anregungen, die Herr *Reimann* gegeben hat, sind wertvoll und notwendig, und sie sind ein Beitrag zu der gestern von Generalleutnant *Robertson* angekündigten Regelung des Verhältnisses von Preisen und Löhnen.[290] Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, daß wir in Sachen der Löhne, der Ernährung, der Erhaltung eines Minimums, von dem kein Mensch abgehen kann, auch wenn es unproduktiv ist, schrittweise vorgehen müssen und von einer Stufe zur anderen die Arbeiten nachziehen müssen. Die erste Stufe, die wir erklimmen müssen, ist meiner Ansicht nach der Bergarbeiter, der Bauarbeiter, der Arbeiter in der Eisenindustrie, in der Chemie usw. Ich bin aber nicht der Ansicht, daß wir jetzt in eine allgemeine Generaldebatte eintreten sollen, sondern wir müssen diese Angelegenheit als vordringliche und beschleunigte Frage dem Wirtschaftsausschuß überweisen.

Henßler: Ich würde diesen Antrag deshalb unterstützen, weil mir bekannt ist, daß die Gewerkschaft der Bergarbeiter ihrerseits Lohnverhandlungen gepflogen hat. Ich kenne die Ergebnisse nicht, aber wie mir gesagt wurde, befinden sich die Verhandlungen in einem durchaus positiven Stadium. Ich lege Wert darauf, daß diese Frage in engster Verbindung mit der Gewerkschaft erledigt wird, und deshalb können wir nicht die Höhe der Lohnerhöhung als Zonenbeirat festlegen, sondern da bin ich der Meinung und gehe mit Herrn *Reimann* wohl einig, daß die Gewerkschaften zu diesen Dingen gehört werden müssen und unsere Stellung nur eine grundsätzliche Befürwortung dessen sein kann, was von der Gewerkschaft selbst gefordert ist.

Vorsitzender: Das Einverständnis der Antragsteller vorausgesetzt, und die Antragsteller dürfen glauben, daß jedermann in diesem Raume die Vordringlichkeit und Eiligkeit dieses Problems bewußt ist, überweisen wir die Anträge dem Wirtschaftsausschuß und geben ihm die Auflage, diese Sache sofort in Angriff zu nehmen.

Weisser: Ich möchte fragen, ob Sie Wert darauf legen, daß dieser Ausschuß die Anträge allein behandelt. Es müßte der Sozialpolitische Ausschuß sein, aber es ist der Ausweg gegeben, daß beide Ausschüsse zusammen tagen.

---

290 Vgl. o., bes. mit Anm. 171.

worden, und ich darf dazu eins erwähnen, daß die Aufnahme der Grundrechte und der völkerrechtlichen Grundsätze in die Verfassung einem augenblicklichen Wunsche der amerikanischen Militärregierung entspricht, daß die Verfassung eines Landes, und auch der deutschen Länder, unvollkommen ist, wenn sie dies nicht enthält.

Vorsitzender: Da steht manches in Widerspruch mit der Fragestellung der englischen Militärregierung. Wir werden uns Mühe geben, irgendwelches Material heranzuschaffen.

Jetzt kommen wir bei dem Punkt „Sonstiges" zur Erledigung des Antrages – es sind mehrere Anträge – *Reimann, Hoffmann.* Vorweg nehme ich den Antrag betreffend Bergarbeiterlöhne.

Reimann: Ich glaube, ich habe gestern schon einige Ausführungen hierzu gemacht[287], und es erübrigt sich, eine Begründung zu geben. Ich möchte den Antrag verlesen und gleichzeitig einen zweiten Antrag, der damit in Zusammenhang steht[288]:

⟨Der Zonenbeirat möge beschließen, der britischen Militärregierung folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Die Löhne aller Bergarbeiter, gleich ob unter oder über Tage, werden um RM 2 pro Mann und Schicht erhöht. Jede weitere Preissteigerung ist zu unterbinden, und die derzeitigen Preise sind auf das Preisniveau vom April 1945 herabzusetzen.

Begründung:

Das derzeitige Einkommen der Bergarbeiter reicht infolge der eingetretenen Preissteigerung nicht mehr aus, den notwendigsten Lebensunterhalt zu bestreiten.

So sind beispielsweise die von der Versorgungszentrale an die Grubenmagazine gelieferten Waren des täglichen Bedarfs, wie Schuhe, Grubenkleidung, Möbel, Kochherde usw. ganz erheblich im Preis gestiegen. Für ein Paar Grubenschuhe, die früher RM 6 bis RM 8 kosteten, müssen heute RM 16 bis RM 19 gezahlt werden. Ein Grubenanzug, der früher RM 12 kostete, muß jetzt, trotzdem er qualitativ sehr viel schlechter ist als früher, mit RM 30 bezahlt werden. Von der Versorgungszentrale werden den Bergarbeitern Kochherde zum Preise von RM 138 geboten. Die Militärregierung jedoch verlangt, daß auf diesen Preis noch ein Zwischenhandelsrabatt von RM 50 aufgeschlagen wird, so daß der Kochherd somit RM 188 kostet. Für eine Bratpfanne, die früher RM 1,25 kostete, verlangt man heute RM 4,50 und mehr. Ein Bund Mohrrüben wird heute mit RM 3,50 gehandelt.

Es ist klar, daß angesichts dieser Preislage keine Bergarbeiterfamilie (es handelt sich in der Regel um mehrköpfige Familien) existenzfähig ist.

Zwar stellt man den Bergarbeitern in letzter Zeit bevorzugt einige dringend benötigte Gebrauchsgegenstände zur Verfügung. Ohne Senkung der viel zu hohen Preise und ohne Erhöhung der Bergarbeiterlöhne ist es aber unmöglich, die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu verbessern. Von der Verbesserung der Lebenshaltung hängt nicht zuletzt die Steigerung der Kohlenproduktion ab.⟩

Und dazu der zweite Antrag[289]:

287 *Weisser* hatte die Anträge angeführt, vgl. o. mit Anm. 56.
288 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 150.
289 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 149.

Adenauer: Dr. *Schumacher* hat vollkommen recht. Wir brauchen gar nicht die vollkommenen Gesetze. Aber ich darf diese fünf Punkte, über die die britische Kontrollkommission von uns ein Gutachten verlangt, in Ihre Erinnerung zurückrufen:

a) Zahl der neuen Länder

b) Benennung dieser Länder

c) Verfassungsmäßige Befugnisse der Länder

d) Zusammenfassung der Länderregierungen

e) die Frage, ob es ratsam ist, die Regierungsbezirke beizubehalten oder abzuschaffen.

(Vorsitzender: Auf diese Punkte gehen wir ein.)

Dann hätte ich noch eine Bitte an Sie: uns möglichst bald die Verfassungen der süddeutschen Länder zu verfassen [!]. Wir wollen nicht nur eine Gleichheit der Verfassungen der Länder in der britischen Zone, sondern auch versuchen, möglichst in Gleichtakt zu bleiben – ich vermeide den Ausdruck Gleichschaltung – mit den Verfassungen der drei süddeutschen Länder im Hinblick auf das Endziel, das uns vorschwebt.

Vorsitzender: Die Verfassungsgebenden Landesversammlungen der süddeutschen Länder sind am 30. Juni gewählt worden. Sie sind noch bei der Arbeit. Es gibt noch keine endgültige Verfassung dieser süddeutschen Länder. Es wird also sehr schwer möglich sein, diesen an sich berechtigten Wunsch nach Unterlagen in dem Umfange zu erfüllen, wie ihn Dr. *Adenauer* angedeutet hat. Versuchen werden wir es.

Weisser: Ich habe mit Herrn *tom Moehlen* gesprochen. Die eigentlichen Verfassungen liegen noch nicht vor, aber die Entwürfe lassen sich beschaffen.

Vorsitzender: Die Entwürfe sind sehr umstrittene Angelegenheiten. Ich habe Gelegenheit gehabt, bei dem Kampfe um die Verfassunggebende Landesversammlung in Süddeutschland praktisch mitzuwirken[285], und es ist darin sehr viel enthalten, von dem man sagen kann: rechter Hand, linker Hand, beides vertauscht. Völkerrecht, Deklaration, Menschheitsrecht und alles Mögliche.

(Adenauer: Daraus können wir lernen, wie man es nicht machen soll!)

tom Moehlen[286]: Darf ich dazu eins sagen: Es geht da um ganz grundsätzlich verschiedene Auffassungen, die seitens der Militärregierung vertreten werden und seitens der Länder. Die Entwürfe, die bisher von den süddeutschen Ländern vorgelegt sind, sind bereits einer Kritik der amerikanischen Militärregierung unterzogen

285 Reden, die *Schumacher* auf Veranstaltungen der SPD im Rahmen der Vorbereitung der Wahlen zu den Verfassungsgebenden Landesversammlungen am 30. 6. 1946 (US-Zone) hielt, vgl. in: AdsD, Bestand *Schumacher*: Q 5 I: 23. 6. 1946, Frankfurt am Main; 28. 6. 1946, Stuttgart.

286 Vgl. o. Anm. 102.

Adenauer: Ich erkenne an, was der Vorsitzende sagte, daß die Zeit kurz ist. Aber ich bleibe dabei: Es ist die wichtigste Aufgabe, die wir bis jetzt gehabt haben, und eine Aufgabe, an der Millionen von Menschen interessiert sind. Deshalb müssen wir ja versuchen, ihr trotz der Kürze der Zeit gerecht zu werden. Darum meine Anregung, einzelne der Fragen nicht etwa sofort in dem ganz großen Gremium zu erörtern, sondern dafür einen kleinen Unterausschuß einzusetzen, die Arbeit sofort von vornherein aufzuteilen, und wir können vielleicht auch uns – ich käme zwar damit schon zu dem folgenden Punkt – klar werden, ob es nicht richtig ist, von unserem Beschlusse, daß der Zonenbeirat immer am zweiten Dienstag des Monats tagen soll[284], diesmal mit Rücksicht auf die Sachlage abzuweichen und auf eine Woche später diese Tagung zu verlegen. Auch aus einem anderen Grunde. Die nächste Sitzung des Zonenbeirates würde nach dem allgemeinen Beschlusse am 10. und 11. September sein. Am 15. September sind die Gemeindewahlen. Da sind die von uns, die politisch tätig sind, gerade in dieser Woche außerordentlich in Anspruch genommen. Ich glaube, wir alle, die wir politisch tätig sein müssen, würden es begrüßen, wenn wir in der Woche nicht vier Tage für den Zonenbeirat brauchten. Wenn wir eine Woche weitergehen, also nach dem ersten Wahltag, so daß die Sitzung des Zonenbeirates am dritten Dienstag, also am 17. September beginnen würde, dann würden wir auch für die Arbeit des Ausschusses eine Woche gewinnen. Daher möchte ich diese Anregung gleichzeitig geben.

Vorsitzender: Ich glaube, wir können diesen Punkt 34:

Datum der nächsten Sitzung

vorweg nehmen und damit die Anregung von Dr. *Adenauer.* Ich hätte Ihnen sonst den Vorschlag gemacht, am Dienstag, dem 17. und Mittwoch, dem 18. September mit dem Plenum zu tagen. Wir müssen uns aber auch klar sein, daß wir diesmal dann vom 17. bis 19. September eine außerordentliche Arbeitsleistung zu vollführen haben. Wir dürfen uns aber auch keinen Augenblick darüber im unklaren sein, daß wir uns nur über das Prinzipielle und nicht über die Details zu entscheiden haben, und ich möchte den Herren aus Rheinland-Westfalen sagen, daß sie ja, ohne vorher gefragt zu sein, vor ein Fait accompli gestellt sind, und aus dieser vollendeten Tatsache eine Reihe von Dingen sich entwickelt hat. Wir müssen jetzt versuchen, Gutachten zu bekommen, die letzten Endes nicht von uns, sondern von der englischen Militärregierung entschieden werden. Aus dem Gutachten, das den meisten Beifall bei der englischen Militärregierung bekommen hat, wird sich dann die vollendete Tatsache im Rahmen der Länder entwickeln. Die Prinzipien, die uns dabei leiten, sind möglichst koordinierende Prinzipien zwischen den einzelnen Ländern. Aber bitte, begnügen Sie sich damit, wenn wir in der Frage der Zahl der Länder, der Untergliederung und der Kompetenzverteilung die Grundsätze angeben, und verlangen Sie von uns nicht Verwaltungsgesetze, die wir bis zum 30. September nicht fertigbekommen würden.

284 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 5.

Stellung nehmen sollen, Stellung zu nehmen. Das halte ich für unmöglich. Diese Aufgabe, die dem Zonenbeirat durch die britische Kontrollkommission gestellt ist, ist m. E. die wichtigste, die ihm bisher gestellt worden ist, und wir dürfen nach meiner Meinung hier nicht an dem zu erstattenden Gutachten oder an dem Minderheitsgutachten irgendeinen von den fünf Punkten, die die Kontrollkommission bestimmt hat, auslassen.

Nun muß ich aber sagen: Die Zeit ist kurz, und daher bitte ich, zu überlegen, ob nicht der Ausschuß zweckmäßig für die einzelnen Fragen Unterausschüsse bildet, die gleichzeitig arbeiten können.

Ich habe im Namen mehrerer Mitglieder des Zonenbeirats die Anregung zu geben, daß wir den dringenden Wunsch haben, das Gutachten des Ausschusses und das etwaige Gegengutachten einer Minderheit rechtzeitig schriftlich zu bekommen vor der Sitzung, in der die Entscheidung hier fallen soll, damit wir einmal in der Lage sind, uns selbst mit der Materie zu beschäftigen, und damit wir auch mit unseren Freunden im Lande über diese Dinge Rücksprache nehmen können, wenn es einmal so ist, daß die Entscheidung getroffen werden soll, nicht in der Öffentlichkeit, nicht durch frei gewählte Vertreter der Bevölkerung, sondern durch uns, durch ernannte Leute und hier in dem geschlossenen Raume. Dann müssen wir aber doch die Möglichkeit haben, ehe wir Stellung nehmen, uns mit unseren Leuten im Lande darüber aussprechen zu können. Das setzt aber voraus, daß wir ein schriftliches Gutachten und ein Gegengutachten bekommen und auch das ganze Material, das eventuell im Ausschuß sich ansammelt und noch verteilt werden muß, und daß wir rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des Zonenbeirats, in der entschieden werden soll, die ganze Sache nach Hause bekommen. Ich fasse mich dahin zusammen:

1. Die Meinung, die Herr *Schönfelder* mir gestern unter vier Augen und privat gesagt hat, daß wir nach seiner Auffassung gar nicht in der Lage wären, zu allen Punkten, die die Kontrollkommission angeführt hat, Stellung zu nehmen, halte ich nicht für richtig. Wir müssen unter allen Umständen zu allen Punkten Stellung nehmen. Das kann eventuell dadurch erreicht werden, daß

2. der Ausschuß für gewisse Fragen, wie z. B. die Fragen, die genannt sind: Verfassung der Länder oder Zuständigkeit der Regierung der Länder, besondere kleine Unterausschüsse bestellt werden, die die Materie schon vorbereiten, und

3. haben wir den dringenden Wunsch, rechtzeitig in den Besitz des schriftlichen Gutachtens des Ausschusses zu gelangen.

Vorsitzender: Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Fristen und Termine nicht von uns gestellt sind und daß es sich nicht auch um die Lösung einer Frage der Verfassung und der Verwaltung in einem kurzen Gutachten handeln kann, sondern daß die grundsätzlichen Tendenzen in diesem Gutachten zum Ausdruck kommen sollen. Wie der Ausschuß sich am nächsten Montag und Dienstag[283] seine Arbeit praktisch gestalten wird, wird sich ja aus der Arbeit des Ausschusses selbst ergeben.

---

283 Vgl. o. Anm. 88.

Auffassung, daß im Verfolg unserer bisherigen Stellungnahme als Zonenbeirat Dr. *Menzel* selbstverständlich mit zu diesen Persönlichkeiten zählen muß. Ich halte den Vorschlag Dr. *Menzel* ausdrücklich aufrecht und bitte um Zustimmung.

Vorsitzender: Ich möchte auch sehr bitten, einen Verwaltungsjuristen, der gerade in diesen Dingen besonders erfahren ist, uns zu belassen. Bitte ignorieren Sie die Wünsche des Sonderausschusses nicht vollkommen.

Dann haben Sie noch genannt: Prof. Dr. *Scheuner* in Göttingen und Prof. Dr. *Jellinek,* Ordinarius in Heidelberg.

Adenauer: Gibt es nicht eine Möglichkeit, Herrn Dr. *Menzel,* der sich in die Materie sehr eingearbeitet hat, auf eine andere Weise auch noch zu beteiligen? Es ist von der Kontrollkommission gewünscht worden, daß drei Juristen als Sachverständige gewählt werden. Ich halte das Prinzip nicht für richtig – das hat mit der Persönlichkeit von Dr. *Menzel* nichts zu tun –, daß wir einen Herrn nehmen, der in einer Verwaltung der britischen Zone tätig ist, sondern ich fasse diese Anordnung der Kontrollkommission dahin auf, daß man dann einen wirklichen – sagen wir im guten Sinne des Wortes – Theoretiker nehmen soll. Aber ich betone nochmals, ich würde auch Wert darauf legen, daß, nachdem Herr Dr. *Menzel* sich so in die Materie eingearbeitet hat, wir doch auch die Möglichkeit haben müßten, uns seine Fähigkeiten dadurch zu sichern, daß man ihn hinzuzieht, auch wenn man diese drei Professoren nimmt.

Vorsitzender: Herr Dr. *Adenauer,* die äußere Formulierung ist zwar bestechend, aber wir brauchen einen Praktiker aus unserer Zone neben Herrn *Steltzer,* der durch den Landtag gewählt ist. Neben dem Referenten können wir mit gutem Gewissen einen Korreferenten nicht entbehren, ganz abgesehen davon, daß er im Bünener Ausschuß [!][281] sitzt. Ich möchte darum vorschlagen, die Vorschläge des Sonderausschusses nicht ganz zu ignorieren, sondern einmal nur zu revidieren.

Henßler: Ich würde vorschlagen, nachdem wir gehört haben, daß Prof. *Jellinek* nur zu einem schriftlichen Gutachten bereit ist, umgekehrt zu verfahren, wie der Ausschuß vorgeschlagen hat, Herrn Dr. *Menzel* als ordentliches Mitglied zu wählen und als Gutachter Herrn Prof. *Jellinek* hinzuzuziehen.

Vorsitzender: Dann hätten wir Dr. *Menzel,* [Prof.] Dr. *Scheuner* und [Prof.] Dr. *Friesenhahn,* Bonn, und das schriftliche Gutachten von Prof. *Jellinek.* – Werden weitere Vorschläge gemacht? Wenn nicht, dann bitte ich die Herren, die für die Wahl der vorgeschlagenen drei Herren als ordentliche Mitglieder des Sonderausschusses sind, eine Hand zu erheben. – Ich stelle einstimmige Annahme fest.[282]

Adenauer: Ich habe gestern noch, nachdem wir den Bericht über die weitere Arbeit des Ausschusses bekommen haben, darüber gesprochen und dabei von dem Berichterstatter gehört, daß nicht beabsichtigt sei, zu allen Punkten, zu denen wir

---

281 Korrekt: *Bündener* Ausschuß; bezogen auf das „Advisory Committee on German Administration", in dem *Menzel* seit dessen 2. Sitz. am 16. 7. 1946 Mitglied war (vgl. hierzu die Angaben in Dok. IV.3, Anm. 51).

282 Minister *Wegmann,* ebenfalls vorschlagen (vgl. o. Anm. 92), war damit ohne weitere Debatte gewählt. *Wegmann* nahm an den Sitzungen des SAL teil.

scheint mir, daß die nachgeordneten Stellen des Herrn General *Robertson* nach dem Führerprinzip arbeiten.

(Heiterkeit)

Wenn sich solche Fälle ereignen sollten, dann bitte ich den Herrn Generalsekretär, auch in dem Sinne vorstellig zu werden.

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. In Sachen der Behandlung der Mitglieder des Zonenbeirates

a) ausreichender Personalausweis

b) Versorgung mit Treibstoff

c) Verpflegungsmöglichkeiten

sind wir mehrfach vorstellig geworden, und Oberst *Pearson* hat uns seine Unterstützung zugesagt. Es steht nicht im Wege, daß wir noch durch einen besonderen Brief die Durchsetzung dieser Zusage fordern.[276]

Zu der schriftlichen Wiedergabe der Verhandlungen des Ausschusses möchte ich sagen: Es ist selbstverständlich, daß Korrekturen in dem Sinne vorgenommen werden müssen. „In besonders eiligen Fällen kann der Vorsitzende im Einvernehmen mit dem Generalsekretär dieses und jenes abändern." Ich glaube, gegen diese Auffassung wird sich im Plenum kein Widerstand erheben.

Wir kommen zu Punkt 33:

Sonstiges

Als erster Punkt ist die Wahl der Sachverständigen für den Sonderausschuß zur Untergliederung der britischen Zone, soweit es Juristen sind, vorzunehmen. Gestern standen auf der Tagesordnung die Namen[277]: *Menzel, Wegmann*[278], *Scheuner.*

Lehr: Ich möchte die Wahl des Herrn Prof. Dr. *Jellinek* vorschlagen, Ordinarius in Heidelberg, dann Prof. *Friesenhahn*[279], Bonn, und Prof. *Scheuner,* Göttingen.

Wenn ich mich recht erinnere, ist Prof. *Jellinek* nur zu einem schriftlichen Gutachten bereit.

Weisser: Er hat gesagt, er würde kommen, wenn ihm Transportmittel beschafft würden, wenn er nicht per Bahn kommen müsse.

Henßler: Wir haben in unserem Vorschlage auch Dr. *Menzel,* und ich verstehe nicht, warum man Dr. *Menzel* jetzt nicht im Ausschuß haben will, nachdem ihn der Zonenbeirat selbst mit einem Gegengutachten, mit einem Korreferat zu Herrn *Steltzer* beauftragt hat.[280] Herr *Steltzer* gehört dem Ausschuß an, und ich bin der

276 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 29.
277 Vgl. o. mit Anm. 91–99.
278 Hs. korrigiert aus: Sethmann.
279 Hs. korrigiert aus: Friesenthal.
280 Vgl. o. Anm. 94.

bisher.[269] Wenn in sachlicher Beziehung hier dem Zonenbeirat eine größere Bedeutung zukommen soll als bisher, dann müssen auch die wirklich sehr geringen persönlichen Wünsche, die wir als Mitglieder des Zonenbeirats geäußert haben, mehr berücksichtigt werden. Das ist bisher nicht geschehen. Es sind sehr lebhafte Klagen laut geworden.

Wir haben z. B. – ich glaube im März bei unserer ersten Zusammenkunft[270] – an die britische Kontrollkommission den Antrag gestellt, man möge den Mitgliedern des Zonenbeirats eine Erkennungskarte, durch die sie sich als Mitglieder des Zonenbeirates ausweisen können, zukommen lassen. Bisher ist das nicht geschehen, nach vollen fünf Monaten, und es hat jetzt das Generalsekretariat des Zonenbeirats zu dem Aushilfsmittel gegriffen, eine Art Ersatzkarte auszustellen, wie Sie sie heute bekommen haben. Immerhin finde ich es nicht für richtig, daß die Kontrollkommission uns einen solchen kleinen Wunsch nicht erfüllt, und ich bitte den Generalsekretär, bei der britischen Kontrollkommission schriftlich vorstellig zu werden, und wir bitten unseren Vorsitzenden, das auch zu unterschreiben und mit seiner Autorität zu versehen.[271]

Sie haben neulich gehört, daß Kollege *Böckler* von dem zuständigen britischen Offizier in Köln verweigert worden ist, als er zu den Sitzungen hierher wollte, eine Fahrt über 80 km zu machen.[272] Sie alle wissen, welchen Kampf wir um den Treibstoff zu führen haben. Ich meine, wenn die Kontrollkommission unsere Tätigkeit wirklich würdigt, und daran dürfen wir nach den gestrigen Ausführungen des General *Robertson* doch nicht zweifeln, dann muß uns auch unsere Arbeit erleichtert werden, und es muß vor allen Dingen diese Nichtachtung unserer Tätigkeit, die bei nachgeordneten Stellen ganz offenbar vorhanden *ist*[273], von der obersten Stelle endlich *behoben werden.*[274] Ich bitte daher, in dem Sinne vorstellig zu werden.

Dann bitte ich noch weitere Ausführungen machen zu dürfen.

General *Robertson* hat gesagt, daß wir in Zukunft mehr gefragt werden würden. Wenn wir hier zu größeren Problemen Stellung nehmen sollen, dann müssen wir auch wissen, was in der Welt draußen vor sich geht. Nun haben wir schon vor längerer Zeit[275] den Antrag gestellt, daß uns englische Zeitungen zugehen sollen. Ich hatte auch gelesen, daß das genehmigt ist. Ich habe bisher aber keine englische Zeitung gesehen. Ich habe bisher auch noch keinen Kollegen ausfindig machen können, der irgendeine englische Zeitung bekommen hätte. Auch da bitte ich vorstellig zu werden. Und ich bitte weiter den Herrn Generalsekretär, durch einen seiner Herren Presse und Rundfunk daraufhin beobachten zu lassen, ob Dinge von Bedeutung vor sich gehen, die nach den Zusagen des Generals *Robertson,* die er uns gestern gemacht hat, vorher uns zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Es

269 Vgl. o. S. 712 f.
270 Hs. (von *Blankenhorn*?) zu Recht korrigiert in: P[kt] [des] Protokolls der IV. Sitzung; vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 129–132.
271 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 29.
272 Vgl. Dok. V.3, o. S. 510.
273 Hs. *(Blankenhorn*?) korrigiert aus: zu sein scheint.
274 Hs. *(Blankenhorn*?) korrigiert aus: desavouiert werden.
275 Durchgestrichen und mit hs. Korrektur *(Blankenhorn*?) präzisiert in: auf (?) Tagung im Mai (vgl. P[kt]. 72 des Protokolls); vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 221–223.

jetzt vor.[265] Ich möchte aber feststellen, daß dieser Umdruck in einem entscheidenden Punkte unrichtig ist, und zwar heißt es da nach der Aufzählung der Ausschüsse folgendes:

> Für einzelne Gegenstände oder Fragen können besondere Ausschüsse vom Zonenbeirat eingesetzt werden. In besonders eiligen Fällen kann, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden, der Generalsekretär – vorbehaltlich der späteren Zustimmung durch das Plenum – einen vorläufigen Ausschuß einsetzen.

Es ist im Ausschuß gerade das Umgekehrte beschlossen worden, daß der Vorsitzende im Einvernehmen mit dem Generalsekretär das kann.[266]

Ich knüpfe an diesen Irrtum hier nochmals die Bitte auch an den Generalsekretär, doch dafür zu sorgen, daß in den einzelnen Ausschüssen Protokollbücher angelegt werden und daß die Protokolle vom Vorsitzenden und von ihm unterschrieben werden, damit genau festgestellt wird, wie sie gefaßt sind.

Im letzten Absatz dieser Niederschrift befindet sich ein Druckfehler, der ohne weiteres als solcher erkennbar ist, auf den ich nicht einzugehen brauche, doch möchte ich auf diesen Absatz materiell eingehen.

Der Hauptausschuß steht auf dem Standpunkt, daß nicht der Vorsitzende über die Sitzungen des Ausschusses berichten soll, sondern daß die Mitglieder des Ausschusses, die von Anfang an zum Berichterstatter für eine Sache ernannt sind, es in Zukunft sein sollen, die auch den Bericht erstatten. Ich nehme an, daß Sie damit alle einverstanden sind. Der Hauptausschuß hat beschlossen, daß bei Eingang einer Sache nach einer aufzustellenden Liste sofort ein Berichterstatter für diese Sache vom Generalsekretär genommen und die Sache dann dem Berichterstatter zugeschrieben wird, damit der Berichterstatter in der Lage ist, dem Ausschuß die Sache vorzutragen. Dann soll derselbe Berichterstatter die Sache auch später dem Plenum vortragen, wie eben Oberpräsident Dr. *Lehr* das für den fortschrittlich geleiteten Forstausschuß[267] schon getan hat.

Dann hat sich der Hauptausschuß mit der Frage der Stellung des Vorsitzenden bei Debatten beschäftigt.[268] Er ist einmütig zu der Auffassung gekommen, daß, wenn der Vorsitzende in einer über ein gewisses Maß hinausgehenden Weise in die Debatte eingreifen will, er dann in diesem Falle den Vorsitz an seinen Vertreter abgeben möchte.

Ich darf weiter die Gelegenheit benutzen, um auf einige Ausführungen des Herrn Generalleutnant *Robertson* von gestern zurückzukommen. Ich bitte namentlich den Herrn Generalsekretär, auf meine jetzigen Ausführungen zu achten. Aus den Ausführungen des Herrn Generalleutnant *Robertson* haben wir entnommen, daß in Zukunft dem Zonenbeirat noch eine erhöhtere Bedeutung zukommen soll als

---

265 Vgl. Anl. 148 sowie Dok. V.3 mit Anm. 129–134. Eine vorläufige Fassung der Anl. 148, auf die sich die von *Adenauer* vorgebrachten Korrekturen beziehen und die den Mitgliedern zunächst vorlag, in: PA 1/35.

266 Vgl. hierzu die Unstimmigkeiten betr. den Sonderausschuß für Agrarreform, Dok. V.3 mit Anm. 66.

267 Vgl. o. Anm. 253.

268 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 120.

Elektrische Energie kommt für Kochzwecke nur für einen verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung in Frage, da keine entsprechenden Elektrokochgeräte vorhanden sind. Außerdem ist durch die von der Militärregierung angeordnete Verbrauchsbeschränkung die Benutzung der elektrischen Energie für Kochzwecke allzusehr eingeschränkt.

Gas für Kochzwecke kommt ebenfalls nur für einen geringen Teil der Bevölkerung in Frage, wobei zu beachten ist, daß durch die Kriegsereignisse die Gaskocheinrichtungen in größerem Umfange vernichtet wurden. Vor allen Dingen aber ist der Gasverbrauch durch die Anordnungen der Militärregierung ebenfalls derart eingeschränkt, daß er zur Bereitung der notwendigsten Mahlzeiten nicht ausreicht.

Die im vorigen Winter für einen Teil der Städte noch greifbare *Minderkohle* kann nur noch zu einem Bruchteil der Bevölkerung für den Hausbrand zur Verfügung gestellt werden. Feinkohle wird überhaupt nicht mehr zugeteilt, und Schlammkohle ist bis auf geringe Mengen erschöpft.

Unter der Brennstoffnot leiden in besonderer Weise auch die Krankenstationen. Bereits im vergangenen Winter war es nicht mehr möglich, die Krankenanstalten auch nur notdürftig für ihre Operations- und Behandlungsräume sowie für die Krankenunterkunftsräume zu versorgen. Die Krankenziffern stiegen enorm.

Bei einer derart unzureichenden Vorrats- und Versorgungslage geht die Bevölkerung der Katastrophe rettungslos entgegen.

In dieser ernsten Situation bitten wir eindringlichst den Herrn Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, unsere Vorstellungen nachdrücklichst zu unterstützen, sowie die Alliierte Militärregierung, im allerletzten Augenblick die notwendigen und einzig möglichen Hilfsmaßnahmen zu ergreifen:

a) durch Freigabe ausreichender Mengen brauchbarer Hausbrandkohle unter gleichzeitiger hinreichender Transportermöglichung auf der Reichsbahn.

b) durch erweiterte Zugeständnisse für den Verbrauch elektrischer Energien und vor allen Dingen von Gas für Kochzwecke.〉

Ich möchte bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Sie haben den Antrag *Everling* und seine Begründung gehört. Wir sind in einer Situation, in der das Volk in Gefahr ist, zu hungern und zu frieren, und wir unseren Wunsch an die Kontrollkommission nicht tief und nachdrücklich genug vortragen können. Ich möchte Sie bitten, ohne Debatte dem Antrage zuzustimmen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer für den Antrag *Everling* ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.[263]

Dann kommen wir zu Punkt 32:

Bericht des Hauptausschusses

Adenauer: Der Hauptausschuß hat sich mit einer Ergänzung der Geschäftsordnung beschäftigt.[264] Sie finden das Ergebnis seiner Beratungen auf ihrem Platze

263 Hs. Zusatz: und Weiterleitung an die Kontrollkommission. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 27 und 28 und Anm. 37–47.

264 Das Prot. der Sitz. des HA vom 13. 8. 1946 war im Bestand des PA und des BA nicht zu ermitteln.

sehr unter der Kälte zu leiden gehabt. Wir waren nicht im Stande, unsere Arbeiten auszuführen, und wenn wir verfroren nach Hause kamen, kamen wir in kalte Zimmer und hatten außerdem unter Krankheiten zu leiden. Wenn wir in diesem Jahre mit einem strengen Winter zu rechnen haben und außerdem noch mit der geringen Ernährung vorlieb nehmen müssen, werden wir nicht mehr imstande sein, das erklären wir jetzt schon, überhaupt arbeiten zu können.

Ich weiß das aus eigener Erfahrung, denn ich bin in einem Bürobetriebe, wo rund 500 Angestellte tätig sind, die eine sitzende Beschäftigungsweise haben. Die waren so verfroren, daß sie einfach nur wenige Stunden am Tage arbeiten konnten. Sie waren abwechselnd täglich stundenlang in der Kantine, wo ein Ofen aufgestellt war, und haben sich dort aufgehalten. Niemand kann man daraus einen Vorwurf machen, denn es war einfach unmöglich, mit Frostbeulen an den Schreibmaschinen zu sitzen oder sonstige Arbeiten zu verrichten.

Aus diesem Grunde haben die Betriebsräte gebeten, noch einmal einen Antrag durch den Zonenbeirat einzureichen, daß wirklich sowohl für Hausbrand wie für Büros und Betriebe Heizmaterial bereitgestellt wird, und sie erklärten, wenn ein Aufruf an die Bergarbeiter gerichtet würde, nun für diesen speziellen Zweck eine kurze Zeit besonders tätig zu sein und vermehrt zu fördern, daß dann das Solidaritätsgefühl so stark sein würde, daß diesem Appell auch sicher Rechnung getragen würde.

Gleichzeitig liegt noch eine Entschließung vor, die auf der Verwaltungsleiter-Konferenz am 1. August in Hagen vor den erschienenen Stadtdirektoren der kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens angenommen worden ist und sich in der gleichen Weise äußert[262]:

> ⟨Die zur Verwaltungsleiterkonferenz am 1. August 1946 in Hagen erschienenen Oberstadtdirektoren der kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens haben sich zur Frage der Brennstoffversorgung 1946/47 wie folgt geäußert:
>
> Zu der katastrophalen Ernährungslage, unter der unsere Bevölkerung bis zur Verzweiflung und bis zum Verhungern leidet, tritt nicht minder schwer die Sorge um den täglichen Hausbrand zur Bereitung der Mahlzeiten.
>
> Bereits im vergangenen Winter war es unmöglich, die Haushaltungen mit dem notwendigsten Hausbrand zu versorgen. Dabei waren Reserven in den Haushaltungen, in den Wäldern und an Minderkohle vorhanden. Außerdem war der Winter milde. Nunmehr sind die letzten Reserven überall erschöpft.
>
> Unsere Verwaltungen haben bereits seit vielen Wochen die uns gebotenen Versorgungsmöglichkeiten mit größter Gewissenhaftigkeit überprüft, mußten aber auf der ganzen Linie erfolglos bleiben:
>
> *Torf* kommt ebenfalls für den nördlichsten Teil des Gebietes in geringer Menge in Frage und ist für unsere Großstädte aus Transportgründen nicht greifbar.
>
> *Brennholz* kann aus auswärtigen waldreichen Kreisen wegen der Unmöglichkeiten des Arbeitseinsatzes und des Transportes nicht beschafft werden und ist in dem eigenen an sich schon waldarmen Gebiet in dem vergangenen Winter bereits völlig erschöpft.

---

262 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß PA 1/203. Die Entschließung war dem ZB durch ein Schreiben des Oberstadtdirektors von Hagen, 3. 8. 1946, zugegangen.

gen die ungeheuren Schäden der gegenwärtigen Verhältnisse zu schaffen. Ich glaube, ich brauche diese Denkschriften hier nicht vorzutragen. Aber ich verweise darauf, daß unser Gesamtzuwachs in der britischen Zone etwa 6,5 Millionen fm beträgt, von denen etwa 4,9 Millionen fm auf die alten Bestände entfallen, die gerade ausreichend sind, den Nachwuchs zu schaffen.

Dieser gesamte Bestand von 6,5 Millionen fm wird allein schon in Höhe von 6,4 Millionen für den Nutzholzeinschlag verwendet. Dazu kommen 9 Millionen fm für den Brennholzeinschlag, und endlich kommen noch etwa 1,8 Millionen fm dazu für selbständigen Hieb der Besatzungstruppen, für unkontrollierbaren Einhieb in den bäuerlichen Waldungen und endlich für die nicht geringe Zahl der Holzdiebstähle. Wenn man alles zusammenrechnet, kommt man ohne die neue Exportumlage auf 17,2 Millionen fm. Das sind 350 % des greifbaren Zuwachses und 260 % des gesamten Zuwachses. Im Vergleich zum Vorrat beträgt diese Nutzung weit mehr als 2 %, nämlich 12 % der gebrauchsfähigen Holzvorräte und fast 11 % des Gesamtvorrats einschließlich der jungen Bestände.

Sie sehen, daß die Zahlen noch schlimmer sind, als wir sie uns Anfang Mai vorgestellt haben. Dazu kommt die ungeheure Auswirkung der Exporthiebe in Harz und Solling. Ich brauche nur die Tatsache vorzutragen, daß bis auf weiteres täglich im Harz 3 000 t Fichtenrundholz und teilgeschnittenes Blockholz und im Solling täglich 300 t Buchen-Schnittholz und 600 t Fichtenbalken zum Export nach England eingeschlagen werden.[258] Das entscheidende bei dieser ungeheuren Anforderung ist eben die Formulierung „bis auf weiteres täglich". Es kann diese Zahl also bedeuten, daß das 1–2 Monate dauert, ein halbes Jahr oder darüber hinaus diese Forderung fortdauern soll. Die Lieferung von täglich 3 000 t Rundholz bedeutet täglich 5–6 000 cbm oder monatlich 125 000–150 000 cbm Rundholz.

Ich will auf weitere Einzelheiten nicht eingehen und Sie mit Zahlen nicht ermüden. Ich möchte bitten, die im Umdruck vorliegende Entschließung zu I, II und III anzunehmen.

Vorsitzender: Sie haben den Bericht von Dr. *Lehr* gehört. Ich glaube, daß wir ohne Diskussion zur Annahme des Antrages schreiten können. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer für den Antrag des Berichterstatters Dr. *Lehr* ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich stelle einstimmige Annahme fest.[259]

Jetzt würde, da es sich letzten Endes um eine Frage der Brennstoffversorgung handelt, auch der Hausbrand im kommenden Winter in Frage stehen. Es liegt da ein Antrag *Everling* vor.[260]

Everling: Ich möchte mit einigen Worten sagen, wieso ich zu diesem neuen Antrage[261] gekommen bin. Bei mir waren letzthin Betriebsräte verschiedener Betriebe, die erklärten: Wir haben im vorigen Winter, der verhältnismäßig mild war,

258 Vgl. das Schreiben der MR (*Oliver,* Controller, Standing Timber) an *Assmann* (Leiter des Deutschen Forst- und Holzwirtschaftsrates), 10. 7. 1946 betr. Nutzholzlieferung. Harz- und Solling-Aktionen (PA 1/66).

259 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 26.

260 Vgl. o. mit Anm. 229–234.

261 Vgl. einen ähnlichen Antrag *Lehrs* u. a. in Dok. V.3 mit Anm. 269–274.

Vorsitzender: Wir können von dieser Mitteilung nur Kenntnis nehmen. Ich hoffe aber, daß die Beratungen bald stärker in Fluß kommen. Der nächste Punkt ist Punkt 31:

Bericht des Forstausschusses[253]

Kopf: Den Bericht wird der Berichterstatter Dr. *Lehr* erstatten.

Lehr: Sie erinnern sich, daß wir Anfang Mai dieses Jahres eine ausführliche Vorlage der Militärregierung und Kontrollkommission unterbreitet haben[254] über die Schäden, die die Übernutzung in den Waldgebieten der britischen Zone verursachte und über die Auswirkung dieser Schäden in bezug auf die Wirtschaft, Klima, Bodenbeschaffenheit usw. Damals hat uns die Militärregierung eine Antwort zukommen lassen, die uns nicht befriedigt hat und die vor allen Dingen einige Punkte enthielt, die uns zu einer erneuten Nachprüfung des gesamten Sachverhaltes nötigten.[255]

Die Militärregierung hat es als eine starke Übertreibung der Tatsachen bezeichnet, daß die Wälder, die sich für Nutzholz eignen, in wenigen Jahren durch die gegenwärtige Übernutzung zerstört sein würden und daß selbst unter Berücksichtigung des neuen Brennholzeinschlages für den kommenden Winter der Holzeinschlag für 1946 nicht 300 % des jährlichen Zuwachses oder auch nur annähernd umfassen wird. Wir haben das sehr sorgfältig nachgeprüft, sowohl in Hannover wie in Westfalen und im Rheinland, in Braunschweig und Oldenburg, und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Zahlen völlig richtig sind und sogar die Verhältnisse sich jetzt wesentlich verschlechtert haben, vor allem, wenn man die neue Exportumlage dazu rechnet. Wir haben dann in drei Denkschriften das Wesentliche niedergelegt, die Ihnen im Umdruck zugegangen sind.[256]

Die erste Denkschrift umfaßt die Nachprüfung unserer früheren Zahlen und die Einwendungen der Militärregierung zu diesen Zahlen, die zweite Denkschrift umfaßt den gegenwärtigen Nutzholzeinschlag und die angeordneten Exporthiebe in Harz und Solling[257], und die dritte Denkschrift umfaßt die Vorschläge von unserer Seite, die bei den jetzt stattfindenden Kahlschlägen notwendig sind, um in den kommenden Jahren ein langsames Aufforsten und einen einigermaßen Schutz ge-

---

253 Laut Zeitfolge (HStAH Nds. Z 50/77 f) sollte der Forstausschuß am 13. 8. 1946 um 18.00 Uhr tagen. Auf Wunsch seiner Mitglieder fand die Sitz. gemeinsam mit der des WpA statt (vgl. PA 1/276: Wortprot. der 2. Sitz. des WpA vom 13./14. 8. 1946, S. 58–64); vgl. ferner Dok. V.4, TOP 101.

254 Vgl. Dok. III.3 mit Anm. 153–158.

255 Vgl. Anl. 32 und Anl. 59.

256 Vgl. Anl. 146, die indessen lediglich die Entschließungsvorschläge beinhaltet. Die Denkschriften sind in den Unterlagen der 6. Sitz. nicht überliefert, wohl aber in PA 1/163: Stellungnahme zu der Entschließung der Kontrollkommission zu den Darlegungen d. Forstausschusses des Zonenbeirats vom 26. 4. 1946 [o. D., 6 Bl.]; Die Wirkung der von der englischen Mil. Reg. angeordneten Exporthiebe im Harz und Solling [o. D., 7 Bl.]; Der Wiederaufbau der Forsten [o. D., 3 Bl.].

257 In diese Denkschrift ging der Antrag *Kubel* vom 31. 7. 1946 ein: Verstärkte Holzeinschläge der North German Timber Control in Harz und Solling (vgl. a. a. O.).

Leute einer zentralen Stelle melden. Selbstverständlich muß ein bestimmtes Verfahren bei dieser Entnazifizierung eingeschaltet werden, damit wir auch eine objektive und sachliche Grundlage erhalten. Darum bitte ich Sie, daß der Flüchtlingsausschuß mit der Formulierung unseres Antrages beauftragt wird, dieses Material an die britische Militärregierung zu überweisen und dabei die Sammlung bekannter Faschisten zu berücksichtigen.

Vorsitzender: Wird noch das Wort gewünscht?

Adenauer: Ich verzichte.

Vorsitzender: Wir stehen vor der Frage, ob wir die Angelegenheit dem Ausschuß überweisen wollen oder nicht. Ich glaube, daß einige Punkte, die ja gestern General *Robertson* behandelt hat, durch die Frage erledigt sind. Von anderen Punkten glaube ich, daß sie einer nochmaligen Nachprüfung und Ergänzung bedürfen, sowohl von deutscher wie von englischer Seite. Von einem dritten Punkte, dem jetzt für uns entscheidenden Punkt, nämlich ob wir ein Zentralamt errichten sollen, glaube ich, daß er einer Prüfung des Ausschusses bedarf. Dr. *Menzel* hat die Überweisung dieser materiellen Anträge, vor allen Dingen die Errichtung des Zentralausschusses, an den Rechts- und Verfassungsausschuß beantragt.[251]

Ich bitte die Herren, die für dieses Verfahren sind, die Hand zu heben.

(Geschieht.)

Ich danke Ihnen.

Adenauer: Ich bitte, zu diesem Ausschuß den Flüchtlingsausschuß heranzuziehen.

Vorsitzender: Selbstverständlich. Wir nehmen das zu Protokoll, daß der Flüchtlingsausschuß zugezogen wird. Wir kommen zu Punkt 30:

Bericht des Kulturpolitischen und Sozialpolitischen Ausschusses

Frau Petersen: Der Kulturpolitische Ausschuß hatte die Frage des praktischen Jahres zu beraten. Da ganz überraschend jetzt eine Konferenz der nordwestdeutschen Hochschulen einberufen ist, auf der auch Vertreter der Studentenschaft anwesend sein werden und Herr *Grimme* außerdem Gelegenheit hat, Ende des Monats Vertreter verschiedener interessierter Berufsstände zu sprechen und auch gern eine weitere Verbindung mit den süddeutschen Ländern aufnehmen will, haben wir die Beratungen zunächst vertagt.[252]

---

251 Zur Stellungnahme der KK betr. die Anträge 1 und 2 (Einrichtung von Gemeinschaftsküchen; Rückführung von Flüchtlingsgepäck) vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 30 und 31; zum Bericht des RVA/FlA betr. die Anträge 3 und 4 (Zentralamt für Flüchtlingsfragen; Entnazifizierung von Ostflüchtlingen) vgl. a. a. O. mit Anm. 384–389; siehe ferner Anl. 331.a und 331.b.

252 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 81–87; vgl. hierzu weiter Dok. VIII.3 mit Anm. 243–246.

Die Behörde hat dann natürlich die Möglichkeit, ob sie diesen Auskünften größeres oder geringeres Gewicht beilegen will. Andererseits hat natürlich auch der Flüchtling eine Gelegenheit. Er kennt ja auch nicht alle antifaschistischen Persönlichkeiten seines Ortes und seiner Stadt, die sich jetzt in der britischen Zone befinden. Jetzt hat der Flüchtling Gelegenheit, sich an diese zentrale Stelle zu wenden und zu sagen: Macht mir einige Persönlichkeiten aus meinem Ort und meiner Gegend namhaft, auf die ich mich als Zeugen berufen kann und die mich vielleicht kennen.

Aber ich gebe Herrn Dr. *Adenauer* insofern recht, als gestern wieder ein neues Moment durch die Darlegungen des Generals *Robertson* hinzugekommen ist, und daß es vielleicht zweckmäßig erscheint, diese Angelegenheit noch einmal an den Flüchtlingsausschuß zurückzuverweisen.

Menzel: Wir sind zweifellos dem Ausschuß zu größtem Danke für diese eingehenden Arbeiten und Überlegungen verpflichtet. Ich glaube aber, daß die Gedanken, die uns heute vorgetragen sind, doch noch nicht so entscheidungsreif sind, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Bei dem ersten Antrag[250] handelt es sich um die Schaffung einer Art neuen Zentralamtes. Da müssen wir sehr vorsichtig sein. Wenn wir den Fall für sich isoliert betrachten, würde es ratsam sein, diese Frage der Schaffung eines solchen Zentralflüchtlingsamtes für die ganze britische Zone doch noch einmal dem Rechts- und Verfassungsausschuß zur Beratung zu überweisen, damit er entscheiden kann, ob ein solches Zentralamt notwendig ist, und wenn ja, in welcher Form es eingebaut werden muß.

Ich weiß nicht, ob der Hauptausschuß der richtige Ausschuß ist; denn er soll doch die politisch orientierten Dinge erledigen. Da es sich bei der Frage zur Schaffung eines neuen Zentralamtes um eine Frage des Aufbaus der Zone handelt, wäre es angebracht, wenn wir diese Frage in einem dieser Spezialausschüsse erörtern könnten.

Was den zweiten Punkt, die Bestimmung antifaschistischer Persönlichkeiten, angeht, so halte ich es für sehr gut und bin darin der gleichen Auffassung wie Herr Dr. *Adenauer,* daß wir dieses Material und diese Gedankengänge der britischen Militärregierung für die Abfassung des neuen Gesetzentwurfes übergeben.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung, daß wir diese Maßnahmen nicht nur auf diejenigen Frauen und Männer ausdehnen, von denen wir wissen wollen, ob sie zuverlässige Antifaschisten waren, sondern auch auf die Meldung und Prüfung von bekannten Faschisten. Denn Sie wissen ja, wer aus dem Osten kommt, behauptet meistens, nicht in der Partei gewesen zu sein. Wir haben in Rheinland und Westfalen schon sehr viele Fälle festgestellt, in denen sich nachher herausstellte, daß es sich bei diesen Leuten um sehr bekannte und aktive Faschisten gehandelt hat, denen es sogar gelungen war, durch irgendwelche Manipulationen unter einem völlig anderen Namen und unter völlig falschen Papieren aufzutauchen.

Es wäre also richtig, eine Art Fahndungsdienst für die Zone einzurichten. Das heißt, jeder, der aus seiner Heimat besonders belastete Pg's kennt, würde diese

250 Die Reihenfolge der dem Plenum vorgelegten Anträge entspricht nicht der im Kurzprot. (vgl. o. Anm. 245).

en immer Männer und Frauen, die bekannt seien und denen es ja nicht möglich wäre, etwa ihre frühere Haltung zu verschweigen.

Weiter ist dort ausgeführt, daß die Anlage einer Kartei eine längere Zeit erfordere. Dann vergleichen Sie mal den Beschluß, Herr *Andrée*, die politischen Parteien werden aufgefordert, den Flüchtlingsämtern alle Flüchtlinge namhaft zu machen, die nachweislich antifaschistisch tätig gewesen sind. Dieselbe Aufforderung ergeht an die Komitees für die politischen Gefangenen in der britischen Zone. Das Flüchtlingsamt erhält den Auftrag, diese namhaft gemachten Flüchtlinge karteimäßig zu erfassen. Bewerbungen von Flüchtlingen für leitende Stellungen in Verwaltung und Wirtschaft werden dem Zonenflüchtlingsamt zugeleitet. Wird durch Befragung geeigneter Personen aus der oben gebildeten Partei eine politische Begutachtung der Bewerbungen herbeigeführt?

Ich habe auch den Eindruck, daß dann dort Zufälligkeiten Tür und Tor geöffnet ist. Wie können wir hier in der britischen Zone feststellen, welche Leute in Schlesien oder in Ostpreußen antifaschistisch tätig gewesen sind? Wie können wir insbesondere nachprüfen, ob die Personen, die uns nun namhaft gemacht werden, wirklich antifaschistisch tätig gewesen sind? Ich kann ein Dutzend von Leuten aufzählen, Hunderte, die seit dem Zusammenbruch plötzlich antifaschistisch tätig gewesen sind und die früher nicht daran gedacht haben, antifaschistisch tätig gewesen zu sein.

Aber wenn Sie nun einen solchen Ausschuß einsetzen, dann übergeben Sie dem das Urteil über das Schicksal von Leuten, ohne daß Sie eine Garantie dafür haben, daß dieser Ausschuß wirklich so sachgemäß zusammengesetzt ist, daß er ein Urteil fällen kann. Dann scheint mir ein neues Moment hinzugekommen zu sein. Wir haben gestern gehört, daß Herr Generalleutnant *Robertson* mitgeteilt hat, daß seitens der britischen Kontrollkommission neue Vorschriften über die Entnazifizierung erlassen werden.[249] Ich bin daher der Auffassung, daß man vielleicht diesen Beschluß des Ausschusses und gleichzeitig die Bedenken, die, wie ich nochmals sagen kann, von einem sehr großen und namhaften Teil der Flüchtlinge herrühren, der britischen Kontrollkommission zuleitet, damit sie das Material bei der Festsetzung der Bestimmungen berücksichtigt, die sie im Begriff ist zu erlassen.

Andrée: Es handelt sich nicht um einen besonderen Ausschuß. Es geht vielmehr darum, daß man an einer zentralen Stelle die Adressen derjenigen bekannten Antifaschisten sammelt, die von den antifaschistischen Kreisen namhaft gemacht werden, die ja wohl allen zugelassenen Persönlichkeiten im ganzen Lande bekannt sind. Die Adressen dieser Leute sollen hier gesammelt werden, und wenn dann mal die Behörden über irgendjemanden, der vielleicht aus Breslau oder aus einem anderen Orte kommt, eine Auskunft haben wollen, dann fragen sie hier bei der Zentralstelle an, habt Ihr Persönlichkeiten mit bekannter antifaschistischer Gesinnung in eurer Kartei aus der Gegend und aus dem betreffenden Orte und der und der Stadt? Diese werden dann namhaft gemacht, diese werden dann gefragt: Kennt Ihr diesen Bewerber? Nun können sie dann ihr Urteil über das abgeben, was der Bewerber über seine politische Vergangenheit gesagt hat.

---

249 Vgl. o. mit Anm. 146 und 147.

Ausführungen, die Herr Dr. *Schumacher* gestern im Anschluß an die Rede des Herrn General *Robertson* hier zum Ausdruck gebracht hat.[248]

Ich möchte Sie bitten, die Anträge, die Ihnen vorliegen, anzunehmen.

Ich habe nur noch zu bemerken, daß der Text einiger Anträge etwas abgeändert werden muß. Es handelt sich nur um rein formale Änderungen.

Es heißt z. B. in dem Antrag, der sich mit der Einrichtung von Gemeinschaftsküchen befaßt:

> Der Flüchtlingsausschuß beim Zonenbeirat bittet den Zonenbeirat, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

Das kann ja der Zonenbeirat nicht, da müßte es wohl zweckmäßigerweise heißen:

> Der Flüchtlingsausschuß beim Zonenbeirat hält in jeder Gemeinde die Einrichtung ausreichender Gemeinschaftsküchen für erforderlich, um allen Flüchtlingen wenigstens einmal am Tage eine warme Mahlzeit zu sichern.

Dann müßte noch zweckmäßigerweise hinzugefügt werden:

> Die Provinzen und Länderverwaltungen werden gebeten, die entsprechenden Anordnungen zeitig genug zu erlassen.

In dem weiteren Antrag des Flüchtlingsausschusses, der sich mit der Rückführung des Flüchtlingsgepäcks beschäftigt, müßte hinzugefügt werden:

> Um einen interzonalen Rücktransport von Flüchtlingsgepäck und der Habe der während des Krieges in die Ostgebiete Evakuierten . . .

und bei dem anderen Antrage, der die Entnazifizierungsbestimmungen enthält, müßte wohl zweckmäßigerweise statt Flüchtlingsausschuß „Flüchtlingsamt" gesagt werden.

Mit diesen Änderungen versehen, meine Herren, bitte ich Sie, den Anträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Adenauer: Aus Kreisen der Flüchtlinge, und zwar von einem Herrn, der einen sehr großen Teil der Flüchtlinge besonders kennt, ist mir gestern die Mitteilung zugegangen, daß in Flüchtlingskreisen sehr erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag bestehen, den Herr Kollege *Andrée* bezüglich eines besonderen Entnazifizierungsverfahrens der Ostflüchtlinge vorgeschlagen hat.

Ich kann Ihnen die Gründe der Flüchtlinge kurz wiedergeben. Es wird da folgendes gesagt: Die Flüchtlinge hielten es nicht für angebracht, daß, nachdem von der Militärregierung und von den Flüchtlingsämtern die Gleichberechtigung der Flüchtlinge propagiert sei, wieder ein besonderes Verfahren für sie eingeführt würde. Außerdem liege ein sachlicher Grund nicht vor. Es könnten wohl einmal Flüchtlinge, die keine besondere Bedeutung haben, ihre Haltung während der nationalsozialistischen Zeit verschweigen, es handelt sich aber hier um Flüchtlinge, die für leitende Stellen der Verwaltung und Wirtschaft in Frage kommen. Das sei-

248 Vgl. o. bes. mit Anm. 151.

Damit glaube ich, ist auch der Antrag *Adenauer* erledigt, der dem Flüchtlingsausschuß ja auch vorgelegen hat.[246]

Dann möchte ich noch einmal unterstreichen, was Herr Oberpräsident *Lehr* gestern in der Fragestunde zum Vortrag gebracht hat[247], daß die Bestände an Hausrat und sonstigen Gebrauchsartikeln, die in den Lägern der Fabriken liegen, doch endlich freigegeben werden möchten, nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für diejenigen, die in der Westzone eingesessen sind und durch den Bombenkrieg alles verloren haben.

Dann müssen wir uns mit der Möglichkeit der Entnazifizierung der Ostflüchtlinge beschäftigen. Es ist bekannt, daß viele Verwaltungen dazu übergegangen sind, grundsätzlich Bewerbungen von Ostflüchtlingen abzulehnen, weil keine Garantie und keine Möglichkeit dafür besteht, ob die Angaben über ihre politische Vergangenheit in ihren Fragebogen richtig sind.

Der Flüchtlingsausschuß hat sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist schließlich zu dem Ergebnis gekommen, daß es zweckmäßig wäre, die Namen derjenigen antifaschistischen Ostflüchtlinge, die ja überall bekannt sind, hier an einer Zentralstelle zu sammeln. Dann haben nicht nur die Behörden die Möglichkeit, über diese Stelle und über diese antifaschistischen Ostflüchtlinge Erkundigungen über die Bewerbungen einzuziehen, die bei ihnen vorliegen, sondern auch die Ostflüchtlinge selbst, die sich entnazifizieren lassen wollen. Wenn sie sich bei irgendwelchen Behörden bewerben, haben sie dann die Möglichkeit, sich an diese Stelle zu wenden, sich antifaschistische Persönlichkeiten namhaft machen zu lassen, die aus ihrer Gegend sind und die sie dann als Zeugen für die Richtigkeit ihrer Angaben aufführen können.

Dann komme ich zu dem weiteren Antrage des Flüchtlingsausschusses, hier ein Zentralamt für Flüchtlingsangelegenheiten einzurichten. Auf allen Gebieten und allen Verwaltungszweigen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, überall müssen die Interessen der Flüchtlinge wahrgenommen werden. Jetzt hört der Aufbau der Behörden in den Ländern bzw. in den Provinzen mit den sogenannten Landesflüchtlingsämtern auf. Es muß aber meines Erachtens eine zentrale Stelle geschaffen werden, die alle diese einzelnen Bestrebungen zusammenfaßt, einheitlich ausrichtet und die Verbindung zu den sonstigen Zentralämtern schafft, die ja bereits gebildet sind, und überall versucht, bei allen Maßnahmen und bei allen Verwaltungen, die besonderen Interessen der Flüchtlinge wahrzunehmen. Um welche Interessen es sich dabei handelt, das ersehen Sie aus dem Antrage, der Ihnen vorliegt, und dessen Text auch eine weitere Begründung für die Einrichtung einer solchen Zentralstelle darstellt. Ich möchte Sie jedenfalls bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Dann ist zum Schluß noch der Antrag zu erwähnen, der die übervölkerten Gebiete des Westens und die volksarmen Gebiete des Ostens behandelt. Darüber kann ich mir weitere Ausführungen zur Begründung ersparen. Ich verweise nur auf die

246 Vgl. Anl. 80 (Antrag *Adenauer/Otto*).
247 Vgl. o. S. 719 f.

Andrée: Der Flüchtlingsausschuß hat sich an zwei Tagen eingehend mit der Lage der Flüchtlinge beschäftigt[244] und diejenigen Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, in der nächsten Zeit, besonders in diesem Winter, den Flüchtlingen unmittelbar Hilfe zu bringen. Diese Maßnahmen beziehen sich in der Hauptsache auf die Schaffung von neuen Wohnungen und Hausrat. Über diese beiden Punkte ist aber bereits in anderem Zusammenhang so viel gesagt worden, daß es nicht notwendig erschien, darüber noch besondere Vorlagen zu machen bzw. besondere Anträge des Flüchtlingsausschusses zu stellen.

Es sind aber noch andere Angelegenheiten, die die Flüchtlinge bedrängen, und zwar handelt es sich in diesem Winter vor allem darum, die Flüchtlinge vor den Einwirkungen der Kälte zu bewahren. Viele Wohnräume, besonders auf dem Lande, haben keinerlei Heizmöglichkeit, und infolgedessen ist es erforderlich, daß jede einzelne Gemeinde die notwendigen Wohnräume oder Tagesräume zur Verfügung stellt, die geheizt werden können, und auch das Material liefert, das Heizmaterial, damit die Flüchtlinge einen warmen Tagesraum haben und sich an kalten Tagen dort aufhalten können.

Ein entsprechender Antrag liegt vor.[245]

Weiterhin ist es nötig, meine Herren, daß in denjenigen Gemeinden, wo nicht alle Flüchtlinge Gelegenheit haben, sich selbst eine Mahlzeit zu bereiten, eine Gemeinschaftsverpflegung eingerichtet wird, um diesen bedauernswerten Menschen wenigstens die Möglichkeit zu bieten, einmal am Tage eine warme Mahlzeit einzunehmen.

Dann ist hier auch schon wiederholt über den Rücktransport derjenigen Möbel gesprochen worden, die von den während des Krieges aus den Westzonen nach dem Osten evakuierten Volksgenossen hingebracht worden sind, und daß diese Möbel, dieser Hausrat, doch wieder hier in die Westzonen gebracht werden könnten. Sie haben aus den Verlautbarungen der Presse zweifellos erfahren, daß das auf Widerstand gestoßen ist und daß die ganze Angelegenheit nicht so einfach ist. Aber nichtsdestoweniger ist es erforderlich, daß dieser Wunsch immer wieder von neuem zum Vortrag gebracht wird, um endlich einmal die Möglichkeit für die Rückführung dieses Hausrates zu schaffen.

Genauso steht es aber auch mit dem Hausrat der Flüchtlinge. Sie wissen, daß die Flüchtlinge nur so viel mitnehmen dürfen, wie sie tragen können. Das sind etwa 50 kg. Alles andere müssen sie dalassen. Viele Tausende von Flüchtlingen haben ihre ganze Habe noch in der Ostzone, und es wäre dringend erwünscht, daß diesen Leuten Gelegenheit gegeben wird, durch Organisierung von Eisenbahntransporten ihre Habe hierher zu bringen. Das würde auch eine unmittelbare Entlastung für alle die anderen sein, die ihr Hab und Gut durch den Bombenkrieg verloren haben.

---

244 Vgl. PA 1/271: Wort- und Kurzprot. der 1. Sitz. des FlA vom 30./31. 7. 1946; a. a. O.: Wortprot. der 2. Sitz. des FlA vom 13. 8. 1946; vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 282–327.

245 Die vier Anträge des FlA sind nicht in den Anl. zur 6. Sitz. überliefert, sie wurden während der Sitz. verteilt (vgl. StAB 3-R.1. m Nr. 132/2 Nr. 6: Anträge des Flüchtlingsausschusses, 14. 8. 1946). – Der endgültige Wortlaut der Anträge ist dem Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 133) zu entnehmen.

rität zu diskutieren, wie es dadurch geschehen ist, daß der Vater des süddeutschen Entwurfes, der Bodenreformer *Lubahn,* ein verdienter Mann, der mit großer Hingabe für seine Gedanken seit Jahren kämpft, es so gewünscht hat, in Verkennung des Umstandes, daß das Städtebaugesetz grundsätzlich etwas völlig anderes tut, so daß man überhaupt nicht zu Vergleichen kommen kann; denn man kann nur gleichartige Größen miteinander vergleichen. Der Ausschuß hat demgegenüber diese beiden ersten wichtigen Gesetzesmaterien getrennt voneinander behandelt und sich mit den Fragen und Bedenken im einzelnen befaßt.

Bei der Frage der Grundrentenabgabe spielten die Gesichtspunkte der rechten Unterscheidung zwischen unverdientem Wertzuwachs und Wertzuwachs, der in Wahrheit auf unternehmerischer Initiative beruht, eine Rolle. Es spielte weiter die Frage eine Rolle, ob eine hundertprozentige Erfassung oder geringerprozentige Erfassung in Frage kommen. Beim Städtebaugesetz sind beispielsweise, ich möchte nicht die ganze Debatte wiederholen, die Fragen erörtert worden, in welchem Umfange die dort beorderten Gerichte für die Abwendung einer Verwaltungswillkür ausreichen. Die beiden Gesetze sind so bedeutsam und die erörterten Probleme doch immerhin von solchem Gewicht, daß es der Ausschuß für richtig gehalten hat, noch weiter an den beiden Fragen zu arbeiten, und zwar soll dies geschehen im Zentralamt für Wirtschaft in Minden, zumal man sich hier im Zonenbeirat dahin entschieden hat, daß die Materien Wohnungsbau und Landesplanung in dieses Amt gehören und in kein anderes.[242] Außerdem hat man im Zentralamt für Wirtschaft zum Ausdruck gebracht, daß die Grundrentenabgabe nicht eigentlich eine Steuer im fiskalischen Sinne zum Zwecke der Beschaffung öffentlicher Einnahmen sei, sondern daß diese Grundrentenabgabe ein Instrument der Wirtschaftspolitik, eine Einflußnahme auf die Lenkung der Wirtschaft durch die Preise bedeutet und daher in die Zuständigkeit des Zentralamtes für Wirtschaft gehöre.

Die Sitzung wird diesmal dort sein, und das ist ein weiterer Fall für das Bestreben, meiner Meinung nach darf ich das noch besonders hervorheben, die Ausschüsse des Zonenbeirates in einen intensiveren Zusammenhang mit den jeweils entsprechenden Zentralämtern zu bringen.

Vorsitzender: Eine Diskussion in diesem Stadium ist, glaube ich, nicht möglich. Es handelt sich um zwei Berichte, und wir müssen die Leistungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses in Zusammenarbeit mit dem Zentralamt erst abwarten, ehe wir überhaupt diskutieren können.[243]

Ich würde es jetzt für richtig halten, wenn wir dem gestern zurückgebliebenen Punkt 15:

Bericht des Flüchtlingsausschusses

entgegennehmen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn *Andrée,* das Wort zu ergreifen.

---

242 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 149 und 150.
243 Vgl. hierzu weiter Dok. VIII.3 mit Anm. 223–230.

mit einer Grundrentenabgabe belegt werden, die den gesamten unverdienten Wertzuwachs abschöpft. Diese Grundrentenabgabe soll auch darüber hinaus nicht erst nach dem erfolgten Verdienst, sondern schon bald beim Hineinwachsen des betreffenden Grundstücks in den gesteigerten Wert erhoben werden.

Der süddeutsche Entwurf berührt mit einer kleinen Anzahl von Forderungen auch das Problem der Enteignung zum Zwecke der Bautätigkeit und das Problem, welche Gattungen von Wohnungen und welche Typen von Wohnungen gefördert werden sollen, und er nimmt in diesem Teil des Entwurfs den Gedanken der Heimstätte wieder auf und sieht somit das Rechtsinstitut der Heimstätte als das wichtigste rechtliche Modell an.

Dieser Entwurf hat dem Länderrat vorgelegen und ist von ihm verabschiedet worden.[238] Er ist aber von der Militärregierung der amerikanischen Zone in verschiedener Hinsicht beanstandet worden. Immerhin aber hatte die vorige Sitzung an sich das Ergebnis, daß auf Vorschlag von Bürgermeister *Petersen*[239] dieser Entwurf dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß überwiesen worden ist, damit er hier durchberaten wird. Nach Möglichkeit soll in dieser wichtigen Angelegenheit, die ja in gewissem Sinne innerlich mit der Agrarreform verwandt ist, ein gemeinsamer Beschluß beider Zonen, also eine gemeinsame Vorlage, zustandekommen.

Ferner hatte dem Ausschuß ein Entwurf über die rechtlichen Einrichtungen, die nötig sind, für den Aufbau der Städte, vorgelegen, und zwar nicht nur der zerstörten Städte, sondern auch über die gesamte Bautätigkeit, wie sie sich in dem veränderten Deutschland als notwendig erweist, also ein umfassendes Städtebaugesetz. Dieses Gesetz ist von dem Braunschweigischen Stadtbaurat *Göderitz* ausgearbeitet worden.

Es ist außerdem vom Städtetag in einer ganzen Reihe verschiedener Ausschüsse genauestens in monatelanger Arbeit durchgearbeitet und dann vom Vorstand des Städtetages verabschiedet worden.[240] Es ist zweitens ebenso gründlich von der Vereinigung der leitenden Wohnungsreferenten der Länder und Provinzen durchgearbeitet worden. Die Standpunkte haben sich gedeckt, so daß der Entwurf als gemeinsames Ergebnis der Länder und Provinzen, also ihrer Wohnungsabteilungen, und der Städte hierher gelangte.

Der zweite Entwurf umfaßt ein Rechtsgebiet, das sich mit dem süddeutschen Entwurf deckt.[241] In diesem zweiten Entwurf macht aber die Abgabe, die dort vorgesehen ist für die Bereiche der intensivierten Bautätigkeit und die sich inhaltlich mit der süddeutschen Grundrentenabgabe deckt, nur einen kleinen Teil aus, ist also gewissermaßen ein Mitläufer. Die beiden Gesetze haben also überhaupt nichts miteinander zu tun. Es ist auch unzweckmäßig, über eine logische oder zeitliche Prio-

238 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 244–251.

239 Vgl. Anl. 110.

240 Der Deutsche Städtetag hatte das Gesetz in seinen Sitzungen am 26. 7. und 10. 8. 1946 beraten. Ein Entwurf gemäß den Beschlüssen des Baurechtsausschusses vom 2./3. 8. 1946 war den Mitgliedern des WpA am 8. 8. 1946 zugesandt worden (vgl. PA 1/118).

241 Der Entwurf der brit. Zone war mit dem Namen *Göderitz* verbunden, der Entwurf der am. Zone mit dem Namen *Lubahn* (vgl. die Verweise bei Anm. 238). *Göderitz* hatte an der Sitz. des WpA als Sachverständiger teilgenommen.

Es muß die Bevölkerung in der britischen Zone sehr nachdenklich stimmen, wenn z. B. die Stein- und Braunkohlenförderung in der amerikanischen Zone während des vergangenen Winters den Monatsdurchschnitt der Jahre 1935/38 überschritten hat[233], während in der britischen Zone Förderung und Versorgung alle Wünsche offen ließen. Besonders jetzt, nachdem die Aufhebung der Wirtschaftsgrenzen zwischen der britischen und amerikanischen Zone beschlossen ist, müßte eine einheitliche Brennstoffversorgung möglich sein.

Es wurde ausgerechnet, daß die Kohlenförderung von 16 Tagen genügt, um die Versorgung der britischen Zone mit Hausbrand für den Winter sicherzustellen. Der Bergmann an der Ruhr würde den Ausfall dieser 16 Tage wieder einholen, wenn er wüßte, daß seine deutschen Landsleute nicht zu frieren brauchen.

Seine Arbeitsfreudigkeit ist durch ausreichende Ernährung zu steigern und durch das Bewußtsein, der deutschen Bevölkerung nicht nur Lebensmittel, sondern auch Wärme durch seine Kohlenlieferungen zu geben.〉

Ein weiterer Antrag behandelt die überaus schwierige Finanzlage der Länder und Gemeinden, die dringend eine restlose Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Quellen erfordert.

[. . .][234]

Ich habe das vorgelesen, damit ich noch mit dem Verbindungsstab mich schnell verständigen kann, ob und wieweit die Dinge unter „Sonstiges" gestellt und dort verabschiedet werden können.[235]

Vorsitzender: Beim nächsten Punkt der Tagesordnung Punkt 29:

Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

darf ich bemerken, daß Herr Dr. *Agartz* von seiner Kontrollstelle zurückberufen worden ist.[236] Herr Generalsekretär, würden Sie daher so freundlich sein, zu diesem Punkt zu sprechen.

Weisser: Der Ausschuß hat sich in zwei Sitzungen[237] mit folgenden beiden Gesetzesmaterien beschäftigt: einerseits damit, dem Länderrat in Stuttgart einen Gesetzesentwurf über die Bodenreform im Damaschkeschen Sinne, also über die Verhinderung unberechtigter Gewinne aus der Verwertung von städtischem Grund und Boden vorzulegen, mit der Tendenz, dieser städtische Grund und Boden soll

233 Diese Behauptung läßt sich an den Förderzahlen nicht belegen (vgl. EA 1/1946/47, S. 94–97). In der Tat war jedoch die Steinkohleförderung in der am. Zone – die einen Vgl. mit der in der brit. Zone indessen nur bedingt zuläßt – durch Kriegsschäden weit weniger in Mitleidenschaft gezogen als in den anderen Zonen und lag – bezogen auf 1938 – von Sept. 1945 bis Juni 1946 bei durchschnittlich 90 %. Im Vgl. zur vorhandenen Kapazität lag die Leistung z. T. sogar über 100 % (vgl. hierzu Military Government US-Zone, Industry, Report N° 11, 20. 6. 1946, S. 7; a. a. O., Report N° 12, 20. 7. 1946, S. 11).

234 Es muß sich um den bereits auf dieser Sitz. verlesenen Antrag *Lehrs* betr. Grundsteuergesetze handeln (vgl. o. mit Anm. 68–72).

235 Vgl. hierzu u. mit Anm. 303 und 304.

236 Gemeint ist wohl die „Trade and Industry Division der Economic Sub-Commission" der CCG(BE), vorgesetzte Dienststelle des ZfW, vgl. Vogel, Westdtld. II, S. 103 und S. 110 f., Anm. 8.

237 Vgl. PA 1/276: Wortprot. der Sitz. des WpA vom 13./14. 8. 1946.

〈Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen:

1. Der Bevölkerung in der britischen Besatzungszone Hausbrandkohle in einigermaßen ausreichender Menge rechtzeitig zur Verfügung zu stellen;

2. für den Fall, daß dem vorstehenden Antrag nicht uneingeschränkt entsprochen werden sollte, durch eine großzügige Propaganda-Aktion, die durch Verteilung zusätzlicher Lebensmittel zu unterstützen ist[230], den deutschen Bergmann zu vermehrter Kohlenförderung während eines Zeitraumes von 16–20 Werktagen zur ausschließlichen Hausbrandversorgung innerhalb der britischen Zone aufzurufen und die während dieses Zeitraums geförderte Kohlenmenge ausschließlich den Verbrauchern innerhalb der britischen Zone zuzuführen.

Begründung:

Der kommende Winter trifft eine Bevölkerung an, die neuen Strapazen nicht mehr standhalten kann. Die Bevölkerung ist völlig entkräftet, so daß auch die von der nächsten Versorgungsperiode an beginnende Verbesserung der Ernährungslage[231] das Versäumte nicht so schnell wieder aufholen kann. Wenn man als Mindestmenge für die Ernährung 2 000 Kalorien annimmt, dann sind zwar 1 337 ab 19. August 1946 besser als bisher 1 043, aber es fehlen immer noch 663. Wann diese zur Verfügung stehen, ist unbekannt.

Vor allem fehlen Fett und Eiweiß, also Nährstoffe, die der Körper bevorzugt für den Winter nötig hat. Es fehlt vitaminhaltige Nahrung im Kampf gegen die Mangelkrankheiten, die sich im letzten Winter schon stark bemerkbar machten.

In vielen Familien ist völliger Mangel an warmer Winterkleidung und Unterwäsche, so daß auch der Körper nur ungenügend gegen die Kälte geschützt werden kann.

Nach dem von Professor *Degkwitz* auf der 5. Sitzung des Zonenbeirats (10. Juli 1946) gegebenen Bericht des Wohlfahrtsausschusses[232] liegen jetzt schon in den Hamburger Krankenhäusern 1 000 Patienten mit Hungerödem. Nach demselben Bericht ist daher in Hamburg mit 9 000–10 000 erkrankten Personen zu rechnen. Handarbeiter mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren haben ein Untergewicht von 13 %, Angestellte mittleren Alters von 15 %. Die Tuberkulose breitet sich in erschreckendem Maße aus. Den Menschen fehlt jede Widerstandskraft. Wie sollen sie bei diesem Gesundheitszustand noch Kälte aushalten, wie sollen sie in ungeheizten Räumen arbeiten und in unzureichenden und dazu noch ungeheizten Unterkünften, die oftmals nicht als Wohnung bezeichnet werden können, hausen?

Die allgemeine Sterblichkeitsziffer betrug 1939 zwölf pro Tausend, im ersten Halbjahr 1946 achtzehn pro Tausend. Wie hoch wird sie in diesem Winter steigen?

Wie wird sich die erhebliche Zunahme der Kindersterblichkeit auswirken?

Wir verbrennen im Holz einen Rohstoff, der uns nur sehr langsam nachwächst. Wir benötigen dringend Holz für den Wiederaufbau unserer Häuser und Wohnungen, für Möbel und Geräte, für Papier und Zellulose. Statt dieser dringend notwendigen Verwendung verbrennen wir Holz, um nicht zu erfrieren!

Die Lungen unserer Großstädte, unsere Parkanlagen und Gärten, werden ihrer Bäume beraubt. Wir verbrennen alles, um nicht zu erfrieren!

Was wird geschehen, wenn wir einen kalten und strengen Winter bekommen? Bereits im letzten Winter war kein Gartenzaun sicher, ja Haustüren wurden ausgehängt, gestohlen und verbrannt. Kein Pfosten und keine Tür werden sicher sein, wenn kein Brennmaterial im nächsten Winter da ist, um der Kälte wirksam zu begegnen.

---

230 Vgl. hierzu o. bes. mit Anm. 177 und 178.
231 Vgl. hierzu o. Anm. 174.
232 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 156–162.

Vorsitzender: Meine Herren, Sie haben die Ausführungen von Herrn Dr. *Menzel* gehört. Es handelt sich zweifellos um ein dringendes aktuelles Gebiet, dessen Bearbeitung zuerst systematisch von der Provinz Westfalen in Angriff genommen worden ist.

Ich glaube nicht, daß hier eine lange Debatte zu diesem Punkte entstehen soll. Ich glaube, daß die Bitte, diesen Unterausschuß in einen selbständigen Ausschuß des Zonenbeirates zu verwandeln, berechtigt ist.

Liegen Wortmeldungen vor? Da das nicht der Fall ist, bitte ich, wer für den Antrag Dr. *Menzel* ist, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle einstimmige Annahme fest.[226]

Ich möchte jetzt dem Herrn Generalsekretär das Wort für die Mitteilungen über die neuen Eingänge geben.

Weisser: Ich halte es für zweckmäßig, zunächst noch einige eingegangene Anträge mitzuteilen, damit Sie entscheiden, was unter „Sonstiges" noch behandelt werden kann.

Eingegangen ist ein Antrag *Podeyn* für *Schlange-Schöningen* betr. Erfassung von Fischlebertran.[227]

Dann liegt ein Antrag von Dr. *Adenauer* vor betreffend Einsatz einer deutschen Walfängerflotte zur Verbesserung der Fettversorgung.[228]

⟨Der Zonenbeirat wolle beschließen, die britische Abteilung der Kontrollkommission darum zu bitten, sich dafür einzusetzen, daß die deutsche Walfängerflotte für ein bis zwei Jahre Deutschland wieder zur Verfügung gestellt wird, um damit die Fettversorgung der Bevölkerung zu heben.

Begründung:

Die Schließung der Fettlücke scheitert z. Zt. daran, daß zusätzliche Fette nur auf dem Weltmarkt unter Inanspruchnahme fremder Währungen erworben werden können. Die Wiederaufnahme des Walfanges würde Deutschland in den Stand setzen, erhebliche Fettmengen zu produzieren ohne nennenswerte Devisenausgaben, da höchstens ausländische Hafenkosten in Betracht kämen. Angeblich soll schon eine einzige Walkocherei mit den dazu gehörenden Fangschiffen und einigen Tankdampfern im Stande sein, beträchtliche Fettmengen zusätzlich zu beschaffen. Selbst im Falle, daß die deutsche Walflotte schon aufgeteilt sein sollte, müßte es sich ermöglichen lassen, unserem Antrag zu entsprechen.⟩

Ein Antrag von *Everling/Kopf* [!] für Hausbrand und Büroheizung im Winter 1946.[229]

---

226 Laut Kurzprot. (Dok. VI.4), TOP 131 c, wurde der GS ersucht, bei der KK die hierzu erforderliche Genehmigung einzuholen. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 25.

227 Vgl. hierzu u. S. 769; dort auch Wortlaut des Antrages.

228 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 151. – Zur Behandlung des Antrags vgl. u. mit Anm. 295 und 296.

229 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 147 (Antrag *Everling*!) – Zur Behandlung des Antrags vgl. u. mit Anm. 260–263.

die andere Angelegenheit sehr stark politisch ist, aber ich möchte den Beschluß hier nicht revidieren. Es kann die Situation eintreten, wo dann beide Ausschüsse zusammentreten, nicht aber beide abstimmen. Aber die Situation läßt sich nicht überblicken. Ich möchte Herrn Dr. *Groth* sagen, Sie könnten sich mit der Erklärung begnügen. Wir kommen zu Punkt 28:

Bericht des Unterausschusses „Staatsbürgerliche Bildungsstellen"

Menzel: Der Ausschuß hat in einer der letzten Sitzungen sich mit der staatsbürgerlichen Aufklärung befaßt und vor allem mit Maßnahmen gegenüber der Propaganda. Ich verweise auf die Punkte [!] 36, 37 und 38 des letzten Protokolls.[223] Es ist dann ein Unterausschuß eingesetzt worden[224], der prüfen sollte, wie in dieser Hinsicht in der Provinz Westfalen gearbeitet worden ist. Dieser Unterausschuß hat gestern getagt und ist einstimmig zu folgendem Beschluß gekommen, der den Damen und Herren vorliegt. Ich will ihn kurz verlesen[225]:

> ⟨Der Unterausschuß hat von den Arbeiten der Provinz Westfalen auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Aufklärung Kenntnis genommen. Er begrüßt diese Maßnahme und empfiehlt den übrigen Ländern und Provinzen, diesem Beispiel zu folgen.
>
> Die Durchführung dieser staatsbürgerlichen und Schulungsarbeiten soll bei den Provinzen und Ländern im Einvernehmen mit einem beratenden Beirat geschehen. Dieser Beirat ist von den politischen Parteien zu bilden.
>
> Die staatsbürgerlichen Bildungsstellen der Länder und Provinzen sind verpflichtet, das Material und ihre Erfahrungen untereinander auszutauschen.
>
> Der Unterausschuß soll in einen ständigen Ausschuß des Zonenbeirates umgewandelt werden. Seine Aufgaben sollen vor allem in dem gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Anregungen bestehen.⟩

Ich darf hinzufügen, daß dieser politische Beirat, der von den politischen Parteien gebildet wird, die Möglichkeit hat, auch sogenannte unpolitische Stellen hinzuzuwählen. Die Fachkenner sind dann auf den Gebieten der Rundfunksendungen, der Dramaturgie oder der Filmherstellung zu bestimmen, damit diese Männer dann ihre fachlichen Ratschläge geben können, wie die politischen Vorträge und die politischen Maßnahmen der Öffentlichkeit übermittelt werden können. Wir bitten, diesem Beschluß zuzustimmen, weil wir zunächst die Schaffung einer neuen Zentralstelle auf diesem Gebiet vermeiden wollen. Andererseits besteht aber zweifellos das Bedürfnis, daß alle Länder und Provinzen sich gegenseitig die Erfahrungen auf diesem Gebiete austauschen, so daß wir es für richtig halten würden, diesen einmaligen Unterausschuß in einen ständigen Ausschuß des Plenums zu verwandeln, damit er die Anregungen weitergeben kann und alle Provinzen und Länder wissen, was auf diesem Gebiete in anderen Ländern getan wird.

---

223 Gemeint sind die *Anl.* 36, 37 und 38 zur 5. Sitz. (vgl. Anl. 99–101), mit denen sich der RVA befaßt hatte, vgl. ebenfalls Dok. V.3 mit Anm. 135–137.

224 Vgl. a. a. O., Anm. 196: Unterausschuß Staatsbürgerliche Bildungsstellen für Maßnahmen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Propaganda. . . .

225 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß Dok. VI.4, TOP 131: Beschluß des „Unterausschusses Staatsbürgerliche Bildungsstellen", gefaßt auf dessen 1. Sitz. am 13. 8. 1946.

Provinzielle Regelung der Vorratshaltung in der Getreidewirtschaft[217]

Das ist eine insofern etwas komplizierte Frage, als sich da zwei Ausschüsse streiten, der Ernährungspolitische und der Wirtschaftspolitische Ausschuß. Ich möchte vorschlagen, den Ernährungspolitischen Ausschuß [!] mit der Federführung zu beauftragen und den Wirtschaftspolitischen [Ausschuß] heranzuziehen. Da sich ein Widerspruch gegen diese Regelung nicht erhebt, stelle ich die einstimmige Annahme fest.[218] Wir kommen zu Punkt 27:

Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

Lingemann: Der Verfassungsausschuß hat sich in seiner [vor]gestrigen Sitzung mit dem Schreiben der Kontrollkommission beschäftigt, das die Kontrollkommission dem Zonenbeirat über die Bekämpfung der falschen Denunziationen zugestellt hat.[219] Es liegt ein von mir vorbereitetes Rechtsgutachten und ein Verordnungsentwurf vor.[220] Da aber in der vorgestrigen Sitzung wieder fünf Mitglieder verhindert waren, daran teilzunehmen, da ferner von den anwesenden Mitgliedern noch weitere Anregungen kamen und der Wunsch geäußert wurde, die Sache noch weiter zu beraten, so hat der Rechts- und Verfassungsausschuß beschlossen, den Antrag auf die nächste Tagesordnung übergehen zu lassen.[221]

Vorsitzender: Wir nehmen diese Tatsache zur Kenntnis. Ich bitte Herrn Dr. *Groth* zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Groth: Da das Gesetz über die Unschädlichmachung von Nationalsozialisten an den Rechts- und Verfassungsausschuß gegangen ist[222], würde es sich empfehlen, die Vorlage über die Unterstützungen an Angehörige der Opfer des 20. Juli auch dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.

Vorsitzender: Herr Dr. *Groth,* über den Umstand kommen wir nicht hinweg, daß das an sich eine politische Frage ist. Ich könnte jetzt ohne weiteres sagen, daß auch

---

217 Vgl. Anl. 145. – *Lehr* hatte diesen Antrag bereits am 1. 7. an das Generalsekretariat gesandt, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 113/2 Nr. 8. Auf der LChK am 7./8. 7. 1946 in Celle wurde dieser Punkt ebenfalls besprochen, doch keine Einmütigkeit erzielt und daher kein Beschluß gefaßt, vgl. a. a. O.: Prot. der LChK vom 7./8. 7. 1946, S. 3. – Der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e. V. sprach sich für die Zukunft gegen die Reichsstelle für Getreide aus, vertrat jedoch angesichts der knappen Reserven die Ansicht, daß eine zentrale Lenkung vorerst nicht entbehrt werden könne. Die Vorratshaltung sollte in den Anlandeplätzen der Importe, d. h. den Nordsee- und Rheinhäfen, erfolgen, um auftretende Versorgungslücken kostengünstig und schnell schließen zu können (PA 1/155: Schreiben *Hochgraßl* an ZB, 18. 7. 1946). Für eine zentrale Regelung in dieser Frage sprach sich auch das ZEL aus (vgl. a. a. O.: *Podeyn* an *Weisser,* 29. 7. 1946) und war gegen eine Behandlung des Antrages im ZB.

218 Vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 160 und 162 sowie Anm. 109.

219 Vgl. Anl. 99.

220 Vgl. PA 1/234: Rechtsgutachten *Lingemanns* vom 8. 8. 1946 betr. Gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen (15 Bl.); das Gutachten enthält auch den hier erwähnten Verordnungsentwurf und entspricht Anl. 258.

221 Vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 149–151 sowie Anm. 109.

222 Vgl. o. mit Anm. 201.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.[208]

Wir kommen zu Punkt 23:

Zwischenlösung zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone

Das gehört meiner Ansicht nach in den Verkehrsausschuß.[209] Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind. Wir kommen zu Punkt 24:

Unterstützungen an Angehörige der Opfer des 20. Juli

Die Sache geht auf ein Schreiben der Kontrollkommission zurück.[210] Ich bin nicht dafür, daß im Plenum die Angelegenheit so übers Knie gebrochen wird. Ich bitte, den Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen.[211] Da ich festgestellt habe, daß sich ein Widerspruch nicht erhebt, ist es so geschehen.

Wir kommen zu Punkt 25:

Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten[212]

Das würde ungefähr für diese Wahl zu spät kommen.[213] Ich bin dafür, falls auch noch weitergehende Regulierungen in der Frage eintreten, diesen Antrag an den Verfassungs- und Rechtsausschuß zu überweisen.[214]

Da sich kein Widerspruch erhebt, ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 25 a:

Ergänzung der Wahlordnung Nr. 31[215]

Auch diese Vorlage wird, da sich kein Widerspruch erhebt, dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.[216] Wir kommen zu Punkt 26:

---

208 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII. 3 mit Anm. 21.
209 Vgl. Anl. 142. – Dieser Antrag *Petersens* war auf der 5. Sitz. (vgl. Dok. V.3 mit Anm. 35 und 36) von der KK noch zurückgestellt worden; vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 374–376.
210 Vgl. Anl. 143.
211 Vgl. den Bericht des HA im Wortprot. der 7. Sitz. (Dok. VII.3 mit Anm. 274–276).
212 Vgl. o. mit Anm. 41–43.
213 Gemeindewahlen in der brit. Zone: 15. 9. 1946; Kreistagswahlen: 13. 10. 1946.
214 Vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 152–156 sowie Anm. 109.
215 Vgl. Anl. 144; bezogen auf die VO Nr. 31 der brit. MR vom 30. 5. 1946: Die Wahl von Vertretern (Amtsbl. brit. MR, S. 222–226).
216 Vgl. wie o. Anm. 214.

Wir kommen zu Punkt 21:

Freigabe von Jugendherbergen

Da glaube ich, daß wir diese Sache im Plenum erledigen müssen.

Frau Petersen: Wir können diese Vorlage[204] hier zur Abstimmung bringen. In Bayern hat das Ministerium für Arbeit und Volkswohlfahrt in Bezug auf die Jugendherbergen die Anweisung erlassen, daß die Genehmigung für schon vorher beschlagnahmte Jugendherbergen nachträglich gegeben werden muß.[205] Das können wir hier nicht, weil wir zuviel Flüchtlinge hier haben. Wir möchten gerne, daß vor jeder Beschlagnahme einer solchen Jugendherberge die Jugendausschüsse gehört werden und Erhebungen angestellt werden, für welche Zwecke diese Beschlagnahme durchgeführt worden sind. Ebenso möchten wir unterrichtet werden, wenn mit Freigabe zu rechnen ist. Es liegt uns daran, einen Überblick über die Lage zu gewinnen.

Dieselbe Möglichkeit möchten wir gerne angewandt wissen auf die Schullandheime, weil damit die Möglichkeit gegeben ist, daß die Klassen aus den zerstörten Städten herauskommen und so einmal drei oder vier Wochen in einer ländlichen Umgebung leben und arbeiten können. Ich bitte daher, dem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender: Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Ich halte das für die Sache als solche für eine Selbstverständlichkeit. Wer dafür ist, bitte ich, die eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle einstimmige Annahme fest.[206]

Wir kommen zu Punkt 22:

Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertiggebauter Fischkutter[207]

Ich glaube, das ist eine Angelegenheit, die wir keinem Ausschuß überweisen, sondern heute im Plenum erledigen. Ich glaube auch, daß, wenn ich so sagen darf, der Zwang und die Logik der Tatsache auch jede Begründung ausschließt.

Sind Wortmeldungen erwünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

---

204 Vgl. Anl. 141.

205 Gemeint ist, daß alle beschlagnahmten Jugendherbergen sofort freigegeben werden sollten (vgl. ebd.); weiteres Material hierzu vgl. in BayHStA MK-Abgabe 1987 (vorläufig!) Nr. 151/IVa.

206 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 20.

207 Vgl. o. mit Anm. 44.

Beschleunigung der Entnazifizierung – Vorbereitende Ausschüsse bei Behörden

Das scheint mir ein Antrag[198], der dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen werden muß.

(Zuruf: Ist nicht in den Ausführungen von General *Robertson* angekündigt worden, daß ein neues Verfahren von Seiten der Engländer kommt?[199])

Schneider: Als Antragsteller muß ich sagen: Das ist richtig, aus Gründen der Beschleunigung könnten wir ja doch hier beitreten, auch wenn das neue Verfahren kommt. Darüber sind wir doch alle einig, daß das Entnazifizierungsverfahren bald zum Abschluß kommt. Das entspricht ja auch den Erklärungen, die Sir Sholto *Douglas* bei seiner Ansprache[200] hier ausgedrückt hat. Danach soll ein Termin gesetzt werden, bis zu dem nun, damit es im deutschen Volke endlich darüber zur Beruhigung kommt, dieses Verfahren zum Abschluß gelangt.

An sich könnte man der Beschleunigung ja wohl zustimmen.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Dr. *Schneider* zustimmen, wenn wir diesen Punkt nicht von der Tagesordnung wegnehmen. Wir hoffen, daß das keine schwere Arbeitsüberlastung des Rechts- und Verfassungsausschusses bedeutet.

Wer für dieses Verfahren ist, bitte ich die eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle einstimmige Annahme fest.[201]

Wir kommen zu Punkt 20:

Vorrang für Beamte und ihre Familien in der Erteilung der Zuzugsgenehmigung am Beschäftigungsort[202]

Ich glaube aber, das gehört in den Sozialpolitischen Ausschuß. Ich stelle fest, daß kein Widerspruch erhoben wird. Damit ist der Antrag dem Ausschuß überwiesen.[203]

---

198 Vgl. Anl. 139.
199 Vgl. o. mit Anm. 146 und 147.
200 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 181.
201 Antrag nicht dem RVA, sondern der KK überwiesen, vgl. u. mit Anm. 301 und 302.
202 Vgl. Anl. 140.
203 Auf der gemeinsamen Sitz. von SpA und WpA am 18. 9. 1946 wurde einhellig festgestellt, daß weder der SpA noch der ZB insgesamt für diese Frage zuständig wären. Man kam überein, den Antrag „den Verwaltungsbehörden der Zone zur direkten Verständigung untereinander unter Hinzuziehung des Antragstellers" zu überweisen. Da somit der einzige TOP der geplanten Sitz. des SpA vom 19. 9. 1946 erledigt war, fiel diese Sitz. aus, vgl. PA 1/266: Wortprot. der Sitz. des SpA vom 18. 9. 1946, S. 29 ff.

Wir kommen zu Punkt 18:

Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene[196]

Henßler: Ich glaube, auch in diesem Falle ist eine Ausschußberatung nicht notwendig. Soweit ich festgestellt habe, herrscht im allgemeinen dieselbe Auffassung. Der Antrag verlangt oder bittet, in Erwägung zu ziehen, ob nicht Zug um Zug ein Austausch von Kriegsgefangenen auf folgender Basis möglich wäre:

1. Anstelle von Kriegsgefangenen werden belastete Parteiangehörige aus Deutschland unter denselben Bedingungen wie Kriegsgefangene in England zur Arbeit eingesetzt.

2. In Deutschland angeworbene Freiwillige werden in England unter denselben gleichen Bedingungen wie Zivilarbeiter zur Arbeit eingesetzt.

Dann wird angeregt, zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene die Schaffung einer Zentralstelle vorzusehen. Ich möchte bitten, dem Antrag zuzustimmen. Ich möchte noch bemerken, ich bin der Überzeugung, es gibt einen großen Teil junger Menschen, die freiwillig bereit wären, solche Arbeit als Zivilarbeiter zu übernehmen.

Vorsitzender: Man muß also unterscheiden, die belasteten Pg's gehen unter den Bedingungen der Kriegsgefangenen und die Freiwilligen unter den Vorschriften für freie Arbeiter.

Adenauer: Es fragt sich, wer entscheidet über die Belastung.

Henßler: Es könnten dann nur solche in Frage kommen, bei denen diese Belastung ganz eindeutig feststeht.

Adenauer: Wollen wir nicht sagen die schwerer Belasteten?

Henßler: Ich habe keine Bedenken, die Bezeichnung „schwerer belastete" dafür einzufügen.

Vorsitzender: Ich glaube, eine Aussprache ist nicht nötig. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle einstimmige Annahme fest.[197]

Wir kommen zu Punkt 19:

196 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 48–53 (Antrag *Grimme/Kopf/Henßler*).
197 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 17 und 18 sowie Anl. 160, Anm. 1.

bemerken, daß sämtliche Mitglieder des Zonenbeirats den dringenden Wunsch haben, in einem früheren Stadium der Dinge beteiligt zu sein.

Die nächste Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses wird in Herford[191] stattfinden. Sie wird von Hamburg aus mit Mr. *Ryan* vereinbart werden, und die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses werden die telegraphische Einladung erhalten.

Damit haben wir unsere Tagesordnung für heute erschöpft. Wir wollen unsere Tagung morgen um 10.00 Uhr beginnen, dann werden wir bis 1.00 Uhr fertig sein.

Schluß der Sitzung: 18.05 Uhr

Mittwoch, 15. August, 10.10 Uhr[192]

Vorsitz: *Schumacher*

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung und begrüße die Herren des Verbindungsstabes sowie die erschienenen Mitglieder des Zonenbeirates. Wir fahren fort bei Punkt 17:

Erhaltung der Insel Helgoland

Ich möchte Ihnen vorschlagen, diese Angelegenheit nicht einem Ausschuß zu überweisen, sondern erst gleich im Plenum zu behandeln. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Kopf: Meine Herren, der Antrag mit Begründung liegt vor.[193] Die Stellungnahme dazu stammt vom Vorstand der Geographischen Gesellschaft zu Hannover.[194] Ich kann mir ersparen, weitere Ausführungen dazu zu machen. Ich bitte, ohne Debatte diesen Antrag einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender: Da das Wort hierzu nicht gewünscht wird, bitte ich, wer für die Annahme des Antrages ist, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.[195]

---

191 Die Sitz. fand in Lemgo statt, vgl. o. Anm. 189.

192 Der Beginn der Sitz. war ursprünglich auf 9.00 Uhr festgesetzt worden, vgl. HStAH Nds. Z 50/77 f: Zeitfolge, 6. Sitz.

193 Vgl. Anl. 138. – Bereits am 11. 5. 1945, dem Datum der Besetzung Helgolands durch brit. Marinestreitkräfte, war eine totale Räumung der Insel angeordnet worden, mit der man am 12. 5. 1945 begann, vgl. Dokumente dt. Kriegsschäden IV/3, S. 4 f. Vgl. ebenfalls StAB 3-M.2. a. Nr. 369.

194 Nicht in den Anl. zur 6. Sitz. überliefert. Vgl. PA 1/245: Geographische Gesellschaft zu Hannover an *Weisser*, 31. 7. 1946. In der Anl. eine Eingabe der Gesellschaft an die brit. MR, ebenfalls 31. 7. 1946.

195 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 15 und 16.

haben sie bisher ihr eigenes Sozialversicherungssystem gehabt, und man mag sagen, daß eine Abschaffung dieser Einrichtung gerechtfertigt sein könnte. Der Gesetzentwurf sieht lediglich vor, daß die bisherigen Einrichtungen beibehalten werden, wenn das erwünscht ist. Das ist ein anderer Punkt, und ich würde es besonders begrüßen, wenn der Ausschuß sich darüber äußern würde.

Es sind dann Kriegspensionen erwähnt worden. Sie fallen tatsächlich nicht in den Rahmen dieses Gesetzentwurfes. Aber ich möchte die Versicherung geben, daß irgendwelche Extrabelastungen, die auf die Landesversicherungsanstalt durch die Überweisung solcher Kriegsverletzten fallen, von der Zentralstelle getragen würden und nicht von den Landesversicherungsanstalten. Ich möchte das ganz besonders betonen.

Der nächste Punkt wären die Beiträge von der Zentralstelle zu den einzelnen Versicherungsanstalten. Es sind besondere Vorkehrungen in dem Gesetzentwurf vorgesehen, die diese Unterstützung von der Zentralstelle vorsehen. Das heißt nicht, daß Unterstützungen auf Grund der jetzigen Formen gezahlt werden, die in vieler Hinsicht ganz unökonomisch sind. Die Frage der Beiträge von der Zentralstelle muß erneut geprüft werden. Aber es ist nicht die Rede davon, daß solche Beiträge überhaupt aussetzen werden; sie werden nach Bedarf gegeben werden.

Ein weiterer Punkt war dann noch die Beteiligung von Ärzten an den Ausschüssen der Verwaltung. Ich glaube, es war vorgeschlagen, daß die Ärzte bis zu 50 % vertreten sein sollen. Das ist ein vollkommen neuer Vorschlag und ich würde vorziehen, dazu keine Stellung zu nehmen.

(Zuruf: Für uns auch!)

Der letzte Vorschlag, den ich mir notiert habe, ist der, daß der Ausschuß gern den gesamten Wortlaut des Gesetzentwurfes vorgelegt haben möchte.

(Zuruf: Nicht nur der Ausschuß!)

Weiterhin möchte ich betonen, daß dieser Gesetzentwurf noch im Stadium der Beratung ist. Ich habe den Versuch gemacht, in dem Schreiben, das vorliegt, die wesentlichen Bestandteile des Gesetzentwurfes klar zu machen. Je nachdem die weiteren Punkte diskutiert werden und eine Übereinstimmung erzielt wird, werde ich sie Ihnen vorlegen. Aber ich hoffe, daß der Zonenbeirat mit dem zufrieden sein wird, was er im Augenblick vor sich hat und daß ihm das zur Stellungnahme und zu weiteren Kommentaren genügen wird. Ich möchte betonen, daß wir jeden Vorschlag, der von der Seite gemacht wird, sorgfältig studieren werden.

Böckler: Ich bin anscheinend in einem Punkte mißverstanden worden. Ich habe mich nicht gegen die Zusammenlegung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung gewandt. Ich halte dies für absolut notwendig. Was wir wünschen, ist, daß nicht die Angestellten heruntergesetzt, sondern die Arbeiter heraufgehoben werden.

Vorsitzender: Dann bleibt mir nur noch übrig, Mr. *Ryan* für seine freundlichen Auskünfte zu danken. Grundsätzlich möchte ich als Standpunkt des Zonenbeirats

Ryan: Es würde mich sehr freuen, der Ausschußsitzung über Sozialversicherung beizuwohnen, wenn sie für morgen arrangiert werden könnte. Aber nach morgen muß ich wieder aus Hamburg weg.

Vorsitzender: Es würde sich um einen Termin in ca. 14 Tagen handeln.

Ryan: Ich würde mich freuen, einer solchen Sitzung beizuwohnen.

Weisser: Sollen wir hier tagen, oder wäre es erwünscht, wenn wir in Herford bei [der] Manpower [Division] tagen würden?

Ryan: Ich würde vorschlagen, im Hauptquartier der Manpower-Abteilung zu tagen.[189] Ich möchte mich nun zu den Punkten, die von den einzelnen Herren erwähnt sind, äußern.

Der erste Punkt ist der, daß die Unfallversicherung unabhängig von der Versicherung der anderen Abteilungen bleiben soll. Ich stimme selbst mit Ihnen darin überein. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die Unfallversicherung getrennt bleiben soll. Es wird eine selbständige Einheit bleiben, und die einzige Abweichung von dem bisherigen Stande ist die, daß anstelle des bisherigen Systems auf einer Industriebasis die Provinz als Basis genommen wird. Beiträge und Leistungen werden dieselben bleiben.

Der nächste Punkt ist die Ausdehnung der Zwangsversicherung. Wir haben uns in Berlin sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. Es ist ganz klar, daß bei dem gegenwärtigen Zustande Deutschlands die Beiträge von möglichst breiten Schichten eingezogen werden müssen, um das ganze Versicherungssystem gesund zu erhalten. Zwei Klassen der Bevölkerung sind insbesondere erwähnt worden: die unabhängigen Landwirte und die Beamten. Es ist ganz klar, daß die Einschließung dieser beiden Klassen eine wesentliche Erhöhung des Einkommens der Sozialversicherung bedeuten würde. Ich möchte aber betonen, daß die unabhängigen Landwirte anderer Ansicht gewesen sind. Das ist ein Punkt, über den ich mich sehr freuen würde, wenn der Ausschuß sich dazu äußern würde.

Der nächste Punkt ist die Alters- und Invalidenversicherung. Es ist gesagt worden, daß die Abschaffung des Unterschiedes zwischen Alters- und Angestelltenversicherung[190] ein Unrecht wäre. Die Wirkung dieser Fusion würde aber nicht eine Senkung sein, sondern eine Erhöhung des Durchschnittsniveaus der Pensionen für die Gesamtheit der versicherten Menschen, die die Schlüsselnote des Systems zuerst sein muß. Wir müssen das Beitragseinkommen zu der Sozialversicherung senken und die Leistungen mit der finanziellen Zahlkraft der Institution abstimmen.

Ein weiterer Punkt ist die Stellung der Bergleute, der Eisenbahnbeamten und der Postangestellten. Ich glaube, es wird allgemeines Einverständnis darüber herrschen, daß die Bergleute einen besonderen Anspruch haben, und der ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen. Soweit Eisenbahn- und Postangestellte betroffen sind,

---

189 Die Sitz. des SpA fand dann aber vom 30. 9. bis 3. 10. 1946 beim *ZfA* in Lemgo statt. Als Vertreter der Manpower Division nahm nicht *Ryan,* sondern *Beatty* teil, vgl. PA 1/266: Wortprot. der Sitz. vom 30. 9. bis 3. 10. 1946, S. 2; vgl. hierzu weiter Dok. IX.3, bes. mit Anm. 342–353.

190 Korrekt: *Arbeiter-* und Angestelltenversicherung, vgl. hierzu a. a. O., bes. mit Anm. 346, und die folgenden Ausführungen.

Dann noch eine Bemerkung zu der Frage der Kriegsversehrten. Die Kriegsversehrten sind zwar in dieser Vorlage nicht mitbehandelt. Es ist aber bereits angeordnet, daß die Rentenfestsetzung für die Kriegsversehrten durch die Versicherungsanstalt übernommen wird. Ich bemerke ausdrücklich noch einmal: Die Rentenfestsetzung, nicht die Rentenleistung. Wenn auch die Befürchtung geäußert wird, daß, wenn schon die Rentenfestsetzung durch die Versicherungsanstalt erfolgt, schließlich auch noch mit der Rentenleistung gerechnet werden müßte, so glaube ich aber doch nicht an eine solche Regelung, denn sie wäre ganz untragbar. Es muß unter allen Umständen so bleiben, daß die Aufwendungen für die Kriegsversehrten durch die Allgemeinheit, d. h. aus Staatsmitteln, erfolgen. Es geschieht aber auch nach den bisherigen Anweisungen bezüglich der Art der Rentenfestsetzung für die Kriegsversehrten dieses Unrecht. Nach den bisherigen Vorschriften werden die Renten für die Kriegsversehrten nach den Vorschriften für Invaliden festgesetzt. Kriegsversehrte sind aber den übrigen Invaliden nicht gleichzusetzen, sondern den Unfallverletzten. Ich werde ein naheliegendes Beispiel geben:

Ein Mann, der durch einen Betriebsunfall ein Glied, einen Arm, verloren hat, ist dem Manne gleichzusetzen, der durch den Krieg einen Arm verloren hat. Dadurch, daß dieser Mann aber in seiner Rentenbemessung als Invalide und nicht als Unfallverletzter behandelt wird, kommt er gegenüber dem Unfallverletzten stark in Nachteil. Wird er als Invalide bemessen, dann bekommt er erst eine Rente, wenn er mindestens zwei Drittel seiner ursprünglichen Erwerbsmöglichkeit eingebüßt hat. Wird er dagegen als Unfallverletzter behandelt, dann besteht die Möglichkeit, daß er auch bei einem geringeren Schaden der Erwerbsbeschränkung eine Rente bekommt.

Ich möchte bitten, daß diese Gedankengänge bei der weiteren Beratung berücksichtigt werden.

Vorsitzender: Bevor ich Mr. *Ryan* das Wort gebe, möchte ich sagen, daß ich unserem Generalsekretär in meinem Namen den Auftrag gab, an der zuständigen Stelle dahin vorstellig zu werden, daß sowohl der Zonenbeirat wie der Sozialpolitische Ausschuß, sowohl was die politischen Grundlinien wie was die technischen Einzelheiten angeht, sich mit diesen Dingen befassen möchte, bevor sie ihre endgültige Form finden.[187]

Ich glaube, es wird am besten sein, wenn wir Mr. *Ryan* zu der Ausschußtagung einladen. Wir leiden heute sehr stark an Zeitnot. Wir sollen um 6.00 Uhr bei Colonel *Pearson* sein[188], der Chef des Verbindungsstabes ist. Aber es wäre uns recht, wenn Mr. *Ryan* jetzt einmal kurz auf die prinzipiellen Dinge antworten würde.

187 Eine solche Bitte an die KK hatte auch die LChK am 11./12. 8. 1946 in Bremen formuliert, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/9: Ns. über die Konferenz ... am 11. 8. 1946, S. 2; vgl. a. a. O., S. 3: Rentenkürzung der Kriegsbeschädigten. – Zur Datierung der LChK vgl. o. Anm. 73.

188 Um 18.00 Uhr fand ein Cocktail-Empfang des brit. Verbindungsstabes für die Mitglieder des ZB statt, vgl. HStAH Nds. Z 50/77 f: Zeitfolge, 6. Sitz.

ten, daß man viele von denen, die invalide geworden sind, wenn man die ärztliche Seite in der Sozialversicherung mehr in den Vordergrund stellen könnte, wieder arbeitsfähig machen könnte. Die Voraussetzung zu einer solchen Richtungsänderung ist natürlich, daß man dem Arzt in der Invalidenversicherung eine bessere Stellung gibt, als er sie bisher gehabt hat. Bisher hatte der Arzt nicht nur gegen die Krankheit, sondern auch gegen die Juristen und die Verwaltungsbeamten zu kämpfen. Es sollten zumindest die Ärzte in den führenden Komitees und Vorständen zu 50 % vertreten sein.

(Reimann: Sie sind aber kühn! – Heiterkeit)

Vorsitzender: Ich bitte, die Redezeit zu kontingentieren.

Karl: Ich werde mich nach Möglichkeit kurz fassen. Ich beziehe mich zunächst auf die Ziffer 2 des Entwurfs des Verbindungsstabes. In dieser Ziffer 2 steht:

> „Ein endgültiger Gesetzentwurf ist in seinen Einzelheiten noch nicht ausgearbeitet worden, jedoch sind gewisse Hauptvorschriften der Alliierten Kontrollbehörde empfohlen worden, die in den nachstehenden Abschnitten zur Unterrichtung des Zonenbeirates auseinandergesetzt sind."

Es wäre wünschenswert, wenn wir diese Vorschriften des Kontrollrates direkt gehabt hätten, weil wir gern auf viele Einzelheiten, die sich aus dieser Vorlage nicht erkennen lassen, eingegangen wären.

In dieser Verbindung komme ich auch gleich auf die Ziffer 5 zu sprechen, obwohl das gleiche Thema hier schon erörtert worden ist. Aus Ziffer 2 in Verbindung mit Ziffer 5 schlußfolgere ich, daß tatsächlich die Absicht besteht, von dem früheren System der Staatszuschüsse abzuweichen. Wir halten Staatszuschüsse in der Zukunft noch für notwendiger als in der zurückliegenden Zeit. In der zurückliegenden Zeit waren Krankheit und Invalidität mehr Einzelschicksale. Krankheit und Invalidität sind in der Gegenwart und in der absehbaren Zukunft Auswirkungen eines Massenschicksals des deutschen Volkes. Die ungeheure Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft in den zurückliegenden 12 oder 13 Jahren, der Hunger, der in dieser Zeit und jetzt auf die Gesundheit einwirkt, führt naturnotwendig zu umfangreicheren Erkrankungen und zu vorzeitiger Invalidität, und wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß die gesamte Nation für die Aufbringung der Mittel eintritt. Daher ergibt sich die erhöhte Verpflichtung der Nation, Staatszuschüsse für die Rentengewährung zu leisten.

Bezüglich der Verwaltung möchte ich die folgende Bemerkung machen: Wir halten es für selbstverständlich, daß in Zukunft die Verwaltung weitestgehend mit in die Hände der Versicherten gelegt wird. Deshalb halten wir die Ziffer 9 für unzureichend. In der Ziffer 9 ist gesagt:

> „Für die Leitung der Sozialversicherungsanstalten würden leitende Ausschüsse, die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in den im gegenwärtigen Sozialversicherungsgesetz festgelegten Verhältnissen enthalten, vorgesehen werden."

Das gegenwärtige Sozialversicherungsgesetz sieht die Mitberatung dieser Ausschüsse vor. Es sieht aber nicht, wie das vor 1933 der Fall gewesen ist, die direkte Verwaltung durch Ausschüsse vor.

amtenpensionen weiter durchziehen können in der bisherigen Höhe. Man darf nicht vergessen, daß zu diesen Angestellten noch die große Zahl der Angestellten hinzukommt, die in einem sogenannten beamtenähnlichen Verhältnis stehen, und wir Arbeiter fragen uns, ob es nicht notwendig ist, auch auf diesem Gebiete eine Gleichheit herzustellen.

Ich darf noch einmal den Blick auf eine der großen schwebenden Fragen lenken, nämlich die, ob es uns möglich ist, die Rentenversicherung ohne Staatshilfe durchzuziehen. Wir wissen, wir sind arm geworden, und wissen auch, daß wir ungeheure Schwierigkeiten vor uns haben beim Neuaufbau der Sozialversicherung. Es war uns gestern außerordentlich interessant, von Lord *Beveridge*[186] die Grundlagen der englischen Versicherung zu hören. Wir freuen uns über das großzügige Werk der Engländer, und wir dürfen eins nicht vergessen: Es ist darauf aufgebaut, daß die Hälfte aller anfallenden Kosten aus öffentlichen Mitteln getragen wird und nur die Hälfte aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Wir bitten die Militärregierung und vor allem den Kontrollrat, doch noch einmal zu überlegen, ehe das ganze Gesetz grundlegend fertig ist, ob nicht nach dieser Richtung hin doch ein Ausweg gefunden werden muß.

Das sind nur einige der wenigen grundlegenden Fragen. Wir werden gern mitarbeiten und bitten, mitarbeiten zu dürfen an der endgültigen Gestaltung der Dinge. Ich darf die Herren von der Militärregierung darauf hinweisen: Wir deutschen Gewerkschaftler sind groß und alt geworden im Kampfe um die deutsche Sozialversicherung, und seien Sie schon überzeugt, in unserem Kreise ist ein großes Verstehen und ein großes Sachkennen um den Wiederaufbau unserer deutschen Sozialversicherung.

Degkwitz: Wenn man von der Reform der Sozialversicherung spricht, muß man auch von der Reform des Geistes der ganzen Versicherung sprechen. Bisher waren die Dinge so, daß man das Krankwerden sozusagen als Schicksal empfand und daß dann die Sozialversicherung kam und den Kranken bezahlte. Meines Erachtens sollte das Ziel der Sozialversicherung viel mehr auf die vorbeugende Medizin gelegt werden. Das gilt vor allem für die Unfallversicherung. Es ist die Aufgabe des ärztlichen Dienstes, in den Betrieben darüber zu wachen, daß möglichst wenig Unfälle vorkommen.

Was die Invaliditätsversicherung anbelangt, so hatte man sich bisher damit begnügt, sobald der Mann als Invalide angesprochen war, ihn zu bezahlen und seine Invalidität als Faktum hinzunehmen. Die ärztliche Kunst ist soweit fortgeschrit-

186 Lord *Beveridge*, der auch an der Sitz. des ZB teilnahm (vgl. o. mit Anm. 118), hielt sich zu dieser Zeit auf Einladung der KK als Privatmann in Deutschland auf, um sich über die aktuelle Situation zu informieren. Dabei hielt er in verschiedenen Städten Vorträge über die neuen Wege der brit. Sozialpolitik, die in dem nach ihm benannten Plan ihren Niederschlag gefunden hatten, vgl. o. Anm. 119 sowie Arbeitsblatt brit. Zone 1/1947, S. 28 ff.; Kieler Nachrichten vom 17. 8. 1946: „Deutschland und England im gleichen Boot." Der sog. *Beveridge*-Plan war dem brit. Parlament im November 1942 vorgelegt und 1946 in 3. Lesung angenommen worden. Nach der brit. Konzeption bildeten die jeweiligen Lebenshaltungskosten die Basis für Beitragsleistungen und Rentenhöhe, während diese in Deutschland durch die Lohnstufen bestimmt wurden, vgl. insgesamt Beveridge und ferner Möller, Beveridge-Plan.

Einer besonderen Ordnung für die Bergarbeiter vermag ich das Wort zu reden im Hinblick auf die besonders gelagerten Verhältnisse im Bergbau.

Die leitenden Ausschüsse, die die Vorlage für die Verwaltung der Sozialversicherungsanstalten vorsieht, wünschen wir mit Befugnissen ausgerüstet, die einen hohen Grad von Selbstverwaltung im gesamten Versicherungswesen darstellen. Ich denke mir hier also nicht eine Körperschaft beratenden Charakters, nur beratenden Charakters. Die Selbstverwaltung hat sich in der Vergangenheit in allen Zweigen der Sozialversicherung sehr gut bewährt. Wir wünschen sie der guten Bewährung wegen weiter ausgedehnt und nicht abgebaut.

Das hätte ich kurz zu der Sache zu sagen.

Spliedt: Darf ich noch einige Fragen hinzufügen, zunächst bezüglich der Leistung der Invaliden- und Altersrente. Soll es bei der kommenden Regelung dabei bleiben, daß auch die Kriegsopfer ihre Betreuung im Rahmen der allgemeinen Invalidenversicherung finden, wie es zur Zeit geschieht? Das würde eine Belastung der allgemeinen Rentenversicherung bedeuten, die nicht getragen werden kann. Die gelegentlich vorgebrachte Begründung, man solle überhaupt nicht mehr von Kriegsopfern reden, weil diese Kriegsopfer ja den nationalsozialistischen Krieg geführt hätten, kann nicht durchschlagen. Es handelt sich hier nicht um Vertreter des Nationalsozialismus, sondern die, die zuschandengeschossen worden sind, sind Opfer des Nationalsozialismus. Wir müssen eine Möglichkeit finden, die Kriegsopfer irgendwie auf Staatskosten zu übernehmen. Man braucht nur einmal zu überlegen, daß es sich hier um junge Leute handelt, die jahrzehntelang zu Lasten der allgemeinen Rentenversicherung verwendet werden müßten. Das würde bedeuten, daß wir die eigentliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten überhaupt nicht gesund machen können.

Ich darf im Zusammenhange damit eine andere Frage anschneiden. Soweit mir der Entwurf bekannt ist, sieht er weiter vor, daß wohl alle Arbeiter und Angestellten versicherungspflichtig sein sollten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen, daß aber eine große Zahl von Arbeitnehmern versicherungsfrei ist, wenn ihre Rentenversicherung auf anderem Wege geschieht. Es handelt sich hier um Beamte, es handelt sich um Angestellte der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und der öffentlichen Körperschaften, soweit ihre Rentenversicherung, ihre Altersversicherung durch besondere Übereinkommen gesichert sind. Es ist für uns eine große Frage, ob wir für die Zukunft bei einer niedergebrochenen Sozialversicherung, die mühsam wieder aufgebaut werden soll, so große Teile der Arbeitnehmer auslassen können, ob nicht auch sie in eine gemeinsame Gefahrentragung einbezogen werden müssen.

Ich darf ein Beispiel wählen. Unsere Arbeiter und Angestellten begreifen nicht, daß in einem armen Deutschland, das mühsam seine Renten durchzieht und die Renten erheblich herabsetzen mußte, durch die neuen Anordnungen die alt gewordenen Staatsbeamten und -angestellten eine Versorgung bekommen, die teils drei- bis viermal so hoch ist, zum Teil noch höher als die der allgemeinen Arbeiter und Angestellten, und wenn wir jetzt schon um die finanziellen Grundlagen einer Rentenversicherung kämpfend uns fragen müssen: wie kommen wir zu Staatszuschüssen, dann entsteht für uns die Frage, ob wir diese ungeheure Belastung durch Be-

hier vorgesehene Erweiterung in jedem Falle erwünscht ist. Ginge es nach uns, würde der Kreis der Versicherten sogar noch eine wesentliche Erweiterung erfahren. Ich kann mir vorstellen, daß die Ausdehnung der Pflichtversicherung etwa auf die Bereiche des Handwerks, des Handels usw. sehr wohl zu vertreten wäre. Auch die selbständig wirtschaftenden Landwirte gehören eigentlich in eine Pflichtversicherung. Zweifelhaft erscheint mir im Augenblick noch die Hereinnahme etwa der sogenannten freiwirtschaftenden Kreise. Der Beitrag zur Unfallversicherung sollte nach unseren Wünschen so erhoben werden, wie es im wesentlichen geschehen ist, in bezug auf Höhe des Beitrages und Art des Einzuges.

Die Höhe des Beitrages für den ganzen Bereich der Sozialversicherungen scheint mir mit 20 % des Lohnes richtig gegriffen. Über die Verteilung auf die einzelnen Einrichtungen wird natürlich im einzelnen noch zu reden sein bzw. werden erst noch Berechnungen angestellt werden müssen. Versicherungsleistungen in der Krankenversicherung, ebenso in der Unfallversicherung in dem bisherigen Umfange sind bestimmt erwünscht.

(Dolmetscher: Meinen Sie Beiträge oder Auszahlung?)

Die Leistung; die Beibehaltung der bisherigen Leistungen in der Invaliden-, Alters- und Witwenversorgung scheint uns absolut notwendig.

Ich kann mich nicht ohne weiteres damit einverstanden erklären, daß hier in der Vorlage beispielsweise in Aussicht genommen ist, nach Zusammenlegung der Angestellten- und Arbeiterversicherung eine Durchschnittsrente zustande zu bringen, die in der Höhe der bisherigen Arbeiter- oder Invalidenrente liegen soll. Das würde eine sehr erhebliche Verschlechterung zumal für die Angestellten bedeuten, die von den Angestellten um so weniger verstanden werden würde, als ihre Einrichtungen bislang eigentlich als ganz außerordentlich gut fundiert galten und dank ihrer guten Fundierung mit den entsprechenden Leistungen aufzuwarten in der Lage waren. Es kann nach meinem Dafürhalten nicht Aufgabe einer Neuordnung sein, bislang etwas besser gestellte Schichten auf ein Niveau herabzusetzen, das bisher als unzulänglich und in vielen Fällen nicht tragbar angesehen wurde.

Zur Arbeitslosenversicherung wäre zu sagen, daß ihre Leistungen natürlich von vornherein überhaupt kaum zu schätzen sind. Es müßte erst eine Schlüsselung gefunden werden bzw. müßte ersichtlich sein, in welchem Ausmaße ihr von dem Gesamtaufkommen die Versicherungsbeiträge zugeteilt werden.

Wenn hier in der Vorlage gesagt ist, daß besondere Sozialversicherungssysteme für Bergarbeiter, Eisenbahn- und Postarbeiter zugelassen werden sollen, so scheint mir das zu weit zu gehen, zumal soweit Eisenbahn- und Postarbeiter in Frage kommen.

Für Seeleute würde sich unter Umständen eine besondere Regelung empfehlen. Ich kann das im Augenblick nicht übersehen, möchte aber rein gefühlsmäßig sagen, auch den Seeleuten steht nach meinem Dafürhalten ein solcher Anspruch nicht zu. Es muß meines Erachtens überhaupt unsere Aufgabe sein, möglichst wenig Gruppen aus dem allgemeinen Versicherungsaufbau und dem Versicherungswesen herauszunehmen.

Aber ich glaube sagen zu können, daß dieser erste Versuch einer offenen Aussprache als ein geglückter Versuch wenigstens von Seiten aller Deutschen hier angesehen wird, und ich hoffe, daß sich bald Gelegenheit zur Wiederholung einer solchen Aussprache geben wird[182]; denn die Probleme drängen.

Mit dem Dank an Herrn Generalleutnant *Robertson* und Sir William *Strang* und die anderen Herren schließe ich diesen Teil der Besprechungen. Wir können dann in die sachliche Erledigung unserer Tagesordnung eintreten.

Wir fahren nun in unserer Sitzung fort. Ich glaube, es wird kein Widerspruch erhoben, wenn ich nicht in der vorliegenden Reihenfolge weiter verhandle, sondern wenn ich die Anwesenheit von Mr. *Ryan* von [der] Manpower [Division][183] benutze, hier den

Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes

zum Gegenstand der allgemeinen Aussprache[184] zu machen.

Wir sind uns keinen Augenblick im unklaren, daß in der Form und in dem Umfange, in dem uns dieser Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes vorgelegt worden ist[185], im Grundsatz und in der Praxis nicht die genügende Basis für eine eingehende Aussprache gegeben ist. Aber auf der anderen Seite ist die Anwesenheit Mr. *Ryans,* eines maßgebenden Herrn der Manpower [Division], von Wichtigkeit, und ich würde gerade die Sachverständigen in unseren Reihen bitten, anhand dieses Entwurfs vor allem Fragen an Mr. *Ryan* zu stellen.

Das Wort hat Herr *Böckler.*

Böckler: Ich habe zu sagen, daß ich mich mit dem vorgesehenen organisatorischen Aufbau, wie er hier geplant ist, abzufinden vermöchte. Wir haben mit unseren provinziellen Versicherungsanstalten in der Vergangenheit gewisse gute Erfahrungen gemacht. Wenn nun der Aufgabenbereich einer solchen Anstalt, die hier vorgesehen ist, etwas erweitert werden soll, so kann man sich sehr wohl damit einverstanden erklären. Worauf wir gewissen Wert legen müssen, ist, daß Zusammengehöriges zusammengelegt wird. Das bedeutet, daß wir die Zusammenfassung aller Krankenkassen in eine wünschen.

Die Aufgaben der Landesversicherungsanstalten sind an und für sich ziemlich einheitlich; die Unfallversicherung soll so wie bislang als ein selbständiges Organ bestehen bleiben. Zum Umfange der Pflichtversicherung möchte ich sagen, daß die

182 Dies geschah schon in der 7. Sitz. (vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 34–108).

183 Die Manpower Division (Hauptabteilung Arbeitseinsatz) hatte ihren Sitz in Bad Oeynhausen (vgl. die Übersicht bei Klein, S. 76 f.).

184 Diese Erörterung wurde dem Kurzprot. als Anl. (vgl. Anl. 137) beigefügt. Das Wortprot. enthält einige stilistische Korrekturen, hs. für die geglättete Fassung in Anl. 137 (vgl. hierzu o. Anm. 120). Die vorliegende Fassung folgt dem Wortprot. unter Berücksichtigung der Korrekturen, nicht aber der Streichungen. Während der Sitz. erfolgte eine Simultanübersetzung. – *Degkwitz'* Antrag betr. eine Reform der Sozialversicherung war von der KK bisher nicht zur Beratung im ZB zugelassen worden, vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 55; Dok. V.3 mit Anm. 37.

185 Vgl. Anl. 132.

aber soweit bereit, daß das Sekretariat eine kurze Zusammenfassung von dem der Öffentlichkeit übergeben kann, was ich heute gesagt habe.[179]

Das Problem des Kontaktes zwischen Deutschland und der übrigen Welt wurde von den Herren *Petersen* und *Heile* angeschnitten. Ich kann Ihnen zu dieser Frage einige Mitteilungen machen, die, wie ich hoffe, Ihnen helfen werden. Seiner Majestät Regierung hat ihre Zustimmung erteilt, daß gewisse Deutsche in England Besuche abstatten können.[180] Es handelt sich hierbei um Personen wie die Führer der Parteien, die Führer der Kirche, der Jugendorganisationen, der Gewerkschaften usw. Die Anzahl der Besucher wird beschränkt sein, und man wird sich bestimmten Vorschriften unterwerfen müssen, aber im ganzen ist der Plan bewilligt worden.

Ich glaube, ich habe mich mit einem großen Teil von dem befaßt, was Herr *Henßler* gesagt hat, mit Ausnahme von dem, was er über die Herabsetzung der Renten anführte. Dieses Problem wird augenblicklich einer Prüfung unterzogen.[181]

Mit Bezug auf die Sozialversicherung, über die Herr *Karl* gesprochen hat, wird Ihnen Mr. *Ryan* berichten, bezüglich der kurzen Erläuterungen, die Sie bekommen haben. Sie werden ihn fragen können. Ich glaube, Sie werden dann finden, daß es nicht richtig ist zu sagen, daß öffentliche Gelder für diesen Plan nicht in Anwendung kommen sollen.

Zuletzt habe ich einen tiefen Eindruck [von dem] bekommen, was Dr. *Degkwitz* über das Problem der Tuberkulose gesagt hat. Ich bin mir über den Ernst dieser Lage völlig klar. Insbesondere was das Problem der Bevölkerung selbst betrifft, habe ich Unterhaltungen geführt, wie man ein Sanatorium für Hamburg bereitstellen könnte. Die Schwierigkeiten sind sehr groß, aber ich bin mir darüber klar, daß hier etwas geschehen muß.

Ich habe versucht, alle Fragen zu beantworten. Ich hoffe, man wird mir vergeben, wenn ich nicht das ganze Gebiet noch einmal gestreift habe. Die Diskussion heute nachmittag war von größtem Interesse für mich, und ich freue mich darauf, wenn ich das nächste Mal wieder hierherkomme.

Vorsitzender: Ich darf Herrn Generalleutnant *Robertson* den einhelligen Dank des Zonenbeirats aussprechen, nicht nur für seine Ausführungen, denn gehaltvolle Äußerungen kann man gelegentlich entgegennehmen, sondern für seine Antworten. In diesen Antworten hat sich für uns der Wille gezeigt, uns helfen zu wollen. Dafür sind wir sehr dankbar. Ich will mich auf ganz bestimmte Dinge, die für die allernächsten Wochen von höchster Wichtigkeit sind, konzentrieren. Ich brauche Herrn Generalleutnant *Robertson* nicht daran zu erinnern, daß der Zugriff auf unsere nächste Ernte erst in der zweiten Hälfte des September möglich sein wird.

---

179 Vgl. Anl. 155.

180 *Steltzer* war zum Zeitpunkt der 6. Sitz. bereits in Cambridge (vgl. Dok. VI.2, Anm. 4) und nahm dort als Vertreter der Evangelischen Kirche gemeinsam mit dem Rektor der Univ. Göttingen, Prof. *Smend*, an der Tagung des Weltkirchenrates teil, vgl. Kieler Nachrichten vom 14. 8. 1946: „Landespräsident *Steltzer* in Cambridge".

181 Die Kürzung der Knappschaftsrenten wurde durch Sozialversicherungsdirektive Nr. 23 vom 14. 11. 1946 ab 1. 12. 1946 wieder aufgehoben, vgl. Arbeitsbl. brit. Zone 1/1947, S. 21 f.

Besatzungstruppen eigentlich sehr gut mit uns zusammenarbeiten. Sie lassen sich eigentlich die verschiedenen Einschränkungen, die wir ihnen auferlegen, ganz gutmütig gefallen. Manchmal geht es nicht ganz so leicht. Wenn etwas schief geht, hoffe ich, daß das der Militärregierung zur Kenntnis gebracht wird, und ich zweifle nicht, daß dann der Fall in Ordnung gebracht wird.

Herr *Reimann* hat uns einige interessante Dinge über die Kohle gesagt. Ich will mit ihm nicht argumentieren, aber nach meinen Informationen ist die Kohlenproduktion in den letzten ein bis zwei Wochen heruntergegangen, und zwar will ich insoweit beistimmen, daß die Lage im Juli besser war als im Juni, aber hier in meiner Tasche ist ein Bericht, daß in den letzten Wochen die Produktion gesunken ist. Ich stimme mit ihm dahin überein, daß die Tagesproduktion für den einzelnen Mann gestiegen ist. Die Schwierigkeit ist jedoch die, daß die Zahl der Bergarbeiter, der Arbeitskräfte, gesunken ist.[176] Wir sind darüber im klaren, daß, wie einer der anderen Herren gesagt hat, man für die Bergwerke freiwillige und arbeitswillige Arbeiter braucht; obzwar wir gewisse Möglichkeiten haben, die Arbeiterschaft zu lenken, und wir diese Möglichkeiten gelegentlich benutzen, so wissen wir ganz gut, daß es uns auf diese Weise nicht gelingen wird, die genügenden Arbeitskräfte für den Bergbau beizubringen. Wir wollen Ihnen sagen, Herr *Reimann*, daß unsere Richtlinien in der Beziehung dahingehen, die Arbeitsbedingungen und die Lebensweise der Bergarbeiter anziehender zu machen.[177]

Er sprach auch über die Ernährung der Bergarbeiter und verlangte von uns, sie auf 4 000 Kalorien pro Tag zu setzen. Ich kann heute nicht antworten, daß wir morgen sagen können: also 4 000 Kalorien. Ich will ihm aber insoweit recht geben, daß ich der Meinung bin, daß 4 000 Kalorien recht und billig für den Kohlenbergarbeiter sind, und daß, je eher wir diese Ration erreichen, desto größer der Erfolg ist. Ich bin überzeugt, daß Sie mit mir übereinstimmen werden, daß man die Lebensmittelzuteilung für den Bergarbeiter nicht gesondert betrachten kann von den Lebensmittelzuteilungen für Arbeiter in anderen Schwerindustrien.[178] Wenn wir die Ration der Bergarbeiter auf 4 000 Kalorien festsetzten, müssen wir für die Arbeiter in der Stahlindustrie und anderen Schwerindustrien auch etwas tun. Und wir haben auch das Problem der Lebensmittelzuteilung für den Bergwerksarbeiter nicht gelöst, bevor wir nicht auch das Problem der Zuteilung für seine Familie gelöst haben.

Herr *Petersen* sagte, daß es ihm willkommen wäre, wenn die Erklärungen, die ich abgegeben habe, eine gewisse Publizität erhielten. Ich habe heute einige Dinge gesagt, die ich nicht in der Presse wiederzufinden wünsche, insbesondere die Dinge im Hinblick darauf, daß ich hoffe, daß sie sich in naher Zukunft wesentlich gebessert haben werden. Es sind zwei sehr verschiedene Dinge. Wenn ich mit Ihnen darüber sprach, so will ich nicht, daß man sie an die Öffentlichkeit bringt und es wie ein Versprechen aussieht, von dem man sofortige Erfüllung erwartet. Ich bin

176 Vgl. hierzu Dok. IX.3 mit Anm. 132.
177 Vgl. hierzu Dok. VIII.3 mit Anm. 247–251.
178 Zur Zusatzversorgung des Kohlenbergbaus vgl. Schmitz, bes. S. 484–501.

Ein weiterer Punkt, den er zur Sprache brachte, war die Requirierung von Möbeln und Wohnungen. Ich bin ganz seiner Meinung, daß es nicht die Aufgabe unserer Beamten ist, deutsche Einzelpersonen in dieser Angelegenheit anzugehen; ich möchte viel lieber, daß das den deutschen Behörden überlassen bleibt, und so wird es auch gemacht werden.[173]

Dr. *Lehr* sprach von der augenblicklichen Ernährungskrise in der Nord-Rheinprovinz. Ich muß zu meinem Bedauern zugeben, daß ich weiß, daß die Lage im Augenblick eine kritische ist. Die Tatsache bleibt bestehen, daß wir während der letzten Monate die größten Schwierigkeiten gehabt haben, den nötigen Lebensmittelnachschub für die britische Zone sicherzustellen.[174] Obwohl es uns gelungen ist, genügend Lebensmittel zu bekommen, um die augenblicklich bestehende sehr geringe Zuteilung aufrechtzuerhalten, so mußten wir doch zusehen, daß unsere geringen Reserven sich stets weiter verringert haben, und heute haben wir keine Reserven mehr, auch haben wir in unserem Nachschub eine Stockung. Unter diesen Umständen ist es unvermeidlich, daß örtliche und zeitlich begrenzte Stockungen und Zusammenbrüche vorkommen können. Alles was möglich ist, wird getan werden und wird schon getan, um diese Lage in der Nord-Rheinprovinz zu berichtigen. Wir haben schon von Armeelägern 10 000 t Mehl geborgt. Ich habe mir einen besonderen Report machen lassen im Hinblick auf das, was Herr Dr. *Lehr* und Dr. *Agartz*[175] gesagt haben.

Herr Dr. *Lehr* sprach auch über die Freigabe von Gebrauchsartikeln für die Flüchtlinge. Dieses Problem wird schon jetzt einer besonderen Prüfung unterzogen. Sicherlich erscheint es der Bevölkerung verwunderlich, daß große Läger von diesen Gütern bestehen und fabriziert werden, die doch zur Verteilung kämen, wenn nur die Militärregierung sie freigeben würde. Tatsache ist, daß die vorhandenen Läger jämmerlich klein sind, viel zu klein, um die dringendsten augenblicklichen Bedürfnisse zu befriedigen. Wir werden diese Läger nicht auffüllen können, bevor wir nicht mehr Kohle bekommen und daher mehr Verbrauchsgüter produzieren können. Wie ich gesagt habe, werden die von Herrn Dr. *Lehr* aufgeworfenen Probleme bereits untersucht.

Herr Dr. *Adenauer* sprach über die richterliche Anwesenheit bei den Entnazifizierungsausschüssen. Bei den Tribunalen, die sich mit den ersten Fällen beschäftigen, wird der Vorsitzende jedesmal ein Mann mit juristischer Ausbildung sein. In den weniger ernsten Fällen, den sogenannten niedrigen Kategorien, werden die Vorsitzenden nicht unbedingt Richter sein.

Herr *Kubel* sprach über das Fehlen der Gleichrichtung zwischen den Besatzungstruppen und der Militärregierung. Das ist ganz verschieden. Die Besatzungstruppen haben eine ganz andere Einstellung zu diesen Dingen als die militärische Verwaltung. Soweit ich das unparteiisch beurteilen kann, muß ich sagen, daß die

---

173 Vgl. weiter a. a. O. mit Anm. 93–95.

174 Vgl. hierzu Anl. 5. Die Rationen, die in der brit. Zone im März/April 1946 mit 1 103 bzw. 1 042 Tageskalorien einen Tiefpunkt erreicht hatten, stiegen erst seit der 92. ZP (19. 8.–15. 9. 1946) langsam wieder an (1 478 Tageskalorien), siehe hierzu Rohrbach, S. 306.

175 Gemeint sind wohl die Ausführungen *Podeyns* (vgl. o. mit Anm. 163). *Agartz* hatte in diesem Zusammenhang gar nicht das Wort ergriffen.

se Gebrauchsgegenstände im Verhältnis zu den Löhnen viel zu hoch im Preise sind. Wir glauben, daß eine solche Situation ins Reine gebracht werden kann.

Ich möchte mich auf das beziehen, was ich vorhin schon gesagt habe, daß die Finanzreform nicht durchgeführt werden kann, indem man stückweise und schrittweise vorgeht. Ich glaube nicht, daß man zu einer gerechten Lösung kommt, wenn man sich einmal mit Steuern, einmal mit Preisen und einmal mit Löhnen und der Staatsschuld beschäftigt. Das ganze Problem muß als ganzes betrachtet werden.[171]

(Sehr richtig.)

Sie werden sagen, daß in dem Finanzvorschlag, den wir unterbreiten, das Problem der Preise und Löhne eine ganz besondere Behandlung erfordere. Herr Dr. *Schumacher* sagte, er erwartet von uns eine Unterstützung in der Vorbereitung der Sozialisierung der deutschen Wirtschaft. Das steht im Zusammenhang mit dem, was Herr *Reimann* mit seiner Bemerkung über die Kohlenindustrie gesagt hat. Ich kann Ihnen versichern, daß es die Absicht der Regierung Seiner Majestät ist, eine sozialisierte Wirtschaft in Deutschland zu fördern.[172] Wir tun das, weil wir der Meinung sind, daß es richtig ist, daß die Sozialisierung gut ist, und darüber hinaus tun wir es, weil wir der Meinung sind, daß die Lage in Deutschland so ist, daß es nötig ist, daß die schweren Lasten gleichmäßig verteilt werden; sonst sind sie zu schwer und können nicht getragen werden.

Herr Dr. *Schumacher* hat Kritik geführt an der unzureichenden Geschwindigkeit, in der wir und unsere Alliierten uns bewegen, und insbesondere über das Fehlen der allgemeinen Übereinstimmung mit den Alliierten.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Fortgang der Verhandlungen häufig sehr langsam ist. Ich würde sogar soweit gehen zu sagen, daß meiner Ansicht nach die Langsamkeit in internationalen Verhandlungen eine gewisse Tugend ist. Ich würde lieber lange Zeit, Wochen, ja Monate damit zubringen, ein gutes und glückliches Abkommen zu treffen, als ein schlechtes Abkommen in Eile zusammenzuflicken. Lassen Sie sich daher nicht irreführen durch die geringe Schnelligkeit, mit der die Alliierten zu ihren Übereinkommen kommen. Ich bin sicher, daß sie zuletzt zu einer guten Übereinstimmung kommen werden.

Ich will mich noch mit einem zweiten Punkt in der Rede von Herrn Dr. *Schumacher* beschäftigen, über die ich mir Notizen gemacht habe. Ich habe mit viel Interesse seine Bemerkung gehört, die er über die Vertretung bei den deutschen wirtschaftlichen Organisationen und in den Ländern gemacht hat. Ich werde seine Vorschläge einer sehr genauen Prüfung unterziehen, und prinzipiell gehe ich da mit ihm gleich.

---

171 Vgl. hierzu Dok. VII.3, bes. mit Anm. 306–320.

172 Zur brit. Sozialisierungspolitik im Kohlenbergbau vgl. Lademacher, Rhein-Ruhr-Frage; ders., Sozialisierungspolitik; Steininger, Großbritannien und die Ruhr; ders., Sozialisierung; Milert; Plumpe; Borsdorf; Abelshauser, S. 20–29; die dt. Diskussion um Wirtschaftsordnung bzw. Wirtschaftsverfassungskonzeption behandelt ausführlich Schockenhoff; siehe auch Dok. VII.3 mit Anm. 104–106.

schwere Tuberkuloseepidemie ist, werden die britischen Besatzungen und ihre Familien das gleiche Los erleiden. Ich bitte deshalb den Herrn General, uns zu helfen, erstens, daß wir Raum bekommen, die ansteckenden Personen aus der Gemeinschaft herauszunehmen, und zweitens würde ich um seine Hilfe bitten, daß wir Heilstätten bekommen, um die Tuberkulosen zu behandeln.[169]

Vorsitzender: Die Liste der Fragenden ist beendet. Würde Herr Generalleutnant *Robertson* die Liebenswürdigkeit haben, jetzt anschließend das Wort zu ergreifen?

Robertson: So schwer es ist, eine so lange Reihe von Fragen zu beantworten, so freue ich mich, daß ich diesen Weg gewählt habe, weil eine Reihe der Fragen eng miteinander verbunden ist. Ich wende mich zuerst den Fragen des Exports zu, die von Dr. *Schumacher,* Herrn *Petersen* und einigen anderen Herren angeschnitten wurden.

Ich bin mir nicht ganz im klaren, wenn Herr *Petersen* sagte, daß ein wichtiger Vorschlag des Zentralamtes für Wirtschaft abgelehnt worden sei. Ich werde mich aber mit der Angelegenheit befassen und herauszufinden suchen, was dahinter steckt.

In der Frage des Exportes kann ich sagen, daß das Problem zwischen mir, General *Clay* und unseren wirtschaftlichen Ratgebern besprochen worden ist und daß wir der festen Überzeugung sind, daß der Export von der britischen Zone möglichst rasch wieder entwickelt werden muß. Wir sind der Meinung, daß wir den Export nicht rasch und gut zur Entwicklung bringen werden, wenn er nicht in deutschen Händen liegt. Es gibt gewisse Zweige des Handels, insbesondere des Imports, die notwendigerweise von den besetzenden Mächten gehandhabt werden müssen. Das bezieht sich besonders auf den Import von Lebensmitteln und den Export von Kohle. Wenn es sich aber um die Grundlinien des allgemeinen Exports handelt, sind wir ganz zufrieden, ihn in deutsche Hände zu übergeben, und wir wollen so rasch wie möglich den deutschen Verkäufer mit dem ausländischen Käufer zusammenbringen. Ich will mich nicht auf Einzelheiten einlassen, aber es gibt gewisse technische und rechtliche Schwierigkeiten, die erst überwunden werden müssen. Ich glaube aber, ich kann Ihnen versprechen, daß wir einen Weg finden, wie das zu machen ist, daß wir die deutschen Verkäufer mit den ausländischen Käufern nunmehr zusammenbringen.[170]

Nun noch ein paar Worte über Preise und Löhne. Diese Frage wurde von den Herren *Schumacher, Henßler* und auch *Reimann* berührt. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Preise im Aufwärtssteigen begriffen und die Löhne fixiert sind. Ich will nicht soweit gehen zu sagen, daß nach unserer Meinung alle Löhne zu niedrig gefaßt sind, es ist vielmehr unsere Ansicht, daß das Lohnverhältnis ungleichmäßig ist und daß gewisse Sektionen, gewisse Ausschnitte der Bevölkerung, und zwar der wichtige Teil der Bevölkerung, zu geringe Löhne erhalten. Andererseits muß ich auch ebenso sagen, daß wir nicht der Meinung sind, daß alle Preise zu hoch wären, aber andererseits wieder ist es richtig, daß der Preiszustand ungleich ist und gewis-

169 Vgl. hierzu Dok. V.3, bes. mit Anm. 160–162.
170 Vgl. hierzu Dok. IX.3 mit Anm. 110 bzw. 179.

uns noch gewesen, wenn die Möglichkeit gegeben worden wäre, bevor der Hohe Kontrollrat Richtlinien für den Neuaufbau der Sozialversicherung erlassen hätte.[167] Soweit wir Einblick bekommen haben, erhalten diese Richtlinien auch die Einschränkung, daß für die kommende Sozialversicherung Staatsmittel nicht mehr in Anwendung kommen dürfen. Bei einer einigermaßen erträglichen Rentengewährung sind aber solche Staatszuschüsse eine unbedingte Notwendigkeit. Die Richtigkeit kann aus der Tatsache entnommen werden, daß nach dem *Beveridge*-Plan[168] rund 50 % Staatsmittel für die Renten aufzubringen sind.

Ich gestatte mir deshalb an den Herrn Generalleutnant die Anfrage, ob noch die Möglichkeit besteht, die Richtlinien des Hohen Kontrollrats nach der Richtung abzuändern, daß auch in Deutschland Staatszuschüsse für die Sozialversicherung möglich sind.

Heile: Ich spreche genau wie unser Präsident [!] *Schumacher* als Deutscher, als Europäer, als Weltbürger, und ich habe den dringenden Wunsch, daß es uns möglich gemacht werde, daß wir Deutschen mit den ebenso gesonnenen Engländern, Europäern und Weltbürgern in einen engeren Kontakt kommen können, als es jetzt möglich ist. Nach dem letzten Kriege, als wir in einer ähnlichen Situation waren, war es uns möglich, sofort nach England hinüberzufahren und auch nach Frankreich und mit den führenden politischen Persönlichkeiten die Fühlung aufzunehmen und uns mit ihnen auszusprechen. Wir wissen sehr wohl, daß wir an den Verhandlungen über den Frieden, der kommen wird, als Verhandlungspartner nicht teilnehmen können. Das war auch nach dem letzten Krieg nicht der Fall. Aber nachher haben mir führende Engländer und führende Politiker anderer Nationen oft erzählt, daß sie gewünscht hätten, in der Zeit, als das Schicksal Europas festgelegt wurde, wirklichen Kontakt mit uns gehabt und unser Volk über die Dinge gehört zu haben.

Deshalb möchte ich dringend darum bitten, daß wir Ihre Hilfe bekommen, Herr General, daß es uns ermöglicht wird, wenigstens nach London zu fahren, um dort mit den führenden Politikern unserer Gesinnungsgenossen, mit denen wir, bevor das Hitler-Reich zur Macht kam, so gute Freundschaft gehabt haben, Verbindung wieder aufnehmen zu können. Ich glaube, daß das für uns nicht bloß eine seelische Entlastung und ein praktischer Nutzen wäre, sondern daß es ebenso für die englischen Staatsmänner und Politiker von Vorteil wäre, wenn sie in einer Aussprache mit uns ihre eigene Überzeugung von dem, was in Europa werden wird, wenn ein dauernder und wirklicher Friede kommen soll, sich besser bilden können.

Degkwitz: Ich möchte eine Frage vortragen, die sowohl eine deutsche wie eine britische Angelegenheit ist. Hunger ist immer mit Tuberkulose verbunden gewesen. Wir hoffen, daß wir in ein bis zwei Jahren über die Hungerperiode hinüber sind. Wir werden aber 10 bis 15 Jahre zu tun haben, um über die Tuberkulosefrage hinüberzukommen. Viele Zehntausende von ansteckenden Tuberkulösen leben in Privathäusern und übervölkerten Wohnungen, und wenn in Deutschland eine

167 Vgl. Anl. 132. Zu den Richtlinien des KR vgl. BA NL *Blücher* 320: Das vorgeschlagene Gesetz über die soziale Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte in Deutschland, 30. 8. 1946, mit Änderungen vom 19. 9. 1946 (Übersetzung Dr. *Dobbernack*).

168 Vgl. hierzu u. Anm. 186.

die Auskunft gegeben worden, daß eine Erhöhung der Rationen für Brot nicht in Aussicht genommen werden könnte. Wir sind darauf hingewiesen worden, daß über das Regional Food Office[163] gewisse Anweisungen ausgegangen sind, die in dieser Weise schon vorbeugend wirken sollen.

Petersen: Sie haben erwähnt, daß die Presse über die Einzelheiten Ihrer Ausführungen nichts bringen sollte. Das ist mir erklärlich. Ich bin überzeugt, daß die jetzt in Vorbereitung begriffenen Maßnahmen tatsächlich eine wesentliche Verbesserung auf wirtschaftlichem Gebiete bringen werden. Ich fürchte aber, daß zu lange Zeit vergehen wird, bis daß sie der Bevölkerung sichtbar wird. Ich glaube aber doch, daß eine Veröffentlichung in der Richtung sehr erwünscht wäre, daß auf Grund der Vereinbarungen mit der amerikanischen Zone eine weitgehende Änderung in bezug auf die Industrieproduktion und den Export bevorsteht. In bezug auf das letztere möchte ich noch bemerken, daß es sehr bedauert worden ist, daß der Vorschlag des Zentralamtes für Wirtschaft in bezug auf den individuellen Export[164] von den höchsten Stellen in London abgelehnt worden ist, trotzdem auch in dieser Beziehung unter den Deutschen und, soviel ich weiß, auch unter den einzelnen Stellen in Deutschland volle Einigkeit herrschte.

Wir empfinden es als psychologisch und materiell gleich wichtig, daß dieser Kontakt auch auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen Deutschland und dem Auslande baldmöglichst wieder entsteht. Wenn England unter der Notwendigkeit der Verhältnisse genötigt ist, Zuschüsse für die britische Zone geben zu müssen, so leiden wir darunter ebenso, weil es unerträglich ist, wenn dieser Zustand noch lange anhalten soll. Ich glaube, daß der individuelle Export nach der Richtung relativ schnell eine Besserung herbeiführen könnte.[165]

Henßler: Ergänzend zu dem, was Herr *Reimann* über das Kohlenproblem gesagt hat, möchte ich sagen: Ebenso wichtig wie die Ernährung ist die soziale Sicherstellung der Bergleute. Die Kürzung der Renten hat auf die Arbeitslust der Bergleute naturgemäß einen außerordentlich abträglichen Einfluß gehabt.[166] Ebenso ist die Lohnfrage zu sehen. Wenn man den Bergleuten die Möglichkeit einer besseren Versorgung mit Gebrauchsgegenständen geben will, dann muß man ihnen auch einen solchen Lohn geben, daß sie diese Artikel kaufen können. Das ist heute nicht möglich. Ebenso dringend ist das Baumaterial für ausreichende Wohnungen zu schaffen. Wir brauchen für den Bergbau freiwillige Arbeitskräfte, und wir müssen den jungen Menschen Gelegenheit schaffen, so früh wie möglich mit ihren Familien im Ruhrgebiet wohnen zu können.

Karl: Es gereicht uns zur Genugtuung, daß der Zonenbeirat aufgefordert worden ist, zur Frage der Sozialversicherung Stellung zu nehmen. Viel angenehmer wäre es

---

163 Zum Regional Food Office, einem regionalen Vorläufer des ZEL, vgl. Dok. III.3, Anm. 135.

164 *Petersen* bezieht sich wohl auf das „Gutachten des Deutschen Wirtschaftsrates zur Anbahnung des Außenhandels" vom 28. 5. 1946, vgl. Gutachten Außenhandel. – Der Dt. Wirtschaftsrat war der Vorgänger des ZfW.

165 *Petersen* wiederholte seine Frage in der Fragestunde der 7. Sitz., vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 53–56, und stellte gemeinsam mit *Kaisen* einen entsprechenden Antrag (vgl. a. a. O. mit Anm. 83 und 84 sowie Anm. 109).

166 Vgl. hierzu Dok. III.3, bes. mit Anm. 11.

geben?[160] Es befindet sich z. B. hier in Hamburg jetzt eine Delegation aus Wuppertal, die sich aus den Vertretern der Parteien zusammensetzt und die, wie wir erfahren haben, von dem Bürgermeister von Wuppertal geführt wird. Diese Delegation ist beim Zentralamt für Ernährung in Hamburg vorstellig geworden, und, wie ich erfahren habe, hat man der Delegation erklärt, daß man die Erhöhung der Rationen, die geplant war, auf Grund besonderer Schwierigkeiten jetzt rückgängig machen muß.[161] Vielleicht kann von dem Herrn Generalsekretär sofort telefonisch angefragt werden, ob diese Meldung stimmt. Wenn dies stimmen sollte, dann sehe ich für die Kohlenproduktion im kommenden Monat sehr schwarz. Wir kommen nicht darum herum, den Bergarbeitern mehr zu essen zu geben, wenn sie mehr fördern sollen. Weiter kommen wir nicht darum herum, die angeforderten Arbeitskräfte für den deutschen Kohlenbergbau im Ruhr- und Wurmgebiet frei zu machen. Weiter kommen wir nicht darum herum, wenn wir die Kohlenproduktion steigern wollen, die Gewerkschaften und alle Kräfte, die sich auf den Schachtanlagen befinden und guten Willens sind, in der Kohlenproduktion, bei der Gestaltung der Kohlenproduktion einzuschalten.

Die Bergarbeiter – und wir stehen doch mit ihnen ständig in Verbindung – sind gewillt zu arbeiten, sie wollen mehr produzieren, aber sie wollen auch auf die Gestaltung der Kohlenproduktion Einfluß bekommen, sie wollen weiter auf die Verteilung der produzierten Kohlen Einfluß bekommen, und ich möchte Sie bitten, Herr General, wenn es irgendwie in Ihrer Macht liegt, auch auf die Kohlenkontrollkommission[162] einzuwirken, daß auch die Kohlenkontrollkommission den Schwierigkeiten gerecht wird und den Bergarbeitern mehr zugesteht, als das bisher der Fall ist.

Vorsitzender: Zur Beantwortung eines Teils der Frage, die der Herr General nicht aus eigenem Machtbereich beantworten kann, hat Herr *Podeyn* das Wort.

Podeyn: Die Wuppertaler Delegation ist heute beim Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft gewesen, um eine gewisse Beruhigung zu erhalten, da wegen des Mangels an Brot und Brotgetreide der Ernährungszustand in Wuppertal außerordentlich gefährlich geworden ist. Da die Ankunft dieser Delegation uns angezeigt worden war, haben wir bereits gestern versucht, bei der britischen Militärregierung Erkundigungen einzuziehen, ob die zur Zeit außerordentlich unangenehme Situation in den nächsten Tagen schon verbessert werden könnte durch die Einfuhr von ausländischem Getreide. Daraufhin sind mir gestern zunächst sehr beruhigende Auskünfte gegeben worden. Heute wurden die Auskünfte zurückgezogen, und es ist im Gegenteil betont worden, daß zunächst und wahrscheinlich bis in den Monat September hinein, vielleicht bis Ende des Monats September, keine sicheren Ankünfte erwartet werden könnten. In diesem Zusammenhange ist auch

160 Vgl. hierzu Dok. III.3 mit Anm. 10 und Anm. 64. – Einen entsprechenden Antrag stellten *Reimann* und *Hoffmann* für die 7. Sitz. (vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 117 und 118 sowie Anm. 109).

161 Vgl. hierzu PA 1/156: Telegramm aus Wuppertal-Barmen an den ZB, 8. 8. 1946, in dem es u. a. heißt: „Hungerkrawalle unvermeidlich, wenn nicht sofort geholfen wird."

162 Gemeint ist die im Juli 1945 gebildete „North German Coal Control (Group)" mit Sitz in Essen-Heisingen, vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 235 f.

zelnen Vorratslägern gewisse Waren vorhanden sind, die sie sehr dringend brauchen und die nur in kleinem Umfange gegeben werden. Ich bitte Sie in dieser Hinsicht um eine großzügige Öffnung dieser Läger.

Adenauer: Ich begrüße die Ankündigung des Herrn Generalleutnant *Robertson,* daß das Entnazifizierungsverfahren geändert wird. Soviel ich weiß, war in der amerikanischen Zone zunächst nicht vorgesehen, daß die Ausschüsse von einem richterlichen Beamten geleitet wurden. Das ist dann aber später, wenigstens in Bayern, geändert worden dahingehend, daß in jedem Ausschuß ein Richter den Vorsitz führen muß.[157] Ich glaube, daß das sehr richtig ist. Wir wollen gerechte Strafen und einen gerechten Freispruch.

Vorsitzender: Darf ich Herrn Generalleutnant *Robertson* fragen, ob er die einzelnen Fragen beantworten will oder erst eine ganze Skala von Fragen anhören möchte.

Robertson: Ich möchte erst alle Fragen hören und dann antworten.

Kubel: Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, dem Herrn General eine Frage vorzutragen, von der ich ziemlich sicher weiß, daß sie ihm bekannt ist, aber ich meine, daß bei einer so seltenen Gelegenheit solche Dinge vorgetragen werden sollten, bis sie geändert sind.

Wir alle bedauern sehr tief, feststellen zu müssen, daß die Maßnahmen, die etwa die Beauftragten der britischen Armee und auch die Beauftragten des britischen Sicherheitsdienstes treffen, hinsichtlich ihrer politischen Wirksamkeit nicht mit der Militärregierung abgestimmt sind. Ich brauche in diesem Kreise gar kein Beispiel dafür aufzuführen. Meine politischen Freunde verstehen das ohne Beispiel, und ich bin sicher, daß die englischen Offiziere es auch ohne Beispiel verstehen werden. Ich beschränke mich auf ein Beispiel, das unser Vorsitzender in der Frage der Beschlagnahme von Wohnraum und Möbel gebracht hat.[158]

Reimann: Herr General, ich greife aus Ihrer Rede ein Problem heraus, das das schlimmste in der deutschen Wirtschaft überhaupt ist, das ist das Kohlenproblem. Sie haben gesagt, daß die Kohlenproduktion in der letzten Zeit fällt. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß sich die Kohlenproduktion in der letzten Zeit gehoben hat.[159] Ich füge allerdings hinzu, daß sie bei weitem nicht so hoch ist, daß wir allem Rechnung tragen können. Während wir im Monat Juni eine Kohlenproduktion von 4,2 Millionen t hatten, haben wir jetzt im Monat Juli eine Kohlenproduktion von 5,2 Millionen t. Das ist zwar nicht viel, aber immerhin eine wesentliche Steigerung. Die arbeitstägliche Leistung der Bergarbeiter hat von Monat August (1945) sich von 47 % auf 62 % im Monat Juni gesteigert. Wenn wir die Ernährung der Bergarbeiter berücksichtigen, so ist das immerhin eine wesentliche Steigerung. Wäre es nicht möglich, den Bergarbeitern einen Kaloriensatz von 4 000 täglich zu

157 Vgl. hierzu das „Gesetz [des LR, Nr. 104] zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. 3. 1946, Fürstenau, S. 66 f.; Abdruck des Gesetzes bei Schullze. *Adenauer* bezieht sich auf Art. 25, Abs. 3.

158 Vgl. o. mit Anm. 153.

159 Vgl. o. Anm. 149.

In den Fällen, in denen interzonale Einrichtungen jetzt getroffen werden sollen, sollte dasselbe Prinzip zur Geltung kommen. Wir wissen, daß wir, auch wenn wir noch so erbitterte Feinde des Dritten Reiches gewesen sind, nicht in der Lage sind, mit Forderungen zu kommen, aber wir appellieren an die Einsicht und an die Vernunft der Welt, und ich glaube, wir appellieren nicht vergeblich an die Einsicht der Regierung Seiner Majestät. Manche Dinge, die sich sehr gut anlassen, müssen mit einem noch viel größeren Schwunge angefaßt werden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhange als einziges Beispiel an die Jugend. Der Zonenbeirat hat die Regierung seiner Majestät gebeten, diese Erleichterung für die Jugend vom 1. 1. 15 [!][155] an zu datieren, und wir möchten eine Jugend heranziehen, die von den Idealen des Friedens, der Demokratie und der Menschlichkeit erfüllt ist, und nicht eine Jugend, die zu Feinden der Demokratie erzogen wird.

Ich will die Zeit, die den Mitgliedern des Zonenbeirats zur Verfügung steht, nicht in Anspruch nehmen. Ich bitte Herrn Generalleutnant *Robertson* zu bedenken, daß jetzt nicht nur ein guter Deutscher, sondern auch ein guter Weltbürger zu ihm gesprochen hat. Wir können jetzt in die sachliche Erörterung der Dinge eintreten. Der Herr Generalleutnant hat gebeten, die Fragen möglichst präzise und konzentriert zu stellen. Es steht jedem frei, mehrere Fragen zu stellen.

Lehr: Der Herr General hat nach großen Gesichtspunkten unseren Blick in die Zukunft gerichtet. Ich komme aus einem Gebiet, in dem zwei drückende Fragen der Gegenwart zu stellen sind. Diese beiden Fragen sind so bedeutend, daß sie im Augenblick die gesamte Arbeit, die wir in den hinter uns liegenden Monaten getan haben, sowohl von deutscher wie von britischer Seite, zu vernichten drohen. Die erste Frage betrifft die Ernährungslage in der Nord-Rheinprovinz. Im Augenblick ist eine Ernährungskrise dort ausgebrochen, die die allerschwerste und gefährlichste ist, die wir bisher gehabt haben. Sie umfaßt die Gegenwart bis zu den nächsten drei Wochen.[156] Unsere gegenwärtige Getreideernte kommt erst langsam zur Aushändigung. Und in diesem Augenblick bleiben die großen Getreidetransporte aus. Diese zusätzlichen Transporte von auswärts sind unbedingt notwendig, um den Ausbruch großer Unruhen zu verhüten. Die Bevölkerung greift in immer mehr wachsendem Umfange zur Selbsthilfe durch Herauswandern aus den großen Städten. Mit polizeilichen Maßnahmen ist nicht zu helfen, sondern ausschließlich mit den Maßnahmen zusätzlicher Importe.

Die zweite große Frage ist die folgende: Wir haben große Transporte von Flüchtlingen aufgenommen, die ohne jede Habe sind. Diesen Leuten müssen Gegenstände des täglichen Bedarfs gegeben werden. Meine Bitte geht dahin, aus den vorhandenen beschränkten Vorräten von Gegenständen aller Art jetzt in größerem Maße eine Ausgabe zu veranlassen, und zwar an diese Flüchtlinge. Durch die arbeitende Bevölkerung hören die Flüchtlinge, daß auf den einzelnen Werken oder in den ein-

155 Vgl. o. Anm. 147. – Der Stichtag laut Vorschlag des KpA: 30. 1. 1912.

156 Vgl. hierzu HStAD NW 53/497, fol. 15: Entschließung der Betriebsvertretungen sämtlicher Duisburger Werke vom 6. 7. 1946; HStAD NW 53/363, fol. 148: *Lehr* an Major *Goldsworthy* HQ Mil Gov North Rhine, 2. 8. 1946.

ropa zugefügt hat. Aber um Rohstoffe zu schaffen und unsere Ernährung selbst zu bezahlen, müssen uns erst einmal die Möglichkeiten für den Aufbau einer Friedensindustrie gegeben werden.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich möchte in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß in Deutschland die Schere zwischen Löhnen und Preisen immer weiter auseinanderklafft und für die arbeitende Bevölkerung zu unmöglichen Zuständen führt. Wir haben tatsächlich in Deutschland den Lohnstopp von 1933[152], aber eine Preisentwicklung nach oben, die die armen Leute immer mehr enteignet und ärmer macht und den Reichen den Wertzuwachs zuschanzt.

In diesem Zusammenhange ist zu betrachten, daß die sozialpolitischen Leistungen in Deutschland in Wahrheit stets ein immanenter Bestandteil des Lohnes gewesen sind. Eine positive Sozialpolitik kann in Deutschland nur getrieben werden auf Grund eines Rechtsanspruches, der seinerseits wieder auf Leistungen beruht. Die deutsche Sozialpolitik ist eine Angelegenheit der internen Verteilung des deutschen Sozialprodukts, und wir wären der Regierung Seiner Majestät sehr dankbar, wenn sie uns helfen würde, den Weg des sozialen Ausgleiches auch in dieser Richtung hin zu gehen.

Was wir weiter in Deutschland brauchen, ist eine möglichst einheitliche Verwaltung von seiten der Siegermächte, auch innerhalb der einzelnen Zonen eine möglichst einheitliche Verwaltung.

Wir erkennen das Entgegenkommen durchaus an, und wir wissen, daß die Armeen Hitler-Deutschlands sich anders benommen haben, aber in Deutschland streben jetzt die Kräfte vom Zentrum weg, und es ist notwendig, sie zu konzentrieren. Dazu ist Voraussetzung, daß nicht isolierte Maßnahmen einzelner Stellen der Besatzungsmächte lokal verschieden vorgenommen werden. Wir würden es z. B. alle für sehr gut halten, wenn bei der Beschlagnahme von Wohnungen und Möbeln die Anweisungen der betreffenden Stellen der Siegermächte an die Behörden gehen würden und nicht an die isolierten deutschen Persönlichkeiten, die willkürlich ausgewählt werden. Wenn das aber irgendwo schon geschehen ist, dann sollte den deutschen Behörden die Möglichkeit gegeben werden, aus dem Nazieigentum die geschädigten Nazifeinde zu entschädigen.[153]

Nun komme ich kurz auf die Lage des Zonenbeirats zu sprechen. Wir glauben, daß der Zonenbeirat in seiner jetzigen Gestalt ebensowenig nutzbringend funktionieren kann wie der Länderrat in der amerikanischen Zone. Ich glaube, die Mehrzahl der Anwesenden, wenn nicht alle, sind der Ansicht, *daß die Länder durch Mitglieder ihrer Landtage (nominated representative councils) bei den zonalen Einrichtungen vertreten sein sollen, und zwar entsprechend ihrer Größe und Einwohnerzahl.*[154]

---

152 Vgl. hierzu Petzina, S. 162–168.

153 Vgl. hierzu u. mit Anm. 158 (Anfrage *Kubel)* und Anm. 173.

154 Dieser Abschnitt wurde mehrfach verbessert, die hier abgedruckte Fassung ist die endgültige. – Zur Reorganisation des ZB vgl. o. Anm. 138.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Generalleutnant *Robertson* für seine Ausführungen. Ich danke Ihnen nicht nur für den sachlichen Inhalt, sondern auch für die Gesinnung, aus der heraus Sie gesprochen haben. Bevor ich den Herren Mitgliedern dieses Hauses das Wort zu Fragen gebe, möchte ich einige grundsätzliche Worte der Antwort an den Herrn Generalleutnant richten.

Hinter all den praktischen Kleinigkeiten der Anträge und dem Für und Wider in ihrer Beantwortung stecken doch große moralische und ökonomische Kräfte, auf die ich die Aufmerksamkeit aller Siegermächte richten möchte.

Wir wissen genau, daß die Regierung Seiner Majestät nicht die Verantwortung für alles übernehmen kann, was die vier Siegermächte zusammen tun müssen. Wir glauben aber, daß die Gesinnung, in der Generalleutnant *Robertson* zu uns gesprochen hat, ein Stück Brücke über den furchtbaren Abgrund ist, den das Dritte Reich zwischen den Deutschen und der übrigen Welt gerissen hat. Wir sprechen nicht als Nationalisten, sondern wir sprechen als Europäer deutschen Geblüts im Kampfe gegen die Gefahren des Nationalismus. Wir freuen uns, daß die Periode der Passivität und der Agonie überwunden sein und zu einem Zeitalter der Umgestaltung und Umänderung führen soll. Die Zusammenführung der amerikanischen und der britischen Zone auf wirtschaftlichem Gebiet sehe ich mit dem Herrn Generalleutnant nur als den Anfang einer Entwicklung an. Für uns und, ich glaube, für die Interessen Europas ist es unverzichtbar, daß aus den vier Besatzungszonen wieder einmal ein einheitliches Deutsches Reich entsteht.

Für die Geburt der Vernunft und damit der Demokratie in Deutschland sind gewisse ökonomische Voraussetzungen notwendig. Das gilt nicht nur für die so wichtige Frage der Ernährung oder dafür, daß man dieses Volk im nächsten Winter nicht nur hungern, sondern auch frieren läßt.[150] Wenn ein Volk von 70 Millionen im Interesse nicht nur seiner selbst, sondern auch Europas und des Weltfriedens leben soll, dann braucht es gewisse Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen sind in einem wenn auch beschnittenen Raume die Möglichkeiten eines industriellen Exportes.

Zur Frage des Bodens möchte ich sagen, daß das Deutsche Volk die Hoffnung auf Erweiterung seiner Ostgrenzen gegenüber dem bisherigen Zustande in seiner Totalität noch nicht aufgegeben hat, zumal ja auch noch keine völkerrechtlich bindenden Vorschriften getroffen sind.[151]

Gerade diese Bemerkung mache ich kämpferisch gegen die Entartung des Nationalismus, die aus einem Übersehen dieser Tatsache entstehen könnte.

Und wenn wir vom Export sprechen, dann müssen wir uns nicht nur mit dem momentanen Aufhören der Demontage befassen, sondern auch einmal ein Wort zu den Reparationen sprechen. Wir alle sind des besten Willens, alles an Reparationen zu leisten, um den Schaden wieder gutzumachen, den das Hitler-Deutschland Eu-

150 Hs. korrigiert in: nicht nur *nicht* hungern, sondern auch *nicht* frieren läßt.

151 Die Länderchefs hatten ursprünglich beabsichtigt, der KK eine Erklärung gleichen Inhalts zu unterbreiten, dann aber im Hinblick auf *Schumachers* Ausführungen vor *Robertson* darauf verzichtet, vgl. PA 1/51: J. Nr. 1498/46, Erklärung (o. D.) und hs. Vermerk *Weissers* vom 29. 8. 1946.

Nun komme ich zu dem sehr wichtigen Problem der Kohle. Ich habe mit großem Interesse ein sehr kluges Memorandum gelesen, das uns über dieses Problem von dem deutschen Zentralamt für Wirtschaft zugegangen ist.[148] Ich kann Ihnen sagen, daß ich mit jedem Wort in diesem Memorandum vollständig übereinstimme. Ich denke, es wird von Interesse für Sie sein und für die Verfasser, die heute hier sind, daß ich dieses sofort nach London telegraphiert und zur Kenntnisnahme der englischen Regierung gebracht habe.

Das Problem der Kohle enthält natürlich, wie wir alle wissen, die größten Schwierigkeiten, aber Sie können überzeugt sein, daß der Oberstkommandierende [Sholto *Douglas*] und ich und die anderen, die unter ihm arbeiten, sich dessen vollkommen bewußt sind.

Wir wissen, daß es nötig ist, daß wir mehr Kohle bekommen. Natürlich, wenn wir die Kohlenproduktion steigern könnten, würde das außerordentlich viel helfen. Ich bin besorgt, weil ich sehe, daß im Augenblick die Kohlenproduktion sich nicht steigert, sondern fällt.[149] Das erschwert natürlich die Lösung des Problems ganz besonders.

Der letzte Punkt im wirtschaftlichen Wiederaufbau, dem wir allergrößtes Interesse beimessen, ist das Wohnungsproblem. Meine Herren, es ist mir ganz klar, welche Schwierigkeiten Ihnen durch die Überbevölkerung in der britischen Zone erwachsen. Wir werden unser Möglichstes tun, um Ihnen bei der Lösung dieses Problems zu helfen. Natürlich kommt das in vieler Hinsicht wieder auf das Kohlenproblem hinaus. Aber selbst, wenn wir mehr Kohle hätten und mehr Häuser bauen und reparieren könnten, würde die Tatsache bestehen bleiben, daß die deutschen Städte viel zu überbevölkert sind und natürlich gewisse Gebiete noch übervölkerter als andere.

Das ist auch nur eine vorübergehende Phase. Es ist nötig gewesen, diese unglücklichen Flüchtlinge rasch und in großer Zahl bei uns aufzunehmen. Wir müssen sie eben in den verschiedenen Teilen Deutschlands unterbringen, so gut wir können. Ich sehe dem Tag entgegen, an dem wir dieses Problem lösen werden, wenn es möglich sein wird, die Bevölkerung aufs neue zu verteilen und die verschiedenen Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Das soll natürlich von deutschen Körperschaften getan werden, die mit den deutschen Problemen als ganzes sich zu befassen haben.

Ich fürchte, ich habe lange gesprochen. Ich freue mich sehr, daß ich Gelegenheit gehabt habe, heute zu Ihnen sprechen zu können. Wollen Sie Fragen an mich stellen, so hoffe ich, daß sie nicht zögern werden, es zu tun.

---

148 Gemeint ist wohl das „Gutachten des Deutschen Wirtschaftsrats zur Kohlenfrage" vom 10./11. 4. 1946 (vgl. Dok. III.3, Anm. 6), das Monate später immer noch aktuell war und als Diskussionsgrundlage diente, vgl. etwa BA Z 8/1939, fol. 11: Rundschreiben *Mueller* an die Mitglieder des VRW, 11. 12. 1946.

149 Förderung von Stein- und Pechkohle in der brit. Zone: 1946 insgesamt: 54,12 Mio. t; 1936 insgesamt: 116,952 Mio. t; 1946, 1. Quartal: 13,152 Mio. t; 2. Quartal: 12,156 Mio. t; 3. Quartal: 14,1 Mio. t. Vgl. Wirtschaftsstatistik der Besatzungszonen, S. 46 und S. 117. Weitere Angaben vgl. Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft 1/1947, S. 3–8.

ben. Wenn diese Probleme erst heute gestellt worden wären, hätten wir uns darüber mit Ihnen zuerst beraten. Aber die Dinge sind zu weit gediehen, als daß wir das noch nachholen könnten.

Es handelt sich hier um den umfassenden Plan der Entnazifizierung. Wir werden in der britischen Zone einen Plan in die Wirklichkeit umsetzen, der dem der amerikanischen Zone sehr ähnlich ist.[146] Es wird sich um eine Klassifizierung von Personen in verschiedenen Stufen handeln, angefangen von denen, die man als Kriegsverbrecher betrachten muß, bis hinunter zu denen, die man vollkommen entlasten kann. Wir werden uns selbst das Recht reservieren, mit den Kriegsverbrechern abzurechnen. Der Rest wird vor deutsche Ausschüsse und Komitees gehen und von ihnen untersucht werden. Wir werden bei diesem Schema der Jugend eine ganz besondere Konzession machen. Wir geben zu, wie Sie es auch schon seit langem wissen, daß die jungen Männer in diesem Lande einem gewissen Druck ausgesetzt waren, dem sich zu entziehen sehr schwierig, wenn nicht ganz unmöglich war.

Wir werden den deutschen Ausschüssen und Komitees Anweisung erteilen, daß diesem Umstande Rechnung zu tragen ist und wenigstens junge Leute, die nach dem 1. 1. 1919 geboren wurden, zu entlasten sind von dem Stigma und den Strafen, es sei denn, daß sie in die Kategorie derer fallen, die als Kriegsverbrecher oder besonders gefährliche Elemente zu betrachten sind.[147] Im Verfahren der Entnazifizierung war es immer meine Ansicht, daß im ganzen deutschen Gebiet nur eine Politik getrieben werden solle. Der Plan, den ich eben erwähnt habe, wurde in Berlin zwischen uns und unseren drei Alliierten besprochen. Ich freue mich, sagen zu können, daß ein großer Teil dieses Planes bereits die allgemeine Zustimmung gefunden hat und daß ich hoffe, daß vollkommene Übereinstimmung nur noch eine Frage von ein bis zwei Wochen ist.

Wir sind aber der Ansicht, daß es sich hier um einen dringlichen Punkt handelt, und daher werden wir mit der Durchführung der meisten Bestimmungen dieses Planes sofort vorgehen. Wir denken besonders an die Lage der Zivilinternierungslager, die wir nicht als zufriedenstellend bezeichnen können. Wir werden daher aus Eigenem zunächst in diesem Plan vorwärts gehen, aber bevor eine allgemeine interalliierte Zustimmung erteilt ist, werden wir das nicht öffentlich bekanntgeben.

Wir hoffen natürlich, daß der Plan, den wir jetzt mit den Amerikanern in die Wirklichkeit umsetzen werden, sehr zur wirtschaftlichen Verbesserung in beiden Zonen beitragen wird. Man kann jedoch billigerweise nicht annehmen, daß die ökonomische Fusion der beiden Zonen sofort alle unsere Probleme lösen wird. Ich hatte schon angedeutet, daß ich hoffe, daß dieser Plan sehr zur Lösung des Lebensmittelproblems beitragen wird. Es ist uns, wie Sie wissen, jetzt schon möglich geworden, einen kleinen Schritt vorwärts zu gehen. Wir hoffen, daß sehr bald weitere Schritte in der nahen Zukunft möglich sein werden.

---

146 Zur Entnazifizierungspolitik der brit. Besatzungsmacht vgl. Fürstenau, S. 103–133; Dotterweich, S. 135.

147 Vgl. hierzu Dok. IV.3, bes. mit Anm. 154 und 155; *Robertsons* Vorstellung findet sich in Art. III der VO Nr. 79 vom 24. 2. 1947 (zit. a. a. O., Anm. 161).

wichtige Entscheidungen in der Zukunft nicht getroffen werden, ohne daß Sie vorher um Rat gefragt worden sind. Sie werden einsehen und verstehen, daß in vielen dieser Fälle ein Entschluß das Resultat ehrlicher[142] und schwerwiegender Überlegungen ist.

Ich habe dieses Mal auf Ihre Tagesordnung die Frage der sozialen Versicherung gesetzt.[143] Die Art, wie Ihnen dieser Vorschlag unterbreitet worden ist[144], kann kaum so gedeutet werden, als wenn Sie in ausreichendem Maße um Ihre Meinung gefragt worden wären. Es ist ganz einfach so, daß wir in dieser Angelegenheit sehr nahe der vollkommenen Übereinstimmung mit unseren Alliierten sind. Als Resultat dessen, was Sie uns darüber zu sagen haben, ist es vielleicht möglich, daß wir mit unseren Alliierten das eine oder andere an dem Plan noch umändern. Aber ich gebe zu, daß es schwer sein wird, die Basis und die Prinzipien des Planes vollkommen zu ändern.

Es ist nur ein Beispiel dafür, was ich Ihnen gesagt habe, daß solche Entscheidungen sehr häufig das Resultat langwieriger und schwerwiegender Beratungen gewesen sind. Der größte Teil der Arbeit für diese geplante Sozialversicherung wurde geleistet, bevor noch der Zonenbeirat überhaupt bestand. Aber in Zukunft wird es nicht mehr vorkommen, daß Entscheidungen in wichtigen Dingen getroffen werden, ohne daß vorher Ihr Rat eingeholt worden ist.

Ich will ein Beispiel dafür geben, wie wir in der Zukunft uns vorstellen, mit diesen Problemen fertig zu werden. Unserer Meinung nach ist eines der wichtigsten Dinge, die in Deutschland geschehen müssen, eine umfassende Finanzreform. Es gibt eine große Anzahl von Dingen, die in der britischen Zone vonnöten sind, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen: Lebensmittel, Kohle und eine Reihe anderer Dinge, die uns nur zu gut bekannt sind.

Aber selbst wenn alle diese Dinge in Ordnung kämen, wäre ein wirtschaftliches Aufleben unserer Ansicht nach dennoch unmöglich ohne eine allumfassende Finanzreform. Darüber hinaus noch bin ich der Ansicht, daß man Fragen der nationalen Finanzen nicht stückweise erledigen kann. Wir haben uns daher einen sehr umfassenden Plan überlegt, der die ganzen Gebiete umreißt. Bevor wir diesen Plan unseren Alliierten vorlegen, um ihn mit ihnen durchzusprechen, werden wir ihn erst Ihnen vorlegen.[145] Bevor ich hier weitergehe, muß ich noch dazu sagen, die Pläne einer Finanzreform dürfen natürlich in der Öffentlichkeit nicht diskutiert, sondern können nur auf vertraulicher Basis besprochen werden. Finanzielle Maßnahmen können dadurch ganz effektlos gemacht werden, daß sie vorzeitig bekannt werden. Ich möchte Sie daher bitten, die nötigen Arrangements zu treffen, daß Ihre Unterhaltungen auf diesem Gebiete nur in vertraulicher Weise geführt werden.

Nun gibt es noch ein weiteres großes Problem, das wir uns lange Zeit überlegt haben, und worüber wir auch mit unseren Alliierten in Verhandlungen gestanden ha-

142 Hs. korrigiert in: sehr langer.
143 Vgl. u. mit Anm. 184–191.
144 Vgl. Anl. 132.
145 Vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 306–334.

Ich möchte Ihnen jetzt über Ihre eigenen Arbeitsmethoden einen kleinen Vorschlag machen. Ich habe auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung eine Reihe von Punkten gesehen, die, obwohl sie bedeutend sind, doch kleine, aber klare Fragen darstellen. Es sind Fragen, zu denen Sie in kurzen klaren Sätzen Antwort haben wollen. Nach dem augenblicklichen Arbeitsgang werden Sie die Antwort nicht bekommen, bevor Sie das nächste Mal sich wieder versammeln. Was ich Ihnen nun vorschlagen will, ist, daß Sie bei jeder Ihrer Sitzungen eine gewisse Zeit festsetzen als eine Art Fragestunde.

Wenn Sie die Fragen, zu denen Sie Antwort haben wollen, kurze Zeit vor dem Zusammentreffen des Zonenbeirates bekanntgeben, werde ich dafür sorgen, daß einer meiner Offiziere hier diese Fragen an Ort und Stelle klipp und klar beantwortet. Und wenn die Antwort, die Ihnen erteilt wird, die Frage noch nicht ganz klar ins Reine bringt, können Ihrerseits Ergänzungsfragen gestellt werden, die dann die Sache in Ordnung bringen. Sie müssen aber die Zeit, die zur Stellung dieser Fragen festgesetzt wird, beschränken. Es ist unbedingt erforderlich, daß das Stellen dieser Fragen nicht Anlaß zu einer Debatte gibt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen meinen Vorschlag vielleicht noch im Verlaufe dieser Sitzung untersuchen würden.[139] Der Sinn dieses Vorschlages ist, Ihnen eine Zeit zur Verfügung zu stellen, die großen Fragen zu behandeln, und die Zeit, die Sie für kleine Dinge verwenden müssen, soweit wie möglich einzuschränken.

Eine der Fragen, die Sie im Augenblick behandeln und auf die Sie dringendst auf Antwort warten, ist die Frage der politischen Struktur in der britischen Zone. Ich hoffe, daß Sie uns Ihre Antworten auf die verschiedenen Gesichtspunkte dieses Ausschusses so bald wie möglich zukommen lassen. Denn es ist richtig, daß wir und Sie unsere Ansichten gleichrichten. Ich möchte, daß Sie wissen, daß in der Frage der politischen Struktur wir allen Ihren Vorschlägen ziemlich offen gegenüberstehen. Lassen Sie sich von der Presse nicht irreführen von denjenigen, die alle möglichen Ideen drüben zum Ausdruck bringen, was Seiner Majestät Regierung über dieses Problem denkt. Ich selbst lese viele Artikel in der Zeitung, die offensichtlich von Leuten stammen, die sehr wenig Kenntnis davon haben, was diese Worte eigentlich bedeuten.

Nach meinem besten Wissen und Gewissen ist die Regierung Seiner Majestät in dieser Frage ganz offen. Es ist ziemlich sicher, daß nach dem, was nunmehr vor einem Jahr in Berlin von der britischen Regierung unterschrieben wurde[140], man die Dezentralisierung der Regierungsgewalt erwartet. Aber ich glaube nicht, daß man die Dezentralisierung soweit vortreiben wird, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, daß sie das wirtschaftliche Leben des Landes unmöglich machen wird.

Im Protokoll der letzten Versammlung sehe ich eine Bitte, daß der Zonenbeirat verständigt werden will, bevor die britische Verwaltung Entscheidungen trifft.[141] In diesem Punkte bin ich vollkommen Ihrer Ansicht. Ich kann Sie versichern, daß

139 Vgl. u. mit Anm. 310 und 311.
140 Gemeint ist das Potsdamer Protokoll vom 2. 8. 1945 (vgl. FRUS 1945 II, S. 1499–1514).
141 Vgl. Dok. V.3, o. S. 569.

Die deutschen Vertreter, die aus der amerikanischen Zone hierher kommen werden, um in den verschiedenen Ämtern mitzuarbeiten, werden von dem Länderrat hierher entsandt werden. Werden sie aber hier in unseren Ausschüssen sitzen, dann sitzen sie in einem gemeinsamen Ausschuß und diesem schulden sie dann ihre Majorität.[135] Wahrscheinlich werden sie sich gebunden fühlen, die Ansichten zu vertreten, von denen sie wissen, daß sie im Länderrat vorherrschend sind.

Ebenso erwarte ich von den Deutschen, die aus der britischen Zone kommen, daß sie sich die Ansichten vor Augen halten werden, von denen sie wissen, daß es die Ansichten des deutschen Zonenbeirats in der britischen Zone sind.

Eines, was ich Ihnen gesagt habe, wird Ihnen klar sein, daß es sich um eine anglo-amerikanische wirtschaftliche Zusammenarbeit handelt und auf keiner der beiden Seiten die Absicht besteht, eine politische Fusion herbeizuführen. Die Arbeit der politischen Fusion wird dann kommen, wenn man mit Deutschland als einer Einheit wird verhandeln können. Daher kann auch von der Errichtung eines Zwei-Zonen-Parlaments noch gar keine Rede sein.

Nun einige Worte über Sie selbst, dem Zonenbeirat. Ich hoffe, meine Herren, daß Sie fühlen und sich von einer Sitzung zur anderen bewußt sind, daß Sie wichtige Arbeiten erledigen und aufbauende Arbeit verrichten. Ich weiß, daß einige von Ihnen es begrüßen würden, wenn Ihnen Exekutivgewalt zugebilligt würde. Aber ich glaube, und ich habe das schon sehr klar gemacht, daß das wenigstens im Augenblick nicht in Aussicht steht.[136] Im Laufe der Zeit werden die Organisation und die Funktionen dieses Zonenbeirates eine Umorganisation nötig machen. Das ist jetzt eine vorbereitende Phase. Im Laufe der Zeit werden sich die Bedingungen ändern; zumal dann, wenn die Landeswahlen[137] stattgefunden haben, wird es vielleicht nötig sein, die Zusammensetzung dieses Zonenbeirates einer Änderung zu unterziehen, um zu sehen, ob nicht irgendwelche Änderungen in der Zusammensetzung und in seinem Funktionieren wünschenswert sind.

Ich glaube nicht, daß bis dahin sich die Bedingungen soweit geändert haben, daß wir unsere Ansichten ändern und die Errichtung einer Körperschaft ähnlich der des Länderrates in der amerikanischen Zone für wünschenswert halten. Es ist aber doch ganz sicher, daß es irgendeine Organisation und ein Arrangement geben muß, um die verschiedenen Entscheidungen der verschiedenen Landesregierungen innerhalb der Zone gleichzurichten. Man wird sicherlich Arrangements treffen müssen, wenigstens für jene Gebiete, die nicht unsere Gebiete sind. Auf den anderen Gebieten und auf dem Gebiete der allgemeinen großen Politik brauchen wir natürlich noch einen beratenden Rat.

Ich bin gern bereit, Vorschläge vom Zonenbeirat entgegenzunehmen über seine Zukunft und seine Arbeitsweise und was er eigentlich in Zukunft vorstellen soll.[138]

---

135 Hs. korrigiert in: Loyalität.
136 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 116.
137 Die ersten Landtagswahlen in der brit. Zone fanden am 20. 4. 1947 statt.
138 Nach den Kreistagswahlen in der brit. Zone am 13. 10. 1946 wurde im ZB dessen Reorganisation sowohl von brit. wie von dt. Seite gefordert, vgl. Dok. VIII.3, bes. mit Anm. 95.

Die Verwaltungen werden nicht am selben Ort errichtet werden. Die Verwaltungen für Handel und Industrie werden zunächst in Minden errichtet werden.[129] In Stuttgart dagegen wird sich die Verwaltung für Nahrungsmittel und Ackerbau[130], vielleicht auch für Finanzen[131], befinden. Sie hätten vielleicht erwartet, daß wir das alles an einem und demselben Orte errichten würden. Ich gebe zu, daß es vom verwaltungstechnischen Standpunkte aus angebrachter gewesen wäre, wenn wir das getan hätten. Aber nach reiflichen Überlegungen haben wir herausgefunden, daß es gute und ausreichende Gründe gibt, es so zu machen, wie wir es getan haben.[132]

Einige Probleme, die sich bei dieser Neuordnung ergeben, sind die großen Verschiedenheiten der britischen und amerikanischen Zone bezüglich der Verwaltung. Wie das britische Beispiel ist, wissen Sie. In der amerikanischen Zone sind die Regierungsgewalten zum großen Teil dezentralisiert im Länderrat. Und General *Clay* ist sehr darauf bedacht, daß dieser neue Plan den Länderrat nicht beeinflussen dürfte.[133] Ich habe mir ein Vergnügen daraus gemacht, ihm zu erklären, daß ich nicht die Absicht und den Wunsch hätte, mich in seine Angelegenheit zu mischen, solange er nicht die Absicht und den Wunsch hat, sich in meine Angelegenheiten zu mischen.

Insofern glaubt er, daß er ein gutes System ausgearbeitet hat. Es ist ihm lieb geworden. Mir ist unser System auch lieb geworden. In dieser Beziehung bin ich sicher, daß sich keine Schwierigkeiten ergeben, sicherlich nicht in der nächsten Zukunft.

Ich will auch gern zugeben, daß eine Schwierigkeit darin besteht, wirtschaftliche Verwaltung und politische Verwaltung auf die Dauer voneinander zu trennen. Auch das ist eine Phase, in der wir uns augenblicklich befinden. Es würde uns sehr bedrückt haben, daß diese Zusammenarbeit mit den Amerikanern irgendeine Permanenz erhalten sollte.[134] Wir freuen uns ungemein, wie ich schon vorher gesagt habe, auf die Zeit, in welcher wir nicht mit den zwei Zonen allein arbeiten werden, sondern in welcher Deutschland in seiner ganzen Einheit mit uns arbeiten wird und es eine deutsche Regierung gibt, mit der wir verhandeln können, mit beiderseitigem guten Willen. Ich bin sicher, daß der gute Wille auf beiden Seiten da ist. Daher besteht gar kein Zweifel, daß der augenblickliche Plan ganz zufriedenstellend funktionieren wird.

---

129 Zum Verwaltungsrat für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes vgl. Vogel, Westdtld. II, S. 120–127.

130 Hs. korrigiert in: Ernährung und Landwirtschaft. – Zum Ernährungs- und Landwirtschaftsrat der US- und Britischen Zone vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 134 f.

131 Der Gemeinsame Deutsche Finanzrat für die amerikanische und britische Zone hatte seinen Sitz in Frankfurt, vgl. Vogel, Westdtld. II, S. 91–95.

132 Durch die Verteilung der bizonalen Verwaltungen auf verschiedene Städte wollte man den Eindruck einer „Zweizonen-Hauptstadt" verhindern, so Clay, S. 194. Vgl. auch Vogel, Westdtld. I, S. 23 ff.

133 Vgl. *Clays* entsprechende Ausführungen auf der 11. Sitz. des LR am 6. 8. 1946 in: AVB 1, S. 639.

134 Hs. korrigiert in: Es würde uns sehr *bedrücken, wenn* diese Zusammenarbeit mit den Amerikanern *allein* Permanenz erhalten sollte.

Arbeitsmethoden anzuwenden. Ich will Ihnen gerne und offen zugeben, daß wir Briten etwas vorsichtig und langsam gewesen sind in der Art, daß wir die Verantwortung der wirtschaftlichen Angelegenheiten den Deutschen selbst wieder zugebilligt haben. Unsere amerikanischen Freunde haben das sehr viel schneller gemacht. Dieser neue Plan wird uns dazu zwingen, etwas rascher zu arbeiten. Und ich sehe das als einen Vorteil an.

Ein dritter Vorteil ergibt sich daraus, daß es uns nach diesem Plan ermöglicht wird, die Nahrungsmittelzuteilung aus den beiden Zonen einheitlich zu regeln.[124] Wir alle wissen, daß die Ernährungslage in der ganzen Welt sehr ernst ist.[125] Damit jedes Land die ihm zukommenden Nahrungsmittel erhält, ist es nötig, daß sein Fall offen und klar und fest vorgetragen wird. Nach unseren Plänen werden wir mit den Amerikanern eine gemeinsame Zuteilungsskala für beide Zonen errichten. Und die Anforderungen an Nahrungsmitteln, die nötig sind, um diese Nahrungsmittelzuteilungsskala aufrecht zu erhalten, werden von beiden Mächten zusammen vorgenommen werden.[126] Das wird eine stärkere und bessere Chance geben, daß ihnen Folge geleistet wird.

Das sind einige der Vorteile dieses Planes, und ich glaube, es sind die hauptsächlichsten Vorteile. Nun will ich etwas mehr auf die Einzelheiten eingehen, wie sich dieser Plan auswirken wird. Ich bin mit General *Clay* zu der Übereinstimmung gekommen, daß auf folgenden Gebieten ein gemeinsamer Verwaltungsplan aufgestellt wird:

Nahrungsmittel und Landbau[127], Handel, Binnenhandel und Außenhandel, Industrie, Finanzen und Verkehr.

Es ist fast sicher, daß auch die Post und das Telegraphenwesen eine gemeinsame Verwaltung erhalten werden. Dieses werden deutsche Verwaltungen sein, deren Personal sich aus den beiden Zonen zusammen rekrutieren wird. Diese werden ihre Richtlinien von den amerikanischen und britischen Stäben in Berlin bekommen, die sich darüber zuerst einig wurden. Diese Richtlinien werden aber durch einen anglo-amerikanischen Stab übermittelt werden, der mit ihnen zusammenarbeiten wird. Dieser Stab wird ungefähr dieselben Funktionen haben wie der Stab[128] des Zonenbeirates hier. Innerhalb des Rahmens dieser Richtlinien werden die deutschen Verwaltungen volle Exekutivgewalt haben und werden ihre eigenen Anordnungen auf deutschen Wegen weiterleiten. Auf den niedrigen Stufen werden in der britischen Zone englische und amerikanische Offiziere zur Verfügung sein, um zu helfen, Rat zu erteilen, aber nicht, um Anordnungen zu erlassen.

---

124 Hs. zugefügt: *für* den [!] beiden Zonen *einheitlich* zu regeln.

125 Angaben zur gesunkenen Welterzeugung von Weizen, Roggen, Reis und Fetten bei Rohrbach, S. 313–316. Zur unterschiedlichen Bewertung der damaligen Welternährungslage vgl. Stüber, S. 198 ff.

126 Zu den Schwierigkeiten, die sich dabei zwischen Briten und Amerikanern ergaben, vgl. Clay, S. 267 f.

127 Hs. korrigiert in: Ernährung und Landwirtschaft.

128 Hs. korrigiert in: wie der *Britische Verbindungsstab*.

schöne Rede zu halten. Ich möchte nur so zu Ihnen sprechen, wie mir die Gedanken durch den Kopf gehen.

Ich wurde gefragt, ob sich die Presse hier einfinden sollte, um einen Report von dem zu machen, was ich Ihnen sage. Meine Antwort war: Gewiß nicht.

Der erste Punkt, über den ich heute mit Ihnen sprechen wollte, bezieht sich auf das Arrangement, das wir im Begriffe sind, für die Zusammenarbeit zwischen der britischen und der amerikanischen Zone zu treffen.[121] Lassen Sie mich Ihnen zunächst ausführen, was meinen Gedanken nach die Vorteile und die Nachteile eines solchen Arrangements sind.

Zunächst die Nachteile: Ein Nachteil ist zunächst natürlich, daß die Vorbereitung der wirtschaftlichen Einheit zwischen zwei Zonen nicht das gleiche ist wie die Vorbereitung für die wirtschaftliche Einheit des gesamten Deutschlands. Ich kann Ihnen sagen, daß meine Regierung sich sehr genau und lange überlegt hat, bevor sie den Schritt unternahm, der vielleicht dahin ausgelegt werden könnte, als wäre er eine Teilung Deutschlands in zwei Gebiete. Dann kann ich wohl sagen, daß ein Hauptnachteil dieses Planes der ist, daß es manche Leute geben mag, die der Ansicht sein könnten, daß dieser Plan zu einer Zweiteilung Deutschlands führen könnte.

Ich will weiter erklären, daß es unsere feste Absicht ist, diese Zweiteilung Deutschlands nicht herbeizuführen, und daß wir auf das festeste entschlossen sind, solchen Überlegungen entgegenzutreten.[122]

Die Vorteile hingegen sind sehr bedeutend. Der erste offensichtliche Punkt ist der, daß die zwei Zonen sich bis zu einem gewissen Grade gegenseitig ergänzen. In unserer Zone haben wir die großen Industriegebiete von Rheinland und Westfalen, die wirklich erzeugenden Gegenden. Mein amerikanischer Freund General *Clay* erklärte, in seiner amerikanischen Zone habe er die landschaftlich größeren Schönheiten.

(Heiterkeit)

Aber er hat natürlich weit mehr als das. Denn, wie Sie wissen, besteht in der amerikanischen Zone eine ganz erhebliche Leichtindustrie.[123] Wenn wir gestatten, daß der Handel zwischen den zwei Zonen sich frei abwickelt, werden wir sicherlich einen gegenseitigen Nutzen daraus ziehen.

Der zweite Vorteil, den ich für sehr wichtig halte, ist der, daß die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen uns und den Amerikanern dazu führen wird, gemeinsame

---

121 Am 9. 8. 1946 hatten sich *Clay* und *Robertson* über ein solches Abkommen grundsätzlich verständigt (vgl. Clay, S. 168 f.), das nach der Stuttgarter Erklärung des am. Außenministers *Byrnes* am 6. 9. 1946 (vgl. EA 1/1946/47, S. 261–264) formalisiert werden konnte.

122 Vgl. hierzu Steininger, Brit. Deutschlandpolitik, S. 47, wonach eine zumindest vorübergehende dt. Spaltung in London schon früh vorausgesehen worden sei. Sie sei zwar nicht das Ziel brit. Politik gewesen, aber angesichts der sowjetischen Haltung spätestens seit Herbst 1946 bewußt in Kauf genommen worden.

123 Hs. korrigiert in: verarbeitende Industrie.

Vorsitzender: Jetzt können wir auch in der Periode der Ausschußüberweisungen einen vorläufigen Schluß machen.

Ich darf die heutige Sitzung unterbrechen. Um 14.30 Uhr treten wir wieder zusammen.

Schluß der Sitzung: 13.00 Uhr
Fortsetzung: 14.30 Uhr

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung des Zonenbeirats und begrüße Herrn Generalleutnant *Robertson* und freue mich, ihn in unserem Kreise willkommen heißen zu können. Wir rechnen darauf, daß Sie, Herr Generalleutnant, uns heute schwerwiegende und weittragende Mitteilungen zu machen haben.

Des weiteren begrüße ich den Botschafter Seiner Majestät, Sir William *Strang*[116], und General *Balfour.* [117] Außerdem ist es mir eine besondere Freude, Lord *Beveridge*[118] in unserem Kreise willkommen heißen zu können. Sein Name ist uns ein Begriff. Und dieser Ausschuß hat seine Verbeugung vor seiner Persönlichkeit dadurch gemacht, daß wir gestern unsere Beratungen unterbrochen haben, um möglichst vielen Ausschußmitgliedern die Teilnahme an seiner Veranstaltung[119] zu ermöglichen.

Ich glaube, daß, wenn zu diesen einleitenden Worten eine besondere Übersetzung nicht nötig sein sollte, es dann geschäftsordnungsmäßig am besten wäre, wenn wir Herrn Generalleutnant *Robertson* gleich zu seinen für uns so wichtigen Ausführungen kommen lassen würden.

Robertson[120]**:** Ich danke Herrn Dr. *Schumacher* herzlich für seine freundlichen Worte der Begrüßung. Ich bin heute nicht hierher gekommen, um Ihnen eine

---

116 *Strang* war Political Adviser to the Commander-in-Chief and Military Governor of the British Zone of Occupation in Germany.

117 Generalmajor P. M. *Balfour* hatte auch an der Eröffnungssitz. des ZB teilgenommen (vgl. Dok. I.2 und Dok. I.8).

118 Lord William Henry *Beveridge* (1879–1963), Nationalökonom und Statistiker, ging 1908 ins Handelsamt (unter *Churchill),* wo er – nach Studien in Deutschland – Arbeitsämter und Arbeitslosenversicherung einführte; 1919–37 Direktor der London School of Economics; 1937–45 Master des University College in Oxford; 1942 in amtl. Auftrag Ausarbeitung einer Denkschrift über Sozialversicherung, die die Grundlage der brit. Sozialpolitik bildete; 1944–45 liberaler Abg.; dann im Bereich der Planung und Anlage neu zu gründender Städte tätig.

119 Am Vortage (13. 8. 1946, 15.00 Uhr) hatten die Mitglieder des WpA und des SpA dem Vortrag *Beveridge's* über „Soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung" in der Hamburger Musikhalle beigewohnt, vgl. HStAH Nds. Z 50/77 f: Zeitfolge, 6. Sitz.

120 Die Rede *Robertsons* sowie die anschließende Aussprache wurde dem Kurzprot. als Anlage (vgl. Anl. 136) beigefügt. Das Wortprot. enthält einige Korrekturen, hs., meist redaktionelle Änderungen bzw. die Berichtigung von Hörfehlern für die geglättete Fassung in Anl. 136. Nach Aussage *Weissers* in einem Gespräch mit der Bearbeiterin (24. 9. 1986) handelt es sich dabei wahrscheinlich um Korrekturen *Blankenhorns.* Die vorliegende Fassung folgt dem Wortprot., sinnverändernde Abweichungen im Vgl. zu Anl. 136 sind vermerkt. Es ist davon auszugehen, daß *Robertson* seine Rede auf Engl. hielt (vgl. diese Fassung in: PA 1/43) und während der Sitz. eine Simultanübersetzung erfolgte.

Punkt 11:

Ingangsetzung der Zementindustrie

Dieser Antrag *Hoffmann* geht an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.[111]

Punkt 12:

Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe

Ebenfalls Wirtschaftspolitischer Ausschuß.[112]

Punkt 13:

Freigabe von Rohstoffen für Kinderschuhe

Es wird ebenso verfahren.

Punkt 14:

Zuweisung von 500 Lastkraftwagen

Dem Wirtschaftsausschuß überwiesen.[113]

Punkt 15:

Bericht des Flüchtlingsausschusses

Wir würden bei der zusammenfassenden Berichterstattung über die Flüchtlingsfrage darauf zu sprechen kommen.[114] Ich nehme Ihr Einverständnis dafür an.

Punkt 16:

Rückführung der beweglichen Habe

Der Antrag liegt den Herren vor.[115] Nach der allgemeinen Stimmung hier kann die Sache ohne Ausschußberatung erledigt werden.

Andrée: Dieser Antrag ist im Flüchtlingsausschuß mit den anderen vorliegenden Anträgen beraten und wird mit dem Bericht des Flüchtlingsausschusses ohne weiteres erledigt.

Adenauer: Das sind ja keine Flüchtlinge.

---

111 Vgl. Dok. V.3, o. S. 517 (Antrag *Hoffmann).* Der Antrag wurde im WpA nicht behandelt. Ein ähnlicher Antrag *Reimann/Hoffmann* für die 7. Sitz. wurde von der KK nicht zur Beratung zugelassen (vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 119 sowie a. a. O., Anm. 109).

112 Pkt. 12 und 13 gingen auf Anträge *Hoffmanns* zurück, vgl. Dok. V.3, o. S. 517 f.; vgl. weiter Dok. VII.3 mit Anm. 13.

113 Vgl. Dok. V.3, o. S. 518 (Antrag *Hoffmann);* vgl. weiter Dok. VII.3 mit Anm. 370–371.

114 Vgl. u. mit Anm. 244–251.

115 Vgl. Anl. 80 (Antrag *Adenauer/Otto).*

Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuer

Auch diese Vorlage[106] wird dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Punkt 7:

Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren

Wir überweisen auch diesen Antrag[107] an den Wirtschaftsausschuß.

Punkt 8:

Vermeidung weiterer Erhöhungen der Preise

Geht ebenfalls an den Wirtschaftsausschuß.[108]

Punkt 9:

Rückgängigmachung der Erhöhungen der Reichsbahnfahrpreise für Arbeiter

Wir überweisen diesen Antrag *Agartz* an den Sozialpolitischen Ausschuß als Träger und an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.[109]

Punkt 10:

Steigerung der Braunkohlenförderung

Hierfür würde zum ersten Mal der neue Verkehrsausschuß fungieren.[110]

---

106 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 46 und 47. Mit Schreiben vom 13. 8. 1946 hatte der brit. Verbindungsstab darauf hingewiesen, daß Steuerfragen unter die Kompetenz der Viermächteverhandlungen fielen und nicht unter die der Zonen (PA 1/66). Zur weiteren Behandlung vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 335–341. Der in der 5. Sitz. von *Adenauer* eingebrachte Antrag lautete vollständig: Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern auf Tabak und Alkohol. Der Antrag wurde laut Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 110) an den WpA und an den FA verwiesen.

107 Vgl. Anl. 81. Der von *Amelunxen* eingebrachte Antrag wurde laut Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 111) an den WpA und an den *FA* verwiesen. Zur weiteren Behandlung vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 336–341.

108 Vgl. Anl. 134. Der von *Drake* eingebrachte Antrag wurde laut Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 112) an den WpA und an den *FA* verwiesen. Der TOP war in der 7. Sitz. jedoch durch die Erklärungen im FA bereits überholt, vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 348–349.

109 Vgl. Anl. 135. – Laut Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 113) Überweisung an den SpA mit Beteiligung des *Verkehrsausschusses.* Vgl. weiter Dok. VII.3 mit Anm. 377–379.

110 Vgl. Dok. V.3, o. S. 517 (Antrag *Hoffmann).* Vgl. weiter Dok. VII.3 mit Anm. 11 und 12.

der Beschlußfassung des Zonenbeirates unterliegt. Wenn die Länderchefs den Beschluß gefaßt haben, müssen sie ihn auch durchführen.

Kubel: Auf der letzten Besprechung der Länderchefs der britischen Zone war vereinbart worden, mit den Chefs der Länder und Provinzen in den anderen vier Besatzungszonen Fühlung zu nehmen zu dem Zwecke, in der zweiten Hälfte des September in Bremen eine solche Zusammenkunft durchzuführen.[101] Die Initiative liegt bei Bremen. Ich möchte annehmen, daß sie auch aussichtsreich ist. Es ist vielleicht gar nicht klug, diese Sache von dem Zonenbeirat zu veranlassen.

Petersen: Soviel ich weiß, hat Bremen bereits bei der Kontrollkommission in Berlin diese Anregung gegeben. Nach der Richtung liegt bereits eine Tatsache vor.

Tom Moehlen[102]: Der Bürgermeister in Bremen hat sich an die vier Regierungen gewandt. Die Militärregierung in Bremen hat diesen Antrag Bremens, die Länderchefs einladen zu dürfen, bereits nach Berlin weitergegeben.[103]

Punkt 3:

Bericht des Sonderausschusses für Agrarreform

Vorsitzender: Da der Berichterstatter, Herr *Tantzen,* nicht da ist[104], und es sich um einen ausgesprochenen Zwischenbericht handelt, können wir auf eine Bekanntgabe verzichten. Es findet noch einmal eine Sitzung statt. Dann kann das wiederholt werden.

Punkt 5:

Amt des Bürgermeisters und der Landräte

Vorsitzender: Diese Vorlage[105] wird an den Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Punkt 6:

6./7. 8. 1946, S. 8 (Antrag *Ambs*); einen entsprechenden Antrag stellten *Reimann* und *Hoffmann* auf der 7. Sitz., vgl. Dok. VII.3, Anm. 300.

101 Die Abhaltung einer Vierzonenkonferenz war auf der LChK am 11./12. 8. 1946 in Bremen außerhalb der eigentlichen TO beschlossen worden (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/9: Ns. über die Konferenz . . . am 11. 8. 1946, S. 3 f.). Zur Datierung der LChK vgl. o. Anm. 73.

102 Tom *Moehlen* war kein stimmberechtigtes Mitglied des ZB. Seine Aufgabe bestand darin, die vier kleinen Länder der brit. Zone (die gemäß eines Rotationsverfahrens im ZB saßen, vgl. Dok. I.9, Anm. 3) über wichtige Vorkommnisse in den Ausschuß- und Plenarsitzungen fortlaufend und umgehend zu unterrichten. Bei Verhinderung der Länderchefs vertrat er diese auch stimmberechtigt (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/1: *Tantzen* an *Kaisen,* 9. 7. 1946; *Kaisen* an GS, 16. 7. 1946).

103 Vgl. hierzu Anl. 194 (Schreiben des brit. Verbindungsstabes).

104 Die vier kleinen Länder der brit. Zone wechselten einander bei der Teilnahme an den Sitzungen ab und waren auf dieser 6. Sitz. durch *Kubel* vertreten. Zum Bericht des Sonderausschusses für Agrarreform vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 241–265. – Der genannte Bericht (vgl. BA Z 2/52, fol. 22 ff.) wurde somit nicht, wie Trittel, Bodenreform, S. 30 f., behauptet, auf der 6. Sitz. verlesen.

105 Vgl. Anl. 133 sowie Dok. VII.3 mit Anm. 146 und a. a. O., Anm. 109.

abgeben, und wir werden nicht nur Majoritäts-, sondern auch Minoritätsgutachten abgeben.

Petersen: Für Prof. *Smend* würde ich den Hamburger Professor *von Laun*[97] als Ersatz vorschlagen. Soviel ich aber übersehen kann, wäre das die geeignete Persönlichkeit.

Vorsitzender: Zur Person des Professors *von Laun* darf ich bemerken, daß ich schon Gelegenheit hatte, mit ihm mich fachlich darüber zu unterhalten. Ich glaube aber, seine wissenschaftlichen Tendenzen gehen mehr nach dem Völkerrechtlichen hin als nach den Tendenzen, die wir hier zu berücksichtigen haben. Dann möchte ich den außerordentlichen Professor *Friesenhahn*[98] haben.

Kubel: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß zunächst hier ein Irrtum besteht. Es ist bereits ein Vorschlag gemacht worden, für Prof. *Smend* Prof. *Scheuner* aus Göttingen, der sich mit dieser Materie genauer befaßt hat, zu nehmen, und zwar sind sowohl der Oberpräsident in Hannover als das Ministerpräsidium in Braunschweig getrennt an ihn herangetreten. Über sein fachwissenschaftliches Können besteht in Fachkreisen kein Zweifel.

Vorsitzender: Zu der Bemerkung des Herrn *Kubel,* daß wir ruhig noch weitere Herren hinzunehmen könnten, möchte ich aber doch bemerken, daß wir es doch nicht haben wollen, daß wir einen Sonderausschuß bekommen, der größer ist als das Plenum. So wie der Ausschuß jetzt sein soll, ist er eigentlich das Maximum dessen, was in einem Sonderausschuß an Personen versammelt sein soll.

Lehr: Ich schlage vor, daß wir die Frage noch einmal bis morgen vertagen und noch einmal untereinander Fühlung nehmen.

Vorsitzender: Im Sonderausschuß sind doch alle Richtungen und alle Institutionen vertreten. Der Sonderausschuß wird ja auch nicht ans Plenum gehen, wenn er irgendein schriftliches Gutachten des einen oder anderen bedeutenden Wissenschaftlers hat. Das würde die Tätigkeit dieses Ausschusses vollständig abtöten. Ich würde es für richtig halten, wenn Sie dem Sonderausschuß das Recht geben, die Wahl zu vollziehen, und es wäre bloß ein formaler Akt, wenn wir hier mit diesen Dingen in der Ergänzung zu Ihnen kommen.

Adenauer: Wir können das ja bis morgen verschieben.[99]

Schönfelder: Die juristischen Sachverständigen, es sind drei, stehen hier noch aus.

Vorsitzender: Meine Herren, wir haben ja schon davon gehört, daß die Landeschefs aller Zonen den Versuch machen wollen, miteinander in Besprechungen einzutreten. Ich möchte Sie davon unterrichten, daß auch die Vorsitzenden der Parteien denselben Versuch machen werden, für alle vier Zonen in unverbindliche Besprechungen über die Situation einzutreten[100], eine Angelegenheit, die nicht

97 Jeweils korrigiert aus: Lauen.
98 Korrigiert aus: Friesen (?).
99 Vgl. u. mit Anm. 277–283.
100 Vgl. hierzu die Ausführungen bzw. Anträge *Müller* und *Ambs* (beide KPD) auf der 1. Sitz. des SAL, PA 1/289 (wie o. Anm. 83, hier S. 30 und S. 60 f.), sowie a. a. O., Kurzprot. vom

Vorsitzender: Dagegen würde ich grundsätzlich nichts einwenden. Herr Dr. *Adenauer,* es handelt sich nicht um den Verfassungsausschuß in seiner Totalität. Es handelt sich um den ersten entscheidenden Schritt, welche Richtlinien der Zonenbeirat bzw. der Sonderausschuß verfolgt. Um diesen Willen auch sachlich zu dokumentieren, sind die Herren zugezogen und werden hinzugezogen auf besonderen Wunsch der Militärregierung.

Die Frage der Verfassung im einzelnen steht ja noch hintenan. Es heißt hier in den Anweisungen, die der Zonenbeirat bekommen hat[96], unter 6, in jedem der neuen Länder, wenn sie eingesetzt sind, werden dann ernannte Repräsentativkörperschaften eingesetzt, soweit möglich auf der Grundlage der vom Volke gewählten Kreistage. Diese ernannten Repräsentativkörperschaften sind für den Aufbau der neuen Verwaltung verantwortlich, so lange bis die Wahlen usw. erfolgt sind, so daß nicht alles vom Zonenausschuß zu erledigen, sondern später, wenn er sich eingearbeitet hat, in umfangreicher Weise nachzuholen ist.

Otto: Die Grundsätze der Verfassung sollen jetzt hier erledigt werden. Das steht ausdrücklich in der Anweisung drin. Wir wollen einen Staatsrechtler und einen Verwaltungsjuristen ernennen. Das deutet doch darauf hin, daß wir die Verfassung in irgendeiner Form in den Grundzügen festlegen wollen. Dabei muß man auch wissen, wenn man ein Land groß oder klein macht, wie die Verfassung zu korrigieren ist. Die Wechselwirkung wird so groß, daß wir nicht daran vorbeigehen können.

Vorsitzender: Das steht doch gar nicht zur Diskussion. Für uns ist zuerst maßgebend, daß wir bis zum 30. September spätestens uns gegenüber der Militärregierung zu äußern haben, wie wir, nachdem nun Rheinland und Westfalen ein Land geworden sind, den restlichen Teil des Landes zusammenfassen.

Adenauer: Das ist ein Irrtum! Der Auftrag der Kontrollkommission lautet doch so: Der Bericht oder die Berichte, die vom Zonenbeirat vorgelegt werden, sollen sowohl die territoriale Neugliederung als auch den Neuaufbau der Verwaltung betreffen und Vorschläge zu folgenden Punkten enthalten:

1. Zahl der neuen Länder
2. Grenzen dieser Länder
3. Verfassungsmäßige Befugnisse dieser Länder
4. Zusammensetzung der Länderregierungen
5. die Frage, ob es ratsam ist, die Regierungsbezirke beizubehalten oder abzuschaffen.

Was z. B. zu der letzteren Frage der Oldenburger Herr zu sagen hat, weiß ich nicht. Es ist eine Frage, die sich speziell auf die preußischen Provinzen bezieht – aber die anderen Punkte sollen auch erledigt werden.

Vorsitzender: Im Prinzip, Herr *Adenauer,* sind wir uns ja bei der Sitzung des Länderausschusses schon alle über die Themenstellung und über die verschiedenen Tendenzen bei dieser Themenstellung einig gewesen. Wir müssen ein Gutachten

96 Vgl. Anl. 107.

Vorsitzender: Es handelt sich ja hier darum, daß aus der Zone Leute genommen werden müssen. Es ist nicht die Auflage gemacht worden, Juristen hier zu nominieren. Ich glaube, daß für die eine oder die andere Auffassung die Herren sich gegenseitig die Waage halten werden. Jedenfalls handelt es sich um einen Vorschlag, der vom Sonderausschuß einstimmig angenommen worden ist. Ich möchte Sie darum bitten, den Auffassungen des Sonderausschusses beizutreten. Aber wenn Sie wünschen, können wir in eine Diskussion eintreten.

Es handelt sich aber bei den Juristen um Herren, die nicht Mitglieder des Rates sind. Am nächsten Montag müssen wir den Sonderausschuß in der Gestalt vor uns haben, in der er entscheidende Schritte tut.[93] Am nächsten Montag werden verschiedene Herren ihre Meinungen fixieren und dem Ausschuß unterbreiten. Von da gehen die Dinge an den Zonenbeirat weiter. Ich würde Sie darum bitten, den einhelligen Auffassungen des Sonderausschusses beizutreten.

(Zuruf: Von Interesse könnte vielleicht sein, daß dieser Ausschuß noch durch einen Herren ergänzt werden kann, der nicht irgendein spezieller Vertreter dieser Länder ist. Ich denke in diesem Falle an Prof. *Smend* aus Göttingen.)

Vorsitzender: Wir haben gesagt, Verwaltungsjuristen und Staatsrechtler. Der Staatsrechtler ist eben Prof. *Smend.* Verwaltungsjuristen brauchen wir wegen der kolossalen Schwierigkeiten der Kompetenzverteilung in der unteren Mittelinstanz.

Dann dürfen Sie nicht übersehen, daß Ihnen allen zur Beurteilung der Dinge, wie sie sich hier als Problem stellen, bereits das Referat *Steltzer* und das Korreferat Dr. *Menzel* vorliegt.[94] Wird weiter das Wort gewünscht?

Kopf: Ich bitte, von der Wahl des Herrn Prof. *Smend* abzusehen, da dieser Herr nicht in Deutschland und bis nächsten Montag nicht in der Lage ist, sich zu äußern. Ich schlage dafür Prof. *Scheuner* aus Harzburg vor. Er ist Staatsrechtler.

Adenauer: Es handelt sich doch um außerordentlich wichtige Fragen, zumal dieser Staatsrechtler auch veranlaßt werden soll, sich über die Verfassung zu äußern. Ich erinnere daran, daß der bayerische Ministerpräsident *Hoegner* Prof. *Nawiasky*[95] aus St. Gallen dafür ausersehen hat, der die erste bayerische Verfassung ausgearbeitet hat und monatelang von ihm mit der Arbeit betraut war.

Dann bitte ich noch zu bedenken, daß wir bei einer so wichtigen Frage uns das bis morgen durch den Kopf gehen lassen müssen.

---

93 Vgl. o. Anm. 88.

94 Zum Referat *Steltzers* vgl. Dok. III.3, Anm. 86. Ein Korreferat über den Verwaltungsaufbau innerhalb der brit. Zone hatte *Menzel* auf der Sitz. des RVA/HA am 13./14. 6. 1946 in Bad Godesberg gehalten, gedruckte Fassung in: PA 1/151 [15 Bl. und Entwurf einer Zuständigkeitsverteilung].

95 Korrigiert aus: Naviatzki (?). – Als staatsrechtlicher Sachverständiger hatte der frühere Professor an der Universität München, Hans *Nawiasky,* im Vorbereitenden Verfassungsausschuß unter dem Vorsitz *Hoegners* vom 8. 3. bis 3. 5. 1946 am Entwurf einer bayerischen Verfassung mitgearbeitet (vgl. Storbeck, S. 98).

ten Wahl beruht, die dann aber wieder keine starke Regierungsspitze für das Land werden soll. Also, wenn ich es richtig erfasse, ein Bundesland in dem großen Bundesstaat.[86]

Einen besonderen Standpunkt nahmen Hamburg und Bremen im Hinblick auf den besonderen Charakter als See- und Handelsstadt ein. Von beiden Seiten wurde betont, daß es nötig sei, diese beiden Länder an der Spitze zu haben, da ihr Anspruch in einem Lande nicht so wahrgenommen werden könnte, als wenn sie selbst an der Spitze des Reiches ständen, also zusammengefaßt: Reichsunmittelbarkeit dieser beiden Städte.[87]

Es ist keine Entscheidung gefallen, sondern der Beschluß ging dahin, daß alle Mitglieder des Ausschusses zur nächsten Sitzung einen schriftlich fixierten Standpunkt dem Ausschuß übergeben sollten. Dann wird später über die Dinge entschieden werden.[88]

Dann soll es Aufgabe des Zonenbeirates sein, für den Ausschuß Sachverständige zu benennen. Der Sonderausschuß schlägt Ihnen nun vor als Fachvertreter die Herren Dr. *Agartz,* Dr. *Lingemann, Werkmeister,* Dr. *Schneider* und [*Grimme*][89] und als juristische Sachverständige Professor *Wegmann,* Dr. *Menzel,* Professor *Smend* und als Gewerkschaftler *Böckler.*

Das ist der Auftrag, den ich als Vorsitzender Ihnen zu unterbreiten habe. Ich glaube, daß es nicht in Ihrem Wunsche gelegen ist, längere Ausführungen über die Geschichte dieses Ausschusses jetzt schon zu hören, weil ich damit rechnen muß, daß wir später doch noch einmal darüber Näheres zu berichten haben.[90]

Vorsitzender: Die Beauftragung des Zonenbeirates beruht auf einer Auflage, die uns von maßgebender englischer Seite gemacht worden ist.[91] Wir schlagen Ihnen also als Fachvertreter die Herren Dr. *Agartz,* Dr. *Lingemann, Grimme* und Dr. *Schneider* vor.

Wir schlagen Ihnen weiter als juristische Sachverständige Minister *Wegmann,* Dr. *Menzel* und den Staatsrechtler Prof. Dr. *Smend* vor.

Adenauer: Ich bin nicht dafür, daß Herren aus den Ländern und Provinzen berufen werden. Herr Dr. *Menzel* steht in Diensten von Nordrhein-Westfalen, der andere Herr[92] in Diensten von Oldenburg. Ich bin der Auffassung, daß doch unabhängige Sachverständige genommen werden sollten.

---

86 So die Ansicht *Tantzens,* vgl. a. a. O., S. 7–10.

87 So die von *Schönfelder, Heile* und *Wilkens* geäußerte Ansicht, während *Hellwege* sich in diesem Sinne auch für die Eigenstaatlichkeit Lübecks einsetzte (vgl. a. a. O., S. 11 f., S. 21–24 und S. 30–33).

88 Die 2. Sitz. des SAL fand am 19./20. 8. 1946 statt, vgl. Stichwortns. und Wortprot. sowie eine Fassung über die Sitz. mit *Albu* (KK) a. a. O.; vgl. ferner Dok. VII.3 mit Anm. 128–145 sowie a. a. O., Anm. 109.

89 Ergänzung gemäß PA 1/289 (wie o. Anm. 83, hier S. 5). Der Name *Werkmeister* war im SAL nicht genannt worden.

90 Vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 192–240 und Anm. 266–270.

91 Vgl. Anl. 107 sowie PA 1/289 (wie o. Anm. 83, hier S. 4).

92 Gemeint ist August *Wegmann* (CDU), zu dieser Zeit stellv. MP von Oldenburg und Minister für Inneres im Kabinett *Tantzen.*

ren, vorbeigehen und nicht genug den Ernst würdigen, mit dem der Zonenbeirat mitzuarbeiten bereit ist.

Ich halte es für unmöglich, wenn ich durch den Rundfunk erfahren muß, wie man sich eigentlich die Organisation der interzonalen Ämter denkt, und wir als Zonenbeiratsmitglieder das vorher nicht erfahren. Das ist es, was ich vorhin ausführte, daß solche Dinge einmal ausgesprochen werden müssen.

Wir können in der Erledigung der Tagesordnung weiter fortfahren.

Weisser: Ich möchte aus persönlichen Rücksichten auf Herrn Bürgermeister *Petersen*[81], der Mitglied des Sonderausschusses für die Neuregelung der Länder in der britischen Zone hier ist, der aber sonst nicht als Mitglied des Zonenbeirates fungiert, diesen Punkt vorwegnehmen.

Punkt 4:

Bericht des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

Schönfelder[82]**:** Der Ausschuß hat sich mit diesen Dingen beschäftigt. Ich will nur einen kurzen Bericht darüber geben. Der Ausschuß hat sich konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Der Vorsitzende[83] hat diese Arbeit unter das Motto „Deutschland, Europa, Frieden" gestellt. Er trat dafür ein, daß sich keine starke Zone mit Hinsicht auf das Reich entwickelt. Dann wurde die Frage der Länder behandelt. Dabei wurde von der Tatsache des neuen Landes Nordrhein-Westfalen ausgegangen[84], das fast die Hälfte der Einwohner der Zone, wenn auch nicht soviel qm umfaßt. Die Frage stand nun vor uns, als Gegengewicht dagegen den Rest zu einem 2. Land zusammenzufassen oder sie in mehrere Länder aufzuteilen.

Die eine Meinung war zwangsläufig, ein Land muß sein, es sei nötig, daß man dem großen Gebiet Nordrhein-Westfalen, das uns als großes, starkes Land gegenübersteht, ein einziges und zwar ebenso großes starkes Land als zweites Land in dieser Zone, auch mit Hinsicht auf das Reich und auf die süddeutschen Länder, schaffen muß.[85]

Demgegenüber wurde ausgeführt, daß die mittleren Länder wesentlich organischer und übersichtlicher in ihrer Entwicklung seien und bessere Stützen für einen demokratischen Aufbau des Ganzen bieten könnten. Wenn wir aber schon ein Land wollen, dann wollen wir, daß eine Mittelinstanz gebildet wird, die auf einer direk-

81 Korrekt: *Schönfelder.*

82 Adolf *Schönfelder* (SPD), stellv. Bgm. von Hamburg, war seit April 1946 Stellvertreter *Petersens* im ZB. Er spricht im folgenden als Berichterstatter des SAL, zu dem er auf dessen 1. Sitz. am 6./7. 8. 1946 gewählt worden war (vgl. hierzu insgesamt PA 1/289: Wort- und Kurzprot. der Sitz. vom 6./7. 8. 1946, eine aufschlußreiche Stichwortmitschrift des Bremers *Wilkens* in: StAB 3-R.1. m. Nr. 132/24: „Länderabgrenzungsausschuß des Zonenrats" [!]. Erste Sitzung 6./7. August [1946]); zur Bildung des SAL vgl. Dok. V.3 mit Anm. 188–191 und Anl. 107.

83 Zum Vorsitzenden des SAL war *Schumacher* gewählt worden, vgl. PA 1/289: Wortprot. der Sitz. des SAL vom 6./7. 8. 1946, S. 1.

84 Vgl. hierzu o. mit Anm. 9 und 10.

85 So die Ansicht *Schumachers,* vgl. PA 1/289 (wie o. Anm. 83, hier S. 3 f.).

b) am 2. 10. Beratung der Entwürfe der Rechtsanordnung über die Erfassung von Verbindlichkeiten gegenüber der öffentlichen Hand und über Ostforderungen und -verbindlichkeiten sowie über etwaige weitere ergänzende Anordnungen.

[. . .]⟩

Vorsitzender: Zu diesem Punkte muß ich mich, gleichgültig, wie sich die zukünftige Regelung der Materie stellt, doch positiv äußern. Ich glaube, daß es sich hier um einen ersten Schritt handelt und daß wir den Wirtschaftsexperten unserer Zone, Herrn Dr. *Agartz,* zu der Tagung in Bad Boll, die vom 27. bis 29. August stattfindet [!], delegieren sollten.[79]

Ich stelle also den Antrag, mit der Vertretung des Zonenbeirats auf der Tagung in Bad Boll den Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft, Herrn Dr. *Agartz,* zu beauftragen. Das ist der einzig mögliche Weg jetzt in einer Phase, wo das Vorfeld abgetastet wird.

Werden andere Vorschläge in dieser Richtung gemacht? Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich die Herren, die für meinen Antrag sind, die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Die Gegenprobe? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weisser: Wir sind fertig.

Vorsitzender: Lassen Sie mich einige Bemerkungen machen.[80]

Ich glaube, daß wohl so ziemlich alle von uns sich des Umstandes bewußt sind, daß aus der besonderen Lage, in die Deutschland durch das Dritte Reich gekommen ist, eine gewisse Reserviertheit und Bescheidenheit in unseren Wünschen und Forderungen resultieren muß. Aber ich glaube auch, daß man gewisse Dinge aussprechen sollte.

Die Zusammenarbeit beispielsweise mit dem Verbindungsstab hier in Hamburg ist gut. Es wird niemanden unter uns geben, der bestreiten wollte, daß die Herren des Verbindungsstabes sich alle Mühe geben um die sachliche Erledigung der Dinge. Nur möchte ich sagen, ein Teil der Antworten, die der Herr Generalsekretär hier verlesen hat, befriedigt uns wohl in zweierlei Hinsicht nicht.

Einmal kommen diese Antworten reichlich spät, und zum zweiten Mal sind sie inhaltlich oft so gestaltet, daß sie an dem Wesen der Dinge, so wie sie uns interessie-

79 Die Tagung fand nicht, wie geplant, in Bad Boll statt, da die frz. MR den Wunsch äußerte, die Zusammenkunft möge in einem Ort der frz. Zone durchgeführt werden. Nach einigen Verzögerungen wurde die Sitz. dann vom 28. bis 30. 10. 1946 in Bad Teinach abgehalten (vgl. den Vorgang sowie einen kurzen Tagungsbericht in PA 1/187; eine Notiz über die Tagung vgl. auch in BA Z 1/309). Bad Boll war als Tagungsort zunächst vorgeschlagen worden, da hier seit Nov. 1945 Konferenzen von Vertretern der süd- und westdt. Finanzverwaltungen stattgefunden hatten, die am 11. 12. 1946 mit der vierten dieser Sitzungen ein Ende fanden; nach Bildung des Gemeinsamen Dt. Finanzrates im Sept. 1946 waren sie entbehrlich geworden (vgl. hierzu die Protokolle in: BA Z 1/339 sowie Schweigert, S. 82).

80 Die folgenden hs. Streichungen der Vorlage in den Ausführungen *Schumachers* bleiben unberücksichtigt.

gungen in der britischen Zone als Mitglieder im Zonenbeirat vertreten zu sehen. Nach einer Mitteilung der Kontrollkommission hat diese von dem Antrag Kenntnis genommen. Die Angelegenheit wird noch geprüft.[76]

Dann ist noch etwas Wichtiges für alle Herren, die verwaltungsmäßig besonders interessiert sind. Das Staatssekretariat für das französische Gebiet Württembergs und Hohenzollerns hat zur Gewinnung eines Überblicks über die unmittelbaren und mittelbaren Forderungen gegen das Reich zur Verwendung bei der späteren Bereinigung des deutschen Geldwesens folgende Gesetzentwürfe betreffend Meldepflicht vorbereitet:

1. eine Rechtsanordnung über die Erfassung kriegswirtschaftlicher Forderungen, Rüstungsforderungen usw.

2. Rechtsanordnung über die Meldung nicht eintreibbarer Forderungen gegen die öffentliche Hand und die frühere NSDAP.[77]

⟨3. Rechtsanordnung über die Erfassung von Verbindlichkeiten gegenüber der öffentlichen Hand und der früheren NSDAP.

4. Rechtsanordnung über die Anmeldung von Ostforderungen und Ostverbindlichkeiten.⟩

Das Staatssekretariat hat ferner den Entwurf eines Kriegsschädenschlußgesetzes nebst einer ersten Durchführungsverordnung vorbereitet. Diese Arbeiten sind im engsten Zusammenwirken mit dem württembergischen Finanzministerium entstanden.[78]

⟨[. . .]

Diese Entwürfe sollen die Grundlage für eine gemeinsame – vorbehaltlich der Zustimmung der amerikanischen Militärregierung (um die ersucht worden ist) – stattfindende Beratung dieser Fragen mit Vertretern der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone sowie nach Möglichkeit mit Vertretern der deutschen Verwaltungsstellen der übrigen Besatzungszonen einschließlich Berlins dienen.

Als Ort der Beratung ist Bad Boll bei Göppingen (zwischen Stuttgart und Ulm/Donau) vorgesehen. Sie beginnt am Montag, den 30. September, 19.30 Uhr, mit einem gemeinschaftlichen Abendessen.

[. . .]

Der Verlauf der Tagung ist wie folgt gedacht:

a) am 1. 10. Beratung des Entwurfs der Rechtsanordnung über kriegswirtschaftliche Forderungen und der Rechtsanordnung über sonstige Forderungen gegen die öffentliche Hand,

---

76 *Vorwerk* begründete den Wunsch der Arbeitgeber damit, daß auch die Gewerkschaft zwei Mitglieder in den ZB entsandt habe, vgl. a. a. O.: *Vorwerk* an ZB, 13. 7. 1946. Zur Stellungnahme der KK vgl. Anl. 178.

77 Vgl. hierzu PA 1/187: Schreiben des Staatssekretariats für das frz. besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns. Landesdirektion der Finanzen, Tübingen, vom 24. 7. 1946 mit 4 Anlagen. Das folgende Inserat erfolgt entsprechend.

78 Wird nachfolgend verlesen, hier z. T. inseriert: Schreiben des Finanzministers der Regierung Württemberg-Baden *(Cahn-Garnier)* vom 8. 8. 1946 (a. a. O.).

dem Zonenbeirat zur Stellungnahme zuzuleiten, damit er die Möglichkeit hat, die Auswirkungen der Erhöhung der Grundsteuer auf die Lebenshaltungskosten und auf den Wiederaufbau zu prüfen.

gez. Dr. *Lehr*⟩

Es ist also ebenfalls ein Antrag, welcher für diese Sitzung noch nicht in Frage kommt.[72]

Ferner haben wir einen Antrag *Kubel* betreffend Sonderverwaltungen beim Straßenverkehr und bei der Straßenbahn.[73]

Ich darf die Begründung im einzelnen nicht vorlesen, da ja den meisten Herren diese Frage schon sehr genau bekannt ist. Es handelt sich um eine Umgruppierung in der deutschen Verwaltung, die den Säulenzentralismus wieder stärkt, der im Geiste der Dezentralisierung gerade beseitigt werden soll. Demgemäß beantragt Ministerpräsident *Kubel,* der Zonenbeirat wird gebeten, bei dem britischen Oberbefehlshaber vorstellig zu werden, daß die Weiterführung der Umorganisation des Straßenbaus und Straßenverkehrs bis nach Entscheidung der Militärregierung über die Neugliederung des Verwaltungsrestes der britischen Zone eingestellt wird. Der Sinn des Antrages ist also der, daß nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden, während der Zonenbeirat in seinen Sitzungen diese Frage der Verwaltungsreform bearbeitet.

Es ist noch einiges an besonders bemerkenswerten Eingängen beim Sekretariat mitzuteilen. Ein Schreiben aus Kreisen des Handwerks, wenn auch nicht von einer Organisation des Handwerks, betrifft die Frage der Zwangsmitgliedschaft bei den Handwerkerinnungen.[74]

Wir geben solche Eingänge im allgemeinen an das jeweilige zuständige Zentralamt weiter. Wieweit dann dieses Zentralamt zu Regelungen kommt, die dem Zonenbeirat unterbreitet werden sollen, muß dem betreffenden Fachvertreter überlassen bleiben.

Dann liegt ein Antrag wegen einer Vertretung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Zonenbeirat vor[75], ebenso ein Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitgeberschaft der Nord-Rheinprovinz, Wilhelm *Vorwerk,* daß die Kreise, die von ihm vertreten werden, den Wunsch haben, zwei Vertreter der Arbeitgebervereini-

---

72 Vgl. aber u. mit Anm. 303–304.

73 Vgl. u. mit Anm. 305–309. – Auf der LChK am 11./12. 8. 1946 in Bremen war beschlossen worden, den Antrag *Kubel* dem ZB vorzulegen, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/9: Ns. über die Konferenz . . . am 11. 8. 1946, S. 2. – Laut Einladungsschreiben tom *Moehlens* vom 22. 7. 1946 sollte die Konferenz am 11. und 12. 8. 1946 stattfinden, während das Prot. als Sitzungstag lediglich den 11. 8. 1946 angibt, vgl. a. a. O.

74 Es handelt sich um ein Schreiben des Schreinermeisters *Menden* aus Köln, die Zwangsmitgliedschaft bei den Handwerkerinnungen aufzuheben und durch Mitgliedschaft auf freiwilliger Basis zu ersetzen, vgl. BA Z 2/52, fol. 20.

75 Es handelt sich um einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft der ländlichen Genossenschaftsverbände in der brit. Zone vom 27. 6. 1946, der dem ZB vom ZEL befürwortend zugeleitet worden war. Mit Schreiben vom 19. 9. 1946 wurde der Antrag wiederholt, auch im Hinblick auf die Vertretung der Konsumgenossenschaften im ZB. Mit Schreiben vom 3. 10. 1946 wies das Generalsekretariat darauf hin, daß die KK bisher alle derartigen Anträge abschlägig beschieden habe (vgl. alle Schreiben in: PA 1/36).

sen[63], Appell an die Geistlichen aller Konfessionen, die Kirche nicht in den Dienst einer Partei zu stellen[64]; Antrag *Kaisen/Petersen:* Mehr Initiative für den Export zu entwickeln und unmittelbaren Geschäftsverkehr mit dem Auslande zu fördern.[65]

Ferner liegen einige neue Eingänge vor, die Sie noch nicht dahaben, und zwar ein Antrag *Kopf/Henßler/Karl* bezüglich der Behandlung blinder und schwerkriegsbeschädigter Personen bei der Entnazifizierung.[66] Das führe zu Härten, die vom allgemeinen menschlichen Standpunkt aus nicht zu vertreten sind. Die Entnazifizierung ist zur Zeit noch auf Bestimmungen aufgebaut, die von den Besatzungsmächten erlassen sind. Bei der Anweisung 24 ist es nicht möglich, durch deutsche Anweisung eine Änderung herbeizuführen.[67] Hierzu bedarf es vielmehr der Zustimmung der Militärregierung. Und nun kommen die Fragen, die im einzelnen dazu zu behandeln sind.

Dann liegt ein Antrag Dr. *Lehr* vor, der die Grundvermögenssteuer betrifft. Nach anscheinend zuverlässigen Nachrichten beschäftigt sich der Interalliierte Kontrollrat mit einer Änderung der Grundvermögensgesetze, die im Ergebnis zu einer Erhöhung der Steuerbelastung des Grundbesitzes führt und die Frage aufwirft, ob und inwieweit nicht zusätzliche Belastung des Grundbesitzes in einer Erhöhung der Mieten einen Ausgleich finden muß. Der Zonenbeirat hat in seinen Entschließungen die Kontrollkommission bereits gebeten, dahinzuwirken, daß weitere Verteuerungen der Lebenshaltung des deutschen Volkes unterbleiben, da dies unvermeidliche Folgen nach sich ziehen muß.[68]

〈Nach anscheinend zuverlässigen Nachrichten beschäftigt sich der interalliierte Kontrollrat mit einer Änderung der Grundsteuergesetze[69], die im Ergebnis zu einer Erhöhung der Steuerbelastung des Grundbesitzes führt und die Frage aufwirft, ob und inwieweit diese zusätzliche Belastung des Grundbesitzes in einer Erhöhung der Miete einen Ausgleich finden muß.

Der Zonenbeirat hat in seinen Entschließungen die Kontrollkommission bereits gebeten, dahin zu wirken, daß weitere Verteuerungen der Lebenshaltung des deutschen Volkes unterbleiben, da dies unvermeidlich Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter auslösen wird.[70]

Darüber hinaus hat der Zonenbeirat auch die Bitte ausgesprochen, bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen herangezogen zu werden und zu Gesetzentwürfen Stellung nehmen zu können, bevor der Kontrollrat mit ihnen befaßt wird.[71]

Der Zonenbeirat bittet daher die Kontrollkommission, den Kontrollrat zu veranlassen, den ihm etwa vorliegenden Entwurf betreffend eine Änderung des Grundsteuergesetzes

63 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 179–180 sowie a. a. O., Anm. 109.
64 Im Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 106. IV.2–9) folgt vor dem hier genannten Antrag: Wohnungslage im Bergbau; vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 189–190 sowie a. a. O., Anm. 109; zu dem hier genannten Antrag vgl. u. mit Anm. 313.
65 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 53–56.
66 Vgl. hierzu u. mit Anm. 299–302.
67 Gemeint ist die KR-Direktive Nr. 24 vom 12. 1. 1946: Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen (vgl. hierzu Fürstenau, S. 47 f.).
68 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 153.
69 Vgl. aber u. Anm. 304.
70 Vgl. etwa Anl. 134; siehe auch: Indexziffer für die Lebenshaltungskosten.
71 Vgl. Dok. III.3, bes. mit Anm. 93 sowie o. mit Anm. 11.

In der Frage des Zentralamtes für die Justiz würde auch danach der Zonenbeirat nicht aufgefordert sein, Stellung zu nehmen.

Ich darf noch zu der Frage, Stellungnahme zum Punkt Sozialversicherungsrecht, darauf hinweisen, daß ich gehört habe, daß dem Länderrat die Vorlage eines Gesetzgebungswerkes im Text zugegangen ist.[51] Wenn Herren aus Süddeutschland da sind, können Sie uns vielleicht dazu etwas sagen. Es ist vielleicht zweckmäßig, daß diese Frage noch für den Zonenbeirat aufgeklärt wird.

Vorsitzender: Es bleibt, meine Herren, nichts anderes übrig als die Verweisung an den Sozialpolitischen Ausschuß.[52]

Weisser: Ich würde mich bemühen, bis zur Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses zu klären, ob dem Länderrat diese Vorlage zugegangen ist, damit Sie eventuell eine wirkliche Vorlage statt dieser 1 ½ Seiten erhalten.

Wir kommen nun zu überhaupt neu eingegangenen Anträgen, über die noch nicht von der Kontrollkommission entschieden ist. Ich lese die Dinge nicht alle vor, sonst müßte ich noch 20 Minuten vorlesen.

Neben dem Antrag *Amelunxen* über die Beschäftigung von Beamten am Rundfunk[53] liegen weitere Anträge des Zonenbeiratsmitgliedes *Hoffmann*[54] vor. Sie betreffen die Beschleunigung der Entnazifizierung im Bergbau[55], Erhöhung der Löhne im Bergbau, Bildung von Produktionsausschüssen im Bergbau[56], Bildung von demokratischen Bauernausschüssen[57], Beschleunigung der Agrarreform[58], Beauftragung des Leiters des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft mit der Erstattung eines Geschäftsberichtes über das Ergebnis der Arbeiten der Erntevorschätzungskommission an den Zonenbeirat[59], Konferenz der Landeschefs und Chefs der Provinzialverwaltungen aller vier Zonen[60] sowie der Vertretungen des Zonenbeirates und des Süddeutschen Länderrates in Berlin[61], die Anregung einer solchen Konferenz[62], Bildung von Ernährungsausschüssen in Stadt- und Landkrei-

---

51 Vgl. hierzu die Außerordentl. Tagung des LR vom 30. 8. 1946, AVB 1, S. 751–768, hier: S. 766 f., sowie Interne Sitz. des LR vom 6. 9. 1946, a. a. O., S. 769–776, hier: S. 773 f., Anm. 23.

52 Vgl. u. mit Anm. 189.

53 Korrekt: Versetzung verdrängter, unbeschäftigter, dienstunfähiger Beamter in den Ruhestand, vgl. Anl. 200 sowie Dok. VII.3 mit Anm. 187–188 und a. a. O., Anm. 109.

54 Laut Dok. VI.4, TOP 106. IV.2–9: Anträge *Reimann/Hoffmann*.

55 Im Kurzprot. (vgl. ebd.) folgt vor dem hier genannten Antrag: Erhöhung der Rationen für Bergarbeiter und deren Familien; vgl. hierzu u. mit Anm. 160–161 sowie Dok. VII.3, bes. mit Anm. 360; zum Antrag „Beschleunigung der Entnazifizierung" vgl. auch u. mit Anm. 198–201 (Antrag *Schneider*). Der Antrag *Reimann/Hoffmann* wurde in dieser Form nicht behandelt (vgl. hierzu auch Dok. III.3 mit Anm. 161–172 sowie Anl. 348).

56 Beide Anträge im Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 106. IV.2–9) nicht genannt; vgl. hierzu u. mit Anm. 287–292.

57 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 181–182 sowie a. a. O., Anm. 109.

58 Der Antrag wurde in dieser Form nicht behandelt.

59 Antrag im Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 106. IV.2–9) nicht genannt, vgl. hierzu u. mit Anm. 293–294.

60 Vgl. hierzu u. mit Anm. 101–103 sowie Dok. VII.3 mit Anm. 300–303.

61 Zu einer solchen Vertretung sollte es indessen nicht kommen, vgl. hierzu Dok. X. A.3 mit Anm. 14.

62 Kein eigenständiger Antrag, vgl. o. Anm. 60.

Die Kontrollkommission gibt zur Unterrichtung des Zonenbeirats den Wortlaut folgender beiden Anordnungen bekannt, deren Veröffentlichung bevorsteht:

1. Eine Verordnung über die Abschaffung des Staates Preußen.[45]

2. Eine Verordnung über die Errichtung eines Zentralamtes für Rechtswesen in der britischen Zone.[46]

Der Wortlaut der beiden Verordnungen ist noch schnell vervielfältigt worden und liegt Ihnen vor. Vielleicht haben Sie teilweise schon Gelegenheit gehabt, Einblick zu nehmen; aber es ist natürlich für Sie kaum möglich, daß Sie an den sitzungsreichen Tagen, an denen die Herren, wie z. B. gestern, bis um 11.00 Uhr abends getagt haben, die Dinge durchlesen konnten.

Zu der Verordnung über die Errichtung eines Zentralamtes für Rechtswesen[47] bemerkt die Kontrollkommission: Die Errichtung dieses Zentralamtes stelle eine Maßnahme dar, die die Entschlüsse des Zonenbeirates über den zukünftigen Verwaltungsaufbau der britischen Zone, der zur Zeit in Bearbeitung sei, nicht beeinträchtigen soll.

Zu beiden Verordnungen bemerkt die Kontrollkommission, daß die offiziellen deutschen Übersetzungen noch nicht zur Verfügung ständen. Infolgedessen seien geringfügige Abweichungen des offiziellen, für die Veröffentlichung bestimmten deutschen Textes zu erwarten.[48]

Die Kontrollkommission hat die Grundlinien des Entwurfs eines Sozialversicherungsgesetzes zur Kenntnis übersandt.[49] Der Wortlaut liegt den Zonenbeiratsmitgliedern im Durchschlag vor. Dieser Entwurf war Gegenstand von Beratungen der Alliierten Kontrollkommission.

Meine Herren, wenn Sie diesen Text, der ja nur 1 ½ Seiten umfaßt, bei diesem gewaltigen Rechtsgebiet zur Hand nehmen, so werden Sie bemerken, daß angegeben ist, diese Vorlage ist dem Zonenbeirat zugegangen, damit er sie unter „Sonstiges" zur Kenntnis nimmt. Es ist daher nicht vorgesehen, daß Sie auf dieser Tagung zu diesen Grundgedanken des Aufbaues der Sozialversicherung Stellung nehmen.[50]

(Zuruf aus dem Plenum: Zur Kenntnis zugegangen oder sollen wir dazu Stellung nehmen?)

Weisser: Er ist nur zur Kenntnis zugegangen. Es wurde kein Ersuchen an den Zonenbeirat herangetragen, daß er dazu Stellung nimmt.

---

45 Vgl. Anl. 130 und o. Anm. 10; auf einer Pressekonferenz am 17. 7. 1946 war von der brit. MR bereits die Gründung des Landes NRW mitgeteilt worden (vgl. Först, Nordrhein-Westfalen 1, S. 155); ihre rechtlich verbindliche Fassung fand diese Erklärung jedoch erst mit der VO Nr. 46 vom 23. 8. 1946 (Amtsbl. brit. MR, S. 305 f.), durch die den preuß. Provinzen der Status von Ländern verliehen wurde.

46 Vgl. Anl. 131.

47 Zum Zentral-Justizamt für die Brit. Zone vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 514–519.

48 Vgl. Anl. 130 und 131. Laut Dok. VI.4, TOP 106. III.2, durfte in den Pressemitteilungen des ZB noch kein Bezug auf die beiden unveröffentlichten Verordnungen genommen werden.

49 Vgl. Anl. 132.

50 Vgl. aber u. mit Anm. 184–191.

chend geklärt sind, um dem Zonenbeirat eine Stellungnahme zugehen zu lassen, die wahrscheinlich einer Besprechung dieses Antrages im Zonenbeirat mehr Erfolg versprechen wird.〉[38]

3. Der Antrag *Petersen* schlägt den Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden vor, welche durch nationalsozialistische Handlungen und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. Januar 1933 entstanden sind.

Herr Bürgermeister, es handelt sich hier um eine Gemeinschaftsarbeit der Länder und Provinzen.[39]

〈Dieser Antrag kann besprochen werden, wenn der Zonenbeirat es wünscht; die Kontrollkommission würde es jedoch begrüßen, wenn die Erörterung aufgeschoben werden könnte, bis sie in der Lage ist, dem Zonenbeirat die grundsätzliche britische Einstellung hierzu bekanntzugeben, über die zur Zeit gerade verhandelt wird.〉[40]

4. Antrag *Hoffmann* Verleihung des passiven Wahlrechts an Kommunalbeamte und -angestellte.[41] Die Antwort besagt, daß Vorschriften über die politische Betätigung von Kommunalbeamten und -angestellten in den Richtlinien über allgemeine örtliche und Provinzialverwaltung niedergelegt seien.[42] Die Revision eines Teiles dieser Richtlinien sei in Vorbereitung. Endgültige Entscheidungen seien noch nicht getroffen. Büroangestellte könnten sich ohne weiteres als Kandidaten für die politischen Wahlen aufstellen lassen.

Vorsitzender: Zu diesem Punkte, der noch nicht entschieden ist, werden im Laufe dieser Tagung noch verschiedene Anträge zur Kenntnis kommen.[43]

Weisser: Vor kurzem seien Anweisungen gegeben worden, daß die im Bau befindlichen Fischdampfer mit größtmöglicher Beschleunigung auf folgenden Werften fertigzustellen seien[44]:

〈18 Fischdampfer in Elmshorn, Kremers Werft
4 " " Hugo Peters' Werft, Neu-Ellsfleth, Schleswig-Holstein
2 " " August Pahl, Hamburg
3 " " Heinrich Rencke, Hamburg
1 " " Gustav Behrens, Hamburg
1 " " Wilhelm Holst, Hamburg〉

Ich habe dann noch sonstige Mitteilungen der Kontrollkommission zu übermitteln.

---

38 Vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 169–170 sowie a. a. O., Anm. 109.
39 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 129. – Vgl. auch Anl. 78.
40 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 149–151.
41 Die Antwort der KK ist in den Anl. zur 6. Sitz. nicht überliefert; desgl. fehlt ein Hinweis im Kurzprot. (Dok. VI.4, TOP 106. II). Paraphrasierte Überlieferung der Stellungnahme, dt. Fassung, in: BA Z 2/52, fol. 17. – Vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 60. Eine weitere Stellungnahme der KK vgl. in Dok. VII.3 mit Anm. 22–24.
42 Vgl. o. Anm. 16.
43 Vgl. u. mit Anm. 212–216.
44 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß PA 1/66: Schreiben des brit. Verbindungsstabes vom 12. 8. 1946. – Vgl. auch Dok. V.3, o. S. 518 f. (Antrag *Hoffmann*) sowie u. mit Anm. 207–208.

⟨2. Der Deutsche Wirtschaftsrat hat einen Plan ausgearbeitet[31], der sich auf die Verwendung aller Arten von Brennmaterial einschließlich Torf erstreckt. Ein Höchstprogramm für die Torfgewinnung gelangt in der gesamten Zone zur Durchführung, und man schätzt, daß 500 000 t Torf der Hausbrandversorgung zur Verfügung stehen.

3. Brennholzeinschlag wird für den Winter wiederum erforderlich sein. Das Schlagen wird jedoch in diesem Jahr planmäßig durchgeführt und sich nicht von Fall zu Fall nach dem jeweiligen Bedarf richten wie im vergangenen Winter. Abfallholz von den Sägemühlen wird ebenfalls Verwendung finden.

4. Ein Gesamtplan wird zur Zeit in Berlin besprochen, es ist jedoch bis heute noch keine Entscheidung über seine Annahme eingegangen. Die Annahme oder Ablehnung hat jedoch keinen Einfluß auf die Torfgewinnung, die in der ganzen Zone in vollem Gange ist.

Weitere Mitteilungen werden dem Zonenbeirat zu gegebener Zeit übermittelt werden.⟩[32]

Vorsitzender: Die Antwort ist ja nur dilatorisch und löst das Problem nicht so, wie wir es angestrebt haben.

Weisser: Dann liegt eine Stellungnahme der Kontrollkommission zu neu eingegangenen Anträgen der Zonenbeiratsmitglieder vor.

1. Antrag *Adenauer* auf Aufhebung der Zonengrenzen.[33]

Die Kontrollkommission hält eine solche Erweiterung [!][34] gegenwärtig für nicht erforderlich. Dabei kann bemerkt werden, daß ein Abkommen mit den amerikanischen Behörden über uneingeschränktes Reisen zwischen der amerikanischen und britischen Zone zustande gekommen ist, das bald in Kraft treten wird.[35]

Ich möchte vermuten, daß der Sinn des Antrages *Adenauer* auch dahin geht, insbesondere auf eine Mitwirkung der deutschen Stellen bei der Schaffung der Verwaltungsorganisation im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Zonen zu bestehen, so daß vielleicht die Diskussion noch nicht durch diese Antwort der Kontrollkommission als beendet angesehen werden kann.[36]

2. Die Antwort auf den Antrag *Amelunxen* über Eingliederung der Landesernährungsämter.[37]

⟨Dieser Antrag kann vom Zonenbeirat besprochen werden, wenn dieser es wünscht. Die Kontrollkommission würde es jedoch vorziehen, wenn die Erörterung bis zur 7. Sitzung aufgeschoben würde, da gewisse Vorschläge zur Organisation des Verwaltungsapparates in der Ernährungswirtschaft zur Zeit Gegenstand der Besprechungen innerhalb der Kontrollkommission sind. Es steht zu hoffen, daß diese Vorschläge bis September ausrei-

31 Vgl. hierzu etwa BA Z 8/18, fol. 127–136: ZfW (*Werkmeister*) an KK, 11. 7. 1946; a. a. O., Final proposals for the rationing of domestic fuels during winter 1946/47, 10. 7. 1946 (Aufstellung des Kohlenstatistischen Amtes).

32 Vgl. hierzu u. Anm. 263.

33 Vgl. Anl. 79, laut Wortprot. in der 5. Sitz. nicht behandelt. Vgl. zum Folgenden Anl. 127.

34 Hörfehler. Korrekt: Erörterung (vgl. Anl. 127).

35 Vgl. hierzu u. a. Hamburger Freie Presse vom 24. 8. 1946: „Ab 1. September: Freie Reise zwischen der englischen und amerikanischen Zone. Im Interesse der Wirtschaft! – Keine Vergnügungsreisen!"

36 Die Debatte wurde allerdings in dieser Form nicht wieder aufgenommen.

37 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 128. – Vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 275–280.

hungen angestellt, ausländische Ölsaat-Lieferungen zu erhalten, jedoch infolge der außerordentlichen Knappheit dieses Produktes auf der ganzen Welt ohne Erfolg. Der gegenwärtige Zustand der Fettversorgung in Großbritannien mit seiner daraus folgenden niedrigen Zuteilung an Speisefetten und Seife müßte den skeptischsten Beobachter von dieser Weltknappheit überzeugen.

5. Die Menge von 20 000 t Ölsaaten, die in dem Antrag des Zonenbeirates als notwendig bezeichnet wurde, um eine Zuteilung von 400 g für ein Vierteljahr aufrechtzuerhalten, ist unrichtig. Um eine Bevölkerung von 20 Millionen Menschen mit 200 g Fett zu versorgen, wäre nicht eine Einfuhr von 20 000 t im Vierteljahr, sondern von 30 000 t, d. h. 120 000 t im Jahr, erforderlich.〉

Der Antrag Nr. 6 regt[e] die Einfuhr von Sojabohnen an.

〈6. Der Antrag regt eine Einfuhr dieser Saaten in Form von Sojabohnen an. Das würde aber bedeuten, daß eine noch größere Menge benötigt werden würde, um das zusätzliche Fett zur Verfügung zu stellen, denn der Ölertrag aus Sojabohnen beträgt nur 18 % gegenüber einem Ertrag von 38 % aus Raps.〉

Auch zu diesem Punkt ist eine Stellungnahme der Sojabohnenfachleute, die da umfangreiche Denkschriften ausgearbeitet und diese Frage geradezu zu einer Wissenschaft entwickelt haben, nicht mehr herbeigeführt worden, weil das technisch in der kurzen Zeit gar nicht möglich war.

〈7. Schließlich ist zu bedenken, daß die Kürzung der Fettration in die gleiche Zeit wie eine Kartoffelzuteilung fiel, die in der Stadt seit mehr als vier Monaten nicht allgemein durchführbar gewesen war. Infolgedessen wurde der Kalorienwert der Ernährung um fast 100 Kalorien pro Tag erhöht – trotz der gekürzten Fettration. Folglich war der Zeitpunkt unbedingt der geeignetste, um die Kürzung vorzunehmen, da sie einmal gemacht werden mußte.〉

Was die 8. Frage der Fischdampfer betrifft, so sollten Minenräumboote so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt werden.

〈8. Was die Frage der Fischdampfer betrifft, so sollen Minenräumboote so schnell wie möglich der Fischerei zur Verfügung gestellt werden. Die Anzahl der noch zur Minenräumung eingesetzten Boote ist sehr niedrig. Das Chartern ausländischer Schiffe ist eine schwierige Frage, denn es müßten Länder herausgefunden werden, die mehr Fischdampfer besitzen, als sie selber benötigen. Es ist jedoch eine Regelung getroffen, wonach eine begrenzte Anzahl ausländischer Fischdampfer ihren Fang in deutsche Häfen bringt, damit er der deutschen Bevölkerung zugute kommen soll. Es wird darauf hingewiesen, daß der auf diese Weise oder mit deutschen Fischdampfern gelieferte Fisch als solcher auf die deutsche Lebensmittelkarte ausgegeben werden wird; er wird nicht zur Ölherstellung dienen, da über den unmittelbaren Bedarf für Speisezwecke hinaus kein Überschuß vorhanden ist.〉

Daß diese Regelung getroffen sei, wird als Faktum mitgeteilt.

Zur Hausbrandversorgung für die deutsche Bevölkerung ist zu bemerken, daß seit geraumer Zeit Einigkeit darüber besteht, daß es notwendig sei, Vorkehrungen für eine Zuteilung zu treffen.

Außer diesem eben erwähnten Punkt befassen sich auch die anderen Mitteilungen der Kontrollkommission (2–4) mit der Hausbrandversorgung.[30]

30 Wird nachfolgend (Pkt. 2–4) verlesen, hier inseriert: Anl. 126. – Vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 269–274.

Es entspricht unser aller Wünschen, daß die Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politische Verantwortlichkeit der parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung erfolgt.[27]

⟨Der Antrag wird zur Zeit von der Kontrollkommission geprüft. Die Kommission wäre dankbar, wenn die Hauptpunkte dieses Antrages in den vom Zonenbeirat demnächst zu erstattenden Bericht über die Frage des Neuaufbaus der Länder eingefügt würden.⟩[28]

Jetzt kommt eine sehr umfangreiche Antwort der Kontrollkommission zu den Fragen der Ernährung.[29]

⟨1. Die Kürzung der Fettration für die 91. Kartenperiode von 400 auf 200 g wurde von der Kontrollkommission außerordentlich bedauert. Es herrschte jedoch seit einiger Zeit Klarheit darüber, daß dieses wahrscheinlich erforderlich sein würde; es wurde so lange wie irgend möglich hinausgeschoben. Um sicherzugehen, daß jede Person den ganzen Winter hindurch eine Zuteilung von 200 g erhalten kann, mußte daher zur Kürzung geschritten werden. Trotz der Kürzung werden unsere Buttervorräte Ende April auf 5 000 t heruntergegangen sein. Wenn man sich klarmacht, daß wir für die gegenwärtige Butterzuteilung annähernd 7 000 t pro Monat benötigen, kann man ermessen, daß dieser Vorrat gefährlich niedrig ist.⟩

Ich lese noch einmal den einen Satz vor: „Um sicherzustellen, daß jede Person den ganzen Winter hindurch eine Zuteilung von 200 g Fett erhalten könnte, hätte daher zur Kürzung geschritten werden müssen."

Es ist uns also nicht klar, ob die inzwischen für die Stadt vorgesehene Erhöhung um 140 g, also ob dieser erhöhte Satz, überholt ist, oder aber, ob er gewissermaßen einen Widerruf dieser Erhöhung von 140 g für die Städte bedeuten soll.

Ich hätte es natürlich als meine Aufgabe angesehen, Ihnen eine völlig eindeutige Auskunft zu geben, aber das war nicht möglich.

⟨2. Falls die Kürzung in der 91. Periode nicht durchgeführt worden wäre, wäre es unmöglich gewesen, jeden Verbraucher mit einer Zuteilung von 400 g zu versorgen, so daß einige von ihnen überhaupt kein Fett in dieser Periode hätten erhalten können. Das wäre ohne Frage ungerecht gewesen. Es ist besser, daß alle eine geringere Zuteilung erhalten.⟩

Punkt 3 behandelt die Einfuhr von Ölsaaten. Infolge der späten Zusendung ist eine Stellungnahme der Antragsteller auch nicht mehr möglich gewesen.

⟨3. Die Fettration bestand hauptsächlich aus a) Butter und b) Margarine. Aus Gründen, die hier nicht wiederholt zu werden brauchen, ist die Buttererzeugung wesentlich niedriger als in früheren Jahren; z. B. beträgt heutigentags die Buttererzeugung nur etwa 60 % der Erzeugung des Jahres 1944. Eine Margarinezuteilung von 200 g konnte gegeben werden, da zur Zeit des Zusammenbruchs verhältnismäßig große Vorräte an Öl und Ölsaaten in den Ölmühlen vorhanden waren etc. Es muß erwähnt werden, daß diese Vorräte nicht alle der Erzeugung derjenigen Gebiete entstammten, die jetzt die britische Zone ausmachen.

4. Als es sich vor einigen Monaten herausstellte, daß wir nicht ohne Hilfe von außen in der Lage sein würden, die Fettration auf einer Höhe von 400 g zu halten, wurden Bemü-

27 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 124. – Vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 121–126.

28 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 230–231.

29 Wird nachfolgend (Pkt. 1–8) verlesen, hier inseriert: Anl. 125. – Vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 329–333. Vgl. weiter Dok. VII.3 mit Anm. 126–127.

(Zuruf: Ich schlage Herrn . . .[21] vor.)

Vorsitzender: Ich möchte aber bitten, nicht den gesamten Zonenbeirat für den Ausschuß vorzuschlagen. Wir haben jetzt 11 Vorschläge. Werden weitere Vorschläge gemacht?

Hellwege: Ich schlage Herrn Dr. *Seebohm*[22] seitens der Niedersächsischen Landespartei vor.

Vorsitzender: Er ist doch kein Mitglied des Zonenbeirats und auch kein Stellvertreter. Das ist kein Ausschuß, in dem Experten von Parteien oder sonstigen Instanzen Platz haben.[23] Es tut mir leid, Herr *Hellwege,* Ihrem Wunsche nicht Folge zu leisten. Es bleibt also bei den 11. Wer für die Wahl dieser 11 Mitglieder ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Bitte die Gegenprobe. Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Weisser: Zu dem Punkt der Steigerung der Produktion von Essigsäure heißt es[24]:

〈Die Kontrollkommission ist ebenfalls der Auffassung, daß eine höchstmögliche Produktion von Essigsäure für Speisezwecke zur Haltbarmachung von Nahrungsmitteln wünschenswert ist. Auf Grund der Knappheit von Alkohol und anderen Materialien, wie Getreide und Melasse, ist zur Zeit die Produktion begrenzt. Alkohol wird leider auch für andere wichtige Zwecke benötigt, wie die Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, z. B. Schutz gegen den Colorado-Käfer. Die Herstellung von Essigsäure für Speisezwecke wird jedoch aufs höchste gesteigert werden.〉

Der nächste Punkt befaßt sich mit der Änderung des Wahlverfahrens für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen.[25]

〈Eine Verordnung ist unterzeichnet und wird demnächst veröffentlicht werden[26], die vorsieht, daß die Parteizugehörigkeit des Kandidaten aus dem Stimmzettel ersichtlich sein soll. Dieses war erforderlich, da nicht genügend Papier für ausreichende Partei-Propaganda vorhanden ist. Es darf nicht übersehen werden, daß dieses, wenn möglich, anläßlich einer zukünftigen Wahl geändert werden muß, denn es widerspricht dem Kern des Grundsatzes, daß Kandidaten sich allein auf Grund ihrer Persönlichkeit aufstellen lassen, persönlich zu ihren Wählern Verbindung bekommen und um sie werben sollen, so daß jeder Wähler das Empfinden hat, er besitzt einen direkten persönlichen Vertreter in der Repräsentativkörperschaft.〉

---

21 Zu den bisher Genannten kamen noch *Groth, Schlack* und *Altenhain,* vgl. ebd.

22 Hans-Christoph *Seebohm* (1903–1967), Dr. Ing., Diplom-Ingenieur. Minister für Aufbau und Arbeit im Kabinett *Kopf* (1946/47) als Angehöriger der NLP. Minister für Arbeit, Aufbau und Gesundheit (DP) im Kabinett *Kopf* (1947/48); MdL Nds. 1946–1967, 1960: CDU. Präsident IHK Braunschweig 1947–1963. MdPR 1948/49. Mitglied des Direktoriums der DP 1946–1956.

23 Experten wurden allerdings als Gutachter hinzugezogen, vgl. o. Anm. 19.

24 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 122. – Vgl. auch Dok. V.3, o. S. 532 f.

25 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 123. – Vgl. auch Dok. V.3 mit Anm. 97–120.

26 Die VO Nr. 40: Ergänzungsbestimmungen zum Verfahren bei den Gemeindewahlen (Amtsbl. brit. MR, S. 299) trat rückwirkend ab 30. 5. 1946 in Kraft und ergänzte VO Nr. 32 vom 30. 5. 1946: Das Verfahren bei den Gemeindewahlen (a. a. O., S. 226–230) entsprechend.

Bezug wird genommen auf Anhang B Abs. 6 (111), Anhang C Abs. 7, Anhang D Abs. 16 (F), Anhang E Abs. 11. Kurz: Wir sind der Ansicht, daß Männer und Frauen als gleichberechtigt zu behandeln sind und daß die Frage der Entlassung von Frauen bei ihrer Heirat eine Frage ist, die der anstellenden Behörde überlassen bleiben muß. Der in *Grimmes* Antrag [her]angezogene Absatz des Beamtengesetzes, nach welchem Anstellung auf Lebenszeit für Frauen nur ab vollendetem 35. Lebensjahr möglich ist, wird durch eine zur Zeit im Entwurf vorhandene Verordnung aufgehoben.[17]⟩

Wir kommen zu der Mitteilung über den Steuer- und Haushaltsausschuß[18]:

⟨Die Kontrollkommission erhebe keine Bedenken gegen die Bildung eines Ausschusses für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten. Sie werde in Kürze einen Fachvertreter für Finanzfragen im Zonenbeirat ernennen.⟩

Vorsitzender: Meine Herren, wir sind natürlich nicht in der Lage, der britischen Besatzungsmacht vorzuschreiben, wen sie da ernennen will.[19] Wir haben in der letzten Zeit auf dem finanzpolitischen Gebiet Dinge erlebt, die uns alle nicht sehr angenehm sind. Wir würden es natürlich sehr gern gesehen haben, wenn man gerade zu diesem Punkt vorher mit uns gesprochen hätte. Denn die tatsächliche Situation bei der Bildung dieses Zonenbeirats und die heutige Situation weichen sehr erheblich voneinander ab.

Ich würde aber jetzt vorschlagen, vielleicht gleich an die Bildung des Ausschusses für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten heranzugehen.

Weisser: Es sind von den verschiedenen Gruppen des Zonenbeirats Vorschläge eingegangen. Vorgeschlagen werden die Herren *Blücher, Görlinger,* Dr. *Otto*[20], *Kopf, Lehr, Müller, Schramm.*

Vorsitzender: Das wäre ein neuer Ausschuß. Ich glaube, daß die Fachvertreter als solche und die Oberpräsidenten bzw. Landeschefs als solche vertreten sind. Für die Gewerkschaften wird Herr *Karl* vorgeschlagen. Dann haben wir einen Zehnerausschuß. Ich habe auch gar nichts dagegen, daß ruhig 10 Herren in dem Ausschuß sein können. Ich bitte zu bedenken, daß es ein besonders wichtiger Ausschuß ist, in dem jetzt alle Interessenten vertreten sind. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht?

---

17 Eine solche VO ist nicht erschienen. Im dt. Beamtengesetz nach dem Stande vom Februar 1948 jedenfalls war eine entsprechende Änderung des umstrittenen § 28 des Beamtengesetzes vom 26. 1. 1937 nicht enthalten (vgl. den detaillierten Kommentar Ernst *Wiecherts* in PA 1/242: Das deutsche Beamtengesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt. 26./27. 2. 1948). Für die Verwaltungsangehörigen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes galt zwar, daß (u. a.) das Geschlecht nicht zu einer Bevorzugung oder Benachteiligung führen dürfe; Lebens- und Dienstalter, Familienstand und Beschäftigungsort indessen konnten bei der Besoldung, Vergütung und Versorgung berücksichtigt werden (vgl. VOBl. BZ 1949, S. 57–64: Gesetz Nr. 15 vom 15. 3. 1949, § 3 und 4). Das vom Bundestag beschlossene vorläufige Beamtengesetz vom 17. 5. 1950 war im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter ebenfalls umstritten (vgl. zum Stand der zeitgenössischen Diskussion: Archiv des öffentlichen Rechts 76/1950, S. 92 ff. und S. 137–164).

18 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 93–94. Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert gemäß Dok. VI.4, TOP 106. I.3: Mitteilung der KK vom 12. 8. 1946.

19 Ein Fachvertreter für Finanzfragen wurde nicht in den ZB berufen. Der ZB zog jedoch Experten zu den Sitzungen des FA hinzu, vgl. etwa Dok. VIII.3 mit Anm. 207.

20 Statt *Otto* wurde *Naegel* Ausschußmitglied, vgl. Dok. VI.4, TOP 106. I.3.

Antwort der Bevölkerung geben können. Das wäre auch im Interesse der britischen Militärregierung, wenn diese eine solche Basis einhalten würde, um nicht ständig die Bevölkerung zu beunruhigen. Wir sind nun doch einmal Vertreter der politischen Parteien und wünschen, von solchen Maßnahmen dann auch vorher verständigt zu werden.

Vorsitzender: Sie haben von dem Standpunkt des Herrn *Reimann* Kenntnis genommen. Wir sind uns ohne Zweifel alle in dem Wunsch einig, wie es in der amerikanischen Zone bereits der Fall ist, daß wir vor wichtigen Entscheidungen vorher gehört werden.[11] Ich darf zu Punkt 2:

Mitteilungen des Generalsekretärs

an den Herrn Generalsekretär das Wort geben.

Weisser: Es ist sehr viel zu verlesen. Ich werde mich daher möglichst beschränken. Es handelt sich um die Stellungnahme der Kontrollkommission zu verschiedenen Punkten aus früheren Sitzungen.

Zuerst die Frage betreffend die völkerrechtliche Lage Deutschlands, die in dem Antrag *Adenauer* behandelt worden ist, demzufolge ein Gutachten namhafter, auch ausländischer Sachverständiger des Völkerrechts herbeigezogen werden sollte.[12] Zu dieser ablehnenden Stellungnahme der Kontrollkommission sind weitere Erläuterungen eingegangen.

> „Die Kontrollkommission bittet, Herrn Dr. *Adenauer* und die Mitglieder des Zonenbeirates zu verständigen, daß die Kontrollkommission der Ansicht ist, daß der auf der letzten Sitzung des Zonenbeirats verlesene Entwurf nicht eine rechtliche Definition des gegenwärtigen völkerrechtlichen Status für Deutschland bedeute. Eine solche Definition werde gegenwärtig von der Rechtsabteilung der Kontrollkommission vorbereitet."

Meine Herren, diese Erläuterung unterscheidet sich nun also von dem ersten Entwurf. Ich habe diese Antwort der Kontrollkommission erst gestern bekommen, so daß es nicht möglich war, hier Vorbereitungen zu treffen. Jedenfalls haben wir eine Definition, die diese Frage eindeutig klärt, von der Rechtsabteilung der Kontrollkommission noch zu erwarten.[13]

Zu der Frage der Einstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit[14] ist zu bemerken, daß die Ansichten der Kontrollkommission zu dem Prinzip der Gleichberechtigung der Frau im Staatsdienst dahingehen, daß sie in der Anweisung über allgemeine und örtliche Verwaltung enthalten seien.[15]

> ⟨Die Ansichten der Kontrollkommission zu dem Prinzip der Gleichberechtigung der Frau im Staatsdienst stehen in der Anweisung über Allgemeine und Örtliche Verwaltung (Administration and Local Government) Teil II – Staatsdienst –.[16]

---

11 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 222.
12 Vgl. a. a. O. mit Anm. 32–33.
13 Leicht abweichender Wortlaut in Anl. 120; zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 6–10.
14 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 88–91.
15 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 121.
16 Der Text dieser Anweisung war nicht zu ermitteln.

daß dieses Tempo von uns auch verlangt worden ist und aus guten Gründen verlangt wurde. So wie schon einmal, in diesen Protokollbüchern, die sich nun zu einer Bibliothek ansammeln, schon in einem Falle eine kleine Berichtigung vorgenommen wurde, so werden wir auch diese Berichtigung einsetzen.

In der Frage der Pressenotizen ist es im Augenblick nicht bekannt, welche genauen Vorschriften der Militärregierung über die Presseveröffentlichungen gegeben sind. Es ist von vornherein klar, daß die Hineinarbeitung der Dinge, die abgelehnt sind, am wenigsten Aussichten hat, in der endgültig zugelassenen Fassung zu verbleiben. Ich bin aber völlig einer Meinung mit Herrn Dr. *Adenauer,* daß es vom Standpunkt der deutschen Bevölkerung aus ungeheuer wichtig ist, daß auch diese Dinge und Angelegenheiten in der Pressenotiz zum Ausdruck kommen.[8]

Reimann: Ich möchte an Sie, Herr Dr. *Schumacher,* in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Zonenbeirates die Frage richten, ob Sie von der Militärregierung in Kenntnis gesetzt worden sind wegen der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen?[9]

Vorsitzender: Ich bin von der britischen Militärregierung zusammen mit einigen anderen Herren von der vollendeten Tatsache informiert worden.[10] In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zonenbeirates bin ich nicht informiert worden.

Reimann: Meine Herren, ich glaube, so kann das für die Zukunft nicht mehr weitergehen, wenn die britische Militärregierung solche Entscheidungen trifft, ohne daß ein Vertreter der politischen Parteien oder z. B. in diesem Falle noch nicht einmal der Vorsitzende des Zonenbeirates vor dieser Zusammenlegung in Kenntnis gesetzt worden ist. Dieses ist nicht, so glaube ich, der richtige Weg, den die britische Militärregierung hier einschlägt. Es werden oft Dinge von der britischen Militärregierung getan, von denen wir vorher nicht verständigt worden sind.

Wir aber sind die Vertreter der politischen Parteien. In der Bevölkerung werden wir diese Frage vorgelegt bekommen, wofür seid ihr denn als Vertreter der politischen Parteien überhaupt da? Die britische Militärregierung beklagt oft mit Recht, daß die Bevölkerung sich gegen die Militärregierung einstellt. Ich glaube, das wäre viel, viel besser, wenn die britische Militärregierung Maßnahmen, die sie einleiten will, vorher erst mit uns bespricht, so daß wir auch eine konkrete und positive

8 Vgl. hierzu die Mitteilung der KK (Anl. 45).

9 Vgl. hierzu Anl. 107.

10 Am 15. 7. 1946 waren *Adenauer, Kaiser* und *Schumacher* in Berlin von *Robertson* über die bevorstehende Bildung des Landes NRW informiert worden. Während *Adenauer* sich mit dieser Entscheidung einverstanden erklärte, sprach *Schumacher* sich dagegen aus (vgl. hierzu Adenauer, S. 98 f.). Am 16. 7. 1946 fand nochmals eine längere Unterredung zwischen *Robertson, Strang* und *Schumacher, Heine* statt. *Robertson* gab zu, daß die Entscheidung der MR eine schwierige Situation für die SPD schaffe, doch seien andere Gesichtspunkte zu entscheidend gewesen, so daß man diesen Nachteil habe in Kauf nehmen müssen. *Schumacher* schlug vor, die brit. Zone nunmehr in zwei Länder aufzuteilen (vgl. hierzu AdsD, Bestand *Schumacher,* Q 8: Besprechungen in Berlin vom 15. bis 17. 7. 1946). Das Land NRW umfaßte zunächst die ehemalige Provinz Westfalen und die ehemalige NRP. Am 21. 1. 1947 wurde das Land Lippe Teil des Landes NRW (vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 411 f.: VO Nr. 77 vom 21. 1. 1947: Land Lippe; siehe auch: Der Anschluß Lippes). Zur Gründung des Landes NRW vgl. u. a. Hölscher; Steininger, Ruhrfrage; Länder und der Bund (Beitrag Först, S. 135–164); Köhler, bes. S. 107–175; Hüttenberger, S. 196–220; Die Verfassung des Landes NRW sowie u. Anm. 45.

wahlen am 13. Oktober stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß der ganze Antrag anders gelautet hat.

Ich darf Ihnen den Antrag verlesen. Mein Antrag lautete so: „Wir beantragen daher die baldige Anberaumung von Wahlen für die Provinziallandtage vor der Neugliederung der britischen Zone und möglichst gleichzeitig mit den Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946." Das ist etwas ganz anderes. Ich hatte nicht beantragt, sie unbedingt am 13. Oktober stattfinden zu lassen, sondern sie möglichst bald stattfinden zu lassen.

Dieser Antrag ist hier abgelehnt worden.[5]

Ich bitte daher, das Protokoll entsprechend zu berichtigen. Ich lege darauf einen außerordentlich großen Wert.

Dann darf ich mir weiter die Anfrage erlauben, wer die Pressemitteilungen verfaßt, und die Frage stellen, warum in den Pressemitteilungen nicht aufgenommen wird, welche Anträge abgelehnt worden sind.[6] Ich bin der Meinung, daß die Pressemitteilungen ein Bild geben sollen von den Verhandlungen hier im Zonenbeirat. Das Bild bekommt man aber nicht nur damit, daß die Anträge wiedergegeben werden oder die Beschlüsse positiver Art, die gefaßt worden sind, sondern auch, welche Anträge abgelehnt worden sind. Wenn darüber noch keine feste Meinung besteht, ob die Pressemitteilungen nicht sich auch darauf erstrecken sollen, dann bitte ich diese Frage dem Hauptausschuß zu überweisen, auf alle Fälle aber das Protokoll in den beiden von mir erwähnten Punkten entsprechend zu korrigieren.

Weisser: Ich bedaure, auf die Beanstandungen von Herrn Dr. *Adenauer* nicht besser vorbereitet antworten zu können. Sie sind nun jetzt hier im Plenum für mich überraschend vorgebracht worden. Ich kann also nur das sagen, was ich im Augenblick im Gedächtnis habe. Nach meiner Erinnerung handelt es sich bei der ersten Angelegenheit um ein Telegramm, das sehr knapp und allgemein gefaßt war. Der Antrag ist auch nachher zurückgezogen worden.[7]

Adenauer: Ist nicht zurückgezogen worden.

Weisser: Der Antrag nicht in dem Sinne, daß die Materie nicht mehr behandelt werden sollte, aber er wurde zurückgezogen mit der Ankündigung, daß er durch einen umfassenderen Antrag ersetzt werden soll.

Adenauer: Verzeihen Sie, es war uns mitgeteilt worden, der Antrag müsse ergänzt werden. Diese Ergänzung wurde in Aussicht gestellt.

Weisser: Man sieht, daß es schwer ist, eine solche Angelegenheit bei Beginn der Plenarsitzung entsprechend zu klären. Es ist ratsamer, daß solche Fragen im Hauptausschuß geklärt werden.

Bezüglich der Beanstandungen beim Antrag zu den Wahlen möchte ich nur dazu sagen, daß dieses buchartige Protokoll in 1 ½ Tagen hergestellt worden ist, und

---

5 Vgl. hierzu auch Adenauer. Briefe, Dok. Nr. 288, S. 286: *Adenauer* an Karl *Arnold*, OB Düsseldorf, 14. 7. 1946.

6 Vgl. Anl. 119.

7 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 45. *Adenauers* Telegramm an *Weisser* vom 3. 7. 1946 hatte bereits den Wortlaut des Antrags enthalten (PA 1/51).

VI. 3

Wortprotokoll der 6. Sitzung 14.–15. August 1946

PA 1/254; ungez. und undat. Wortprot., 114 Bl.

Vorsitz: *Schumacher*
Beginn: 14. August 1946, 11.00 Uhr[1]

Vorsitzender: Ich eröffne die 6. Sitzung des Zonenbeirats. Ich begrüße die Herren Vertreter der britischen Militärregierung und die Mitglieder des Zonenbeirats, insbesondere das zum ersten Mal neu erschienene Mitglied der Niedersächsischen Landespartei, die von nun an durch die Person des Herrn Landrats *Hellwege*/Stade vertreten ist.[2]

Wir treten in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Punkt 1 lautet:

Genehmigung des Protokolls [der 5. Sitzung]

Adenauer: Meine Herren, ich bitte den Herrn Generalsekretär, in Zukunft auf die Abfassung des Protokolls genauer zu achten. Ich habe mir das sehr umfangreiche Protokoll mal durchgelesen und finde da, daß ich geradezu vom Unglück verfolgt bin bei der Protokollierung. Es heißt da z. B. auf der Seite 4 des Protokolls[3]: „Der Generalsekretär gibt bekannt, daß folgende neue Anträge eingegangen sind." Nr. 9 sah danach Geldbußen für nichtbelastete Parteigenossen vor. Das ist ungefähr das Gegenteil, was ich gesagt hatte. Ich hatte gesagt, man möchte vorstellig werden, daß die Verfügung der Kontrollkommission, wonach es Freispruch oder wirtschaftlichen Tod gibt, dahin abzuändern, daß für minder schwere Fälle statt der Todesstrafe Geldbußen verhängt würden. Hier sieht es so aus, als wenn ich allgemein verlangt hätte, Geldbußen für nichtbelastete Parteigenossen. An einer anderen Stelle des Protokolls[4] hat der Protokollführer zu Papier gebracht, der Antrag *Adenauer,* die Wahlen zu den Provinziallandtagen gleichzeitig mit den Kreistags-

1 Die Plenarsitz. hatte eigentlich um 9.00 Uhr beginnen sollen (vgl. HStAH Nds. Z 50/77 f: Zeitfolge, 6. Sitz.).

2 Die NLP war von der KK offiziell als Partei in der brit. Zone anerkannt worden, womit die Voraussetzung für die Entsendung eines Mitgliedes in den ZB gegeben war (vgl. insgesamt StAB 3-R.1. m. Nr. 132/11).

3 Vgl. Dok. V.4, TOP 76. III.9, sowie Dok. V.3 mit Anm. 45; vgl. auch einen diesbezüglichen Brief *Adenauers* an *Schmitz-Goertz,* Geschäftsführer der CDU Aachen, 13. 7. 1946, in: Adenauer. Briefe, Dok. Nr. 287, S. 285; a. a. O., Dok. Nr. 292, S. 288: *Adenauer* an Otto *Boos,* 23. 7. 1946.

4 Vgl. Dok. V.4, TOP 84.

fertiggebauten Fischkutter wurden von der Vollversammlung einstimmig angenommen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß befaßte sich mit Entwürfen für ein Städtebaugesetz und ein[em] Gesetz über eine Abgabe von den städtischen Bodenrenten.

Ein ständiger Ausschuß des Zonenbeirates für die Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen wurde in der Vollsitzung des Zonenbeirates beschlossen.

Ein Bericht des Sonderausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes weist darauf hin, daß die gegenwärtigen Holzeinschläge die nutzbaren Bestände in ganz wenigen Jahren aufzehren werden. Es wird zugleich betont, daß eine ausreichende Hausbrandversorgung nur auf der Grundlage der Steinkohle möglich ist. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, daß der jetzt bestehende Holzexport den Wiederaufbau in der Zone und die Neubelebung der nordwestdeutschen Wirtschaft lähmt. Die Vollversammlung nahm diesen Bericht einstimmig zur Weiterleitung an die Militärregierung an.

Die 7. Tagung des Zonenbeirates wird am 17. und 19. September [!] in Hamburg stattfinden.[3]

3 Vgl. Dok. VI.3, Anm. 315.

Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und britischen Zone, so führte Generalleutnant *Robertson* aus, wird ein gemeinsamer Verwaltungsplan für Ernährung und Landwirtschaft, Binnen- und Außenhandel, Industrie, Finanzen und Verkehr aufgestellt werden. Auch die Post und das Telegrafenwesen würden schließlich eine gemeinsame Verwaltung erhalten.

Es werde sich um deutsche Verwaltungen handeln, deren Personal sich aus den beiden Zonen rekrutieren solle. Sie erhielten ihre Richtlinien, die in Berlin von den amerikanischen und britischen Stäben aufgestellt würden, über einen anglo-amerikanischen Stab, der mit ihnen zusammenarbeiten werde. Innerhalb dieser Richtlinien würden die deutschen Verwaltungen volle Exekutivgewalt haben und ihre eigenen Anordnungen auf deutschen Wegen weiterleiten. In den unteren Instanzen dieser Verwaltungen sollten englische und amerikanische Offiziere als Ratgeber zur Verfügung stehen.

Die Verwaltungen, so führte der britische General weiter aus, würden nicht alle am gleichen Ort errichtet werden. Für Handel und Industrie solle sie zunächst in Minden, für Ernährung und Landwirtschaft, vielleicht auch für die Finanzfragen, in Stuttgart errichtet werden.

Zur Tätigkeit des Zonenbeirates unterstrich Generalleutnant *Robertson* besonders, daß er zunehmend wichtige Arbeiten zu erledigen habe.

Zur Flüchtlingsfrage sagte Generalleutnant *Robertson,* daß man die unglücklichen Flüchtlinge rasch und in großer Zahl habe aufnehmen müssen. Er sehe dem Tag entgegen, wo es möglich sein werde, die Flüchtlinge aufs neue zu verteilen und verschiedene Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Vor der Vollversammlung des Zonenbeirates wurde über die bisherige Tätigkeit des Sonderausschusses zum Neuaufbau der Länder in der britischen Zone berichtet. Der Sonderausschuß geht bei seiner Arbeit von dem Grundsatz aus, den Dr. *Schumacher* in der 5. Sitzung des Zonenbeirates als Richtschnur herausstellte: Das Ziel der Neuordnung in der britischen Zone darf nicht die Zone als Selbstzweck, sondern muß das kommende Reich sein im Rahmen eines geeinten Europa, das dem Frieden dienen will. Für die restliche Gliederung der britischen Zone müsse die Tatsache des neugebildeten Landes Nordrhein-Westfalen mit seinem Übergewicht an Menschen und Industrie bestimmend sein.

Eine Reihe wichtiger Anträge wurde den entsprechenden Fachausschüssen zur weiteren Behandlung überwiesen. Es handelt sich hierbei u. a. um die Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuern, der Herabsetzung der Steuern für Zigarren, der Vermeidung weiterer Preiserhöhungen, der Rückgängigmachung der Erhöhungen der Reichsbahnfahrpreise für Arbeiter, der Steigerung der Braunkohlenförderung, der Ingangsetzung der Zementindustrie sowie die Bereitstellung von Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe.

Die Versammlung richtete an die Militärregierung das Ersuchen, die Insel Helgoland wegen ihrer Bedeutung als Naturschutzgebiet, als Erholungsstätte und als meteorologische Forschungsstelle zu erhalten. Anträge auf beschleunigte Entnazifizierung durch vorbereitende Ausschüsse bei den Behörden, Freigabe der Jugendherbergen in der britischen Zone, Fertigstellung der auf Kiel liegenden und fast

schen Ratgebers des britischen Oberbefehlshabers Sir Sholto *Douglas,* Sir William *Strang,* des britischen Generals *Balfour* und des bekannten englischen Sozialpolitikers Lord *Beveridge.*

In einer Ansprache, die auf die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fragen des Augenblicks und der Zukunft einging, legte Generalleutnant *Robertson* die Richtlinien dar, nach denen die britische Kontrollkommission handelt. Mit Genugtuung nahmen die Mitglieder des Zonenbeirates die Erklärung des Generalleutnants entgegen, daß nunmehr wichtige Entschlüsse und Gesetzentwürfe der Kontrollkommission vor ihrem Inkrafttreten dem Zonenbeirat zur Stellungnahme zugeleitet werden. Er teilt weiter mit, daß er persönlich den Zonenbeirat von Zeit zu Zeit wieder besuchen und daß er dafür sorgen werde, daß mündliche Aussprachen zwischen Offizieren seines Stabes und dem Zonenbeirat fortgesetzt werden. Dies wurde als eine weitere Erleichterung, deutsche Gesichtspunkte zu verdeutlichen, begrüßt.

Generalleutnant *Robertson* beantwortete selbst im Verlaufe der Sitzung Fragen, die aus dem Kreise der Mitglieder des Zonenbeirates gestellt wurden. In einer Atmosphäre vorbehaltloser Offenheit und nüchterner Sachlichkeit wurden die von Generalleutnant *Robertson* aufgeworfenen Probleme und die von deutscher Seite gestellten Fragen diskutiert.

Der Vorsitzende des Zonenbeirates, Dr. *Schumacher,* wies auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen hin, die für die Geburt der Demokratie, für die Überwindung der politischen Teilnahmslosigkeit und Verneinung weiter Teile der Bevölkerung geschaffen werden müssen. Das deutsche Volk, so betont er, dürfe im nächsten Winter nicht nur nicht hungern, sondern auch nicht frieren. Nur dann könne ein Volk von 70 Millionen nicht nur im Interesse seiner selbst, sondern auch für Europa im Frieden leben. Zu diesen wirtschaftlichen Voraussetzungen gehöre die Notwendigkeit des industriellen Exportes.

Dr. *Schumacher* führte ferner aus, daß das deutsche Volk die Hoffnung auf Erweiterung seiner Ostgrenzen gegenüber dem jetzigen Zustand nicht aufgibt, zumal völkerrechtlich bindende Entscheidungen noch nicht getroffen seien.

Die Fragen der Mitglieder des Zonenbeirates an Generalleutnant *Robertson* betrafen u. a. das Gebiet des Binnen- und Außenhandels, den Aufbau einer ausreichenden Friedensindustrie, die Kohlenförderung, die Probleme der Ernährung sowie der Preis- und Lohnpolitik, ferner das ungelöste Flüchtlingsproblem und die Denazifizierung. Weitere Anfragen waren außerdem der Neugestaltung der Sozialversicherung und der Rentenversorgung für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gewidmet.

Generalleutnant *Robertson* wies darauf hin, daß die britische Kontrollkommission ihre Entschlüsse bedachtsam vorbereite, bevor sie in die Tat umgesetzt würden. Durch die eingeleitete wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zone seien einige Vorteile für die Ernährung und die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens zu erwarten. Das Ziel der britischen Regierung bleibe es jedoch, die wirtschaftliche Einheit für ganz Deutschland anzustreben, der später der politische Zusammenschluß aller Zonen zu einem neuen Deutschland folgen müsse.

TOP 143 Anlage 153

Antrag Lehr
Änderung der Grundsteuergesetze

Anlage 34 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 68–72.

TOP 144 Anlage 154

Antrag Kubel
Sonderverwaltung Straßenverkehr und Straßenbau

Anlage 35 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)69. – J. Nr. 1306/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 73 und 305–308.

Anlage 155

Kommuniqué über die 6. Tagung des Zonenbeirats[1]

PA 1/43.

Die 6. Tagung des Zonenbeirates, die vom 13. bis 15. August[2] in Hamburg stattfand, wurde gekennzeichnet durch die Anwesenheit des Stellvertretenden Oberkommandierenden der britischen Zone, Generalleutnant *Robertson*, des politi-

1 Zu Pressemeldungen über die 6. Sitz. vgl. etwa: StAB 3-B.10. a. Nr. 2/2 a: Meldung des Deutschen Pressedienstes, Hamburg, vom 21. 8. [1946]; Lübecker Nachrichten vom 24. 8. 1946: „Dezentralisierung der Verwaltung. Minden und Stuttgart Hauptsitze. General *Robertson* vor dem Zonenbeirat"; Weser-Kurier (Bremen) vom 24. 8. 1946: „Künftige Zusammenarbeit. General *Robertson* unterstreicht den deutschen Einfluß".

2 Bezogen auf die dreitägige Sitzungsperiode, einschl. der am 13. 8. beginnenden Ausschußsitzungen, vgl. HStAH Nds. Z 50/77 f: Zeitfolge, 6. Sitz.

Begründung:

Schwerbeschädigte werden durch die politische Bereinigung von Wirtschaft und Verwaltung ungleich stärker betroffen als Gesunde. Von ihnen sind diejenigen, die 70 % oder mehr in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, insbesondere die Blinden, die Amputierten, die Hirnverletzten und die Herzkranken, nicht in der Lage, sich mit Schaufel und Spaten ihr Brot zu verdienen oder durch sonstige einfache körperliche Arbeit zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Im Gegensatz zu gesunden und weniger beschädigten Arbeitskräften können sie oft nur in den Büros beschäftigt werden oder nur auf dem Arbeitsplatz, auf den sie seit Jahren oder Jahrzehnten eingeschult sind. Verlieren sie diesen Arbeitsplatz, so verlieren sie jede Betätigungsmöglichkeit und damit auch ihren Lebensinhalt.

Auch in der Öffentlichkeit erregt es Anstoß, wenn gegen Personen, die durch ihr Lebensschicksal schon schwer genug getroffen sind, bei der Entnazifizierung in gleicher Weise wie gegen körperlich gesunde Personen vorgegangen wird. Die Fülle der bei den Dienststellen eingehenden Anträge erweist die Dringlichkeit einer Regelung dieser Frage. Die ersten Fälle, in denen die von der Entnazifizierung betroffenen Schwerbeschädigten freiwillig aus dem Leben geschieden sind, liegen vor.

Aus diesem Grunde empfiehlt sich eine Regelung, die den wirklich Schwerbeschädigten einen Arbeitsplatz sichert. Eine Ausnahme von dieser Regelung muß nur für diejenigen Personen gelten, die in ganz besonderer Weise sich für den Nationalsozialismus eingesetzt haben und durch ihr Eintreten für ein System der Unmenschlichkeit und Brutalität den Anspruch auf eine bevorzugte Behandlung verwirkt haben. Selbstverständlich darf die Sonderbehandlung der Schwerbeschädigten nicht zu einer Gefährdung der mit der Entnazifizierung verfolgten Ziele führen. Aus dieser Erwägung muß die Möglichkeit offen gehalten werden, Schwerbeschädigte aus solchen Positionen zu entfernen, von denen aus sie einen politisch ungünstigen Einfluß auszuüben in der Lage wären.

Ein Gebot der Gerechtigkeit ist es, dann, wenn den vorstehenden Anordnungen Rechnung getragen wird, diejenigen Fälle zu überprüfen, bei denen die bisher geltende Rechtslage eine Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Schwerbeschädigten nicht gestattet.

Die beim Landeswohlfahrtsamt bestehende Hauptfürsorgestelle, die Trägerin der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, ist durch ihre eingehende Sachkenntnis und langjährige Erfahrung in der Lage, jeden Einzelfall zu beurteilen.

TOP 140 Anlage 151

Antrag Adenauer
Einsatz einer deutschen Walfängerflotte zur Verbesserung der Fettversorgung der Bevölkerung

Anlage 32 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)71. – J. Nr. 1237/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 228.

TOP 142 Anlage 152

Antrag Kopf, Henßler und Karl
Behandlung blinder und schwerkriegsbeschädigter Personen bei der Entnazifizierung[1]

Anlage 33 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)70. – J. Nr. 1282/46.

Blinde und Schwerkriegsbeschädigte, die mindestens 70 % in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, werden auf Grund der Bestimmungen, die die politische Bereinigung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft regeln, nur dann entlassen, wenn sie sich in hervorragender Weise, insbesondere durch Übernahme führender Parteiämter oder durch die Verfolgung Andersdenkender politisch betätigt haben; es bleibt jedoch zulässig, sie von ihrem Arbeitsplatz zu entfernen und ihre Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse anderweitig zu regeln. Bereits getroffene Maßnahmen sind unter Berücksichtigung der vorstehenden Grundsätze zu überprüfen.

Die Hauptfürsorgestelle ist gutachtlich zu hören.

Die Militärregierung wird gebeten, ihre mit der Durchführung der Entnazifizierung befaßten Dienststellen entsprechend zu unterrichten.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 300–302.

Im Falle des Bedarfs können Unterausschüsse und Arbeitsgruppen durch Mehrheitsbeschluß der Ausschüsse eingesetzt werden.

Für die Tätigkeit der Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen ist die Geschäftsordnung des Zonenbeirats sinngemäß anzuwenden.

Neu eingehende Anträge werden sofort nach Eingang vom Generalsekretär dem zuständigen Ausschuß zugeschrieben. Der Generalsekretär bestimmt – vorbehaltlich einer etwaigen Korrektur des Vorsitzenden des in Frage kommenden Ausschusses – der Reihenfolge nach aus der Zahl der Ausschußmitglieder den Berichterstatter für die neu eingegangene Sache und stellt sie ihm zur Vorbereitung zu.

TOP 138 **Anlage 149**

Antrag Reimann
Produktionsausschüsse im Bergbau

Anlage 30 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1207d/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 289.

TOP 138 **Anlage 150**

Antrag Reimann
Neue Festsetzung der Löhne im Bergbau

Anlage 31 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)72. – J. Nr. 1207/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 288.

TOP 137.1 und 137.2 Anlage 148

Neufassung des § 27 der Geschäftsordnung des Zonenbeirats[1]

Anlage 29 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.

Der Zonenbeirat bestellt zur Vorbereitung der Verhandlungen folgende Ausschüsse:

1. den Hauptausschuß; dieser ist für alle allgemeinen, Personalfragen und solche Angelegenheiten zuständig, für die keine Sonderausschüsse bestellt sind, insbesondere auch für die Feststellung des Haushaltsplanes und der Geschäftsordnung des Zonenbeirats;
2. den Rechts- und Verfassungsausschuß, der auch für die Angelegenheiten der Justiz und der öffentlichen Sicherheit zuständig ist;
3. den Finanzausschuß;
4. den Wirtschaftsausschuß;
5. den Ernährungsausschuß;
6. den Sozialpolitischen Ausschuß;
7. den Verkehrsausschuß, der für Angelegenheiten des Verkehrswesens, der Post und Fernverbindungen zuständig ist;
8. den Wohlfahrtsausschuß;
9. den Gesundheitsausschuß;
10. den Flüchtlingsausschuß;
11. den Kulturausschuß.

Für einzelne Gegenstände oder Fragen können besondere Ausschüsse vom Zonenbeirat eingesetzt werden. In besonders eiligen Fällen kann im Einvernehmen mit dem Generalsekretär der Vorsitzende – vorbehaltlich der späteren Zustimmung durch das Plenum – einen vorläufigen Ausschuß einsetzen.

Soweit eine politische Partei oder die Gewerkschaften im Ausschuß nicht vertreten sind, haben sie das Recht, einen Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden.

Die Mitglieder des Zonenbeirats haben das Recht, Sachverständige für die Ausschüsse zu ernennen. Diese sind der Zahl nach zu beschränken. Zu Beginn jeder Ausschußsitzung ist dem Generalsekretär eine Liste der zugezogenen Sachverständigen vorzulegen, damit kontrolliert werden kann, wer zu der Teilnahme an der Sitzung berechtigt ist.

Im Falle der Abwesenheit eines ordentlichen Mitgliedes und seines Stellvertreters kann das ordentliche Mitglied den von ihm ernannten Sachverständigen beauftragen, im Ausschuß zu stimmen.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 264–265.

durch Bodenerosionen, Windwürfe und Insektenplagen soweit [wie] möglich verhindert.

III.

In den beiden Denkschriften sind die Wirkungen der Eingriffe in die Waldungen der britischen Zone zu Brennholz-, Nutzholz- und Exportzwecken dargestellt. Um die Folgen dieser Zustände nach Möglichkeit abzukürzen und zu einer zukünftigen Gesundung der Forst- und Gesamtwirtschaft beizutragen, überreicht der Zonenbeirat eine dritte Denkschrift über den Wiederaufbau der Forsten und empfiehlt sie einer eingehenden Würdigung durch die Kontrollkommission. Er bittet die maßgebenden Stellen:

1. die öffentlichen und privaten Forstsamen- und -pflanzenbetriebe mindestens in vollem Umfange zu erhalten,

2. der Forstwirtschaft die zur Durchführung eines umfangreichen Aufforstungsprogramms erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen,

3. der Forstwirtschaft in großem Umfange die Anschaffung von Treckern, Forstkulturmaschinen und Forstkulturgeräten materialmäßig zu ermöglichen,

4. die zur Deckung der Löhne für die Kulturen und Wegebauten, zur Anschaffung der Samen und Pflanzen und eines ausreichenden Maschinenparks erforderlichen Geldmittel so zeitig bereitzustellen, daß ihre planvolle Verwendung möglich ist,

5. durch Kapitalrücklagen in der Zeit der durch den erhöhten Einschlag gesteigerten Eingriffe in das Waldkapital die Durchführung der notwendigen Arbeiten auch bei gesenktem Einschlag und dadurch verringerten Einnahmen zu sichern.

TOP 136 **Anlage 147**

12. August 1946: Antrag Everling Kohlen für Hausbrand, Büro- und Betriebsheizung im Winter 1946/47

Anlage 28 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)73. – J. Nr. 1236/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 229–234.

Im Vergleich zum Vorrat beträgt diese Nutzung weit mehr als 2 %, nämlich 12 % der gebrauchsfähigen Holzvorräte und fast 11 % des Gesamtvorrats einschließlich der jungen Bestände. Vor allem bei der Kiefer wird die Festsetzung der jährlichen Einschläge die nutzbaren Bestände in ganz wenigen Jahren aufzehren.

Der Zonenbeirat bittet daher, sowohl seinen Ausführungen wie denen des Zentralamts für Wirtschaft über die Hausbrandversorgung im kommenden Winter volles Gehör zu schenken und sich durch die eindringlichen Darstellungen davon überzeugen zu lassen, daß eine ausreichende Hausbrandversorgung nur auf der Grundlage der Steinkohle möglich ist. Als Ergänzung der Steinkohle kommt in erster Linie die Braunkohle und Brennholz namentlich dort in Betracht, wo es bei der Aufarbeitung der angeforderten Nutzhölzer anfällt und wo es auch sonst in üblicher Weise als Brennstoff dient.

Mit allem gebotenen Ernst weist der Zonenbeirat darauf hin, daß die ausreichende Versorgung der Bevölkerung der britischen Zone mit Hausbrand eine der wesentlichsten Grundlagen zur Aufrechterhaltung geordneter Zustände in der britischen Zone im kommenden Winter ist. Er verweist auch darauf, daß der Erfolg der Bemühungen um eine verstärkte Kohlenförderung wesentlich davon abhängt, daß die Bevölkerung an der Mehrförderung für den Winterhausbrand Anteil erhält.

II.

Der Zonenbeirat hat die Wirkungen der von der Militärregierung angeordneten Exporthiebe in Harz und Solling eingehend geprüft. Die Ergebnisse sind in einer Denkschrift niedergelegt, die dieser Entschließung als Anlage beigefügt ist. Er nimmt auf den Inhalt Bezug und weist darauf hin, daß die geplante rasche Abnutzung aller hiebreifen Fichtenbestände und zahlreicher Buchen-Althölzer vom Harz und Solling nicht nur die nordwestdeutsche Forst- und Holzwirtschaft, sondern auch die Wasserwirtschaft und damit die gesamte Landeswohlfahrt schwer schädigen muß, da die Landwirtschaft, die Schiffahrt und die Wasserversorgung der Großstädte und der Industrie von einem geregelten Wasserhaushalt abhängen. Diese Maßnahmen würden daher den Wiederaufbau in der britischen Zone und damit die Neubelebung der nordwestdeutschen Wirtschaft lähmen, die eben erst bei der wirtschaftlichen Vereinigung der englischen und amerikanischen Zone so nachdrücklich betont wurde. Besonders würde der im Industrieplan vorgesehene Ausbau der holzverarbeitenden und holzbearbeitenden Industrie von Nordwestdeutschland damit auf lange Zeit seine Rohstoffgrundlage verlieren.

Der Zonenbeirat bittet daher, von diesen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Er bittet, auf eine Wegnahme der für Deutschland unentbehrlichen Starkhölzer zu verzichten oder mindestens diese Exportnutzungen so weit einzuschränken, daß erhebliche Störungen der Wasserwirtschaft, der Grundlage der Gesamtwirtschaft des Landes, vermieden werden.

Gleichzeitig bittet er um Bekanntgabe endgültiger Zahlen des Holzexportprogramms, denn nur in diesem Falle ist eine Planung möglich, die eine möglichst geringe Beeinträchtigung der örtlichen Wirtschaft herbeiführt und große Schäden

Form der Reichsstelle für Getreide[4], Berlin, bestanden hat, wird von vornherein beseitigt.

Die Tatsache, daß die Nahrungsmittel für den laufenden Bedarf bisher nicht immer rechtzeitig bereitgestellt werden konnten, unterstreicht die besondere Dringlichkeit dieses Antrages.

Infolge des Industriecharakters und der vielen Großstädte ist die Nord-Rheinprovinz bei ihren Nahrungsmitteln zu fast 80 % auf Zufuhren angewiesen. Dieser Umstand, erschwert durch die im Kriege verursachten Verkehrs- und Verteilungsschwierigkeiten, macht für die Nord-Rheinprovinz eine größere Vorratswirtschaft nötig als dies in den Erzeugergebieten der Fall ist.

Durch die in den Provinzen gelagerten Reserven – unter Kontrolle der Provinzialregierung – können etwa auftretende Verteilungsstockungen schneller behoben werden als durch eine zentrale Vorratsstelle.

---

4 Die Funktionsvorgänger der Vorrats- und Einfuhrstellen waren die als Lenkungs- und Überwachungsorgane auf dem Ernährungssektor in den Jahren 1933 bis 1943 errichteten Reichsstellen, vgl. a. a. O., S. 150 f., Anm. 1.

TOP 135 **Anlage 146**

Vorlage des Forstausschusses[1]

Anlage 27 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.

I.

Mit Schreiben vom 24. Mai 1946 hat die Kontrollkommission zu einer Entschließung des Zonenbeirats vom 26. 4. 1946 zur Frage des Einschlags in den Waldungen der britischen Zone Stellung genommen. Sie hat es als eine starke Übertreibung der Tatsachen bezeichnet, daß die Wälder, die sich für Nutzholz eignen, dabei in wenigen Jahren zerstört sein würden. Selbst unter Berücksichtigung neuer Brennholzeinschläge für den kommenden Winter würde der Holzeinschlag für 1946 nicht 300 % des jährlichen Zuwachses oder annähernd 2 % der gebrauchsfähigen Holzvorräte betragen.

Der Zonenbeirat hat eine ausführliche Nachprüfung aller Berechnungen veranlaßt. Die Einzelheiten ergeben sich aus der beigefügten Denkschrift.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist, daß die vorgesehene Nutzung des Jahres 1945/46 ohne die neue Exportumlage 350 % des greifbaren Zuwachses und 260 % des gesamten Zuwachses beträgt.

---

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 253–259.

Begründung:

1. Es wird anerkannt, daß aufgrund der heutigen Ernährungs- und Wirtschaftslage eine zentrale Lenkung der Getreidewirtschaft (durch die geplanten Hauptverbände) erforderlich ist.

2. Es ist vom Standpunkt der Nord-Rheinprovinz aber untragbar, daß die ihr über den laufenden Verbrauch hinaus zugeteilten Vorratsmengen der Bewirtschaftung durch eine zentrale Vorratsstelle unterstellt werden.

3. Diese Aufgabe sollte aus den nachstehenden Gründen den Provinzen selbst überlassen bleiben:

a) Die Verquickung der Frage der Vorratshaltung mit der Importlenkung, die das Zentralamt für Landwirtschaft und Ernährung als Begründung für die Errichtung einer zentralen Vorratsstelle angibt, steht den Wirtschaftsinteressen der Nord-Rheinprovinz entgegen. Die der Provinz zugeteilten Importe müssen unter Verantwortung des betreffenden Import- und Großhandels auf dem kürzesten Wege in die Nord-Rheinprovinz geleitet und dort entsprechend gelagert werden.
Werden die Einfuhren aus Nordwest- und Westeuropa nicht über den Rhein und dessen Mündungshäfen, sondern nur über Hamburg gelenkt, so entsteht für die Nord-Rheinprovinz eine wesentlich längere Transportdauer, eine größere Gefahr des Verderbs sowie durch den Transportumweg bedingte zusätzliche Verluste (Schwund, Qualitätsminderung, Beraubung usw.).

b) Es ist nicht erforderlich, alle Vorratsmengen – wie früher – in das Eigentum des Staates übergehen zu lassen, um dadurch die Voraussetzungen für feste Inlandpreise zu schaffen. Der Ausgleich der Preise (bei zu hohem bzw. zu niedrigem Einkauf verglichen mit dem Inlandspreis) kann ebenso gut durch die Verrechnung zwischen Groß- und Importhandel einerseits und dem Hauptverband andererseits, der die erforderlichen Zuschüsse gibt bzw. Überschüsse einzieht, erfolgen.
Der Staat verfügt aufgrund der Abhängigkeit des Handels von den staatlichen Lenkungsbehörden über alle Kontrollmöglichkeiten und Eingriffsrechte gegenüber der Wirtschaft. Dadurch ist es unwesentlich, ob sich die Vorräte im Eigentum des Handels oder des Staates befinden.

c) Darüber hinaus sprechen folgende Gründe gegen eine staatliche zentrale Vorratsstelle:
Um ein reibungsloses Funktionieren der Ernährungswirtschaft, besonders im Hinblick auf die augenblickliche Ernährungsnot, zu gewährleisten, sollten die Aufgaben des Staates weitgehendst von den Aufgaben der Wirtschaft getrennt werden. Die Lagerhaltung von Ernährungsgütern ist Aufgabe des Handels und der Lagerhaltung und nicht des Staates.

d) Kostenmäßig treten dann wesentliche Einsparungen ein, und die Gefahr, daß sich durch die Schaffung staatlicher Außenstellen in der gesamten britischen Zone ein ähnlicher Behördenapparat entwickelt, wie er zuletzt mit fast 4 000 Köpfen in

TOP 128 **Anlage 144**

Antrag Hoffmann
Ergänzung der Wahlordnung Nr. 31[1]

Anlage 25 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)66. – J. Nr. 1069/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen, die Wahlordnung Nr. 31 in folgender Weise zu ergänzen:

> Den anerkannten politischen Parteien ist zu genehmigen, Sympathisierende als Kandidaten zu nominieren, die bei der Verrechnung nicht als Unabhängige gelten, sondern der nominierenden Partei zugerechnet werden.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 215–216.

TOP 129 **Anlage 145**

Antrag Lehr
Provinzielle Regelung der Vorratshaltung in der Getreidewirtschaft[1]

Anlage 26 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)65. – J. Nr. 916/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen:

> Die Kontrollkommission für die britische Besatzungszone in Deutschland wird gebeten, davon abzusehen, daß bei dem Aufbau der Ernährungswirtschaft für die britische Zone neben dem geplanten Hauptverband für Getreide[2] eine zentrale Vorratsstelle[3] eingerichtet wird.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 217–218.

2 Gemeint ist die Hauptstelle für Getreide- und Futtermittelwirtschaft, die mit sieben anderen Hauptstellen am 1. 8. 1946 aufgrund der brit. VO (Food and Agriculture Division) N° 109 vom 10. 7. 1946 unter der Dienstaufsicht des ZEL errichtet wurde, vgl. hierzu Vogel, Westdtld. I, S. 145 f.

3 Die Vorrats- und Einfuhrstelle für Getreide- und Futtermittel wurde mit fünf anderen solcher Stellen am 1. 9. 1946 durch VO des ZEL vom 17. 8. 1946 und die Bekanntmachung Nr. 116 der brit. MR als nachgeordnete Dienststelle des ZEL errichtet, vgl. a. a. O., S. 150 ff.

Im Interesse des Wiederauflebens des Jugendwanderns ist es erforderlich, einen Überblick über die Zahl der freien Jugendherbergen zu bekommen, damit eine Planung und Benachrichtigung an die Jugendverbände erfolgen kann.

Für die Schullandheime empfiehlt sich eine entsprechende Regelung.

TOP 126 Anlage 142

Antrag Petersen Zwischenlösung zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone

Anlage 23 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)47. – J. Nr. 500/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 209 sowie Dok. VII.3 mit Anm. 374–376 (dort Inserat).

TOP 127 Anlage 143

12. August 1946: Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer der Verschwörung gegen Hitler vom 20. Juli 1944[1]

Anlage 24 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/ZAC. ZAC/P (46)61. – J. Nr. 1275/46.

Bei der britischen Kontrollkommission sind Gesuche wegen Unterstützung von Hinterbliebenen der Opfer des 20. Juli eingegangen.

Der Zonenbeirat wird ersucht, anläßlich seiner 6. Sitzung sein Gutachten darüber abzugeben, ob irgendwelche besonderen Maßnahmen zur Gewährung solcher Unterstützungen zu ergreifen sind.

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 210–211.

Wenn ferner vom Krieg fast unberührte Kreise nur den Beamtenfamilien jeden Zuzug verweigern, während sonst Tausende von Flüchtlingen aufzunehmen sind, so ist diese Haltung unverständlich und nicht zu billigen, zumal da die möglicherweise ganz geringe Zahl der Beamtenangehörigen auf die Gesamtzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge anzurechnen wäre.

Demnächst sollen Flüchtlinge – unter ihnen viele verlagerte Beamtenfamilien – aus der amerikanischen in die britische Zone übernommen werden. Es sind deshalb baldige Maßnahmen nötig, die gewährleisten, daß die ablehnende Haltung vieler Stellen in der Frage der Unterbringung von Beamten und ihrer Familien aufhört und ein gerechter Ausgleich in der Benutzung des vorhandenen Wohnraums geschaffen wird. Außerdem wird der Ausrüstung der beteiligten Beamtenfamilien mit dem Nötigsten an Möbeln und Hausgerät die besondere Fürsorge der Wirtschaftsstellen zuzuwenden sein.

TOP 124 **Anlage 141**

Antrag Grimme
Freigabe von Jugendherbergen[1]

Anlage 22 zur 6. Sitzung.

PA 1/258.

ZAC/P (46)52. – J. Nr. 1081/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen, der Kontrollkommission zu empfehlen, die im Bereich der britischen Besatzungszone liegenden Jugendherbergen für ihre ursprünglichen Zwecke nach und nach wieder freizugeben. Eine sofortige allgemeine Freigabe, wie sie in Bayern angeordnet worden ist, empfiehlt sich mit Rücksicht auf die unverhältnismäßig viel stärkere Überflutung mit Flüchtlingen für die britische Zone nicht. In Bayern hat das Unterrichtsministerium angeordnet, daß die Inanspruchnahme der Jugendherbergen für jugendfremde Zwecke der Genehmigung des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt bedarf. In Fällen schon durchgeführter jugendfremder Benutzung ist dort die Genehmigung nachträglich einzuholen.

Für den Bereich der britischen Zone empfiehlt sich folgende Regelung:

1. Vor jeder neuen Beschlagnahme einer Jugendherberge von deutscher Seite sind die Jugendpflege-Hauptausschüsse der einzelnen Länder und Provinzen zu hören;

2. in der britischen Zone sind Erhebungen darüber anzustellen, für welche Zwecke etwaige Beschlagnahmen bisher bereits erfolgt sind und bis zu welchem Zeitpunkt mit Freigabe zu rechnen ist.

---

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 204–206.

TOP 123 Anlage 140

Antrag Schneider
Vorrang für Beamte und ihre Familien in der Erteilung der Zuzugsgenehmigung am Beschäftigungsort[1]

Anlage 21 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)59. – J. Nr. 1071/46.

Der Zonenbeirat wolle beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen,

durch eine allgemeine Anordnung sicherzustellen, daß den öffentlichen Bediensteten und ihren Familienangehörigen bevorzugte Zuzugsmöglichkeit an den Beschäftigungsort – insbesondere im Wege des Tausches – gegeben wird.

Begründung:

Bei der Bildung der neuen Behörden für die künftige deutsche Selbstverwaltung und bei den bereits bestehenden Behörden dieser Art bereitet die Beschaffung von Wohnraum für das Personal mit den Angehörigen große Schwierigkeiten und beeinträchtigt vielfach in hohem Maße den Fortgang der Aufbauarbeit. Die Postverwaltung, die seit langem eine Zentralverwaltung für die britische Zone besitzt[2], beschäftigt weit über hunderttausend Beamte; sie wird daher von diesen Schwierigkeiten mit am meisten betroffen. Vielfach sind geeignete tüchtige Kräfte verfügbar, sie können aber nicht untergebracht werden. Die Beamten folgen Einberufungen nur mit Widerstreben, weil für sie selbst vielfach nur ganz primitive, für ihre Familien überhaupt keine Unterkunft am Amtsort oder in dessen Umgebung gewährt wird. Man muß Verständnis dafür aufbringen, daß man den Beamten nicht zumuten kann, sich für lange Zeit von Frau und Kind zu trennen. Es ist nicht angängig, die Familien, die Zellen des gesamten Staatsgebildes, auseinanderzureißen, ohne daß ernste Gefahren für die Moral, die Erziehung der Jugend und das Familienleben entstehen.

Nicht zu vergessen ist, daß es gerade die Beamten sind, deren angestrengte Arbeit am nicht gewählten Amtsort die Grundlage für den künftigen Wiederaufbau der Wirtschaft und des staatlichen Lebens bildet, und daß deshalb eine Rücksichtnahme auf ihre im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeit wohl am Platze ist.

Es soll nicht verkannt werden, daß der Zuzug der Familien stellenweise auf Schwierigkeiten stoßen kann. Bedauerlicherweise lehnen aber häufig Gemeinden jeglichen Zuzug von Beamtenfamilien ohne Begründung oder mit Gründen ab, die in der übertriebenen Wahrung von eigennützigen örtlichen Interessen liegen.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 202–203.
2 Die Reichspost-Oberdirektion für die brit. Zone war am 19. 9. 1945 mit Sitz in Bad Salzuflen errichtet worden, vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 167–171.

TOP 122 **Anlage 139**

Antrag Schneider
Beschleunigung der Entnazifizierung
Vorbereitende Ausschüsse bei Behörden[1]

Anlage 20 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)63. – J. Nr. 1071/46.

Der Zonenbeirat wolle beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen,

1. zur Beschleunigung der Entnazifizierung auf eine schnellere Durchführung der Prüfungen bei den Ausschüssen hinzuwirken,
2. die Bildung von vorbereitenden Ausschüssen bei geeigneten Behörden (wie z. B. den Reichspostdirektionen) anzuregen und zu fördern.

Begründung:

1. Zur Beseitigung des Nazismus sind allgemein Denazifizierungs- und Berufungsausschüsse gebildet worden; ihre Aufgabe ist bekannt. Das Ergebnis der Prüfungen wird für eine sehr große Zahl von Deutschen maßgeblich sein für ihre und ihrer Familien Zukunft. Es ist daher begreiflich, daß bei den Beteiligten der Wunsch besteht, *möglichst bald* aus der jetzigen Ungewißheit erlöst zu werden, damit sie über die zukünftige Gestaltung ihres Lebens Bestimmungen treffen können. Ganz besonders trifft das auf die Beamten der öffentlichen Verwaltungen zu, deren Tätigkeit vielfach unmittelbar in das Leben des ganzen Volkes und in den Wiederaufbau der Wirtschaft eingreift.

2. Zur Beschleunigung des Prüfungsverfahrens sind innerhalb größerer Behörden vielfach mit bestem Erfolg aus Nichtparteimitgliedern bestehende Denazifizierungsausschüsse eingerichtet worden, die Vorprüfungen veranstalten und dann das Ergebnis mit ihrem Gutachten an die im Regierungsbezirk gebildeten Ausschüsse weitergeben. Die Vorarbeiten sind deshalb besonders wertvoll, weil diesen Ausschüssen die zu prüfenden Beamten von Person, Charakter und politischer Haltung bekannt sind und die Gutachten daher auf einer über den Inhalt des Fragebogens und über Vernehmungen hinausgehenden erweiterten Grundlage gebildet werden können. Dadurch wird die Arbeit der Denazifizierungsausschüsse erheblich erleichtert.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 198–201.

TOP 119 Anlage 137

Erörterung der von der Kontrollkommission übersandten Grundzüge einer neuen deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung

Anlage 18 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 184–191.

TOP 120 Anlage 138

Antrag Kaisen und Kopf Erhaltung der Insel Helgoland[1]

Anlage 19 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)57. – J. Nr. 1080/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, daß die beabsichtigte Sprengung der Insel Helgoland unterbleibt und die Insel weiter den Bewohnern und dem Bäderverkehr erhalten bleibt.

Begründung:

Die Insel Helgoland ist von größter Bedeutung, nicht nur für ihre früheren Bewohner, die mit großer Heimatliebe an ihr hängen, und für den Bäderverkehr, der alljährlich Tausenden von Menschen Erholung geboten hat, sie stellt darüber hinaus ein wertvolles Naturdenkmal von internationaler Bedeutung für die Wissenschaft und den Weltnaturschutz dar, sie hat für die Meeresforschung, insbesondere die Hydrobiologie, eine weit über Deutschlands Grenzen hinausgehende Bedeutung.

Aus verschiedenen Teilen der britischen Zone laufen Nachrichten ein über eine große Beunruhigung der Bevölkerung aus Anlaß der Nachrichten über die geplante Sprengung der Insel.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Befestigungsanlagen der Insel zerstört werden müssen, doch dürfte es möglich sein, die Zerstörung so vorzunehmen, daß die Insel bewohnbar bleibt.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 193–195.

TOP 113 **Anlage 135**

Antrag Agartz
Rückgängigmachung der Erhöhung der Reichsbahn-Fahrpreise für Arbeiter[1]

Anlage 16 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)53. – J. Nr. 1102/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen:

die Erhöhungen der Reichsbahn-Fahrpreise für Berufsfahrten von Arbeitern – insbesondere die Erhöhung der Preise für Arbeiterrückfahrkarten – wieder rückgängig zu machen.

Begründung:

Der allgemeine Rückgang der Einkünfte der Arbeiter aus ihrem Arbeitslohn sowie die steuerlichen Nachteile, die sich aus dem neuen Einkommensteuergesetz infolge des Fortfalls der für die Fahrtkosten bisher zulässigen steuerfreien Beträge ergeben, bedeuten für den Arbeiter besondere Härten.

Die Wiederherstellung des alten Zustandes vor der Fahrpreiserhöhung ist deshalb besonders wünschenswert.

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 109.

TOP 118 **Anlage 136**

14. August 1946:
Rede des Stellvertretenden Oberkommandierenden Generalleutnant Robertson und Aussprache mit den Mitgliedern des Zonenbeirats

Anlage 17 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 120–181.

d) ob die Verfassung örtlicher Vertretungskörperschaften vorsehen soll, daß ein anderes Mitglied als der Bürgermeister oder Landrat zum Vorsitzenden der Ratsversammlungen gewählt werden soll.

TOP 112 Anlage 134

29. Juli 1946: Antrag Drake Vermeidung weiterer Erhöhung der Preise[1]

Anlage 15 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)60. – J. Nr. 906/46.

1. Der Lippische Landtag hat in seiner Sitzung am 26. 6. 1946 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt[2]:

> „Der Landtag bringt seine Besorgnis über die eingetretenen Steuer- und Preiserhöhungen zum Ausdruck und ist übereinstimmend der Meinung, daß weitere Preis- und Steuererhöhungen zu einer sehr ernsten Entwicklung führen müßten, durch die breite Volksschichten der Verelendung preisgegeben würden.
>
> Die Landesregierung wird gebeten, alle maßgebenden Stellen zu veranlassen, dieser Entwicklung energisch entgegenzutreten und für eine scharfe Überwachung der bestehenden Preise zu sorgen."

2. Der Zonenbeirat stimmt diesen Erwägungen des Lippischen Landtages zu. Er sieht die Hauptgefahr weiterer Preiserhöhungen darin, daß sie unvermeidlich zu der Forderung von Erhöhungen der Löhne und Gehälter führen müssen. Die Arbeiter und Angestellten haben bisher unter Leitung der Gewerkschaften große Selbstdisziplin geübt. Mit Rücksicht auf die Notlage der deutschen Volkswirtschaft und auf die Gefährlichkeit von Maßnahmen, die zur Inflation führen müssen, haben sie es unterlassen, Forderungen zu stellen. Ein solches Verhalten kann aber bei Fortsetzung der Preissteigerungen billigerweise von den Festbesoldeten nicht mehr erwartet werden.

4. Der Zonenbeirat bittet daher die Kontrollkommission, im Kontrollrat eine Politik zu verfolgen, die gegen weitere Verteuerungen der Lebenshaltung des deutschen Volkes gerichtet ist. Korrekturen an einzelnen Stopp-Preisen, die volkswirtschaftlich überholt sind, sollen nicht ausgeschlossen sein, sofern sie nicht zu einer wesentlichen Erhöhung des Gesamtniveaus führen.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 108.
2 Zur 5. Sitz. des Lippischen LT am 26. 6. 1946 vgl. StAD D 1 Nr. 7853, fol. 247–252, bes. fol. 249. Die Entschließung ging von einer Anfrage der CDU-Fraktion betr. Steuer- und Preiserhöhung aus.

TOP 109 **Anlage 133**

8. August 1946: Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Das Amt des Bürgermeisters und des Landrats[1]

Anlage 14 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/ZAC. – ZAC/P (46)51. – J. Nr. 1225/46.

1. Die Kontrollkommission hat die Stellung des Bürgermeisters, des Stadtdirektors, des Landrats und des Kreisdirektors aufgrund der Erfahrungen, die man in den vergangenen Monaten in den örtlichen Verwaltungen gemacht hat, überprüft.

2. Der Kontrollkommission sind die verschiedenen Auffassungen, die über die Aufteilung der früher vom Bürgermeister und vom Landrat ausgeübten Funktionen zum Ausdruck gebracht wurden, bekannt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß diese Auffassungen nicht genügend die Gefahren in Rechnung stellen, die dem jetzt abgeschafften System anhafteten, aufgrund dessen sowohl der Bürgermeister wie der Landrat auf ihren verschiedenen Gebieten eine große Machtstellung innehatten, die im allgemeinen nur in geringem Maße einer Kontrolle durch das Volk unterlag.

3. Welches System auch am Ende übernommen werden mag, so wünscht die Kontrollkommission sich zu vergewissern, daß der leitende Beamte in der örtlichen Selbstverwaltung nur der Kontrolle der Bevölkerung seines Bezirks untersteht und nicht der Auffassung sein soll, daß er Anordnungen höherer Verwaltungsinstanzen zu befolgen hat.

4. Der Zonenbeirat wird gebeten, in der nächsten Sitzung die bestehende Regelung zu überprüfen und darüber zu berichten. Der Rat hat zu prüfen, ob er vorzuschlagen beabsichtigt, daß das eingeführte System in Kraft bleiben soll und – wenn dies der Fall ist – ob er Änderungen vorschlägt, um der geäußerten Kritik Rechnung zu tragen. Wenn man allgemein dafür ist, zu dem System zurückzukehren, das die Funktionen des Vorsitzenden und leitenden Beamten des Rates auf eine einzige Person vereinigt, so sind Vorschläge darüber zu unterbreiten, welche Sicherungsmaßnahmen nötig sind, um zu garantieren, daß die unter 3 (oben) festgelegte Bedingung erfüllt wird. In diesem Falle hat der Zonenbeirat zu Folgendem konkrete Vorschläge zu machen:

a) die Methoden der Auswahl und die Befähigungen des leitenden Beamten;

b) die Amtsdauer und ob er entlassen werden kann;

c) die Zuständigkeiten des Bürgermeisters bzw. Landrats und der örtlichen Vertretungskörperschaft;

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 105. Abweichung in Formulierung des TOP.

tet werden. Es würde vorgesehen werden, daß die gegenwärtige Verteilung des Beitragsaufkommens zwischen den verschiedenen Versicherungszweigen geändert wird, um insbesondere den auf die Alters- und Invalidenversicherung entfallenden Anteil zu erhöhen.

Versicherungsleistungen

6. Die Leistungen der Krankenversicherung (sowohl Geld- als auch Sachleistungen) und der Unfallversicherung würden in dem Umfange gewährt werden, der sich aus dem gegenwärtigen deutschen Recht ergibt.

Die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten würden neugeordnet werden. Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten würde beseitigt werden und ein neues Rentensystem würde für alle versicherten Arbeiter und Angestellten festgelegt werden. Die nach diesem System auszahlbare Durchschnittsrente würde sich mehr der gegenwärtigen Rentenversicherung der Arbeiter als der der Angestellten annähern.

Arbeitslosenversicherung

7. Die Arbeitslosenversicherung würde nur durch die Veränderung im Betrage des Beitragsaufkommens, das ihr nach den Vorschriften des Gesetzes zustehen würde, berührt werden. Sie wird im übrigen als Gegenstand einer besonderen Überprüfung behandelt werden.

8. Das Gesetz würde die Beibehaltung besonderer Sozialversicherungssysteme für Bergarbeiter, Eisenbahn- und Postarbeiter zulassen.

9. Für die Verwaltung der Sozialversicherungsanstalten würden leitende Ausschüsse, die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in den im gegenwärtigen Sozialversicherungsgesetz festgelegten Verhältnissen enthalten, vorgesehen werden.

TOP 106. III.3 **Anlage 132**

Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes[1]

Anlage 13 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)67. – J. Nr. 1250/46.

1. Es ist die Absicht der Alliierten Kontrollbehörde, ein Gesetz über Sozialversicherung vorzubereiten und zu veröffentlichen, das in ganz Deutschland angewendet werden wird. Das Gesetz wird einheitliche Leistungen, Beiträge und Versicherungsbedingungen festlegen, es wird den organisatorischen Aufbau der Sozialversicherung regeln und für ihre Verwaltung gewählte Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zulassen.

2. Ein endgültiger Gesetzentwurf ist in seinen Einzelheiten noch nicht ausgearbeitet worden, jedoch sind gewisse Hauptvorschriften der Alliierten Kontrollbehörde empfohlen worden, die in den nachstehenden Abschnitten zur Unterrichtung des Zonenbeirates auseinandergesetzt sind.

Organisatorischer Aufbau

3. In jeder Provinz würde als getrennte finanzielle Stelle eine einzige Sozialversicherungsanstalt, die für die Krankenrenten und Unfallversicherung verantwortlich sein würde, errichtet werden. Sie würde die gegenwärtigen Aufgaben der Krankenkassen und der Landesversicherungsanstalten übernehmen und die Unfallversicherung auf provinzialer Grundlage durchführen.

Umfang der Pflichtversicherung

4. Das Gesetz würde den gegenwärtigen Umfang der Versicherung durch Beseitigung der Einkommensgrenze, die jetzt für die Versicherung maßgebend ist, erweitern, so daß die Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen versicherungspflichtig sein werden.

Beiträge

5. Die Beiträge zur Unfallversicherung würden so bleiben, wie sie jetzt sind, und zwar zahlbar durch den einzelnen Arbeitgeber und festgesetzt nach der Zahl seiner Beschäftigten und der Gefahrenklasse, zu welcher sein Unternehmen gehört. Die Gesamtbeiträge für die anderen Versicherungszweige würden auf 20 % der Löhne heraufgesetzt und zu gleichen Teilen vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer entrich-

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 49–50.

TOP 106. III.1 Anlage 130

13. August 1946: Militärregierung Deutschland. Britische Zone Verordnung Nr. 46 Abschaffung der früher zum Preußischen Staat gehörenden Provinzen innerhalb der britischen Zone und Neuaufbau derselben als für sich bestehende Staaten

Anlage 11 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/ZAC. – ZAC/P (46)68. – J. Nr. 1274/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 45. Endgültige Fassung dieser VO in: Amtsbl. brit. MR, S. 305 f.: VO Nr. 46 vom 23. 8. 1946: Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder. – In der dem ZB vorgelegten Fassung heißt es unter Art. V: „Als Zeitpunkt des Inkrafttretens soll der 8. Mai 1945 gelten.", im Amtsbl.: 23. 8. 1946. Die Auflösung des Staates Preußen erfolgte durch das KR-Gesetz Nr. 46 vom 25. 2. 1947 (Amtsbl. KR, S. 262).

TOP 106. III.2 Anlage 131

13. August 1946: Militärregierung Deutschland. Britische Zone Verordnung Nr. [41] Errichtung eines Zentralamtes für Rechtswesen für die britische Zone

Anlage 12 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/ZAC. – J. Nr. 1274/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 46–48. Endgültige Fassung dieser VO in: Amtsbl. brit. MR, S. 299 ff.: VO Nr. 41 vom 1. 10. 1946: Errichtung eines Zentraljustizamtes für die Britische Zone.

TOP 106. II.2 **Anlage 128**

9. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen

Anlage 9 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/1/ZAC. – J. Nr. 1222/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 37–38.

TOP 106. II.3 **Anlage 129**

9. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zum Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. Januar 1933 entstanden sind

Anlage 10 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/1/ZAC. – J. Nr. 1222/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 39–40.

TOP 106. I.8 Anlage 126

12. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Hausbrandversorgung für die deutsche Bevölkerung

Anlage 7 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 1272/46.

1. Es besteht seit geraumer Zeit Einigkeit darüber, daß es notwendig ist, Vorkehrungen für eine Hausbrandversorgung im Winter auf Grund eines Zuteilungssystems zu treffen, und die größten Anstrengungen sind gemacht worden, um das Problem zu lösen.

2.–4.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 30–32.

TOP 106. II.1 Anlage 127

9. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Aufhebung der Zonengrenzen[1]

Anlage 8 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14106/1/ZAC. – J. Nr. 1222/46.

Der Antrag zur Aufhebung der Zonengrenzen kann besprochen werden, aber die Kontrollkommission hält eine solche Erörterung für überflüssig. Die britische Kontrollkommission hat immer auf eine Aufhebung der Zonengrenzen in Deutschland hingearbeitet und wird dieses weiterhin tun. Der Antrag verfolgt daher lediglich eines der Hauptziele der Kontrollkommission. Es wird dem Zonenbeirat durch Presse und Rundfunk bekannt sein, auf welche Schwierigkeiten die britische Kontrollkommission bei dem Versuch, dieses Ziel zu erreichen, gestoßen ist. Wenn dieses auch in naher Zukunft wahrscheinlich nicht vollständig gelingen wird, so sollte der Zonenbeirat bedenken, welcher Fortschritt bereits in dieser Richtung erzielt wurde, wie z. B. aus einem Abkommen mit den amerikanischen Behörden über uneingeschränktes Reisen zwischen der amerikanischen und britischen Zone, das bald in Kraft treten wird, hervorgeht.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 33–35.

TOP 106. I.6 Anlage 124

9. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung

Anlage 5 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14351/1/ZAC. – J. Nr. 1235/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 27–28.

TOP 106. I.7 Anlage 125

Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Kürzung der Fettration

Anlage 6 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
CAZ 104. – J. Nr. 1308/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 29.

TOP 106. I.4 Anlage 122

12. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig, Essigsäure und bevorzugten Zuteilung an den zivilen Sektor

Anlage 3 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 1249/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 24.

TOP 106. I.5 Anlage 123

Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Änderung des Wahlverfahrens für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen

Anlage 4 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
CAZ 100. – J. Nr. 1244/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 25–26.

Vom britischen Verbindungsstab waren als Zuhörer anwesend[7]*:* Lt. Col. Pearson; Winmill

Deutsches Sekretariat: Weisser

7 In der engl. Übersetzung des Kurzprot. werden neben *Pearson* und *Winmill* noch *Thonger, Popper* und Major *Thomas* als Angehörige des brit. Verbindungsstabes angeführt (vgl. PA 1/43: ZAC/M(46)6: Minutes of the Sixth Meeting). Ferner anwesend: Mr. *Ryan* (Manpower Division), vgl. u. S. 735 f.

TOP 106. I.1 **Anlage 120**

12. August 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands[1]

Anlage 1 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – J. Nr. 1245/46.

Sie werden gebeten, Dr. *Adenauer* und dem Zonenbeirat mitzuteilen, daß die ablehnende Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag *Adenauer* „Bericht über die völkerrechtliche Lage Deutschlands" nicht als juristische Begriffsbestimmung der gegenwärtigen völkerrechtlichen Stellung Deutschlands gedacht war. Eine solche Definition wird gegenwärtig von der Legal Division der Kontrollkommission vorbereitet.

1 Vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 12–13.

TOP 106. I.2 **Anlage 121**

Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Einstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit

Anlage 2 zur 6. Sitzung.
PA 1/258.
CAZ 100. – J. Nr. 1244/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 14–17.

145.		Mündliche Anfragen an Mitglieder der Kontrollkommission auf Tagungen des Zonenbeirats〉
–	–	[Pressenotiz, Anlage 155]
146.	34.	Datum der nächsten Sitzung

VI. 2

Anwesenheitsliste zur 6. Sitzung

PA 1/258.

Politische Vertreter: Schumacher, Henßler (SPD); Adenauer, Otto (CDU); Hoffmann, Reimann (KPD); Heile, Blücher (FDP); Hellwege[1] (NLP)

Vertreter der Verwaltung: Lehr[2] (Nord-Rheinprovinz); Menzel[3] (Westfalen); Kopf (Hannover); Kuklinski[4] (Schleswig-Holstein); Petersen (Hamburg); Kubel (Braunschweig)

Vertreter der Sachgebiete: Agartz[5] (Handel und Industrie); Podeyn (Ernährung und Landwirtschaft); Lingemann (Rechtswesen); Schneider (Post, Telegrafie, Telefon); Degkwitz (Gesundheitswesen); Spliedt (Arbeitseinsatz); Groth (Öffentliche Sicherheit); Grimme (Erziehung); Schwering (Transportwesen); Andrée (Flüchtlinge); Petersen (Erziehung)

Vertreter der Gewerkschaften: Karl, Böckler

Vertreter der Genossenschaften: Schlack, Everling

[Ferner anwesend: Schönfelder][6]

---

1 Die NLP entsandte mit *Hellwege* zum ersten Mal einen Abgeordneten in den ZB.

2 Trotz der inzwischen proklamierten Gründung des Landes NRW (vgl. Dok.VI.3 mit Anm. 10) wurden die Vertreter der NRP und Westfalens hier noch getrennt angeführt, denn die offizielle Auflösung der beiden Oberpräsidien trat erst am 20. 10. 1946 in Kraft (vgl. Hüttenberger, S. 217, Anm. 72). – *Lehr* blieb, obwohl nicht länger OP, dennoch weiterhin Mitglied des ZB. Wie er in einem Gespräch mit *Roßmann* am 19. 8. 1946 erklärte, sei er „von den Engländern gebeten worden", im ZB zu bleiben, „ohne eine Partei oder eine Regierung dort zu vertreten. Dies sei also eine rein persönliche Berufung" (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 132/24: Besprechung mit Oberpräsident Dr. *Lehr* am 19. August 1946 [Ns. *Roßmann*]; siehe auch Dok. VII.3, u. S. 950).

3 *Menzel,* später Innenminister und stellv. MP NRW (laut Kabinettsliste vom 30. 8. 1946, vgl. Köhler, S. 146 f.), war zu diesem Zeitpunkt noch Generalreferent für die allg. und innere Verwaltung im Oberpräsidium Münster.

4 *Steltzer* konnte an dieser Sitz. wie auch an der LChK vom 11./12. 8. 1946 in Bremen nicht teilnehmen, da er am 3. 8. für 14 Tage nach England gefahren war (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 125/9: Schreiben *Praetorius'* [Chef der Landeskanzlei] an *Kaisen,* 3. 8. 1946). Wilhelm *Kuklinski* (SPD) war stellv. OP SH und Landesminister für Volksbildung.

5 Nur zeitweise anwesend (vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 236).

6 Vgl. a. a. O. mit Anm. 82.

129. 26. Provinzielle Regelung der Vorratshaltung in der Getreidewirtschaft
Antrag *Lehr*

130. 27. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses
Berichterstatter: *Lingemann*

131. 28. Bericht des Unterausschusses: Staatsbürgerliche Bildungsstellen
Berichterstatter: *Menzel*

132. 29. Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
Berichterstatter: *Agartz*[2]

134. 30. Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses und Sozialpolitischen Ausschusses
Berichterstatter: *Grimme*[3]

135. 31. Bericht des Forstausschusses
Berichterstatter: *Kopf*[4]

137. 32. Bericht des Hauptausschusses
Berichterstatter: *Adenauer*

33. Sonstiges

136. ⟨Kohlen für Hausbrand, Büro- und Betriebsheizung im Winter 1946/47
Antrag *Everling*

138. Produktionsausschüsse im Bergbau und Neufestsetzung der Löhne im Bergbau
Anträge *Reimann*

139. Schriftlicher Bericht über das Ergebnis der Arbeiten der Erntevorschätzungskommission
Antrag *Reimann*

140. Einsatz einer Walfängerflotte zur Verbesserung der Fettversorgung der Bevölkerung
Antrag *Adenauer*

141. Lebertran für die Bevölkerung in der britischen Zone
Antrag *Podeyn*

142. Behandlung blinder und schwerkriegsbeschädigter Personen bei der Entnazifizierung
Antrag *Kopf, Henßler, Karl*

143. Änderung der Grundsteuergesetze
Antrag *Lehr*

144. Zurückstellung der Umorganisation der Verwaltung des Straßenbaues und Straßenverkehrs bis nach Entscheidung der Militärregierung über die Neugliederung der Länder und der Reform der Verwaltung innerhalb der britischen Zone
Antrag *Kubel*

---

2 Es berichtete *Weisser*, vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 236.
3 Es berichtete Frau *Petersen*, vgl. a. a. O. mit Anm. 252.
4 Es berichtete *Lehr*, vgl. a. a. O. mit Anm. 254–258.

116. 13. Freigabe von Rohstoffen für die Produktion von Kinderschuhen
Antrag *Hoffmann*

117. 14. Zuweisung von 500 in den Fordwerken in Köln befindlichen Lastkraftwagen an die deutsche Verkehrswirtschaft
Antrag *Hoffmann*

118. – [Rede Generalleutnant *Robertsons* mit anschließender Fragestunde]

119. – [Erörterung der von der Kontrollkommission übersandten Grundzüge einer neuen deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung]

133. 15. Bericht des Flüchtlingsausschusses
Berichterstatter: *Andrée*

133. 16. Rückführung der beweglichen Habe der durch den Luftkrieg in die Ostzone verdrängten deutschen Bevölkerung
Antrag *Adenauer* und *Otto*

120. 17. Erhaltung der Insel Helgoland
Antrag *Kaisen, Kopf*

121. 18. Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene
Antrag *Grimme, Kopf, Henßler*

122. 19. Beschleunigung der Entnazifizierung – Vorbereitende Ausschüsse bei Behörden
Antrag *Schneider*

123. 20. Vorrang für Beamte und ihre Familien in der Erteilung der Zuzugsgenehmigung am Beschäftigungsort
Antrag *Schneider*

124. 21. Freigabe von Jugendherbergen
Antrag *Grimme*

125. 22. Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertig gebauter Fischkutter
Antrag *Hoffmann*

126. 23. Zwischenlösung zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone
Antrag *Petersen*

127. 24. Unterstützungen an Angehörige der Opfer des 20. Juli[1]
Schreiben der Kontrollkommission

128. 25. Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten
Antrag *Hoffmann*

128. 25 a Ergänzung der Wahlordnung Nr. 31
Antrag *Hoffmann*

---

1 Im Kurzprot. (Dok. VI.4): „Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer der Verschwörung gegen *Hitler* vom 20. Juli 1944".

6. Sitzung
14.–15. August 1946

VI. 1

Tagesordnung für die 6. Sitzung

PA 1/254; Ergänzungen gemäß Kurzprotokoll (VI.4) und Anlagen.

TOP in Kurzprot.	*Pkt. in Wortprot. und Betreff*
103.	– [Eröffnung der Sitzung]
104.	1. Genehmigung des Protokolls [der 5. Sitzung]
105.	– [Anfrage *Reimann* betr. Gründung des Landes NRW]
106.	2. Mitteilungen des Generalsekretärs
[entfallen]	3. Bericht des Sonderausschusses für Agrarreform Berichterstatter: *Tantzen*
107.	4. Bericht des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone ⟨und Ergänzung seiner Mitglieder⟩ Berichterstatter: *Schönfelder*
108.	– [Mitteilung des Vorsitzenden betr. Länderchefkonferenz in Bremen]
109.	5. Amt des Bürgermeisters und der Landräte Schreiben der Kontrollkommission
110.	6. Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern auf Tabak und Alkohol Antrag *Adenauer*
111.	7. Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises Antrag *Amelunxen*
112.	8. Vermeidung weiterer Erhöhungen der Preise Antrag *Drake*
113.	9. Rückgängigmachung der Erhöhungen der Reichsbahnfahrpreise für Arbeiter Antrag *Agartz*
114.	10. Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten Antrag *Hoffmann*
115.	11. Ingangsetzung der Zementindustrie Antrag *Hoffmann*
116.	12. Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe Antrag *Hoffmann*

Auf Anregung aus dem Kreise der Zonenbeiratsmitglieder beschließt die Versammlung
mit Rücksicht auf die zahlreichen ungelösten forstwirtschaftlichen Probleme das Weiterbestehen des Ausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes.

102. Termine der nächsten Sitzungen

Flüchtlingsausschuß:	Dienstag, 30. Juli 1946, 15.00 Uhr
Sonderausschuß für Agrarreform:	Montag, 5. August 1946, 14.00 Uhr
Sonderausschuß Neuaufbau der Länder:	Dienstag, 6. August 1946, 15.00 Uhr
Plenarsitzung:	Mittwoch, 14. August 1946 Donnerstag, 15. August 1946.

ten. Diese Maßnahme kollidiere im Rheinland mit lebenswichtigen Bauarbeiten sowohl auf industriellem als auch auf wohnbaulichem Sektor. In der großen Zahl der noch immer zurückgehaltenen Kriegsgefangenen befänden sich sicher ausreichend gelernte Bauarbeiter oder für die Umschulung für das Bauhandwerk geeignete Kräfte, die für den Einsatz in Hamburg sofort verfügbar sein könnten.

Die Versammlung
nimmt den Antrag mit Einstimmigkeit an.

100. Hausbrandversorgung

Antrag *Henßler, Lehr, Petersen, Kopf, Tantzen* (Anlage 118)

Es besteht Einigkeit darüber, daß, um einen weiteren Brennholzeinschlag zu vermeiden und durch Sofortmaßnahmen die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial zu sichern, folgende Vorkehrungen getroffen werden müssen:

1. Die stärkste Ausnützung des rheinischen Braunkohlenvorkommens und Steigerung der Brikettierung.

2. Restlose Ausnützung der Torfgewinnungsmöglichkeiten.

3. Beschaffung von Grude-Koks aus der russischen Zone.

Eine Bedrohung des sozialen Friedens sei zu befürchten, wenn die hungernde Bevölkerung im Winter frieren müßte. Es wird darauf hingewiesen, daß der durch die Militärregierung angeordnete neuerdings wiederum gesteigerte Brennholzeinschlag für die Nutzholzgewinnung katastrophale Folgen mit sich bringen müsse. Das Ergebnis aller Bemühungen um eine Steigerung der Torf- und Holzversorgung sei die Erkenntnis, daß eine wirksame Versorgung der Haushalte nur mit Steinkohle möglich sei. Den Antragstellern sei bewußt, daß die Versorgung der Grundstoffindustrie mit Kohle an erster Stelle stehe. Da die menschliche Arbeitskraft als wichtigster Produktionsfaktor von der Erhaltung der Gesundheit und diese im Winter von der Beheizung der Wohnräume abhängig sei, sei eine kurze Unterbrechung der Belieferung der Grundstoffindustrie mit Kohle zum Zwecke der Hausbrandversorgung unbedingt erforderlich.

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an.[18]

101. Weiterbestehen des Ausschusses zur Erhaltung des deutschen Waldes[19]

TANTZEN bedauert, daß die staatliche Forstverwaltung getrennt ist von der Verwaltung der privaten Forste. SCHLANGE-SCHÖNINGEN bemerkt, daß die gesamte Forstverwaltung dem Zentralamt für Landwirtschaft unterstellt werden solle.

---

18 Laut Wortprot. wurde über den Antrag nicht abgestimmt, vgl. a. a. O. mit Anm. 269–274.

19 Laut Wortprot. wurde dieser TOP überhaupt nicht behandelt. – Auf der LChK in Celle am 7./8. 7. 1946 war vereinbart worden, daß *Amelunxen* diesen TOP im ZB energisch zur Sprache bringen solle, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 113/2 Nr. 8: Prot. der LChK vom 7./8. 7. 1946, S. 3.

Zonen nur in geringem Umfange und diese nur auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Militärregierung erfolgt. Der Flüchtlingsausschuß des Länderrats habe beantragt, nur die Spitzen auszuweisen, um damit das Problem zu mildern.

Im übrigen schließe er sich in politischer Beziehung weitestgehend den Ausführungen Dr. *Schlange-Schöningens* an. Er habe den Eindruck, daß man deutscherseits hinsichtlich der künftigen Grenzen Deutschlands viel zu pessimistischen Stimmungen unterworfen sei. Es bestehe zwar für die Deutschen nicht die Möglichkeit, selbständig Abmachungen mit den Siegerstaaten zu treffen, man könne aber immer darauf verweisen, daß nach dem Potsdamer Protokoll die Ostgrenze in keiner Weise festgelegt sei.

PETERSEN schildert die Lage der deutschen Bevölkerung in den von Polen besetzten Gebieten, verweist auf vom Tschechoslowakischen Roten Kreuz in Hamburg und von anderen Organisationen ausgehende Hilferufe und beantragt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die deutschen Stellen dazu verurteilt seien, diesem Elend machtlos gegenüber zu stehen, die Militärregierung zu bitten, mit den verschiedenen ausländischen Rote-Kreuz-Organisationen, vor allem auch mit dem Britischen Roten Kreuz, dem Internationalen Kommittee in Genf Verbindung aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß in den in Frage kommenden Gebieten menschenwürdige Zustände wieder hergestellt würden (Anlage 115).

Die Versammlung

1. nimmt den Antrag *Petersen* mit Einstimmigkeit an.
2. verweist den Antrag *Andrée* wegen Errichtung einer zonalen Dienststelle zur Bearbeitung der Flüchtlingsfragen sowie den Antrag *Tantzen* wegen der zwangsweisen Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone an den Flüchtlingsausschuß und
3. bestimmt, daß dieser mit dem Flüchtlingsausschuß des süddeutschen Länderrats zur Lösung der Probleme zusammenarbeite.

98. Bekämpfung von Wildschäden durch Raubzeugbekämpfung und Jagdausübung

Antrag *Tantzen* (Anlage 116)

Angesichts der ungeheuren Schäden, die auf Grund der großen Zunahme des Schwarzwildes und anderen Raubwildes in den verschiedenen Teilen der britischen Zone eingetreten sind, bittet TANTZEN dringend, daß zuverlässigen deutschen Jägern die Möglichkeit gegeben wird, Jagdwaffen zu führen.

Die Versammlung
stimmt dem Antrag mit Einstimmigkeit zu.

99. Bereitstellung von Bauarbeitern durch Entlassung von Kriegsgefangenen

Antrag *Lehr, Petersen, Henßler, Everling* (Anlage 117)

LEHR teilt mit, ihm sei bekannt geworden, daß aus dem Rheinland erhebliche Mengen von gelernten Bauhandwerkern nach Hamburg abgegeben werden müß-

scher sowie kulturpolitischer Art, daß es unmöglich ist, diese mit den bisherigen Mitteln zu klären und einer Lösung entgegen zu führen. Die Einrichtung einer zonalen Dienststelle zur Bearbeitung aller dieser Angelegenheiten ist daher dringend erforderlich. Auch um die zu ergreifenden Maßnahmen einheitlich in der ganzen britischen Zone zu führen, muß eine zentrale Stelle für die Ausarbeitung von Grundlinien zur fruchtbaren und erfolgreichen Gestaltung der Arbeit in den Einzelgebieten der Zone vorhanden sein.

Ich beantrage daher, der Zonenbeirat möge die britische Militärregierung ersuchen, der Einrichtung einer solchen zentralen Amtsstelle ihre Zustimmung zu geben.[17]

Im Zusammenhang mit den Ausführungen *Andrées* betont TANTZEN, daß es erforderlich sei, die Flüchtlingsverteilung über die englische und amerikanische Zone gleichmäßiger vorzunehmen. So sei zu erstreben, daß die britischen und amerikanischen Besatzungsmächte nach denselben Richtlinien verführen und daß besonders Zwangsausweisungen, wie sie nach seinem Wissen in Bayern erfolgt seien, in Zukunft verhindert würden. Über die Lage der Evakuierten, besonders in Süddeutschland, bestehe Unklarheit. Alle die hiermit im Zusammenhang stehenden Fragen bedürfen einer gründlichen Prüfung. Ungeeignete Maßnahmen müssen einer Revision unterzogen werden.

STELTZER weist auf die besonders schwierige Lage in Schleswig-Holstein hin, wo infolge des Flüchtlingszustroms sich die Bevölkerung verdoppelt habe. Er müsse offen zugeben, daß er sich eine Lösung dieser Frage mit den gegebenen Mitteln nicht vorstellen könne, zumal 70 % der Flüchtlinge aus Frauen, Kindern und Kranken bestünden, die in den Arbeitsprozeß nicht einzugliedern seien. Die Tuberkulose sei unter den Flüchtlingen in erschreckendem Fortschreiten begriffen.

SCHLANGE-SCHÖNINGEN führt aus, daß er in der von *Andrée* wiederholt erwähnten Seßhaftmachung der Flüchtlinge innerhalb der britischen Zone einen Verzicht auf die Rückkehr in das den Flüchtlingen früher gehörende Land des Ostens sehen müsse. Wenn man auch den Flüchtlingen keine Illusionen machen dürfe, so sei doch die Behandlung dieses Problems ohne den Gedanken an eine spätere Rückkehr in die verlorenen Gebiete verfehlt. Immerhin enthielte das Potsdamer Abkommen keine Bestimmung über eine endgültige Grenze im Osten. Abgesehen davon würden sich alle Flüchtlingsprobleme um mindestens 75 % leichter lösen lassen, wenn wir das Band zwischen Elbe und Oder in die Planung einbeziehen könnten, denn dort seien die großen Flächen, die noch nicht dicht bevölkert seien. Dort ließe sich mit Kultivierung, Bodenreform usw. viel mehr erreichen als in der britischen Zone. Trotzdem müsse man sagen, wenn man die abgetrennten Gebiete nicht zurückerhielte, dann würde Deutschland ein Dampfkessel bleiben, der so hoch unter Druck stehe, daß man nicht sagen könne, was eines Tages daraus werde.

Generalsekretär ROSSMANN nimmt das Wort und unterstreicht den guten Willen des süddeutschen Länderrats, bei der Behandlung des Flüchtlingsproblems alle unbilligen Härten zu vermeiden. Es seien Zwangsausweisungen nach den anderen

17 Leicht abweichender Wortlaut des Antrags im Wortprot., a. a. O. mit Anm. 299.

Von allen Rednern[16], die hierzu Stellung nahmen, wurde die Notwendigkeit der Einrichtung einer solchen Zentralstelle betont, um durch Beschaffung zuverlässigen statistischen Materials Wirtschaftsplanung und -lenkung zu ermöglichen. Die Statistik müsse interzonal organisiert werden.

Minister MUELLER (Groß-Hessen) schlägt vor, die einschlägigen Fragen in Besprechungen von Sachverständigen der vier Zonen einer Klärung zuzuführen.

Die Versammlung
stimmt diesem Vorschlag mit Einstimmigkeit zu und bittet *Agartz,* das Nötige wegen der Zusammenkunft der Sachverständigen zu veranlassen.

96. Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen aller vier Zonen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten

Der Versammlung liegt ein Antrag *Degkwitz, Schlange-Schöningen* u. a. ZAC/P (46)38 (Anlage 112) vor.

DEGKWITZ begründet den Antrag und weist darauf hin, daß das geplante Koordinierungsbüro mit politischen Fragen nichts zu tun habe, sondern sich lediglich mit dem Austausch von Verordnungen und Gesetzen der verschiedenen Zonen zu befassen haben werde.

Die Versammlung
beschließt, die Aufgaben und Organisation dieses Koordinierungsbüros im einzelnen noch mit dem Länderrat klären zu lassen.

97. Das Flüchtlingsproblem sowie die zwangsweise Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone

Der Versammlung liegt der Antrag *Andrée* ZAC/P (46)35 (Anlage 113) und der Antrag *Tantzen* ZAC/P (46)41 (Anlage 114) vor.

ANDRÉE gibt auf Grund der Feststellungen des Weltwirtschaftlichen Instituts in Kiel und des Amtes für Landesplanung beim Oberpräsidium Hannover eine ausführliche Darstellung über die erschütternde Lage der Flüchtlingsmassen innerhalb der britischen Zone und der damit zusammenhängenden wirtschafts- und arbeitspolitischen, siedlungs- und wohnungspolitischen Probleme (siehe Anlage 113). Diese Flüchtlingsmassen seien bis jetzt auf die verschiedenen Länder und Provinzen der britischen Zone ungleichmäßig verteilt.

Um die mit dem Flüchtlingsproblem verbundenen Aufgaben zu lösen, sei die Einrichtung einer zentralen Dienststelle für die britische Zone unerläßlich. Er stelle deshalb folgenden Antrag:

> Die Fürsorge für die Flüchtlinge, insbesondere die Frage der Seßhaftmachung und Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft, stellt eine solche Anzahl Probleme wirtschafts- und arbeitspolitischer, siedlungs- und wohnungspoliti-

16 Es sprachen laut Wortprot. (Dok. V.3 mit Anm. 253–256) nur *Weisser* und *Mueller* zu diesem TOP.

2. Es müßten mehr Menschen in der Landwirtschaft sinnvoll verwendet werden.

3. Die Produktion müsse gesteigert werden.

4. Die gegenwärtige Güterverteilung könne nicht bleiben, da sie ungerecht sei. Es müsse ein Ausgleich erfolgen, um die soziale Befriedung in Deutschland überhaupt möglich zu machen.

Im übrigen bestünden zahlreiche Gegensätze. Ein Teil der Ausschußmitglieder sei der Auffassung, daß auch die Agrarreform stark unter politischen Gesichtspunkten stehen müsse und daß es künftig Großgrundbesitz nicht geben dürfe. Auch gingen die Meinungen darüber auseinander, ob die aufzulösenden Großgüter parzelliert oder als Betriebseinheiten in Form von künftigen Genossenschaften zusammengeschlossen werden sollten.

94. Entwurf eines Gesetzes zur Beschaffung billiger Grundstücke für die Zwecke des Wiederaufbaues in den Städten

Der Versammlung liegt der Antrag *Petersen, Spliedt, Steltzer* ZAC/P (46)37 (Anlage 110) vor.

PETERSEN weist darauf hin, daß beim Wiederaufbau der Städte Privateigentum nicht einer sachgemäßen Disposition und Planung im Wege stehen dürfe. Das Gremium der Wohnungsreferenten der Länder und Provinzen der britischen Zone habe sich eingehend mit diesem Thema befaßt und einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, den sich in erster Linie das Land Braunschweig zu eigen gemacht habe und der dem Zonenbeirat demnächst zugeleitet werde. Er beantrage schon jetzt, diesen Entwurf an den Wirtschaftsausschuß zu verweisen, der im übrigen seine Arbeiten auf diesem Gebiete in engster Übereinstimmung mit dem Länderrat in Stuttgart durchführen müsse.

Generalsekretär ROSSMANN teilt mit, daß der Länderrat vor etwa zwei Monaten dem Entwurf eines Gesetzes zur Beschaffung billigen Bodens zugestimmt habe. Das Gesetz gründe sich im wesentlichen auf die bodenreformerischen Gedanken Adolf *Damaschkes*. Es habe zwar im wesentlichen aus steuerpolitischen Gedankengängen heraus nicht die Zustimmung der amerikanischen Militärregierung gefunden. Nach Ablehnung dieses Gesetzes sei der Länderrat entschlossen, seine bodenreformerischen Gedanken bei der Planung einer allgemeinen Bodenreform zu berücksichtigen. Er werde dafür sorgen, daß das ganze in den Händen des Länderrats befindliche Material dem Sekretariat des Zonenbeirats zugänglich gemacht werde.

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Wirtschaftsausschuß.

95. Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen

Der Versammlung liegt der Antrag *Agartz, Schlange-Schöningen, Spliedt* ZAC/P (46)39 (Anlage 111) vor.

92. Gemeinschaftliche Sitzung mit den Vertretern des Länderrats Stuttgart

Der VORSITZENDE begrüßt die Vertreter der britischen und amerikanischen Militärregierung, Brigadier *Britten* und Professor *Pollock,* sowie die Vertreter des Länderrats in Stuttgart, Generalsekretär *Roßmann,* Wirtschaftsminister Dr. *Mueller,* Staatssekretär *Goegler* und Freiherr Ritter von *Groenesteyn.*

Es sei schwer, heute bereits über den Zonenbeirat, der mitten in der Entwicklung begriffen sei, etwas Abschließendes zu sagen. Mit der in diesen Tagen erfolgten Bildung der Sonderausschüsse für Reorganisation in der britischen Zone und Neueinteilung der Länder und des Sonderausschusses für Agrarreform seien zwei wesentliche Schritte vorwärts getan. Bei der Arbeit des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone sei die Verantwortung möglichst eindeutig auf die Schultern der politischen Parteien gelegt worden. Der Ausschuß für Agrarreform sei kein Ausschuß zur Verschiebung oder Vertagung dieses wichtigen Problems. Man müsse in Deutschland zu Maßnahmen kommen, die eine entscheidende soziale Strukturänderung bedeuten.

Generalsekretär ROSSMANN hält einen eingehenden Vortrag über die Entwicklung, die Organisation und die Aufgaben des Länderrats (Anlage 108).

Der VORSITZENDE dankt Generalsekretär *Roßmann* für seine umfassenden Ausführungen und betont ergänzend, daß die staatsrechtliche Frage, wer Träger einer Souveränität ist, heute in Deutschland nicht akut sei. Eine Souveränität im echten staatsrechtlichen Sinne gäbe es heute in Deutschland in keiner Instanz. Das Reich existiere nur als Idee und nicht als Tatsache. Wenn einmal der Aufbau eines neuen Deutschland auf der Grundlage der Länder erfolgen solle, so sei das, was manche Staatsrechtler mit der Länder-Souveränität meinen, jedenfalls etwas, was sich mit der Souveränität des Reiches nicht vergleichen lasse, dessen eigentlicher Träger nicht eine verwaltungsmäßige Institution, sondern nur das gesamte Reichsvolk sein könne. Darüber hinaus wolle er aber ein Bekenntnis ablegen, das im Sinne aller fortschrittlich und weiter denkenden Deutschen liege. Wenn wir einmal zu einem geeinten Deutschland mit Ländern von beträchtlicher Kompetenz kommen, dann werde auch die Einheit dieses Deutschland nicht die letzte Erfüllung unserer Wünsche sein. Die letzte Erfüllung unserer Wünsche wäre eine europäische Föderation, in der Deutschland gleichberechtigt und gleich geachtet sei, und darüber hinaus eine europäische Föderation, die nicht nur in europäischen, sondern in weltmäßigen Aufgaben ihr Ziel sähe.

93. Bericht des Sonderausschusses für Agrarreform

Der Versammlung liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)30 (Anlage 109) vor.

HENSSLER berichtet, daß der Ausschuß wegen seines vorläufigen Charakters darauf verzichtet habe, Beschlüsse zu fassen. Es sei jedoch über folgende Grundthesen allgemeines Einverständnis erzielt worden:

1. Jede Agrarreform müsse davon ausgehen, daß der Rückgang der Produktion vermieden werde.

PETERSEN sieht die entscheidende Rettung vor allem in einer Steigerung der Fischanlandung und beantragt, bei der britischen Militärregierung [dafür] einzutreten, daß Minensuchboote, die früher Fischereifahrzeuge waren, zeitweise zur Verfügung gestellt werden, und Fischereibootreparaturen die Priorität vor allen anderen Werftarbeiten zu geben.

EVERLING berichtet von der Erregung innerhalb der Bevölkerung über die Kürzung der Fettration, schließt sich dem Antrag *Petersen* an und schlägt die Charterung von ausländischen Fischdampfern vor.

KARL weist auf das infolge der Rationskürzung mit Sicherheit zu erwartende weitere Absinken der Arbeitsleistung hin. Er erhält fast täglich Meldungen aus den Betrieben über physische Zusammenbrüche und Ohnmachtsanfälle der Arbeiter. Schleunige Hilfe sei dringend erforderlich.

Die Anträge *Lehr, Tantzen, Adenauer, Degkwitz, Petersen, Everling* werden in einem Antrag zusammengefaßt (Anlage 106).[15]

Die Versammlung
stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

91. Neuaufbau der Länder in der britischen Zone und Wahl des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

Der Versammlung liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)36 (Anlage 107) vor.

ADENAUER berichtet über die Erörterungen im Hauptausschuß. Maßgeblich sei der Gesichtspunkt, daß das Schwergewicht bei der Entscheidung über die zukünftigen Ländergrenzen und den inneren Aufbau der Länder nicht in den Händen der Länderchefs liegen könne, sondern in erster Linie bei den politischen Parteien liegen müsse. Der Sonderausschuß solle möglichst klein gehalten werden. Die Gruppe der Oberpräsidenten und Länderchefs und die Fachvertreter hätten sich einverstanden erklärt, im Ausschuß stimmberechtigt nicht vertreten zu sein. Es dürfe angenommen werden, daß die Genossenschaften und Gewerkschaften sich hierzu ebenfalls bereiterklärten. Auch die von der Kontrollkommission gewünschten Sachverständigen für verfassungs- und allgemeinrechtliche Fragen sollten nicht stimmberechtigte Mitglieder sein. VORSITZENDER bemerkt ergänzend, daß Länderchefs und andere Mitglieder des Zonenbeirats im Sonderausschuß als Experten jederzeit gehört werden könnten. Es ergäbe sich damit folgende Zusammensetzung des Sonderausschusses: 8 Vertreter der politischen Parteien, je 1 Vertreter der Ernannten Repräsentativ-Körperschaften.

Die Oberpräsidenten und Länderchefs sowie die Fachvertreter und Sachverständigen nähmen an den Arbeiten des Ausschusses lediglich als Sachverständige ohne Stimme teil.

Die Versammlung
stimmt zu.

---

15 Der Antrag trägt fünf Namen, darunter den *Karls* (Anl. 106).

Der Kampf gegen die Tuberkulose sei, für längere Sicht gesehen, das Hauptproblem des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wenn die Hungerzeit in zwei oder drei Jahren vorbei sein werde, würden wir aber noch ein Jahrzehnt länger den Kampf gegen die Tuberkulose und die Heilfürsorge für Tbc-Erkrankte aufs höchste intensivieren müssen.

Dieses Tuberkuloseproblem in Deutschland sei nicht allein ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem der Besatzungsmacht. Zwangsläufig werde sich unter dem Truppenpersonal der Besatzungsmacht die Tbc verbreiten, wenn es zu einer schweren Tuberkuloseendemie in Deutschland komme. Eine besondere Gefahr bestehe für die Besatzungsmacht, wenn Offiziere und Mannschaften ihre Familien nach Deutschland kommen lassen würden.

Es müsse deswegen an die Militärregierung herangetreten werden, uns in unserem und ihrem eigenen Interesse bei dem Kampf gegen die Tuberkulose zu helfen.

Die Versammlung
nimmt von dem Bericht *Degkwitz* Kenntnis und stimmt ihm in seinen Schlußfolgerungen mit Einstimmigkeit zu.

Schlange-Schöningen erklärt im Zusammenhang mit den Ausführungen *Degkwitz'*, daß das beste Bekämpfungsmittel gegen die Tuberkulose ausreichende Ernährung und namentlich eine wesentliche Erhöhung der Fettration sei. Die für die kommende Lebensmittelperiode vorgesehene Kürzung der Fettration um 50 % würde sich notwendigerweise katastrophal auswirken. Er habe mit der britischen Militärregierung die Frage erwogen, ob nicht wenigstens für die nächsten Wochen ein Ausgleich durch Erhöhung der Fleischration geschaffen werden könne. Leider sei dies nicht möglich, da man damit die Milchbestände schwer angreifen müsse und auf diese Weise die Fettlage noch weiter verschlimmere. Hilfe aus eigener Kraft sei unmöglich, Deutschland sei völlig auf das angewiesen, was das Ausland zur Verfügung stelle.

Lehr weist auf den besonderen Ernst der Lage in der Nord-Rheinprovinz hin. Wenn das deutsche Volk durch das Fehlen der notwendigen Fettmengen in einen Zustand versetzt werde, der es unfähig mache, die ihm auferlegten Arbeiten und Lasten durchzuführen, dann müssen chaotische Zustände entstehen, die sich nicht nur auf die britische Zone, nicht nur auf den Westen Europas beschränken. Lehr beantragt deshalb, von der Kürzung der Fettration in der britischen Zone abzusehen und die zur Aufrechterhaltung der jetzigen Fettration nötigen Zuschußbeträge mit Hilfe der amerikanischen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Tantzen beantragt ebenfalls, von einer Kürzung abzusehen und bei der Militärregierung dafür einzutreten, daß durch Einfuhr von Ölfrüchten aus Übersee die Fettversorgung gebessert würde. 20 000 t Ölfrüchte im Vierteljahr würden ausreichen, um die Fettration auf eine genügende Höhe zu bringen, ein für die Welterzeugung ganz geringes Quantum.

Adenauer, Petersen und Degkwitz stellen den Antrag, die Militärregierung zu ersuchen, zur Entlastung der äußerst kritischen Ernährungslage 20 000 t Sojabohnen in die britische Zone einzuführen. Da der Mangel an Fleisch und Fisch in der weiteren Zukunft bestehen bleibe, sei das einzige wirksame Mittel gegen die starke Zunahme der Hungererkrankungen die Sojabohne.

Die Versammlung
nimmt den Antrag mit Einstimmigkeit an.

5. Einsetzung eines Unterausschusses des Hauptausschusses für die Beratung des Haushaltes des Zonenbeirates

Der GENERALSEKRETÄR berichtet über den Vorschlag des Hauptausschusses, einen aus den Herren *Tantzen, Henßler* und *Otto*[13] gebildeten Unterausschuß mit der Prüfung des Voranschlages für den Haushalt des Sekretariats für das laufende Rechnungsjahr zu beauftragen. Es handelt sich nur um eine vorläufige Verabschiedung. Der Voranschlag wird später dem Plenum des Zonenbeirats vorgelegt werden.

Die Versammlung
nimmt diesen Vorschlag mit Einstimmigkeit an.

88. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

HEILE berichtet über den Antrag *Spliedt* auf Errichtung eines Zentralamts für Arbeit ZAC/P (46)20 (Anlage 103) und stellt im Auftrage des Rechts- und Verfassungsausschusses folgenden Antrag:

Zusatzantrag wegen Unterbau Arbeitsverwaltung

[. . .][14]

Die Versammlung
nimmt den Antrag mit Einstimmigkeit an.

89. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses

SPLIEDT berichtet über die Behandlung der Vorlage der Kontrollkommission zur Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt – ZAC/P (46) 21 – (Anlage 104). Der Sozialpolitische Ausschuß ist der Auffassung, daß vor einer endgültigen Stellungnahme die Erfahrungen ausgewertet werden sollten, die in anderen Städten gesammelt wurden.

PETERSEN empfiehlt, auch alles einschlägige Material aus der amerikanischen und russischen Zone zu beschaffen.

Die Versammlung
schließt sich dem Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses einstimmig an.

90. Bericht des Wohlfahrtsausschusses

DEGKWITZ berichtet eingehend über die Auswirkungen der Ernährungslage auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung in der britischen Zone und die außerordentliche Zunahme der Tuberkulose (Anlage 105).

---

13 Vgl. a. a. O., Anm. 145.
14 Text a. a. O. mit Anm. 150.

2. AMELUNXEN berichtet über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Nazipropaganda ZAC/P (46)24 (Anlage 100) sowie über seinen früheren Antrag „Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen" ZAC/P (46)23 (Anlage 101).

AMELUNXEN berichtet ferner, daß nach Auffassung des Hauptausschusses das Nürnberger Prozeßmaterial in keiner Weise ausreichend in der deutschen Bevölkerung verwertet werde.

Der Hauptausschuß schlägt vor, die Materien ZAC/P (46)24 und ZAC/P (46)23 nochmals in einem Unterausschuß zu überprüfen und ferner die britische Militärregierung zu bitten, bei der Verwertung des Nürnberger Prozeßmaterials deutsche Sachverständige hinzuzuziehen.

Die Versammlung
nimmt diese Vorschläge einstimmig an.

In den Unterausschuß, der sich mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Nazipropaganda und der Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen befassen soll, werden gewählt:

je ein Vertreter der 4 Parteien (die noch benannt werden müssen)[12]

Feuerstak von der Regierung Hannover

Dr. *Stricker* von der Regierung Westfalen

Dr. *Zechlin* – Hannover

3. Besteuerung der Fahrräder

Die Vorlage der Kontrollkommission ZAC/P (46)22 (Anlage 102) liegt der Versammlung vor.

HENSSLER beantragt, die Besteuerung von Fahrrädern abzulehnen, da diese heute einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung dazu dienen, zur Arbeit zu gelangen.

Die Versammlung
lehnt die Vorlage mit Einstimmigkeit ab.

4. Schuldlos-Erklärung der Jugend

GRIMME berichtet über den folgenden, vom Hauptausschuß einstimmig angenommenen Antrag:

> Alle jungen Menschen, die am 30. Januar 1933 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, sollen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Hitlerjugend oder einer anderen Nazi-Organisation grundsätzlich als schuldlos betrachtet werden, es sei denn, daß der zuständige Bereinigungsausschuß ihnen ernsthafte Verstöße gegen Anstand und Menschlichkeit nachweist. Alle diese jungen Menschen sollen in ihrem Fortkommen in keiner Weise gehindert werden. Es soll ihnen freie Bahn für ihren Beruf und ihre Mitarbeit am Aufbau Deutschlands gegeben werden. Sollten sie jedoch in Zukunft dieser Nachsicht sich unwürdig zeigen, so wird ihnen ihr früheres Verhalten wieder angerechnet werden müssen.

12 Vgl. Dok. V.3, Anm. 196.

GROTH ist der Auffassung, den Antrag dem Sonderausschuß für den Neuaufbau der Länder zu überweisen. Die Fragen müßten noch eingehend geklärt werden, zumal da die Auffassungen über das Wesen der Polizei in England wesentlich von den Auffassungen in Deutschland differieren.

PETERSEN spricht sich gegen die Verweisung an den Sonderausschuß aus, da der deutsche Wunsch, die Polizei in allen Regionen der deutschen Verwaltung zu unterstellen, wohl von den meisten Mitgliedern des Rates geteilt werde und einer nochmaligen Erörterung nicht bedürfe.

Die Versammlung
lehnt den Antrag *Groth* auf Überweisung an den Sonderausschuß für den Neuaufbau der Länder ab und nimmt den Antrag *Amelunxen* mit Einstimmigkeit an.

86. Gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen

Der Versammlung liegt das Schreiben der Kontrollkommission ZAC/P (46)43 (Anlage 99) vor.

Die Versammlung
verweist den Antrag an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

87. Bericht des Hauptausschusses

1. ADENAUER berichtet über verschiedene Beschlüsse des Hauptausschusses zur Geschäftsordnung:

a) Die von Oberpräsidenten und Länderchefs zu ernennenden Sachverständigen in den Ausschüssen sind der Zahl nach zu beschränken.

b) Politische und sonstige Vertreter haben das Recht, Sachverständige ihrerseits ebenfalls in beschränkter Zahl mitzubringen.

c) Es ist jeweils eine Liste der zugezogenen Sachverständigen vorzulegen, damit kontrolliert werden kann, wer zur Teilnahme an der Sitzung berechtigt ist.

d) Wenn weder ein ordentliches Mitglied noch sein Stellvertreter anwesend sein können, kann das ordentliche Mitglied den von ihm benannten Sachverständigen beauftragen, im Ausschuß zu stimmen.

e) Neu eingehende Anträge werden sofort nach Eingang vom Generalsekretär dem zuständigen Ausschuß zugeschrieben.

f) Der Generalsekretär bestimmt, vorbehaltlich einer etwaigen Korrektur durch den Vorsitzenden des in Frage kommenden Ausschusses, den Berichterstatter für die neu eingegangene Sache und stellt sie ihm zur Vorbereitung zu.

g) In besonders eiligen Fällen kann der Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden[11], vorbehaltlich der späteren Zustimmung durch das Plenum, einen vorläufigen Ausschuß einsetzen.

---

11 Laut Korrektur vom 28. 8. 1946 (ebd.) geändert in: „. . . kann der *Vorsitzende* im Einvernehmen mit dem *Generalsekretär* . . .".

dem Antrag *Adenauer* und *Otto* (ZAC/P (46)44) (Anlage 97) über die Provinzial- und Landtagswahlen.

HENSSLER und ADENAUER beantragen zu Punkt 6 c der Mitteilung der Kontrollkommission über das Wahlverfahren, daß hinter den Namen jedes Kandidaten seine Parteizugehörigkeit bekanntgegeben werde. Aus der Wahlliste und aus dem Stimmzettel müsse die Parteizugehörigkeit der Kandidaten zu ersehen sein.

HOFFMANN beantragt die Herabsetzung der Wohnsitzfrist für die Ausübung des passiven Wahlrechts von 18 Monate auf 3 Monate.

ADENAUER begründet eingehend seinen Antrag zur Vorverlegung der Provinzial- und Landtagswahlen auf den 13. 10.[9] So bedeutende Gesetze wie die staatliche Neugliederung innerhalb der britischen Zone und die Bodenreform müßten von einem freigewählten Parlament verabschiedet werden. Die letzten freien Wahlen hätten im Jahre 1932 stattgefunden. Es sei keine Zeit zu verlieren, denn die Menschen, die jemals frei gewählt hätten, würden immer weniger. TANTZEN ist gegen den Antrag *Adenauer*, da es technisch nicht möglich sei, bis zum 13. 10. für die Provinzial- und Landtagswahlen Gesetze zu schaffen und Wahlkreise einzuteilen.

Die Versammlung

a) nimmt den Antrag *Henßler* und *Adenauer* wegen Kennzeichnung der Parteizugehörigkeit des Kandidaten in der Wahlliste und auf dem Stimmzettel an,

b) lehnt den Antrag *Hoffmann* auf Herabsetzung der Wohnsitzfrist für die Ausübung des passiven Wahlrechts ab,

c) lehnt den Antrag *Adenauer* auf Vorverlegung der Provinzial- und Landtagswahlen auf den 13. 10. mit 15 zu 11 Stimmen ab.[10]

85. Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlich[en] und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung

Der Versammlung liegt der Antrag *Amelunxen* [u. a.] ZAC/P (46)42 (Anlage 98) vor.

HEILE, PETERSEN, TANTZEN, STELTZER und LEHR unterstützen den Antrag auf das wärmste. PETERSEN erklärt, daß der gegenwärtige Zustand, in welchem die Polizei den regionalen Verwaltungen völlig entzogen ist, gerade nach demokratischen Auffassungen völlig unmöglich sei, zumal da auf diese Weise auch keinerlei Einfluß auf die Denazifizierung in der Polizei ausgeübt werden könne.

---

9 In der 6. Sitz. wandte *Adenauer* sich gegen diese Formulierung, vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 4. In der am 28. 8. 1946 von *Weisser* versandten Korrektur (PA 1/258) wurde der Satz wie folgt korrigiert: „*Adenauer* begründet eingehend seinen Antrag, Wahlen für die Provinziallandtage vor Neugliederung der britischen Zone und möglichst gleichzeitig mit den Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 abzuhalten."

10 Nach Einwänden *Adenauers*, vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 5, laut Korrektur vom 28. 8. 1946 (PA 1/258) geändert in: „lehnt den Antrag *Adenauer*, Wahlen für die Provinziallandtage vor Neugliederung der britischen Zone und möglichst gleichzeitig mit den Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 abzuhalten, mit 15 zu 11 Stimmen ab."

81. Anstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit

Dem Zonenbeirat liegt ein Antrag *Grimme* ZAC/P (46)32 (Anlage 93) vor.

GRIMME legt dar, daß das Prinzip der Gleichberechtigung der Frau, das vom Nationalsozialismus beseitigt wurde, wieder hergestellt werden müsse.

SCHNEIDER ist für eine ausführliche Debatte. Eine Frau, die auf Lebenszeit angestellt werde, werde sich ungern verheiraten, da sie nach dem augenblicklichen Rechtszustand fürchten müsse, ihre Position zu verlieren. Es sei aber unbedingt dafür zu sorgen, daß jede mögliche Eheschließung zu Stande komme. Die überwiegende Zahl der Ratsmitglieder ist der Ansicht, daß der Vorschlag *Grimme* wesentlich dazu beitrage, die rechtliche Stellung der Frau der des Mannes anzugleichen.

Die Versammlung
nimmt den Antrag gegen eine Stimme an.

82. Senkung der Freigrenze in der Lohnsummensteuer

Der Versammlung liegt ein Antrag der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone ZAC/P (46)40 (Anlage 94) vor.

Die Versammlung
ist der Ansicht, daß sie dazu nicht Stellung nehmen kann, da hierzu ein Ausschuß für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten erforderlich sein würde. Sie erklärt sich für die Bildung eines Ausschusses für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten und bittet die Kontrollkommission, das Entsprechende zu veranlassen.

83. Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig, Essigsäure und bevorzugte Zuteilung an den zivilen Sektor (Haushalte)

Der Versammlung liegt der Antrag *Everling* ZAC/P (46)34 (Anlage 95) vor.

EVERLING führt aus, daß in Ermangelung von geeigneten Konservierungsdosen nur die Einsäuerung der verderblichen Gartenerzeugnisse verbliebe, um für den Winter dringend notwendige Reserven zu schaffen. Die Zuteilung von Essig an die Bevölkerung sei deshalb erforderlich.

Die Versammlung
nimmt den Antrag einstimmig an.

84. Wahlen

[Wahlverfahren für die Gemeinderatswahlen am 15. September und für die Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946]

Die Versammlung nimmt von dem Schreiben der Kontrollkommission über das Wahlverfahren für die Gemeinderatswahlen am 15. 9. und für die Kreistagswahlen am 13. 10. Kenntnis (ZAC/P (46)31) (Anlage 96). Ebenso nimmt sie Kenntnis von

80. Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium

Dem Rat liegt der Antrag *Grimme* ZAC/P (46)33 (Anlage 92) vor.

In seiner Begründung berichtet GRIMME, daß er sich mit den Kultusministern Württemberg-Baden und Groß-Hessen sowie dem Vertreter des Kultusministers von Bayern in Übereinstimmung befände, den zuständigen Stellen vorzuschlagen, künftig niemanden zum Studium zuzulassen, der nicht ein Jahr im praktischen Arbeitsprozeß gestanden habe. In Deutschland sei der Akademiker ein intellektualisierter Menschentyp geworden. Der Zwang, ein ganzes Jahr manuelle Arbeit zu leisten, sei ein gutes Gegengewicht. An die Einrichtung von Arbeitslägern denke er nicht. Er halte es dagegen für erforderlich, daß jeder Student den Nachweis erbringen muß, in einem praktischen Betrieb Hand angelegt zu haben, wobei er aber nicht in Massen mit anderen Kameraden zusammengefaßt zu sein brauche. Ein Jahr praktischer Arbeit gäbe auch die Möglichkeit, den gegenwärtigen Zulauf zu den Universitäten leichter zu steuern.

LEHR schlägt vor, das praktische Jahr auf alle Jugendlichen bis zu einem gewissen Alter auszudehnen.

ADENAUER wendet sich grundsätzlich gegen den Antrag, da damit weitgehende Eingriffe in die persönliche Freiheit erfolgen würden. Bei dem geringen Wissensstand der Jugend sei es außerdem gefährlich, zwischen Abitur und Studium noch ein Arbeitsjahr einzuschalten. Er schlage vor, an den Universitäten und Hochschulen Beratungsstellen einzurichten, die den nicht zugelassenen Studenten Wege zu praktischen Berufen weisen.

PETERSEN fordert für alle Studierenden, die ein praktisches Jahr ableisten, Zusicherung der Zulassung zu den Universitäten.

LEHR und GRIMME formulieren den Antrag neu, der nunmehr den folgenden Wortlaut hat:

> Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, ein allgemeines praktisches Arbeitsdienstjahr für die männliche und weibliche Jugend bis zum Alter von 25 Jahren einzuführen.
>
> Der Zugang zu den Hochschulen ab Sommersemester 1947 wird an die Bedingung geknüpft, daß ein Jahr praktischer Arbeit dem Studium vorausgeht.
>
> In Arbeit Stehende sollen nicht aus ihrem Arbeitsverhältnis herausgerissen werden.

Die Versammlung
beschließt, den Antrag an den Kulturausschuß und den Sozialpolitischen Ausschuß[8] zur gemeinsamen Beratung zu überweisen.

---

8 Vgl. a. a. O., Anm. 86.

78. Wahl eines Vertreters der SPD in den Rechts- und Verfassungsausschuß

Antrag *Henßler*

Da die SPD bisher im Rechts- und Verfassungsausschuß nicht vertreten war, wurde *Meitmann* zusätzlich in den Rechts- und Verfassungsausschuß gewählt.

79. Änderung der Geschäftsordnung

Antrag *Degkwitz* – ZAC/P (46)26 – betr. Ersetzung des Wohlfahrtsausschusses durch

a) einen Gesundheitsausschuß,
b) einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß.

Degkwitz betont die Notwendigkeit, die Arbeitsgebiete Wohlfahrt und Gesundheit wegen ihrer grundsätzlichen Verschiedenheit zu trennen, zumal da sie auch in der Kontrollkommission getrennt bearbeitet würden. Der Wohlfahrtsausschuß habe inzwischen den Vorschlag gemacht, Wohlfahrt und Flüchtlingswesen ebenfalls zu trennen. Der ursprüngliche Wohlfahrtsausschuß zerfalle damit in 3 Ausschüsse: Gesundheit, Wohlfahrt, Flüchtlingswesen.

Die Versammlung
billigt diese Dreiteilung und beschließt folgende Zusammensetzung der Ausschüsse:

a) Gesundheitsausschuß:
Karl
Grimme
Blücher
Groth
Adenauer
Hoffmann
Degkwitz

b) Wohlfahrtsausschuß:
Karl
Görlinger[6]
Amelunxen
ein CDU-Vertreter
ein KPD-Vertreter
(die noch benannt werden sollen)

c) Flüchtlingsausschuß:
Andrée
Schneider
Steltzer
4 Vertreter der Parteien, die noch benannt werden sollen.[7]

---

6 Vgl. a. a. O. mit Anm. 194: *Degkwitz* statt *Görlinger*.
7 Vgl. a. a. O. mit Anm. 193.

77. Ergänzung und Bestätigung des Sonderausschusses für Agrarreform

Der GENERALSEKRETÄR berichtet über die vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Ergänzungen. Die Interessen der Landarbeiter sollen durch Zuwahl des Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes *Bresk*-Hamburg, die Interessen der Verbraucher durch Zuwahl der Genossenschaftsvertreter *Everling* und *Schlack* stärkere Vertretung erhalten. Als Vertreter der Flüchtlingsinteressen soll Herr *Andrée* in den Ausschuß gewählt werden. Da bisher nur die Landesbauernschaften von Weser-Ems und Schleswig-Holstein im Ausschuß vertreten sind, hat der Hauptausschuß vorgeschlagen, für Hannover den Landesbauernvorsteher *Zeddies*, für Westfalen den Bauern *Böhner* und für die Nord-Rheinprovinz den Bauern *Hegmann* hinzuzuwählen.

KOPF schlägt vor, die Gruppe der Chefs der Provinzen und Länder im Ausschuß durch die Hinzuwahl des Landespräsidenten *Drake*/Lippe zu ergänzen.

Entsprechend diesen Vorschlägen beschließt
die Versammlung
folgende endgültige Zusammensetzung des Ausschusses:

Vorsitzender: *Henßler*

Vertreter der Parteien:

Schumacher, SPD; *Otto*, CDU; Erich[3] *Hoffmann*, KPD; *Heile*, FDP

Landwirtschaftliche Sachverständige, von den Parteien benannt:

Kriedemann – Hannover, SPD; *Müller* – Godesberg, CDU; *Jürgensen* – Hamburg, KPD; *Knoop* – Kreisbauernschaft Bremervörde, FDP

Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft:

Schlange-Schöningen

Chef von Ländern und Provinzen:

Tantzen; Steltzer; Drake

Gewerkschaften: Hans *Böckler*

Landarbeiter: *Bresk* – Hamburg

Konsumenten: *Everling, Schlack*[4]

Flüchtlinge: *Andrée*

Leiter von Landesbauernschaften und bäuerliche Vertreter:

Bödecker – Oldenburg (Weser-Ems); *Jensen-Ausacker* – Kiel (Schleswig-Holstein); *Zeddies* (Hannover); *Böhner* (Westfalen); *Hegmann* (Rheinland)[5].

---

3 Vorlage fälschlich: Heinrich.
4 Vgl. Dok. V.3, Anm. 75.
5 Vgl. a. a. O., S. 524: *Hegmann*, Nord-Rheinprovinz. Dies ist die korrekte Bezeichnung. Heinrich *Hegmann* (CDU) war zudem 1945/46 Mitglied des Provinzialrats der NRP.

genstand von Vier-Mächte-Besprechungen sei; HQ/14105/ZAC vom 8. 7. 46 (Anlage 77).

III. Der GENERALSEKRETÄR gibt bekannt, daß folgende neue Anträge eingegangen sind[1]:

1. Antrag *Petersen:* „Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. 1. 1933 entstanden sind" (Anlage 78).

2. Antrag *Adenauer* und *Otto:* „Aufhebung der Zonengrenzen" (Anlage 79).

3. Antrag *Adenauer* und *Otto:* „Rückführung der beweglichen Habe der durch den Luftkrieg in die Ostzone verdrängten deutschen Bevölkerung" (Anlage 80).

4. Antrag *Amelunxen:* „Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises" (Anlage 81).

5. Antrag *Adenauer:* „Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern auf Tabak und Alkohol" (Anlage 82).

6. Antrag Erich *Hoffmann:* „Zuweisung von 500 in den Fordwerken in Köln befindlichen Lastkraftwagen an die deutsche Verkehrswirtschaft" (Anlage 83).

7. Antrag Erich *Hoffmann:* „Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten" (Anlage 84).

8. Antrag Erich *Hoffmann:* „Ingangsetzung der Zementindustrie" (Anlage 85).

9. Antrag *Adenauer:* „Geldbußen für nicht belastete Parteimitglieder".[2]

10. Antrag *Grimme, Kopf, Henßler:* „Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene" (Anlage 86).

11. Antrag Erich *Hoffmann:* „Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe" (Anlage 87).

12. Antrag Erich *Hoffmann:* „Freigabe von Rohstoffen für die Produktion von Kinderschuhen" (Anlage 88).

13. Antrag Erich *Hoffmann:* „Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten" (Anlage 89).

14. Antrag *Amelunxen:* „Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen" (Anlage 90).

15. Antrag Erich *Hoffmann:* „Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertiggebauter Fischkutter" (Anlage 91).

---

1 Die hier angeführten Anträge decken sich nicht mit den von *Weisser* vorgetragenen, vgl. Dok. V.3 mit Anm. 42–62. So wurden die Nr. 2–4 laut Wortprot. weder verlesen, noch wurde dem Plenum eine Mitteilung von deren Eingang gemacht.

2 Vgl. a. a. O. mit Anm. 45 sowie die Stellungnahme *Adenauers* zu der irreführenden Formulierung seines Antrags, Dok. VI.3 mit Anm. 3, ferner die am 28. 8. 1946 von *Weisser* versandte Korrektur (PA 1/258): Antrag *Adenauer.* Anstatt „Geldbußen für nicht belastete Parteimitglieder" muß es heißen „Geldbußen im Entnazifizierungsverfahren."

4. zu Punkt 51 des Protokolls „Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenförderung"; HQ/14301/1/ZAC vom 10. 7. 46 (Anlage 67).

5. zu Punkt 54 des Protokolls „Entnazifizierung der Kohlenindustrie"; HQ/14105/46 vom 9. 7. 46 (Anlage 68).

6. zu Punkt 66b des Protokolls „Aufhebung der 80-km-Beschränkung für Autofernfahrten", „Befreiung von der Sonntags-Reisebeschränkung"; HQ/14051/1/ZAC vom 5. 7. 46 (Anlage 69).

„Befreiung von den Curfew-Beschränkungen", „Interzonenreisen"; HQ/14051/1/ZAC vom Juni 46 (Anlage 70) und „Zuteilung von Benzin" – HQ/14105/1/ZAC vom 10. Juli 1946 (Anlage 71).

SCHUMACHER betont in diesem Zusammenhang, daß das Zonenbeiratsmitglied *Böckler* verhindert sei, an der gegenwärtigen Sitzung teilzunehmen, da er die Fahrterlaubnis für die Autoreise von Köln nach Hamburg nicht rechtzeitig erhalten habe.

7. zu Punkt 72 des Protokolls „Englische Zeitungen für Zonenbeiratsmitglieder"; HQ/10051/1/ZAC vom 5. 7. 46 (Anlage 72).

8. zu Punkt 50 B (4) des Protokolls „Einfuhr von indischem Tee für die deutsche Zivilbevölkerung"; HQ/14105/ZAC vom 8. 7. 46 (Anlage 73).

II. Der GENERALSEKRETÄR gibt weitere Mitteilungen der Kontrollkommission zu neuen Anträgen der Zonenbeiratsmitglieder bekannt:

1. die ablehnende Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag *Adenauer*, „die völkerrechtliche Lage Deutschlands durch Einholung eines Gutachtens namhafter evtl. auch ausländischer Sachverständiger des Völkerrechts zu klären"; HQ/14105/1/ZAC vom 5. 7. 46 (Anlage 74.a), wobei von britischer Seite festgestellt wird, daß der völkerrechtliche Status Deutschlands bis zu einer endgültigen Regelung im Friedensvertrage derjenige einer besetzten Macht ist.

ADENAUER erklärt hierauf, daß mit dieser Erklärung sein Antrag ohne weiteres erledigt sei, da ihm die Feststellungen der Kontrollkommission durchaus genügend erscheinen.

2. die ablehnende Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag Bürgermeister *Petersen* „Zwischenlösung zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone"; HQ/14105/1/ZAC vom 4. 7. 46 (Anlage 75).

3. die ablehnende Stellungnahme der Kontrollkommission zum Antrag *Degkwitz* „Reform der Sozialversicherung"; HQ/14105/ZAC vom 6. 7. 46 (Anlage 76).

4. die Mitteilung der Kontrollkommission, daß in der Pressenotiz über die 5. Sitzung des Zonenbeirats die Erörterung des Antrages *Degkwitz* und andere wegen einer „gemeinsamen Geschäftsstelle der deutschen Verwaltungen aller vier Zonen" nicht erwähnt werden dürfe, da er im Zusammenhang mit internationalen Beziehungen stehe.

Das gleiche gelte für den Antrag *Agartz* und andere „Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen", der Ge-

V. 4

Kurzprotokoll der 5. Sitzung 10.–11. Juli 1946

PA 1/258; ungez. Beschl.prot. vom 16. Juli 1946; vervielfältigte Ausfertigung im Umdruck, 24 Bl.

74. Wahl des Vorsitzenden

Da die Amtszeit des Oberpräsidenten Dr. *Lehr* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zonenbeirats abgelaufen ist, schlägt ADENAUER im Namen des Hauptausschusses als dessen einstimmigen Beschluß vor, Dr. *Schumacher* zum Vorsitzenden des Zonenbeirats für die kommenden 3 Monate zu wählen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Der neue Vorsitzende SCHUMACHER dankt für das ihm durch die Wahl erwiesene Vertrauen und würdigt in anerkennenden Worten die Tätigkeit des bisherigen Vorsitzenden. Die Leistung Dr. *Lehrs* sei um so höher zu werten, als er angesichts des politisch und staatsrechtlich ungeklärten Charakters des Zonenbeirats mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe.

Der Vorschlag ADENAUERS, Oberpräsident *Steltzer* als Stellvertretenden Vorsitzenden des Zonenbeirats zu wählen, wird einstimmig angenommen.

75. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 4. Sitzung des Zonenbeirats wird genehmigt und unterschrieben.

76. Mitteilungen des Generalsekretärs

I. Der GENERALSEKRETÄR gibt die Stellungnahme der Kontrollkommission zu einer Reihe von Punkten des Protokolls der 4. Sitzung des Zonenbeirats bekannt:

1. zu Punkt 67 des Protokolls „Beitrag des Zonenbeirats zu den Kosten für den Suchdienst (Ermittlung deutscher Zivilpersonen) in Höhe von RM 10 000"; HQ/14105/1/ZAC vom 4. 7. 46 (Anlage 64).

2. zu Punkt 69 des Protokolls „Erbhofrecht und Anerbengerichte"; HQ/14105/1/ZAC vom 4. 7. 46 (Anlage 65).

SCHUMACHER betont die Notwendigkeit, daß derartige Gesetz- und Verordnungsentwürfe dem Zonenbeirat rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten zur Stellungnahme zugeleitet werden.

3. zu Punkt 70 des Protokolls „Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten"; HQ/14105/ZAC vom 8. 7. 46 (Anlage 66).

(Weisser: Dann müssen diesmal die Anträge bis Dienstag, 30. Juli bei mir eintreffen.)

Vorsitzender: Damit sind wir am Schlusse unserer Sitzung. Ich schließe mit nochmaligem Dank an die Vertreter des Länderrates.

Schluß: 17.30 Uhr

Ausland die nötige Anzahl hierher überführt wird, um diesem Mangel abzuhelfen.

Everling: Dieser Anregung sollten wir stattgeben. Die Anregung von Dr. *Lehr* wird tatsächlich den Verhältnissen gerecht. Hamburg gehört zu den schwerbeschädigten Städten und muß Leute für Bauten der Militärregierung abgeben, und es bleibt nichts für Heimatbauten. In der Beziehung stehen wir alle gleich. Nun kommen zusätzlich die Bauten für die Militärregierung, die einen solch großen Umfang haben, da bleibt überhaupt nichts über. Wenn wir die Sache einmal ganz gerecht beurteilen wollen, dann müssen die anderen Städte, die weniger beschädigt sind als Hamburg, zusätzlich für diese besonderen Zwecke Bauarbeiter zur Verfügung stellen.

Vorsitzender: Für die Behandlung dieses Antrages bestehen Schwierigkeiten, da der Wortlaut nicht vorliegt und da Widerspruch vorliegt. Es scheinen Bedenken zu bestehen, jetzt darüber abstimmen zu lassen. Entweder müßten wir die Sache an einen Ausschuß überweisen, oder wir müßten drei Herren bitten, einen neuen Antrag zu formulieren.

(Es werden die Herren *Lehr, Henßler* und *Petersen* bestimmt. – Die Termine für die Ausschußsitzungen und die Tagung des Plenums werden festgestellt.)[343]

Erklären sich die Herren einverstanden, diesem Antrage, wenn die drei Herren sich auf einen Antrag einigen, zuzustimmen?[344]

(Zustimmung)

Dann wird hier noch ein Antrag vorgelegt: Erhaltung der Insel Helgoland. Dort besteht Beunruhigung in der Bevölkerung, daß nicht nur die Befestigungsanlagen zerstört werden, sondern die ganze Insel in ihrer Existenz gefährdet ist. Es wird hier ein Antrag vorgelegt. Vielleicht ist der Generalsekretär in der Lage, darüber etwas zu sagen.

(Weisser: Der Text wird noch in das Protokoll eingearbeitet.)[345]

Adenauer: Bisher hat der Generalsekretär immer telegraphisch mitgeteilt, wann Schluß der Frist für Anträge ist. Das kostet einmal sehr viel Geld, und zweitens war die Frist zu kurz. Deshalb haben wir im Hauptausschuß beschlossen, daß die Schlußfrist immer 14 Tage vor der Sitzung ist.

---

343 Vgl. Dok. V.4, TOP 102, sowie o. S. 569.

344 Vgl. den von *Lehr, Henßler* und *Everling* formulierten Antrag in Anl. 117. – In ihrer Stellungnahme vom 3. 8. 1946 (PA 1/66) teilte die KK mit, daß die Zahl der von Hamburg und der Nord-Rheinprovinz zu stellenden Bauarbeiter nicht herabgesetzt werden könne. In bezug auf die vorgeschlagene Entlassung von Kriegsgefangenen verwies die KK auf ihre Stellungnahme zur 4. Sitz., vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 118–124.

345 Dies geschah nicht. In der 6. Sitz. legten *Kaisen* und *Kopf* einen entsprechenden Antrag vor (vgl. Anl. 138).

der zugestanden worden. Hamburg selbst muß, trotzdem es ebenfalls so zerstört ist, soviel Leute abzweigen, um sie ausschließlich für diese Extrabauten zur Verfügung zu stellen. Wenn wir an diesen Grundsatz rühren, daß die nötigen Bauhandwerker aus den übrigen Teilen der britischen Zone uns entzogen werden, würde das in der Praxis nichts anderes heißen, als daß unser Programm nicht durchgeführt werden kann.

Henßler: Dieses Bauprogramm wird bestimmt nicht scheitern, wenn man auf die besonderen Umstände der stark zerstörten Gebiete Rücksicht nimmt. Ich weiß nicht, was im Nordrheingebiet und im Ruhrgebiet werden soll, wo unsere Städte zu drei Viertel zerstört sind und wir 100 000 Wohnungen für Bergarbeiter bauen sollen, wenn uns unsere Bauarbeiter entzogen werden. Bislang war uns versprochen worden, daß wir Bauarbeiter bekommen sollen. Damit rechne ich nicht. Aber darauf muß man bestehen, daß in den stark zerstörten Gebieten die wenigen zur Verfügung stehenden Bauarbeiter, deren Zahl ja viel zu gering ist für die Aufgaben, die dort dringlich erledigt werden müssen, nicht noch verkürzt werden. Ich unterstreiche restlos, was Dr. *Lehr* ausgesprochen hat. Es ist dies ein sehr dringlicher Punkt.

Lehr: Ich gebe Herrn *Petersen* durchaus recht, daß es für Hamburg notwendig ist, zusätzliche Kräfte zu erhalten. Aber es ist deshalb nicht richtig, sie an den Stellen wegzunehmen, wo selbst die allergrößte Not herrscht. Da müssen diese zusätzlich benötigten Kräfte auch da genommen werden, wo sie zusätzlich nicht gebraucht werden. Das sind in erster Linie die Kriegsgefangenen, und es wäre daher der Wunsch an die Militärregierung zu richten, unsere Kriegsgefangenen daraufhin zu überprüfen, welche gelernten Bauarbeiter oder für die Umschulung zu Bauhandwerkern geeigneten Kräfte dort in den Gefangenenlagern vorhanden sind und freigemacht werden können. Es müßte auch an anderen Stellen noch einmal nachgesehen werden. Aber Sie werden alle Maßnahmen, insbesondere auch die Besserung der Leistungen im Bergbau, unmöglich machen, wenn jetzt diese unentbehrlichen Kräfte dort weggenommen werden. Gerade der Wohnungsbau an der Ruhr und am Niederrhein ist eines der wesentlichsten Mittel, die Leistungen im Bergbau zu steigern. Man muß den Menschen in diesen stark zerstörten Gebieten des gesamten Westens Rechnung tragen und darf nicht in so verhängnisvoller Weise eingreifen.

Tantzen: Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß ein großer Mangel an Bauhandwerkern überall ist, und zwar in den Gebieten, wo wenig zerstört ist, ist es genau so. Es ist Herrn *Petersen* gleich, woher die Bauhandwerker kommen. Aber ich muß auch das betonen: Wenn Rheinland und Westfalen befreit werden sollten, dann müßten die Bauhandwerker aus den Gebieten genommen werden, wo weniger Wohnungen zerstört sind. Es gibt aber auch noch den Ausweg, den Dr. *Lehr* genannt hat, wenn es möglich wäre, die in Kriegsgefangenschaft befindlichen Bauhandwerker freizubekommen.

Petersen: Ich finde diese Anregung von Dr. *Lehr* auch ausgezeichnet. Ich weiß nicht, ob wir nicht den Antrag einbringen sollten in Erkenntnis, daß die Abzweigung von Bauhandwerkern aus vielen Gebieten mit besonders kriegsgeschädigten Städten ganz unerwünschte und schwere Folgen haben würde. In dieser Erkenntnis beantragen wir, daß mit tunlicher Beschleunigung aus den Kriegsgefangenen im

〈Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, ein allgemeines praktisches Arbeitsdienstjahr für die männliche und weibliche Jugend bis zum Alter von 25 Jahren einzuführen. Der Zugang zu den Hochschulen ab Sommersemester 1947 wird an die Bedingung geknüpft, daß ein Jahr praktischer Arbeit dem Studium vorausgeht.

In Arbeit Stehende sollen nicht aus ihrem Arbeitsverhältnis herausgerissen werden.〉

Tantzen: Ich bitte, den Antrag einem Ausschuß zu überweisen. Es sind sehr starke Meinungsverschiedenheiten bei der Beratung dieses Antrages aufgetaucht und nachher noch erweitert worden.

Vorsitzender: Es scheint mir auch zweckmäßig zu sein, wenn das noch einmal an den Ausschuß kommt. Es fragt sich nur, an den Kultur- oder den Sozialpolitischen Ausschuß?

(Grimme: An den Vereinigten Kultur- und Wirtschaftsausschuß.)

Sie sind damit einverstanden.[342]

Punkt 27:

Sonstiges

Lehr: Während wir hier tagten, kam ein Notruf aus dem Rheinland, namentlich aus Wuppertal, daß diese zu zwei Drittel zerstörte Stadt 400 gelernte Bauhandwerker nach Hamburg abgeben muß. Diese Härten sind auch den anderen Städten in unserer zerstörten Provinz auferlegt worden, nur einzelne Städte, z. B. die Stadt Köln, sind mit Rücksicht auf den Umfang ihrer Zerstörungen von einer solchen Auflage befreit worden.

Es ist ein sehr mißliches Ding, diese Bauarbeiter in größerer Menge an eine andere Stadt abzugeben, da eigentlich im Grunde genommen kein Gebiet der britischen Zone heute seine gelernten Fachkräfte entbehren kann. Ich habe daher erhebliche Bedenken, diesen Aufforderungen von Hamburg aus weiter stattzugeben, und möchte den Zonenbeirat bitten, einverstanden zu sein, daß wir bei der Militärregierung dahin vorstellig werden, die Entsendung von gelernten Baufachkräften, von Bauarbeitern aller Kategorien aus stark zerstörten Gebieten einer Nachprüfung zu unterziehen und nach Möglichkeit davon Abstand zu nehmen, aber auf jeden Fall den Beteiligungsschlüssel noch einmal genau nachzuprüfen.

Petersen: Ich muß leider in diesem Falle meinem verehrten Kollegen aus der Rheinprovinz widersprechen. Es ist Hamburg dazu verdammt worden, hier Raum zu schaffen für ca. 50 000–60 000 Menschen, die die Übersiedlung des Hauptquartiers, der sämtlichen Zentralbehörden, mit sich bringt. Es ist uns auferlegt, daß wir bis zum September 1947 die sämtlichen Baulichkeiten dafür bereitzustellen haben.

Ich habe von Anfang an Bedenken für die Übernahme dieser undankbaren Aufgabe geäußert und erklärt, daß das nötige Material und die nötigen Arbeitskräfte aus der übrigen Zone nach Hamburg geliefert werden müßten. Das ist mir immer wie-

342 Vgl. hierzu o. Anm. 86.

Es ist mir bekannt, daß die Besatzungsmacht Jagd ausüben darf.[339] Sie wird es auch weiter in Verbindung mit den deutschen Jägern können. Es genügt aber nicht, wenn nur Jäger der Besatzungsmacht gelegentlich die Jagd ausüben. Dies muß vielmehr systematisch von deutschen Jägern auch im Interesse der Volksernährung geschehen. Wenn jetzt von Plänen gesprochen wird, Schwarzwild zu vergiften, so ist das angesichts der Nahrungsmittelknappheit eine Versündigung. Daher ist so bald wie möglich eine Entscheidung der Kontrollkommission herbeizuführen, die diesen Antrag genehmigt.〉

Tantzen: Ich möchte zur Begründung dieses Antrages nur wenige Worte sagen. In diesem Falle liegt es in der Tat nur an dem Willen der Militärregierung, der Kontrollkommission. Ich weiß nicht, ob ein Hinderungsgrund vorliegt, in Vereinbarung mit den Besatzungsmächten in der Beziehung zunächst einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen im Kontrollrat. Sonst würde ich bitten, von der Umständlichkeit abzusehen. Zuverlässige Jäger gibt es eine ganze Anzahl. Wenn da in jedem Revier ein bis zwei Mann Waffen bekommen, kann der Wildschaden gebessert werden. Nun ist es so in der britischen Zone: Dort, wo Wald ist, hat das Schwarzwild so zugenommen, daß die Bauern außerordentlich darunter leiden. Davon, was so ein Wildschwein an Schaden anrichten kann, macht sich der, der diese Tiere nicht kennt, keine Vorstellung. Ein ganzer Kartoffelacker wird da in einer Nacht aufgewühlt und zerstört. Mit Kaninchen ist es ebenso. Von Enten wissen die meisten nichts. Ich bin von der Nordseeküste und habe selbst seit Urzeiten einen Hof in Bewirtschaftung. Es ist besonders die Gerste, die von den Enten bevorzugt wird. Es ist vorgekommen, daß eine ganze Parzelle, die 500 Ztr. hätte erbringen können, nur noch einen Bruchteil erbracht hat; das andere war von den Enten zerstört.

Dem entgegenzutreten geht aber nur, wenn der deutsche Jäger eine Waffe bekommt. Es ist in der Tat so, daß der deutsche Jäger es als unbegreiflich empfindet, weshalb man Mißtrauen gegen ihn hat, weshalb er nicht auf die Jagd gehen soll. Alle deutschen Jagden waren nach einheitlichen deutschen Gesetzen verpachtet, die Verpachtung läuft weiter, und es wird weiter eine Anerkennungssumme bezahlt.

Man kann die Sache sehr einfach gestalten, indem man dem Antrag zustimmt.

Vorsitzender: Ich darf feststellen, daß dieser Antrag angenommen ist.[340]

Es wäre dann noch zu erledigen der Antrag auf Erweiterung des Antrages *Grimme:* Errichtung eines allgemeinen praktischen Arbeitsjahres. Der Abänderungsantrag lautet[341]:

---

339 Vgl. hierzu PA 1/164: *Macke* an *Böhme,* 12. 8. 1946 (Abschrift): Danach war beabsichtigt, die bisherige Jagdausübung durch die brit. MR durch neue Bestimmungen, die Bildung sog. Jagd-Syndikate, zu regeln. Diesen Syndikaten sollten nur Offiziere der MR und der Truppe angehören.

340 In der Stellungnahme der KK vom 3. 8. 1946 hieß es, daß sie diese Frage in ihrer Antwort auf einen entsprechenden Antrag der 3. Sitz. (vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 12–13) bereits behandelt habe, weitere Ausführungen sich daher erübrigten (PA 1/66).

341 Der geänderte Antrag war von *Lehr* und *Grimme* formuliert worden und findet sich nicht unter den Anlagen zur 5. Sitz.; Inserat gemäß Dok. V.4, TOP 80. Der TOP war bereits am 1. Sitz.tag diskutiert worden, vgl. o. mit Anm. 81–87.

Annahme feststellen. Die Frage der Veröffentlichung wird nachher noch besprochen werden.[335]

Lehr: Bei der Tagung der Regierungs- und Länderchefs in Celle, die dieser Tagung voranging, haben wir noch einmal erwogen, was vor einigen Monaten die Militärregierung in Aussicht gestellt hatte, daß angesichts der zunehmenden Verschlechterung des Ernährungszustandes einerseits und der Notwendigkeit gesteigerter Leistung andererseits den einzelnen Provinzen und Ländern eine Anzahl Zusatzkarten gegeben werden sollte, die die Regierungschefs nach bestem Wissen und Ermessen an die Angehörigen ihrer Regierung verteilen sollen.[336] Wir haben bisher von diesem Angebot nur in vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht. Jedenfalls sind wohl mehr die Sonderverwaltungen mit diesen Karten bedacht worden als die Verwaltungen in den Ländern und Provinzen. Wir sind uns aber darüber schlüssig geworden, nunmehr die Militärregierung zu bitten, dieses Angebot nun auch zur Durchführung zu bringen und es dann unserem Ermessen zu überlassen, die Karten da auszugeben, wo Not und Bedürftigkeit herrscht.

Ich möchte daher im Auftrage der Regierungs- und Länderchefs den Zonenbeirat bitten, damit einverstanden zu sein, daß der Vorsitzende oder der Generalsekretär bei der Militärregierung diese Sache noch einmal vorbringt und sie um schleunige Erledigung zu bitten.[337] Von einem besonderen Antrage möchte ich absehen.

Vorsitzender: Die Herren scheinen einverstanden zu sein. Dann ist das erledigt.

Weisser: Herr *Tantzen* beantragt folgendes[338]:

⟨Es wird beantragt, die Militärregierung zu bitten, deutschen zuverlässigen Jägern sobald wie möglich Jagdwaffen auszuhändigen.

Begründung:

In vielen Gebieten der englischen Zone nimmt der Wildschaden in erschreckendem Maße zu. Schwarzwild verwüstet die Äcker. Kaninchen zerstören ganze Felder. An der Nordseeküste überfallen Entenschwärme von Tausenden die Getreidefelder. Raubwild, Füchse, Iltisse, Marder, Raubvögel richten großen Schaden unter dem Geflügel der Bauernhöfe an.

Eine wirkungsvolle Bekämpfung der Wildschäden, Bekämpfung des Raubwildes ist nur dann möglich, wenn zuverlässigen deutschen Jägern Jagdwaffen ausgehändigt werden.

---

verlas, vgl. etwa: Hamburger Allgemeine Zeitung vom 16. 7. 1946: „Herabsetzung der Fettration untragbar" sowie weitere Belege in Anl. 119, Anm. 1.

335 Die Frage wurde laut Wortprot. nicht mehr besprochen.

336 Auf der LChK in Celle am 7./8. 7. 1946 hatte *Petersen* diese Frage zur Sprache gebracht, vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 113/2, Nr. 8: Prot. der LChK vom 7./8. 7. 1946, S. 5.

337 Die Frage wurde regional unterschiedlich behandelt; für SH vgl. Stüber, S. 304 f. Eine offizielle Antwort der KK auf diesen internen Antrag erfolgte nicht, vgl. aber die generelle Linie der brit. MR in: Fragen deutscher Politiker und Beamter . . . (wie o. Anm. 26), S. 27: Danach wurde eine Zuteilung von Schwerarbeiterrationen an Beamte und Angestellte nicht genehmigt, wohl aber ab Mai 1946 eine Aktion durchgeführt, durch die mit wichtigen Arbeiten beschäftigte Beamte zusätzliche Nahrungsmittel (besonders in Kantinen) erhielten.

338 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 116. Auf der LChK in Celle am 7./8. 7. 1946 war auf Antrag *Drakes* vereinbart worden, daß *Tantzen* einen solchen Antrag im ZB einbringen solle (vgl. o. wie Anm. 336, hier S. 3). – Einen ähnlichen Antrag hatte *Everling* auf der 3. Sitz. eingebracht (vgl. Dok. III.3 mit Anm. 121).

Der Zonenbeirat beschließt daher, die Kontrollkommission zu bitten, von einer Kürzung der Fettration in der britischen Zone abzusehen. Er bittet die Kontrollkommission, darauf hinzuwirken, daß der zur Aufrechterhaltung der jetzigen Fettration erforderliche Zuschußbetrag an tierischen und pflanzlichen Fetten unter Vermittlung auswärtiger Regierungen in Europa und Übersee und vor allen durch die Hilfe der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellt wird.

Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Beibehaltung der bisherigen Ration ¼jährlich nur 20 000 t Ölsaaten für die britische Zone erforderlich sind und dies ein ganz geringer Teil der in der Welt vorhandenen Vorräte ist.

Bei den Ölfrüchten ist die Sojabohne die wertvollste, auch diejenigen Stoffe enthaltende Frucht, welche die Mangelkrankheiten, insbesondere die Hungerödeme am wirkungsvollsten heilt.

Außer den pflanzlichen Fetten könnten durch Fischfang in vermehrtem Umfange auch tierische Fette zur Verfügung gestellt werden, wenn der vorhandene Mangel an Fischdampfern durch die zeitweilige Zurverfügungstellung von Minensuchbooten für die Fischerei ausgeglichen würde. Der Zonenbeirat empfiehlt dies unerachtet der Verzögerung, die dadurch bei der Minenräumung entsteht.

Sollte sich die Zuweisung von Minenräumbooten nicht als ausreichend oder nicht als möglich erweisen, so wird gebeten, den Fischreedern die Möglichkeit zu geben, Fischdampfer anderer Nationen zu chartern.

Eine wesentliche Hilfe könnte dadurch erwachsen, daß von ausländischen Fischereiflottillen Einheiten für den vorübergehenden Einsatz auf den Deutschland benachbarten Gewässern zu Gunsten der deutschen Bevölkerung bereitgestellt werden.

Da aber die vorstehend vorgeschlagenen Maßnahmen, die den gewünschten Ausgleich für die jetzt vorgesehene Kürzung der Fettration bieten würden, bis zu dem Termin der Kürzung nicht wirksam werden können, bittet der Zonenbeirat die Kontrollkommission, daß die noch vorhandenen Fettreserven zwischenzeitlich herangezogen werden, so daß die Kürzung keinesfalls erforderlich ist.〉[333]

Petersen: Angesichts des außerordentlichen Ernstes der Situation, die in der Bevölkerung in den nächsten Tagen zweifellos auf Grund dieser Mitteilung über die Kürzung der Fettration entstehen wird, halte ich es für außerordentlich erwünscht, wenn dieser hier zusammengefaßte eben verlesene Antrag veröffentlicht werden könnte. Ich glaube, wir würden dadurch immerhin in der Bevölkerung eine Beruhigung schaffen, an der uns allen gemeinsam außerordentlich viel gelegen sein muß und dazu dienen würde, die Stellung des Zonenbeirates in der Bevölkerung zu erhöhen.

Unabhängig davon möchte ich fragen, ob, wenn dieses nicht bewilligt wird – es wird von der englischen Militärregierung erst bewilligt werden müssen –, wir dann in der Lage sind, von uns aus nach außen etwas über die Einzelheiten dieser Beschlüsse hier verlauten zu lassen. Ich glaube, das wäre zumindest sehr erwünscht. Man möchte doch in der Lage sein, irgendeine Beruhigung an die Bevölkerung zu geben.

Vorsitzender: Es wird möglich sein, das in die Pressenotiz hineinzubringen.[334] Zum Antrag selbst wird das Wort nicht mehr gewünscht. Ich darf die einstimmige

333 Zur ausführlichen Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 29.

334 Vgl. aber die Streichungen der KK in Anl. 119; diese Zensur umging *Petersen*, indem er auf einer Hamburger Kundgebung der CDU die Entschließung des ZB in ihrem vollen Wortlaut

ist. Ich würde es deshalb für richtig halten, diese Anträge in einem positiven Sinne dem neugebildeten Flüchtlingsausschuß zu überweisen.[326] Ich stelle Ihre Annahme fest.

Schließlich möchte ich feststellen, daß Sie alle einverstanden sind, daß der Flüchtlingsausschuß der britischen Zone und der des Länderrats der süddeutschen Länder über diese Dinge miteinander in Fühlung kommen und sachlich zusammenarbeiten, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.[327] Ich stelle fest, daß Sie, gleich aus welcher Zone Sie kommen, einverstanden sind.

Stellvertretender Vorsitzender: Es liegt noch ein Zusatzantrag vor, unterschrieben *Schlange-Schöningen, Adenauer,* den ich noch einmal verlesen werde: (s. Anlage).[328]

Es wird zweckmäßig sein, diesen Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen. Sie sind damit einverstanden. Hiermit ist dieser Punkt erledigt.

Weisser: Die verschiedenen Zusatzanträge, die zu dem Bericht des Gesundheitsausschusses, den Dr. *Degkwitz* erstattet hat, gekommen sind[329] – es waren 4 oder 5 –, sind inzwischen redaktionell zu einem einheitlichen Antrag zusammengefaßt worden, der die Unterschrift *Tantzen, Karl, Petersen* trägt.[330] Er lautet[331]:

> ⟨Die vom 21. 7. 46 an vorgesehene 50%ige Kürzung der Fettration ist eine so schwerwiegende Verringerung der Ernährung, daß sie die Bevölkerung ohne weitere schwere Schädigung in ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit nicht mehr ertragen kann. Vor allem verträgt der Kräftezustand der städtischen Bevölkerung der britischen Zone eine derartige Herabsetzung der Fettration nicht mehr, da ihr keinerlei Ausgleichsmaßnahmen wie auf dem Lande zur Verfügung stehen.
>
> Auch in politischer Beziehung muß auf die außergewöhnliche Bedeutung der Kürzung der Fettration hingewiesen werden. Die durch sie entstandene Verzweiflung macht es den Führern der politischen Parteien und der deutschen Verwaltung schwer, die deutsche Bevölkerung von dem guten Willen der Besatzungsmächte bei der Durchführung ihrer Maßnahmen zu überzeugen.[332]

---

326 Der Antrag *Tantzen* wurde nicht im FlA behandelt, die Frage indessen z. T. in der 7. Sitz. aufgegriffen (vgl. Dok. VII.3, bes. mit Anm. 78–81). Zum Antrag *Andrée* vgl. Dok. VI.3, u. bes. S. 750 f.

327 Vgl. hierzu das Prot. des FlA des LR vom 23. 10. 1946, S. 3: Der Ausschuß sprach sich für eine Zusammenkunft der Leiter des Flüchtlingswesens beider Zonen und damit gegen die Bildung eines bizonalen Zentralamtes aus, StAB 3-R.1. m. Nr. 131/22. Zur zonenübergreifenden Organisation des Flüchtlingswesens vgl. Vogel, Westdtld. III, bes. S. 461–466.

328 Der Antrag ist weder in den Anl. der 5. Sitz. noch im Kurzprot. überliefert; auch im Bericht des HA auf der 6. Sitz. wird ein solcher Antrag, dessen Gegenstand *Steltzer* hier nicht nennt, nicht erwähnt. Sollte sich dieser Zusatzantrag, der auch in den Unterlagen des PA und des BA nicht zu ermitteln war, auf die Äußerung *Schlange-Schöningens* zur Ostgrenze des Dt. Reiches beziehen (vgl. o. S. 614) und ad hoc formuliert worden sein, dann ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß die KK seine Beratung nicht zuließ. Aber auch eine entsprechende brit. Stellungnahme war nicht zu ermitteln.

329 Vgl. o. mit Anm. 156–176 sowie mit Anm. 257–264.

330 Der Antrag wurde auch noch von *Everling* und *Lehr* getragen (vgl. Anl. 106).

331 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 106.

332 Der auf diesen Absatz Bezug nehmende Abschnitt in der Pressemitteilung wurde von der KK gestrichen, vgl. Anl. 119 sowie u. Anm. 334.

Ich bitte deshalb dringend, daß dieser Ausschuß, der jetzt interzonal eingesetzt werden soll, so arbeitet, daß er wirklich der Gerechtigkeit entspricht, denn nur davon sprechen nützt nichts. Aber die Gerechtigkeit auf diesem Gebiete vorzunehmen, geht nicht mit einfachen Einwohnerzahlen, sondern das Verhältnis zu den zerstörten Wohnungen, alles das zusammen, kann erst das Maß von Gerechtigkeit geben, das akzeptabel ist.

Mueller: Ich will auf den Antrag *Petersen* zurückkommen, ein Punkt, der uns außerordentlich betroffen hat. Ich möchte befürworten, daß wir uns das zu eigen machen, wie das in der gemeinschaftlichen Entschließung zum Ausdruck gebracht ist.

Zu dem Flüchtlingsproblem darf ich noch sagen: Wir haben gestern erst gehört, daß die Frage besprochen werden soll. Über den Ernst dieser Lage und die Tatbestände, die erörtert worden sind, sind wir uns klar. Wir wünschen eine so gerechte Lösung, wie sie nur möglich ist, und glauben, daß der von Herrn *Roßmann* angeregte gemeinschaftliche Ausschuß die beste Gewähr bieten sollte.

Petersen: Die jetzigen Verhältnisse sind unmöglich. Es werden aus Bayern Hamburger ausgewiesen! Sie sind in großer Anzahl hier angekommen. In Hamburg können sie nicht aufgenommen werden, weil ein striktes Gebot der Militärregierung vorliegt angesichts der Übervölkerung hier und angesichts der bevorstehenden Übersiedlung des Hauptquartiers nach Hamburg[324] niemand aufgenommen werden darf. Jetzt werden die Hamburger aus Bayern ausgewiesen mit der Aussicht, nach Hamburg zu kommen; hier werden sie nicht hereingelassen, werden nach Schleswig-Holstein weitergeschickt. Das sind unmögliche Zustände. Ich habe vorgeschlagen, daß, wenn man schon solche Zahlen ausweisen muß, dann man doch lieber die Hamburger dortlassen möchte und von denen, die aus dem Osten kommen, die gleiche Zahl direkt nach Schleswig-Holstein ausweist.

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender: Wir sind am Schlusse der Debatte angelangt. – Wir haben jetzt einmal den Antrag, der die Lage der im polnisch besetzten Gebiete verbleibenden deutschen Bevölkerung betrifft und der darin gipfelt, der Zonenbeirat möge die Kontrollkommission ersuchen, sich mit den Rote-Kreuz-Organisationen über Schweden und die Schweiz in Verbindung zu setzen und wirksame Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Zu diesem Antrag ist eine Ausschußberatung meiner Ansicht nach nicht nötig. Ich glaube, Sie werden dem Antrag zustimmen.[325] Dieser Antrag ist angenommen.

Der Antrag *Andrée* und der Antrag *Tantzen* kann nach der Generaldebatte nicht mehr einfach in lapidarem Stil angenommen werden, weil eine Menge von sachlichen Problemen und Differenzierungen zeigt, daß eine genaue Durchsprache nötig

---

324 Vgl. Dok. I. 7, Anm. 2.

325 Eine Stellungnahme der KK zu diesem TOP war nicht zu ermitteln. Man wird davon ausgehen können, daß die brit. Haltung in dieser Frage mit der zum Antrag *Andrée* (betr. poln. Ausweisungsmethoden, vgl. Anl. 291.a) geäußerten übereinstimmte (vgl. Anl. 291.b).

glaube, wenn wir diese unsere Bemühungen, die wir machten, um eine gerechte Lösung zu finden, zugrundelegen, wird Ihren wie auch unseren Belangen Rechnung getragen.

Noch eins: Es kam zur Sprache, daß man sich den Flüchtlingen nicht als einer geschlossenen Masse gegenüberstellen soll, als einem Objekt, mit dem gerechnet wird, das einmal hierhin und einmal dorthin gesetzt wird, sondern sie sollen auch Subjekt sein. Mein Ministerpräsident *Högner* war selbst einmal 12 Jahre Flüchtling in der Schweiz, und als solcher hat er das drückende Empfinden, daß in der Schweiz die Flüchtlinge zu diesem Problem nicht herangezogen worden sind, daß sie nur Objekt waren. Und aus dieser Erfahrung heraus hat er die Anordnung getroffen, daß die Flüchtlinge auf dem Gebiete der zonalen Gesetzgebung und Anordnungen gehört werden sollen. Ich glaube, daß diese Regelung eine sehr glückliche ist und, wie auch hier zur Sprache gekommen ist, auch in vielen anderen Gebieten zur Geltung kommen kann.

Tantzen: Nur eins. Mir ist von verschiedenen Seiten gesagt worden, daß die Evakuierten aus Bayern ebenso wie die Flüchtlinge aus dem Osten nicht zwangsweise evakuiert würden. Zu uns – ich kann nur über das Gebiet Oldenburg sprechen, aber es wird da nicht anders sein wie im übrigen englischen Sektor – kommen nur Zwangsevakuierte. Ich habe unseren Flüchtlingskommissar[323] mitgebracht, der die Dinge genau kennt, ich habe das Originalmaterial aus dem bayerischen Ministerium, das Sie einsehen können: Täglich kommen zu uns Dutzende von Zwangsevakuierten aus dem polnischen Gebiet. Wenn das jetzt abgestoppt wird, dann ist es anders, aber bisher war es so, und alle die andern, die ebenfalls zwangsevakuiert sind, kommen aus Bayern zurück. Dazu kann ich sagen, daß ich die Menschlichkeit von hier aus nicht beurteilen kann. Aber die, die zu uns kommen, sprechen wenig von Menschlichkeit, sondern es gibt Fälle, wo diese Menschen, wie sie sagen, innerhalb drei Stunden heraus mußten. Ob das wahr ist, kann ich nicht feststellen. Jedenfalls ist ein Aufhören dieser Zwangsevakuierung dringend not. Denn wenn Vereinbarungen zwischen der englischen und der amerikanischen Militärregierung stattfanden, dann werden sie doch wohl paritätisch sein. Hier wird aber niemand zwangsweise ausgewiesen. Also ich bitte, dahin zu wirken, wenn die amerikanische Militärregierung unmenschlich sein sollte, was sie, glaube ich, nicht ist, daß sie es ebenso macht wie wir hier und nicht mehr zwangsausweist.

Die Zahlen, die Sie anführen, würden, wenn sie alle stimmen, auch noch längst nicht zu einem Ergebnis in Bayern führen, das mit dem unsrigen vergleichbar wäre. Sie sollen aus der Tschechoslowakei 700 000 Menschen bekommen, aus den umliegenden Randgebieten vielleicht auch noch einige Hunderttausend. Aber selbst, wenn das eine oder 1,2 Millionen werden und wenn Sie diese zu der Zahl, die Sie haben, hinzurechnen, sind Sie nicht annähernd so belastet wie die englische Zone, besonders nicht unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Bayern verhältnismäßig viel weniger Raum zerstört ist wie in der englischen Zone.

---

323 Sein Name ist in den Sitzungsunterlagen nicht überliefert. Nach Auskunft des StA Oldenburg wie des HStAH war hierzu nichts Näheres zu ermitteln; siehe auch o. Anm. 317.

Grund von Verhandlungen zustande kam, die die amerikanische mit der britischen Militärregierung gepflogen hat[321], wie ebensolche Verhandlungen stattgefunden haben zwischen der amerikanischen Militärregierung und der französischen.[322] In die französische Zone läuft die Rückführung schon vier Wochen länger auf gleiche beiderseitige Vereinbarung der beiden Militärregierungen.

Zu dem Zahlenmaterial, das in der Vorlage vor uns liegt, kann ich leider keine endgültige Stellungnahme geben, da ich diese Tagesordnung, die sehr umfangreiches und sehr detailliertes Zahlenmaterial bringt, erst hier in die Hand gedrückt bekommen habe und keine Möglichkeit hatte, Sachverständigenunterlagen mitzubringen. Aber eins kann ich doch sagen:

Der größte Posten, der nach der Vorlage hier aus Bayern zurückgeführt werden soll, ist die Zahl der Flüchtlinge aus dem jetzt polnisch besetzten Gebiete mit einer Zahl von 529 080. Soviel ich unterrichtet bin, und ich glaube, ich bin nicht falsch unterrichtet, wird eine Rückführung dieser Flüchtlinge aus dem polnischen Gebiet in die britische Zone nicht betrieben werden. Diese Auskunft hier ist falsch. Diese Rückführung könnte man nur in das polnisch besetzte Gebiet machen. Eine Rückführung scheint, soviel ich weiß, nicht in Aussicht genommen.

Mit diesem größten Posten in der Aufstellung und in der Rechnungslegung dieses Berichtes erfährt auch die andere Zahl eine Berichtigung. Bayern hat eine Überbelegung mit 26 %, und nach der Rückführung dieses großen Postens würde die Überbevölkerung auf 12 % sinken. Nachdem aber dieser größte Posten wegfällt, trifft diese Rechnung wohl in der Aufstellung nicht mehr ganz zu, sondern schon jetzt ist eine viel größere Überbevölkerung Bayerns vorhanden. Ferner ist in dieser Aufstellung, die wir vor uns haben, noch nicht berücksichtigt, daß wir in Bayern – wie in der ganzen US-Zone – noch einen großen Teil der Flüchtlinge aus dem Osten erwarten. Wir haben ja nur einen Teil aufgenommen, der größte Teil steht noch aus, und den werden wir im Laufe des Sommers aufzunehmen haben. Nach unseren Zahlen beträgt er 1 ¼ bis 1 ½ Millionen.

Wenn ich jetzt zum Schlusse darauf kommen darf, handelt es sich um einen gerechten Ausgleich, den wir hinsichtlich der Flüchtlinge und Evakuierten bieten wollen. Auch wir in Bayern und in der ganzen Südzone stehen auf dem Standpunkt, daß das Flüchtlingsproblem eine deutsche Angelegenheit ist und daß wir unseren Teil beitragen wollen. Aber wir wollen auch eine gerechte Lösung, genau so, wie die Herren, die hier versammelt sind, und wir haben deshalb auch in unserer Südzone bereits versucht, aufgrund neuer Rechnungslage eine neue Schlüsselung innerhalb unserer drei Länder zu erhalten, wenn wir zunächst auch nur eine feste Regel aufgestellt haben. Wir haben in den letzten Wochen ganz genaue statistische Rechnungen angestellt, die in nächster Zeit zum Abschluß kommen. Ich

321 Danach sollte der Austausch von Evakuierten zwischen der brit. und am. Zone am 1. 5. 1946 beginnen, vgl. BA Z 1/168, fol. 231: Antrag des FlA zur 8. Tagung des LR vom 7. 5. 1946.

322 Diese Verhandlungen waren am 24. 4. 1946 zum Abschluß gekommen, vgl. BA Z 1/213, fol. 165: RGCO an Roßmann, 11. 7. 1946. Die Rückführung der Evakuierten aus der US-Zone in die frz. Zone sollte zunächst schon am 15. 3. 1946 beginnen (BA Z 1/176 b, fol. 18: Antrag des FlA zur 7. Tagung des LR vom 2. 4. 1946), setzte dann aber gemäß Anordnung der US-MR erst am 1. 4. 1946 ein (a. a. O., fol. 37).

fest.[318] Es ist hier absolut Spielraum gelassen, und es sind die Möglichkeiten aufgezeigt, die Grenzen Deutschlands [weiter] nach Osten zu verschieben, als sie gegenwärtig durch die Verwaltungszuständigkeit angedeutet werden. Solange diese Möglichkeit staatspolitisch und weltpolitisch besteht, sollen wir sie nicht von uns aus einfach aufgeben und müssen so lange um jeden Quadratmeter Raum nach Osten kämpfen und uns einsetzen, solange es möglich ist, und mit den Mitteln, die auf dem Gebiete der internationalen Politik erlaubt sind.

Ich möchte mich auf diese Bemerkungen beschränken und die Versicherung abgeben, daß das Flüchtlingsproblem von dem Länderrat und seinem Ausschuß mit größter Verantwortlichkeit behandelt wird, mit der Menschlichkeit, mit der Humanität, die uns gegenüber den armen gehetzten Menschen selbstverständliche Pflicht und Bedürfnis ist.

Vorsitzender: Ich möchte doch bemerken, daß der Vorschlag des Berichterstatters *Andrée* eigentlich von den akuten Nöten der Flüchtlinge und nicht von den politischen Eventualitäten und späterer Regelung ausgeht. Ich möchte bitten, sich mit dieser akuten Not zu beschäftigen und dem Flüchtlingsproblem nicht als einem geschlossenen Ganzen gegenüberzutreten, und ich würde es begrüßen, wenn der Ausschuß für Flüchtlingswesen, der heute gebildet ist und der die drei Anträge zu behandeln hat, auch Vertreter der Flüchtlinge zu seinen Beratungen zuziehen würde.[319]

von Groenesteyn: Auf der Tagesordnung habe ich gesehen, daß eine ganze Reihe von Verfügungen unseres bayerischen Staatskommissars zum Abdruck gekommen ist, die die Rückführung der Evakuierten in die Heimatgebiete zum Gegenstand hat. Es ist das Wort gefallen, daß die Rückführung zwangsweise stattfindet, es ist weiter das Wort gefallen, daß gefragt wurde, von wem diese zwangsweise Rückführung angeregt worden ist. Ich darf dazu vielleicht ganz kurz berichten, was uns vor ungefähr 6–8 Wochen in Stuttgart im Länderrat mitgeteilt worden ist. Wir hatten vor 6–8 Wochen auf einer unserer zahlreichen Sitzungen das Flüchtlingsproblem behandelt. Auf dieser Sitzung wurde uns als neueste Mitteilung vom Flüchtlingskommissar für Württemberg-Baden ein Befehl der württembergischen Militärregierung vorgelegt, daß mit einem bestimmten Datum, das ich nicht im Kopfe habe, die Vereinbarung mit der britischen Militärregierung getroffen ist, daß die Flüchtlinge, die Evakuierten aus der britischen Zone innerhalb 90 Tagen in die britische Zone zurückgeführt würden.[320] Die Durchführung sollte so stattfinden, daß nach Ablauf dieser 90 Tage 1. die Zuteilung von Lebensmitteln aufhören würde und 2. die Zuteilung von Wohnraum. Diese Mitteilung traf alle Beteiligten des Flüchtlingsausschusses der drei Länder Süddeutschlands als ein Novum.

Zur anderen Frage ob des gerechten Ausgleiches möchte ich mitteilen, daß diese Rückführung der Evakuierten in die norddeutsche Zone nicht auf Grund eines einseitigen Beschlusses seitens der süddeutschen Zone erfolgt ist, sondern nach den Mitteilungen, die wir von der amerikanischen Militärregierung erhalten haben, auf

318 Vgl. Abschrift IX. B des Potsdamer Prot. vom 2. 8. 1945 (FRUS 1945 II, S. 1509).
319 Mit *Brandes* (SPD) und *Kather* (CDU) saßen zwei Ostpreußen im FlA, vgl. o. Anm. 193.
320 Dabei handelte es sich um eine Maßnahme der US-MR vom Mai 1946, vgl. Military Government US-Zone, Displaced Persons . . .: Report N° 11, 20. 6. 1946, S. 3 f.

nicht statt, und es haben auch, soweit ich unterrichtet bin, Zwangsausweisungen nach den anderen Zonen nur in ganz geringfügigem Umfange Platz gegriffen.

([Zuruf]: Na, na!)

Das kann nachgewiesen werden. Der Flüchtlingsausschuß des Länderrats hat beantragt, nur die Spitzen auszuweisen und damit das Problem zu mildern.[315] Im Zusammenhange damit sind dann allerdings wesentliche Zugeständnisse gemacht worden, die es uns ermöglichen, bei einer de facto Belassung der Zwangsausweisung praktisch so zu verfahren, daß der Zwang auf der Grundlage wesentlich gemildert wird, daß also nach den einzelnen Fällen und nach deren Prüfung verfahren wird, wobei sehr viele Menschen verschont bleiben werden. Das ist der gegenwärtige Stand.

Die Wohnraumzerstörung beispielsweise in Württemberg-Baden bleibt in keiner Weise hinter den Zerstörungen in Mittel- und Norddeutschland zurück. Ich darf da an die total zerstörten Städte Pforzheim, Heilbronn, Ulm und viele andere verweisen, wodurch der Wohnraum in ganz erschreckender Weise eingeengt ist.[316] Über diese Verhältnisse wird Freiherr Ritter *von Groenesteyn* noch einige Ausführungen machen.

Es wäre zu überlegen, ob nicht einmal die Flüchtlingskommissare[317] der Zonen zusammentreten, um dieses Problem zu beraten und Wege zu suchen, es zu mildern. Diesen Vorschlag bzw. diese Erwägungen möchte ich Ihnen unterbreiten. Im übrigen schließe ich mich in politischer Beziehung weitestgehend den Ausführungen an, die Herr Dr. *Schlange-Schöningen* gemacht hat. Ich habe den Eindruck, daß wir, was die künftigen Grenzen Deutschlands anbelangt, viel zu stark pessimistischen Stimmungen unterworfen sind.

([Zuruf]: Sehr richtig!)

Wir haben zwar nicht die Möglichkeit, irgendwelche selbständige Abmachungen mit den Siegerstaaten zu treffen, aber wir haben die Möglichkeit, immer auf das zu verweisen, was die Siegerstaaten unter sich im Potsdamer Protokoll vereinbart haben, und nach dem Potsdamer Protokoll steht die Ostgrenze in keiner Weise

---

der Zwangsausweisung für Bayern und Württemberg-Baden beschlossen worden, während Groß-Hessen die Befolgung einer solchen Politik abgelehnt habe. – Auszüge aus dem Prot. und die zitierte Zeitungsmeldung legte *Tantzen* seinem Schreiben bei (vgl. HStAH Nds. Z 50/82).

315 Vgl. den entsprechenden Antrag des Ausschusses auf der 9. Sitz. des LR vom 4. 6. 1946, AVB 1, S. 565 f.

316 Vgl. hierzu: Die Wohnungslage in den Großstädten der US-Zone am 31. März 1946, in: EA 1/1946/47, S. 233.

317 In der US-Zone gab es insgesamt vier „Staatskommissare" für das Flüchtlingswesen, und zwar je einen für Bayern, Groß-Hessen, Württemberg und Baden (vgl. BA Z 1/176 a, fol. 121: Anl. 5 zur TO des LR vom 8. 1. 1946; siehe auch: Das Flüchtlingsproblem in der am. Besatzungszone, S. 4 ff.). In der brit. Zone gab es keine einheitliche Regelung. Zur Struktur der Flüchtlingsverwaltung in den Besatzungszonen vgl. insgesamt Middelmann.

Roßmann: Das Flüchtlingsproblem liegt in tragischer Schwere auf allen Zonen. Die Quoten, die auf die einzelnen Zonen entfallen, sind durch Kontrollratsbeschluß festgesetzt und können nur mit Schwierigkeiten verändert werden.[311] In Süddeutschland wird das Problem noch verschärft durch das Problem der Evakuierten. Süddeutschland ist während des Krieges der Luftschutzkeller für das gesamte Reich gewesen. Zu Hunderttausenden sind die Deutschen vom Norden nach dem Süden gewandert, insbesondere nach Bayern, während demgegenüber die Zahl derer, die vom Süden nach dem Norden gegangen sind, verhältnismäßig bescheiden ist.

Nun ist der Prozeß der zwangsweisen Entfernung dieser Persönlichkeiten ja nicht etwa von den süddeutschen Ländern eingeleitet worden. Die Dinge stehen vielmehr so, wie Sie aus den eigenen Unterlagen ersehen können, daß die Militärregierungen diese Auflagen erteilt haben. Die Militärregierung in Bayern hat z. B. bestimmt: Nur wirkliche bona fide Einwohner der amerikanischen Besatzungszone dürfen hier bleiben.[312]

Ein deutscher Bürger, der nach dem 8. Mai 1945 aus persönlichen Gründen oder nach dem 1. September 1939 in die US-Zone aus Gründen gezogen ist, die unmittelbar oder mittelbar mit der deutschen Kriegsführung oder mit dem Verlust des Krieges in Verbindung standen, ist kein wirklicher Einwohner, und es ist daher unangebracht, diese Personen in der US-Zone zu lassen, nachdem die Aufnahme der Evakuierten innerhalb der Zone angeordnet ist.

(Zuruf: Wer hat das veranlaßt?)

Die amerikanische Militärregierung.

(Adenauer: Von sich aus?)

Die süddeutschen Länder, wir besonders im Länderrat, haben einen Ausschuß für Flüchtlingsprobleme, der sich seit Monaten mit den Fragen, die mit den Flüchtlingsproblemen zusammenhängen, aufs eingehendste beschäftigt hat.[313] Er hat wiederholt den Versuch gemacht, uns von diesem Zwange zu befreien. Wir haben gebeten, Zwangsverschiebungen nach der russischen Zone grundsätzlich zu unterlassen, sie aber für die amerikanische Zone aufrecht zu erhalten. Das ist von der Militärregierung abgelehnt worden aus Erwägungen, die stark in das politische Gebiet hineinspielen.[314] Zwangsausweisungen nach der russischen Zone finden

311 Vgl. hierzu Anl. 114, Anm. 2.

312 Vgl. die entsprechende Verfügung vom 4. 6. 1946 in der Anl. 114 beigefügten Abschrift.

313 Schon in der 1. Arbeitssitz. des LR am 5. 11. 1945 war auf Wunsch der MR die Bildung eines Flüchtlingsausschusses beschlossen worden, vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 461.

314 Vgl. hierzu ein aufschlußreiches Schreiben *Tantzens* an den ZB (GS *Weisser*) vom 31. 8. 1946. Nach einem Kurzprot. über die 3. Sitz. des Direktoriums des LR vom 9. 7. 1946 habe die am. MR selbst in der US-Zone angeregt, von den Zwangsausweisungen Abstand zu nehmen, ebenso hätten dies die Staatskommissare für das Flüchtlingswesen getan. Laut Prot. habe das Direktorium trotzdem eine Beibehaltung der Zwangsausweisung beschlossen. Nach einer Zeitungsmeldung – Nürnberger Nachrichten vom 14. 8. 1946 – sei später die Beibehaltung

37 000 ha zur Aufforstung geeignet und 86 000 ha unter Umständen für die Landwirtschaft.[310] Bitte seien Sie sich darüber klar, daß, wenn man dies alles im größten Stil angreift und den einzelnen einen riesigen Zuschuß sichert, so werden die Leute, die darauf leben werden, zunächst Jahr um Jahr um ihre einfachste Existenz zu kämpfen haben.

Zweitens: Wenn Sie ausrechnen, daß 400 000 ha in Bodenreform kommen sollten – und hier sitzt in diesem Kreise nicht ein einziger, der diese Bodenreform um der sozialen Umschichtung willen nicht schnell und gründlich und grundsätzlich machen wollte –, so sage ich auch da, es wird die Möglichkeit weit überschätzt, es sei denn, daß Sie den deutschen Boden in kleine Stipps aufteilen, was ich für ein Vergehen an der Nation halten würde.

Schließlich vergessen wir vollkommen, wenn wir über die Flüchtlinge einmal grundsätzlich sprechen, daß bei der Arbeitslosigkeit, von der schon gesprochen ist, bei der kommenden Arbeitslosigkeit, die ich auch für sicher halte, auch Millionen städtischer Arbeiter irgendwie in Arbeit kommen wollen. Es handelt sich da nicht nur um die Flüchtlinge. Da steht heute die soziale Frage vor uns, die nicht nur eine Frage der Flüchtlinge, sondern auch der auf die Straße geworfenen Industriearbeiter ist.

Zur Frage der Aufforstung: Wir haben vorhin davon gesprochen, daß wir das machen müssen, aber wenn man aus der Praxis weiß, wie verhältnismäßig wenig Menschen dazu nötig sind, um aufzuforsten, dann weiß man auch, daß da keine Massen unterzubringen sind.

Deshalb schließe ich diese kurzen Ausführungen damit ab, daß ich sage: Entweder wir bekommen wieder einen Teil unseres Landes zurück, und wenn wir das Land zwischen Elbe und Oder hätten, werden sich alle diese Probleme um mindestens 75 % leichter lösen lassen, denn dort sind die großen Flächen, die noch nicht dicht bevölkert waren und sind, da läßt sich mit Kultivierung, Bodenreform usw. viel machen, viel mehr als hier, oder aber, wenn das nicht der Fall ist, wird dieses Land ein Dampfkessel bleiben, der so hoch unter Druck steht, daß man nicht sagen kann, was eines Tages daraus werden könnte. Hier sitzen lauter vernünftige Menschen von der britischen und amerikanischen Militärregierung, denen es ernst ist, daß Friede auf der Welt wird. Aber auch dem Ernst und dem Willen dieser Menschen wird es nicht gelingen, wirklich Frieden zu machen in der Welt, wenn nicht Zustände geschaffen werden, daß wir in diesem Lande nicht vermodern und verkommen.

(Sehr richtig! Bravo!)

---

310 *Schlange-Schöningen* bezieht sich auf einen Vermerk seines Mitarbeiters *Ehrenforth* vom 8. 7. 1946, vgl. BA Z 6 I/161, fol. 190. Zur landw. Nutzung waren danach aber nur 84 975 ha geeignet. In der gleichen Akte ist ein Antrag *Schlange-Schöningens* an den ZB überliefert (Datum: 9. 7. 1946), der indessen nicht vorgetragen wurde (vgl. a. a. O., fol. 189). Danach sollte der Bodenreformausschuß untersuchen, welche Moor- und Ödlandflächen in der brit. Zone kultiviert werden könnten.

weiteren Entwicklung entgegensehen und es nicht verstehen können, daß diese ungewöhnlichen Unterschiede bei der Zuteilung der Flüchtlinge vorgekommen sind. Ich möchte darum, daß eine Stelle geschaffen wird, die diese Dinge in die Hand nimmt und der gefährlichen Entwicklung der Verhältnisse entgegentritt, und die in Zusammenarbeit mit der britischen Militärregierung geeignete Vorschläge unterbreitet.

Schlange-Schöningen: Ich glaube, ich bin in diesem Kreise mit Herrn Oberpräsident *Kopf* zusammen der einzige wirklich echte Flüchtling. Deshalb freue ich mich, daß das Flüchtlingsproblem jetzt zum ersten Male ganz grundsätzlich angefaßt wird. Bei den wenigen Bemerkungen, die ich machen möchte, will ich nur folgendes sagen: Ich kann dem nicht zustimmen, wenn Herr *Andrée* davon sprach, daß es nötig wäre, die Flüchtlinge hier ansässig zu machen.

Meine Herren! Erstens können Sie das gar nicht – dazu werde ich nachher einige Worte sagen –, und zweitens wollen die Flüchtlinge das auch gar nicht in ihrem ganzen Umfange. Ich finde, dieser Ton – ich meine das nicht persönlich, sondern politisch genommen – ist falsch gegriffen, denn das sieht so aus, als wenn wir alles andere deutsche Land schon abgeschrieben hätten.

([Zuruf]: Sehr richtig!)

Ich denke nicht daran, dem zuzustimmen. Ich will in meine Heimat zurück, das wollen auch die anderen Flüchtlinge, die wollen nicht Ihnen zur Last fallen. Sie hoffen, und diese Hoffnung werden Sie ihnen nicht nehmen können, wenn nicht Beschlüsse so harter Natur gefallen sind, daß wir uns nicht wehren können. Aber solange die Situation labil ist, bin ich der Meinung, daß wir derartige Worte in diesem Sinne überhaupt nicht in den Mund nehmen dürfen. Wir wollen mindestens bis zur Oder zurück. Ich glaube, daß uns das in vielen Bekundungen der Militärregierung schon vorhergesagt worden ist.

In demselben Sinne möchte ich sagen: Ich verwahre mich heute noch gegen den Ausdruck, daß wir Deutschen auswandern sollen. Wir Deutschen sind kein Staat mehr, wir haben keine Grenzen mehr, wir haben keine Regierung mehr, wir haben keine Flagge mehr, wir haben kein Vermögen mehr, wir haben gar nichts mehr. Aber ich denke, wir sind immer noch ein Volk, das auf seinen Raum Anspruch hat und in seinem Raume bleiben will und das den Auswanderungsgedanken nur als das nimmt, was er sein sollte: als ultima ratio, wenn es nicht anders geht. Ich wollte nur, daß kein Mißverständnis auf deutscher Seite aufkommen kann.

Nun noch ein Wort zu den Unterbringungsmöglichkeiten. Wir wollen einmal annehmen, wir müßten auf diesem kleinsten Restraume mit dieser großen Bevölkerung sitzenbleiben. Dann sage ich, daß alles, was wir äußern, zum Teil utopistisch, zum Teil illusionistisch ist. Das geht weit über jeden Rahmen von irgendetwas Möglichem hinweg. Sie haben vorhin, um ein nacktes Beispiel zu nennen, über die Kultivierung von Moor- und Ödland gesprochen. Ich habe zufällig von Ihrem Landeskulturamt der Provinz Hannover die amtlichen Zahlen hier, die kaum anzuzweifeln sind. Es kommt dabei heraus, daß im ganzen in der Provinz Hannover 450 000 ha Ödland vorhanden sind. Davon hält man aber von sachverständiger Seite nur 123 000 ha für kulturfähig, und von diesen 123 000 ha sind rund

Vorsitzender: Ich glaube, wir werden jetzt in eine Erörterung eintreten, da verschiedene Instanzen sich äußern möchten, auch die Herren aus Süddeutschland, die interessiert sind. Zunächst hat Herr Oberpräsident *Steltzer* das Wort.

Steltzer: Ich bitte um die Erlaubnis, ein paar Worte über die ganz besonderen Verhältnisse in Schleswig-Holstein sagen zu dürfen, weil die Verhältnisse sich dort so außergewöhnlich entwickeln, daß wir aus eigener Kraft nicht mehr fertig werden.[309]

Wir hatten in Schleswig-Holstein ursprünglich 1 349 000 Stammeinwohner. Augenblicklich haben wir nach Abzug der Rückwanderer 1 266 500 Flüchtlinge. Die noch ausstehende Zahl von 300 000 ist inzwischen von der Militärregierung auf 110 000 einschließlich 10 000 aus Hamburg zurückgesetzt worden. Das sind dann über 100 %. Welche Schwierigkeiten sich da ergeben, will ich gar nicht näher ausmalen. Ich will auch nicht auf die Frage der dauernden Unterbringung eingehen. Hier liegen die Dinge vielleicht einfacher im Gegensatz zu dem, was Herr *Andrée* gesagt hat.

Wir haben eine eingehende Statistik vorgenommen. Von 900 000 Flüchtlingen haben wir diese Prozentsätze festgestellt. Danach sind arbeitsfähige Männer nur 30 %, die aus der Landwirtschaft stammen, und wenn der Prozentsatz der Frauen und Kinder so groß ist, glaube ich, daß 30–40 % von der Landwirtschaft verkraftet werden, wenn durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen die Voraussetzungen geschaffen sind.

Das Problem der Unterbringung ist viel stärker eine Frage des industriellen Aufbaues. Dieser muß gelenkt werden, da wir aus dem Zwang der Verhältnisse genötigt sind, die Flüchtlinge dort unterzubringen, wo sie untergebracht werden müssen. Wenn wir jetzt städtische Flüchtlinge auf ein einsam gelegenes Gut legen, müssen sich daraus trostlose Verhältnisse entwickeln, weil keine Aussicht besteht, sie in nennenswertem Maße hier ständig in Arbeit unterzubringen.

Aber ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die unmittelbare menschliche Not lenken, die aus dieser Überlegung bei uns entstand. Wir haben nichts mehr, es fehlen 500 000 Betten; die Leute sind im günstigsten Falle auf Stroh untergebracht, aber wir haben einen Strohmangel und können das, was jetzt noch kommt, bis zur nächsten Ernte gar nicht auf Stroh unterbringen. Es fehlt noch so vieles: Desinfektionsmittel, Stühle, Textilien. Hierbei sind wir noch besonders ungünstig gestellt, da die Quotenfestsetzung für die Verteilung der wichtigsten Konsumgüter für uns besonders ungünstig ist. Der Schlüssel beträgt nur 2 ¾ %, während er sich in anderen Ländern in einem ganz anderen Verhältnis bewegt. Es ist dies eine Sache, die in der nächsten Woche behandelt werden soll.

Gesundheitsmäßig ist es bisher noch gegangen, nur die Tuberkulose, die z. T. jetzt bei den Kindern in ganz neuartiger Form auftritt, ist in erschreckendem Fortschreiten begriffen. Die Dinge liegen so, daß schon der heutige Zustand aus allgemeinen menschlichen, sanitären und sonstigen Gründen gar nicht mehr verantwortet werden kann, und trotzdem sollen noch weitere 110 000 Flüchtlinge bei uns untergebracht werden. Sie werden es verstehen, daß wir mit der größten Sorge der

309 Vgl. o. Anm. 288.

schen Zone werden außerdem in die britische Zone sämtliche Flüchtlinge aus den polnisch besetzten Gebieten ausgewiesen.

Nach bayerischen Ziffern handelt es sich um 116 843 Evakuierte und 529 080 Flüchtlinge aus den Gebieten östlich Oder und Neiße, deren Ausweisung aus Bayern in die britische Zone bevorsteht. Zwischen der Handhabung in der britischen Zone und den beiden anderen westlichen Zonen bestehen also grundlegende Unterschiede.

Ich halte es für erforderlich, daß der Zonenbeirat auf eine gleichmäßige Durchführung in allen Zonen drängt. Ich bitte daher, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Zonenbeirats folgenden Antrag zu setzen:

„Die Militärregierung der britischen Zone wird gebeten, bis zur Klärung des Umfanges und der Voraussetzungen des Austausches von Evakuierten und Flüchtlingen zwischen den westlichen Zonen die Übernahme weiterer Transporte Evakuierter und Flüchtlinge in die britische Zone zu unterbinden."⟩

Man kann das auch anders formulieren, aber ich würde das als Grundlage für die Verhandlung für ausreichend halten.

Petersen: Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich glaube, Sie wissen alle, wie die Dinge liegen. Die Deutschen, die in Polen lebten, werden nacheinander ausgewiesen werden. Es ist so traurig, daß ich glaube, daß jeder Kommentar überflüssig erscheint. Wir können als Deutsche nicht helfen, ehe die Leute in Deutschland angekommen sind. Andererseits drängt es uns, mindestens alles zu versuchen, um Hilfe zu bringen. Da ist, glaube ich, die einzige Möglichkeit, daß wir die Militärregierung bitten, mit den verschiedenen Rote-Kreuz-Organisationen, also der Schweiz, Schwedens usw., mit dem Britischen Roten Kreuz in erster Linie, zu versuchen, in dem Gebiete selbst nach dem Rechten zu sehen und bei dem Abtransport die krassesten Ungerechtigkeiten mindestens zu vermeiden. Das ist der Zweck des Antrags, den ich mit einigen Kollegen eingebracht habe. Er lautet[307]:

⟨Aus der Fülle der vorliegenden Mitteilungen und Berichte aus Kreisen der in den polnisch besetzten deutschen Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung ergibt sich immer wieder ein erschütterndes Bild. Um nur ein Beispiel von vielen hunderten zu geben, weisen wir auf die in der Anlage abschriftlich beigefügten Flugblätter des Beauftragten des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes in der britischen Zone und Mitglieder der deutschen Zivilbevölkerung in Schlesien hin.[308] Alle Versuche dieser notleidenden Massen, bei alliierten Behörden wirksame Hilfe und Erleichterung ihres Loses zu finden, sind offensichtlich bisher gescheitert.

Die deutschen Behörden, Wohlfahrtsorganisationen und die deutsche Bevölkerung der westlichen Zonen sind bei der gegebenen Lage der Dinge zutiefst darüber erschüttert, daß ihnen keine Gelegenheit gegeben ist, ihren Volksgenossen materielle Hilfe zukommen zu lassen. Da diese Frage die gesamte deutsche Öffentlichkeit in erheblichem Maße beschäftigt, halten wir es für dringend erforderlich, daß der Zonenbeirat sich auf der kommenden Tagung mit einer Hilfsaktion für die deutsche Bevölkerung in den polnisch besetzten Gebieten befaßt. Wir beantragen deshalb:

Der Zonenbeirat möge die Kontrollkommission ersuchen, sich umgehend mit den Rot-Kreuz-Organisationen Englands, USA, Schwedens und der Schweiz in Verbindung zu setzen und wirksame Maßnahmen in die Wege zu leiten.⟩

307 Wird nachfolgend verlesen, hier z. T. inseriert: Anl. 115.
308 Vgl. die Anl. 115 beigefügte Abschrift.

britischen Militärregierung selbst, auf diesem Wege mit uns zusammenzuarbeiten, damit wir Gleichmäßigkeit erreichen, wenigstens zunächst einmal in Westdeutschland.

Daß man auch in der französischen Zone ähnlich vorgeht, zeigt ein Schreiben, das von einem Staatssekretär an uns nach Oldenburg gerichtet ist, wonach nach Oldenburg 18 000 Menschen ausgewiesen werden sollen. Jedenfalls betreibt man dort dieselbe Politik der Ausweisung.

Zu welch merkwürdigen Dingen das führt, zeigen manche Beispiele. Da kommt z. B. ein Zahnarzt, der 1939 nach Bayern gegangen ist, sich mit einer Bayerin verheiratet und drei Kinder gezeugt hat, der jetzt ausgewiesen wird, mit seinen drei Kindern und seiner Frau nach Oldenburg, will untergebracht werden, eine Praxis aufbauen und arbeiten. Das geht natürlich so nicht.

Ich meine, daß es im Interesse der britischen Militärregierung liegt, daß wir hierauf ihre Aufmerksamkeit lenken, daß mit der amerikanischen Regierung, mit der Bayerischen Regierung, eine Einheitlichkeit herbeigeführt wird.

Es ist auch eine Frage, wie es mit den Evakuierten gehalten werden soll, die längst vor der Kapitulation, während der ganzen Jahre des Krieges aus ostpreußischem oder Posenschem Gebiet evakuiert wurden nach Bayern, ob die nun zur britischen Zone gezählt werden sollen, weil diese Zone die Flüchtlinge aus diesen Gebieten aufgenommen hat, ob die auch nachträglich als solche zählen, die aus diesen Gebieten ursprünglich stammen. Auch das muß geprüft werden.

Ich habe im wesentlichen gesagt, was nötig ist, um die Frage zu unterstreichen, daß es darum geht, Einheitlichkeit herbeizuführen. Herr *Andrée* hat so ausgezeichnet über die Not der Flüchtlinge und die Möglichkeiten gesprochen, daß ich dazu nichts zu sagen brauche. Ich kann nur unterstreichen, was er gesagt hat, und bin mit ihm der Meinung, daß alles geschehen muß, was möglich ist, um die Flüchtlingsnot zu lindern und die Flüchtlinge zu nützlichen Gliedern, die Freude an der Arbeit haben, in diesem Gebiete zu machen.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Er lautet[303]:

> ⟨Nach den Anordnungen der Militärregierung über den Austausch von Evakuierten zwischen den westlichen Zonen durch die Aktion Wespe[304] sollte die Rückführung auf Grund freiwilliger Meldung erfolgen. Mir liegt eine Verfügung der Bayerischen Regierung vor,[305] nach der in Bayern und offenbar auch den übrigen Ländern der amerikanischen Zone die Evakuierten zwangsweise ausgewiesen werden.[306] Aus der amerikani-

303 Inserat gemäß Anl. 114.

304 Durch die Aktion „Wespe" sollten ab 1. 5. 1946 Evakuierte aus der frz. und vor allem aus der am. Zone in die brit. Zone bzw. aus der brit. Zone in die beiden anderen Zonen zurückgeführt werden (nach zeitgenössischen Presseberichten insgesamt ca. 178 000).

305 Vgl. die der Anl. 114 beigefügte Abschrift der Verfügung vom 4. 6. 1946.

306 Bis zum 30. 9. 1946 wurden aus den drei Ländern der US-Zone insgesamt 359 309 Personen in die anderen drei Besatzungszonen zurückgeführt, davon 47 736 in die brit. Zone, 293 149 in die SBZ und 18 424 in die frz. Zone. Bis zu diesem Zeitpunkt nahm die US-Zone aber auch 311 226 Personen auf, davon 15 087 aus der brit. Zone, 281 818 aus der SBZ und 14 321 aus der frz. Zone, vgl. Military Government US-Zone, Displaced Persons . . .: Report N° 15 (Cumulative Report), 8. 5. 1945–30. 9. 1946, S. 7.

Ich beantrage daher, daß der Zonenbeirat die britische Militärregierung ersucht, der Errichtung einer solchen Zentralstelle ihre Zustimmung zu geben.[299]

Tantzen: Nach den ausgezeichneten Ausführungen des Vorredners und der eingehenden Erklärung der amerikanischen Militärregierung, daß sie von der Ausweisung der Evakuierten und Flüchtlinge zunächst absehen will[300], kann ich mich ganz kurz fassen. Bei meinem Antrage[301] handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob zu erreichen ist, daß die Flüchtlingsverteilung über die englische und amerikanische Zone gleichmäßig erfolgt, d. h. den Verhältnissen dieser Zonen entsprechend. Und es besteht daher kein Zweifel, selbst wenn pro Kopf der Bevölkerung in Bayern beispielsweise eine höhere Zahl von Flüchtlingen käme als in der britischen Zone, dann würde immer noch das Verhältnis vielleicht das gleiche sein, da in der britischen Zone viel mehr zerstört, der Wohnraum viel enger ist als in Bayern.

In Wirklichkeit liegen aber die Verhältnisse so, daß, wenn Bayern die Ausweisungen vorgenommen hätte, die es beabsichtigt hatte und die aus dem Material hervorgehen, das mir aus dem Bayerischen Ministerium vorliegt, Bayern dann nur 12,1 % Zuwachs über die ursprüngliche Bevölkerung erhalten hätte, während in der britischen Zone heute schon der Zuwachs ein mehrfach höherer ist.

Ich möchte also bitten, daß die Frage geprüft wird, ob man nicht über die Abmachungen hinaus, die man getroffen hat betr. der Ausweisungen aus den einzelnen Zonen, der polnischen Zone, der Tschechoslowakei, Ungarn, neue Abmachungen mit der Bayerischen Regierung treffen kann, daß eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge erfolgt.

Weiter möchte ich sagen: Sosehr ich anerkenne, daß der Standpunkt der britischen Militärregierung aus Gründen der Menschlichkeit der richtige ist, nur diejenigen Evakuierten zur Abwanderung zu bringen, die freiwillig abwandern wollen, während die amerikanische Militärregierung bisher den Standpunkt vertritt, daß es eine Freiwilligkeit nicht gebe, sondern Zwang ausgeübt werde[302], so muß doch auch in diesem Punkte auf die Dauer eine Gleichmäßigkeit herbeigeführt werden. Sonst drängt sich das bei uns immer mehr zusammen. Das sind keine Arbeitskräfte, sondern Menschen, die zu unterhalten sind und die nun wer weiß wo untergebracht werden müssen. Das liegt nicht in unseren Kräften, sondern die britische Militärregierung muß hier wieder zuschießen. Es liegt daher durchaus im Interesse der

299 Leicht abweichender Wortlaut des Antrags im Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 97).

300 Vgl. Military Government US-Zone, Displaced Persons . . .: Report N° 15 (Cumulative Report), 8. 5. 1945–30. 9. 1946, S. 6. – Adenauer, S. 76 f., schreibt es, wohl nicht ganz berechtigt, der Intervention des ZB zu, daß der rigorose Ausweisungsbeschluß aufgehoben wurde. Siehe auch u. Anm. 314. Material zu den hier behandelten Vorgängen vgl. in BayHStA Marb. (vorläufig!) Nr. 8337 und Nr. 8004.

301 Vgl. Anl. 114.

302 Vgl. hierzu die entsprechende Auffassung des LR-Direktoriums, wonach man der Zwangsrückführung mit weitgehenden Ausnahmen gegenüber dem Freiwilligkeitsprinzip den Vorzug gab (StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I: 3. Sitz. des Direktoriums des LR vom 9. 7. 1946, S. 4 f.), ferner Military Government US-Zone, Displaced Persons . . .: Report N° 11, 20. 6. 1946, S. 3 f.: Mandatory Return of Refugees. Siehe auch u. Anm. 314.

Schwierigkeiten der Schaffung von Werkzeugen, Werkraum usw., aber es gibt auch eine Menge Handwerker, Schuster, Schneider, Friseure, wo nicht soviel Betriebskapital erforderlich ist. Ich glaube, wir haben alle unsere Erfahrungen gemacht, wenn wir von dem einen oder anderen Handwerksmeister etwas gemacht haben wollen, wie schwierig das ist und wie dringend es uns allen erscheint, daß mehr Handwerksmeister da sind und Gelegenheit gegeben wird zu arbeiten.

Es handelt sich bei diesen einschneidenden Bestimmungen, und das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, in der Hauptsache um Bestimmungen aus der Nazizeit. Da wollte man die Handwerksmeister in die Kriegsbetriebe hineinbringen, aber im Laufe der Entwicklung hat das zu einer ungesunden Monopolstellung der vorhandenen Handwerksbetriebe geführt, und ich stehe auf dem Standpunkt: Konkurrenz belebt das Geschäft. Deshalb möchte ich mich sehr dafür einsetzen, daß hier auf diesem Gebiete eine Auflockerung erfolgt.

Außerdem gibt es auf dem Lande eine Reihe Gewerbetreibende, die nicht nur einen Betrieb in der Hand haben, sondern 2 oder 3. Es gibt Landwirte, die zugleich eine Bäckerei, Posthalterei oder eine Versicherungsvertretung haben. Auch da ist es der Wunsch der zahlreichen Flüchtlinge, daß auch hier eine Auflockerung erfolgen soll und daß die Betriebsinhaber auf dem Lande, die über mehrere Betriebe verfügen, veranlaßt werden möchten, den einen oder anderen in Pacht abzugeben, um so den Flüchtlingen aus dem Osten die Möglichkeit zu schaffen, eine neue Existenz aufzubauen.

Zum Schlusse noch das Problem der Auswanderung. Bis jetzt hört man wenig davon, daß fremde Länder ihre Grenzen deutschen Auswanderern öffnen. Aber die Hoffnungslosigkeit der Existenz, glaube ich, wird viele Flüchtlinge, die bei uns wohnen, veranlassen, sobald die Möglichkeit gegeben ist, den Wanderstab zu ergreifen und ins Ausland abzuwandern. Da wird vielleicht als letzter Liebesdienst, den wir diesen Volksgenossen erweisen können, nur übrig bleiben, eine zentrale Beratungsstelle einzurichten, die dann die Leute berät, die draußen in der Welt versuchen wollen, sich eine neue Existenz zu schaffen.

Ich will mich auf diese Ausführungen beschränken und bitte Sie, den Antrag, der Ihnen als Drucksache vorliegt, als Material dem Flüchtlingsausschuß zu überweisen. Weiterhin hätte ich noch einen Zusatzantrag mit folgendem Wortlaut zu stellen:

> Die Fürsorge für die Flüchtlinge, insbesondere die Frage der Seßhaftmachung und Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft stellen eine solche Anzahl von Problemen wirtschafts- und arbeitspolitischer, siedlungs- und wohnungspolitischer sowie kulturpolitischer Art, daß es unmöglich ist, sie mit den bisherigen Mitteln zu klären und einer Lösung entgegenzuführen. Die Einrichtung einer zonalen Dienststelle zur Beratung aller dieser Angelegenheiten ist daher dringend erforderlich.
>
> Auch um die zu ergreifenden Maßnahmen einheitlich in der ganzen britischen Zone durchzuführen, muß eine Zentralstelle für die Ausarbeitung von Grundsätzen zu einer fruchtbaren und aussichtsreichen Gestaltung der Arbeit in den einzelnen Gebieten der Zone vorhanden sein.

von 700 000 bis 800 000 ha, und da meine ich, das ist eine Sache, mit der man etwas anfangen kann.[297]

In einer Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministers über die Inangriffnahme der Ödlandkultur aus dem Jahre 1919 heißt es: „Wir können uns in Zukunft den Luxus von Ödland nicht mehr leisten." Wenn das damals galt, gilt das heute umso mehr. Aber das ist ein Programm auf lange Sicht, und wir müssen es vermeiden, den Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwecken, als wenn von heute auf morgen die Dinge schnell umgestaltet werden könnten und wir den Flüchtlingen auf dem Gebiete schnell helfen können.

Wir müssen uns auch weiter darüber klar sein, daß uns das alles noch nichts nützt und daß wir uns schlüssig werden müssen, ob die Bestimmungen des Reichssiedlungsgesetzes[298] und die übrigen Gesetze ausreichend sind, um eine schnelle und energische Durchführung der Siedlung zu bewirken.

Gestatten Sie mir zum Schlusse noch einige Worte über die Eingliederung der Flüchtlinge in die gewerbliche Wirtschaft, in Handel, Industrie, Gewerbe und Handwerk zu sagen. Aus der großen Zahl der aus Gewerbe und Industrie stammenden Flüchtlinge einerseits und unserer so stark zerstörten Industrie andererseits ergibt sich die Schwierigkeit des Problems. Wenn es nicht gelingt, die Grundlage aller gewerblichen Wirtschaft, nämlich die Förderung von Kohle, ganz erheblich zu steigern, und damit Industrie und Gewerbe wieder in Gang zu bringen, ist eine Massenarbeitslosigkeit größten Umfanges mit allen Begleiterscheinungen menschlichen Elends meines Erachtens nicht zu vermeiden.

Man rechnet – ich beziehe mich da auf den Sprecher des Londoner Rundfunks – mit einer Zerstörung der deutschen Produktionskapazität von etwa 2/3, und wenn man dann hinzurechnet, was demontiert ist, was zerstört ist auf Grund der Potsdamer Beschlüsse, wird man sich ein ungefähres Bild machen können, wie schwierig es ist, nicht nur die vorhandene Bevölkerung, die vorhandene industrielle und gewerbliche Bevölkerung zu beschäftigen, sondern auch noch all die aus dem Handwerk, der Industrie und dem Gewerbe kommenden Ostflüchtlinge.

Trotz der trüben Aussichten im Großen gesehen kann meines Erachtens aber durch praktische Einzelmaßnahmen viel geholfen werden. Z. B. muß versucht werden, durch eine planvolle Lenkung des Flüchtlingsstromes die Leute dahin zu bringen, wo sie nutzbringend eingesetzt werden können. Es geht einfach nicht, daß Handwerker auf dem Lande sitzen und Landwirte in der Stadt und daß es so ungeheure Schwierigkeiten macht, hier einen Austausch vorzunehmen. Da muß man über kurz oder lang dazu kommen, auch dieses Problem zu lösen. Ferner drängt sich die Frage auf, ob man nicht durch eine wenigstens zeitweilige Wiederherstellung der Gewerbefreiheit zahlreichen Handwerksmeistern, die jetzt beschäftigungslos dasitzen, Gelegenheit geben will, wieder selbständig zu werden und am Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten. Ich kenne sehr wohl die

297 Vgl. hierzu etwa auch eine Denkschrift betr. Eignung der Lüneburger Heide zur Aufnahme einer großen Menge von Ostflüchtlingen, wonach 70 000 ha Ödland sofort als kulturfähiges Land heranziehbar seien (PA 1/159: Braunschweiger Staatsministerium an *Weisser*, 3. 6. 1946). Das Projekt war indessen sehr umstritten.

298 RGBl. 1919 II, S. 1429–1436: Reichssiedlungsgesetz vom 11. 8. 1919.

nicht. Von Ödlandflächen sind ganz bestimmte Teile wegen ihrer Lage oder wegen ihres völlig sterilen Bodens überhaupt nicht zu kultivieren. Aber auf der anderen Seite möchte ich doch betonen, daß, wenn man ganz systematisch an die Arbeit geht, es dann doch möglich sein müßte, wenigstens in absehbarer Zeit eine erhebliche ins Gewicht fallende Fläche zu kultivieren und damit die Möglichkeit gewinnt, Ostflüchtlinge in größerer Zahl einzusetzen, vorausgesetzt natürlich, daß auch die anderen Bedingungen einer landwirtschaftlichen Nutzung gegeben sind, d. h. genügend Düngemittel, Geräte usw. zur Verfügung gestellt werden können.

Auch auf einen anderen Punkt möchte ich hinweisen, nämlich auf den der Wiederaufforstung der großen Kahlschläge, die infolge der großen Abholzungen entstanden sind. Infolge dieser Abholzungen wird man große Waldflächen in absehbarer Zeit wieder aufforsten müssen. Auch dadurch würde wieder die Möglichkeit gegeben, Tausende von Ostflüchtlingen in Lohn und Arbeit zu bringen und zu beschäftigen.

Nun komme ich zu einem Punkte, der wohl zu überlegen ist, nämlich zu der Frage, ob und in welchem Umfange durch die Aufteilung der großen Güter und Domänen und durch die Abgabe von Land durch die mittleren und größeren bäuerlichen Betriebe, kurz durch die Bodenreform, neue Existenzgrundlagen für landwirtschaftlich tätige Flüchtlinge geschaffen werden können.

Über dieses Thema läßt sich sehr viel reden. Ich möchte gerade auch in Würdigung unserer Geschäftslage darauf verzichten, darüber hier bei dieser Gelegenheit nähere Ausführungen zu machen. Es wird sich zweifellos dazu Gelegenheit bieten in der neu gebildeten Kommission zur Beratung der Bodenreform, um über einzelne Vorschläge nachzudenken und darüber sich auszusprechen. Aber ich habe mir noch einmal ein Bild davon gemacht, wieviel wohl an Land zur Verfügung gestellt werden könnte, wenn man auch den mittleren und größeren bäuerlichen Besitz zu einer Landabgabe heranzieht[296], und da habe ich festgestellt, wenn man diese Landabgabe in den Grenzen von 10–30 % hält, daß es dann immerhin möglich ist, eine Fläche von etwa 300 000 bis 320 000 ha zu gewinnen, und wenn man dazu noch den entnazifizierten landwirtschaftlichen Besitz, die schlecht bewirtschafteten Höfe, die Wehrmachtsländereien und alles das dazu rechnet, dann kommt man rund gerechnet auf eine Fläche von 400 000 ha.

Ob man hier im Ausschuß für Bodenreform dazu kommen wird, einen solchen Vorschlag zu machen, lasse ich dahingestellt. Es sollte Ihnen ja auch nur ein Bild vermittelt werden, daß, wenn man mit Kraft und Energie an die Frage herangeht und sich nicht scheut, tiefe Eingriffe zu machen, es dann doch wohl möglich wäre, erhebliche Flächen für die Ansiedlung von Ostflüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Und wenn Sie dann noch dazu rechnen, daß von der Fläche von rund einer Million Hektar Ödland und Moor in der Provinz Hannover nur eine Fläche von 300 000 bis 400 000 ha dazugenommen werden kann, dann haben Sie eine Fläche

296 Vgl. hierzu die Angaben a. a. O., S. 22, wonach man nicht von einer „größeren sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung des privaten Großgrundbesitzes in der brit. Zone“ sprechen könne.

selbst im Frühjahr, als ich einige Lager an der Grenze aufgesucht habe, überzeugen können, wie die Zusammensetzung dieser Flüchtlingsmassen ist, und auch, wie es mit der Ernährung bestellt ist. Bezüglich des letzten Punktes, was die Ernährung anlangt, muß ich sagen, daß diese Menschen verhältnismäßig gut aussahen. Als ich mich deshalb bei der Lagerleitung erkundigte, sagte man mir, das liege daran: Diese Menschen wissen seit Monaten, daß sie ihre Heimat verlassen müssen, sie wissen auch seit Monaten, daß sie nichts mitnehmen dürfen als 50 kg Handgepäck. Infolgedessen verkauften sie ihren Hausrat, Wäsche und was sie hatten, und für den Erlös kauften sie auf dem Schwarzen Markt Lebensmittel, natürlich zu hohen Preisen. Daraus erklärt sich der verhältnismäßig gute Ernährungszustand.

Wie dem auch sei: Wenn man an die Flüchtlinge denkt, die aus der Landwirtschaft stammen, dann müssen alle unsere Kräfte dahin zusammengefaßt werden, diese Massen möglichst auch wieder in der Landwirtschaft unterzubringen, durch stärkste Intensivierung der Agrarwirtschaft mit dem Ziel des höchstmöglichen Einsatzes menschlicher Arbeitskräfte und Schaffung von Neuland und umfangreicher Urbarmachung von Ödland, um so möglichst vielen Flüchtlingen eine neue Lebensgrundlage zu geben.[295]

Bisher wurde, das ist mir sehr wohl bekannt, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft in der Hauptsache durch vermehrte Technisierung, durch starke Verwendung künstlicher Düngemittel und erfolgreiche Schädlingsbekämpfung und andere Maßnahmen mehr erzielt. Aber ich glaube, die allgemeine Verarmung des deutschen Volkes und die ungeheure Zerstörung unserer Industrieeinrichtungen werden es wahrscheinlich nötig machen, wenigstens für die nächste Zukunft durch vermehrten Einsatz menschlicher Arbeitskräfte unserem Ziele näherzukommen. Die Bereitstellung von Neuland zur Siedlung kann nur durch Ödlandkultur einschließlich Moorlandkultur und durch Eindeichung von Küstenland erreicht werden. Diese Maßnahmen sind aber nur auf weite Sicht durchzuführen. Immerhin können bei den technischen Vorbereitungsarbeiten – Entwässerung, Deichbau usw. – schon jetzt eine ganze Reihe Arbeitskräfte aus den Reihen der Ostflüchtlinge eingesetzt werden.

Auch ehemaliges Wehrmachtsland, Truppenübungsplätze, Flugplätze usw. können der landwirtschaftlichen Nutzung wieder in kürzester Zeit zugeführt werden, wenn es gelingt, eine Freistellung dieser Flächen von den Besatzungsbehörden zu erreichen. Über den Umfang des Ödlandes, wenn ich das bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen darf, liegen ja ganz zuverlässige Schätzungen nicht vor. Ich habe aber die Zahlen, die seinerzeit der preußische Landwirtschaftsminister Steiger und auch die Zahlen, die die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover veröffentlicht hat, und zwar aus dem Jahre 1931, wonach der Umfang des Ödlandes einschließlich Moorland in der Provinz Hannover rund 1 Million ha betrug.

Nun bin ich der letzte, der mit dem Hinweis auf diese großen unkultivierten Flächen unerfüllbare Hoffnungen in den Herzen der Flüchtlinge erwecken möchte, etwa in dem Sinne, man brauchte nur anzufangen und in ganz kurzer Zeit müsse es möglich sein, da wieder landwirtschaftliche Existenzen zu schaffen. Das geht

295 Vgl. hierzu die Angaben bei Trittel, Bodenreform, S. 20 ff.

Dann möchte ich bei dieser Gelegenheit ein Wort zugunsten derjenigen Pensionäre der Reichsbahn sprechen, die während des Krieges zwangsweise nach dem Osten evakuiert sind, aber jetzt erst seit dem Herbst vorigen Jahres in geregelter Ordnung zurück in ihre Heimatgebiete gelangen können. Alle diese Pensionäre der Reichsbahn, sofern sie nach dem 8. 5. 45, also dem Tage der Kapitulation der Wehrmacht, zurückgekommen sind, bekommen keinerlei Pension ausbezahlt. Es kehrt diese Forderung immer wieder, und ich möchte sie hier auch bei dieser Gelegenheit zum Vortrag bringen und sowohl den Generaldirektor der Reichsbahn in Bielefeld[292] als auch die britische Militärregierung bitten, auch diesem Problem ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken und, wenn möglich, ihren Standpunkt einer Nachprüfung zu unterziehen.[293]

Ungleich wichtiger und zweckmäßiger ist das Problem der Seßhaftmachung und Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft. Die angesessene Bevölkerung muß sich vor allem daran gewöhnen, im Flüchtling nicht nur einen vorübergehend anwesenden Gast zu sehen, sondern als [!] einen, der dauernd hier bei uns im Lande bleiben muß und hier ansässig gemacht wird, der in die Wirtschaft eingefügt werden muß. Andererseits kann und darf meines Erachtens kein Flüchtling erwarten, daß ihm ein voller oder auch nur wesentlicher Ersatz dessen geboten werden kann in unserem verarmten und verkleinerten Restreich, was er tatsächlich an Schaden erlitten hat. Was wir vermögen, kann nur darin bestehen, daß wir alle unsere moralischen und alle unsere noch verbleibenden materiellen Kräfte einsetzen müssen, um möglichst vielen Flüchtlingen eine bescheidene neue Existenzgrundlage zu verschaffen.

Die Berufsgliederung der Flüchtlinge gibt einen Anhaltspunkt dafür, was im einzelnen geschehen muß. Nach den statistischen Feststellungen des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel[294] ergibt sich die interessante Tatsache, daß die soziale Struktur der deutschen Flüchtlinge aus dem Osten und Südosten einen ziemlich stark ausgeprägten städtischen und gewerblichen Charakter trägt. Die Angehörigen der überwiegend städtischen Berufe zählen etwa 9 Millionen Menschen, d. h. etwa 65 %, während die Berufszugehörigen der Land- und Forstwirtschaft mit nur 4 Millionen [einen] Anteil [von] nur 30 % erreichen. Auf die britische Zone umgerechnet würde das bedeuten, daß im Herbst dieses Jahres, wenn die Ausweisungen hoffentlich dann vorüber sind, wir, rund gerechnet, 1,8 Millionen Menschen aus der Landwirtschaft und rund 3,3 Millionen Menschen aus Gewerbe, Handel und Industrie an Flüchtlingen hier haben werden.

Diese Zahlen sind natürlich geschätzt, wenn auch mit allen Überlegungen, die ja ein solch namhaftes Institut anzustellen gezwungen ist. Aber ich glaube, sie wird allein schon durch die Tatsache korrigiert, daß der größte Teil der Flüchtlinge, der aus dem polnisch besetzten Gebiet herüberströmt, aus Frauen, Kindern und alten Männern besteht und nur zu einem verschwindend kleinen Teil aus Männern im wirklichen Vollbesitz ihrer Kraft im Alter von 30, 40 und 50 Jahren. Ich habe mich

292 Zu dieser Zeit (bis 7. 8. 1946) Dr.-Ing. Max *Leibbrand* (vgl. Vogel, Westdtld. III, S. 376 ff.).
293 Vgl. hierzu auch Anl. 184.
294 Vgl. o. Anm. 286.

und ich glaube, wir müssen uns doch darauf einrichten, daß wir eine Zwangsabgabe von Hausrat durchführen müssen, um diese großen Massen nur mit dem Allernotwendigsten zu versorgen. Wenigstens solange müssen wir zu diesen Hilfsmaßnahmen greifen, bis es gelingt, die Möbel- und Textilindustrie wieder auf Hochtouren zu bringen, daß eine einigermaßen ausreichende Versorgung der Bevölkerung sichergestellt ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich zum Ausdruck bringen, daß es nach meiner Auffassung doch wohl nötig ist, daß das, was an Hausrat und an Kleidung produziert wird, in erster Linie für die armen Menschen zur Verfügung gestellt wird, die aus dem Osten hierherkommen und so gut wie nichts mehr haben, bei aller Würdigung der Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung. Um welche Werte es sich bei all diesen Dingen handelt, können Sie ja aus der Drucksache ersehen, die Ihnen vorgelegt ist. Solange die Herstellung dieser Gegenstände noch nicht in größerem Maße möglich ist, wäre eine fühlbare Erleichterung auch dadurch zu erreichen, wenn es möglich zu machen wäre, daß unseren Volksgenossen, die während des Krieges aus den gefährdeten Westzonen in die Ostgebiete evakuiert wurden und ihre Möbel und ihren Hausrat mitgenommen haben und jetzt wieder heraus müssen, ohne diesen Hausrat und ohne die Bekleidung mitnehmen zu können, gestattet würde, ihre Habe wieder in irgendeiner Form zurückzuführen. Ich weiß, wo sich jetzt der sogenannte eiserne Vorhang gegenüber der russischen Zone noch dichter geschlossen hat als bisher, daß das ein sehr schwieriges Problem ist, aber gleichwohl möchte ich die englische Militärregierung bitten, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, hier eine Verständigung mit der russischen Besatzungsmacht zu erzielen, damit allen diesen Hunderttausenden von armen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, das Notdürftigste an Bekleidung und Hausrat aus den Ostgebieten wieder zurückzubringen.[290]

In den Briefen der Flüchtlinge, die ich fast täglich erhalte, kehrt immer wieder die Frage, ob und in welchem Maße es möglich sei, über die Sparguthaben bei den östlichen Banken zu verfügen. Bekanntlich dürfen die Flüchtlinge aus den Ostgebieten an barem Geld nur den Betrag von 500 RM mitnehmen. Diese 500 RM sind natürlich bald verbraucht, und die Ostflüchtlinge werden gezwungen, öffentliche Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch zu nehmen.

Dieses Problem ist in vielen Denkschriften erörtert worden, die sich mit dem zukünftigen Lastenausgleich beschäftigen, und offen gestanden, ich kann mir nicht so recht denken, wie ohne eine Lösung des Lastenausgleiches oder, noch weiter ausgeholt, ohne eine Lösung der Geldwirtschaft im ganzen eine Lösung dieses Teilproblems möglich ist, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Postsparkasse großzügig auf diesem Gebiete ist und regelmäßige Auszahlungen bis zu einem gewissen Höchstbetrage vornimmt, auch an die, die in den Ostgebieten gespart haben.[291]

Immerhin muß versucht werden, gerade auch im Interesse der Flüchtlinge, die Frage des Lastenausgleichs so bald wie möglich in Angriff zu nehmen.

---

290 Vgl. hierzu Anl. 80.
291 Vgl. hierzu weiter Dok. X.3 mit Anm. 100–101.

ich glaube, Herr *Steltzer* wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß in der Provinz Schleswig-Holstein die Verhältnisse bereits einen Stand erreicht haben, daß pro Kopf der Bevölkerung nur ein Wohnraum von 3–4 qm bleibt. Wenn man weiter berücksichtigt, daß alle diese Menschen an Bekleidung nur das mitgebracht haben, was sie auf dem Leibe tragen, und an Hausrat soviel wie gar nichts, dann kann man sich das menschliche Elend vorstellen, unter dem diese Massen zu leben gezwungen sind, und die mit einer solchen Massennot verbundenen moralischen, gesundheitlichen und auch politischen Gefahren sind offensichtlich, und sie zeigen im voraus, wie schwierig die Probleme sind, die hier gelöst werden müssen, und vor allem auch, wie dringend es ist, an die endgültige Lösung dieser Probleme heranzugehen.

Wenn ich mich nun den unmittelbaren Hilfsmaßnahmen zuwende, dann möchte ich sagen, daß es in der Hauptsache zunächst darauf ankommt, die Ernährung sicherzustellen, für die Schaffung des erforderlichen Wohnraumes zu sorgen und die Bereitstellung der nötigen Bekleidung und des erforderlichen Hausrates sicherzustellen.

Bezüglich des ersten Punktes, der Ernährung, sind ja die Einheimischen genau so übel dran wie die Flüchtlinge. Wir haben gestern erst von Dr. *Schlange-Schöningen* gehört, wie die Ernährungslage der nächsten vier Wochen sein wird, und ich möchte nur hoffen, daß es gelingen wird, diese Lage durch Zufuhren vom Auslande so zu verbessern, wie das hier gewünscht worden ist.[289]

Die Wohnraumbeschaffung ist nicht minder wichtig, wenn nicht die mit der Wohnungsnot verbundenen sittlichen und gesundheitlichen Gefahren zu einer unhaltbaren Krise führen sollen. Über den Umfang der Wohnraumzerstörungen habe ich bereits einige Zahlen genannt. In erster Linie ist es meines Erachtens jetzt erforderlich, alle Kräfte anzuspannen, um für den entsprechenden Wohnraum zu sorgen, entweder durch Neubau oder Instandsetzung beschädigter Wohnungen oder meinetwegen auch durch Erstellung von Behelfsbauten.

Ich habe neulich in der Presse einen Artikel gelesen, worin gegen die Errichtung von Behelfsbauten Stellung genommen wird. Ich bin der Auffassung: Das kann alles nichts nutzen, auch die Behelfsbauten werden wahrscheinlich eine ganze Reihe von Jahren als Behausung für die dienen müssen, die als Evakuierte oder Flüchtlinge in die britische Zone gekommen sind. Und ich meine, auch hier auf diesem Gebiete sollte man alles tun, um überhaupt Wohnraum für die großen Menschenmassen zu schaffen, um Luft zu schaffen, um einen größeren Spielraum wieder auf dem Gebiete zu erzielen.

Ich meine, der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach, wenn man damit rechnen muß, daß größerer Wohnraum doch erst in einer ganzen Reihe von Jahren geschaffen werden kann in einem Umfange, der wirklich eine fühlbare Entlastung mit sich bringt.

Ebenso dringend ist die Bereitstellung von Hausrat und Bekleidung. Ob die überall durchgeführte freiwillige Sammlung von Hausrat und Bekleidung zu dem erwünschten Ziele führen wird, weiß ich nicht, es erscheint mir aber zweifelhaft,

289 Vgl. o., bes. mit Anm. 163–166.

den noch erwartet bzw. sind inzwischen eingetroffen. Im ganzen haben wir es mit einer Masse von 13–14 Millionen Menschen zu tun. Im Restdeutschland, das um ca. ein Viertel der Fläche von 1938 verkleinert ist, werden nach Beendigung der Ausweisungen etwa 70–72 Millionen Menschen wohnen, also rund 2 Millionen Menschen mehr als früher im ganzen Reiche innerhalb der Grenzen von 1938. Und für die britische Zone sieht das Bild so aus, daß hier – in runden Zahlen gerechnet – am 1. April d. J.[287] bereits 21,7 Millionen Menschen wohnten, d. h. 222 je qkm, darunter 2,7 Millionen Flüchtlinge. Ende dieses Jahres werden es wohl voraussichtlich 3,5 Millionen werden, die innerhalb der britischen Zone versuchen, ein Unterkommen zu finden und wieder in Arbeit und Brot zu kommen.

Nun ist die Verteilung innerhalb der britischen Zone sehr verschieden. Das liegt wohl im wesentlichen daran, daß in den Westprovinzen – Rheinland und Westfalen – die Zerstörung des Wohnraumes stärker ist als in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein.

Aber die Zahlen sind doch sehr interessant, wenn ich sie Ihnen zum Vortrage bringen darf.

Nach der statistischen Feststellung unseres Landesamtes in Hannover hat man in Westfalen mit einer Bevölkerungszunahme bis zum 1. April von 4,6 % zu rechnen, in Hannover mit einer solchen von 35 % und in Schleswig-Holstein von 36 %. In einzelnen Kreisen der Provinz Schleswig-Holstein und, soviel ich gehört habe, auch bereits in der Provinz Hannover ist die Bevölkerungszunahme durch den Flüchtlingsstrom bereits über 100 %.[288]

Aus allen Ecken und Kanten kommen die Flüchtlinge gerade in die britische Zone, und ich freue mich, daß jetzt bei der Erörterung dieses Themas Mitglieder der Regierungen unserer süddeutschen Staaten anwesend sind, um jene Aktion, die im Laufe des Sommers angelaufen ist, zur Sprache zu bringen, wonach rund 170 000 Menschen, die früher in der britischen Zone beheimatet waren, aber im Laufe des Krieges nach dem Süden evakuiert wurden, wieder zwangsweise hierher zurückgeführt werden sollen. Gott sei Dank habe ich dieser Tage eine Mitteilung in der Zeitung gelesen, daß diese Aktion abgestoppt sei. Ich will hoffen und meinem Wunsche Ausdruck geben, und ich glaube, darin stimme ich mit allen Mitgliedern des Zonenbeirates überein, daß es sich hier nicht nur um einen Aufschub handelt, sondern um eine endgültige Aufhebung dieser Aktion.

Wenn man nun berücksichtigt, daß nach vorsichtiger Schätzung in der britischen Zone durchschnittlich 60 % des vorhandenen Wohnraumes vollständig bzw. stark zerstört sind, wird einem klar, wie eng die Menschen hier zusammenwohnen, und

287 Anl. 113: Ende 1945; bezogen auf Pressemeldungen vom Dezember 1945 (vgl. Das deutsche Flüchtlingsproblem, S. 6).

288 Vgl. hierzu: Fläche, Bevölkerung und Flüchtlingsanteil der Kreise Schleswig-Holsteins. In: Hb. für SH 1949, S. 252. Zur Lage der Flüchtlinge im nordöstl. Niedersachsen vgl. Brosius/Hohenstein; für Lübeck vgl. Schier; für Kiel vgl. Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung; Christian *Krull*, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Hilfsgemeinschaft e. V. in Hamburg, schildert „Das Flüchtlingsproblem in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands" aus zeitgenössischer Sicht, vgl. die undatierte 14seitige Darstellung in: HStAH Nds. Z 50/82; siehe auch: Die Flüchtlinge in der brit. Zone.

Punkt 23:

Zwangsweise Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone

Andrée: In Würdigung unserer Geschäftslage will ich mich ganz kurz fassen und Sie nicht länger behelligen mit einer Schilderung des Elends der Flüchtlinge, die aus den Ostgebieten über die britisch-russische Zonengrenze herüberfluten und hier unsere Westzone überfluten.[282] Von neutraler Seite sind bereits zahlreiche Veröffentlichungen erfolgt. Ich erinnere nur an die Schilderung von Oberst Jung „Hochlandbote"[283], eine Schilderung, die wohl zu dem Schlimmsten gehört, was ich jemals an Schilderungen menschlichen Elends gelesen habe. Ich habe leider nicht vernehmen können, daß diese Veröffentlichungen in der Welt ein entsprechendes Echo gefunden haben. Das Weltgewissen ist wahrscheinlich durch die Schrecken des Krieges derart abgestumpft, daß auch solche Schilderungen keinen Eindruck mehr zu machen vermögen. Jedenfalls sind wir noch sehr weit von dem Punkte entfernt, daß Menschlichkeit und Humanität auch auf diesem Gebiete Wirklichkeit werden können.

Ich habe mir erlaubt, in Verbindung mit den Mitgliedern des Zonen[bei]rates Professor *Degkwitz* und *Petersen* einen Antrag hier vorzulegen, der Material aus Briefen und sonstigen Veröffentlichungen enthält, z. B. vom Roten Kreuz in Hamburg, einen Antrag, aus dem Sie schon des näheren ersehen können, wie die Lage unserer Volksgenossen in den östlichen Gebieten ist.[284] Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag mit zum Beschlusse zu erheben.

Gestatten Sie mir, daß ich zunächst ein zahlenmäßiges Bild über die Lage der Flüchtlinge gebe[285], und zwar stütze ich mich in der Hauptsache auf Veröffentlichungen des Weltwirtschaftlichen Instituts an der Universität Kiel und auf die Feststellungen des Landesamtes für Statistik und Landesplanung beim Oberpräsidenten von Hannover.[286]

Hiernach waren bis Ende 1945 ca. 7 Millionen Flüchtlinge aus den Ostgebieten, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn bereits in dem restlichen Deutschland westlich der Oder-Neiße-Linie eingetroffen, und weitere 6,7 Millionen wer-

---

282 In der vorbereitenden Korrespondenz zur 5. Sitz. hatte *Weisser* in einem Schreiben an *Roßmann* vom 14. 6. 1946 gerade diesen TOP für besonders fruchtbar gehalten, „wenn es gelingen sollte, einen Vertreter der Ostzone für die Tagung einzuladen" (PA 1/60). Ein diesbezüglicher Vorgang bzw. ein Einladungsschreiben konnten allerdings nicht ermittelt werden.

283 Es handelt sich offensichtlich um einen Bericht Robert Jungks: „Aus einem Totenland", in: Hochland-Bote vom 22. 12. 1945 (Nachdruck aus: Die Weltwoche (Zürich)). *Jungk* stellt die Situation der Deutschen östlich von Oder und Neiße dar.

284 Vgl. u. mit Anm. 307–308.

285 Im folgenden stützt sich *Andrée* z. T. auf die in Anl. 113 aufgeführten Angaben.

286 Vgl. Das deutsche Flüchtlingsproblem (Veröffentlichung des Instituts für Weltwirtschaft, März 1946); der Bericht des Landesamtes für Statistik und Landesplanung (Hannover) war nicht zu ermitteln, vgl. aber zum Flüchtlingsproblem in Niedersachsen Malecki; siehe ferner: Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in Deutschland (EA 1/1946/47, S. 227–233).

scheint in der Provinzebene (Länderebene) die folgende Organisation als die zweckmäßigste:

1. Das Landesernährungsamt wird wieder (wie seit der Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung vom 27. 8. 1939)[278] ein Bestandteil der Provinz- und Landesregierung.

2. Auch die Angelegenheiten der Abteilung A des Landesernährungsamts werden nicht mehr durch die Landesbauernschaft, sondern – wie schon früher die Aufgaben der Abteilung B – durch einen eigenen Verwaltungskörper der Gebietsregierung (Provinz- oder Landesregierung) als Sonderverwaltung wahrgenommen.[279]

3. Das Landesernährungsamt bedient sich bei den Erfassungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen in dem gleichen Umfange wie bisher der Wirtschaftsverbände. Eine Auflösung der Wirtschaftsverbände und die Übertragung ihrer Aufgaben auf Abteilungen und Referenten des Landesernährungsamts ist nicht zu empfehlen.

4. Durch ausreichende Vertretung der Erzeuger und Bearbeiter in einem Ernährungsausschuß beim Landesernährungsamt ist sicherzustellen, daß den Erfordernissen der Produktion und der Verarbeitung von Nahrungsgütern bei den Maßnahmen des Landesernährungsamts ausreichend Rechnung getragen wird. Gutachtlich ist insbesondere in Fragen der Produktion die Landesbauernschaft (Landwirtschaftskammer) einzuschalten.

5. Das Landesernährungsamt hat Anordnungen des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft als Auftragsangelegenheiten durchzuführen. Im sachlichen Bereich steht dem Zentralamt ein Prüfungsrecht zur Gewährleistung einer ordnungsmäßigen Durchführung seiner Anordnungen zu.

6. Damit ist zugleich die Voraussetzung für die Umwandlung der Landesbauernschaft in eine Landwirtschaftskammer als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaft unter Aufsicht der Provinzregierung (Landesregierung) geschaffen, die in ihrem Aufgabenbereich ebenfalls dem Zentralamt für landwirtschaftliche Angelegenheiten als ausführendes Organ im Wege der Wahrnehmung von Auftragsangelegenheiten zur Verfügung steht.〉

Der Antrag wird von mehreren Herren unterstützt, kommt also auch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.[280]

Ferner liegt ein Antrag vor, der sich auf die Entnazifizierung bezieht und von den Oberpräsidenten *Kopf* und Dr. *Lehr* gestellt wird.[281] Das ist ein Antrag, der sich an die Militärregierung richtet, und wenn er zugelassen würde, würde ein entsprechender Gesetzentwurf im Zonenbeirat ausgearbeitet werden können.

Vorsitzender: Dann kommen wir jetzt zu Punkt 22:

Das Flüchtlingsproblem

278 RGBl. 1939 I, S. 1495–1498.

279 Vgl. hierzu Dok. III.3 mit Anm. 137–138 sowie 146.

280 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 37–38.

281 Der Antrag ist weder in den Anlagen noch im Kurzprot. überliefert (vgl. Dok. V.4, TOP 76.III). – Auf der LChK am 7./8. 7. 1946 in Celle war beschlossen worden, daß Hannover im ZB den Antrag stellen solle, beschleunigt eine einheitliche Regelung der Entnazifizierung in der brit. Zone durch ein dt. Gesetz in Angriff zu nehmen (vgl. o. wie Anm. 269, hier S. 2).

Dann ist ein Antrag eingegangen, der sich auf die Verwaltungsorganisation bezieht, und zwar betrifft er die Eingliederung der Landesernährungsämter in die künftigen Länderregierungen. Er ist von Dr. *Amelunxen* gestellt und lautet[275]:

〈Entwurf einer Entschließung betreffend Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen

1. Die Sicherung der Volksernährung und die Erzielung von Höchstleistungen in der Landwirtschaft gehören zu den wichtigsten Aufgaben jeder verantwortungsbewußten Staatsführung. Keine Regierung kann daher dauernd oder auf längere Zeit auf diese Aufgabengebiete verzichten.

2. Der durch die Anweisung Nr. 64 der Kontrollkommission geschaffene Zustand, nach welchem die Verantwortung sowohl für die Förderung und Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung als auch für die Erfassung und Verteilung der Nahrungsgüter den Landesernährungsämtern und Landesbauernschaften unter Ausschaltung der allgemeinen Staatsverwaltung zugewiesen wird, sollte daher möglichst bald beseitigt werden.[276]

3. Die Notwendigkeit einer zentralen Steuerung der Erzeugung und Verteilung von Nahrungsgütern wird anerkannt.

4. Um beiden Notwendigkeiten gerecht zu werden, erscheint es zweckmäßig und notwendig,

a) bei den einzelnen Gebietsregierungen (Provinz- und Länderregierungen) müssen Landesernährungsämter als Sonderverwaltungen dieser Regierungen bestehen, die gleichzeitig die ernährungswirtschaftlichen Anordnungen der Zentrallenkungsstelle als Auftragsaufgaben durchführen.[277]

b) Gleichzeitig sind für die Aufgaben der landwirtschaftlichen Erzeugung sofort in allen Ländern und Provinzen, soweit nicht schon vorhanden, demokratisch aufgebaute Landwirtschaftskammern, in denen Erzeuger und landwirtschaftliche Arbeitnehmer vertreten sind, zu errichten.

Kurze Begründung einer Entschließung betreffend Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen

Die Sicherung der Regelung der Volksernährung ist eine Staatsaufgabe, deren Auswirkungen sich auf fast alle Zweige des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Verwaltung erstrecken. Die Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Verwaltung können sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen, und ihre Autorität kann hierbei nicht entbehrt werden. Verwaltungsmäßig kann die Ernährungssicherung nicht ohne enge Anlehnung an die Behörden der allgemeinen Verwaltung auskommen. Deshalb er-

275 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 90. Diese Fassung trägt allerdings das Datum des 12. 7. 1946, wurde also offenbar erst bei der Abfassung des Kurzprot. endgültig formuliert. – Auf der LChK am 7./8. 7. 1946 in Celle war die dort vorgelegte gleichlautende Entschließung angenommen worden. Dort hatte man ferner vereinbart, daß jeder der Länderchefs diese an den Leiter des ZEL, *Schlange-Schöningen*, senden solle (vgl. o. wie Anm. 269, hier S. 3 f.).

276 Vgl. hierzu Dok. III.3 mit Anm. 131 und 174. Auf der 3. Sitz. war bereits eine Entschließung zu dieser Frage formuliert worden.

277 Vgl. hierzu a. a. O. mit Anm. 135 und 137.

zielt werden könnte, überaus kurzsichtig, die Lösung der Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Hausbrandversorgung auf diesem Wege zu suchen.

b) Tatsächlich kann aber auch ein solcher Nutzeffekt überhaupt auf diese Weise nicht erreicht werden, denn auch bei stärkster Steigerung des Brennholzeinschlages sind die Aufwendungen an Arbeitskraft und Transportleistung dafür so unverhältnismäßig hoch, daß der erzielte Nutzeffekt in gar keinem Verhältnis zum Aufwand steht, also völlig unwirtschaftlich ist. Denn der Heizwert des frisch gewonnenen, noch dazu feuchten Holzes ist geringer als der Menschen- und Materialaufwand für seine Gewinnung und seinen Transport.

Das Ergebnis aller Bemühungen um eine Verstärkung der Torf- und Holzversorgung ist also die Erkenntnis, daß letzten Endes eine wirksame Versorgung der Haushalte nur auf der Basis der Steinkohle möglich ist.

Es muß also erneut an die Militärregierung die ernste Bitte gerichtet werden, Steinkohle als Grundlage für die Winterhausbrandversorgung freizugeben.[272]

Im Hinblick darauf, daß zur Zeit die Verkehrsbelastung, vor allem der Eisenbahn, noch relativ gering ist, während sie sich in einigen Wochen nach der Ernte, namentlich durch den Kartoffel- und Rübenversand, sehr steigern wird, müßte die Freigabe der Steinkohle möglichst umgehend erfolgen, damit ihre Verteilung während der transportarmen Zeit durchgeführt werden kann.

Gleichzeitig wird nochmals eine zusätzliche Brikettierung von Braunkohle vorgeschlagen. Für diese ist unbedingte Voraussetzung eine sofortige größere Eisenzuteilung an die Braunkohlenindustrie zur Verstärkung der Brikettierungsanlagen.

Ergänzend wird durch die deutschen Behörden inzwischen der Holzeinschlag dort vorgenommen, wo ein solcher den örtlichen Umständen nach zweckmäßig und herkömmlich ist, also vor allem in den stark land- und forstwirtschaftlichen Gegenden. An dieser Stelle soll noch einmal unterstrichen werden, daß in dicht nebeneinanderliegenden Großstädten in waldarmen Gegenden eine ausreichende Hausbrandversorgung durch Holz eine bare Unmöglichkeit ist.

Ergänzend neben der Holzfeuerung kann eine Entlastung der Steinkohle durch möglichst große Freigabe von Koks erreicht werden.

Pressenachrichten zufolge wird in der russischen Zone bereits die Versorgung der Haushalte für den Winter mit Kohle und Briketts durchgeführt.

Wird in der britischen Zone die Grundbasis der Steinkohle durch Briketts, Koks, Holz und Torf sinnvoll ergänzt, besteht bei sofortiger Inangriffnahme und sofortiger Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen die Hoffnung, der jetzt schon stark entkräfteten Bevölkerung das Überstehen des kommenden Winters zu ermöglichen.

Es ist den Antragstellern bewußt, daß in erster Linie die Grundstoffindustrien mit Kohle beliefert werden, wie dies die Kontrollkommission in ihrer Stellungnahme zu Punkt 51 ZAC/M (46)4 des Protokolls der 4. Sitzung zum Ausdruck gebracht hat.[273] Eine kurze Unterbrechung der Belieferung der Grundstoffindustrien zum Zwecke der Hausbrandversorgung wird dennoch erforderlich sein, da die menschlichen Arbeitskräfte als wichtigster Produktionsfaktor von der Erhaltung der Gesundheit und diese im Winter von der Beheizung der Wohnräume abhängt.〉[274]

272 Vgl. hierzu etwa Dok. IV.3 mit Anm. 35–37.
273 Vgl. o. mit Anm. 29–31.
274 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 30–32; ein weiterer Antrag *Everlings* a. a. O. mit Anm. 229–234.

diglich – sagen wir – Verordnungen und Gesetze austauscht, über das man Fragen an bestimmte Behörden in den verschiedenen Zonen richten könnte. Für mich wäre es z. B. von großem Vorteil, wenn ich hören könnte, was in Süddeutschland in bestimmten Fragen der Krankheitsverhütung getan wird und wie man auf diesem Wege in gegenseitigen Kontakt kommen könnte.

Vorsitzender: Über die sachliche Notwendigkeit der Erhebung in diesem Sinne besteht wohl keine Differenz zwischen uns. Dann möchte ich vorschlagen, diese Angelegenheit nicht in einer Kommission zu begraben, sondern die gesetzlichen Möglichkeiten, die vorhanden sind, jetzt gleich zum Leben zu erwecken. Das scheint mit durch die Fühlungnahme in diesem Sinne zwischen dem Zonenbeirat und dem amerikanischen Länderrat der Fall zu sein. Ich hoffe, daß wir bis zur nächsten Sitzung Ihnen etwas Positives vorlegen können.[268]

Dann möchte ich den Generalsekretär bitten, Mitteilungen über die neu eingegangenen Anträge zu machen.

Weisser: Sie hatten gewünscht, daß neu eingehende Anträge Ihnen zunächst bekanntgegeben werden. Die Erörterung dieser Anträge ist dann erst möglich, wenn sie auf die Tagesordnung einer Sitzung gesetzt sind, d. h. wenn die Kontrollkommission diese Anträge genehmigt hat.

Neue Anträge sind eingegangen:

1. In Bezug auf die Hausbrandversorgung, und zwar von den Herren *Henßler,* Dr. *Lehr, Petersen, Kopf* und *Tantzen.* Der Antrag lautet[269]:

> ⟨Der ZAC hat in seiner Sitzung am 28. und 29. Mai 1946 die nachstehende Entschließung gefaßt:
>
> [. . .][270]
>
> Inzwischen sind von der Militärregierung gewisse Maßnahmen ergriffen worden, um die Gewinnung von Torf für die Hausbrandversorgung zu steigern. Es läßt sich jedoch schon jetzt übersehen, daß der Erfolg dieser Maßnahmen nicht im entferntesten ausreichen wird, eine wirksame Entlastung der Brennstoffversorgung herbeizuführen. Eine solche Entlastung kann auch nicht etwa durch den von der Militärregierung verordneten verstärkten Brennholzeinschlag erzielt werden. Zunächst muß noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß
>
> a) der verstärkte Brennholzeinschlag neben der überaus starken Beanspruchung des deutschen Waldes für die Nutzholzgewinnung katastrophale Folgen für den Bestand des deutschen Waldes und damit für die gesamte Landeskultur haben muß.[271] Es wäre also, selbst wenn durch den verstärkten Holzeinschlag tatsächlich ein gewisser Nutzeffekt er-

---

268 Der Antrag wurde im Plenum nicht mehr behandelt; Material hierzu konnte in den Akten des PA und des BA nicht ermittelt werden. Der Gegenstand war offensichtlich im Zuge der bizonalen Entwicklung überholt.

269 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 118. Diese Fassung trägt allerdings das Datum des 15. 7. 1946, wurde also offenbar erst bei der Abfassung des Kurzprot. endgültig formuliert. – Auf der LChK in Celle am 7./8. 7. 1946 hatte *Lehr* einen eingehenden Bericht über die Hausbrandversorgung erstattet. Der hier vorgelegte Antrag war bereits auf der LChK formuliert worden (vgl. StAB 3-R.1. m. Nr. 113/2 Nr. 8: Prot. der LChK vom 7./8. 7. 1946, S. 5, sowie Anl. 2).

270 Vgl. den Text in Dok. IV.3 mit Anm. 31–32.

271 Vgl. hierzu Dok. III.3, bes. mit Anm. 153–158.

ebenso auch die Herren des Agrarausschusses bitten, 10 Minuten vor 3 Uhr hier zu sein, damit wir dann die endgültige Fassung festsetzen.

Tantzen: Ich möchte die Frage an Dr. *Schlange-Schöningen* stellen, ob er, wenn Aussicht besteht, daß wir Ölfrüchte bekommen, dann die Fettration aus den Reserven wieder erhöhen kann.

Schlange-Schöningen: In dem Moment, wo wirklich begründete Aussicht besteht, daß wir derartige Dinge bekommen, bin ich natürlich der erste, der bei der britischen Militärregierung versuchen wird, die Erhöhung der Rationen durchzusetzen. Im Augenblick kann ich es nicht anordnen. Ich kann nur vorschlagen. Ich bin der Meinung, daß, wenn diese Tatsache vorliegt, die britische Militärregierung es machen wird, denn des Ernstes der Situation sind sich die Leute bewußt.

(Tantzen: Das Fett ist da?)

Ja.

Vorsitzender: Ich unterbreche jetzt die Sitzung. Der endgültig formulierte Antrag wird heute nachmittag vorgelegt.[264]

Mittagspause: 13.20 Uhr [bis 15.15 Uhr]
Wiederbeginn: 15.15 Uhr

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung und erlaube mir, zuerst *Mr. Albu*, den Vertreter des Ministers *Hynd*[265], zu begrüßen. Wir treten sofort in die weitere Erledigung der Tagesordnung ein.

Wir hatten eine Reihe von Anträgen zu redigieren, die sich mit der deutschen Wirtschaftsversorgung beschäftigten. Die Herren, die mit der Redaktion beschäftigt sind, sind bisher noch nicht erschienen. Wir können also mit unserer Tagesordnung an einem anderen Punkte fortfahren. Vielleicht nimmt Dr. *Degkwitz* jetzt das Wort zu Punkt 26:

Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen aller vier Zonen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten[266]

Degkwitz: Ich habe Dr. *Groth* gebeten.[267] Wir wollten die Gelegenheit der Anwesenheit der süddeutschen Herren benutzen, an die Militärregierung heranzutreten, ein Koordinierungsbüro zwischen den vier Zonen zu errichten, ein Koordinierungsbüro, das natürlich nicht mit politischen Fragen zu tun hat, sondern das le-

264 Vgl. u. mit Anm. 330–333.

265 Die Vertretung *Hynds* durch *Albu* galt nur für diese Sitzung. Austen *Albu*, Deputy President, Governmental Sub-Commission der CCG(BE), Berlin. John B. *Hynd*, Leiter des am 22. 10. 1945 errichteten „Control Office for Germany and Austria", das eine Art Zwischenstellung zwischen Foreign Office und War Office einnahm (vgl. hierzu insgesamt Reusch, Londoner Institutionen, bes. S. 380 und S. 405; zur Person *Hynds* vgl. Reusch, Hynd).

266 Vgl. hierzu o. mit Anm. 41.

267 *Groth* und *Schlange-Schöningen* unterstützten den Antrag (vgl. Anl. 112).

kein besseres und billigeres Mittel für die Ernährung in der heutigen Zeit als den Hering. Ich bitte Sie, diesem SOS-Rufe zuzustimmen.

Vorsitzender: Ich habe vorweg aus dem Kapitel „Sonstiges" diese sehr wichtige Angelegenheit herausgenommen, um sie zur Erörterung zu bringen. Leider sind die Vertreter der Militärregierung jetzt gerade nicht da. Bevor ich jetzt Herrn *Karl* das Wort gebe, möchte ich sagen, daß sämtliche Angelegenheiten auf diesem Gebiete in eine Einheit kodifiziert werden könnten, die ich dann heute nachmittag zur Abstimmung bringe.

Karl: SOS! Ich halte es für notwendig, mit aller Deutlichkeit darauf zu verweisen, daß die verschärfte Ernährungslage unweigerlich zu einem weiteren Absinken der Arbeitsleistung führen muß, und das bedeutet, daß wir in eine immer größere Kalamität hineinkommen.[263] Als typisches Beispiel möchte ich darauf verweisen, daß auch in dem hannoverschen Kohlengebiet in der letzten Zeit die bisher erfreulicherweise gehaltene Förderung stark zurückgegangen ist. Das niedersächsische Kohlengebiet hatte die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß bis vor kurzem noch eine normale Arbeitsleistung war; seitdem die Lebensmittelrationen stark gesunken sind, ist aber auch dort die Leistung stark zurückgegangen. Ich habe soeben ein Telefongespräch mit Hannover geführt und wurde erneut dazu animiert, hier mit Deutlichkeit darauf zu verweisen, daß etwas getan werden muß, und zwar von allen Stellen, um einen Ausgleich für die erneute Herabsetzung der Fettration irgendwie herbeizuführen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Reserven angegriffen werden müssen.

Was alles zum Vorschlage gebracht worden ist, das sind Dinge, die Zeit zum Anlaufen und zur Durchführung benötigen. Wir brauchen aber möglichst sofortige Hilfe, und für diese sofortigen Hilfsmaßnahmen zu sorgen, möchte ich Ihre Stelle angegangen haben. Ich möchte Sie darauf verweisen, daß wir fast tagtäglich Nachrichten aus den Betrieben über Ohnmachtsanfälle und Zusammenbrüche von Arbeitskräften bekommen. Wir hatten vor 14 Tagen eine Versammlung, an der auch Arbeiterinnen beteiligt waren. Mitten in der Versammlung brach uns eine Arbeiterin zusammen, aus Entkräftung. Daraufhin kam die Mitteilung aus den Betrieben: Das ist für uns nichts Neues, das passiert jetzt alle Tage mehrfach.

Ich wollte in aller Kürze auf diese Tatsachen verwiesen haben und wollte allen damit ins Gewissen geredet haben. Die Notwendigkeit, hier alles zu tun, ist ja allgemein bekannt, aber ich möchte doch noch einmal betonen, daß man auch mit Rücksicht auf die Dringlichkeit die äußersten Reserven angreifen muß, und damit möchte ich mich an Dr. *Schlange-Schöningen* wenden, doch zu erwägen, ob nicht schleunigst Hilfe geschaffen werden kann, daß nicht erst die Auswirkungen der Maßnahmen abgewartet werden müssen, die jetzt in den Anträgen hier angedeutet sind.

Vorsitzender: Eine weitere Aussprache zu diesem Punkte ist deshalb zwecklos, weil wir alle der Meinung sind, daß im Sinne der Anträge verfahren werden muß. Es dreht sich jetzt nur darum, daß sämtliche Antragsteller einschließlich Herrn *Everling* heute 10 Minuten vor 3 Uhr hier zusammenkommen, und ich möchte

263 Vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 130–131.

wöhnlich fettreich ist. Wenn es uns gelänge, 20 000 t Sojabohne im Vierteljahr in die britische Zone einzuführen – das ist der Betrag, den die Industrie verarbeiten könnte –, dann könnte sehr viel Unglück, Krankheit und Tod verhütet werden.

Vorsitzender: Ich glaube, eine Debatte über Dinge, die selbstverständlich sind, erübrigt sich. Ich glaube, es erübrigt sich hier auch eine Ausschußberatung. Ich bitte um die Erlaubnis, diese Anträge zur Abstimmung zu bringen. Ich glaube, für alle vier Anträge mit Ihrer Zustimmung rechnen zu dürfen.

Everling: Gestern abend ist zum ersten Male die Fettkürzung durch den Rundfunk bekanntgegeben worden. Als ich heute morgen bei mir ins Büro kam, kam der Betriebsratsvorsitzende und sagte: Das allgemeine Gesprächsthema ist nur die Fettkürzung; es besteht eine ungeheure Erregtheit der Belegschaft darüber, daß in so ungeahntem und unerwartetem Umfange diese Fettkürzung eingetreten ist.

Wir haben gestern gehört, und Dr. *Degkwitz* hat es jetzt wiederholt, welche Folgen schon eingetreten sind. Von der Belegschaft wird mit Recht darauf hingewiesen, daß wir im vorigen Winter infolge der Kälte einen Zustand gehabt haben, daß es an und für sich unverantwortlich war zu arbeiten. An sich hatte in den Betrieben und auch bei uns gar keine Möglichkeit bestanden, die Arbeit zu verrichten, denn sitzende Beschäftigung ist bei der Kälte nicht zu verrichten. Die Leute liefen alle Viertelstunde herunter in die Kantine, den einzig warmen Raum, um sich durchzuwärmen, und dann konnten sie, wenn sie heraufkamen, doch nicht arbeiten. Wenn jetzt nicht mehr die Fettmenge vorhanden ist, wie wir sie im vorigen Winter zur Verfügung hatten, werden katastrophale Verhältnisse eintreten. Nach dem vorigen Weltkriege hatten wir denselben Fettmangel. Da wurden große Mengen Schweineschmalz, Baufett [!], fetter Speck usw. aus Amerika eingeführt, so daß von dieser Fettknappheit nach 1918 keine Rede mehr war.

Nun weiß ich und bin überzeugt, daß große Fettmengen in Amerika vorhanden sind, aber dafür werden Devisen beansprucht, die damals zur Verfügung standen, heute aber nicht. Und da komme ich auf den Antrag zurück, den Bürgermeister *Petersen* gestellt hat und der von anderer Seite auch angeregt wurde: Wir sollten uns heute mehr denn je den Reichtum des Meeres zunutze machen. Der Hering ist ein Eiweißspender, aber auch ein Fettträger, er enthält 18 % Fett, und man kann ihn in jeder Form zubereiten, er kann frisch genossen werden, gesalzen, geräuchert, gebraten, mariniert usw., also in jeder Form. Heringsfischer sind in reichem Maße vorhanden, sogar in reicherem Maße als je zuvor, es fehlen nur die Einrichtungen, und da sollten wir nicht nur dem Antrag *Petersen* zustimmen, sondern darüber hinaus vielleicht auch die britische Militärregierung bitten, uns Fischdampfer zur Verfügung zu stellen, daß wir sie chartern können, um mit dem geringsten Aufwande von Devisen die Fettration und die Ernährung in unserem Lande in ausreichendem Maße zu erhöhen.

Wir können natürlich auch die Fische von Norwegen, England usw. eingeführt bekommen, aber das kostet mehr Devisen, als wenn unsere Bevölkerung sie selbst fängt. Deshalb sollten wir dem Wunsche Ausdruck geben, daß uns Gelegenheit gegeben wird, mit unserer eigenen Fischereibevölkerung Dampfer zu chartern, damit der Reichtum des Meeres einigermaßen unsere Fettration ausgleichen kann. Es gibt

Einfuhr irgendwie zu finanzieren. Wir könnten das, wenn wir selbst in der Lage wären zu zahlen. Das werden wir aber erst können, wenn unsere Maschinen wieder laufen, soweit sie nicht abmontiert werden. Je mehr Maschinen abmontiert werden, desto mehr wird die Welt, wenn sie uns nicht verhungern lassen will, helfen müssen, uns ernähren müssen. Ich habe deshalb wiederholt der englischen Militärregierung gesagt: Jede Maschine, die mehr abmontiert wird, müßt ihr uns bezahlen, und zwar dadurch, daß ihr uns ernähren müßt.

Ich glaube, das muß die Einsicht aller Stellen sein, daß wir nicht über den Winter kommen ohne außerordentliche Schwierigkeiten, die ich nicht im einzelnen schildern will, weil Dr. *Lehr* sie schon dargestellt hat. Ich beschränke mich auf die Bitte, uns allseits zu helfen, daß wir in diese noch gar nicht übersehbare Not und Schwierigkeit nicht hineinkommen.

Vorsitzender: Jetzt liegt noch ein dritter und vierter Zusatzantrag zu dem Bericht des Gesundheitsausschusses vor, ein Antrag *Petersen, Adenauer, Degkwitz* und ein Antrag *Petersen* betreffend Minensuchboote zum Fischfang.

Petersen: Ich möchte wegen der Fischdampfer sagen: Fisch ist das einzige Produkt, was wir hier in Deutschland sofort greifbar haben, was ohne Devisen beschafft werden kann. Deshalb meine ich, muß der Fischfang unter diesen augenblicklichen katastrophalen Umständen mit allen Mitteln gefördert werden. Leider ist der Bau von Fischdampfern nicht so ermöglicht, wie es hätte geschehen müssen und können. Ein Grund, der dagegen spricht, ist die Kollision von Interessen der Minensuchboote und Fischdampfer, denn die Minensuchboote bestehen zum großen Teil aus früheren Fischdampfern. Nun meine ich, daß wir angesichts der jetzigen Notlage bitten sollten, daß eine Anzahl Minensuchboote zeitweilig für den Fischfang zur Verfügung gestellt wird. Deshalb lautet mein Antrag:

> die Militärregierung zu ersuchen, wegen der dringenden außerordentlichen Ernährungsnotlage zeitweise Minensuchboote für die Fischerei zur Verfügung zu stellen.

Man wird vielleicht darauf erwidern: Aber die Gefahr der Minen wird dann doch in verringertem Tempo beseitigt. Wir müssen lieber das Risiko, daß ein Fischdampfer zugrundegeht, auf uns nehmen, wenn es um das Wohl und Wehe des ganzen Volkes geht.

Degkwitz: Ich habe gestern berichtet[262], daß in Hamburg rund 1 000 Menschen mit Hungerödemen in den Krankenhäusern liegen, und habe gesagt, dieser Zahl nach müssen wir mit 10 000 an Hungerödemen Erkrankten in der Stadt rechnen. Hamburg ist das Modell einer Großstadt, und wahrscheinlich ist die Lage am Rhein und an der Ruhr noch schlechter. Diese Ödemkranken zu ernähren, haben wir gar keine Mittel, denn diese Ödemkrankheit bedeutet, daß Mangel an Eiweiß besteht. Wir haben aber nicht die entsprechenden Mengen hochwertigen Eiweißes, wir haben kein Fleisch, und wir haben kein Ei. Nun gibt es ein vegetabiles Produkt, das allen Anforderungen als Vorbeugungsmittel für Hungerödeme entspricht, die Sojabohne. Das Eiweiß der Sojabohne ist so hochwertig wie das höchstwertige tierische Eiweiß, und außerdem ist das eine Frucht, die außerge-

---

262 Vgl. o. mit Anm. 156–162.

Vertreter Süddeutschlands aus der amerikanischen Zone und der Vertreter der amerikanischen Militärregierung eine Bitte an die amerikanische Militärregierung.

Wir wissen, daß Sie in der amerikanischen Zone mit uns gemeinsam empfinden und daß Sie das Leid, was wir haben, auch als das Ihrige auffassen. Wir haben aus den Begrüßungsworten heute wieder gehört, wie wir auf Gedeih und Verderb auch in wirtschaftlicher Beziehung zusammengeschlossen sind. Ich kann nur noch einmal mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß namentlich in unseren Großstädten in der britischen Zone ein solcher Zustand eingetreten ist, daß eine erhebliche Kürzung der Fettration ohne wesentliche Schädigung dieser großstädtischen Bevölkerung nicht mehr möglich ist.

Wie es im einzelnen zu geschehen hat, das möchte ich Besprechungen im kleinen Kreise vorbehalten wissen. Ich glaube aber, daß der Hinweis auf tierische und pflanzliche Fette die Richtung zeigt, in welche unsere Blicke gehen müssen. Ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender: Der Antrag *Tantzen* bewegt sich in derselben Richtung wie der Antrag Dr. *Lehr.* Der Antrag Dr. *Lehr* bittet, die Kontrollkommission darauf hinzuweisen, daß

> ⟨der zur Aufrechterhaltung der jetzigen Fettration erforderliche Zuschußbetrag mit Hilfe der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellt wird. Der Kräfteschwund vor allem der großstädtischen Bevölkerung der britischen Zone erträgt keine so erhebliche Herabsetzung der Fettration ohne wesentliche Schäden für den Bestand der Bevölkerung.⟩[260]

Und der Antrag *Tantzen* bittet um die Einfuhr von Ölfrüchten, um die Fettversorgung in demselben Umfange aufrechtzuerhalten. Wäre es nicht möglich, daß die beiden Anträge redaktionell verbunden werden?[261]

Tantzen: Die Tatsache, die wir an diesem Tage erfahren haben, daß von der 91. Zuteilungsperiode ab die Fettration von 400 g auf 200 g herabgesetzt wird, muß uns mit schwerster Sorge erfüllen. Von 50 g Fett in der Woche, und zwar als gesamtes Fett, denn in anderen Nahrungsmitteln steckt ja kein Fett darin, kann kein Mensch leben. Die Tatsache aber, daß wir damit rechnen müssen, aus eigener deutscher Erzeugung auch für die Zukunft eine höhere Fettration nicht geben zu können, ist ein weiterer Grund zur Sorge. Es ist deshalb einfach notwendig, daß wir Mittel und Wege finden, um aus der Welternte irgendwoher Fett zu bekommen. Damit die Fettration auf mindestens 100 bis 125 g in der Woche wieder erhöht wird, dazu sind große Mengen von Ölfrüchten nicht nötig. Ölfrüchte sind das billigste zur Fetterzeugung. Der Abfall kann außerdem in Deutschland noch verwertet werden für weitere Fetterzeugung: für die Verfütterung an die Milchtiere. 20 000 t Ölfrüchte im Vierteljahr würden ausreichen, um die Fettration auf eine ausreichende Höhe zu bringen. 20 000 t sind für die Welterzeugung und für die Weltmengen ein ganz geringes Quantum. Es müssen Wege gefunden werden, diese

---

260 Inserat gemäß Schreiben *Lehrs* an den brit. Verbindungsstab, 10. 7. 1946 (PA 1/155). Der erste hier nicht verlesene Satz lautete: „Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, von einer Kürzung der Fettration in der britischen Zone abzusehen".

261 Antrag *Tantzen* (hs.) a. a. O. Beide Einzelanträge gingen, wie auch die Anträge *Karl, Everling* und *Petersen,* in den Gesamtantrag ein (vgl. u. mit Anm. 330–333).

Das bedeutet einen schwerwiegenden Eingriff in die Existenz einer jeden Familie, vor allen Dingen in den Großstädten im Westen, die nicht auf irgendwelche Nahrungsmittelreserven zurückgreifen können, denen nicht eine Hilfe aus Gartenbau oder Kleintierzucht zur Verfügung steht, sondern die auf das angewiesen sind, was sie auf ihre Karten zugeteilt bekommen. Wenn das schon zum Leben bitter wenig war, so ist jetzt durch die Kürzung der Fettration ein Zustand eingetreten, der unmittelbar gefahrdrohend wirkt. Er ist auch nicht auszugleichen durch die erfreulicherweise verbesserte Getreidezufuhr, auch nicht auszugleichen durch die ebenso erfreuliche Zuteilung von Frühkartoffeln. So dankbar wir diese Erfolge hinnehmen und so wertvoll sie für die Existenz der Bevölkerung sind, so muß doch mit allem Nachdruck der gefahrdrohende Zustand hier hervorgehoben werden, der durch eine Fettration bedingt wird, mit der schlechterdings keine Familie mehr auskommen kann.[259]

Infolgedessen möchten wir dem Zonenbeirat vorschlagen, hier zu einer durchgreifenden Maßnahme zu kommen. Wir wissen, daß nicht nur uns die Möglichkeiten verschlossen sind, aus eigenem eine wirkliche Abhilfe organisatorischer Art zu bringen. Wir wissen auch, daß die Militärregierung nicht im Stande ist, das Maß ihres Entgegenkommens, das sie bisher erwiesen hat, indem sie wesentliche Teile zu unserer Ernährung beisteuerte, noch zu vergrößern. Aus diesem Grunde muß schon einmal etwas ganz Außergewöhnliches geschehen.

Ich darf daran erinnern, daß im Kriege unter den außergewöhnlichen Erfordernissen, die die Kampfführung ja für alle Teile mit sich brachte, besonders auch auf seiten der Alliierten, zu ganz außergewöhnlichen Maßnahmen gegriffen wurde, um den Sieg zu erringen. Jetzt handelt es sich in einer solchen Situation darum, durch außergewöhnliche Maßnahmen Frieden, Wohlfahrt und Gesundheit nicht nur in Deutschland und den besetzten Zonen, sondern in Europa überhaupt aufrecht zu erhalten. Wenn das deutsche Volk durch den Mangel einer ausreichenden Ernährung und vor allen Dingen durch das Fehlen der notwendigen Fettmenge, die die Existenz des nackten Daseins ermöglichen soll, in einen Zustand versetzt wird, der es ihm schlechterdings unmöglich macht, es unfähig macht, die ihm auferlegten Arbeiten und Lasten durchzuführen, dann müssen chaotische Zustände entstehen, die sich nicht nur auf die britische Zone, nicht nur auf den Westen Europas beschränken werden.

Wenn dem so ist, dann müssen wir unsere Augen auf das Land richten, in dem allein im Augenblick tierische und pflanzliche Fette in genügender Menge verfügbar sind, jedenfalls in einem Umfange, der sich wesentlich von den Zuständen hier bei uns abhebt.

Deshalb bitten wir den Zonenbeirat, seinerseits an die Kontrollkommission mit der Bitte heranzutreten, von der Kürzung der Fettration in der britischen Zone abzusehen und den Kontrollrat zu bitten, darauf hinzuwirken, daß der zur Aufrechterhaltung des jetzigen Niveaus erforderliche Zuschußbetrag mit Hilfe von Übersee zur Verfügung gestellt wird. Das wäre in erster Linie heute in Anwesenheit der

---

259 Vgl. hierzu eine Entschließung des Betriebsrates der Ruhrchemie A. G. vom 17. 7. 1946, die u. a. auch an *Lehr* adressiert war (HStAD NW 53/258, fol. 11 ff.).

daß für alle vier Zonen ein statistisches Amt begründet werden soll, das zunächst die hier vorhandene Stellung einnehmen soll, ohne daß diese Stelle zu einem einheitlichen Statistischen und Planungsamt werden soll.

Gegenüber dieser Auffassung möchte ich noch bemerken, daß wir auch versuchen wollen, vorher gewisse Dinge abzuriegeln. Wir haben kürzlich vom Wirtschaftsausschuß des Länderrats den Antrag gestellt, daß in der Bewirtschaftung von Eisen und Stahl die vier Fachleute der vier Zonen sich zu rein technischen Fragen zusammensetzen. Wir stoßen in dem Interzonenhandel, der uns stark beschäftigt, immer wieder auf Schwierigkeiten dieser Art, und aus diesem Grunde begrüßen wir diese Einrichtung außerordentlich.

Ich nehme an, daß der weitere Verlauf der Einrichtung so ist, daß die Sachverständigen der vier Zonen sich einmal treffen und das Programm für eine solche Stellung ausarbeiten. Sonst wäre die Frage zu stellen, ob irgendwelche Vorarbeiten von der einen oder anderen Seite besprochen werden sollen. Selbstverständlich wäre ich dazu bereit.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir werden den Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in Minden, Dr. *Agartz*, veranlassen, die nötigen Schritte zur Zusammenkunft der vier Repräsentanten vorzunehmen.[256] Ich glaube, wir werden ohne Überweisung an einen Ausschuß auskommen können. Das ist eine Angelegenheit des Willens. Ich stelle Ihr einmütiges Einverständnis fest.

Nun sind wir in der Zeit sehr beschränkt. Wir haben unter dem Kapitel „Sonstiges" eine Fülle von Anträgen zu erledigen, die zum Teil weit über das hinausgehen, was unter „Sonstiges" erledigt zu werden pflegt. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir vor der Mittagspause noch die Fettanträge, die Ihnen ja bekannt sind, erledigen, den Antrag Dr. *Lehr, Tantzen, Drake* und *Petersen.* [257]

Das Wort hat Dr. *Lehr.*

Lehr: Ich nehme zum ersten Teil dieses Fragenkreises Stellung. Sie wissen, daß bei uns in der Nord-Rheinprovinz ein sehr harter Kampf um das tägliche Brot besteht und daß in der ganzen britischen Zone die Verhältnisse nicht so erfreulich liegen wie sonstwo auf dem Gebiete der Ernährung.

Nun ist gerade in diesen Tagen eine neue Verfügung durch das Zentralamt für Ernährung veranlaßt worden unter dem Zwang der Verhältnisse, wonach eine Kürzung der Fettration auf die Hälfte bei der nächsten Zuteilungsperiode vorgenommen werden soll.[258]

---

256 Mit Schreiben an den brit. Verbindungsstab vom 5. 8. 1946 teilte *Weisser* mit, daß *Agartz* zunächst prüfen wolle, welche Sachverständigen zur Vorbereitung der statistischen Zentralstelle in Frage kämen (PA 1/66, J. Nr. 1194/46). Das Vorhaben wurde indessen von der bizonalen Entwicklung überholt. Durch Gesetz des WR kam es am 21. 1. 1948 zur Errichtung des „Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets" (vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 326–333).

257 Vgl. o. mit Anm. 171 und Anl. 106.

258 Am 9. 7. 1946 hatte im ZEL eine entsprechende Konferenz stattgefunden, deren Ergebnisse am 10. 7. 1946 offiziell bekanntgegeben wurden (vgl. BA Z 6 I/17, fol. 53: *Schlange-Schöningen* an *Hollins,* 20. 7. 1946).

lastung sei, eine unnötige Störung des Wirtschaftslebens, wenn von den verschiedensten Stellen Erhebungen mit ganz verschiedenen Fragen getroffen werden. Die Auswertung führt dann immer wieder zu den wunderlichsten Ergebnissen.

Nun ist heute noch ein neuer Gesichtspunkt vorhanden, der die Bedeutung dieser Frage steigert. Wir kommen ja mehr und mehr aus der Periode der improvisierten Zwangswirtschaft des Krieges zu einer allmählich sich ordnenden oder vielmehr sich einer Ordnung unterwerfenden Wirtschaft, bei der es wesentlich wird, daß als Unterlage für die Planung einwandfreie Statistiken gewonnen werden.

Im Einvernehmen mit dem Zentralamt für Wirtschaft hat hier vor etwa zwei Wochen eine Tagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung unter starker Beteiligung von Wirtschaftswissenschaftlern stattgefunden, und da wurde ein großes Referat dem Thema gewidmet der engen Anpassung der Wirtschaftsstatistik an die Ergebnisse der modernen Theorie der Wirtschaftslenkung.[254]

Die Statistik muß theoretisch durchdacht sein, muß geschlossen angelegt sein, damit sie überhaupt tauglich wird, der Wirtschaftslenkung und vorher der Planung zu dienen. Wenn zwischen den vier Zonen wieder ein Wirtschaftsverkehr entsteht und darüber hinaus auch die Wirtschaftszentralverwaltungen der Zonen zu einer Verständigung über die Zusammenarbeit kommen, so muß dem ja auch in gewissem Umfange ein Plan zugrundeliegen, und wenn es das Bestreben der Militärregierungen ist, die deutschen Stellen dabei in steigendem Umfange heranzuziehen, dann müssen diese deutschen Stellen darauf bedacht sein, sich mit einem in diesem Sinne einwandfreien Material auszustatten. Also die Statistik muß interzonal organisiert werden.

Die Statistiker selbst in den verschiedenen Zonen haben durchweg den dringenden Wunsch zu dieser Zusammenarbeit. Ich habe mit den Leitern der Statistischen Ämter mehrerer Zonen diese Dinge besprochen, und zwar im Einvernehmen mit Dr. *Agartz,* und das Bild ist durchgängig das: Es besteht ein lebhaftes Bedürfnis nach Verständigung in technischen Fragen der Statistik über die vier Zonengrenzen hinweg. Es dürfte wünschenswert sein, wenn von den süddeutschen Staaten auch dazu Stellung genommen werden könnte.

Mueller: Wir haben uns zu Anfang unserer Arbeit damit beschäftigt, die statistischen Fragestellungen miteinander abzugleichen und auszubauen. Ich bin in allen Punkten mit dem Vorredner einig, daß das eine sehr wichtige Aufgabe ist, insbesondere bei der Mangelwirtschaft, mit der wir es zu tun haben. Es wird nur notwendig sein, daß die Aufgaben statistischer Art und planungswirtschaftlicher Art genau besprochen und auseinandergezogen werden. Ich weiß nicht, ob hier das Forum ist, im einzelnen darüber zu sprechen.

Wir hatten von Ihnen den Vorschlag bekommen, ein Statistisches Amt der beiden Zonen zu errichten.[255] Ich freue mich, daß dieser Antrag soweit abgeändert wird,

---

254 Es handelt sich um ein Referat Prof. Dr. *Peters* aus Tübingen, mit dem Thema „Leistungen der Wirtschaftstheorie im Dienste der Wirtschaftslenkung". Vgl. das Wortprot. (164 Bl.) der Gutachtertagung vom 21./22. 6. 1946 über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und -lenkung (a. a. O.). Die Tagung fand in den Räumen des ZB statt.

255 So *Weisser* an *Roßmann,* 24. 6. 1946 (PA 1/60).

steuerpolitisch nicht in Einklang zu bringen ist mit den Grundsätzen deutscher Steuergesetzgebung.

Nach Ablehnung dieses Gesetzes durch die amerikanische Militärregierung sind wir entschlossen, die bodenreformerischen Gedanken, die in dem Gesetz enthalten sind, vielleicht in Zukunft bei einer allgemeinen Bodenreform zu verwirklichen.

Es würde zu weit führen, hier in die Einzelheiten einzugehen. Vielleicht ist es angebracht, wenn wir das ganze Material, das beim Länderrat ist, dem Sekretariat zugänglich machen, damit Sie es bei Ihren Entscheidungen zugrundelegen können.[250]

Vorsitzender: Ich danke Ihnen. Ich glaube nicht, daß wir jetzt schon über die Methodik der Behandlung diskutieren können. Ich halte es für richtig, daß die engste Zusammenarbeit mit dem Länderrat in Stuttgart erfolgt. Ich nehme Ihre einmütige Zustimmung dazu zur Kenntnis. Was die Behandlung innerhalb der britischen Zone anlangt, so wird der Antrag dem Wirtschaftsausschuß überwiesen.[251] Es erhebt sich kein Widerspruch.

Dann kommen wir jetzt zu Punkt 25:

Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen[252]

Das Wort hat Herr Dr. *Weisser.*

Weisser: In der Woche vor Pfingsten hat in Berlin eine Tagung von statistischen Sachverständigen der vier Zonen über technische Fragen der Statistik stattgefunden, und zwar war es eine Vereinbarung der vier Besatzungsmächte, zu der die sachverständigen Offiziere der Besatzungsmächte die deutschen Sachverständigen hinzugezogen haben.[253] Auch sonst sprach vieles dafür, daß statistische Einrichtungen geschaffen werden, die für alle vier Zonen wirksam sind, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil die Statistik ein gefährliches Ding ist. Ich will nicht den berühmten Vergleich mit der Dirne anführen, aber ich möchte an einen Scherz erinnern, als einmal davon die Rede war, daß der Leiter eines großen statistischen Amtes im Deutschen Reich im Ersten Weltkrieg sich sein Eisernes Kreuz durch den Mut verdient hat, mit dem er Zahlen publiziert habe.

Die Statistik ist eine gefährliche Angelegenheit, und, ernsthaft gesagt, ist sie immer wieder der Gefahr von Fehlern ausgesetzt, die aus der Anlage der Erhebungen heraus entstehen. Aber davon abgesehen ist das Programm der Erhebungen eine Angelegenheit, die wohl durchdacht sein muß. Immer wieder stöhnen die, die die Arbeit machen müssen, die die Fragebögen ausfüllen müssen, daß es eine Über-

250 Vgl. das Material in PA 1/120 sowie in StAB 3-R.1. m. Nr. 132/7 und HStAH Nds. Z 50/86.

251 Zum Bericht des WpA vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 236–243.

252 Vgl. hierzu o. mit Anm. 41 sowie Anl. 111.

253 Vgl. PA 1/55: Vermerk (Abschrift) vom 5. 7. 1946 über die Konferenz in Berlin am 5. 6. und [! bis] 7. 6. 1946, betr.: Ausarbeitung einer einheitlichen Haushaltungsliste und eines einheitlichen Tabellenprogramms für die Volks- und Berufszählung vom 29. 10. 1946, verfaßt von Dr. *Horstmann*, Stat. Amt für die Brit. Besatzungszone, 3 Bl.

nicht auf der Tagesordnung. Es wird also darauf ankommen, diese Materie weiter, wie ich nicht zweifle, in einer Kommission zu beraten, da sie zweifellos nicht reif ist, hier im Plenum besprochen zu werden. Der zuständige Ausschuß ist zweifellos der Wirtschaftsausschuß, und mein Antrag geht dahin, den ausgearbeiteten Referentenentwurf an diesen Ausschuß zur weiteren Prüfung und Beratung zu überweisen.

Vorsitzender: Ich darf wohl annehmen, daß Sie nichts dagegen haben, wenn wir gerade in diesem Falle eine Zusammenarbeit mit den süddeutschen Ländern und dem Länderrat versuchen.

Petersen: Das wollte ich noch ausführen. Ich glaube, daß es nötig ist, daß in der britischen und in der amerikanischen Zone, wenn irgend möglich, diese Frage in voller und engster Übereinstimmung miteinander gelöst wird. Deshalb würde ich es begrüßen, da, wie wir hören, in der süddeutschen Zone ein ähnlicher Entwurf angenommen, aber von der amerikanischen Besatzungsbehörde noch nicht bestätigt ist, wenn dieser Ausschuß in engster Fühlungnahme mit den Vertretern der süddeutschen Länder arbeitete und die Herren heute Gelegenheit nehmen würden, sich zu diesem Thema zu äußern. Der norddeutsche Entwurf beschäftigt sich in erster Linie mit dem städtebaulichen Charakter, der süddeutsche in erster Linie mit der Verhinderung von Gewinnen bei dem Bodenverkehr. Aber es wird darauf ankommen, diese beiden Dinge in einem Entwurf zusammenzufassen, der dann hoffentlich für beide Zonen in Kraft treten kann.

Roßmann: Der Länderrat hatte vor etwa zwei Monaten dem Entwurf des Gesetzes zur Schaffung billigen Bodens zugestimmt.[246] Das Gesetz gründet sich im wesentlichen auf die bodenreformerischen Gedanken Adolf *Damaschkes*[247], der ja einen Interpreten in der Person *Lubahns* gefunden hat, der aber bedauerlicherweise wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP starken Anfechtungen ausgesetzt ist.[248]

Das Gesetz, das der Länderrat beschlossen hat, hat nicht die Zustimmung der amerikanischen Militärregierung gefunden, und zwar im wesentlichen aus steuerpolitischen Bedenken heraus.[249] Die amerikanische Militärregierung steht auf dem Standpunkte, daß bei Annahme dieses Gesetzes Ungleichheiten eingeführt werden, Begünstigungen zugunsten des ländlichen Grundbesitzes, und daß das Gesetz

---

Am 1. 7. 1946 hatte das Braunschweigische Staatsministerium, Abt. für Finanzen und Wirtschaft, einen Antrag an den ZB gesandt, wonach die MR gebeten werden sollte, ein Wiederaufbaugesetz zu erlassen, das in allen Ländern und Provinzen der brit. Zone verkündet werden sollte. Dem Antrag war die „lex *Göderitz*" in der Fassung vom 25. 3. 1946 beigefügt (a. a. O.).

246 Vgl. hierzu Dok. IV.3, Anm. 59.

247 Adolf *Damaschke* (1865–1935), 1898 Vors. des Bundes dt. Bodenreformer; der Bund setzte sich nach dem Ersten Weltkrieg besonders für die sog. Heimstättenbewegung ein, die ihre Wurzeln in den USA hatte, vgl. hierzu Ideengeschichte der Agrarwirtschaft, Bd. 2, S. 48 ff.

248 Vgl. hierzu ein Schreiben des LR *(Arnim)* an *Weisser,* 18. 5. 1946, wonach *Lubahn* sich als Leiter des Beamtenheimstättenwerkes angeblich rückhaltlos für die NS-Ideologie und deren uneingeschränkte Durchführung eingesetzt hatte (PA 1/120); siehe auch AVB 1, S. 767 f.: Außerordentliche Tagung des LR vom 30. 8. 1946.

249 Vgl. hierzu a. a. O., S. 389, Anm. 8.

Ein Teil der Ausschußmitglieder ist der Auffassung, daß auch die Agrarreform stark unter dem politischen Gesichtspunkte stehen muß, daß künftig Großgrundbesitz nicht mehr sein darf. Die Meinungen gingen darüber auseinander, ob die aufzulösenden großen Güter oder die für die Agrarreform in Frage kommenden großen Güter parzelliert werden sollen oder als Betriebseinheit zusammengehalten werden in Form künftiger genossenschaftlicher Betriebsführung. Soweit der Stand der bisherigen Beratungen.

Die Gegensätze innerhalb des Ausschusses sind noch groß. Der Zonenbeirat hat bisher schon gezeigt, daß er sehr oft in Fragen zu einer Einmütigkeit kam, wo anfänglich die Meinungen weit auseinandergingen, und ich hoffe, daß unsere Beratungen auch in diesem Falle zu einem positiven Ergebnis im Sinne einer wirklichen und echten und durchgreifenden Agrarrevision führen werden.

Vorsitzender: Ich danke dem Berichterstatter. In diesem Stadium der Dinge, in dem erst einmal der berufene Agrarausschuß zusammengetreten ist und zu dem Problem Stellung genommen hat, hat es noch keinen Zweck, zu diskutieren, bevor nicht der gewählte Agrarausschuß sich zu den Dingen geäußert hat.[243]

Wir kommen zum nächsten Punkt. Da möchte ich darauf hinweisen, daß wir die beiden nächsten Punkte 22 und 23 möglichst an den Schluß der Tagesordnung stellen, da Oberpräsident *Steltzer* als der meist Engagierte zur Zeit noch nicht hier sein kann.

Dann kommen wir jetzt zu Punkt 24:

Entwurf eines Gesetzes zur Beschaffung billiger Grundstücke für die Zwecke des Wiederaufbaues in den Städten

Das Wort hat Herr *Petersen*.

Petersen: Ich werde mich kurz fassen. Die Absicht aller Großstädte geht in erster Linie dahin, den Wiederaufbau in möglichst sachgemäßer schneller Weise durchzuführen, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die einem planvollen Aufbau auf Grund des Materialmangels vorläufig entgegenstehen. Jedenfalls ist es aber nötig, schon jetzt die Vorbereitungen zu treffen, die dem Wiederaufbau, wenn er einmal praktisch anfangen kann, dann entsprechende Bahnen schafft.

Zu einer solchen vorbereitenden Aufgabe gehört zweifellos ein Gesetz über den Wiederaufbau[244] nach der Richtung hin, daß nicht privates Eigentum einer sachgemäßen Disposition und einer sachgemäßen Planung im Wege steht.

Das Gremium der Wohnungsreferenten der Länder und Provinzen der britischen Zone hat sich eingehend mit diesem Thema befaßt und einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, den sich in erster Linie das Land Braunschweig jetzt zu eigen gemacht hat und als Antrag dem Zonenbeirat übergab.[245] Offiziell ist der Antrag heute noch

243 Zum Bericht des Ausschusses vgl. Dok. VII.3 mit Anm. 241–265.

244 Vgl. Anl. 110.

245 Es handelt sich um den „Entwurf zu einem Gesetz über den Wiederaufbau deutscher Gemeinden (Wiederaufbaugesetz); die sog. „lex *Göderitz*" geht auf den Braunschweigischen Stadtbaurat Prof. Johannes *Göderitz* zurück, vgl. PA 1/118 mit mehreren Entwurfsstufen.

Ich darf diesen Punkt jetzt mit Ihrem Einverständnis verlassen und möchte dem Berichterstatter des Agrarausschusses zu einem kurzen Tatsachenbericht, der wohl auch nicht Gegenstand einer längeren Aussprache zu sein braucht, das Wort geben.

Punkt 21:

Bericht des vorläufigen Sonderausschusses für Agrarreform

Henßler: Der vorläufige Ausschuß hat bis jetzt nur eine Sitzung abgehalten, weil er sich bewußt war, daß seine Zusammensetzung wahrscheinlich anders aussehen wird, wenn der Zonenbeirat zu der Zusammensetzung Stellung genommen hat.[240] Darum hat er auch darauf verzichtet, schon irgendwelche Beschlüsse zu fassen, sondern sich damit begnügt, durch eine allgemeine Aussprache einmal die verschiedenen Auffassungen festzustellen und zu klären.

Ausgangspunkt der Beratungen sind die Fragen, die uns von der Militärregierung gestellt sind.[241] Ich will sie kurz hervorheben:

a) Welche Maximalgröße ist für Einzelgüter anzusetzen, und soll diese nach dem Wert oder nach der Grundfläche bestimmt werden?

b) Sollen Güter, die diese Maximalgröße überschreiten, in der bisherigen Form weiterbewirtschaftet oder in kleinere Güter aufgeteilt werden, die von Pächtern oder Eigentümern entweder individuell oder kooperativ zu bewirtschaften wären? Wenn sie zusammengefaßt bleiben sollen, sollen sie dann in die Öffentliche Hand überführt werden, oder sollen sie Kooperativeigentum werden?

Eine weitere Frage lautet:

Wie hoch ist die Höchstgrundfläche oder Höchstwert der zu schaffenden kleinen Güter anzusetzen?

Wir sind uns im Agrarausschuß zunächst darüber einig gewesen, daß jede Agrarreform davon ausgehen muß, daß auf alle Fälle ein Rückgang der Produktion vermieden werden muß. Das zweite ist aber: Das notwendige Ziel der Agrarreform ist, daß mehr Menschen in der Landwirtschaft sinnvoll beschäftigt werden können und der Effekt der Agrarreform eine höhere Produktion sein muß.

Ich kann auch sagen, daß wohl allgemeines Einverständnis darüber war, daß die jetzige Güterverteilung[242] nicht bleiben kann, weil sie ungerecht ist, sondern daß unbedingt ein Ausgleich erfolgen muß, um eine soziale Befriedung in Deutschland überhaupt möglich zu machen. Insofern kann man sagen, daß Übereinstimmung herrschte. Aber darüber hinaus gilt auch für diesen Ausschuß und für die Fragen, die wir zu klären hatten, das Wort, daß eng im Raume sich die Dinge stoßen.

---

240 Die 1. Sitz. des Ausschusses hatte am 2. 7. 1946 stattgefunden (vgl. PA 1/280). Zur Diskussion um die Zusammensetzung des Ausschusses vgl. o. mit Anm. 65–75.

241 Vgl. Anl. 109.

242 Vgl. hierzu eine Aufstellung des ZEL vom 8. 7. 1946: Statistische Unterlagen für die Britische Zone. 1. Landabgabe, 2. Betriebe mit über 100 ha landw. Nutzfläche usw. (PA 1/159).

der Zone eine beste und wirksame Verwaltung zu garantieren, die in ganz Deutschland als Vorbild wirken kann. Jedenfalls wird im Länderrat kein Schritt nach der Richtung einer Zonenregierung unternommen werden, weil das leicht dazu führen könnte, die Zone zu verewigen und einzugraben, und das will niemand bei uns, weil wir darin ein Hindernis sehen für die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen und politischen Einheit in Deutschland. Wir sind in unserer großen Mehrheit in Süddeutschland von der Auffassung durchdrungen, die ich gestern schon in meiner kurzen Antwortrede auf die Begrüßung durch Ihren Vorsitzenden zum Ausdruck gebracht habe[238], daß wir mit Liebe an unserem Vaterlande, an unserer Heimat hängen, daß wir dieser Heimat im Rahmen einer neuen Reichseinheit eine möglichst weitgehende demokratische Selbstverwaltungsbefugnis erteilen wollen. Darüber hinaus aber ist die Zone und sind die Länder nicht unser Ziel; das Ziel unserer Sehnsucht, unsere Sehnsucht ist nicht das Land, ist nicht die Zone, sondern Deutschland und das gesamte deutsche Volk.

Vorsitzender: Die gespannte Art, mit der Sie den sehr einleuchtenden Ausführungen zugehört haben, zeigt eigentlich, daß ein besonders nachdrücklicher Dank nicht nötig ist. Trotzdem möchte ich nicht verfehlen, Herrn Generalsekretär *Roßmann* diesen Dank auszusprechen. Ich glaube nicht, daß es Möglichkeiten einer Aussprache über Vergleiche gibt, denn diese Möglichkeiten einer Aussprache über Vergleiche würden sich dann über alle vier Zonen erstrecken und würde nun eine mehrere Wochen umfassende Diskussion auslösen. Ich möchte aber nicht verfehlen, zu sagen, daß unser Interesse besonders eine Bemerkung des Herrn *Roßmann* erregt hat, nämlich daß man in der amerikanischen Zone den Länderrat vor der Beratung von Gesetzen durch die Besatzungsmacht hinzuzieht und daß auch über das Wie der Durchführung von Kontrollratsgesetzen gesprochen wird und daß man die Stellung sogar statutarisch sichert.

Im übrigen möchte ich ergänzend das eine sagen: Die staatsrechtliche Frage, wer Träger einer Souveränität ist, ist heute in Deutschland nicht akut. Eine Souveränität in echtem staatsrechtlichem Sinne gibt es in Deutschland in keiner Instanz. Das Reich existiert nur als Idee und nicht als Tatsache, und wenn einmal der Aufbau eines neuen Deutschland auf der Grundlage der Länder erfolgen soll, so ist ja das, was manche Staatsrechtler bei der Ländersouveränität meinen, jedenfalls etwas, was sich mit der Souveränität des Reiches, dessen eigentliche Träger keine verwaltungsmäßigen Institutionen, sondern nur das gesamte Reichsvolk sein kann, gar nicht zu vergleichen.

Darüber hinaus möchte ich aber ein Bekenntnis ablegen, und ich glaube, ein Bekenntnis, das im Sinne aller fortschrittlichen und weiterdenkenden Deutschen liegt: Wenn wir einmal zu einem geeinten Deutschland mit Ländern von beträchtlicher Kompetenz kommen, dann wird auch die Einheit dieses Deutschlands nicht die letzte Erfüllung unserer Wünsche sein, sondern die letzte Erfüllung unserer Wünsche wäre eine Europa-Föderation, in der Deutschland gleichberechtigt und gleichgeachtet ist, ich möchte sagen, eine europäische Föderation, die nicht nur in europäischen, sondern in weltmäßigen Aufgaben ihr Ziel sieht.[239]

---

238 Gemeint ist wohl das gemeinsame Abendessen am Tag zuvor, vgl. o. Anm. 172.
239 Dieser Absatz wurde wörtlich in die Pressemitteilung übernommen, vgl. Anl. 119.

genheiten zu behandeln, die keinen Aufschub erdulden und keine grundsätzliche Bedeutung haben. Das Direktorium überprüft sämtliche Ausschußbeschlüsse, ob sie soweit herangereift sind, um dem Länderrat vorgelegt werden zu können. Das Direktorium nimmt Stellung zu Kontrollratsmaßnahmen, berät den Haushaltsplan des Länderrats. Die Direktoriumsmitglieder sind vollberechtigte Mitglieder der Ausschüsse mit eigenem Antragsrecht. Da auch der Generalsekretär Mitglied ist, hat er das Recht, selbständig Anträge den Ausschüssen zu stellen.

Soweit das Direktorium einstimmig Beschlüsse faßt, treten sie sofort in Kraft. Sofern Mehrheitsbeschlüsse im Direktorium gefaßt werden, haben die Ministerpräsidenten ein kurzfristiges Vetorecht. Verstreicht diese Frist, ohne daß ein Veto eingelegt wird, dann treten auch die Mehrheitsbeschlüsse des Direktoriums in Kraft.

Sie werden aus meinen etwas zusammengefaßten Darlegungen erkennen, daß eine grundsätzliche Verschiedenheit in der Konstruktion des Länderrates und des Generalsekretariats im Vergleich zum Zonenbeirat besteht. Ob man will oder nicht, im großen und ganzen ist der Länderrat doch eine Art Bundesrat und trotzdem keine Zonenregierung. Eine Zonenregierung will niemand in den drei Ländern, auch der amerikanischen Besatzung widerstrebt eine solche Entwicklung. Der Länderrat ist in der Hauptsache eine Verwaltungsinstanz höheren Charakters, aber keine Instanz parlamentarischen Charakters. Das Statut des Länderrates ist bis zum 31. Dezember dieses Jahres befristet. Diese Befristung ist aus der Überlegung erfolgt, daß bis dahin die verfassungsmäßigen Volksvertretungen bestehen und die Aufgabe der Volksvertretungen, eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden, bis dahin erfüllt ist. In diesem Augenblick entsteht eine neue Lage für den Länderrat. Es entsteht die Frage, ob der Länderrat in derselben Form einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden kann. Die Ansicht der amerikanischen Besatzungsmacht ist die, daß dieser Frage eine zu große Bedeutung beigemessen wird. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die demokratische Kontrolle durch den Umstand gewährleistet ist, daß die Herren Minister ja ihrerseits auf das Vertrauen ihres Parlaments angewiesen sind und in dieser Beziehung der demokratisch-parlamentarischen Kontrolle unterstehen. Die Ministerpräsidenten müssen sich von ihrer Volksvertretung soviel Vollmachten geben lassen, als zur reibungslosen und schnellsten Abwicklung der Länderratsgeschäfte notwendig ist.

Ich darf wohl in diesem Kreise sagen: Mit dem Begriffe „Souveränität" wird reichlich Unfug getrieben, denn solange wir besetzte Länder sind und die Militärregierungen haben, ist die höchste Souveränität in den Händen der Militärregierung. Sie kann sie jederzeit abtreten, kann sie zurücknehmen und wird das tun, soweit sie es im Interesse der Förderung der öffentlichen Angelegenheiten in den von ihr besetzten Gebieten für erforderlich hält. Vor allem besteht letztlich die Souveränität der Besatzungsmacht, und es werden insoweit auch die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung gewissen Einschränkungen unterliegen. Niemand will in den süddeutschen Staaten die Schaffung eines demokratisch kontrollierten Organs, das sich etwa aus Abgeordneten der drei Landesparlamente zusammensetzen könnte. Aufgabe des Länderrates ist, die Stellung der Länder nicht zu schwächen, sondern die Stellung der Länder zu stärken, insbesondere die Länder von Aufgaben zu befreien, die nur im Zonenraume erfüllt werden können, und im übrigen innerhalb

daß diese Spitze dem Länderrat untersteht.[235] Die Spitzen sollen allerdings hinsichtlich der exekutiven Aufgaben und bei der Durchführung der Technik des Verkehrs weitestgehende Selbständigkeit haben, aber in allen politischen Fragen, in den Fragen der Tarifpolitik, des Personals, in diesen Fragen grundsätzlicher Bedeutung unterstehen sie dem Länderrat und sind an seine Weisungen gebunden. Die entsprechenden Staatsverträge, die das regeln, stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Der Einfluß des Länderrats soll auch dadurch gesichert werden, daß der Generalsekretär Mitglied des Verkehrsdirektoriums ist und in allen Fällen von politischer Bedeutung ein gewisses Vetorecht erhalten wird. Auch hier besteht Berichtspflicht seitens der Leiter der Verkehrsunternehmungen. Die Leiter werden vom Länderrat ernannt, auch die Leiter der Verkehrsdirektionen, unterliegen also der Berufung und Abberufung durch den Länderrat.

In diesem Zusammenhange darf ich noch erwähnen, daß wir eine ganze Reihe von befristeten Sonderaufgaben zu erledigen haben. Ich erinnere an unsere Vertretung für den Import amerikanischer Lebensmittel in Bremen, ich erinnere an die ständige Vertretung des Länderrats in Minden beim Hauptamt für Wirtschaft [!] und an die ständige Vertretung für Wirtschaftsfragen in Hamburg. Verstärkt worden ist die Stellung des Generalsekretärs gegenüber den Ausschüssen.

Die wichtigste Neuerung bringt das neue Statut jedoch in der Errichtung des Länderrats-Direktoriums.[236] Das Direktorium des Länderrats war nötig, um rasche Entscheidungen zu ermöglichen. Der Länderrat trat bisher – und wohl auch in Zukunft – nur alle Monate[237] zusammen. Das Direktorium wird zu wöchentlich mindestens einmaliger Sitzung zusammenberufen. Es besteht aus den drei Länderratsbevollmächtigten, je einem Sonderbeauftragten der Länder für Länderratsangelegenheiten. Dieser Sonderbeauftragte ist zugleich Mitglied des Staatsministeriums seines Landes und hat die Aufgabe, alle Länderratsangelegenheiten zu betreuen, zu fördern und im Staatsministerium die Entscheidung des Direktoriums vorzubereiten. Mitglied des Direktoriums ist auch der Generalsekretär mit vollem Stimmrecht. Diese Neuerung ist vielleicht das staatspolitisch Interessanteste, das das neue Statut bringt, denn in der Stimme des Generalsekretärs sind alle drei Länder gewissermaßen vereinigt. Es ist keine sehr angenehme Aufgabe, die er mit der Abgabe seiner Stimme zu erfüllen hat. Immerhin entfallen auf ihn 1/7 der Stimmen des Direktoriums; er vertritt also 1/21 der Ländersouveränität, also von Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen. Das ist sehr wenig, aber immerhin ein Anfang von grundsätzlicher Bedeutung, der eine gewisse Aussicht auf weitere Entwicklung auf diesem Gebiete eröffnet.

Sofern der Länderrat die Aufgabe hat, zu Kontrollratsgesetzen Stellung zu nehmen, treten die zuständigen Ressortminister der Länder automatisch als Mitglieder des Direktoriums ein. Die Aufgabe des Direktoriums besteht darin, alle Angele-

---

235 Vgl. hierzu Vogel, Westdtld. III, S. 230–233: (Deutsche Wasserstraßenverwaltung) Schiffsinspektion und Wasserschutz-Zentralbüro, US-Zone; a. a. O., S. 236–241: Direktorium für das Verkehrswesen der US-Zone/Verkehrsrat des Länderrates der US-Zone.

236 Das Direktorium hielt seine konstituierende Sitz. am 21. 6. 1946 ab, vgl. den Bericht *Roßmanns* auf der 10. Sitz. des LR vom 2. 7. 1946, AVB 1, S. 574–581.

237 Gemeint ist: jeden Monat einmal.

und im Institut für Erziehungsfilme in München.[229] In Bildung begriffen ist die Einrichtung der Sonderbeauftragten für Preisgestaltung und Preisüberwachung.[230] Die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete drängt uns in den süddeutschen Ländern und im Länderrat zu weiteren wichtigen Entscheidungen. Die amerikanische Militärregierung hat uns jetzt den gesamten interzonalen Handel übertragen und die Verwaltung nach Stuttgart verlegt; die gleiche Entwicklung ist vermutlich auf dem Gebiete des gesamten Exports zu erwarten. Auch diese neuen Aufgaben haben dazu genötigt, Sonderbeauftragte für den Interzonenhandel und den Export einzurichten.[231] In Berlin bestehen Ländervertretungen für Interzonenhandel und Export. Diese Vertretungen müssen zu einer einheitlichen Vertretung des Länderrates in Berlin umgebildet werden.[232] Ob sich die Schaffung eines Sonderbeauftragten für die gesamte Wirtschaft der US-Zone umgehen läßt, wie manche Kreise glauben, erscheint nach meinen Erfahrungen zweifelhaft.[233] Erwogen wird auch eine Zoneneinrichtung für die Verteilung der Liebesgaben aus den USA, aus anderen Ländern Europas und der Welt, eine Angelegenheit, die innerhalb des Länderrats einen ziemlichen Umfang und große Bedeutung gewonnen hat.[234]

Die Leiter der Zoneneinrichtungen unterstehen dem Länderrat, der seine Aufsichtsbefugnis durch den Generalsekretär ausübt und zugleich auch die Verpflichtung hat, Weisungen der Ministerpräsidenten an die Sonderbeauftragten zu erteilen. Die Sonderbeauftragten sind zu monatlichen Berichten an den Generalsekretär über die ihnen erteilten Weisungen und eigene Maßnahmen verpflichtet. Auf diese Weise ist erreicht worden, daß die Leiter der Zoneneinrichtungen nicht auf eine höhere Stufe gehoben werden als die Länderchefs selbst und im Sekretariat des Länderrats keine höhere Autorität entsteht als die des Generalsekretärs.

Wichtig ist aber, daß auch der gesamte Verkehr eine Zoneneinrichtung ist, daß also Eisenbahn, Schiffahrt und Straßenverkehr in der Spitze zusammengefaßt sind und

---

229 Das „Institut für Unterrichtsfilm" sollte für die US-Zone die Aufgaben der früheren „Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht" (Berlin) wahrnehmen, vgl. a. a. O., S. 22.

230 Diese Aufgabe wurde im August 1946 dem früheren Ministerialrat für Preisangelegenheiten im Reichswirtschaftsministerium, Paul *Josten,* übertragen, vgl. hierzu Vogel, Westdtld. II, S. 52 ff.

231 Als Beauftragter des LR für Interzonen- und Außenhandel war Vollrath von *Maltzan,* ehemaliger Mitarbeiter in der Wirtschaftsabt. des AA, schon ab 19. 6. 1946 tätig; von *Maltzan* arbeitete z. Zt. seiner Ernennung im hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, vgl. a. a. O., S. 50 ff.

232 Die „Vertretung Berlin des Wirtschaftsrates des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebietes" (Berlin-Dahlem) stand unter der Leitung Rudolf *Holzhausens* und nahm ihre Tätigkeit am 1. 10. 1946 auf, vgl. a. a. O., S. 73 ff.

233 Am 6. 8. 1946 wurde auf Beschluß des LR der „Wirtschaftsrat des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebietes" (Stuttgart) unter der Leitung Hans *Möllers* errichtet, vgl. a. a. O., S. 44–48.

234 Am 21. 8. 1946 beschloß der LR die Errichtung des „Deutschen Zentralausschusses für die Verteilung ausländischer Liebesgaben beim Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes", der auch eine besondere Satzung erhielt, vgl. Härtel, S. 23, und Wollasch, S. 59. Umfangreiches Material hierzu in: StAB 3–W. 13 Nr. 11/72 I–III.

Der Versuch, das Organ des Länderrates auszubauen, ist nicht erfolgreich ausgefallen. Doch ist die Fühlungnahme mit Nordwestdeutschland eine enge und herzliche. Die Fühlungnahme mit der französischen Zone steht bevor. Und wir eingefleischten schwäbisch-badischen Provinzler werden auch eine Reise nach Berlin nicht scheuen und im Austausch den Berlinern freies Geleit wenigstens von Berlin nach Stuttgart und zurück zusichern."

Sie sehen, die Einstellung maßgebender Kreise des Länderrates ist durchaus reichsfreundlich und von höchster Bereitschaft zur Zusammenarbeit erfüllt.

Ich darf in diesem Zusammenhange bemerken, daß die Zurückhaltung anderer deutscher Stellen, namentlich von bayerischer Seite, durchaus nicht engstirnigen partikularistischen Gesichtspunkten entsprungen ist. In Bayern besteht ein seit Jahrhunderten entwickeltes Selbständigkeitsbedürfnis, das man namentlich im Dritten Reich, in welchem die Länder zu reinen Briefträgern des Hitlerregimes heruntergewürdigt worden sind, unnötigerweise brüskiert hat. Daraus erklärt sich auch eine gewisse Zurückhaltung, wenn Hoheitsrechte oder Souveränitätsrechte zu Gunsten einer überstaatlichen Organisation abgetreten werden sollen.

Im übrigen darf ich in diesem Kreise noch bemerken, daß die Auffassungen darüber, ob die Souveränität des Reiches nach dessen Verschwinden einfach auf die Länder übergegangen ist, in den süddeutschen Ländern geteilt sind. So steht z. B. Württemberg-Baden auf dem Standpunkte, daß der Übergang der Souveränität auf die Länder durchaus nicht zu bejahen ist, sondern daß der Inhaber der früheren Reichssouveränität ausschließlich die Besatzungsmacht ist. Wir sind treuhänderisch verwaltet, und es wird die Souveränität des Reiches wieder entstehen, wo wir wieder ein Deutsches Reich besitzen. Jedenfalls kann nach dieser Theorie die Militärregierung Aufgaben, die früher der Zuständigkeit des Reiches unterlagen, dem Länderrate übertragen, was fast jeden Tag geschieht.

Unsere kleine Länderratskrise ist schließlich schmerzlos und für alle Beteiligten zufriedenstellend durch unser neues Länderratsstatut gelöst worden.[226] In diesem neuen Länderratsstatut treten zum ersten Male die Zoneneinrichtungen offiziell in Erscheinung. Diese Zoneneinrichtungen erfreuen sich täglich zunehmender Bedeutung.

Als erste Zoneneinrichtung war notwendig, einen Sonderbevollmächtigten für Ernährung und Landwirtschaft zu bestellen[227], um auf diesem Gebiete die von Tag zu Tag notwendigen Entscheidungen rasch und ohne bürokratische Umständlichkeiten und ohne den umständlichen Weg über die Länder treffen zu können. Diese Einrichtungen bestehen im zonalen Wetterdienst der US-Zone in Bad Kissingen[228]

226 Vgl. o. Anm. 217.

227 Der ehemalige Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister Hermann *Dietrich* nahm dieses Amt ab Mai 1946 wahr, vgl. Vogel, Westdtld. I, S. 119. Nach der GO durfte der LR den Ländern eigentlich keine Anweisungen geben. Aufgrund des Versorgungstiefpunktes Anfang 1946 wurde eine zonale Lenkung allerdings unvermeidbar, so daß die MP's der US-Zone die Berufung eines Sonderbevollmächtigten beschlossen, die *Clay* am 7. 5. 1946 billigte, vgl. hierzu Härtel, S. 23.

228 Diese Einrichtung ging auf eine Forderung des KR zurück, vgl. a. a. O., S. 21.

men, um Vorsorge zu treffen, daß die Zusammenarbeit der Ausschüsse in den verschiedensten sie berührenden Fragen stärker gefördert wird.[223]

Es hat während der Behandlung dieser Fragen in der süddeutschen Öffentlichkeit etwas wie eine Länderratskrise gegeben. Die Öffentlichkeit hat sich sehr stark mit diesen Fragen beschäftigt. Insbesondere ging das aus einer Rede hervor, die der württembergische Ministerpräsident Dr. *Maier* am 23. [!] März in der vorläufigen Volksvertretung Württembergs gehalten hat.[224] Es ist vielleicht für Sie interessant, wenn ich Ihnen einige Sätze aus dieser Rede zur Kenntnis bringe, weil sie auch die Einstellung der britischen gegenüber der amerikanischen Zone nicht unwesentlich beeinflussen können. Dr. *Maier* sagte:

> „Im gegenwärtigen Augenblick liegt die Wirtschaftseinheit Deutschlands in weiter Ferne. Sein Wirtschaftsleben hat sich in den vier Besatzungszonen aufgelöst, und innerhalb der vier Zonen vegetiert es in Provinzen, Ländern und Ländchen von zweifelhafter Stabilität und mit ungeklärten Kompetenzen. Die ausgeglichensten Verhältnisse zeigt die amerikanische Zone. Durch die Institution des Länderrats gelang es, viele Dinge einer günstigen Lösung zuzuführen, in vielen Fällen eine Gleichartigkeit der Verwaltungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten. Vieles liegt aber nach wie vor im Argen. Der Länderrat hat gewiß ersprießliche Arbeit geleistet. Nach sechs Monaten Kinderkrankheiten müssen wir einen entschlossenen Schritt in die Richtung auf eine aktivere Länderratspolitik unternehmen. Für ganz bestimmte Sachgebiete auf dem Gebiete der Ernährung, der Energieversorgung und gewissen Sektoren der Wirtschaft, besonders auf dem Gebiete der Reichsbahn und der Reichspost, müssen die drei Länder ihre Souveränitätsrechte zusammenlegen und auf den Länderrat übertragen.
>
> Wir fangen an, uns ernsthaft vor der Besatzungsmacht zu blamieren, wenn das Einzelgängertum dazu führe, daß grundlegende wirtschaftliche Mängel erhalten bleiben, weil die Deutschen nicht wollen.[225] Die Rückgabe wichtiger Angelegenheiten in die Hand der deutschen Verwaltung scheitert oder verzögert sich ungebührlich, weil die drei Regierungen sich nicht einigen können. Denn ohne Einstimmigkeit entsteht kein verbindlicher Beschluß im Länderrat. Wir verabscheuen die Kleinstaaterei in jeder Form. Für einen Patentschutz nur in Württemberg-Baden, nur in Bayern, nur in Groß-Hessen haben wir kein Verständnis. Und die meteorologische Zentralstation, die in Bad Nauheim errichtet wurde, sollte das Recht haben, für ganz Süddeutschland das Wetter zu machen, und dies auf Grund eigener Souveränität, ohne in Wiesbaden, München und Stuttgart Rückfrage halten zu müssen.
>
> Wir haben den Vorzug, im Länderrat ein politisches Organ zu besitzen, nicht allein ein Organ zur wirtschaftlichen Koordination. Leider nützen die drei Regierungen es nicht genügend aus. Württemberg-Baden hat sich keine Unterlassungssünden vorzuwerfen.
>
> Die Wirtschaftseinheit Deutschlands ist nur in Stufen wiederherstellbar. Selbst die Wiederherstellung in Stufen wird mißglücken, wenn nicht Hand in Hand mit den Fortschritten auf die Wirtschaftseinheit staatsrechtliche, politische Zusammenfassungen erfolgen.

---

223 Zur am. Kritik und dem Bemühen um eine Organisationsverbesserung vgl. die Interne Sitz. des LR vom 27. 5. 1946, AVB 1, S. 504–515, sowie die 9. Sitz. des LR vom 4. 6. 1946, a. a. O., S. 543 ff.

224 Vgl. den ganzen Wortlaut der Rede *Maiers* vor der vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Badens in: Verhandlungen vorläufige Volksvertretung. Sitz. vom 27. 3. 1946, S. 3–8. Vgl. hierzu auch den Antrag *Maiers* auf der Internen Sitz. des LR vom 2. 4. 1946, AVB 1, S. 378 ff.

225 Hier vermerkt die stenogr. Mitschrift die Zurufe „Sehr richtig" und „Bayern!", vgl. Verhandlungen vorläufige Volksvertretung, S. 7.

seit Anfang dieses Jahres von Woche zu Woche gewachsen. Hinzu kam die Verbindung mit gleichgerichteten Bestrebungen in der britischen Zone. Sie selbst sind Zeugen dieser Entwicklung gewesen, daß aus kleinen Anfängen Ende Januar heraus die Fühlungnahme sich entwickelte und zu einer immer stärkeren Initiative beider Zonen geführt hat.[221] Ich glaube, daß der Weitblick, den die amerikanische Besatzungsmacht durch ihre stete Förderung der Verbindung zwischen der amerikanischen und der britischen Zone [bewiesen hat], den Dank der Bevölkerung der US-Zone verdient, und ich glaube auch den Dank der britischen Zone, die sich ja jetzt des gleichen Wohlwollens und der gleichen Förderung in der Anbahnung von Verbindungen zur amerikanischen Zone durch ihre Besatzungsmacht erfreut.

Die Träger dieser Verbindung von einer zur anderen Zone sind bei uns in erster Linie General *Clay* selbst, und der wesentlichste Förderer ist Professor *Pollock,* der jetzt in einer Großzügigkeit, die stets bei uns Bewunderung erzeugt hat, den Weg zu Ihnen uns erleichterte. Dafür auch in diesem Kreise der amerikanischen Besatzungsmacht unseren herzlichen Dank auszusprechen, ist mir innerstes Bedürfnis.

Die gesteigerten Aufgaben des Länderrates drohten den erkannten staatsrechtlichen Rahmen, innerhalb dessen er gebaut war, zu zersprengen. Es war die Frage der Sicherung der Ernährung, die Frage der Wiederingangsetzung der Wirtschaft, die Frage der Zusammensetzung des Gesamtverkehrs der Zone in den Zweigen Eisenbahn-, Binnenschiffahrt-, Straßenverkehr, Post und Telegraphie, die zu überzonalen Regelungen drängten. Hinzu kam in letzter Zeit noch ein Neues: *Die amerikanische Besatzungsmacht hat sich entschlossen,* **vor** *der Verabschiedung von wichtigen Kontrollratsgesetzen die deutsche Meinung im Wege über den Länderrat zu hören. Wir haben so laufend Gelegenheit, von unserem deutschen Standpunkt aus uns zu den wichtigsten Schicksalsfragen zu äußern, die im Kontrollrat entschieden werden.* [222] Diese Aufgabe erfordert aber raschen Einsatz der geschaffenen Institutionen, erfordert rasche Entschlußfähigkeit. Diese Eigenschaften waren aber trotz des intensivsten Tempos der Arbeit im Sekretariat und in den Ministerien der Länder nicht in dem von der amerikanischen Seite gewünschten Tempo herbeizuführen, nicht, weil die Persönlichkeiten die Dinge nicht hätten meistern können, sondern weil in dieser Beziehung der Länderrat noch konstitutionelle Fehler aufwies, die beseitigt werden mußten. Es entstand in einer kurzen Zwischenperiode der Eindruck, als ob die deutschen Staaten nicht in der Lage seien, dieses wichtige Instrument im Interesse der Zone so zu handhaben, wie es wünschenswert wäre. Alle diese Dinge haben zu Organisationsverbesserungen gedrängt dahingehend, den Länderrat autoritativer zu gestalten, die Stellung des Generalsekretärs zu verstärken, haben weiter dazu gedrängt, daß der Länderrat die volle Verantwortung für interzonale Verhandlungen übernehmen muß, und weiterhin war es notwendig, die Länderratsausschüsse stärker in die Direktive des Generalsekretärs zu neh-

221 Vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 11–13 sowie Dok. III.3 mit Anm. 74–84.

222 Hervorhebung im Original; vgl. hierzu die entsprechende Äußerung des MP von Württemberg-Baden, Reinhold *Maier,* auf der 9. Sitz. des LR vom 4. 6. 1946, AVB 1, S. 552. De facto berücksichtigte der KR die Abänderungsvorschläge des LR jedoch nicht, vgl. Härtel, S. 33.

mit Formen zu tun, denen in irgendeiner Weise parlamentarischer Charakter anhaftet. Eine gewisse Durchbrechung dieses Prinzips ist allerdings in der allerjüngsten Zeit insofern erfolgt, als die Gewerkschaften – meines Erachtens mit vollem Recht – mit größtem Nachdruck Vertretungen in den wichtigsten Hauptausschüssen des Länderrats gefordert haben, und zwar im Hauptausschuß für gewerbliche Wirtschaft und im Hauptausschuß für Sozialpolitik und in den entsprechenden Unterausschüssen.[218]

Hier kann kein Mensch die Notwendigkeit einer solchen Hinzuziehung bestreiten. Denn wie will man denn Betriebsratsgesetze, wie will man Fragen der Sozialpolitik befriedigend lösen, wenn man die Vertreter derjenigen draußen läßt, für die die Gesetzgebung in erster Linie bestimmt ist? Im Länderrat ist der Ausweg dadurch gefunden worden, daß die Gewerkschaften das Vorschlagsrecht für nicht stimmberechtigte Mitglieder dieser Ausschüsse haben und die Ministerpräsidenten aus der Liste der Vorgeschlagenen die Persönlichkeiten ernennen, die ihnen für diese Aufgaben in den Ausschüssen am geeignetsten erscheinen. Außerdem haben wir gerade in jüngster Zeit im Länderrat einen Ausschuß gebildet aus Mitgliedern des Hauptausschusses gewerbliche Wirtschaft und aus dem sozialpolitischen Ausschuß zur Behandlung und Erörterung gemischter sozialpolitischer und wirtschaftlicher Fragen.

Also im Grunde ist der Charakter der Koordination im Länderrat gewahrt worden. Es ist eifersüchtig darüber gewacht worden, daß dem Länderrat keine Hoheitsbefugnisse übertragen werden und daß keine Organe auf einer höheren staatsrechtlichen Ebene als der Länder selbst entstehen. Ein großer Teil der Beschlüsse des Länderrats, der in vielen Dingen absolut frei ist, bedürfen allerdings der Zustimmung der Militärregierung. Die Zustimmung wird eingeholt über das Coordinating Office[219], dessen Leiter gegenwärtig Professor Dr. *Pollock* ist, der die Zustimmung der Militärregierung in Berlin vermittelt. Ein wesentlicher Vorteil gerade der Länderratseinrichtung besteht somit darin, daß die Landesmilitärregierungen ausgeschaltet sind, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die im Länderrat entschieden werden. Auch darin ist ein großer Fortschritt zu sehen und insbesondere eine wesentliche Vereinfachung des ganzen Geschäftsganges. Neuerdings hat die Militärregierung einen großen Teil der Entscheidungen, für die bisher die Zustimmung der Militärregierung erforderlich war, an den Länderrat übertragen, so daß wir jetzt nur in einem kleineren Umfange noch für die Beschlüsse des Länderrates der ausdrücklichen Zustimmung der Militärregierung bedürfen.[220] Damit ist die Zuständigkeit des Länderrates in den meisten Fragen gegeben, damit ist aber auch zugleich die Verantwortlichkeit der deutschen Stelle wesentlich erhöht worden.

Der Zweck des Länderrates ist auch im Sinne der amerikanischen Besatzungsmacht, eine zuverlässige Arbeit für die gesamte Zone zu garantieren und die Entscheidungen möglichst rasch herbeizuführen. Die Aufgaben des Länderrates sind

---

218 Vgl. hierzu die 10. Sitz. des LR vom 2. 7. 1946, a. a. O., S. 577 f. (Anm. 21).
219 Vgl. o. Anm. 199.
220 Vgl. die entsprechende Bekanntgabe *Clays* auf der 8. Sitz. des LR vom 7. 5. 1946, AVB 1, S. 478.

bens besonders innerhalb der amerikanischen Besatzungszone zu sichern und gemeinsame Grundlinien für alle wesentlichen Verwaltungsaufgaben der amerikanischen Zone auszuarbeiten.

Das Bedürfnis nach Einheitlichkeit und Angleichung unter den drei Ländern bestand insbesondere für die Aufgaben, für die früher die Zuständigkeit des Reiches gegeben war, namentlich auf den Gebieten des Ernährungswesens, der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, alles natürlich in einem großen grundsätzlichen Rahmen gesehen. Es hat sich sehr bald herausgestellt, daß diese Reichsaufgaben in den Ländern nicht befriedigend gelöst werden konnten, sondern daß zur Lösung dieser Fragen ein größerer staatlicher Raum vorhanden sein müsse. Der Ausweg hierzu war der Länderrat.

Es ist nicht leicht zu bestimmen, was der Länderrat in seiner staatspolitischen Existenz ist, denn er ist ohne Vorgang in der staatspolitischen Geschichte des Deutschen Reiches. Der Länderrat ist weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund, er ist keine Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist nicht einmal eine Behörde im üblichen Sinne. Der Länderrat ist nichts weiter als eine Sitzung der drei Ministerpräsidenten, die in ihrer Person die Souveränität der Länder verkörpern, sie zusammenwerfen zu gemeinsamen Entscheidungen für alle drei Länder, wobei bei allen Entscheidungen das Prinzip der Einstimmigkeit gilt.

Auf diese Weise entstehen Länderratsbeschlüsse, aber keinesfalls Länderratsgesetze oder Länderratsverordnungen. Jedes Gesetz, jede Verordnung, die der Länderrat einstimmig beschließt, muß durch einen besonderen Akt in den dem Länderrat zugehörigen Ländern vollzogen werden. Allerdings sind, insbesondere nach den Bestimmungen des neuen Statu[t]s[217], die Ministerpräsidenten in ihren Entscheidungen nicht mehr ganz frei, wenn sie eine solche Länderratsverordnung oder ein solches Länderratsgesetz beschlossen haben, denn nach dem neuen Statut sind die Länder verpflichtet, Verordnungen und Gesetze des Länderrats binnen einer Frist von einem Monat in ihren Ländern zu vollziehen. Der Länderrat gleicht in seiner staatsrechtlichen Konstruktion gewissermaßen dem vergangenen Völkerbund in Genf. Durch die einstimmigen Beschlüsse entsteht gewissermaßen für die einzelnen Länder Süddeutschlands eine völkerrechtsähnliche Verpflichtung, die gemeinsam besprochenen Beschlüsse in ihren Ländern durchzuführen.

Die Grundlage der Arbeit des Länderrats ist ein System von Ausschüssen und Unterausschüssen. Diese Ausschüsse und Unterausschüsse haben aber Regierungscharakter. Sie entbehren jeden parlamentarischen Zugriff. Die stimmberechtigten Mitglieder dieser Ausschüsse werden jeweils von den Ministerpräsidenten der Länder ernannt. Wir haben es also bei dem Länderrat und seinen Ausschüssen nicht

---

NL *Strauß* ED 94, Bd. 47: Ausarbeitung von Reg. Rat Anton *Kerschensteiner* vom Frühjahr 1947 [nicht, wie AVB 1, S. 621, Anm. 71, von *Roßmann* verfaßt]: Der Länderrat von seiner Gründung bis zum 30. 6. 1946 [25 Bl.]. Dieser Bericht war von der am. MR in Auftrag gegeben worden.

217 Auf der 9. Sitz. des LR vom 4. 6. 1946 wurde das neue Statut des LR einstimmig angenommen, vgl. AVB 1, S. 551 f. Zur Diskussion um die Statutenänderung vgl. a. a. O., S. 472 ff.: Interne Sitz. des LR vom 7. 5. 1946, sowie a. a. O., S. 504–515: Interne Sitz. des LR vom 27. 5. 1946.

Frage der Bodenreform nur mit äußerster Behutsamkeit vorgehen. Es ist uns bekannt, daß von französischer Seite her diese immerhin noch sehr einflußreichen Kreise beeinflußt werden mit Hinblick auf die Möglichkeit, durch eine bestimmte politische Entscheidung ihren Besitz zu erhalten. Also es liegt in der Behandlung dieser Angelegenheit auch die Frage, inwieweit man es vermeiden kann, diesen separatistischen Bestrebungen Vorschub zu leisten bzw. inwieweit man diesen Bestrebungen Widerstand leisten kann.[212]

Als drittes staatsrechtliches Gebilde war Groß-Hessen hinzugekommen. Über seine Konstruktion brauche ich nichts weiter zu sagen; es ist allgemein bekannt.[213]

Die Verhältnisse in den drei süddeutschen Ländern haben sich dank der Maßnahmen der amerikanischen Besatzung rasch konsolidiert. Es sind die Gemeindewahlen gekommen, erst in den kleineren und mittleren Gemeinden, dann in den größeren, so daß wir jetzt tatsächlich hinsichtlich der Bürgermeister der kleinen und großen Städte und hinsichtlich der Landräte einen Unterbau haben, der auf der Entscheidung demokratischer Wahlen beruht, und nunmehr diese wichtigen amtlichen Funktionen als Repräsentanten des Volkes dastehen, die ihre Entscheidungen auf Grund demokratischer Wahlen fällen.[214]

Ein weiterer Schritt ist durch die Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen gemacht worden, die am 30. Juni stattgefunden haben. Diese verfassunggebenden Versammlungen werden ihre Tätigkeit bis zum 3. November zu beendigen haben. An diesem Tage soll das Plebiszit in allen drei süddeutschen Staaten über die von den verfassunggebenden Versammlungen ausgearbeiteten Verfassungen abgegeben werden. Bald darauf erfolgen dann die auf Grund der neuen Verfassung stattfindenden Landtagswahlen, deren Ergebnis die endgültige Zusammensetzung der verfassungsmäßigen Regierungen der süddeutschen Länder sein wird.[215]

Meine Herren! Wenn Sie sich diese Entwicklung, die ich nur andeutungsweise hier skizzieren kann, vor Augen halten, dann werden Sie sofort die Zielklarheit erkennen, mit der in den süddeutschen Staaten staatsrechtliche Fortschritte auf Grund der Initiative der Besatzungsmacht erzielt worden sind, sobald die Länder einigermaßen in sich konsolidiert waren.

Neben dieser Entwicklung innerhalb der einzelnen Länder erfolgt auf amerikanische Initiative die Schaffung des Länderrats, der sich in einem raschen Ausbau befindet.[216] Seine Aufgaben bestehen darin, eine Einheitlichkeit des öffentlichen Le-

---

212 Zur Bodenreform in allen Besatzungszonen vgl. Trittel, Bodenreform, S. 12–18, sowie Erdmann, S. 692 ff. Zahlenmaterial und Dokumente bei Reuber/Skibbe; zur Bodenreform in der am. Zone vgl. Enders.

213 Vgl. hierzu Klein, S. 119 f.; Bergsträsser und Dorn.

214 Vgl. hierzu Dok. III.3, Anm. 108.

215 In den drei Ländern der US-Zone fielen die Landtagswahlen mit den Volksabstimmungen über die jeweiligen Verfassungen zusammen; in Württemberg-Baden geschah dies am 2. 11. 1946, in Bayern und Groß-Hessen am 1. 12. 1946. In allen drei Ländern wurden die Verfassungen angenommen, vgl. nähere Einzelheiten bei Latour/Vogelsang, S. 114–119.

216 Die konstituierende Sitz. des LR fand am 17. 10. 1945 statt, vgl. AVB 1, S. 125–132. Zum LR vgl. Elmenau; Härtel; Vogel, Westdtld. I, S. 57–70; Latour/Vogelsang, S. 120–131; Foelz-Schroeter, S. 21–39, sowie die Literaturhinweise a. a. O., S. 156 f. (Anm. 28); AVB 1, S. 31–43. Zu den folgenden auf den LR bezogenen Äußerungen *Roßmanns* vgl. auch IfZ

stand vor einem Jahr bis in das letzte Dorf hinein keine zivile Autorität, keine Verbindung mit den mittleren und höheren Verwaltungsinstanzen, die selbst auch nicht mehr bestanden. Und wenn man das Heute ermessen will, so darf man das nicht messen an dem hoffnungslosen Ausgangspunkt, der durch die bedingungslose Kapitulation geschaffen worden ist. Wenn man es so sieht, glaube ich, können wir feststellen, daß mit Hilfe der Besatzungsmächte Bedeutendes, ja, man kann vielfach sagen Großes, in Deutschland geleistet worden ist.

Diese positive Betrachtung mache ich mir insbesondere für die Entwicklung in der US-Zone zu eigen. Schon zu Beginn der Tätigkeit der amerikanischen Besatzungsmacht haben wir ein fest umrissenes Programm erkannt, das das Ziel verfolgte, die Verwaltung der zivilen deutschen Angelegenheiten möglichst rasch in deutsche Hände zurückzugeben und diesen deutschen Händen für diese Aufgabe auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen beruhende Organe zu geben. Sobald die Zonengrenzen feststanden und sobald die territoriale Zuständigkeit der Besatzungsmacht festgestellt werden konnte[209], begann die amerikanische Besatzungsmacht mit der Rekonstruktion der süddeutschen und südwestdeutschen Länder. Am reibungslosesten hat sich dieses Problem in Bayern vollzogen, das einen gewissen Vorzug insofern genoß, als es territorial – abgesehen von einem vorübergehenden Verlust der Pfalz[210] – als ziemlich abgeschlossenes Ganzes aus dem Kriege hervorgegangen ist, und auch sonst im Vergleiche zu anderen Gebieten des Reiches rein materiell weniger unter dem Kriege gelitten hat. Bayern kam bei seinem Wiederaufbau eine alte Tradition des Regierens und Verwaltens zugute.

In letzterer Beziehung liegen die Verhältnisse in Württemberg und Nord-Baden ähnlich, wo allerdings das öffentliche und politische Leben sehr gestört wird durch den unglücklichen Umstand, daß die französische Demarkationslinie durch beide Länder durchgeht[211], was auch mannigfache Schwierigkeiten auf allen Gebieten hervorruft und, was ich jetzt gleich bei der Gelegenheit hineinflechten möchte, uns auch zu einer gewissen Zurückhaltung in der Frage der Bodenreform nötigt. Ich bitte, das aber nur ganz vertraulich zu behandeln. Der gesamte feudale Großgrundbesitz, der Grundbesitz der früheren reichsunmittelbaren Grafen und Fürsten liegt in Süd-Württemberg und Süd-Baden, und wir können deshalb in der

209 Am 1. 7. 1945 begann die Räumung der SBZ durch am. und brit. Truppen, die im Verlaufe der Kampfhandlungen bis in diesen Raum vorgedrungen waren; im Gegenzug besetzten die Westalliierten dann die Westsektoren Berlins (vgl. hierzu etwa Latour/Vogelsang, S. 73 f.).

210 Mit der Proklamation Nr. 2 vom 19. 9. 1945 errichtete die am. MR in ihrer Zone „Verwaltungsgebiete, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden": Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (Gebietsstand wie 1933, ausschl. des Kreises Lindau und des linksrheinischen Regierungsbezirkes Pfalz – blieb später Teil des Landes Rheinland-Pfalz; vgl. Proklamationen I, A 2, sowie Klein, S. 101 ff. und S. 117 ff.).

211 Aufgrund einer Übereinkunft zwischen dem am. und dem frz. Oberkommando wurden die Länder Baden und Württemberg im Juli 1945 entlang der Autobahn Karlsruhe-Pforzheim-Ulm geteilt. Die südlich dieser Demarkationslinie gelegenen Landesteile gehörten zur frz. Zone (Württemberg-Hohenzollern), die nördlichen Teile zur am. Zone. Diese wurden gemäß des Landesstatuts vom 20. 12. 1945 mit Wirkung vom 1. 1. 1946 zu einem Zweiländerstaat Württemberg-Baden zusammengelegt, dem Regierung und Volksvertretung gemeinsam sein sollten, nicht aber die Verwaltung. Vgl. hierzu Konstanzer; Storbeck, S. 75 f., und Klein, S. 120–123 und S. 138 ff.

Nahrungs-, Wohnungs- oder Kleidernot handelt, oder um die kleinlichen Quälereien, die das Leben mehr oder weniger problematisch gemacht haben, immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß die richtige Adresse für solche Klagen nicht die Menschen sind, die in dieser schweren Zeit eine Verantwortung auf sich nehmen für den Neuaufbau, sondern die richtige Adresse ist ausschließlich *Hitler* und die Verbrecherbande, die uns in dieses Elend hineingejagt haben. Leider scheint mir das eine sehr notwendige Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit zu sein. Denn fast ausnahmslos handelt es sich nach unserer Beurteilung um Menschen, die solche Sentiments in der Bevölkerung aufwühlen, die Anhänger des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland gewesen sind, und die Kritik, die oft unkontrollierbar an uns herantritt, trübt das Verständnis für das Positive, was seit einem Jahr ganz zweifellos mit Hilfe der Besatzungsmächte in Deutschland auch geschehen ist. Sie sieht nur die negative Seite dieses Daseins. Und das muß klar sein, daß es sich im letzten Jahr bei all unserer Arbeit nicht gehandelt hat um die Zugaben, die das Leben mehr oder weniger erträglich machen, sondern in Deutschland hat es sich lediglich darum gehandelt, Leben und Sterben des deutschen Volkes in Betracht zu ziehen und Maßnahmen für das Weiterleben überhaupt zu ermöglichen. Wenn die ersten Halme der Welternte unter der Sense des Schnitters fallen, ist es hoffentlich so weit, daß wir die Gefahr von Millionen abgewendet haben, die Gefahr des glatten Verhungerns.

Wir haben in diesem Krieg viel verloren. Der ganze Reichtum der Nation ist verwüstet, das ganze Erbe der Väter ist dahin. Ich glaube aber, wir sind uns darin einig, daß schmerzlicher als alle materiellen Verluste die ideellen Verluste sind, die uns das Leben so schwer machen. Im Vordergrund der ideellen Verluste steht der Verlust unserer Staatlichkeit, der Verlust des Reiches. Das wird vielfach übersehen, daß die Naziverbrecher diesen Krieg entgegen allen Erfahrungen der Geschichte so lange fortgesetzt haben, bis kein deutscher Staat, keine deutsche Regierung, keine deutsche Verfassung, kein irgendwie gearteter Kontrahent, den wir den Siegern gegenüberstellen konnten, mehr bestand und die vielleicht das Alleräußerste von uns hätten abwenden können.[208]

Wir sind beim Aufbau nicht frei. Es wäre töricht und einsichtslos, diese Schwierigkeiten zu verkennen, denen sich jeder Deutsche gegenüber sieht, der sich mit dem Wiederaufbau des Landes beschäftigt. Wir waren nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, das muß ganz offen ausgesprochen werden, überhaupt nicht in der Lage, uns selbst zu regieren, und wir müssen vielmehr noch dankbar anerkennen, daß der Sieger sich der historischen Lehre gebeugt hat, nach der jede Eroberung den Eroberer in Pflicht nimmt.

Wenn es unseren Siegermächten darum gegangen wäre, Deutschland wirklich zu vernichten, dann hätten sie von ihrem Standpunkte aus nichts Besseres zu tun brauchen, als nach der restlosen Vernichtung des deutschen Kriegspotentials sich zurückzuziehen und das deutsche Volk unter sich zu lassen. Es ist unschwer, sich vorzustellen, was dann eingetreten wäre: Seuchen, Hunger, Tod, Selbstzerfleischung und allgemeines Chaos als letzte Stufe vor dem völligen Untergang. Es be-

208 Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands bei Kriegsende vgl. Anl. 74.b mit Anm. 1; zur Regierung *Dönitz* vgl. Hansen; Steinert; Lüdde-Neurath; Dönitz, S. 430–479.

land schon zu Tragödien genug geführt, und letzten Endes ist auch Adolf *Hitler* nur ein Umweg gewesen, ein Umweg, um die sozialen Konsequenzen der in Deutschland einmal vorhandenen Notwendigkeiten zu vermeiden.

Ich möchte mich mit diesen einleitenden Worten begnügen. Es würde jetzt gut sein, wenn die Mitglieder des Zonenbeirats einmal über den Gang der Entwicklung der Dinge in der amerikanischen Zone durch berufenen Mund informiert würden. Ich darf Herrn Generalsekretär *Roßmann* bitten, das in einem kurzen Rahmen zu tun.

Ansprache Generalsekretär Roßmanns vom Länderrat in Stuttgart auf der gemeinschaftlichen Tagung des Zonenbeirates und Vertretern des Länderrates am 11. 7. 1946 in Hamburg[206]

Meine Herren! Ich bin schon vor einiger Zeit aufgefordert worden, hier vor Ihrem Zonenbeirat die Entwicklung der Länderregierung zu skizzieren.[207] Gestatten Sie mir, daß ich meinem an sich der Natur nach etwas trockenen Thema einige Ausführungen allgemeinen politischen Charakters vorausschicke.

Das Erbe, das uns der totale Krieg *Hitlers* hinterlassen hat, liegt klar vor aller Augen, so daß es überflüssig erscheint, in diesem Kreise sich mit den Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Ich sage, es „erscheint" überflüssig. Tatsächlich gibt es aber keine wichtigere politische Aufgabe, als sich jeden Tag mit den elenden Urhebern unseres Unglücks auseinanderzusetzen. Das Leben ist eine stete Veränderung, und wer lebt, muß auf Wechsel gefaßt sein. Schon der erste Tag des Friedens sieht anders aus als der letzte Tag des Krieges. Dieser Wechsel wird leider bei den hoffnungsvollen Toren, aus denen sich der größte Teil der Menschheit zusammensetzt, vielfach Gegenstand von Illusionen, die sich angesichts der harten Tatsachen des Zusammenbruches unmöglich verwirklichen lassen. Ich will mich gar nicht mit den Torheiten der Menschen auseinandersetzen, die glauben, nachdem der Krieg vorbei ist, könne man wieder anfangen, wo man am 1. September 1939 oder gar im Januar 1933 geendet hat. Auch klügere Menschen begreifen oft nur schwer, daß die Tatsache, daß ein Land von einer fremden Besatzung besetzt ist, so ungeheuerliche wirtschaftliche und politische Konsequenzen in sich trägt, daß solche Illusionen nicht befriedigt werden können. Die Folgen sind Enttäuschung, Resignation und Vorwürfe, die vorwiegend an die falsche Adresse gerichtet werden, Vorwürfe, die im Hinblick auf die Gesamtpolitik der Besatzungsmacht außerordentlich unklug sind.

Alles, was wir an Enttäuschung erleben, gleichviel, ob es sich um die Zurückhaltung von Millionen von Kriegsgefangenen oder um unsere Flüchtlinge, um unsere

206 Die stenogr. Mitschrift der Rede ist dem Wortprot. beigefügt worden und entspricht Anl. 108.

207 Mit Schreiben vom 12. 4. 1946 hatte *Weisser Roßmann* zur 3. Sitz. des ZB eingeladen. *Pollock* indessen hielt einen solchen Besuch nicht für ratsam, bevor nicht die Verbindungsstellen zwischen ZB und LR etabliert seien (vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 12); vgl. BA Z 1/70 fol. 415: *Pollock* an *Roßmann*, 25. 4. 1946; a. a. O., fol. 436: *Roßmann* an *Weisser* (engl.), 23. 4. 1946.

Wir haben diese Dinge untereinander besprochen und sind uns darüber klar geworden, daß ein solcher Sonderausschuß zuzüglich der Vertreter der Länderparlamente und der wissenschaftlichen Sachverständigen ein Gremium bedeuten würde, das weit größer wäre als der Zonenbeirat selbst, ein zweites größeres Parlament, und wir sind darum von vornherein auf eine zahlenmäßige möglichst scharfe Beschneidung ausgegangen.[204] Dazu kommt die Erfahrung der Geschichte. Nach 1918 ist es nicht zum wenigsten der Umstand gewesen, daß wir die kleinen Länder und andererseits wieder Preußen als Ganzes haben bestehen lassen, daß wir nicht eine große politische Konzeption als Deutsche für die Neueinteilung des deutschen Raumes gehabt haben, der zu der Tragödie von 1933 und den folgenden 12 Jahren geführt hat. Jetzt gilt es einmal, alle Kräfte für die sachliche Mitarbeit zu aktivieren, aber die Verantwortung eindeutig auf bestimmte Schultern zu legen, und die Verantwortung wird nach dem Wunsche des Zonenbeirats auf die Schultern der politischen Parteien gelegt.

Wir haben den Ausschuß konstituiert, den wir nun zur Genehmigung der britischen Militärregierung vorlegen werden und dessen Träger die Vertreter der politischen Parteien und die gewählten Vertreter der ernannten Landtage sein werden. Wir werden die anderen Herren, seien es die Länderchefs oder die Vertreter der Gewerkschaften oder Genossenschaften, gern gutachtlich hören, aber einer muß die Verantwortung tragen, und die Entwicklung in Deutschland geht eben vom Administrativen zum Politischen und dementsprechend können stimmberechtigt auch nur diese politischen Faktoren sein.

Sie werden das Ergebnis ihrer Untersuchungen dann dem Zonenbeirat vorlegen, und dort sind ja wieder sämtliche Herren vollberechtigt in pro und contra. Ich glaube allerdings von vornherein sagen zu können, daß wahrscheinlich mehrere Gutachten vorgelegt werden, denn die Fülle der Fragen ist eine sehr große.

Ich sage das deshalb in einer gewissen Ausführlichkeit, weil dies für die ökonomische und politische Symbiose mit den anderen Zonen, in erster Linie mit der amerikanischen Zone, von größter Bedeutung sein wird.

Einen zweiten entscheidenden Schritt haben wir getan, als wir einen Ausschuß für Agrarreform einsetzten.[205] Es ist ein Ausschuß für Agrarreform und nicht gegen Agrarreform oder zur Verschiebung und Vertagung der Agrarreform. Aus diesem Geiste heraus möchte ich sagen, ist die Aufgabe aller Mitglieder des Agrarausschusses, sosehr ihre sachlichen Ansichten differieren mögen, die Arbeit praktisch zu gestalten. Wir dürfen uns keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß wir in Deutschland zu Maßnahmen kommen müssen, die eine entscheidende soziale Strukturänderung bedeuten. Beim Ausschuß für Agrarreform ist es die soziale Strukturänderung auf dem Lande unter Berücksichtigung aller volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Ich möchte von dieser Stelle aus als Vorsitzender dem Ausschusse mit auf den Weg geben, keine Umwege zu machen, sondern zu einer entscheidenden und durchgreifenden Gestaltung zu kommen, denn die Politik der Umwege hat in Deutsch-

204 Vgl. o. Anm. 189.
205 Vgl. o. mit Anm. 65–75.

(Die Mitglieder bleiben noch inoffiziell zusammen, um die gemeinsame Sitzung mit dem Länderrat vorzuberaten. Um 10.50 Uhr wird die Sitzung bis zum Eintreffen der Herren vom Länderrat unterbrochen.)

Beginn der gemeinsamen Sitzung: 11.20 Uhr

Vorsitzender: Ich schreite zur Wiedereröffnung der heutigen Sitzung des Zonenbeirats. Ich begrüße als Vertreter der britischen Militärregierung Brigadier [*Britten*] und . . .[198], als Vertreter der amerikanischen Militärregierung [Professor *Pollock*][199], als Vertreter des Länderrats Herrn Generalsekretär *Roßmann*[200], Herrn Wirtschaftsminister Dr. *Mueller*[201], Staatssekretär *Goegler*[202] und von der Bayerischen Regierung Freiherrn Ritter *v. Groenesteyn.* [203]

Wir kommen sofort zur Erledigung der sachlichen Dinge. Einweisend möchte ich die Gäste darüber unterrichten, daß dieses Gebilde des Zonenbeirats ein Institut ist, das noch mitten in der Entwicklung begriffen ist. Es kann meine Aufgabe nicht sein, eine Frage von neuem zu ventilieren, die gestern schon von mir kurz angeschnitten worden ist, den staatsrechtlichen Charakter dieser Einrichtung zu prüfen. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir gestern und heute bereits zwei große Schritte weitergegangen sind, einmal in der Frage eines Sonderausschusses für die Reorganisation der britischen Zone, d. h. für die Neueinteilung der Länder, ihre Kompetenzen und die Maximen ihrer Verwaltung. Dieser Sonderausschuß sollte nach den Intentionen der britischen Militärregierung möglichst bald gebildet werden, zusammengesetzt aus den Vertretern aller hier vorhandenen Gruppen.

---

198 Im Wortprot. und im Kurzprot. werden weitere Namen von brit. Seite nicht genannt. *Britten* war Deputy President der Governmental Sub-Commission, Zonal Executive Offices. Inserate gemäß Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 92).

199 James K. *Pollock* war Leiter des „Regional Government Coordinating Office (RGCO)", das am 1. 11. 1945 als Verbindungsstab zwischen OMGUS und dem LR in Stuttgart gebildet worden war; vgl. AVB 1, S. 36 f. und S. 41 ff. Die Funktion des RGCO entsprach damit der des brit. Verbindungsstabes, über den die Kontakte des ZB zur CCG (BE) liefen. *Pollock* äußerte in einem Schreiben vom 22. 7. 1946 *Clay* gegenüber seine Eindrücke von der ZB-Tagung; die Wirksamkeit des Gremiums hielt er insgesamt für gering und betrachtete ihn in keiner Weise als geeignetes Gegengewicht zum Länderrat (vgl. IfZ NL *Pollock* ED 122 Bd. 99).

200 Erich *Roßmann,* ehemaliges Mitglied des württemberg. LT und MdR (SPD) (1924–1933), am 4. 12. 1945 zum GS des LR gewählt, vgl. a. a. O., S. 176. Zur Person *Roßmanns* vgl. ferner Vogel, Westdtld. I, S. 68. – Einen aufschlußreichen Bericht über die ZB-Tagung legte *Roßmann* dem RGCO am 22. 7. 1946 vor. Darin betonte er besonders die zentralistischen Tendenzen in der brit. Zone (vgl. BA NL *Roßmann* 24, fol. 185 f.).

201 Rudolf *Mueller* (LDP), bis zum 30. 9. 1946 hess. Minister für Wirtschaft (und Verkehr) im Kabinett *Geiler,* vgl. Storbeck, S. 309. Er war in dieser Funktion auch Mitglied des LR.

202 Hermann *Gögler* stellte als Bevollmächtigter des Landes Württemberg-Baden die Verbindung zwischen seiner Landesregierung und dem Generalsekretariat des LR her, vgl. hierzu insgesamt Elmenau, bes. S. 114.

203 Elmar Karl Ritter von *Groenesteyn,* Assistent beim bayer. Länderratsbevollmächtigten, Konsul Dr. *Seelos,* vgl. etwa StAB 3–R.1. m. Nr. 131/20 I: Prot. des SpA des LR vom 24. 7. 1946.

fahrtsausschuß die Herren: Dr. *Amelunxen,* Dr. *Degkwitz, Karl* und je ein Vertreter der vier Parteien.[194]

Vorsitzender: Ich glaube, gegen diese Regelung kann sich ein Widerspruch nicht erheben. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Jetzt kämen wir zu einem Unterausschuß zur Bekämpfung der Nazipropaganda.

Weisser: Es werden vorgeschlagen: Oberregierungsrätin [Frau Professor] *Feuerstak,* Dr. *Stricker*[195], [Dr.] *Zechlin* und von jeder Partei ein Vertreter.[196]

(Zustimmung)

Vorsitzender: Dann wollen wir noch den Punkt 28:

Datum der nächsten Sitzung

erledigen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mitteilen, daß bei den maßgebenden Herren der Besatzungsmacht der Eindruck besteht, als ob wir zu selten tagten. Das ist in einem gewissen Umfange bestimmt richtig, das ist aber aus den Konstruktionsfehlern dieses Zonenbeirats zu erklären. Wir haben die ungelöste Preisfrage aufgestellt, welche der vier Formen der politischen Bildung wir repräsentieren.[197] Ich meine, man sollte sich grundsätzlich bereit erklären, den Zonenbeirat häufiger tagen zu lassen, aber bei der Fixierung des nächsten Tages muß es bei dem üblichen zweiten Dienstag bleiben, weil wir für den Agrarreform-Ausschuß und den Sonderausschuß eine Anlaufzeit brauchen. Es bleibt also für den Zonenbeirat beim zweiten Dienstag des nächsten Monats.

Adenauer: Wenn von britischer Seite der Wunsch geäußert wird, daß wir häufiger zusammenkommen, so würde das ganz sicher der Fall sein, wenn uns von britischer Seite die wichtigen Anordnungen, die, ohne daß wir angehört werden, ergehen, rechtzeitig zugeleitet würden, damit wir uns darüber unterhalten könnten. Ich glaube, Herr Präsident, Sie können das dem betreffenden Herrn sagen, daß wir gern bereit sind, mehr zu arbeiten, wenn wir nur anderen Stoff bekämen als Fahrradsteuer und ähnliche Punkte.

---

194 Im Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 79) korrekt *Görlinger* statt *Degkwitz.* Laut Aufstellung in BA Z 2/45 wurde die CDU durch Helene *Weber* vertreten; weitere Mitglieder werden nicht genannt. Protokolle von Einzelsitzungen des reorganisierten WA, aus denen seine Zusammensetzung zu entnehmen wäre, konnten nicht ermittelt werden.

195 Korrigiert aus: *Strang.*

196 Laut Schreiben des Dt. Sekretariats des ZB vom 15. 11. 1946 an den brit. Verbindungsstab bestand der „Unterausschuß für Maßnahmen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Propaganda und Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen" aus folgenden 8 Mitgliedern: Vertreter der Parteien: Fritz *Heine* (SPD); Paul *Otto* (CDU); Hans *Perten* (KPD); Wilhelm *Heile* (FDP). Sonstige Mitglieder: außer den im Wortprot. Genannten noch Friedrich *Holzapfel.* Vgl. hierzu PA 1/88. Zum Bericht des Ausschusses vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 223–226.

197 Vgl. hierzu Dok. IV.3 mit Anm. 43.

gen und Landtagen Vertreter gewählt werden müßten. Wo keine Provinziallandtage oder Provinzialräte bestehen, können sie natürlich auch nicht gewählt werden. Eine Frage haben wir übrigens vergessen, eingehend zu erörtern, nämlich die Frage, ob auch der Provinzialrat von Westfalen und der Provinzialrat der Niederrheinprovinz[191] Vertreter entsenden soll. Wir müssen diese Frage auch noch klären.

(Vorsitzender: Das ist stillschweigend genehmigt!)

Dann wird der Generalsekretär noch heute die entsprechenden Telegramme loslassen. Das wäre der Bericht zu dieser Sache. Nun noch ein Wort für meine Partei. Ich nehme an, und das Wort richtet sich an die Herren Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten, daß die Wahl der betreffenden Körperschaften von ihnen respektiert wird. Sie haben das Recht, da es sich nicht um Exekutivkörperschaften handelt, sich an deren Beschlüsse nicht zu halten, aber ich nehme an, daß man sich in diesem Falle doch daran halten wird.

(Lehr: Wir sind doch Demokraten!)

Es freut mich, daß das Dr. *Lehr* im Namen aller Anwesenden erklärt.

Vorsitzender: Ich danke dem Berichterstatter. Es ist erfreulich, daß die Dinge in dieser Form über die Bühne gehen. Es wird natürlich bezüglich der Auslegung der englischen Anweisungen möglicherweise gewisse Auseinandersetzungen mit den englischen Stellen geben, aber wir sollten diese Linie, wie sie hier vorgeschlagen ist, unter allen Umständen einhalten. Es ist dies die einzig mögliche Linie der Entwicklung zur Perfektuierung der Demokratie.

Ergänzend möchte ich sagen, daß natürlich die Länderchefs und andere Mitglieder des Zonenbeirats als Experten zu jeder Zeit gehört werden können. Ich glaube auch, daß in diesem Kreise eine Reihe von Denkschriften nicht nur schon vorliegt, sondern weiter entstehen wird.

Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Wir hatten unter Punkt 8 und 9: Änderung der Geschäftsordnung und Besetzung der Ausschüsse, die Zerlegung des Wohlfahrtsausschusses nicht in zwei, sondern in drei Ausschüssen vorgesehen. Der Gesundheitsausschuß ist gestern schon gewählt worden.[192] Jetzt handelt es sich darum, einen Wohlfahrts- und einen Flüchtlingsausschuß zu wählen. Ich bitte Herrn Dr. *Weisser.*

Weisser: Für den Flüchtlingsausschuß waren vorgesehen die Herren: *Andrée, Steltzer,* Dr. *Schneider* und je ein Vertreter der vier Parteien.[193] Für den Wohl-

191 Korrekt: Nord-Rheinprovinz.
192 Vgl. o. mit Anm. 79.
193 An der 1. Sitz. des FlA nahmen die folgenden Parteivertreter teil: *Brandes* (SPD), *Heile* (FDP), *Heitgres* (KPD) und *Kather* (CDU) (PA 1/271: Wortprot. der Sitz. des FlA vom 30./31. 7. 1946, S. 1).

Wir kommen jetzt zur Behandlung von Punkt 4:

Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

und Punkt 5:

Wahl des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

Das Wort hat Herr Dr. *Adenauer.*

Adenauer: Ich bitte den Vorsitzenden, zunächst als Berichterstatter sprechen zu dürfen, um dann vielleicht noch einen Satz als Vertreter meiner Partei hinzuzufügen.

Im Haushaltsausschuß[188] ist von Dr. *Schumacher* der Antrag gestellt worden, damit der Ausschuß möglichst klein gehalten wird und gut arbeiten kann, daß die Gruppe der Fachvertreter, die Gruppe der Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten und die Gruppe der Gewerkschaften und Genossenschaften gebeten werden, nicht in diesem Ausschusse vertreten zu sein.[189]

Der Ausschuß hat nur ein Gutachten für den Zonenbeirat selbst vorzubereiten, und im Zonenbeirat haben die betreffenden Gruppen die volle Möglichkeit, ihre abweichende Meinung geltend zu machen. Die Hauptgruppen, die der Anzahl der Personen nach stärksten Gruppen der Fachvertreter und der Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten, haben sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt, und es darf wohl angenommen werden, daß die Genossenschaften und die Gewerkschaften einverstanden sind.

Dann ist in dem Schreiben der britischen Kontrollkommission, das uns in der Angelegenheit zugegangen ist[190], noch gesagt worden, daß zu den Ausschußmitgliedern, die nicht Mitglieder des Rates sind, gehören sollen Sachverständige verfassungs- und allgemeinrechtlicher Fragen. Wir sind der Auffassung, daß es richtiger ist, wenn diese Herren, die wir aussuchen müssen, nicht stimmberechtigte Mitglieder sind, sondern nur Sachverständige. Wir haben in Aussicht genommen, drei Herren zu bitten, uns beratend zur Seite zu stehen. Auch bezüglich dieses Punktes müßte eine Genehmigung der Kontrollkommission dahin erfolgen, daß von diesem Schreiben soweit abgewichen werden kann. Der Ausschuß selbst wird spätestens in 14 Tagen zusammentreten können, da ja nun in den Provinzialvertretun-

---

188 Es muß *Hauptausschuß* heißen (vgl. Dok. V.4, TOP 91); im Prot. des HA vom 9./10. 7. 1946 (BA Z 2/70) ist dieser Punkt nicht enthalten.

189 Die 1. Sitz. des SAL fand am 6./7. 8. 1946 statt. An ihr nahmen teil: SPD: *Schumacher* (Vors.), *Henßler;* CDU: *Otto;* FDP: *Heile;* KPD: *Müller, Ambs;* NLP: *Hellwege;* Oldenburg: *Tantzen;* Hannover: *Kopf;* SH: *Kuklinski;* Lippe: *Drake;* Braunschweig: *Kubel;* Hamburg: *Schönfelder;* Schaumburg-Lippe: *Naujoks;* Bremen: *Wilkens;* für das GS: *Weisser.* Vgl. PA 1/289: Kurzprot. des SAL vom 6./7. 8. 1946, S. 1. *Weisser* stellte die Legitimation des zweiten KPD-Vertreters, *Ambs,* in Frage, a. a. O., S. 8. Zum Bericht des SAL vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 82–99.

190 Vgl. Anl. 107.

Vorsitzender: Dann darf ich sagen, daß Punkt 20:

Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

ausfällt, da der Ausschuß nicht getagt hat. Wir sind dann am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

Adenauer: Zwei kleine Punkte sind vergessen worden; darf ich das noch nachholen. Es ist heute im Hauptausschuß bei der Frage, die von Dr. *Amelunxen* angeregt worden ist, geäußert worden, daß das Nürnberger Prozeßmaterial in keiner Weise ausreichend in der deutschen Bevölkerung verwertet werde, und es ist vom Hauptausschuß vorgeschlagen worden, Sie zu bitten, einem Beschlusse zuzustimmen, die britische Militärregierung zu bitten, bei der Verwertung dieses Materials deutsche Sachverständige zuzuziehen.[184]

Vorsitzender: Ich darf das als einstimmige Meinung des Ausschusses feststellen. Desgleichen darf ich die einstimmige Zustimmung des Ausschusses[185] zu dem Antrag *Degkwitz* zu der Tuberkulosebekämpfung feststellen.[186]

Die Fettanträge Dr. *Lehr, Tantzen* und Dr. *Degkwitz* werden ja wohl morgen unter „Sonstiges" bei der gemeinsamen Beratung mit der amerikanischen Zone zur Sprache kommen.[187]

(Der Beginn der Sitzung am 11. Juli wird auf 9 ¾ Uhr festgesetzt, da um 9.00 Uhr erst der Hauptausschuß zu einer kurzen Sitzung zusammentreten muß.)

Dann schließe ich die heutige Sitzung.

Schluß: 19.00 Uhr.

Donnerstag, 11. Juli 1946, 9.45 Uhr.
Vorsitz: Dr. *Schumacher*

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung. Sie haben die Tagesordnung vor sich und wissen, welche Probleme wir ergänzend zu behandeln haben. Den Herren vom Agrarpolitischen Ausschuß möchte ich im Auftrage des Herrn *Henßler* sagen, daß er ihr Erscheinen zur heutigen Nachmittagssitzung 10 Minuten früher wünscht.

184 Vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9. 7. 1946, S. 4. – Vgl. hierzu weiter Dok. VII.3 mit Anm. 280.
185 Es muß beide Male statt Ausschuß *Plenum* heißen.
186 Vgl. o. Anm. 162.
187 Vgl. u. mit Anm. 257–261.

lich. Ich glaube, daß wir in der Hinsicht einig sind. Das wäre, was ich zu sagen hatte.

Degkwitz: Wenn ich zu dieser Verminderung der Fettration etwas vom ärztlichen Standpunkte sagen darf: Wenn die Verminderung längere Zeit anhält, wird sich unsere Ernährungslage katastrophal verschlechtern, denn der Mensch braucht nicht nur ein gewisses Minimum an Eiweiß, sondern auch an Fett, und der Fettbetrag, den der Mensch ißt, steht in direkter Beziehung zu seiner Resistenz gegen Tuberkulose.[183] Sie wissen, daß kein Mensch gegen eine Ansteckungstuberkulose gefeit ist. Wenn er aber Hunger hat, ist diese Ansteckungsgefahr zwei- bis dreimal größer, und wenn er Mangel an Fett leidet, ist die Ansteckungsgefahr noch wesentlich höher. Wir haben das im vorigen Weltkrieg an dem Beispiel Wien gesehen. Vor dieser Gefahr stehen wir, wenn der Fettbetrag noch wesentlich verringert wird.

Nun wurde noch nach den Sterblichkeitszahlen gefragt. Diese Übersterblichkeit, die wir jetzt haben, bedeutet für die britische Zone für den Monat eine Zahl von 5 800 Menschen, die mehr sterben, also etwa 70 000 während des gesamten Jahres. Diese Übersterblichkeit zeigt sich bei Säuglingen und bei älteren Leuten, während in den mittleren Altersklassen die Sterblichkeit sich nicht gesteigert hat.

Diese vermehrte Säuglingssterblichkeit hat nichts mit der Ernährung zu tun. Es ist das eine Frage der Unterbringung. Man hatte in Hamburg einmal vor 20 Jahren die Frage aufgeworfen, wie groß die Sterblichkeit in den ärmsten und den reichsten Stadtteilen ist. Da hat sich gezeigt, daß in den ärmsten Stadtteilen die Sterblichkeit 20mal höher ist als in den reichsten. Als man nach den Gründen fragte, kam man zu der Erkenntnis, daß die Kinder in den ärmsten Stadtteilen ihre klinischen Infektionskrankheiten: Masern, Keuchhusten, Diphtherie, früher bekommen als in den reichen Stadtteilen. Dort wohnt jetzt auch eine andere Schicht. In dieser Lage befinden wir uns jetzt alle. Unsere Säuglinge bekommen jetzt alle früher die Infektionskrankheiten. Wenn die Erwachsenen einen Schnupfen haben, werden die Säuglinge infiziert. Daneben besteht ein Mangel an Pflege, an Windeln usw. Dadurch ist die Übersterblichkeit bedingt, nicht durch die Ernährung.

Dagegen ist die Übersterblichkeit bei den älteren Leuten ein Ernährungsproblem. Es fehlt ihnen an Eiweiß und wird in Zukunft auch noch an Fett fehlen.

Ich möchte fragen, ob das Plenum dem Antrag an die britische Militärregierung zustimmt, ob wir für 20 000 t Weizen 20 000 t Sojabohnen einführen können. Das wäre der Betrag, der in der britischen Zone verarbeitet werden könnte.

(Zuruf: Warum entweder oder, nein zusätzlich!)

Dann wollte ich das Plenum noch fragen, ob es diesem Auftrag des Wohlfahrtsausschusses zustimmt, der mich beauftragt hat, das ehemalige Deutsche Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose neu zu konstituieren.

---

183 Vgl. hierzu Dok. IX.3 mit Anm. 141.

Zur Frage der Schlachtviehablieferung. Ich gebe zu, Herr *Henßler,* daß in der Hinsicht nicht alles geklappt hat. Es ist zweifelsfrei, daß sich die Ablieferungen nicht so entwickelt haben, wie wir es hätten erwarten können. Es liegen dort unter allen Umständen, das gebe ich offen zu, in der Erfassung und auch in der Verteilung Fehler vor, die wir jetzt bei dem neuen Erntebeginn mit Feuer und Schwert, wenn ich so sagen darf, auszurotten versuchen werden. Es ist aber so, daß im Augenblick die meisten Provinzen ihr Ablieferungssoll voll erfüllt haben, und ich bin der Meinung, daß wir, wenn die neuen Bestimmungen in Kraft treten, in allen Provinzen dazu kommen müssen, daß die vorgeschriebenen Ablieferungen ausgeführt werden.

Es stimmt, und ich bestreite das keinen Augenblick, daß ich damals gesagt habe, ich hoffe, daß wir durch erhöhte Fleischrationen die Kalorienmenge verbessern könnten. Wenn ich allein zu bestimmen gehabt hätte und wenn ich überhaupt zu bestimmen hätte, dann würde ich zweifelsfrei in dieser Notlage auch jetzt zu meinem Worte stehen und einen starken Eingriff machen. Ich bin Ihrer Meinung, daß es vielleicht nötig wäre, etwas stärker zuzufassen, ohne so unmittelbar in die Milchviehbestände einzugreifen.

Wollen Sie aber eine praktische Erwägung hören – und das wird mir immer von der Militärregierung und von meinen Referenten entgegengehalten –: Es ist ungeheuer schwer dabei, das Vieh zu erfassen, was eigentlich aus den Bauernställen heraus müßte, weil es im Milchertrag nicht hoch genug ist. Wenn wir über eine große Menge größerer Betriebe, die über 15 bis 30 bis 50 Kühe verfügen, verfügten, dann läßt sich das durchführen. Wir haben aber jetzt eine große Überzahl von Klein- und Kleinstbetrieben, die 3 bis 4 Kühe haben, und da ist es schwer, es im einzelnen zu organisieren, daß tatsächlich die schlechten milchgebenden Kühe abgeliefert werden. Wenn man das praktisch könnte, würde es eine Kleinigkeit sein, aus diesem Vieh etwas herauszuziehen.

Ich glaube aber, ich kann Ihnen die Zusicherung geben, daß die Maßnahmen, wie sie bis jetzt gewesen sind, nach dem 1. August aufhören werden[181], und wenn die Leute dann nicht im Guten wollen, dann werden wir mit den schärfsten Mitteln eingreifen und die Mißstände ausrotten.

Noch ein Wort zu den Vorräten im Westen. Gestern morgen habe ich mit den zuständigen Herren der britischen Militärregierung eine Unterhaltung gehabt und habe ihnen meine Meinung noch einmal darüber auseinandergesetzt, daß ich es für notwendig hielte, in Rheinland-Westfalen überall dort, wo so konzentrierte Menschenansammlungen sind, eine mindestens 14tägige Bevorratung zu machen, und zwar deshalb, daß uns nicht, wie das vor kurzem geschehen war, durch den Streik in Rotterdam plötzlich ein Einbruch in unsere Berechnungen erfolgt und dann die Menschen tagelang ohne Brot saßen.[182] Im Augenblick haben wir eine solche Bevorratung, und ich werde dafür sorgen, wenn nicht wieder etwas Besonderes eintritt, daß diese Bevorratung bleibt. Wenn in dünner bevölkerten Provinzen einmal etwas fehlt, dann helfen sich die Leute darüber weg, hier ist das aber nicht mög-

181 Vgl. o. Anm. 164.
182 Vgl. Dok. III.3, o. S. 223 f. und S. 231.

ist, man ohne Einschränkung der Fettration in diesen Ländern, die notleidende Menschheit bei uns mit Fett versorgen könnte. Ich glaube, wir müssen hier einen Gegenstrom ansetzen, um doch letzten Endes soviel zu erhalten, daß das Leben des deutschen Volkes noch gerettet werden kann. Ich glaube, daß man da bei den Völkern auch einmal an das Christentum appellieren muß, wofür sie doch alle gekämpft haben, daß man darauf hinweist, daß es jetzt die Pflicht der Christen ist, dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht untergeht.

Lehr: Eine kurze Bitte an Dr. *Schlange-Schöningen.* Sie berichteten uns eben über angelandete und schwimmende Getreidevorräte, und ich wollte nochmals daran erinnern, daß die große Krise in unserer dichten Bevölkerung im Westen dadurch entstand, daß wir nicht über Vorräte verfügten, sondern immer von den ankommenden Mengen heraus verteilen mußten. Ich bitte Sie, uns nach Möglichkeit dabei zu helfen, daß in Zukunft eine gewisse Vorratshaltung von Getreide, zumindest in den Notstandsgebieten an Rhein und Ruhr und in der Nord-Rheinprovinz, stattfindet.[179]

Schlange-Schöningen: Ich darf mit einigen Worten auf das, was hier gesagt worden ist, erwidern.

Herr Bürgermeister *Petersen* meinte einen Vorwurf erheben zu müssen, daß man jetzt erst anfange, an Soja zu denken. Soweit Sie mich meinten, Herr *Petersen,* sind Sie im Irrtum, denn seit Monaten versuche ich, das zu betreiben. Es ist mir das nicht erst jetzt eingefallen, sondern das ist meine eigene Meinung seit Monaten gewesen. Ich bin dabei aber auf das Nichtwollen der britischen Militärregierung gestoßen und habe weder das Recht noch die Möglichkeit zu untersuchen, warum die britische Militärregierung eine derartige Einfuhr bisher nicht getätigt hat. Ich weiß nicht, wie sie sich in Zukunft dazu stellen wird.[180]

Nun die Frage mit den Futtermitteln. Das habe ich zu betreiben versucht, um unseren Viehbestand auf eine bessere Basis zu bringen. Der Anbau von Sojabohnen in Deutschland hat bisher zu sehr mäßigen Resultaten geführt, auch in Süddeutschland, daß man damit wahrscheinlich nichts wird anfangen können, es müßten denn in der Züchtung von Sojabohnen überraschende Fortschritte erzielt werden. Das scheint aber bisher nicht der Fall zu sein. Unser Land ist klimatisch so wenig geeignet für die Sorten, die man bis jetzt hat, daß man da kaum etwas wird erzielen können.

Kartoffelrationerhöhung, wie sie Herr *Tantzen* anregte. So, wie augenblicklich die Situation ist, bin ich nicht der Meinung, daß man das jetzt schon verantworten kann, die Kartoffelration zu erhöhen. Dazu müssen wir noch viel mehr – die Ernte beginnt ja erst – in die wirklich groß anlaufende Frühkartoffelernte hereinkommen, um zu sehen, wie die Resultate sind und überhaupt über die Vorräte zu verfügen, daß wir alle Provinzen gleich behandeln können.

---

179 Zur Ernährungslage in der NRP vgl. den Bericht der Abt. Landwirtschaft, Ernährung, Domänen, Forsten und Landeskultur (OP/NRP, Bonn) vom 17. 6. 1946, der auch Vorschläge zur Wiederherstellung eines freien Marktes enthielt (HStAD NW 53/312, fol. 63–83).

180 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 29.

Henßler: Eine Frage an Dr. *Schlange-Schöningen* bezüglich der Fleischrationen. Hängt die unzureichende Versorgung mit Fleisch nicht auch mit der mangelhaften Ablieferung zusammen? Mir ist jedenfalls von Persönlichkeiten, die darüber unterrichtet sind, gesagt worden, daß die Landwirtschaft in der Ablieferung von Vieh rückständig ist und daß die Behörden der Landwirtschaft gegenüber ohnmächtig sind, weil die Polizei nicht eingesetzt werden kann, wo der Landwirt sich weigert abzuliefern. Das sind Argumente, die nicht so landläufig gemacht wurden, sondern sie sind mir von Persönlichkeiten gemacht worden, die darüber unterrichtet sein können und laufend unterrichtet sind. Wenn dem so ist, müßte ja schließlich auch von uns aus selbst überlegt und müßten Vorschläge gemacht werden, wie das geändert werden könnte. Ich darf daran erinnern, daß, als wir uns im Frühjahr mit der Verschlechterung der Lebensmittelversorgung befaßten, uns in Aussicht gestellt wurde, daß als Ersatz für das Brot unter Umständen höhere Fleischrationen in Frage kommen könnten.[177] Der Effekt war aber praktisch im Industriegebiet, daß wir wochenlang ohne Fleisch waren. Ich möchte bitten, daß uns nach der Seite Aufklärung gegeben wird.

Außerdem wird auch von Persönlichkeiten, die unterrichtet sind, behauptet, daß in Wirklichkeit die deutschen Viehbestände viel größer sind, als sie die Landwirte angeben. Mir ist von einem Manne, der besonders die westfälischen Verhältnisse kennt, gesagt worden, er wolle sich stark dafür machen, auf mindestens 3–4 Wochen Dortmund mit Fleisch zu beliefern, ohne irgendwie den angegebenen Bestand an Rind viel anzugreifen, nur durch Wegnahme dessen, was die Landwirte mehr haben, als sie angegeben hatten.

Es scheint mir notwendig, auf dem Gebiete von uns aus alles zu tun, was getan werden kann. Ich entsinne mich einer Redewendung von Dr. *Schlange-Schöningen,* daß man früher noch nicht mit dem Abschlachten von Vieh beginnen wollte, sondern man wollte das Vieh erst einige Monate auf der Weide lassen, dann würde man pro Stück Vieh – die Menge tut hier nichts zur Sache – so und soviel mehr rechnen können. Heute wird davon überhaupt nicht geredet, und auch Dr. *Schlange-Schöningen* stellt die Sache so dar, als ob wir bei Vieh vor einem ganz natürlichen Engpasse stehen. Mit seinen heutigen Ausführungen stimmt jedenfalls nichts überein, was er vor einigen Wochen erzählt hat.[178] Deshalb möchte ich bitten, daß uns darüber noch Auskunft gegeben wird.

Schlack: Wir haben bei der jetzigen Ernährungslage stets das Augenmerk darauf gerichtet, daß genügend Brot nach Deutschland kam. Aber es ist Tatsache, daß wir damit die Fettfrage haben zurückfallen lassen. Es müßte jetzt eigentlich ein gewisser Sturm ausgehen, auch von Übersee, eine gewisse Fettmenge nach hier zu geben durch die Einfuhr von Sojabohnen, Kopra und Erdnüssen. Ich glaube auch, daß in den Gebieten Amerikas, Südamerikas und Nordamerikas, Kanadas, Australiens, die unter dem Kriege überhaupt nicht gelitten haben, wenigstens nicht zerstört sind, sondern vielleicht nur Mangel an Arbeitskräften gehabt haben – bei dem großen Menschenmaterial dort glaube ich auch nicht, daß es daran gefehlt hat –, immerhin große Vorräte vorhanden sind und daß, wenn der gute Wille vorhanden

177 Vgl. Dok. II.3, bes. mit Anm. 73.
178 Vgl. Dok. III.3, bes. mit Anm. 44.

Ich stelle deshalb den Antrag, die Militärregierung zu ersuchen, wegen der dringenden augenblicklichen Ernährungsnotlage zeitweise Minensuchboote für die Fischerei zur Verfügung zu stellen und Fischereibootreparaturen die Priorität vor allen anderen Werftarbeiten zu geben. Wir sind, wenn das geschieht, nach meiner Ansicht in der Lage, sofort eine erhebliche Hilfe zu leisten.[170]

Lehr: In der Frage der Fettversorgung bitte ich, die Diskussion auf morgen zu vertagen, wenn die Amerikaner hier sind. Ich habe den Antrag auf ein Telegramm von Herrn *Kaisen* hin gestellt und an seiner Stelle den Antrag aufgenommen.[171] Aber wir müssen erst die Antwort der Militärregierung abwarten, die morgen früh eintreffen wird. Deshalb möchte ich bitten, jetzt auf die Fettfrage in der Diskussion nicht weiter einzugehen.

Vorsitzender: Es dreht sich um die Frage, wie wir die Tagesordnung weiter abwickeln wollen. Es sind noch viele Diskussionsredner vorgemerkt. Ich möchte fragen, ob nicht der eine oder andere Herr in der Situation ist, für den heutigen Abend, der nicht eine Vergnügungsangelegenheit, sondern ein politisches Ereignis ist[172], sich restaurieren oder fertigmachen zu wollen. Es steht bei Ihnen. Ich persönlich habe kein Interesse.

Adenauer: Ich unterstütze die Anregung von Dr. *Degkwitz*[173] wegen der Sojabohne nachdrücklichst. Ich war von 1914–1917 Nahrungsmitteldezernent in Köln.[174] Wir haben mit Sojabohnen zur menschlichen Ernährung die besten Erfahrungen gemacht. Wie die Erfolge der Anpflanzung, der Akklimatisierung gewesen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber jedenfalls unterstütze ich diesen Antrag auf das Wärmste aus den Erfahrungen, die wir damals gemacht haben.

Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Dr. *Degkwitz*. Wir haben vom Generalsekretariat eine Übersicht über die natürliche Bevölkerungsbewegung zugesandt bekommen.[175] Danach ist im April 1946 die Zahl der Lebendgeborenen auf 16,1 gesunken gegen 20,6 im Jahre 1938.[176] Die Zahl der Gestorbenen betrug im April 1946 15,1, im April 1938 dagegen 11,8. Ich finde, daß die Steigerung der Sterblichkeit verhältnismäßig gering ist, und es wäre mir sehr interessant, von Ihnen zu hören, worauf Sie das zurückführen, daß diese Zahl wenigstens im April noch nicht so hoch war.

---

170 Auch diese Anregung ging in den Gesamtantrag ein, vgl. u. mit Anm. 330–333.

171 Vgl. o. Anm. 163; zur weiteren Behandlung siehe u. mit Anm. 257–264.

172 *Schumacher* bezieht sich auf das für 20.00 Uhr angesetzte gemeinsame Abendessen der Mitglieder des ZB und der Vertreter des Stuttgarter LR, vgl. HStAH Nds. Z 50/77 c: Zeitfolge, 5. Sitz.

173 *Schlange-Schöningen* und *Petersen* (vgl. o. S. 558 und Anm. 169) hatten das Thema angesprochen.

174 Vgl. hierzu H.-P. Schwarz, S. 151 ff.: Von den ersten Kriegswochen bis zum März 1917 organisierte *Adenauer* die Lebensmittelversorgung der Stadt Köln.

175 Diese vom Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone angefertigte Aufstellung vom 13. 6. 1946 („Die natürliche Bevölkerungsbewegung in der britisch besetzten Zone", April 1946, vorläufiges Ergebnis) hatte *Weisser* am 3. 7. 1946 an die Ratsmitglieder versandt (vgl. AdsD, Bestand *Schumacher:* J 82; vgl. hierzu auch Dok. II.3 mit Anm. 98).

176 Mißverständlich: bezogen auf 1 000 Einwohner, berechnet auf ein Kalenderjahr (vgl. AdsD, wie Anm. 175); dies gilt auch für die Sterbeziffern.

21. Juli an denen gibt, die gar keine Kartoffeln mehr in Vorrat haben und die auch keine eigenen Kartoffeln auf einer kleinen Fläche angebaut haben. Die könnten ja noch vier bis acht Wochen warten. In den Städten sind viele Kleingärten. Man sollte in dieser Notzeit differenzieren und nur denen Kartoffeln geben, die nichts haben aus eigenem Garten oder aus eigenem Vorrat. Denen soll die verdoppelte Menge Kartoffeln gegeben werden.

Herr *Kaisen* hat mich gebeten[167], zur Sprache zu bringen, daß in Bremen große Schwierigkeiten entstehen würden, wenn diese 200 g fehlenden Fettes nicht ersetzt würden. Und ich bin ganz seiner Meinung. Es wird eine große Enttäuschung für das ganze deutsche Volk sein, wenn die Fettration von 400 auf 200 g heruntergesetzt werden muß. Dann bleibt nur die Möglichkeit, aus diesen Vorräten, die in der Welt überschüssig sind und die zum Teil verderben, etwas heranzuschaffen, um uns wieder etwas mehr Fett geben zu können.

Petersen: Ich muß sagen, diese Mitteilungen, die wir erhalten haben, sind so niederdrückend, daß ich bitten möchte, daß die Berichte von Dr. *Degkwitz* uns im Druck zugeleitet werden. Es ist für uns alle wichtig, daß wir unterrichtet sind, damit wir die Zahlen bei geforderten Auskünften verwenden können.[168]

Nun zur Frage der Ernährung. Das Bild, das Sie gehört haben, ist erschütternd. Ich bedaure sehr, daß man die Anregung, die ich vor Monaten gegeben habe, daß man Sojabohnen importieren sollte, jetzt erst allmählich anfängt aufzugreifen und zu überlegen.[169] Wenn man das schon vor vielen Monaten getan hätte, wären wir, glaube ich, in einer besseren Lage. Der Wert der Sojabohne für die Ernährung ist unverhältnismäßig viel höher, als wenn man Weizen importiert. Ich kann den Vorwurf nicht vermeiden, daß das längst hätte geschehen sollen. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag von Herrn Ministerpräsident Tantzen, daß wir die Militärregierung oder die Kontrollkommission bitten, daß durch Variation in der Einfuhr, indem z. T. Ölfrüchte anstatt Weizen importiert werden, die Fettlage gebessert wird.

Im Anschluß an die Ausführungen von Dr. *Lehr* möchte ich aber meinerseits noch den Antrag stellen, weil ich es für unbedingt nötig halte, daß man mit allen Mitteln versucht, die Situation im August zu verbessern. Die einzige Möglichkeit nach meiner Ansicht liegt in dem Reichtum des Meeres, in den Fischen. Es ist mir unverständlich, wieso die Besatzungsmacht es bisher abgelehnt hat, die Reparatur von Fischdampfern zu fördern, und vor allen Dingen, daß Minensuchboote, die früher Fischereifahrzeuge waren, wieder hierzu zur Verfügung gestellt werden. Die Förderung der Fischerei scheint mir für den Augenblick eine Hilfe zu sein.

---

167 Die vier kleinen Länder der brit. Zone wechselten einander bei der Teilnahme an den Sitzungen ab. Vgl. Dok. I.9, Anm. 3. – Der Antrag *Tantzen* ging in den entsprechenden Gesamtantrag ein, vgl. u. mit Anm. 330–333. – Zur Ernährungslage Bremens vgl. StAB 3–B.10. d. Nr. 100/6: Beschlüsse der Bürgerschaft vom 15. 7. 1946. Bericht über die Ernährungslage. Entschließung.

168 Vgl. o. Anm. 156.

169 Eine solche Anregung hatte *Petersen* im ZB nicht gegeben. Vgl. aber die Soja-Denkschrift der Hamburger Gesundheitsverwaltung vom 12. 6. 1946 (PA 1/144).

Wirtschaft auf den Feldern vorzunehmen, von der Kartoffel zum Hafer. Ich glaube, man kann eine derartige Verantwortung im Augenblick nicht übernehmen. Wir sind in einer ganz prekären Ernährungslage, daß ich mich weigern würde, nur um des besseren oder schlechteren Gesundheitszustandes willen Dinge anzubauen, deren Anbau so unsicher ist wie große Haferflächen. Große Kartoffelflächen geben uns diesmal die Grundlage einer besseren Ernährung. Die Kartoffel hat dem deutschen Volke von jeher über schwierige Zeiten hinweggeholfen. Mit Hafer erzielen wir längst nicht dieselbe Menge je Hektar, und wir erzielen die großen Mengen überhaupt nur in besonders günstigen Jahren. Ich möchte nicht die Verantwortung tragen, ein Jahr mit einer Hafermißernte zu haben, so daß wir nicht wissen, wie wir die Menschen drei Monate lang sattkriegen sollen.

Ich möchte mich auf diese Ausführungen beschränken. Ich bedaure, daß ich nichts Besseres sagen konnte. Selbstverständlich stimme ich dem Antrag Dr. *Lehr* zu, von ganzem Herzen.

Tantzen: Ein paar Ergänzungen zu den Ausführungen von Dr. *Schlange-Schöningen.* Wenn wir glauben, daß die Fettration von 400 g nur für 4 Wochen auf 200 g gekürzt wird, so muß ich sagen: Wir müssen uns klar sein, daß wir jetzt in der milch- und butterreichsten Zeit sind. Im vergangenen Jahre um diese Zeit haben wir in der Landesbauernschaft Weser-Ems große Mengen von Butter eingelagert. Das lag einmal daran, daß noch Vorräte in den Kühlhäusern vorhanden waren und daß die Transporte nach Rheinland-Westfalen noch nicht funktionierten, daß aber auch in Rheinland-Westfalen die Lage besser und noch Vorräte vorhanden waren. Wenn man jetzt keinen Vorrat ansammeln kann, dann steht als sicher fest, da in wenigen Monaten ein viel geringerer Milchanfall ist und auch keine Schweine vorhanden sind, die durch Schmalz ersetzt werden könnten, was an Butter fehlt, wir die Fettration auch nicht über 200 g steigern können. Auch wenn wir etwas mehr Kartoffeln geben und etwas mehr Brot, so ist das nicht ausreichend; es ist einfach unmöglich, dabei das Volk gesund zu erhalten.

Es ist also jetzt die Frage zu überlegen, auf welche Art wir Fett schaffen. An dieses Fettschaffen aus der amerikanischen und russischen Zone glaube ich nicht. Ich halte nur einen Weg gangbar, wenn uns die Militärregierung den Weg öffnet: zu den Lagern im Ausland, wo am Kongo z. B. große Berge von Erdnüssen lagern und wo man in Argentinien Überschüsse an pflanzlichen Fetten hat. Wenn wir davon importieren könnten, dann hätten wir Rohstoffe für die Margarineerzeugung, sonst werden wir nicht durchkommen, vorausgesetzt, daß nicht geglaubt wird, daß man mit 200 g Fett auskommen kann. Da auch die Fleischmenge nicht wesentlich erhöht werden kann, wenn man über das ganze Jahr rechnet und nicht den Viehbestand dezimieren will, bleiben Fleisch und Fett in solch geringen Mengen, daß nur das Kartoffel[an]gebot übrig bleibt. Geht das? Ich glaube nicht.

Ich möchte Dr. *Schlange-Schöningen* doch fragen, ob es nicht möglich ist, jetzt nicht mit 8 000 g, sondern mit mehr Kartoffeln anzufangen. Ich weiß, daß er Bedenken hat, jetzt mehr zu geben, denn im Herbst muß vom Säugling bis zum Greis jeder Mensch 3 Zentner Kartoffeln bekommen. Das geht nicht aus der deutschen Erde, dazu reicht die deutsche Ernte allein nicht aus. Jetzt aber, in dieser schweren Zeit, möchte ich doch bitten, zu überlegen – denn 4 Pfund Kartoffeln in der Woche sind nicht viel –, ob es nicht 6 oder 8 Pfund sein können, die man vom

nung, und zwar deshalb, weil die Heringsfischerei in kürzester Frist wieder einsetzen wird und dadurch eine Besserung wieder kommen kann.

In Zucker haben wir einen solchen Vorgriff gemacht, um über die letzten Monate hinwegzukommen, daß wir uns nun mit etwas gekürzten Rationen an die zukünftige Ernte heranschlingern müssen.

Das, was wir erhofft haben, Gott sei Dank, und was nach den Berichten, die mir vorliegen, in allen Provinzen auch ganz regulär ausgefallen ist, sind die Frühkartoffeln. Ich darf sagen, daß die Frühkartoffelernte nicht schlecht ist und die Spätkartoffelernte überall dort gut sein wird, ausgesprochen gut, wo wir gute Saat gehabt haben. Wenn Sie durch das Land fahren, dann achten Sie doch bitte darauf, wenn auch nur mit theoretischen Augen, wie verschieden die Kartoffelfelder aussehen, wieviel kranke Stauden z. T. da sind, wie an manchen Stellen große Flächen schlecht sind und daneben wieder glänzende Felder stehen. Das ist dann eine Sache gesunder Saatherkunft. Ich glaube aber sagen zu können, daß die Kartoffelversorgung so, wie sie jetzt angelaufen ist, durchaus den Anschluß an die Spätkartoffelernte finden wird. Und was an mir liegt, werde ich das Menschenmögliche tun, um im Herbst eine so große Einkellerung in den Städten stattfinden zu lassen, daß wir über diese Sorge wenigstens für lange Zeit, hoffentlich bis in den nächsten Sommer, hinweg sind.

Da bitte ich die Herren, die städtisch etwas zu sagen haben, die Bürgermeister usw. dafür zu sorgen, daß diese Einkellerung auch glatt vor sich geht. Bei den zerschossenen Gebäuden wird es vielfach an Kellern für Privatleute fehlen. Da müssen die Städte Vorsorge treffen, daß z. B. in Lagerhäusern eingekellert werden kann.

Ich darf zum Schlusse noch eine ganz kurze Ausführung anschließen. Viele von Ihnen haben, soweit Sie sich besonders dafür interessieren, in Zeitungen Abhandlungen von bekannten Wissenschaftlern gelesen, die darüber sprachen, daß unsere Ernährung überhaupt sehr viel mehr von der Kohlehydraternährung, d. h. von der Kartoffelernährung, zu der wesentlich hochwertigeren Fetternährung übergehen müßte. Ich bin der Meinung, obwohl ich ärztlich keine Ahnung habe, daß das wahrscheinlich wissenschaftlich durchaus begründet und richtig ist. Nun ist diese ärztliche Schule, wenn ich so sagen darf, der Meinung, wir müßten agrarwirtschaftlich gesehen mehr dazu hinkommen, statt Kartoffeln mehr Hafer zu bauen oder eventuell Sojabohnen in großen Mengen einzuführen oder Futtermittel aus dem Auslande einzuführen, um dann über die Milch dasselbe zu erreichen.

Über die Sojaeinfuhr und die Futtermitteleinfuhr brauche ich kein Wort zu verlieren. Wir können daran sehr wenig tun, weil wir nicht über die Auslandsverbindung und die Mittel verfügen, das einzuführen. Ich habe mich oft mit den Herren von der Militärregierung über die Einfuhr von Futtermitteln unterhalten, weil ich der Meinung bin, daß man nur über einen guten Viehstand eine gesunde Agrarwirtschaft aufbauen kann. Es liegt aber außerhalb des Rahmens meiner Möglichkeit, etwas derartiges zu veranlassen. Wenn der Zonenbeirat in einem Antrag an die britische Militärregierung etwas derartiges befürwortete, dann würde mir das herzlich willkommen sein. Die für mich wesentliche Frage ist aber, ob es richtig oder zu verantworten ist, in diesem Augenblicke eine große Umstellung unserer

hat, daß wir, wo wir jetzt ja an die Ernte herankommen, vielleicht von der nächsten Zuteilungsperiode an allmählich eine Steigerung unserer Zufuhr aus dem Lande bekommen, indem wir dann genau übersehen können: Was werden wir eigentlich ernten, und was können wir uns leisten. Ich würde unter keinen Umständen meine Hand bieten zu einem Rat in der Art, daß man sagt: Wir wollen uns über die jetzige Periode hinwegtäuschen, um den Schock, der im Volksempfinden bei der Herabsetzung dieser Rationen kommen wird, leichter zu überstehen, und das damit erkaufen, daß wir bis Februar wieder bessere Rationen haben und dann wieder ein schweres Absinken bekommen werden.

Wir hängen augenblicklich also mit all dem, was wir uns leisten können, vollkommen von dem ab, was uns das Ausland gibt. Das ist eine Frage der weiteren Versorgung. Wir sind mit unserem Getreide augenblicklich vollkommen fertig. In der Hinsicht kann ich aber beruhigende Zusicherungen geben, die mir die britische Militärregierung gab anhand der Zahl von den Schiffen, die schwimmen, von den Vorräten, die unterwegs sind – das war vor 4–6 Wochen –, daß in dieser Hinsicht keine Störungen mehr eintreten werden, daß wir getreidemäßig, brotmäßig mit den jetzigen Rationen den Anschluß an unsere nun einsetzende Ernte mit Sicherheit erreichen.

Ich kann dazu sagen, daß die ersten Druschergebnisse, die vorliegen, die noch kein umfassendes Urteil gestatten, aber immerhin einen Fingerzeig geben können, bei Wintergerste durchaus günstig ausgefallen sind.

In Brot werden wir also gesichert sein. Ich glaube auch, daß die Nährmittelzuteilung gehalten werden wird. Schwer bleibt die Lösung der Fettfrage. Ich habe vor mir einen Antrag von Dr. *Lehr* an die britische Militärregierung, worin er bittet, durch Einfuhr aus der amerikanischen Zone zu veranlassen, daß unsere Fettration wieder auf die alte Höhe gebracht werden kann.[166] Ich würde glücklich sein, wenn ein solcher Antrag nicht nur angenommen würde, worüber kein Zweifel sein dürfte, sondern wenn die britische Militärregierung sich in der Lage sehen könnte, gemeinsam mit der amerikanischen Militärregierung diesem Antrage zu entsprechen.

Es ist weiterhin die Möglichkeit, daß unsere Fischzufuhr sich wieder verbessert. Ich muß offengestanden sagen, daß ich im Augenblick noch nicht ganz klar übersehe, woher eigentlich dieser plötzliche Einbruch in unsere Fischzufuhr gekommen ist. Sie wissen, unsere Fischernährung beruht immer auf zwei Dingen: was unsere eigenen paar Schiffe fangen und auf der Einfuhr. Soweit ich im Augenblick orientiert bin, sind die Fangergebnisse von unseren Dampfern in letzter Zeit nicht so günstig gewesen. Mir ist aber von sachverständiger Seite gesagt worden, daß diese Situation sich sehr bald bessern würde. Darin liegt auch eine gewisse Hoff-

166 Vgl. hierzu Anl. 106; siehe ferner HStAD NW 53/312, fol. 114–117: OP NRP, Abt. Landwirtschaft, Ernährung, Domänen, Forsten und Landeskultur, Bonn, 29. 6. 1946, betr.: Kürzung der Fettration. Der Verfasser, *Heymann,* machte schwerwiegende Bedenken gegen die geplante Maßnahme geltend. Vgl. ebenfalls einen Bericht *Schlange-Schöningens* an *Hollins* vom 2. 7. 1946 über seine Reise in die NRP und nach Westfalen sowie eine beigefügte Resolution von Vertretern der Provinz Westfalen betr. die Fettkürzung, BA Z 6 I/17, fol. 74–84.

daß kein Mensch, der an dieser Stelle als Verantwortlicher stünde, anders handeln könnte, und ich bin überzeugt, Herr *Kaisen,* wenn er an meiner Stelle stände, würde es ebenso gemacht haben.

Ich darf zunächst einmal eine Übersicht geben über die Ernährungsmenge, die wir in der nächsten Periode geben können. Das schließt ab mit einer Kalorienzahl von 1 130 Kalorien, d. h. es sind also ca. 80 Kalorien mehr als in der vorigen Zuteilungsperiode, wo 1 050 Kalorien gegeben wurden.[165] – Wir geben:

7 000 g Brot gegen 5 000 g in der gegenwärtigen Periode

1 000 g Nährmittel wie in der gegenwärtigen Periode

200 g Fett gegen 400 g

600 g Fisch gegen 900 g

500 g Zucker gegen 750 g

450 g Fleisch gegen 420 g

125 g Käse gegen 125 g

8 000 g Kartoffeln gegen 4 000 g.

Das sieht in toto etwas besser aus, ist aber in Wirklichkeit eine wesentliche Verschlechterung, weil es ein Einbruch ist in das, was die Menschen gerade am meisten brauchen, in die Fetternährung. Es ist eben so, daß wir in den letzten Monaten, wo wir uns von Rationsperiode zu Rationsperiode durchringen mußten, doch etwas mehr in die Vorräte hineingegriffen haben, die wir noch hatten, also z. B. eingelagerte Fette und dergleichen. Wir können das nicht weiter durchführen, und zwar deshalb nicht, weil, trotzdem die Ernte draußen so gut aussieht, daß wir, ohne mich darauf festlegen zu können, nach dem, was ich als praktischer Landwirt beurteilen kann, eine wesentlich bessere Ernte machen werden, als man bei dem Mangel an Stickstoff erwarten konnte, gerade leider in dem Posten, den wir am meisten brauchten, bei den Ölfrüchten, es einen sehr schweren Ausfall geben wird. Große Flächen sind wieder umgepflügt worden. Es steht ganz miserabel schlecht durch ganz Deutschland, mit wenigen Ausnahmen, daß man daraufhin irgendeine Hoffnung für das nächste Jahr nicht aufbauen kann.

Ich habe mit der britischen Militärregierung, mit meinen Referenten auf das Sorgfältigste die Frage erwogen, ob wir nicht wenigstens jetzt für die nächsten Wochen einen Ausgleich durch Erhöhung der Fleischrationen schaffen können. Wir können es nicht, wenn wir nicht das nächste Jahr schwer angreifen wollen und wenn wir nicht in unsere Milchbestände so eingreifen wollen, daß von der Seite aus doch die Fettlage wieder schwierig wird. Ich sehe in diesem Augenblick gar keinen anderen Ausweg, als daß man noch einmal diese Kürzung macht und die Hoffnung

165 Laut Rohrbach, S. 306, lagen die Normalverbraucherrationen im Durchschnitt der brit. Zone für die 90. ZP (24. 6.–21. 7. 1946) bei 1 065 Kalorien pro Tag, in der 91. ZP (22. 7.–18. 8. 1946) bei 1 239. Auch die im folgenden von *Schlange-Schöningen* genannten Rationen stimmen nicht in jedem Falle mit der Aufstellung bei Rohrbach überein. Die Abweichung ist durch die häufig zu beobachtende Diskrepanz zwischen Soll- und Ist-Werten zu erklären, denn die vom ZEL vor einer ZP aufgestellten Pläne konnten aufgrund der starken dt. Importabhängigkeit oder regionaler Schwankungen nicht immer eingehalten werden.

Der Wohlfahrtsausschuß hat mich beauftragt, das ehemalige Deutsche Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose neu zu konstituieren.[161] Dieses Komitee soll erweiterte und verbesserte Pläne zur Bekämpfung ausarbeiten und dem Zonenbeirat zur Empfehlung vorlegen.[162]

Schlange-Schöningen: Sie haben den geradezu schrecklichen Bericht über den Gesundheitszustand gehört. Ich benutze die Gelegenheit, um zu einem Punkte, der heute nicht auf der Tagesordnung steht, kurze Ausführungen zu machen, d. h. zu unserer augenblicklichen Ernährungslage.

Ich bin nicht Arzt, aber ich glaube, Herr Dr. *Degkwitz* wird mit mir übereinstimmen, daß das beste Tuberkulosebekämpfungsmittel wäre, wenn den Deutschen ausreichend Nahrungsmittel und namentlich eine wesentliche Erhöhung der Fettration gegeben werden könnte. Zu meinem großen Bedauern muß ich sagen, daß unter dem Zwange der Situation genau das Gegenteil der Fall ist. Ich habe vor mir eine Liste liegen über die Rationen, die wir in der nächsten Zuteilungsperiode geben können. Vor mir liegt zugleich ein Telegramm, das an den bisherigen Vorsitzenden des Zonenrats, Dr. *Lehr,* gerichtet war, und zwar von Herrn *Kaisen* in Bremen, worin es heißt:

> Zentralamt für Ernährung verlangt plötzlich ab 21. 7. 50 % Kürzung der Fettration ⟨ohne Ausgleich. Ich bitte um Stellungnahme des Zonenbeirates unter Hinweis auf die Gefahren, die eine weitere Kürzung nach sich ziehen müssen [!]. Volle Aufklärung über Umfang, Dauer und Notwendigkeit solcher drastischen Maßnahmen ist notwendig. Nach Auffassung Bremens ist eine unterschiedliche Bewertung in der Zuteilung zwischen Großstadt, Kleinstadt und Landgebiet dringend erforderlich.⟩[163]

Meine Herren! So ist es nicht ganz. Bei allem Unangenehmen, was heute in Deutschland passiert, bin ich gewohnt, daß das anfängt mit dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft. In Wirklichkeit, da ich augenblicklich noch keine Exekutivgewalt habe, könnte es ebensogut anfangen: „Die britische Militärregierung verlangt, daß . . ." denn sie hat es dekretiert. Aber ich muß Ihnen in demselben Satze sagen: Wenn ich heute schon die Exekutivgewalt hätte[164], könnte ich es auch nicht. Ich will nicht sagen, daß ich mich hinter den breiten Rücken der britischen Militärregierung mit meiner persönlichen Verantwortlichkeit zurückziehen will. Niemand kann mehr geben, als er hat. Die Situation auf dem Ernährungsgebiete ist in dieser Woche so ungeheuer angespannt, und die Frage, wie wir mit Fett und Fleisch den Anschluß an das nächste Wirtschaftsjahr erreichen, ist so schwer,

---

161 Das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose in der brit. Zone wurde im Februar 1947 wiedererrichtet (Vorsitz: *Degkwitz*) und hatte seinen Sitz bei der Sozialverwaltung der Stadt Hamburg. Die erste Sitz. des Komitees fand am 25. 2. 1947 statt (BA NL Blücher 313: Tagesordnung; vgl. zur Zusammensetzung des Gremiums: LAS 605/661: Verzeichnis der in der brit. Zone bestehenden interregionalen Ausschüsse, o. D. [Dez. 1947]).

162 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 113; zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3, u. S. 846 f. Mit Schreiben vom 28. 5. 1946 hatte *Degkwitz* die Länderchefs um Beantwortung eines Fragenkatalogs bis zum 15. 7. 1946 gebeten (vgl. PA 1/144). Zur Wiederaufnahme dieser Thematik vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 380–384. Ein Bericht über die Tbc in der brit. Zone – erstellt vom Zentralkomitee – bei Ickert.

163 Inserat des Telegramms *Kaisen* an *Lehr,* 10. 7. 1946, gemäß: BA Z 6 I/87, fol. 149 f.

164 Die Exekutivgewalt erhielt das ZEL mit Wirkung vom 1. 8. 1946, vgl. Dok. II.3, Anm. 101.

10–11jährige mit einer mittleren Körpergröße von 137 cm hatten 3,1 kg Untergewicht (10 % ihres Normalgewichts);

männliche 14–15jährige mit einer mittleren Körperlänge von 161 cm hatten 4,3 kg Untergewicht (9 % ihres Normalgewichts);

weibliche 14–15jährige mit einer mittleren Körperlänge von 160 cm hatten 1,5 kg Untergewicht (3 % ihres Normalgewichts);

Der Schluß, der aus diesen Beobachtungen gezogen werden muß, ist, daß die ausländischen Roten Kreuze gebeten werden müssen, die Kinderspeisungen vom Vorschulalter in das Schulalter zu verlegen.[159]

Wägungen in Altersheimen ergaben in einem Durchschnittsalter von 70 Jahren bei männlichen und weiblichen Personen ein Untergewicht von 12 kg (20 % ihres Normalgewichts).

Mit der allgemeinen Ernährung hängt unlösbar zusammen die Häufigkeit der Tuberkulose unter der Bevölkerung.

Von Januar bis Mai 1946 gab es in Hamburg 3 547 Neuerkrankungen an nichtansteckender klinischer Tuberkulose.

Von Januar bis Mai 1946 gab es in Hamburg 822 Neuerkrankungen an ansteckender Tuberkulose.

Die Zahlen von den Neuerkrankungen an nichtansteckender Tuberkulose sind aber nicht vollständig, weil zur Zeit nur ansteckende Fälle gemeldet werden müssen.

Es ist bei der Kontrollkommission, Public Health Branch, in Bünde beantragt worden, das Gesetz über die Meldung von Tuberkulosefällen dahin zu erweitern, daß alle frischen Fälle von aktiver Tbc gemeldet werden müssen.

Die allgemeine Sterblichkeit an Tbc hat sich seit 1940 bis 1945 in Hamburg verdoppelt. Im Jahre 1944 gab es in Hamburg 9 358 Fürsorgefälle, darunter 3 199 offene Tuberkulose. Im Jahre 1945 gab es in Hamburg 12 013 Fürsorgefälle, darunter 3 770 offene Tuberkulose, im Jahre 1946 wird wahrscheinlich die Zahl von 18 000 Fürsorgefällen erreicht werden.[160]

Bei den jetzigen Wohnungsverhältnissen und der starken Überbevölkerung der Städte und Dörfer erscheint es nicht mehr möglich, offene Tbc-Fälle bei ihren Familien in Privatwohnungen zu lassen, weil die Gefahr der Ansteckung vieler Menschen, vor allem aber von Kindern, durch diese offenen Tbc-Fälle unerträglich hoch ist.

Der Kampf gegen die Tuberkulose ist, für längere Sicht gesehen, das Hauptproblem des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wenn die Hungerzeit in zwei oder drei Jahren vorbei sein wird, werden wir aber noch ein Jahrzehnt länger den Kampf gegen die Tuberkulose und die Heilfürsorge für Tbc-Erkrankte aufs höchste intensivieren müssen.

Dieses Tuberkuloseproblem in Deutschland ist nicht allein ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem der Besatzungsmacht. Zwangsläufig wird sich unter dem Truppenpersonal der Besatzungsmacht die Tbc verbreiten, wenn es zu einer schweren Tuberkuloseepedemie in Deutschland kommt. Eine besonders hohe Gefahr besteht für die Besatzungsmacht, wenn Offiziere und Mannschaften ihre Familien nach Deutschland kommen lassen.

Es muß deswegen an die Militärregierung herangetreten werden, uns in unserem und in ihrem eigenen Interesse bei dem Kampf gegen die Tuberkulose zu helfen.〉

159 Vgl. hierzu die Gewichtsverhältnisse der Kieler Schuljugend bei Stüber, S. 288 f.; zur Kleinkinder- bzw. Schulspeisung vgl. a. a. O., bes. S. 463 f., S. 532–547 und S. 557–577.

160 Vergleichszahlen zur Lage in SH sowie die Problematik der Tbc-Statistik vgl. a. a. O., S. 293–297.

Punkt 19:

Bericht des Wohlfahrtsausschusses[156]

Degkwitz:

〈Die vierzehntägigen Wägungen von Industriearbeitern, die Anfang April in Hamburg begonnen wurden, sind fortgesetzt worden. Die während des Monats April beobachtete Abnahme des Körpergewichts hat angehalten.[157] Die folgenden Zahlen und die Durchschnittszahlen von so großen Menschengruppen, daß sie die Gewähr eines zuverlässigen Bildes der Gewichtsabnahmen geben:

Ende Juni hatten Handarbeiter in Hamburg von einem mittleren Alter von 48 Jahren und einer mittleren Körperlänge von 1,71 m ein Untergewicht von 9,1 kg (13 % ihres Normalgewichts);

weibliche Arbeiter mit einem Durchschnittsalter von 37 Jahren und einer mittleren Körperlänge von 1,61 m ein Untergewicht von 5,1 kg (8 % ihres Normalgewichts);

männliche Angestellte mit einem mittleren Alter von 47 Jahren und einer mittleren Körperlänge von 1,71 m ein Untergewicht von 11 kg (15 % ihres Normalgewichts);

weibliche Angestellte mit einem mittleren Alter von 35 Jahren und einer mittleren Körperlänge von 1,62 m ein Untergewicht von 5 kg (8 % ihres Normalgewichts);

männliche Jugendliche mit einem mittleren Alter von 17 Jahren und einer mittleren Körperlänge von 1,69 m ein Untergewicht von 6,2 kg (10 % ihres Normalgewichts);

Dem entspricht, daß zur Zeit 1 010 Fälle von Hungerödemen in den Hamburger Krankenhäusern liegen. Die Zugänge waren in der zweiten Maihälfte 268, in der ersten Junihälfte 521, in der zweiten Junihälfte 526 Fälle. 68 Fälle sind verstorben.

Wenn in den Krankenhäusern Hamburgs rund 1 000 Fälle von Hungerödemen liegen, so ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in der Stadt selbst 9 000–10 000 Personen an leichten und mittelschweren Hungerödemen erkrankt sind und aus Unkenntnis des Zustandes nicht zum Arzt gehen oder sich nicht in einem Krankenhaus behandeln lassen wollen. Es erscheint angezeigt, bei der Militärregierung in dem Sinne vorstellig zu werden, daß bei dem zur Zeit bestehenden und für die nächste Zukunft unüberwindlichen Mangel an Fleisch Sojabohnen zur Behandlung dieser Ödemfälle eingeführt werden.[158]

Die Wägungen von Kindern verschiedener Altersgruppen ergeben folgende Resultate:

2–3jährige mit einer mittleren Größe von 90 cm hatten Normalgewicht;

4–5jährige mit einer mittleren Größe von 108 cm hatten ebenfalls Normalgewicht;

Schulkinder zwischen 6 und 7 Jahren mit einer mittleren Körperlänge von 118 cm hatten 1,6 kg Untergewicht (8 % ihres Normalgewichts);

---

156 Vgl. PA 1/270: Wortprot. der Sitz. des WA vom 9. 7. 1946. Die folgenden Ausführungen *Degkwitz'* entsprechen Anl. 105. Da in der stenographischen Mitschrift verschiedene Hörfehler und Unstimmigkeiten gerade bei den Zahlenangaben festzustellen sind, wurde dem Abdruck der Anl. 105 der Vorzug gegeben. – Die Anl. wurde auf Wunsch *Petersens* erstellt (vgl. u. mit Anm. 168).

157 Vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 139–141; Dok. III.3 mit Anm. 55–61.

158 Zu Fällen von Hungerödemen in der NRP vgl. HStAD NW 53/386, fol. 91: Schreiben des Oberpräsidiums der NRP an das HQ der MR North Rhine Region vom 31. 7. 1946. Die Aufstellung verzeichnete für den Zeitraum von Januar bis Juni 1946 in den Kreisen Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Oberhausen, Wuppertal 8 710 ambulante und 1 501 stationäre Fälle.

Stellvertretender Vorsitzender: Sie haben den Antrag gehört. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich darf wohl ohne Abstimmung Ihre Zustimmung feststellen.

Die weiteren Fragen sollen in einem Sonderausschuß behandelt werden, dessen Wahl für morgen auf der Tagesordnung steht.[151] Deshalb darf ich diesen Punkt jetzt als erledigt ansehen. Dann kommen wir zu Punkt 18:

Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses

Spliedt: Dem Sozialpolitischen Ausschuß lag, abgesehen von der Beratung des Antrages *Spliedt,* nur ein Antrag vor, die Vorlage über die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt.[152] Die Vorlage hat zu einer sehr eingehenden Debatte geführt, bei der sich schnell einige leitende Gesichtspunkte herausschälten, einmal die Anschauung: Es muß noch in weitestmöglichem Maße die Beseitigung von Schutt durchgeführt werden, natürlich auf wirtschaftlich erträglicher Grundlage. Die Frage, in welcher Form, ist noch nicht entschieden. Es zeigte sich bei der Debatte, in der außerordentlich interessante Beispiele aus Köln, Bremen und Osnabrück vorgeführt wurden, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gibt, in durchaus finanziell und wirtschaftlich erträglicher Weise Schutt zu beseitigen. Wir sind nach längerer Debatte dazu gekommen, zu empfehlen, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten, der dahin geht, daß er das Material sammeln will, da auch an anderen Orten sehr erfolgversprechende Dinge angelaufen sind.[153] Es ist ein Mitglied des Ausschusses gebeten worden, hierfür Sorge zu tragen.[154] Wir würden dann noch einmal zu den Dingen Stellung nehmen an Hand von konkretem Material, um Ihnen dann hier positive Vorschläge zu machen.[155]

Petersen: Ich begrüße den Antrag sehr, möchte aber empfehlen, daß dieser Ausschuß versucht, einschlägiges Material auch aus der amerikanischen, französischen und russischen Zone zu beschaffen. Wir können nur dadurch lernen, daß wir möglichst vielseitige Erfahrungen sammeln, und ich könnte mir denken, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Zonen auch verschieden sind.

(Spliedt: Das ist vorgesehen.)

Stellvertretender Vorsitzender: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich darf feststellen, daß Kenntnis genommen ist und dem Berichte zugestimmt wird.

---

151 Vgl. u. mit Anm. 188–191.

152 Vgl. Dok. IV.3, o. S. 383 sowie Anl. 104 bzw. die gleichlautende Anl. 36 (4. Sitz.).

153 Vgl. hierzu Beispiele über Aufräumungsarbeiten in Bremen (StAB 3–R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 4: Die Aufräumung der Stadt Bremen, 5. 3. 1946; a. a. O.: Leistungsbericht vom 24. 5. 1946); siehe ferner PA 1/129 sowie die im SpA vorgetragenen Erfahrungsberichte (PA 1/266: Wortprot. der Sitz. des SpA vom 9. 7. 1946, S. 12–20).

154 Dazu hatte sich *Görlinger* bereit erklärt (a. a. O., S. 19).

155 Der TOP wurde in dieser Form vom Plenum nicht weiter behandelt, vgl. aber Material hierzu in PA 1/129.

den Voranschlag sehen kann. Er passiert dann später noch das Plenum des Zonenbeirates.[146]

Stellvertretender Vorsitzender: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich darf wohl ohne Abstimmung feststellen, daß Sie mit diesem Vorschlage einverstanden sind. Damit wäre der Bericht des Hauptausschusses erledigt.

Punkt 17:

Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses

Heile: Wir hatten eine Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses in Godesberg, die sich mit Materien befaßt hat, die auch in anderen Ausschüssen behandelt worden sind und über die in anderem Zusammenhange berichtet worden ist.[147] Ein Gegenstand, der uns auch beschäftigt hat, ist der neu zu bildende Ausschuß.[148]

Heute früh hat sich der Rechts- und Verfassungsausschuß insbesondere mit dem Antrag *Spliedt* befaßt: Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit.[149] Nach längerer Aussprache hat der Ausschuß einen Beschluß gefaßt, der Ihnen im Wortlaut hier vorliegt:

Zusatzantrag wegen Unterbau Arbeitsverwaltung

Der Zonenbeirat stimmt dem Antrag *Spliedt* grundsätzlich zu. Hinsichtlich der Wohnungswirtschaft und der Landesplanung spricht sich der Zonenbeirat für die Angliederung an das Zentralamt für Wirtschaft aus. Ob die ausführenden Behörden in der regionalen und der lokalen Stufe eigene Dienststellen der beiden Zentralämter sein sollen oder in die allgemeine Verwaltung der Länder und der Kreise eingegliedert sein sollen, ist eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Der Zonenbeirat wird sie für *alle* Verwaltungszweige durch den neuen Sonderausschuß erörtern. Schon jetzt bringt der Zonenbeirat zum Ausdruck, daß er grundsätzlich gegen einen eigenen Behördenunterbau auf den beiden Gebieten Arbeitsverwaltung und Wohnungswirtschaft ist. Eine nähere Prüfung hält er jedoch hinsichtlich der Form und des Maßes der Unterordnung unter die allgemeine Verwaltung in der regionalen und lokalen Stufe für geboten. Die Kontrollkommission wird gebeten, in dieser Frage noch keine vollendeten Tatsachen zu schaffen.[150]

---

146 Im Plenum wurde der Haushaltsvoranschlag 1946 indessen nicht mehr behandelt. Der vom Unterausschuß gebilligte Entwurf wurde dem brit. Verbindungsstab am 11. 7. 1946 übermittelt (vgl. o. Anm. 144 sowie BA Z 2/40: Aktennotiz *Blankenhorns* vom 2. 8. 1946).

147 Vgl. o. mit Anm. 129.

148 Gemeint ist der SAL (vgl. u. mit Anm. 188–191).

149 Vgl. Dok. IV.3, bes. mit Anm. 173–174; vgl. ferner Anl. 103 bzw. die gleichlautende Anl. 35 (4. Sitz.).

150 Durch die bereits im Mai/Juni 1946 erfolgte brit. Anweisung zur Errichtung eines ZfA (schriftl. Bestätigung vom 4. 7. 1946) waren jedoch schon vollendete Tatsachen geschaffen (vgl. hierzu Vogel, Westdtld. III, S. 426 f., Anm. 2).

Stellvertretender Vorsitzender: Ich glaube, daß wir hier dieser Auffassung zustimmen. Das ist der Fall, dann ist dieser Punkt erledigt. Punkt 14 ist auch erledigt. Punkt 16.

Grimme: Der Hauptausschuß[139] hat folgenden Antrag einstimmig angenommen:

> Alle jungen Menschen, die am 30. Januar 1933 das 20. Lebensjahr[140] noch nicht vollendet hatten, sollen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Hitler-Jugend oder einer anderen Nazi-Organisation grundsätzlich als schuldlos betrachtet werden, es sei denn, daß der zuständige Bereinigungsausschuß ihnen ernsthafte Verstöße gegen Anstand und Menschlichkeit nachweist. Alle diese jungen Menschen sollen in ihrem Fortkommen in keiner Weise gehindert werden. Es soll ihnen freie Bahn für ihren Beruf und ihre Mitarbeit am Aufbau Deutschlands gegeben werden. Sollten sie jedoch in Zukunft dieser Nachsicht sich unwürdig zeigen, so wird ihnen ihr früheres Verhalten wieder angerechnet werden müssen.[141]

Der Hauptausschuß bittet einstimmig, das zum Beschluß des Plenums zu machen.

Stellvertretender Vorsitzender: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag ist einstimmig angenommen.[142] Wir kommen jetzt auf den Punkt 6 zurück[143]: Bildung eines Unterausschusses für die Aufstellung des Haushaltes 1946. Ich gebe dazu Herrn Dr. *Weisser* das Wort.

Weisser: Der Hauptausschuß hatte einen Unterausschuß gebildet, der aus Persönlichkeiten bestehen soll, die heute nicht anwesend sind. Nun hat der Verbindungsstab größten Wert darauf gelegt, schon morgen in den Besitz des Voranschlags zu kommen.[144] Daraufhin ist vorbehaltlich Ihrer Zustimmung beschlossen worden, daß morgen früh ein Unterausschuß den vorläufigen Entwurf durchberät, bestehend aus den Herren *Tantzen, Meitmann* und Dr. *Otto.* [145] Es handelt sich nur um eine vorläufige Verabschiedung, so daß die Militärregierung in großen Zügen

---

139 Eigentlich hatte sich der RVA dieser Frage annehmen sollen (vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 162). Auf der LChK in Celle am 7./8. 7. 1946 hatte *Amelunxen* einen gleichlautenden Antrag formuliert, der laut Konferenzbeschluß im ZB eingebracht und dann dem RVA überwiesen werden sollte (vgl. wie o. Anm. 137, hier S. 2 f.). Zur Behandlung im HA vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 10. 7. 1946, S. 1.

140 Dok. V.4, TOP 87.4: 18. Lebensjahr. – Korrekte Fassung nicht eindeutig (vgl. folgende Anm.).

141 Ursprüngliche Fassung des Antrags: Dok. IV.3 mit Anm. 154–155 (Stichtag: 30. 1. 1912, mithin 20. Lebensjahr).

142 Vgl. hierzu die Stellungnahme *Robertsons* auf der 6. Sitz. (Dok. VI.3 mit Anm. 147).

143 Es muß Punkt *16* heißen.

144 Mit Schreiben vom 11. 7. 1946 sandte *Weisser* dem brit. Verbindungsstab den Haushaltsvoranschlag zu, der ein Gesamtvolumen von 546 400 RM hatte (vgl. den Vorgang wie auch die sich anschließende Korrespondenz mit der Finance Section/Bünde in BA Z 2/40).

145 Im Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 87.5) wird korrekt statt *Meitmann Henßler* genannt (so auch etwa BA Z 2/52, fol. 5). Der HA hatte *Meitmann, Naegel* und als Länderhaushaltsreferenten *Kries* vorgeschlagen (BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 10. 7. 1946, S. 2).

weil das die Sache sehr erleichtert. Dann kommen der Dinge nicht zuviel auf unsere Tagesordnung, wenn sie aus dem Ausschuß zurückkommen und fertig sind.

Endlich ist noch in dem Ausschuß beschlossen worden, daß in besonders eiligen Fällen – das war z. B. der Fall bei dem Bodenreformausschuß –, wenn hier ein Ausschuß besonders gebildet werden soll, der Generalsekretär mit dem Vorsitzenden sich sofort in Verbindung setzen und die beiden zusammen befugt sein sollen, vorbehaltlich der späteren Zustimmung durch das Plenum, einen vorläufigen Ausschuß einzusetzen.[133] Ich nehme an, daß Sie auch damit einverstanden sind.

Das sind die wesentlichen Punkte der Geschäftsordnung. Ich glaube, es wird nötig sein, daß unser Generalsekretär die Geschäftsordnung dementsprechend ändert und den Neudruck auf Anklammerzettel veranlaßt, denn das ist eine grundlegende Änderung.[134]

Es waren noch mehrere Punkte: z. B. Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda. Darüber wird Dr. *Amelunxen* berichten, über die Besteuerung der Fahrräder wird Herr *Henßler* berichten und über die Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen auch [Dr. *Amelunxen*].

Amelunxen: Im Rechts- bzw. Hauptausschuß ist beschlossen worden, daß für die Frage der Einrichtung staatsbürgerlicher Bildungsstätten ein Unterausschuß eingesetzt werden soll.[135] Außerdem war von der Kontrollkommission die Anfrage an den Zonenbeirat gerichtet worden, ob dieses in der Provinz Westfalen verbreitete Plakat auch in anderen Provinzen und Ländern in entsprechender Aufmachung zweckmäßig verbreitet werden soll.[136] Es handelt sich um das bekannte Plakat: „Die Bilanz des Nazitums in der Provinz Westfalen". Der Ausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Plakate sehr gut sind, daß aber im einzelnen diese Maßnahmen zur Bekämpfung der Nazipropaganda nochmals überprüft werden sollen in einem Unterausschuß, der vom Zonenbeirat eingesetzt werden soll.

Stellvertretender Vorsitzender Steltzer: Der Hauptausschuß wird für morgen noch Vorschläge machen.[137]

Henßler: Im Hauptausschuß waren wir der Auffassung, diese Frage bezüglich der Besteuerung von Fahrrädern zu verneinen.[138] Wir sind der Meinung, daß die Fahrräder heute zum größten Teile dazu dienen, zur Arbeit zu fahren, oder daß die Väter den Kindern Fahrräder geben, um zur Schule zu kommen. Zieht man das ab, dann bleibt so wenig über, daß sich eine solche Steuer nicht empfiehlt. Wir sind daher der Auffassung, daß man die Frage verneinen muß.

---

133 Gerade in dieser Frage hatte es Unstimmigkeiten gegeben (vgl. o. Anm. 66).

134 Vgl. Anl. 148 sowie Dok. VI.3 mit Anm. 265.

135 Vgl. Anl. 101 bzw. die gleichlautende Anl. 41 (4. Sitz.) sowie Dok. IV.3 mit Anm. 99–108. Zur Diskussion im HA vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9. 7. 1946, S. 4.

136 Vgl. Anl. 100 bzw. die gleichlautende Anl. 42 (4. Sitz.), Anhang.

137 Vgl. u. mit Anm. 195–196. Auf der LChK in Celle am 7./8. 7. 1946 war vereinbart worden, sich im ZB für die Bildung eines entsprechenden Ausschusses einzusetzen (vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 113/2 Nr. 8: Prot. der LChK vom 7./8. 7. 1946, S. 3).

138 Vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9./10. 7. 1946: Dort nicht angeführt. Vgl. Anl. 102 bzw. die gleichlautende Anl. 37 (4. Sitz.) sowie Dok. IV.3 mit Anm. 75–77. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VII.3, u. S. 846.

Punkt 16:

Bericht des Hauptausschusses

Adenauer: Es handelt sich um verschiedene Punkte, die unsere Geschäftsordnung betrafen. Bei der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses und des Hauptausschusses in Godesberg[129] hat sich als große Unzuträglichkeit herausgestellt, daß eine ganze Anzahl von Herren anwesend war, von denen niemand wußte, wer sie geladen hatte.[130] Es waren auch Geladene zuviel. Damit hat sich der Hauptausschuß zunächst beschäftigt und ist dann zu dem folgenden Beschlusse gekommen[131]:

Die von den Oberpräsidenten und Länderchefs zu ernennenden Sachverständigen in den Ausschüssen der Zahl nach zu beschränken,

weiter

den politischen und sonstigen Vertretern ebenfalls das Recht zuzubilligen, Sachverständige ihrerseits, natürlich auch in beschränkter Zahl, mitzubringen.

Weiter hat er beschlossen, daß

eine Liste der zugezogenen Sachverständigen eingereicht werden sollte, damit man kontrollieren kann, wer überhaupt in dem Saal gewesen ist und wer berechtigt ist, dort zu sein.

Dann ist beschlossen worden, daß unter Umständen dann, wenn weder das ordentliche noch das stellvertretende Mitglied anwesend sein kann,

das ordentliche Mitglied den Sachverständigen berechtigen kann, in dem Ausschuß zu stimmen.

Ich nehme an, daß ich mich klar genug ausgedrückt habe.

Nach einer anderen Richtung hat sich eine Änderung der Geschäftsordnung als notwendig herausgestellt. Unser Vorsitzender hat eigentlich heute schon danach gehandelt. Bisher war es so, daß neue Eingänge auf die Tagesordnung gesetzt wurden und dann an den Ausschuß verwiesen wurden, und wenn sie vom Ausschuß zurückkamen, kamen sie auf die Tagesordnung.[132] Es wird Ihnen vorgeschlagen, daß in Zukunft sofort beim Eingang vom Generalsekretär aus die Sachen dem Ausschuß zugeschrieben werden sollen, daß ferner der Generalsekretär vorbehaltlich einer etwaigen Korrektur durch den Vorsitzenden des Ausschusses nach einer von ihm anzulegenden Liste den Berichterstatter für die betreffende Sache bestimmt und daß dem Berichterstatter auf alle Fälle der betreffende Eingang nach Hause zugeschickt wird, damit er sich die Sache ansehen und die nötigen Studien und Untersuchungen anstellen kann. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind,

---

129 Die gemeinsame Tagung des RVA und des HA hatte am 13./14. 6. 1946 stattgefunden (vgl. Dok. IV.3, Anm. 83).

130 Vgl. hierzu auch a. a. O. mit Anm. 84–96 sowie den entsprechenden Vorgang in PA 1/56, bes. das Schreiben *Adenauers* an *Weisser*, 15. 6. 1946.

131 Vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9. 7. 1946, S. 2.

132 Vgl. Anl. 7, § 7, mit allerdings sehr allgemein gehaltener Formulierung.

Adenauer: Sachlich stimme ich zu. Aber sie sind nicht parlamentarisch kontrolliert.

Kopf: Jedenfalls ist es in der Provinz Hannover so, daß der Provinziallandtag den Wünschen der Parteien entspricht. Die Parteien haben sich geeinigt über die Sitze und über die Personen. Ist das parlamentarisch oder nicht?

Adenauer: Darunter verstehe ich etwas anderes. Mußten Sie den Beschlüssen nachkommen? Wir in der Nord-Rheinprovinz haben einen nicht exekutiven Provinzialrat. Der Oberpräsident kann sich daran stoßen oder nicht, wie er lustig ist.

Lehr: Denken Sie an unser altes Polizeirecht. Auch früher unterstand die Polizei nicht den Weisungen des Parlaments. Das Parlament hatte zwar den Etat zu genehmigen, aber die Kommandogewalt über die Polizei, die Anweisung an die Polizei, war nicht Sache des Parlaments, sondern des Ministers und in den örtlichen Stellen des Oberpräsidenten oder des Landrats.

Groth: Ich glaube, ich bin nicht richtig verstanden worden. Es ist die Absicht des Generalinspekteurs, die Polizei wieder der deutschen Verwaltung zu unterstellen, sobald die Kommunalwahlen durchgeführt sind. Was ich gesagt habe wegen des Ausschusses, daß sich der Ausschuß damit befassen möge . . .

Kopf: Ich kenne keinen Ausschuß des Zonenbeirats für Polizeifragen. Wir haben keinen Ausschuß.

Vorsitzender: Ich glaube, wir können uns jetzt der Frage zuwenden, ob wir eine Überweisung des Antrages *Amelunxen, Kopf* an den Sonderausschuß, der morgen zu wählen ist[125], wünschen oder ob wir ihn heute zur Abstimmung stellen.

(Die Überweisung an den Ausschuß wird abgelehnt, der Antrag wird einstimmig angenommen.)[126]

Dann kommen wir jetzt zu Punkt 15 a:

Gesetzlicher Schutz gegen falsche Denunziationen

Es ist bisher kein Berichterstatter dazu bestellt, denn das Schreiben ist erst ganz kürzlich gekommen.[127] Es wird sich empfehlen, diesen Antrag an den Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.[128] Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Vorschlages fest.

Punkt 15 b ist erledigt.

---

125 Gemeint ist der SAL (vgl. hierzu u. mit Anm. 188–191).
126 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 27–28.
127 Vgl. Anl. 99.
128 Vgl. Dok. IX.3 mit Anm. 321–324 sowie Anl. 259.

Ich bitte daher, diesen Antrag dem Sonderausschuß zu überweisen, damit dort der Einbau der Polizei in den Rahmen der deutschen Verwaltung besprochen und beschlossen werden kann. Dieser Antrag ist begründet, da die Länderchefs nicht genügend unterrichtet wurden. Ich habe darüber auch gesprochen, und der Generalinspekteur hat mir gesagt, nach Einführung der neuen Zivilkommissare sei es deren Aufgabe, zu bestimmen, wieweit die Polizeichefs Informationen an die Zivilverwaltung, also an die Länderchefs geben dürfen.

Heile: Ich kann den Ausführungen des Vorredner zustimmen. Ich bin völlig einverstanden mit der Auffassung von der Polizei, daß die Polizei kein Kampfinstrument gegen das Volk, sondern eine Einrichtung aus dem Volke und für das Volk ist und daß die Polizeibeamten im Dienste des Volkes stehen sollen. Es ist unerträglich, daß das Volk in einem kleinen Kreise, in dem ich lebe, die Mittel aufzubringen hat, die Polizeiorganisation zu zahlen hat, während wir selbst nicht dreinreden können, wenn es gilt, die Aufgaben der Polizei zu erfüllen. Das sind doch unsere Aufgaben. Da müssen die Verantwortlichen dazu zu sorgen haben, daß es richtig läuft, und müssen auch die Möglichkeit haben, der Polizei Anordnungen zu geben. Wir gehören zur Polizei, wir sind kein Fremdkörper, wir sind ihre Führer, die mit ihr zusammenarbeiten wollen.

Petersen: Mir war auch bekannt, daß die Auffassungen der Besatzungsmacht über die Polizei grundsätzlich abweichende sind von den deutschen Auffassungen.

(Widerspruch)

Das kann ruhig unerörtert bleiben. Aber ich glaube, Sie dürfen sich in dieser Angelegenheit dem gemeinsamen Wunsche der jetzigen Länderchefs gegenüber nicht verschließen, denn diese erklären in ihrer Gesamtheit, daß es untragbar ist, wenn die Polizei nicht den Länderregierungen untersteht. Dann ist das ein gewichtiges Moment für ihren Einbau. Die Frage, welche Aufgaben die Polizei hat, das ist eine Sache, die in einer Kommission besprochen werden kann. Das kann ich mir als nützlich denken. Aber ich kann nicht einsehen, warum wir diesen deutschen Wunsch, daß die Polizei in allen Regionen der deutschen Verwaltung unterstellt wird, noch einmal im Ausschuß beraten wollen. Dafür kann es doch nur ein Ja oder ein Nein geben.

Kopf: Ich kann die Auffassung von Bürgermeister *Petersen* durchaus nicht teilen, daß die deutschen Auffassungen von der Polizei andere sind als die englischen. Wir sind nur insofern verschiedener Auffassung, daß wir glauben, besser die Polizei zu einem Instrument machen zu können – was auch der englischen Auffassung entspricht –, wenn sie den deutschen Stellen unterstellt ist, als wenn sie den englischen Stellen unterstellt bleibt.

Ich möchte Dr. *Adenauer* nochmals bitten, seine Bedenken zurückzustellen. Der Antrag *Amelunxen* bezweckt, was eigentlich Dr. *Adenauer* will, nämlich die Unterstellung der Polizei unter deutsche Stellen, und wenn auch die deutschen Stellen parlamentarisch noch nicht ganz so kontrolliert sind, wie Dr. *Adenauer* das wünscht, so haben die deutschen Stellen doch zum mindesten den ernannten Beirat.

möchte darauf aufmerksam machen, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag am heutigen Tage eine Entschließung fassen wird, die auf der gleichen Linie liegt.[122] Sachlich liegen die Dinge so, daß die Verhältnisse auf die Dauer nicht weitergehen können. Ich glaube, soviel Sachlichkeit werden Sie den Landesverwaltungen zutrauen.

Lehr: Ich darf in diesem Kreise für mich in Anspruch nehmen, auf dem Gebiete der Polizei besondere Sachkenntnis zu haben. Ich habe sowohl die Polizei während des Ersten Weltkrieges in einer Großstadt geführt und bin später Leiter staatlicher wie kommunaler Polizei in allen Zweigen gewesen. Ich komme zu der Überzeugung, daß eine Verwaltung, die nicht auch gleichzeitig die Polizeiexekutive in der Hand hat, eine Verwaltung ohne Auge und ohne Hand ist.[123] Die Polizei muß, und je demokratischer sie eingerichtet wird um so mehr, mit der allgemeinen Verwaltung verbunden werden. Es wäre ein ganz ausgezeichnetes Mittel, die Polizei mit dem Volke zu verbinden, wenn man in den Revieren weitgehend die Schutzpolizei mit den allgemeinen Verwaltungsaufgaben, Erledigung von Aufträgen der Verwaltung, beauftragte. Die Schlagfertigkeit der Polizei gegen das Unwesen des Verbrechertums wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß sie der Kommune unterstellt wird. Ich empfehle den Antrag *Amelunxen* aus alter Erfahrung und Sachkenntnis auf das allerdringendste.

Groth: Ich bitte, den Antrag an den Sonderausschuß zu überweisen. Über diese Frage hat in den letzten Wochen der Generalinspekteur der britischen Polizei eingehend gesprochen und darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, so bald wie möglich die Polizei einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.[124] Aber Sie vergessen vollkommen eines: Das Ideal, wie eine Polizei sein muß, ist auf britischer Seite ein ganz anderes als bei uns. Nach Auffassung der Briten soll die Polizei ein Organ des Volkes zum Schutze des einzelnen Bürgers sein. Bei uns ist die Polizei ein Organ des Staates zur Durchsetzung des Staatswillens, und hierin liegt der große, fundamentale Unterschied in der Auffassung zwischen der britischen und der deutschen Polizei. Der Generalinspekteur ist bestrebt, daß die Polizei so bald wie möglich eine solche demokratische Form bekommen soll, und zwar hat er als Termin die Tage nach der Durchführung der Kommunalwahlen in Aussicht gestellt. Es wird dann ein Organ geschaffen werden, so hat er mir gesagt, das eine so weitgehende parlamentarische Kontrolle möglich macht, wie das bisher in Deutschland nicht möglich gewesen sei.

---

122 Vgl. WdL I, 6. Sitz. vom 10. 7. 1946, S. 52: Nach interfraktioneller Übereinkunft wurden der Beschluß über das Polizeirecht und die Entschließung über die Organisation der Polizei allerdings vorläufig zurückgestellt.

123 Vgl. hierzu das Schreiben *Lehrs* an das Hauptquartier der brit. MR North Rhine Region vom 25. 5. 1945 [sic 1946]: Gedanken über die von der Militärregierung vorgenommene Neuordnung der deutschen Polizei in der britischen Zone und die damit verbundenen Auswirkungen auf die deutsche Verwaltung. HStAD NW 53/312, fol. 304–308. Dem Schreiben lag eine Ausarbeitung des Oberpräsidiums vom 8. 4. 1946 zugrunde, vgl. hierzu HStAD NW 53/281, fol. 1–9. Zur Neuordnung der Polizei in der NRP und in Westfalen in den ersten Monaten nach der Kapitulation vgl. Hüttenberger, S. 181–190.

124 Dabei könnte es sich um einen Vortrag vor dem „Beirat für öffentliche Sicherheit" handeln, dessen Vors. *Groth* war (vgl. hierzu etwa PA 1/235).

Polizei bekommt. Ich glaube, wir dürfen uns nicht davon leiten lassen, daß es besser wäre, diese Maßnahmen würden erst zu einer Zeit ergriffen, wo die Wahlen stattgefunden haben. Wir müssen uns schon jetzt dafür entscheiden.

Tantzen: Ich habe als Chef der Regierung auch viele Erfahrungen mit der Polizei gemacht, und ich kann nur sagen, wenn das so bleibt, bedeutet das einmal, daß wir besondere Exekutivbeamte einstellen müssen neben der Polizei, sonst kann man überhaupt nicht arbeiten. Wir können die Polizei für die Dinge, wo wir sie brauchen, in der Gemeinde, im Kreis, für Verwaltungszwecke, für alle möglichen öffentlichen Veranstaltungen des Staates, der Parteien, der Landwirtschaft, der Industrie usw. überhaupt nicht in Anspruch nehmen, müssen aber die Menschen in Ordnung halten. Also so geht es nicht.

Wenn wir billig arbeiten wollen, muß unter allen Umständen die Polizei der deutschen Verwaltung unterstellt werden, ganz abgesehen vom Etat. Auch in der Nazizeit ist der Polizeietat nicht über eine Million gestiegen, jetzt beträgt er 10 Millionen. Das geht doch nicht an, derartig hohe Kosten für die Polizei aufzuwenden. Dabei kennen wir diese Polizei nicht einmal. Wir haben über die personelle Besetzung nichts zu sagen, das wird allein von der Militärregierung bestimmt. Das ist auf die Dauer kein Zustand. Dieses Mißtrauen braucht man gegen die Regierungen der Länder und Provinzen nicht zu haben, daß sie Faschisten einstellen werden. Ich glaube, die Polizei würde besser gesäubert sein, wenn wir die Hand darin hätten, als wenn die Militärregierung das allein macht, denn sie kennt die Menschen viel weniger als wir und verläßt sich auf das Urteil aus ganz dunklen Quellen und kann nicht recht beurteilen, ob das eine dunkle oder eine helle Quelle ist. Unsere Zusammenarbeit mit der Militärregierung ist ausgezeichnet, und irgendwelche Mißstände werden abgestellt.

Bei uns wurde von der Staatsanwaltschaft der Antrag gestellt, beim Gericht, einen deutschen Polizeioffizier zu verhaften. Er wurde verhaftet. Die Militärregierung war in Aufregung, weil sie den Polizeioffizier angestellt hat. Der Kommandeur hat entschieden: Er bleibt in Haft, während beabsichtigt war, ihn disziplinar zu bestrafen, des Ansehens wegen. Er hat sich nämlich einen Teppich unter den Nabel gedrückt. Das war doch etwas reichlich.

So entstehen da ziemlich tolle Dinge, die nur beseitigt werden können, wenn die Polizei wieder der zivilen Regierung unterstellt wird. Ich bin der Meinung, daß es im Interesse der Militärregierung besser ist, denn die Militärregierung weiß ja, daß wir ständig beim Volke zu kämpfen haben und es uns nicht immer möglich ist, Zufriedenheit aufkommen zu lassen. Wir wissen, wie die Dinge liegen, kennen die Zusammenhänge von der Vergangenheit bis zum heutigen Tage. Es entlädt sich alles gegen die militärische Besetzung auf dem Rücken der zur Zeit Regierenden. Die Militärregierung steigt aber in Wahrheit im Ansehen auf die Dauer, wenn sie der deutschen Zivilregierung die Polizeiverantwortung überträgt.

Steltzer: Ich möchte auch für den Antrag eintreten, will aber die Gründe nicht wiederholen und möchte nur Dr. *Adenauer* bitten, seine Bedenken, unter denen er sich für den Antrag ausgesprochen hat, zurückzuziehen. Er kann nicht heute die unglücklichen Oberpräsidenten verantwortlich machen, wenn wir im demokratischen Aufbau nicht weitergekommen sind. Im übrigen sind wir dabei, und ich

Vorsitzender: Es tut mir leid, erklären zu müssen, daß ich für den Fall, daß der Ausschuß dieser Ihrer Intention folgen wollte, den Vorsitz im Zonenbeirat nicht annehmen könnte. Der Zonenbeirat ist zu klein, als daß er sich einen derartigen Formalismus gefallen lassen könnte. Das ist unmöglich.

Adenauer: Es wird ein entsprechender Antrag im Hauptausschuß gestellt.[120]

Vorsitzender: Dann kommen wir zu Punkt 15:

Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung[121]

Das Wort hat Herr Dr. *Amelunxen.*

Amelunxen: Ich glaube, ich brauche nicht viel zu sagen. Es ist allgemein bekannt, daß die Polizei nicht mehr unter den Zivilverwaltungen steht, sondern heute ein Staat im Staate ist, weil sie von der Militärregierung gelenkt wird, daß wir aber, die wir die gesamte Verantwortung für die Verwaltung haben, die Regierungschefs, mit der Polizei nichts mehr zu tun haben. Das ist ein völlig unhaltbarer Standpunkt, politisch wie sachlich. Darum haben wir den Antrag gestellt, die Militärregierung zu bitten,

> daß die Polizeiexekutive wieder den politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leitern der Zivilverwaltung unterstellt wird.

Adenauer: Ich würde für diesen Antrag stimmen, wenn es sich um einen parlamentarisch kontrollierten Oberpräsidenten handelte. Den haben wir aber nicht; infolgedessen kann ich für diesen Antrag nicht stimmen.

Heile: Ich bin für den Antrag, weil ich aus meiner praktischen Erfahrung weiß, daß der Zustand, wie er heute ist, unerträglich ist. Wenn man Landrat eines Kreises ist, dann kann man jetzt noch arbeiten, weil die Polizei von früher her da war, wenn es aber noch eine Zeitlang weiter geht, kriegen wir lauter fremde Leute, und dann haben wir keinen Einfluß auf die Polizei mehr. Das ist unhaltbar. Stellen Sie sich vor, es kommen Hungerunruhen, und dann soll man ein großes Bittgesuch einreichen. Das ist unmöglich. So kann man nicht arbeiten. Das ist weder demokratisch noch politisch.

Petersen: Ich möchte den Antrag *Amelunxen* warm unterstützen. Der jetzige Zustand, daß die Polizei den regionalen Verwaltungen völlig entzogen ist, ist völlig unmöglich, gerade nach demokratischer Auffassung. In der Polizei haben wir keinerlei Einfluß in Bezug auf Denazifizierung, in Bezug auf alle anderen Dinge, und da bei diesen naturgegebenen Mängeln in der Ernährung Schwierigkeiten auftreten können, ist es unbedingt nötig, daß die Landesverwaltung diesen Einfluß auf die

---

120 Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3 mit Anm. 268.

121 Vgl. Anl. 98 sowie Dok. IV.3, o. S. 403. Als Anl. 50 hatte der Antrag bereits auf der 4. Sitz. vorgelegen. Er war aus der LChK am 26./27. 5. 1946 in Lübeck hervorgegangen, vgl. HStAH Nds. Z 50/69 I: Vorläufige Ns. . . . vom 25.–27. 5. 1946 [!] in Lübeck, S. 6, TOP 9. Zur abweichenden Datierung der Konferenz vgl. Dok. IV.3, Anm. 30.

ganze Wahlagitation wird gemacht. Sie sagen selbst: Wir können nicht warten, bis die neuen Länder konstituiert sind. Das ist vollkommen richtig. Dann wird der ganze Beamtenapparat neu aufgebaut werden usw. Dann müßten nach Ihrem Standpunkt und nach Ihrer Meinung im Oktober jetzt diese Wahlen sein und im Februar/März wieder neue.

(Tantzen: Halten Sie dieses Wahlrecht für brauchbar?[119] Ich bin der Meinung, wir müssen zu den Landtags- und Provinziallandtagswahlen ein anderes Wahlrecht haben!)

Wir bekommen das Wahlrecht. Lassen Sie das Sache der Militärregierung sein.

Vorsitzender: Soweit sind wir auch, daß wir selbst mitreden wollen.

Adenauer: Das Wahlgesetz für die Wahlen zu den Landkreistagen ist jetzt in unseren Ausschüssen besprochen worden, und soweit das nötig sein sollte, würde das auch zu den Provinziallandtagswahlen sein. Heute haben wir den 10. Juli. Am 13. Oktober würde diese Wahl sein; das ist in drei Monaten. Ich bitte dringend: Geben Sie doch dem Prinzip die Ehre. Wenn es nicht geht, dann geht es nicht. Aber ich muß das eine ganz offen sagen: Ich meine, jeder Deutsche ist verpflichtet, der besetzenden Macht ganz offen zu sagen: Wir bitten darum, ermöglicht uns das, daß wir sobald wie möglich frei wählen können, und zwar am 13. Oktober. Dann darf man sich aber nicht dahinter verstecken und sagen: Das sind politische und das nichtpolitische Wahlen. Hier handelt es sich um das Prinzip, um die Wahrung unserer Stellung. Wir wollen einmal wieder freie Männer werden.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Es ist jedermanns Sache, von Argumenten prinzipieller oder propagandistischer Natur von der einen oder anderen Seite überzeugt zu sein. Wer für den Antrag Dr. *Adenauer* ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist mit 11 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Adenauer (persönliche Bemerkung): Sie sagten: Jeder ist in der Lage, zu den Ausführungen prinzipieller oder propagandistischer Bedeutung das Wort zu nehmen. Ich darf annehmen, daß Sie meine Ausführungen mit dem Worte „propagandistische Bedeutung" nicht gemeint haben.

Vorsitzender: Es tut mir leid, Ihnen erklären zu müssen, daß eine gewisse Formulierung bei Ihnen, wer Demokrat, wer Deutscher ist, mich zu dieser Akzentuierung veranlaßt hat.

Adenauer: Dann bitte ich in Zukunft, daß Sie als Vorsitzender, wenn Sie derartig eingreifen, wie Sie das jetzt getan haben, den Vorsitz an Ihren Stellvertreter abgeben und sich zum Worte melden, wie das der Vorsitzende in jedem Parlament tun kann.

---

119 Das neue Wahlrecht, eine Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, war nicht unumstritten, vgl. etwa Rhein-Ruhr-Zeitung (Essen), 11. 6. 1946: „Stimmquote und Reservestock"; Die Welt, 13. 9. 1946: „Wie wird die Wahl ausgehen? Politische Aussichten des neuen Gemeindewahlrechts" (Gerhard *Schröder);* Die Zeit, 24. 10. 1946: „Debatte um ein Wahlsystem".

tober ab, glaube ich nicht, daß wir ordnungsmäßige Länderwahlen durchführen können, sosehr ich es wünschen möchte und sosehr ich der Meinung bin, daß die Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Länderparlamenten nicht so lange hätten hinausgeschoben werden sollen. Aber jetzt geht es nicht mehr.

Vorsitzender: Ich habe schon beinahe vor einem Jahr um politische Wahlen gekämpft, um Wahlen im September oder Oktober. Damals waren die Voraussetzungen noch ganz andere. Aber damals ist die Militärregierung unter ganz anderen Voraussetzungen uns gegenüber getreten und hat uns dieses Vertrauen nicht geschenkt, daß wir aus eigener Kraft etwas entscheiden könnten.

Petersen: Zu der Frage der Wartezeit für das passive Wahlrecht . . .

(Vorsitzender: Das ist erledigt, das ist abgelehnt!)

Es bleibt also bei den 18 Monaten. Könnte diese Wartezeit nicht auf 12 Monate herabgesetzt werden?

(Vorsitzender: Dann müßte erst ein Antrag vorliegen!)

Ich bedauere das. Ich halte 18 Monate für viel zu hoch. Ich hätte es begrüßt, daß man sich auf 12 Monate verständigt hätte, aber wenn das geschäftsordnungsmäßig nicht geht, dann läßt sich das nicht mehr ändern.

Adenauer: Ich möchte den Herren *Heile* und *Tantzen* kurz antworten. Es ist mir bekannt, daß bis 1933 in Preußen die Kreistags- und die Provinziallandtagswahlen zusammen stattgefunden haben. Die Wahlen waren immer politisch bei uns.

Eben haben wir alle einstimmig dafür gesprochen, daß auf dem Wahlzettel der Name der Partei angeführt werden soll; dafür haben Sie auch gestimmt, und jetzt sagen Sie: Es sind keine politischen Wahlen.

(Heile: Ich habe mich der Stimme enthalten.)

Jedenfalls hat der Zonenbeirat einstimmig beschlossen, die Militärregierung zu bitten, daß auf den Wahlzetteln für die Wahlen zu den Kreistagen und in den Gemeinden die Zugehörigkeit zur politischen Partei sichtbar wird, d. h. daß wir der Auffassung sind: Das sind politische Wahlen.

Und nun zu Herrn *Tantzen*. Was das Wahlgesetz angeht, da brauchen wir kein großes Wahlgesetz zu machen, es ist da alles viel einfacher, es sind dieselben Wahllisten, die da aufgelegt werden können, die für die Kreistagswahl gelten; auch für die Wahlen zu den Landtagen gelten dieselben Bedingungen.

Tantzen: Sie müssen doch die Wahlkreise einteilen. Wie denken Sie sich die Landtagswahl in Oldenburg?

Adenauer: Da sind niemals Wahlkreise gewesen.

Tantzen: Wir hatten das Verhältniswahlrecht; das existiert nicht mehr.

Adenauer: Da haben Sie Recht. Wir hatten ein anderes Wahlrecht. Aber ich bin überzeugt, Sie machen es dem Volke unendlich viel leichter; die Listen sind da, die

Das Blatt erschien in jedem Hause, und das ist noch bis heute so [!].[116] Wir fangen jetzt gerade an, ein ganz kleines Blatt zu bekommen, durch das wirklich politische Aufklärungsarbeit aber nicht geleistet werden kann.[117]

Grundsätzlich bin ich der Meinung, es wäre viel eiliger, daß wir die politischen Wahlen vorweggenommen hätten und die Kreis- und Gemeindewahlen später gelegt hätten. Nachdem diese Entscheidung gefallen ist . . .

(Adenauer: Das ist doch keine Begründung!)

Wir können die politischen Wahlen nicht mehr vorwegnehmen. Ich bin der Meinung, daß wir unter keinen Umständen die Wahlen auf denselben Tag legen sollten, und möchte vorschlagen, die politischen Wahlen vielmehr vier Wochen später zu legen.

Tantzen: Bei der Durchführung der Wahlen sind zwei Dinge zu beachten:

1. ist es technisch möglich, bis dahin für die Provinzen, für die Länder ein Wahlgesetz zu schaffen, die Wahlkreise einzuteilen, alle diese Dinge durchzuführen. Ich glaube nicht, daß das bis zum 13. Oktober ordnungsgemäß möglich ist.

2. scheint mir sicher zu sein, daß in den Gemeinden, vor allen Dingen in den ländlichen Gemeinden, vielfach ganz andere Gesichtspunkte bei der Aufstellung der Kandidaten zur Geltung kommen als bei politischen Wahlen. Ich glaube auch nicht, daß es von der Hand zu weisen ist: Je mehr wir den jetzigen Zustand in den Provinzen und Ländern konsolidieren, desto schwieriger wird es werden, das Bessere zu schaffen, und wir wollen alle etwas Besseres.

Ob nun in der Zwischenzeit überhaupt politische Wahlen stattfinden sollen, in der Zwischenzeit vor den Oktoberwahlen, den Kreiswahlen, bis die neuen Landesgrenzen bestimmt sind, möchte ich bejahen. Ich glaube, wir können nicht warten, bis die neuen Ländergrenzen geschaffen sind, auch wenn die Militärregierung in ihrer uns zugeleiteten Schrift erklärt, daß wir bis zum 30. September alles fertig haben mögen über Verfassung, über Inhalt der Verfassung mit all den verschiedenen Kompetenzen für Länder und Reich, eine Aufgabe, die dieser neu gewählte Ausschuß kaum ordnungsmäßig in so kurzer Zeit wird durchführen können.[118] Wenn er das aber kann, will die Militärregierung bis zum 1. Januar die Ländergrenzen bestimmen. Dann soll in den Ländern zunächst ein Parlament ernannt werden und dann soll gewählt werden. Bis das alles durchgeführt ist, vom 13. Ok-

116 Bezogen auf den Raum Hannover. Der „Neue Hannoversche Kurier" war ein Blatt der MR. Wie in der ganzen brit. Zone wurde es mit dem Erscheinen der lizenzierten Presse im Frühjahr 1946 eingestellt.

117 Damit kann, bezogen auf den Raum Hannover, keine FDP-Zeitung gemeint sein, denn noch im Dez. 1946 bemühte sich *Blücher* um die Lizenzierung einer FDP-Zeitung für Niedersachsen; am 6. 2. 1947 erst erschien dann mit der „Abendpost" ein viertes, der FDP nahestehendes Blatt der brit. Zone in Hannover (vgl. hierzu Fischer, S. 353–357). Des weiteren erschienen in Hannover: ab 3. 7. 1946 die „Hannoverschen Neuesten Nachrichten" (CDU); ab 19. 7. 1946 die „Hannoversche Presse" (SPD); ab 16. 8. 1946 die „Hannoversche bzw. Niedersächsische Volksstimme" (KPD) (vgl. a. a. O., S. 56, sowie Hb. dt. Presse, S. 246–249).

118 Gemeint ist der Sonderausschuß des ZB für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone (vgl. Anl. 107).

Herabsetzung der Wohnsitzfrist: Antrag *Adenauer* von 18 auf 12 Monate, und der weitergehende Antrag *Hoffmann* von 18 auf 3 Monate.[113]

Adenauer: In der Mitteilung der Kontrollkommission steht:

> „Wer darf wählen? – Personen, deren Namen in der Wählerliste enthalten ist, die am 19. August 1946 auszulegen ist. Sie wird jetzt vorbereitet unter Zugrundelegung einer Ansässigkeitsperiode von drei Monaten."[114]

Damit ziehe ich meinen Antrag zurück, und Herr *Hoffmann* kann ihn auch zurückziehen. Es ist das geschehen, was er will. Es ist das eine Änderung des Wahlgesetzes. Überhaupt sind in der Mitteilung eine ganze Anzahl Änderungen des Wahlgesetzes enthalten.

Vorsitzender: Dann wäre das der einzige Punkt. Herr *Hoffmann* hat aber auch vom passiven Wahlrecht gesprochen. Wer dafür ist, daß dieses auf drei Monate herabgesetzt wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Danke, der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt handelt es sich um die Vorverlegung der Länderwahlen.

Heile: Ich stimme Herrn Dr. *Adenauer* grundsätzlich zu, daß man so bald wie möglich Wahlen veranstalten sollte, und zwar politische Wahlen. Ich kann aber nicht zustimmen, daß wir die politischen Wahlen mit den Kreistagswahlen auf einen Tag legen, denn die Gesichtspunkte, nach denen die Wähler bei den Kreistagswahlen entscheiden, sind nicht die gleichen wie für die Landesparlamente. Wir können den Wunsch haben, daß es so sein möge, aber einstweilen ist es nicht so. Es ist nicht so, weil bisher überhaupt noch keine Gelegenheit gewesen ist, unser Volk politisch zu erziehen. Wir sind aus einer Periode, die völlig unpolitisch war, in der wir völlig vergewaltigt worden sind, mit einem Schlage wieder in ein Leben der Politik hineingeraten, Gott sei Dank, aber unser Volk steht dem jetzt völlig unreif gegenüber. Wir haben jetzt eine Reihe von Monaten die Möglichkeit gehabt, an der politischen Erziehung unseres Volkes zu arbeiten, aber die Möglichkeit war sehr knapp, denn es gab bei uns bis vor ganz kurzer Zeit fast überhaupt keine Möglichkeit, zum Volke zu sprechen. Wir Freien Demokraten haben bis zum heutigen Tage nur ganz verschwindende Möglichkeiten, zum Volke zu sprechen, denn das Maß an Presse, das uns zur Verfügung steht, ist beinahe gleich null, denn die angeblich objektive Presse, die allgemein vorhanden war, keiner Partei dienen wollte, ist sehr einseitig im Dienste einer bestimmten Partei.[115]

(Schlack: Die Demokratie soll von unten aufbauen!)

Jawohl, dazu ist es aber notwendig, daß ein Volk, das bisher keine demokratischen Anregungen bekam, etwas zu hören bekommt, worüber es nachdenken kann. Bisher bekam es das aber nur von einer Seite, vom „Neuen Hannoverschen Kurier".

113 Vgl. die Angaben bei Anm. 98.
114 Vgl. Anl. 96, Pkt. 3a.
115 Vgl. hierzu Dok. III.3, Anm. 113.

Ich bitte Sie: Geben Sie meinem Antrag statt. Ich bitte dringend darum. Es ist eine Frage der Erziehung des deutschen Volkes. Wir haben bis jetzt, das bringt die Besatzung und bringen die Verhältnisse und auch die liebe Gewohnheit mit sich, den Führerstaat so ausgedehnt, so bis in das Letzte herein, wie ihn sich der glühendste Nationalsozialist nicht hat erträumen können, nur daß wir keinen *Hitler* haben, aber im übrigen hat sich verdammt wenig geändert.

Ich bitte nochmals dringend: Geben Sie meinem Antrage statt. Ich sehe auch nicht ein, wo die technischen Schwierigkeiten liegen sollen. Die Wahlen würden nach meinem Antrage am 13. Oktober sein. An dem Tage finden auch die Kreistagswahlen statt. Die Militärregierung kann, wenn sie will, auch schnell arbeiten. Das haben Sie bei der Einsetzung der Kommission für Bodenreform gesehen.[110]

(Schumacher: Und das wollten Sie vertagen?)

Die Militärregierung hat den vorläufigen Einsatz verlangt.

(Tantzen: Sie sagten, die CDU will den Antrag stellen, das zu vertagen?)

Ich habe gesagt: Die Militärregierung kann schnell arbeiten, wenn sie will, und hier hat sie angeordnet, daß vor dem Zusammentritt des Plenums eine Kommission zusammentreten soll. Das ist etwas ganz anderes. Das ist auch Sache der Militärregierung. Wir sind Deutsche, und wir wollen deutsche Demokraten sein, und wir sind verpflichtet, das unsere zu tun, damit unser Volk möglichst bald frei wählen kann, seine Stimme abgeben kann. Wenigstens den Versuch müssen wir machen.

Vorsitzender: Ich darf die Sache noch einmal rekapitulieren. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Tatbeständen: Herabsetzung der Ansässigkeitsperiode von 18 auf 12 Monate, nach dem Antrag *Hoffmann* von 18 auf 3 Monate, dann Vorverlegung der Länderwahlen. Wir würden dann die erste Zone sein, die Landeswahlen überhaupt hat. Das ist ein Ehrgeiz, der mich sehr befriedigen würde. Ich beteilige mich an keinem Wettlauf um die Demokratie.[111]

Die andere Seite der Dinge ist die: Eine politische Klärung, der sich niemand entziehen kann, auch die Militärbehörde nicht und auch die Länderinstanzen nicht, tritt dann ein, wenn bei den Kreistagwahlen und bei den Gemeindewahlen die Bezeichnung der Parteien hinzutritt. Dann hat man ja den Eindruck, den wir auch in der amerikanischen Zone gewonnen haben.

Wollen wir nun über alle diese Punkte zusammen abstimmen, oder wollen wir sie trennen? Ich glaube, wir gehen einzeln vor. Also: Kennzeichnung der Stimmzettel durch die Parteien bzw. Einfügung „parteilos". Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist einstimmig beschlossen.[112]

---

110 Vgl. o. Anm. 65.
111 Gemeint vermutlich: *Aber* ich beteilige mich an keinem Wettlauf um die Demokratie.
112 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 25–26.

Meine Fraktion wird in der nächsten Sitzung des Bodenreformausschusses zuerst den Antrag stellen, diese Sache zu vertagen, bis freigewählte Parlamente darüber entscheiden.[109] Das ist keine Aufgabe, die in der Dunkelkammer gelöst werden kann, sondern das ist eine Aufgabe, die in vollster Öffentlichkeit gelöst werden muß und wo jeder, der an der Sache mitzuarbeiten hat, vor dem gesamten Volke Rede und Antwort dafür stehen muß, was er hier spricht und wie er steht. Und so gibt es noch eine ganze Reihe von anderen Gesetzen.

Weiter: Was wird allmählich aus unserem Volke? Die letzten freien Wahlen waren 1932. Jetzt sollen Wahlen über einen größeren Gebietsteil im Jahre 1947 wiederkommen, nach 15 Jahren. Die Menschen, die jemals frei gewählt haben, sterben immer mehr dahin, und die Menschen, die niemals in der Freiheit gelebt und frei gewählt haben, werden immer weniger. Ich glaube, gegenüber von allen solchen Bedenken kann man doch nicht von Unruhe und Schwierigkeiten und Atmosphäre sprechen.

Ich habe noch ein anderes Bedenken: Über all solchen Bedenken schlägt durch, daß derjenige, der sich wirklich zur Demokratie bekennt, alles daransetzen muß, daß sobald wie möglich freie Wahlen kommen über größere Komplexe hin. Das ist die Abstimmung über die ganze Provinz, wer wirklich Demokrat ist und wer nicht. Wer Demokrat ist, muß dafür stimmen. Ob die Besatzungsbehörde es genehmigt, ist ihre eigene Sache.

Aber daß wir für unser Volk sobald wie möglich freie Wahlen haben müssen, ist für mein Empfinden geradezu eine Selbstverständlichkeit. Man hat gesagt: Dann werden wir niemals zu einer wirklichen Aufgliederung kommen. Ich habe gesagt, und ich bitte, das wohl zu beachten: Ob die Besatzungsbehörden, ob die britischen Militärbehörden den Beschlüssen dieser freigewählten Versammlung Exekutivrecht gibt, das ist ihre Angelegenheit, aber die britische Militärregierung soll nach meiner Meinung sich den Rat geben lassen von freigewählten Körperschaften bei diesen Gliederungen, um die es sich jetzt handelt. Wenn die einzelnen Provinziallandtage und Provinzialräte und Landesversammlungen sich damit beschäftigen, so wird auch über deren Votum die Militärregierung weggehen oder nicht weggehen, je nachdem sie es für richtig hält, nur ist der Unterschied der, daß im jetzigen Falle dort Männer und Frauen sitzen, die ernannt sind.

Meine Herren! In einigen Jahren wird man mehr Freiheit haben, wenn wir uns von dem Schock erholt haben. Dann wird keiner behaupten, das waren wirkliche Vertretungen des Volkes, die ernannt sind. Da ändert sich gar nichts; ob die Vertretungen der Provinz oder von Oldenburg oder von Lippe usw., die sich zu diesen Verfassungsfragen äußern, gewählt sind oder nicht, ist aber von größter Bedeutung. Was die Militärregierung dann tut, ist ihre Sache.

---

109 Vgl. hierzu die Äußerung des landwirtschaftlichen Sachverständigen der CDU, *Müller,* im Sonderausschuß für Agrarreform am 6. 8. 1946, wonach der ZB „die Entscheidung über ein solches Gesetz dem zukünftigen Parlament und seinen gewählten Vertretern" überlassen sollte. Der Ausschuß stimmte diesem Vorbehalt nicht zu, sondern unterstützte den Antrag seines Vors. *Henßler,* den ZB auch weiterhin mit der Frage der Bodenreform zu befassen (vgl. PA 1/270: Wortprot. der 2. Sitz. vom 5./6. 8. 1946, S. 114 und S. 118).

etwas geschieht, es sich von der nächsten Provinz derartig unterscheidet, daß die Buntscheckigkeit unendlich ist.

Lehr: Es ist wünschenswert, in allen Einzelstufen Parlamente zu haben, die gewählt sind und gewählte Vertreter den Behörden zur Seite stehen. Aber die Sache hat auch ihre technischen Schwierigkeiten. Es ist eine ungeheure Belastung auch für die Durchführung großer Verwaltungsaufgaben, wie wir sie jetzt zu bewältigen haben, wenn gleichzeitig in allen Stufen neue Gremien entstehen. Eine gewisse Pause und Abstufung ist zweckmäßig, auch zur Förderung der Verwaltungsarbeit. Endlich ist es richtig, daß wir im Augenblick in einer sehr schlechten Atmosphäre leben und es vielleicht gut ist, ein gewisses Korrektivum zu haben und einmal in der obersten Stufe noch einige Monate vergehen zu lassen.

Vorsitzender: Es handelt sich jetzt nicht nur um den Punkt 14, sondern auch um den Punkt 15 b.[107]

Adenauer: Ich könnte nicht sagen, daß mich die Ausführungen meiner Vorredner überzeugt hätten. Wahlen beunruhigen immer, das ist ganz klar, sollen auch beunruhigen und sollen auch sogar den Oberpräsidenten beunruhigen.

(Heiterkeit)

Das werden sie tun, ganz gleich, wann sie kommen. Das ist kein Argument. Man sagt weiter: Wir kommen in eine schlechte Atmosphäre hinein. Wenn man die Wahlen dahin abstellt, in welcher Atmosphäre man wählt, wer garantiert mir dafür einmal, daß im nächsten Jahr eine bessere Atmosphäre ist als jetzt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Und weiter: Was heißt heute Atmosphäre? Ich kann nur sagen, daß vom Standpunkt der CDU die Atmosphäre in der amerikanischen Zone ausgezeichnet ist.[108]

(Heiterkeit)

Der eine Bauer wünscht Regen, der andere Bauer wünscht Sonnenschein, aber daran kann man sich nicht stören.

Vor allen Dingen aber – und jetzt wollen wir uns wirklich auf die Prinzipien der Demokratie besinnen –, es werden jetzt bei uns hier Gesetze gemacht, z. B. das Gesetz über die Bodenreform, das eventuell für Jahrzehnte bestimmend für unsere Geschicke hier ist, das auf alle Fälle für Millionen Menschen bestimmend ist, und ich verstehe nicht, daß jemand, der demokratisch fühlt, nicht die Verpflichtung in sich fühlt, dafür zu sorgen, daß freigewählte Körperschaften dabei entscheiden.

---

107 Vgl. die Tagesordnung der 5. Sitz. (Dok. V.1).

108 *Adenauer* bezieht sich auf die insgesamt für die CDU und CSU positiven Wahlergebnisse, vgl. o. Anm. 104.

Zweifels. In der amerikanischen Zone haben diese Wahlen stattgefunden.[104] Man lasse sie auch bei uns jetzt stattfinden. Das Argument, das man vielleicht anwenden könnte, wir werden im Laufe des Jahres 1947 zu einer Gliederung, zu einer anderen Gestaltung kommen, ist nach meiner Meinung nicht durchschlagend. Bis dahin vergehen noch viele Monate, passiert außerordentlich viel, und ich halte es deshalb dringend für nötig, das deutsche Volk auch in der britischen Zone wieder daran zu gewöhnen, daß es durch die Abgabe seiner Stimme für sein eigenes Geschick selbst verantwortlich ist und daß man ihm deshalb zusammen mit den Kreistagwahlen am 13. Oktober das Recht geben möge, auch die Provinziallandtage oder Landtage in den kleineren Ländern zu wählen.

Vorsitzender: Darf ich jetzt die Themen trennen: einmal die Anträge *Adenauer, Henßler* und *Hoffmann,* die sich auf die Wahlfrage, insbesondere die Akzentuierung der Wahlen beziehen, und zum anderen auf den ganz anders gearteten Komplex, wie wir ihn aus dem Munde von Dr. *Adenauer* gehört haben, nämlich richtiggehende Landtags- bzw. Provinziallandtagswahlen vorzunehmen. Dazu möchte ich bemerken, daß ich hoffe, daß es mir die Besatzungsbehörde nicht allzu übelnimmt, wenn ich sage:

1. dieser Antrag scheint mir bei der nicht übermäßigen Eiligkeit, mit der diese Dinge von der Besatzungsbehörde behandelt werden, wenig aussichtsreich zu sein,

2. kommen wir in eine nicht sehr gute Atmosphäre in diesem Falle und

3. ist die Meinung des Herrn Dr. *Adenauer,* daß entsprechende Wahlen in der amerikanischen Zone bereits stattgefunden hätten, abwegig.

Es haben alle möglichen Wahlen in der amerikanischen Zone stattgefunden, auch zu den verfassungsgebenden Landesversammlungen, aber für die richtigen Landesparlamente wird man erst im November oder Dezember wählen.[105] Dieses jetzt gewählte Parlament hat nichts weiter als die Beratung der Verfassung zum Inhalt seiner Tätigkeit.

Ich bitte Sie, Herr Dr. *Adenauer,* diese Dinge auch aus einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten und sie nicht im Moment zu forcieren, denn wenn jetzt 10 Landesparlamente gewählt werden, in den zehn selbständigen Ländern der britischen Zone[106], gibt es überhaupt niemals eine Neugliederung der britischen Zone, ganz abgesehen davon, daß es keine einheitliche Reform gibt und daß dort, wo

---

104 Am 30. 6. 1946 hatten in der am. Zone die Wahlen für die jeweiligen Verfassungsgebenden Landesversammlungen stattgefunden. Ergebnisse: Bayern: CSU 58,3 %, SPD 28,8 %, LDP/FDP 2,5 %, KPD 5,3 %, WAV 5,1 %. Groß-Hessen: CDU 37,3 %, SPD 44,3 %, FDP (LDP) 8,1 %, KPD 9,7 %, Sonstige 0,6 %. Württemberg-Baden: CDU 40,9 %, SPD 32,3 %, DVP 16,8 %, KPD 10 %. Vgl. Becker/Stammen/Waldmann, S. 438 f. u. S. 443.

105 Die Landtagswahlen in der am. Zone fanden für Württemberg-Baden am 24. 11. 1946, für Bayern und Groß-Hessen am 1. 12. 1946 statt. Ergebnisse vgl. ebd. sowie in EA 3/1948, S. 1481.

106 Diese Länder bzw. Provinzen waren: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Oldenburg, Hannover, Lippe, Schaumburg-Lippe, Nord-Rheinprovinz, Westfalen.

(Zuruf: Das wäre für Sie ja günstig!)

werden sehr gesuchte Kandidaten sein. Das möchte ich nicht. Deshalb muß es erlaubt sein, daß auf dem Wahlzettel die politische Partei angegeben wird, die den Kandidaten aufgestellt hat.

Ich darf dann anschließend daran sagen: Ich hatte den Antrag gestellt, die britische Kontrollkommission zu bitten, gleichzeitig mit den Kreistagswahlen auch Wahlen zu den Provinziallandtagen bzw. zu den Landtagen in den kleinen Ländern abhalten zu lassen.[101] Es ist nach Zeitungsnachrichten zunächst die Absicht der Kontrollkommission gewesen, diese Wahlen erst im nächsten Jahre stattfinden zu lassen, dann, wenn die Bildung neuer Länder erfolgt sei. Ich bin der Auffassung, und ich hoffe, daß der Zonenbeirat sich meiner Auffassung anschließt, daß es für das deutsche Volk in der britischen Zone unmöglich ist, nun in diesem Zustande, in dem es jetzt lebt, in dem es sich nicht frei betätigen kann, politisch weiterzuleben.

Ich bin der Auffassung, daß so wichtige Gesetze, wie diejenigen, die uns hier jetzt vorgelegt werden zur Gliederung[102], zur Bodenreform – und es liegen auch noch andere Gesetze vor – auch von einem freigewählten Parlament verabschiedet werden müßten. Ob die Kontrollkommission gewillt ist, diesem Antrage zu folgen oder nicht, das ist Sache der Kontrollkommission. Aber ich glaube, die ernannten Provinzialräte und Landtage[103], die nicht einmal in der Öffentlichkeit tagen, sind keine guten Einrichtungen, und wenn man jetzt dazu übergeht, im ordentlichen Verfahren Gemeindewahlen stattfinden zu lassen und dann im ordentlichen Verfahren die Kreistage wählen zu lassen, dann sollte man auch dazu übergehen, gleichzeitig im ordentlichen Verfahren Provinziallandtage wählen zu lassen. Bis 1933 waren in Preußen die Kreistagswahlen und die Provinziallandtagswahlen in einem Wahlgange verbunden.

Ich glaube, es wird auch gut sein, zum Zwecke der Herstellung eines besseren Einvernehmens und eines besseren Verhältnisses zwischen der Bevölkerung und der besetzenden Macht, wenn derartige Provinziallandtage kommen, in denen vor aller Öffentlichkeit die Behördenvertreter ihre Ansicht aussprechen können, ihre Gründe darlegen können und wo ebenso freimütig und offen Kritik geübt werden kann.

Ich bin der Auffassung, daß vieles von dem, was zur Zeit – und das ist nicht zu leugnen – die Atmosphäre zwischen der Bevölkerung und besetzender Macht getrübt hat, zurückzuführen ist auf die Nichtöffentlichkeit von allen möglichen Verhandlungen. Je offener man verhandelt und je ruhiger und gelassener man Kritik erträgt, desto mäßiger und vernünftiger wird die Kritik werden. Alle, die auf dem Boden der Demokratie stehen, haben den sehnlichsten Wunsch, daß nun so bald wie möglich diese freien Wahlen stattfinden. Ich glaube, darüber bedarf es keines

101 Vgl. Anl. 97. Der Antrag war von der KK zunächst nicht zur Behandlung zugelassen worden (vgl. PA 1/66, Schreiben vom 6. 7. 1946, J. Nr. 930/46), wurde dann aber genehmigt (a. a. O., Schreiben vom 8. 7. 1946, J. Nr. 959/46).

102 Gemeint ist: Neugliederung der brit. Zone (Länderordnung).

103 Vgl. hierzu Dok. IV.3, Anm. 206.

Dosen vorhanden sind und auch nicht die Deckel, sondern durch Einsäuerung. Dazu ist Essig nötig, aber er ist aus dem Handel verschwunden, und es ist darum absolut notwendig, daß das ganz gering bemessene Kontingent erhöht wird, damit die Bevölkerung, soweit sie Essig bedarf, wieder Essig verwenden kann. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender: Das Wort wird nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag ist angenommen.[96]

Punkt 14:

Wahlverfahren für die Gemeinderatswahlen am 15. September und für die Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946[97]

Dazu haben wir schon einige Anträge heute unter den Mitteilungen des Generalsekretärs gehört, und wie ich weiß, hat da Herr *Henßler* einen Antrag gestellt.[98]

Henßler: Wir wünschen, daß unter 6 c einzufügen ist[99]:

> Hinter dem Namen jedes Kandidaten ist seine Parteizugehörigkeit bekanntzugeben, damit auch aus der Liste oder aus dem Stimmzettel hervorgeht, wer die Kandidaten der einzelnen Parteien sind.

Wenn man eine Politisierung des Lebens will, dann soll man auch wirklich die Parteinamen in die Öffentlichkeit bringen, auch auf dem Stimmzettel.

Vorsitzender: Darüber kann es keine Debatte geben. Praktisch ist es dann so, daß überall, wo Kandidaten nicht einer Partei angehören, ausdrücklich die Bezeichnung „parteilos" oder die Bezeichnung einer gewissen wirtschaftlichen oder sonstigen Gruppe, die er zu vertreten wünscht, angegeben ist. Wir müssen in diesem Sinne bei der Besatzungsmacht vorstellig werden. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit verschiedenen, sehr einflußreichen Herren in der Zone in Berlin zu sprechen, und alle waren der Meinung, daß in Deutschland die Verhältnisse doch sehr viel anders liegen als in England und zur Politisierung des deutschen Volkes diese Hinzufügung nötig sei. Ich möchte bitten, daß die Kontrollkommission, Wirtschaftsabteilung, diesem Antrag möglichst umgehend Rechnung trägt.

Adenauer: Ich habe den Worten von Herrn *Henßler* und Dr. *Schumacher* nichts hinzuzusetzen. Ich habe den Antrag gestellt[100], die Herren aus England, die die Bestimmungen ausgearbeitet haben, müßten sich in die Lage versetzen, wie sie bei uns im Lande ist, unter Berücksichtigung, daß seit 1933 keine Wahlen mehr stattgefunden haben. Es ist so, daß die Leute einfach dazu übergehen werden, die ersten Namen, die dastehen, anzukreuzen. Diejenigen, deren Name mit A anfängt,

---

96 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3, u. S. 689.

97 Vgl. Anl. 96. Anordnungen betr. die Durchführung der kommenden Wahlen waren dem ZB schon zu dessen 4. Sitz. zugegangen (vgl. Dok. IV.3, Anm. 63).

98 Vgl. o. mit Anm. 44 (Antrag *Adenauer*), o. mit Anm. 59 (Antrag *Hoffmann*). Der Antrag *Henßler* lag dem Plenum nicht schriftlich vor.

99 Bezogen auf Anl. 96.

100 Der oben von *Henßler* formulierte Abänderungsantrag wurde lt. Kurzprot. der 5. Sitz. (Dok. V.4), TOP 84, von *Henßler* und *Adenauer* gestellt.

Der Militärregierung wird vorgeschlagen, in § 28 Abs. II, Nr. 1 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. 1. 1937[90] den Satz zu streichen:

„bei weiblichen Beamten tritt an die Stelle des 27. das 35. Lebensjahr."

Damit ist die Gleichberechtigung wieder hergestellt.

Wir kommen zur Abstimmung. – Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.[91]

Punkt 12:

Senkung der Freigrenze in der Lohnsummensteuer

Es scheint mir nicht möglich zu sein, diesen Antrag[92] hier zum Gegenstand unserer Erörterungen zu machen. Wir sind nicht in der Lage, ihn zu erörtern, denn uns fehlt ein eigentlicher Finanzausschuß oder ein Ausschuß für Haushalts- und Steuerfragen.[93] Ich glaube, der Zonenbeirat müßte erklären, nicht in der Lage zu sein, diese Dinge zu behandeln mangels eines Finanzausschusses.

Weisser: Ich habe diesen Gedanken in folgende Form gebracht:

Der Zonenbeirat kann nicht eingehend Stellung nehmen, da dazu ein Ausschuß für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten erforderlich sein würde.

Dieser Ausschuß ist entsprechend der bisherigen Stellungnahme der Kontrollkommission noch nicht gebildet worden. Er ist aber, wie auch der vorliegende Antrag zeigt, nunmehr ganz unentbehrlich. Er soll sich nicht mit Fragen der Geld- und Kreditpolitik beschäftigen, denn die gehören zum Wirtschaftsressort.

Der Zonenbeirat bittet, der Bildung des Ausschusses zuzustimmen.

Vorsitzender: Also ein Ausschuß für Haushalts- und Steuerfragen. – Wir stimmen darüber ab. Der Antrag ist angenommen.[94]

Punkt 13:

Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig und Essigsäure und bevorzugte Zuteilung an den zivilen Sektor (Haushalt)[95]

Everling: Die britische Militärregierung und die Zivilbehörden haben die Bevölkerung wiederholt aufgerufen, alles Brachland zu bearbeiten. Dieser Aufforderung ist die Bevölkerung in großem Umfange nachgekommen. Wir müssen jetzt dafür Sorge tragen, daß die Gartenerzeugnisse, soweit sie nicht sofort konsumiert werden, nicht dem Verderb verfallen, und die Bevölkerung hat nur die eine Möglichkeit, sie zu konservieren, nicht durch Dosen, wie es früher üblich war, weil keine

90 Vgl. den genauen Gesetzesnachweis in Anl. 93.
91 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 14–17.
92 Vgl. Anl. 94.
93 Vgl. hierzu Dok. II.3 mit Anm. 45.
94 Zur Wahl des Ausschusses vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 20–23.
95 Vgl. Anl. 95.

Petersen: Ich stimme dafür, daß der Antrag, so wie er lautet, angenommen wird.

Schneider: Wir müssen aber eine Debatte über diesen Antrag haben, so ganz unbedenklich ist er tatsächlich nicht.

Vorsitzender: Darf ich gleich bitten, in diese Diskussion einzutreten.

Grimme: Was ich sagen wollte, hat der Vorsitzende schon gesagt. 1918 ist die Gleichberechtigung der Frau erreicht worden, die Nationalsozialisten haben sie wieder aufgehoben. Wir haben nichts weiter zu tun, als das Unrecht des Nationalsozialismus wieder gutzumachen.

Schneider: Ganz so liegen die Dinge nicht. Die Bestimmungen vor 1933 haben der Frau nicht die volle Gleichberechtigung gegeben. Auf dem Papier war sie da, aber Bestimmungen können ja die Natur nicht ändern. Es ist früher so gewesen, daß eine Frau, wenn sie heiratete, eine beamtete Frau, ein weiblicher verheirateter Beamter, sein Amt verlor, wenn er heiratete. Das haben die Nationalsozialisten aus bevölkerungspolitischen Gründen nicht getan. Eine Frau, die fest angestellt ist, hat Hemmungen, wenn sie heiraten soll. Der Gedanke ist ganz richtig, es wird sich nur fragen, ob wir nicht heute dafür sorgen müssen, daß jede mögliche Eheschließung noch zustandekommen muß. Bei dem großen Männermangel wird in nächster Zeit jede Ehe begünstigt werden müssen.

Ich stehe auf einem Standpunkt, von dem man nicht herunterkommen kann. Ist eine Frau auf Lebenszeit angestellt, wird sie Hemmungen haben, denn sie sagt: Nun verliere ich meine Position, wenn ich heirate. Denn daß sie ausscheiden muß, verlangt auch das jetzige Beamtengesetz in einem der ersten Paragraphen, und den können Sie nicht aufheben, denn der frühere Rechtszustand war ebenso. Ein verheirateter weiblicher Beamter ist zu entlassen, wenn seine wirtschaftliche Versorgung der Höhe des Familieneinkommens nach gesichert erscheint. Das steht im Willen der Behörde, ob sie diese Voraussetzung als vorliegend ansieht oder nicht.[89] Deshalb weiß ich nicht ohne weiteres, ob wir mit dem Antrag viel erreichen.

Grimme: Dr. *Schneider* geht von einer falschen Voraussetzung aus, da sämtliche Kategorien von weiblichen Beamten aus dem Amt nicht entfernt wurden. In meinem Ressort ist es keineswegs der Fall gewesen. Die verheiratete Lehrerin wurde sogar vom pädagogischen Gesichtspunkt aus als sehr gesund begrüßt. Aber ich glaube, die ganze Debatte müssen wir auf die grundsätzliche Frage zurückführen: Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Es soll folgender Beschluß herbeigeführt werden:

---

89 Vgl. RGBl. 1932 I, S. 245 f.: Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten vom 30. 5. 1932: „§ 1 (1) Verheiratete weibliche Reichsbeamte sind jederzeit auf ihren Antrag aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. (2) Die vorgesetzte Dienstbehörde kann die Entlassung auch ohne diesen Antrag verfügen, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint." Durch das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts" vom 30. 6. 1933 wurden diese Bestimmungen noch verschärft (vgl. RGBl. 1933 I, S. 433–447, hier §§ 7–8).

wäre ganz unbillig, erst die jungen Menschen ein Jahr lang schuften zu lassen und dann zu sagen, sie werden nicht zugelassen, weil kein Platz ist. Wenn man diese Maßnahme nur für die Studenten bestimmt, dann sollten sie in der Beziehung auch gesichert sein, denn sonst würden wir uns die größten Vorwürfe seitens derer zuziehen, die nicht zugelassen werden, weil die technischen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Vorsitzender: Sie sehen, daß eine Reihe wichtiger und wertvoller Bemerkungen gemacht worden sind. Aber ich glaube, wir wollen sie erst durch den Filter des Ausschusses gehen lassen und die allgemeine Debatte aussetzen. Sie sind der Meinung, daß der Kulturausschuß

(Zuruf: und Wirtschaftsausschuß!)

in Frage kommt. Aber beim Kulturausschuß ist das federführende und gravitierende Moment.

(Petersen: Dann können die beiden zusammen das beraten!)

Wir sind ein Zonenbeirat von 27 bis 28 Mitgliedern und haben ein Dutzend Ausschüsse oder mehr. Das sind dann auf diese Weise hauptamtliche Zonenbeiratsmitglieder.

Adenauer: Dazu haben wir die Ausschüsse. Die müssen mit Anträgen gespeist werden.

(Heiterkeit)

Ich würde vorschlagen: Geben Sie das dem Kulturausschuß und dem Wirtschaftsausschuß zusammen.[86] Es wird sich schon ein Weg finden.

Vorsitzender: Ich stelle Ihr allgemeines Einverständnis fest. Der Antrag auf Ausschußüberweisung ist angenommen.[87]

Wir kommen zu Punkt 11:

Anstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit[88]

Grundsätzlich wäre eine Überweisung an den Ausschuß üblich. Aber ich halte das für sinnlos. Es handelt sich hier um die Durchsetzung eines Prinzips, nämlich um die Durchsetzung des Prinzips der Gleichberechtigung der Frau. Ich bin nicht dafür, einen solchen Antrag einer langwierigen Ausschußberatung zu überweisen.

---

86 Im Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 80) heißt es statt Wirtschaftsausschuß richtig: *Sozialpolitischer Ausschuß*, denn in der gemeinsamen Sitz. von KpA und SpA am 13. 8. 1946 wurde der Antrag beraten. Ein Beschluß wurde indessen noch nicht gefaßt, da man zunächst die Ergebnisse der nordwestdt. Hochschulkonferenz (Vors.: *Grimme*) abwarten wollte (vgl. PA 1/274: Wortprot. vom 13. 8. 1946, S. 23); siehe hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 754.

87 Vgl. den Abänderungsantrag u. mit Anm. 341.

88 Vgl. Anl. 93.

(Grimme: Das steht in Punkt 7!)

Da heißt es:

> Zum Ausschluß von Härten können von den zuständigen Länder- und Provinzialregierungen Ausnahmen, vor allem zu Gunsten von Kriegsteilnehmern, Kriegsgefangenen und politisch Verfolgten, gewährt werden.

Es muß da noch hinein: für Körperbehinderte. Der Körperbehinderte kann geistig voll auf der Höhe sein.

Lehr: Ich will mich kurz fassen, weil die Einzelheiten im Ausschuß beraten werden. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß sowohl bei der männlichen wie bei der weiblichen Jugend noch ein großer Teil vorhanden ist, der im Augenblick noch nicht voll arbeits- und einsatzwillig ist, namentlich in den Großstädten. Da wird es recht gut sein, wenn sie sehr bald ein Jahr lang geregelte Arbeit haben. Auf jeden Fall bitte ich aber, zu bedenken: eine ganze Maßnahme und keine halbe.

Grimme: Ich bin der Meinung, daß der Student nicht früh genug an das Studium herankommen kann, aber er kommt ja nicht heran, er bleibt jetzt draußen stehen. Diese ganze Maßnahme ist gedacht als Übergangsnotmaßnahme, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, daß sie diese Zeit voll ausfüllen.

Schwering: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß eine große Zahl technischer Berufe, die auf der Technischen Hochschule ausgebildet werden, jetzt und auch früher und vor langen Jahren, diese einjährige Praxis bereits haben. Ich selbst habe sie durchgeführt, und zwar war ich 5/4 Jahre Lokomotivheizer und Lokomotivführer. Für diese Ausbildung ist ein ganz bestimmter Gang vorgeschrieben. Das müßte also in diesen Bestimmungen mit berücksichtigt werden, daß solche Leute, die sich in einem ganz bestimmten Ausbildungsgange auf einen Beruf vorbereiten, durch solch praktische Tätigkeit nicht behindert, sondern gefördert werden.

Dann darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß wir auch noch eine zweite Seite haben: Wir kommen einmal in Zeiten von Arbeitslosigkeit. Dann sind solche Leute höchst unbequeme Gäste für die Gewerkschaften und die Arbeitervertreter.

Petersen: An und für sich sympathisiere ich mit dem Gedanken, daß alle männlichen und weiblichen jungen Menschen ein Jahr körperlich zu arbeiten haben. Trotz aller grundsätzlichen Anerkennung des Standpunktes von Dr. *Adenauer* bin ich doch der Meinung, daß das praktische Leben über das Problem siegen muß. In der Landwirtschaft ist ein derartiger Mangel an männlichen und weiblichen Kräften, daß es, glaube ich, im Interesse der Ernährung unseres Volkes, um über diesen Mangel hinwegzukommen, eine sehr nützliche Maßnahme wäre, wenn wir der Landwirtschaft auf diese Weise in erheblichem Maße helfen würden. Also grundsätzlich ist mir der Gedanke sehr sympathisch.

Ein Moment bitte ich aber bei den Studenten zu bedenken: Wenn wir sagen, jeder neu hinzukommende Abiturient, der noch nicht im Kriege gewesen ist, muß ein solches praktisches Jahr ableisten, dann übernehmen wir damit die Verpflichtung, daß derjenige, der dann auf die Universität will, auch zugelassen wird. Denn das

Ob private Betriebe, das wird das Arbeitsamt bestimmen. Aber keinerlei Kasernierung. Es muß auch vorgebeugt werden, daß jemand einen Onkel auf dem Lande hat, erholt sich dort ein ganzes Jahr und sagt, er habe dort gearbeitet. Infolgedessen muß eine amtliche Stelle eingeschaltet werden.

Lehr: Die Ableistung eines praktischen Handarbeitsjahres wird sicher etwas Segensreiches sein. Meine Bedenken gehen dagegen, dieses praktische Jahr nur von einem Teile unserer Jugend zu verlangen. Das halte ich nicht für richtig. Ich würde dafür sein, dieses praktische Handarbeitsjahr ganz allgemein für die Jugendlichen bis zu einem gewissen Alter durchzuführen. Ich möchte Sie bitten, Ihre Beratungen auch auf diesen Antrag auszudehnen.

Adenauer: Dann können wir beim Nationalsozialismus von vornherein wieder anfangen. Ich habe da die größten Bedenken. Jeder Eingriff in die persönliche Freiheit und die persönliche Freiheit jedes einzelnen Menschen ist für mich das Maßgebende.

Im übrigen, Herr *Grimme,* ich habe mir da etwas von Ihren Punkten notiert. Ich kann von mir verraten, daß ich als Student mir sowohl eine Hose flicken wie auch Strümpfe stopfen konnte, auch konnte ich mir Knöpfe annähen und wußte in Gartenarbeit gut Bescheid. Im übrigen: Wie denken Sie sich die Zukunft unserer Jungen? Gehen Sie in die zerstörten Städte. Die jungen Leute, die Burschen, heutzutage müssen alles anfangen, müssen alles machen, die sind gar nicht so fremd, so intellektualisiert wie vor 20, 30 oder 50 Jahren. Dann weiter: Die Abiturienten jetzt wissen so außerordentlich wenig. Ich habe selbst meinen Jüngsten auf der Schule. Sie wissen so wenig, und wenn Sie jetzt nach dem Abitur noch ein Jahr dazwischen setzen, dann wissen diese Abiturienten, wenn sie auf die Hochschule kommen, überhaupt nichts mehr. Dann können Sie mit dem Unterricht wieder von vorn anfangen.

Ich bin vor allem gegen diesen Eingriff in die persönliche Freiheit, und ich bin auch dagegen, da stimme ich Dr. *Lehr* durchaus zu, wenn man so etwas machen will, daß man das nur bei einer Gruppe tut, um es jetzt den Rektoren leichter zu machen, den Überschuß abzuwimmeln.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn etwas anderes gemacht würde, wenn man all den Studenten, die jetzt nicht immatrikuliert werden, einen Weg zu anderen Berufen, in denen wir noch jahrelang Mangel haben, zeigen würde. Aber da geschieht nichts. Die jungen Leute laufen herum, werden abgewiesen und sich selbst überlassen. Ich würde es begrüßen, wenn an allen Universitäten und Technischen Hochschulen Beratungsstellen eingerichtet würden, wo den jungen Leuten gesagt würde: Du hast lange Jahre keine Aussicht, in dem und dem Berufe etwas Ordentliches zu leisten, du kannst aber Elektriker werden, kannst dieses und jenes werden, willst du nicht dahin gehen? Das kann man durch Beratung machen. Das ist kein Eingriff in die persönliche Freiheit.

Ich bitte, den Antrag *Grimme* dem Kulturausschuß und dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen.

Tantzen: Eine einzige Bemerkung. In dem Antrag ist nicht zum Ausdruck gebracht, daß körperlich Behinderte frei sind von diesem Arbeitsjahr. Das muß noch hineingebracht werden.

denn die Erfahrungen, die wir mit der Einrichtung von Arbeitslägern gemacht haben, sprechen dagegen. Ich habe den Eindruck, daß der große Aufwand in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Nutzeffekt gestanden hat. Wir denken uns das so, daß jeder Student den Nachweis erbringen muß, daß er in irgendeinem praktischen Betrieb Hand angelegt hat, aber nicht in Massen mit anderen Kameraden zusammengefaßt sein muß. Der Effekt wird sein, und das ist ein weiterer Grund, daß dieser Mensch fester im Gesamtleben dasteht. Er wird dadurch krisenfester, und es wird auch wohl nicht zu bezweifeln sein, daß er durch diese Tätigkeit eine größere allgemeine Lebensreife bekommt und die Erfahrung ihm eine ganz andere Blickweite gegeben hat.

Ausschlaggebend ist noch ein weiterer Grund gewesen. Das ist ein volkspolitischer Grund. Sie wissen alle, wie sich vor den Toren der Hochschulen die Masse derer, die zum Studium drängt, ansammelt. Wenn in Göttingen von 20 000 Studenten, die sich gemeldet haben, nur 4 000 haben aufgenommen werden können, dann wissen wir, was das bedeutet. Wenn wir jetzt dazu übergehen, daß wir jeden Abiturienten, der an Ostern 1947 die höhere Schule verläßt, zwingen, ein Jahr praktisch tätig zu sein, dann haben wir von heute an zwei volle Jahre gewonnen, indem dieser große Zudrang zu den Universitäten zunächst aufgesogen und Luft gelassen werden kann, und wir hätten außerdem den Vorteil, daß viele dieser jungen Menschen, die wohl zum Studium geeignet scheinen, erkennen, daß die rein handwerkliche Tätigkeit ihnen viel mehr auf den Leib geschnitten ist, so daß sie aus einem drei Jahre machen und überhaupt Handwerker ihr Leben lang bleiben und sich dabei weit glücklicher fühlen.

Dem Einwand, der mir auch gemacht worden ist, daß der junge Student noch ein Jahr später wieder zur Universität kommt, bin ich begegnet, daß ich sage: Diese Maßnahme soll nicht die Studenten treffen, die im Kriegsdienst gestanden haben, sondern nur die jetzt nachrückenden Abiturienten. Im übrigen: Früher mußten die Abiturienten nach einem Jahr Arbeitsdienst zwei Jahre Militärdienst ableisten, und wenn sie jetzt ein Jahr später anfangen, haben sie immer noch zwei Jahre gewonnen.

Ich würde unter allen Umständen für dieses eine Jahr plädieren. Ich habe Gelegenheit genommen, mit den verschiedenen Rektoren der Hochschulen der britischen Zone über diesen Plan zu sprechen, und kann nur sagen, daß ich nicht nur auf volles Verständnis gestoßen bin, sondern daß es sehr begrüßt würde, wenn der Weg in die Praxis umgesetzt werden könnte. Ob er das kann, darüber sind Erwägungen angestellt worden. Dann habe ich hier, was am nächsten liegt, mit dem Landesarbeitsamt in Hannover verhandelt und zugleich auch mit den Gewerkschaften, was Herr *Karl* mir bestätigen wird, und mit den Herren von der Industrie- und Handelskammer, und wir sind der Meinung, daß die Verwirklichung dieses Vorschlages auch möglich ist. Es liegt nun in Ihrer Hand, ob Sie zustimmen wollen.

Ich möchte nun fragen, ob wir den Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß überweisen wollen oder ob wir ihn gleich zur Abstimmung bringen. Das hängt von Ihrer Abstimmung ab.

(Vorsitzender: Soll das in privaten Betrieben erfolgen?)

weitergegeben[82], das [aus] einem Herren des Rheinlands, einem Schulverwaltungsmanne, . . . und mir besteht. Dieses Präsidium hat mich beauftragt, die Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Der Gründe gibt es eine Menge. Ich beschränke mich auf ein paar sehr sachliche.

Sie wissen, daß der Akademiker bei uns ein intellektualisierter Menschentyp geworden ist. Wenn ich von mir auf andere schließen darf: Bei mir hat es erst des Durchganges durch den Knast[83] bedurft, um zu lernen, wie man einen Flicken auf die Hose setzt, wie man Strümpfe stopft, eine Nähmaschine bedient. Ich glaube, daß der Zwang, ein ganzes Jahr manuelle Arbeit zu leisten, da ein sehr gutes Gegengewicht ist.

„Verkrampfung" ist ein sehr interessanter Ausdruck. Während der Dolmetscher alles übersetzen konnte, stutzte er zum großen Gelächter der Zuhörer bei diesem Ausdruck und mußte ihn umschreiben.[84] Vielleicht, daß der deutsche Akademiker an dieser Krankheit besonders leidet, für die das Ausland nicht einmal einen Ausdruck besitzt.

Wenn wir die Arbeit auf der praktischen Seite des Lebens zu einem Zwang machen, beseitigen wir damit Hand in Hand auch eine gewisse Unterschätzung der Fertigkeit des praktischen Lebens überhaupt und damit zugleich eine Unterschätzung der Arbeit der handarbeitenden Schicht und damit der handarbeitenden Menschen selbst.

Es wäre neben dem psychologischen Grunde der soziale Grund sehr in die Waagschale zu werfen. Was wird es bedeuten, wenn der künftige Akademiker ein ganzes Jahr mit den handarbeitenden Schichten zusammengelebt hat und ihre Nöte kennt? Was das für den künftigen Juristen bedeutet, brauche ich nicht zu unterstreichen, und auch, was es für den künftigen Lehrer bedeutet, liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, daß der Lehrer für das Leben erziehen soll, das er niemals kennengelernt hat. In diesem Falle ist der Lehrer derjenige, der nichts vom Leben gelernt hat.

Mir ist entgegengehalten worden, daß man, um die Kluft zwischen Akademiker und Handarbeiter zu überbrücken und zu dieser manuellen Tätigkeit aufruft [!], Arbeitsdienstläger einrichten würde. Diese Befürchtung an sich würde ich nicht für sehr begründet und groß halten. Ich halte es nicht für nötig, daß, wenn man Arbeitsdienstläger einführt, diese unter allen Umständen nationalsozialistischen Charakter zu tragen brauchen. Ich erinnere daran, daß die Erfindung der Arbeitsdienstlager ja keineswegs eine nationalsozialistische Sache gewesen ist, sondern eine sozialistische, die wir schon vor 1932 in Schlesien gehabt haben.[85] Ich möchte aber nicht, daß dieses praktische Jahr sich in der Form eines Arbeitsjahres abspielt,

---

82 Nähere Angaben über das hier nur unzureichend bezeichnete Gremium sowie dessen Zusammensetzung waren nicht zu ermitteln. Es könnte sich um einen Vorläufer des später errichteten Zonenerziehungsrates handeln (vgl. Dok. IV.3, Anm. 157).

83 *Grimme* bezieht sich auf seine Inhaftierung als politisch Verfolgter während der NS-Zeit.

84 Die geschilderte Szene muß sich auf das oben erwähnte Treffen beziehen.

85 Zur Geschichte der Arbeitslagerbewegung der Jahre 1925 bis 1932 vgl. Vormarsch der Arbeitslagerbewegung, bes. S. 10–16; Rosenstock/von Trotha; Gardiner; zum bildungshistorischen und politischen Hintergrund vgl. Dudek.

Vorsitzender: Dann kommen wir zur Wahl der drei Ausschüsse.

Lehr: Ich bitte Siebenerausschüsse zu nehmen, damit auch das Verwaltungsinteresse vertreten ist.

Vorsitzender: Dann kommen wir zur Wahl des Gesundheitsausschusses, bestehend aus sieben Mitgliedern.[79] Ich bitte um Vorschläge.

(Durch Zuruf werden vorgeschlagen:)

Karl, Grimme, Blücher, Groth, Adenauer, Hoffmann, Degkwitz.

Henßler: Wäre es nicht richtiger, man würde die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Hauptausschuß vornehmen? So übersieht man doch manches.

Vorsitzender: Es ist von den Parteien die Situation genügend übersehen worden. Es sind alle Variationen in dem Ausschusse vertreten. Wir wollen etwas nicht zurückstellen, was wir jetzt erledigen können. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Wer dem gemachten Vorschlag für die Zusammensetzung des Gesundheitsausschusses ist [!], den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist einstimmig beschlossen. Jetzt kommen wir zum Wohlfahrtsausschuß; es handelt sich da auch um sieben Mitglieder.

Adenauer: Ich schlage vor, die Besetzung dieses Ausschusses zunächst im Hauptausschuß vorzunehmen. Ich fürchte, wenn wir jetzt drei Ausschüsse hintereinander wählen, kommt nichts Rechtes heraus, weil wir nicht so schnell folgen können. Wir können da nicht mitkommen. Wir können das bis morgen machen, dann läuft die Sache reibungslos ab.

Vorsitzender: Dr. *Adenauer* hat diese Anregung gegeben. Der Ausschuß a) ist gewählt. Mit den Ausschüssen b) und c) wird sich der Hauptausschuß noch beschäftigen.[80] Dann kommen wir zu Punkt 10:

Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium

Das Wort hat Herr *Grimme*.

Grimme: Der Antrag[81] hat eine kurze Vorgeschichte. Ich bin kürzlich mit den Kultusministern von Württemberg/Baden, Groß-Hessen und dem Vertreter des Kultusministers von Bayern zusammengewesen. Alle drei sind einer Anregung von mir gefolgt, daß wir bei den zuständigen Stellen vorstellig werden, daß künftig niemand zum Studium vorgelassen wird, der nicht ein Jahr im praktischen Arbeitsprozeß gestanden hat. Ich habe den Antrag an das Präsidium der britischen Zone

79 Ab August 1946 wurde als Sachverständiger Dr. med. *Kadow* aus Osnabrück hinzugezogen (vgl. die Liste in BA Z 2/45). Protokolle des Ausschusses konnten nicht ermittelt werden.
80 Vgl. u. mit Anm. 193–194.
81 Vgl. Anl. 92.

für die Flüchtlinge: *Andrée.*

(Angenommen.)

Dann kommen die Vertreter der großen Kreisbauernschaften und der großen Provinzen: *Zeddies,* Hannover; *Böhner,* Westfalen; *Hegmann,* Nord-Rheinprovinz.

(Angenommen.)

Der Ausschuß ist damit vollständig und konstituiert.

Wir kommen nun zu Punkt 7:

Wahl eines Vertreters der SPD in den Rechts- und Verfassungsausschuß

Da haben sich durch den Gang der Dinge merkwürdige Zustände ergeben.

Henßler: Die SPD war im Rechts- und Verfassungsausschuß überhaupt nicht vertreten.[76] Deshalb wird von uns der Antrag gestellt, einen Vertreter unserer Partei aufzunehmen. Wir schlagen dafür den Vertreter von Dr. *Schumacher, Meitmann,* vor als Mitglied des Rechts- und Verfassungsausschusses.

Vorsitzender: Die Berechtigung ist von keiner Seite bestritten. Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 8:

Änderung der Geschäftsordnung

Es ist dies ein Antrag von Dr. *Degkwitz.* Es handelt sich darum, den Wohlfahrtsausschuß zu zerlegen in einen Ausschuß für Gesundheitswesen und in einen Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß.[77]

Degkwitz: Ich habe diesen Antrag gestellt, weil die Arbeitsgebiete Wohlfahrt und Gesundheit allzu verschieden sind und in der Kontrollkommission diese Gebiete ebenfalls getrennt sind. Nun hat sich inzwischen ergeben, daß gestern im Wohlfahrtsausschuß der Vorschlag gemacht wurde, Wohlfahrt und Flüchtlingswesen ebenfalls zu trennen und den ursprünglichen Wohlfahrtsausschuß in drei Ausschüsse zu zerlegen: Gesundheit, Wohlfahrt, Flüchtlingswesen.[78]

Vorsitzender: Wir müssen uns aber klar werden, in welcher Größe wir die Ausschüsse wünschen.

Degkwitz: Vier bis fünf Leute. Ich würde es besonders begrüßen, wenn von den Parteien je ein Vertreter da wäre und dann die Parteivertreter sich vertreten ließen durch einen Arzt oder Wohlfahrtsexperten, damit dieser Ausschuß an Sachkenntnis gewinnt.

---

76 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 97.
77 Vgl. a. a. O. mit Anm. 112–114.
78 Vgl. PA 1/270: Wortprot. der Sitz. des WA vom 9. 7. 1946, S. 1 f.

(Wird durch Abstimmung genehmigt.)

Landwirtschaftliche Sachverständige: *Kriedemann,* Hannover (SPD), Dr. *Müller,* Godesberg (CDU), *Jürgensen,* Hamburg (KPD), *Knoop,* Bremervörde (FDP).

(Wird durch Abstimmung genehmigt.)

Leiter des Zentralamtes Dr. *Schlange-Schöningen.*

(Angenommen.)

Chefs der Provinzen und Länder: Oberpräsident *Steltzer* und Ministerpräsident *Tantzen.*

Hier besteht der Wunsch verschiedener Herren, diese Herren als Sachverständige zu hören.

(Adenauer: Der Antrag ist im Ausschuß nicht gestellt.)

Ich stelle nun den Antrag, daß als Chefs von Ländern und Provinzen erscheinen: *Steltzer, Tantzen* und *Drake.*

(Angenommen.)

Gewerkschaftsvertreter: Hans *Böckler.*

(Angenommen.)

Vertreter der Landesbauernschaften: *Bödecker* und *Jensen,* Kiel.[73]

(Angenommen.)

Das ist der Ausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung[74], ergänzt durch Ministerpräsident *Drake.* Jetzt kommen die neuen:

Gewerkschaftsvertreter für die Landarbeiter: *Bresk,* Hamburg,

(Angenommen.)

für die Konsumenten: *Everling,* Hamburg[75],

(Angenommen.)

---

73 *Bödecker* vertrat die Landesbauernschaft Weser-Ems, *Jensen* die Schleswig-Holsteins.

74 Auf der Mitgliederliste vom 28. 6. 1946 (PA 1/158) stehen für die KPD allerdings *Reimann* und *Hoffmann.*

75 Im Kurzprot. der 5. Sitz. (Dok. V.4, TOP 77) folgt noch der Name *Schlacks,* der in der Tat Mitglied des Sonderausschusses war.

Sachverständigen zu laden, ist das ein großer Unterschied. Darin liegt es. Nun kann der Zonenbeirat entscheiden.

Henßler: Soweit ich Vorsitzender des Ausschusses war und die erste Verhandlung mir vor Augen führe, würde ich Wert darauf legen, daß sowohl Herr *Tantzen* wie auch Herr *Steltzer* ständige Sachverständige in diesem Ausschusse sind. Ich würde von meiner Seite gern von vornherein ohne weiteres die Zusage machen, daß ich als Vorsitzender Wert darauf lege, daß beide Herren ständig da sind.

Vorsitzender: So ist die Sache nicht, daß wir Herrn *Tantzen* nicht als ständigen Mitarbeiter geeignet halten, sondern es handelt sich nur darum, eine gewisse Symmetrie zu erzielen. Man kann die Dinge zerlegen: 1. einmal die bisherigen Mitglieder mit Ausnahme der beiden Herren von Schleswig-Holstein und Oldenburg, die beiden Regierungschefs, 2. die Zuwahl der eben vom Generalsekretär benannten Herren und 3. wenn Herr *Tantzen* auf seinem Wunsche besteht, müßten wir über diesen Punkt zu einer Abstimmung kommen. Da hat eine lange Rederei keinen Zweck. Ich bitte um Meinungsäußerungen aus Ihrem Kreise.

Kopf: Soweit ich den Herrn Vorsitzenden verstanden habe, sollen die Herren *Steltzer* und *Tantzen* als ständige Sachverständige ohne Stimmrecht diesem Ausschusse angehören. Ich habe den Antrag gestellt, um eine gewisse Symmetrie herzustellen, daß auch das Land Lippe in diesem Ausschusse vertreten ist, und zwar mit Stimmrecht, und habe den Landespräsidenten *Drake* vorgeschlagen.

Adenauer: Die Sache ist im Hauptausschuß besprochen worden. Es wäre wünschenswert, wie Oberpräsident *Kopf* beantragt, den Präsidenten von Lippe hinzuzuwählen, wenn dieser Antrag im Hauptausschuß schon gestellt worden wäre. Das ist nicht geschehen. Und es ist im Hauptausschuß auch nicht beschlossen worden, daß nun die Herren *Steltzer* und *Tantzen* aus dem Ausschusse auszuscheiden hätten, sondern es bestand nur eine Unklarheit, die aber anscheinend durch Irrtümer verursacht worden ist, wie es kommt, daß nun von Schleswig-Holstein und Oldenburg sowohl die Herren *Steltzer* und *Tantzen* aus dem Ausschusse auszuscheiden hätten, sondern es bestand nur eine Unklarheit, die aber anscheinend durch Irrtümer verursacht worden ist, wie es kommt, daß nun von Schleswig-Holstein und Oldenburg sowohl die Herren *Steltzer* und *Tantzen* wie auch die Bauernführer da sind. Geklärt werden konnte das nicht. Ich schlage auch vor, daß die beiden Herren als ständige Sachverständige anwesend sind.

Tantzen: Das hat keinen Sinn und ist ganz zwecklos, daß wir nur das Wort nehmen können, wenn wir gefragt werden. Wir wollen Mitgliedsrecht haben.

Vorsitzender: Wir gehen jetzt einmal systematisch vor. Als Vorsitzender ist Herr *Henßler* von dem Ausschuß bestimmt worden. Wer dafür ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Dann kommen die vier Parteivertreter: *Schumacher,* durch *Meitmann*[72] vertreten, Dr. *Otto, Heile, Hoffmann.*

---

72 An der Sitz. des Sonderausschusses nahm am 5./6. 8. 1946 laut Mitgliederliste *Kalbitzer* als Vertreter *Schumachers* teil (PA 1/158).

Jetzt bleibt als Rest die Frage der Beseitigung der Asymmetrie, die dadurch entsteht, daß zwei Länder doppelt vertreten sind, sowohl durch die Chefs wie durch die Landesbauernvorsteher, wie sie von Dr. *Schlange-Schöningen* benannt worden sind. Es wird niemand etwas dagegen haben, wenn bei einer Lösung auf Kosten der Länderchefs die beiden Herren, des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und des Ministerpräsidenten von Oldenburg, als Sachverständige, und zwar als Sachverständige in einem sehr tiefen Sinne, gehört und ihre Ratschläge dementsprechend berücksichtigt werden. Es ist dies die eine Möglichkeit, die andere Möglichkeit wäre die, daß von seiten des Herrn Dr. *Schlange-Schöningen* andere Bauernführer benannt werden. Aber ich glaube, daß die Dinge auf die erstere Lösung gravitieren. Aber ich stelle das natürlich dem Zonenbeirat anheim und bitte um Wortmeldungen.

Steltzer: Ich habe ja nach dem Vorschlag von Dr. *Schumacher* die Möglichkeit teilzunehmen. Ich bin einverstanden, wenn entsprechend dem ersten Vorschlage verfahren wird, weil ich die Möglichkeit habe, als Sachverständiger teilzunehmen.

Tantzen: Ich bin auf Vorschlag der Kontrollkommission ausgewählt worden und möchte mein Amt beibehalten.[71]

Schlange-Schöningen: Ich möchte glauben, daß die, die gewählt sind, dabei bleiben müßten.

Vorsitzender: Es ist selbstverständlich, daß wir einem Ersuchen der Militärregierung, das sich auf eine bestimmte Person bezieht, nachgeben.

Kopf: Ich schlage vor, den Landespräsidenten von Lippe, Herrn *Drake,* in diesen Ausschuß zu wählen.

Vorsitzender: Dann wäre es, glaube ich, die Bitte des Ausschusses an Herrn Ministerpräsidenten *Tantzen,* als Sachverständiger an den Sitzungen teilzunehmen. Dann sind alle Schwierigkeiten behoben.

Tantzen: Ich verzichte darauf nicht. Ich habe die erste Sitzung mitgemacht und habe festgestellt, daß ich wertvolle Ratschläge geben kann. Ich möchte darum nicht auf die Abstimmung im Ausschuß verzichten.

Steltzer: Ich glaube, Herr *Tantzen* geht von einem Irrtum aus. Das geht vom Generalsekretariat aus. Sie gehen nicht von der richtigen Rechtsgrundlage aus.

Vorsitzender: Außerdem sind die Dinge doch so: Jemand, der etwas zu sagen hat, kann durch die Wucht seiner Argumente und Kraft seiner Persönlichkeit den Ausschuß beeinflussen gegenüber dem, der Stimmrecht, aber zur Materie wenig zu sagen hat.

Tantzen: Wenn Sie die Sachverständigen zu jeder Ausschußsitzung laden, dann ist es natürlich gleichgültig, wenn Sie aber den Ausschuß ermächtigen wollen, die

---

71 Nach Rücksprache mit *Lehr* und *Schlange-Schöningen* bestand der Ausschuß zunächst aus 15 Mitgliedern, darunter auch *Tantzen,* vgl. PA 1/65: *Weisser* an den brit. Verbindungsstab, 13. 6. 1946; aus der Mitgliederliste vom 28. 6. 1946 (PA 1/158) geht hervor, daß *Tantzen* neben *Henßler, Schlange-Schöningen* und *Steltzer* in der Tat von der KK benannt worden war.

Weisser: Im Ausschusse ist beschlossen worden, daß eine Anzahl von weiteren Mitgliedern diesem Agrarpolitischen Ausschuß beigefügt werden soll.[67] Zunächst sollte für die Landarbeiter eine Vertretung vorgesehen werden in der Person des Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes, also eines Gewerkschaftlers, namens *Bresk,* Hamburg. Ferner ist eine stärkere Beteiligung der Verbraucher in dem Ausschusse vorgesehen worden. Zu diesem Zwecke ist vorgeschlagen, daß das Beiratsmitglied *Everling* schlechthin für Verbraucherfragen und zur Geltendmachung der Erfahrungen der GEG mitarbeitet und zur besonderen Betonung der Verbraucherinteressen des Westens, des übermäßig dicht besiedelten Westens, Herr *Schlack* mitarbeiten soll.[68]

Ferner ist die Meinung dahin gegangen im Hauptausschuß, daß das Beiratsmitglied zur Vertretung der Flüchtlingsgesichtspunkte gerade in diesem Ausschusse unbedingt vertreten sein sollte, denn ein großer Teil der Flüchtlinge stammt vom Lande und wartet auf eine Berücksichtigung. Schließlich ist zum Ausdruck gekommen, daß es gewissermaßen ein Schönheitsfehler der Zusammensetzung des Ausschusses bisher ist, daß die beiden Gebiete Oldenburg und Schleswig-Holstein gewissermaßen doppelt vertreten[69], während andere große Gebiete der Zone gar nicht vertreten sind, und es ist doch die Meinung des Ausschusses, daß die agrarwirtschaftlichen Verhältnisse sich regional in der Zone so stark voneinander unterscheiden, daß die verschiedenen Gebiete der Zone jeweils auch durch besondere Kenner dieser Gebiete vertreten sein wollen. Daher ist der Ausschuß zu dem Ergebnis gelangt, daß für Hannover ein besonderer Vertreter in der Person des neuen Landesbauernvorstehers Herrn *Zeddies*[70] vorgesehen wird, für Westfalen als Vertreter der Bauer *Böhner* und für die Nord-Rheinprovinz der Bauer *Hegmann.* Die Meinung des Ausschusses ging allgemein dahin, daß die Zahl der Ausschußmitglieder um diese Personen erweitert werden soll.

Vorsitzender: Ich glaube, daß der Erweiterung des Ausschusses nichts im Wege steht. Im Prinzip bedarf der Ausschuß eigentlich jetzt grundsätzlich seiner Wahl.

---

an brit. Verbindungsstab, 13. 6. 1946). In einem Schreiben vom 19. 6. 1946 kritisierte *Kopf* jedoch das eigenmächtige Vorgehen *Weissers,* zumal er eine angemessene Vertretung Hannovers im Sonderausschuß nicht sichergestellt sah (vgl. HStAH Nds. Z 50/76). In einem (hs.) Vermerk vom 26. 6. 1946 (PA 1/158) wies *Weisser* diese Kritik zurück, da es sich um eine nur vorläufige Zusammensetzung des Ausschusses handele. Zudem überlege man, wie den Wünschen Hannovers Rechnung getragen werden könne. Die 1. Sitz. des Sonderausschusses hatte am 2. 7. 1946 stattgefunden (Prot. in PA 1/280). Obwohl der Ausschuß als ein Sonderausschuß eingesetzt war, tragen die Protokolle lediglich die Überschrift „Agrarausschuß".

67 Diese Erweiterung war nicht im Sonderausschuß für Agrarreform erörtert worden, sondern im HA (vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9. 7. 1946, S. 2; a. a. O.: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 10. 7. 1946, S. 1). *Weisser* hatte *Lehr* ausdrücklich gebeten, diese Frage auf der Sitz. des HA in Godesberg am 13./14. 6. 1946 bereits zu klären (vgl. PA 1/158: Aufzeichnung [*Weissers*], o. D. [Juni 1946]).

68 *Schlack* kam aus Köln.

69 Oldenburg war durch MP *Tantzen* und *Bödecker* (Präsident der Landesbauernschaft Weser-Ems) vertreten, SH durch OP *Steltzer* und *Jensen* (Landesbauernvorsteher SH), vgl. PA 1/158: Teilnehmerliste der Sitz. des Ausschusses Agrarreform vom 2./3. 7. 1946.

70 Hier und im folgenden korrigiert aus: Settjes.

auf Kiel (davon zwei zu 80 % fertig), deren Bau nicht zu Ende geführt werden darf, obwohl Material zum Weiterbau vorhanden ist.〉

Das sind die jetzt noch eingegangenen Anträge, die wir eben erst erhalten haben, so daß wir sie an den Verbindungsstab noch nicht übergeben konnten, weshalb auch keine Möglichkeit besteht, sie zu erörtern. Ich habe sie nur bekanntgegeben, weil in der letzten Sitzung der Wunsch geäußert wurde, daß den Mitgliedern auch jeweils die Eingänge an Anträgen bekanntgegeben werden.[63]

Vorsitzender: Wir werden darauf verzichten müssen, heute die Anträge der [Kontroll-]Kommission zu überweisen, weil wir nicht die Zustimmung der Besatzungsmacht haben.

Wir kommen jetzt zu Punkt 4:

Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

und Punkt 5:

Wahl des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

Da ist heute im Hauptausschuß die einmütige Ansicht zum Ausdruck gekommen, daß wir morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung nehmen[64], wenn gewisse hoffentlich zu behebende Schwierigkeiten im Laufe des heutigen Tages noch behoben werden, den

Punkt 6:

Bestätigung des Sonderausschusses für Agrarreform[65]

Ich möchte mich gegen diese Formulierung wenden. Es handelt sich nicht um eine Bestätigung, sondern es handelt sich

1. um eine Ergänzung und
2. im einen oder anderen Falle um eine Revision.[66]

---

63 *Schumacher* hatte diesen Wunsch bereits in der 2. Sitz. geäußert (vgl. Dok. II.3, o. S. 87).

64 Dieser Satz ist mißverständlich. Am folgenden Sitzungstag (vgl. u. mit Anm. 188–191) wurden Pkt. 4 und 5 besprochen, während Pkt. 6 sofort behandelt wurde.

65 Mit Schreiben vom 5. 6. 1946 hatte die KK dem ZB einen Fragenkatalog „über das künftige Schicksal der großen Güter" vorgelegt. Noch vor Beginn der 5. Sitz. sollte der ZB einen „Sonderausschuß für Agrarreform" bilden, damit dieser in der Plenarsitz. selbst bereits einen ersten Arbeitsbericht vorlegen konnte, vgl. das Originalschreiben der KK (in Übersetzung) sowie zahlreiche Stellungnahmen zur Bodenreform in PA 1/159. Eine leicht veränderte Fassung des Schreibens der KK in Anl. 109. Weiteres Material zu dieser 1. Phase der Diskussion um die Agrar-/Bodenreform in: PA 1/158, 1/160, 1/280; HStAD NW 53/278 und 53/632; vgl. auch insgesamt Trittel, Bodenreform, bes. S. 25–51.

66 Die Zusammensetzung des Ausschusses hatte die KK dem ZB nicht detailliert vorgeschrieben, und *Weisser* hatte, da die Zeit drängte, die Ausschußmitglieder berufen (PA 1/158: Telegramme *Weissers* an die Mitglieder, 14. 6. 1946). Er hatte sein Vorgehen indessen mit *Lehr* (Vorsitzender ZB) und *Schlange-Schöningen* (Vorsitzender EA) abgesprochen (vgl. PA 1/65: *Weisser*

[Freigabe von Rohstoffen für die Produktion von Kinderschuhen. Antrag Erich *Hoffmann*][58]

⟨Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, die im Drägerwerk Wandsbek lagernden Gummi- und Textilabfälle für 50 000 Paar Kinderschuhe zur Produktion freizugeben.

Der Mangel an Schuhwerk hat gerade bei Kindern aller Altersklassen ein solches Ausmaß angenommen, daß sofortige Abhilfemaßnahmen dringend erforderlich sind.⟩

Ein weiterer Antrag des kommunistischen Zonenbeiratsmitgliedes bezieht sich auf die Abänderung und Ergänzung der erlassenen Wahlordnung und schlägt vor, für Umsiedler die Frist auf drei Monate statt 18 Monate für das aktive und passive Wahlrecht festzusetzen.[59]

[Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten][60]

Begründung:

⟨Die neue Demokratie kann in ihren Parlamenten die Mitarbeit aller aufbauwilligen Kräfte nicht entbehren. Gerade unter den Kommunalbeamten und -angestellten, die nach der Kapitualation in die Behörden eingestellt worden sind, befindet sich ein großer Teil der aktiven Gegner des Nationalsozialismus, die jedoch auf Grund der bestehenden Bestimmungen von der aktiven Mitarbeit innerhalb der Parlamente ausgeschlossen sind.⟩

Schließlich liegt noch ein Antrag des Beiratsmitgliedes Erich *Hoffmann* vor.

Der Zonenbeirat möge beschließen, nachstehende Anfrage an die Militärregierung zur Überprüfung weiterzuleiten[61]:

⟨Ob die in den Fordwerken in Köln befindlichen – auf dem Hofe stehenden – 500 Lastkraftwagen nicht ab sofort der deutschen Verkehrswirtschaft zugewiesen werden können. Die Fordwerke haben keine überdachten Lagermöglichkeiten, so daß diese Fahrzeuge der Witterung ausgesetzt sind.⟩

Als letztes habe ich noch einen Antrag Erich *Hoffmann* zu verlesen.[62]

[Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertiggebauter Fischkutter]

⟨Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, daß sie für die auf den Werften der Ost- und Westküste Schleswig-Holsteins auf Kiel liegenden und fast fertiggebauten Fischkutter die Genehmigung zur Fertigstellung erteilt.

Begründung:

Nach vorliegenden Mitteilungen ist der Bau von Fischkuttern an der West- und Ostküste seit dem 1. Mai 1946 eingestellt worden. Auf der Büsumer Werft liegen allein 6 Kutter

58 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 88. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 707.
59 Vgl. hierzu weiter u. mit Anm. 97–120.
60 Im folgenden verlesen, hier z. T. inseriert: Anl. 89. Vgl. hierzu auch Dok. IV.3 mit Anm. 204–212 sowie weiter Dok. VI.3 mit Anm. 41–43.
61 Wird nachfolgend verlesen, hier z. T. inseriert: Anl. 83. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 707.
62 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 91. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 693.

Auch dieser Antrag kommt erst für die nächste Sitzung in Frage und zwar dann, wenn die Militärregierung ihn zuläßt.[53]

Eingabe an den Zonenbeirat von Erich *Hoffmann* durch die KPD.[54] Das Beiratsmitglied Erich *Hoffmann* beantragt[55]:

[Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten]

⟨Es wird festgestellt, daß die Braunkohlenförderung im mittelrheinischen Gebiet rückläufig ist, da angeblich die Verkehrsmittel fehlen.

Es wird deshalb zur Behebung der Verkehrsschwierigkeiten vorgeschlagen, den aufliegenden Kahnraum des mittelrheinischen Gebiets für Kohlentransporte freizugeben und die Wagenumlaufzeit bei der Reichsbahn durch schnellere Be- und Entladung herabzusetzen.

Der Zonenbeirat möge daher beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Vorschlags zu prüfen.⟩

[Ingangsetzung der Zementindustrie. Antrag Erich *Hoffmann*][56]

⟨Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission um Prüfung der Frage der Ingangsetzung der Zementindustrie zu ersuchen.

Laut Anordnung der britischen Militärregierung ist die Zementindustrie in Itzehoe stillgelegt, da angeblich keine Kohlen hierfür zur Verfügung gestellt werden können.

Es wird vorgeschlagen, die sofortige Ingangsetzung der Zementindustrie anzuordnen und diese Industrie vorzugsweise mit Kohlen zu beliefern.⟩

[Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe. Antrag Erich *Hoffmann*][57]

⟨In den Leder erzeugenden Betrieben Holsteins, wie in Krempe, Wilster und Neumünster, wird fast die gesamte Produktion an Leder gelagert. Es gibt Werke, die täglich 15 000 kg Leder lagern. Die Lagerräume für Leder sind alle überfüllt, so daß das Leder heute in feuchten Kellerräumen gelagert wird, was die Haltbarkeit des Leders beeinträchtigt.

Der Zonenbeirat möge deshalb der Kontrollkommission angesichts der Tatsache, daß der Winter vor der Tür steht und die Bevölkerung kein Schuhzeug besitzt, vorschlagen

1. die Lagerbestände für Sohlen- und Oberleder zur Neuanfertigung von Kinderschuhen und Arbeitsschuhzeug freizugeben und den lederverarbeitenden Fabriken die Genehmigung zur Verarbeitung des Leders zu geben; ferner

2. Reparaturleder für dringende Reparaturen den Schuhmachern zur Verfügung zu stellen.⟩

---

53 Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3 mit Anm. 196–197.

54 *Hoffmann* hatte insgesamt 7 Anträge für diese Sitz. vorgelegt, vgl. Anl. 83–85, 87–90. Aus dem Wortprot. ist nicht in jedem Falle zu entnehmen, in welcher Reihenfolge diese Anträge verlesen wurden. Die Datierung einiger Anträge zeigt, daß sie erst nach der Plenarsitz. ihre endgültige schriftliche Fassung erhielten.

55 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 84. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 706.

56 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 85. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 707.

57 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 87. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3, u. S. 707.

2. Zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für zurückkehrende Kriegsgefangene wird die Schaffung einer Zentralstelle angeregt.〉[51]

Zu diesem Punkte liegt uns aus der Bevölkerung eine Eingabe vor[52]:

〈Angesichts der großen Sorgen der Mütter, Ehefrauen und Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland halte ich es für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß trotz größter Bemühungen, über die Vermißten Auskunft zu erhalten (auch ich als Übersetzer tue mein Möglichstes), die Nachrichten über unsere Gefangenen in Rußland äußerst spärlich durchkommen und von den Offizieren fast gar nicht.

Zuerst war von den Russen in Berlin eine Auskunftsstelle unter Leitung eines Obersten *Mamenko* eingerichtet. Dann kam diese Stelle nach Berlin-Karlshorst, und Oberst *Mamenko* wurde nach Rußland abgerufen. Schließlich befindet sich jetzt die „Auskunftsstelle für Kriegsgefangene beim Amt der Etappe der Sowjetischen Okkupationstruppen in Deutschland in Berlin-Potsdam".

In der letzten Zeit aber werden die Briefe, welche aus allen Ecken und Enden Deutschlands an diese Stelle geschickt, von der Post zurückgegeben mit dem Vermerk „Annahme verweigert". Ob die Stelle nun so überlastet ist oder ob sie nur für Kriegsgefangene zuständig ist, die sich in Deutschland auf dem von den Russen okkupierten Gebiet befinden, ist nicht festzustellen.

Es gab auch noch einen anderen Weg, um Auskunft über die Gefangenen zu erhalten, und zwar über die „Hauptverwaltung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes in Moskau", aber in der letzten Zeit scheint die Reichspost in Berlin Schwierigkeiten zu machen, denn vom Grenzübergang kommen die Briefe zurück mit dem Vermerk „unzulässig", d. h. sie werden wahrscheinlich als Kriegsgefangenenpost aufgefaßt, bei welcher allerdings nur Spezialpostkarten mit 25 Worten Text zugelassen werden. Übrigens bedeuten die Postfachnummern in Moskau jeweils die Adresse des betreffenden Kriegsgefangenenlagers.

Endlich existiert noch eine Organisation, die Betreuungsstelle für Kriegsgefangene in Frankfurt a. M., Burgstr. 5 a, an welche sich viele Angehörigen der KG aus dem Lande Hannover gewandt haben, aber auch von dieser Stelle aus sind so gut wie keine Auskünfte hierher gelangt. Allerdings dauert die Auskunftseinholung bei allen mit Rußland arbeitenden Stellen sehr lange.

Weil die Russen der Genfer Konvention nicht beigetreten sind, so konnten auch das Schweizerische Rote Kreuz und das Schwedische Rote Kreuz keine erfolgreichen Suchaktionen durchführen. Man erzählt, daß das bei den Russen am ehesten beliebte Französische Rote Kreuz mehr Erfolg hatte.

Indem ich Ihnen diese Sache unterbreite, wage ich zu hoffen, daß Sie vielleicht die Möglichkeit haben werden, bei den Verhandlungen mit den Ländern, Städten, mit den Parteien und anderen Organisationen ein Wort für die Angehörigen der Kriegsgefangenen einzulegen und durch das Rote Kreuz, durch die Betreuungsstelle Frankfurt a. M. usw. eine etwas energischere Nachforschung nach den Vermißten anzuregen.

Ihr sehr ergebener
Andreas *Struck*〉

---

51 Weiteres Material zur Betreuung der Heimkehrer durch die Betreuungsstelle im Munsterlager bzw. durch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege vgl. in PA 1/107. Eine Zentralstelle wurde nicht errichtet (vgl. Anl. 160, Anm. 1).

52 Die Eingabe ist in den Unterlagen zur 5. Sitz. nicht überliefert. Es handelt sich allem Anschein nach jedoch um ein Schreiben Andreas *Strucks* aus Bremen, das dieser am 12. 5. 1946 an *Kaisen* gerichtet hatte. *Kaisen* hatte diese Eingabe an Stier tom *Moehlen* weitergeleitet, damit dieser sie auf der ZB-Sitz. an entsprechender Stelle einbringen konnte. Inserat gemäß: StAB 3–R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 4: *Struck* an *Kaisen*, 12. 5. 1946.

⟨für nicht belastete Parteimitglieder fixierte, sich nach dem Einkommen und Vermögensstand richtende Geldbußen festzusetzen. Die Ausschüsse arbeiten zu langsam und ungleichmäßig, wodurch Zweifel in der gerechten Ausführung der interalliierten Verordnung entstehen. Eine beschleunigte Erledigung des Antrags ist dringend erforderlich, um endlich Ruhe zu schaffen.⟩[45]

Auch für diesen Antrag gilt, daß er noch nicht ansteht.

c) Überprüfung der neuen Steuern. Dr. *Adenauer* beantragt[46]:

⟨1. eine Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftsteuern,

2. eine Überprüfung der Steuern auf Tabak und Alkohol.

Begründung:

Die beiden ersten Gesetze vernichten jede privatwirtschaftliche Initiative und verhindern damit den Aufbau Deutschlands, die beiden letzteren Gesetze nehmen dem deutschen Volk die wenigen ihm noch verbliebenen Genußmittel. Alle vier Gesetze führen in ihrer Auswirkung nur zu einer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen.⟩[47]

Ferner liegt ein Antrag vor, der sich mit den Kriegsgefangenen befaßt. Es war schon einmal ein Antrag hier von Bremen aus zur Debatte.[48] Der neue Antrag *Grimme, Kopf, Henßler* lautet[49]:

⟨Das Schicksal der Kriegsgefangenen, die ohne eine zeitliche Begrenzung in der Fremde bleiben, ist eine Quelle tiefer Beunruhigung und wachsender Verzweiflung nicht nur bei den Betroffenen selbst, sondern auch innerhalb der deutschen Bevölkerung.

Wir bitten daher in Erwägung zu ziehen, ob nicht Zug um Zug ein Austausch auf folgender Basis möglich wäre:

1. An Stelle von Kriegsgefangenen werden

a) belastete[50] Parteiangehörige aus Deutschland unter denselben Bedingungen wie Kriegsgefangene in England zur Arbeit eingesetzt,

b) in Deutschland angeworbene Freiwillige in England unter den gleichen Bedingungen wie Zivilarbeiter zur Arbeit eingesetzt.

---

45 Der Antrag befindet sich nicht in den Anlagen zur 5. Sitz. Inserat gemäß PA 1/192: Antrag vom 16. 7. 1946; dort hs. Vermerk: Entfallen, Antrag ist einstweilen zurückgestellt, da *Adenauer* die ganze Entnazifizierungsfrage in einem Antrag ausführlich behandeln will. – Einen entsprechenden Antrag legte *Adenauer* dann aber im ZB nicht vor; vgl. aber den Antrag *Schneider* (Anl. 139) sowie den Antrag *Blücher* (Anl. 348).

46 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 82. Vgl. hierzu weiter Dok. VI.3 mit Anm. 106. – Der Antrag war mit der Forderung nach Bildung eines Finanzausschusses verbunden worden, wie aus einer erweiterten Fassung hervorgeht (vgl. StAB 3–R.1. m. Nr. 132/2 Nr. 5: Mitteilungen des Generalsekretärs, o. D., Bl. 6). Im ZB war zunächst noch kein FA gebildet worden (vgl. Dok. II.3 mit Anm. 45). Dies geschah erst in der 6. Sitz. (vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 18–23).

47 Der Antrag bezog sich auf die folgenden vier Gesetze des KR, vgl. Amtsbl. KR, S. 60–71: Gesetz Nr. 12 vom 11. 2. 1946: Änderung der Gesetzgebung in bezug auf Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewinnabführung; a. a. O., S. 94 f.: Gesetz Nr. 17 vom 28. 2. 1946: Änderung der Erbschaftsteuergesetze; a. a. O., S. 146 ff.: Gesetz Nr. 26 vom 10. 5. 1946: Tabaksteuer; a. a. O., S. 149 f.: Gesetz Nr. 27 vom 10. 5. 1946: Branntweinsteuer.

48 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 117–124.

49 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 86.

50 In der endgültigen Fassung geändert in: *schwerer* belastete Parteiangehörige (vgl. Dok. VI.3, u. S. 738).

eine Angelegenheit, die kürzlich Gegenstand von Vier-Mächte-Besprechungen gewesen ist, von einer zonalen Körperschaft einer erneuten Durchprüfung unterzogen würde.〉

Zu dem Antrag Dr. *Degkwitz* und andere wegen einer gemeinsamen Geschäftsstelle der deutschen Verwaltungen aller vier Zonen und Dr. *Agartz* und andere wegen Schaffung einer Zentralstelle für statistische Angelegenheiten[38], die beide für die Sitzung in Gemeinschaft mit den Vertretern des Länderrats zugelassen sind, wird folgendes bemerkt, was ich vielleicht morgen noch einmal in Erinnerung bringen darf[39]:

„Die Kontrollkommission hat bestimmt, daß in der Pressenotiz über die 5. Sitzung 〈die Erörterung〉 des Zonenbeirats über folgende Anträge nichts erwähnt werden darf:

a) über Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen aller vier Zonen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten."

Hierzu ist der Grund, daß der Antrag in Zusammenhang mit interzonalen Besprechungen[40] steht.

„b) auch nichts erwähnt werden darf über Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen."

Hierzu ist der Grund: Der Antrag ist Gegenstand von Viermächtebesprechungen. Gleichwohl sind beide Gegenstände zur Erörterung für die morgige Sitzung zugelassen.[41]

Jetzt liegt eine Anzahl neuer Anträge der Mitglieder des Zonenbeirats vor, die der Kontrollkommission bereits zugeleitet sind, zu denen aber eine Stellungnahme noch aussteht, bzw. die von der Kontrollkommission wegen der Kürze der vorhandenen Zeit noch nicht zugeleitet werden konnte. Es handelt sich um:

Antrag *Petersen:* Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. 1. 1933 entstanden sind.– Die Unterlagen sind Ihnen zur Verfügung gestellt.[42]

Dieser Antrag konnte von der Militärregierung bzw. der Kontrollkommission nicht so schnell vorberaten werden, daß er heute schon erörtert werden kann.[43]

Ferner Anträge von Dr. *Adenauer:*

a) Änderung der Wahlrechtsbestimmungen dahingehend, daß aus dem Stimmzettel die etwaige Zugehörigkeit von Kandidaten zu einer Partei erkennbar sein möge, ferner Herabsetzung der Wohnsitzfrist für die Ausübung des Wahlrechts von 18 auf 12 Monate.[44]

b) Ferner liegt ein Antrag Dr. Adenauer vor, die britische Kontrollkommission möge die Entnazifizierungsausschüsse anweisen,

---

38 Vgl. Anl. 112 bzw. 111.
39 Im folgenden verlesen: Anl. 77.
40 Anl. 77: *Beziehungen.*
41 Vgl. u. mit Anm. 252–256 und mit Anm. 266–268.
42 Vgl. Anl. 78 sowie Anl. 260.a und 260.b.
43 Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 39–40.
44 Vgl. hierzu u. mit Anm. 97–120.

sorgfältig mit den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft ausgeglichen werden, wenn man bedenkt, wie groß der Mangel an geeigneten Lagerhäusern ist. Was die Bremer Wollkämmerei betrifft, so nimmt die Kontrollkommission mit den amerikanischen Behörden Fühlung auf mit dem Ziel, denjenigen Teil der Fabrik, der wieder in Betrieb genommen werden kann, von der Verwendung für Heereslagerzwecke freizugeben.〉

Stellungnahme der Kontrollkommission zu neuen Anträgen der Zonenbeiratsmitglieder, die inzwischen vorliegen.

Da ist zunächst der Antrag Dr. *Adenauer,* die völkerrechtliche Lage Deutschlands durch Anhörung eines Gutachtens namhafter eventuell auch ausländischer Sachverständiger des Völkerrechts zu klären.[32] Hierzu sagt die Kontrollkommission[33]: daß sie nicht gewillt sei, den Antrag betreffend den oben bezeichneten Gegenstand zur Erörterung auf der 5. Sitzung des Zonenbeirats zuzulassen. Die Kontrollkommission teilt dem Zonenbeirat mit, daß der Status Deutschlands bis zu einer endgültigen Regelung im Friedensvertrag derjenige einer besetzten Macht ist.

Adenauer: Mein Antrag würde damit ohne weiteres erledigt sein, da mir diese Feststellung der Kontrollkommission durchaus genügend erscheint.[34]

Weisser: Zu dem Antrag von Bürgermeister *Petersen:* Flußschiffahrt auf der Elbe[35]:

Dieser Punkt wird z. Zt. mit den Russen in Berlin erörtert, 〈und es besteht die Hoffnung, daß ein grundsätzliches Übereinkommen in dieser Woche erzielt wird. Der Zonenbeirat wird baldmöglichst von dem Ergebnis der Berliner Besprechungen unterrichtet werden.〉[36]

Zu dem Antrag Dr. *Degkwitz* wegen Reform der Sozialversicherung[37]:

Die Kontrollkommission hat angeordnet, daß der Antrag zur Reform der Sozialversicherung auf der 5. Sitzung nicht erörtert wird, da es sich hier um eine äußerst verwickelte Angelegenheit handelt, die z. Zt. Gegenstand von Viermächtebesprechungen ist. Jede Erörterung im Zonenbeirat 〈über den „Gesetzentwurf"〉 würde sich fast zwangsläufig mit Grundsätzen befassen, über die im Rahmen der Viermächtebesprechungen schon Übereinstimmung erzielt worden ist. 〈Es wird daher für unzweckmäßig gehalten, wenn

---

32 Mit Schreiben vom 19. 6. 1946 hatte *Adenauer* GS *Weisser* von seiner Absicht unterrichtet, auf der folgenden 5. Sitz. des ZB zu beantragen, „daß ein Gutachten durch drei Völkerrechtler über die jetzige staats- und völkerrechtliche Lage Deutschlands seitens des Zonenbeirates angefordert wird". Der Antrag sollte, wenn er nicht unter „Sonstiges" auf die TO käme, vom GS formuliert und, mit *Adenauers* Namen versehen, dem Verbindungsstab zwecks Genehmigung zugeleitet werden. Laut hs. Vermerk *Weissers* vom 24. 6. 1946 war der Antrag für die Rubrik „Sonstiges" vorgesehen (vgl. PA 1/51).

33 Im folgenden inhaltlich, nicht wörtlich wiedergegeben: Anl. 74.a.

34 Vgl. hierzu Adenauer, S. 67, und Girndt, S. 58 f.; vgl. auch die vertraulichen Notizen *Schröders* (Anl. 74.b); siehe ferner Dok. VI.3 mit Anm. 12–13.

35 Im folgenden verlesen, hier z. T. inseriert: Anl. 75; siehe auch Anl. 142.

36 Vgl. hierzu Dok. VII.3 mit Anm. 374–376.

37 Im folgenden verlesen, hier z. T. inseriert: Anl. 76. Vgl. auch Dok. IV.3 mit Anm. 55. Für die 5. Sitz. hatte *Degkwitz* einen erweiterten Antrag gestellt, wonach der in der Dienststelle für Sozialversicherung bei der Manpower Division vorbereitete Gesetzentwurf über die Reform der Sozialversicherung vor seiner endgültigen Verabschiedung dem ZB zur Stellungnahme zugeleitet werden sollte (PA 1/65: Antrag *Degkwitz,* 27. 6. 1946). – Der Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes wurde auf der 6. Sitz. des ZB behandelt (vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 184–191).

3. Die Kontrollkommission hat deshalb die Absicht, die Entnazifizierung der deutschen Kohlenindustrie so rasch als möglich zu Ende zu führen.

4. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Kontrollkommission einen besonderen deutschen beratenden Ausschuß für die Entnazifizierung der Kohlenindustrie einsetzen. Dieser Ausschuß wird aus einem Vorsitzenden mit Rechtserfahrung, 5 Vertretern der deutschen Bergarbeitergewerkschaften und 3 deutschen Kohlensachverständigen bestehen.[28]

5. Das Aufgabengebiet dieser Kommission soll sein, alle Fälle von Deutschen zu prüfen, deren Namen ihr von den deutschen Bergarbeitergewerkschaften vorgelegt werden. Sie hat ferner den britischen Regional Commissioners, in deren Bezirken die in Frage kommenden Personen leben, Vorschläge zu ihrer Wiedereinsetzung oder Entlassung unter Berücksichtigung der politischen Gründe zu machen, nachdem sie in gebührender Weise die möglichen Auswirkungen dieser Vorschläge auf Produktion, Betriebssicherheit und Arbeitsdisziplin geprüft hat.

6. Die endgültige Entscheidung über die Vorschläge des deutschen Sonderausschusses wird von dem Regional Commissioner nach Beratung mit der Norddeutschen Kohlen-Kontrollkommission getroffen werden.〉

Nun ist noch eine Antwort der Militärregierung in der Frage der Atempause eingegangen[29]:

〈1. Der in ZAC/P (46)19 enthaltene Antrag und der in Punkt 51 des Protokolls enthaltene Zusatzantrag[30] sind zur Kenntnis genommen worden. Eine ausführliche Stellungnahme der Kontrollkommission zu den Punkten 34 und 37 des Protokolls der dritten Sitzung war dem Zonenbeirat zur Kenntnisnahme auf seiner vierten Sitzung zugeleitet worden.[31] Diese Stellungnahme betraf die zur Steigerung der Kohlenerzeugung ergriffenen Maßnahmen.

2. Der in ZAC/P (46)19 enthaltene Antrag geht von der Annahme aus, daß zur Zeit eine irgendwie in Betracht kommende Steigerung der Kohlenerzeugung nicht erreicht werden kann und daß zur Verhütung eines weiteren Verfalls der Industrie eine sofortige Änderung in der Verteilung der Kohle erforderlich ist, damit eine Belebung der Bauwirtschaft und der Konsumgüter- und Exportindustrie Platz greifen kann. Zu diesem Vorschlag erklärt die Kontrollkommission, gestützt auf Sachverständigengutachten, daß den Grundstoffindustrien nach wie vor die erste Vorrangstufe gewährt werden muß. Wenn für diese Industrien Kohle nicht in genügender Menge vorgesehen wird, werden sie fraglos einem ständig sich verschlimmernden Niedergang verfallen, der im Endergebnis den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens in der britischen Zone zur Folge haben wird. Im Augenblick würde Kohle der deutschen Bevölkerung zur Verbesserung der Lebenshaltung nur auf Kosten der Grundstoffindustrien zugeteilt werden können, und dem kann nicht zugestimmt werden.

3. Die Frage der Herabsetzung oder Aussetzung der Kohlenausfuhr greift beträchtlich in politische Zusammenhänge ein, und die Kontrollkommission hat dem Zonenbeirat zur Zeit keine Erklärung darüber abzugeben.

4. Zu dem Zusatzantrag betr. Werke der Schlüsselindustrien, die für Lagerzwecke verwendet werden, wodurch die Erzeugung lebensnotwendiger Verbrauchsgüter hintangehalten wird, ist zu sagen, daß die Bedürfnisse der alliierten Streitkräfte im allgemeinen

28 Dieser Ausschuß war vom 13. 8. bis zum 10. 10. 1946 tätig und überprüfte insgesamt 337 Fälle, vgl. hierzu die Stellungnahme der KK *(Sandwith)* zur Entnazifizierung der Kohlenwirtschaft in der brit. Besatzungszone Deutschlands, 16. 11. 1946 (StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. II) sowie Dok. III.3, Anm. 165.

29 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 67.

30 Vgl. Anl. 34 sowie Dok. IV.4, TOP 51.

31 Vgl. Anl. 33.

Solche Pässe haben für ein Jahr Gültigkeit und berechtigten zu Reisen in allen vier Zonen.

Das ist eine sehr wichtige Angelegenheit.[23]

[Zuteilung von Benzin][24]

⟨Mitglieder des Zonenbeirates, die keine Treibstoffzuteilung erhalten, werden gebeten, ihren Namen und weitere Angaben dem Regional Controller, Highways and Highway Transport Branch, der Regionalen Dienststelle der Militärregierung der Provinz oder des Landes, in dem sie wohnen, mitzuteilen.⟩

Zu Punkt 72 des Protokolls: Englische Zeitungen für Zonenbeiratsmitglieder[25]:

⟨a) Die politischen Vertreter im Zonenbeirat erhalten bereits den „Spectator", „New Statesman", „Economist", „Tribune" und „Weekly Hansard". Die Vertreter der Verwaltung erhalten dieselben britischen Wochenschriften mit Ausnahme des „Hansard". Die übrigen Vertreter erhalten von Dienst wegen keine Exemplare britischer Zeitungen.

b) Die Sonderlieferung der Zeitungen an die politischen und Verwaltungsvertreter wird von der Kontrollkommission aus öffentlichen Geldern bestritten. Es ist daher erforderlich, an die Kontrollkommission mit der Bitte heranzutreten, sie möge zusätzliche Exemplare derselben englischen Wochenschriften zur Verfügung stellen, damit die übrigen Vertreter im Zonenbeirat in die Liste der zu Beliefernden aufgenommen werden können. Die hierzu erforderlichen Schritte sind eingeleitet worden.⟩

Vorsitzender: Dieser Punkt wäre erledigt. Aber zu dem vorherigen Punkt möchte ich noch eine Frage richten: ob Interzonenpässe auch für Einreisen nach Bayern und das öffentliche Auftreten in Bayern berechtigen?[26]

Weisser: Da dürfte das Visum der deutschen Stelle Schwierigkeiten bereiten.

Zu Punkt 54 des Protokolls: Entnazifizierung der Kohlenindustrie[27]:

⟨1. Die Kontrollkommission hat im Prinzip den Vorschlägen des Zonenbeirats hinsichtlich der Entnazifizierung der deutschen Kohlenindustrie, wie sie unter Punkt 54 (ZAC/M (46)4) des Protokolls der 4. Zonenbeiratssitzung aufgeführt sind, zugestimmt.

2. Die Kontrollkommission ist der Auffassung, daß jede weitere Entnazifizierung der deutschen Kohlenindustrie mit Wahrscheinlichkeit ein Absinken der Kohlenproduktion zur Folge hat. Die Kontrollkommission schließt sich jedoch der Auffassung des Zonenbeirats an, daß, wenn die Entnazifizierung rasch zu Ende geführt wird und infolgedessen die Situation in den Bergwerken stabilisiert werden kann, ein Absinken der Produktion nur vorübergehend sein dürfte.

---

23 Vgl. hierzu auch die Direktive Nr. 43 des KR vom 29. 10. 1946: Verfahren bei Erteilung von Interzonenpässen . . . (Amtsbl. KR, S. 215 ff.).

24 Obwohl aus dem Wortprot. nicht zu entnehmen, wurde Anl. 71 laut Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 76. I.6) verlesen.

25 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 72. Vgl. auch Dok. IV.3 mit Anm. 221–223 sowie Dok. VI.3 mit Anm. 275.

26 Das System der Interzonenpässe war von den Besatzungsmächten nach der Kapitulation eingeführt worden, um den Reiseverkehr zwischen den Zonen zu kontrollieren; es führte häufig zu beträchtlichen Verzögerungen, da die Handhabung in den einzelnen Zonen durchaus verschieden war. Erst allmählich wurden – zwischen der brit. und am. Zone im Zuge der Fusion beider Zonen – Reiseerleichterungen wirksam (vgl. hierzu BA NL *Heile* 130: Kontrollkommission für Deutschland (Britisches Element): Fragen deutscher Politiker und Beamter. Antworten der Kontrollkommission für Deutschland (BE). (Dritte Broschüre). August 1946, S. 19 f.; siehe auch Dok. VI.3 mit Anm. 35).

27 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 68. Vgl. auch Dok. IV.3 mit Anm. 185–202.

Vorsitzender: Ich glaube, wir können uns mit dieser Antwort der Kontrollkommission zufriedengeben. Rechtlich liegt die Sache so, daß wir im Etat des Zonenbeirats eine Summe überhaupt nicht unterbringen können.[17]

Weisser: Zu einem weiteren Punkt des Protokolls der damaligen Sitzung, Einfuhr von indischem Tee für die deutsche Zivilbevölkerung. Es war der Gedanke aufgetaucht, eine Sondersteuer zu erheben, um das Defizit dadurch stark herabzumindern.[18]

⟨Der Antrag zu dem oben bezeichneten Gegenstand, der von der Leitstelle der Finanzverwaltung eingebracht wurde, ist von der Kontrollkommission deswegen zurückgewiesen worden, weil die gegenwärtig in Deutschland vorhandenen Teevorräte nicht von der Art sind, daß sie die Hoffnung auf einen beträchtlichen Steuerertrag aus dem Tee rechtfertigen, und die Einfuhr, die Dr. *Knights*[19] Vorschlag veranlaßte, wird sich kaum wiederholen. Sie wird schon aufgezehrt sein, ehe eine Sondersteuer erhoben werden könnte.⟩

Damit ist dieser Fall praktisch erledigt.

Zu dem Punkte: Vergünstigungen für Mitglieder des Zonenbeirats. Zur Frage der Beschränkung der 80-km-Grenze für Überlandfahrten und Befreiung von der Sonntagsreisenbeschränkung[20]:

„Bis zur Einsetzung eines verbesserten Behördenapparates, der für Reisen über 80 km und Sonntagsreisebeschränkungen Ausnahmen zuläßt, sind an die regionalen Kontrollstellen[21] Anweisungen erlassen worden, nach denen Anträge von Mitgliedern des Zonenbeirates wohlwollende Berücksichtigung finden sollen."

Vorsitzender: Das wäre sehr schön, stimmt aber nicht immer mit der Praxis überein. Hier ist ein Platz leer. Der gehört meinem sehr verehrten Freund Hans *Böckler,* Führer der westdeutschen Gewerkschaften, dessen Erscheinen hier an solchen kleinen Unzuträglichkeiten gescheitert ist.

Weisser: Es dürfte zu hoffen sein, daß jetzt solche Anträge an die einzelnen Stellen der Militärregierung Berücksichtigung finden.

Befreiung von den Curfew-Beschränkungen[22]:

Befreiungen von diesen Beschränkungen können jederzeit . . . bei den zuständigen regionalen Militärregierungsstellen beantragt werden.

Interzonenreisen

Wegen Interzonenreisen können die Mitglieder des Zonenbeirats bei ihrer zuständigen Militärregierungsabteilung für öffentliche Sicherheit Pässe erhalten.

---

17 Vgl. hierzu auch HStAD NW 53/721, fol. 23–38, betr. Korrespondenz bezüglich der Eingabe des Suchdienstes zur 4. und 11. Sitz. des ZB; siehe ferner Dok. VIII.3 mit Anm. 74. Zum Haushalt 1946 des ZB (Voranschlag, Volumen 492 000 RM, Stand: 23. 10. 1946) vgl. BA Z 10/358, fol. 2.

18 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 52–54. Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 73.

19 Wilhelm *Kruft,* vom 19. 3. 1946 bis zum 28. 1. 1948 Präsident der Finanzleitstelle, hatte den Antrag unterschrieben (vgl. zu seiner Person Vogel, Westdtld. III, S. 62 f. mit Anm. 3).

20 Wird nachfolgend verlesen: Anl. 69. Vgl. auch Dok. IV.3 mit Anm. 129–132.

21 In Anl. 69: an alle *Regional Controllers of Highway Transport (CCG).*

22 Im folgenden inhaltlich, nicht wörtlich wiedergegeben: Anl. 70.

lich ist, daß eine Vier-Mächte-Regelung in absehbarer Zeit erfolgt[12], beabsichtigt die Kontrollkommission eine Verordnung im Sinne des Entwurfs des Oberlandesgerichtspräsidenten von Celle zu verkünden.[13]

Es erhellt hieraus, daß die Kontrollkommission der in dem Antrag der Zonenbeiratsmitglieder *Kaisen* und *Drake* behandelten Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat.〉[14]

Vorsitzender: Formal möchte ich bemerken, daß es notwendig ist, wegen der schlechten Akustik dieses Saales schon mit Rücksicht auf die weiter weg sitzenden Herren mit lauter und nachdrücklicher Stimme zu sprechen.

Diese Angelegenheit selbst – Erbhofrecht und Anerbengerichte – mag ein sehr verdienstvolles Werk sein. Ich würde es aber für richtig halten, daß auch die verdienstvollen Werke uns allen vorher zugänglich gemacht werden.

Weisser: Das Begehren des Antrages ist somit erfüllt.

Vorsitzender: Eine Wortmeldung wird daher nicht nötig. Ich möchte die erst gemachte Bemerkung auf die Zukunft gerichtet wissen.

Weisser: Zu dem Protokollpunkt: Beitrag des Zonenbeirats für den Suchdienst in Höhe von 10 000 RM[15] wird mitgeteilt[16]:

〈Die Kontrollkommission kann sich mit der Aussetzung von RM 10 000 für die Bestreitung der Kosten für den deutschen Suchdienst nicht einverstanden erklären, nicht weil die Kontrollkommission die Zielsetzung dieser Dienststelle mißbilligte, sondern weil die Aussetzung von Geldsummen im Haushaltsplan des Zonenbeirats für diesen Zweck und für jeden anderen Zweck außer den Bedürfnissen des Zonenbeirats selbst voraussetzt, daß der Zonenbeirat andere Vollmachten und Aufgaben hat als die einer ausschließlich beratenden Körperschaft. Die Kontrollkommission hat keine Stellungnahme zu der an die Chefs der Länder und Provinzen gerichteten Bitte des Zonenbeirats um einen monatlichen Beitrag von RM 10 000 für den Suchdienst bekanntzugeben.〉

---

12 Eine solche Regelung erfolgte erst im Februar 1947, vgl. Amtsbl. KR, S. 256–261: Gesetz Nr. 45 vom 20. 2. 1947: Aufhebung der Erbhofgesetze und Einführung neuer Bestimmungen über land- und forstwirtschaftliche Grundstücke. – Das Gesetz trat am 20. 4. 1947 in Kraft.

13 Der OLG-Präsident von Celle, Freiherr von *Hodenberg*, hatte der MR am 17. 1. 1946 eine VO zur vorläufigen Regelung des Verfahrens in Pachtschutz-, Landbewirtschaftungs- und Erbhofsachen vorgelegt. Dieser Entwurf fand nicht die Billigung der Briten, so daß im Juli 1946 eine revidierte Fassung eingereicht wurde, über die man im Dezember des Jahres immer noch verhandelte (vgl. Hannoversche Rechtspflege 1945, S. 14, sowie 1946, S. 150). Vgl. ferner eine Stellungnahme *Lingemanns* zum Antrag *Kaisen/Drake* in PA 1/236: Schreiben vom 6. 7. 1946; weiteres Material in BA Z 6 II/50. Im Anschluß an das KR-Gesetz (vgl. o. Anm. 12) erließ die brit. MR gleichzeitig mit diesem Gesetz ihre VO Nr. 84: Erbhöfe (vgl. Amtsbl. brit. MR, S. 500–515).

14 Im RVA war die Mitteilung der MR am Vormittag des 10. 7. 1946 verlesen worden. *Kopf* kommentierte sie folgendermaßen: „Damit ist die Sache auch befriedigend gelöst. Bedauerlich ist nur, daß der Zonenbeirat nicht hat Stellung nehmen können“ (PA 1/262: Wortprot. der Sitz. des RVA vom 10. 7. 1946, S. 23).

15 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 139–147.

16 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 64.

Wir kommen zu Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls [der 4. Sitzung]

Ich glaube, auf diesen zweifelhaften Genuß können alle verzichten.[5]

Punkt 3:

Mitteilungen des Generalsekretärs

Das Wort hat Herr Dr. *Weisser.*

Weisser: Es sind zunächst Mitteilungen der Kontrollkommission zu einer Reihe von Punkten des Protokolls der letzten Sitzung bekanntzugeben. Zunächst zu dem Punkte: Beschränkung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Beamten[6]:

⟨Die Kontrollkommission gestattet, daß der Antrag über den oben bezeichneten Gegenstand auf der fünften Sitzung des Zonenbeirats erörtert werden darf[7], ist aber der Ansicht, daß ein nützlicher Zweck[8] dadurch nicht erreicht wird, da die Kontrollkommission den in dem Antrag enthaltenen Punkt bereits in Erwägung gezogen hat und neue Weisungen an die regionalen Dienststellen der Militärregierung ergehen läßt, aus denen deutlich hervorgeht, daß die politischen Rechte der Beamten nicht eng begrenzt sind.

Die neue Anweisung ist im Druck und wird in Kürze ausgegeben werden.[9] Es steht zu hoffen, daß die Ausgabe dieser neuen Anweisung örtliche Unterschiede in der Auslegung der geltenden Anweisungen bereinigen wird.⟩

Vorsitzender: Eine Erörterung wäre sehr erwünscht. Da wir aber in Bälde mit einem neuen Tatbestand zu rechnen haben, ist das sinnlos und überflüssig. Das Wort wird nicht gewünscht.

Weisser: Zum Punkt: Erbhofrecht und Anerbengerichte. Der von *Kaisen* und *Drake* eingebrachte Antrag betreffend Übertragung der Zuständigkeit an die ordentlichen Gerichte[10] ist von der Kontrollkommission zugelassen worden. Die Kommission ist jedoch der Ansicht, daß die Erörterung dieses Antrags auf der jetzigen Sitzung nicht zweckmäßig ist und gibt folgende Stellungnahme bekannt[11]:

⟨Der Entwurf einer Verordnung im Sinne des Antrags ist vorbereitet worden und hat bereits die Zustimmung der Oberlandesgerichtspräsidenten gefunden. Weitere Entwürfe sind daher nicht nötig; nötig ist vielmehr Gesetzgebungsvollmacht. Um diese Vollmacht ist in interalliierten Besprechungen in Berlin nachgesucht worden. Da es unwahrschein-

5 Die Bemerkung bezieht sich auf die *Verlesung,* nicht auf die Genehmigung des Kurzprot. der 4. Sitz. (vgl. auch Dok. V.4, TOP 75).

6 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 66. Vgl. auch Dok. IV.3 mit Anm. 204–212.

7 *Weisser* las: auf der *heutigen* Sitz. *erörtert wird.*

8 *Weisser* las: ein nützlicher *Erfolg.*

9 Es handelt sich um die „Anweisung über die Verwaltung, örtliche und regionale Selbstregierung und die öffentlichen Dienste – Teil II: Die öffentlichen Dienste". Mit Schreiben vom 7. 6. 1946 übersandte *Tantzen* der Kanzlei des ZB Auszüge aus einem Vorabdruck der genannten Anweisung (vgl. PA 1/243); vgl. hierzu weiter Dok. XVIII.4, TOP 368a.

10 Vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 149–151 sowie Anl. 51.

11 Wird nachfolgend verlesen, hier inseriert: Anl. 65.

(*Schumacher* übernimmt den Vorsitz.)

Vorsitzender Schumacher: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl erwiesen haben, und möchte dem Vorsitzenden des Zonenbeirates, Herrn Dr. *Lehr,* das ausdrückliche Vertrauen und den ausdrücklichen Dank in einem Umfange aussprechen, wie er bei solchem formalen Akt nicht üblich ist. Die sachliche Behandlung, das Tempo in der Erledigung der Angelegenheiten und die persönliche und menschliche Konzilianz übertrifft bei weitem das, was man nach deutscher Usance als üblich bezeichnet.

Ich möchte die Bedeutung der Leistung des bisherigen Vorsitzenden gerade darin sehen, daß er es mit einem Gremium zu tun hatte, von dem keiner weiß, was es ist. Wissen Sie vielleicht: Sind Sie ein Parlament, sind Sie ein Bundesrat oder sind Sie ein Kabinett? Selbst wenn Sie vorsichtig ein „quasi" davorsetzen, werden Sie über diese Dinge nicht recht klar werden.[3] Und auf einem solchen Instrument so zu spielen, wie der Vorsitzende es getan hat, ist sicherlich eine Leistung, die über das normale Maß parlamentarischer Leistung hinausgeht. Deshalb fühle ich mich verpflichtet, in Ihrer aller Namen noch einmal unseren herzlichen Dank auszusprechen.

(Bravo!)

Nun könnte es eigentlich Stimmen der Kritik geben, nämlich daß Herr Dr. *Lehr* auch in die politische Arena gestiegen ist und mitgekämpft hat. Wenn das ein Fehler ist, dann versichere ich, daß ich diesen Fehler in verstärktem Umfange weiterbegehe.

Wir kommen jetzt zur Frage eines stellvertretenden Vorsitzenden. Ich darf dazu Herrn Dr. *Adenauer* das Wort erteilen.

Adenauer: Der Hauptausschuß schlägt einstimmig vor[4], Herrn Oberpräsidenten *Steltzer* zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Vorsitzender: Herr Oberpräsident *Steltzer,* Kiel, wird zum stellvertretenden Vorsitzenden vorgeschlagen. Ich darf die einstimmige Wahl des Herrn Oberpräsidenten *Steltzer* feststellen.

(*Steltzer* nimmt die Wahl an.)

---

3 Derartige Überlegungen kamen – nicht nur im Plenum des ZB – des öfteren zum Ausdruck, vgl. Dok. IV.3 mit Anm. 43; der auf diese Äußerung *Schumachers* Bezug nehmende Abschnitt in der Pressemitteilung zur 5. Sitz. wurde von der KK gestrichen (vgl. Anl. 119 mit Anm. 10).

4 Vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9. 7. 1946, S. 1.

V. 3

Wortprotokoll der 5. Sitzung 10.–11. Juli 1946

PA 1/253; ungez. und undat. Wortprot., 170 Bl.

Vorsitz: Eröffnung: *Lehr*
Nach der Wahl des Vorsitzenden: *Schumacher*
Beginn: 10. Juli 1946, 15.05 Uhr

Vorsitzender Lehr: Ich eröffne die 5. Sitzung des Zonenbeirats, heiße Sie herzlich willkommen und danke Ihnen für Ihr Erscheinen. – Wir kommen zu Punkt 1:

Wahl des Vorsitzenden

Das Wort hat Herr Dr. *Adenauer.*

Adenauer: Nach der Geschäftsordnung ist der Vorsitzende nach drei Monaten neu zu wählen.[1] Diese Zeit ist für Herrn Oberpräsidenten Dr. *Lehr* abgelaufen. Wir müssen infolgedessen zur Wahl eines neuen Vorsitzenden schreiten, der, wie ich denke, auch zur Würdigung der Verdienste seines Vorgängers das Wort nehmen wird. Ich schlage im Namen des Hauptausschusses als dessen einstimmigen Beschluß[2] vor, Herrn Dr. *Schumacher* zum Vorsitzenden zu wählen.

Vorsitzender Lehr: Das Wort wird nicht verlangt. Ich stelle die einstimmige Annahme des Vorschlages fest. Indem ich den Vorsitz Herrn Dr. *Schumacher* übergebe, darf ich Ihnen allen meinen herzlichen Dank sagen für das Vertrauen, das ich bei Ihnen genossen habe, und für die Unterstützung, die ich bei Ihnen gefunden habe. Das Gremium, das hier zum ersten Male zusammentrat, war zum großen Teile einander fremd. Wir haben trotzdem gleich schwerwiegende Aufgaben gemeinsam zu erledigen gehabt, und ich darf mit großer Genugtuung feststellen, daß die überwiegende Zahl aller Ihrer Beschlüsse einstimmig oder, wo das nicht der Fall war, mit ganz großer Mehrheit gefaßt worden ist. Daß das möglich war, ist Ihrem guten Willen zu danken, Ihrem Willen, der auf das größere Ziel gerichtet war, über Mängel und Unebenheiten im einzelnen hinweg, das große verbindliche Gemeinsame zu finden, unser armes Volk wieder aus seiner Not zu reißen, uns wieder aufzurichten und zu einigen.

Dafür möchte ich Ihnen noch einmal beim Wechsel des Vorsitzes aufrichtig danken und dem Wunsche Ausdruck geben, daß der gleiche Geist der Einmütigkeit auch in Zukunft Ihre Beratungen beseelen möge und möchte Ihnen und dem neuen Präsidenten Dr. *Schumacher* ein herzliches Glückauf wünschen.

---

1 Vgl. Anl. 7, § 4.
2 Vgl. BA Z 2/70: Kurzprot. der Sitz. des HA vom 9. 7. 1946, S. 1.

Voraussetzung für die Ernennung von weiblichen Beamten auf Lebenszeit die Heraufsetzung auf das 35. Lebensjahr vorsah, wieder gestrichen wird.

Das Hinzufügen der Parteizugehörigkeit der Kandidaten auf den Stimmzetteln für die kommenden Wahlen in der britischen Zone war Inhalt eines anderen Antrages, der einstimmig angenommen und an die Militärregierung weitergeleitet wurde.

Auf Wunsch der britischen Kontrollkommission wurde ein Vorschlag besprochen, der den erweiterten Schutz gegen Denunziantentum behandelt. Das Thema wurde dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Maßnahmen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Propaganda und die Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen zur Aufklärung der Bevölkerung, die vom Hauptausschuß beraten worden waren, sind einem eingesetzten Sonderausschuß zur weiteren Behandlung zugeleitet.

Die nächste Tagung des Zonenbeirats ist für die zweite Augustwoche vorgesehen.

einheitliche Verwaltung kann eine ausgleichende und für alle Gebiete tragbare Verteilung der Flüchtlingsmassen herbeiführen.

⟨Der Zonenbeirat richtete daher in einem Antrag an die Besatzungsmacht die Bitte, eine Zentralstelle für Flüchtlingsfragen zu genehmigen, um für einen Ausgleich zu sorgen. Die Vertreter des süddeutschen Länderrats schlossen sich diesem Antrag an.⟩

Generalsekretär *Roßmann* vom süddeutschen Länderrat gab den Mitgliedern des Zonenbeirats in einem Vortrag Einblick in die Entwicklung der süddeutschen Länder nach dem Zusammenbruch und über die Arbeitsweise des Länderrats.

⟨Der Zonenbeirat nahm zur Kenntnis, daß die amerikanische Besatzungsmacht sich entschlossen hat, vor der Verabschiedung von wichtigen Kontrollratsgesetzen die deutsche Meinung über den Länderrat zu hören. Der Zonenbeirat äußerte den Wunsch, daß die britische Militärregierung in ähnlicher Weise verfahren möge, um ihm eine vorherige Beratung zu ermöglichen.⟩

Eine sich anschließende Diskussion über die Zukunft Deutschlands beendete der neue Vorsitzende des Zonenbeirats, Dr. *Schumacher,* mit den Worten:

„Darüber hinaus möchte ich ein Bekenntnis ablegen, und ich glaube, ein Bekenntnis, das im Sinne aller fortschrittlichen und weiterdenkenden Deutschen liegt. Wenn wir einmal zu einem geeinten Deutschland mit Ländern von beträchtlicher Kompetenz kommen, wird auch die Einheit dieses Deutschlands nicht die letzte Erfüllung unserer Wünsche sein, sondern die letzte Erfüllung unserer Wünsche ist eine Europa-Föderation, in der Deutschland gleichberechtigt und gleichgeachtet ist, ich möchte sagen, eine europäische Föderation, die auch nicht nur in europäischen, sondern in weltmäßigen Aufgaben ihr Ziel sieht."[11]

Grundsätzlich als politisch schuldlos wegen ihrer Zugehörigkeit zur Hitlerjugend oder einer anderen nationalsozialistischen Organisation sollen alle jungen Menschen in der britischen Zone betrachtet werden, die am 30. Januar 1933 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, heißt es in einer Entschließung, die vom Zonenbeirat einstimmig angenommen wurde. Ausgenommen sind lediglich die Jugendlichen, denen der zuständige Bereinigungsausschuß ernsthafte Verstöße gegen Anstand und Menschlichkeit nachweist. In der Entschließung wird noch zum Ausdruck gebracht, daß die als schuldlos bezeichneten jungen Menschen in ihrem Fortkommen in keiner Weise gehindert werden sollen. Sie sollen freie Bahn für ihren Beruf und ihre Mitarbeit am Aufbau Deutschlands haben. Sollten sie jedoch in Zukunft sich dieser Nachsicht nicht würdig zeigen, so werde ihnen ihr früheres Verhalten wieder angerechnet werden müssen.

Ein Antrag, der einen allgemeinen Arbeitsdienst der Jugendlichen ⟨ohne Kasernierung⟩ vorsieht und der für den nächsten zur Entlassung kommenden Abiturientenjahrgang die Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium vorschlägt, wurde dem Kulturausschuß zur Behandlung überwiesen.

Gegen eine Stimme wurde von der Vollversammlung ein Antrag angenommen, der sich mit der Anstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit beschäftigt. Der Antrag sieht vor, daß die Änderung des Beamtengesetzes vom Januar 1937, die als

11 Vgl. a. a. O. mit Anm. 239.

Die fünfte Tagung des Zonenbeirats war äußerlich gekennzeichnet durch den nach der Verfassung des Zonenbeirats stattfindenden Wechsel im Vorsitz. Anstelle von Oberpräsident Dr. *Lehr*/Nord-Rheinprovinz (CDU) trat Dr. *Schumacher,* der Führer der SPD. Dr. *Schumacher* dankte in besonders anerkennenden Worten dem scheidenden Vorsitzenden für die energische, geschickte und vorwärtstreibende Leitung der Sitzungen des Zonenbeirats, ⟨um so mehr, als der staatsrechtlich ungeklärte Charakter des Zonenbeirats die Führung der Geschäfte äußerst erschwerte.⟩[10]

Am Dienstag und Mittwoch hatten bis zum Beginn der Plenarsitzung die verschiedenen Ausschüsse die ihnen überwiesenen Angelegenheiten besprochen. Der Hauptausschuß beriet die Zusammensetzung des von der Militärregierung angeordneten Ausschusses für die Neugliederung der britischen Zone und des Ausschusses zur Vorbereitung der Bodenreform.

Der Hauptausschuß war einstimmig der Meinung, daß in den beiden neuen Ausschüssen das Schwergewicht bei den Parteien unter Hinzuziehung von Sachverständigen zu liegen habe. Er konnte Vorschläge machen, die vom Plenum und von der Militärregierung gebilligt wurden. In dem Ausschuß zur Neugliederung der britischen Zone wird jedes Land bzw. jede Provinz durch ein von ihren beratenden Körperschaften zu wählendes Mitglied vertreten sein. Die Mitglieder des Zonenbeirats sind der Auffassung, daß vieles, was nach 1918 für eine notwendige Neuordnung der Länder versäumt wurde, heute geschehen müßte. Sie sind ebenfalls darin einig, daß für die britische Zone nur solche Vorschläge gemacht werden können, die die Länder als Bausteine in den Gesamtplan eines neuen Deutschlands einfügen. Es dürfte nichts geschehen, was ein organisches Zusammenwachsen der Gebiete im Osten, Süden und Westen Deutschlands erschwert.

Diese Grundsätze gelten in gleicher Weise für die Ausarbeitung der Vorschläge zur Bodenreform. Einstimmig wurde festgestellt, daß die Arbeiten dieses Ausschusses beschleunigt durchzuführen sind, um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen und zur Verwurzelung einer möglichst großen Anzahl von Familien ⟨auf dem Lande⟩ zu gelangen.

Einen Überblick über die letzte Entwicklung der Flüchtlingsfrage gab Herr *Andrée,* der Sachverständige des Zonenbeirats für dieses Arbeitsgebiet, in Gegenwart der Vertreter des süddeutschen Länderrats. Herr *Andrée* berichtete über sich ständig steigernde Not, die durch den dauernden Zustrom von Flüchtlingen aus dem Osten gegeben ist. Gleichzeitig wies er auf die Notwendigkeit hin, durch Sammlungen und andere Maßnahmen für die Ernährung, Unterbringung und Bekleidung dieser Deutschen sofort alles nur Mögliche und Erdenkliche zu tun. In der Erörterung seines Berichtes wurde von Mitgliedern des Zonenbeirats darauf hingewiesen, daß in den Gebieten der westlichen Zonen mit ihrer vorhandenen Übervölkerung nur begrenzte Möglichkeiten gegeben sind, endgültige und tragbare Lösungen für das Flüchtlingsproblem zu finden, die den Millionen der Flüchtlinge eine Existenz garantieren können. Die Versammlung gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Einheit Deutschlands möglichst bald verwirklicht werden möge. Nur eine

10 Vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 3.

Die Herabsetzung der Fettration und die dadurch entstandene katastrophale Lage ließen alle anderen Erörterungen in den Hintergrund treten. Die Probleme der Neugliederung der britischen Zone, die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem standen neben zahlreichen anderen lebenswichtigen Fragen auf der Tagesordnung. Die grundsätzliche Anerkennung der politischen Schuldlosigkeit der jungen Menschen, die am 30. Januar 1933 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, war eine weitere Forderung, die der Kontrollkommission vom Zonenbeirat einstimmig unterbreitet wurde.

Im Vordergrund aller Besprechungen stand die angekündigte Herabsetzung der Fettration. Die Referate, die vor dem Plenum in Gegenwart der Vertreter der süddeutschen Länder von Professor *Degkwitz* über den gegenwärtigen Gesundheitszustand der Bevölkerung in der britischen Zone und von Dr. *Schlange-Schöningen* über den Stand der augenblicklichen Ernährungslage und über die Ernährungsgrundlage in der Zukunft gehalten wurden, gaben ein erschütterndes Bild der Not.[3]

Die zahlreichen Anträge, die zur Behebung dieser Notlage[4] aus dem Kreise der Mitglieder des Zonenbeirats zur Weiterleitung an die Militärregierung eingebracht wurden, fanden einstimmig Annahme. Diese Anträge gipfelten in der Feststellung, daß die jetzt vorgesehene 50prozentige Kürzung der Fettration ohne schwerste[5] Schädigung für die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit des Volkes nicht getragen werden kann. Dies gilt besonders für die städtische Bevölkerung. ⟨Die entstehende Verzweiflung gefährdet, wie vom Zonenbeirat zum Ausdruck gebracht wurde, aufs Ernsteste den Glauben an den guten Willen der Besatzungsmacht. In politischer Hinsicht wird eine schwere Vertrauenskrise nicht ausbleiben, und die Arbeit der politischen Parteien und der deutschen Verwaltung wird auf das Äußerste belastet.⟩[6]

Der Zonenbeirat wies darauf hin, daß die außerordentliche Not[7] außerordentliche Maßnahmen durch eine Zufuhr von Übersee erfordere. Er bat, eine Mindestmenge an Ölsaaten oder Sojabohnen aus den Weltvorräten wenigstens zeitweise zur Verfügung zu stellen und alles zu versuchen, um unter anderem durch die Freigabe von für die Fischerei geeigneten Fahrzeugen den Fangertrag zu steigern.

Die ⟨schnelle⟩ Zunahme der Tuberkulose, das ⟨immer häufigere⟩ Auftreten von Krankheiten infolge der Unterernährung und das zunehmende Zusammenbrechen[8] der arbeitenden Bevölkerung an den Arbeitsplätzen – das letztere wurde mit Nachdruck von den Gewerkschaften betont – dulden keinen Aufschub der vom Zonenbeirat empfohlenen Maßnahmen.[9]

---

3 [Von der KK verbessert in:] Referate wurden vor dem Plenum in Gegenwart der Vertreter der süddeutschen Länder von Professor *Degkwitz* über den gegenwärtigen Gesundheitszustand der Bevölkerung in der britischen Zone und von Dr. *Schlange-Schöningen* über den Stand der augenblicklichen Ernährungslage und über die Ernährungsgrundlage in der Zukunft gehalten.

4 [Von der KK verbessert in:] Verbesserung der Lebensmittellage.

5 [Von der KK verbessert in:] schwere.

6 Der gestrichene Absatz gelangte dennoch in die Presse, vgl. hierzu Dok. V.3 mit Anm. 334.

7 [Von der KK verbessert in:] die besonderen Umstände.

8 [Von der KK verbessert in:] die zunehmenden Erkrankungen.

9 [Von der KK verbessert in:] fordern dringendst Abhilfe.

TOP 100 **Anlage 118**

15. Juli 1946: Antrag Henßler, Kopf, Lehr, Petersen und Tantzen Hausbrandversorgung

Anlage 55 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 996/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 269–274.

Anlage 119

Pressebericht über die 5. Tagung des Zonenbeirats am 10. und 11. Juli 1946[1]

PA 1/258.

Wiedergegeben ist die Fassung, die der Kontrollkommission zur Freigabe für die Veröffentlichung vorgelegt wurde. Die eingeklammerten Stellen wurden von der Kontrollkommission gestrichen, in den Fußnoten sind solche Sätze wiederholt, die von der Kontrollkommission neu gefaßt wurden.[2]

Hamburg, 18. Juli 1946 (DPD)

Fragen von großer politischer Tragweite, die dem Zonenbeirat von der britischen Besatzungsmacht zur Beratung zugewiesen waren, beherrschten seine fünfte Tagung, die vom 9. bis 11. Juli in Hamburg stattfand. Sie erhielt besondere Bedeutung durch die Anwesenheit einiger Vertreter des süddeutschen Länderrats.

1 Zu Pressemeldungen über die 5. Sitz. vgl. etwa: Der Tagesspiegel (Berlin) vom 13. 7. 1946: „Überwindung der Zonen"; Die Welt (Hamburg) vom 16. 7. 1946: „Die neuen Fettrationen. Ernährungslage bleibt kritisch. Der Zonenbeirat wendet sich an den Kontrollrat"; Hamburger Allgemeine Zeitung vom 16. 7. 1946: „Herabsetzung der Fettration untragbar. Bürgermeister *Petersen* verliest Entschließung des Zonenbeirats"; Hamburger Echo vom 17. 7. 1946: „Dringlicher Appell des Zonenbeirats. Forderung nach Aufrechterhaltung der Fettrationen"; Hamburger Freie Presse vom 17. 7. 1946: „Zonenbeirat bittet um Hilfe. Eine Entschließung zur Kürzung der Fettration"; Die Welt vom 20. 7. 1946: „Ernährungs- und Jugendfrage vom Zonenbeirat beraten"; Hamburger Echo vom 20. 7. 1946: „Deutsche Lebensfragen vor dem Zonenbeirat".

2 Anm. 3–5 und 7–9 sind Anmerkungen der Vorlage.

TOP 99 Anlage 117

Antrag Lehr, Henßler und Everling Bereitstellung von Bauarbeitern durch Entlassung von Kriegsgefangenen[1]

Anlage 54 zur 5. Sitzung.
StAH, Senatskanzlei II, 000.23–3: 5. Sitz.
J. Nr. 1036/46.

Zur Zeit ist der Stadt Hamburg auferlegt, ein umfassendes Neubau- und Reparaturprogramm in Verbindung mit der Übersiedlung des britischen Hauptquartiers und den deutschen zonalen Zentralämtern durchzuführen.[2] Hierzu werden 30 000 Bauhandwerker gebraucht. Da Hamburg nicht in der Lage ist, diese Kräfte zu stellen, so werden aus dem ganzen Bereich der britischen Zone derartige Kräfte durch die zuständigen Arbeitsämter angefordert.

Diese Umlage trifft sowohl die stark zerstörte Stadt Hamburg selbst, wie vornehmlich die ebenso stark zerstörten Gebiete des Westens. Weder in Hamburg noch in den in gleicher oder ähnlicher Weise zerstörten Großstädten sind heute Bauarbeiter entbehrlich, und ihr Wegzug muß zu schwerster Beeinträchtigung der örtlichen Bautätigkeit führen.

Es wird deshalb der Militärregierung vorgeschlagen, die zusätzlich von ihr benötigten Arbeitskräfte in erster Linie aus den deutschen Kriegsgefangenen zu nehmen und alle gelernten Bauhandwerker und die für die Umschulung geeigneten Arbeitskräfte alsbald zu entlassen.

Ferner wird die Militärregierung gebeten, die bisherige Schlüsselung einer Nachprüfung zu unterziehen. Das muß besonders dort der Fall sein, wo die Instandsetzung und der Neubau von Wohnungen bisher besonders vordringlich zur Behebung der Förderung von Kohle behandelt worden ist.

1 Der Antrag war noch nicht auf der 5. Sitz. formuliert worden, sondern wurde nachgereicht, vgl. a. a. O. mit Anm. 344.
2 Vgl. hierzu Dok. I.7, Anm. 2.

Neurode

Gestern vor einer Woche wurden 10 deutsche Männer erschossen, weil ein Pole von Unbekannten erstochen worden war.

R. S.

Nittelsteine, 1. Mai

Aus Rheine und Braunschweig und Orten bei Braunschweig ist Post eingetroffen. Hier ist es furchtbar. Podhainy von *Schiminski* ist Bürgermeister. Das sagt Euch wohl schon genug. Die Polen haben alles, wir Deutschen nichts. Sogar die Kartoffeln gehören uns nicht mehr. Die meisten Keller sind versiegelt. Die *Tippner* Villa ist überfüllt. Alle Jungen von 15 bis etwa 23 Jahren sind dort; *Bittner* Paul wurde von Polen erschlagen. Gruß an Herrn *Bittner* (Jahrhübel).

E. Volkm.

TOP 98 **Anlage 116**

Antrag Tantzen Bekämpfung der Wildschäden durch Raubzeugbekämpfung und Jagdausübung

Anlage 53 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1037/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 338–340.

Abschrift
Achtung

Weiterzeigen! Weiterverbreiten!

Aus der schlesischen Hölle
Wie sieht es jetzt in Schlesien aus?

Folgende Meldungen erreichten uns aus der Grafschaft Glatz

Glatz 1. Mai

Es reicht nicht mehr zum Leben. Alles ist schon versetzt. Man verdient nichts. Es reicht kaum für ein kleines Brot die Woche. Jeder Tag bringt Selbstmorde. Der Terror ist unerträglich. Die Festung ist überfüllt. Jede Nacht bringt der Leichenkarren die Leichen der an Hungertyphus Gestorbenen. Für uns Deutsche gibt es nur noch Massengräber. Chlorkalk und ½ m Erde auf die Leichen, das ist alles. Deutsche Männer graben Tag und Nacht Gräber auf und zu, bis sie selbst in ein solches sinken.

K. Schm.

Habelschwerdt, 13. Mai

Nur fort von hier, ganz gleich wohin! Selbst in Sibirien könnte es nicht schlimmer sein als bei uns. Glücklich ihr, die ihr vorigen Monat weggefahren seid. Dankt Gott dafür. Frau *Weigel,* Ihren Brief aus Alversdorf habe ich am 10. Mai erhalten. Sie haben mehr als Glück.

Hans *Jung*

Kaiserswalde, 6. Mai

20 deutsche Familien sind noch da. In jedem Haus polnisches Militär als Grenzschutz. Wenn uns die Tschechen nicht mit Lebensmitteln versorgten, wären wir schon verhungert. Frau *Elsner* hat sich erhängt, ebenso der alte Förster *Anton. Kilian* ist abgebrannt.

Schlegel, 7. Mai

Ich glaube, es gibt keinen Herrgott. Er könnte es nicht mit ansehen, was man mit uns treibt. 10–12 Stunden arbeiten wir täglich auf der Grube, trotzdem reicht der Verdienst nicht zum Leben. 2 Kinder (Maria 2 Jahre und Walter ½ Jahr) sind mir innerhalb von 4 Wochen gestorben. Begraben habe ich sie selbst, ohne Kirche und Pfarrer. *Schlegler*! Eure Post aus Westfalen ist angekommen. Herr *Müller*! Vielen Dank für den Brief vom 8. April.

Kunzendorf, 4. Mai

Gestern wurden wieder Leute evakuiert. Nun sind noch 26 Familien da. Liebe Anna *Grohl*! Deinen Brief aus Braunschweig habe ich erhalten. Ach hätte ich Dir gefolgt und wäre mitgegangen. Hier ist es furchtbar. Ein Brot kostet 35 Zloty. Speck und Butter 1 200 Zl. das Kilo. Inge läßt Dich grüßen, sie geht immer nach Kunzas Polen. Dadurch bringt sie noch etwas zum Leben ein.

Hedw. *Schneider*

hallen die Schüsse und das Gebrüll der betrunkenen Miliz und Soldaten durch Städte und Dörfer. Aber nicht mehr lange wird das dauern! In wenigen Wochen oder gar Tagen ist Eure Heimat wieder frei. Die Grafschaft Glatz kommt zur Tschechoslowakei. Tschechische Soldaten werden Euer Hab und Gut vor Polenwillkür schützen, bis sie es in Eure Hände übergeben. Fast alle Grafschafter werden in ihre Heimat zurückkehren. Ausgenommen sind aktive Nationalsozialisten. Die sollen bleiben, wo sie wollen. Wir haben keinen Platz für sie. Wir wissen, daß in der Glatzer Gegend nicht viele für *Hitler* waren, und denen wollen wir helfen [!]. Ein neues Leben sollen sie in ihrer schönen Glatzer Heimat aufbauen. Drum habt Mut und Geduld. England und Amerika stehen auf unserer Seite. Sie hassen das Unrecht, das Euch die Polen angetan haben, genau so wie wir. Sie wissen genau wie wir: *Glatz ist weder polnisch, noch ist es tschechisch, Glatz ist deutsch!*

Und deutsch soll es bleiben, aber . . . unter tschechischer Verwaltung. Diese Verwaltung sollt Ihr nicht wie bei Polen durch Not und Schläge kennenlernen. Die tschechische Verwaltung soll Euch unterstützen und Euch helfen. Nach Ablauf von 2 Jahren sollt Ihr selbst bestimmen, ob Ihr bei unserem Staate bleiben wollt oder wieder zurück an Deutschland. Ihr werdet aber eingesehen haben, daß wir Euer Bestes wollen, und bei uns bleiben, dessen sind wir gewiß.

Mit der Bitte an Euch, unsere Bemühungen um Befreiung Eures Landes von den Polen zu unterstützen, schließen wir den Aufruf.

Wenn es Ihnen möglich ist, uns mit kleinen Geldbeträgen zu unterstützen, dann bitte an folgende Anschrift:

Tschechoslowakisches Rotes Kreuz
Brit. Zone
Geschäftsstelle Hamburg III

Noch eine Bitte: Kehrt freudig zurück in die Glatzer Berge und Wälder, sobald das tschechische Volk die Patenschaft darüber übernommen hat.

(Siegel) gez. Vera *Kobalck*
Sekretärin

[. . .] Beauftragter für Brit. Zone
gez. Unterschrift

Aus dem Tschechischen ins Deutsche übersetzt
gez. Hans *Kreusel*

b) die in Ziffer 7 aufgeführten Personen auf Grund einer Entscheidung des zuständigen Flüchtlingskommissars. Die Antragsteller haben durch öffentliche Urkunden die Tatsache ihrer Verehelichung mit bayerischen Staatsangehörigen oder die Tatsache, daß sie ganz oder überwiegend zum Unterhalt nächster Familienangehöriger beitragen, nachzuweisen.

VII. Für eine Rückführung nach Groß-Berlin gilt diese Anordnung nicht.

VIII. Gegen Entscheidungen der Flüchtlingskommissare ist die Beschwerde an die Regierungskommissare, gegen deren Entscheidungen Beschwerde an den Staatskommissar zulässig.

IX. Alle deutschen Dienststellen werden hiermit angewiesen, die Maßnahmen unter Vermeidung aller unnötigen Härten durchzuführen.

gez. *Jaenicke*[3]

3 Wolfgang *Jaenicke* war bayer. Staatskommissar für das Flüchtlingswesen. Zu seiner Person vgl. Hoegner, S. 218. Dort auch nähere Angaben zur Flüchtlingssituation in Bayern (a. a. O., S. 217 ff.).

TOP 97 **Anlage 115**

28. Juni 1946: Antrag Petersen, Degkwitz und Andrée Lage der in den polnisch besetzten Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung

Anlage 52 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 885/46.

[. . .][1]

Abschrift

[. . .]

Tschechoslowakisches Rotes Kreuz in der brit. Zone, Hamburg III

Hamburg, den 20. 5. 1946

[. . .]

An alle deutschen Flüchtlinge aus der Grafschaft Glatz!
Übersetzung in deutscher Sprache

Heute wenden wir uns an alle Deutschen aus Glatz und Umgebung. Eure Heimat ist zur Zeit polnisches Gebiet. Terror und Schrecken sind dort zuhause. Nachts

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 307–308.

III. Der Rücktransport wird von den zuständigen Dienststellen des Flüchtlingswesens verantwortlich durchgeführt, und zwar als Eisenbahntransport oder mit privaten Beförderungsmitteln, jedoch ausschließlich – auch für private Transporte – über die Grenzstationen Neu-Ulm, Karlsruhe, Wiesbaden für die französische Zone und Volkmarsen für die britische Zone.

Jeder Transportzug wird von einem Arzt und drei Schwestern begleitet sein. Es fahren Züge mit 40 Wagen, wovon 20 für Personen und 20 für die Beförderung von Hausrat (auch Öfen usw.) bestimmt sind. Die Evakuierten haben bis auf weiteres die Erlaubnis, außerdem je Person (auch Kinder) durchschnittlich 100 kg Gepäck mitzunehmen.

Das etwa zurückbleibende Mobilar ist durch die örtlichen Behörden sicherzustellen und muß daher von den Rückgeführten genauestens mit Namen, bisheriger Adresse usw. doppelt gekennzeichnet werden. Es kann später nachgeholt werden.

Jeder Evakuierte, der zurückgeführt wird, muß im Besitze des Rückführungsausweises sein. Evakuierte, welche mit Eisenbahn oder zusammengestellten Lastzügen befördert werden, müssen auf einer Namensliste aufgeführt werden, die folgendes enthält:

> Name, Geschlecht, Alter und Anschrift des früheren Wohnsitzes in ihrer Heimatzone.

Evakuierte, die mit privaten Beförderungsmitteln reisen, müssen Reisegenehmigungen, die von den Militärbehörden ausgestellt und von dem Flüchtlingskommissar abgestempelt sind, bei sich führen.

Die Zurückzuführenden haben sich ordnungsgemäß polizeilich, unter Vorlage einer Abmeldebescheinigung des Ernährungsamtes abzumelden. Vom Ernährungsamt sind ihnen Lebensmittelkarten für die Dauer von 7 Tagen vom Abmeldetag an zu belassen.

Elternlose Kinder dürfen nicht allein reisen, sondern erhalten von ihrem Flüchtlingskommissar geeignete Betreuer zugewiesen.

IV. Evakuierten, die sich den abzufertigenden Sammeltransporten bis zum 31. 8. 1946 nicht anschließen und bis zu diesem Zeitpunkt auch nicht als Einzelreisende auf Grund eigener Initiative rechtzeitig zurückkehren, wird mit dem 1. 9. 1946 Wohnrecht, Lebensmittelzuteilung, Arbeitsgenehmigung und etwaige Fürsorgeleistung entzogen.

V. Vorübergehende Ausnahmen von der Rückführung können bewilligt werden:

a) bis längstens 30. 11. 1946 für die in Ziffer 4 bezeichneten Personen auf Antrag der zuständigen Ministerien durch die Militärregierung für Bayern.

b) für die in Ziffer 6 aufgeführten Personen bis zur Wiedererlangung der Reisefähigkeit durch die Flüchtlingskommissare nach Vorlage eines amtsärztlichen Attestes.

VI. Dauernd ausgenommen von der Rückführung sind:

a) die Schwerkriegsbeschädigten der Versehrtenstufe IV auf Grund des Schwerkriegsbeschädigtenausweises.

4. Die Rückführung der unabkömmlichen deutschen Beamten und Angestellten der Verwaltung, der Industrie, der Landwirtschaft und der sozialen Fürsorge kann so lange aufgeschoben werden, bis durch qualifiziertes Personal Ersatz geschaffen werden kann. Wenn der Aufschub der Rückführung einer Person, die in eine oder mehrere der oben genannten Kategorien fällt, über 90 Tage hinaus unbedingt notwendig ist, hat das zuständige deutsche Fachministerium der entsprechenden zuständigen Abteilung der Militärregierung für Bayern den Betreffenden namentlich und unter Angabe ausreichender Gründe für den Aufschub zu empfehlen. Die endgültige Entscheidung wird durch die zuständige Abteilung der Militärregierung vorgenommen, die dann das antragstellende Ministerium verständigen wird. In keinem Falle wird die Rückführung einer Person mehr als 90 Tage über den Zeitpunkt hinaus, an dem der Betreffende normalerweise zurückgeführt worden wäre, verschoben werden.

5. Kriegsversehrte der Versehrtenstufe IV können zusammen mit den nächsten Familienangehörigen dauernd von der Rückführung ausgenommen werden.

6. Chronisch Kranke, stillende Mütter und Frauen im 9. Monat der Schwangerschaft können zusammen mit den nächsten Familienangehörigen, ohne Verweisung an die Militärregierung, von der Rückführung bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie reisefähig sind, ausgenommen werden.

7. Deutsche Männer oder Frauen, die mit „wirklichen" Einwohnern der US-Zone verheiratet sind, und solche Personen, die zwar nicht „wirkliche" Einwohner der US-Zone sind, aber unmittelbar zu dem Unterhalt eines oder mehrerer nächster Familienangehöriger, die „wirkliche" Einwohner der US-Zone sind, beitragen, können ausgenommen werden.

8. In keinem Falle dürfen im Zuge der Zurückführung Familien getrennt werden.

9. Entsprechend der Verfügbarkeit von Transportmitteln werden Vorkehrungen getroffen werden, um den Abtransport der größtmöglichen Menge von persönlichen und Haushaltsgütern aller unter die Rückführung fallenden Personen zu ermöglichen.

Zu dieser Verfügung der Militärregierung für Bayern erlasse ich die nachstehende Ausführungsanordnung:

I. Die Ausführungsanordnung zum amerikanisch-französischen Abkommen für den Austausch von Flüchtlingen zwischen der amerikanischen und französischen Besatzungszone Deutschlands vom 31. 3. 1946 wird, da sie durch vorstehende Verfügung der amerikanischen Militärregierung überholt ist, aufgehoben. Ihre analoge Anwendung auf die Rückführung in die britische Zone ist damit hinfällig.

II. Die Rückführung der Evakuierten in die britische und französische Besatzungszone Deutschlands ist entsprechend der vorstehenden Verfügung der Militärregierung vom 1. 6. 1946 durch die Regierungskommissare und die Flüchtlingskommissare durchzuführen. Alle Evakuierten aus der britischen und französischen Zone haben danach Bayern bis längstens 31. 8. 1946 zu verlassen, soweit nicht durch diese Verordnung Ausnahmen zugelassen sind.

einzelnen Kreisen nur noch zwischen 4,9 und 5,5 qm, während er im Gesamtdurchschnitt der britischen Zone im Mai noch 6,2 qm betrug.

Unter den geschilderten Umständen erscheint es dringend erforderlich, daß auf eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf alle Zonen gedrängt wird. Die enorme Höherbelastung der britischen Zone gegenüber allen anderen Besatzungszonen kann sich nur katastrophal auf die wirtschaftliche, vor allem ernährungswirtschaftliche Entwicklung der britischen Zone auswirken.

Besonders ernsten Bedenken begegnet der Umstand, daß die Maßnahmen in der amerikanischen Zone, insbesondere in Bayern, nicht auf dem Boden der Freiwilligkeit erfolgen. Evakuierte und Ostflüchtlinge werden in aller Form ausgewiesen, wobei die Mitführung von Gepäck beschränkt ist.

Abschrift dieses Schreibens habe ich den Chefs der Länder und Provinzen übersandt.

Abschrift

Der Staatskommissar
für das Flüchtlingswesen
in Bayern
St. V. 48 a

München, den 4. Juni 1946
Holbeinstr. 11

Rückführung der Evakuierten in die britische und in die französische Zone Deutschlands

Die Militärregierung für Bayern hat mit Verfügung vom 1. 6. 1946 [. . .] folgende Bestimmungen getroffen:

1. Bezüglich der Rückführung von deutschen Evakuierten in andere Zonen Deutschlands wurden folgende Grundsätze bekanntgegeben:

> „Nur wirkliche (bona fide) Einwohner der amerikanischen Besatzungszone dürfen hier bleiben. Ein deutscher Bürger, der nach dem 8. Mai 1945 aus persönlichen Gründen oder nach dem 1. 9. 1939 in die US-Zone aus Gründen gezogen ist, die unmittelbar oder mittelbar mit Deutschlands Kriegsführung oder dem Verlauf des Krieges in Verbindung standen, ist kein „wirklicher" Einwohner. Es ist daher unangebracht, diese Personen in der Zone der Vereinigten Staaten zu behalten, nachdem die Aufnahme dieser Evakuierten innerhalb der Zone ihrer Heimat angeordnet ist."

2. Die Vorbereitungen zur Rückführung derjenigen Evakuierten, deren Heimat in der französischen Zone ist, waren am 1. 4. 1946, die für die Rückführung der Evakuierten in die britische Zone am 1. 5. 1946 abgeschlossen.

3. Daher wird angeordnet, daß das Wohnrecht, die Lebensmittelkarten und andere Betreuungsmaßnahmen denjenigen Personen, deren Heimat in der französischen oder in der britischen Zone gelegen ist, binnen 90 Tagen vom Tage dieser Anordnung entzogen werden.

Darin waren enthalten:

a)	Evakuierte aus Großhessen und Württemberg/ Baden	41 848	
b)	Evakuierte aus der franz. Zone	31 714	
c)	Evakuierte aus der brit. Zone	116 843	
d)	Evakuierte aus Berlin	84 954	
e)	Evakuierte aus der russ. Zone	108 189	
f)	Flüchtlinge aus dem polnisch besetzten Gebiet	529 080	
g)	Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, Österreich und sonstigem Ausland	432 963	
h)	Ausländer	344 000	1 689 591
	„Wirkliche" Einwohner Bayerns		6 471 150

Auf 6 471 150 „wirkliche" Einwohner Bayerns entfielen also am 15. Mai 1946 = 1 471 150 Flüchtlinge und Evakuierte. Die Steigerung der „wirklichen Bevölkerung" betrug also nur 26,1 %.

Nach den Ausweisungsplänen werden mit Ausnahme der unter g) und h) bezeichneten Kategorien sämtliche übrigen unter a) bis f) aufgeführten Personen – insgesamt 912 628 – aus Bayern ausgewiesen. Von den am 15. Mai 1946 vorhandenen Flüchtlingen und Evakuierten bleiben demnach nur 776 963. Die dann verbleibende Steigerung der Bevölkerung beträgt dann nur noch 12,0 %. Selbst wenn die aus Berlin Evakuierten noch längere Zeit in Bayern bleiben müssen, da Berlin für die Rückkehr gesperrt ist, ändert sich das Bild nicht wesentlich.

Gleiches Zahlenmaterial für die beiden anderen Länder der amerikanischen Zone steht mir nicht zur Verfügung. Es ist anzunehmen, daß die Verhältnisse dort ähnlich liegen.

Zu berücksichtigen ist, daß die amerikanische Zone nunmehr alleiniges Aufnahmegebiet für die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn und dem sonstigen Ausland werden soll. Da es sich bei diesen Ausweisungen aber nicht um so große Massen wie bei den aus dem polnisch besetzten Gebiet Vertriebenen handelt, wird das Land Bayern und mit ihm die gesamte amerikanische Zone, in der die Ausweisung in gleicher Weise gehandhabt wird – bei besseren Unterkunftsverhältnissen (geringere Kriegsschäden) und besseren Ernährungsbedingungen (geringere Industrie) –, ganz unverhältnismäßig günstiger behandelt werden als die britische Zone.[2] Im Lande Oldenburg beträgt zur Zeit die Steigerung der Bevölkerung in den Kreisen bis zu 51,1 %, im Gesamtdurchschnitt 41,1 %. Weitere große Flüchtlingsmengen sind angekündigt und treffen bereits täglich ein, so daß der Prozentsatz noch wesentlich steigen wird. Dabei ist die Aufnahmefähigkeit des Landes infolge seiner historisch gewordenen Siedlungs- und Bauweise gering. Der durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Wohnraum beträgt in

2 Auf der Sitz. des Alliierten Sekretariats beim KR am 16. 11. 1945 wurde bereits geplant, die gesamte aus Polen auszusiedelnde dt. Bevölkerung (3,5 Mio. Personen) in die sowjet. Zone (2,0 Mio.) und in die brit. Zone (1,5 Mio.) zu überführen. Die gesamte dt. Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, aus Österreich und Ungarn (3,15 Mio.) sollte in die am., frz. und sowj. Zone umgesiedelt werden, vgl. genaue Angaben in: EA 2/1947, S. 823.

Die wenigsten zeitweise *Wiederherstellung der völligen Gewerbefreiheit* wird zweifellos zahlreichen tatkräftigen Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden Gelegenheit bieten, sich eine neue Existenz zu schaffen. In sehr vielen Fällen kann das geschehen ohne großen Aufwand an Werkraum, Werkzeugen und Werkstoffen (Schneider, Schuhmacher, Friseure usw.). Dieselben Erleichterungen können für die freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Hebammen) geschaffen werden. Ferner sind zahlreiche Kaufleute, Gastwirte usw. – besonders auf dem Lande – Inhaber mehrerer Betriebe, oder sie betreiben nebenbei noch eine Postagentur, Versicherungsvertretung oder ähnliches. Manchem Flüchtling könnte geholfen werden, wenn die Inhaber dieser Mehrfachbetriebe veranlaßt werden könnten, einen Betrieb abzugeben bzw. zu verpachten.

Trotz aller Bemühungen werden aber viele Flüchtlinge nicht wieder in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden können; sie werden daher sicher zu Tausenden bereit sein *auszuwandern,* sobald die Gelegenheit dafür gegeben ist. Auch dieser Frage wird die öffentliche Verwaltung ihre besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

TOP 97 **Anlage 114**

Antrag Tantzen
Zwangsweise Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone

Anlage 51 zur 5. Sitzung.

PA 1/258.

ZAC/P (46)41. – J. Nr. 765/46.

[. . .][1]

Begründung des Antrages *Tantzen* betr. zwangsweise Rückführung von Ostflüchtlingen aus der amerikanischen in die britische Zone:

In Ergänzung zu der telegraphischen Begründung meines Antrages vom 20. Juli 1946 übersende ich Abschrift einer Anweisung des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen in Bayern vom 4. Juni 1946 – St. V. 48 a. Über die Auswirkungen dieser Anweisung und der darüber noch hinausgehenden Ausweisung sämtlicher Flüchtlinge, die aus den polnisch besetzten Gebieten stammen, gebe ich an Hand offiziellen bayerischen Zahlenmaterials, das mir vorliegt, noch folgende Erläuterungen:

Die sogenannte Nährmittelbevölkerung in Bayern betrug nach diesen Aufstellungen am 15. Mai 1946 8 160 741.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 300–306.

Heimat auch innerlich verwächst und an ihrem Kultur- und Geistesleben Anteil nimmt.

III. Seßhaftmachung der Flüchtlinge – ihre Eingliederung in die Wirtschaft

Entscheidend für eine einigermaßen befriedigende Lösung des Flüchtlingsproblems ist, ob es gelingt, *neue Existenz- und Arbeitsmöglichkeiten* für alle diese unglücklichen besitz- und heimatlosen Menschen in einem übervölkerten Raum und in einer weitgehend zerstörten Wirtschaft zu schaffen.

Ihrer *sozialen Struktur* nach stammen rund zwei Drittel der Flüchtlinge aus gewerblichen und städtischen Berufen und rund ein Drittel aus der Landwirtschaft.

a) Landwirtschaft

Stärkste Intensivierung der Agrarwirtschaft mit dem Ziel des höchstmöglichen Einsatzes menschlicher Arbeitskraft und Schaffung von Neuland durch umfangreichste Urbarmachung von Öd- und Moorland sind die hauptsächlichsten Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um möglichst vielen aus der Landwirtschaft stammenden Flüchtlingen eine neue Lebensgrundlage zu geben.

Die großen *Ödland- und Moorflächen* in Nordwestdeutschland, rd. *1 Million Hektar,* bieten in dieser Hinsicht ein dankbares Tätigkeitsfeld. Die Kultivierung solcher Flächen ist aber nur auf weite Sicht möglich; ebenso steht es mit der Eindeichung von Küstenland. Da es sich vielfach um Privatbesitz handelt, sind einschneidende gesetzgeberische Maßnahmen (wirksameres Vorkaufs- und Enteignungsrecht) unvermeidlich.

Die Heranziehung ehemaligen *Wehrmachtsgeländes* (Truppenübungsplätze, Flugplätze usw.) dagegen ist eine Maßnahme, die bereits in kurzer Zeit eine recht bedeutende Erweiterung der agrarwirtschaftlichen Basis bringen würde, wenn seine Freigabe erreicht werden könnte. Auch die *Abgabe von Land* durch den mittleren und größeren bäuerlichen Besitz sowie das *künftige Schicksal der großen Güter* (Aufteilung oder eine Art genossenschaftlicher Bewirtschaftung) muß in diesem Zusammenhang und unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, möglichst vielen Menschen, und vor allem Flüchtlingen, neue Lebensgrundlagen zu bieten, zugleich aber die bisherigen Erträge dieses Bodens nicht nur zu erhalten, sondern mit Rücksicht auf die allgemeine prekäre Ernährungslage noch zu steigern.

b) Gewerbliche Wirtschaft

Die Eingliederung in die gewerbliche und industrielle Wirtschaft ist ein ebenso schwieriges Problem angesichts der zahlreichen aus Industrie und Gewerbe stammenden Flüchtlinge einerseits und unserer so stark zerstörten und demontierten Industrie andererseits. In der *britischen Zone sind schätzungsweise 50 % der industriellen Produktionskraft zerstört.* Es droht Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen menschlicher Verelendung, wenn es nicht gelingt, *unsere gewerbliche Wirtschaft in kurzer Zeit wieder aufzubauen.* Da wahrscheinlich der *kleine und mittlere Gewerbebetrieb* in Zukunft unserer Wirtschaft das Gepräge geben werden, ist deren Förderung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln anzustreben mit dem Ziel der höchstmöglichen Leistungsfähigkeit. *Richtiger Einsatz der Arbeitskräfte, Berufsberatung und Umschulungsmaßnahmen* tragen zur Erreichung dieses Zieles wesentlich bei.

die Wiederinstandsetzung von Wohnungen, und seien es auch nur Baracken oder Holzhäuser, muß daher mit allen Kräften gefördert werden.

Ebenso dringend ist die Bereitstellung von *Hausrat* und *Bekleidung*. Hier ist nicht nur der Bedarf der Flüchtlinge zu decken, sondern die vielen Hunderttausende von Ausgebombten und Evakuierten benötigen Hausrat und Bekleidung ebenso dringend, und es muß auch hier alles getan werden, um den Bedarf an diesen Sachen zu befriedigen. Um welche *Werte* es sich hierbei handelt, ergibt folgende Rechnung:

a) Wohnung

Das weltwirtschaftliche Institut der Universität Kiel nimmt an, daß im Restreich 4,7 Millionen Wohnungen neu gebaut und 3,1 Millionen Wohnungen repariert werden müssen; die Neubaukosten werden – gering gerechnet – mit 8 000 RM, die Reparaturkosten mit 4 000 RM je Wohnung angenommen.

Der Wiederaufbau des zerstörten Wohnraumes würde also im ganzen rd. 50 Mrd. Mark erfordern.

b) Hausrat

Für jede 4-köpfige Flüchtlingsfamilie wird ein Schrank, ein Tisch und eine Kücheneinrichtung mit Herd sowie der notwendigste Hausrat und für jedes Familienmitglied ein Bett (einschließlich Matratze) und ein Stuhl insgesamt mit 800 RM in Rechnung gestellt.

Das ergibt einen Aufwand von rd. 2,4 Mrd. Mark für die Beschaffung des allerdringendsten Hausrats der Flüchtlinge.

Der den Flüchtlingen und Ausgebombten entstandene Gesamtschaden an Möbelausstattung und Hausrat wird auf rd. *50 Mrd. Mark* geschätzt.

c) Kleidung

Für einen Mann werden ein Anzug, ein Mantel, zwei Garnituren Unterwäsche, ein Paar Schuhe, eine Kopfbedeckung, zwei Decken und zwei Handtücher zum Preise von rd. 250 RM in Rechnung gestellt, für jede Frau derselbe Betrag und für jedes Kind $^2/_3$ dieses Betrages.

Die Aufwendungen für diesen bescheidenen Kleiderbedarf belaufen sich auf rund 2,4 Mrd. Mark allein für die Flüchtlinge.

Berechnet man die Ausgebombten dazu und setzt man einen höheren Bedarf an Kleidung ein, ergibt sich natürlich ein ungleich höherer Betrag.

Wichtig für viele Hunderttausende von Flüchtlingen ist die Frage, ob und in welchem Maße es ihnen ermöglicht werden kann, über ihre Sparguthaben bei Banken und Sparkassen in den Ostgebieten zu verfügen, damit sie in der Lage sind, sich eine neue Existenz zu gründen.

Die *Rückführung von Hab und Gut* der während des Krieges aus den Westgebieten nach Mittel- und Ostdeutschland Evakuierten ist gleichfalls eine Angelegenheit, deren baldige Klärung dringend erwünscht ist.

Auch die *seelische Betreuung der Flüchtlinge* darf nicht vernachlässigt werden, sie ist ebenso wichtig wie die materielle Fürsorge. Der Flüchtling muß dahin gebracht werden, daß er sich in seinem neuen Wohnort heimisch fühlt und mit seiner neuen

TOP 97 Anlage 113

Antrag Andrée
Das Flüchtlingsproblem[1]

Anlage 50 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)35. – J. Nr. 785/46.

I. Das Flüchtlingsproblem in Zahlen

Bis Ende 1945 waren ca. 7 Millionen Flüchtlinge aus dem Osten und den angrenzenden Ländern Polen, Tschechoslowakei, Ungarn usw. in das Restreich (diesseits der Oder- und Neiße-Linie) zurückgeströmt; weitere Massen sind inzwischen dazugekommen bzw. werden noch bis zum Jahresschluß erwartet. Zusammen hat man es schätzungsweise mit *13 bis 14 Millionen Menschen* zu tun.

In Restdeutschland, das um ca. ein Viertel der Fläche des Reiches von 1938 [!] verkleinert ist, werden nach Beendigung der Ausweisungen etwa 70–72 Millionen Menschen wohnen, also einige Millionen mehr als früher im ganzen Reich, d. h. rund 200 Menschen je qkm, wie aus einer Darstellung des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und aus den statistischen Erhebungen des Amtes für Landesplanung und Statistik beim Oberpräsidenten von Hannover hervorgeht.[2]

In der *britischen Zone* wohnten bereits Ende 1945 rund 22 Millionen Menschen, davon etwa 2,7 Millionen Flüchtlinge. Ende dieses Jahres werden es wahrscheinlich rund 3,5 Millionen Flüchtlinge sein.

II. Unmittelbare Hilfsmaßnahmen

Am dringendsten nötig ist:

1. die Sicherung der Ernährung

2. die Schaffung des erforderlichen Wohnraumes

3. die Bereitstellung von Bekleidung und Hausrat.

Für die *Ernährung* des deutschen Volkes mußten schon vor dem Kriege 20 % des Bedarfs eingeführt werden. Nach dem Verlust der agrarischen Überschußgebiete des Ostens und unter Berücksichtigung der Zusammenballung in den Besatzungszonen des Restreiches wird die eigene Erzeugung erst recht nicht ausreichen, selbst wenn man eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung in Rechnung stellt. Eine beträchtliche Einfuhr von Lebensmitteln wird daher immer nötig sein.

Die umfangreiche Zerstörung von *Wohnraum* in der britischen Zone vergrößert die Wohnungsnot und muß zu einer Katastrophe auf sozialem und sittlichem Gebiete führen, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird. Man schätzt, daß rund die Hälfte des 1939 vorhandenen Wohnraumes zerstört worden ist. Der Neubau bzw.

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 282–299.
2 Vgl. a. a. O., Anm. 286.

TOP 96 **Anlage 112**

Antrag Degkwitz, Groth und Schlange-Schöningen Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsstellen aller vier Zonen in laufenden geschäftlichen Angelegenheiten[1]

Anlage 49 zu 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)38. – J. Nr. 874/46.

1. Es ist den Antragstellern bewußt, daß Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nach dem Willen der Besatzungsmächte zur Zeit noch nicht von einem deutschen zentralen Verwaltungsorgan bearbeitet werden sollen. Das Bedürfnis zur Zusammenarbeit der deutschen Stellen in allen vier Zonen erstreckt sich jedoch nicht nur auf Fragen der laufenden Verwaltungsarbeit ohne irgendwelche politische Bedeutung, deren wichtige Lösung eine Verständigung zwischen den Behörden der vier Zonen notwendig macht. Ohne diese Verständigung können die deutschen Behörden vielfach der Bevölkerung nicht in einer vernünftigen Weise dienen. Die Bevölkerung sieht dann nicht die Schwierigkeiten, die sich objektiv aus der Trennung des Reichsgebietes in Besatzungszonen ergeben. Vielmehr bildet sich die Meinung, daß die deutschen Behörden aus Unfähigkeit versagen.

2. Auch bei Berücksichtigung der politischen Erwägungen der vier Besatzungsmächte dürfte es unbedenklich sein, für solche laufenden Angelegenheiten der Verwaltung ohne politische Bedeutung eine zentrale Vermittlungsstelle (Koordinierungsbüro) zu schaffen, das in solchen Fällen eine technisch zweckentsprechende Regelung vermitteln kann.

3. Besonders nützlich könnte die Arbeit eines derartigen Büros dadurch werden, daß es die Gesetze und Verordnungen aus den vier Zonen sammelt und allen Behörden der vier Zonen zur Verfügung stellt. Schon dadurch könnten zahlreiche Irrtümer und unverschuldete Fehlentscheidungen der deutschen Behörden vermieden werden.

4. Die zentrale Vermittlungsstelle könnte aus einer kleinen Gruppe von Beamten bestehen. Sie bedürfte nicht der Leitung durch eine hervorragend im öffentlichen Leben weithin bekannte Persönlichkeit, da diese Stelle nicht politische, sondern technische Aufgaben haben würde.

5. Die bevorstehende Zusammenkunft des Zonenbeirats und des Länderrats ist eine geeignete Gelegenheit zur Erörterung eines solchen Vorschlages. Wir beantragen daher, die Militärregierung möge genehmigen, daß auf der gemeinsamen Sitzung dieser Vorschlag erörtert wird.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 266–268. Einen entsprechenden Antrag betr. den „Rechts- und Amtshilfeverkehr zwischen den verschiedenen Besatzungszonen" hatte *Petersen* mit Schreiben vom 5. 4. 1946 an den ZB gerichtet. Text in: StAD L 80 I a, Gr. II, Tit. 1, Nr. 29, Bd. I: Oberpräsidium der Provinz Westfalen *(Barbrock)* an die Lippische Landesregierung, 22. 6. 1946.

nenbeirats und des Länderrats eröffnet wird. Materielle Beschlüsse zur Sache werden nicht empfohlen. Zweckmäßig wird jedoch das gesamte in beiden Zonen vorhandene Material geeigneten Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Erbeten wird ferner, daß das Material, das etwa bereits bei den Beiräten der Fachabteilungen der britischen Militärregierung vorliegen sollte, von der Kontrollkommission dem Zonenbeirat zur Beratung in diesem Ausschuß zugeleitet wird.

TOP 95 Anlage 111

Antrag Agartz, Schlange-Schöningen und Spliedt Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen[1]

Anlage 48 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)39.

1. Es ist der erklärte Wille der Besatzungsmächte, daß der Güteraustausch zwischen den Zonen in starkem Maße in Gang kommen soll. Grundlage vieler Entscheidungen auf dem Gebiet des Interzonenhandels sind Daten der Wirtschaftsstatistik. Die starke Binnenwanderung in dem vom deutschen Volke bewohnten Raum macht es erforderlich, daß auch die Bevölkerungsstatistik vervollkommnet und auf den neuesten Stand gebracht wird. Entsprechendes gilt für viele andere Zweige der Statistik. In allen diesen Fällen muß es zu unbefriedigenden Ergebnissen führen, wenn die statistischen Arbeiten in jeder der vier Besatzungszonen besonders, ohne Zusammenarbeit mit anderen Zonen, durchgeführt werden.

2. Die Besatzungsmächte haben offenbar aus diesen Gründen bereits technische Beratungen über statistische Fragen unter Hinzuziehung von deutschen Sachverständigen in allen vier Zonen durchgeführt.

3. Die in Ziffer 1) angegebenen Bedürfnisse von Verwaltung und Wirtschaft können naturgemäß durch gelegentliche Beratungen zur Koordinierung der Arbeiten in den vier Zonen nicht ausreichend befriedigt werden. Erforderlich ist vielmehr eine Dienststelle, die für eine ständige Zusammenarbeit der zonalen statistischen Arbeiten und den regelmäßigen Austausch der Ergebnisse sorgt. Der *späteste* Zeitpunkt für die Schaffung einer solchen Einrichtung dürfte dann gegeben sein, wenn die Verantwortung für die Lenkung der Wirtschaft den deutschen Behörden übertragen wird.

4. Die bevorstehende gemeinsame Sitzung des Zonenbeirats und des Länderrats bietet eine gute Gelegenheit, diese Frage zu erörtern. Wir beantragen daher, daß sie auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt wird.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 252–256.

ses, an den der Gegenstand durch Sie verwiesen wird, sind selbstverständlich dem Zonenbeirat und nicht unmittelbar der Kontrollkommission zu unterbreiten.

6. Im Hinblick auf die Wichtigkeit dieses Problems unter politischem, landwirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gesichtspunkt wünscht die Kontrollkommission von der Zusammensetzung des Ausschusses in Kenntnis gesetzt zu werden, bevor er seine Arbeit beginnt. Der Ausschuß ist selbstverständlich berechtigt, weitere Sachverständige nach Wunsch heranzuziehen, wie es in den Ausschüssen des Zonenbeirats auch sonst üblich ist.

7. Dieser Brief ist formell als Vorlage für die nächste Sitzung des Zonenbeirats zu behandeln zusammen mit allen vorläufigen Berichten, die der zu diesem Zweck eingesetzte Ausschuß etwa vorlegt.

TOP 94 **Anlage 110**

Antrag Petersen, Spliedt und Steltzer Entwurf eines Gesetzes zur Beschaffung billiger Grundstücke für die Zwecke des Wiederaufbaus in den Städten[1]

Anlage 47 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)37.

1. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte muß in absehbarer Zeit auf breiter Grundlage in Angriff genommen werden. Nur umfassende Pläne der Bauämter können dieser Aufgabe gerecht werden. Es wird nicht nur darauf ankommen, einzelne zerstörte Häuser wieder zu errichten; nötig wird eine technische und wirtschaftliche Zusammenfassung der Bauarbeiten für ganze Stadtteile sein. Vielleicht werden die zerstörten Häuser an anderer Stelle, am Rande der Städte, neu errichtet werden müssen. In jedem Falle wird es darauf ankommen zu verhindern, daß der entstehende Bedarf an Gelände für Neubauten zu Preissteigerungen und unberechtigten Gewinnen der privaten Eigentümer führt.

2. Der Länderrat hat ein Gesetz zur Beschaffung billigen Bodens und zur Schaffung von Volksheimstätten beschlossen, das nunmehr der Militärregierung der amerikanischen Zone zur Genehmigung vorliegt.

3. Die Länder und Provinzen der britischen Zone haben sich mit dem gleichen Gegenstand befaßt. Auch hier liegen bereits Entwürfe vor.

4. Es ist erwünscht, daß über die weiteren Arbeiten in den beiden Zonen eine Verständigung stattfindet. Bei der Wichtigkeit der Materie ist es zweckmäßig, daß diese Aussprache durch eine Debatte in der geplanten gemeinsamen Sitzung des Zo-

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 244–251.

und welche Änderungen der Bewirtschaftung des Bodens in der britischen Zone Deutschlands einzuführen sind. Ein Bericht, der Vorschläge u. a. über folgende Gegenstände enthalten soll, ist so bald wie möglich einzureichen:

a) Welche Maximalgröße ist für Einzelgüter anzusetzen, und soll diese nach dem Wert oder nach der Grundfläche bestimmt werden?

b) Sollen Güter, die diese Maximalgröße überschreiten, in der bisherigen Form weiter bewirtschaftet oder in kleinere Güter aufgeteilt werden, die von Pächtern oder Eigentümern entweder individuell oder genossenschaftlich zu bewirtschaften wären?

c) Wenn die Entscheidung dahin fällt, daß die Güter, die den Maximalwert überschreiten, in dessen Besitz der derzeitige Eigentümer ungestört verbleiben kann, nicht aufgeteilt werden sollen, dann wird eine Änderung des Eigentumsverhältnisses erforderlich werden, ohne daß hierbei eine Aufteilung stattfindet. Wäre es in diesem Falle wünschenswert, daß diese Güter in das Eigentum der Öffentlichen Hand oder in Genossenschaftseigentum überführt werden?

d) Sollte eine Aufteilung großer Güter vorgeschlagen werden:

i) wie hoch ist dann Höchstgrundfläche oder Höchstwert der zu schaffenden kleinen Güter anzusetzen? Soll das Eigentumsverhältnis privat, öffentlich oder genossenschaftlich sein?

ii) in welchem Umfange können, in Anbetracht der Notwendigkeit, Gebäude, Gerät und Betriebskapital zu beschaffen und Lebensmittelproduktion und -handel in ausreichendem Maße aufrecht zu erhalten, neue Bauern auf dem Lande angesiedelt werden?

iii) wieviel Siedler können letztlich mit Einzelgütern versehen werden?

e) Es ist zu prüfen, ob und welche Entschädigung den Eigentümern oder Besitzern von Gütern zu gewähren ist, die entweder aufgeteilt oder enteignet werden.

f) Welche Schutzmaßnahmen sind in Erwägung zu ziehen für Land, das z. Zt. Gemeinden, Kirchen und anderen religiösen Körperschaften, Genossenschaften und Korperationen gehört?

3. Die Verweisung des Agrarproblems an den Zonenbeirat gemäß den obigen Angaben bedeutet keinesfalls eine Einschränkung der Vollmacht der Kontrollkommission, Grundbesitzer zu enteignen, für den Fall, daß dies für notwendig angesehen würde.

4. Die Denazifizierung in der Landwirtschaft wird unabhängig hiervon im Rahmen der allgemeinen Denazifizierungsmaßnahmen behandelt. Diese Maßnahmen können und werden weiter durchgeführt werden, ohne daß die allgemeine Frage, die dem Beirat unterbreitet wurde, davon berührt wird.

5. Es wäre zu wünschen, daß diese Frage durch einen Ausschuß des Zonenbeirats so bald wie möglich geprüft wird. Die Kontrollkommission bestimmt daher, daß die Prüfung der hier angesprochenen Probleme sofort in Angriff genommen wird, ohne daß die nächste Sitzung des Zonenbeirats am 9. und 10. Juli abgewartet wird. Sie werden jedoch gebeten, die Ratsmitglieder vom Inhalt dieses Briefes und von den ergriffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Die Vorschläge des Ausschus-

TOP 92 **Anlage 108**

Ansprache Generalsekretär Roßmanns vom Länderrat in Stuttgart auf der gemeinschaftlichen Tagung des Zonenbeirates und Vertretern des Länderrates am 11. Juli 1946 in Hamburg

Anlage 45 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 206–238.

TOP 93 **Anlage 109**

30. Juni 1946: Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Das zukünftige Schicksal des Großgrundbesitzes[1]

Anlage 46 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – ZAC/P (46)30 – J. Nr. 911/46.

Hierunter (Anhang A) Abschrift eines Briefes der Kontrollkommission an den Zonenbeirat. Der Ausschuß, dessen Zusammensetzung von der Kontrollkommission genehmigt worden ist, ist gebildet worden und hat am 2. Juli in Hamburg seine erste Sitzung abgehalten.

Die Kontrollkommission ersucht um baldmögliche Vorlage eines wohlerwogenen, gründlichen Berichts mit konkreten Vorschlägen.

Anhang A zu ZAC/P (46)30
5. Juni 1946

Das zukünftige Schicksal des Großgrundbesitzes

1. Die Kontrollkommission hat beschlossen, dem Zonenbeirat eine baldige Prüfung und Berichterstattung über die Frage des künftigen Schicksals der großen Güter aufzugeben.

2. Die Aufgabe stellt sich im einzelnen folgendermaßen dar:

Nach Beratung mit Vertretern der politischen Parteien und mit geeignet erscheinenden landwirtschaftlichen Sachverständigen und Wirtschaftlern ist zu prüfen, ob

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 65–75 sowie den Ausschußbericht a. a. O. mit Anm. 240–243.

2. Transportwesen

a) Eisenbahnen

b) Küstenschiffahrt und Binnenschiffahrt

3. Post und Telegrafie

a) Post

b) Telefonie [!] und Telegrafie

c) Postzahlungsverkehr

d) Postscheckverkehr

e) Postsparkasse

4. Arbeitseinsatz

a) Grundsätzliche Gestaltung und Verwaltung des Arbeitseinsatzes

b) Sozialversicherung

5. Ernährung und Landwirtschaft

Ernährung und Landwirtschaft (mit Ausnahme solcher Angelegenheiten, die zur Zeit in die Zuständigkeit der Provinzial-Landeskulturämter gehören, wie z. B. Entwässerung, Urbarmachung usw.)

Anmerkung: Auf lange Sicht mag es möglich sein, die verwaltungsmäßige Lenkung der Landwirtschaft und der Ernährung zu dezentralisieren. Aber eine zentrale Leitung der gesamten deutschen Landwirtschaft im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft wird voraussichtlich als ständige Einrichtung innerhalb des Verwaltungsaufbaus notwendig sein.

6. Handel und Industrie

Die Gesetzgebung zur Regelung von Handel und Industrie

7. Rechtswesen

Die Gebiete der Justizverwaltung, die der Zentralverwaltung vorbehalten bleiben sollen, können zur Zeit noch nicht festgelegt werden. Der Zonenbeirat wird ersucht, Vorschläge über solche Gebiete vorzulegen, die seiner Meinung nach in die Zuständigkeit der Länder eingegliedert werden können.

5. Der Zonenbeirat hat über den Bericht oder die Berichte zu beraten und sie, zusammen mit seiner eigenen Stellungnahme, der Dienststelle des Stellvertretenden Militärgouverneurs so schnell wie möglich – spätestens jedoch bis zum 30. September 1946 – zuzuleiten. Mehrheits- und Minderheitsberichte können von jedem einzelnen Mitglied oder von mehreren Mitgliedern des Zonenbeirats, wenn sie es wünschen, vorgelegt werden.

6. Die vom Zonenbeirat eingereichten Berichte werden innerhalb der Kontrollkommission geprüft werden, und ausführliche Weisungen für die gebietliche Neugliederung der britischen Zone werden spätestens bis 1. Januar 1947 erlassen werden. In jedem der neuen Länder werden dann Ernannte Repräsentativkörperschaften eingesetzt, soweit möglich, auf der Grundlage der vom Volk gewählten Kreistage. Diese Ernannten Repräsentativkörperschaften sind für den Aufbau der neuen Verwaltungen verantwortlich, so lange, bis die Wahlen zu den Landtagen erfolgt sind, deren Durchführung für das frühe Frühjahr 1947 vorgesehen ist.

7. Obwohl die Kontrollkommission den Vorschlägen des Zonenbeirats volle Beachtung zu schenken gedenkt, läßt sie doch keinen Zweifel darüber, daß sie sich das Recht vorbehält, diese nach eigenem Ermessen zu ändern oder abzulehnen.

Anhang „A"

Kontrollkommission für Deutschland (Britischer Teil)

Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands
Von der Zuständigkeit der Länder ausgeschlossene Aufgaben[3]

Folgende Sachgebiete sind nach dem Vorschlag der Kontrollkommission ganz oder teilweise der Zuständigkeit der Länderregierungen entzogen:

1. Finanzwesen

a) Grenzkontrolle und Zollwesen

b) Genehmigung von Anleihen der Länder

Anmerkung: Der Umfang der Besteuerungs- und Anleihebefugnisse der Zentralverwaltungen ist noch nicht festgelegt. Der Zonenbeirat wird jedoch ersucht, für die Anleihebefugnisse Vorschläge zu machen, soweit sie nach Meinung des Zonenbeirats durch die Länderregierungen ausgeübt werden sollen.

c) Nothaushalt

d) Bankwesen und Währung (einschließlich der Versicherungsinstitute und der Devisenfragen)

e) Die Aufsicht über Eigentum der Vereinten Nationen, Eigentum von Nazis und Naziorganisationen und Reichseigentum.

---

3 Vgl. hierzu Amtsbl. brit. MR, S. 344 ff.: VO Nr. 57 vom 1. 12. 1946: Befugnisse der Länder in der britischen Zone, Anhänge A-D.

de Faktoren berücksichtigt werden. Zu den Ausschußmitgliedern, die nicht Mitglieder des Rates sind, sollen gehören

a) Sachverständige für verfassungs- und allgemeinrechtliche Fragen und

b) von den Ernannten Repräsentativkörperschaften der Länder und Provinzen bestimmte Vertreter.

Mehrheits- und Minderheitsberichte sind vorzulegen, wenn dies von einem oder mehreren Mitgliedern des Ausschusses gewünscht wird.

3. Die Vorschläge haben sich innerhalb folgender Grenzen zu halten:

a) Die Grundlage der deutschen Verwaltung innerhalb der Zone ist das „Land".

b) Es soll nicht mehr als fünf Länder geben und – wenn möglich – weniger.

c) Die Frage der Stellung von Nordrhein/Westfalen ist zunächst zurückzustellen, sie kann aber dem Zonenbeirat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden.[2] Der Zonenbeirat kann, wenn er es wünscht, in Betracht ziehen, daß Gebiete, wie der Regierungsbezirk Minden und das Land Lippe, im ganzen oder teilweise dem neuen Land Hannover zugewiesen werden.

d) Gewisse Verwaltungsaufgaben bleiben notwendigerweise der Zuständigkeit der Länderregierungen entzogen. Eine Liste von Aufgaben, die nach dem Vorschlag der Kontrollkommission nicht in die Zuständigkeit der Länderregierungen fallen sollen, enthält der Anhang „A".
Der Zonenbeirat wird ersucht, zu Sachgebieten, die hinzuzufügen oder von der Liste zu streichen sind, Stellung zu nehmen. Der Zonenbeirat soll sich darüber klar sein, daß – mögen nun irgendwelche Verwaltungsgebiete der Zuständigkeit der Länderregierungen entzogen werden oder nicht – die von der Kontrollkommission geführte Aufsicht sich grundsätzlich auf alle Verwaltungsgebiete erstreckt und in größerem oder geringerem Maße von Zeit zu Zeit ausgeübt werden kann, wenn die Kontrollkommission es für notwendig erachtet.

4. Der Bericht (oder die Berichte), die vom Zonenbeirat vorgelegt werden, sollen sowohl die territoriale Neugliederung als auch den Neuaufbau der Verwaltung betreffen und Vorschläge zu folgenden Punkten enthalten:

a) Zahl der neuen Länder

b) Grenzen dieser Länder

c) Verfassungsmäßige Befugnisse der Länder

d) Zusammensetzung der Länderregierungen

e) die Frage, ob es ratsam ist, die Regierungsbezirke beizubehalten oder abzuschaffen; der Zonenbeirat kann jedoch in Betracht ziehen, daß dies eine Angelegenheit ist, die dem Ermessen der neuen Länderverwaltungen, nachdem sie eingerichtet sind, anheimzustellen wäre.

---

2 Mit Schreiben vom 2. 8. 1946 teilte der brit. Verbindungsstab mit, daß der Vorbehalt bezüglich der Behandlung der Provinzen Nordrhein und Westfalen aufgehoben sei und daß der Ausschuß nunmehr die Verfassung und die Grenzen des neuen Landes NRW wie die der anderen Länder behandeln könne (PA 1/66). Vgl. auch Dok. VI.3 mit Anm. 10.

TOP 90 Anlage 106

Antrag Lehr, Tantzen, Everling, Karl und Petersen Zur Kürzung der Fettration

Anlage 43 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1035/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 330–335.

TOP 91 Anlage 107

4. Juli 1946: Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands[1]

Anlage 44 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – ZAC/P (46)36. – J. Nr. 914/46.

In Anhang A hierunter Abschrift eines Briefes des Stellvertretenden Militärgouverneurs an den Zonenbeirat mit einem Anhang.

Der Ausschuß ist sobald als möglich zu bilden, wenn die Zusammensetzung durch den Zonenbeirat gebilligt ist.

Anhang A zum Schreiben ZAC/P (46)36

Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands

1. Es ist beschlossen worden, eine Reorganisation des Verwaltungsaufbaus in der britischen Zone in Erwägung zu ziehen.

2. Der Zonenbeirat wird hierdurch ersucht, einen Sonderausschuß zu bestellen, der dem Zonenbeirat einen ausführlichen Plan zur Genehmigung vorzulegen hat. In dem Sonderausschuß sollen in personeller Hinsicht im großen und ganzen die verschiedenen Gruppen des Zonenbeirats und gewisse außerhalb des Rates stehen-

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 188–191.

TOP 88 Anlage 103

Antrag Spliedt
Schaffung eines Zentralamtes für Arbeit

Anlage 40 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)20. – J. Nr. 395/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 35 sowie Dok. V.3 mit Anm. 149–150.

TOP 89 Anlage 104

23. Mai 1946:
Vorlage der Kontrollkommission
Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt

Anlage 41 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14104/ZAC. – ZAC/P (46)21. – J. Nr. 544/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 36 sowie Dok. V.3 mit Anm. 152–155.

TOP 90 Anlage 105

Bericht Degkwitz über die Auswirkungen der Ernährungslage auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung

Anlage 42 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 156–162.

TOP 87.2 **Anlage 100**

Mai 1946: Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda

Anlage 37 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14104/ZAC. – ZAC/P (46)24. – J. Nr. 505/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Anhang zu Anl. 42 sowie Dok. V.3 mit Anm. 136–137.

TOP 87.2 **Anlage 101**

Antrag Amelunxen Errichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen

Anlage 38 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)23. – J. Nr. 476/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 41 sowie Dok. V.3 mit Anm. 135.

TOP 87.3 **Anlage 102**

22. Mai 1946: Vorlage der Kontrollkommission Besteuerung der Fahrräder

Anlage 39 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14301/3/ZAC. – ZAC/P (46)22. – J. Nr. 541/46.

[. . .][1]

1 Vgl. Anl. 37 sowie Dok. V.3 mit Anm. 138.

TOP 86 Anlage 99

8. Juli 1946: Schreiben des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Gesetzlicher Schutz gegen Denunziationen[1]

Anlage 36 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – ZAC/P (46)43. – J. Nr. 939/46.

Es ist der Kontrollkommission zur Kenntnis gebracht worden, daß viele Deutsche aller Stände, sowohl Privatpersonen als auch Personen in öffentlichen Ämtern, Opfer von Denunziationen geworden sind, die von gewissenlosen Personen gegen sie vorgebracht wurden. Es besteht daher die Befürchtung, daß viele andere Menschen in der Furcht vor Denunziationen leben, die künftig gegen sie erhoben werden könnten, und daher zögern, in öffentlicher oder privater Eigenschaft im Dienste ihres Landes hervorzutreten.

Das britische bürgerliche und Strafrecht enthält mancherlei Abhilfen und Abschreckungsmittel gegen Denunziationen und gegen Erpressung. Eine Prüfung des deutschen Rechtes mit dem Ziel, festzustellen, ob hinreichend zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Schutz im geltenden deutschen Recht enthalten ist, scheint indessen zu zeigen, daß es keine hinreichende zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Hilfen gegen Denunziationen gibt. Der Zonenbeirat wird daher ersucht, sein Gutachten darüber abzugeben,

a) ob nach der Meinung des Zonenbeirats die Deutschen zusätzlich eines gesetzlichen Schutzes gegen Denunziationen bedürfen,

b) ob das geltende deutsche Recht, wie es in der 4. Notverordnung zur Sicherung des Friedens innerhalb des Reiches vom 8. Dezember 1931 (RGBl. 1931 I, S. 699–745) und in den Paragraphen 186 und 187 des Deutschen Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 (RGBl. 1871, S. 127–205) festgelegt ist, hinreichend zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutz gegen Denunziationen gewährt,

c) ob das deutsche Recht nicht dahingehend zu ändern wäre, daß

den Opfern von Denunziationen Rechtshilfe gewährt wird durch Schadenersatzklage vor den Gerichten, ohne daß ein tatsächlicher finanzieller Verlust nachgewiesen werden muß, und

die Strafen für Denunziationen so zu verschärfen wären, daß sie wirkliche Abschreckungsmittel gegen die Einreichung solcher falschen Behauptungen darstellen.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 127–128.

ordnung des Versicherungswesens, daß hierzu die Mitwirkung von Parlamenten, die aus Wahlen hervorgegangen sind, nicht entbehrt werden kann.

Wir beantragen daher die baldige Anberaumung von Wahlen für die Provinziallandtage vor Neugliederung der britischen Zone und möglichst gleichzeitig mit den Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946.

TOP 85 **Anlage 98**

Antrag Amelunxen, Drake, Kaisen, Kopf, [Kubel, Lehr, Petersen, Steltzer und Tantzen] Unterstellung der Polizeiexekutive unter die politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leiter der Zivilverwaltung[1]

Anlage 35 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)42. – J. Nr. 723/46.

Die Chefs der Provinzen und Länder sind der britischen Militärregierung für den Bereich ihres Gebietes verantwortlich. Die gleiche Verantwortung tragen sie gegenüber der Bevölkerung und deren demokratischen Vertretungen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn die Regierungschefs in die Lage versetzt werden, sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere über die politische Lage zu unterrichten. Störungen des öffentlichen Lebens werden zuerst von der Polizeiexekutive festgestellt. Solche Feststellungen wurden bisher von der Polizei an die zuständige Zivilverwaltung gemeldet, und hierdurch hatten die Behörden und deren verantwortliche Leiter Gewißheit, rechtzeitig über alles unterrichtet zu werden, um dann das Erforderliche zu veranlassen.

Daher muß an dem Grundsatz *der Einheit von Verwaltung und Polizei* festgehalten werden. Die Regierungschefs bitten daher, die Polizeiexekutive wieder den politisch verantwortlichen und parlamentarisch kontrollierten Leitern der Zivilverwaltung zu unterstellen.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 121–126.

b) Die Wahl wird gemäß den Anordnungen der Militärregierung in geheimer Abstimmung durchgeführt. Soweit als möglich werden Vorsichtsmaßnahmen, ähnlich den im Vereinigten Königreich üblichen, angewandt werden, um die Geheimhaltung sicherzustellen.

c) Die Namen der Kandidaten stehen auf dem Stimmzettel in alphabetischer Reihenfolge nach dem Anfang des Namens.

d) Die zugelassenen politischen Parteien (z. Zt. 8)[2] sind ermächtigt, Kandidaten aufzustellen.

e) Die Wähler stimmen für einzelne Kandidaten, nicht für Parteilisten. Jeder Wähler hat soviel Stimmen, wie Kandidaten für den Wahlbezirk oder Wahlkreis gewählt werden sollen, er kann jedoch für jeden einzelnen Kandidaten nur eine Stimme abgeben.

f) Unabhängige Kandidaten sind zugelassen. Ihnen werden dieselben Erleichterungen zum Vortrag ihrer Anschauungen vor der Wählerschaft gewährt wie den Parteikandidaten.

g) Die Stimmzettel werden von den Wählern zur Bezeichnung der Stimmabgabe mit einem x versehen.

7. Mittel öffentlicher Bekanntgabe

Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Mittel öffentlicher Bekanntgabe wie Presse, Rundfunk und Flugschriften in weitestem Umfang in den Dienst der Wahlen zu stellen.

---

2 In der brit. Zone kandidierten die folgenden Parteien für die Kommunalwahlen im Herbst 1946: CDU, SPD, FDP, KPD, Zentrum, NLP, DKP/DRP (Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei), RWVP (Rheinisch-Westfälische Volkspartei) sowie in SH der SSV (Südschleswigscher Verein).

TOP 84 **Anlage 97**

Antrag Adenauer und Otto
Wahlen für die Provinziallandtage[1]

Anlage 34 zur 5. Sitzung.

PA 1/258.

ZAC/P (46)44. – J. Nr. 864/46.

Nach Presseverlautbarungen sollen allgemeine Wahlen erst im Jahre 1947 stattfinden. Es harren aber so dringende Fragen der Entscheidung, wie z. B. die Gliederung der britischen Zone, die Verfassung für die zu bildenden Länder, die Neu-

---

1 Vgl. Dok. V.3, bes. mit Anm. 101–109.

iii) Mitglieder gewisser Gliederungen der Nazihierarchie, außer solchen, die später durch Ausschluß oder Austritt der Mitgliedschaft verlustig gingen, Amtsträger in Naziorganisationen, Mitglieder des Generalstabes oder des Oberkommandos der Wehrmacht, Personen, welche durch die Entnazifizierungsspruchkammern disqualifiziert wurden oder wegen NSDAP-Mitgliedschaft von der Militärregierung von der Verwendung in einflußreichen Stellungen in öffentlichen oder privaten Körperschaften ausgeschlossen wurden. Hiervon dürften ungefähr 600 000 Personen betroffen werden.

4. Wer darf Kandidat sein?

a) Kandidaten müssen Personen sein, deren Namen in der Wählerliste des Bezirks enthalten sind, für welchen sie kandidieren wollen, und die seit 18 Monaten in diesem Bezirk ansässig gewesen sind; von dieser Bedingung befreit sind jedoch Personen, die 12 Monate vor dem Tage der Aufstellung oder seitdem aus politischer Haft entlassen wurden. Es ist erforderlich, daß der Kandidat seine Absicht, sich aufstellen zu lassen, mindestens einen Monat vor dem Tage der Aufstellung der Kandidaten mitteilt, damit er durch die Militärregierung überprüft werden kann.

b) Das Mindestalter für Kandidaten ist 25 Jahre.

Nicht wählbar sind:

c) alle Personen, die von der Registrierung ausgeschlossen sind; ebenso alle früheren aktiven Offiziere der Wehrmacht, alle Mitglieder von Nazi-Organisationen und Mitglieder gewisser vornazistischer Organisationen militaristischen Charakters (wenn sie nicht später durch Ausschluß oder Austritt der Mitgliedschaft verlustig gingen oder von der Militärregierung eine besondere Erlaubnis zu kandidieren erhalten haben).

5. Wahlkreise oder Wahlbezirke

a) Mit Ausnahme von Gemeinden mit einer Bevölkerung unter 3 000, in denen die Einteilung freigestellt bleibt, werden die Wahlgebiete in Wahlbezirke eingeteilt, die von der Gemeinde, welche 6 Ratsmitglieder stellt, bis zum Kreis reichen, der eine Einwohnerschaft von über 1 Million hat und 60 Ratsmitglieder stellt. Die Wahlbezirke stellen entweder je 3 oder je 6 Ratsmitglieder.

b) Die Einteilung der Wahlgebiete und weiterhin die Einteilung der Wahlbezirke in Abstimmungsbezirke wird von Ausschüssen ausgearbeitet, die von den Vorsitzenden der bestehenden Ernannten Repräsentativkörperschaften bestimmt werden. Diese Ausschüsse setzen sich zusammen aus einem unabhängigen Vorsitzenden und je einem Vertreter der zugelassenen politischen Parteien des Bezirks.

6. Wahlsystem

Das Wahlsystem besteht aus:

a) einer abgeänderten Form der Verhältniswahl. Es stellt eine Kompromißlösung zwischen dem Mehrheits- und dem Verhältnissystem dar und wurde nach Besprechungen mit deutschen politischen und anderen Vertretern eingeführt. Bei der Feststellung des Wahlergebnisses wird sowohl die Zahl der Stimmen, die der einzelne Kandidat auf sich vereinigt, als auch die Gesamtzahl der Stimmen, die für eine Partei abgegeben werden, in Rechnung gestellt.

TOP 84 Anlage 96

28. Juni 1946: Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes (Zonenbeirat) Wahlverfahren[1]

Anlage 33 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC.- ZAC/P (46)31. – J. Nr. 912/46.

1. Wahltermine

a) Die Wahlen in allen Gemeinden und Ämtern sollen in der britischen Zone am Sonntag, den 15. September stattfinden und in allen Kreisen, im Lande Bremen und in der Hansestadt Hamburg am Sonntag, den 13. Oktober dieses Jahres.

b) Die jetzt zu wählenden Körperschaften sollen die Ernannten Repräsentativkörperschaften ersetzen, die im vorigen Herbst durch die und unter Aufsicht der Militärregierung eingesetzt wurden. Alle Mitglieder der Ernannten Repräsentativkörperschaften treten am Tage vor der Wahl zurück.

c) Bisher liegt kein Beschluß über die Abhaltung von Wahlen in den höheren Verwaltungsstufen vor.

2. Aufstellung der Kandidaten

Folgende Tage werden für die Entgegennahme der Unterlagen für die Aufstellung der Kandidaten bestimmt:

Gemeinden und Ämter	31. Juli	zwischen
Kreise, Hamburg und Bremen	28. September	10 und 16 Uhr

3. Wer darf wählen?

a) Personen, deren Namen in der Wählerliste enthalten sind, die am 19. August 1946 auszulegen ist. Sie wird jetzt vorbereitet unter Zugrundelegung einer Ansässigkeitsperiode von drei Monaten, die am 12. Mai 1946 endet und die Voraussetzung für die Wahlberechtigung bildet. Es werden besonders Vorkehrungen getroffen, um zurückgekehrten Kriegsgefangenen, politischen Repatriierten, die am 1. September 1939 und am 12. Mai 1946 als Einwohner gemeldet waren, sowie gewissen Personen, die aus den gesperrten Grenzgebieten ausgewiesen waren und kürzlich dorthin zurückgekehrt sind, die Möglichkeit zur Aufnahme in die Wählerliste zu geben.

b) Die Wählerliste darf nicht enthalten:
i) Nichtdeutsche Staatsangehörige
ii) Personen unter 21 Jahre

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 97–120. Siehe auch folgende Verordnungen: VO Nr. 32 vom 30. 5. 1946: Das Verfahren bei den Gemeindewahlen (Amtsbl. brit. MR, S. 226–230); VO Nr. 44 vom 30. 5. 1946: Die Wahlen in Hamburg und Bremen (a. a. O., S. 303); VO Nr. 45 vom 21. 8. 1946: Registrierung der Wähler (a. a. O., S. 303 ff.).

TOP 83 **Anlage 95**

Antrag Everling
Steigerung der Erzeugung von Gärungsessig und Essigsäure und bevorzugte Zuteilung an den zivilen Sektor (Haushalt)[1]

Anlage 32 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)34. – J. Nr. 837/46.

1. Die Zeit der Ernte rückt heran. Soweit die landwirtschaftlichen Produkte in den Haushalten nicht sofort dem Verbrauch zugeführt werden, müssen sie für spätere Zeiten konserviert werden. Es besteht ein volkswirtschaftliches Interesse daran, die Haushalte zu einer Vorratswirtschaft anzuhalten und diese technisch zu ermöglichen. Als Konservierungsmittel nimmt zu allen Zeiten Gärungsessig eine hervorragende Stelle ein. Dazu kommt, daß es bei der augenblicklich angespannten Ernährungslage besonders notwendig ist, die Speisen mittels Essig schmackhaft und bekömmlicher zu machen.

Der normale Bedarf an Gärungsessig beläuft sich auf 1 800–2 000 t.

2. Die Herstellung von Essigerzeugnissen hat zur Zeit 1 200 t erreicht. Die Herstellung von Essigsäure ist gemessen an dem Bedarf ohne Bedeutung. Die Verwendung von Molkeessig ist nur in beschränktem Maße und im wesentlichen für Zwecke der Geschmacksverbesserung (Würze) möglich, da Molkeessig nur eine sehr begrenzte Haltbarkeit hat und die damit behandelten Lebensmittel alsbald dem Verbrauch zugeführt werden müssen.

Die Verteilung der Essigerzeugnisse geht in der Weise vor sich, daß 80 % der Erzeugung der Fischindustrie zugeführt werden, während der Haushaltsbedarf unbefriedigt bleibt.

3. Demgemäß beantrage ich:

> Der Zonenbeirat möge beschließen, die britische Kontrollkommission zu bitten, die Erzeugung von Gärungsessig und von Essigsäure wesentlich zu steigern und bei der Verteilung der Essigerzeugnisse den Haushaltsbedarf in ausreichender Weise zu berücksichtigen.

---

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 95–96.

TOP 82 Anlage 94

Antrag der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone Senkung der Freigrenze in der Lohnsummensteuer[1]

Anlage 31 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)40. – J. Nr. 790/46.

1. Infolge des Kriegsausganges sind zahlreiche Gewerbebetriebe in ihrer Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt. Sie werden in absehbarer Zeit nur verhältnismäßig geringe Erträge erbringen. Nach einem Bericht des Regierungspräsidenten in Minden haben sich deshalb die Gemeinden in immer steigendem Umfange entschlossen, nunmehr von der Möglichkeit der Erhebung der Lohnsummensteuer in größerem Umfange als bisher Gebrauch zu machen.

2. Es besteht im Hinblick auf die völlig veränderten Verhältnisse der Wunsch, die Lohnsummensteuer auf möglichst breiter Grundlage zu erheben. Dem stehen jedoch die zur Zeit noch gültigen Freigrenzen des § 23 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes entgegen. Nach dieser Vorschrift bleibt der Betrag von 7 200 RM lohnsummensteuerfrei, wenn die gesamte Lohnsteuer des Gewerbebetriebes in dem jeweiligen Rechnungsjahr den Betrag von 24 000 RM nicht übersteigt. Nach dem früheren preußischen Recht – § 14 Abs. 2 der Gewerbesteuerverordnung vom 15. 3. 1927 (Preußische Gesetzsammlung S. 21) in der Fassung vom 8. Mai 1929 (Preußische Gesetzsammlung S. 47) – betrug die Freigrenze nur 6 000 RM und war auf eine Lohnsumme beschränkt, die den Betrag von 18 000 RM nicht überstieg.

3. Es wird vorgeschlagen, § 23 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes wie folgt abzuändern:

> Übersteigt die Lohnsumme des Gewerbebetriebes in dem Rechnungsjahr nicht 12 000 RM, so werden von ihr 3 600 RM abgezogen. Hat die Steuerpflicht nicht während des ganzen Rechnungsjahres bestanden, so ermäßigen sich diese Beträge entsprechend.

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 92–93.

TOP 81 **Anlage 93**

Antrag Grimme
Anstellung der weiblichen Beamten auf Lebenszeit[1]

Anlage 30 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)32. – J. Nr. 748/46.

Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (RGBl. I S. 433–447) hat dem Reichsbeamtengesetz vom 31. März 1873 einen § 1 a eingefügt, der folgende Bestimmung enthält:

„(2) Weibliche Beamten dürfen als planmäßige Reichsbeamte auf Lebenszeit erst nach Vollendung des 35. Lebensjahres berufen werden."

Diese Bestimmung ist in das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 (RGBl. I, S. 39–70) übernommen worden, das an die Stelle des Reichsbeamtengesetzes von 1873 getreten ist, und zwar lautet sie in § 28, der die Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit festlegt:

„. . . Die Urkunde darf nur erhalten, wer
1. das 27. Lebensjahr vollendet hat – bei weiblichen Beamten tritt an die Stelle des 27. das 35. Lebensjahr."

Das geltende Recht verlangt also für die Ernennung eines männlichen Beamten auf Lebenszeit die Vollendung des 27. Lebensjahres, während an die weiblichen Beamten die weitergehende Anforderung gestellt wird, daß das 35. Lebensjahr vollendet sein muß. Diese Verschärfung ist eindeutig dem nationalsozialistischen Gedankengut und seiner Einstellung zur Bevölkerungspolitik entsprungen. Die Heraufsetzung der Altersgrenze bei den weiblichen Beamten bezweckt, wie im Kommentar von Brand zum Deutschen Beamtengesetz ausgeführt ist, „die weiblichen Beamten tunlichst auf den Beruf als Frau und Mutter hinzuweisen und sie erst dann dauernd in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, wenn nach den Erfahrungen des Lebens eine Aussicht auf Heirat nur noch im geringen Maße besteht; es entspricht dies der Grundauffassung des Nationalsozialismus, daß die Frau in das Haus und in die Familie gehört und nur in Ausnahmefällen sich im öffentlichen Leben betätigen soll."[2]

Ich bitte um Herbeiführung folgenden Beschlusses:

Der Militärregierung wird vorgeschlagen, in § 28, Abs. II, Nr. 1 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. 1. 1937 den Satz zu streichen:

„bei weiblichen Beamten tritt an die Stelle des 27. das 35. Lebensjahr."

---

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 88–91.
2 Vgl. Brand, S. 301.

TOP 80 Anlage 92

Antrag Grimme
Ableistung eines praktischen Arbeitsjahres als Bedingung für das Hochschulstudium[1]

Anlage 29 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
ZAC/P (46)33. – J. Nr. 749/46.

Die Bedürfnisse der Zeit fordern, daß jeder, der sich auf einen akademischen Beruf vorbereitet, sich zunächst in praktischer Handarbeit betätigen und ausbilden muß. Zu diesem Zweck wird folgende Anordnung getroffen:

1. Zum Studium an einer Hochschule wird nur zugelassen, wer nach Erlangung des Reifezeugnisses mindestens ein Jahr ununterbrochen Dienst als Handarbeiter geleistet hat.

2. Der Dienst kann in allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens abgeleistet werden. Er soll zu einem praktisch verwertbaren Stand der Ausbildung führen. Die Dienststelle wird vom Arbeitsamt zugewiesen.

3. Über die Ableistung des Dienstes wird vom Arbeitgeber ein Zeugnis ausgestellt, das der Bestätigung durch die berufliche Organisation des Arbeitgebers bedarf.

4. Der Dienst wird auf die Erfüllung einer etwa gesetzlich angeordneten allgemeinen Arbeitsdienstpflicht angerechnet.

5. Weitergehende Bestimmungen über die Vorbereitungen zu akademischen Berufen bleiben unberührt.

6. Die Anordnung wird zum ersten Mal für den nächsten zur Entlassung kommenden Abiturienten-Jahrgang wirksam.

7. Zum Ausschluß von Härten können von den zuständigen Länder- und Provinzialregierungen Ausnahmen, vor allem zu Gunsten von Kriegsteilnehmern, Kriegsgefangenen und politisch Verfolgten gewährt werden.

8. Die Durchführung dieser Anordnung erfolgt durch die Landes- bzw. Provinzialbehörden im Einvernehmen mit den zuständigen Arbeitsämtern, Gewerkschaften und Berufsorganisationen.

Nach Mitteilung von Staatsminister a. D. *Grimme* ist dieser Antrag mit den Vertretern der Kulturverwaltungen von Bayern, Groß-Hessen, Württemberg-Baden abgestimmt worden.

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 81–87 sowie den Abänderungsantrag a. a. O. mit Anm. 341. Der Originalantrag *Grimmes* datiert vom 11. 6. 1946 (PA 1/94).

TOP 76. III.14 **Anlage 90**

12. Juli 1946:
Antrag Amelunxen
Entwurf einer Entschließung zur Eingliederung der Landesernährungsämter in die Gebietsregierungen

Anlage 27 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 979/46.

[. . .][1]

Münster, den 8. Juli 1946

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 275–280.

TOP 76. III.15 **Anlage 91**

19. Juli 1946:
Antrag Hoffmann
Fertigstellung auf Kiel liegender und fast fertiggebauter Fischkutter

Anlage 28 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1033/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 62.

TOP 76. III.12 Anlage 88

19. Juli 1946:
Antrag Hoffmann
Freigabe von Rohstoffen für die Produktion von Kinderschuhen

Anlage 25 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 993/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 58.

TOP 76. III.13 Anlage 89

19. Juli 1946:
Antrag Hoffmann
Verleihung des passiven Wahlrechts an alle Kommunalbeamten und -angestellten

Anlage 26 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1034/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu bitten, allen Kommunalbeamten und -angestellten das passive Wahlrecht zu gewähren.
[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 60.

TOP 76. III.8 **Anlage 85**

16. Juli 1946: Antrag Hoffmann Ingangsetzung der Zementindustrie

Anlage 22 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1011/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 56.

TOP 76. III.10 **Anlage 86**

19. Juli 1946: Antrag Grimme, Kopf und Henßler Austausch von Kriegsgefangenen sowie Schaffung einer Zentralstelle zur Betreuung und Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsgefangene

Anlage 23 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 994/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 48–53.

TOP 76. III.11 **Anlage 87**

Antrag Hoffmann Leder für Kinder- und Arbeitsschuhe

Anlage 24 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 995/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 57.

TOP 76. III.6 **Anlage 83**

12. Juli 1946:
Antrag Hoffmann
Zuweisung der 500 in den Fordwerken in Köln befindlichen Lastkraftwagen an die deutsche Verkehrswirtschaft

Anlage 20 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 980/46.

Der Zonenbeirat möge beschließen, die Kontrollkommission zu ersuchen, die Frage zu überprüfen,
[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 61.

TOP 76. III.7 **Anlage 84**

16. Juli 1946:
Antrag Hoffmann
Steigerung der Braunkohlenförderung durch Behebung der Verkehrsschwierigkeiten

Anlage 21 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1010/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 55.

Diese vielseitigen Nachteile der jetzigen Tabaksteuergesetzgebung würden vermieden werden, wenn die vorgesehenen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises herabgesetzt werden würden. Dann würde nicht nur die alte, aus sozialen Gründen gebotene Begünstigung der Zigarrenindustrie wieder hergestellt sein, sondern auch die Stillegung der Produktion verhindert werden. Bei einem Steuersatz von 70 % würde der Kleinverkaufspreis der bisherigen 10-Pfg.-Zigarre etwa 30 Pfg. betragen. Bei einem solchen Preis würde auch den Angestellten und Arbeitern noch ein beschränkter Verbrauch von Zigarren möglich sein.

Es wird deshalb gebeten, den vorgesehenen Steuersatz für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises herabzusetzen.

TOP 76.III.5 **Anlage 82**

19. Juli 1946: Antrag Adenauer Überprüfung der Einkommen- und Erbschaftsteuern sowie der Steuern auf Tabak und Alkohol

Anlage 19 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 1038/46.

Ich beantrage
[. . .][1]

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 46–47.

TOP 76. III.4 Anlage 81

12. Juli 1946: Antrag Amelunxen Herabsetzung der neuen Steuersätze für Zigarren auf 70 % des Kleinverkaufspreises[1]

Anlage 18 zur 5. Sitzung.

PA 1/258.

J. Nr. 978/46.

Ein Steuersatz von 90 % des Kleinverkaufspreises, wie ihn das neue Gesetz für Zigarren und Zigarillos vorsieht, verlangt eine Erhöhung des Kleinverkaufspreises einer 10-Pfg.-Zigarre oder eines 10-Pfg.-Zigarillos, der heute mit dem Kriegsaufschlag 15 Pfg. beträgt, auf RM 1,50. Diese Erhöhung des Kleinverkaufspreises bedeutet, daß ein Raucher innerhalb der Kartenperiode in Zukunft für 16 10-Pfg.-Zigarren oder Zigarillos RM 24 aufwenden muß (bisher RM 2,40). Der kleine Raucher, der über ein Monatseinkommen von höchstens RM 150 verfügt, ist nicht mehr in der Lage, Zigarren zu rauchen. Es sei darauf hingewiesen, daß die Zigarre in Deutschland kein Luxusartikel, sondern vor allem ein Genußmittel des Mittelstandes und der Angestellten und Arbeiter ist und daß noch im Jahre 1937/38, als sich die Verhältnisse schon zugunsten der Zigarette verschoben hatten, von allen Tabakrohstoffen 36,8 % zu Zigarren, 34,9 % zu Zigaretten und 28,3 % zu sonstigen Tabakwaren verarbeitet wurden.

Die Zigarrenindustrie in Westfalen muß bei einem Steuersatz von 90 % zum Erliegen kommen. Der Verband der Zigarrenfabrikanten der britischen Zone hat seinen Mitgliedern empfohlen, die Produktion sofort einzustellen, zunächst den Arbeitern Urlaub zu geben und vorläufig zu kündigen. Die Kündigung ist im Regierungsbezirk Minden von allen Fabrikanten bereits ausgesprochen. Dadurch werden in der Provinz Westfalen 16 000 Arbeiter arbeitslos. Diese Arbeiter in anderen Betrieben unterzubringen, ist nicht möglich, da es sich durchweg um eingesessene Arbeiter mit kleinem landwirtschaftlichen Besitz handelt.

Die Erhöhung der Steuer trifft die Zigarettenindustrie nicht mit derselben Schärfe wie die Zigarrenindustrie, da der Steuersatz für Zigarren allgemein 90 % des Kleinverkaufspreises, der Steuersatz für Zigaretten dagegen bis zu einem Kleinverkaufspreis von 20 Pfg. nur 80 % und erst bei höheren Kleinverkaufspreisen 90 % betragen soll. Es scheint möglich zu sein, eine Zigarette mit einem Kleinverkaufspreis von 20 Pfg. bei einem Steuersatz von 80 % herzustellen. Aber auch hier würde natürlich eine sehr harte Belastung des Rauchers eintreten.

Die Stillegung der Zigarrenindustrie würde zugleich einen erheblichen Ausfall in den Steuereinnahmen der Gemeinden und Städte bedeuten.

---

1 Der Antrag wurde lt. Wortprot. weder im Plenum verlesen, noch wurde sein Eingang vom GS mitgeteilt, obwohl dies im Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 76. III.4) vermerkt ist. Zur Behandlung des Antrags vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 107.

voraus unter mutiger Preisgabe von Einrichtungen, die sich als in gefährlicher Weise hemmend erwiesen haben. Es ist deshalb erforderlich, nach Fortfall der Zonengrenzen die Kontrolle in ganz Deutschland durch gemeinsame interalliierte Militärregierungen ausüben zu lassen.

TOP 76. III.3 **Anlage 80**

12. Juli 1946: Antrag Adenauer und Otto Rückführung der beweglichen Habe der durch den Luftkrieg in die Ostzone verdrängten deutschen Bevölkerung[1]

Anlage 17 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 965/46.

Der Zonenbeirat wolle beschließen:

Die britische Abteilung der Kontrollkommission wird gebeten, Vorkehrungen zu veranlassen für die Rückführung der Habe der durch den Luftkrieg in die Ostzone Verdrängten.

Gründe:

In der Presse wurde mitgeteilt, daß die aus Österreich Zurückgekehrten nunmehr ihre Habe einschließlich Möbel mit der Eisenbahn nachführen lassen können. Was im Verkehr mit dem Auslande möglich ist, sollte erst recht innerhalb Deutschlands möglich sein. Viele Tausende der seinerzeit durch den Luftkrieg nach Osten Verdrängten hatten den Rest ihrer geretteten Habe mit sich geführt. Nach dem Westen zurückgekehrt, fehlt es ihnen jetzt an dem Nötigsten, da sie nur mitnehmen konnten, was sie zu tragen vermochten. Manche wurden bisher davon abgehalten, in ihre Heimat zurückzukehren, da sie nicht den letzten Rest ihrer Habe preisgeben wollen.

Eine sofortige Regelung durch Ermöglichung des Eisenbahntransportes ist notwendig.

1 Der Antrag wurde lt. Wortprot. weder im Plenum verlesen, noch wurde sein Eingang vom GS mitgeteilt, obwohl dies im Kurzprot. (Dok. V.4, TOP 76. III.3) vermerkt ist. Der Antrag wurde jedoch inhaltlich in die Diskussion eingebracht (vgl. Dok. V.3, u. S. 603 f.) und in den weiterführenden Antrag *Andrées* einbezogen, vgl. Dok. VI.3, bes. mit Anm. 245–246.

TOP 76. III.2 Anlage 79

12. Juli 1946: Antrag Adenauer und Otto Aufhebung der Zonengrenzen[1]

Anlage 16 zur 5. Sitzung.

PA 1/258.

J. Nr. 966/46.

Der Zonenbeirat wolle beschließen:

Die britische Abteilung der Kontrollkommission wird gebeten, sich für den Fortfall der Zonengrenzen und die gemeinsame Ausübung der Kontrolle über ganz Deutschland nach einheitlichen Gesichtspunkten und vermittels interalliierter Organe einzusetzen.

Gründe:

Die Einteilung Deutschlands in fünf voneinander abgeschlossene Besatzungszonen[2] und die Ausübung der Kontrolle durch nationale Militärregierungen ist der Grund für ein Heer von Schwierigkeiten und hat schließlich einen Zustand herbeigeführt, dessen Aufrechterhaltung nicht nur nach dem Urteil der Deutschen unmöglich ist. Die einzige Möglichkeit, Deutschland zu retten und in diesem Teile Europas geordnete Zustände zu schaffen, ist die sofortige Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Zonengrenzen, unbeschadet aller weiteren Erörterungen über die innere Gliederung des deutschen Raumes. Die unverzügliche Durchführung dieser auch in der öffentlichen Meinung anderer Länder in ganz überwiegendem Maße als notwendig erkannten Maßnahme ist um so dringlicher, als sich Deutschland zur Zeit inmitten einer Hungersnot befindet.

Die Einteilung Deutschlands in verschiedene Besatzungszonen hat bisher allen Beteiligten politisch und wirtschaftlich nur schwerste Nachteile gebracht. Für ihre Aufrechterhaltung spricht nichts, für ihre sofortige Abschaffung alles. Die Beseitigung der künstlichen Wirtschaftsschranken wird nur dann möglich, wenn gleichzeitig die politischen Grenzen fallen. Diese sind dadurch gegeben, daß die vier Mächte bislang die Kontrolle durch nationale, im wesentlichen unabhängige Militärregierungen ausgeübt haben, wobei die Wahrung einer gewissen Einheitlichkeit durch den Kontrollrat nur als unvollkommen bezeichnet werden kann. Die Zonenaufgliederung war im übrigen willkürlich und hat z. B. besonders im Rheinland auf das traditionelle Gefüge des Raumes und der Menschen nicht die geringste Rücksicht genommen. Eine Rettung Deutschlands vor dauernder Verelendung und dem Hungertode setzt die Schaffung der besten organisatorischen Bedingungen

1 Der Antrag wurde lt. Wortprot. weder im Plenum verlesen, noch wurde sein Eingang vom GS mitgeteilt, obwohl dies im Kurzprot. (vgl. Dok. V.4, TOP 76. III.2) vermerkt ist. Zur Stellungnahme der KK vgl. Dok. VI.3 mit Anm. 33–36; siehe hierzu ferner Girndt, S. 58 f.

2 Vermutlich bezogen auf die vier Besatzungszonen sowie auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße unter polnischer Verwaltung im Sinne einer fünften Besatzungszone.

TOP 76.III.1 **Anlage 78**

27. Juni 1946: Antrag Petersen Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, welche durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen seit dem 30. Januar 1933 entstanden sind

Anlage 15 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
J. Nr. 775/46.

[. . .][1]

Begründung zum Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes in der Fassung gemäß Beratung in Oldenburg am 21. 3. 1946[2]

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 42–43. *Petersens* Entwurf unterscheidet sich nur in wenigen Punkten von der Fassung, wie sie der 9. Sitz. des ZB vorlag (vgl. Anl. 260). Abweichungen beider Fassungen sind dort gekennzeichnet. – *Petersen* hatte den Gesetzesentwurf nebst Begründung dem ZB am 15. 6. 1946 zugesandt. Die Fassung beruhte auf der gemeinsamen Arbeit der Finanzreferenten der Länder und Provinzen der brit. Zone (vgl. u. Anm. 2). Der Hamburger Senat hatte den Entwurf am 14. 5. 1946 grundsätzlich angenommen, jedoch einige Änderungsvorschläge gemacht, die *Petersen* dem ZB ebenfalls übermittelte. Diese wurden jedoch nicht in die Vorlage eingearbeitet (vgl. PA 1/141). Gleichwohl gab es einige redaktionelle Abweichungen.

2 Eine Sitz. des Ausschusses für Wiedergutmachungsfragen, zusammengesetzt aus Vertretern der Provinzen und Länder der brit. Zone, einschließlich der Hansestädte, fand am *1. 2. 1946* in Oldenburg statt. Dort wurde ein entsprechender Hamburger Entwurf für ein Wiedergutmachungsgesetz vorgelegt (Berichterstatter Senator *Heitgres*) und als Grundlage für einen der brit. MR vorzulegenden Gesetzentwurf allgemein gebilligt (vgl. BA Z 2/82, fol. 9 ff.). Das Prot. einer Konferenz vom *21. 3. 1946* konnte nicht ermittelt werden. Es muß sich um einen Schreibfehler handeln, da auch der Hamburger Senat ausschl. auf die Konferenz vom 1. 2. 1946 Bezug nimmt (vgl. StAH, Senatsprot. vom 5. 2. 1946, TOP 4).

TOP 76. II.3 Anlage 76

6. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Reform der Sozialversicherung

Anlage 13 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – J. Nr. 929/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 37.

TOP 76. II.4 Anlage 77

8. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zur Pressenotiz über die 5. Sitzung

Anlage 14 zur 5. Sitzung.
PA 1/258.
HQ/14105/ZAC. – J. Nr. 947/46.

[. . .][1]

1 Vgl. a. a. O. mit Anm. 39–41.

ßen. Es ist daher ins Auge gefaßt worden, die Arbeiten des Godesberger Instituts[5] zu dieser Frage genau zu verfolgen, um von hier aus sowohl weitere Anregungen zu geben, wie die Frage der Verwertung der Ergebnisse der Untersuchung im geeigneten Augenblick anschneiden zu können. Herrn Oberpräsidenten [*Lehr*] unter Bezugnahme auf die Besprechung in Hamburg vorgelegt.

Schröder [Düsseldorf]

[hs. Verfügung *Lehrs* vom 18. 7. 1946] Diese Angelegenheit ist vorläufig zurückzustellen, und es sind in erster Linie die praktischen Wege zur Verbesserung der tatsächlichen und rechtlichen Lage zu gehen. Dafür kommt insbesondere die plötzlich akut gewordene Neugliederung v. Rheinland u. Westfalen in Betracht.

---

5 Nach Auskunft des HStAD könnte es sich um die „Völkerrechtliche Wirtschaftsberatung" handeln, die in Bad Godesberg ansässig war. Im Rahmen der Tätigkeit dieser Stelle wurde Legationsrat a. D. Eugen *Budde* von Demontagefirmen zu völkerrechtlichen Gutachten herangezogen.

TOP 76. II.2 **Anlage 75**

4. Juli 1946: Britischer Verbindungsstab (Zonenbeirat) Zu vorläufigen Maßnahmen zur Eröffnung der Flußschiffahrt auf der Elbe im Interesse der britischen Zone

Anlage 12 zur 5. Sitzung.
PA 1/258. Bezug: Antrag Petersen.
HQ/14105/1/ZAC. – J. Nr. 907/46.

[. . .][1]

---

1 Vgl. Dok. V.3 mit Anm. 35–36.

LEHR weist darauf hin, es sei ihm bekannt geworden, daß sich der Kontrollrat mit einer Änderung der Grundsteuergesetze beschäftige. Diese könne sich aber nur in einer weiteren Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes auswirken. Sein Antrag habe lediglich den Sinn, daß der Zonenbeirat rechtzeitig vorher mit der Frage befaßt werde und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Die Versammlung
nimmt den Antrag mit Einstimmigkeit an und beschließt, ihn an die Kontrollkommission weiterzuleiten.

144. Zurückstellung der Umorganisation der Verwaltung des Straßenbaues und Straßenverkehrs bis nach Entscheidung der Militärregierung über die Neugliederung der Länder und der Reform der Verwaltung innerhalb der britischen Zone

– ZAC/P (46)69 – Antrag *Kubel* (Anlage 154).

Die Versammlung
nimmt den Antrag mit Einstimmigkeit an und beschließt, ihn an die Kontrollkommission weiterzuleiten.

145. Mündliche Anfragen an Mitglieder der Kontrollkommission auf Tagungen des Zonenbeirats

Der GENERALSEKRETÄR verweist auf den Vorschlag Generalleutnants *Robertson*, nach welchem den Mitgliedern des Zonenbeirats die Möglichkeit gegeben ist, in einer Fragestunde gewisse Probleme mit Mitgliedern der Kontrollkommission in Frage und Antwort zu klären.

VORSITZENDER begrüßt diesen Vorschlag wärmstens.

Die Versammlung
stimmt dem Vorschlage einstimmig zu und beauftragt den Generalsekretär, mit dem britischen Verbindungsstab die technischen Einzelheiten festzustellen.

146. Datum der nächsten Sitzung

Mittwoch, den 18. September 1946

Donnerstag, den 19. September 1946.[8]

8 *Schumacher* hatte den 17./18., eventuell noch den 19. September vorgeschlagen, vgl. a. a. O., S. 764. Die 7. Sitz. fand dann tatsächlich vom 18. bis 20. 9. 1946 statt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien /
im Auftr. der Kommission für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. Polit. Parteien. –
Düsseldorf : Droste.
Reihe 4, Deutschland seit 1945 / hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]
Bd. 9. Deutschland ⟨Gebiet unter Alliierter Besatzung, Britische Zone⟩ /
Zonenbeirat : Zonenbeirat.
1. Halbbd. 1. 1.–6. Sitzung 1946. – 1993

Deutschland ⟨Gebiet unter Alliierter Besatzung, Britische Zone⟩ / Zonenbeirat :
Zonenbeirat : Protokolle und Anlagen 1946–1948 = Zonal Advisory Council. –
Düsseldorf : Droste
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien :
Reihe 4, Deutschland seit 1945 ; Bd. 9)
NE: HST

1. Halbbd. 1. 1.–6. Sitzung 1946 / bearb. von Gabriele Stüber. – 1993
ISBN 3-7700-5173-4
NE: Stüber, Gabriele [Bearb.]

♾

This publication is printed on paper which meets the minimum requirements of American National Standard for Information Sciences – Permanence of Paper for Printed Library Materials, ANSI Z39. 48-1984

EX OFFICINA
1993

Satz
Computersatz Bonn GmbH, Bonn
Mergenthaler Type Library

Papier
Chlorfrei gebleicht (TCF)
ohne optische Aufheller:
90 g/qm Werkdruckpapier »Sinfonie«
Geese Papier Hamburg

Einbandstoff
Bamberger Kaliko

Schutzumschlag
150 g/qm nopaCoat
Nordland

Druck und Einband
Verlagsdruckerei Schmidt Neustadt/Aisch

Printed in Germany